BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

BAND 91

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

STEFAN GOCH

SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERBEWEGUNG UND ARBEITERKULTUR IM RUHRGEBIET

Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch den Minister für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Copyright © 1990 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1990

ISBN 7700-5157-2

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung meiner im Sommersemester 1987 von der Fakultät für Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum angenommenen Dissertation „Sozialdemokratische Arbeiterkultur und Politik im Ruhrgebiet – Eine sozialwissenschaftlich-sozialhistorische Untersuchung am Beispiel des Raumes Gelsenkirchen".[1] Ermöglicht wurde die Studie durch die Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Mein besonderer Dank gilt all denen, die mich ertragen und – so hoffe ich – auch vermissen mußten, mir den nötigen Rückhalt gegeben und die Bedingungen geschaffen haben, unter denen eine solche Arbeit entstehen kann. Ich hoffe, daß nicht nur die vorliegende Veröffentlichung, sondern auch der Spaß, den mir die Arbeit zu fast allen Zeiten – und nicht nur im Nachhinein betrachtet – gemacht hat, meinen Förderern Freude bereitet.

Ausdrücklich möchte ich meinem wissenschaftlichen Betreuer und „Doktorvater" Prof. Dr. Wilhelm Bleek für seine Unterstützung danken, besonders dafür, mir weitgehende Freiheiten gelassen zu haben und doch, wenn nötig, auch über große räumliche Entfernungen hinweg mit Rat und Tat an meiner Seite gestanden zu haben. Zahlreiche Anregungen verdanke ich auch Prof. Dr. Dietmar Petzina und Dr. Peter Friedemann.

In wissenschaftlicher Hinsicht gilt mein Dank weiter den Mitarbeitern der Archive und Büchereien, denen ich mit meinen z. T. ausgefallenen Wünschen einige Arbeit bereitet habe. Darüber hinaus gilt mein Dank den Gelsenkirchener Gliederungen der Organisationen der sozialdemokratischen Bewegung und der SPD im Bezirk Westliches Westfalen, die mir großes Vertrauen entgegengebracht haben und mir die Einsicht in ihre Aktenbestände gestatteten. Besonders möchte ich meinen Interviewpartnern danken, die mir in großer Offenheit ihre Lebenserfahrungen schilderten. Ich hoffe, daß ihnen ihr persönliches Engagement nicht wissenschaftlich mißbraucht erscheint und sie sich selbst teilweise in der Arbeit wiederfinden können.

Zu guter Letzt gilt mein Dank der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, ihren Gutachtern und ihrem Generalsekretär Dr. Martin Schumacher für die Vorschläge zur Überarbeitung des Manuskripts, die dem Buch – wie ich denke – sehr zugute gekommen sind.

Gelsenkirchen-Buer, im Sommer 1989

Stefan Goch

---

1 Neuere Literatur wurde bei der Überarbeitung bis zum Abschluß des Manuskriptes im Februar 1989 berücksichtigt.

„Dantons Tod". Revolutionsfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend am 7. Nov. 1931 im Hans-Sachs-Haus, Gelsenkirchen
Foto: Privatbesitz.

Inhalt

Vorwort 5

Verzeichnis der Abkürzungen 11

Einleitung
Entwicklung des Forschungskonzeptes

1. Einführung 15
2. Forschungsleitende Überlegungen zum Kulturbegriff 16
3. Forschungsgegenstand, Untersuchungsregion und Untersuchungszeitraum 27
4. Fragestellung und Intention 34
5. Quellen und Methodik 38

Erstes Kapitel
Von der bürgerlichen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg

1. Anfänge der Arbeiterbewegung während der Industrialisierung bis 1889
   a) Industrialisierung Gelsenkirchens 43
   b) Sozialistische Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen bis 1889 . 59
      Anfänge der sozialistischen Bewegung vor dem Sozialistengesetz 59
      Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz 71
   c) Hindernisse für die Entfaltung sozialdemokratischer Arbeiterkultur 78
2. Bergarbeiterstreik 1889
   a) Bergarbeiterstreik 1889 in Gelsenkirchen 82
   b) Gründung des „Alten Verbandes" als Konsequenz 89
3. Später Aufschwung der Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg
   a) Vollendung der Gelsenkirchener Industrielandschaft 93
   b) Aufschwung der Sozialdemokratie im Raum Gelsenkirchen . 112
      Die Sozialdemokratische Partei 113
      Die Freie Gewerkschaftsbewegung 130
      Entstehung von Arbeiterkulturorganisationen: Arbeiterjugendbewegung · Arbeitergesangvereine · Arbeitersportvereine · Arbeiter-Radfahrer-Bund · Freidenker-Verband · Bibliotheken · Konsumgenossenschaften 148
   c) Elemente sozialdemokratischer Kultur am Vorabend des Ersten Weltkrieges 168

Zweites Kapitel
Vom Ersten Weltkrieg bis zum 30. Januar 1933

1. Erster Weltkrieg und Spaltung der Sozialdemokratie
a) Sozioökonomische Folgen des Ersten Weltkrieges 175
b) Konsequenzen für Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung .. 180
Spaltung der Sozialdemokratie 180
Gewerkschaftlicher Weg zur Arbeitsgemeinschaftspolitik .. 191
Entstehung von Massenbewegungen der Arbeiterklasse 196

2. Novemberrevolution und Herrschaft der Räte bis Anfang 1919
a) Revolution in Deutschland 201
b) Novemberrevolution im Raum Gelsenkirchen 204
c) Herrschaft der Räte im Raum Gelsenkirchen 210
d) Konsequenzen für die sozialdemokratische Arbeiterkultur .. 218

3. Massenbewegungen und Differenzierungsprozesse in der Arbeiterbewegung 1919 bis 1922
a) Lebenslage in der Nachkriegszeit 227
b) Massenbewegungen im Ruhrgebiet 230
Sozialisierungsbewegung 231
Kampf um die Sechsstundenschicht 237
Ende der Arbeiter- und Soldatenräte 241
Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches und Rote Ruhrarmee . 244
Ende der Massenbewegungen 253
c) Konsequenzen für die Arbeiterorganisationen 257
Spaltung der USPD 259
Vereinigung von USPD-Linke und KPD 265
Vereinigung von Rest-USPD und MSPD 270
Gewerkschaftsopposition und Gewerkschaftsspaltung 273

4. Krisen bis 1924, relative Stabilisierung und Ausformung sozialdemokratischer Arbeiterkultur
a) Krisen, Stabilisierung, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit 286
b) Ausformung der sozialistischen Arbeiterkultur vor der Weltwirtschaftskrise 294
Politische Arbeiterbewegung nach der Differenzierung 295
Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit 302
Ausformung der Arbeiterkulturbewegung: Arbeiterjugendbewegung · Kinderfreunde · Arbeitersport · Arbeiter-Radfahrer-Bund · Arbeitergesangvereine · Arbeiterwohlfahrt · Arbeitersamariter · Naturfreunde · Freidenker · Reichsbanner · Gewerkschaftshaus · Bibliothek · Komsumverein · Bauhütte · Freie Schule 309

5. Weltwirtschaftskrise und Weg in den Nationalsozialismus
a) Weltwirtschaftskrise und Zerstörung der Republik 340
b) Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus 351

Defensiv-legalistischer Kurs der SPD und kommunistischer Kampf gegen den „Sozialfaschismus" 351
Ende der sozialistischen Gewerkschaftseinheit 357
Differenzierungen in der Arbeiterkulturbewegung: Arbeiterjugendbewegung · Arbeitersportbewegung · Arbeiter-Radfahrer-Bund · Freie Schule · Reichsbanner 361
c) Scheitern der Arbeiterbewegung 369

Drittes Kapitel
Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

1. Machtergreifung 1933
a) Machtergreifung in der Stadt Gelsenkirchen 373
b) Zerschlagung der Arbeiterparteien 376
c) Ende der Freien Gewerkschaften 381
d) Ende der sozialistischen Umfeldorganisationen 384

2. Sozioökonomische Konsolidierung und Widerstand bis Kriegsbeginn 1933 bis 1939
a) Langsame sozioökonomische Konsolidierung 387
b) Widerstand aus der Arbeiterbewegung 394
c) Widerstand und Resistenz im Betrieb 406
d) Angriffe auf die Arbeiterkultur 410

3. Der Zweite Weltkrieg
a) Auswirkungen des Krieges 413
b) Arbeiter-Widerstand 416

Viertes Kapitel
Wandlungen sozialdemokratischer Kultur und Politik in der Bundesrepublik

1. Wiederaufbau der Arbeiterbewegung nach der Befreiung
a) Lebenslage in Gelsenkirchen nach Kriegsende 419
b) Reorganisation der Gelsenkirchener Arbeiterbewegung 432
Betriebsräte und Aufbau der Einheitsgewerkschaft 433
Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei 443
Wiederaufbau sozialdemokratischer Kulturorganisationen: Falken · Jungsozialisten · Arbeiterwohlfahrt · Frauenbewegung · Volkschor · Naturfreunde · Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten · Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer 459
c) Umgruppierungen in der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratisierungsstrategie 470

2. Durchsetzung der SPD bis zum Beginn der Kohlenkrise 1958/59
a) „Wirtschaftswunder" und Kalter Krieg 479
b) „Sozialdemokratisierung" Gelsenkirchens 486

Ausbau der Partei 487
Durchsetzung innerhalb der Gewerkschaften 490
Ausbau des Vorfeldes: Falken · Jungsozialisten · Arbeiterwohlfahrt · „Frauenarbeit“ 494
Haltung zum Godesberger Programm 498

3. Stabilisierung und Differenzierung bis in die 1970er Jahre
a) Das rasche Ende des „Wirtschaftswunders“ im Ruhrgebiet . 500
b) Differenzierungen in der Gelsenkirchener Sozialdemokratie 509
Veränderungen der Mitgliederstruktur 511
Wandel des Funktionärskörpers und der Parteiarbeit 513
Ausbau und Differenzierung im Umfeld: Jungsozialisten · Betriebsgruppenarbeit · Falken · Frauengruppen · Arbeiterwohlfahrt 520
c) Destabilisierungstendenzen sozialdemokratischer Politik und Kultur 535

Zusammenfassung
Ende sozialdemokratischer Arbeiterbewegungskultur? 537

Verzeichnis der Abbildungen, Karten und Tabellen 545

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen 551

B. Gedruckte Quellen und Literatur 554

Register 609

abs.	absolut
ABU	Allgemeine Bergarbeiter-Union
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
AfA	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (in der SPD)
AfA-Bund	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AJ	Arbeiterjugend
Allg.	Allgemein
Alu	Arbeitslosenunterstützung
ARFB	Arbeiter-Radfahrer-Bund
ARKFB	Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund
ATB	Arbeiter-Turner-Bund
ATSB	Arbeiter-Turn- und Sport-Bund
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BA	Bergamt
BAB	Bergamt Buer
BAG	Bergamt Gelsenkirchen
BAR	Bergamt Recklinghausen
BAV	Bergarbeiter-Verband („Alter Verband", mit wechselnden Verbandsnamen)
Bez.	Bezirk
BK	Büro Kölpin
Blätter	Blätter für deutsche und internationale Politik
BVP	Bayrische Volkspartei
BzG	Beiträge zur Geschichte der (deutschen) Arbeiterbewegung
BzS	Beiträge zur Stadtgeschichte
BzZ	Beiträge zur Zeitgeschichte
CDU	Christlich-Demokratische Union
DAS	Deutscher Arbeiter-Sängerbund
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFU	Deutsche Friedensunion
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DSP	Deutsche Staatspartei

DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EVBD	Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands
FAU(D)	Freie Arbeiterunion (Deutschlands)
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
GBAG	Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft
GCB	Gewerkverein Christlicher Bergleute
GdA	Gewerkschaftsbund der Angestellten (H.-D.)
Ge	Gelsenkirchen
Gedag	Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften (christl.)
GM	Gewerkschaftliche Monatshefte
GuG	Geschichte und Gesellschaft, Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft
H.-D.	Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine
HSTAD	Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf
HZ	Historische Zeitschrift
IGBE	Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
IGM	Industriegewerkschaft Metall
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
IML/ZPA	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED/ Zentrales Parteiarchiv, Berlin (Ost)
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JfL	Jahrbuch für Landesgeschichte
Jusos	Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KI	Kommunistische Internationale
KJD	Kommunistische Jugend Deutschlands
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD(S)	Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakus)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
Kru	Krisenunterstützung
KV	Kreisverband
LA	Landratsamt
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
NL	Nachlaß
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
OP	Oberpräsidium
OBA Do	Oberbergamt Dortmund
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RAG	Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Deutschlands

RA/RMI	Reichsamt, Reichsministerium des Innern
Re	Recklinghausen
Reg. A	Regierung Arnsberg
Reg. D	Regierung Düsseldorf
Reg. M	Regierung Münster
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RK	Reichskanzlei
RKfdÜ	Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung
RVB	Rheinische Vierteljahresblätter
SAG	Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei (1931-33)
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (1875-90)
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869-75)
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SJD	Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken
SJV	Sozialistischer Jugendverband
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bestand STAM SPD und Reichbanner
SPJ	Sozialistische Proletarierjugend
SPW	Sozialistische Politik und Wirtschaft
StA Bo	Stadtarchiv Bochum
StA Ge	Stadtarchiv Gelsenkirchen
StA Re	Stadtarchiv Recklinghausen
STAM	Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv, Münster
UB	Unterbezirk
UBV	Unterbezirksvorstand
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VERW.-B.	Verwaltungsbericht
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VZ	Vestische Zeitschrift
WF	Westfälische Forschung
WW	Westliches Westfalen (Bezirksorganisation)
WZ	Westfälische Zeitschrift
ZdA	Zentralverband der Angestellten
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfvG	Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde
ZK	Zentralkomitee
ZSTAP	Zentrales Staatsarchiv I der DDR in Potsdam

„Totentanz". Gedenkfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend für die Opfer der Novemberrevolution 1918, Gelsenkirchen 1932
Foto: Albert Lange, Privatbesitz.

Entwicklung des Forschungskonzepts

1. Einführung

Im Ruhrgebiet ist die Sozialdemokratie heute die dominante politische Kraft. Und in dieser Region ist die Stadt Gelsenkirchen, die wegen ihres skandalträchtigen Fußballclubs, des schon Jahrzehnte währenden Niedergangs der Montanindustrie und des „Gelsenkirchener Barocks" eher bedauernd belächelt wird, eine der Hochburgen der SPD. Die erstaunliche Stärke der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet provoziert die Frage nach deren Ursachen. Welche konkrete Politik, welche Gegenwartsinterpretationen und welche Zukunftsperspektiven bietet die Ruhr-Sozialdemokratie den Menschen im Ruhrgebiet? Weshalb konnte sie so sehr deren Lebenslage und den daraus resultierenden Denkhaltungen entsprechen, daß diese Partei heute im Ruhrgebiet unangefochten und scheinbar unanfechtbar ist? Eine solche Frage kann letztlich nur historisch als Frage nach Entwicklungen, die zum gegenwärtigen Zustand geführt haben, gestellt werden, insbesondere weil das Ruhrgebiet weder sofort nach dem Zweiten Weltkrieg, geschweige denn in der Weimarer Republik oder im Kaiserreich ein sozialdemokratisches Kernland war. Im Gebiet der heutigen Stadt Gelsenkirchen, das hier beispielhaft für das Ruhrgebiet betrachtet werden soll, lag die SPD zu Zeiten der ersten deutschen Republik an Wahlergebnissen gemessen meist abgeschlagen hinter Zentrum und Kommunisten.

Was also waren die Gründe für den späten, aber umso höheren Aufstieg der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens? Warum war die Sozialdemokratie früher so schwach und warum gelang es der Gelsenkirchener SPD in den letzten Jahrzehnten, die Hoffnungen und Wünsche der Gelsenkirchener zu artikulieren und dafür gewählt zu werden? Welche Realitätsdeutungen und Perspektiven bietet die SPD an der Ruhr den Menschen, die sie so massenhaft wählen? Welche Politik begründet die Treue der Wähler im Ruhrgebiet zu ihrer SPD?

Zu der oberflächlich an Wahlergebnissen deutlich werdenden Fragestellung hat sich in der sozialwissenschaftlichen Diskussion in den letzten Jahren ein Perspektivwechsel vollzogen, welcher seinen Ausdruck in erkenntnisleitenden Begriffen wie Kultur, Alltag und Lebensweise findet, die die individuelle und kollektive Betroffenheit bestimmter sozialer Gruppen durch ökonomische und politische Veränderungsprozesse in den Vordergrund rücken.[1] Für die hier gestellten Fragen soll der Kulturbegriff

1 Vgl. G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 3.

aufgegriffen werden, weil er sich zu einer Verknüpfung von sozialökonomischer Lage, Bewußtseinsbildung, Interessenartikulation und kollektivem politischen Handeln in und mit Organisationen anbietet. Aufgrund der bisherigen sozialwissenschaftlichen Diskussion hat ein solcher Kulturbegriff unterschiedliche Faktoren zu berücksichtigen, weil als ein vorläufiges Ergebnis von Arbeiterkulturforschung festzuhalten ist, „daß das soziale Verhalten und die Wertordnungen von Menschen nicht allein ökonomisch und politisch-rechtlich, sondern auch durch religiöse, ethnische, berufs- und schichtenspezifische Traditionen und Wertkodizes determiniert werden"[2]. Der Kulturbegriff ist also offen für die Deutung von im Ruhrgebiet und beispielhaft in Gelsenkirchen vorhandenen Bedingungen, die zu einer spezifischen Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung und ihrer Politik führten und die die frühere, für eine hochindustrialisierte Region erstaunliche Schwäche und die heutige Stärke der Sozialdemokratie zu erklären vermögen.

2. Forschungsleitende Überlegungen zum Kulturbegriff

Forschungskonzepte, die einem Kulturbegriff eine zentrale Rolle zuweisen, erscheinen heute nahezu als Allheilmittel für eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Fragestellungen. Über die Verwendung in sozialwissenschaftlicher Forschung hinaus wird der Begriff der Kultur in der Umgangssprache und in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik ohne fest umrissenen Begriffsinhalt in wachsendem Maße gebraucht und für verschiedenste Zwecke instrumentalisiert. Der derzeitige extensive Gebrauch des Begriffes Kultur weicht erheblich vom „traditionellen im Gegensatz zum westeuropäischen Begriff der Zivilisation stehenden deutschen Kulturbegriff"[1] ab. Dieser Kulturbegriff entstammt bürgerlichen Traditionen in Deutschland, welche den Politikbegriff auf den staatlichen Herrschaftsbereich verengen und die Gesellschaft als von der politischen Sphäre, d. h. dem Staat, getrennt sehen. Kultur ist dann etwas Politikfernes, bleibt weitgehend beschränkt auf geistige, künstlerische und religiöse Elemente und bezeichnet menschliche Produkte, welche als von Politik und Ökonomie unbeeinflußt gelten, wobei durch eine individualistische Perspektive auch der gesellschaftliche Bezug ausgeklammert wird.[2]

Diesem bürgerlichen Kulturbegriff war auch die ältere Arbeitervolkskunde der Weimarer Republik verhaftet. Indem in dieser auch als „Volkskunde des Proletariats" bezeichneten, bürgerlichen Forschungsrichtung Objektivationen in Form von Gütern als kulturelle Elemente angesehen wurden und die Blickrichtung der gezielten Lageverarbeitung in Form soziokultureller Lernprozesse sowie die Möglichkeit der Alternativorientie-

---

2 Ebd., S. 1.

1 G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 1.

2 Ebd., S. 1 f.; R. v. Dülmen, N. Schindler, 1984, S. 7; H. Ch. Ehalt, Umgang, 1984, S. 13.

rung ausgeklammert blieben, erschien proletarische Kultur als Verfallsform einer nostalgisch verklärten Volks- oder Bauernkultur.[3] Vergleichbar mit der Arbeitervolkskunde sind auch die Arbeiten Wilhelm Brepohls zum „Industrievolk" im Ruhrgebiet. Konzeptionell zeichnete sich mit dem Versuch, „Erlebnismodelle" und „Modellerlebnisse" herauszuarbeiten, zwar ein gewisser Fortschritt ab. Die fehlende Verbindung zu sozialgeschichtlich-strukturellen Aspekten führte aber in anthropologisierende, teilweise rassistisch eingefärbte Interpretationsmuster über „Weltbild und Geisteshaltung" und deren geschichtliche, geographische, soziologische und psychologische Voraussetzungen.[4] Das an der Oberschichtenkultur orientierte Kulturverständnis verdeckte, daß die spezifischen Kulturformen gesellschaftlicher Gruppen durch deren besondere Existenzbedingungen bedingt sind.[5]

Den neueren sozialgeschichtlichen Interpretationsangeboten, die den Begriff der Arbeiterkultur forschungsleitend verwenden, ist eine Überwindung der Begriffsverengung bürgerlicher Arbeiterkulturforschung gemeinsam, ohne die die Beziehungen zwischen politischen Prozessen und kollektiven Erfahrungen nicht erforscht werden könnten.[6] Der extensive Gebrauch des Kulturbegriffs beruht auf der jüngeren Entwicklung der Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik, die im Kontext der sozioökonomischen Prozesse zu begreifen ist[7]: Seit etwa Mitte/Ende der 1960er Jahre ist mit der gesellschaftlichen und politischen Aufbruchstimmung in Europa in der sozialwissenschaftlichen Diskussion eine Hinwendung zu den Erfahrungsbereichen der von Großer Politik oder wirtschaftlichen Globalzusammenhängen Betroffenen festzustellen, die u. a. im Kulturbegriff einen Kulminationspunkt gefunden hat. Als weitere Entwicklungstendenz zur Erforschung der Arbeiterkultur ist die Erweiterung des Horizontes der Geschichtswissenschaft in Richtung einer modernen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zu betrachten[8], die jedoch selbst Ausdruck einer Aufbruchstimmung unter vorwiegend jüngeren Historikern war. In ihrer engen Verbindung mit der Wirtschaftsgeschichte blieb die moderne deutsche

---

3 G. Korff, Volkskultur, 1979, S. 83 f. Vgl. beispielsweise W.-E. Peuckert, 1931 und M. Rumpf, 1931.

4 Auch bei W. Brepohl, Volkskunde, 1951, S. 115 f. erscheint die Kultur der Industriebevölkerung als Verfallsform. W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 30 zu Erlebnismodellen der untersuchten Volksgruppe, denen individuelle Modellerlebnisse entsprechen. Vgl. W. Brepohl, Ruhrvolk, 1948. Vgl. G. Korff, Volkskultur, 1979, S. 85; A. Lüdtke, Wandel, 1974, S. 623. Die von Brepohl geleitete „Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet" als Beispiel für Soziologie im Faschismus bei J. Weyer, 1984, S. 126 und 131 ff. zur industriellen Volkskunde.

5 D. Langewiesche, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 40; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 29 f.

6 D. Langewiesche, K. Schönhoven, Lebensweise, 1981, S. 21; ebenso W. Lepenies, Arbeiterkultur, 1979, S. 127; G. A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, 1979, S. 15; B. Faulenbach, Klassenkultur, 1988, S. 5. Vgl. K. Rohe, Typologie, 1982, S. 583.

7 H. Kastendiek, 1975, S. 31. „Konjunktur" des Arbeiterkulturbegriffes bei D. Langewiesche, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 359. Vgl. W. Lepenies, Arbeiterkultur, 1979, S. 127.

8 G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 3; G. A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, 1979, S. 15.

Sozialgeschichte wie die Sozialwissenschaften zunächst vorwiegend auf der Ebene der Erforschung der Makrostrukturen. Die Beschäftigung mit den großen Strukturen und Theorien begünstigte nach den Jahren des Kalten Krieges auch eine gewisse Renaissance marxistischer Kategorien.[9] Nach Beginn der gesellschaftlichen Aufbruch- und Reformphase waren aber in der westdeutschen Gesellschaft auch Vorstellungen vorhanden, die nicht nur an umfassenden gesamtgesellschaftlichen Konzeptionen orientiert waren, sondern darüberhinaus konkrete Veränderungen von Lebens- und Verhaltensinhalten und -formen erstrebten.[10] Leitbilder für eine Umgestaltung menschlichen Zusammenlebens, aber auch der Veränderung der großen Strukturen konnte oft die Geschichte der Arbeiterbewegung liefern, so daß sich eine Hinwendung zu Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung und der kulturellen Betätigung der Arbeiter entwickelte.[11] Auch wenn die seit 1945 publizierten wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung keineswegs nur programm-, organisations- oder ideengeschichtlicher Art waren und Elemente einer sozialgeschichtlichen Analyse durchaus berücksichtigt wurden, bedeutete die Hinwendung zur Geschichte der Arbeiter und ihrer Bewegungen doch eine Schwerpunktverlagerung zur systematischen Analyse der sozialen Strukturbedingungen und der Daseins- und Verhaltensformen der Arbeiterklasse.[12] Damit wurde angeknüpft an Arbeiten der (jüngeren und älteren) Schule der deutschen Nationalökonomie und die Schriften des Vereins für Sozialpolitik, die sich mit den Existenzbedingungen der Arbeiterklasse beschäftigt und auch begonnen hatten, „darin Erklärungen für Protest- und Konfliktbereitschaft, für besondere kulturelle Entfaltungsformen und Milieus abseits oder unterhalb der bürgerlichen Gesellschaft, endlich für das gewerkschaftliche und politische Organisationsverhalten der Arbeiterschaft zu finden"[13]. Als eine der ältesten sozialwissenschaftlichen Studien zur nicht nur ökonomisch-sozialen, sondern auch kulturellen Situation der Proletariats kann Friedrich Engels' Arbeit über die englische Arbeiterklasse gelten, was die Erleichterung der Hinwendung zur Erforschung kulturhistorischer Phänomene durch die marxistischen Einflüsse verdeutlicht.[14] In ersten Sammlun-

---

9 J. Kocka, Forschungsthema, 1979, S. 5; H. Heer, V. Ulrich, Geschichtsbewegung, 1985, S. 17 f. Vgl. E. Faul, 1979, S. 76.

10 Vgl. G. A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, 1979, S. 15; auch M. Vester, 1976, S. 62.

11 Vgl. H. Grebing, D. v. d. Brelie-Lewien, 1983, S. 557; H. Grebing, Disziplin, 1984, S. 7 ff. Vgl. J. Kocka, Klassen oder Kultur, 1982, S. 956.

12 Vgl. K. Tenfelde, Neue Forschungen, 1982, S. 426. Vgl. J. Kocka, Klassen oder Kultur, 1982, S. 956; N. Schindler, 1984, S. 52; K. Tenfelde, Schwierigkeiten, 1984, S. 382.

13 K. Tenfelde, Neue Forschungen, 1982, S. 428. Vgl. zu Entwicklungstendenzen im Ausland G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 4 f.; P. Steinbach, Alltagsleben, 1979, S. 226. Vgl. W. Lepenies, Arbeiterkultur, 1979, S. 135.

14 F. Engels, Lage, [10]1980, S. 225-506. Vgl. G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 5; W. Lepenies, Arbeiterkultur, 1979, S. 126; J. Kocka, Forschungsthema, 1979, S. 5; H. Grebing, Disziplin, 1984, S. 4.

gen von Arbeitermemoiren und Befragungen von Arbeitern kamen die Betroffenen schon vor dem Ersten Weltkrieg zu Wort.[15]

Die großen sozialwissenschaftlichen Theoriedebatten traten mit dem Ende der Reformphase in der Mitte der 1970er Jahre in den Hintergrund, und man wandte sich Theorien mittlerer Reichweite zu, die u. a. mit dem Kulturbegriff arbeiteten.[16] Das Forschungsinteresse wandte sich von den großen Strukturen wieder ab und der Frage zu, „wie jene Strukturen und Prozesse die Menschen betrafen, von ihnen erlebt und von ihnen beeinflußt wurden"[17]. Angesichts der in der Aufbruchphase entstandenen Erwartungen und angesichts zunehmend bedrohlicher ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen versinnbildlichte die Arbeiterkulturforschung auch Elemente einer allerdings mit emanzipatorischen Intentionen versehenen Nostalgie und einer in die Vergangenheit gewandten Suche nach einer angeblich heilen Welt.[18] Sozioökonomische Bedingungsfaktoren dieser Entwicklung waren die mit dem Ende der gesellschaftspolitischen Reformphase aufkommende Einsicht in die Kosten des sogenannten Fortschrittes und die Begrenztheit von Ressourcen, die wachsende Staatsverdrossenheit und die Hinwendung zu „neuen sozialen Bewegungen" und – nicht zu vergessen – auch die Unfähigkeit der Ende der 1960er Jahre zu neuen Ufern Aufgebrochenen, die eigenen Ansprüche im eigenen Leben umzusetzen.[19]

Der erweiterte Kulturbegriff kann als Oberbegriff für eine Reihe weiterer Begriffe wie z. B. Alltag, Freizeit, Lebensweise gelten. Diese erfassen entweder einzelne Dimensionen des erweiterten Kulturbegriffes oder werden weitgehend synonym benutzt. Dabei wird z. T. ausdrücklich Bezug auf Kultur genommen, was z. B. aus solchen zusammengesetzten Begriffen wie „Alltagskultur" hervorgeht.[20] Verwendung findet der Kulturbegriff – wie auch in dieser Arbeit – vor allem in seiner Ausprägung als „Arbeiterkultur", d. h. in Bezug auf die Arbeiterklasse. Grundsätzlich kann der Kulturbegriff jedoch analog auch auf andere Klassen und Schichten bezogen werden. Bei J. Kocka unter „Alltagsgeschichte" subsumiert, versetzt dieser Zugang die sozialwissenschaftliche Forschung in die Lage, neue bislang unberücksichtigt gebliebene Wirklichkeitsdimensionen zu

---

15 Vgl. G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 5; H. Heer, V. Ulrich, Geschichtsbewegung, 1985, S. 10, Ausführlich bei: S. Paul, 1984, S. 87 ff.

16 L. Niethammer, Alltagsgeschichte, 1980, S. 238; G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 7.

17 J. Kocka, Klassen oder Kultur, 1982, S. 956. Vgl. L. Niethammer, Einführung, 1980, S. 7; P. Steinbach, Alltagsleben, 1979, S. 230; D. Langewiesche, Arbeiteralltagsgeschichte, 1981, S. 25; D. Langewiesche, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 362; H. Ch. Ehalt, Umgang, 1984, S. 22; K. Tenfelde, Schwierigkeiten, 1984, S. 391 f; A. v. Saldern, Arbeiterkulturbewegung, 1988, S. 29.

18 Vgl. G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 7; H. Mommsen, Polarisierung, 1985, S. 75; N. Schindler, 1984, S. 13 f.; G. Paul, B. Schlossig, Vorwort, 1986, S. 16.

19 Vgl. D. Langewiesche, Arbeiteralltagsgeschichte, 1981, S. 24; D. Langewiesche, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 361 f.; H. Mommsen, Polarisierung, 1985, S. 75. Zum individuell-persönlichen Aspekt: H. Heer, V. Ulrich, Geschichtsbewegung, 1985, S. 15. Vgl. J. Weidenholzer, 1984, S. 40.

20 D. Langewiesche, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 361; K. Tenfelde, Schwierigkeiten, 1984, S. 386 f.

thematisieren.[21] Allerdings besteht gerade bei dieser Hinwendung zu einer „Alltagsgeschichte", zu einer „Erfahrungsgeschichte" oder zu einer sogenannten „Perspektive von unten" die Gefahr eines „romantisch verklärenden Pseudorealismus"[22], einer Hinwendung zu „sozialromantischer Nostalgie"[23] und einer „Flucht aus dem Rationalen", „aus dem Bedürfnis heraus, den Zwängen einer durchrationalisierten Gesellschaft [...] zu entkommen"[24], was seine Ursachen auch in der Überforderung der theoretischen Erklärungsansätze durch die Begegnung mit konkreten Lebenswelten hat.[25] Die nostalgische Idyllisierung und Idealisierung vorindustrieller Lebenswelt übersieht allerdings deren Not, Enge und Perspektivlosigkeit.[26] Die Wendung zur Erforschung kleiner Räume, begrenzter Gegenstandsbereiche und „alltäglicher" Phänomene kann also in eine Sackgasse führen, wenn die Erforschung solcher Gegenstandsbereiche einer antianalytischen Stimmung folgt, die „Anstrengung des Begriffs" scheut und so die Strukturgeschichte, die auch aus der Kritik an einer bloß verstehenden Wissenschaftsauffassung entstanden war, durch Erfahrungsgeschichte ersetzen und nicht nur ergänzen will und damit zum „neo-historistischen Rückfall"[27] wird.

Eng verbunden mit dem angesprochenen wissenschaftssoziologisch und wissenschaftspolitisch zu deutenden Perspektivwechsel war die Rehistorisierung der Sozialwissenschaften überhaupt. In dieser Rehistorisierung liegen trotz der Gefahr, Geschichte als Kompensationsinstanz oder Fluchtburg enttäuschter Hoffnungen zu mißbrauchen[28], wesentliche Chancen für die Sozialwissenschaften, ihrem aufklärerischen Auftrag gerecht zu werden und zur Veränderung der Realität beizutragen. Die Hinwendung zu Fragestellungen, die die historische Dimension verstärkt berücksichtigen, schafft nämlich eine kritische Distanz zum Status quo und führt zu einer Relativierung der gegenwärtigen Verhältnisse und damit zum Aufzeigen von Handlungsalternativen.[29] Gleichzeitig steckt in dem historischen Zu-

---

21 J. Kocka, Klassen oder Kultur, 1982, S. 956 f. Vgl. D. Langewiesche, Arbeiterkultur, 1984, S. 10.

22 H. Haumann, Einleitung, 1982, S. 4. Vgl. zur „bloßen Verdoppelung der Wirklichkeit" D. Kramer, Arbeiterkultur, 1986, S. 11.

23 D. Langewiesche, Arbeiteralltagsgeschichte, 1981, S. 27; D. Langewiesche, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 365.

24 D. Peukert, Arbeiteralltag, 1982, S. 13. Vgl. J. Kocka, Klassen oder Kultur, 1982, S. 965; K. Tenfelde, Schwierigkeiten, 1984, S. 381; H. U. Wehler, Bauernbandit, 1981.

25 L. Niethammer, Alltagsgeschichte, 1980, S. 237.

26 J. Kocka, Klassen oder Kultur, 1982, S. 963.

27 Ebd., S. 957 f. und 965. Die von M. Broszat, Plädoyer, 1982, S. 1244 ff. dagegen angeführte Sterilität gesamtgesellschaftlicher Theoriediskussion oder die zweifellos vorhandenen Defizite erzählerischer Vermittlung sozialwissenschaftlicher Forschung sind letztlich keine Argumente gegen die Notwendigkeit der Einbettung von Alltags- oder Kulturgeschichte in strukturgeschichtliche Zusammenhangsanalysen.

28 J. Rüsen, Geschichtsbewußtsein, 1984, S. 4 f. Gefahren dieser Art der Geschichtsscheibung mit Kategorien wie Kultur, Alltag oder Freizeit bei J. Kocka, Klassen oder Kultur, 1982, S. 955 ff. Vgl. A. G. Frei, Zukunft, 1984, S. 3. Auf den sowohl linker Heimattümelei als auch reaktionärer Geschichtsentsorgung gemeinsamen Wunsch nach Identitätsfindung und Sinnstiftung weist J. Kocka, Kritik und Identität, 1986, S. 890 hin.

29 D. Groh, Kritische Geschichtswissenschaft, 1973, S. 50 ff.; J. Weidenholzer, 1984, S. 46.

gang auch ein Stück Utopie- oder Ideologiekritik, wenn an restriktive Handlungsbedingungen erinnert wird[30] und bietet so auch die Möglichkeit illusionslosen politischen Handelns in der Gegenwart.

Auch der hier intendierten Fragestellung kann nur ein erweiterter Kulturbegriff gerecht werden. Mit der Formulierung G. A. Ritters soll Arbeiterkultur „den Gesamtzusammenhang einer schichtenspezifischen Lebensweise, die ihren Ausdruck nicht nur und nicht vor allem in künstlerischen Manifestationen der Arbeiterschaft und ihren Bildungsbestrebungen, sondern im sozialen und politischen Verhalten, in Wertvorstellungen und eigenen Institutionen findet"[31], bezeichnen. Ein solcher erweiterter Kulturbegriff macht der wissenschaftlichen Erforschung eine breite Palette von Gegenständen zugänglich, wie neben den Organisationen der Arbeiterklasse deren Freizeit- und Geselligkeitsverhalten, Wohn-, Eß- und Trinkgewohnheiten und -formen, Kommunikationsverhalten, Verhalten am Arbeitsplatz, Strukturen der Arbeiterfamilien usw.[32] In der Literatur werden diese Gegenstände oft auch unter dem Begriff Alltag subsumiert. Hier soll dieser Begriff zugunsten des Kulturbegriffs nicht benutzt werden, da der Alltagsbegriff eher individualistisch, die subjektiven Erfahrungen des Einzelnen erfassend verwandt wird, während der Kulturbegriff eher kollektive Phänomene, denen hier vorrangig das Interesse gilt, berücksichtigt.[33] Hinzu kommt, daß mit dem Kulturbegriff nicht die deskriptive Darstellung von Lebensumständen bewerkstelligt werden soll, sondern der kollektive Verarbeitungsprozeß von Alltag; d. h. Kultur ist gewissermaßen „Produkt des Alltags"[34].

Angesichts der Vielfalt der Gegenstände soll Kultur bzw. hier Arbeiterkultur deswegen ihre Begrenzung erfahren durch den Bezug zu einem übergeordneten Sinn und die „Forderung nach abstraktem Gehalt und Tradierfähigkeit einzelner Kulturelemente, wie auch des Sinngefüges der (Arbeiter)Kultur insgesamt"[35]. Durch die Forderung nach Konstanz bzw. Tradierfähigkeit und nach Sinnhaftigkeit als kulturell angesehener Phänomene wird eine Abgrenzung zu den kurzfristigeren Einstellungen und Handlungen vorgenommen, was den analytischen Vorzug mit sich bringt, relativ beständige Objekte für eine strukturgeschichtlich orientierte Betrachtungsweise zu gewinnen.[36]

---

30 J. Rüsen, Geschichtsbewußtsein, 1984, S. 4.

31 G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 1. Vgl. K. Tenfelde, Vom Ende, 1986, S. 21. Vgl. Parteiensystem als „Ausdruck und Träger bestimmter politischer Grundorientierungen, die durch soziale Strukturzusammenhänge vorgeprägt sind und konstitutive soziale Konflikte innerhalb einer Gesellschaft reflektieren" bei M. R. Lepsius, Parteiensystem, 1973, S. 61.

32 G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 1; D. Langewiesche, K. Schönhoven, Lebensweise, 1981, S. 20.

33 K. Rohe, Typologie, 1982, S. 584. Vgl. D. Langewiesche, Arbeiterkultur, 1984, S. 10.

34 D. Langewiesche, K. Schönhoven, Lebensweise, 1981, S. 21.

35 K. Tenfelde, Bergarbeiterkultur, 1979, S. 38. Vgl. Vgl. K. Tenfelde, Vom Ende, 1986, S. 22. Ebenso J. Kocka, Forschungsthema, 1979, S. 8; D. Langewiesche, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 40.

36 W. Lepenies, Arbeiterkultur, 1979, S. 132.

Bei dem bisher geschilderten Kulturbegriff besteht durchaus die Gefahr, daß sich der Unterschied zum Begriff Gesellschaft verwischt. In der sozialwissenschaftlichen Diskussion wurde deutlich gemacht, daß der Unterschied zwischen beiden Begriffen in der verschiedenen Perspektive bzw. Zugangsweise liegt: Wird der Begriff Gesellschaft als erkenntnisleitender Begriff benutzt, so besteht eher die Gefahr, an bestehenden Strukturen, wie Institutionen, Macht- und Herrschaftsverhältnissen etc., orientiert zu bleiben. Bei der Verwendung des Kulturbegriffes wird das Blickfeld dagegen erweitert, und emanzipatorische Potentiale, subjektive Verarbeitung sozioökonomischer Prozesse und Differenzierungsmöglichkeiten werden sozialwissenschaftlicher Forschung zugänglich.[37] Es lassen sich also mit dem erkenntnisleitenden Kulturbegriff Verhaltenseigentümlichkeiten gesellschaftlicher Schichten beschreiben und analysieren, die sich mit herkömmlichen sozialwissenschaftlichen Kategorien nur schwer fassen lassen und den Rahmen der vorwiegend politökonomisch orientierten Fragestellungen sprengen[38], weil Beharrungstendenzen überkommener Einstellungen, Deutungsmuster, Denkformen und Mentalitäten oder das Vorhandensein kollektiver Gedächtnisse und überlieferter Traditionen systematisch ausgeblendet werden.[39] Umgekehrt „müssen die ökonomischen Verhältnisse und die politische und soziale Struktur der Gesamtgesellschaft einbezogen werden", „soll die Erforschung der Arbeiterkultur nicht in einer additiven Beschreibung und Nebeneinanderstellung von verschiedenen kulturellen Erscheinungen stehenbleiben, ohne nach den Ursachen und Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung zu fragen"[40]. So ist ein Charakteristikum der Arbeiterkulturforschung gerade die interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener wissenschaftlichen Disziplinen, deren Auffächerung eher historisch zufällig oder wissenschaftspolitisch bestimmt ist, als daß sie praktischen und forschungsstrategischen Erwägungen Rechnung trägt.[41]

Indem der Arbeiterkultur im Netz der Interpendenzen mit Ökonomie und Politik nur begrenzte Autonomie zugebilligt wird, folgt die hier intendierte Forschungsperspektive ausdrücklich nicht den Teilen der Bewegung zur Erforschung von Alltagsgeschichte, die durch Theorieferne und den Versuch der Rekonstruktion angeblich autonomer subjektiver Lebenserfahrungen gekennzeichnet und nicht gewillt oder in der Lage sind, die subjektiven Erfahrungen mit den Ergebnissen bisheriger Gesellschafts-, Politik- und Ökonomieanalyse zu verbinden. Durch den hier beschriebenen forschungsleitenden Kulturbegriff ist diese Arbeit einer „erweiterten

---

37 D. Langewiesche, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 360.

38 W. Lepenies, Arbeiterkultur, 1979, S. 127. Vgl. z. B. Revision der abstrakten Klassenbegrifflichkeit bei F. Boll, Aspekte, 1986, S. 8.

39 Vgl. G. Wiegelmann, Tendenzen, 1981, S. 173. Vgl. zum ungleichmäßigen Ablauf von Demokratisierungs- und Industrialisierungsprozessen M. R. Lepsius, Parteiensystem, 1973, S. 56 f.

40 G. A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, 1979, S. 19.

41 D. Langewiesche, K. Schönhoven, Lebensweise, 1981, S. 9. Vgl. G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 3.

Sozialgeschichte" verpflichtet, „denn Richtmarke der Analyse bleiben gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse, die den Einzelnen als Objekt in überindividuelle Entwicklungen einbinden, ihm bestimmte Lebensformen und Verhaltensweisen aufzwingen, die er allenfalls kollektiv als Mitglied von Organisationen in Grenzen beeinflussen kann"[42]. Kulturelle Prozesse werden also ausdrücklich auf die politische Dimension bezogen und erhalten in ihrer Bedeutung für das Verhalten der Menschen in und gegenüber dem politischen System ihren Wert für die sozialwissenschaftliche Forschung.

Damit wird deutlich, daß die hier beabsichtigte Verwendung des Kulturbegriffs kein Substitut anderer sozialwissenschaftlicher oder sozialgeschichtlicher Forschungskonzepte sein kann und soll, sondern als zusätzliche Perspektive der Erhöhung der Erklärungskraft sozialhistorischer und sozialwissenschaftlicher Analyse dienen soll.[43] Auch kann eine Erforschung kultureller Elemente nur erweiternd für moderne Sozialgeschichte verwandt werden, weil mit dem Kulturbegriff auch geistige, immaterielle Zustände angesprochen sind, die bei historischer Betrachtung oft nur in ihrer materiellen Erscheinungsform als konkrete Verhaltensweisen sozialwissenschaftlich analysierbar sind. Damit ist sozialgeschichtliche Politikanalyse notwendiger Bestandteil der Untersuchung kultureller Elemente, wie umgekehrt der Politikanalyse durch kulturhistorische Forschung zusätzliche Erklärungsmöglichkeiten eröffnet werden. D. h. unter Arbeiterkultur soll nicht Lebenstotalität subsumiert werden, sondern es sollen hier nur solche kulturellen Phänomene betrachtet werden, die für das politische System von Bedeutung sind und mit politischer Interessenartikulation verbunden sind. Kulturelle Phänomene werden hier nur soweit thematisiert, als sie in einem mindestens mittelbaren Zusammenhang zum politischen System stehen und zu Organisierung und politischem Handeln führen. Damit ist entsprechend der Forderung Jürgen Kockas Arbeiterkultur als „Verknüpfungsinstanz" für den „konkreten Zusammenhang zwischen sozialökonomischer Lage, Bewußtseinsbildung, Organisation, Bewegung und Politik der Arbeiter" beschrieben, d. h. als ein „Bindeglied [. . .] zwischen Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegungsgeschichte" (Dietmar Petzina).[44] Die konkrete Verknüpfung von Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung ergibt sich im übrigen aus der Entstehung der Arbeiterbewegung, die ja eben die Lebensbedingungen der Arbeiter verbessern wollte und dazu Werte und Normen der herrschenden Gesellschaftsordnung in Frage stellen mußte. Kulturelle Aktivitäten müssen deswegen notwendig

---

42 D. LANGEWIESCHE, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 365; D. LANGEWIESCHE, Arbeiteralltagsgeschichte, 1981, S. 28. Vgl. D. KRAMER, Arbeiterkultur, 1986, S. 13 f.; K. TENFELDE, Schwierigkeiten, 1984, S. 380 und 390 f.; D. PEUKERT, Drittes Reich, 1986, S. 533.

43 Vgl. K. ROHE, Typologie, 1982, S. 583 f.; D. PEUKERT, Drittes Reich, 1986, S. 533.

44 J. KOCKA, Forschungsthema, 1979, S. 8 und im Anschluß daran D. PETZINA, Einleitung, 1986, S. 8; ebenso W. L. GUTTSMANN, 1984, S. 13. Ähnlich: H. SAFRIAN, 1984, S. 288 f. Ähnliche Überlegung am Alltagsbegriff bei D. PEUKERT, J. REULECKE, 1981, S. 14 f. Vgl. D. LANGEWIESCHE, K. SCHÖNHOVEN, Lebensweise, 1981, S. 8; K. SCHÖNHOVEN, Jahrhundert-Jubiläum, 1987, S. 51f.

mit den materiellen Lebensbedingungen und der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung in Beziehung gesetzt werden, was allerdings bisher höchstens ansatzweise gelungen ist.[45]

Wenn Ökonomie, Politik und Kultur in enger Wechselbeziehung stehen, so muß Kultur aufgrund der Unterschiedlichkeit der Stellung der sozialen Gruppen in Ökonomie und Politik gruppenspezifisch differenziert werden. Ist eine Gesellschaft klassenmäßig strukturiert, so ist die Stellung der Träger einer Gruppenkultur im Produktionsprozeß ein relevantes Unterscheidungskriterium. Entsprechend weiterer ökonomischer, politischer, traditioneller, religiöser, ethnischer und anderer Differenzierungen der Klassen muß auch der Kulturbegriff gruppenspezifisch weiter differenziert werden.[46] Der Klassenbegriff wird zu einem wichtigen Zugang für die Analyse, weil er die Konfliktstrukturen der Gesellschaft herausstellt und – flexibel gehandhabt – auch die spezifischen Gruppeninteressen innerhalb der Arbeiterklasse zu berücksichtigen in der Lage ist. Eine solche Differenzierung erlaubt, „das zeitliche Nebeneinander verschiedenartiger Kulturformen"[47] in einer Gesellschaft zu erklären. Der von Lepsius mit ähnlicher Intention zur Überwindung der gewissen „Enge der klassentheoretischen Analyse" geprägte Begriff des „sozialmoralischen Milieus", der für soziale Einheiten steht, „die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtenspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden"[48], soll hier zugunsten der vergleichbaren Differenzierung von Klassenkulturen in (Arbeiter-)Gruppenkulturen nicht verwendet werden.

Die bisherigen Überlegungen knüpfen letztlich auch an Aussagen von Karl Marx zum Verhältnis von Basis und Überbau an, welche allerdings keine ausgereifte Kulturtheorie enthalten. Im Zentrum der Marxschen Äußerungen stehen die Produktionsverhältnisse und die Arbeit, die einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte entsprechen, als Basis, auf der sich ein kultureller, geistiger, moralischer, politischer und juristischer Überbau erhebt, der bestimmten gesellschaftlichen Bewußtseinsformen entspricht. Mit einer Veränderung der ökonomischen Basis werden nach Marx Umwälzungen des Überbaus notwendig.[49] Die allgemeinen Aussagen wurden schon von Friedrich Engels ergänzt durch die Feststellung, daß nach materialistischer Geschichtsauffassung die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens „in letzter Instanz" das bestimmende

---

45 Vgl. P. v. RÜDEN, Anmerkungen, 1981, S. 11 und 13. Vgl. H. GREBING, Disziplin, 1984, S. 12.

46 Vgl. J. KOCKA, Forschungsthema, 1979, S. 8; W. LEPENIES, Arbeiterkultur, 1979, S. 133; W. JACOBEIT, Volkskunde, 1982, S. 13; R. v. DÜLMEN, N. SCHINDLER, 1984, S. 8; Vgl. K. TENFELDE, Vom Ende, 1986, S. 22.

47 D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 40.

48 M. R. LEPSIUS, Parteiensystem, 1973, S. 67f.

49 K. MARX, Kritik der politischen Ökonomie, [9]1981, S. 8 f. Vgl. D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 40; W. LEPENIES, Arbeiterkultur, 1979, S. 133; J. MOOSER, 1984, S. 16 ff.

Moment sei, während „verschiedene Momente des Überbaus [...] auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe"[50] ausüben. Dabei berücksichtigt Engels auch, daß sich Bourgeoisie und Proletariat nicht nur in ihrer Politik, sondern auch Sprache, Ideen und Vorstellungen, Sitten und Religion unterscheiden. Auch differenziert Engels das Proletariat in verschiedene „Sektionen"[51]. Für die aus der inneren Differenzierung des Proletariats folgende Binnendifferenzierung der Arbeiterkultur sind Faktoren verantwortlich wie trotz tendenzieller Nivellierung weiter wirkende handwerkliche Traditionen oder der unterschiedliche Grad der Qualifikation der Arbeiter, aber auch ethnische und religiöse Differenzierungen. Bedeutung haben auch regionale Sonderentwicklungen und die Fraktionierung bzw. Spaltung der Arbeiterbewegung, deren verschiedene Richtungen auch verschiedene kulturelle Elemente herausbildeten.[52] Aus der Differenzierung der gesellschaftlichen Gesamtkultur in Klassenkulturen, die wiederum eine Binnendifferenzierung aufweisen, ergibt sich die schwierige Frage der Abgrenzung verschiedener Teilkulturen. Begründet sind die Schwierigkeiten in der Komplexität von ökonomischen und gesellschaftlichen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen. Durch den Klassenbezug des Kulturbegriffs werden die Grenzen zwischen verschiedenen Teilkulturen letztlich durch die selbst nicht trennscharfen Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit bestimmt.[53]

Lenin hat die Aussagen von Marx zur „Zwei-Kulturen-Theorie" weiterentwickelt, die von zwei Klassenlinien in der Kulturentwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ausgeht, wobei zur zweiten Kultur jene Elemente gerechnet werden, die die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen.[54] Lenin wirft mit seinen Äußerungen zur Zwei-Kulturen-Theorie die wichtige Frage nach der Dominanz einer Kultur über die andere auf. Aufgrund der vielfältigen Berührungspunkte und der gesamtgesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen (Schule, Betrieb, Elternhaus und – oft vergessen – der Militärdienst), die von der herrschenden Klasse und deren Vorstellungen geprägt werden, ist tendenziell der These Lenins zuzustimmen, daß es in jeder nationalen Kultur nur „Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur" gebe, während gleichzeitig eine bürgerliche Kultur nicht nur in der Form von Elementen, sondern als herrschende Kultur existiere. Aufgrund der Dominanz der Kultur der herrschenden Klasse könne die Kultur der ökonomisch abhängigen Klasse also nur ansatzweise, d. h. in Elementen, ver-

---

50 F. Engels, Brief, [3]1978, S. 463. Ebenso F. Engels, Ursprung der Familie, [7]1981, S. 27. Vgl. P. Steinbach, Alltagsleben, 1979, S. 227 f.; W. Lepenies, Arbeiterkultur, 1979, S. 133; W. Abendroth, Marxismus, 1982, S. 353; L. Niethammer, Privat-Wirtschaft, 1983, S. 92.

51 F. Engels, Lage, [10]1980, S. 253 ff. und 351. Vgl. G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 5; W. Lepenies, Arbeiterkultur, 1979, S. 133; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 22; D. Mühlberg, 1986, S. 81.

52 G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 2. Vgl. H.-W. Sabais, 1956, S. 328; M. Grüttner, 1984, S. 247 f.

53 Vgl. J. Kocka, Klassen oder Kultur, 1982, S. 964; G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 2.

54 H. Strobach, 1976, S. 34 lt. W. I. Lenin, [6]1977, S. 8 f. Vgl. D. Kramer, Theoretische Probleme, 1982, S. 65.

wirklicht bzw. entwickelt werden.[55] Erst wenn die ökonomisch abhängige Klasse zur herrschenden Klasse geworden sei, könne das gesamte kulturelle Leben der Menschen im Sinne dieser Elemente umgestaltet werden, die allerdings keineswegs so einheitlich sein müssen, wie die Zweikulturenthese oberflächlich glauben machen will, da die zweite Kultur, wie schon dargestellt, selbst wieder in verschiedene Arbeitergruppenkulturen zerfällt.[56] Die Unterscheidung von Klassenlinien in der Kulturentwicklung darf jedoch nicht derart angewendet werden, daß durch willkürliche Festlegung der korrekten (Partei-)Linie das eine kulturelle Element Ausdruck des revolutionären Kampfes ist und das andere Ausdruck von Opportunismus[57], sondern es hat jeweils eine Analyse des Verhältnisses von herrschender Kultur und der von ihr abweichenden kulturellen Elemente zu erfolgen. Nichtsdestotrotz enthält die Zweikulturenthese auch ohne parteiliche Klitterung grundsätzlich eine qualitative Aussage, die der zweiten Kultur eine zukunftsgerichtete Perspektive beimißt, die allerdings auch die Intentionen der Träger von Arbeiterkultur reflektiert.[58]

Wird also der Kulturbegriff dahingehend ausgeweitet, daß in einer Gesamtgesellschaft mehrere Teilkulturen unterscheidbar sind, so muß statt von der Arbeiterkultur von untereinander differenzierten Arbeiter(gruppen)kulturen die Rede sein.[59] Diese lassen sich wiederum weiter differenzieren nach der gesamtgesellschaftlichen Anerkennung und der Verschränkung von Gruppenkulturen untereinander sowie dem Geltungsanspruch der Gruppenkulturen. Als Subkulturen werden solche Teilkulturen angesehen, die innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Gefüges eine relative Autonomie besitzen, partiell nicht in die Gesamtkultur integriert sind und gesamtgesellschaftlich nicht anerkannt werden. Der Begriff der Subkultur wird der hier intendierten Herangehensweise an von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung herausgebildete kulturelle Elemente nicht gerecht, da er nicht den Intentionen ihrer Träger gerecht wird, „die sich um eine eigenständige, die ‚bürgerlich-kapitalistische' Kultur überwindende, wenn auch ihre besten Traditionen umwertend in sich aufnehmende Kultur der Arbeiter und für die Arbeiter bemühten"[60]. Dagegen werden als Gegenkulturen solche Kulturen bezeichnet[61], die sich gegen den Hegemo-

---

55 W. I. LENIN, [6]1977, S. 8 f. Daran anschließend H. STROBACH, 1976, S. 35. Zu den Einflußmitteln der herrschenden Kultur: G. ROTH, Die kulturellen Bestrebungen, [5]1981, S. 344. Vgl. K. TENFELDE Bergarbeiterkultur, 1979, S. 34.

56 Vgl. H. ZWAHR, Konstituierung, 1981, S. 17 und 206 f.

57 Z. B. Forschungsprogramm bei: H. STROBACH, 1976, S. 39. Wesentlich differenzierter D. MÜHLBERG, 1986, S. 75

58 Vgl. D. KRAMER, Aktuelle Probleme, 1983, S. 113 ff.

59 D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 40 ff.; D. LANGEWIESCHE, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 372. Vgl. F. BOLL, Aspekte, 1986, S. 10.

60 D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 40. Vgl. T. PIRKER, Arbeiterbewegung, 1985, S. 681. Die Anwendung des Subkulturbegriffes auf die sozialdemokratische Bewegung geht zurück u. a. auf G. ROTH, Social Democrats, 1963; auch G. ROTH, Die kulturellen Bestrebungen, [5]1981, S. 342. Vgl. G. A. RITTER, Deutsche Parteien, 1973, S. 16; D. DOWE, Arbeitersängerbewegung, 1979, S. 122 f.; auch bei M. R. LEPSIUS, Parteiensystem, 1973, S. 62, 65, 75 und 77.

61 D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 40.

nieanspruch der dominanten Kultur wenden und sich in spezifisch politisierter Form von der Gesamtkultur abgrenzen und die gänzliche Veränderung der Gesamtkultur einer Gesellschaft erstreben. Die hier zu analysierende sozialdemokratisch orientierte Arbeiterbewegungskultur ist idealtypisch als solch eine Gegenkultur anzusehen, die mit einem umfassenden Anspruch der Überwindung der herrschenden Kultur und der Ersetzung dieser durch alternative Normen, Lebens- und Verhaltensformen bis zum Ersten Weltkrieg nahezu einzigartig war.

3. Forschungsgegenstand, Untersuchungsregion und Untersuchungszeitraum

Innerhalb der in Teilkulturen differenzierbaren Kultur der Arbeiterklasse, soll hier nur eine bestimmte Teilkultur betrachtet werden. Das Forschungskonzept einer um die zusätzliche Perspektive von Arbeiterkultur erweiterten Sozialgeschichte soll angewandt werden auf die kulturellen Elemente, die von dem sozialistisch bzw. sozialdemokratisch orientierten Teil der Arbeiter ausgebildet wurden. Eine derartige Beschränkung auf den sozialdemokratisch orientierten Teil der Arbeiterklasse erscheint sinnvoll, weil einerseits die Organisationen selbst Produkte der Herausbildung spezifischer Elemente von Arbeiterkultur sind, und es andererseits vermittelt über Organisationen zu einer kollektiven Artikulation von Interessen und zur Umsetzung von Bewußtseinsinhalten in konkrete Politik kommt[1], welche, ohne in herkömmliche Organisations- und Programmgeschichte zu verfallen, quellenmäßig recht gut zu verfolgen sind. Diese Konstituierung des Untersuchungsgegenstandes beruht somit auf der These, daß die Verfestigung eigenständiger kultureller Elemente der Arbeiterklasse als kollektives Phänomen ihren Ausdruck in den Einrichtungen und Organisationen der Arbeiterklasse findet, wodurch Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegungsgeschichte verbunden sind.[2] Damit versucht die vorliegende Arbeit, die vermeintlich authentischere Geschichte der Arbeiter zu verbinden mit der Geschichte der Arbeiterorganisationen, in dem Bewußtsein, daß der Alltag der Arbeiter, Produktion, Reproduktion und Organisation zusammen betrachtet und aufeinander bezogen werden müssen.[3] Dabei müssen die Kulturelemente, die sich aus der schichtenspezifischen Lebensweise der Arbeiter ergaben, keineswegs identisch sein mit den kulturellen Elementen, die die Organisationen der Arbeiterbewegung herausbildeten, denn durch das Selbstverständnis der Arbeiterbewegung als Kultur-, Bildungs-

---

1 Vgl. G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 1; P. v. Rüden, Anmerkungen, 1981, S. 14. Hinweis auf organisatorische Objektivationen bei D. Mühlberg, 1986, S. 78 f.

2 D. Bertauxe, I. Bertauxe-Wiaine, Autobiographische Erinnerung, 1980, S. 116. Vgl. W. Jacobeit, Volkskunde, 1982, S. 12 f.; K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 83. Verabsolutiert bei: M. Vester, 1976, S. 63. Vgl. H. Grebing, Disziplin, 1984, S. 10 gegen die Geschichte einer „alternativen" Arbeiterbewegung gewandt.

3 Vgl. U. Borsdorf, Organisation und Alltag, 1980, S. 703 f. Zum Zusammenhang von Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur auch B. Faulenbach, Klassenkultur, 1988, S. 5 f.

und Emanzipationsbewegung war die von den Arbeiterorganisationen praktizierte Kultur immer eine bewußt und mit Bildungsanspruch veranstaltete Kultur.[4] D. h. es bestehen zwei Ebenen der Kultur der Arbeiterklasse, die informelle Ebene der kulturellen Elemente der Arbeiterklasse bzw. bestimmter Arbeitergruppen, die nicht mit der Ebene der formellen Kultur, also der institutionalisierten Kultur der Arbeiterorganisationen, vollkommen übereinstimmen muß. Entsprechend muß trotz wechselseitiger Beeinflussung begrifflich zwischen Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur unterschieden werden.[5] Dieser Unterschied war den Repräsentanten der kulturellen Vorfeldorganisationen der Arbeiterparteien durchaus bekannt und bewußt. Sie verstanden unter Arbeiterkultur nicht die Kultur der Arbeiterschaft, „sondern die durch die sozialdemokratischen bzw. kommunistischen Arbeiterorganisationen und von den politisch engagierten Arbeitern bewußt veranstaltete Kultur", womit also die Vorstellung zurückgewiesen wurde, „die Kultur im Umfeld der Arbeiterparteien und von diesen geförderte Kultur sei mit der der Arbeiterschaft insgesamt als einer sozialen Schicht oder Klasse identisch"[6].

Die Konzipierung der vorliegenden Arbeit als Regionalstudie geht von der Erkenntnis aus, daß sozialgeschichtliche Forschung insgesamt, die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und insbesondere die Arbeiterkulturforschung z. Z. vor allem durch Untersuchungen über geographisch begrenzte Räume vorangebracht werden können.[7] Vorteil der Beschränkung auf eine bestimmte Untersuchungsregion ist im Sinne des dargestellten Forschungskonzeptes „größere Genauigkeit in der Erfassung des Strukturellen", und damit letztlich auch Voraussetzung der Darstellung und Interpretation einer Gesamtentwicklung.[8] Die Untersuchung der lokalen Entstehung und Ausprägung der Arbeiterbewegung erhält ihre Berechtigung und Notwendigkeit also dadurch, daß erst die regionalen Differenzierungen innerhalb allgemeiner Prozesse die Identifizierung von Bedingungsfaktoren ermöglichen.[9] Die Gemeinde oder Stadt ist der Ort, an dem sozioökonomische Prozesse entstehen und in direkter

---

4 G. A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, 1979, S. 16. Vgl. H. Maimann, 1981, S. 18.

5 J. Kocka, Forschungsthema, 1979, S. 9 f.; W. L. Guttsmann, 1984, S. 15; M. Grüttner, 1984, S. 247; D. Langewiesche, Arbeiterkultur, 1984, S. 12; K. Tenfelde, Vom Ende, 1986, S. 21. Gegenposition der Beschränkung von Arbeiterkultur auf Arbeiterbewegungskultur bei T. Pirker, Arbeiterbewegung, 1985, S. 679 f.

6 H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 12.

7 G. A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, 1979, S. 20; D. Langewiesche, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 360 und 363. Vgl. O. Dann, Region, 1983, S. 653 f.; P. Steinbach, Alltagsleben, 1979, S. 229; D. Peukert, Regionalgeschichte, 1978, S. 547; D. Peukert, Drittes Reich, 1986, S. 533 zur NS-Zeit; H. Konrad, Regionalgeschichtsschreibung, 1981, S. 419; E. Hanisch, 1979/80, S. 39. Vgl. K. Tenfelde, Wege, 1978, S. 197; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 18. Eine neue „Forschungsrichtung" wird durch regionale Beschränkung allerdings nicht konstituiert, so C. Dirninger, 1981, S. 322 f.

8 W. Köllmann, Regionalgeschichte, 1975, S. 45; K. Tenfelde, Wege, 1978, S. 252. Vgl. M. Broszat, Plädoyer, 1982, S. 1246; G. Paul, B. Schlossig, 1986, S. 27.

9 A. v. Saldern, Einwohner, 1973, S. 11. Vgl. W. Köllmann, Regionalgeschichte, 1975, S. 46; D. Peukert, Regionalgeschichte, 1978, S. 553.

Weise erfahrbar werden.[10] Eine der Sozialgeschichte verpflichtete Regionalforschung setzt voraus, daß die Region nicht als autonom im Sinne romantisierender, z. T. nationalistisch verformter Heimatgeschichtsschreibung oder eines neuen lokalpatriotischen Regionalismus betrachtet wird, sondern als in eine Gesamtentwicklung eingebettet auch aus dieser Perspektive zu analysieren ist.[11] Nichtsdestoweniger ist Regionalgeschichte natürlich auch eine Form der Heimatgeschichte, die, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse überhaupt über den kleinen Kreis akademischer Fachleute hinaus Verbreitung finden, zur Herausbildung bzw. Bewußtmachung lokaler Traditionen beitragen kann, da durch höhere Anschaulichkeit eigene Erinnerungen und Emotionen geweckt werden können.[12]

Untersuchungsregion ist das Gebiet der heutigen Stadt Gelsenkirchen, welches im wesentlichen bis zur Städtezusammenlegung 1928 durch eine lange Folge von Eingemeindungen bzw. Zusammenschlüssen verschiedener Gebietseinheiten entstand. Das Stadtgebiet, das bei einer Fläche von 104,15 qkm eine größte West-Ost-Ausdehnung von 10 km und eine maximale Nord-Süd-Erstreckung von 18 km erreicht, ähnelt in seiner Form einer Ellipse, deren Hauptachse leicht nach Nordnordwest geneigt ist. Es grenzt im Westen an Gladbeck (Kreis Recklinghausen), im Südwesten an Essen, im Süden an Wattenscheid (Kreis Bochum) und im Osten an Wanne-Eickel (Kreis Herne), sämtlich Industriestädte, in deren dicht besiedelte Außenbezirke Gelsenkirchen vielfach unmittelbar übergeht. Lediglich im Nordosten in Richtung der Stadt Herten sind beiderseits der Stadtgrenze Agrar- und Forstgebiete nennenswerten Ausmaßes zu finden und im Norden in Richtung der Landgemeinde Altendorf-Ulfkotte trägt auch der nördliche Teil des Gelsenkirchener Stadtteiles Scholven ländliche Züge.[13]

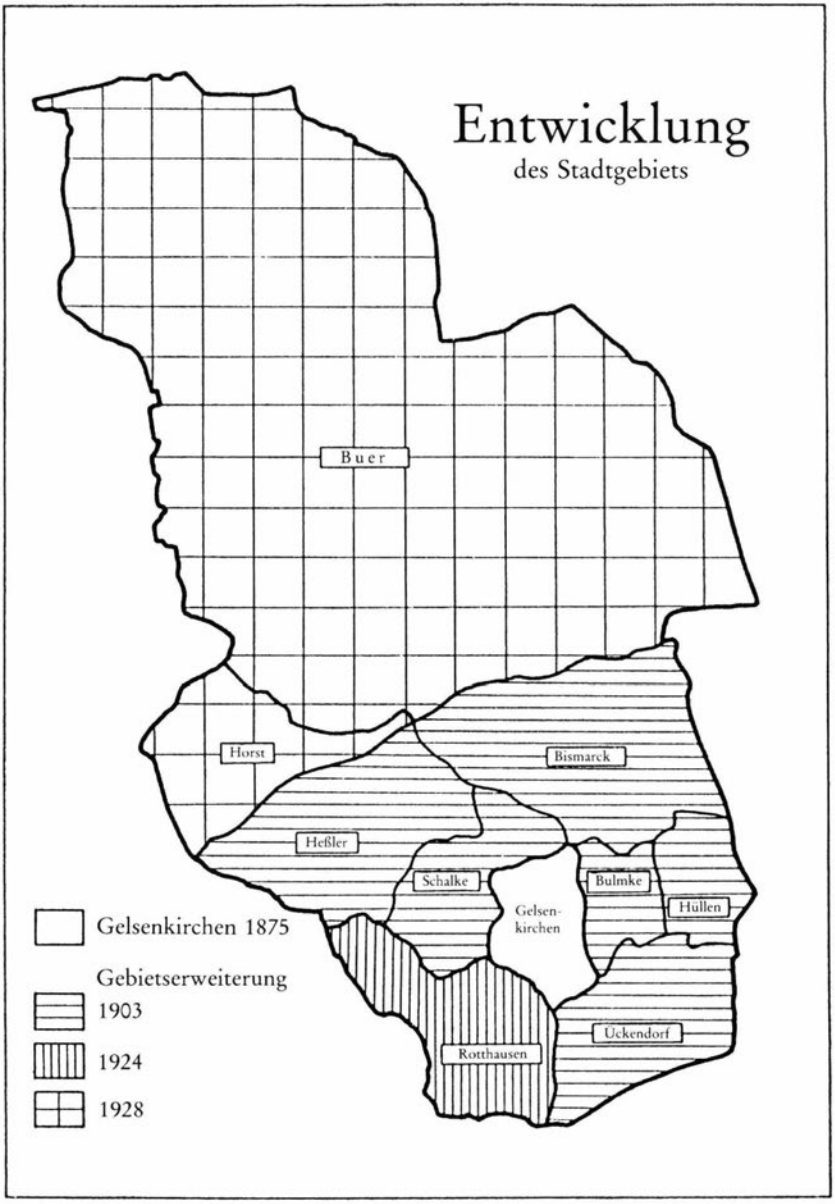
---

10 Vgl. A. v. SALDERN, Einwohner, 1973, S. 12.

11 W. KÖLLMANN, Regionalgeschichte, 1975, S. 49. Vgl. D. PEUKERT, Regionalgeschichte, 1978, S. 551; O. DANN, Region, 1983, S. 654; M. ZIMMERMANN, Schachtanlage, 1987, S. 10; E. HANISCH, 1979/80, S. 40.

12 Vgl. D. PEUKERT, Regionalgeschichte, 1978, S. 558 f.

13 D. BECKMANN, 1965, S. 157 f.



Entwicklung des Stadtgebietes[14]

14 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 271.

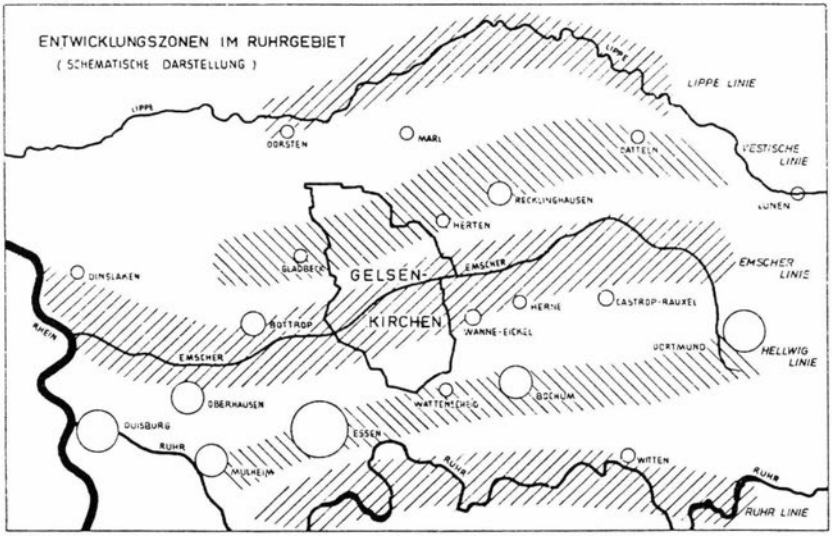
Seit 1928 gehört Gelsenkirchen zum Regierungsbezirk Münster, dem vorher im Norden die Stadt Buer und das Amt Horst im Kreis Recklinghausen angehörten, während der Gelsenkirchener Süden, auf dessen Weg der kommunalen Zusammenfassung einzugehen sein wird, zum Regierungsbezirk Arnsberg gehörte, ausschließlich Rotthausens, welches bis zu seiner Vereinigung mit der Stadt Gelsenkirchen 1924 zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehörte. Wie zu zeigen sein wird, entsprach der kommunalpolitischen Zersplitterung des Gebietes der heutigen Stadt Gelsenkirchen auch eine Phasenverschiebung im Industrialisierungsprozeß zwischen dem in der Emscherzone liegenden Süden und dem den Übergang zum Vest bildenden Norden.

Begrifflich wird das Gebiet der heutigen Stadt Gelsenkirchen, die Untersuchungsregion, als Raum Gelsenkirchen bezeichnet. Bis zur Städtezusammenlegung 1928 bezeichnen heutige Stadtteilnamen die jeweiligen (selbständigen) Verwaltungsgliederungen oder deren Teile. Ab 1928 ist nur noch von Gelsenkirchen und seinen Stadtteilen die Rede. Eine mikrohistorische Analyse von spezifischen Entwicklungen in bestimmten Stadtteilen und meist damit eng verbundenen Großbetrieben kann und soll hier nicht geleistet werden.

Die Untersuchungsregion Gelsenkirchen ist Teil eines größeren zusammenhängenden Wirtschaftsraumes – des Ruhrgebietes, für welches zahlreiche Begriffe mit z. T. unterschiedlichem Inhalt gebräuchlich sind. Konstitutiv für den Begriff des Ruhrgebietes dürfte sowohl im Bewußtsein derjenigen, die sich als „Ruhrgebietler" verstehen, als auch der „Nicht-Ruhrgebietler" die Vorstellung von einem durch einen bestimmten wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklungsprozeß entstandenen Raum sein.[15] Als Teil der Region Ruhrgebiet ist Gelsenkirchen in die Geschichte dieser Region eingebunden und umgekehrt sind Gelsenkirchener Entwicklungen in bestimmter Weise typisch für das gesamte Ruhrgebiet bzw. dessen unterschiedliche Entwicklungszonen. Insofern versteht sich diese Arbeit auch als Beitrag zu einer bisher erst in Ansätzen geschriebenen Geschichte des Ruhrgebietes und seiner sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft.

---

15 W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 15 und 17. Gebräuchlich sind auch: Rheinisch-westfälisches Steinkohlengebiet, Ruhrkohlenbezirk, Revier, Ruhrland. W. Brepohl, Aufbau, 1948, S. 34 f. und 38. Unter Berufung auf Brepohl bei B. Faulenbach, Struktur, 1987, S. 412 „räumlich identifizierbares Zusammengehörigkeitsgefühl".



Entwicklungszonen des Ruhrgebietes[16]

Bei einer Untersuchung der sozialdemokratischen Arbeiter(bewegungs)kultur und Politik in Gelsenkirchen ist zu berücksichtigen, daß die „Einzelströmungen und Sonderentwicklungen in der Arbeiterbewegung bestimmter Regionen" immer auch „mit der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands verflochten und von überregionalen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ebenso abhängig (waren) wie von regionalen"[17]. Deshalb wird es immer wieder notwendig sein, auf Entwicklungstendenzen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung einzugehen. Die regionale Konkretisierung der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterkultur ist Anliegen dieser Arbeit, wobei auch beabsichtigt ist, damit manche allzu grobe bisherige Einschätzung zu korrigieren.

Da der Bergbau im Untersuchungszeitraum der Hauptwirtschaftszweig war, ist auch die den Raum Gelsenkirchen umfassende Bergreviereinteilung von Interesse: Zum Bergrevier Gelsenkirchen gehörten die Gelsenkirchener Schachtanlagen Consolidation, Hibernia, Nordstern und Wilhelmine Viktoria und die Herner, Wattenscheider und Wanner Zechen Königsgrube, Unser Fritz und Pluto. Neben Centrum-Morgensonne, Centrum 4/6 und Engelsburg bildeten Holland, Rheinelbe und Alma das

16 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 162.
17 J. Reulecke, Arbeiterbewegung, Vorwort, S. 7 dort auf Rheinland-Westfalen bezogen.

Bergrevier Wattenscheid. Recklinghausen-West setzte sich aus Auguste Viktoria, Brassert, Recklinghausen und Schlägel und Eisen und der Hertener bzw. Bueraner Zeche Ewald und den später im Bergrevier Buer zusammengefaßten Bueraner Zechen Graf Bismarck, Hugo, Bergmannsglück und Westerholt zusammen. Das Bergrevier Gladbeck umfaßte die Schachtanlagen Scholven, Baldur, Fürst Leopold, Möller und Rheinbaben, Graf Moltke und Zweckel. Zu Essen West (II) gehörte Dahlbusch neben Bonifacius, Friedrich Ernestine, Königin Elisabeth und Zollverein.

Da der Raum Gelsenkirchen bis zum Beginn der Industrialisierung um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine von den gesellschaftspolitischen Umwälzungen relativ wenig berührte Region war und zudem, abgesehen von den etwas größeren Handwerker- und Bauerndörfern Gelsenkirchen und Buer, nahezu menschenleer war, besteht in der Untersuchungsregion die Möglichkeit, die Auswirkungen der Industrialisierung und die Entstehung von kulturellen Elementen einer neu entstehenden Arbeiterklasse weitgehend ohne Berücksichtigung der Prozesse des Übergangs von durch Zünfte geprägten Arbeits- und Produktionsverhältnissen zu kapitalistisch strukturierter Lohnarbeit zu erforschen; nur die „importierte" Prägung von Immigranten oder altem Bergarbeiterstand müssen berücksichtigt werden. Diese Chance will die Arbeit nutzen und mit einer Längsschnittanalyse in gewisser Weise die Totalität einer Entwicklung bis in die jüngste Vergangenheit verfolgen.

Ausgangspunkt der Darstellung ist das Jahr 1848, als sich in der bürgerlichen Revolution der Übergang zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft politisch ausdrückte und mit einer wirtschaftlichen und sozialen Krise auch die „Vorindustrialisierungsphase" endete.[18] Erste Bohrungen nach Kohle in den 1840er Jahren und der Anschluß Gelsenkirchens an die Köln-Mindener Bahn 1847 stellten gleichzeitig wichtige Voraussetzungen für die Industrialisierung Gelsenkirchens dar. Wegen der vorwiegend ab den „Gründerjahren" erfolgenden Industrialisierung des Gelsenkirchener Raumes und der späten Entfaltung einer sozialdemokratischen Arbeiterkultur liegt das Schwergewicht der Untersuchung jedoch in der Zeit nach dem Schlüsselereignis des großen Bergarbeiterstreiks von 1889. Die Untersuchung endet in der Mitte der 1970er Jahre, als in der Sozialdemokratie Gelsenkirchens wichtige Veränderungen vollzogen worden waren, in der Bundesrepublik sich ein Ende der Reformphase abzeichnete und mit den krisenhaften sozioökonomischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen auf die nun in Gelsenkirchen dominierende Ruhr-Sozialdemokratie neue Herausforderungen zukamen.

---

18 Vgl. W. Kölmann, Industriezeitalter, 1974, S. 21.

4. Fragestellung und Intention

Aus dem am Arbeiterkulturbegriff orientierten Forschungskonzept ergibt sich als zentrales Anliegen der vorliegenden Untersuchung die Frage nach der historischen Entwicklung der Fähigkeit der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens, die konkreten Erfahrungen des Arbeiterlebens aufzugreifen, kollektive Deutungsmuster und Vorstellungen über diese Realität zu entwickeln, daraus Wertvorstellungen, Verhaltensnormen und Zukunftsperspektiven abzuleiten und dies in zielgeleitete und realitätsgerechte Politik umzusetzen, wobei die Verbindungselemente zwischen Arbeiterleben und Arbeiterbewegung als kulturell bezeichnet werden. Nach den forschungsleitenden Überlegungen sind Voraussetzungen einer analytischen Verbindung von Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegungsgeschichte die deskriptive Erarbeitung einer bisher höchstens bruchstückhaft vorliegenden Wirtschafts- und Sozialgeschichte Gelsenkirchens, die die Bedingungen des Arbeiterlebens erfaßt, und die Erforschung der bisher kaum wissenschaftlich behandelten Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung und Arbeiterbewegung Gelsenkirchens.[1]

In der Arbeiterkulturforschung wird zumeist behauptet, daß die Arbeiterkultur in Deutschland ihren Höhepunkt im Kaiserreich oder in der bisher ungenügend erforschten Weimarer Republik hatte.[2] Ein nach dem Ersten Weltkrieg einsetzender Bedeutungsverlust der Arbeiterkultur und das spätere „nahezu völlige Aufgehen in der Gesamtgesellschaft" werden zurückgeführt auf Faktoren wie die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung, die Entwicklung staatlicher Sozialmaßnahmen, die Verbesserung des Lebensstandards, die Zunahme der Partizipationschancen, die weitgehende Integration der Unterschichten, den Wandel der SPD zur „Volkspartei", die Schaffung der Einheitsgewerkschaft, das Verschwinden vieler Arbeiterkulturorganisationen und den Ausbau der Massenkommunikationsmittel und der Freizeitindustrie.[3] Konsequenz all dieser Entwicklungen ist nach dieser Auffassung die Angleichung verschiedener Teilkulturen. Gleichzeitig wird aber festgestellt, daß trotz erheblicher Verbesserung der Lebenslage der Masse der abhängig Beschäftigten und trotz vielfältiger Konfliktregelungsmechanismen die bundesdeutsche Gesellschaft eine Klassengesellschaft geblieben ist. Der Befund der Arbeiterkulturforschung steht also in einem merkwürdigen Widerspruch zu deren konzeptionellen

---

1 Die Sozialgeschichte der heute im Ruhrgebiet dominanten Sozialdemokratie ist noch nicht geschrieben. F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 181. Zum Fehlen einer kritischen Wirtschaftsgeschichte des Ruhrbergbaus R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 13.

2 G. A. RITTER, Einleitung, 1979, S. 7 spricht für die Weimarer Republik bereits von einem Rückgang. Vgl. G. ROTH, Die kulturellen Bestrebungen, [5]1981, S. 349. Vgl. F. WALTER, Konfliktreiche Integration, 1988, S. 56.

3 G. A. RITTER, Einleitung, 1979, S. 7 f.; D. LANGEWIESCHE, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 392 ff.; D. LANGEWIESCHE, K. SCHÖNHOVEN, Lebensweise, 1981, S. 276; D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur, 1984, S. 22. Vgl. K. TENFELDE, Vom Ende, 1986, 26 ff.; K. TENFELDE, Überholt, 1988 differenziert zum Gewichtsverlust der Klassenspezifik der Arbeiterexistenz. „Klassische Arbeiterbewegung" als „historisch abgeschlossene Zwischenphase" bei A. v. SALDERN, Arbeiterkulturbewegung, 1986, S. 69. Vgl. auch J. MOOSER, 1984, S. 11 f. und 20 f.

Grundlagen und der gesellschaftlichen Realität. Eine der Aufgaben dieser Untersuchung ist deswegen, in historisch-systematischer Analyse am Beispiel der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens nach einer Antwort zu suchen auf die Frage, inwieweit eine Vorstellung der Angleichung von Teilkulturen angesichts der Fortexistenz von Klassenunterschieden haltbar ist und nicht beschwichtigende oder reglementierende Funktion hat.[4] Da Elemente der Arbeiterkultur sich unter der Hegemonie einer bürgerlich-kapitalistischen Kultur zu entwickeln hatten, wird in diesem Zusammenhang auch die Frage des Verhältnisses von dominanter Kultur und Arbeiterkultur angesprochen, d. h. das Problem der Übernahme, Auswahl, Kommentierung oder Umarbeitung von kulturellen Inhalten und Formen durch die Arbeiterkultur.

Da die Betrachtung einer historischen Entwicklung die Frage nach den Bedingungen sozialen bzw. kulturellen Wandels impliziert, kommt historischen Kulminations- und Wendepunkten besondere Bedeutung zu. Die Wirkungen von Schlüsselereignissen und die kollektiven Schlußfolgerungen aus ihnen, die sich verfestigen und damit Denk- und Verhaltensstrukturen dauerhaft prägen können, sind bisher von der Forschung nur ansatzweise berücksichtigt worden.[5] Wegen ihrer Bedeutung und auch, weil sie – von der jeweiligen Obrigkeit meist als Aufruhr betrachtet – recht deutliche Spuren in Quellen hinterlassen haben[6], sollen Schlüsselereignisse besondere Beachtung erfahren. Mit der Betrachtung von Schlüsselereignissen sind auch historische Brüche und Kontinuitäten von Entwicklungen angesprochen. In diesem Zusammenhang stellt sich hier insbesondere die Frage nach den Bedingungsfaktoren, die schließlich zur so deutlichen Sozialdemokratisierung der ehemaligen sozialdemokratischen „Provinz" geführt haben. Dabei soll die konkrete und gezielte Untersuchung einer politisierten Arbeiter-Teilkultur auch Aussagen über die Tiefenwirkung politischer Orientierungen bzw. deren Äußerlichkeit bei der Bewältigung von Krisensituationen erlauben.[7]

Ein Teil der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ist bemüht, den Verrat der schlechten Führung an der an sich guten Basis der Arbeiterklasse nachzuweisen. Dieser Tendenz entspricht z. T. auch die neuere Arbeiterkulturforschung, die, entstanden auch aus der Frustration über das baldige Ende der Reformphase in den 1970er Jahren, bestrebt ist, Widersprüche zwischen der Lebenserfahrung von Arbeitern jenseits der Organisationskerne der Arbeiterbewegung und den Organisierten oder den Organisationseliten aufzuzeigen. Die Möglichkeit, daß Basis und Führung gleichermaßen Chancen nicht erkannten, Gegner unterschätzten oder mitverantwortlich waren für politische Fehler, wird oft von vorneherein negiert.

---

4 Vgl. H. Bausinger, Verbürgerlichung, 1981, S. 117. Vgl. auch Fragestellung bei J. Mooser, 1984, S. 10 ff.

5 H. G. Wehling, Einführung, 1985, S. 19.

6 S. Pollard, Englische Arbeiterkultur, 1979, S. 152; G. A. Ritter, Staat, 1980, S. 11.

7 Vgl. L. Niethammer, Die Jahre, 1983, S. 13 f.; A. v. Plato, Ruhrarbeiterschaft vor 1933, 1983, S.42 ff. Zur Kritik an der Marginalisierung der politischen Dimension F. Bajohr, Krupp und Kommune, 1988, S. 18 f.

So muß die Erforschung von Arbeiterbewegungskultur die Politik von Basis und Führungen berücksichtigen, um auch das „Ungleichgewicht der Kräfte zwischen einer fest im Sattel befindlichen Führung und einer geduldigen Mitgliedschaft"[8] nicht unberücksichtigt zu lassen.

Zu betonen ist, daß sich diese Arbeit mit der Frage beschäftigt, warum Ereignisse und Strukturen zustande gekommen sind. Der Begriff der Arbeiterkultur soll dabei der Identifizierung von Wirkungszusammenhängen, die bisher teilweise unbeachtet blieben, dienen. Hierbei spielen zwar Hoffnungen, Erwartungen und Wünsche der Menschen eine große Rolle, doch geht es – so interessant das auch wäre – nicht um die Frage nach Möglichkeiten alternativer (besserer) Entwicklung. Diese Arbeit will jene Faktoren gesellschaftlicher Wirklichkeit identifizieren, die stark genug wirkten, die Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu drängen, und nicht diejenigen, die (leider) zu schwach waren, (vermeintliche) historische Chancen zu nutzen.

Die Fragestellung fordert einerseits ein systematisches Vorgehen, um das vielfältige und komplexe Bedingungsgefüge der kulturellen Elemente der sozialistischen Arbeiterbewegung analysieren zu können. Andererseits ist für die Analyse des Wandels kultureller Elemente eine historische Vorgehensweise vonnöten. Aufgrund dieser Anforderungen wird der Untersuchungszeitraum in Zeitabschnitte unterteilt, die jeweils bestimmte Entwicklungsphasen sozialistischer Politik und Kultur umfassen. In der Periodisierung werden Schlüsselereignisse zu berücksichtigen sein. Innerhalb der einzelnen Entwicklungsphasen werden jeweils vor dem Hintergrund ökonomischer, politischer und sozialer Bedingungen die kulturellen Elemente im Sinne des erkenntnisleitenden Konzeptes und der Fragestellung inhaltlich dargestellt, bezüglich ihrer Funktion analysiert und deren Wandel und die Bedingungen dieses Wandels untersucht.

Eine abschließend gültige Rekonstruktion historischer Realität gibt es nicht, da sozialwissenschaftliche Forschung bzw. deren Ergebnis notwendig eine von den Forschungsinteressen geprägte Reorganisation historischen Materials ist. Fragestellung und Begriffsbildung sind nicht voraussetzungslos, und indem politische Wissenschaft sich mit der Struktur der Gesellschaft, d. h. mit der Machtverteilung zwischen sozialen Gruppen der Gesellschaft, beschäftigt, begibt sie sich auf des Feld politischer Praxis, die notwendigerweise kontrovers ist. „Deshalb ist politische Wissenschaft notwendig Subjekt des politischen Prozesses und als solches Parteinahme in der politischen Praxis"[9]. „Wertfreiheit" und „Objektivität" kann also nur in der Beziehung gewährleistet werden, daß die Prämissen der Forschung und die Einbettung der Forschungstätigkeit in bestimmte sozio-

---

8 G. Braunthal, Gewerkschaftsbund, 1981, S. 13. Vgl. im Zusammenhang der NS-Machtübernahme H. Grebing, Flucht, 1983, S. 33. Vgl. zum noch geringeren Wissen über die Arbeiter in der Arbeiterbewegung R. F. Wheeler, Soziale Struktur, 1977, S. 180. Wichtig auch die Einschätzung der jüngeren Historiographie bei K. Tenfelde, Kapp-Putsch, 1987, S. 43.

9 W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft, ²1972, S. 11.

ökonomische Bezüge aufgedeckt werden[10]: Angeregt durch die Zugehörigkeit zum Untersuchungsfeld, die Erkenntnischancen eröffnet und Risiken verengter Sichtweise mit sich bringt, geht es dem Autor einerseits um die Analyse von Problemfeldern, deren Betrachtung allzuoft vergessen wird, und andererseits darum, diejenigen, die man als Objekte zu sehen gewohnt ist, als Subjekte und aktiv Handelnde zu zeigen. Bei der immer noch lückenhaften Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ist eine für solche Entstehungszusammenhänge immer wieder bemühte Kategorisierung die der „SPD-Hausgeschichtsschreibung", die auf alte Traditionen zurückblicken kann und keineswegs so distanzlos und apologetisch ist, wie die Namensgebung glauben machen will.[11] Im Unterschied zu anderen Arbeiten legt diese ihren vorwissenschaftlichen Ausgangspunkt offen. In breiterem Rahmen ist eine Beschäftigung der sozialdemokratischen Bewegung mit ihrer eigenen Geschichte allerdings lange nicht erfolgt; ein Grund mag in der Zerschlagung des sozialdemokratischen Geschichtsoptimismus nach dem Nationalsozialismus gelegen haben.[12] Erst mit dem Niedergang sozialliberaler Reformerwartungen und mit neuen Herausforderungen der Gegenwart kam es in Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung zu einer Wiederentdeckung der eigenen historischen Wurzeln.[13]

Da wissenschaftliche Forschung unter bestimmten sozioökonomischen Verhältnissen stattfindet und selbst wieder auf die Verhältnisse zurückwirkt, sollte auch gesagt werden, welche solcher Rückwirkungen der Verfasser mit dieser Arbeit auch zu erreichen sucht: Durch eine an kritischer Aufklärung und den Interessen der übergroßen Mehrheit der abhängig Beschäftigten orientierte Erforschung eines Ausschnittes der Vergangenheit soll in der Gegenwart dazu beigetragen werden, ein kritisches Verhältnis zur Vergangenheit zu gewinnen.[14] Damit hofft der Autor auch, zur Identitätsfindung im Sinne von kritischer Selbstdistanzierung und Reflexion und zur Entwicklung von Zukunftsperspektiven der sozialdemokratischen Bewegung beitragen zu können.

---

10 Ebd., S. 12.

11 H. Grebing, D. v. d. Brelie-Lewien, Grundprobleme, 1983, S. 557. Vgl. H. Grebing, Disziplin, 1984, S. 6. Zur Gewerkschaftsgeschichte I. Brusis, Ideologie, 1987, 17 ff.; K. Schönhoven, Jahrhundert-Jubiläum, 1987, S. 46f.

12 S. Miller, Selbstverständnis, 1985, S. 11; K. Schönhoven, Jahrhundert-Jubiläum, 1987, S. 35.

13 S. Miller, Geschichte, 1985, S. 9 ff.; Zweiwochendienst, 30.5.1986. Vgl. H. Schmidt, SPD-Ortsvereine, 1985, S. 387 f.; G. A. Frei, Die Zukunft, 1984, S. 4 f.; H. Schmidt, Geschichte, 1986, S. 91. Zur Gewerkschaftsgeschichte: H. O. Vetter, Grundsatzreferat, 1980, S. 16; I. Brusis, Ideologie, 1987, 15 ff. Vgl. H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 14.

14 J. Kocka, Kritik und Identität, 1986, S. 897 und 891 f.

5. Quellen und Methodik

Die Methodik als ein System planmäßiger Lösungsverfahren zum Auffinden hier als kulturell bezeichneter Phänomene hat bei historischer Analyse von den verwertbaren Quellen und deren Charakter und damit deren Fruchtbarkeit für die angesprochene Fragestellung auszugehen. Sozialwissenschaftliche Forschung, die sich mit historischen Phänomen beschäftigt, ist zunächst auf Überrestquellen angewiesen. Dem Autor standen die Aktenbestände der Jahre nach 1945 des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen und des SPD-Bezirks Westliches Westfalen im Archiv der sozialen Demokratie (Bonn) zur Verfügung.[1] Soweit existent, durften Akten der SJD-Die Falken und der Arbeiterwohlfahrt für die Zeit nach 1945 eingesehen werden.[2] Einige wenige Schriften der Organisationen der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens aus der Zeit der Weimarer Republik konnten zumeist aufgrund glücklicher Funde herangezogen werden.[3] Weitere Quellen wurden in Archiven ausfindig gemacht. Im Gelsenkirchener Stadtarchiv, das unter jahrzehntelanger mangelnder Förderung leidet, fanden sich neben einigen Festschriften sozialdemokratischer Organisationen behördliche Aktenbestände. Für die Zeit des Kaiserreichs nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes und die Anfangsphase der Weimarer Republik sind die Bestände des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Münster und des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs Düsseldorf aufschlußreich. Es handelt sich im wesentlichen um Berichte über die wirtschaftliche und politische Lage im Raum Gelsenkirchen, über Maßnahmen der Verfolgung der Sozialdemokratie in der Zeit des Kaiserreiches und über die Bespitzelung der Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik. Besondere Vorsicht ist geboten bei den diversen Spitzelberichten aus zumeist dubiosen Quellen.[4] Einige brauchbare Materialien zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im Raum Gelsenkirchen fanden sich im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam. Auch hier handelt es sich um Akten über die behördliche Bespitzelung der Sozialdemokratie im Kaiserreich und in der Anfangsphase der Weimarer Republik. Erfreulicherweise wurde auch die Arbeit im Institut für Marxismus-Leninismus/Zentrales Parteiarchiv der SED genehmigt, allerdings konnten dort nur Akten zum Widerstand der Arbeiterbewegung in der Zeit des Nationalsozialismus eingesehen werden.[5] Aufgrund der zeitweisen verwaltungsmäßigen

---

1 Vgl. Archiv der sozialen Demokratie, 1984, S. 20 f.: Abteilung III: Bestände von sozialdemokratischen Parteigliederungen und Parlamentsfraktionen, SPD Unterbezirk Gelsenkirchen 1948-1972, SPD Bezirk Westliches Westfalen 1946-1973.

2 Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984.

3 Originales Aktenmaterial der Unterbezirksorganisation der SPD, zu der ein Teil des Gelsenkirchener Raumes bzw. der gesamte Raum gehörte, enthält z. B. der STAM-Bestand „SPD und Reichsbanner".

4 Besonders STAM-Bestand „Büro Kölpin". Kölpin war Kriminalbeamter, arbeitete in Ersten Weltkrieg in der Spionageabwehr und nach dem Krieg verdeckt für das VI. Wehrkreiskommando mit einem Netz von Spitzeln, Agenten und sonstigen dubiosen Gestalten.

5 Die Zitierung der Archivalien erfolgt hier entsprechend der Benutzungsordnung für das Zentrale Parteiarchiv der SED (1.11.1985), § 11.

Zugehörigkeit von Teilen der heutigen Stadt Gelsenkirchen zu den Landkreisen Bochum und Recklinghausen fanden sich weitere Hinweise in überliefertem Behördenmaterial in den Stadtarchiven Bochum und Recklinghausen. Neben den genannten beiden Beständen fanden sich weitere Materialien im Bonner Archiv der sozialen Demokratie, in den Akten des SPD-Parteivorstandes (Bestand Schumacher), in Nachlässen von Julius Motteler und Joseph Lang und in Unterlagen des Zentralrates der deutschen sozialistischen Republik.

Die genannten schriftlichen Quellen werfen für die intendierte Fragestellung einige Probleme auf. Die amtlichen Akten „schildern die Vorgänge weitgehend aus der Sicht voreingenommener Beamter"[6]. Auch bieten staatliche Akten nur ein lückenhaftes Bild der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer kulturellen Ausdrucksformen, da sie nur solche Tatsachen, Ereignisse und Entwicklungen schildern, die die Aufmerksamkeit staatlicher Stellen erregten. Behördliche Akten bieten also nur ein verzerrtes Bild der Geschichte der Arbeiterbewegung, was für die hier intendierte Fragestellung um so mehr gilt, weil hier die Erfassung und Verarbeitung sozialer Realität, die zur Herausbildung spezifischer kultureller Elemente, zu Organisierung und politischer Aktion führte, interessiert. Methodisch muß also von den Sekundärphänomenen des in behördlichen Akten nachgewiesenen Verhaltens der Arbeiter und ihrer Organisationen auf Bewußtseinsstand, Denk- und Verarbeitungsmuster der Arbeiter zurückgeschlossen werden.[7] Weiterhin sind viele Quellen höchst unvollständig oder fehlen ganz. Außerdem wuchs mit der Veränderung der Entscheidungsstrukturen, der Entwicklung von Verkehrs- und Kommunikationsmitteln in der jüngeren Vergangenheit das Archivgut zwar enorm an, wobei die tatsächlichen Handlungsantriebe allerdings der Legitimation dienenden Begründungen wichen[8], so daß für die letzten Jahrzehnte von einer „abnehmenden Qualität ständig wachsender Berge von Überrestquellen" zu sprechen ist.[9]

Die Erfahrungen von Quellendefiziten, verursacht einerseits durch die Begrenztheit der Quellenüberlieferung und andererseits durch den Charakter der verfügbaren Quellen und deren Schwächen, haben zur Entwicklung bzw. Einführung der Oral-History geführt, die in Deutschland erst spät Eingang in die zeitgeschichtliche Forschung gefunden hat.[10] Oral-History wird hier als eine Methode des systematischen Umgangs mit erzählter „Darstellungen der Lebensführung und der Lebenserfahrung aus dem Blickwinkel desjenigen, der sein Leben lebt", als Datengrundlage verstan-

---

6 A. Herzig, Carl Wilhelm Tölckes Presseberichte, 1976, S. 9.
7 K. Tenfelde, Wege, 1978, S. 246.
8 L. Niethammer, Einführung, 1980, S. 9. Vgl. L. Niethammer, Oral History, 1978, S. 458.
9 L. Niethammer, Oral History, 1978, S. 457 f.
10 L. Niethammer, Einführung, 1980, S. 8 f. Vgl. P. Thompson, The voice, 1978, S. 19 ff. und S. 138; ebenso P. Thompson, Historiker, 1984, S. 55 ff.; G. Botz, Oral History, 1984, S. 24 und 28 f.; L. Niethammer, Oral History, 1978, S. 457 ff.; P. Assion, Überlieferung, 1986, S. 234.

den[11], d. h. als spezielles System von Vorgehens- und Verfahrensweisen zur Erzeugung und Auswertung lebensgeschichtlicher Daten. Die in dieser Arbeit verarbeiteten 15 ausgewählten Interviews wurden vom Autor in der Zeit von November 1985 bis Februar 1987 durchgeführt.[12] Die Interviewpartner erklärten sich mit der Verwendung der Tonband-Protokolle der Interviews für diese Arbeit einverstanden. Die Interviewten wurden aufgrund ihrer langen Zugehörigkeit und Funktionärstätigkeit in Organisationen der Arbeiterbewegung ausgewählt und befragt. Ein vorgegebenes Auswahlkriterium, das nur durch vorsichtige qualitative Interviewbewertung zu kompensieren ist, ist das Alter der zu befragenden Zielgruppe[13], das den Kreis der möglichen Interviewpartner einschränkte. Die wichtigen Ereignisse am Beginn der Weimarer Republik ließen sich durch Interviews nicht mehr erforschen. Der durch Interviews erfaßte Zeitraum beginnt also ungefähr 1920 und endet auch wegen nicht abgeschlossener Entwicklungen zu Beginn der 1970er Jahre. Die Zahl der befragten Zeitzeugen ist natürlich viel zu gering und die Auswahl viel zu willkürlich, als daß der Anspruch der Repräsentativität erhoben werden könnte. Repräsentativität ist aber auch nicht das Ziel der Oral-History-Methode, sondern es geht darum, bestimmte soziale Abläufe exemplarisch zu verdeutlichen und durch die Interviews typische Erfahrungen und Erlebnisse aufzuspüren[14], wobei hier den lebensgeschichtlichen Interviews nur die Funktion einer Quelle unter mehreren zukommt. Wie jede Forschungstechnik stellt Oral-History eine Forschungsmethode dar, die bestimmte Bereiche der Realität unter Umständen systematisch vernachlässigt. Wie staatlich-administrative Akten das Außergewöhnliche und von der Normalität Abweichende zum Gegenstand haben, hat die durch Oral History produzierte Quelle meist individuelle Normalität zum Inhalt und nicht die großen historischen Ereignisse, die insbesondere für den historisch Forschenden Geschichte strukturieren.[15] Eng damit verknüpft ist die Problematik des „Enttypisierungsschocks", der darin besteht, daß „alle konventionellen Annahmen und strukturierten Begriffe in der Alltagserfahrung zu zerbröseln scheinen"[16]. Die Zahl der Einzelinformationen steigt und die Eindrücke werden verwirrender und komplexer, so daß Verallgemeinerungen bzw. Hypothesenbildung schwieriger werden.[17] Ursache hierfür ist die Art der Quelle. Es wird eine in ihrer Reichweite begrenzte aber komplexe individuelle Le-

---

11 W. Fuchs, Biographische Forschung, 1984, S. 9 ff.; W. Fuchs, Kurseinheit 1, 1982, S. 2 ff.

12 Einige Interviews erwiesen sich als wenig brauchbar, in anderen Fällen waren vorgesehene Interviewpartner nicht bereit, sich zu ihrer Lebensgeschichte befragen zu lassen. Zu fast allen technischen und praktischen Fragen: S. Humphries, Handbook, 1984. Vgl. Sozialistische Jugend, Forschungsstand, 1979, S. 56 ff. „Definition der Situation" bei W. Fuchs, Kurseinheit 3, 1981, S. 39 ff.

13 L. Niethammer, Oral History, 1978, S. 485 f. „Biologie der Zeit" bei: S. Bajohr, Oral History, 1980, S. 673.

14 R. J. Grele, Ziellose Bewegung, 1980, S. 147; S. Bajohr, Oral History, 1980, S. 673.

15 L. Niethammer, Einleitung, 1983, S. 23 ff. Vgl. S. Bajohr, Oral History, 1980, S. 668.

16 L. Niethammer, Einleitung, 1983, S. 11; L. Niethammer, Einführung, 1980, S. 10.

17 D. Peukert, Arbeiteralltag, 1982, S. 10.

bensgeschichte erfragt; das Ziel ist aber die Erstellung kollektiver Gesellschaftsgeschichte mit analytischen Verallgemeinerungen, was durch bloße Akkumulation individueller Lebenserfahrungen allein nicht erreichbar ist.[18] Lösen läßt sich die Problematik letztlich nur durch einen komplexen Reflexions- und Vergleichsprozeß von herausgearbeiteten allgemeinen Strukturen und lebensgeschichtlich Besonderem.[19] Um die Probleme der Oral-History in den Griff zu bekommen, ist es also notwendig – wie es hier praktiziert wird – die mündlichen Quellen mit schriftlichen Quellen zu vergleichen und zu kontrollieren.[20] Mit ihrer komplexen und sich einfacher Typisierung widersetzenden Datengrundlage erfüllt Oral-History neben der Ergänzung herkömmlicher Quellen eine wichtige Funktion als „Pfadfinder zu neuen Fragestellungen"[21], weil die Herstellung einer Subjekt-Subjekt-Beziehung zwischen dem einer spezifischen Lebenswelt entstammenden Forscher und seinem in der Regel aus einer anderen Lebenswelt stammenden Gesprächspartner zu neuen Fragestellungen und Hypothesen hinführt und die wissenschaftlichen Schwerpunktsetzungen und Relevanzkriterien an der Realität kontrolliert. Der Gebrauchswert von lebensgeschichtlichen Quellen, die mit Hilfe der Oral-History gewonnen wurden, bestimmt sich also indirekt über eine Kontrolle der Forschertätigkeit und eine ansatzweise Aufdeckung struktureller Hintergründe von Tatsachen und Ereignissen, die mit herkömmlichen Quellen mindestens kontrolliert, wenn nicht überhaupt erarbeitet werden müssen.

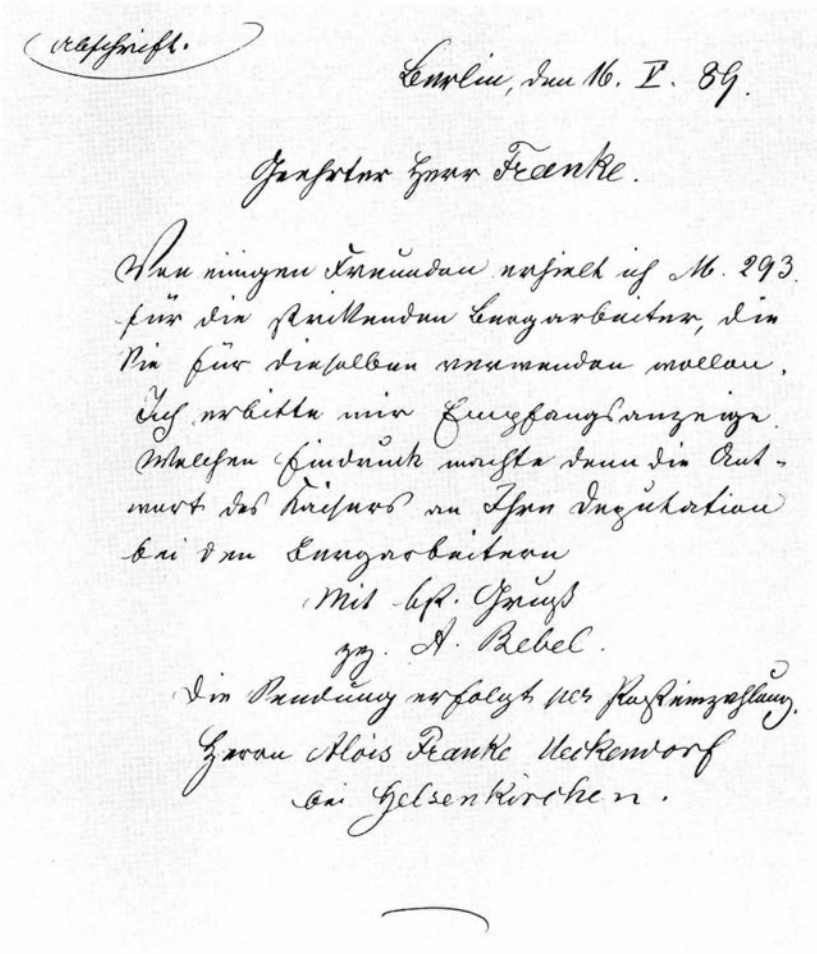
---

18 R. Samuel, Oral-History, 1980, S. 70. Vgl. W. Fuchs, Kurseinheit 1, 1982, S. 80 f.

19 Vgl. L. Niethammer, Fragen-Antworten-Fragen, 1985, S. 410 ff.

20 Vgl. L. Niethammer, Einleitung, 1983, S. 20; R. Samuel, Oral-History, 1980, S. 70; F.-J. Brüggemeier, Kumpel, 1985, S. 127; M. Zimmermann, Schachtanlage, 1987, S. 11; zur korrigierenden Bedeutung der Oral-History P. Assion, Überlieferung, 1986, S. 234 f.

21 L. Niethammer, Einleitung, 1983, S. 17. Vgl. M. Zimmermann, Schachtanlage, 1987, S. 11.



(Abschrift.)

Berlin, den 16. V. 89.

Geehrter Herr Franke.

Von einigen Freunden erhielt ich M. 293. für die streikenden Bergarbeiter, die Sie für dieselben verwenden wollen. Ich erbitte mir Empfangsanzeige. Welchen Eindruck mochte denn die Entwort des Kaisers zu Ihren Deputation bei den Bergarbeitern

Mit best. Gruß

gez. A. Bebel.

Die Sendung erfolgt per Postanweisung.

Herrn Alois Franke Uerkendorf

bei Helsenkirchen.

August Bebel am 16. Mai 1889 an den Bergarbeiter Alois Fran(c)ke Abschrift
Quelle: STAM OP 2831,1.

Von der bürgerlichen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg

1. Anfänge der Arbeiterbewegung während der Industrialisierung bis 1889

a) Industrialisierung Gelsenkirchens

Am Ende des 18. Jahrhunderts gehörten die Freiheiten, Dörfer und Bauernschaften des Raumes Gelsenkirchen zu den Randgebieten des Vestes Recklinghausen, der Grafschaft Mark und des kleinen Essener Stiftsterritoriums.[1] In den ersten anderthalb Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurde das alte, seit dem Mittelalter gewachsene gesellschaftliche und territoriale Gefüge Westfalens in einem Dreischritt[2] grundlegend verändert. Zunächst ging durch das Säkularisierungsprogramm des Reichsdeputationshauptschlusses das Essener Gebiet an Preußen über.[3] Eine grundlegende Neuorganisation des Gebietes brachte die Besetzung durch die Franzosen; die wichtigsten Neuordnungsfelder waren die Verwaltung und die Gerichtsbarkeit auf der einheitlichen Grundlage des Code Napoleon.[4] Nach der Neugliederung durch den Wiener Kongreß entstand die Kleinstaatenwelt des 18. Jahrhunderts nicht wieder; das Gebiet der heutigen Stadt Gelsenkirchen gehörte zur neugebildeten preußischen Provinz Westfalen.[5] Südlich der Emscher gehörte das Kirchdorf Gelsenkirchen mit den Gemeinden Heßler, Schalke, Braubauerschaft (ab 1900 Bismarck), Bulmke, Hüllen und Ückendorf zum Amt Wattenscheid im Landkreis Bochum im Regierungsbezirk Arnsberg. Rotthausen in der Bürgermeisterei Altenessen gehörte zum Kreis Essen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Nördlich der Emscher umfaßte das Amt Buer die Bauernschaften Mittel- und Niederscholven, Hassel, Löchter, Bülse, Heege, Holthausen, Beckhausen, Sutum, Erle, Middelich, Surresee, Eckernresse und die Gemeinden Gladbeck, Westerholt und Horst. Das Amt Buer gehörte zum Landkreis Recklinghausen im Regierungsbezirk Münster.[6] In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bot der Gelsenkirchener Raum das Bild einer Agrarland-

1 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 148.
2 M. Lahrkamp, 1983, S. 2.
3 Ebd., S. 8 ff.; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 150; E. Pülke, 1934, S. 20.
4 M. Lahrkamp, 1983, S. 23 f. und 26 ff. Vgl. W. Conze, D. Groh, 1966, S. 18.
5 H. Croon, Gliederung, 1965, S. 59; P. Wiel, 1970, S. 3; H. J. Behr, 1983, S. 54 f.
6 H. Hartwig, 1978, S. 90; H. Croon, Gliederung, 1965, S. 59; G. Griese, 1960, S. 153; H. Tobien, 1919, S. 130; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 152; P. Wiel, 1970, S. 51; H. G. Steinberg, 1969, S. 197 ff.

schaft; durch den Emscherbruch trabten noch Wildpferde.[7] Die südlich gelegene Kreisstadt Bochum blieb bis zum Beginn der 1840er Jahre ländlich.[8] Die einzigen nicht rein bäuerlichen Siedlungen und damit Zentren der Gelsenkirchener Agrarlandschaft waren die überwiegend von Handwerkern und Händlern mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb bewohnten Kirchdörfer Gelsenkirchen und Buer.[9] Insgesamt war der Raum Gelsenkirchen um 1848 also eine durch Landwirtschaft geprägte, dünn besiedelte, verwaltungsmäßig zerteilte und jenseits der großen Umwälzungen liegende Gegend, in der das Leben ländlich-dörflichen Bahnen folgte.[10] Das politische Leben Westfalens verlief in „Einförmigkeit" und wurde „auch nicht durch die französischen Wirren im Jahre 1830 gestört"[11].

Im bis auf Teile des Ruhrufergebietes durch Landwirtschaft geprägten Ruhrgebiet entstand ab Anfang des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluß der Kohlegewinnung, deren Folgeindustrien und der eisenschaffenden Industrie ein industrieller Wirtschaftsraum. Der Bergbau hatte für das Ruhrgebiet die Rolle eines ökonomischen Führungssektors, der die schwerindustrielle Prägung dieser Industrielandschaft verursachte. Der Aufschwung des Ruhrbergbaus selbst war zurückzuführen auf die Entwicklung der Nachfrage nach Kohle, einerseits verursacht durch die Ausbreitung der Dampfmaschinen und Eisenbahnen und andererseits begründet im gesteigerten Bedarf nach Eisen und Stahl, zu deren Herstellung Kohle bzw. Koks in großen Mengen benötigt wurde.[12] Der Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie und die Eisenbahnen standen also in einem Verhältnis sich gegenseitig stimulierender Wirtschaftszweige.[13] Aufgrund der krisenhaften ökonomischen und sozialen Entwicklung bis zur Jahrhundertmitte und des Wachstums der Bevölkerung stand in den Unterschichten des „Vierten Standes" eine „industrielle Reservearmee" an freigesetzten Arbeitskräften zur Verfügung.[14] Von besonderer Bedeutung für die Entfaltung des Ruhrbergbaus waren dessen rechtliche Rahmenbedingungen. Nach der Erfahrung unkontrollierten Raubbaus und des Durcheinanders verschiedener bergrechtlicher Bestimmungen war die Bevormundung der Bergbaubeteiligten durch die revidierte Kleve-Märkische Bergordnung

---

7 K. Hartl, 1909, S. 47 f; H. Stark, 1933, S. 10.

8 H. Croon, Bochum, 1965, S. 86; D. Crew, Bochum, 1980 S. 19. W. Köllmann, Industriezeitalter, 1974, S. 20 und 17 schätzt für 1849 100 000 „echte" Industriearbeiter in Rheinland-Westfalen bei 4 276 000 Einwohnern. Vgl. W. Conze, [5]1981, S. 112.

9 H. Croon, Bochum, 1965, S. 87; D. Beckmann, 1965, S. 159. Zur Struktur des Bueraner Handwerks: K. Hartl, 1909, S. 111 ff. Vgl. W. Köllmann, 1977, S. 20.

10 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 40 für die Kreise Dortmund und Bochum. Für Rotthausen: H. Tobien, 1919, S. 133. Bericht des Duisburger Landrates, in: G. Adelmann, Zustand, 1967, S. 24-45.

11 W. Hüttermann, 1910, S. 102.

12 W. Fischer, Stadien, 1981, S. 139; C.-L. Holtfrerich, Kohle, 1981, S. 171 f., 176 f. und 181; R. Fremdling, Eisenbahnen, 1981, S. 193 und 199; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 166 ff. und 170; W. Fischer, Bedeutung, 1961, S. 7 f. Ähnlich schon O. Hue, 1913, S. 3.

13 K. Hartmann, 1977, S. 10; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 170. Vgl. A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 24.

14 W. Köllmann, Industriezeitalter, 1974, S. 23.

vom 29. April 1766 kodifiziert worden. Der Gesetzgeber übernahm nach dem Direktionsprinzip die Leitung des Abbaus, den Gewerken verblieb allein das Bergwerkseigentum sowie das Risiko seines Einsatzes.[15] Den Bergarbeitern brachte das Direktionsprinzip Schutzbestimmungen und Vorrechte, besonders wichtig – auch für die weitere Entwicklung – war die Festlegung der Schichtdauer auf acht Stunden und die Lohngestaltung über eine Festlegung von „Normallohnsätzen" (Mindestlohn). Weitere Vorteile gewährte das Generalprivilegium von 1767 den Ruhrbergleuten. Mit der Institution der Knappschaft als Standes- und Fürsorgeverband der Ruhrbergleute, aus bruderschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen entstanden, erlangten die Bergarbeiter einen in jener Zeit von keiner anderen Arbeitergruppe erreichten Status sozialer Sicherheit mit Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, Übernahme der Krankheitskosten und Unterstützung von Witwen und Waisen. Mit den Knappschaftsältesten bestanden Ansätze einer Interessenvertretung der in die Knappschaftsrolle eingetragenen Arbeiter.[16] Mit ausdrücklicher Förderung der Bergbehörde betonte der Bergarbeiterstand mit eigener Uniform, verschiedenen Festen und periodischen Knappschaftsversammlungen seine privilegierte Sonderstellung.[17] Sowohl die Privilegierung als auch die Geschlossenheit der Gewerbelandschaft und die Gleichartigkeit der Arbeitsverrichtung erzeugten so unter den Bergleuten ein spezifisches vorkapitalistisches Gruppen- bzw. Standesbewußtsein.[18] Nach langer Diskussion unter allen Beteiligten ab den frühen 1830er Jahren wurde in schrittweiser Novellierung mit 14 Einzelgesetzen die Berggesetzgebung liberalisiert. Das Abschlußgesetz, das „Allgemeine Berggesetz für die preußischen Staaten vom 24. Juni 1865", faßte die Novellengesetzgebung zusammen. Die Tätigkeit der Bergbehörde beschränkte sich nur noch auf polizeiliche und die Sicherheit des Bergbaus betreffende Fragen. Durch die Aufhebung des Direktionsprinzips verloren die Bergleute den Schutz der Bergbehörde. Die Arbeitsverträge, die Arbeitsordnungen und die Arbeitszeit wurden nun einseitig von den Bergwerksbesitzern festgelegt. Die Bergleute wurden aus ihrer privilegierten Gemeinschaft herausgerissen und wie die große Masse der Arbeiter zu Verkäufern ihrer Arbeitskraft. Eine Proletarisierung des vorher so exklusiven Bergmannsstandes und eine früher unbekannte Unstetigkeit in der Beschäftigung waren die Folge.[19]

---

15 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 63 ff. und 197 f.; G. Gebhardt, 1957, S. 5 f.; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 50; W. Fischer, Bedeutung, 1961, S. 9 ff. Nach K. Hartl, 1909, S. 132 galt im Vest die kurkölnische Bergordnung von 1669. Vgl. H. Stark, 1933, S. 21 f. und 75 f.

16 Ausführlich K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 87-106. Vgl. W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 50 ff.; G. Adelmann, Betriebsverfassung, 1962, S. 27, 33 ff., 39 und 92; K. Tenfelde, Bergarbeiterkultur, 1979, S. 19; H. Imbusch, 1908, S. 124 ff.; kritisch W. Fischer, Bedeutung, 1961, S. 12 f. und 16.

17 G. Adelmann, Betriebsverfassung, 1962, S. 44 f.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 93 und 97 f.

18 O. Hue, 1913, S. 25. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 123.

19 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 80 ff., 166 ff., 177 f., 188 f.; G. Gebhardt, 1957, S. 14 ff.; G. Adelmann, Betriebsverfassung, 1962, S. 53 ff.; H. O. Hemmer, Bergarbeiterbe-

Von den alten Baufeldern im Ruhrufergebiet, wo die kohleführenden Schichten zu Tage treten[20], dehnte sich der Bergbau „schubhaft" nach Norden aus, und die Nordwanderung des Ruhrbergbaus wurde „zum entscheidenden strukturverändernden, raumbildenden Faktor in der Ausformung der Wirtschaftslandschaft" Ruhrgebiet. Die älteste Zone des Ruhrkohlenbergbaus war die „Ruhrzone", wo seit dem Mittelalter von kleinen Belegschaften von „Kötterbergleuten" Kohle gewonnen wurde.[21] Als es Anfang der 1830er Jahre gelang, zur Förderung der nach Norden immer tiefer liegenden Steinkohle die Mergeldecke zu durchstoßen und die Probleme der Wasserhaltung bei Tiefbauzechen zu bewältigen, begann eine neue Entwicklungsphase des Ruhrbergbaus, der nun nach Norden fortschreiten konnte und um die Jahrhundertmitte die „Hellwegzone" mit den schon seit dem Mittelalter bestehenden Städten Mülheim, Essen, Bochum und Dortmund erfaßte.[22] Erst in der folgenden Periode erreichte der Ruhrbergbau die (dritte) „Emscherzone", wo nur kleine Bauernschaften bestanden hatten. Ungefähr 1860 setzte hier die Industrialisierung ein und ging in der „Gründerzeit" nach dem Krieg von 1870/71 unter der Wirkung der französischen Kriegsentschädigung in eine stürmische Entwicklung über.[23] Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erreichte der Bergbau den noch weiter nördlichen vestischen Landrücken („Vestische Zone") und erst in neuerer Zeit, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, die „Lippe-Zone".[24]

Der sich etwa 18 km von Süden nach Norden erstreckende Raum Gelsenkirchen, der sich auf beiden Seiten der Emscher ausdehnt, gehört schwerpunktmäßig zur Emscherzone. Die nördlichen Stadtteile bilden den Übergang zur vestischen Zone. Der Beginn der Industrialisierung in den südlich der Emscher gelegenen Gebieten des Gelsenkirchener Raumes fiel in die Zeit der „ersten Gründerperiode" in den Jahren 1854-1857.[25] Um 1840 war Ludwig v. Oven auf dem Wiehagen in Gelsenkirchen bei der Bohrung nach Steinkohle fündig geworden. Gegen Mitte der 1840er Jahre

---

wegung, 1974, S. 89; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 56; F. Zunkel, 1983, S. 180; W. Fischer, Bedeutung, 1961, S. 14 ff.; I. Dallmeier, 1922, S. 25 ff.

20 Überblick zur Geologie der Region: C. Hahne, 1965, S. 9-22. Zur Geologie des Raumes Ge: P. Grosse-Boymann, 1939, S. 47 ff.; G. Steiner, Kulturgeographisches Gefüge, 1951, S. 5 ff.; G. Steiner, Funktionales Gefüge, 1954, S. 60; H. Stark, 1933, S. 11 ff.

21 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 33 ff. Zur Phaseneinteilung O. Quelle, 1926, S. 33 ff.; W. Brepohl, Aufbau, 1948, S. 38 ff.; W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 3 und 10. Vgl. G. Gebhardt, 1957, S. 2 ff.; W. Köllmann, Knappen, 1979, S. 23 ff.

22 G. Gebhardt, 1957, S. 13 f.; K. Hartmann, 1977, S. 9; P. Wiel, 1970, S. 113; G. Adelmann, Betriebsverfassung, 1962, S. 47; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 36; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 163 f.; W. Köllmann, Knappen, 1979, S. 31; W. Brepohl, Aufbau, 1948, S. 42 f. und 52 ff.; W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 11 ff.

23 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 164; W. Brepohl, Aufbau, 1948, S. 80; W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 17 ff.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 36; O. Quelle, 1926, S. 37.

24 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 164 f.; W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 21 ff. und 24 ff.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 36.

25 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 36 zur konjunkturellen Entwicklung des Ruhrbergbaus und der sich daraus ergebenden Periodisierung 191 ff. Zur „ersten Gründerzeit": G. Gebhardt, 1957, S. 18 ff.

setzte in Gelsenkirchen geradezu ein „Mutungsfieber" ein; bereits 1850 war fast das ganze Gelsenkirchener Gebiet südlich der Emscher in Grubenfelder aufgeteilt und verliehen.[26] Mit der Eröffnung des Bahnhofes Gelsenkirchen etwa 700 m südlich des Dorfes am 15. Mai 1847 wurde das Gebiet durch die Köln-Mindener Eisenbahn verkehrsmäßig erschlossen. In den folgenden Jahren wurde das Eisenbahnnetz ausgebaut und zerteilte wegen der zahlreichen Anschlußstrecken das gesamte Gebiet.[27] Die heimischen Muter waren weder finanziell noch technisch in der Lage, ihre Kohlefunde auszubeuten und deshalb auf Hilfe des Auslandes angewiesen. So wurden die ersten Zechen auf Gelsenkirchener Gebiet von technisch erfahreneren und kapitalkräftigen holländischen, belgischen, französischen und irischen Bergwerksunternehmern, die den Wert der im Ruhrgebiet lagernden Kohlevorräte erkannt hatten, gegründet.[28] Der Bergbau im Raum Gelsenkirchen begann, als in Rotthausen 1853 mit den Abteufarbeiten zum ersten Schacht auf heutigem Gelsenkirchener Gebiet begonnen wurde. Wegen technischer Schwierigkeiten konnte die Dahlbusch genannte Zeche aber erst 1860 eine regelmäßige Förderung aufnehmen. So wurde die Zeche Hibernia, etwa 700 m südlich des Dorfes Gelsenkirchen, die nach Beginn der Abteufarbeiten im Oktober 1855 im Juni 1858 mit der Förderung beginnen konnte, zur ersten fördernden Gelsenkirchener Zeche. Vor allem in der „Gründerzeit" wurden in den südlichen Gelsenkirchener Gemeinden zahlreiche Schächte abgeteuft. Später als die südlich der Emscher gelegenen Teile erreichte der Bergbau den Norden des Gelsenkirchener Raumes. Bis in die 1880er Jahre war die Hauptbeschäftigung der Bevölkerung des Kreises Recklinghausen die Landwirtschaft; bis in die 1870er Jahre behielt das Kirchdorf Buer und die umliegenden Bauernschaften den Charakter einer reinen Agrarlandschaft.[29]

---

26 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 152 ff.; G. Griese, 1960, S. 153 ff.; C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 13 f. Vgl. H. Tobien, 1919, S. 144; D. Meyer, 1981, S. 1 f.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 194; 100 Jahre Consolidation, 1963, S. 2; H. Neumann, 1984, S. 13. Zur Verleihung in Buer H. Stark, 1933, S. 20 ff.

27 Ausführlich D. Beckmann, 1965, S. 160; G. Steiner, Kulturgeographisches Gefüge, 1951, S. 91 und 108 ff.; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 167 f. und 192 f.; W. Hühne, 1977, S. 43 f.; C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 13; Schalke, 1880, S. 7; F. Benfer, [2]1956, S. 99; Vereinigte Stahlwerke, 1930, S. 11; Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, 1952, S. 26; W. Kesten, 1952, S. 247; H. Tobien, 1919, S. 151; K. Hartl, 1909, S. 94 ff.; H. Neumann, 1984, S. 15 und 22. Vgl. allgemeiner K. Tenfelde, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 36 und 74 f.; C.-L. Holtfrerich, Kohle, 1981, S. 172.

28 Die Gewerken der ersten fördernden Zeche, die ab 1857 bezeichnenderweise Hibernia hieß, waren überwiegend Iren unter Führung von William Thomas Mulvany. Die Gewerken der zuerst im Raum Gelsenkirchen begonnenen Zeche Dahlbusch waren auf die Hilfe englischer und belgischer Kapitalgeber angewiesen. W. Goch, 1925, S. 20 f.; H. Noll, 1958, S. 14; C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 14 ff.; G. Griese, 1960, S. 155 f. und 158; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 155 ff.; W. Köllmann, Unternehmer, 1968, S. 41 ff.; W. Brepohl, Aufbau, 1948, S. 83 f.; W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 32; 100 Jahre Shamrock, 1957, S. 8. Zu Dahlbusch: H. Tobien, 1919, S. 145. Zur Bedeutung der ausländischen Unternehmer: W. G. Hoffmann, 1981, S. 159. Vgl. H. Neumann, 1984, S. 13; L. Hamp, 1955, S. 46.

29 D. Beckmann, 1965, S. 162; S. Chmielecki, 1914, S. 2.

Tabelle 1: Entwicklung des Gelsenkirchener Bergbaus bis 1889[30]

Süden Zeche	Schacht	Baubeginn	Förderung	*Norden* Zeche	Schacht	Baubeginn	Förderung
Dahlbusch	1	1853	1860	Nordstern	1	1857	1867
	Wetter	1867	1867	Hugo	1	1873	1878
	2	1868	1870		2	1881	1885
	3	1874	1877	Graf Bism.	2	1882	1884
	4	1874	1877				
Hibernia	1	1855	1858				
	2	1858	1858				
Rheinelbe	1	1855	1861				
	2	1855	1877				
Alma	1	1870	1872				
	2	1873	1874				
Holland	1	1856	1860				
	2	1857	1860				
Wilh. Vikt.	1	1856	1862				
	2	1872	1876				
	3	1888	1891				
Consol.	1	1863	1865				
	2	1869	1871				
	3	1871	1873				
	Wetter/5	1875	1875				
Graf Bism.	1	1869	1874				

Bis zur Jahrhundertwende änderte sich die Gestaltung des bergmännischen Arbeitsplatzes fast überhaupt nicht, wie die relativ uneinheitliche, kaum ansteigende Schichtleistung zeigte.[31] Abgesehen von der vermehrten

30 Zur Tabelle vgl. B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 175 f. Zur Geschichte der Gelsenkirchener Zechen: Ebd. S. 175-180 und 196-201; Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, 1952, S. 9 ff., 29 und 40; W. Kesten, 1952, S. 10 f., 64 ff. und 70 f.; H. Siepmann, 1955, S. 90 ff. und 100 f.; H. Tobien, 1919, S. 145 und 148; G. Gebhardt, 1957, S. 116 ff., 124, 147 ff., 194 ff., 250, 253, 309 und 330 f.; L. Hamp, 1955, S. 45 f.; E. Brüske, 1955, S. 52, 60 ff., 64 und 67 ff.; Müller, 1950, S. 41 f.; G. Griese, 1960, S. 156; D. Beckmann, 1965, S. 160 und 162; W. Goch, 1925, S. 22; W. und G. Hermann, ²1982, S. 72 und 98-101; P. Wiel, 1970, S. 160, 168 und 170; C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 15 und 20 ff.; 100 Jahre Shamrock, 1957, S. 35 ff.; F. Benfer, ²1956, S. 94 ff., 99 ff. und 103 f.; Vereinigte Stahlwerke, 1930, S. 8 ff., 13 ff. und 19; Bergwerksdirektion Wilhelmine Viktoria, 1952, S. 28 ff.; Die Zeche, 1954, S. 104 ff.; 100 Jahre Consolidation, 1963, S. 2 ff. und 6; Schalke, 1880, S. 9 f. und 16; Das Steinkohlenbergwerk Consolidation, 1949, S. 120 ff.; Deutsche Erdöl, 1953, S. 87 ff.; O. v. Rossum, 1913, S. 7, 9, 13 ff. und 20 ff.; K. Kupitz, P. Rauwerda, 1983, S. 81 ff. und 85; GBAG, 1898, S. 25; H. Brüntgens, 1974, S. 18 ff.; K. Hartl, 1909, S. 13 ff.; H. Stark, 1933, S. 29-32; F. Hoffmann, 1927, S. 189 ff.; P. Grosse-Boymann, Buer, 1926, S. 12 und 33; Zeche Hugo, 1973, S. 1 ff.

31 P. Wiel, 1970, S. 117 und 130 und 137 zur Arbeitsleistung im gesamten Ruhrbergbau. Zur Schichtleistung bzw. Jahresleistung Gelsenkirchener Zechen: Bericht Stadt Ge 1877-78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 4, 12; Bericht Stadt Ge 1879 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 25; Bericht Stadt Ge 1882/83 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 14; Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 14; Bericht Stadt Ge 1887/88 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 12; Vereinigte Stahlwerke, 1930, S. 12 und 15; W. Kesten, 1952, S. 232 und 250.

Verwendung von Dynamit war für den Bergmannsberuf immer noch die Kohlegewinnung mit der Keilhaue und der Holzausbau charakteristisch.[32] Durch die große Zahl von Kameradschaften an den zahlreichen Betriebspunkten war die Belegschaft wenig kontrollierbar und konnte spezifische Kommunikationsstrukturen herausbilden.

Nachdem 1849 in Mülheim erstmals die Erz-Verhüttung mit Ruhrkohlenkoks gelungen war, folgte aufgrund der günstigen Konjunktur, der durch den Eisenbahnbau angestiegenen Nachfrage und der Standortvorteile die Eisen- und Stahlindustrie dem Bergbau und bildete Schwerpunkte in Schalke und an der Köln-Mindener Bahn[33]: Bereits 1856 wurde in der Nähe des Bahnhofes eine Dampfkesselfabrik gegründet. 1861 ging aus einer Nagelschmiede die „Eisengießerei Gebrüder Strassburger", ein Bergbauzulieferer, hervor. 1866 wurde das „Schalker Puddel- und Blechwalzwerk Gewerkschaft Grillo, Funke & Co" gegründet, welches 1889 zum Siemens-Martin-Stahlwerk umgebaut wurde. 1870 entstand das „Puddlings- und Walzwerk, Drahtzieherei und Drahtstiftfabrik Boeker & Comp.", ebenfalls in Schalke. 1872 fand die Maschinenfabrik und Eisengießerei „Vogelsang & Co", welche sich zu einem Spezialunternehmen für Bergwerksmaschinen entwickelte und 1886 in die „Gewerkschaft Schalker Eisenhütte" umgewandelt wurde, ihren Standort in Schalke. Im selben Jahr entstand in Bulmke und Hüllen die „Schalker Gruben- und Hüttenverein AG", ein Hochofenwerk zur Produktion von Roheisen für Gießerei-, Puddel- und Stahlzwecke und wenig später auch von Gußrohren. Kurz darauf wurde in der Nähe der „Schalker Verein für Kesselfabrikation" zur Weiterverarbeitung von Blechen des Walzwerkes „Grillo, Funke & Co" errichtet, der wegen der Angliederung der Erzgrube Orange bei seiner Umwandlung in eine Gewerkschaft 1879 den Beiname „Werk Orange" erhielt. 1874 wurde das Gußstahlwerk „Munscheid & Co" gegründet und noch in den 1870er Jahren mit der „Eisengießerei Gebr. Strassburger" zusammengelegt, woraus 1889 die „Aktiengesellschaft der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke" hervorging, die 1885 den ersten Siemens-Martin-Ofen in Betrieb nahm. Aus einer 1874 gegründeten Schlosserwerkstatt entstand die Herdfabrik „Küppersbusch und Söhne", die 1883 die Serienproduktion aufnahm.

---

32 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 219 ff.; F. Brüggemeier, Bedürfnisse, 1977, S. 156.

33 Zur Eisen-und Stahlindustrie allgemein: G. Adelmann, Betriebsverfassung, 1962, S. 47; W. Feldenkirchen, 1982, S. 1 f., 21 f., 42 und 54; K. van Eyll, 1983, S. 188 f. Zu Ge: D. Beckmann, 1965, S. 160 f.; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 181 f., 201 ff. und 207 f.; L. Hamp, 1955, S. 46 ff.; E. Raven, Eisenindustrie, 1955, S. 76, 80, 83 und 86; Behrendt, ²1956, S. 111; J. Arens, 1953; Mannesmann-Röhrenwerke, 1949, S. 136; P. Wiel, 1970, S. 204 und 206; Schalke, 1880, S. 17 und 22 f.; Gutehoffnungshütte, 1949, S. 138; C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 18, 21 f.; Gewerkschaft Schalker Eisenhütte, 1949, S. 151 ff.; E. Raven, Eisenwerke, 1951, S. 43 ff., 56 ff., 72 ff.; W. Goch, 1925, S. 28; Werk Orange, 1954, S. 132; F. Hoffmann, 1927, S. 189 ff.; SPD-Ortsverein Schalke, 1988, S. 14 f.; O. v. Rossum, 1913, S. 65 f. F. Schakcke, 1966, S. 3 ff. und 15; Aufbruch, 1975, S. 7 ff.; Rheinstahl, 1972, S. 3.

Weitere Industriezweige, die der Kohle folgten, waren in Gelsenkirchen vor allem die Glas- und die chemische Industrie[34]: Zunächst wurde 1872 die „Aktiengesellschaft für Chemische Industrie" gegründet, die 1873 in der Gemeinde Braubauerschaft eine Schwefelsäurefabrik errichtete. Im folgenden Jahr wurde die „Glas- und Spiegelmanufaktur AG Schalke" gegründet, wozu der Standort recht günstig war, weil Quarzsand und Soda in der Nähe zur Verfügung standen und mit der Steinkohle der nötige Energieträger vorhanden war.

Die der „Gründerzeit" folgende Krise nach dem Wiener Börsenkrach vom Mai 1873 erreichte das Ruhrgebiet im Frühjahr 1874 und ergriff 1875 alle Gewerbe.[35] Die wirtschaftliche Entwicklung wurde deutlich am Sinken des Kohlepreises, der nun, wie der Gelsenkirchener Bürgermeister erkennen mußte, das Leben der Bergbaugemeinden des Raumes Gelsenkirchen bestimmte.[36] Die ausbleibenden Gewinne und der Selbstkostendruck führten zu Lohnreduktionen, Massenentlassungen und Konkursen. Da erste Rationalisierungsmaßnahmen, die in einem Trend zu Großschachtanlagen Ausdruck fanden, nicht zu einer Stabilisierung führten, wuchs die Bereitschaft zu Förder- und Preisabsprachen und zu vertikaler und horizontaler Konzentration.[37] Stabilität erhielten die Preis- und Förderabsprachen erst mit der Bildung des Kohlensyndikates 1893[38] und erst 1904 in der Eisen- und Stahlindustrie mit der Gründung des Stahlwerksverbandes, der die vorherigen Verbände und Absprachen ablöste.[39] Insgesamt war für den Ruhrbergbau jedoch eine nur kurzfristig unterbrochene Steigerung der Förderung und der Belegschaftszahlen festzustellen. Ein wichtiger Faktor für die Ausdehnung der Förderung des Ruhrbergbaus war die Verbindung von Kohle und Stahl. Größte Bedeutung für den Bergbau hatte der Übergang von der Holzkohlenfeuerung zur Koksfeuerung beim Hochofenbetrieb.[40] Die Herausbildung des für das Ruhrgebiet typischen montanindustriellen Komplexes führte zu einer erheblichen Erweiterung der Ruhrindustrie und der Angliederung zahlreicher Nebenbetriebe zur Weiterverarbeitung der Kohle an die Schachtanlagen.[41] Die Konzentration der Bergwerksunternehmen begann in Gelsenkirchen Anfang der 1870er Jahre, als am 1. Januar 1873 die neugebildete Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft (GBAG) Rheinelbe und Alma, die 1877 konsolidiert wurden, übernahm. Die Gründung der GBAG, die sich bald weitere Zechen an-

---

34 M. Müller, 1953, S. 118 f.; Glas- und Spiegel-Manufactur, 1953, S. 132 ff.; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 209 f.; W. Goch, 1925, S. 29; L. Hamp, 1955, S. 46; P. Wiel, 1970, S. 325; H. Jebsen-Marwedel, 1955, S. 97.

35 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 202. Zum Ablauf der Gründerkrise: H. Mottek, Gründerzyklus, 1981, S. 103. Vgl. GBAG, 1898, S. 3.

36 Bericht Stadt Ge 1877-78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 4.

37 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 203 f. und 208 ff.; H. Münz, 1909, S. 11. Vgl. H. Mottek, Gründerzyklus, 1981, S. 108. Beispielhaft GBAG, 1898, S. 4 f.

38 Vgl. P. Wiel, 1970, S. 146 ff.; W. Feldenkirchen, 1982, S. 110 f.; GBAG, 1898, S. 7 ff. Zur Beteiligung von Consolidation O. v. Rossum, 1913, S. 24 ff.

39 W. Feldenkirchen, 1982, S. 111 f. und 120 ff. Übersicht bei: P. Wiel, 1970, S. 239 ff.

40 W. Feldenkirchen, 1982, S. 22. Vgl. H. Imbusch, 1908, S. 13 f.

41 Vgl. P. Wiel, 1970, S. 117.

gliederte, zeigte die stark gestiegene deutsche Finanzkraft, den Willen zu stärkerer Konzentration noch vor dem Beginn der Flaute und ein nach dem gewonnenen Krieg von 1870/71 gesteigertes Nationalgefühl der Ruhrkapitalisten, mit dem es nicht mehr zu vereinbaren war, daß ausländisches Kapital die Schachtanlagen beherrschte.[42] Schon 1873 schlossen sich die Gewerkschaften von Hibernia und der Herner Schachtanlage Shamrock zu einer neuen Aktiengesellschaft „Hibernia und Shamrock Bergwerksgesellschaft" zusammen, woraus 1887 die „Bergwerksgesellschaft Hibernia" wurde.[43]

Solange die Schachtanlagen abgeteuft wurden, waren nur wenige Arbeitskräfte nötig. Erst mit Beginn der Förderung stieg der Bedarf an Bergarbeitern an. Die ersten Bergleute – abgesehen von einer Anzahl ausländischer Spezialisten – konnten aufgrund des Bevölkerungswachstums überwiegend in Rheinland und Westfalen geworben werden.[44] Beispielsweise nahmen viele Arbeiter der Zeche Consolidation den beschwerlichen Weg durch die sumpfigen Emscherniederungen von Buer nach Braubauerschaft auf sich.[45] Wegen der langen Dauer bis zur personalintensiveren Aufnahme einer regelmäßigen Förderung konnten sich bis zur „Gründerzeit" nur Anfänge einer Arbeiterbevölkerung bilden. Agrarisches Leben prägte so noch die Erfahrungen der Menschen. Die Agrarbevölkerung der umliegenden Dörfer konnte jedoch längerfristig nicht genug Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, so daß der Arbeitskräftebedarf allein durch Zuwanderung gedeckt werden konnte. Die Belegschaftsziffern der Gelsenkirchener Zechen und der metallverarbeitenden Industrie spiegelten die Notwendigkeit steter Zuwanderung und auch die ökonomische Entwicklung wieder[46]:

---

42 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 196; F. Benfer, ²1956, S. 100; Vereinigte Stahlwerke, 1930, S. 16 f. und 19; GBAG, 1898, S. 13 f. und 18 ff. und 29 ff.; G. Gebhardt, 1957, S. 197 ff.; P. Wiel, 1970, S. 169 und 250 f.

43 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 331; 100 Jahre Shamrock, 1957, S. 39 f.

44 Zwischen 1867 und 1870 81,2% der Zuwanderung aus Rheinland und Westfalen und 8,1% aus Hessen. H. Hartwig, 1978, S. 92 und 95; Degen, 1915, S. 10 f. und 33. Vgl. W. Brepohl, 1948, S. 91 f.; W. Köllmann, Industriezeitalter, 1974, S. 17; H. Croon, Siedlungsgeschichte, 1965, S. 92 f.

45 100 Jahre Consolidation, 1963, S. 3; O. v. Rossum, 1913, S. 18; E. Franke, 1936, S. 26; W. Brepohl, Aufbau, 1948, S. 90. Vgl. zu Bueraner Bergarbeitern auch H. Stark, 1933, S. 62.

46 Zusammengestellt nach: Verw.-B. Lk Ge 1901 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 43 f.; Bericht Stadt Ge 1877-78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 4 und 13; Bericht Stadt Ge 1882 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 14; Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 16; Bericht Stadt Ge 1885/86 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 15; Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 14 f.; Bericht Stadt Ge 1887/88 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 12 f.; Bericht Stadt Ge 1888/89 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 12; GBAG, 1898, S. 22; Schalke, 1880, S. 14 und 23 und 36; H. Hartwig, 1978, S. 100 (geringe Abweichungen); Vereinigre Stahlwerke, 1930, S. 12 und 15 (leichte Abweichungen); Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, 1952, S. 26; W. Kesten, 1952, S. 231 und 250; W. Goch, 1925, S. 34 und 58 f. und 63; D. Beckmann, 1965, S. 161; H. Tobien, 1919, S. 149 (leicht abweichend); Statistik Kreis Bochum, 1878, S. 106 und 138 f. (leicht abweichend); Ergänzung, 1880, S. 44 f. und 51 f.; O. v. Rossum, 1913, S. 21, 26, 29 und 31; Bericht Amt Buer 1888/89 (StA Ge XXVI/1-B), S. 16; Bericht Amt Buer 1889/90 (StA Ge XXVI/1-B), S. 12; K. Hartl, 1909, S. 137.

Tabelle 2: Belegschaft der Schachtanlagen und Industriebetriebe im Raum Gelsenkirchen 1870–1889

Schachtanlagen

Jahr	Hibernia	Consol.	Wilh. Vikt.	Graf Bism. 1	Dahlbusch	Rheinelbe	Alma	Holland	Hugo	Nordstern	Graf Bism. 2
1870	792	795			420	386	68				
1871		907				463	183				
1872		1 517	362			641	513				
1873		2 060			762	615	665				
1874		1 755			914	737	943				
1875	864	1 801	612	435	1 028	722	1 261	1 297			
1876		2 153			1 198	760	1 260				
1877		1 847			1 334	784	1 185				
1878		1 738			1 576	819	1 153				
1879		1 763	632	516	1 726	882	1 083				
1880	1 006	1 835	682	517	1 887	871	1 039	1 284			
1881	1 185	1 857	750	520	1 907	853	1 026				
1882	1 256	2 020			1 971	956	1 166		549	536	
1883	1 496	2 316			2 010	982	1 187				
1884		2 509			1 869	1 154	1 196				
1885	1 511	2 314	1 179	851	1 884	1 188	1 167				
1886	1 460	2 382			1 950	1 221	1 215				
1887	1 316	2 247		1 342	2 020	1 376	1 199				
1888	1 342	2 376			2 020	1 507	1 289		1 071	570	761
1889	1 406	3 178	1 860	840	2 319	zus. 2 748		1 296	1 167	559	802

Industriebetriebe

Jahr	Munscheid & Co	Glas & Spiegel	Gew. Orange	Schalker Verein	Grillo & Funke	Boeker & Co	Schalker Eisenhütte	Küppersbusch
1870					362			
1871					364	190		
1872					389	280		
1873					418	340		
1874					474	364		
1875					390	380		
1876					426	383		
1877	30				458	397		
1878	30		85		539	408		
1879		260	80	190	606	458	87	
1880			106		640	548	112	
1881		360	128	450	820		171	
1882	115				763			
1883					759			
1884	144				739			
1885	139	307	194	750	676	614	158	
1886	137				575			
1887	198				602			
1888	288				718			
1889	314	436	164	1 264	1 045	575	166	185

Wegen des Arbeitskräftebedarfs mußte die Nahwanderung zunehmend durch Fernwanderung ersetzt werden, und entsprechend änderte sich die Zusammensetzung der Zuwanderer, unter denen der Anteil der Ostdeutschen ständig zunahm bei einem relativen Rückgang der aus den übrigen Teilen Deutschlands Einwandernden.[47] Den Zuwanderern aus den östlichen Provinzen wurde der Bruch mit ihren traditionellen Bindungen durch die Erwartung hoher Löhne, besserer Konsummöglichkeiten, geregelter Arbeitszeit, Aufstiegshoffnungen und durch das idealisierte Bild städtischen Lebens erleichtert.[48] Die Anwerbung im Osten dürfte von den Zechenherren bewußt betrieben worden sein, denn sie konnten hoffen, die oft nationalkonservativ eingestellten Neubergleute wegen deren Unwissenheit und Arbeitsplatzangst als Lohndrücker und Streikbrecher einzusetzen. 1890 waren 5% der Bueraner und 6,9% der Gelsenkirchener in den Ostprovinzen geborene Polen, und 22,3% der deutschen Gelsenkirchener waren in den Ostprovinzen geboren.[49] Der Hauptstrom der Zuwanderung erfolgte aber erst in den 1890er Jahren. Aufgrund der Beurteilung der Zuwanderer als Streikbrecher war das Verhältnis zwischen eingesessenen und zugewanderten Bergleuten keineswegs solidarisch, sondern besonders die Polen wurden als Konkurrenz und Lohndrücker empfunden.[50] Die Zuwanderung bewirkte einen enormen Bevölkerungszuwachs im Raum Gelsenkirchen, vor allem dort, wo sich neben dem Bergbau auch die Eisenindustrie angesiedelt hatte[51]:

---

47 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 217; H. Hartwig, 1978, S. 96. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 238 f.

48 H. Hartwig, 1978, S. 96.

49 E. Franke, 1936, S. 19; H. Hering, Menschen, 1984, S. 69; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 241; V.-M. Stefanski, 1984, S. 18 ff.

50 Die Konflikte zwischen den Bergarbeitergruppen spitzten sich bis zu tätlichen Auseinandersetzungen zu, beispielsweise im Februar 1887 bei einer Massenschlägerei in Röhlinghausen, Kreis Ge. Verw.-B. Kreis Ge 1887 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 47. Vgl. V.-M. Stefanski, 1984, S. 133 ff.

51 Zusammengestellt nach: Beckmann, 1965, S. 159, 161 und 164 f.; F. Nienhaus, ²1956; S. 129; H. Tobien, 1919, S. 133, 147 f. und 149 ff.; B. Kolkenbrock, Berufssoziologie, 1949, Anhang Tab. 3 (Abweichungen: Ück-1875–5 291, Rotth-1875–3 308, Rotth-1880–4 078); P. Wiel, 1970, S. 51; Verw.-B. Kreis Ge 1887 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 6 f.; Bericht Stadt Ge 1877–78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 6; Bericht Stadt Ge 1882 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1. 1.1883-31.3.1884, (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 8; Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 5; Bericht Stadt Ge 1885/86 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 36; Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1887/88 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1888/89 (StA Ge XXVI/11), S. 3; Bericht Stadt Ge 1890/91 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; Stat. Handbuch Stadt Ge 1903-1927 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 15; Bericht Amt Buer 1888/89 (StA Ge XXVI/1-B), S. 3; Bericht Amt Buer 1889/90 (StA Ge XXVI/1-B), S. 1; Allg. Nachrichten Gemeinde Horst 1.10.1891-31.12.1892 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 1; H. Hartwig, 1978, S. 93 (geringe Abweichungen) und 98; P. Wiel, 1970, S. 51; Statistik Kreis Bochum, 1878, S. 21; Ergänzung, 1880, S. 4 f. (leicht abweichend); C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 24.

Tabelle 3: Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchener bis 1889

Jahr	Ge	Schalke	Bulmke	Hüllen	Braub.	Ück.	Heßler	Rotth.	Buer	Horst
1818	505	198	129	97	410	200	279	334	3 344	487
1831	533	204	97	99	360	208	260	371	3 644	556
1839	614	235	112	114	415	216	300	415	3 701	538
1843	653	247	108	122	446	249	310	446	3 837	562
1852	960	288	105	129	475	304	311	339	4 100	638
1855	1 030	281	112	129	569	337	376			715
1858	1 597	390	110	129	544	442	366	550	4 167	826
1861	2 379	443	118	121	597		410	626	4 142	872
1867	5 030	2 058	206	171	853	1 284	539	1 151	4 338	1 047
1870	6 419	2 954					538			
1871	7 827	3 758	315	140	1 250	2 115	620	1 911	4 547	1 668
1872	9 050	5 630	355	143	1 343		636			
1874								2 596		
1875	11 292	7 828	1 703	290	3 303	5 275	1 168	3 034	5 022	2 105
1876								3 327		
1877								3 469		
1878	13 310							3 626		
1879	14 034	7 807						3 843		
1880	14 415	9 495	2 490	557	4 577	7 342	1 319	3 945	5 838	2 373
1881	15 122	9 920	2 733	619	4 852	7 330	1 353	4 059		2 421
1882	16 106							4 297		2 552
1883	17 028							4 632		2 669
1884	18 182							4 816		2 934
1885	20 289	11 857	3 880	940	6 813	8 878	2 029	5 384	7 721	2 995
1886	20 972							5 129		
1887	22 074	12 155	4 421	1 015	7 876	9 721	2 454	6 132	8 758	3 041
1888	23 567	12 893	4 863	1 191	8 462	10 729	2 734	6 521	9 331	3 221
1889	25 710	14 010	5 145	1 494	9 539	11 914	2 667	7 245	10 289	3 426

(Buer, Horst 1832 statt 1831, Rotth., Buer 1837 statt 1839, Horst 1840 statt 1839, Rotth. 1840 statt 1843)

Durch die Zusammenziehung von Produktionsanlagen und Arbeitskräften wurde der Raum Gelsenkirchen bis 1890 zum Ort einer industriellen Agglomeration, mit deren rasanter Entstehung die Entwicklung urbaner Strukturen und Funktionen nicht Schritt hielt. Da die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung niedrig war und mit der Konjunktur schwankte, waren Trägerschichten städtischer Entwicklung wie Selbständige und Angestellte im Raum Gelsenkirchen bis zum Ersten Weltkrieg kaum vertreten.[52] Infolge der kommunalpolitischen Selbständigkeit der einzelnen Gemeinden erfolgte der Siedlungsausbau planlos.[53] Die verwaltungsmäßige Zersplitterung wurde angesichts der industriellen Entwicklung nicht beseitigt, viel-

52 Während in anderen Großstädten ca. 50% der Bevölkerung Selbstständige oder Angestellte waren, waren es in den fünf größten Ruhrgebietsstädten unter 25%, in Ge 16,4%. F. J. Brüggemeier, L. Niethammer, 1981, S. 142.

53 D. Beckmann, 1965, S. 161 f. Vgl. C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 18; Arendt, 1927, S. 30-41.

mehr versuchten die einzelnen Verwaltungseinheiten aufgrund des mit der industriellen Entwicklung verbundenen Bevölkerungswachstums Selbständigkeit zu erlangen. So wurde Gelsenkirchen 1868 mit den Gemeinden Heßler, Schalke, Braubauerschaft, Bulmke und Hüllen ein eigenständiger Amtsverband im Landkreis Bochum und schied aus dem Amtsverband Wattenscheid aus. Die Gemeinde Ückendorf verblieb zunächst beim Amt Wattenscheid. Nach dem Scheitern einer gemeinschaftlichen Stadtbildung von Gelsenkirchen und Schalke an konfessionellen, parteipolitischen und ökonomischen Bedenken – Schalke war mehrheitlich evangelisch und nationalliberal, Gelsenkirchen dagegen stärker katholisch, was in Zeiten des Kulturkampfes durchaus relevant war – wurde am 29. November 1875 Gelsenkirchen allein Stadt. Schalke wurde am 1. Mai 1877 Amtssitz der verbliebenen Gemeinden Schalke, Heßler, Braubauerschaft, Bulmke und Hüllen. Am 1. September 1876 wurde Ückendorf aus dem Amt Wattenscheid herausgetrennt und bildete ein eigenes Amt. 1885 wurde aus dem Landkreis Bochum der Landkreis Gelsenkirchen herausgetrennt, der die Stadt Gelsenkirchen, das Amt Schalke mit den Gemeinden Schalke, Heßler, Braubauerschaft, Bulmke und Hüllen, das Amt Ückendorf, die Stadt Wattenscheid und das Amt Wanne umfaßte. 1887 wurde das Amt Schalke wiederum unterteilt in ein Amt Schalke mit den Gemeinden Schalke und Heßler und ein Amt Braubauerschaft mit den Gemeinden Braubauerschaft, Bulmke und Hüllen. Die Gemeinde Rotthausen gehörte 1876 zur aus der Bürgermeisterei Altenessen ausgegliederten Bürgermeisterei Stoppenberg. Entsprechend der weniger stürmischen Entwicklung und der vorher relativ einheitlicheren Verwaltungseinteilung gab es im Norden keine so starke Zerstückelung der Verwaltung; 1885 schied nur das neugebildete Amt Gladbeck aus dem Amtsverband Buer aus.[54]

Schon bei der Stadtwerdung Gelsenkirchens waren konfessionelle Unterschiede hervorgetreten. Während der Süden überwiegend protestantisch gewesen war, war der Norden fast vollständig katholisch. Die ursprünglichen konfessionellen Verteilungsmuster schliffen sich durch die Zuwanderung nur langsam ab.[55]

---

54 Bericht Stadt Ge 1877-78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 5; Verw.-B. Kreis Ge 1887 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 3 f.; Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 33; Statistik Kreis Bochum, S. 15; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 186 und 213 f.; G. Abeler, 1950, S. 99 ff.; H. Hartwig, 1978, S. 90; C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 24 ff.; H. Überhorst, Wattenscheid, 1985, S. 19; H. Croon, Gliederung, 1965, S. 60; Schalke, 1880, S. 39; H. Neumann, 1984, S. 21; F. Nienhaus, ²1956, S. 129; P. Wiel, 1970, S. 3; H. Tobien, 1919, S. 159 f.

55 H. Croon, Bochum, 1965, S. 102; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 51. Zur Verteilung der Konfessionen: Bericht Stadt Ge 1877-78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 69; Bericht Stadt Ge 1882 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1.1.1883-31.3.1884 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 8; Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 5; Bericht Stadt Ge 1885/86 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 36; Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1887/88 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3 f.; Bericht Stadt Ge 1888/89 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1889/90 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; Bericht Amt Buer 1888/89 (StA Ge XXVI/1-B), S. 3; Stat. Handbuch Stadt Ge 1903-1927 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 19.

Aufgrund des Arbeitskräftebedarfs im Ruhrbergbau war von Anfang der 1860er Jahre bis zu den Gründerjahren ein nicht wieder erreichtes Wachstum der Bergarbeiterlöhne zu beobachten. Die Lebenslage der Bergleute und ihrer Familien, die im Jahrzehnt vorher ohne Nebenerwerb kaum existieren konnten, verbesserte sich in diesen Jahren, da die Lebensmittelpreise auf relativ niedrigem Niveau verblieben.[56] Durch die verbliebenen Privilegien und die Knappschaften bildete sich unter den Bergarbeitern eine feste Binnenstruktur heraus, und die Bergarbeiterschaft setzte sich deutlich von der übrigen Arbeiterschaft, besonders gegenüber unterständischen Schichten, ab.[57] Die hochangesehene Bergarbeiterschaft bildete eine straff organisierte Gemeinschaft, die ihre soziale Stellung „auch durch eine vorgeschriebene Tracht, das Bergmannshabit, zum Ausdruck brachte".[58] Im Bewußtsein der mühevollen und gefährlichen Arbeit, der beruflichen Kenntnisse und der wirtschaftlichen Bedeutung des Bergbaus fühlte sich der Bergmann nicht als „gewöhnlicher" Arbeiter und war stolz auf seinen Beruf. Innerhalb des „Vierten Standes" bildeten die knappschaftsfähigen Ruhrbergleute eine Gruppe höherer sozialer Sicherheit jenseits des sozialen Elends.[59] Im Raum Gelsenkirchen dürften allerdings nur „Reste" der alten Bergarbeiterkultur durch die bergbauliche Führungsschicht und die Zuwanderung von Bergleuten anderer Regionen, die im Unterschied zum Gelsenkirchener Raum ältere bergbauliche Traditionen hatten, eingeführt worden sein. Die Neu-Bergleute aus der näheren Umgebung waren durch ihr bisheriges, durch landwirtschaftliche Betätigung geprägtes Dasein sozialisiert. Da sich gleichzeitig mit dem Vordringen des Bergbaus in den Gelsenkirchener Süden die Liberalisierung des Bergbaus vollzog, verschwanden sozioökonomische Bedingungen der Herausbildung der älteren Bergarbeiterkultur bereits wieder.[60] Folgende Elemente von Bergarbeiterkultur, wie sie Tenfelde aufzählt, waren anzutreffen[61]: eine auf der Besonderheit des Arbeitsplatzes beruhende Mystifizierung des Bergmannes, seine damit verbundene Religiosität, die besonderen Arbeitswerkzeuge als Kennzeichen des Berufsstandes, die bergmännische Sprache, die Besonderheit der knappschaftlichen Gemeinschaft und der spezifische bergbauliche Arbeitsrhythmus.

Mit der Konjunktur schwankte nicht nur die Anzahl der beschäftigten Arbeiter, sondern die Auswirkungen der ökonomischen Krisen wurden auch auf diejenigen Arbeiter abgewälzt, die das Glück hatten, von Kündigungen nicht betroffen zu sein, indem Löhne gekürzt wurden oder der Jahreslohn infolge zahlreicher Feierschichten erheblich sank. In der Gründerzeit erreichten die Löhne ein Maximum, so daß vorübergehend die

---

56 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 310 f. Vgl. O. Hue, 1913, S. 137 f.
57 K. Tenfelde, Bergarbeiterkultur, 1979, S. 19; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 123 f. Vgl. K. Degen, 1915, S. 14 f.
58 I. Dallmeier, 1922, S. 22.
59 W. Köllmann, Industriezeitalter, 1974, S. 19 f.; H. Imbusch, 1908, S. 126; K. Tenfelde, Bergarbeiterkultur, 1979, S. 20; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 127.
60 K. Tenfelde, Bergarbeiterkultur, 1979, S. 29 ff.
61 Ebd., S. 20 ff.

Bergarbeiterfamilien ein „befriedigendes Auskommen" erlangten.[62] Mit dem Ende des Booms sanken die Löhne stark ab. Von der Auskömmlichkeit erlebten die Bergarbeiterfamilien einen Absturz in tiefe Not, die als kollektive Erfahrung die Klassengegensätze erfaßbar machen konnte.[63] Ein allgemeiner Preisverfall in den 1880er Jahren verbesserte zwar die Reallohnsituation und erleichterte das materielle Schicksal der Bergarbeiterfamilien, änderte die grundlegende Existenzgefährdung jedoch nicht, insbesondere angesichts der Gefahren von früher Invalidität, Arbeitsplatzverlust etc.[64] Wie auf den Zechen verringerten sich die Löhne der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie Gelsenkirchens nach dem konjunkturellen Umschwung erheblich.[65] Erst mit dem steigenden Kohle-Absatz zu Beginn der 1880er Jahre erhöhte sich die Zahl der verfahrenen Schichten wieder, die die wesentliche Ursache für die nun steigenden Jahresverdienste der Gelsenkirchener Bergleute war.[66] Mit der verbesserten Konjunktur stieg auch der Schichtlohn wieder, was die Krise Mitte des Jahrzehnts mit weniger Schichten für die Bergleute abfederte.[67] In den Wintern 1886/87 und 1887/88 war die Not der Gelsenkirchener Arbeiterbevölkerung so groß, daß reiche Gelsenkirchener eine Volksküche einrichteten.[68] Als eine Ursache für die Not konnte sich der Kreisausschuß Gelsenkirchen Ende der 1880er Jahre nur das „allzufrühe Heirathen"[69] vorstellen. Der Gelsenkirchener Bürgermeister gab den geringen Löhnen die Schuld für die Not und nannte Fehlverhalten der Arbeiterfamilien wie „Mangel an Wirtschaftssinn, Leichtfertigkeit, frühes Heirathen" nur „Mitgründe"[70].

Neben der kollektiven Erfahrung der materiellen Not wurde im betrieblichen Alltag der hierarchisch strukturierten Großschachtanlagen die „Erfahrung der betrieblichen und gesellschaftlichen Herrschaft und Unterdrückung" gemacht, wobei ein unmittelbar materielles Ausbeutungsinteresse bemerkbar wurde. Demgegenüber mußte die entweder selbst noch erfahrene oder überlieferte Welt des ständischen Bergbaus als positiv erscheinen. Zusammen mit den Resten von Standesbewußtsein konstituierte sich so die Erfahrung eines Gruppenschicksals von Statusverlust.[71]

Neben Fragen der Lebenshaltung unter den Bedingungen des kapitalistischen Bergbaus ergaben sich Probleme für die Menschen aus der raschen Besiedelung vorher nahezu menschenleerer Gegenden des Ruhrgebietes,

---

62 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 315. Vgl. H. Münz, 1909, S. 10.

63 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 319. Vgl. O. Hue, 1913, S. 185 und 230 ff.; F. Brüggemeier, Bedürfnisse, 1977, S. 156. Löhne auf Consolidation bei O. v. Rossum, 1913, Tafel XVII.

64 Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 320.

65 W. Feldenkirchen, 1982, S. 53.

66 Beispielsweise stieg die Zahl der Schichten auf Hibernia von 1881 auf 1882 von etwa 341 auf etwa 375. Bericht Stadt Ge 1882 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 14.

67 Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 15 f.

68 Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 21; Verw.-B. Kreis Ge 1887 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 44; Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 21 ff. über steigende Aufwendungen für die Armenpflege.

69 Verw.-B. Kreis Ge 1887 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 43.

70 Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 21.

71 Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 338 ff.

die erhebliche Schwierigkeiten der Wohnraumversorgung mit sich brachte. So war das „Schlafgängerwesen" weit verbreitet, da es einerseits für die jungen ledigen Zuwanderer das Wohnproblem löste und für sie eine Anlaufstelle bildete und andererseits die Quartiergeber bei den Mietkosten entlastete.[72] In den Augen des herrschenden Bürgertums war das Kostgängerwesen ein Hort der Sünde und Unsittlichkeit.[73]

Tabelle 4: Kostgänger und Quartiergeber im Landkreis Bochum 1879–1885[74]

	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885
Quartiergeber	4 512	5 637	6 532	7 264	7 313	7 843	7 969
Kostgänger	8 509	9 717	11 006	12 376	13 039	14 161	15 507

Die zugewanderten Bergleute, die durch die Aussicht individueller Lageverbesserung angelockt worden waren, setzten auch im Ruhrgebiet ihre individualistisch orientierte Strategie der Lageverbesserung fort, indem sie selbst wegen geringer Lohndifferenzen von einer Zeche zur anderen wechselten und damit sowohl bei den Zechen als auch bei den kommunalpolitischen Einheiten eine erhebliche Fluktuation verursachten. Darüberhinaus stellte die Fluktuation einen individuellen Protest gegen miserable Arbeitsbedingungen dar, der erleichtert wurde durch kollektive Auffanginstitutionen wie das Schlafgängerwesen, das den hochmobilen ledigen Bergarbeitern überall „Stützpunkte" bot.[75]

Tabelle 5: An- und Abmeldungen je 100 Einwohner in der Stadt Gelsenkirchen 1882–1890[76]

	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889	1890
Anmeldungen	33,0	33,5	32,8	35,1	29,9	29,4	32,6	34,8	33,3
Abmeldungen	25,4	27,1	25,5	26,4	26,0	25,0	25,6	27,0	26,2

72 Bericht Stadt Ge 1882 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 7. Bericht über hohe Wohnungsnachfrage und hohe Mieten in Bericht Stadt Ge 1.1.1883-31.3.1884 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 11; Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 8; Bericht Stadt Ge 1888/89 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 6; Bericht Stadt Ge 1889/90 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 6.

73 Bericht Stadt Ge 1879 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 59 f. Dieselbe Auffassung: H. Hilbert, 1952, S. 120. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 329 f.; F. Brüggemeier, Bedürfnisse, 1977, S. 155.

74 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 329. Nachweisungen im Landkreis Bochum, auch in Ge und Ückendorf, 1878-1901 in: StA Bo LA 1 247.

75 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 231 f.; F. Brüggemeier, Bedürfnisse, 1977, S. 156.

76 Zusammengestellt nach: Bericht Stadt Ge 1882 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 4; Bericht Stadt Ge 1.1.1883-31.3.1884 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 8; Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 5; Bericht Stadt Ge 1885/86 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 4; Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 4; Bericht Stadt Ge 1887/88 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 4; Bericht Stadt Ge 1888/89 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 4; Bericht Stadt Ge 1889/90 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; Stat. Handbuch Stadt Ge 1903-1927 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 67. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 233.

b) Sozialistische Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen bis 1889

Die industrielle Entwicklung des Ruhrgebietes und Gelsenkirchens führte zur Herausbildung einer Arbeiterklasse, die sich allerdings einerseits am alten Bergarbeiterstand orientierte und andererseits aufgrund ihrer Abstammung aus den östlichen Provinzen zunächst noch patriarchalisch-ländlichen Denkmustern verhaftet blieb. Die Orientierung an überkommenen Denk- und Verhaltensformen und -inhalten erschwerte die Umsetzung von individuellen und kollektiven Erfahrungen im kapitalistischen Ruhrbergbau in kollektive Aktivitäten und Organisationsbildung.

Anfänge der sozialistischen Bewegung vor dem Sozialistengesetz

Die frühe sozialistische Bewegung in den preußischen Westprovinzen wurde von mittleren und gehobeneren bürgerlichen Schichten, wie Ärzten, Juristen, Literaten und ehemaligen Offizieren, getragen. Die Arbeiterschaft wurde bis 1848 kaum erreicht.[1] Eine Gruppe bestand auch über das Verbot hinaus um die „Rheinische Zeitung" in Köln, die vom 1. Januar 1842 bis zum Verbot am 31. März 1843 unter Mitarbeit von Karl Marx herausgegeben wurde.[2] Eine weitere Gruppe war der „Rhedaer Kreis" um die Monatsschrift „Das westfälische Dampfboot".[3] Kurz vor der 1848er Revolution wurde in Köln eine Bundesgemeinde des „Bundes der Kommunisten" gegründet.[4] Die Kölner Kommunistengemeinde organisierte nach der Pariser Februarrevolution von 1848 in Köln einen 5000-köpfigen Demonstrationszug zum Gemeinderat, der den Auftakt der revolutionären Ereignisse in Deutschland darstellte.[5] In der folgenden Zeit gelang es den Kölnern aber nicht, wie von Marx und der von ihm herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung" gefordert, die bürgerliche Revolution in demokratischem Sinne voranzutreiben.[6] Die Kölner Vorgänge erlangten insofern Bedeutung für das Ruhrgebiet, als die „Neue Rheinische Zeitung" auch einige Verbreitung in Dortmund fand.[7] Die Märzereignisse des Jahres 1848 in der Provinz Westfalen beruhten aber insgesamt weniger auf politi-

---

1 D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 52 f. Vgl. D. Dowe, Kommunisten, 1970, S. 268; W. Conze, [5]1981, S. 125; zur geringen Wirkung von Marx auf die Arbeiter A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 26; auch H. Lademacher, Vom Arbeiterverein, 1969, S. 58.

2 D. Dowe, Aktion, 1970, S. 51 ff.; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 53.

3 D. Dowe, Aktion, 1970, S. 68 f.; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 100 f.; A. Klönne, Heimarbeit, 1984, S. 21.

4 D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 54; D. Dowe, Aktion, 1970, S. 128 f.; D. Dowe, Kommunisten, 1970, S. 268.

5 D. Dowe, Aktion, 1970, S. 133 f.; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 54 f. Vgl. A. Niessner, 1906, S. 43 f.; G. Brunn, Fenstersturz, 1984, S. 23; H. Lademacher, Vom Arbeiterverein, 1969, S. 61 f.

6 D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 54 ff.; D. Dowe, Aktion, 1970, S. 145 ff. und S. 155 ff. zum Arbeiterverein und Volksklub in Düsseldorf. Vgl. G. Brunn, Fenstersturz, 1984, S. 24 ff.

7 Nach R. Umbreit, 1932, S. 6; H. Wenke, 1952, S. 147 gab es in Dortmund 21 Abonennten, aber 1 000 Leser. Vgl. K. A. Hellfaier, 1963, S. 158. A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 122 nennt dagegen den Einfluß von Marx und Engels „unbedeutend".

schen Anliegen als auf den sozialen Folgen einer tiefgreifenden Strukturkrise, die durch das kumulative Zusammentreffen verschiedener Faktoren wie dem Verlust von Exportmärkten, der eingeschränkten Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt, der Folgen der Liberalisierung des Handwerks, der technologische Rückständigkeit, der Überbevölkerung und als auslösendem Moment der letzten großen Mißernte des Jahres 1846 mit ihren Folgen auf Handel und Gewerbe hervorgerufen wurde.[8] Neben der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Provinz dürfte eine „vorherrschende preußenfeindliche Grundstimmung" eine gewisse politische Wirksamkeit entfaltet haben.[9] Daß die notleidenden Bevölkerungsteile dem demokratischen Gedanken zuneigten, war also aus deren sozialer Lage verständlich.[10] Als die revolutionäre Bewegung Deutschland erfaßte, blieb das Land der roten Erde aber relativ unerschüttert.[11] Bei den indirekten Wahlen zur Nationalversammlung Anfang Mai 1848 konnten sich in Westfalen weder Demokraten noch Konstitutionelle gegen die von Geistlichen empfohlenen Kandidaten durchsetzen.[12] Im Zusammenhang mit den Wahlen zur Nationalversammlung fand am 26. April 1848 in der Bueraner Gastwirtschaft Kolck eine Versammlung der demokratisch gesinnten Urwähler des Amtsbezirks Buer statt. Der Bueraner Anton Kolck war im gesamten Regierungsbezirk Münster einer der wenigen Vertreter der demokratischen Sache, der deutlich auch das Problem der sozialen Verelendung aufgriff.[13] Nach der für die Demokraten verlorenen Wahl besannen sich diese Kreise auf die Notwendigkeit einer festeren Organisation, und Ende Oktober 1848 wurde in Buer von „Freunden des Fortschritts", die den wirtschaftlich bedrängten Schichten angehörten, ein „Politischer Klub" gegründet.[14]

---

8 W. Köllmann, Industriezeitalter, 1974, S. 13 ff. und 18; H. J. Behr, 1983, S. 81. Vgl. W. Conze, [5]1981, S. 113. Zu Rheinland-Westfalen: A. Niessner, 1906, S. 11 ff.; W. Hüttermann, 1910, S. 106; B. Haunfelder, 1982, S. 21 f.; C. Wischermann, 1983, S. 128 ff.; W. Köllmann, Pauperismus, 1983, S. 148. Zum „Hungerjahr 1847" im Vest Recklinghausen und der Vermehrung der Tagelöhner: H. Pennings, 1921, S. 64.

9 E. Pülke, 1934, S. 22 und S. 25 f. Vgl. W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 123 und 176 f.

10 Vgl. D. Dowe, Aktion, 1979, S. 138.

11 W. Hüttermann, 1910, S. 106. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 132 nennt „teils bäuerliche, teils handwerkliche Auflehnungen, eher Unmutserscheinungen", u. a. in Buer und Horst. „Bocholter Märzexesse" lt. H. Buschfort, 1986, S. 18. Vgl. W. Brepohl, 1948, S. 23.

12 Bei der Wahl zur preußischen Nationalversammlung waren von den 81 Wahlmännern des Wahlkreises Recklinghausen, der den Norden des Raumes Ge mitumfaßte, allein 17 (= 21%) Geistliche; Abgeordneter wurde ein den Klerikalen Nahestehender. Der Abgeordnete, der den anders zugeschnittenen (Kreis Recklinghausen, Ämter Wattenscheid, Olfen, Dülmen, Haltern, Buldern, Städte Dülmen und Haltern), nun fast den ganzen Raum Ge umfassenden Wahlkreis Recklinghausen in der deutschen Nationalversammlung vertrat, gehörte zur Casino-Partei im rechten Zentrum. W. Hüttermann, 1910, S. 131 f. und 202, Aufstellung der Abgeordneten S. 200 ff.; B. Haunfelder, 1982, S. 45 ff. und 62 f. und 525 f.; E. Pülke, 1934, S. 44 f.; H. Pennings, 1921, S. 69 f.

13 E. Pülke, 1934, S. 40; B. Haunfelder, 1982, S. 45; H. Pennings, 1921, S. 61.

14 Nach dem Bericht des konservativen Buerschen Amtmannes vom 29.12.1848 E. Pülke, 1934, S. 49 ff. Genauso: W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 177. Vgl. A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 113; B. Haunfelder, 1982, S. 84.

Neben dem Bund der Kommunisten wurden in der Revolutionszeit zahlreiche weitere Arbeiterorganisationen bzw. -vereine gegründet. Der wichtigste Verband, der sich mit seinen Lokalvereinen über ganz Deutschland erstreckte, war die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung".[15] Der Begriff Arbeiter stellte auch hier eher eine bewußtseinssoziologische Kategorie als eine sozialstrukturelle dar, denn führend waren gelernte Arbeitskräfte.[16] Die Arbeiterverbrüderung war ausgerichtet an einer Strategie der systemimmanenten Reformen und orientiert an wirtschaftlich-sozialen, fast gewerkschaftlichen Zielen.[17] Im Zusammenhang mit der Arbeiterverbrüderung, die soziale und demokratische Forderungen verband, bürgerte sich seit 1848 die Wortverbindung „sozialdemokratisch" in Deutschland ein.[18] Im westfälischen Raum blieb die Arbeiterverbrüderung schwach, weil sich die politisch interessierten westfälischen Arbeiter den demokratischen Vereinen anschlossen, die eine starke sozial-caritative Prägung aufwiesen, oder Anhänger der Marxschen Richtung waren.

In der Reaktionszeit wurden die demokratischen Organisationen zerschlagen und die gegnerischen Stimmen in der Presse mundtot gemacht. Wie der Bund der Kommunisten in Köln, die Arbeiterverbrüderung und die ersten gewerkschaftlichen Bestrebungen fielen auch die Organisationsversuche im Kreis Recklinghausen dem Druck der Reaktionszeit zum Opfer.[19]

Als die nachrevolutionäre Reaktionszeit Ende der 1850er Jahre von einer Phase liberalerer Handhabung der Repressionsinstrumente des Obrigkeitsstaates abgelöst wurde, konstituierte sich die deutsche Arbeiterbewegung in Anknüpfung an die Traditionen von 1848[20] und trennte sich organisatorisch vom Bürgertum. Die weiter fortgeschrittene Industrialisierung und die Vergrößerung der Arbeiterschaft hatten hierfür Voraussetzungen geschaffen. Am 23. Mai 1863 erfolgte die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" als eines straff zentralisierten politischen Agitationsvereins der Arbeiterschaft unter Ferdinand Lassalles Führung, wobei aus der Rheinprovinz die Städte Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen und

---

15 F. Balser, 1962, S. 12. Vgl. A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 16 ff.; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 19; W. Conze, Beginn, 1973, S. 335 ff.

16 F. Balser, 1962, S. 47 f.

17 Ebd., S. 235; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 64. H. Zwahr, Konstituierung, 1981, S. 285 hebt den antikapitalistischen Charakter der Arbeiterverbrüderung unter dem Einfluß des Bundes der Kommunisten hervor. Vgl. für die Frühgeschichte der Gewerkschaften: K. Tenfelde, Entstehung, 1987, S. 55 f.

18 F. Balser, 1962, S. 144. Vgl. W. Conze, Beginn, 1973, S. 335; K. Tenfelde, Entstehung, 1987, S. 57.

19 F. Balser, 1962, S. 273 und 282; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 58 und 65 f.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 155; D. Dowe, Aktion, 1970, S. 229 ff., 235 ff. und 282 f.; D. Dowe, Kommunisten, 1970, S. 287 ff.; G. Brunn, Fenstersturz, 1984, S. 30 f.; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 125 f.; E. Pülke, 1934, S. 82; H. Pennings, 1921, S. 78 ff.

20 Die Kontinuität der Bewegung zeigt den Zusammenhang von nationaler, sozialer und verfassungspolitischer Frage. W. Conze, D. Groh, 1966, S. 42. Vgl. H. Grebing, Arbeiterbewegung 1985, S. 52; H. Zwahr, Konstituierung, 1981, S. 295; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 126 und 128; F. Balser, 1962, S. 487.

Solingen vertreten waren.[21] Im Unterschied zu Marx maß Lassalle dem Staat eine die Bestrebungen der Arbeiter fördernde Funktion bei und erwartete vom Staat z. B. die Förderung von Produktivassoziationen. Die Forderungen des ADAV hatten so insbesondere politischen, staatsbezogenen Charakter. Konkrete wirtschaftliche Verbesserungen im Kapitalismus erschienen aufgrund von Lassalles ehernem Lohngesetz zwecklos.[22] Aus Anfängen der Vormärzzeit und der 1848er Revolution entstand damit eine organisierte Arbeiterpartei mit tendenziell gegenkulturellem Anspruch. In der abstrakt-politischen Ausrichtung wurde eine utopische Sehnsucht nach einer besseren Gesellschaftsordnung deutlich, die sich nach Lassalles Tod auch in der fast religiösen Lassalle-Verehrung dokumentierte, und die als Abwehrmechanismus gegen die Zumutungen einer Gesellschaft im Industrialisierungsprozeß verständlich wird. Im „rauhen Klima der politischen Auseinandersetzungen der 60er Jahre" hatte der Lassalle-Kult „deutlich politisch-integrierende Funktion" als Mittel stabiler Gruppenbildung und griff bewußt konterkarierend religiöse und monarchische Stimmungs- und Kultelemente auf, die der sinnlich-symbolischen Vermittlung der Zielsetzungen der Arbeiterbewegung dienen sollten.[23] Ausdrücklich stellte später Carl Wilhelm Tölcke im Ruhrgebiet einen Bezug zwischen Lassalle-Verehrung und politischer Agitation her.[24]

Der ADAV konnte im (westfälischen) Ruhrgebiet nur schwer Fuß fassen. Bei Lassalles Tod am 31. August 1864 gab es in Dortmund erst fünf oder sechs Mitglieder, während im Rheinland z. T. recht große Gemeinden bestanden. In Bochum scheiterte im Oktober/November 1864 der Versuch, eine ADAV-Gemeinde zu gründen, am Desinteresse der Arbeiter. Mit der Agitation Hugo Hillmanns von Elberfeld aus und dem Aufbau einer ADAV-Gemeinde in Iserlohn begann im Januar 1865 die eigentliche Geschichte des ADAV in Westfalen. Im Oktober 1868 wurde in Dortmund eine Gemeinde des ADAV gegründet. Anfang 1867 war auch im Gelsenkirchen benachbarten Essen ein ADAV-Zweigverein entstanden. Der geringe Einfluß des ADAV im Ruhrgebiet wurde daran deutlich, daß nur 410 (=2,6%) der auf der 1873er Generalversammlung des ADAV vertretenen Mitglieder aus den westfälischen Orten Iserlohn, Hagen, Hohenlimburg, Dortmund, Hörde und Hamm stammten; ein Jahr später waren es 970 (=5,5%).[25]

---

21 H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 61 f.; D. Dowe, Frühgeschichte, 1983, S. 155; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 59 und 69; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 44 f.; G. Fülberth, Entwicklung, [2]1977, S. 18. Vgl. T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 295. Ausführlich zur Leipziger Gründung: H. Zwahr, Konstituierung, 1981, S. 303 ff.

22 H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 52; G. Fülberth, Entwicklung, [2]1977, S. 18 ff. Vgl. auch K. Tenfelde, Entstehung, 1987, S. 104 f.

23 G. Korff, Rote Fahnen, 1983, S. 119 ff. Vgl. P. v. Rüden, Anmerkungen, 1981, S. 20; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 133 f.; H. Herzig, Lassalle-Feiern, 1988, S. 326 ff.

24 G. Korff, Rote Fahnen, 1983, S. 122; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 133; H. Herzig, Lassalle-Feiern, 1988, S. 328.

25 D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 70 f.; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 13 ff.; R. Lützenkirchen, Anfänge, 1968, S. 5 ff.; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 97, 128 f., 137 f.; A. Herzig, Lassalle, 1973, S. 74 f.; R. Umbreit, 1932, S. 17 f.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 444 f.; A. Herzig, Einigung, 1976, S. 27 ff.; K. Ditt, 1988, S. 68; H. Wenke, 1952, S. 148; G. Freynik, 1983, S. 77 ff.; W. Wehner, 1981, S. IX; P. Möllers, 1960,

Zunächst organisierten sich überwiegend wieder Handwerksgesellen, die sich als Ausdruck ihres Selbstbewußtseins Arbeiter nannten.[26] Die Bergarbeiter fanden nur langsam und über Erfahrungen wirtschaftlicher und sozialer Auseinandersetzungen zur Sozialdemokratie. Im Mittelpunkt der frühen Kämpfe der Bergarbeiterschaft standen Arbeitslohn und Arbeitszeit, weil sich in diesen deren sozioökonomische Lage am greifbarsten verkörperte. Aufgrund des Charakters der Bergarbeit war mit diesen zentralen Fragen die gesamte Arbeitsorganisation angesprochen, wie z. B. die Einrechnung der Seilfahrt und des Weges zur Arbeitsstelle in die Arbeitszeit, das Problem der Über- oder Feierschichten, die Vereinbarung des Gedingelohnes aufgrund der Gesteinsverhältnisse, die Gedingeeinteilung, Lohnabzüge und Wagennullen als Strafen usw.[27] Bei der Betrachtung ihrer Lohnhöhe verglich die Arbeiterschaft diese mit der Höhe der Gewinne, auch um die öffentliche Meinung von der Ungerechtigkeit der Verteilung zu überzeugen, was eine frühe Anpassung an Verhandlungsbedingungen zeigte.[28] Ein weiterer Kristallisationspunkt der Bergarbeiterbewegung waren die Knappschaften. Sie bewirkten einen sozialen Zusammenhalt der Bergleute und förderten ein bergmännisches Standesbewußtsein als Vorform der Bewußtwerdung der eigenen Klassenlage. So waren beispielsweise die ersten Eingaben der Bergleute gegen die Liberalisierung der Bergrechtsgesetzgebung von den Knappschaftsältesten verfaßt worden.[29] Die frühen Kämpfe der Ruhrbergarbeiterschaft wiesen ähnliche Merkmale bezüglich des Konfliktverlaufs auf; sie begannen meist am Anfang oder im Verlauf der Hochkonjunktur, wenn Verteilungsungerechtigkeit, Arbeitshetze und Überstunden besonders hervortraten und die Arbeiterschaft sich angesichts der guten Nachfrage in guter Position wußte. Der Verlauf der Arbeitskämpfe war von der Kompromißlosigkeit der Unternehmer bestimmt, und aufgrund fehlender Unterstützung der Streikenden brachen die Streiks meist bald zusammen.[30]

Aktuell für Gelsenkirchen wurde die frühe Petitions- und Streikbewegung der Ruhrbergarbeiter, als sich 1867 Essener Bergleute mit einer Eingabe u. a. wegen zu langer Arbeitszeiten an den König als Bergherren wandten. Aus der Petitionsbewegung entwickelte sich, als im September 1868 die Schichtzeit verlängert wurde, eine Streikbewegung, an der sich unter Führung mehrerer ADAV-Mitglieder 1 500 Bergarbeiter beteiligten.[31] Die Lassalleaner nutzten

---

S. 44 ff.; F. Bajohr, Krupp und Kommune, 1988, S. 22 f. Zur zunächst schwachen Entwicklung in Gebieten mit hohem Fabrikarbeiter-Anteil W. Conze, D. Groh, 1966, S. 47; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 42 und 62.

26 W. Conze, D. Groh, 1966, S. 25 f.

27 I. Dallmeier, 1922, S. 3 f. und 6 ff.

28 Ebd., S. 15. Vgl. H. Kaelble, H. Volkmann, 1981, S. 277.

29 W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 58. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 400 ff.

30 I. Dallmeier, 1922, S. 16 ff.; A. Gladen, Streiks, 1974, S. 119. Vgl. D. Geary, 1983, S. 30 f. und 36 ff. Zweifelnd D. Milles, 1983, S. 40.

31 Ausführlich zu den Essener Vorgängen: P. Möllers, 1960, S. 55 ff.; G. Freynik, 1983, S. 88-93; D. Milles, 1983, S. 62-94. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 448 ff. und 453 ff.; K. Hartmann, 1977, S. 35; O. Hue, 1913, S. 278; H. Imbusch, 1908, S. 233 ff.

die Streikbewegung, die nach etwa drei Wochen mit der Wiederherstellung der alten Schichtzeit geendet hatte, geschickt für erste gewerkschaftliche Bestrebungen aus. So waren Essener Bergleute nach der Gründung des lassalleanischen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverbandes" im September 1868 an der Gründung der „Allgemeinen Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinen-Arbeiter Deutschlands" im Oktober 1868 beteiligt.[32] Allgemeiner Zweck des gewerkschaftlichen ADAV-Verbandes war, „die Ehre und die materiellen Interessen der Betheiligten zu wahren und zu fördern"[33]. Trotz der der Orientierung der Bergleute an den alten Privilegien angemessenen Forderungen erreichte die Genossenschaft keinen allzu großen Einfluß; 1870 waren die Versuche der Lassalleaner, den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dienende Organisationen im Raum Essen zu gründen, weitgehend gescheitert.[34] Über den Rotthausener Bergmann Emil Bremer, der der Essener Streikleitung angehörte, sprang vor dem Niedergang der Essener Bestrebungen der Funke nach Gelsenkirchen über. Am 13. April 1869 fand in Gelsenkirchen eine Versammlung von Bergleuten statt, auf welcher der Essener Bergarbeiterführer und ADAV-Vertreter Raspe referierte. Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen folgte einem Streik der Möntingschen Kesselfabrik ein erster Bergarbeiterstreik mit 1 000 beteiligten Bergarbeitern am 25. Mai 1869 auf Consolidation mit dem Ziel, die Wiedereinführung der Achtstundenschicht zu erlangen. Nach der Auflösung einer Versammlung streikender Bergarbeiter kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizisten, die mit „flacher Waffe" vorgingen, und etwa 1 500 Personen. Der Streik wurde erfolglos abgebrochen, und 100 Bergarbeiter wurden entlassen. Diese Erfahrungen führten Anfang Juni zu Bestrebungen, ADAV-Zweigvereine und Zweigvereine des Bergarbeiter-Arbeiterschaftsverbandes zu gründen. Ebenso wie in Rotthausen scheiterten diese Versuche, den ADAV in Gelsenkirchen zu etablieren, an sofortiger polizeilicher Auflösung.[35]

Der erste größere Streik im Ruhrbergbau fand während der „Gründerzeit" 1872 statt und drückte den Unmut der Bergarbeiterschaft, die sich noch an

---

32 P. Möllers, 1960, S. 59; G. Freynik, 1983, S. 91 f. und 95 ff.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 456; D. Milles, 1983, S. 106 f., 109; H. Imbusch, 1908, S. 169, 210 ff. und 236; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 260 und 266 ff.; K. Hartmann, 1977, S. 35; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 25 f.; O. Hue, 1913, S. 261 und 266 f.

33 Social-Demokrat Nr. 120 vom 14.10.1869, in: A. Herzig, Presseberichte, 1976, S. 236 f. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 457.

34 Social-Demokrat Nr. 63 vom 2.6.1869 und Nr. 44 vom 14.4.1869, in: A. Herzig, Presseberichte, 1976, S. 243 und S. 75 f. Vgl. A. Herzig, Biographie, 1979, S. 269 ff.; K. Hartmann, 1977, S. 37; P. Möllers, 1960, S. 60 ff.; H. Imbusch, 1908, S. 210 f. Nach K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 457 ff. war der Arbeiterschaftsverband wegen Verhaftungen in den ersten Monaten führungslos und wurde durch spontane Streiks geschwächt. Vgl. O. Hue, 1913, S. 269; A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 36; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 28 f.

35 Bericht des Amtmannes, in: StA Bo LA 853, Bl. 5-19. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 461 und 630; R. Adam, 1984, S. 81; H. Langenfeld, 1976, S. 46; J. Reimann, Agitator, 1988, S. 23 f. Vgl. D. Milles, 1983, S. 111 und 159 f. zu Bremer, 129 f. zum Streik auf Consolidation; SPD-Ortsverein Schalke, 1988, S. 10 und 16.

vorkapitalistischen Traditionen orientierte, über die für sie negativen Folgen der Beseitigung der staatlichen Direktion aus.[36] Darüberhinaus verglichen die Bergarbeiter ihre durch Lebensmittelpreiserhöhungen verschlechterte Lebenslage mit der Gewinnsituation der Zechenunternehmer.[37] Nachdem die Zechenverwaltungen die Eingabe eines von Belegschaften mehrerer, überwiegend Essener Zechen berufenen Komitees vom 1. Juni, worin u. a. eine 25%-Lohnerhöhung, die Festsetzung eines Normalschichtlohnes und die achtstündige Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt gefordert wurde, ablehnend beschieden hatten, trat am 17. Juni 1872 ein großer Teil der Belegschaft im Essener Bezirk in den Ausstand; diesem Beispiel folgten in den nächsten Tagen – allerdings nicht allgemein – Arbeiter des Dortmunder und des Mülheim-Oberhausener Reviers. Am 18. Juni streikten 41 Zechen mit fast 30 000 Bergarbeitern.[38] Nachdem schon am 23. Juni eine Bergarbeiterversammlung in Gelsenkirchen von der Polizei aufgelöst worden war, schloß sich am 25. Juni die Belegschaft von Hibernia den Forderungen der Essener Bergarbeiter an und stellte mehrheitlich die Arbeit ein. Ab 27. Juni streikte dann auch die Untertagebelegschaft von Rheinelbe und Alma. Auf Dahlbusch wurde die Förderung für sechs Wochen zum Erliegen gebracht. Gestreikt wurde auch auf Wilhelmine Viktoria.[39] Nach 10 Tagen gingen die ersten Bergleute wieder zur Arbeit, endgültig zerfiel die Streikfront ab 15. Juli. Aber immerhin befanden sich am 18. Juli, also nach einem Monat, im Essener Revier von etwa 20 000 noch 14 885 Bergleute im Ausstand. Am 28. Juli beschloß das zentrale Streikkomitee, den Streik, der sich nur noch auf 1 500 Ausständische beschränkte, abzubrechen und die Arbeit unter den alten Bedingungen wiederaufzunehmen.[40] Trotz der Niederlage stellte der Streik einen Fortschritt der Bergarbeiterbewegung dar, denn erstmals war in größerem Maßstab die betriebliche Orientierung überwunden worden, und das Bewußtsein gemeinsamer Interessen hatte zu solidarischem Handeln geführt, was sich in klarer Interessenfindung, der Suche nach adäquaten Mitteln der Interessendurchsetzung, der Entwicklung neuer Verhaltensformen, der Strukturierung der Aktivität durch Arbeiterversammlungen und ein gewähltes Streikkomitee ausdrückte. Der Streik zeigte auch, daß die kollektiv erfahrene Unzufriedenheit und Not durch kommunikative Prozesse auf

---

36 I. Dallmeier, 1922, S. 20 und 31. Vgl. W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 59; O. Hue, 1913, S. 301 f.

37 K. Hartmann, 1977, S. 38.

38 I. Dallmeier, 1922, S. 32. Eingabe der Bergarbeiter in: O. Hue, 1913, S. 302 f.; H. Imbusch, 1908, S. 236 ff. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 473 f.; K. Hartmann, 1977, S. 39; D. Milles, 1983, S. 154-161, 170-188; H. J. Finke, 1977, S. 25 ff. W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 59 f. nennt als Streikbeginn den 16.6.1872 und 40 Zechen mit 20 000 Arbeitern, von denen 15 000 streikten.

39 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 475 und 630; R. Adam, 1984, S. 81; O. Hue, 1913, S. 306; H. Imbusch, 1908, S. 240; W. Kesten, 1952, S. 244; H. J. Finke, 1977, S. 60 f., Anlage 29; SPD-Ortsverein Schalke, 1988, S. 19; J. Reimann, Agitator, 1988, S. 24 ff.; vgl. Aufstellung bei: D. Milles, 1983, S. 437 f.

40 W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 62. Vgl. K. Hartmann, 1977, S. 40; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 474 und 478, wonach die Streikbeteiligung geringer war. Vgl. H. J. Finke, 1977, S. 34 ff.; O. Hue, 1913, S. 311; H. Imbusch, 1908, S. 242 f.

eine höhere Ebene kollektiver Meinungsbildung und Interessenartikulation gehoben und der Streik zum Mittel der Interessendurchsetzung entwickelt und angewandt worden war, wobei die Bergarbeiter die Notwendigkeit solidarischen Handelns erkannt und diszipliniert praktiziert hatten.[41] Es waren insbesondere „die erfahrenen, vergleichsweise gutverdienenden Arbeiter der mittelgroßen Anlagen um Essen, in und südlich von Bochum und um Dortmund, die zur organisierten Arbeitseinstellung gegriffen haben", weil diese durch den gruppenbildenden Einfluß der ständischen Vergangenheit vorgeprägt waren und die besten Voraussetzungen zur Ausbildung von Klassenbewußtsein in die Auseinandersetzungen mitbrachten.[42] Gleichzeitig waren die Bergwerksunternehmer durch das gleichgerichtete Vorgehen der Belegschaften mehrerer Zechen gezwungen, ihr Verhalten aufeinander abzustimmen, so daß nun der prinzipielle Gegensatz der Interessen von Unternehmern und Bergarbeitern erkennbar werden konnte. Die Koordination der Unternehmer verschärfte den Arbeitskampf und regte zur Organisierung und Disziplinierung der Arbeiter an.[43] Entsprechend führten die Erfahrungen im Raum Essen infolge eines kollektiven Lernprozesses zu einer Verstärkung der gewerkschaftlichen Bestrebungen, woraus im Oktober 1872 der „Rheinisch-westfälische Grubenarbeiterverband" hervorging, der sich der Vertretung der materiellen Interessen der Bergarbeiterschaft widmen sollte. Der Verband scheiterte jedoch an der Versagung der behördlichen Genehmigung.[44]

Der nächste bedeutendere Versuch der Gründung einer Vertretung der Bergarbeiterschaft ging von den Christlich-sozialen aus. Die Verständigung zwischen christlich-sozialen Arbeitern und Sozialdemokraten zur Unterstützung des Kandidaten des christlichen Arbeitervereins bei der Reichstagswahl 1877 in Essen[45] zeitigte organisatorische Folgen, als eine Versammlung von 5 000 Bergleuten am 18. November 1877 die Gründung einer politisch und konfessionell neutralen Gewerkschaft der Ruhrbergleute beschloß.[46] Als die erste Generalversammlung am 2./3. Februar 1878 unter Beteiligung von Gruppen aus Essen, Gelsenkirchen (u. a. der Sozialdemokrat Winner), Eickel und Frohnhausen den „Verband rhei-

---

41 K. Hartmann, 1977, S. 39; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 482 und 509 f.; K. Tenfelde, Entstehung, 1987, S. 129 f. Vgl. D. Milles, 1983, S. 203 ff. Zum Übergang von vorindustriellem Protest zu industriellem Protest D. Geary, 1983, S. 27.

42 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 511 f.

43 K. Hartmann, 1977, S. 41; H. Kaelble, H. Volkmann, 1981, S. 283.

44 Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 46; O. Hue, 1913, S. 312; H. Imbusch, 1908, S. 245 ff.; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 77; K. Hartmann, 1977, S. 137; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 483 ff.; G. Freynik, 1983, S. 108 f.; D. Milles, 1983, S. 289 ff.; M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 55.

45 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 93 f.; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 63; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 599 f.; M. Koch, 1954, S. 26; W. Wehner, 1981, S. 28 ff.

46 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 94; H. Imbusch, 1908, S. 252 f.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 515; O. Hue, 1913, S. 319 f.; K. Hartmann, 1977, S. 138; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 47.

nisch-westfälischer Bergleute", den sogenannten Rosenkranz-Verband, gründete, bestätigte die Generalversammlung die religiöse und politische Neutralität noch einmal.[47] Indem in den Statuten des neutralen Verbandes die Vertretung der materiellen Interessen, wie günstigere Löhne, Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen, achtstündige Arbeitszeit incl. Ein- und Ausfahrt und anständige Behandlung durch die Vorgesetzten, gegenüber den Bergwerksunternehmern klar formuliert wurde, wurde der Fortschritt gegenüber 1872 deutlich, als Gerichte und Obrigkeit Adressaten der Organisationsbemühungen gewesen waren. In den Statuten von 1878 wurde also sich entwickelndes gewerkschaftliches Engagement deutlich.[48] Die Gründung einer Konkurrenzorganisation von den unterlegenen Befürwortern eines christlich orientierten Verbandes und die Bekämpfung durch Unternehmer und Zentrum sorgten dafür, daß es bei Inkrafttreten des Sozialistengesetzes nicht mehr viel aufzulösen gab.[49]

Neben gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen und konfessionellen Knappenvereinen entstanden in überwiegend protestantischen Orten ab 1868 die ersten gemischtkonfessionellen oder freien Knappenvereine, an deren Gründung auch Sozialdemokraten beteiligt waren.[50] Im Gebiet Gelsenkirchen/Ückendorf bestand seit 1874/75 ein solcher Knappenverein „Schlägel und Eisen", der sozialdemokratischem Gedankengut nahestand. Dieser Bergarbeiterverein hatte sich die Unterstützung erkrankter und arbeitsloser Bergleute mit Hilfe monatlicher Beiträge zum Ziel gesetzt und führte auch „musikalische oder theatralische Aufführungen" durch, wozu eine eigene Kapelle und eine Gesangsabteilung bestanden. Bis zum Ende des Sozialistengesetzes hielt dieser Knappenverein eine Mitgliederzahl von etwa 400 Mitgliedern.[51]

Wie die gewerkschaftliche Bewegung hatte die politische Arbeiterbewegung wegen der überkommenen Orientierung der Bergarbeiter, der katholischen Konkurrenz und obrigkeitsstaatlicher Unterdrückung trotz einer Reihe von Fortschritten mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bis

---

47 DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 47; K. HARTMANN, 1977, S. 138. Zu Ge Bürgermeister Ge am 2.8.1878, in: StA Bo LA 1 299. Vgl. K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 517. Vgl. O. HUE, 1913, S. 321 ff., H. IMBUSCH, 1908, S. 253 f. Zum sozialdemokratischen Engagement Winners auch: D. MILLES, 1983, S. 49 ff., 111.

48 K. HARTMANN, 1977, S. 142 f.; K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 518.

49 K. HARTMANN, 1977, S. 139 ff.; M. KOCH, 1954, S. 26; W. KÖLLMANN, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 63; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 47; O. HUE, 1913, S. 325 ff. Zur Gründung des christlich sozialen Gegenverbandes: H. IMBUSCH, 1908, S. 254 ff. Vgl. M. SCHNEIDER, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 56; K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 519 ff.; H.-O. HEMMER, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 95 ff. Die Gruppe in Ge war schon im Juli aufgelöst worden nach Bürgermeister Ge am 2.8.1878, in: StA Bo LA 1 299.

50 K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 365 f. Vgl. W. KÖLLMANN, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 58 f. Die Gesamtzahl freier Knappenvereine schätzt O. HUE, 1913, S. 281 auf etwa 40. Neuerdings ausführlich: E. u. W. KROKER, 1988, bes. S. 17–42.

51 Die Angaben über den Standort des Vereins widersprechen sich.
Mitglieder des Vereins „Schlägel und Eisen"

Jahr	1877	1879	1880	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889
Mitglieder	450	430	428	403	450	450	420	402	420	440	445

1875 entstanden neben den älteren ADAV-Gemeinden in Elberfeld, Iserlohn, Dortmund, Essen, Remscheid und Hagen trotz der Beibehaltung der räumlich abgelegenen Stadt Iserlohn als Agitationszentrum für das Ruhrgebiet weitere aktive Gemeinden des ADAV, darunter neben Gemeinden in Hohenlimburg, Hörde, Hamm auch in Bochum und nach der gescheiterten Gründung von 1869 ab 1873/74 in Gelsenkirchen, wo im August und November 1873 je 33 Exemplare des „Neuen Social-Demokrat" bezogen wurden.[52] Für ein Wachstum der Gelsenkirchener ADAV-Gemeinde spricht die Steigerung der Zahl der Abonnenten der Parteizeitung bis August 1874 auf 52.[53] Im Reichstagswahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten wurde 1874 erstmals 339 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten – darunter 96 aus Gelsenkirchen – abgegeben.[54] Trotz solcher Fortschritte führte die konfessionelle Bindung dazu, daß sich die Bergleute vorwiegend den christlich-katholischen Arbeitervereinen und den „Sozialkonservativen des Zentrums" anschlossen und die Protestanten den Nationalliberalen zuneigten.[55] Ferner entsprachen die Auseinandersetzungen innerhalb des ADAV um die Gewerkschaften nicht dem Bewußtseinsstand der Bergarbeiter, die gerade erst die kollektive wirtschaftliche Interessenvertretung in ihren ersten Streiks erlernten und sich von gewerkschaftlich ausgerichteten Organisationen zunächst eine wirkungsvollere Interessenvertretung und materielle Verbesserungen versprachen und somit in einer nach politischer Gleichberechtigung strebenden Partei noch keine Perspektive erblickten.[56] Weiterhin behinderten innere Auseinandersetzungen und Finanzschwierigkeiten die Ausbreitung des ADAV im Ruhrgebiet.[57] Als der Berliner Staatsanwalt Tessendorf am 25. Juni 1874 per Gerichtsbeschluß das Verbot des ADAV für ganz Preußen durchsetz-

---

BERICHT Stadt Ge 1877-78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 14 und 32; BERICHT Stadt Ge 1879 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 52; BERICHT Stadt Ge 1882 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 22; BERICHT Stadt Ge 1883/84 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 26; BERICHT Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 22; BERICHT Stadt Ge 1885/86 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 25; BERICHT Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 31; BERICHT Stadt Ge 1887/88 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 19; BERICHT Stadt Ge 1888/89 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 18; BERICHT Stadt Ge 1889/90 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 18. Vgl. K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 381. Schriftverkehr bzgl. der Genehmigung der Statuten von 1883, in: STAM OP 2 642,1, Bl. 245. Vgl. E. u. W. KROKER, 1988, S. 22, 94 ff. und 257.

53 K. KOSZYK, Anfänge, 1953, S. 21; H.-O. HEMMER, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 98; R. LÜTZENKIRCHEN, SPD Dortmund, 1968, S. 7 ff.; A. HERZIG, Entwicklung, 1971, S. 140 und 144; P. SOMMERLAD, 1948, S. 12; Social-Demokrat Nr. 70 vom 11.6.1865, in: A. HERZIG, Presseberichte, 1976, S. 36 ff.; D. DOWE, Anfänge, 1974, S. 70 f. Auf der ADAV-Generalversammlung 1874 vertrat der Delegierte Seelig Dortmund, Bochum, Ge, Hörde und Mühldorf mit 381 Mitgliedern. Delegiertenlisten in: D. FRICKE, Arbeiterbewegung, 1976, S. 75 ff. und 78 ff. und S. 377 zu den Abonnenten im November. Vgl. K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 445, 487 f. und 491; H. J. BEHR, 1983, S. 115; A. HERZIG, Sozialdemokratie, 1978, S. 15; K. DITT, 1988, S. 68 f.

54 K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 491.

55 SPD-PARTEITAGSPROTOKOLL 1903, S. 29; M. J. GEHRES, 1978, Anhang; P. SOMMERLAD, 1948, S. 12.

56 D. DOWE, Anfänge, 1974, S. 71; A. HERZIG, Entwicklung, 1971, S. 147 zu Bochum-Ge.

57 D. DOWE, Anfänge, 1974, S. 71. Vgl. R. LÜTZENKIRCHEN, SPD Dortmund, 1968, S. 10.

58 D. DOWE, Anfänge, 1974, S. 71 f.

te, wurde darüberhinaus eine kontinuierliche Agitation stark beeinträchtigt.[58]

Neben dem ADAV entstand 1869 als zweite Arbeiterpartei in Eisenach die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" unter August Bebels Führung auf der Grundlage der Internationalen Arbeiterassoziation. Das Programm der Eisenacher enthielt in einer Mischung allgemein-demokratischer und Marxscher Vorstellungen auch die Forderung nach allgemeinem gleichen Wahlrecht und nach Bildung von Produktivassoziationen.[59] Auf dem Eisenacher Kongreß waren aus den preußischen Westprovinzen die Orte Ronsdorf, Velbert, Elberfeld, Barmen, Essen, Solingen und Köln vertreten. Im Bereich des Ruhrgebietes gelang der SDAP nur ein Einbruch in Bielefeld, Soest, Elberfeld-Barmen und Witten; der ADAV blieb in Rheinland-Westfalen gegenüber der SDAP bestimmend.[60]

Nachdem sich die beiden Arbeiterparteien zunächst aufgrund ihrer politischen Differenzen, z. B. in der Einschätzung der nationalen Frage, heftig befehdet hatten, zwang die gemeinsame Bedrohung durch die Verfolgung seitens der staatlichen Behörden zu der Einsicht, daß die Sozialdemokratie nur vereint überleben könnte. So führte das Verbot des ADAV in Preußen im Juni 1874 bei einem der entschiedensten Gegner der Vereinigung im ADAV, dem führenden westfälischen ADAV-Funktionär Carl Wilhelm Tölcke, zu einem Bewußtseinswandel und zu Bemühungen um die Vereinigung von ADAV und SDAP, seiner bedeutendsten Leistung.[61] Nach der Veröffentlichung des Programmentwurfes vom 15. Februar 1875 versuchte Tölcke eine Programmdiskussion zu initiieren. Am 11. April 1875, Lassalles 50. Geburtstag, tagte in Dortmund ein hauptsächlich von Lassalleanern aus Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Remscheid, Gelsenkirchen, Iserlohn und Witten beschickter Westdeutscher Arbeitertag und beschäftigte sich mit dem Programmentwurf. Der Arbeitertag hielt eine „gründliche Umarbeitung desselben für unerläßlich". Auf dem Dortmunder Arbeitertag äußerte sich ein Genosse Reichert aus Gelsenkirchen, wie die Mehrheit der Diskussionsredner, ablehnend gegenüber dem Programmentwurf, „weil er in seiner jetzigen Fassung der Social-Demokratie unmöglich als dauerhafte Grundlage in prinzipieller Beziehung dienen könne"[62]. Die al-

---

59 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 15 f. D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 68 stellt das Verbot als notwendiges Versagen der ADAV-Organisation dar.

60 D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 72 f.; G. Fülberth, Entwicklung, ²1977, S. 21 und 25 f.; W. Conze, D. Groh, 1966, S. 76 ff.; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 5 f. und 16 ff.; Programm in: D. Dowe, K. Klotzbach, ²1984, S. 173 ff.

61 D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 57 ff. und 30 f. und Delegiertenlisten S. 36-53; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 73; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 147 f. Vgl. D. Milles, 1983, S. 128.

62 A. Herzig, Presseberichte, 1976, S. 221; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 15; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 297 ff.; A. Herzig, Tölcke, 1988, S. 158. Vgl. D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 90 ff.; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 51; G. Eckert, Konsolidierung, 1974, S. 47; A. Herzig, Einigung, 1976, S. 159.

63 Neuer Social-Demokrat Nr. 50 vom 28.4.1875, und Nr. 51 vom 30.4.1875 in: A. Herzig, Presseberichte, 1976, S. 224 ff.; vgl. 221 und 230 f.; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 315 ff.; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 73 f.; A. Herzig, Einigung, 1976, S. 160 f.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 489; R. Umbreit, 1932, S. 22.

ternativen Vorstellungen der Sozialdemokraten aus Rheinland-Westfalen konnten in die Programmdiskussion allerdings nicht mehr einfließen, weil die beiden Parteizeitungen Berichte zurückhielten, um die Einigung nicht zu gefährden.[63] Doch die rheinisch-westfälischen Vereine wollten, wie Tölcke am 18. Mai an den „Volksstaat" schrieb, keineswegs die Einigungsbestrebungen stören; im Gegenteil sei ihnen so sehr an der Einigung gelegen, daß sie „jedes Programm annehmen würden, wenn es nur nicht gegen die Parteiprinzipien verstößt, und wäre es auch nur ein weißes Stück Papier mit einer geballten Faust darauf"[64].

Im Mai 1875 tagte der Vereinigungskongreß der beiden sozialdemokratischen Parteien in Gotha. Delegierte der SDAP vertraten 9 rheinisch-westfälische Orte mit 400 Mitgliedern und ADAV-Delegierte 21 Orte aus diesem Gebiet mit 1 900 Mitgliedern; aus dem Ruhrgebiet kamen nur 2 der 127 Delegierten, die 525 Mitglieder (=2%) aus den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Essen, Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen (100) vertraten.[65] Die Vereinigung zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) führte auch im Ruhrgebiet zu einem Aufschwung der sozialistischen Arbeiterbewegung, z. B. durch die Agitationstätigkeit von Julius Scheil in Dortmund und Bochum. U. a. gelang es wohl, die ehemalige Gelsenkirchener ADAV-Gemeinde als SAPD-Niederlassung weiterzuführen, in deren Nachbarschaft in Wattenscheid und Eickel die nächsten sozialdemokratischen Organisationen bestanden.[66] Der recht langsame Aufbau der Sozialdemokratie war zurückzuführen einerseits auf die ständigen Repressalien seitens der staatlichen Behörden und der Unternehmer und andererseits auf die besondere Stärke der katholisch-sozialen Bewegung im Ruhrgebiet, die in der Zeit des Kulturkampfes auf sozialem Gebiet ihr Engagement vergrößerte.[67] Trotz dieser Schwierigkeiten erlangte die Sozialdemokratie des Ruhrgebietes nun bei den Wahlergebnissen größere Bedeutung. Während die Sozialdemokratie im Norden gar nicht antrat, erhielt sie im Reichstagswahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen 1877 1648 (5,1%) Stimmen.[68]

---

64 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 16 f.; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 318; A. Herzig, Organisationsprobleme, 1985, S. 13.

65 A. Herzig, Presseberichte, 1976, S. 221; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 73 f.; G. Eckert, Konsolidierung, 1974, S. 48; A. Herzig, Organisationsprobleme, 1985, S. 13.

66 Winner aus Dortmund vertrat 100 Mitglieder aus Ge, nach Protokoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands, abgehalten zu Gotha vom 22. bis 27. Mai 1875, Leipzig 1875, in: Protokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1971, S. 82 ff. Vgl. Delegiertenliste in: D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 92 ff. Vgl. A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 138; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 17; D. Dowe, Anfänge, S. 73; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 492; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 343 f. Vgl. G. Fülberth, Entwicklung, ²1977, S. 27; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 52; J. Reimann, Agitator, 1988, S. 28.

67 D. Dowe, Organisatorische, 1974, S. 74; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 21; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 150 f.

68 D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 74; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 464 ff.

69 D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 532; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 21; K. Tenfelde Sozialgeschichte, ²1981, S. 498. Nach K. Koszyk, Anfänge, 1953, S. 14 1874 199 Stimmen.

Auf dem Gothaer Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 1876 vertraten Delegierte die Orte Dortmund, Essen, Mülheim/Ruhr, Wattenscheid und Eickel, wobei als Delegierter u. a. für die beiden letztgenannten Orte Heinrich Winner aus Ückendorf auftrat.[69] Im März 1876 trat die Sozialistische Arbeiterpartei erstmals mit einer Versammlung in Schalke an die Öffentlichkeit.[70] Als gutes Mittel der überregionalen Koordination und Integration erwiesen sich die Parteizeitungen. Mit der ab Juni 1875 in Dortmund erscheinenden „Westfälischen Freien Presse" konnten der Zusammenhalt und die Agitation der Ruhrgebiets-Sozialdemokraten gefördert werden.[71] Als sich Ende 1877 Vertreter von 30 Ortsvereinen der Sozialdemokratie Rheinland-Westfalens zusammenfanden, um die Verbreitungsgebiete der inzwischen drei Parteizeitungen abzustimmen, waren aus dem Raum Gelsenkirchen Rotthausen, Gelsenkirchen, Schalke und Ückendorf vertreten.[72] Auf dem letzten Kongreß der SAPD vor dem Sozialistengesetz im Mai 1877 wieder in Gotha wurden aus dem Ruhrgebiet nur die Orte Duisburg, Essen und Dortmund vertreten.[73]

Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz

Als 1878 auf Kaiser Wilhelm I. zwei Attentate verübt wurden, gelang es Bismarck und der bürgerlichen Presse, in der Öffentlichkeit die Sozialdemokratie, obwohl diese damit in keiner Verbindung stand, dafür verantwortlich zu machen. Da sich kaum etwas anderes finden ließ, wurden in Westfalen noch vor Verabschiedung des Sozialistengesetzes 90 Personen wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, darunter ein Bergmann aus Rotthausen und ein Arbeiter aus Braubauerschaft.[1] Den Behauptungen der Behörden versuchte die Sozialdemokratie entgegenzutreten. Auf einer Volksversammlung am 26. Mai 1878 mit ungefähr 500 teilnehmenden Männern und Frauen im Gelsenkirchener Lokal Germania sprach Carl Wilhelm Tölcke und „suchte zu beweisen, daß der Attentäter Hödel niemals Sozialdemokrat gewesen sei". Klar stellte er seinen Zuhörern dar, daß das Atten-

---

70 Delegiertenliste bei: D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 114 ff. Vgl. A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 138; J. Reimann, Agitator, 1988, S. 35; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 344; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 17; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 492 f.

71 J. Reimann, Agitator, 1988, S. 35.

72 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 19; A. Herzig, Organisationsprobleme, 1985, S. 15; K. Koszyk, Anfänge, 1953, S. 20 ff.; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 345 ff.

73 K. Koszyk, Anfänge, 1953, S. 24; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 493; SPD-Ortsverein Schalke, 1988, S. 22; J. Reimann, Agitator, 1988, S. 36.

74 Barmen, Elberfeld, Iserlohn waren ebenfalls vertreten. Delegiertenliste bei: D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 122 ff.; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 18.

1 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 24; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 153 f.; J. Reimann, Agitator, 1988, S. 37; Resolution der Unternehmer gegen die Sozialdemokratie, Material bezüglich der sozialdemokratischen Frage vom 13.6.1878, in: STAM OP 2 693,1, Bl. 32 ff., 38 ff. und 71 ff. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 526; W. Conze, D. Groh, 1966, S. 122. Vgl. E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 28 f.

tat nur zur Unterdrückung der Sozialdemokratie, die „Mord in jeder Gestalt und Form" ablehne, instrumentalisiert werden solle. Weiter sprach sich Tölcke für eine „Reform" des Dreiklassenwahlrechtes aus. Der zweite Redner, der Redakteur Kuhl aus Dortmund, attackierte vor allem die Christlich-sozialen und warnte davor, die Sozialdemokratie zu konspirativen Vorgehen zu zwingen.[2] Die staatlichen Repressalien, die Verfolgung durch Unternehmer und die gegen die Sozialdemokratie geschürte Stimmung zeigten bei der Reichstagswahl von 1878 Erfolge, als die Sozialdemokratie Stimmenverluste hinzunehmen hatte, die z. B. in Dortmund und Bochum-Gelsenkirchen mit etwa der Hälfte der Stimmen von 1877 hoch ausfielen.[3] Im Rahmen der allgemeinen Hetze bedrohte die Zeche Nordstern ihre Arbeiter mit der Entlassung, falls sie sozialdemokratischen Vereinen beitreten sollten. Die Zechen des Kreises Recklinghausen warnten vor der Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen.[4]

Die Attentate boten Bismarck den willkommenen Anlaß, den Reichstag aufzulösen, um durch Neuwahlen eine genehmere Reichstagsmehrheit für seine finanz-, handels- und auch innenpolitischen Pläne zu erhalten. Der neue Reichstag beschloß am 19. Oktober 1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", welches viermal bis 1890 verlängert wurde.[5] In den ersten zehn Jahren der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes wurden 1299 Druckschriften, 95 Gewerkschaften, 23 Unterstützungsvereine, 106 politische Vereine und 108 „Vergnügungsvereine" verboten, darunter auch der sozialistische Arbeiterwahlverein Bochum.[6] Die „Peitsche" des Sozialistengesetzes wurde durch Anfänge von Sozialgesetzgebung als „Zuckerbrot" ergänzt. Eine Versöhnung der Arbeiter mit dem Obrigkeitsstaat gelang Bismarck durch die Sozialgesetze bei gleichzeitiger Repression aber nicht. Im Gegenteil förderte die Repression wachsende Staatsfeindschaft, die eine allmähliche Ablösung der Lassalleschen Vorstellungen über die Rolle des Staates durch marxistische bewirkte.[7]

Als das Sozialistengesetz in Kraft trat, hatten sich die bis dahin noch nicht verbotenen westfälischen und rheinischen Vereine der Sozialdemokratie bereits aufgelöst, um die Konfiszierung ihrer Mitgliederlisten zu verhindern. Die „Westfälische Freie Presse" mußte am 24.10.1878 ihr Er-

---

2 Bürgermeister Vattmann (Ge) am 27.5.1878, in: A. Herzig, E. Linde, 1978, Dokumentation 2.2. Vgl. A. Herzig, Biographie, 1979, S. 354; J. Reimann, Agitator, 1988, S. 38 ff.

3 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 26; E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 31; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 348; K. Koszyk, Anfänge, 1953, S. 14.

4 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 527. Vgl. O. Hue, 1913, S. 314; K. Koszyk, Anfänge, 1953, S. 27.

5 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 81; H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 75; E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 32 f.; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 129 f.; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 56.

6 D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 130. Vgl. D. Bronder, 1952, S. 20.

7 H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 76 und 91; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 58 f.; D. Geary, 1983, S. 62 f.; W. Köllmann, Politische und soziale Entwicklung, 1973, S. 320 f.; D. Groh, Negative Integration, 1973, S. 45; K. Tenfelde, Entstehung, 1987, S. 153.

scheinen einstellen.[8] Bereits Anfang November wurde Tölckes Schrift „Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Ein Leitfaden für die Agitatoren, Bevollmächtigten und Mitglieder des Vereins" von 1873 verboten.[9] Zahlreiche sozialdemokratische Agitatoren, Journalisten und Funktionäre mußten ins Gefängnis, wie auch der „Vater der westfälischen Sozialdemokratie" Carl Wilhelm Tölcke, dessen Gesundheit unter der Gefängnisstrafe erheblich litt.[10]

In seinem Bericht über die Verfolgung der Sozialdemokratie im Jahr 1879 schilderte der Gelsenkirchener Bürgermeister, daß „als Sozialdemokraten bekannte Personen [. . .] durch das Verbot der öffentlichen Verbreitung von Druckschriften unschädlich gemacht" worden seien. Bei „der social-demokratischen Agitation verdächtigen Bergarbeitern" seien Haussuchungen vorgenommen und verschiedene Zeitschriften und Werke von Lassalle konfisziert worden. Der Bürgermeister mußte jedoch auch zugestehen, daß die Partei aus dem öffentlichen Leben „zurückgetreten", aber nicht erloschen sei. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie empfahl er neben den bestehenden Maßnahmen eine „Besserung der Arbeiter-Verhältnisse" und bezeichnenderweise die „Hebung der kirchlichen Autorität" und hoffte, daß dann keine jungen Sozialdemokraten mehr erzogen würden und die alten zunehmend von den Ideen ihrer „Sturm- und Drangperiode" ablassen würden.[11]

Unter dem Sozialistengesetz konnte sich August Bebel mit seinem legalistischen Kurs durchsetzen, der eine Ausnutzung aller legalen Mittel anstrebte, wie die Arbeit im Reichstag, die Wahlkämpfe und die Gründung oder Unterwanderung äußerlich harmloser und unpolitischer Vereine vorsah.[12] Der Zusammenhalt der Bewegung sollte auch durch die 1878 in Zürich und ab 1880 in London allwöchentlich herausgegebene Zeitung „Socialdemokrat" gewährleistet werden, die im illegalen Vertrieb eine Auflage von bis zu 10 000 Exemplaren erreichte.[13] Nachweisbar wurde der „Socialdemokrat" schon früh im Norden des Gelsenkirchener Raumes bezogen: Am 25.12.1883 mußte ein Abonnent namens Schirmeister aus Recklinghausen das Geld für sein Abonnement dem Organisator der Roten Feldpost Julius Motteler zukommen lassen, und vier Jahre später teilte derselbe die Namen von drei weiteren Recklinghauser Abonnenten mit, alle drei

---

8 Ein Versuch, ein Nachfolgeblatt zu gründen, scheiterte. D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 80; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 26; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 156 f.; K. Koszyk, Anfänge, 1953, S. 31 f.; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 356. Vgl. T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 306 f.

9 Betr. Verbote von Druckschriften, Prozeß gegen Carl Wilhelm Tölcke, in: AdsD NL J. Motteler B III, A, 2 648. Vgl. A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 157.

10 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 29; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 157; A. Herzig, Biographie, 1979, S. 358; A. Herzig, Tölcke, 1988, S. 162.

11 Bericht Stadt Ge 1879 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 61.

12 E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 38 ff. und 49 ff.; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 144 ff. Vgl. H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 82 f. Vgl. T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 311.

13 E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 172 ff. Vgl. H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 82 f.

Nagelschmiede.[14] Im Süden bemerkten die Amtsverwaltungen Schalke und Ückendorf 1881 bis 1885 keine sozialdemokratischen Bestrebungen und meldeten dem Bochumer Landrat „Fehlanzeige". Anfang 1885 wurden dann aber in Schalke bei einer Hausdurchsuchung verbotene sozialdemokratische Schriften gefunden, und im Mai desselben Jahres wurden anläßlich der Entlassung zweier Arbeiter beim Schalker Gruben- und Hüttenverein sozialistische Lieder gesungen und bei einer anschließenden Hausdurchsuchung eine „Socialdemokrat"-Ausgabe gefunden.[15] Der „Socialdemokrat" hatte 1887 auch in der Stadt Gelsenkirchen zehn Abonnenten, die die Zeitung illegal zugesandt erhielten.[16] 1889/90 wurde der „Socialdemokrat" in Gelsenkirchen immer noch bezogen, wie der Schriftverkehr über ausgebliebene Bezahlung der Abonnements beweist.[17] Die Gelsenkirchener behaupteten allerdings, daß die fehlende Summe auf die Nachlässigkeit der Kassierung durch die Bochumer zurückzuführen sei.[18] Auch weitere Schriften wie „Das Kapital" von Marx erreichten die Bochumer Genossen 1890.[19]

War die ohnehin nicht sehr starke sozialdemokratische Bewegung des Ruhrgebietes durch das Sozialistengesetz weiter geschwächt worden, so gab es doch „eine Reihe rühriger und erfolgreicher sozialdemokratischer Organisatoren und Agitatoren". Während des Sozialistengesetzes entdeckten sie die organisatorischen Möglichkeiten der freien und interkonfessionellen Knappenvereine.[20] Der Bergarbeiter-Unterstützungsverein „Schlägel und Eisen" in der Stadt Gelsenkirchen war ein solcher Bergarbeiterverein, der auch in der Zeit des Sozialistengesetzes einen Mitgliederstand von etwa 400 Bergarbeitern halten konnte. Dieser Verein „Schlägel und Eisen" wurde vom Hammer Oberstaatsanwalt zu den sozialdemokratischen „Hinneigungen" gezählt.[21] Bereits kurz vor der Verabschiedung des Sozialistengesetzes bestanden Bestrebungen, den Verein aufzulösen. Diesen kam der Verein zuvor, indem er in der Presse erklärte, sich der Agitation für die Sozialdemokratie enthalten zu wollen. Einige Mitglieder um den

---

14 AdsD NL J. Motteler B III, A, 747 über Addressat Tauscher. Dort bestand 1886 ein Metallarbeiter-Fachverein nach AdsD NL J. Motteler B III, A, 597, vgl. 852. Zum Metallarbeiter-Fachverein, der von August 1884 bis Oktober 1887 – zumindest mit Wissen der Behörden – bestand, auch: StA Re II 436. Vgl. J. Süssenbach 1970, S. 5 ff.

15 Diverse Berichte der Amtmänner, in: StA Bo LA 1 301 und Bl. 210 f. zur 1. Haussuchung und 270 f. zur 2.

16 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 32. Nach E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 193 (Karte) erhielt Bochum im I. Quartal 1888 23 Exemplare und Ge 10 (S. 286) im I. Quartal 1887. Vgl. zu 1888: D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 394 f. Bei K. A. Hellfaier, Probleme, 1963, S. 167 wurden die 10 Abonennten bestätigt, jedoch folgende Zahlen für Bochum genannt: 1887 – 92, 1888 – 156, 1889 – 109, 1890 – 43.

17 Vgl. AdsD NL J. Motteler B III, A, 1 251. Insbesondere nach dem Bergarbeiterstreik von 1889 und der Wahl von 1890 nahmen die Bestellungen aus Bochum zu lt. E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 192.

18 AdsD NL J. Motteler B III, A, 892.

19 AdsD NL J. Motteler B III, A, 1 231.

20 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 105.

21 S. o.; Material bezüglich der sozialdemokratischen Frage vom 13.6.1878, in: A. Herzig, E. Linde, 1978, Dokumentation 1.3 nach: STAM OP 2 639, Bl. 32 ff. Vgl. Klassifizierung bei: K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 379 und 525.

Agitator des Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterverbandes Joh. Christian Eggert verließen daraufhin den Verein und gründeten einen Gesangverein unter dem Namen „Borussia", den die Behörden schon bald auflösten.[22] Dem Unterstützungsverein „Schlägel und Eisen" gelang es dann Ende 1882 nochmals, die Schließung durch den Bochumer Landrat „wegen Mangels des Bedürfnisses und des Nachweises der Lebensfähigkeit" zu überstehen, da ihm mit 475 Mitgliedern die Lebensfähigkeit nicht abgesprochen werden konnte.[23] Im November 1883 bemühte sich der Verein, dem die Behörden wieder Schwierigkeiten machten, anscheinend erfolgreich um die Genehmigung seiner Statuten.[24] Ein weiteres Mittel zur Aufrechterhaltung des Kontaktes untereinander und der getarnten Fortführung der Sozialdemokratie war in Gelsenkirchen für die Sozialdemokraten ein noch kurz vor Ende des Sozialistengesetzes verbotener Arbeitergesangverein.[25] Ab Mitte der 1880er Jahre reaktivierte sich die sozialdemokratische Agitation im Ruhrgebiet. Beispielsweise trafen sich am 28. Juni 1885 auf der Burg Blankenstein bei Hattingen Sozialdemokraten aus verschiedenen Städten Rheinland-Westfalens (Elberfeld, Barmen, Annen, Hattingen, Witten, Gelsenkirchen).[26] Der Erfolg verstärkter Agitation zeigte sich bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen, der den Gelsenkirchener Süden umfaßte, und im Wahlkreis Recklinghausen-Borken, zu dem Buer und Horst gehörten, und wo 1890 erstmals ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt wurde[27]:

---

22 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 379. Nach Bürgermeister Ge am 18.6.1878, in: StA Bo LA 1 299 hatte der Verein auf seiner Generalversammlung am 16.6.1878 beschlossen, „Daß Mitglieder, welche social-demokratische Versammlungen anberaumen, socialdemokratische Schiften verbreiten oder für die social-demokratische Sache agitiren, ausgeschlossen werden sollen." Eine Minorität habe den Verein verlassen. Vgl. Abdruck bei E. u. K. Kroker, 1988, S. 94 f. und 96 nach StA Bo LA 1299 zur Auflösung von „Borussia". Vgl. StA Ge XXVII/1/3-Ge.

23 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 525; A. Hellkuhl, 1983, S. 31; E. u. W. Kroker, 1988, S. 94 f. Ausführlich StA Ge XXVII/1/3-Ge; STAM OP 2 642, 1, Bl. 219 ff.

24 Schreiben des Vereins vom 8.11.1883, in: STAM OP 2642,1, Bl. 245. Vgl. StA Ge XXVII/1/3-Ge.

25 Nach Urteil gegen Vorstandsmitglieder des Gelsenkirchener Arbeitergesang-Vereins „Freiheit" vom königlichen Schöffengericht vom 27.7.1911, in: STAM Reg. M VII 49d rühmte sich der Gelsenkirchener Arbeitergesangverein „Freiheit" 1910, „in ungünstiger Zeit der Träger der Arbeiterbewegung, d. h. der in der Sozialdemokratie verkörperten Arbeiterbewegung gewesen zu sein". Deutscher Arbeiter-Sängerbund, 1911, S. 5. Vgl. D. Dowe, Arbeitersängerbewegung, 1979, S. 128 nach V. Nowack, 1911, S. 72 und 83.

26 A. Herzig, Biographie, 1979, S. 362; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 33; Regierungsrat Walter (Arnsberg) am 3.7.1885, in: A. Herzig, E. Linde, 1978, Dokumentation 1.12 nach STAM OP 2 693, Bd. 1, Bl. 263 ff.; auch in: K. A. Hellfaier, Probleme, 1963, S. 181 ff. Vgl. Bericht, in: StA Bo LA 1 301, Bl. 242 f. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 564 f.; A. Herzig, Entwicklung, S. 158 f.

27 Zusammengestellt nach: D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 532; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 21; M. J. Gehres, 1978, Anhang; Stand der sozialdemokratischen Bewegung, Arnsberg, 27.5.1890, in: A. Herzig, E. Linde, 1978, Dokumentation 1.13 nach STAM OP 2693, Vol 2, fol 123-138; SPD-Parteitagsprotokoll 1903, S. 29; K. Koszyk, Anfänge, 1953, S. 14; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 498 und 566; Bericht Stadt Ge 1889/90 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 31; J. Ridder, 1911. Nach Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 34 erhielten in der Stadt Ge Tölcke, Dortmund, eine Stimme und Bebel, Leipzig, zwei Stimmen.

Tabelle 6: Wahlen zum Reichstag im Raum Gelsenkirchen 1871-1890

		Wahlber.	gültig	Soz.-dem.	Zentrum	Fort-schritt	Liberale	Natio-nallib.	Konser-vative
a) Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen									
1871	abs.	24 514	13 000	–	5 264	7 693	–	–	–
	in %		53,0	–	40,5	59,2	–	–	–
1874	abs.	43 693	27 086	399	10 804	15 926	–	–	–
	in %		62,0	1,5	39,9	58,8	–	–	–
1877	abs.	49 087	32 132	1 648	13 018	–	17 451	–	–
	in %		65,5	5,1	40,5	–	54,3	–	–
1878	abs.	49 000	38 014	840	16 571	–	20 564	–	–
	in %		77,6	2,2	43,6	–	54,1	–	–
1881	abs.	53 811	31 234	–	14 426	3 120	13 607	–	–
	in %		58,0	–	46,2	10,0	43,6	–	–
Stichwahl	abs.	53 811	40 264	–	20 291	–	19 973	–	–
	in %		74,8	–	50,4	–	49,6	–	–
1884	abs.	62 352	47 321	–	21 522	–	–	25 715	–
	in %		75,9	–	45,5	–	–	54,3	–
1887	abs.	63 607	53 533	1 160	20 580	–	–	31 761	–
	in %		84,2	2,2	38,4	–	–	59,3	–
1890	abs.	73 358	56 139	8 388	21 889	–	–	18 639	–
	in %		76,5	14,9	40,0	–	–	33,3	–
b) Wahlkreis Recklinghausen-Borken									
1871	abs.	19 791	9 069	–	7 937	–	–	567	529
	in %		45,8	–	87,5	–	–	6,3	5,8
1874	abs.	21 709	13 172	–	12 473	–	–	122	–
	in %		60,7	–	94,7	–	–	0,9	–
1877	abs.	22 873	11 510	–	10 931	–	–	501	44
	in %		50,3	–	95,0	–	–	4,4	0,4
1878	abs.	23 670	13 784	–	12 815	–	–	–	–
	in %		58,2	–	93,0	–	–	–	–
1881	abs.	23 434	10 437	–	9 970	–	–	163	210
	in %		44,5	–	95,5	–	–	1,6	2,0
1884	abs.	24 890	16 224	–	15 220	–	–	–	958
	in %		65,2	–	93,8	–	–	–	5,9
1887	abs.	27 051	18 918	–	17 133	–	–	–	–
	in %		69,9	–	90,6	–	–	–	–
1890	abs.	30 190	17 097	1 207	14 835	–	–	84	–
	in %		56,6	7,0	86,3	–	–	0,5	–

Im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen entstand bereits 1887 in Bochum ein allerdings nur kurzlebiges „Arbeiter-Wahl-Comité" zur Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten, 1889 entstanden solche Wahlvereine in Dortmund, Bochum, Essen, Linden und auch in Gelsenkirchen um die späteren Bergarbeiterführer Dieckmann, Brodam und

Panther.[28] Noch vor dem Fall des Sozialistengesetzes fand in Elberfeld ein Sozialistenkongreß mit Vertretern von Sozialdemokraten aus 58 rheinisch-westfälischen Orten statt, darunter der Ückendorfer Dieckmann für Bochum.[29] Der Erfolg der sozialdemokratischen Agitation im Untergrund zeigte sich 1889 beim großen Bergarbeiterstreik, als viele Sozialdemokraten von den Ruhrbergarbeitern als ihre Vertreter bestimmt wurden.

Unter dem Sozialistengesetz verschlechterten sich auch die Bedingungen für die kollektive Vertretung von materiellen Interessen der Ruhrbergarbeiter. Als das Sozialistengesetz in den Jahren 1884 bis 1886 etwas zurückhaltender angewandt wurde, nutzten die Bergarbeiter die Gelegenheit, um auf dem Delegiertentag der rheinisch-westfälischen Knappenvereine im September 1885 den „Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirks Dortmund" unter christlich-sozialer Führung ins Leben zu rufen. Der Verein, der sich den „Schutz der wohlerworbenen Rechte" seiner Mitglieder zum Ziel setzte und die rechtliche Verteidigung individueller Rechte einzelner Mitglieder übernahm, stellte unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes ein adäquates Mittel der Verteidigung der Interessen der Bergarbeiter dar. Die begrenzte individuelle Vertretung von Bergarbeitern trug indirekt zum Erkennen der Notwendigkeit solidarischen Engagements bei und hielt gewerkschaftliches Bewußtsein wach. Zusätzlich lenkte die Beschäftigung mit Knappschaftsfragen die Aufmerksamkeit der Ruhrbergarbeiter auf die wirtschaftlichen Bedingungen ihrer sozialen Lage und förderte damit die Hinwendung zu einer gewerkschaftlichen Orientierung.[30]

Gegen Ende der Zeit des Sozialistengesetzes wurde in vielen Berufsgruppen der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisierung aktuell. Auch bei den Metallarbeitern, der größten Berufsgruppe neben den Bergarbeitern im Raum Gelsenkirchen, zeigten sich Versuche der Organisierung. Am 15. September 1883 erschien auf sozialdemokratische Initiative erstmalig die „Deutsche-Metallarbeiterzeitung" mit dem Ziel, die Anfänge gewerkschaftlicher Aktivitäten aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz fortzuführen, und zwar unter den repressiven Bedingungen in Form von Fachvereinen.[31] 1884 bestanden bei den Metallarbeitern bereits 23 Fachvereine, darunter ein am 17. August 1884 gegründeter in Recklinghausen, der trotz seiner Erklärung, keine politischen Tendenzen zu verfolgen, wahrscheinlich von den Sozialdemokraten getragen wurde, die den „Socialdemokrat" illegal bezogen. 1884/5 scheiterte ein Versuch, an dem auch die Recklinghausener beteiligt waren, eine zentrale Metallarbeiterorganisation zu schaf-

28 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 568 ff.
29 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 35.
30 K. Hartmann, 1977, S. 145 ff.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 551 ff.; O. Hue, 1913, S. 330 ff.; H. Imbusch, 1908, S. 267 ff.
31 K. Koszyk, Metallarbeiter-Zeitung, 1975, S. 175 ff. Vgl. F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 91.

fen, am Sozialistengesetz.[32] Aufgrund des Sozialistengesetzes, welches die Arbeiter vorsichtig hatte werden lassen, führte ein Metallarbeiterkongreß im Dezember 1888 in Weimar nach den Erfahrungen eines erfolglosen Streiks der Hamburger Bau- und Maschinenschlosser zu einer ausführlichen Erörterung der Organisationsfrage, aber nicht zur Schaffung einer zentralen Organisation, sondern nur zur Errichtung eines Vertrauensmännersystems.[33] Wegen der obrigkeitsstaatlichen Verfolgung konnten in dieser Phase also nur die Unterstützungskassen den Gedanken der Organisierung vorantreiben. In der Stadt Gelsenkirchen wurde für das Jahr 1887 erstmalig von der Existenz einer „Filiale der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter in Hamburg" mit 33 Mitgliedern berichtet. Diese verfügte Anfang 1888 über 45 und Anfang 1889 über 90 Mitglieder.[34]

c) Hindernisse für die Entfaltung sozialdemokratischer Arbeiterkultur

Die Arbeiterschaft wurde durch obrigkeitsstaatliche Verbote sozialdemokratischer Organisationen in ihrer Interessenvertretung behindert; hinzu traten Willkürmaßnahmen der Unternehmer zur Verhinderung sozialdemokratischer oder gewerkschaftlicher Organisationsbestrebungen. Vorfälle von Wahlmanipulation durch Unternehmer wurden auch für Schalke und Gelsenkirchen berichtet.[1] Die Unterdrückung erklärt aber die im Hinblick auf die große Arbeiterzahl relative Schwäche der Ruhrgebiets-Sozialdemokratie nur teilweise. Nachdem die Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz im Ruhrgebiet schon nicht sonderlich erfolgreich gewesen war, gelang es ihr auch unter dem Sozialistengesetz nicht, ihren Einfluß in dem Maße zu vergrößern wie in anderen Regionen. Bis 1890 erreichte die Sozialdemokratie nie mehr als 15% der Stimmen in den 5 Reichstagswahlkreisen des Ruhrgebietes.[2] Auch die Belebung der Gewerkschafts- und Fachvereinsbewegung, die in anderen Regionen und Berufsgruppen sozialdemokratische Traditionen erhielt und weiterentwickelte, blieb bis zum großen Bergarbeiterstreik schwach.

---

32 Berichte, Gründungsanzeigen und Statuten des Recklinghausener Metallarbeiter-Fachvereins, der am 5.9.1885 aufgelöst wurde, dann als Zweigverein der Hamburger Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands wiedergegründet und schließlich im Oktober 1887 endgültig zerschlagen wurde, in: StA Re II 436. Vgl. J. Süssenbach, 1970, S. 5 ff.; T. Cassau, 1925, S. 17; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 92; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 657. Zum „Socialdemokrat": AdsD NL J. Motteler B III, A, 747 über Adressat Tauscher aus Recklinghausen. Dort bestand 1886 ein Metallarbeiter-Fachverein. AdsD NL J. Motteler B III, A, 597, 852.

33 F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 92 f.

34 Bericht Stadt Ge 1887/88 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 21; Bericht Stadt Ge 1888/89 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 19.

1 Hue, 1913, S. 247 f.; H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 99.

2 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 85. Vgl. K. Rohe, Armenhaus 1987, S. 509.

Angesichts der seit der Jahrhundertmitte rasch ansteigenden Zahl der Arbeiter erstaunt dies nur auf den ersten Blick, denn gerade die Traditionen des Bergarbeiterberufes und die spezifische Rekrutierung der Bergleute erschwerten durch deren Verbundensein mit traditionellen Lebenswelten einen Aufschwung der Sozialdemokratie. Das Direktionsprinzip im Ruhrbergbau und die Privilegierung der Bergleute wurde erst im Laufe der 1860er Jahre durch die Liberalisierung der Berggesetzgebung beseitigt. Bis zur faktischen Beseitigung aller Reste der alten Ordnung im Ruhrbergbau dauerte es unter Umständen noch einige Jahre länger. Noch länger dauerte dann aber die Phase, in der die Bergarbeiter die geänderten ökonomischen Verhältnisse als nicht mehr mit ihren Deutungsmustern und ihrem Selbstbewußtsein als privilegierte Bergleute in Übereinstimmung stehend begreifen lernten.[3] Zudem konnte eine idyllisch verklärte Vergangenheit des privilegierten Bergarbeiterstandes als Orientierungspunkt und rückwärtsgewandte Perspektive in Konkurrenz zum sozialdemokratischen „Zukunftsstaat" treten und die Wirkung der sozialdemokratischen vorwärtsgerichteten Agitation konterkarieren. Zur Verlangsamung des Prozesses der Bewußtwerdung über die eigene und die kollektive Lage der Ruhrbergleute trug auch deren relative materielle Sicherheit bis zur Gründerzeit bei, auch im Vergleich mit den z. T. verelendeten ländlichen Unterschichten. Die aus der näheren Umgebung des Ruhrgebietes zugewanderten Bergleute, ebenso wie die älteren Kötterbergleute hatten größtenteils Hausbesitz und betrieben neben der Arbeit im Bergbau oft eine kleine Landwirtschaft, so daß sie eine relativ gesicherte Existenz hatten. Diese relative materielle Sicherheit ließ die Abhängigkeit der Beschäftigung noch nicht vollständig offenbar werden und führte mit der Bodenständigkeit dazu, daß sich diese ersten Ruhrbergleute noch nicht als rechtlose und ausgebeutete Proletarier begreifen konnten.

Vor allem nach 1870 spielte die Gruppe der Einwanderer aus den östlichen Provinzen Deutschlands eine immer größere Rolle unter den Bergleuten. Diese Zuwanderer hatten im agrarischen Osten überwiegend auf dem Land gearbeitet und waren patriarchalische Verhältnisse bedingungsloser Unterordnung gewöhnt und in den Traditionen der alten Agrargesellschaft verwurzelt. Mit ihrem an eher feudal zu nennende soziale Zustände angepaßten Bewußtsein paßten sie als willige Arbeitskräfte in die frühkapitalistischen Arbeitsverhältnisse des Ruhrbergbaus. Dazu kamen die im Vergleich zum Leben in den Ostprovinzen wesentlich besseren Lebensbedingungen. Eine Bewußtwerdung über die eigene Lebens- und Arbeitssituation im Ruhrgebiet wurde den Zuwanderern aus Deutschlands Osten zudem erschwert durch die vielen handgreiflicheren Probleme der Anpassung an die harte und ungewohnte Arbeit unter Tage, für die sie keinerlei Qualifikation mitbrachten, und die Einordnung in die fremde Um-

---

3 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 85 sieht in der „Verwurzelung in den Traditionen des (alten) Bergmannsstandes" einen „spezifischen Konservativismus" der Ruhrbergleute begründet. Vgl. K. Ditt, 1988, S. 70; K. Rohe, Verspätete Region, 1982, S. 238.

gebung.[4] Insbesondere den Zuwanderern stand zudem, wie das Schlaf- und Kostgängerwesen und die enorme Bevölkerungsbewegung zeigte, eine individuelle Strategie zur Verfügung, um durch häufigen Arbeitsplatzwechsel den größten Zumutungen des kapitalistischen Bergbaus zu entkommen. Trotz für derartige Fluktuation notwendig vorhandener informeller Solidarstrukturen erschwerte dieses Verhalten doch kollektive Interessenartikulation.

Die Arbeiterbevölkerung Gelsenkirchens war so zwar ökonomisch durch die Bedingungen des kapitalistischen Ruhrbergbaus zum Proletariat geworden, blieb aber wegen der Herkunft sozial und bewußtseinsmäßig noch nichtproletarischen Lebens- und Traditionszusammenhängen verhaftet. Erst mit einer zunehmenden sozialen Reproduktion des Proletariates aus Arbeiterfamilien konnten diese in der kapitalistischen Ruhrgebietsgesellschaft überkommenen kulturellen Elemente durch Vermittlung von Lohnarbeitererfahrungen in den Familien abgebaut werden.[5] Erst damit konstituierte sich auch sozial-kulturell ein Proletariat, an dessen Interessen anknüpfend sozialistische Organisationen an Einfluß gewinnen konnten. Damit unterschied sich die Arbeiterklasse im Raum Gelsenkirchen erheblich von der Zentren der Sozialdemokratie. Wie der in der Emscherzone des Ruhrgebietes besonders charakteristische Bau von Bergarbeiterkolonien zeigte, bemühten sich die Bergbauunternehmer, in der Wohnsituation an die ehemaligen Lebensbedingungen der Zuwanderer anzuknüpfen und damit zur Erhaltung der überlieferten sozialen Prägungen beizutragen. Darüberhinaus war der schwere, schmutzige und gefährliche Beruf des Bergmanns nicht dazu angetan, die Bergarbeiter zu motivieren, ihre Kinder in denselben Beruf zu schicken, so daß 1893 nur 37,2% der Bergarbeiter des Ruhrgebietes auch Bergarbeiterkinder, also „geborene Bergarbeiter" waren.[6]

Eine weitere wesentliche kulturelle Barriere für die Sozialdemokratie war die Stärke konfessioneller Orientierungen, insbesondere der katholischen Gesinnungsgemeinschaft, die während des Kulturkampfes zusammengeschweißt worden war.[7] Auch waren die Vertreter der katholischen Kirche zumeist explizite Gegner der Sozialdemokratie und nutzten ihre unter gläubigen Bergleuten einflußreiche Stellung zur an konfessionsspezifischen, vorpolitischen und vorindustriellen Wertvorstellungen orientierten Propaganda gegen die Sozialdemokratie. So wurde jede katholische

---

4 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 85 f.; D. Bronder, 1952, S. 156; K. Ditt, 1988, S. 70; K. Rohe, Verspätete Region, 1982, S. 238 f.

5 Vgl. Bedeutung der Herausbildung der proletarischen Familiengemeinschaft, des sozialen Ursprungs und der Herkunftsbeziehungen für die soziale Konstituierung des Proletariats bei H. Zwahr, Soziale Prozesse, 1982, S. 401 f. und S. 408.

6 H. Hilbert, 1952, S. 11 f.

7 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 92; E. Pülke, 1934, S. 128. Vgl. M. R. Lepsius, Parteiensystem, 1973, S. 65 und 76. Im Bericht Stadt Ge 1879 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 47 f. erkannte der Bürgermeister die Notwendigkeit der Befriedung der Arbeiter durch die Kirche. Vgl. K. Rohe Armenhaus 1987, S. 510; K. Rohe, Verspätete Region, 1982, S. 233 ff.

Gemeinde zum Stützpunkt der Gegner der Sozialdemokratie.[8] Seit den 1850er Jahren entstand eine Vielzahl katholischer Arbeitervereine. Die christlich-sozialen Arbeitervereine und die katholischen Knappenvereine, die auch in Gelsenkirchen stark waren, stellten eine eigene Arbeitergruppenkultur, die in schärfster Konkurrenz zur Sozialdemokratie stand, dar.[9]

Sozialstrukturell bildeten die Facharbeiter und Handwerker die Hauptstütze der aufkommenden sozialdemokratischen Bewegung. Diese Gruppen konnten in ihren gewerkschaftlichen Aktivitäten und ihren Organisationsbestrebungen an zünftlerische Traditionen anknüpfen. Die neben den Bergleuten größte Arbeitergruppe des Ruhrgebietes, die Arbeiterschaft in den Großbetrieben der Metallindustrie, verfügte nicht über ähnliche Traditionen der Organisierung. Zudem waren die überwiegend nicht qualifizierten Kräfte viel rascher zu ersetzten als gelernte Handwerker oder Facharbeiter und damit den Unternehmern in viel schärferer Weise ausgeliefert.[10] Außerdem erwies sich in dieser frühen Phase der Arbeiterbewegung die Solidarisierung in Großbetrieben schwieriger als in Klein- und Mittelbetrieben.

Letztlich lag die Schwäche der Ruhrgebietssozialdemokratie, die sich wie die Sozialdemokratie insgesamt unter den repressiven Bedingungen des Sozialistengesetzes und angesichts der Wirtschaftskrise und der Kapitalkonzentration mehr und mehr materialistischen Deutungsmustern marxistischer Provenienz zuwandte, also einerseits begründet in der traditionellen, angesichts der realen Entwicklung überkommenen Realitätsauffassung des alten Bergmannsstandes und andererseits in der entweder individualistischen Perspektive der stark fluktuierenden Bergarbeiter oder deren Rückwärtsgewandtheit. Sowohl in der Frage der Realitätsdeutung als auch der einer Utopie, erwies sich zudem eine von Teilen der herrschenden Klasse unterstützte christliche Orientierung als wirksamer als der „Zukunftsstaat" der unterdrückten Sozialdemokratie.

---

8 Zur Geschichte der Gelsenkirchener katholischen Kirchengemeinden, allerdings leider unter Vernachlässigung der Arbeitervereine und zudem nicht-sozialgeschichtlich, beschaulich und unkritisch: R. Brock, 1986.

9 Vgl. R. Adam, 1984, S. 79; D. Dowe, Anfänge, 1974, S. 75; F. Bajohr, Krupp und Kommune, 1988, S. 31; K. Ditt, 1988, S. 70; allgemein M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 26 ff. In den Gelsenkirchener Verwaltungsberichten werden oft Aussagen zur großen Stärke der Vereine gemacht: Bericht Stadt Ge 1879 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 52; Bericht Stadt Ge 1877-78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 32; Bericht Stadt Ge 1882 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 21; Verw. B. Stadt Ge 1883 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 25; Bericht Stadt Ge 1884/85 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 22; Bericht Stadt Ge 1885/86 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 25; Bericht Stadt Ge 1886/87 (StA Ge XXVI/10-Ge), S. 31; Bericht Stadt Ge 1887/88 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 19; Bericht Stadt Ge 1888/89 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 18; Bericht Stadt Ge 1889/90 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 18.

10 H.-O. Hemmer, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 86.

2. Bergarbeiterstreik 1889

a) Bergarbeiterstreik 1889 in Gelsenkirchen

Der Bergarbeiterstreik von 1889 war der erste Massenstreik in der Geschichte der Arbeitskämpfe in Deutschland und von besonderer Bedeutung für die Bildung von gewerkschaftlichen Organisationen der Ruhrbergarbeiter. Die kapitalistische Umgestaltung des Ruhrbergbaus mit der Tendenz zu Großschachtanlagen, mit dem Abbau patriarchalischer Bindungen und mit der hierarchisch-autoritären Betriebsorganisation hatte bergmännische Berufs- und Standestraditionen abgeschliffen und traditionelle Bindung der Bergleute an betriebliche und staatliche Obrigkeiten abgebaut. Im großen Bergarbeiterstreik entluden sich die aufgestauten Erfahrungen betrieblicher Herrschaft, sozialer Ungleichheit und obrigkeitlicher Unterdrückung.[1] Der große Bergarbeiterstreik hat so als Produkt der kollektiven Erfahrungen der Ruhrbergarbeiterschaft im kapitalistischen Ruhrbergbau und der früheren Organisationsbestrebungen die Bedeutung eines Schlüsselereignisses. Die Lebensweise der Ruhrbergarbeiter in den Kolonien, das verbreitete Schlafgängerwesen und die Untertagearbeit in den Kameradschaften hatten einen intensiven Kommunikationszusammenhang unter den Bergarbeitern als eine der Voraussetzungen kollektiver Aktionen geschaffen.

Nach dem Scheitern des Rechtsschutzvereins ging die nächste Initiative zu Knappschaftsfragen von den freien Knappenvereinen und einigen in ihnen führenden Sozialdemokraten aus, die auf einer Delegiertenversammlung in Dortmund im Februar 1888, die 13 556 Bergarbeiter vertrat, eine Petition an den preußischem Minister Maybach verabschiedeten. Ein Komitee mit Schröder, Bunte, Eckhardt und Brodam (Gelsenkirchen) als Repräsentanten der freien Knappenvereine hatte die Diskussion bestimmend gestaltet und auf Klärung der Organisationsfrage gedrängt. Die Organisationsbestrebungen, die in personeller Kontinuität zu den Bestrebungen seit den 1860er Jahren standen, schritten so gut voran, daß im April 1889 die Einladung zu einer Zusammenkunft zur Gründung eines Bergarbeiterverbandes am 2. Juni in Dorstfeld an die Delegierten aller Bergbaugebiete erfolgte.[2]

Gleichzeitig wurde angesichts der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung und der damit verbundenen Überschichten das Mißverhältnis zwi-

---

1 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 581. Vgl. A. Gladen, Streiks, 1974, S. 113 ff.; G. Adelmann, Betriebsverfassung, 1962, S. 109. Zur Abschleifung von Berufstraditionen als Voraussetzung der Herausbildung von Arbeiterkultur G. A. Ritter, Einleitung, 1979, S. 1. Auch die zahlreichen Unglücke auf den Zechen, besonders Massenunglücke, erregten die Öffentlichkeit darüberhinaus und spiegelten die Arbeitsbedingungen wider. Zu Ge vgl. Verw.-B. Kreis Ge 1887 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 45 f.; R. Adam, Grubenunglücke, 1984, S. 89; O. v. Rossum, 1913, S. 28. Seilreißen auf Holland 1875 forderte 9 Todesopfer. K. Hartmann, 1977, S. 246 f.

2 K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 558 und 583; A. Gladen, Streik, 1974, S. 120 f.; H. Menzel, 1975, S. 74 f.; O. Hue, 1913, S. 355 f; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 51. Vgl. G. Pomykaj, 1978, S. 46; M. Koch, 1954, S. 33.

schen der Entwicklung der Unternehmereinkommen und der Lohnhöhe immer deutlicher offenbar und verschärfte den Konflikt.[3] Auf einer vom Rechtsschutzverein getragenen Versammlung in Essen am 10. März 1889 wurde die Forderung nach höherem Verdienst erstmals öffentlich erhoben und ein Komitee auf eine lohnpolitische Offensive festgelegt. Am 7. April wurde ein Forderungskatalog von etwa 700 Bergleuten verabschiedet, der neben einer 15%igen Lohnerhöhung eine Reduzierung der Arbeitszeit durch Wegfall der Überschichten und Beachtung der 8-Stunden-Schicht, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Transparenz des Straf- und Lohnabzugssystems und angemessene Behandlung durch die Grubenbeamten vorsah.[4] Entsprechende Forderungen wurden am 22. April auch von einer in Gelsenkirchen tagenden Bergarbeiterversammlung unter Leitung des sozialdemokratischen Bergarbeiters Brodam erhoben.[5] Die scharf ablehnende Haltung der Bergbau-Unternehmer verstärkte die Kampfbereitschaft der Ruhrbergarbeiter, die zunächst mit Petitionen an die Zechenverwaltungen eine friedliche Lösung angestrebt hatten. Die Erfahrungen von Streiks im Ruhrgebiet waren noch zu schwach und zu sehr mit Mißerfolgen verbunden, als daß die Bergarbeiter sofort zu diesem Mittel hätten greifen können. Der in Deutschland sich in den 1880er Jahren vollziehende Wandel des Streiks zur bewußten und taktisch bestimmten Form des Arbeitskampfes und einige begrenzte Streiks in der Nachbarschaft des Ruhrgebietes führten aber zur Aktualisierung des Streikgedankens.[6] Spontane Streiks am 25. April und 1./2. Mai auf jeweils einer Zeche führten zur weiteren Zuspitzung der sozialen Krise.[7] Der große Bergarbeiterstreik brach dann Anfang Mai aus, als eine Belegschaft nach der anderen die Arbeit niederlegte. Nachdem zunächst Schlepper und Pferdejungen die Arbeit niedergelegt hatten, wie z. B. am 3. Mai auf Rheinelbe und Wilhelmine Viktoria und am 4. Mai auf Consolidation und Graf Bismarck, begann der eigentliche Streik mit der Arbeitsniederlegung auf Prosper 2 am 4. Mai, von wo sich der Streik auf die umliegenden Zechen ausbreitete.[8] Nachdem 80 Schlepper von Hibernia, die Lohnerhöhungen gefordert

---

3 BERICHT Amt Buer 1889 (StA Ge XXVI/1-B), S. 12; H. MENZEL, 1975, S. 62.

4 A. GLADEN, Streiks, 1974, S. 122 f.; K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 583; M. KOCH, 1954, S. 35; W. KÖLLMANN, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 66; H. MENZEL, 1975, S. 76 f.; H. IMBUSCH, 1908, S. 280; G. POMYKAJ, 1978, S. 47. Nach DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 51: 8. April.

5 DENKSCHRIFT, 1890, S. 5. Vgl. H. MENZEL, 1975, S. 66 ff., Anhang VI f. und 77 zur Versammlung.

6 Im Niederrheingebiet streikten Riemendreher, Färber und Weber, in Belgien Bergleute. A. GLADEN, Streiks, 1974, S. 125 f.; G. POMYKAJ, 1978, S. 47; H. GREBING, Arbeiterbewegung, 1985, S. 18; H. MENZEL, 1975, S. 74.

7 Die ersten Streiks fanden auf Präsident, Bochum, und Friedrich-Ernestine, Essen, statt. A. GLADEN, Streiks, 1974, S. 126; O. HUE, 1913, S. 357; K. HARTMANN, 1977, S. 152; W. KÖLLMANN, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 67; F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 182.

8 Nach Tremonia 14. Nr. 104 vom 6.5.1889, in: W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 44 und S. 13. Vgl. DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 52; DENKSCHRIFT, 1890, S. 5; O. HUE, 1913, S. 357; H. IMBUSCH, 1908, S. 282; H. LANGENFELD, 1976, S. 151. Zu Wilhelmine Viktoria: H. MENZEL, 1975, S. 81. Vgl. Telegramm vom 6.5.1889, in: STAM OP 2 828,1, Bl. 19. Nach O. v. ROSSUM, 1913, S. 29 auf Consolidation am 2.5. Beginn des Streiks.

hatten, sofort am 4. Mai entlassen worden waren, kam es am folgenden Tag auf der Gelsenkirchener Bahnhofstraße zu Auseinandersetzungen zwischen mehreren Hundert Menschen und der Polizei, und nun trat die gesamte Hibernia-Belegschaft in den Ausstand.[9] Auch Consolidation wurde am 6. Mai vollständig bestreikt und in der folgenden Nacht auf Schacht 2 eine rote Fahne gehißt.[10] Der Bergarbeiterstreik veranlaßte den Arnsberger Regierungspräsidenten am 7. Mai erstmalig zum Einsatz von Militär in Gelsenkirchen, wobei drei Bergleute erschossen und vier verletzt wurden.[11] Die Wirtschaften wurden ab mittags geschlossen, um die Kommunikation zwischen den Bergarbeitern zu erschweren, und es wurde auf die Strafen für Zusammenrottungen und Aufruhr hingewiesen. Als die streikenden Gelsenkirchener Belegschaften sich am gleichen Tag zunächst in der Siedlung Sophienau versammeln wollten, wurde dies von Militär verhindert. Daraufhin fanden nachmittags in Schalke und in Bulmke Versammlungen unter freiem Himmel statt.[12] Der voreilige Einsatz von Militär und die repressiven Maßnahmen bewirkten eine Steigerung der Spannungen und stärkten die Streikfront.[13] Auf der Zeche Alma wurde ein Teil der Streikenden sofort entlassen, auf Consolidation wurde nach Streikbeginn am 4. Mai eine Lohnerhöhung abgelehnt. Auf Wilhelmine Viktoria wurde am 6. Mai von 100 Streikenden berichtet, die eine rote Fahne gehißt haben sollen. Für den 6. Mai wurde vom einem weiteren Anwachsen des Streiks in Schalke und Braubauerschaft berichtet.[14] Aus Richtung Recklinghausen erreichte die Streikwelle den Norden des Gelsenkirchener Raumes. Dort begann der Streik auf Graf Bismarck 2 am 6. Mai, worauf auch auf Hugo sofort der Streik ausbrach und zwei Tage später auch auf Nordstern.[15]

Charakteristisch waren für die Anfangsphase des Streiks die „unkontrollierten, emotional aggressiven Äußerungsformen" der jugendlichen Berg-

---

9 Tremonia 14. Nr. 104 vom 6.5.1889, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 44 f.; K. Hartmann, 1977, S. 153; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 52. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 584; H. Imbusch, 1908, S. 282; H. Langenfeld, 1976, S. 152; H. Menzel, 1975, S. 81 und 86. Vgl. Telegramm vom 6.5.1889, in: STAM OP 2 828,1, Bl. 19.

10 O. v. Rossum, 1913, S. 29.

11 Tremonia 14. Nr. 104 vom 6.5.1889, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 45. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 584; A. Gladen, Streiks, 1974, S. 128; H. J. Behr, 1983, S. 119.

12 K. Hartmann, 1977, S. 163. Zu den Gelsenkirchener Versammlungen: Tremonia 14, Nr. 105 vom 7.5.1889, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 53; H. Menzel, 1975, S. 95 f.; O. Hue, 1913, S. 359 f.; SPD-Ortsverein Schalke, 1988, S. 30. Vgl. Telegramm aus Ge vom 6.5.1889, in: STAM OP 2828,1, Bl. 19.

13 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 129; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 67; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 584; K. Hartmann, 1977, S. 157.

14 Tremonia 14, Nr. 103 und 104 vom 5. und 6.5.1889, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 44; H. Menzel, 1975, S. 81 f.; Telegramm vom 6.5.1889, in: STAM OP 2828,1, Bl. 19. Vgl. O. v. Rossum, 1913, S. 29.

15 Bericht Amt Buer 1889 (StA Ge XXVI/1-B), S. 12 ff. Der dort zitierte Bericht der Handelskammer des Regierungsbezirkes Münster nennt für Graf Bismarck den 4. Mai. H. Menzel, 1975, S. 83 für Hugo 9. Mai.

leute und z. T. auch polnischer Zuwanderer.[16] Der unterschiedliche Bewußtseinsstand der Gruppe der traditionsorientierten älteren Bergleute und der spontaneren und kampf- und risikobereiteren jüngeren Bergleute spiegelte sich im Ablauf des Streiks wieder: In den nördlichen Teilen des Ruhrgebietes führte die Aktivität der jungen Neubergleute zur raschen Beteiligung am Streik, während die Bergleute in älteren Abbaugebieten erst den Aufruf des zentralen Bochumer Komitees vom 10. Mai abwarteten. Die Verhafteten bei den Tumulten in Gelsenkirchen waren in der Mehrzahl jünger als 20 Jahre.[17]

Am 7. Mai war die Arbeit auf folgenden Gelsenkirchener Schachtanlagen „gänzlich eingestellt"[18]: Wilhelmine Viktoria 1 und 2, Consolidation 1, 2, 3, Bismarck 1 und 2, Hibernia, Rheinelbe, Alma, Holland 1 und 2. Nur 90 von 450 Mann fuhren auf Rheinelbe an, 50 auf Holland. Am 9. Mai streikten 70 000 Ruhrbergleute, einen Tag später schon 81 000.[19] Im Gelsenkirchener Revier lag die relative Streikbeteiligung wesentlich höher.[20] Der Streik wurde aufgrund des Fehlens organisatorischer Strukturen unkoordiniert und spontan von den Belegschaften beschlossen und in spontaner Solidarität von der Masse der Bergleute befolgt.[21] Mit der Dauer des Streiks stellte sich zunehmend das Problem der organisatorischen Koordination des Ausstandes. Hatten zunächst örtliche Führungsgruppen der Knappenvereine die Verhandlungsführung auf den Bergarbeiterversammlungen übernommen, so nahm die praktische Organisationstätigkeit ihren Anfang in der Wahl von Belegschaftsdelegierten (meist drei) und der Bildung von übergreifenden Streikkomitees. Die örtliche Koordination wurde durch die auch in Gelsenkirchen häufig stattfindenden Bergarbeiterversammlungen gewährleistet[22], z. B. fanden am 9. Mai solche Versammlungen der Belegschaften von Rheinelbe, Alma, Bismarck 1, Consolidation 1 und 2 statt, die die Forderungen der Bergarbeiter jeweils bestätigten.[23] Eine zentrale Koordinierung entwickelte sich, als unter Vorsitz von Bunte aus Dortmund acht Zechen am 8. Mai in Dortmund ein gemeinsames Komitee bildeten. Zwei Tage später wurde auf einer Bochumer Delegiertenversammlung ein Zentralkomitee eingesetzt, dem Vertreter aller streiken-

---

16 H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 18; I. Dallmeier, 1922, S. 36.

17 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 129; K. Hartmann, 1977, S. 153.

18 Tagesbericht Landrat Ge vom 7.5.1889, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 50.

19 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 127; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 67. Nach Denkschrift, 1890, S. 5 am 10.5. 70 bestreikte Zechen mit 60 000 Streikenden. Nach F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 182 am 10.5. 70 000 Streikende und am 14.5. 90 000 Streikende. Ebenso H. Imbusch, 1908, S. 285. Vgl. zu unterschiedlichen Angaben O. Hue, 1913, S. 362.

20 H. Menzel, 1975, S. 86: Im Ruhrgebiet 67%, in Ge 93%.

21 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 127.

22 Diese Form der Verständigung hatte sich 1872 herausgebildet. K. Hartmann, 1977, S. 162. Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 584 f.

23 Tagesbericht Landrat Ge vom 9. Mai, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 62. Vgl. O. v. Rossum, 1913, S. 29.

den Reviere angehörten, darunter die Sozialdemokraten Brodam aus Gelsenkirchen und Dieckmann aus Ückendorf.[24]

Die Öffentlichkeit der Ruhrgebietsstädte unterstützte die Forderungen der Bergarbeiter und solidarisierte sich mit ihnen. Der Gelsenkirchener Kaufmann Koppel-Carsch stellte dem in Gelsenkirchen gebildeten Streikkomitee 1 000 Mark zur Verfügung. Die moralische Wirkung dieser Unterstützung aus den Bürgerkreisen für die Arbeiter bezeichnete der Gelsenkirchener Landrat – aus seiner Sicht sicher zu Recht – als „eine im hohen Grade beklagenswerthe"[25]. Die Unterstützung der Streikenden wurde sogar institutionalisiert, als am 11. Mai auf einer Delegiertenversammlung der am Streik beteiligten Belegschaften neben dem Streikkomitee für den Landkreis Gelsenkirchen auch ein Unterstützungskomitee gebildet wurde. In das Streikkomitee wurde von jeder Zeche ein Vertreter entsandt, dem Unterstützungskomitee gehörten sechs Bergleute und fünf Kaufleute an. Nach Aussagen des Landrates wurde die Delegiertenversammlung von dem als Sozialdemokraten bekannten Bergmann Panther mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet. Seiner Meinung nach waren auch unter den Mitgliedern des Streikkomitees drei Sozialdemokraten, von denen Brodam zum Vorsitzenden gewählt wurde.[26]

Von Seiten der Unternehmer und der Behörden wurde sofort behauptet, daß die Sozialdemokratie hinter dem Streik stecke. Das wurde von ihr jedoch geleugnet.[27] Nicht zu verkennen war aber der große Einfluß, den Sozialdemokraten auf den Streikablauf und die Organisierung der Ruhrbergarbeiter hatten. So wandte sich z. B. ein „Vertrauensmann der Hibernia aus Ueckendorf bei Gelsenkirchen", der Sozialdemokrat A.(lois) F.(rancke) an August Bebel mit der Anfrage, „welche Aussichten die streikenden Bergleute auf Unterstützung von ihren Kollegen im Auslande hätten". Bebel riet zu einem „annehmbaren Kompromiß mit den Unternehmern" und zur Vertagung der Erlangung des Restes der Forderungen,

---

24 Weiterhin gehörten dem Zentralkomitee Bunte (mindestens SPD-nah) aus Dortmund, Johann Weber (Rechtsschutzverein) aus Bochum, Mühlenbeck (ultramontan, mindestens früher sozialdemokratisch) aus Essen an. O. Hue, 1913, S. 371; W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 14; K. Hartmann, 1977, S. 165; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 474 und 585; H. Menzel, 1975, S. 99; M. Koch, 1954, S. 37.

25 Bericht Amt Buer 1889 (StA Ge XXVI/1-B), S. 13 f.; Tagesbericht Landrat Ge vom 9.5, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 62.

26 Ein provisorisches Streikkomitee war bereits am 9. Mai geschaffen worden. Streikkomitee vom 11. Mai: Hibernia (Francke), Wilhelmine Viktoria (Wittzyck), Bismarck (Brodam), Consolidation (Cyrus), Holland (Bringewald), Rheinelbe und Alma (Hartung), Dahlbusch (Tesmer), Hugo (Adolph Zara). Schriftführer des Streikkomitees wurde der Sozialdemokrat Francke. Neben Brodam soll Cyrus Sozialdemokrat gewesen sein. Vorsitzender des Kreisunterstützungskomitees war der Bergmann Walter von Zeche Bismarck, Schriftführer der Bergmann Eugen Thiel, Schatzmeister der Kaufmann Koppel-Carsch. Außerdem gehörten dem Komitee 4 weitere Bergleute und 4 Kaufleute an. Tagesbericht Landrat Ge vom 11.5, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 80; H. Menzel, 1975, S. 97 ff.; SPD-Ortsverein Schalke, 1988, S. 33; Stand der sozialdemokratischen Bewegung, 27.5.1890, in: A. Herzig, E. Linde, 1978, Dokumentation 1.13 nach STAM OP B 2693, Vol 2, fol 123-138. Vgl. A. Herzig, Biographie, 1979, S. 290; H. P. Rose, Interessen, 1988, S. 55 f.

27 Z. B. Bericht Amt Buer 1889 (StA Ge XXVI/1-B), S. 13. Vgl. W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 14.

die er ausdrücklich als gerecht anerkannte, auf später. Weiterhin übersandte Bebel 293 Mark nach Ückendorf „zur Unterstützung der feiernden Bergleute".[28] Indem die Bergarbeiter mit diesem Streik für ihre Interessen eintraten und sich mit ihrer sozialen Situation beschäftigten, begaben sie sich quasi zwangsläufig in eine gewisse Nähe zur Sozialdemokratie, und die zahlreichen Bergarbeiterversammlungen stellten für die wenigen Sozialdemokraten ein weites Feld für ihre Agitation dar. So war es wenig verwunderlich, daß sich z. B. für die Bueraner Behörden in den Bergarbeiterversammlungen „die sozialdemokratische Tendenz bemerkbar" machte.[29]

Die zentrale Führung der Ruhrbergarbeiter bildeten die auf einer Dorstfelder Bergarbeiterversammlung am 9. Mai gewählten „Kaiserdelegierten" Schröder, Bunte und Siegel. In der in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einmaligen Entscheidung der Dorstfelder Bergarbeiterversammlung, eine Audienz beim Kaiser zu erbitten, fanden noch einmal die alten Traditionen der Bergarbeiterschaft ihren Ausdruck: Das „noch nicht erloschene Bewußtsein der Bindung an den Staat, der ein Jahrhundert ihre gegenüber den anderen Arbeitergruppen priviligierte Stellung gesichert hatte", veranlaßte die Ruhrbergarbeiter, ihre Hoffnungen auf den vorgeblich über den Interessen stehenden Kaiser zu setzen. Daß die Hoffnungen der Ruhrbergarbeiter auf den Kaiser trotz mancher taktischer Überlegungen nicht ganz unbegründet waren, zeigte sich an der raschen Gewährung (12.5.) der Audienz.[30] Am Tag der Audienz, dem 14. Mai, streikten von 170 Zechen 127 (=75%) und von den 104 000 Ruhrbergleuten streikten 87 000 (=84%).[31] In der kurzen Audienz betonte der Sprecher der Kaiserdelegierten Schröder die „Wiedererlangung der von den Vätern ererbten achtstündigen Schicht", worin die Orientierung an der alten Privilegierung des Bergmannsstandes zum Ausdruck kam. Der Kaiser wandte sich scharf gegen Ausschreitungen und die Sozialdemokratie, sagte aber die Prüfung der Forderungen der Bergarbeiter zu.[32] Sowohl diese Zusage als auch die Gewährung der Audienz als solche erlaubte den

---

28 Zu Funden der Briefe Bebels bei einer Hausdurchsuchung bei Francke: Oberbürgermeister Bochum am 20.5.1889, Regierungspräsident Münster am 22.5.1889, Abschrift vom Brief Bebels, in: STAM OP 2 831,1 Bl. 8 f., 16 ff., 22. Bebel bestritt, daß das nach Ückendorf geschickte Geld „für sozialdemokratische Zwecke" bestimmt gewesen sei. Vgl. Erlärung Bebels zum Bergarbeiterstreik, in: Westfälische Arbeiter-Zeitung Nr. 43 vom 1.6.1889, in: A. Herzig, Presseberichte, 1976, S. 260. Vgl. A. Herzig, Biographie, 1979, S. 290; H. Imbusch, 1908, S. 317; E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 222; M. Koch, 1954, S. 47. Zum Einfluß von Dieckmann: Telegramm vom 6.5.1889, in: STAM OP 2 828,1, Bl. 1.

29 Bericht Amt Buer 1889 (StA Ge XXVI/1-B), S. 13.

30 W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 14 f. und Tremonia 14, Nr. 107 S. 91; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 54; O. Hue, 1913, S. 363 ff.; H. Imbusch, 1908, S. 286 ff.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 585; M. Koch, 1954, S. 37; A. Gladen, Streiks, 1974, S. 130; K. Hartmann, 1977, S. 162; H. Menzel, 1975, S. 118 f.; H. Delkus, 1988, S. 163-169.

31 Bericht OBA Do 14.5.1889, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 110. Vgl. K. Hartmann, 1977, S. 134.

32 Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 54; H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 26; O. Hue, 1913, S. 365 ff.

Vertretern der Bergarbeiter die erste Kontaktaufnahme mit der Arbeitgeberseite, aus der das „Berliner Protokoll" hervorging. Darin wurde eine achtstündige Arbeitszeit ausschließlich der Seilfahrt, angemessene Lohnerhöhungen, der Verzicht der Zechenverwaltungen auf repressive Maßnahmen bei Wiederaufnahme der Arbeit und die Absprache von Überschichten zwischen Grubenverwaltungen und einem Ausschuß von gewählten Vertrauensmännern festgehalten. Erstmalig hatten Unternehmer mit Vertretern streikender Arbeiter verhandelt, und erstmals waren Bergarbeiterinteressen kollektiv vertreten worden.[33] Die Vereinbarungen im Berliner Protokoll veranlaßten die Bergarbeiter die Beendigung des Streiks ins Auge zu fassen. So beschloß eine Delegiertenversammlung von 25 Schachtanlagen des Kreises Gelsenkirchen bereits am 16. Mai „in dem Bestreben der von Seiner Majestät unserem allergnädigsten Kaiser und König der Deputation unserer Kameraden in der Audienz am 14ten ausgesprochenen Wunsche, die Arbeitseinstellung beendet zu sehen, möglichst entgegen zu kommen", und die Arbeit wiederaufzunehmen.[34]

Der am 18. Mai in Essen tagende Bergbauliche Verein akzeptierte Verhandlungen mit Belegschaftsvertretern entgegen dem Berliner Protokoll nicht.[35] Trotzdem wurde unter Einfluß der Kaiserdelegierten auf einer Tagung der Delegierten der Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirks in Bochum am 19. Mai die Wiederaufnahme der Arbeit für den 20. Mai beschlossen. Von den führenden Bergarbeitervertretern zeigten dort die Gelsenkirchener Sozialdemokraten Dieckmann, Brodam und Francke eine kompromißlose Haltung und forderten Weiterstreiken. Als bei der Anfahrt am 21. Mai, die in Gelsenkirchen vollständig erfolgte, verschiedene Zechenverwaltungen erklärten, daß sie die Beschlüsse nicht akzeptieren würden, fühlte sich das Streikkomitee auch nicht mehr an die Vereinbarungen gebunden und forderte die volle Erfüllung des Berliner Protokolls.[36] Am 22. Mai tagte in Gelsenkirchen erneut eine stark besuchte Bergarbeiterversammlung, die die neue Situation beleuchtete. Es wurde festgestellt, daß die Zechenbesitzer wortbrüchig geworden seien und wie z. B. auf Wilhelmine Viktoria die niedrigen Gedinge zwar geringfügig erhöht hätten, dafür aber die hohen gekürzt worden sein. Darüberhinaus wurde festgestellt, daß die entlassenen Arbeiter nicht wieder eingestellt worden waren und z. B. auf Hibernia auch die Vermittlung des Bürgermeisters nichts genutzt habe. Weiterhin war der Delegierte der Zeche

---

33 Berliner Protokoll, in: O. HUE, 1913, S. 368 f.; H. IMBUSCH, 1908, S. 290 ff.; W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 104 f. Vgl. S. 15, DENKSCHRIFT, 1890, S. 6; K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 587; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 56; H. GREBING, Arbeiterbewegung, 1985, S. 28. Vgl. K. HARTMANN, 1977, S. 167.

34 Telegramm Landrat Dr. Baltz vom 16.5, in: W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 112.

35 Ebd., S. 16, entsprechende Erklärung S. 118 f.; K. HARTMANN, 1977, S. 167; DENKSCHRIFT, S. 6 f.; K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 587; M. KOCH, 1954, S. 38.

36 Oberbürgermeister Bochum am 20.5.1889 und am 21.5.1889, Regierungspräsident Münster am 22.5.1889, in: STAM OP 2 831,1, Bl. 8 f., 16 ff. Vgl. W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 16, K. HARTMANN, 1977, S. 167; H. MENZEL, 1975, S. 132; O. HUE, 1913, S. 371 f.; H. IMBUSCH, 1908, S. 293; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 57.

Alma entlassen worden, und über 200 Bergleute gaben in der Versammlung an, sie seien gemaßregelt worden.[37] Am folgenden Tag entschied sich die Belegschaft von Dahlbusch für das Beharren auf dem Berliner Protokoll und verweigerte die Anfahrt, als ihr keine befriedigende Erklärung für den Vorbeimarsch von Militär gegeben wurde.[38] Als erneute Verhandlungen und Zugeständnisse der Vertreter der Bergarbeiter erfolglos blieben, beschloß eine Delegiertenversammlung am 24. Mai in Bochum, ab 27. Mai den Streik erneut zu beginnen.[39] Die Streikbewegung zersplitterte nun aber, weil die Bergarbeiterfamilien nach dem langen Streik in ungeheure Not geraten waren und zudem verschiedene Zechen geringe Zugeständnisse gemacht hatten, so daß die Arbeit dort wiederaufgenommen wurde.[40] Zusätzlich schritten Zechenleitungen und Behörden energisch gegen die Arbeiter ein: Die Zechenleitungen von Rheinelbe und Consolidation forderten am 27. Mai die Belegschaft ultimativ auf, die Arbeit auf Grundlage der Erklärungen des bergbaulichen Vereins bis zum 29. des Monat wiederaufzunehmen, da sonst die Kündigung und in der Folge die Räumung der evtl. bewohnten Zechenwohnung drohe. Weitere Verhandlungen mit Deputierten der Belegschaft wurden strikt abgelehnt.[41] Am 27. Mai wurde das Zentralstreikkomitee in Bochum, darunter die Gelsenkirchener Dieckmann und Brodam, verhaftet.[42]

b) Gründung des „Alten Verbandes" als Konsequenz

Wichtigstes Ergebnis des großen Bergarbeiterstreiks war eine Aktivierung und Politisierung der Bergarbeiter und ihr in großem Maßstab erfahrbar gewordenes solidarisches Engagement. Diese erste umfassende Arbeitsverweigerung im Ruhrbergbau war noch allein auf die Änderung von Einzelheiten im Verhältnis von Unternehmern und Belegschaft und insbesondere auf die Lohnfrage gerichtet gewesen und hatte damit eindeutig reformistischen Charakter, signalisierte aber erwachendes Klassenbewußtsein in der Ruhrbergarbeiterschaft. Nach dieser großen Konfrontation konnte nun auch die Vorstellung von einer klassenmäßig gespaltenen Gesellschaft handlungsleitende Bedeutung gewinnen. Bei dem Eintritt in den Ausstand

---

37 Tremonia 14, Nr. 119 und Nr. 121 in: W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 142 und S. 153. Vgl. H. MENZEL, 1975, S. 133.

38 K. HARTMANN, 1977, S. 174 und S. 337.

39 Ebd., S. 173 f. Vgl. W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 17; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 57; DENKSCHRIFT, 1890, S. 7; K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 587; H. MENZEL, 1975, S. 138; O. HUE, 1913, S. 373 f.; H. IMBUSCH, 1908, S. 295; M. KOCH, Bergarbeiterbewegung, S. 40.

40 DENKSCHRIFT, 1890, S. 7. Nach O. HUE, 1913, S. 374 beschloß in Ge am 25.5. eine Massenversammlung das Beharren auf dem Berliner Protokoll, die Bergleute fuhren am folgenden Tag aber doch an.

41 Erklärung der Direktoren vom 27.5.1889, in: W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 157. Zu Consolidation: O. v. ROSSUM, 1913, S. 29.

42 Tremonia 14, Nr. 121, in: W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 159; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 57. Nach K. HARTMANN, 1977, S. 176 am 24. Mai; O. HUE, 1913, S. 375; H. IMBUSCH, 1908, S. 297.

hatte sich trotz zahlreicher, von der jungen Bergarbeitergeneration getragener spontaner Elemente, eine größere Ordnung und Einheitlichkeit als bei den vorherigen Streiks gezeigt, und im Verlauf des Kampfes konnte die Einwirkung einer – wenn auch noch in den Anfängen steckenden – Erziehung zum organisierten Handeln verfolgt werden. Damit wurde die frühe Entwicklungsphase mit stark spontanen Elementen und einem Mangel an Organisation allmählich überwunden. Bei den führenden Kräften der Bergarbeiterbewegung hatte der Streik die Überzeugung durchgesetzt, daß eine straffe Bergarbeiterorganisation notwendig sei, um den Unternehmern nicht wehrlos ausgeliefert zu sein und um Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitswelt zu gewinnen.[1] Ebenso zogen viele Bergarbeiter aus der Niederlage die Schlußfolgerung, daß Spontanität und Solidarität allein nicht ausreichten, um sich gegenüber den Unternehmern zu behaupten. Daher wurde die Schaffung einer allgemeinen Bergarbeiterorganisation als vordringlichste Aufgabe erkannt.[2] Eine solche Organisation konnte an die Anfänge von Organisationsstrukturen aus dem Streik und an Organisationsbestrebungen vor dem Streik anknüpfen. Der schon im April für den 2. Juni vorgesehene Delegiertentag der Knappenvereine durfte zunächst wegen der Situation direkt nach dem Streik nicht stattfinden und wurde auf den 18. August nach Dorstfeld vertagt.[3] In Essen tagende Bergarbeiterversammlungen sprachen sich für den Ausbau des konfessionell gemischten Knappenvereins „Schlägel und Eisen" aus, während in Bochum in der Bergarbeiterversammlung am 30.6. die Gründung eines neutralen „Verbandes zur Wahrung bergmännischer Interessen" betrieben wurde, für welchen sich auch eine Gelsenkirchener Bergarbeiterversammlung bereits am Vortag ausgesprochen hatte.[4] Auseinandersetzungen ergaben sich in der Frage der Organisationstruktur z. B. auf einer Versammlung in Bochum am 14. Juli, wo der Gelsenkirchener Brodam die Bildung eines neuen eigenständigen Verbandes befürwortete, während der Kaiserdelegierte Schröder die organisatorische Zusammenfassung der bestehenden Knappenvereine im Auge hatte. Vor allem im jüngeren, nördlichen Ruhrgebiet, wo es weniger Knappenvereine gab, wurden aus der Erfahrung des Streiks die Delegierten der Belegschaften, die zur Koordination des Streiks gewählt worden waren, als Vertreter der Bergarbeiter angesehen und sollten daher die Verbandsgründung übernehmen.[5]

Auf dem Dorstfelder Delegiertentag am 18. August trafen Vertreter von 44 Knappenvereinen und 66 Zechen zusammen.[6] Der gemeinsame Wille

---

1 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 130 ff.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte, ²1981, S. 588; G. Adelmann, Betriebsverfassung, 1962, S. 110; I. Dallmeier, 1922, S. 43. Vgl. H. Kaelble, H. Volkmann, 1981, S. 284.

2 K. Hartmann, 1977, S. 177.

3 Ebd., S. 149 ff.; G. Pomykaj, 1978, S. 46.

4 Tremonia 14, Nr. 147, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 246 und S. 19; H. Menzel, 1975, S. 155; K. Hartmann, 1977, S. 181 f.; H. Imbusch, 1908, S. 308.

5 K. Hartmann, 1977, S. 179 ff.; M. Koch, 1954, S. 48 f.

6 W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 19; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 58; O. Hue, 1913, S. 382; M. Koch, 1954, S. 49.

und die Einsicht in die Notwendigkeit einer gemeinsamen Bergarbeiterorganisation führte dazu, daß sowohl die Vertreter der Knappenvereine, als auch die Belegschaftsdelegierten auf dem Delegiertentag anerkannt wurden. Der Ückendorfer Bergmann Dieckmann gab auf dem Dorstfelder Delegiertentag seinen Befürchtungen Ausdruck, daß die Zechenverwaltungen wie 1878 den Bergleuten den Beitritt zu dem neuen Verband verbieten würden. Er empfahl als „Gegenrezept" den Beitritt aller und die Einigkeit aller, weil dann „die Zechenverwaltungen nichts machen" könnten.[7] Der Gedanke der Einigkeit hatte sich unter den Ruhrbergarbeitern inzwischen soweit durchgesetzt, daß die Frage der Organisationsform dadurch rasch gelöst wurde, daß die Kaiserdelegierten zugunsten des Bochumer Entwurfes ihren Statutenentwurf zurückzogen. Das auf dem Dorstfelder Delegiertentag einstimmig angenommene Bochum-Gelsenkirchener Statut des Verbandes war u. a. ausgearbeitet worden vom Ückendorfer Sozialdemokraten Dieckmann.[8] Damit war der „Verband zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen für Rheinland und Westfalen" mit Sitz in Bochum gegründet. Dem Willen zur Einheit entsprach auch die Forderung des Statutes nach politischer und konfessioneller Neutralität.[9] Im ersten Paragraphen des Statutes wurde die Zielsetzung des Verbandes dargestellt und die Strategie ihrer Durchsetzung: Die geistigen, gewerblichen und materiellen Interessen der Ruhrbergleute sollten gefördert werden, erstens mit Bildungsaktivitäten, womit an das Gedankengut der Arbeiterbildungsvereine, aber auch katholischer Vereine angeknüpft wurde, zweitens mit „Rechtsschutz in gewerblichen und sonstigen Streitigkeiten", womit an die Tradition des Rechtsschutzvereins angeknüpft wurde, drittens mit gemeinsamer Willensbildung zur „Änderung der privatrechtlichen Bergarbeiterordnungen usw."[10]. Organisatorisch trennte sich der Verband von den Knappenvereinen und den einzelnen Schachtanlagen, indem die Grundlage der Organisation von örtlichen Zahlstellen gebildet wurde, die zu Bezirken zusammengefaßt wurden. In der Lösung von den Knappenvereinen wurden der eigenständige Charakter und die neue Form der Gewerkschaft deutlich.[11]

Nachdem die erste Generalversammlung am 20. Oktober polizeilich aufgelöst worden war, waren bei der zweiten Generalversammlung des neuen Verbandes am 27. Oktober 1889 aus dem Raum Gelsenkirchen von insgesamt 141 Zahlstellen im Ruhrgebiet Zahlstellen aus Buer, Ückendorf, Heßler, Horst, Rotthausen, Schalke 1, Erle, Gelsenkirchen vertreten. In den Vorstand wurden unter Vorsitz des neutralen Kaiserdelegierten Bunte

---

7 Tremonia 14., Nr. 189, in: W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 269.

8 K. HARTMANN, 1977, S. 182 ff. zu dem Verlauf der Auseinandersetzungen über die Organisationsform. Vgl. K. TENFELDE, Sozialgeschichte, ²1981, S. 591, der im Bochumer Statut noch lassalleanische Züge sieht. Siehe W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 20, Glück-Auf 1., Nr. 35 vom 31.8.1889 in: Ebd., S. 276; H. MENZEL, 1975, S. 158.

9 W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 20; O. HUE, 1913, S. 383.

10 W. KÖLLMANN, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 76; O. HUE, 1913, S. 383.

11 W. KÖLLMANN, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 20; W. KÖLLMANN, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 77.

der aus der christlich-sozialen Bewegung stammende Beckmann aus Erle als Schriftführer und der Sozialdemokrat Brodam aus Gelsenkirchen als Beisitzer gewählt; ab 1890 arbeitete der Ückendorfer Sozialdemokrat Dieckmann in der Redaktion der vom Verband gegründeten „Bergarbeiter-Zeitung" mit.[12]

In der Folge des Streiks und der Organisationsgründung wurden viele Ruhrbergarbeiter gemaßregelt und zahlreiche Delegierte der Bergarbeiter entlassen, z. B. auch die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer aus Gelsenkirchen Brodam, Francke, Dieckmann und Panther.[13] Die beiden Gelsenkirchener Sozialdemokraten Brodam und Dieckmann erhielten von August Bebel aus Spenden nordamerikanischer Arbeitervereine Unterstützungen, die den Bergarbeiterführern zur Gründung einer Existenz dienen und an andere gemaßregelte Bergarbeiter weitergeleitet werden sollten.[14] Wie viele andere verfolgte Bergarbeiter und Sozialdemokraten schlugen sich Brodam und Dieckmann, dessen Sohn wegen der Rolle des Vaters im Streik ebenfalls auf zwei Zechen abgewiesen wurde, später mit Kleinhandel durch.[15]

Die Schwierigkeiten eines gemeinsamen Verbandes von Sozialdemokraten und christlich orientierten Bergarbeitern wurden schnell deutlich. Ohne ein Mandat des Bergarbeiterverbandes nahm u. a. als einer der beiden westfälischen Bergarbeitervertreter der Ückendorfer Bergmann Dieckmann an der Pariser Sozialistenkonferenz im Juli 1889 teil.[16] Auf dem Kongreß stellte Dieckmann die Lage der Bergarbeiter dar und bestritt, daß der Streik von Sozialdemokraten angezettelt worden sei. Vielmehr war seiner Ansicht nach die Ursache des Streiks die große Not. Die scheinbar auf

---

12 Vorsitzender Bunte (neutral) aus Dortmund, Kassierer Meyer (aus christlich-sozialer Bewegung) aus Bochum, Vorsitzender des Kontrollausschusses Markgraf (ehemals Rechtsschutzverein) aus Essen, 2. Vorsitzender Schröder aus Essen, Beisitzer Massenberg aus Altenessen und Stoodt aus Herne. Tremonia 14, Nr. 249, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 289 und S. 21. Vgl. K. Hartmann, 1977, S. 179; M. Koch, 1954, S. 49; O. Hue, 1913, S. 386 f.; H. Imbusch, 1908, S. 311 ff.

13 Landrat Ge am 9.11.1889, Landrat Ge am 15.12.1889, Landrat Ge am 16.12.1889, in: STAM OP 2 828,11, Bl. 113 f., 241 ff., 250 f., Landrat Ge, in: STAM OP 2 828,9, Bl. 69 ff. Vgl. H. P. Rose, Interessen, 1988, S. 51 f.

14 Nach der Aufstellung Bebels für Julius Motteler vom 27.8.1890 erhielt Dieckmann 1 000 Mark und 200 Mark und Brodem, Gelsenkirchen, persönl. (richtig Brodam) 300 Mark. E. Engelberg, Rote Feldpost, 1959, S. 222.

15 K. Hartmann, 1977, S. 192. Vgl. Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 60; O. Hue, 1913, S. 381. Brodam eröffnete ein Zigarren- und Wollwarengeschäft, nach: Landrat Ge am 15.12.1889, Landrat Ge am 16.12.1889, in: STAM OP 2 828,11, Bl. 244, 250 f.

16 Vgl. Protokoll des internationalen Arbeiter-Congresses, 1890. Tremonia 14, Nr. 171, in: W. Köllmann, Bergarbeiterstreik, 1969, S. 259 zur Teilnahme am Sozialistenkongreß. Vgl. H. Imbusch, 1908, S. 317. Dieckmann war nicht auf einer Versammlung gewählt worden, sondern verfügte über ein Mandat mit 39 Unterschriften aus Bochum und Ge. Nach der Rückkehr aus Paris wurde Dieckmann verhaftet und bei ihm eine Haussuchung durchgeführt, wobei sozialdemokratische Schriften gefunden wurden. Landrat Ge am 30.7.1889, Landrat Ge am 31.7.1889, Oberstaatsanwalt Hamm am 3.8.1889, Regierungspräsident Arnsberg am 6.8.1889, Regierungspräsident Arnsberg am 10.8.1889, Oberpräsidium am 7.8.1889, Regierungspräsident Arnsberg am 16.8.1889, Regierungspräsident Arnsberg am 11.1.1890, in: STAM OP 2 831,1, Bl. 129 ff., 136 f., 138, 142 f., 145 f., 148 f., 153 ff., 166. Vgl. H. Langenfeld, 1976, S. 181 f.

dem Kongreß kritisierte Delegation zum Kaiser schob er den Ultramontanen in die Schuhe. Mußte die sozialdemokratische Vereinnahmung der Bergarbeiterbewegung den Christlichen schon nicht gefallen, so dürfte sie die Kranzniederlegung der deutschen Delegation am Grab der Pariser Kommunarden erheblich erzürnt haben.[17] Der Gelsenkirchener Sozialdemokrat im Vorstand des Verbandes, Jacob Brodam, stellte schon auf der Generalversammlung am 8. März 1890 eine gegen den Vorstand gerichtete Stimmung fest.[18] Mit August Bebels Unterstützung nahm Brodam im gleichen Jahr noch am Internationalen Bergarbeiterkongreß in Brüssel teil.[19] Ehe der neugegründete Bergarbeiterverband Anfang der 1890er Jahre an den weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten fast zerbrach, erlebte er einen raschen Aufschwung: Ende 1889 verfügte der Bergarbeiterverband bereits über etwa 22 000 Mitglieder und 180 Zahlstellen und am 20. Mai 1890 schon über 202 Zahlstellen mit 28 409 Mitgliedern.[20]

3. Später Aufschwung der Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg

a) Vollendung der Gelsenkirchener Industrielandschaft

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges kam es zur Vollendung der Gelsenkirchener Industrielandschaft, die Reste der ländlichen Lebensweise wurden beseitigt, und der Kapitalismus prägte das Bild der verspätet zusammenwachsenden Stadt. Diese Entwicklung Gelsenkirchens fiel zusammen mit dem Übergang Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat und zur Industriegesellschaft. Nachdem die Industrie das Gelsenkirchener Gebiet mit Ausnahme verschiedener Areale im Norden erschlossen hatte, folgte bis zum Ersten Weltkrieg ein innerer Ausbau.[1] Etwa bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatten der Norden und der Süden des Gelsenkirchener Raumes einen gleichen Grad der Industrialisierung erreicht. Nach der Aufschwungphase der späten 1880er Jahre folgte zu Beginn der 1890er Jahre wieder eine Abschwungphase mit zahlreichen Feierschichten. Erst im 2. Halbjahr 1895 kam es zu einer wirtschaftlichen Erholung, die 1896 anhielt und zu einer „starken Beschäftigung" führte, und auch 1897 wurde

---

17 PROTOKOLL DES INTERNATIONALEN ARBEITER-CONGRESSES, 1980, S. 74 f. Vgl. H. IMBUSCH, 1908, S. 318 f.

18 Nach H. IMBUSCH, 1908, S. 322 hatte Brodam gesagt, „man wolle den Verbands-Vorstand stürzen, doch sei dies ein müßiges Unterfangen".

19 Aus den Geldern von den nordamerikanischen Arbeitervereinen wurden 300 Mark für die Teilnahme von Brodam, Schröder und Siegel beim Internationalen Bergarbeiterkongreß von 1890 verausgabt, nach der Aufstellung Bebels für Julius Motteler vom 27.8.1890 bei E. ENGELBERG, Rote Feldpost, 1959, S. 223. Vgl. Regierungspräsident Arnsberg am 12.5.1890, in: STAM OP 2 831,1, Bl. 205.

20 Stand der sozialdemokratischen Bewegung, 27.5.1890, in: A. HERZIG, E. LINDE, 1978, Dokumentation 1.13 nach STAM OP B 2 693, Vol 2, fol 123-138; K. HARTMANN, 1977, S. 186. Ende 1889 – 16 900 Mitglieder nach: W. KÖLLMANN, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 78.

1 B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 219.

von einem „flotten Geschäftsgang" gesprochen. 1898 wurde aus der Stadt Gelsenkirchen von Arbeitermangel berichtet, der zusammen mit Rohstoffmangel auch 1899 und 1900 anhielt. Ein Umschlag der Konjunktur um die Jahrhundertwende führte in eine erneute Abschwungphase. Der nächste Aufschwung begann im Verlauf des Jahres 1904 und setzte sich im nächsten Jahr fort, um 1906/7 in eine Phase der Hochkonjunktur zu münden. In den folgenden zwei Jahren war wirtschaftlicher Stillstand zu beobachten. Ab 1909 belebte sich die Konjunktur wieder und 1910/11 war wieder ein stetiger Aufschwung zu verzeichnen. Danach folgte bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges eine Phase relativer wirtschaftlicher Stagnation.[2]

Die allgemeine Tendenz zum Großbetrieb zeigte sich insbesondere auch im Ruhrbergbau, da die eigentliche Kohlegewinnungsarbeit bis in die 1920er Jahre überwiegend in Handarbeit betrieben wurde und bis zum Ersten Weltkrieg hauptsächlich die Fördermittel mechanisiert und rationalisiert wurden. Um also die Förderung zu erhöhen, mußte die Zahl der Abbaubetriebspunkte, die Fläche des Abbaubetriebes und damit die Belegschaft erheblich erhöht werden. Im Ruhrgebiet erhöhte sich so die durchschnittliche Belegschaftsgröße der Zechen von 722 im Jahr 1890 auf 2 287 im Jahr 1913.[3] Der gleichbleibende Technisierungsgrad war ablesbar an der etwa gleichbleibenden Schichtleistung pro Mann.[4] Die innere Differenzierung der Bergarbeiterschaft war aufgrund des geringen technischen Entwicklungsstandes gering und die Bergarbeiterschaft wies so eine hohe Homogenität auf, die noch dadurch erhöht wurde, daß die Differenzierungen hauptsächlich alters- und erfahrungsbedingt waren und somit eine annähernd gleiche Statuseinschätzung entstand. Die Abgrenzung erfolgte gegenüber den Steigern als Vertretern der Zechenherren.[5]

Auch nach der ab der Jahrhundertwende zur Vermeidung von Bergschäden und zur Verbesserung der Wetterführung erfolgenden Umstellung des Abbaus der Kohle vom Pfeilerbau ohne Bergeversatz auf Abbau mit Ber-

---

2 Zur Konjunktur BERICHT Stadt Ge 1891/92 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 12 f.; BERICHT Stadt Ge 1892/93 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 17; BERICHT Stadt Ge 1893/94 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 10 und 13; BERICHT Amt Buer 1893 (StA Ge XXVI/2-B), S. 25; BERICHT Stadt Ge 1894/95 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 9 f.; BERICHT Amt Buer 1894 (StA Ge XXVI/2-B), S. 28 und 33; BERICHT Stadt Ge 1895/96 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 10 und 14; BERICHT Stadt Ge 1896/97 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 9 und 13 f.; BERICHT Stadt Ge 1897/98 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 9 f.; BERICHT Stadt Ge 1898/99 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 9 und 14 f.; BERICHT Stadt Ge 1899/1900 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 9; BERICHT Stadt Ge 1900/01 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 16; BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 261 ff.; BERICHT Bürgermeisterei Stoppenberg 1901-03 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 5; BERICHT Bürgermeisterei Stoppenberg 1904-05 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 36; VERW.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 75; VERW.-B. Stadt Buer 1912 (StA Ge XXVI/3-B), S. 113; VERW.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/1-B), S. 121 ff.

3 F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 81; P. WIEL, 1970, S. 116 und 118; S. HICKEY, 1979, S. 50 f. Vgl. K. TENFELDE, Fleiß, 1988, S. 25.

4 P. WIEL, 1970, S. 137. Zu OBA Do: F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 278. Für Gelsenkirchener Zechen: VEREINIGTE STAHLWERKE, 1930, S. 12 ff.; W. KESTEN, 1952, S. 232 f. und 250. Vgl. H. STARK, 1933, S. 43 f.

5 F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 104; K. TENFELDE, Bergarbeiterkultur, 1979, S. 43; S. HICKEY, 1979, S. 65 f.; D. CREW, Bochum, S. 199 f. Für Zechen in Ge am 16.12.1893: O. TAEGLICHSBECK, 1. Teil, 1895, S. 38 ff. und 62 ff.; O. TAEGLICHSBECK, 2. Teil, 1896, S. 582 f., 584 f., 586 f., 626 f., 628 f., 632 f.

geversatz wurde die Kohle an zahlreichen Betriebspunkten von kleinen Kameradschaften von ca. fünf Mann gewonnen, und die Gewinnungs- und Förderverhältnisse waren stark zersplittert. Untertage blieb so die Ortskameradschaft Kern der Belegschaft, bis die „relative Konstanz der arbeitsprozessualen Identifikationsebenen" durch den Übergang vom Pfeiler- zum Strebbau eine veränderte Arbeitsorganisation innerhalb der Steigerreviere schuf und mit der Mechanisierung eine Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Belegschaft möglich wurde.[6] Die räumlich zersplitterte Belegschaft konnte so vor dem Ersten Weltkrieg vom aufsichtsführenden Steiger nur sporadisch kontrolliert werden. Der Kontrolle diente deswegen der zwischen Steiger und Kameradschaft vereinbarte Gedingelohn und ein ausgeklügeltes System von Straf- und Disziplinarmaßnahmen, wie z. B. das Wagennullen (bis 1905) bei unsauber gefüllten Wagen.[7] Sowohl die relativ geringe Kontrolle, der geringe Mechanisierungsgrad, als auch das Aufeinanderangewiesensein in der Kameradschaft und weitere Charakteristika bergmännischer Arbeitsverrichtung wie Pausen, Warten am Förderkorb, gemeinsame harte körperliche Arbeit, gemeinsames Waschen erzeugten spezifische Kommunikations- und Kontaktformen, die in sich Möglichkeiten umfassender Solidarisierung bargen.

Die Schachtanlagen im Süden Gelsenkirchens wurden bis zum Kriegsausbruch erheblich erweitert und machten Gelsenkirchen zu einer der bedeutendsten Kohlestädte Deutschlands[8]: Im Jahre 1897 förderte im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen mit einer Belegschaft von 30 112 Bergleuten ca. ein Zehntel der Bergleute der preußischen Monarchie ca. ein Zehntel der Gesamtproduktion des Staates Preußen. Um die Jahrhundertwende rückte der Bergbau weiter nordwärts vor in die Zone des vestischen Landrückens und durchschritt damit endgültig das Bueraner Gebiet. Aufgrund der späteren industriellen Entwicklung des Gelsenkirchener Nordens und der dort tieferliegenden Kohle hatten die Schachtanlagen dort stärker den Charakter von Großbetrieben. Die Folgen sind im landschaftlichen Vergleich der nördlichen und südlichen Stadtteile noch heute erkennbar: Während im Süden ein „Durcheinander" von verschiedenen Betrieben oder Betriebsanlagen, Zechen und Wohnungen besteht, sind im Norden wenige Großanlagen getrennt von den Siedlungen zu finden. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg charakterisiert G. Steiner den Raum Gelsenkirchen zutreffend als „Häufung industrie-großdörflich orientierter Siedlungen"[9]. Im Buerschen Norden wurde der Bergbau insbesondere auch durch den preußischen Staat vorangetrieben, der als Grund seines Engagements den Versuch, Einfluß auf die Preisbildung der Ruhrkohle zu

---

6 F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 108 ff.; K. Tenfelde, Bergarbeiterkultur, 1979, S. 43; S. Hickey, 1979, S. 64 f.; W. Weber, Arbeitsplatz, 1978, S. 98 ff.; K. Tenfelde, Fleiß, 1988, S. 27 f.

7 F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 115 und 122 ff. und 126 f.; S. Hickey, 1979, S. 67.

8 J. Lichte, 1899, S. 34 ff.

9 G. Steiner, Funktionales Gefüge, 1954, S. 82 und 61 ff. Vgl. B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 219 f.; Arendt, 1927, S. 30-41.

gewinnen, nannte. Wesentliche Bedeutung hatten aber wohl auch die enormen Kosten des staatlichen Eisenbahnnetzes und der Aufrüstungspolitik, die den preußischen Staat bewogen, sich nach einer lohnenden Einkommensquelle bzw. nach einer Möglichkeit zur teilweisen Deckung des Eigenbedarfs umzusehen. Ab 1902 erwarb der preußische Staat neben der Hibernia AG Grubenfelder in Gladbeck, Buer, Marl, Dorsten und Waltrop, die 1911 zum Steinkohlenbergwerk „Im Vest Recklinghausen" vereinigt wurden. Auf dem großen Feld wurden in Buer die Doppelschachtanlagen Bergmannsglück, Westerholt und Scholven errichtet.

Tabelle 7: Weiterentwicklung des Gelsenkirchener Bergbaus 1890-1914[10]

Süden Zeche	Schacht	Baubeginn	Förderung	*Norden* Zeche	Schacht	Baubeginn	Förderung
Dahlbusch	5	1890	1892	Nordstern	2	1890	1892
	6	1895	1899		3	1899	1901
	Wetter/7	1912	1914		4	1910	1911
	8	1914	1923	Graf Bism.	3	1893	1894
Hibernia	3	1891	1894		4	1899	1902
Wilh. Vikt.	4	1898	1902		5	1902	1904
Rheinelbe	3	1895	1903		6	1909	1910
	Wetter/4	1901	1903		7	1910	1911
	Wetter/5	1892	1892		8	1914	1921
	Wetter/6	1908	1908	Hugo	3	1891	1895
Alma	Wetter/3	1898	1898		4	1899	1900
	Versatz/4	1905	1905		5	1907	1910
	5	1908	1911	Ewald	3	1895	1897
Holland	Wetter/5	1911	1911		4	1895	1900
Consol.	4	1893	1897		Wetter/6	1911	1911
	6	1897	1902	Bergmannsg.	1	1903	1905
	7	1903	1908		2	1903	1905
	Wetter/8	1906	1911	Westerholt	1	1907	1910
	9	1916	1924		2	1910	1912
				Scholven	1	1908	1911
					2	1908	1911

10 Zur Tabelle vgl. B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 175 f. Zur Geschichte der Gelsenkirchener Zechen: Ebd., S. 228-232; Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, 1952, S. 29; W. Kesten, 1952, S. 72 ff.; H. Siepmann, 1955, S. 101 ff.; H. Tobien, 1919, S. 148; W. u. G. Hermann, ²1982, S. 72, 99 ff. und 110; G. Gebhardt, 1957, S. 35, 119 f., 124 f., 148 f., 171, 246 ff., 253, 309 f. und 337; W. Hölzle, 1978, S. 146 ff.; H. Stark, 1933, S. 37 ff.; P. Wiel, 1970, S. 149, 159 f., 168, 173 ff. und 265; Bergwerksdirektion Wilhelmine Viktoria, 1952, S. 31; Wilhelmine Viktoria, 1954, S. 106 f.; Vereinigte Stahlwerke, 1930, S. 20 ff. und 28 f.; F. Benfer, ²1956, S. 101 f. und 105; Bericht Stadt Ge 1891/92 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 15; F. Hoffmann, 1927, S. 190 ff.; O. v. Rossum, 1913, S. 32 ff. und 34 ff; Bericht Amt Buer 1890 (StA Ge XXVI/1-B), S. 11; Bericht Amt Buer 1892 (StA Ge XXVI/1-B), S. 25; Graf Bismarck, 1953, S. 94 f. und 103 ff.; Bericht Amt Buer 1893 (StA Ge XXVI/2-B), S. 26; Bericht Amt Buer 1894 (StA Ge XXVI/2-B), S. 15 f., 18; Verw.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/1-B), S. 122; K. Hartl, 1909, S. 135, 138 f. und 145; E. Brüske, 1955, S. 53 ff., 63 und 70; P. Grosse-Boymann, Buer, 1926, S. 12 und 33.

Neben dem Ausbau der Zechen wurde die Angliederung von Anlagen zur Weiterverarbeitung der geförderten Kohle wie Kokereien, Kohlenwäschereien, Brikettfabriken und Anlagen zur Gewinnung von Nebenprodukten verstärkt vorangetrieben.[11] Die Gelsenkirchener Eisen- und Stahlindustrie expandierte bis zum Weltkrieg, abgesehen von den Neugründungen des Rohrleitungsflanschenwerkes „W. Geldbach OHG" im Jahr 1903 und der „Bergbaumaschinenfabrik Glückauf" 1908, hauptsächlich durch Ausbau und Erweiterung bestehender Betriebe. Ähnliches gilt für die chemische Industrie und die Glasherstellung. Die Ausweitung der Gelsenkirchener Montanindustrie führte zu weiterem Wachstum der Belegschaften, wobei die Konjunkturschwankungen direkt an den Schwankungen der Belegschaftszahlen feststellbar waren, da insbesondere im Bergbau bei Absatzmangel Arbeiter entlassen wurden und bei steigendem Absatz eine Steigerung der Förderung nur durch eine Steigerung der Belegschaft erreichbar war[12]:

---

11 Zu einzelnen Nebenanlagen: B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 199, 225 und 227; W. u. G. Hermann, ²1982, S. 103; Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, 1952, S. 31 und 33; H. Siepmann, 1955, S. 105 ff.; Bericht Stadt Ge 1891/92 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 15; F. Benfer, ²1956, S. 102; Vereinigte Stahlwerke, 1930, S. 24 f. und 219; GBAG, 1898, S. 38; Consolidation, 1949, S. 130 f.; O. v. Rossum, 1913, S. 90 ff.

12 Im Norden 1890–1893 und 1894/95 „Arbeiterzahl", sonst Beschäftigte insgesamt. Zusammengestellt nach: J. Lichte, 1899, S. 37; O. Taeglichsbeck, 2. Teil, 1896, S. VIII ff.; O. Taeglichsbeck, 1. Teil, 1895, S. 6 und 12; Verw.-B. Lk Ge 1901 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 43 f.; Bericht Stadt Ge 1891/92 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 15; Bericht Stadt Ge 1892/93 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 18 f.; Bericht Stadt Ge 1893/94 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 14; Bericht Stadt Ge 1894/95 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 16; Bericht Stadt Ge 1895/96 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 16; Bericht Stadt Ge 1896/97 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 15; Bericht Stadt Ge 1897/98 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 16 (Abweichung: 1897 Hibernia 983 Beschäftigte); Bericht Stadt Ge 1898/99 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 16 f.; Bericht Stadt Ge 1899/1900 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 18; Bericht Stadt Ge 1900/01 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 18 f.; Bericht Bürgermeisterei Stoppenberg 1901-03 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 36 f.; Bericht Bürgermeisterei Stoppenberg 1904-05 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 39 f.; Bericht Amt Buer 1890 (StA Ge XXVI/1-B), S. 10; Bericht Amt Buer 1891 (StA Ge XXVI/1-B), S. 12; Bericht Amt Buer 1892 (StA Ge XXVI/1-B), S. 20; Bericht Amt Buer 1893 (StA Ge XXVI/2-B), S. 41; Bericht Amt Buer 1894 (StA Ge XXVI/2-B), S. 33 f.; Bericht Amt Buer 1895 (StA Ge XXVI/2-B), S. 55 f.; Verw.-B. Stadt Buer 1912 (StA Ge XXVI/3-B), S. 21; Verw.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/3-B), S. 19; Städtisches Statistisches Amt, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 29; Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 241 ff. und 248 ff.; 100 Jahre Consolidation, 1963, S. 6; H. Hartwig, 1978, S. 100 (nicht unerhebliche Abweichungen); Vereinigte Stahlwerke, 1930, S. 13 ff. (leichte Abweichungen, hier verwendet); Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, 1952, S. 26 und zur bergmännischen Belegschaft 44; W. Kesten, 1952, S. 250; W. Goch, 1925, S. 59, 63, 69 f. und Tabellen XXIII und XXIV; H. Tobien, 1919, S. 149 (z. T. geringe Abweichungen); J. Altkemper, 1905, S. 26 f. (wenige geringe Abweichungen); Hoffmann, 1924, S. 6; O. v. Rossum, 1913, S. 29, 31, 34 und 37; S. Chmielecki, 1914, S. 18; K. Hartl, 1909, S. 152.

Tabelle 8: Belegschaft der Schachtanlagen und Industriebetriebe im Raum Gelsenkirchen 1890–1914

Schachtanlagen im Süden

Jahr	Consol.	Wilh. Vikt.	Hibernia	Holland 1	Graf Bism.1	Rheinelbe	Alma	Dahlbusch
1890	3 097	2 014		1 445	799	1 525	1 344	2 319
1891	3 272		1 481		844	1 628	1 403	2 419
1892	3 453		1 645		980	1 655	1 419	2 421
1893	3 658	2 245	1 599	1 509	1 045	1 701	1 407	2 489
1894	3 682		1 360		1 108	1 703	1 404	2 503
1895	3 595	1 757	1 169		1 044	1 766	1 454	2 569
1896	3 809		994			1 813	1 522	2 652
1897	4 153	1 925	1 013	2 012	1 134	1 919	1 677	2 708
1898	4 603		1 030		2 027	1 763	2 864	
1899	4 851		1 063			2 085	1 856	2 958
1900	5 244	2 302	1 111	2 992	1 302	2 365	1 868	3 201
1901	5 511	2 398	1 165	3 250	1 244	2 802	1 951	3 352
1902	5 229	2 234	1 161	3 405	1 223	3 167	1 897	3 466
1903	5 367	2 053	1 140	3 659	1 172	3 376	1 884	3 571
1904	5 427	2 033	1 091	3 708	1 142	3 540	1 904	3 531
1905	5 429	2 041	1 090	3 392	1 153	3 587	1 903	3 518
1906	5 628	1 862	1 096	3 678	1 136	3 448	2 023	3 597
1907	6 000	1 797	1 179	3 687	1 050	3 660	2 438	3 710
1908	6 416	1 918	1 170	4 052	1 206	4 318	3 022	3 929
1909	6 700	1 991	1 103	4 258	1 516	4 283	3 227	4 094
1910	6 750	1 957	1 131	4 364	1 560	4 439	3 458	3 992
1911	6 647	1 945	1 021	4 360	1 663	4 325	3 544	3 909
1912	6 702	1 910	1 064	4 306	2 007	4 097	3 567	4 010
1913	6 980	1 910	1 208	4 315	1 979	3 952	3 823	4 074
1914	6 513	1 823	1 277	3 994	1 817	3 540	3 377	3 614

Schachtanlagen im Norden

Jahr	Ewald	Ewald 3/4	Hugo	Nord-stern	Bism. 2/6	Bism. 3/5	Bism. 7/8	Schol-ven	Berg-mannsg.	We-sterh.
1890	984		1 356	624	882					
1891	1 065		1 499	683	1 032					
1892			1 765		1 229					
1893	1 382		1 914	900	1 336					
1894					1 468	342				
1895	1 629		1 658	815	1 325	571				
1900	3 074	1 060	2 376	2 236	zus. 2 758					
1901	3 687		2 653	2 553	zus. 2 973					
1902	3 582		2 501	2 765	zus. 3 075					
1904	4 074		2 773	2 814	zus. 3 125				165	
1905	3 933	1 465	2 769	2 499	zus. 3 520				208	
1907	4 214		3 212	2 737	zus. 3 184				594	
1910	5 573	1 479	3 384	4 108	zus. 3 932				3 074	435

Jahr	Ewald	Ewald 3/4	Hugo	Nord-stern	Bism. 2/6	Bism. 3/5	Bism. 7/8	Schol-ven	Berg-mannsg.	We-sterh.
1911		1 741	3 409		2 270	1 704	61	676	4 017	1 359
1912		2 116	3 708		2 808	2 192	1 013	1 714	4 191	2 383
1913		2 236	3 966		2 991	2 103	1 031	2 493	4 500	3 482

Industriebetriebe

	1890	1891	1896	1897	1900	1903	1910	1914
Schalker Verein	1 355	1 360	1 512	1 607	2 250	2 555	3 525	4 808
Grillo & Funke	934	910	1 009	1 070	1 225	1 412	1 647	1 232
Boeker & Co/GHH	569		596	683	709	743	958	729
Schalker Eisenhütte	170		150	150	160	149	213	187
Gew. Orange	195		213	226	250	303	307	254
Glas & Spiegel	455		410	480	505	442	510	148
Küppersbusch		355	985	1 115	1 355	1 617	2 008	1 915
Gußstahl	362	338	505	560	650	430	890	994
Chemie AG						209	313	179

Der Abschluß der Industrialisierung war mit einer weiteren horizontalen und vertikalen Konzentration verbunden. 1912 wurde „Boecker & Co" der „Gutehoffnungshütte" (Oberhausen) angeschlossen und im gleichen Jahr wurde das Blechwalzwerk „Grillo, Funke & Co" dem „Mannesmann-Konzern" einverleibt. 1907 kam es im Rahmen der Verbindung von Zechen und Hüttenunternehmen zur Fusion des „Schalker Gruben- und Hüttenvereins" mit der GBAG. 1907 ging die „Bergwerksgesellschaft Nordstern", der seit 1897 Zeche Holland gehörte, an die „Phönix AG". Alle Gelsenkirchener Zechen gehörten zu den Gründungsmitgliedern des 1893 gegründeten „Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates", dem nun dauerhaften Zusammenschluß der Zechenbesitzer.[13]

War durch die Bildung des Landkreises Gelsenkirchen 1885 ein Minimum an kommunalpolitischer Einheitlichkeit des Raumes Gelsenkirchen hergestellt worden, so wurde in den 1890er Jahren die kommunale Zerstückelung zunächst weiter fortgesetzt. Im Süden wurde 1896 der Stadtkreis Gelsenkirchen aus dem Landkreis ausgegliedert.[14] Die kommunalpolitische Zersplitterung und die entsprechend geringe Leistungsfähigkeit der zu kleinen Gebietseinheiten brachte erhebliche Probleme mit sich, wie auf-

13 MANNESMANN-RÖHRENWERKE, 1949, S. 137; GUTEHOFFNUNGSHÜTTE, 1949, S. 141 f.; W. GOCH, 1925, S. 94; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 223 und 231 f.; P. WIEL, 1970, S. 204, 214, 250, 252 f. und 269 f.; E. RAVEN, 1951, S. 78 ff.; C. v. WEDELSTAEDT, Entwicklung, 1927, S. 21 f.; F. SCHACKE, 1966, S. 16; RHEINSTAHL, 1972, S. 3; MANNESMANN AG, 1965, S. 91 und 98 f.

14 VERW.-B. Lk Ge 1896 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 7; BERICHT Stadt Ge 1895/96 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 51 f.; BERICHT Stadt Ge 1898/99 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 51; BERICHT Stadt Ge 1899/1900 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 47; BERICHT Stadt Ge 1900/01 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 51; H. HARTWIG, 1978, S. 91; P. WIEL, 1970, S. 3; K. MACHENS, 1950, S. 105 ff.

grund der fehlenden gemeinsamen Kanalisation wiederholt auftretende Seuchen, die unzureichende allgemeine Stromversorgung und das außerordentlich schlecht entwickelte Schulwesen.[15] Die Verzögerung der Bildung größerer Industriestädte im Ruhrgebiet beruhte nicht nur auf Lokalegoismus von Gemeindevertretern, sondern wurde auch von den Regierungsstellen bewußt verzögert, weil es diesen aufgrund politischer Erwägungen und Erfahrungen aus dem großen Bergarbeiterstreik geraten zu sein schien, diese Arbeiter-Gemeinden von einem vom Oberpräsidenten ernannten Amtmann, der an Weisungen des Landrates gebunden war, verwalten zu lassen und ihnen keine größere Selbständigkeit zuzubilligen, auch wenn klar war, daß die Industriegemeinden nicht adäquat mittels der Landgemeindeordnung zu verwalten waren.[16] Obwohl im Falle des Gelsenkirchener Südens die Eingemeindung vom Landrat bereits seit Ende der 1890er Jahre betrieben worden war, kam es zu einem Zusammenschluß der Stadt Gelsenkirchen mit den umliegenden Gemeinden (Bismarck, Bulmke, Hüllen, Schalke, Heßler, Ückendorf) erst 1903, als die Chancen einer Stadtplanung längst vertan waren. Bis zum Ersten Weltkrieg konnten die notwendigsten Infrastrukturmaßnahmen nur unter Schwierigkeiten begonnen werden. Trotz vielfältiger Verbindungen mit Gelsenkirchen wurde die Gemeinde Rotthausen 1906 zunächst selbständige Bürgermeisterei.[17] Im Norden setzte sich die kommunalpolitische Zersplitterung fort, als Horst im Oktober 1891 aus dem Amt Buer ausschied und ein selbständiges Amt bildete. Weiterhin schied Buer am 1. Februar 1912 als kreisfreie Stadt aus dem Landkreis Recklinghausen aus, verlor aber Westerholt, welches selbständiges Amt wurde.[18]

---

15 VERW.-B. Lk Ge 1893 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 10; VERW.-B. Lk Ge 1894 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 11; VERW.-B. Lk Ge 1895 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 9; VERW.-B. Lk Ge 1896 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 16; VERW.-B. Lk Ge 1901 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 13 f.; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 60 ff. Vgl. K. MACHENS, 1950, S. 108; H. A. ZURHORST, 1922, S. 16 f.; C. v. WEDELSTEDT, 1950, S. 124. Zum Schulwesen, zu Ge: WEITZMANN, 1927, S. 113-119; zu Buer: T. FELDHEGE, 1933, S. 6 und 199; allgemein: F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 35; F. J. BRÜGGEMEIER, L. NIETHAMMER, Schlafgänger, 1981, S. 148; L. NIETHAMMER, F. BRÜGGEMEIER, Wie wohnten, 1976, S. 107.

16 H. CROON, Gliederung, 1965, S. 61. Mit polizeilichen Bedürfnissen wurde z. B. die Verselbständigung Rotthausens (s. u.) abgelehnt. H. TOBIEN, 1919, S. 163.

17 VERW.-B. Lk Ge 1903 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 7; BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. VI f. (StA Ge XXVI/1-Ge); BERICHT Bürgermeisterei Stoppenberg 1901-03 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 7; H. HARTWIG, 1978, S. 91; H. CROON, Gliederung, 1965, S. 61; C. v. WEDELSTAEDT, 1950, S. 117 ff.; F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 39; H. A. ZURHORST, 1922, S. 21; H. TOBIEN, 1919, S. 160 und 162 ff.; C. v. WEDELSTAEDT, Entwicklung, 1927, S. 27.

18 BERICHT Amt Buer 1891 (StA Ge XXVI/1-B), S. 1 und 21; VERW.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 9 f.; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 238; P. WIEL, 1970, S. 4; J. BÜSCHER, 1982, S. 66; T. FELDHEGE, 1933, S. 19. H. CROON, Gliederung, 1965, S. 61 nennt fälschlicherweise das Jahr 1910.

Tabelle 9: Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchen 1890–1918[19]

Jahr	Rotth.	Ge	Schalke	Heßler	Bism.	Bulmke	Hüllen	Ückend.	Buer	Horst
1890	7 937	28 057	14 887	2 794	10 094	5 635	1 812	13 128	11 071	3 853
1891	8 113	30 138	16 455	3 039	11 965	6 119	2 017	14 504	11 697	4 225
1892	9 516	30 484	17 000	3 124	12 721	6 549	2 259	15 007	12 429	4 420
1893	10 437	30 930	17 329	3 303	13 388	7 090	2 463	15 948	13 665	
1894	10 942	31 334	17 930	3 481	14 071	7 513	2 650	16 075	15 010	
1895	11 673	31 635	18 419	3 508	14 469	7 622	2 968	16 039	16 031	5 062
1896	12 438	32 921	19 768	3 823	15 650	7 996	3 703	16 704	17 755	
1897	13 305	33 949	21 605	4 050	17 162	8 394	4 616	17 487	20 730	
1898	14 546	34 543	23 003	4 240	18 577	9 049	5 065	19 000	22 472	
1899	16 734	35 330	24 175	4 899	19 688	10 062	5 645	20 389	25 017	10 044
1900	16 691	36 469	25 452	5 558	21 420	10 904	6 464	21 821	28 521	11 284
1901	17 450	37 784	27 221	5 666	21 390	12 021	6 273	21 685	30 965	11 860
1902	18 515	37 040	26 733	6 116	22 020	12 268	6 938	22 753	32 372	12 327
1903	19 319	37 872	27 766	6 394	22 612	13 021	7 099	23 334	34 599	13 249
1904	20 415	38 323	28 791	6 704	23 331	14 369	7 561	23 440	37 506	14 302
1905	21 206	38 440	30 201	6 409	23 548	15 980	7 773	24 403	40 290	14 887
1906	22 573	39 028	29 706	6 978	24 629	17 480	8 009	25 365	42 678	16 436
1907	23 461	40 014	31 029	7 198	25 501	18 975	8 345	27 121	46 156	18 164
1908	24 903	40 839	32 272	7 490	26 755	20 277	8 878	28 305	51 400	20 165
1909	25 185	41 432	33 096	7 516	27 320	20 752	8 884	28 749	56 075	20 342
1910	25 881	41 716	33 710	7 581	27 189	21 055	9 133	29 041	61 510	20 990
1911	26 736	41 945	33 615	7 617	27 189	21 482	9 552	29 443	67 018	22 057
1912	27 531	42 503	34 010	7 639	27 594	21 710	8 942	30 448	76 032	22 792
1913	28 878	43 412	34 497	7 682	27 943	22 396	9 157	31 024	83 871	
1914	30 368	42 281	34 456	7 716	27 731	22 460	9 508	30 768	88 413	
1915	31 293	42 896	34 424	7 891	27 919	22 310	9 669	30 984	90 849	
1916	31 266	44 376	34 849	7 841	28 766	22 941	10 179	31 996	91 456	
1917	30 963	41 522	32 193	7 309	26 339	20 590	9 368	29 500	86 856	
1918	30 595	41 288	31 709	7 085	25 583	20 822	9 489	28 026	88 153	

19 Zusammengestellt nach (Vorrang für Volkszählungsergebnisse vor Personenstandsaufnahme): VERW.-B. Lk Ge 1891 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 17; VERW.-B. Lk Ge 1901 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 29; VERW.-B. Lk Ge 1902 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 28; BERICHT Stadt Ge 1891/92 (Sta Ge XXVI/11-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1892/93 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1893/94 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1894/95 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1895/96 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1896/97 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1897/98 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1898/99 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1899/1900 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1900/01 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 3 (StA Ge XXVI/1); BERICHT Armenwesen Bürgermeisterei Stoppenberg 1890-1899 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 7; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 15 f.; H. HARTWIG, 1978, S. 98; BERICHT Amt Buer 1890 (StA Ge XXVI/1-B), S. 2 f.; BERICHT Amt Buer 1891 (StA Ge XXVI/1-B), S. 1; BERICHT Amt Buer 1892 (StA Ge XXVI/1-B), S. 8; BERICHT Amt Buer 1893 (StA Ge XXVI/2-B), S. 4; BERICHT Amt Buer 1894 (StA Ge XXVI/2-B), S. 5; BERICHT Amt Buer 1895 (StA Ge XXVI/2-B), S. 8; VERW.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 3; VERW.-B. Stadt Buer 1912 (StA Ge XXVI/3-B), S. 3; VERW.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/3-B), S. 7; VON DER LANDGEMEINDE, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 4; ALLG. NACHRICHTEN

Die kommunalpolitische Entwicklung und der rasche Bevölkerungsanstieg im Raum Gelsenkirchen beruhten ursächlich auf der Industrialisierung, die nach einer großen Anzahl von Arbeitskräften, die nun fast ausschließlich aus den preußischen Ostprovinzen zuwanderten, verlangte. In den den Gelsenkirchener Raum betreffenden Bergrevieren waren die Anteile der in den östlich Provinzen Geborenen unter den Bergarbeitern besonders hoch:[20]

Tabelle 10: Anteil der Reichsdeutschen aus Oberschlesien, Posen, West- und Ostpreußen an den Zechenbelegschaften in v.H. 1893–1913[20]

Bergrevier	1893	1899	1902	1905	1907	1910	1913
Gelsenkirchen	45,69	57,43	51,68	50,18	54,57	54,56	50,01
Recklingh.-West	44,92	48,22	42,71	43,76	40,82	43,27	41,09
Wattenscheid	36,15	42,97	40,68	43,71	42,95	44,75	40,98
Essen-Ost	31,19	42,93	37,00	40,64	39,68	43,27	39,88
OBA Do	24,91	33,96	31,36	33,69	33,73		

Auf einzelnen Gelsenkirchener Zechen stellten die aus den Ostprovinzen stammenden Bergleute die Mehrheit der Belegschaft, wie z. B. im Jahr 1900: Consolidation 55,3%, Wilhelmine Viktoria 52,2%, Rheinelbe 51,3% und Graf Bismarck sogar 71%. 1907 stammten aus den östlichen Provinzen 65,43% der Belegschaft auf Graf Bismarck 1, 75,48% auf Graf Bismarck 2, 64,34% auf Graf Bismarck 3/4, 50,21% auf Nordstern und 55,7% auf Rheinelbe.[21] Bei diesem Bild der Gelsenkirchener Zechenbelegschaften und bei hoher Fluktuation ist es nicht verwunderlich, daß zwischen 1885 und 1914 von geschätzten 300 000 ostpreußischen Zuwanderern im Ruhrgebiet rund 160 000 durch die Einwohnerkarteien der Stadt

---

Amt Horst 1.10.1891-31.12.1892 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 1; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1904 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 56; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1906 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 76; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1907 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 79; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1908 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 83; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1909 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 87; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1910 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 89; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1911 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 91; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1912 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 97; S. CHMIELECKI, 1914, S. 19; W. HÖLZLE, 1978, S. 157; H. TOBIEN, 1919, S. 151; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 216; C. v. WEDELSTAEDT, Entwicklung, 1927, S. 24; H. A. ZURHORST, Zahlenspiegel, 1927, S. 202 f.; B. KOLKENBROCK, Berufssoziologie, 1949, Anhang Tab. 3 (Abweichung Rotth.-1905-21 130).

20 1899 Bergrevier Recklinghausen. H. MÜNZ, 1909, S. 16; W. BREPOHL, Aufbau, 1948, S. 244; O. TAEGLICHSBECK, 2. Teil, 1896, S. XII und XXI; M. Koch, 1954, S. 22; V.-M. STEFANSKI, 1984, S. 24.

21 1900 nach Angaben des Alldeutschen Verbandes bei H. HILBERT, 1952, S. 24; V.-M. STEFANSKI, 1984, S. 35. Nach E. FRANKE, 1936, S. 52 soll der Anteil der fremd- und gemischtsprachigen Arbeiter auf Wilhelmine Viktoria und Consolidation zur Zeit der Jahrhundertwende bei fast 90% gelegen haben. 1899 bei H. MÜNZ, 1909, S. 20. 1907 bei W. BREPOHL, Aufbau, 1948, S. 245. Vgl. M. KOCH, 1954, S. 21 f. für 1907.

Gelsenkirchen wanderten.[22] Die Zusammensetzung der Zechenbelegschaften spiegelte sich in der Zusammensetzung der Bevölkerung Gelsenkirchens wider:

Tabelle 11: Geburtsländer (Provinzen) der Einwohner der Stadt Gelsenkirchen in v.H. 1885–1910[23]

Jahr	Gelsenkirchen	Westfalen	Rheinland	Ostpreußen	Westpreußen	Posen	Schlesien
1885	30,4	59,6	17,2	8,2	1,2	1,9	3,3
1890	31,2	56,0	14,6	14,3	1,8	1,7	3,1
1900	34,3	58,7	12,0	14,1	2,1	1,8	2,1
1905	44,0	56,7	8,7	17,2	4,0	2,8	2,3
1910	45,0	57,4	8,2	16,2	4,7	3,4	2,0

Bei den Bueraner Zechen lag der Anteil der aus dem Osten zugewanderten Bergleute noch höher, da bei Förderbeginn dieser Zechen in der näheren Umgebung bereits keine Arbeitskräftereserven mehr vorhanden waren.[24] Entsprechend der Zahl der Zuwanderer aus den Ostprovinzen lag auch der Anteil der Polen an den Zechenbelegschaften und infolgedessen an den Einwohnern des Raumes Gelsenkirchen außerordentlich hoch.[25] Im Kreis Gelsenkirchen lag der Anteil der Fremdsprachigen an den Zechenbelegschaften 1893 bei 27,98%, demgegenüber gaben im gesamten Oberbergamtsbezirk Dortmund 84,13% der Bergarbeiter Deutsch als Muttersprache an und 11,33% die polnische Sprache.[26] Der Anteil der Polen an der Bevölkerung erhöhte sich in der Stadt Gelsenkirchen von 6,9% 1890 auf 9,5% 1905 und stagnierte 1910 bei 8,9%; in der Stadt Buer lag der Anteil der Polen an der Bevölkerung gleichzeitig bei 5,0%, 12,1% und 11,8%[27], in Horst lag der Anteil inländischer Polen 1904 bei 33,7% und 1911 bei 40,9%, wobei zudem noch 5,5% bzw. 9,1% Reichsauslän-

22 „Verteilerstelle für Ostpreußen" bei E. Franke, 1936, S. 38 und 50; W. Brepohl, Industrievolk, 1957, S. 40. Vgl. H. Hartwig, 1978, S. 98; W. Brepohl, Aufbau, 1948, S. 102; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 28 f.; H. Linde, [5]1981, S. 456.

23 E. Franke, 1936, S. 53. Vgl. zu Rheinland-Westfalen: C. Klessmann, Integration, 1978, S. 260.

24 1911 stammten 51,7% der Bueraner Bergleute (von Ewald 3/4, Graf Bismarck 2/6, 3/5, 7/8, Hugo 1, 2, 3, Scholven, Bergmannsglück und Westerholt) aus den deutschen Ostprovinzen, 6,7% aus dem Ausland, 1912 47,0% bzw. 7,4% und 1913 40,3% bzw. 6,5%. Verw.-B. Stadt Buer 1912 (StA Ge XXVI/3-B), S. 21; Verw.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/3-B), S. 19.

25 Zu den Schwierigkeiten einer verläßlichen Nationalitätenstatistik: H. U. Wehler, Polen, [2]1979, S. 222 ff. (auch in: H. U. Wehler, Sozialgeschichte, [5]1981, S. 437-455). Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 240; C. Klessmann, Polnische Bergarbeiter, 1979, S. 111 ff.; C. Klessmann, Integration, 1978, S. 21 f.

26 O. Taeglichsbeck, , 2. Teil, 1896, S. XIII und XXVII.

27 E. Franke, 1936, S. 19. Vgl. C. Klessmann, Integration, 1978, S. 267. Buer 1910 12,6% nach Verw.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/3-B), S. 17. Polnisch-sprachig waren in der späteren Großstadt Ge 1902 25,8%, 1904 28%, 1910 und 1912 etwa 24% lt. V.-M. Stefanski, 1984, S. 37.

der in Horst lebten.[28] Ein großer Teil der Masuren, einer protestantischen Volksgruppe mit polnischem Dialekt und nicht-polnischem, sondern preußisch-patriarchalischem politischem Bewußtsein aus Südostpreußen – insbesondere Zuwanderer aus den masurischen Kreisen Ortelsburg, Neidenburg und vor allem Allenstein – ließ sich ebenfalls in Gelsenkirchen nieder: 1906 lebten von 57 968 Masuren im Ruhrgebiet 15 854 in Gelsenkirchen.[29] Nach E. Franke stammten von 100 Einwohnern der Stadt Gelsenkirchen 1890 11,6 und 1900 23,9 aus Masuren.[30] Auch in Buer stammten 1908 19,2% der Einwohner aus Masuren, 1909 waren es 17,9%.[31]

Die Zuwanderung veränderte auch das konfessionelle Bild des Industriegebietes, zumal sich die Zechenherren bei ihrer Anwerbungspolitik z. T. von konfessionellen Gesichtspunkten leiten ließen. Die verschiedenen Zuwanderergruppen schoben das Verhältnis der Konfessionen in verschiedene Richtungen. Die Ost- und Westpreußen waren überwiegend evangelisch, die Polen und die Schlesier mehrheitlich katholisch, wie auch die Zuwanderer aus den westlichen Teilen Deutschlands und aus Westfalen. In der gesamten Provinz wandelte sich das Verhältnis vom katholischen zum evangelischen Bekenntnis von 59,7%:39,4% im Jahr 1819 auf 51%:47,9% im Jahr 1925.[32] Im Raum Gelsenkirchen sank im ehemals überwiegend protestantischen Süden der Anteil der evangelischen Konfession zugunsten der katholischen, im vorher fast ausschließlich katholischen Norden stieg der Protestantenanteil.[33]

---

28 ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1904 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 56; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1907 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 79; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1908 (StA Ge XXVI/-H1), Bl. 83; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1909 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 87; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1911 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 91.

29 H. U. WEHLER, Polen, [2]1979, S. 224; H. U. WEHLER, Masuren, 1962, S. 148, 151 und 164; H. LINDE, [5]1981, Sozialgeschichte, S. 458 ff. und 468 f.; D. E. CHILLA, Aspekte, 1978, S. 128; D. CHILLA, Masuren, 1976, S. 22 ff.; H. KIRRINNIS, 1954, S. 67-71; E. RIEMANN, 1954, S. 48-52. Vgl. K. TENFELDE, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 240; C. KLESSMANN, Integration, 1978, S. 262; V.-M. STEFANSKI, 1984, S. 9 ff. NS-nah E. FRANKE, 1936, S. 16 ff.

30 E. FRANKE, 1936, S. 52.

31 VERW.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/3-B), S. 17.

32 Die Gelsenkirchener Zechenherren Kirdorf und Grillo bevorzugten evangelische Ostpreußen. K. TENFELDE, Sozialgeschichte, [2]1981, S. 242. Zur Provinz H. J. BEHR, 1983, S. 122. In der ehemaligen Grafschaft Mark, wo 1825 das evangelische dem katholischen Bekenntnis in einem Verhältnis von 3:1 überlegen gewesen war, verschob sich dieses Verhältnis bis 1905 auf 3:2. Umgekehrt nahm im Kreis Recklinghausen der Anteil der Protestanten von 4,9% 1880 auf 23,4% 1905 zu, der der Katholiken von 94,7% auf 69,8% ab. S. CHMIELECKI, 1914, S. 39. Vgl. auch BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 4.

33 Stadt Ge 1912 47% Katholiken, 50,9% Protestanten und Amt Horst 1912 33,7% bzw. 65,9%. Ausführlich BERICHT Stadt Ge 1891/92 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1892/93 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1893/94 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1894/95 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1895/96 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1896/97 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1897/98 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1898/99 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1899/1900 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1900/01 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; BERICHT Stadt Ge 1903-1920 (StA Ge XXVI/1), S. 5; BERICHT Amt Buer 1895 (StA Ge XXVI/2-B), S. 12; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1904 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 56; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1906 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 76; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1907 (StA Ge XXVI/1-H); Bl. 79; ALLG. NACH-

Die Zechenbelegschaften waren, wie für eine Zuwandererregion typisch, durchschnittlich sehr jung. Die Alterszusammensetzung der Bueraner Bergarbeiter zeigte etwa dasselbe Bild wie in Gelsenkirchen; der Anteil der jüngeren Bergarbeiter war aufgrund der späteren Entwicklung des Nordens dort etwas größer. 1893 waren 18,7% aller Bergarbeiter des Raumes Gelsenkirchen bis 20 Jahre alt, 55,5% waren bis 30 Jahre alt, und nur 17,6% waren älter als 40 Jahre. Entsprechend war auch der Anteil der Einwohner des Raumes Gelsenkirchen im Alter von 20-50 Jahren, also dem arbeitsfähigen Alter, überdurchschnittlich wie im Ruhrgebiet insgesamt.[34] Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1907 waren 73,4 % aller Erwerbstätigen in der Stadt Gelsenkirchen in der Industrie beschäftigt, die von Kohle und Metallverarbeitung geprägt war. Nur 13,78 % der Erwerbstätigen waren Frauen, aber 65,9 % der Erwerbstätigen waren Industriearbeiter.[35]

Der Vergleich der Beschäftigungsdauer der Gelsenkirchener Bergarbeiter auf derselben Zeche mit deren Beschäftigungsdauer im Bergbau insgesamt zeigte das Bild einer zweigeteilten Belegschaft. Ein Teil, sicher die jüngeren und ledigen Arbeiter, wechselte häufig den Arbeitsplatz, ohne dem Bergbau grundsätzlich den Rücken zu kehren, während der andere Teil der Bergarbeiter, die älteren Familienväter, die nicht zu häufigem Arbeitsplatzwechsel in der Lage waren, relativ „betriebstreu" war. Ebenso war infolge der späteren Entwicklung des Gelsenkirchener Nordens dort der Anteil der „betriebstreuen" Arbeiter entsprechend geringer und der Anteil der fluktuierenden Gruppe größer.[36] 1893 waren im Oberbergamtsbezirk Dortmund 43,6% der Bergarbeiter immer auf derselben Zeche beschäftigt gewesen, auf den Zechen des Gelsenkirchener Raumes 44,3%.[37] Überdurchschnittlich „betriebstreu" waren die Beamten und die „Spezialisten", d. h. insbesondere die ausgebildeten Arbeiter der Tagesanlagen, während die gering differenzierte Untertagebelegschaft relativ stärker zur Fluktuation neigte, da sie im wenig mechanisierten Bergbau auf anderen Schachtanlagen schnell wieder Arbeit finden konnte.[38]

RICHTEN Amt Horst 1908 (StA Ge XXVI/1-H); Bl; 83, ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1909 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 87; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1910 (StA Ge XXVI/1-H); Bl. 89; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1911 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 91; ALLG. NACHRICHTEN Amt Horst 1912 (StA Ge XXVI/1-H), Bl. 97; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 19 f. und 22 ff. zu den weiteren südlichen Gemeinden.

34 R. MÜLLER, 1925, S. 107, vgl. auch S. 55; H. MÜNZ, 1909, S. 21 ff. Vgl. C. KLESSMANN, Integration, 1978, S. 42; V.-M. STEFANSKI, 1984, S. 19 ff. Bergarbeiter berechnet nach: O. TAEGLICHSBECK, 2. Teil, 1896, S. 140 f., 148 f., 150 f., 152, 372 f., 374 f., 376 f., 392 f., 394 f., 414 f.

35 BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 13.

36 Vgl. Aufstellungen für 1893 bei: O. TAEGLICHSBECK, 2. Teil, 1896, S. 140 f., 148 f., 150 f., 152, 372 f., 374 f., 376 f., 392 f., 394 f., 414 f. Vgl. D. CREW, Regionale Mobilität, 1981, S. 84 f.; D. CREW, Bochum, 1980, S. 72 ff. für Bochum; M. ZIMMERMANN, Schachtanlage, 1987, S. 44 für Hochlarmark; H. HILBERT, 1952, S. 59 f.; H. Stark, 1933, S. 67 f.

37 Berechnet nach: O. TAEGLICHSBECK, 2. Teil, 1896, S. LV, 582 f., 584 f., 586 f., 626 f., 628 f., 632 f.

38 O. TAEGLICHSBECK, 2. Teil, 1896, S. XLVI.

Tabelle 12: Belegschaftswechsel pro 100 Mann der durchschnittlichen Belegschaft (Zu- u. Abgänge) auf den Bueraner Zechen 1900–1912[39]

	1900	1902	1907	1910	1911	1912
Ewald 3/4	162	99	122	105	121	133
Graf Bismarck 2/6	74	48	52	74	95	99
Graf Bismarck 3/5	131	86	72		111	117
Graf Bismarck 7/8					318	293
Hugo 1	100	59				
Hugo 4	108	60				
Hugo 1/4			137	104	112	106
Hugo 2	116	93	160	122	151	171
Hugo 3	142	133	141	109	142	162
Bergmannsglück			208	157	145	150
Westerholt				126	187	227
Scholven					169	229
Nordstern 1/2	105	71	71	55		
Nordstern 3		132	152	107		
Ruhrgebiet	120	92	127	108	121	130

Der Belegschaftswechsel und der Bevölkerungszuwachs im Raum Gelsenkirchen war naturgemäß mit enormen Bevölkerungsbewegungen verbunden.

Tabelle 13: An-, Ab- und Ummeldungen in der Stadt Gelsenkirchen und in Amt/Stadt Buer je 100 Einwohner 1891–1918[40]

	Gelsenkirchen			Buer		
Jahr	An	Ab	Um	An	Ab	Um
1891	34,4	29,8				
1892	29,3	28,5				
1893	27,4	24,9		26,0	17,2	
1894	26,2	25,0		27,9	18,2	
1895	25,3	25,5				
1896	29,6	25,7				
1897	30,7	28,1				
1898	31,1	29,6				

39 Verw.-B. Stadt Buer 1912 (StA Ge XXVI/3-B), S. 118; S. Chmielecki, 1914, S. 32 ff. Vgl. W. Hölzle, 1978, S. 156. Zum Ruhrgebiet: M. Koch, 1954, S. 24.

40 B. Kolkenbrock, Berufssoziologie, 1949, Anhang Tab. 7 und 8; Bericht Stadt Ge 1891/92 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3 f.; Bericht Stadt Ge 1892/93 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1893/94 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1894/95 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1896/97 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 4; Bericht Stadt Ge 1897/98 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1898/99 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1899/1900 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1900/01 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 3; Bericht Stadt Ge 1903-1920 (StA Ge XXVI/1-Ge), S. 12; Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 65 und 67 f.; Verw.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/3-B), S. 16 f. Vgl. H. A. Zurhorst, Zahlenspiegel, 1927, S. 207 f.

Jahr	Gelsenkirchen An	Gelsenkirchen Ab	Gelsenkirchen Um	Buer An	Buer Ab	Buer Um
1899	32,5	30,8				
1900	33,0	30,9				
1905	16,4	16,1	39,0	6,9	3,9	15,3
1906	19,0	17,6	40,5			
1907	20,9	17,1	41,0			
1908	19,4	17,6	38,8			
1909	16,8	17,7	38,1			
1910	16,2	16,1	34,1	19,9	14,0	31,6
1911	17,3	17,7	37,2	20,8	14,1	32,1
1912	17,9	17,4	36,8	33,0	23,4	31,4
1913	18,6	17,2	32,4	34,9	27,8	41,9
1914	16,7	15,3	29,9			
1915	12,6	10,4	22,0			
1916	11,0	10,9	19,6			
1917	13,8	16,2	18,6			
1918	12,6	14,6	22,1			

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß auf den Gelsenkirchener Zechen ein Teil der Belegschaft eher bodenständig und schon länger auf derselben Zeche beschäftigt war; dieser Belegschaftsteil kann als Stammbelegschaft bezeichnet werden. Ein anderer Teil der Belegschaft war extrem mobil und wechselte häufig die Arbeitsstelle. Die Fluktuation eines Teils der Bergarbeiter dürfte als eine individuelle Widerstandsstrategie gegen schlechte Arbeitsbedingungen, geringe Lohnhöhe und Anpassungsdruck anzusehen sein.[41] Neben die relative Homogenität der Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter trat also eine altersmäßige Differenzierung in hochmobile Arbeitergruppen und eine Stammbelegschaft.

In einer Region, in der die Bevölkerung derartig schnell zunahm wie im Raum Gelsenkirchen, mußte sich zwangsläufig ein Problem der Wohnraumversorgung ergeben. Während in den älteren südlicheren Bergbaugebieten der Anteil der im eigenen Haus lebenden Bergleute noch relativ groß war, fehlten in der jüngeren Emscherzone hierfür die Voraussetzungen, wie auch in Ermangelung einer städtischen Mittel- und Oberschicht die Bauherren für Mietwohnungen fehlten, so daß hier die Betriebe, um genügend Arbeitskräfte zu erlangen, auf Werkswohnungsbau angewiesen waren. Die Wohnungen in den Kolonien waren auch bei den Arbeitern beliebter, weil sie durchschnittlich mehr Wohnräume als sonstige Mietwohnungen aufwiesen.[42] Das Bergrevier Gelsenkirchen lag 1893 mit einem

41 D. Langewiesche, K. Schönhoven, Lebensweise, 1981, S. 12. Vgl. D. Crew, Bochum, 1980, S. 74.

42 F. J. Brüggemeier, L. Niethammer, Schlafgänger, 1981, S. 145 f.; F. J. Brüggemeier, Volle Kost, 1979, S. 156 ff.; L. Niethammer, F. Brüggemeier, Wie wohnten, 1976, S. 76 f. und 107; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 50. Vgl. O. Taeglichsbeck, 2. Teil, 1896, S. VII; H. Stark, 1933, S. 64. Darstellung der Wohnsituation in der Consolidation-Kolonie Sophienau bei: V.-M. Stefanski, 1984, S. 42 ff; vgl. auch 30 f.

Anteil von Koloniebewohnern an der Revierbelegschaft von 13,35% an der Spitze der Bergreviere im Oberbergamtsbezirk (Durchschnitt 6,71%), während das Bergrevier Recklinghausen mit 8,09% an 6. Stelle der 17 Bergreviere lag.[43] Gegenüber den „offiziellen" Angaben lag der Anteil der Koloniebewohner an den Zechenbelegschaften wesentlich höher wegen der ebenfalls in den Kolonien wohnenden, auch im Bergbau beschäftigten Bergarbeitersöhne und der Schlafgänger.[44] 1893 waren allein 20,22% der Ruhrbergarbeiter Kostgänger, die die kommunikativeren Wohnverhältnisse als Kostgänger bevorzugten und sich nicht den restriktiven Hausordnungen und der Beaufsichtigung der Schlafhäuser unterwerfen wollten.[45] Vor dem Ersten Weltkrieg waren es dann im Bergrevier Recklinghausen-West 44,6% der Belegschaften, im Bergrevier Gelsenkirchen 30,0% und im Oberbergamtsbezirk 34,9%, die in Kolonien und Werkswohnungen wohnten, weil im Norden Wohnungen und Infrastruktur ja zunächst völlig gefehlt hatten.[46] Selbst der Bau von Kolonien hielt aber nicht Schritt mit der Bevölkerungsentwicklung, so daß es zu einer Überbelegung der Wohnungen kam und die Wohnverhältnisse der Bergarbeiter durch drangvolle Enge gekennzeichnet waren.[47] Nicht nur Wohnungsmangel dürfte zur Überbelegung der Wohnungen geführt haben, sondern auch die Tatsache, daß die proletarischen Familien nicht genügend Einkommen hatten, um einen ihrer Größe angemessenen Wohnraum zu mieten und deswegen Schlaf- und Kostgänger aufnahmen.[48] Aus der Betrachtung der Familienverhältnisse der Bergleute geht nicht nur der hohe Zuwandereranteil und die Beengtheit der Wohnverhältnisse hervor, sondern insbesondere auch die Abhängigkeit der Gelsenkirchener Bevölkerung vom Bergbau.

---

43 Das Bergrevier Wattenscheid lag mit 4,49% an 11. Stelle, das Bergrevier Ost-Essen mit 11,71% an der zweiten Stelle. O. TAEGLICHSBECK, 2. Teil, 1896, S. V und VII. Nach H. MÜNZ, 1909, S. 131 wohnten 1893 im Bergrevier Ge 24,3% der Bergarbeiter mit eigenem Haushalt in einer Zechenwohnung, 1900 23,3% und im Bergrevier Recklinghausen 11,7% bzw. 26,9%.

44 O. TAEGLICHSBECK, 2. Teil, 1896, S. X f. und 11 schätzte den realen Anteil der Koloniebewohner für den Oberbergamtsbezirk Dortmund auf 11,19% der Gesamtbelegschaft. Vgl. L. NIETHAMMER, F. BRÜGGEMEIER, Wie wohnten, 1976, S. 78.

45 H. HILBERT, 1952, S. 119 ff.; F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 53 f.

46 F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 276; F. J. BRÜGGEMEIER, L. NIETHAMMER, Schlafgänger, 1981, S. 165. 1901 bei C. KLESSMANN, Integration, 1978, S. 270. Vgl. H. KATTENTIDT, 1924, S. 19 f.

47 Zu Wohnhaus-Belegung R. MÜLLER, 1925, Zahlentafel 6. Vgl. J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 16 f.

48 F. J. BRÜGGEMEIER, L. Niethammer, Schlafgänger, 1981, S. 146; F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 55 f.; F. J. BRÜGGEMEIER, Volle Kost, 1979, S. 164; L. NIETHAMMER, F. BRÜGGEMEIER, Wie wohnten, 1976, S. 115 f.; C. KLESSMANN, Integration, 1978, S. 49; J. MOOSER, 1984, S. 143.

Tabelle 14: Familienverhältnisse der Bergleute im Raum Gelsenkirchen nach der Zählung vom 16. Dez. 1893[49]

Gemeinde	Berg-arbeiter	verhei-ratet	unver-heiratet	Ehe-frauen	Kinder u. 14 J.	Kinder insg.	weitere Angeh.	abh. v. Bergbau	Einw. insges.
Buer	2 760	1 499	1 226	1 449	3 580	4 322	486	9 017	11 071
Horst	1 042	592	435	586	1 440	1 826	192	3 646	3 853
Braubauers.	3 028	1 763	1 222	1 660	4 005	4 830	502	10 020	10 094
Bulmke	860	543	307	530	1 183	1 427	153	2 970	5 635
Gelsenkirchen	4 340	2 799	1 482	2 709	5 956	7 530	698	15 277	28 057
Heßler	741	476	256	474	1 173	1 551	75	2 841	2 794
Hüllen	328	186	139	179	395	493	55	1 055	1 812
Schalke	3 047	1 908	1 101	1 877	4 578	5 797	562	11 283	14 887
Ückendorf	3 263	2 053	1 166	2 022	4 896	6 434	508	12 227	13 128
Rotthausen	2 400	1 549	828	1 508	3 805	4 734	320	8 962	7 965
zus.	21 809	13 368	8 162	12 994	31 011	38 944	3 551	77 298	99 296

Sowohl die Familienstruktur als auch die große Fluktuation der Belegschaften, die Mobilität der Bevölkerung und die Wohnweise, die nur vorläufigen Charakter haben konnte und zudem vom Schlafgängerwesen gekennzeichnet war, mußten zu einer „offeneren" Wohn- und Lebensweise führen und machten ein umfangreiches Netz von Kommunikations- und Informationsstrukturen notwendig.[50] Entgegen den Befürchtungen des über die halboffenen Familienstrukturen entrüsteten Bürgertums ist nach Brüggemeier und Niethammer „diese Art des Zusammenlebens ohne allzugroße Probleme möglich gewesen" und als Reaktion auf fehlende Sozialpolitik, Wohnungsnot und extreme Ausbeutung anzusehen.[51] Angesichts dieser Lebensverhältnisse der Bergarbeiter verfehlten die neben der Schaffung von infrastrukturellen Mindestvoraussetzungen für die Anwer-

49 Wegen des zeitlichen Abstandes zwischen der Volkszählung vom 1.12.1890 und der den Bergbau betreffenden Zählung dürften die Anteilswerte der vom Bergbau abhängigen Bevölkerung etwas zu hoch liegen. Die verwitweteten oder geschiedenen Bergleute sind hier nicht in der Tabelle erfaßt, wurden aber 1893 mitgezählt. Die Zahl der weiteren Angehörigen besteht aus Vätern, Müttern, Großeltern und Geschwistern. Die Summe der vom Bergbau abhängigen Bevölkerung ergibt sich aus der Zahl der Bergleute, der Zahl der Ehefrauen, der Zahl der Kinder und der Zahl der zu ernährenden Väter, Mütter, Großeltern und Geschwister. Die Zahl der Ehefrauen ist geringer als die Zahl der verheirateten Bergleute, weil ein Teil der zugewanderten verheirateten Bergleute ihre Ehefrauen in der Heimat zurückgelassen hatte. Das gleiche gilt für die gegenüber der Realität zu geringe Zahl der Angehörigen in der Tabelle, weil die in den Heimatländern zurückgelassenen Angehörigen nicht mitgezählt wurden. O. Taeglichsbeck, 2. Teil, 1896, S. 46 f., 54 f., 60 f. und 38: Nach der Volkszählung von 1890 hatte der Landkreis Gelsenkirchen eine „bergmännische Bevölkerung", die 81,51% der Bevölkerung des Kreises ausmachte, womit Gelsenkirchen an erster Stelle im Oberbergamtsbezirk Dortmund lag und den durchschnittlichen Anteil von 26,63% der vom Bergbau abhängigen Bevölkerung im Regierungsbezirk Arnsberg weit übertraf.

50 F. J. Brüggemeier, L. Niethammer, Schlafgänger, 1981, S. 152; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 62 ff.; F. Brüggemeier, Bedürfnisse, 1977, S. 155.

51 F. J. Brüggemeier, L. Niethammer, Schlafgänger, 1981, S. 154; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 62 und S. 68 zu den „sittlichen Bedenken der Obrigkeit". Vgl. F. J. Brüggemeier, Volle Kost, 1979, S. 161 f.; L. Niethammer, F. Brüggemeier, Wie wohnten, 1976, S. 122 ff.; F. Brüggemeier, Bedürfnisse, 1977, S. 155.

bung von Arbeitskräften mit dem Bau von Kolonien verfolgten Zwecke der Montanindustriellen ihr Ziel, die Stammarbeiterschaft von der urbanen Politik abzusondern und durch die geplante Agrarromantik der Kolonien der proletarischen Klassenbildung und Solidarisierung entgegenzuwirken. Das Gegenteil wurde erreicht, indem die bauliche Anlage die Kommunikationsstrukturen der halboffenen Familien stärkte und gleichzeitig berufshomogene Wohngebiete geschaffen wurden, sich insgesamt also die Solidarisierungsmöglichkeiten verbesserten.[52] So fand der Integrationsmechanismus der Kameradschaften im Arbeitsbereich in den halboffenen Familienstrukturen sein Gegenstück im Reproduktionsbereich, wodurch eine effektive Integration der Zuwanderer geleistet wurde, die oft bei früher zugewanderten Bekannten oder Verwandten unterkamen.

Nicht nur die Wohnverhältnisse bestimmten die Lebenslage der Menschen im Ruhrgebiet, sondern besonders auch ihre materielle Situation. Die Bergleute und deren Familien in der jüngeren Emscherzone verfügten gegenüber dem oft idyllisierend beschriebenen Kötterbergmann über fast keinen materiellen Besitz und waren so dem kapitalistischen Bergbau und seinen Krisen in höchstem Maße ausgeliefert. Der materielle Besitz der Gelsenkirchener Bergleute läßt sich ablesen an der Zahl der Hauseigentümer und der Bodenbesitzer unter den Bergleuten und der Anzahl Vieh, welches den Bergleuten gehörte. Die Zahlen widerlegen auch die verbreitete Auffassung, jeder Bergmann habe ein Schwein oder eine Ziege als „Kuh des Bergmanns" gehabt, insbesondere, wenn noch eine gewisse Kumulation des Besitzes angenommen wird.

Tabelle 15: Besitz der Bergleute im Raum Gelsenkirchen nach der Zählung vom 16. Dez. 1893[53]

Gemeinde	Bergarb.	Haus	Boden	Rindvieh	Ziegen	Schweine	Schafe	Pferde
Buer	2 760	279	285	152	423	607	7	18
Horst	1 042	72	78	32	121	300	3	2
Braubauers.	3 028	207	189	55	422	654	12	1
Bulmke	860	45	24	8	156	124	–	–
Gelsenk.	4 340	250	240	62	396	622	19	9
Heßler	741	27	28	18	88	156	6	2
Hüllen	328	27	23	6	30	77	–	1
Schalke	3 047	237	179	43	169	545	5	6
Ückendorf	3 263	194	102	50	344	686	16	6
Rotthausen	2 400	172	152	44	290	486	7	8
zus.	21 809	1 540	1 300	470	2 439	4 257	75	53
in %		7,1	6,0	2,2	11,2	19,5	0,3	0,2

52 F. J. Brüggemeier, L. Niethammer, Schlafgänger, 1981, S. 171 f.; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 49 ff. Vgl. V.-M. Stefanski, 1984, S. 30 f. Zur ethnischen Homogenität: D. E. Chilla, Aspekte, 1978, S. 134. Zu den Zielen der Unternehmer auch: D. Crew, Bochum, 1980, S. 160 ff. Vgl. auch J. Mooser, 1984, S. 144.

53 O. Taeglichsbeck, 2. Teil, 1896, S. 46 f., 54 f., 60 f. Vgl. O. Taeglichsbeck, 1. Teil, 1895, S. 22, 28.

Von besonderer Bedeutung für die soziale Situation der Bergarbeiter war natürlich die Lohnhöhe. Nach Brüggemeier ist in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg insgesamt das Einkommen der Bergarbeiter schneller gestiegen als die Lebensmittelpreise, allerdings mit erheblichen Schwankungen z. B. in den Jahren 1900 bis 1905, als es zu einer Verschlechterung des Lebensstandards kam, der mit zum Streik von 1905 führte.[54] Besonders größere Bergarbeiterfamilien dürften in Abhängigkeit von Zuverdienstmöglichkeiten immer noch unter erheblicher Not gelitten haben und waren zudem durch Unfall oder Invalidität des Ernährers gefährdet. Die Zahl der Unfälle auf den Schachtanlagen, die viele Bergarbeiterfamilien in tiefste Not stürzte, verringerte sich nach dem großen Bergarbeiterstreik nicht wesentlich, Massenunglücke blieben weiterhin neben vielen „kleineren Unfällen" häufig. Die nach wie vor gefährlichen Arbeitsverhältnisse hatten nicht nur die spektakulären Unfälle zur Folge, sondern viele Bergleute wurden „verhältnismäßig früh für die Bergarbeit untauglich" und mußten dann mangels „andersgearteter lohnender Beschäftigung" die Armenkasse in Anspruch nehmen, da die Invaliden- und Kindergelder der Knappschaftskasse für die unständigen Bergarbeiter zur Versorgung größerer Familien nicht ausreichten.[55]

Den beengten Wohnverhältnissen, den Familienverhältnissen, dem relativ geringen Alter der Einwohner und den intensiven Kommunikationsstrukturen im Produktions- und Reproduktionsbereich entsprach auch die (kommunikative) Gestaltung der wenigen arbeitsfreien Zeit, die die (bürgerlichen) Gemüter damals aufregte: Der Gelsenkirchener Bürgermeister berichtete schon 1878 von der hohen Zahl der Wirtschaften und sprach von einem „Zustand, der selbstverständlich im Interesse der Moral und der Volkswirtschaft nicht länger geduldet werden darf"[56].

Tabelle 16: Wirtschaften in der Stadt Gelsenkirchen 1879–1899[57]

	1879	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Gastwirtschaften	24	20	22	22	22	22	22	23
unbeschränkte Schankw.	10	55	62	61	63	65	74	83
beschränkte Schankw.	82	2	3	3	3	3	3	3
Branntweinkleinhandl.			5	5	5	5	5	5

54 F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 167 und 284. Lohnentwicklung auf Consolidation bei O. v. Rossum, 1913, Tafel XVII. Vgl. D. Crew, Bochum, 1980, S. 60 ff.

55 O. Taeglichsbeck, 2. Teil, 1896, S. 46 f., 54 f., 60 f.; O. Taeglichsbeck, 1. Teil, 1896, S. 6, 12. Vgl. Bericht Armenwesen Bürgermeisterei Stoppenberg 1890-1899 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 6.

56 Bericht Stadt Ge 1877/78 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 14.

57 Verw.-B. Kreis Ge 1893/94 (StA Ge XXVI/9-Ge), S. 19; Bericht Stadt Ge 1895/96 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 33; Bericht Stadt Ge 1896/97 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 33; Bericht Stadt Ge 1897/98 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 47; Bericht Stadt Ge 1898/99 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 37; Bericht Stadt Ge 1899/1900 (StA Ge XXVI/15-Ge), S. 37. Vgl. Schalke, 1880, S. 40. 1886 und 1893 wurden in Preußen 4,8 Gast- und Schankwirtschaften auf je 1 000 Einwohner gezählt. J. S. Roberts, ²1982, S. 125.

Die Sorgen des Bürgermeisters waren Ausdruck der Vorstellungswelt eines Bürgers aus der herrschenden Klasse, der „rigorose Ansprüche an eine möglichst disziplinierte Arbeiterschaft" stellte und dem Freizügigkeit und Undiszipliniertheit ein Dorn im Auge waren.[58] Gerade letztere machten aber die Bedeutung der Kneipe für die Arbeiterklasse aus. In ihr als zentralem populären Geselligkeitsraum verkörperten sich Reste einer alten, weniger durch kapitalistische (aber durch andere elementare) Zwänge gekennzeichneten Volkskultur. So fungierte die Kneipe häufig als Gegenpol zur Kirche, die auf ihre Art auch zur Disziplinierung beitrug (und beitragen wollte), „als Zentrum des Spiels und des Festes und als Treffpunkt für politische Zusammenkünfte"[59]. Ein weiterer Aspekt der großen Anzahl von Kneipen dürfte deren Ventilfunktion für die Überwindung unerträglicher Lebens- und Arbeitsbedingungen gewesen sein.[60]

b) Aufschwung der Sozialdemokratie im Raum Gelsenkirchen

Am 25. Januar 1890 lehnte der Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes ab, aber trotzdem bestanden wesentliche Beschränkungen für die Aktivität der Sozialdemokratie weiter fort, wie das Verbot der Verbindung politischer Vereine und der Bildung von Zentralorganen und das Verbot für Frauen, Schüler und Lehrlinge, an politischen Versammlungen teilzunehmen. Neben der exzessiven Anwendung bestehender Gesetze versuchte der wilhelminische Obrigkeitsstaat auch weiter, die Sozialdemokratie gewaltsam zu unterdrücken, wie z. B. die gescheiterte „Zuchthausvorlage" von 1898 und die Novellierung des Reichsvereinsgesetzes von 1908 zeigten.[1] Trotzdem waren die Jahre vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Phase des Erstarkens der Sozialdemokratie, deren Stimmenanteil bei Reichstagswahlen sich von 19,7 % im Jahr 1890 stetig vergrößerte bis auf 34,8 % im Jahr 1912.[2] Für die sozialdemokratische Bewegung des Ruhrgebietes war der Bergarbeiterstreik von 1889 ein Schlüsselereignis gewesen. Das Eintreten vieler als Sozialdemokraten bekannter Bergarbeiter für die Interessen der Ruhrbergleute verstärkte deren Einfluß, so daß beispielsweise der Bueraner Amtmann schon bei der Reichstagswahl im Februar 1890 über „ein erhebliches Anwachsen

---

58 S. Pollard, Englische Arbeiterkultur, 1979, S. 156. Vgl. E. Kosok, 1988, S. 42

59 S. Pollard, Englische Arbeiterkultur, 1979, S. 156. Vgl. F. J. Brüggemeier, L. Niethammer, Schlafgänger, 1981, S. 159. Vgl. J. S. Roberts, [2]1982, S. 125 f.; W. Kaschuba, 1986, S. 39 f.; E. Kosok, 1988, S. 41 ff.

60 Darauf wies schon F. Engels, Lage, [10]1980, S. 331 f. und 353 f. hin.

1 K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 152; G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, [2]1963, S. 25 und 38; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 107; H. Niggemann, 1981, S. 18 ff.

2 H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 199; H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 104; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 114; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 526.

der staatsfeindlichen Richtung (Sozialdemokratie)"[3] berichtete. Der verhältnismäßig späte Aufschwung, den die Bergarbeiterbewegung für die Ruhr-Sozialdemokratie brachte, zeigte sich auch in der sozialstrukturellen Veränderung der Mitglieder- und Elitenstruktur der Sozialdemokratie, wo nun der Handwerkeranteil zugunsten des Bergarbeiter- und Fabrikarbeiteranteils sank.[4]

Die Sozialdemokratische Partei

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes verzichtete die Sozialdemokratie zunächst auf einheitliche organisatorische Regelungen, damit der jeweiligen regionalen Situation Rechnung getragen werden konnte. Im Ruhrgebiet wurde die sich nun Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) nennende Partei in Wahlkreisvereinen wiederaufgebaut. Ein Kreis-Vertrauensmann, der mit Ortsvertrauensleuten im Wahlkreis in Kontakt stand, stellte die Verbindung zur Parteileitung her und hatte für die Agitation, die Verbreitung der Presse und die Sammlung der Beiträge zu sorgen.[1] Bereits am 3. März 1889 war in Dortmund der „Verein für volkstümliche Wahlen", aus dem nach Ende des Sozialistengesetzes der „Sozialdemokratische Verein" hervorging, gegründet worden.[2] Anfang Januar 1890 wurde für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen ein „Verein für volkstümliche Wahlen" gegründet, der bereits am 12. Januar eine Versammlung des antisemitischen Deutsch-sozialen Wahlkomitees sprengte.[3] Bei der wegen des Rücktritts des Reichstagsabgeordneten Freiherr von Scholemer-Alst notwendigen Ersatzwahl für den Reichstagswahlkreis Bochum-Gelsenkirchen im Dezember 1890 erhielt die kaum ein Jahr alte Wahlkreisorganisation Unterstützung durch August Bebel, der am 27. Dezember vor über 5 000 Menschen in Bochum sprach und am 28. Dezember vor 5 000 Menschen, darunter etwa 2 000 Gegnern der Sozialdemokratie, in Gelsenkirchen eine zweistündige Rede hielt.[4] Auch im Reichstagswahlkreis Recklinghausen-Borken, wo es 1888 in Bocholt erste sozialdemokratische Bestrebungen gegeben hatte und die SPD bei der Reichstagswahl 1890 erstmalig antrat,

---

3 BERICHT Amt Buer 1889 (StA Ge XXVI/1-B), S. 1. Vgl. Stand der sozialdemokratischen Bewegung, Arnsberg, 27.5.1890, in: A. HERZIG, E. LINDE, 1978, Dokumentation 1.13 nach STAM OP B 2 693, Vol 2, fol 123-138.

4 Von 277 am 17.2.1891 vom Regierungspräsidenten Arnsberg aufgeführten sozialdemokratischen Agitatoren waren 46% Bergleute, 25,5% Fabrikarbeiter und 23% Handwerker. Vgl. A. HERZIG, Entwicklung, 1971, S. 168 nach STAM OP 2 693; abgedruckt in: A. HERZIG, E. LINDE, 1978, Dokument 3.1. Aus dem Raum Ge wurden 24 Personen genannt, davon 20 Bergleute, überwiegend über 30 Jahre.

1 G. A. RITTER, Arbeiterbewegung, ²1963, S. 47; K. KOSZYK, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 154. T. NIPPERDEY, Organisation, 1961, S. 316; Statut von Halle in: D. FRICKE, Arbeiterbewegung, 1976, S. 176 ff. Vgl. R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 10 f.

2 R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 10.

3 K. KOSZYK, Sozialdemokratische Presse, 1953, S. 47; STAM OP 2 681,1, Bl. 22. Vgl. STAM OP 2 692,2, Bl. 160-5 zur Existenz eines Arbeiterwahlvereins in Ge.

4 M. J. GEHRES, 1978, S. 80 und 90.

machten sich Anfänge der Sozialdemokratie bemerkbar, die allerdings bald nach 1890 wieder zerfielen.[5]

Nach dem Elberfelder Sozialistenkongreß vom November 1889 trafen rheinisch-westfälische Sozialdemokraten am 4. Januar 1891 auf dem regionalen Parteitag in Köln wieder zusammen. Dort zeichnete sich mit der Bildung eines Agitationskomitees in Elberfeld bereits eine parteiorganisatorische Trennung von Rheinland und Westfalen ab.[6] Obwohl auf dem Erfurter Parteitag im Oktober ein erneuter rheinisch-westfälischer Parteitag verabredet worden war, wurde die Trennung Ende des Jahres mit dem am 6. Dezember 1891 tagenden ersten westfälischen Provinzialparteitag in Dortmund vollzogen. Auf diesem trafen 57 Delegierte aus 45 Orten und 11 Wahlkreisen von Westfalen, Lippe und Waldeck zusammen und beschlossen die Eröffnung eines neuen Agitationsbüros in Dortmund und die Einrichtung von Sammelstellen für Agitationsmaterial in Dortmund und Gelsenkirchen.[7] Da sich jedoch die Zusammenfassung Ostwestfalens und des Ruhrgebietes als wenig praktikabel erwies, wurde die westfälische Gliederung schon bald in einen östlichen und einen westlichen Bezirk aufgeteilt. Der erste „Provinzial-Parteitag für das Westliche Westfalen" fand am 30. Juli 1893 in Hagen statt. Vertreter der Wahlkreisvereine Dortmund, Bochum, der auch den Gelsenkirchener Süden umfaßte, Essen, Moers-Rees, Borken-Recklinghausen, zu dem der Norden des Gelsenkirchener Raumes gehörte, Hamm-Soest, Lippstadt-Brilon, Arnsberg-Olpe-Meschede, Altena-Iserlohn, Hagen-Schwelm und Siegen-Wittgenstein nahmen an diesem Parteitag teil, der als Gründungsparteitag des Parteibezirks Westliches Westfalen anzusehen ist.[8] Stabilere Verhältnisse stellten

---

5 STAM OP 2 681,1, Bl. 21; StA Re Amt Re 1975 zur Zerschlagung um 1892/3 und zu 1895 nur vorhandenen 50-60 Genossen. Zu Anfängen in Bocholt: H. Buschfort, 1986, S. 26 ff. und 34.

6 A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 36; G. Högl, Grundzüge, 1986, S. 4.

7 G. Högl, Grundzüge, 1986, S. 4 f.; G. Högl, Entstehung, 1988, S. 71. Vgl. K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 154 ff.; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 36; A. Herzig, Entwicklung, 1971, S. 167: Die Trennung hatten die rheinisch-westfälischen Sozialdemokraten schon auf dem Erfurter Parteitag beschlossen, und die rheinischen Sozialdemokraten befürworteten dies auf dem Kölner Parteitag 1891. Vgl. Tölcke in: Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung Nr. 181 vom 5.8.1893, in: A. Herzig, Presseberichte, 1976, S. 219 f.; Westfälische Freie Presse Nr. 289 vom 9.12.1891, in: A. Herzig, E. Linde, 1978, Dokumentation.

8 Die Grenzen des Bezirksverbandes änderten sich noch mehrfach: Der Reichstagswahlkreis Hagen-Schwelm gehörte 1901-1914 (1918) zum Bezirk Niederrhein, wie zeitweise auch Altena-Iserlohn und Siegen-Wittgenstein, und umgekehrt gehörte Essen bis 1897 zu WW. Die Wahlkreise Münster-Coesfeld, Ahaus-Tecklenburg und Warendorf-Lüdinghausen wurden erst 1909 an WW angeschlossen. Vorübergehenden Gebietsautausch gab es auch mit dem Östlichen Westfalen, dessen erster Bezirksparteitag am 14.1.1894 stattfand. Provinzial-Parteitage für das Westliche Westfalen wurden nun jährlich, ab 1909 alle zwei Jahre, durchgeführt. Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung Nr. 181 vom 5.8.1893, in: A. Herzig, Pressebericht, 1976, S. 219; Bericht über den sozialdemokratischen Provinzial-Parteitag für das Westliche Westfalen in Bocholt am 27. und 28. Oktober 1906, in: STAM Reg. M VII 42; Bezirks-Parteitag für das westliche Westfalen am 18. und 19. Juli 1914 in Recklinghausen, S. 6, in: STAM Reg. M VII 62a. Vgl. K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 156; A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 36 f.; G. Högl, Grundzüge, 1986, S. 6 f. und 9 ff.; G. Högl, Entstehung, 1988, S. 72 f. und 75.

sich ein, als Max König 1901 Landesvertrauensmann für den Agitationsbezirk WW wurde. Der Organisationsgrad der sozialdemokratischen Wähler blieb jedoch bis zum Ersten Weltkrieg relativ gering.[9]

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wandte sich in der Sozialdemokratie eine die „Jungen" genannte Oppositionsbewegung gegen ein zu starkes parlamentarisch-reformistisches Engagement und gegen einen zu großen Einfluß der Parteiführung. Zu einer Ausbildung einer allgemeinverbindlichen Theorie oder einer eigenen revolutionären Taktik kam die lokal differenzierte Oppositionsgruppe nicht. Nach dem Parteitag in Erfurt 1891 bildeten die Hauptvertreter der Opposition den „Verein unabhängiger Sozialisten". Im Ruhrgebiet hatte sich im Bochum-Gelsenkirchener Wahlkreis eine solche Gruppe Unabhängiger Sozialisten gegründet, deren Sprecher Joseph Jeup „Die Volksstimme" herausgab. Jeup, der ursprünglich kein Gelsenkirchener war, sondern dort bis September 1890 lediglich seine Druckerei eingerichtet hatte, hatte auch an dem Hallenser und Erfurter SPD-Parteitag von 1890 und 1891 als Delegierter für die Wahlkreisorganisation Bochum-Gelsenkirchen teilgenommen und für die Opposition Stellung bezogen, so daß sich mit der Frage auch der Dortmunder Provinzialparteitag im Dezember 1891 beschäftigen mußte, der nur gegen Jeups Stimme dessen Verhalten mißbilligte und sich damit wie die Gesamtpartei auf den Boden gesetzmäßiger Entwicklung stellte, von der z. B. über die Erringung der Majorität bei Wahlen die Erkämpfung des Zukunftstsaates erwartet wurde. Unter den Gelsenkirchener Sozialdemokraten, wo Jeup scheinbar einige Gleichgesinnte fand, führten die Auseinandersetzungen 1891 und 1892 zu heftigen Streitereien, die in der Parteigeschichte aber wohl nur eine kurze Episode bildeten.[10] Ein Kennzeichen der Jeupschen Position war dessen scharfe antireligiöse Polemik. Neben inhaltlichen Fragen dürften Fragen der Konkurrenz verschiedener Presseorgane bis zu Jeups Übersiedlung ins Rheinland im Herbst 1892 auch eine Rolle in den Auseinandersetzungen gespielt haben.[11]

Inhaltlich stellte sich die Ruhrgebietssozialdemokratie – von diesen frühen Auseinandersetzungen abgesehen – hinter das marxistische, von Kautsky weitgehend bestimmte, 1891 auf dem Erfurter Parteitag beschlossene Parteiprogramm, welches im theoretischen Teil an die Marxsche Lehre anknüpfte, Lassallesches Gedankengut weitgehend tilgte und im

---

9 R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 15 und 29. Auf die Stabilisierung der Bezirksorganisationen um 1900 weist T. NIPPERDEY, Organisation, 1961, S. 340 ff. hin.

10 G. A. RITTER, Arbeiterbewegung, ²1963, S. 82 ff.; A. HERZIG, Sozialdemokratie, 1978, S. 39; Westfälische Freie Presse Nr. 289 vom 9.12.1891, in: A. HERZIG, E. LINDE, 1978, Dokumentation; A. HERZIG, Biographie, 1979, S. 372; H. IMBUSCH, 1908, S. 355; ausführlich H. SCHULZE, Jeup, 1988, S. 67 ff. Vgl. SPD-PARTEITAGSPROTOKOLL, 1891, S. 140 und 365; SPD-PARTEITAGSPROTOKOLL, 1890, S. 199 und 308. Zur Auffassung der „Jungen": H. M. BOCK, Literaten- und Studenten-Revolte, 1971, S. 24 f. und 32 ff. Vgl. K. KOSZYK, Sozialdemokratische Presse, 1953, S. 38, 40, 44 f. und 49.

11 Zur Tendenz der „Volksstimme" und einer Gerichtsverhandlung gegen Jeup wegen Gotteslästerung: K. KOSZYK, Sozialdemokratische Presse, 1953, S. 45, 56 ff., 60 ff. und 64; Regierungspräsident am 10.10.1892, Rheinisch-westfälische Zeitung vom 14.9.1892, in: STAM OP 2 693, Bl. 229-233. Vgl. H. SCHULZE, Jeup, 1988, S. 66 und 70 f.

praktischen Teil zahlreiche Reformforderungen aufstellte. Die Rezeption des Marxismus war auch eine Folge der Radikalisierung der Sozialdemokratie infolge der obrigkeitsstaatlichen Verfolgung und der Wahrnehmung der wilhelminischen Gesellschaft als Klassengesellschaft aufgrund der Abhängigkeit der Lohnarbeiter von den Unternehmern.[12] Reste von Lassalles Gedankengut fanden Ausdruck im Glauben, über die Erringung der parlamentarischen Mehrheit die Macht erobern zu können, was verstärkt wurde durch die von Kautsky verbreitete Auffassung vom naturnotwendigen Untergang des Kapitalismus. Auch wurde Lassalle immer noch geehrt, was z. B. auch in der Schmückung der Tagungsräumlichkeiten Ausdruck fand, wie bei der Wahlkreiskonferenz der Wahlkreisorganisation Recklinghausen-Borken von 1905[13]: „Der Versammlungssaal war mit Birkenreisern geschmückt. Die Bühne war mit Bildnissen von Marx und Lassalle, sowie mit Blattpflanzen und roter Tapisserie, geziert. Vor der Bühne hing ein weißes Schild mit der Aufschrift: ‚Proletarier aller Länder vereinigt Euch'."

In einem Flugblatt wandte sich die SPD des Wahlkreises Recklinghausen im Juni 1897 an die arbeitende Bevölkerung und legte ihre Auffassung über die Ursachen der Not der Masse der Arbeiter dar und zeigte damit, daß die SPD im noch stärker agrarisch geprägten Norden zunächst noch mehr an der Zielgruppe der Handwerker und Kleinbauern als an den Interessen der Bergarbeiter orientiert war[14]: „Durch die Fortschritte der Technik, der Maschinerie, ist das Elend erzeugt worden. Vermittels ihres Kapitals haben es die Reichen fertiggebracht, alle diese Fortschritte zu ihrem alleinigen Vortheil sich anzueignen. Die Maschinerie macht zahlreiche Arbeiter überflüssig und durch die Ersparnis an Arbeitslohn ist der Unternehmer im Stande, die Waren billiger herzustellen, als es der kleine Handwerker kann. Der Kleinbauer, der Handwerker kann nicht konkurrieren. Er verarmt und wird ins Proletariat hinabgestoßen. [...] Den Kleinen wird durch die Großen der Hals gebrochen, dem Großen durch den Größeren ebenfalls. Wir sehen das an den Gründungen von Kartellen, Syndikaten usw. [...] Wir sagen Euch, daß die Technik im Dienste der gesamten Menschheit stehen muß, soll sie Segen bringen und nicht wie heute Fluch und Verderben. Wer das eingesehen hat, der ist Sozialdemokrat."

Nachdem 1899 das Vereinsrecht neugefaßt worden war und inländische Vereine miteinander in Verbindung treten durften, „konzentrierte sich das Interesse der Partei immer mehr auf innere Organisationsfragen, hinter de-

---

12 G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, ²1963, S. 94 ff.; K. Tenfelde, Entstehung, 1987, S. 137 ff. G. Högl, Entstehung, 1988, S. 78; H.-J. Steinberg, Sozialdemokratie, 1974, S. 52 f.; G. Fülberth, Entwicklung, ²1977, S. 32 f. Programm, in: D. Dowe, K. Klotzbach, ²1984, S. 187 ff. Vgl. D. Dowe, Traditionen, 1984, S. 64.

13 Polizeikommissar Ge am 4.9.1905, in: STAM Reg. M VII 42. Vgl. H. Buschfort, 1986, S. 40. Ähnlich die Gestaltung des Saales des Bezirksparteitages von 1906, nach: Bericht über den sozialdemokratischen Provinzialparteitag für das Westliche Westfalen in Bocholt am 27. und 28. Oktober 1906, in: STAM Reg. M VII 42. Vgl. A. Herzig, Sozialdemokratie, 1978, S. 40; G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, ²1963, S. 97 f.

14 Flugblatt, in: STAM Reg. M 1 034.

nen sogar die ideologischen Auseinandersetzungen über den Revisionismus zurücktraten"[15]. Der Verbalradikalismus und der revolutionäre Attentismus förderten die Beschäftigung mit Organisationsfragen in einer erstarkenden Bewegung und die Konzentration auf Wahlen, die die Massenwirksamkeit der Sozialdemokratie belegten und die baldige Erfüllung der Zukunftshoffnungen suggerierten, dabei die reformistische Praxis und fehlende Handlungsperspektiven aber verschleierten. Der Parteitag von Mainz im Jahr 1900 nahm ein neues Organisationsstatut an, welches auf dem Jenaer Parteitag 1905 wiederum geändert wurde. Nachdem zunächst neben dem Vereinsprinzip das Vertrauensmännersystem noch beibehalten worden war, bildete nun der sozialdemokratische Verein die Grundlage der Organisation in den Wahlkreisen. Die Wahlkreisvereine schlossen sich zu Bezirks- und Landesverbänden zusammen. Wenn der Wahlkreis sich auf mehrere Orte erstreckte, konnten Ortsvereine gebildet werden.[16] Diesem Statut entsprechend beschloß die Wittener Kreiskonferenz von 1905 auch für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen die Bildung eines Wahlkreisvereins mit Distrikten und Filialen in den einzelnen Gemeinden und Städten zum 1.1.1906 und die Einstellung eines besoldeten Parteisekretärs. Aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern Bochums und Gelsenkirchens um die Betreuung durch die Parteipresse war nach der Umorganisation in Gelsenkirchen zunächst ein Mitgliederrückgang auf 206 Mitglieder zu verzeichnen. In Horst, wo erst am 31. Dezember 1904 ein „Sozialdemokratischer Verein Horst-Emscher und Umgebung" mit 17 Mitgliedern gegründet worden war, verfügte die SPD nach der Umorganisation über 24 Mitglieder.[17] Ab 1906 erlebte die SPD im Distrikt Gelsenkirchen jedoch einen erheblichen Mitgliederaufschwung, der den Distrikt auch das Durchbrennen des Distriktleiters mit der Kasse überstehen ließ.[18] 1906 war der „Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Bochum-(Herne)-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten" mit Sitz in Bochum in 14 Distrikte und 51 Filialen unterteilt.[19]

Am 3. September 1905 konnte die Wahlkreisorganisation für Recklinghausen-Borken erstmals innerhalb des Kreises, in Bocholt, eine Delegiertenkonferenz abhalten. Die Delegierten mußten sich vom Landesvertrau-

---

15 K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 164. Vgl. D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 191; T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 325; D. Groh, Negative Integration, 1973, S. 59.

16 K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 164; F. Osterroth, D. Schuster, Chronik, Bd. 1, ²1975, S. 103 und S. 119. Vgl. T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 319 ff.; R. Lützenkirchen, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 20 f.; G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, ²1963, S. 48 f.; G. Högl, Entstehung, 1988, S. 75. Mainzer Statut, in: D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 194 ff., 208 ff. das Organisationsstatut von 1905 und S. 214 ff. das von 1909.

17 Bezirkspolizeikommissar Ge am 11.9.1905, in: STAM Reg. A I 97; Bezirkspolizeikommissar Ge am 31.8.1905, in: STAM Reg. A I 98; Bericht über den sozialdemokratischen Provinzialparteitag für das westliche Westfalen in Bocholt am 27. und 28. Oktober 1906, in: STAM Reg. M VII 42. Vgl. P. Sommerlad, 1948, S. 21. Zu Horst Landrat Recklinghausen am 1.4.1905, in: STAM OP 5 811.

18 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99.

19 G. Högl, Grundzüge, 1986, S. 8 f. und 11.

ensmann König scharfe Kritik an ihrer unzureichenden Organisationsarbeit, die sie mit hoher Fluktuation begründeten, anhören.[20] Auch die Wahlkreiskonferenz für Recklinghausen-Borken beschloß zum 1. Januar 1906 die Bildung eines Wahlkreisvereins nach dem Jenaer Statut und hoffte damit auf eine effektive Reorganisation.[21] Mitte 1906 bestanden Filialen des Wahlkreisvereins in Buer, Erle, Beckhausen, Horst und wahrscheinlich auch in Hassel. Allerdings bezeichnete der Bezirksvertrauensmann für Buer die Verhältnisse dort als „heruntergekommen" und beschrieb die Situation folgendermaßen[22]: „Es herrscht Furcht, die Partei zu unterstützen, da sonst die Bürger [. . .] einen links liegen lassen." Auch der Agitationsbezirk gab sich 1905 ein neues Statut auf der Grundlage von Kreisvereinen mit Filialen und Ortsvereinen.[23] Ein Jahr später konnte der Erfolg dieser strafferen Organisation, die auch das eindeutige Bekenntnis der Mitglieder zur Partei verlangte, festgestellt werden[24]: „Durch die nun geschaffenen Organisationen ist endlich der Anfang gemacht zu einer strafferen Organisation, die jeden klassenbewußten Arbeiter moralisch zwingt, sich seiner Kreisorganisation anzuschließen. Nur wenige haben erklärt, wegen der polizeilichen Anmeldung nicht Mitglied des Kreisvereins werden zu können."

Bis zum Ersten Weltkrieg hatte die Sozialdemokratie im Raum Gelsenkirchen mit dem Problem zu kämpfen, daß ihr Polizei und Zentrum Hand in Hand die Versammlungslokale abspenstig machten oder Schanksperren für Wirte, die der Sozialdemokratie ihr Lokal zur Verfügung stellten, verhängten.[25] Noch 1912 versammelten sich die Bueraner Sozialdemokraten wegen Lokalmangels unter freiem Himmel.[26] Der Lokalmangel hatte gra-

---

20 Polizeikommissar Ge am 4.9.1905, in: STAM Reg. M VII 42. Vgl. StA Re Amt Re 1 975; H. Buschfort, 1986, S. 36 ff.

21 Polizeikommissar Ge vom 4.9.1905, in: STAM Reg. M VII 42. Vgl. Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 11. November 1905 in Witten, in: STAM Reg. M VII 42, S. 4; Bericht über die am 26. Juli 1906 stattgefundene Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Recklinghausen-Borken in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 62k. Vgl. StA Re Amt Re 1 975. Vgl. H. Buschfort, 1986, S. 40 f.

22 Bericht über die am 26. Juli 1906 stattgefundene Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Recklinghausen-Borken in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 62k. Zu nachlässiger Arbeit in Buer auch: StA Re Amt Re 1 975. Zu Hassel, das von der Bueraner Filiale 1905 abgetrennt wurde: SPD-Ortsverein Hassel-Nord, 1980, S. 31

23 Entwurf des Statuts in: Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 11. November 1905 in Witten, in: STAM Reg. M VII 42, S. 12 ff.

24 Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 27. Oktober 1906 in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 42, S. 5. Vgl. StA Re Amt Re 1 975. Vgl. D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 217.

25 Zum Provinzial-Parteitag 1902 in Hamm am 25. und 26. Oktober, Ein Beitrag zum Vereins- und Versammlungsrecht im Ruhrgebiet, in: StA Bo LA 1 305 Bl. 190 ff.; Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 11. November 1905 in Witten, in: STAM Reg. M VII 42, S. 2 und 21; Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 27. Oktober 1906 in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 42, S. 6; Bericht über die am 26. Juli 1906 stattgefundene Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Recklinghausen-Borken in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 62k; Polizeipräsident Bochum am 2.7.1914 über die Generalversammlung der SPD-Wahlkreisorganisation am 21.6.1914, in: StA Bo LA 1 307. Vgl. P. Sommerlad, 1948, S. 23.

26 Polizeiverwaltung Buer am 16.9.1912, in: STAM Reg. M VII 44,4.

vierende Konsequenzen für die Sozialdemokratie, weil in den Wirtshäusern wichtige soziale Beziehungen zusammenliefen, die zu Vermittlungswegen für politische Ideen werden konnten und neben dem Betrieb ein repressionsfreieres Feld der Kommunikation und Organisierung bieten konnten.[27]

Ab 1902 begaben sich immer wieder führende Sozialdemokratinnen (z. B. Louise Zietz) zu Agitationstouren ins Ruhrgebiet, um unter den Frauen für die SPD zu werben.[28] Nachdem schon einzelne Frauen (z. B. Lore Agnes aus Bochum) seit dem Fall des Sozialistengesetzes in der SPD mitgearbeitet hatten und aufgrund der Vereinsgesetzgebung immer wieder aus Versammlungen entfernt worden waren, wurden erste schwache Anfänge einer sozialdemokratischen Frauenbewegung und die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen in der Wahlkreisorganisation Bochum-Gelsenkirchen wahrscheinlich erst im Anschluß daran um 1904/5 beobachtet, und 1906 wurden 100 Exemplare der schon seit 1891 bestehenden SPD-Frauenzeitung „Gleichheit" gelesen.[29] An einer Frauenversammlung in Gelsenkirchen mit der Essener Rednerin Agnes Blum am 14. April 1907 beteiligten sich 70 Frauen und 130 Männer.[30] Nach dem aufgrund des Reichsvereinsgesetzes von 1908 auf dem Leipziger Parteitag 1909 verabschiedeten Organisationstatut konnten sich auch Frauen ungehindert an der Arbeit der SPD beteiligen und Organisationsgliederungen, denen Frauen angehörten, mußten diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Durch die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen in die Parteigremien und die Beschäftigung mit Fragen der steigenden Lebensmittelpreise, des Schutzes der Frauenarbeit und des Mutterschutzes gelang es dennoch nur langsam, mehr Frauen an die SPD zu binden.[31] 1908 wurde der „Sozialdemokratische Frauenverein für Gelsenkirchen und Umgebung" gegründet.[32] Insgesamt war die sozialdemokratische Frauenbewegung im Westlichen Westfalen sehr schwach, weil, wie erkannt wurde, eine Basis industrieller Frauenarbeit fehlte.[33] Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg, als

---

27 Vgl. J. S. ROBERTS, ²1982, S. 128 f.; W. KASCHUBA, 1986, S. 40.

28 R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 114; H. NIGGEMANN, 1981, S. 102 ff.; G. HÖGL, Entstehung, 1988, S. 76 auch zu frühen erfolglosen Bemühungen 1894/5.

29 Zum Provinzial-Parteitag 1902 in Hamm am 25. und 26. Oktober. Ein Beitrag zum Vereins- und Versammlungsrecht im Ruhrgebiet, in: StA Bo LA 1 305 Bl. 190 ff.; Bericht über den sozialdemokratischen Provinzialparteitag für das westliche Westfalen in Bocholt am 27. und 28. Oktober 1906, in STAM Reg. M VII 42. Die Abonnentenzahl der Gleichheit sank bald wieder, weil sie nicht verstanden wurde. Vgl. Bezirkspolizeikommissar Ge am 11.9.1905, in: STAM Reg. A I 97; Bezirkspolizeikommissar Ge am 31.8.1905; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 1919.1906, in: STAM Reg. A I 98. Vgl. H. NIGGEMANN, 1981, S. 59 f. und 67, 72 zur Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen 1904 und 1907 u. a. in Bochum. Vgl. P. SOMMERLAD, 1948, S. 19.

30 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99.

31 H. NIGGEMANN, 1981, S. 70 ff.; K. KOSZYK, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 164; F. OSTERROTH, D. SCHUSTER, Chronik, Bd. 1, ²1975, S. 136; vgl. R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 27 und 118; G. HÖGL, Entstehung, 1988, S. 76.

32 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 22.8.1908, in: STAM Reg. A I 100.

33 Bericht über den sozialdemokratischen Provinzialparteitag für das westliche Westfalen in Bocholt am 27. und 28. Oktober 1906, in: STAM Reg. M VII 42. Zur frühen Schwäche der

auch in allen Parteigremien mindestens eine Frauenvertreterin saß und z. B. auch ab 1911 die „Frauenzeitung für das westliche Westfalen" herausgegeben wurde, hatte die Agitation unter den Frauen, insbesondere den Ehefrauen politisch und gewerkschaftlich engagierter Männer, einigen Erfolg.[34]

Wichtigstes Agitationsmittel der Partei vor 1914 war die Presse, die sich zumeist im Besitz der regionalen Parteiorganisationen befand und erheblich aus der zentralen Parteikasse bezuschußt wurde. Von den 1912 existierenden 86 SPD-Tageszeitungen waren die für den Raum Gelsenkirchen in Betracht kommenden Zeitungen das in Bochum erscheinende „Volksblatt" mit einer Auflage von ca. 22 000 und die in Dortmund erscheinende „Arbeiter-Zeitung" mit einer Auflage von ca. 24 500, die aus der „Freien Presse" (ab 1890) und der ab 1. Oktober 1892 daraus entstandenen „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung" hervorgegangen war; in Essen erschien eine weitere „Arbeiter-Zeitung" genannte SPD-Tageszeitung.[35] Neben den Zeitungen förderte das 1901 unter Leitung von Max König (bis 1906) in Dortmund gegründete Arbeitersekretariat für Westfalen den Zusammenhalt der westfälischen SPD. Von 1906 bis 1919 war Max König (1919 bis 1933 Regierungspräsident in Arnsberg und der „Rote König in Westfalen" genannt) Bezirkssekretär der SPD im Westlichen Westfalen.[36] Das Bezirksstatut von 1909 verpflichtete die Filialen zur Einrichtung eines Straßenmännersystems zur Hauskassierung, Flugblattverteilung usw. und machte damit die Organisation erheblich effizienter.[37] Die Anzahl der Versammlungen nahm zu und die Mitgliederzahl stieg, auch wegen des Anstiegs bei den weiblichen Parteimitgliedern.[38]

Die zunehmende Stärke der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet zeigten ihre Wahlergebnisse. Nachdem der 76-jährige Tölcke kurz vor seinem Tod bei der Reichstagswahl 1893 im Wahlkreis Dortmund-Hörde in der Stichwahl dem liberalen Kandidaten mit nur 65 Stimmen unterlegen gewesen war, wurde 1895 Dr. Franz Lütgenau im selben Wahlkreis der erste SPD-Reichstagsabgeordnete aus dem Ruhrgebiet. Vor allem zwischen 1898 und 1903 wurde die Sozialdemokratie stärker. Im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen wurde 1903 Otto Hue, Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung",

---

Frauenbewegung im Ruhrgebiet: H. NIGGEMANN, 1981, S. 62 f. und 213 ff. zur Struktur der SPD-Frauen.

34 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des sozialdemokratischen Provinzialparteitages für das westliche Westfalen am 28. und 29. Oktober 1911 in Bochum, Bezirks-Parteitag für das westliche Westfalen am 18. und 19. Juli 1914 in Recklinghausen, S. 19, in: STAM Reg. M VII 62a. Vgl. H. NIGGEMANN, 1981, S. 76 und 107 f. zu Auseinandersetzungen um die Frauenzeitung und 219 zur Bedeutung der Ehefrauen von Sozialdemokraten, die führend in der Frauenbewegung der Wahlkreise Bochum-Ge und Recklinghausen-Borken waren. Vgl. G. HÖGL, Entstehung, 1988, S. 77.

35 G. HÖGL, K. LAUSCHKE, 1986, S. 19; K. KOSZYK, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 171; P. SOMMERLAD, 1948, S. 28 ff. Auf die zur Wählerschaft relativ geringe sozialdemokratische Zeitungsdichte verweist D. BRONDER, 1952, S. 41.

36 R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 33; G. HÖGL, K. LAUSCHKE, 1986, S. 17 f. Vgl. E. KOLB, Zentralrat, 1968, S. XLII.

37 R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 25 f. und 32 f.

38 K. KOSZYK, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 167.

gewählt. Bei der Reichstagswahl 1907 konnte der Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen durch Otto Hue gehalten und weitere Ruhrgebietswahlkreise gewonnen werden. Der Erfolg bei der Reichstagswahl von 1912 wurde durch den Sieg der bürgerlichen Parteien in den Bergarbeiterwahlkreisen Bochum-Hattingen-Gelsenkirchen, Duisburg-Mülheim-Oberhausen und Essen getrübt.[39]

Tabelle 17: Wahlen zum Reichstag im Raum Gelsenkirchen 1887–1912[40]

		Wahlber.	gültig	SPD	National-lib.	Zentrum	Polen	Sonstige
a) Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen								
1887	abs.	63 607	53 533	1 160	31 761	20 580	–	32
	in %		84,2	2,2	59,3	38,4	–	0,0
1890	abs.	73 358	56 139	8 388	18 639	21 889	–	7 223
	in %		76,5	14,9	33,3	40,0	–	12,9
Stichwahl	abs.	73 358	58 693	–	28 824	29 869	–	–
	in %		80,0	–	49,1	50,9	–	–
1890 Nachwahl	abs.	73 358	48 413	9 770	18 939	18 131	–	1 573
	in %		66,0	20,2	39,1	37,5	–	3,2
Stichwahl	abs.	73 358	52 945	–	27 304	25 641	–	–
	in %		72,2	–	51,6	48,4	–	–
1893	abs.	85 815	66 149	19 585	25 447	20 351	–	766
	in %		77,1	29,6	38,5	30,8	–	1,2
Stichwahl	abs.	85 815	67 011	–	32 567	34 444	–	–
	in %		78,1	–	48,6	51,4	–	–
1898	abs.	108 441	84 074	22 379	31 623	30 029	–	43
	in %		77,5	26,6	37,6	35,7	–	0,0
Stichwahl	abs.	108 441	86 436	–	46 836	39 600	–	–
	in %		79,7	–	54,2	45,8	–	–

39 R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 12 und 16 f.; G. HÖGL, K. LAUSCHKE, 1986, S. 19; A. HERZIG, Sozialdemokratie, 1978, S. 37 und 40; G. HÖGL, Grundzüge, 1986, S. 7; G. HÖGL, Entstehung, 1988, S. 73; K. KOSZYK, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 162 und 169. Zu Ge: BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 61; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 143.

40 Dezember 1890 Ersatzwahl in Bo-Ge wegen des Rücktritts des Abgeordneten (Freiherr von Schorlemer-Alst) aus gesundheitlichen Gründen. Zusammengestellt nach: VIERTELJAHRESHEFTE zur Statistik des Deutschen Reiches; SPD-PARTEITAGSPROTOKOLL 1903, S. 29; G. POMYKAJ, 1978, S. 56. Polizeikommissar Ge am 4.9.1905, in: STAM Reg. M VII 42; Regierungspräsident, Betrifft: Die sozialdemokratische und anarchistische Bewegung, 29.11.1907, in: STAM Reg. M 43,3; Landrat Recklinghausen am 21.9.1912; Bezirks-Parteitag für das westliche Westfalen am 18. und 19. Juli 1914 in Recklinghausen, S. 45, in: STAM Reg. M VII 62a; J. RIDDER, 1911; H. LANGENFELD, 1976, S. 224; SPD UB RECKLINGHAUSEN, 1963, S. 14; H. BUSCHFORT, 1986, S. 43; M. J. GEHRES, 1978, Anhang (geringe Abweichungen); P. SOMMERLAD, 1948, S. 40 ff. und 45 f.; StA Re 1975; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 143; BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 61; BERICHT Stadt Ge 1889 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 31. 1898 nach StA Ge Unterlagen zur Reichstagswahl, ansonsten dort nicht unerheblich abweichende Ergebnisse, nach Zeitungsberichten. Die Wahlergebnisse von Buer und Horst wurden freundlicherweise von Prof. Dr. K. Rohe, Essen, zur Verfügung gestellt. Für Horst 1912 J. BÜSCHER, 700 Jahre, S. 67 abweichend: abgegebene 3 404, NL 34, Polen 435. Vgl. D. FRICKE, Arbeiterbewegung, 1976, S. 509 und 532 f. K. KOSZYK, Sozialdemokratische Presse, 1963, S. 14 nennt z. T. andere Zahlen. Geringe Abweichungen in: STAM OP 2 681,2, Bl. 6, 240, 338; STAM OP 2 681,1 Bl. 313.

Tabelle 17: Wahlen zum Reichstag (Forts.)

		Wahlber.	gültig	SPD	National-lib.	Zentrum	Polen	Sonstige
1903	abs.	132 177	110 225	39 135	33 423	31 408	6 208	51
	in %		83,4	35,5	30,3	28,5	5,6	0,0
Stichwahl	abs.	132 177	99 363	50 063	49 300	–	–	–
	in %		75,2	50,4	49,6	–	–	–
1907	abs.	143 835	125 440	42 430	40 390	33 905	8 683	32
	in %		87,2	33,8	32,2	27,0	6,9	0,0
Stichwahl	abs.	143 835	117 556	59 736	57 815	–	–	–
	in %		81,7	50,8	49,2	–	–	–
1912	abs.	162 955	144 886	53 333	43 257	37 650	10 630	16
	in %		88,9	36,8	29,9	26,0	7,3	0,0
Stichwahl	abs.	162 955	143 666	64 833	78 833	–	–	–
	in %		88,2	45,1	54,9	–	–	–
b) Wahlkreis Recklinghausen-Borken								
1887	abs.	27 051	18 918	–	17 133	–	–	1 785
	in %		69,9	–	90,6	–	–	9,4
1890	abs.	30 190	17 097	1 207	84	14 835	–	971
	in %		56,6	7,0	0,5	86,3	–	5,7
1893	abs.	33 747	22 411	1 660	–	11 335	–	9 416
	in %		66,4	7,4	–	50,6	–	42,0
1898	abs.	43 864	21 638	2 026	175	19 038	–	399
	in %		49,3	9,4	0,8	88,0	–	1,8
1903	abs.	57 621	44 006	8 857	4 134	27 388	3 511	116
	in %		76,4	20,1	9,4	62,2	8,0	0,2
1907	abs.	69 620	58 854	11 415	6 558	35 295	5 507	79
	in %		84,5	19,4	11,1	60,0	9,4	0,1
1912	abs.	92 533	69 519	21 245	–	40 488	7 748	38
	in %		75,1	30,6	–	58,2	11,1	0,1
c) Stadt Gelsenkirchen								
1890	abs.		4 729	1 099	1 070	2 357		203
	in %			23,2	22,6	49,8		4,3
1893	abs.		5 211	1 525	1 275	2 233		178
	in %			29,3	24,5	42,9		3,4
1898	abs.		18 254	5 021	5 991	7 242		–
	in %			27,6	32,8	39,7		–
1903	abs.	27 524	23 853	8 337	6 205	8 270		1 032
	in %		86,7	35,0	26,0	34,7		4,3
Stichwahl	abs.	27 524	20 402	11 010	9 392	–		–
	in %		74,1	54,0	46,0	–		–
1907	abs.		26 408	7 715	8 465	8 821		1 407
	in %			29,2	32,1	33,4		5,3
Stichwahl	abs.		24 138	11 761	12 377	–		–
	in %			48,7	51,3	–		–
1912	abs.	35 174	31 685	10 708	9 293	9 831		1 892
	in %		90,1	33,8	29,2	31,0		6,0
Stichwahl	abs.	35 174	31 322	13 079	18 243	–		–
	in %		89,0	41,7	58,3	–		–

		Wahlber.	gültig	SPD	National-lib.	Zentrum	Polen	Sonstige
d) Amt/Stadt Buer								
1890	abs.		1 190	176	15	999		–
	in %			14,8	1,3	83,9		–
1893	abs.			26	–	807		
	in %							
1898	abs.	4 976	2 010	316	263	1 377		54
	in %		40,4	15,7	13,1	68,5		2,7
1903	abs.	6 454	4 842	1 451	885	2 342		164
	in %		75,0	30,0	18,3	48,4		3,4
1907	abs.	8 419	6 430	2 044	1 160	2 976		250
	in %		76,4	31,8	18,0	46,3		3,9
1912	abs.	13 397	10 585	4 732	–	4 005		1 848
	in %		79,0	44,7	–	37,8		17,5
e) Gemeinde Horst[41]								
1890	abs.	710	404	11	–	343		50
	in %		56,9	2,7	–	84,9		12,4
1893	abs.			47	–	647		
	in %							
1898	abs.	1 730	943	95	177	666		5
	in %		54,5	10,1	18,8	70,6		0,5
1903	abs.	2 447	1 936	753	189	758		236
	in %		79,1	38,9	9,8	39,2		12,2
1907	abs.	3 124	2 616	922	365	1 001		328
	in %		83,7	35,2	14,0	38,3		12,5
1912	abs.	4 056	3 468	1 534	–	1 248		686
	in %		85,5	44,2	–	36,0		19,8

In Rheinland-Westfalen entschloß sich die Sozialdemokratie früh für die Teilnahme an Kommunalwahlen. Nur in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf konnte die SPD dabei vor dem Ersten Weltkrieg Erfolge für sich verbuchen. So gab es 1912 insgesamt 221 sozialdemokratische Gemeindevertreter im Regierungsbezirk Arnsberg und 208 im Regierungsbezirk Düsseldorf.[41] Vor dem Ersten Weltkrieg brachte die Beteiligung der Ruhrgebiets-SPD an preußischen Landtagswahlen dieser nur Mißerfolge. Aufgrund des Dreiklassenwahlrechtes gelang es der Sozi-

41 SPD-Gemeindevertreter im Bezirk WW

Jahr	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Bezirk	113	131	141	134	135	143
Bo-Ge	23	29	30	30	30	27
Re-Bor	–	–	2	2	2	2

Bezirks-Parteitag für das westliche Westfalen am 18. und 19. Juli 1914 in Recklinghausen, S. 23, in: STAM Reg. M VII 62a; K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 170. Vgl. H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 106.

aldemokratie erst 1908, sieben Vertreter in das Parlament zu schicken.[42] Im Raum Gelsenkirchen konnte vor dem Ersten Weltkrieg kein Sozialdemokrat einen Sitz im Kommunalparlament erlangen.[43]

Wesentlicher Indikator der Bedeutung der Sozialdemokratie war neben den Wahlergebnissen die Mitgliederzahl, die erst kurz vor dem Weltkrieg stark anstieg. Unter den Mitgliedern wurde wohl aufgrund des häufigen Arbeitsplatzwechsels die große, im Vergleich zur Gesamtpartei überdurchschnittliche Fluktuation beklagt.[44] Nach der Niederlage im Bergarbeiterstreik von 1912 sank die Mitgliederzahl der SPD im Wahlkreisverein Bochum vorübergehend ab, und mit nur 11,03 Mitgliedern pro 100 SPD-Wähler im Vergleich zu 15,3 im Bezirk und 22,8 im Reich war der Organisationsgrad der Anhänger der Partei schlecht.[45]

---

42 P. Hirsch, 1929, S. 20 und 28 und 45. Vgl. K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 170.

43 Ausführlich zu den Wahlgängen, bei denen die SPD z. T. in die Stichwahl gelangte: Verw.-B. Stadt Buer 1913 (StA Ge XXVI/1-B), S. 25; Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 11; Polizeiverwaltung Buer am 20.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4; Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M VII 43,3; Landrat Recklinghausen am 26.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4; Bezirkspolizeikommissar Ge am 11.9.1905, in: STAM Reg. A I 97; Bericht Bürgermeisterei Stoppenberg 1901-03 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 61.

44 G. Högl, Grundzüge, 1986, S. 11; Bericht über die Verhandlungen des sozialdemokratischen Provinzialparteitages für das westliche Westfalen am 28. und 29. Oktober 1911 in Bochum, in: STAM Reg. M VII 62a; K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 168. Für das Geschäftsjahr von 1913 auf 1914 wurde z. B. von einem Abgang von 18 000 und einem Zugang von 23 000 Mitgliedern berichtet bei einer Mitgliederzahl von etwa 25 000. Bericht über den sozialdemokratischen Bezirksparteitag für das westliche Westfalen am 18. und 19. Juli 1914 in Recklinghausen, in: STAM Reg. M VII 62a. Nach D. Bronder, 1952, S. 37 war die Fluktuation in der Partei insgesamt eher gering.

45 J. Gorgol, N. Kozicki, 1979, S. 19. 23,1 im Reich und 15,4 in WW nach SPD-Parteitagsprotokoll 1913 bei: R. Lützenkirchen, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 134.

46 H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 199; H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 104; H. Niggemann, 1981, S. 78 f.; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 245, 250 und 326; D. Bronder, 1952, S. 28 und 70; T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 319; J. Gorgol, N. Kozicki, 1979, S. 5; G. Högl, Grundzüge, 1986, S. 8 f. und 11; G. Högl, Entstehung, 1988, S. 76; SPD-Parteitagsprotokoll 1917, S. 10; SPD-Parteitagsprotokoll 1913, S. 13; SPD-Parteitagsprotokoll 1912, S. 12; SPD-Parteitagsprotokoll 1911, S. 18; SPD-Parteitagsprotokoll 1910, S. 19; SPD-Parteitagsprotokoll 1909, S. 19; SPD-Parteitagsprotokoll 1908, S. 21; SPD-Parteitagsprotokoll 1907, S. 19; Bezirkspolizeikommissar Ge am 11.9.1905, in: STAM Reg. A I 97; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 19.9.1906, in: STAM Reg. A I 98; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99; Stadt Bochum am 15.9.1908, in: STAM Reg. A I 100; Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 11. November 1905 in Witten, in: STAM Reg. M VII 42, S. 8; Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 27. Oktober 1906 in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 42, S. 5; Regierungspräsident, Betrifft: Die sozialdemokratische und anarchistische Bewegung, vom 29.11.1907, in: STAM Reg. M 43,3; Provinzial-Parteitag für das Westliche Westfalen am 28. Oktober 1911 in Bochum, S. 37 f, in: STAM OP 5 811; Regierungspräsident Münster, Betrifft: Die sozialdemokratische, anarchistische und Polenbewegung, 7.11.1911, in: STAM Reg. M 43,3; auch in: STAM OP 5 856, Landrat Recklinghausen am 21.9.1912; Landrat Recklinghausen am 26.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4; Bericht über den sozialdemokratischen Bezirksparteitag für das westliche Westfalen am 18. und 19. Juli 1914 in Recklinghausen, in: STAM Reg. M VII 62a; Bezirks-Parteitag für das westliche Westfalen am 18. und 19. Juli 1914 in Recklinghausen, S. 30 ff., in: STAM Reg. M VII 62a; Bericht von der 9. Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Recklinghausen-Borken, in: „Volksblatt" vom 7.7.1914, in: STAM

Tabelle 18: Mitgliederentwicklung der SPD im Raum Gelsenkirchen und im Reich 1905–1914[46]

	Bo-Ge		Ge	Re-Bor		WW		Reich	
	zus.	weibl.	zus.	zus.	weibl.	zus.	weibl.	zus.	weibl.
9/05			206						
11/05	1 569			371		6 885			
1. 1. 06	1 500							384 327	6 460
1. 7. 06	2 552		274	560		8 030			
11/06	3 115								
1. 4. 07						13 412		530 466	10 943
1. 7. 07	4 510		571	1 250					
1. 4. 08				1 324	353	17 678		587 336	29 458
1. 7. 08	4 899		536						
1. 4. 09	5 790			1 740	590	18 207	3 878	633 309	62 259
1. 4. 10	6 763	1 611		1 900	603	20 036	4 257	720 038	82 642
1. 4. 11	6 325	1 434		2 267	719	21 247	4 460	836 562	107 693
1. 4. 12	6 368	1 408		2 706	857	21 750	4 586	970 112	130 371
1. 4. 13	5 820	1 263		3 225	942	21 802	4 590	982 850	141 115
1. 4. 14	6 598	1 486		4 439	1 490	25 079	5 761	1 085 905	174 754

Ein politischer Schwerpunkt der SPD war vor dem Ersten Weltkrieg der Kampf um die Wahlrechtsfrage. Zahlreiche Wahlrechtsdemonstrationen gegen die Ausgrenzung der Arbeiter durch das preußische Dreiklassenwahlrecht, die in Deutschland wesentlich zur Durchsetzung und Habitualisierung der Protestform der „friedlichen Straßendemonstration" als Ausdruckshandlung zwischen verbaler Artikulation und physischem Körpereinsatz beitrugen[47], wurden auch im Raum Gelsenkirchen durchgeführt: Am 21. und 28. Januar 1906 wurden im gesamten Agitationsbezirk Westliches Westfalen insgesamt 62 Wahlrechtsversammlungen mit 32 000 Teilnehmern veranstaltet, die mit Sympathie-Erklärungen für die „russischen Freiheitskämpfer" verbunden wurden. Bei dieser Kampagne fanden im Bochum-Gelsenkirchener Wahlkreis 21 Versammlungen mit 9 400 Anwesenden und eine in Recklinghausen-Borken mit 500 Teilnehmern statt.[48] Im Wahlkreisverein Recklinghausen-Borken wurden die Verteiler der Wahlrechtsflugblätter von der Polizei gejagt und die Flugblätter in großer Menge beschlagnahmt.[49] Am 13. Februar 1910 wurde für den Wahlkreis Recklinghausen-Borken in Recklinghausen eine Wahlrechtsdemonstration

Reg. M VII 62k; Polizeipräsident Bochum am 2.7.1914 über die Generalversammlung der SPD-Wahlkreisorganisation am 21.6.1914, in: StA Bo LA 1 307.

47 B. J. Warneken, Massentritt, 1986, S. 64 ff.

48 Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 27. Oktober 1906 in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 42, S. 6 f. Einladungsflugblätter, Flugblatt „An das preußische Volk! Männer und Frauen!", in: STAM Kreis Bo LA 178.

49 Berichte in: StA Re Amt Re 1975.

mit etwa 600 Teilnehmern durchgeführt und am 6. März 1910 dezentral mehrere im Wahlkreis.[50]

Zu Auseinandersetzungen in der SPD kam es vor dem Ersten Weltkrieg insbesondere in den Debatten um den Revisionismus, den Massenstreik und die Budgetbewilligung der badischen SPD-Landtagsfraktion. Die seit der Zeit der Jahrhundertwende geführte Theoriediskussion, die als „Revisionismusstreit" in die Geschichte einging, wurde u. a. ausgelöst von Eduard Bernstein, der feststellte, daß die SPD eine demokratisch-sozialistische Reformpartei geworden sei, deren praktischer Politik die revolutionäre Programmatik nicht entspreche. Zudem stellte er die revolutionäre Programmatik angesichts der realen Entwicklung in Frage und begriff den Kampf um den sozialistischen Zukunftsstaat als einen langwierigen Umformungsprozeß. In der Konsequenz verlangte er die Anpassung der Programmatik an die an Evolution und Reform orientierte parteipolitische Praxis.[51] In der unter verschiedenen Gesichtspunkten bis zum Ersten Weltkrieg geführten Debatte bildeten sich unter Vernachlässigung vorhandener Nuancen drei Strömungen heraus: Die Linke forderte eine dem revolutionären Programm angemessene Praxis, der reformistische Flügel verlangte unter den bestehenden Bedingungen konsequente Reformpolitik u. U. im Bündnis mit bürgerlich-liberalen Kräften, die zumeist Parteizentrum genannte Strömung unter dem theoretischen Einfluß Karl Kautskys behielt die revolutionäre Programmatik bei und erwartete den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus, wirkte praktisch jedoch reformistisch.[52] In der Frage des Massenstreiks waren die führenden Gewerkschafter und Reichstagsabgeordneten Hue aus Bochum-Gelsenkirchen und Bömelburg aus Dortmund scharfe Gegner der Parteilinken und folgten dem reformistisch-revisionistischen Gewerkschaftskurs. Otto Hue, der führende Bergbaugewerkschafter und Reichstagsabgeordnete für Bochum-Gelsenkirchen, gehörte auf dem Dresdener SPD-Parteitag 1903 sogar zu den nur 11 Gegnern der Verurteilung des Revisionismus.[53] Auch bekannte sich Landesvertrauensmann Max König zum Revisionismus.[54] Die hauptamtlichen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aus denen sich oft die führenden Funktionäre der Ruhr-SPD rekrutierten, waren gegenüber der linken Strömung sehr einflußreich und zumeist Anhänger des revisionistischen Kurses, worin sich auch die Stimmung der Mehrheit der Parteimit-

---

50 Vgl. Aufrufe in: STAM Reg. M VII 41.

51 E. Bernstein, Voraussetzungen, [8]1984. Vgl. G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, [2]1963, S. 200; G. A. Ritter, Bernsteins Revisionismus, 1973, S. 345 ff.; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 117 ff.; W. Köllmann, Politische und soziale Entwicklung, 1973, S. 324; G. Fülberth, Entwicklung, [2]1977, S. 35 f. Vgl. Dualismus von Theorie und Praxis bei D. Groh, Negative Integration, 1973, S. 58.

52 A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 123 f.; G. A. Ritter, Bernsteins Revisionismus, 1973, S. 350 f.; G. Fülberth, Reformismusstreit, [2]1977, S. 45.

53 D. Dowe, Traditionen, 1984, S. 64.

54 R. Lützenkirchen, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 38 ff.; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 110.

glieder widergespiegelt haben dürfte.[55] Eine breitere „linke" Strömung gab es vor allem im Bezirk Niederrhein. Während westfälische Spitzenfunktionäre dem revisionistisch-reformistischen Gewerkschaftskurs folgten, zeigte sich die Existenz einer linken Strömung im Westlichen Westfalen, als der Nürnberger Parteitag 1908 beschloß, die Budgetbewilligung der süddeutschen Genossen nicht zu ahnden. Der Leiter der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" Konrad Haenisch kritisierte diesen Beschluß und beharrte auf der Anerkennung des Mehrheitsbeschlusses durch die Regionalorganisationen. Als dieser sich mit seiner Kritik am revisionistischen Kurs der Partei immer mehr isolierte, mußte er Ende 1910 aus der Redaktion ausscheiden. Danach wurde er von den Delegierten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes einstimmig zum Leiter des neu zu gründenden sozialdemokratischen Büros für Rheinland-Westfalen in Düsseldorf gewählt, was wegen des Protestes des Bergarbeiterverbandes aber nicht verwirklicht wurde.[56] Allerdings stimmten die Dortmunder und Bochum-Gelsenkirchener Delegierten, die vielleicht auch „ihren" Reichstagsabgeordneten Hue, der mit den Revisionisten gestimmt hatte, verteidigen wollten, nicht der Verurteilung der badischen Budgetbewilligung durch die rheinisch-westfälischen Sozialdemokraten zu.[57]

Ein weiteres Feld der Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln war das Verhältnis zur Maifeier.[58] Aufgrund der Empfehlung der Zweiten Internationale von 1889 sollte am 1. Mai alljährlich eine allgemeine Kundgebung des internationalen Proletariats für den Achtstundentag stattfinden. Damit wurde der 1. Mai als zukunftsgerichtetes Kampffest für politische, ökonomische und kulturelle Forderungen zum Symbol des internationalen Klassenkampfes, und an der Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai entzündeten sich die Auseinandersetzungen, wobei die SPD angesichts der gerade wiedererlangten Legalität eine vorsichtige und von Verantwortung gegenüber der organisierten Arbeiterklasse geprägte Position einnahm und auf die Erkämpfung der Arbeitsruhe letztlich verzichtete.[59] Im Ruhrgebiet und im Raum Gelsenkirchen, wo Auseinandersetzungen um die Arbeitsruhe erst um die Jahrhundertwende begannen, wurden

---

55 K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 168 f. und 172; R. Lützenkirchen, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 37; H. Teuber, 1926, H. 30. Vgl. J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 19 und 23; G. Högl, Entstehung, 1988, S. 79.

56 K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 167; D. Groh, Negative Integration, 1973, S. 198 und 200. Ausführlich bei: R. Lützenkirchen, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 49 ff.

57 „Mißbilligung der rheinisch-westfälischen Parteitagsdelegierten" nach: F. Bajohr, Krupp und Kommune, 1988, S. 100 lt. „Arbeiterzeitung" vom 8.10.1908: „Die große Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter des genannten Bezirks hält die schärfste Kampfstellung den Regierungen des Klassenstaates gegenüber für unbedingt notwendig. Diese Kampfstellung wird am besten durch die Ablehnung des Budgets zum Ausdruck gebracht."

58 Wie G. Korff, Volkskultur, 1979, S. 87 bemerkt, „erweist sich der 1. Mai als zuverlässiger Seismograph für politische Stimmungen, für innerparteiliche Kontroversen und für die Einschätzung der sozioökonomischen Gesamtlage". Ebenso P. Friedemann, Feste, ²1982, S. 163 f.

59 G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, ²1963, S. 102 ff.; P. Friedemann, Feste, ²1982, S. 164 f.; E. Lerch, 1988, S. 352 ff.; D. Düding, Einleitung, 1988, S. 22.

Maifeiern, die ohne Arbeitsruhe am Abend des 1. Mai in Lokalen duchgeführt werden sollten, massiv behindert; Lokale waren Anfang der 1890er Jahre für Maifeiern nicht zu bekommen.[60] Im Bezirk WW wurden nach der Jahrhundertwende die Gegner der Arbeitsruhe von der unter Einfluß des Alten Verbandes stehenden Bochumer Parteileitung angeführt. Diese stellte fest, daß die Berg- und Hüttenarbeiter wegen der drohenden Aussperrung für eine Arbeitsruhe kaum zu gewinnen waren (z. B. 1 000 Beteiligte im Wahlkreis Bochum 1906, 1907 noch weniger).[61] Die Delegierten für den Bochum-Gelsenkirchener Wahlkreis vertraten 1907 auf dem SPD-Parteitag in Essen entsprechend die die Arbeitsruhe ablehnende Position.[62] Dagegen trat der Delegierte der Wahlkreisorganisation Borken-Recklinghausen, wo z. B. die Maifeier von 1905 auch schlecht besucht gewesen war und Sozialdemokraten bei geringsten Anlässen verhaftet wurden, auf dem Leipziger Parteitag von 1909 entsprechend einem Beschluß der Kreiskonferenz von 1906 für die Maifeier mit Arbeitsruhe als „Agitationsmittel" ein und sprach für die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten.[63] Die geringe Beteiligung an den Maifeiern im Raum Gelsenkirchen, die als öffentliche Versammlungen, Maispaziergänge oder Konzertveranstaltungen durchgeführt wurden, schien den Parteitagsdelegierten, die eine generelle Arbeitsruhe ablehnten, Recht zu geben, zeigte aber auch die Schwäche der Gelsenkirchener Sozialdemokratie.[64] Im Norden des Gelsenkirchener Raumes konnte sich eine Maifeierbewegung bis zum Ersten Weltkrieg kaum entfalten, da jede Regung der Sozialdemokratie von der Obrigkeit verfolgt wurde. Nach Maispaziergängen durch den Wahlkreis, die von Abend- bzw. Konzertveranstaltungen abgeschlossen wurden, wurden in den Jahren 1911 und 1912 mehrere Sozialdemokraten aus Buer und Horst wegen nicht genehmigter Versammlungen verurteilt.[65]

---

60 Wegen der Hindernisse und auch der für abendliche Maifeiern ungünstigen Schichtzeiten lehnte der überwiegende Teil der Gelsenkirchener Arbeiter die Maifeier ab. Darstellung von Max König, in: SPD-Parteitagsprotokoll 1893, S. 173 und SPD-Parteitagsprotokoll 1892, S. 162. Vgl. E. Lerch, 1988, S. 366.

61 SPD-Parteitagsprotokoll 1907, S. 295. Vgl. R. Lützenkirchen, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 104. Nach Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 27. Oktober 1906 in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 42, S. 8 wurde 1906 von 20 000 Arbeitern die Arbeitsruhe eingehalten und in Bochum soll die Maifeier 10 000 Teilnehmer gehabt haben. Auch G. Korff, Maibrauch, 1984, S. 266 findet für das Ruhrgebiet keine größeren Maimanifestationen belegt und charakterisiert die sozialdemokratischen Maiaktivitäten als „durchaus vom (klein-)bürgerlichen Vorbild bestimmt". Zur Anzahl der Teilnehmer an den Maifeiern im Landkreis Bochum, die erheblich niedriger liegen: P. Friedemann, Feste, ²1982, S. 172.

62 SPD-Parteitagsprotokoll 1907, S. 295 und S. 301 f.

63 Bericht über die am 26. Juli 1906 stattgefundene Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Recklinghausen-Borken in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 62k; SPD-Parteitagsprotokoll 1909, S. 408 f.; StA Re Amt Re 1 975.

64 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 19.9.1906, in: STAM Reg. A I 98; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 22.8.1908, in: STAM Reg. A I 100.

65 Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M VII 43,3; Landrat Recklinghausen am 16.5.1911 und 17.8.1911, in: STAM Reg. M VII 61,3; Polizeiverwaltung Buer am 2.5.1912, in: STAM Reg. M VII 61,3. Polizeiverwaltung Buer am 16.9.1912, in: STAM Reg.

Die Verfolgung der Maifeiern verursachte also deren relative Schwäche und die in Maispaziergang und Abendveranstaltung zum Ausdruck kommende Entpolitisierung.[66]

Neben der Maifeier verwies die jährlich um den 1. September abgehaltene Lassallefeier, die auch als Anti-Sedan-Feier gedacht war, auf Reste lassalleanischer Traditionen im Ruhrgebiet.[67] Die Lassalle-Erinnerungsfeiern unterschieden sich von ihren bürgerlichen Vorbildern durch ihren politischen Gehalt und ihren Charakter als „Agitationsbühne der auf soziale Emanzipation und ökonomische Veränderung abzielenden Intentionen der Arbeiterbewegung"[68]. Neben dieser Veranstaltung und der Maifeier gehörten zu den Festen des Parteijahres, die Mittel der politisch-kulturellen Artikulation und Agitation darstellten, die Märzfeiern zur Erinnerung an die bürgerlich-revolutionären Traditionen der 1848er Revolution und die Pariser Kommune. Die Märzfeiern verliehen dem Geschichtsverständnis, dem Selbstverständnis und dem Selbstbewußtsein der Arbeiterbewegung Ausdruck und konstituierten mit ihrem demokratisch-emanzipatorischen und internationalistischen Bezug einen Gegenfeiertag gegen nationalistische Feiern.[69] 1905 wurde im SPD-Bezirk Westliches Westfalen in etwa 50 Volksversammlungen der Märzgefallenen gedacht und für die „russischen Freiheitskämpfer" demonstriert.[70] 1906 wurden in Gelsenkirchen anläßlich des Jahrestages des 18. März zwei Volksversammlungen von Sozialdemokraten durchgeführt.[71] Im folgenden Jahr wurde am 17. März vor einer Volksversammlung von 200 Männern und 50 Frauen in Gelsenkirchen ein Vortrag über die Revolution und die Märzgefallenen gehalten.[72] Bei der Märzfeier zum sechzigsten Jahrestag sprach der sozialdemokratische Redakteur Pokorny vor 1 000 Männern und 50 Frauen.[73] Letztlich zeigten diese Veranstaltungen wie die relativ zur Wählerschaft geringe Mitgliedschaft, die zudem von großer Fluktuation geprägt war, das Bild einer im Kern schwachen Sozialdemokratischen Partei, die in ihrer Organisationselite durch gewerkschaftlich-reformistische Vorstellungen geprägt war und sich aufgrund härtester Verfolgung bis zum Ersten Weltkrieg radikalere Töne und Aktivitäten nicht erlauben zu können meinte.

M 44,4. Zur schlecht besuchten Maifeier 1913 Landrat Recklinghausen am 26.9.1913; Polizeiverwaltung Buer am 20.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4.

66 P. Friedemann, Anspruch, 1986, S. 104.

67 K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 153; A. Herzig, Lassalle-Feiern, 1988, S. 326. Der Sedan-Tag war der 2. September. F. Schellack, 1988, S. 278-286.

68 D. Düding, Einleitung, 1988, S. 21. Vgl. A. Herzig, Lassalle-Feiern, 1988, S. 329 f.

69 Vgl. P. Friedemann, Anspruch, 1986, S. 102 f.; W. Conze, D. Groh, 1966, S. 110; B. W. Bouvier, Märzfeiern, 1988, S. 334 f. und 337. Vgl. D. Düding, Einleitung, 1988, S. 21 f.

70 Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen am 11. November 1905 in Witten, in: STAM Reg. M VII 42, S. 8. Vgl. B. W. Bouvier, Märzfeiern, 1988, S. 341 und 344 zum mangelnden Interesse in Rheinland-Westfalen.

71 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 19.9.1906, in: STAM Reg. A I 98. Flugblatt, in: STAM Kreis Bo LA 178.

72 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99.

73 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 22.8.1908, in: STAM Reg. A I 100. Einladung zur Märzfeier 1910 in: STAM Kreis Bo LA 178.

Der letzte SPD-Parteitag vor dem Ersten Weltkrieg fand 1913 in Jena statt. Dort schieden sich die Flügel an der Massenstreikresolution Rosa Luxemburgs und an der Frage der Bewilligung von Steuern. Während die Delegierten des Bezirks Westliches Westfalen, unter ihnen Delegierte aus Bochum-Gelsenkirchen und Recklinghausen-Borken, in beiden Abstimmungen dem Parteivorstand folgten, stimmte die Mehrheit der Delegierten aus dem Bezirk Niederhein mit der Opposition für die Massenstreikresolution und auch bei der Steuerfrage gegen den Parteivorstand.[74] Der Bergbaugewerkschafter Fritz Husemann, der neben anderen die Wahlkreisorganisation Bochum-Gelsenkirchen vertrat, sprach in der Debatte des Parteitages gegen die Vorstellungen Rosa Luxemburgs und verwies auf die Erfahrungen mit der Ruhrbergarbeiterschaft, die nur zu einem geringen Teil organisiert war, und die im Bergarbeiterstreik von 1912 gerade eine Niederlage hatte einstecken müssen.[75] Auf der letzten Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten am Vorabend des Weltkrieges am 21. Juni 1914 wurde ein Antrag, der an den nächsten Parteitag gerichtet werden sollte und der forderte, „in einen verschärften Wahlrechtskampf einzutreten und Mittel und Wege zu suchen, einen möglichen Massenstreik auch mit Erfolg durchzuführen", mit 42 zu 29 Stimmen abgelehnt, weil die Mehrheit „eine erfolgreiche Propagierung des Massenstreiks nicht für möglich" hielt.[76]

Die Freie Gewerkschaftsbewegung

Das Ende des Sozialistengesetz ermöglichte auch den Freien Gewerkschaften, die sich im November 1890 zur „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" unter der Führung Carl Legiens zusammengeschlossen hatten, nach anfänglichen Schwierigkeiten in der Depressionszeit zu Beginn der 1890er Jahre einen enormen Aufschwung, der zunächst stark auf handwerklich geprägte Facharbeiter beschränkt blieb. Besonders ab Mitte der 1890er Jahre stiegen die Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften auch im Ruhrgebiet überproportional an, was auf den bis dahin relativ geringen Organisationsgrad zurückzuführen war. Der Organisationsgrad der Arbeiter in den Großbetrieben blieb jedoch weit unter dem noch handwerklich geprägter Berufsgruppen.[1]

Die Gewerkschaftsverbände unterlagen bis zum Ersten Weltkrieg erheblichen Behinderungen durch die Obrigkeit; in Buer war die Verfolgung so schlimm, „daß Bergarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Buchdrucker

---

74 J. Reulecke, Weltkrieg, 1974, S. 208.
75 SPD-Parteitagsprotokoll 1913, S. 325 f. und 564.
76 Polizeipräsident Bochum am 2.7.1914, in: StA Bo LA 1 307, Bl. 277.
1 A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 73 ff.; K. Schönhoven, Expansion, 1980, S. 25 f. und 116 f.; K. Schönhoven, Massenbewegung, 1987, S. 180 ff., 186 ff. und 202 ff.; U. Zumdick, 1988, S. 18; L. Brunner, 1905, Tafel III. Vgl. P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 16.

usw. von einem Vereinslokal ins andere gehetzt und vertrieben wurden" und oft unter freien Himmel oder in Wohnungen und Dachstuben tagen mußten.[2] Noch im Oktober 1913 wurde der Gewerkschaftsführer der Bueraner Bauarbeiter Wilhelm Stamm aus preußischem Staatsgebiet ausgewiesen.[3] Nicht nur die Verfolgung durch Behörden und Arbeitgeber behinderte die Entfaltung der Freien Gewerkschaftsbewegung im Raum Gelsenkirchen. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis konnten freigewerkschaftliche Organisationen „natürlich erst dann entstehen, wenn größere Massen derselben (Arbeitnehmer - S. G.) in soziale Abhängigkeit und Verelendung geraten"[4]. Den Bueraner Freien Gewerkschaften war also bewußt, daß erst bestimmte ökonomische und soziale Bedingungen vorliegen mußten, die bei den Arbeitern zu Lebenserfahrungen führen mußten, welche dann erst den Boden bildeten, auf dem sich freigewerkschaftliche Organisationen entwickeln konnten. Beispielsweise war ihnen aus dieser Einsicht auch klar, daß dort, wo Arbeiter „in einem patriarchalischen Verhältnis zu ihren Arbeitgebern stehen [...] eine Organisation derselben unmöglich ist"[5]. Dieses Verständnis einer Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter aus ihrer sozialen Lage und ihren Arbeitsverhältnissen erklärte für die Freigewerkschafter auch die zeitlich spätere und schwierige Bildung von freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden.[6] Die Bueraner Gewerkschafter hatten also, wie diese Deutung der Entwicklung der eigenen Bewegung zeigte, sozioökonomisch determinierte Denkmuster über gesellschaftlich-politische Entwicklungsprozesse entwickelt, die ihnen erlaubten, eine gewisse Notwendigkeit der Entwicklung festzustellen. Über die Erkenntnis hinaus, daß bestimmte kapitalistische Produktionsverhältnisse bestimmte Erfahrungen bei den arbeitenden Menschen erzeugen, die Voraussetzungen freigewerkschaftlicher Organisierung waren, hatten die Bueraner Gewerkschafter auch ein Bild des Entwicklungsprozesses von Klassenbewußtsein bei den Arbeitern vor Augen. In ihrer hierzu notwendigen Reflexion der Entwicklungsgeschichte ihrer eigenen gewerkschaftlichen Organisationen hatten sie erkannt, daß „die deutschen Arbeiter die ersten Ansätze zur Organisation nicht aus Erkenntnis des Klassenkampfes und dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufbauten", sondern um „den Stand zu heben und ihm Achtung in Staat und Wirtschaft zu erringen"[7]. Die Entwicklung vom Standesbewußtsein zum Klassenbewußtsein, die ja für die Bergarbeiter typisch war, wurde also bewußt reflektiert und bot ein Interpretationsmuster für das Verständnis ökonomisch-sozialer Realität, aus welchem auch Perspektiven freigewerkschaftlichen Handelns abgeleitet werden konnten. Ohne die Existenz eines derartigen „Weltbildes" wäre auch der langjährige und mühsame Kampf

---

2 Bezirk V, 1949, S. 7 f.; ADGB Buer, 1925, S. 8.
3 ADGB Buer, 1925, S. 13.
4 Ebd., S. 17.
5 Ebd., S. 18. Vgl. Otto Hue lt. K. Schönhoven, Expansion, 1980, S. 88.
6 ADGB Buer, 1925, S. 17 f.
7 Ebd., S. 18.

der Gewerkschafter gegen Verfolgung, Benachteiligung, Behinderung kaum erklärbar. Gleichzeitig kam in der Selbstdeutung der Freien Gewerkschaftsbewegung des Gelsenkirchener Raumes auch die sich in der gesamten sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbewegung durchsetzende reformistische Einstellung zum Ausdruck, indem das vorrangige Interesse der Arbeiter nicht im Klassenkampf, sondern in der Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Verbesserungen gesehen wurde.[8] Hier ergaben sich erhebliche Spannungsmomente zwischen verbaler Radikalität und reformistischer Praxis. Die Vorstellungen der Bueraner Gewerkschafter stimmten also überein mit der Orientierung der Freien Gewerkschaftsbewegung insgesamt, die sich ab der Jahrhundertwende einer begrenzten Zusammenarbeit mit Unternehmern und Behörden zuwandte, das Engagement in sozialpolitischen Fragen forcierte, Tarifverträge einging, 1899 die Ablehnung kommunaler paritätischer Arbeitsvermittlungen revidierte und mit dem Aufbau zahlreicher Arbeitersekretariate, darunter ein seit 1899 vom Alten Verband und der Generalkommission getragenes in Gelsenkirchen, die sozialpolitische und rechtliche Interessenvertretung verstärkte.[9] Auf der Reichsebene führten die reformistische Orientierung der seit Mitte der 1890er Jahre erstarkenden Gewerkschaftsbewegung und die schwelenden Konflikte zwischen Partei und Gewerkschaft in der Massenstreikdebatte schließlich zu einer Aufgabenteilung zwischen Partei und Gewerkschaft, die im Mannheimer Beschluß von 1906 festgeschrieben wurde.[10]

In Buer wurden die freigewerkschaftlichen Verbände im Kartell der Freien Gewerkschaften im Jahre 1909 unter Vorsitz des Sozialdemokraten Karl Surkamp zusammengefaßt. Dieses verfügte 1912 über 3 800 Mitglieder[11], wovon mindestens die Hälfte Mitglieder des Alten Verbandes waren. Das Gelsenkirchener Gewerkschaftskartell der Freien Gewerkschaften bestand früher als das Bueraner und verfügte schon im September 1905 über 8 000 Mitglieder.[12]

Nachdem der im Herbst 1889 gegründete „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Rheinland und Westfalen" rasch Einfluß unter der Ruhrbergarbeiterschaft gewonnen hatte, wurde auf dem Deutschen Bergarbeitertag im September 1890 in Halle unter Beteiligung der Gelsenkirchener Brodam und Panther als gesamtdeutscher Verband der „Verband deutscher Bergleute" mit Sitz in Bochum gegründet,

---

8 Vgl. T. Cassau, 1925, S. 24.

9 G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, ²1963, S. 161 ff., 167 und 169 zum Gelsenkirchener Arbeitersekretariat. Vgl. A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 99 ff.; W. Köllmann, Politische und soziale Entwicklung, 1973, S. 326 f.

10 Vgl. H.-J. Steinberg, Entwicklung, 1975, S. 133 f. „Mannheimer Abkommen", in: U. Borsdorf, H. O. Hemmer, M. Martiny, 1977, S. 69 f.; K. Schönhoven, Massenbewegung, 1987, S. 191 ff. und 236 ff. Vgl. H. J. Varain, 1956, S. 31 ff.; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 90 f.; A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 90 ff.

11 Bezirk V, 1949, S. 8; ADGB Buer, 1925, S. 8; Behördliche Quellen geben folgende Mitgliederzahl an: 1911 – 2 500, 1912 – 2 575, 1913 – 2 515. Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M VII 43,3; Polizeiverwaltung Buer am 16.9.1912, Polizeiverwaltung Buer am 20.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4.

12 Bezirkspolizeikommissar Ge am 11.9.1905, in: STAM Reg. A I 97.

der im Gründungjahr bereits etwa 58 000 Mitglieder hatte.[13] Im Raum Gelsenkirchen bestanden Zahlstellen der trotz häufigen Namenwechsels fortan „Alter Verband" genannten Gewerkschaft in Bulmke, Schalke, Rotthausen, Ückendorf, drei in Gelsenkirchen, Heßler, Erle, Buer und Horst, im Kreis Gelsenkirchen waren über 6 000 Mitglieder organisiert, im Kreis Recklinghausen knappe 2 000.[14] Die freigewerkschaftliche Bewegung wurde bei der 1890er Reichstagswahl sofort für die Sozialdemokratie genutzt, indem z. B. die sozialdemokratischen Bergarbeiterfunktionäre Dieckmann und Brodam zahlreiche Wahlveranstaltungen bestritten.[15] Im überwiegend katholischen Buer führte die Parteinahme von Gewerkschaftern für die Sozialdemokratie zu einer Austrittsbewegung von christlich orientierten Bergleuten.[16] Die Mitgliederzahl des Bergarbeiterverbandes bröckelte auch allgemein schon gegen Ende des Gründungsjahres wieder ab, als der Verband sich radikalisierte.[17] Die katholisch-sozialen Kräfte stellten ihre parteipolitischen und konfessionellen Interessen über die gemeinsame Durchsetzung der Interessen der Ruhrbergarbeiter. Bereits zu Anfang des Jahres 1890 hatten diese katholisch-sozialen Kräfte, wie auch bei den früheren Organisationsbestrebungen, versucht, die Bergarbeiterbewegung zu spalten. Sie gründeten den „Rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverein Glück-Auf zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund" als Konkurrenzorganisation. Der Verband blieb aber erfolglos und stellte 1892 seine Tätigkeit ein. Dem Gewerkverein „Glückauf" sollen in Buer 70 und in Horst 36 Mitglieder angehört haben.[18]

Nach der Erfahrung begrenzter Erfolge im großen Bergarbeiterstreik und des Erlebnisses gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit zeigte sich eine Radikalisierung im gewonnenen Selbstbewußtsein der Bergarbeiter. So breitete sich im März 1890 ein Streik von Consolidation, der dort heftiger als der von 1889 geführt wurde, über weitere Zechen aus. Ausgangspunkt des Streiks auf Consolidation war eine von Belegschaftsdelegierten überbrachte Forderung nach 50% Lohnerhöhung, die die Zechenleitung ablehnte. Der Bergarbeiterverband forderte über die Lohnerhöhung hinaus

---

13 W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 78; O. Hue, 1913, S. 410 ff.; H. Langenfeld, 1976, S. 194 f.; Vgl. Verhandlungen des 1. Deutschen Berg-Arbeiter-Tages in Halle a. S., 15. bis 19. September 1890, Stenographische Berichte, in: STAM OBA Do 1 800.

14 Monatlich nachgewiesene Mitgliederzahlen in: STAM OP 2 830,1; StA Bo B 314-318; StA Bo LA 1 282. Vgl. ADGB Buer, 1925, S. 14; R. Adam, Bergarbeiterorganisationen, 1984, S. 85; E. Gladen, 1963, S. 58. Der Alte Verband wechselte häufig seinen Namen: 1.8.1892 – Verband deutscher Berg- und Hüttenleute, 1.1.1902 – Deutscher Bergarbeiter-Verband, 1.10.1905 – Verband der Bergarbeiter Deutschlands, 1.1.1929 – Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. D. Fricke, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 43.

15 Stand der Sozialdemokratischen Bewegung, STAM OP 2 693, Vol 2, 27.5.1890, in: K. A. Hellfaier, 1963, S. 203.

16 Stand der sozialistischen Bewegung im Regierungsbezirk Münster vom 22.6.1890, in: STAM OP 2 692, Vol 2, in: K. A. Hellfaier, 1963, S. 211 f.

17 W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 78; M. Koch, 1954, S. 53.

18 H. Imbusch, 1908, S. 323 ff. und 335 f.; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 78 f.; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 195; M. Koch, 1954, S. 54; M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 57. E. Gladen, 1963, S. 56 zu Ge.

vom Bergbaulichen Verein die Festlegung der Achtstundenschicht von Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt, Einschränkungen willkürlich festgelegter Überschichten, den Wegfall sämtlicher Kohlenabzüge und die zweimal-monatliche Lohnauszahlung. Aufgrund der ablehnenden Haltung der Zechenleitung brach am 26. März 1890 auf Consolidation und etwa gleichzeitig auf weiteren Zechen der Streik aus, der am 8. April erfolglos abgebrochen wurde. Insgesamt streikten etwa 10 000 Bergarbeiter, von denen etwa ein Viertel minderjährig war[19], was wieder die Bedeutung der ungebundeneren und spontan handelnden jüngeren Bergarbeitergeneration zeigte. Die Radikalisierung ließ den Bergarbeiterverband immer mehr an Einfluß unter der Ruhrbergarbeiterschaft verlieren: Einem Streikaufruf im April 1891 folgte nur eine Minderheit der Ruhrbergleute[20], darunter Ende April die Belegschaften von Holland 1/2, Graf Bismarck 1, Graf Bismarck 2 und Consolidation 3.[21] Im Norden wurden die Zahlstellen Buer und Horst im Oktober 1891 aufgelöst, so daß der Verband dort einige Jahre nicht mehr bestand.[22] Ein mißglückter Sympathiestreik für die Saarbergleute, an dem sich nur 22 000 der 145 000 Ruhrbergarbeiter beteiligten, ließ den Bergarbeiterverband fast zusammenbrechen.[23] An den kurzzeitigen Ausständen auf den westfälischen Zechen im Januar 1893 beteiligten sich beispielsweise auf Hibernia „nur Bruchstücke der Belegschaft"; und Teile der Belegschaft von Graf Bismarck, Nordstern, Wilhelmine Viktoria und Consolidation folgten dem Streikaufruf und streikten zwischen dem 11. und 20. Januar, ohne selbst Forderungen aufzustellen. Bei Schacht 2 der Zeche Bismarck in Erle kam es zu Ausschreitungen, als die Polizei eine Bergarbeiterversammlung auflöste und zwei Bergleute festnahm. Angesichts der äußeren Bedrohung erwachte bei den Erler Bergarbeitern wieder die Solidarität und eine auf 500-600 Bergarbeiter angewachsene Menge versammelte sich vor dem Polizeigefängnis „und bekundete hier die Absicht, die Gefangenen gewaltsam zu befreien", woraufhin die Polizei die Gefangenen freigeben mußte. Die Bergarbeiter hatten aber nur einen kurzzeitigen Sieg errungen, denn in den nächsten Tagen wurden verschiedene Bergarbeiter, darunter die Sozialdemokraten

---

19 100 Jahre Consolidation, S. 6; O. v. Rossum, 1913, S. 31; ausführlich in: STAM OP 5 777; Stand der sozialdemokratischen Bewegung, Arnsberg, den 27.5.1890, in: A. Herzig, E. Linde, 1978, Dokumentation 1.13 nach STAM OP B 2 693, Vol 2, fol 123-138. Vgl. O. Hue, 1913, S. 395 f. auch zu Streiks in Ge. Nach H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 31 war Anlaß des Streiks die Entlassung eines Hauers, der die Forderungen in der Kaue angeschlagen hatte.

20 M. Koch, 1954, S. 55. Vgl. W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 78; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 196. „Forderungen der deutschen Bergleute", in: STAM OP 2 828,12.

21 Streikberichte, in: STAM OP 2 828,14 und: StA Bo LA 1 268. Nach STAM OP 2 828,13 sagte Dieckmann zu dem Streik auf einer Versammlung am 25./26.4.1891: „Die Bewegung ist nicht im Sinne der Führer, aber dieselben konnten sie nicht hindern."

22 ADGB Buer, 1925, S. 14; R. Adam, Bergarbeiterorganisationen, 1984, S. 85; E. Gladen, 1963, S. 58.

23 Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 62; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 196; O. Hue, 1913, S. 437 ff. und 447 f.; H. Imbusch, 1908, S. 355 ff. mit Streikstatistik; M. Koch, 1954, S. 56; K. Schönhoven, Expansion, 1980, S. 100 f.

Dieckmann und Panther, verhaftet und wegen Landfriedensbruchs angeklagt.[24]

Als Vertreter des Alten Verbandes als „Delegierte der Ruhrbergleute" 1894 am 5. Internationalen Bergarbeiterkongreß in Berlin teilnahmen und vorher u. a. der Gelsenkirchener Sozialdemokrat Brodam erfolglos versucht hatte, einen Antrag an den Kongreß zur richten, er möge sich zur internationalen Sozialdemokratie bekennen, protestierten katholische Bergleute und deren Pfarrer dagegen, und ein neuer Versuch wurde unternommen, eine christliche Konkurrenzorganisation ins Leben zu rufen, wobei diesmal der Gedanke einer interkonfessionellen christlichen Gewerkschaft im Vordergrund stand.[25] Dem am 28. Oktober gegründeten „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund" gegenüber blieben die evangelischen Bergarbeiter aber mißtrauisch. Der Gewerkverein erstrebte die Durchsetzung ähnlicher Ziele wie der Alte Verband, war aber an der friedlichen Durchsetzung auf dem Weg der Verhandlung orientiert. Trotz des Bekenntnisses zur parteipolitischen Neutralität hatte sich jedes Mitglied durch seinen Eintritt als Gegner der sozialdemokratischen Bestrebungen zu bekennen.[26]

Der zusammengeschrumpfte Alte Verband, der sich 1894 der Generalkommission angeschlossen hatte, stabilisierte sich dann aber angesichts der Bedrohung seitens staatlicher Instanzen, die in der Verfolgung sozialdemokratischer Aktivitäten im „Essener Meineidsprozeß" krasse Willkürurteile gegen den Verbandsvorsitzenden Schröder und weitere Vertreter des Alten Verbandes fällten. Unter dem stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Heinrich Möller und unter Einfluß Otto Hues, der 1895 Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung" geworden war, erholte sich der Alte Verband wieder. Dazu trug wesentlich bei, daß der Alte Verband seine parteipolitische Neutralität stärker betonte, da erkannt worden war, daß die Bindung an die Sozialdemokratie viele christlich orientierte Bergarbeiter vom Alten Verband abschreckte.[27] Dieser Kurs wurde durch die Mitgliederzunahme und die Überflügelung des Gewerkvereins bestätigt. Neben dem Christlichen Gewerkverein entstand 1902 mit der Polnischen Berufsvereinigung, die die Interessen der polnischen Zuwanderer vertrat, eine weitere Kon-

---

24 Bericht Stadt Ge 1893/94 (StA Ge XXVI/11-Ge), S. 13; Bericht Amt Buer 1892 (StA Ge XXVI/1-B), S. 24 f.; Bericht Amt Buer 1893 (StA Ge XXVI/2-B), S. 36; Bericht in: STAM OP 2847,1; OP 2847,2; OP 2847,3; OP 2847,4. Nach Berichten und Streikstatistik, in: StA Bo LA 1 269 hatte der Streik auf den genannten Zechen doch ein nicht unerhebliches Ausmaß. Vgl. StA Ge VIII/1/2-B. Zu Consolidation: O. v. Rossum, 1913, S. 33.

25 Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 63; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 80; O. Hue, 1913, S. 426 f.; STAM OP 2828,12. Vgl. H. Imbusch, 1908, S. 422 f. und 425 f.; H. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 58 ff.

26 W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 80 ff.; H. Imbusch, 1908, S. 431 f. und 436 ff.; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 197; O. Hue, 1913, S. 452 ff. und 465; M. Koch, 1954, S. 59 ff.; U. Feige, 1986, S. 27 f. und 36 f.; H. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 60 f.; I. Steinisch, Gewerkverein, 1979, S. 273 ff.

27 W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 82 ff.; M. Koch, Bergarbeiterbewegung, S. 56 ff.; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 67 ff.; O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 473 ff. und 485 ff.; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 201; U. Feige, 1986, S. 47 f.

kurrenzorganisation für den Alten Verband, die unter den polnischen Bergleuten beachtlichen Anhang gewann.[28]

Tabelle 19: Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Dachverbände und der Bergarbeiterverbände im Reich und im Ruhrgebiet 1890–1913[29]

	Fr. Gew. Reich	Chr. Gew. Reich	BAV Reich	GCB Reich	BAV Ruhr	Polen Ruhr	Belegs. OBA DO
1890	294 551		58 000				127 794
1891	291 691		46 300				138 739
1892	215 511		37 700				142 247
1893	218 972		11 174				146 440
1894	245 723		5 806		5 158		152 650
1895	255 521	5 500	6 144	5 500	4 153		154 702
1896	329 230	8 055	7 420	8 055	3 938		161 870
1897	412 359	21 000	21 020	21 000	12 149		176 102
1898	493 742	34 270	27 800	19 000	17 974		191 847
1899	580 473	56 391	33 170	22 000	18 606		205 106
1900	680 427	76 744	36 410	28 985	22 945		226 902
1901	677 510	84 497	38 042	33 958	23 044		243 926
1902	733 206	84 667	48 278	40 208	32 832		243 963
1903	887 698	91 440	69 028	42 000	48 132		255 992
1904	1 052 108	118 917	80 072	44 350	56 153		270 259
1905	1 344 803	191 690	105 060	66 630	78 862		267 798
1906	1 689 709	260 040	110 247	75 153	78 879		278 719
1907	1 865 506	284 649	111 476	76 886	77 713		303 089
1908	1 831 731	260 767	112 513	74 814	80 143		334 733
1909	1 832 667	280 061	120 280	81 734	76 869	17 772	340 567
1910	2 017 298	316 115	123 437	82 855	78 418	26 309	345 146
1911	2 320 986	350 574	120 136	84 321	75 025	30 164	352 555
1912	2 530 390	350 930	114 062	77 967	69 648	30 354	393 879
1913	2 548 763	341 735	101 986	63 129	62 487	28 936	401 715

28 C. Klessmann, Integration, 1978, S. 110 ff.; C. Klessmann, Polnische Bergarbeiter, 1979, S. 118 ff.; H. U. Wehler, Polen, ²1979, S. 230 f.; M. Koch, 1954, S. 68 ff.; V.-M. Stefanski, 1984, S. 140 ff.; U. Feige, 1986, S. 52 f. Vgl. auch O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 564 ff.; H. Imbusch, 1908, S. 503 ff.

29 Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaftsverbände sind nicht immer zweifelsfrei feststellbar, beruhen in der Literatur oft auf unterschiedlichen Quellen und z. T. auch auf unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten, hier allg. Jahresende. Mitgliederzahlen der Dachverbände nach H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 196 f. (Quelle dort Hohorst, Gerd, Kocka, Jürgen, Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II, Materialien zur Statistk des Kaiserreichs 1870-1914, München ²1978, S. 135 f.). Abweichend z. B. 1890-5 für Fr. Gew.: K. Schönhoven, Gewerkschaftswachstum, 1980, S. 18; K. Schönhoven, Expansion, 1980, S. 101 und 125; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 672. Mitgliederzahlen BAV nach F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 282 f. Mitgliederzahlen GCB nach M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 66 und 768 (Abweichung 1900 zu Brüggemeier) und S. 140 und 771 zum christlichen Gesamtverband mit wenigen Abweichungen wegen Erhebungszeitpunkt. Polen=Bergarbeiterabteilung der polnischen Gewerkschaft ZZP im Ruhrgebiet nach: C. Klessmann, Polnische Bergarbeiter, 1979, S. 121; C. Klessmann, Integration, 1978, S. 283 und 263 f. zur Belegschaftsentwicklung (jährliche mittlere Belegschaft einschl. Grubenbeamte). Zur Einschätzung der (in weiterer Literatur fehlerhaften) Mitgliederzahlen: K. Tenfelde, Linksradikale Strömungen, 1979, S. 206 ff.

Im Norden des Gelsenkirchener Raumes setzte die Propaganda für den freien Bergarbeiterverband erst um 1900 wieder ein, und zuerst entstand eine neue Zahlstelle in Erle mit etwa 80 Mitgliedern. Neben der Erler Gruppe entstand 1901 eine Zahlstelle in Beckhausen, die sich allerdings dort nicht hielt, und eine in Horst(-Emscher), während gleichzeitig im Süden die Zahlstellen Bismarck, Gelsenkirchen, Heßler, Hüllen, Rotthausen, Schalke, Ückendorf und die gerade gegründete Zahlstelle Gelsenkirchen II arbeiteten. 1903 entstand mit 30 Mitgliedern eine Zahlstelle in Buer, die Ende desselben Jahres bereits über 150 Mitglieder verfügte. 1904 bestanden im Süden die Zahlstellen Bismarck, Gelsenkirchen I, II, III (eine davon die ehemalige Ückendorfer Zahlstelle), Heßler, Hüllen und Rotthausen.[30] Die kleine Gruppe freigewerkschaftlicher Bergarbeiter wurde von den Polizeibehörden erbarmungslos mit Strafmandaten, gerichtlicher Verfolgung, Freiheitsstrafen, Ausweisungen und Mißhandlungen verfolgt. Lokale für Versammlungen waren kaum zu bekommen, da selbst, wenn sich ein Wirt fand, der einen Raum zur Verfügung stellen wollte, die Polizei solchen Druck ausübte, daß Zusagen wieder zurückgezogen wurden. Hand in Hand mit der Polizei arbeiteten Zechenverwaltungen und die christlichen Organisationen, was auch den Haß zwischen den Organisationen miterklärt. Vielfach mußten die Bergarbeiter ihre Mitgliedschaft beim Alten Verband geheim halten, um nicht ihre Arbeitsstelle zu verlieren.[31]

Bei seiner Mitgliederwerbung hatte der freigewerkschaftliche Verband besondere Schwierigkeiten unter den aus den östlichen Provinzen zugewanderten Bergleuten. Diese standen der Organisation „nicht nur fremd, sondern auch sehr oft feindlich gegenüber"[32]. Weitere Schwierigkeiten hatte kontinuierliche gewerkschaftliche Organisationsarbeit wegen der hohen Fluktuation insbesondere der ledigen, jungen Bergarbeiter, die als Kostgänger äußerst unabhängig waren.[33] Die Mitgliederfluktuation lag aber nicht nur beim Alten Verband unter den spezifischen Bedingungen des Ruhrgebietes außerordentlich hoch, sondern bei vielen freigewerkschaftlichen Verbänden lag sie jahrelang bei 100% und pendelte sich erst vor

---

30 ADGB Buer, 1925, S. 14; Verband der Bergarbeiter, Protokoll 13. Generalversammlung 1902, S. 32 ff.; Verband der Bergarbeiter, Protokoll 14. Generalversammlung 1903, S. 51 ff.; Verband der Bergarbeiter, Protokoll 16. Generalversammlung 1905, S. 82 ff.; Verband der Bergarbeiter, Jahresbericht 1904, S. 82 ff.

31 ADGB Buer, 1925, S. 14. Vgl. zu Recklinghausen: W. Troeltsch, P. Hirschfeld, ²1907, S. 191; Verband der Bergarbeiter, Protokoll 14. Generalversammlung 1903, S. 35. Vgl. U. Feige, 1986, S. 104. Zu Lokalabtreibungen, Strafmandaten und Ausweisungen siehe Berichte der betreffenden Bezirke 7, 8 und 9, in: Verband der Bergarbeiter, Jahresbericht 1907/8, S. 109 ff.; Verband der Bergarbeiter, Jahresbericht 1909/10, S. 171.

32 ADGB Buer, 1925, S. 14; Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1911/12, S. 67. Zu polnischen Mitgliedern der deutschen Gewerkschaften: C. Klessmann, Integration, 1978, S. 117. Vgl. K. Tenfelde, Linksradikale Strömungen, 1979, S. 208.

33 Vgl. Verband der Bergarbeiter, Protokoll 16. Generalversammlung 1905, S. 30; Verband der Bergarbeiter, Jahresbericht 1904, S. 30; Verband der Bergarbeiter, Jahresbericht 1907/8, S. 29 f.; Verband der Bergarbeiter, Jahresbericht 1909/10, S. 60; Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1911/12, S. 84 ff. Vgl. K. Tenfelde, Linksradikale Strömungen, 1979, S. 208.

Kriegsbeginn bei etwa 40-70% ein. Im Unterschied zur Fluktuation der Mitgliedschaft und z. T. mit dieser ursächlich verbunden war unter den Funktionären eine große Stabilität bis zum Ersten Weltkrieg und oft darüber hinaus zu beobachten.[34]

Der Einsatz des Alten Verbandes für konkrete Bergarbeiterinteressen und die kaum rekonstruierbare Unterstützung vieler kleiner lokaler Streiks vergrößerten langsam auch den Einfluß des Alten Verbandes unter den zugewanderten Bergleuten.[35] Im Bueraner Gebiet konnte 1905 sogar ein besoldeter Agitator eingestellt werden. Zusätzlich gestärkt wurde der Verband, als auch das Problem der Tagungsräumlichkeiten zumindest teilweise gelöst werden konnte: In der Hagenstraße konnte 1908 das Lokal der Eheleute Bredenbrock, die fortan dem Verband auch ansonsten viel Unterstützung zukommen ließen, gewonnen werden. Auch später, als der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Wilhelm Rahkob das Lokal übernahm, blieb den Gewerkschaften und den anderen Arbeiterorganisationen diese Tagungsmöglichkeit erhalten.[36] Im Ausbreitungsprozeß des Alten Verbandes entstanden neben Buer, Horst und Erle neue Zahlstellen in Resse (1904), in Beckhausen (1905), in Bülse (1905/6) und eine zweite in Erle (1907), so daß Ende 1910 sieben Zahlstellen des Alten Verbandes im Norden bestanden. Der freie Bergarbeiterverband hatte in Buer im September 1910 2 093 Mitglieder, ein Jahr später 2 059, wieder ein Jahr später 1 954 und vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Juni 1914 1 749 Mitglieder; spätestens 1909 wurde die Zahlstelle Horstermark (wieder)gegründet.[37] Im Bezirk Gelsenkirchen und besonders im Stadtgebiet hatte der Alte Verband Schwierigkeiten, sich auszubreiten, was besonders am Lokalmangel lag. Um die Jahrhundertwende konnten zumindest diese Schwierigkeiten überwunden werden, und in der Stadt Gelsenkirchen hatte der Alte Verband 1906 4 504 Mitglieder und gründete 1907/8 eine achte Zahlstelle. Im Vergleich zum Alten Verband war der Gewerkverein christlicher Bergleute in Gelsenkirchen stärker: 1907 hatte er im heutigen Stadtgebiet 7 663 Mitglieder.[38]

---

34 K. SCHÖNHOVEN, Gewerkschaftswachstum, 1980, S. 1 und 27 f.; K. SCHÖNHOVEN, Expansion, 1980, S. 151 ff., 164 ff. und 190 ff.; H. J. VARAIN, 1956, S. 60.

35 ADGB BUER, 1925, S. 14. Lokale Streiks z. B. 1907/8 auf Consolidation, Graf Bismarck, Rheinelbe, Holland, und nochmals Graf Bismarck, lt. VERBAND DER BERGARBEITER, Jahresbericht 1907/8, S. 113. Lokale Streiks in Buer lt. StA Ge VIII/1/3-B.

36 ADGB BUER, 1925, S. 14 und 31. Vgl. VERBAND DER BERGARBEITER, Geschäftsbericht 1911/12, S. 197.

37 ADGB BUER, 1925, S. 14; VERBAND DER BERGARBEITER, Protokoll 16. Generalversammlung 1905, S. 86; VERBAND DER BERGARBEITER, Jahresbericht 1905/6, S. 174 ff. und 179; VERBAND DER BERGARBEITER, Jahresbericht 1907/8, S. 191 und 199; VERBAND DER BERGARBEITER, Jahresbericht 1909/10, S. 224, 227 und 240 f.; VERBAND DER BERGARBEITER, Geschäftsbericht 1911/12, S. VII f.; vgl. R. ADAM, Bergarbeiterorganisationen, 1984, S. 85.

38 In Rotthausen bestand eine weitere Zahlstelle. VERBAND DER BERGARBEITER, Jahresbericht 1905/6, S. 109 und 176; VERBAND DER BERGARBEITER, Jahresbericht 1907/8, S. 185 und 200; VERBAND DER BERGARBEITER, Jahresbericht 1909/10, S. 231 und 241; VERBAND DER BERGARBEITER, Geschäftsbericht 1911/12, S. VIII; R. ADAM, Bergarbeiterorganisationen, 1984, S. 85. Nach E. GLADEN, 1963, S. 59 hatte der GCB 1901 im Norden (Buer, Resse, Beckhausen, Erle) 1 517 Mitglieder, ein Jahr später 1 774 Mitglieder und 1906 etwa 2 000 Mitglieder.

Nach dem Bergarbeiterstreik von 1889 kam es erst 1905 wieder zu einem Streik, der große Teile der Ruhrbergarbeiterschaft erfaßte. Eine relative Verschlechterung der Lebenslage durch steigende Lebenshaltungskosten und stagnierende Löhne im konjunkturellen Aufschwung sowie rigoroses Wagennullen führten zu Unruhe unter den Bergleuten. Außerdem wurden im Aufschwung verstärkt Überschichten verfahren, was die allgemeine Tendenz zur Arbeitszeitverlängerung durch Verlängerung der Seilfahrt und längere Wege untertage auf den Großschachtanlagen noch verstärkte. Neben Fragen des Arbeitslohnes, der Arbeitszeit und auch der Wohnraumversorgung war auch das Ansteigen der Zahl der Unfälle aufgrund der Arbeit in größeren Tiefen und der großen Zahl ungelernter Arbeitskräfte von Bedeutung für den wachsenden Unmut der Bergarbeiter, der noch verstärkt wurde durch die 1903 und 1904 grassierende Wurmkrankheit.[39] Als die Zechen den Versuch unternahmen, die Arbeitszeit zu verlängern, wurde die Streikgefahr akut und schließlich ausgelöst durch den kompromißlosen „Herr-im-Haus"-Standpunkt des Bergwerksdirektors Stinnes. Am 7. Januar 1905 trat die Belegschaft der Zeche Bruchstraße in den Streik, und der Streik erfaßte schnell weitere Belegschaften.[40] Ähnlich wie 1889 traten die Belegschaften spontan in den Ausstand. Den Bergarbeiterverbänden, die Verhandlungslösungen angestrebt hatten, blieb nichts anderes übrig, als sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, und so bildete eine Revierkonferenz der vier Verbände in Essen am 12. Januar eine Siebenerkommission zur Verhandlungsführung und stellte Streikforderungen auf: Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, Abschaffung der Sonntags- und Überschichten, Beseitigung des berüchtigten Wagennullens, Festsetzung eines Minimallohnes, Errichtung von Arbeiterausschüssen, Einführung von Grubenkontrolleuren, Reform des Knappschaftswesens, Abschaffung der vielen und harten Strafen, humane Behandlung und die Anerkennung der Bergarbeiterorganisationen als Verhandlungspartner.[41] Im spontanen Ausbruch des Streiks zeigte sich, daß im Ruhrgebiet spontanes Protestverhalten und das Prinzip der Organisierung und die reformistisch-pragmatische Suche nach Verhandlungslösungen als Konfliktregelungsmechanismus weiter nebeneinander bestanden und die Bergarbeiterbewegung den Streik noch nicht rationalisiert hatte.

---

39 I. Dallmeier, 1922, S. 66; O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 577 ff.; M. Koch, 1954, S. 85 ff.; A. Gladen, Streiks, 1974, S. 134 f.; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 87; D. Fricke, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 25; U. Feige, 1986, S. 64 ff. und 137 ff.; M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 293.

40 O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 586 f.; H. Imbusch, 1908, S. 571 ff.; A. Gladen, Streiks, 1974, S. 135 f.; D. Fricke, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 59 f. W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 89 nennt den 6. Januar. Vgl. F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 211 f.; Bericht Bürgermeisterei Stoppenberg 1904-05 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 36; M. Koch, 1954, S. 88; U. Feige, 1986, S. 150 ff.

41 Bericht über die am 12. Januar 1905 in Essen abgehaltene Delegiertenversammlung, in: STAM OP 2 849,3; O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 590 ff.; H. Imbusch, 1908, S. 579 ff.; A. Gladen, Streiks, 1974, S. 136; G. Adelmann, Betriebsverfassung, 1962, S. 120; D. Fricke, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 66 ff.; M. Koch, 1954, S. 90 f. und S. 101 ff.; M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 293 f.

Die Wirksamkeit der informellen Solidar- und Kommunikationsstrukturen unter den Bergarbeitern zeigte sich auch darin, daß die homogene und in Kleingruppen arbeitende Untertagebelegschaft sich relativ stärker am Streik beteiligte als die gesamte Bergarbeiterschaft.[42] Der Bergbauliche Verein lehnte Verhandlungen mit der Siebenerkommission grundsätzlich ab und hielt kategorisch am freien Arbeitsvertrag fest. Daraufhin rief die Revierkonferenz am 16. Januar den Generalstreik aus und die Zahl der Streikenden erhöhte sich von 90 000 am Tag der Revierkonferenz in wenigen Tagen auf über 200 000.[43] Nach den Angaben der Bergämter scheint der Streik im Raum Gelsenkirchen allerdings schnell zusammengebrochen zu sein.

Tabelle 20: Bergarbeiterstreik von 1905 in den Bergrevieren Gelsenkirchen und West-Recklinghausen, Streikende in v.H. im Vergleich zur Belegschaft vom 30. Sept. 1904[44]

	Ruhrgebiet	West-Re	Ge		Ruhrgebiet	West-Re	Ge
11. 1.	15,3	–	–	27. 1.	76,4	11,2	16,0
12. 1.	23,0	14,0	–	28. 1.	76,5	11,4	16,1
13. 1.	28,6	16,6	–	30. 1.	76,6	11,4	16,1
14. 1.	33,7	16,6	–	31. 1.	77,0	11,5	16,5
16. 1.	38,7	21,9	3,8	01. 2.	77,4	11,3	16,5
17. 1.	64,6	63,0	49,5	03. 2.	76,8	12,2	20,4
18. 1.	75,8	78,4	60,6	04. 2.	76,8	12,4	17,6
19. 1.	78,0	78,9	74,4	06. 2.	76,2	12,3	17,4
20. 1.	77,8	78,9	77,9	07. 2.	75,6	12,8	17,7
21. 1.	77,7	79,6	77,6	08. 2.	75,3	13,3	17,9
24. 1.	77,2	11,5	14,8	09. 2.	74,9	13,4	18,0
25. 1.	76,9	10,3	14,6	10. 2.	65,8	24,8	23,6
26. 1.	76,6	10,8	15,5				

Bei diesem Streik verhielten sich die Behörden zunächst neutral, entsandten kein Militär in das Streikgebiet und wiesen die örtliche Polizei an, das Versammlungsrecht im Interesse der Besonnenheit der Ausständi-

42 M. Koch, 1954, S. 144.

43 O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 592; H. Imbusch, 1908, S. 582 f. Nach Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 81 waren am dritten Streiktag 217 539 Bergleute im Ausstand. Vgl. A. Gladen, Streiks, 1974, S. 136 f.; W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 90; D. Fricke, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 71; F. J. Brüggemeier Leben vor Ort, 1981, S. 212 f.; M. Koch, 1954, S. 91 f.

44 Zusammengestellt nach: STAM OBA Do 1 844; STAM OP 2 849,3; STAM OP 2 849,4; STAM OP 2 849,5; STAM OP 2 849,6. Nach D. Fricke, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 74 war die Streikbeteiligung u. a. in den Revieren Ge und Recklinghausen-West überproportionnal hoch. Ebenso M. Koch, 1954, S. 143. Bis zum 17.1. soll die Streikbeteiligung dort besonders gering gewesen sein, wo der GCB stark war, wie in Ge, lt. M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 294. Zur Teilnahme der Consolidation-Belegschaft am Streik: O. v. Rossum, 1913, S. 36.

schen großzügig zu handhaben. Als der Streik Ende Januar immer noch nicht beendet war, kündigte das preußische Staatsministerium auf Druck des Reiches die Vorlage einer Berggesetznovelle an, in der wesentliche Punkte der Beschwerden der Bergleute gesetzlich geregelt werden sollten.[45] Aufgrund dieses Versprechens bröckelte die Streikfront ab. Da auch die Finanzkraft der Bergarbeiterverbände erschöpft war, empfahl eine Revierkonferenz am 9. Februar die Wiederaufnahme der Arbeit. Dem Aufruf folgten zuerst große Teile der Streikenden nicht, aber am 15. Februar waren die meisten Bergleute wieder eingefahren.[46] Das langsame Ende des Streiks zeigte wiederum, wie wenig Einfluß die Bergarbeiterverbände immer noch unter den Bergarbeitern hatten, die durch den mächtigen Erfolg in der Zahl der Streikenden bestärkt worden waren, ihre Forderungen durchzusetzen.

Der Arbeitskampf im Bergbau im Jahr 1905 war insofern erfolgreich, als einige Forderungen der Bergarbeiter in der Berggesetz-Novelle vom 14. Juli 1905 ihren Niederschlag fanden: Das Wagennullen wurde verboten und Höchstgrenzen der Bestrafung bei unvorschriftsmäßiger Beladung der Wagen festgelegt. Weiterhin wurde festgelegt, daß sich die achtstündige Arbeitszeit der Bergleute durch Ein- und Ausfahrt um nicht mehr als eine halbe Stunde verlängern durfte; Über- und Nebenschichten wurden eingeschränkt und ab 28 Grad Celsius am Arbeitsplatz wurde die Arbeitszeit auf 6 Stunden verkürzt. Für Bergwerke mit mehr als 100 Beschäftigten wurden – allerdings nicht obligatorisch – Arbeiterausschüsse eingeführt. Mit diesen Ausschüssen wurde ein erster Schritt zum „konstitutionellen Fabriksystem" getan, indem zur Förderung der friedlichen Konfliktregelung die Ausschüsse einige Überwachungsrechte, Mitverwaltungsrechte und das Recht, Wünsche und Beschwerden dem Bergwerksbesitzer zur Kenntnis zu bringen, erhielten. Das wichtigste Recht der Arbeiterausschüsse war das der Mitwirkung bei der Gestaltung der Arbeitsordnung.[47] Die gewerkschaftliche Forderung nach Grubenkontrolleuren wurde durch die Berggesetzänderung vom 28. Juli 1909 erfüllt, als von den Arbeitern zu

---

45 A. GLADEN, Streiks, 1974, S. 137 f. Vgl. D. FRICKE, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 110 und 119 f.; O. HUE, Bergarbeiter, 1913, S. 593; M. KOCH, 1954, S. 93; M. SCHNEIDER, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 295; F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 214 f. Von der Bürgermeisterei Stoppenberg wird von einer Verstärkung der Polizei „aus allen Teilen der Monarchie" um 200 Mann berichtet. BERICHT Bürgermeisterei Stoppenberg 1904-05 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 37.

46 Bericht über die am 9. Februar 1905 in Essen abgehaltene Delegiertenversammlung, in: STAM OP 2 849,6; K. KOSZYK, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 163; A. GLADEN, Streiks, 1974, S. 138 f. Vgl. O. HUE, Bergarbeiter, 1913, S. 597; H. IMBUSCH, 1908, S. 588; D. FRICKE, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 127 ff.; M. KOCH, 1954, S. 95; W. KÖLLMANN, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 91; F. J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 216; BERICHT Bürgermeisterei Stoppenberg 1904-05 (StA Ge XXVI/23-Ge), S. 37. Nach W. KESTEN, 1952, S. 248 dauerte der Streik auf Dahlbusch 9 Tage.

47 A. GLADEN, Streiks, 1974, S. 139 f.; O. HUE, Bergarbeiter, 1913, S. 602 ff.; H. IMBUSCH, 1908, S. 34 f.; G. ADELMANN, Betriebsverfassung, 1962, S. 121 und 136 f.; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 81; D. FRICKE, Ruhrbergarbeiterstreik, 1955, S. 142 f.; M. KOCH, 1954, S. 99 ff.; E. KROKER, Arbeiterausschüsse, 1978, S. 205; P. v. OERTZEN, Probleme, o. J., S. 17; M. SCHNEIDER, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 344 ff.

wählende „Sicherheitsmänner" eingeführt wurden.[48] Die Wahlen dieser Sicherheitsmänner und die der Knappschaftsältesten zeigten auch den wachsenden Einfluß des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes, der aus der Auseinandersetzung von 1905 gestärkt hervorgegangen war, weil viele bisher unorganisierte Arbeiter die Notwendigkeit starker Arbeiterorganisationen erkannten.

Tabelle 21: Mandate der Bergarbeitergewerkschaften im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1904–1912[49]

	BAV	GCB	Polen	H.-D.	Sonstige
Knappschaftsälteste 1904	170	100	5	–	7
Knappschaftsälteste 1910	229	83	29	–	–
Arbeiterausschüsse 1912	261	175	44	3	63
Sicherheitsmänner 1910	1 055	304	105	11	77
– Revier West-Recklinghausen	82	50	–	–	2
– Revier Gelsenkirchen	35	16	2	4	–
Sicherheitsmänner 1912	536	240	91	5	96
– Revier West-Recklinghausen	25	29	1	–	4
– Revier Gelsenkirchen	13	29	1	–	1
Berggewerbegericht 1905	67	15	2	–	2
Berggewerbegericht 1911	132	32	27	–	8

Vermehrte Feierschichten und Lohnsenkungen in der Zeit des Konjunkturrückganges ab 1908 verschlechterten wiederum die Lebenssituation der Ruhrbergarbeiter. Wiederum stiegen die Löhne im Aufschwung ab 1910 nur langsam und fingen die Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht auf. Daraufhin ergriff der Alte Verband 1910 die Initiative und schlug den anderen Bergarbeiterverbänden ein gemeinsames Vorgehen in Lohnfragen vor. Dieses lehnte der Christliche Gewerkverein ab, ebenso wie eine weitere Aufforderung im Februar 1912, worauf die verbleibenden drei Verbände als „Dreibund" aktiv wurden und neben 15 % Lohnerhöhung die Neuregelung der Lohnauszahlung, die Achtstundenschicht, einen paritätischen Arbeitsnachweis und paritätisch besetzte Schiedsgerichte forderten. An diesen weitgehenden Forderungen wurden die Streikabsichten der Verbände offenbar. Nach der Ablehnung der Forderungen beschloß die

48 Äußerer Anlaß war eine Schlagwetter-Explosion auf Radbod, die 344 Tote gefordert hatte. G. ADELMANN, Betriebsverfassung, 1962, S. 122 und 145 f. Vgl. E. KROKER, Arbeiterausschüsse, 1978, S. 205 f.

49 C. KLESSMANN, Polnische Bergarbeiter, 1979, S. 125; C. KLESSMANN, Integration, 1978, S. 284; Für 1904 gibt O. HUE, Bergarbeiter, 1913, S. 664 177 BAV-Mandate und 111 des GCB an und 1910 299 des BAV und 83 des GCB. STAM OBA Do 1 850 mit leichten Abweichungen, ebenso: STAM OBA Do 1 852. Nach M. KOCH, 1954, S. 128 für die Sicherheitsmännerwahlen 1910/12: BAV: 806/505, GCB: 20/227, Polen: 63/88, H.-D.-Gewerkverein: 4/3, Werkvereine -/25, Unorganisierte 17/85. Nach M. SCHNEIDER, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 297 für 1910: Sicherheitsmänner/Knappschaftsälteste BAV 953/298, CGB 436/83, Polen 115/30, H.-D.-Gewerkvereine 13/-, Zechenvereine -/8.

Revierkonferenz am 10. März den Streik für den nächsten Tag. Trotz des Aufrufes des Christlichen Gewerkvereins zur Nichtbeteiligung am Streik befanden sich schon am ersten Tag 50,1 % der Gesamtbelegschaft im Ausstand. Hier wirkte sich der erhöhte Organisationsgrad der beteiligten Verbände aus.[50] Der Streik von 1912 wies also einen wichtigen Unterschied zu den beiden vorangegangenen Massenstreiks der Ruhrbergleute auf und verdeutlichte die Bewußtseinsentwicklung der Ruhrbergarbeiterschaft und der Bergarbeiterverbände. Klassenbewußtsein und die Erkenntnis, daß Solidarität der Arbeiter und deren organisatorischer Zusammenschluß notwendig waren, hatten sich mittlerweile unter weltanschaulicher Zersplitterung durchgesetzt. So entstand dieser Streik nicht spontan und dezentral, sondern wurde von den Organisationen planmäßig eingeleitet. 1912 hatte der Einfluß der Gewerkschaften also die Spontanität zumindest teilweise verdrängt, und somit ist der Bergarbeiterstreik von 1912 als erster moderner Streik im Ruhrbergbau einzuschätzen.[51] Allerdings verhinderte der ideologische Unterschied zwischen Christlichem Gewerkverein und Altem Verband ein einheitliches Vorgehen der Bergarbeiterschaft. Die Streikbeteiligung erreichte ihren Höhepunkt am 13. Mai mit 61,2% der Ruhrbergleute, fiel dann aber ab, so daß am letzten Streiktag, dem 20. März, nur noch 38,3 % der Ruhrbergleute streikten.[52] Bemerkenswert war die relativ noch höhere Streikbeteiligung der Untertagearbeiter, was das Vorhandensein spezifischer Kommunikations- und Solidarstrukturen unter der relativ homogenen Gruppe der Untertagearbeiter belegte.[53] In den Essener Revieren, in Werden und in Oberhausen war die Streikbeteiligung wegen des Einflusses des Christlichen Gewerkvereins geringer, dagegen streikten im Dortmunder Raum, in Recklinghausen, Duisburg, Herne, Witten und Gelsenkirchen aufgrund der erfolgreichen Aktivität des Alten Verbandes relativ mehr Bergleute.[54]

Wegen des Streikbruchs der christlichen Richtungsgewerkschaft war unter den Ausständischen eine große Erregung und Wut festzustellen.[55] Die staatlichen Behörden sahen in dem Streik eine gegen den Christlichen Gewerkverein gerichtete Kraftprobe von Altem Verband und Sozialdemokratie. Deswegen wies die Regierung eine Vermittlerrolle von sich und sah ihre Aufgabe in der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, wozu zu-

---

50 W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 93; A. Gladen, Streiks, 1974, S. 143 f.; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 228 ff.; O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 689 ff., 708, 712 und 714 (Streikstatistik); M. Koch, 1954, S. 121 f.; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 27f.

51 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 141; I. Dallmeier, 1922, S. 77 f.; M. Koch, 1954, S. 121 ff.; dagegen J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 27 f. zur Kampfstimmung an der Basis. Zur Hoffnung auf Solidarisierungeffekte angesichts organisatorischer Stagnation: K. Tenfelde, Linksradikale Strömungen, 1979, S. 208. Vgl. H. Kaelble, H. Volkmann, 1981, S. 284.

52 Streikstatistik bei: O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 714. Vgl. A. Gladen, Streiks, 1974, S. 144 ff.; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 230.

53 Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1911/12, S. 155; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 230.

54 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 145; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 28.

55 So berichtet Verw.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 75.

sätzliche Gendarmen ins Streikgebiet geschickt wurden[56], so auch in der Stadt Buer, wo die Polizeikräfte mit Karabinern ausgerüstet wurden und eine reitende Polizeipatrouille eingeführt wurde, „um den Arbeitswilligen den nötigen Schutz angedeihen zu lassen"[57]. Das massive Polizeiaufgebot trug zur schnell einsetzenden Hoffnungslosigkeit der Bergleute bei.

Bei den zwei Schachtanlagen der Horster Zeche Nordstern setzte der Streik schon mit der Nachtschicht des 10. März ein und erreichte eine Beteiligung von etwa 55%. Der Polizei gelang es nur mit Mühe, die Menge, die die Arbeitswilligen an der Einfahrt hindern wollte, auseinanderzutreiben. Am folgenden Tag gebrauchte die Polizei Waffen gegen die Streikenden. Die Streikbeteiligung blieb aber auf Nordstern bis zum 15. März sehr hoch und bröckelte erst dann ab.[58] Auf den Zechen der Stadt Buer erreichte die Zahl der Streikenden zu Beginn des Ausstandes die Hälfte der Bergleute und stieg dann weiter an bis auf etwa zwei Drittel der Zechenbelegschaften.[59] Am 12. März streikten auf Bergmannsglück 66,9%, auf Westerholt 76,5%, auf Scholven 51,3% auf den drei Hugo-Schachtanlagen 47,0%, auf Ewald 3/4 77,2% und auf den beiden Bueraner Graf Bismarck-Schachtanlagen 66,7%. Durchweg war der Anteil der streikenden Untertagebelegschaft höher als der der Übertagebelegschaft.[60] In Buer, in der Nähe der Zeche Hugo, wo wegen des christlichen Einflusses die Streikbeteiligung besonders gering war, tobte am 12. März eine wahre Straßenschlacht zwischen einer 4 000-5 000-köpfigen Menschenmenge und der Polizei, die Arbeitswillige schützte. Als am folgenden Tag Arbeitswillige mit Steinen beworfen wurden, erschoß die Polizei einen Bergmann. In Erle verletzte die Polizei, die mit dem Säbel vorging, 50 Arbeiter.[61] Als dann noch ein Militärkommando nach Buer zur Verstärkung anrückte, erkannten viele Bergarbeiter die Aussichtslosigkeit ihres uneinig geführten Kampfes, und täglich fanden sich nun immer mehr Arbeitswillige.[62] Auch in Gelsenkirchen – z. B. bei Consolidation, wo etwa 50% der Belegschaft streikten – kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei, wobei letztere auf die steinewerfenden Arbeiter schoß. In Bulmke wurde ein kleiner Trupp Arbeitswilliger, der von Gendarmen geschützt wurde, von 1000 streikenden Arbeitern verfolgt, auf Consolidation wurden Arbeitswillige von Streikenden belästigt.[63]

---

56 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 146. Regierungspräsident Arnsberg am 7.3., in: StA Bo LA 1 280.

57 Verw.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 75.

58 Landrat Recklinghausen am 13.3.1912, in: STAM Reg. M VII 14, dort auch genaue Streikbeteiligung.

59 Verw.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 75.

60 Berechnet nach Polizeiverwaltung Buer am 12.3.1912, in: STAM Reg M VII 14.

61 Polizeiverwaltung Buer am 13.3.1912, in: STAM Reg M VII 14; Verw.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 76; Bergbaulicher Verein über Ausschreitungen, in: StA Bo LA 1 280.

62 Verw.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 76. Vgl. Polizeiverwaltung Buer am 14.3.1912, in: STAM Reg. M VII 14.

63 J. Gorgol, N. Koziki, 1979, S. 15 f.; O. v. Rossum, 1913, S. 36; Regierungspräsident Arnsberg am 15.3.1912, in: STAM Reg. M VII 14,3; Bergwerks-AG Consolidation am

Da die Streikfront zunehmend abbröckelte, beschloß eine Delegiertenkonferenz der drei Bergarbeiterverbände am 19. März den Abbruch des Streiks. In der Stadt Buer war der Streik am 22. März endgültig beendet.[64] Der schnelle Zusammenbruch des Streikes bedeutete für den Alten Verband eine schwere Niederlage; die Arbeiter fühlten sich mißbraucht, und viele mußten für Streikvergehen empfindliche Geld- und Gefängnisstrafen hinnehmen.[65] Auch in der Stadt Buer kam es zu zahlreichen Anzeigen und Verhaftungen wegen Belästigung Arbeitswilliger und anderer Vergehen.[66] Mehrere hundert Bergarbeiter wurden in Gelsenkirchen aus den Arbeiterlisten gestrichen.[67] Als Folge davon erlitten die Bergarbeiterverbände erhebliche Mitgliederverluste, weil „bei einem erheblichen Teil der Bergarbeiter der Glaube an die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Organisation erschüttert worden" war.[68] Der verlorene Bergarbeiterstreik wirkte sich auch auf die Entwicklung der Sozialdemokratie negativ aus.[69] Zahlreiche Bergarbeiter, auch des Raumes Gelsenkirchen, wandten sich aber auch von dem streikbrecherischen Gewerkverein ab, wie die Wahlen der Sicherheitsmänner Ende April 1912, kurz nach dem Streik, z. B. auf Nordstern 1/2, Alma, Consolidation 1/6 zeigten.[70]

Aus den Erfahrung des Streiks und in Erkenntnis der Schwäche der Bergarbeitergewerkschaften nach dem Streik, aber auch weil die Nationalliberalen unter der Arbeiterschaft zunehmend an Einfluß verloren hatten, forcierten die Ruhrunternehmer die schon nach dem Streik von 1905 begonnene Bildung von wirtschaftsfriedlichen Werkvereinen und erreichten auch einige Erfolge. Im Gelsenkirchener Süden wurden bis Ende 1912 auf allen Schachtanlagen, außer Hibernia, „gelbe Vereine" gebildet. Wegen der Finanzierung der Werkvereine durch die Unternehmer boten diese einige attraktive Unterstützungsleistungen. Aufgrund der Entwicklung während und nach dem Ersten Weltkrieg erlebten die „Gelben" bis zum Krieg aber nur eine vorübergehende Blüte.[71]

16.3.1912, in: STAM OP 6 617; Bergbaulicher Verein über Ausschreitungen, in: StA Bo LA 1 280.

64 A. Gladen, Streiks, 1974, S. 146; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 29. Vgl. O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 717. Zu Buer: Verw.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 76; Landrat Recklinghausen am 21.3.1912, in: STAM OP 6 617.

65 Der Lohn für sechs Streikschichten wurde einbehalten. A. Gladen, Streiks, 1974, S. 146; F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 232.

66 Bezirks-Polizeikommissar Ge am 11.9.1912, in: STAM Reg. M VII 44,4; Nachweisung der Bestrafungen wegen Streikvergehen, in: STAM OP 6 617. Vgl. Verw.-B. Stadt Buer 1911 (StA Ge XXVI/3-B), S. 76.

67 Vgl. Bergrevier Ge am 3.4.1912, in: STAM OBA Do 1 852.

68 Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1911/12, S. 67. Vgl. O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 724 f.

69 K. Koszyk, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 169.

70 Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1911/12, S. 134.

71 K. J. Mattheier, 1974, S. 188 f., zu Ge und Recklinghausen 190; Verband Der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1911/12, S. 198. Zur Gründung einer wirtschaftsfriedlichen (gelben) Gegenorganisation, des „Nationalen Bergarbeiterverbandes" vgl. W. Köllmann, Bergarbeiterschaft, 1968, S. 92; O. Hue, Bergarbeiter, 1913, S. 552 f.; M. Koch, 1954, S. 115 ff.; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 30; M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 296.

Die Niederlage im Streik von 1912 hatte wichtige Konsequenzen für die Strategie des Alten Verbandes und damit für dessen kulturelle Praxis. Der Alte Verband bzw. dessen Führung wurde in der Auffassung bestärkt, den Streik als Mittel des Arbeitskampfes „nur mit äußerster Zurückhaltung und nur im Einvernehmen mit den übrigen Bergarbeiterorganisationen zu verwenden". „Die Verbandsführung lenkte daher zur ursprünglichen taktischen Linie zurück, die Interessen der Bergarbeiterschaft durch Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften im Reich und Preußen zu verbessern". Dies bedeutete den Verzicht auf eine offensive Gewerkschaftsstrategie.[72]

Auch in der Metallindustrie Gelsenkirchens regten sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes gewerkschaftliche Bestrebungen: Nach zwei Metallarbeiterkongressen 1888 und 1890, die aufgrund der Gesetzeslage eine Zentralisierung noch abgelehnt hatten, wurde am 1.-6. Juni 1891 in Frankfurt am Main der Gründungskongreß des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" (DMV) abgehalten. Dieser war entsprechend den Erfordernissen des Wirtschaftszweiges nach dem Industrieverbandsprinzip organisiert und faßte alle in der Metallindustrie Beschäftigten zusammen. Einzelne Berufsgruppen wurden in Fachsektionen innerhalb der Gewerkschaft berücksichtigt. Kleinere Gewerkschaften, die zunächst noch spezifische Berufsgruppen im Metallgewerbe organisiert hatten, schlossen sich in den folgenden Jahren dem DMV an.[73] Das in der Metallarbeitergewerkschaft praktizierte Prinzip des einheitlichen Industrieverbandes stellte den in der Freien Gewerkschaftsbewegung nicht unumstrittenen Versuch dar, ältere an bestimmte Berufsgruppen gebundene Arbeitergruppenkulturen einzuebnen zugunsten einer homogenen und als schlagkräftiger angesehenen Arbeiterbewegungskultur.

Tabelle 22: Mitgliederentwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1896–1913[74]

Jahr	Fr. Gew. Reich	DMV Reich	DMV Westfalen	DMV Rheinland	DMV Arnsberg
1896	329 230	49 954	829	1 026	317
1897	412 359	59 890	2 272	1 622	489
1898	493 742	75 431	1 984	2 027	367
1899	580 473	85 013	1 800	2 972	586
1900	680 427	100 762	1 849	3 957	927
1901	677 510	102 905	2 353	5 156	1 003
1902	733 206	128 842	2 783	6 391	1 475
1903	887 698	160 135	3 793	9 413	2 019

72 H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 276; zu Überlegungen zu tarifvertraglichen Regelungen 1909: R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 28.

73 1899 Gold- und Silberarbeiter, 1901 Former, 1904 Diamantarbeiter, 1905 Werftarbeiter, 1907 Graveure, 1912 Schmiede. F. Opel, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 16 f. und 30; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 94 ff. Vgl. E. Domansky-Davidsohn, Großbetrieb, 1980, S. 95; K. Schönhoven, Expansion, 1980, S. 307-319.

74 W. Troeltsch, P. Hirschfeld, ²1907, S. 31, 33, 55, 168, 187 und 225 ff.; F. Opel, ²1962, S. 15, 26 und 122; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 444.

Jahr	Fr. Gew. Reich	DMV Reich	DMV Westfalen	DMV Rheinland	DMV Arnsberg
1906	1 689 709	335 075			
1912	2 553 162	561 547			
1913	2 573 718	544 934			

Gegen Ende der 1880er Jahre hatten Verwaltungsstellen der „Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter" als ein indirekter Vorläufer einer Metallarbeitergewerkschaft in Gelsenkirchen und Schalke bestanden.[75] Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde in Gelsenkirchen zunächst im Jahr 1890 in Anlehnung an handwerkliche Traditionen ein Fach- und Unterstützungsverein der Feilenhauer ins Leben gerufen, der im Oktober 1890 dem „Fachverein der Feilenhauer von Duisburg und Umgebung" angeschlossen wurde. Da diese Anbindung an die Duisburger wenig praktisch war, wurde am 23. November 1890 der „Unterstützungsverein der Feilenhauer von Gelsenkirchen" im Beisein der Duisburger Kollegen gegründet. Nachdem wegen der Abwanderung wichtiger Mitglieder im April 1891 auch Pläne zum regionalen Zusammenschluß von Feilenhauer-Fachvereinen gescheitert waren und sich auf Reichsebene die Feilenhauer dem DMV angeschlossen hatten, ging der Gelsenkirchener Feilenhauerverein im Sommer 1891 im DMV auf. Die Gründungsversammlung des DMV für Gelsenkirchen und Schalke fand am 12. September 1891 mit dem Redner Max König, einem der DMV-Gründer und führenden Sozialdemokraten im Westlichen Westfalen, statt.[76] Die Entstehungsgeschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Gelsenkirchen machte deutlich, daß nicht die Arbeiter der großen metallverarbeitenden Betriebe die Gewerkschaftsgründung betrieben, sondern spezifische qualifizierte Berufsgruppen, die handwerklichen Traditionen entstammten und über ein berufliches Selbstverständnis verfügten. Diese soziale Rekrutierung der DMV-Mitglieder bewirkte eine besondere Schwäche des DMV im durch Großbetriebe und das Überwiegen angelernter Arbeiter geprägten Ruhrgebiet, wo der Organisationsgrad um die Hälfte niedriger lag als im Reichsdurchschnitt.[77] Weitere Barrieren für gewerkschaftliche Organisationserfolge waren die Inhomogenität der Arbeiter in den Hochofen-, Stahl- und Walzwerken der Eisen- und Stahlindustrie und die wie im Bergbau verbreitete hochmobile Gruppe junger ungelernter Arbeiter, die Arbeitsplatzwechsel als individuelle Ausweichstrategie betrieben.[78] In der innergewerkschaftlichen Diskussion über die Ursachen dieser Schwäche in den Großbetrieben wurde eine Reihe von Gründen angeführt, wie die ausgeprägte Betriebshierarchie, das Prämien- und Strafsystem, die Abhängig-

75 J. Dzudzek, Das Umschauen, 1984, S. 100.
76 Ebd., S. 100 ff. Vgl. J. Dzudzek, Anfänge, 1985, S. 150.
77 E. Domansky-Davidsohn, Großbetrieb, 1980, S. 96 ff. und 108. Vgl. I. Steinisch, Gewerkschaftliche Organisation, 1980, S. 117; J. Dzudzek, Das Umschauen, 1984, S. 102; K. Schönhoven, Expansion, 1980, S. 54 ff. und 113; U. Zumdick, 1988, S. 20. Vgl. K. Tenfelde, Entstehung, 1987, S. 81.
78 Vgl. U. Zumdick, 1988, S. 20 ff.; D. Crew, Bochum 1980, S. 201 f.

keit der Arbeiter von Wohlfahrtseinrichtungen und Koloniewohnungen, die Macht der Industriellen, die jede Hoffnung auf gewerkschaftliche Erfolge zunichte machte, und auch der hohe Anteil der aus den Ostprovinzen Zugewanderten, die autoritäre Unterdrückung und Unterordnung gewohnt waren.[79] Wie im Bergbau fand das Tarifvertragswesen, das von allen Freien Gewerkschaften installiert oder angestrebt wurde, in der Schwerindustrie des Ruhrgebietes aufgrund der selbstherrlichen „Herr im Haus"-Position der Ruhrkapitalisten keinen Eingang.[80]

1906 konnte der DMV in Gelsenkirchen eine eigene Geschäftsstelle einrichten und einen Geschäftsführer anstellen, was die Agitation erleichterte.[81] Der Organisationsgrad der Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie Gelsenkirchens blieb jedoch bis zum Ersten Weltkrieg sehr gering: 1907 waren 518 Arbeiter im DMV organisiert und 1913 waren es 812.[82]

Neben dem Deutschen Metallarbeiterverband wurden im Raum Gelsenkirchen auch noch weitere freigewerkschaftliche Verbände gegründet, deren Entstehung und Entwicklung kaum zu verfolgen sind. Beispielsweise konnten die im Jahr 1891 gegründeten freigewerkschaftlichen Zentralverbände der Mauer und Bauhilfsarbeiter zunächst im Raum Gelsenkirchen nicht Fuß fassen. Erst 1903 wurden einige freigewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter in Buer ansässig, die auch entsprechende Agitation entfalteten. Wie die anderen Freien Gewerkschaften hatten sie mit dem Problem der Tagungsräumlichkeiten zu kämpfen. Für den Bezirk des Ortskartells der Freien Gewerkschaften von Buer wurde 1912 ein selbständiger Zweigverein für die freigewerkschaftlichen Bauarbeiter gegründet, dessen größte Zahlstelle Buer selbst war. 1912 hatte der Bueraner Zweigverband 442 Mitglieder und bis 1914 stieg die Mitgliederzahl auf 875.[83]

Entstehung von Arbeiterkulturorganisationen: Arbeiterjugendbewegung · Arbeitergesangvereine · Arbeitersportvereine · Arbeiter-Radfahrer-Bund · Freidenker-Verband · Bibliotheken · Konsumgenossenschaften

Die sozialdemokratische Bewegung im Raum Gelsenkirchen hatte nicht nur mit den Problemen einer Immigrationsregion, einer raschen Industrialisierung, dem überkommenen Denken der Bergarbeiter, der nur langsamen Herausbildung städtischer Strukturen und einer starken christlich-katholischen Bewegung zu kämpfen, sondern auch mit einer rabiaten preußischen Obrigkeit und den Ruhrkapitalisten. Diese Situation in „Preußens Wildem Westen" hatte nicht nur Auswirkungen auf die Möglichkeiten, überhaupt Organisationen für kulturelle Bestrebungen zu grün-

79 J. Dzudzek, Das Umschauen, 1984, S. 102 f.
80 Vgl. F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 133.
81 J. Dzudzek, Das Umschauen, 1984, S. 106.
82 W. Neumann, 1951, S. 132.
83 ADGB Buer, 1925, S. 15.

den, sondern führte auch dazu, daß in erster Linie die Kräfte für den spät erfolgenden Aufbau der politischen und gewerkschaftlichen Säulen der Arbeiterbewegung benötigt wurden.[1] Die Verbände der Arbeiterkulturbewegung, die als „Bausteine einer proletarischen Gegenkultur, die einmal alle Lebensbereiche des Menschen umfassen sollte"[2], begriffen wurden, organisierten also nur eine kleine Minderheit der Gelsenkirchener Arbeiter und der ansteigenden Wählerzahl[3], die der bodenständigeren Arbeitergruppe entstammen mußten, da nur sie kontinuierliche Kultur- und Organisationsarbeit zu leisten in der Lage waren.

Um die Jahrhundertwende entstand in der Arbeiterjugend eine soziale Gruppe innerhalb der Arbeiterklasse, deren spezifische Interessen keine Vertretung besaßen. Über extreme Ausbeutung hinaus unterlagen sie dem Züchtigungsrecht der Meister, genossen nur mangelhafte Schul- und Ausbildung und litten oft unter autoritären Familienverhältnissen.[4] Neben der schon vor und um die Jahrhundertwende verbreiteten Einbeziehung Jugendlicher in die Aktivitäten der Arbeiterkulturorganisationen[5], entstanden um das Jahr 1904 ohne direktes Zutun von Partei oder Gewerkschaften an drei Orten Arbeiterjugendorganisationen, die auch für unterschiedliche Tendenzen in der *Arbeiterjugendbewegung* standen. Aus Anlaß des Selbstmordes eines Lehrlings, der die Mißhandlungen seines Meisters nicht mehr ertragen konnte, gründeten am 10. Oktober 1904 24 meist junge Leute den „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins". Die Gründer waren Kinder von Sozialdemokraten und durch die Lektüre von „sozialdemokratischen Klassikern" (Lassalle, Kautsky, Bebel) bereits mit der sozialdemokratischen Weltanschauung vertraut. Dieser Verein stellte sich sozialpolitisch-gewerkschaftliche Aufgaben zur Verbesserung der wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Lage der Arbeiterjugendlichen und wollte Bildungsarbeit unter den Arbeiterjugendlichen betreiben, also zum Verständnis der eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Lage beitragen.[6] Auch 1904, im September, wurde in Mannheim auf Initiative des reformistischen SPD-Landtagsabgeordneten und späteren Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank, der im gleichen Jahr in Amsterdam Vertreter

---

1 DEUTSCHER ARBEITER-SÄNGERBUND, Gau WW, 1911, S. 4 f. Vgl. H. WUNDERER, Arbeitervereine, 1980, S. 15; E. Kosok, 1988, S. 43.

2 H. J. TEICHLER, Arbeitersport, 1984, S. 326. Vgl. H. WUNDERER, Arbeitervereine, 1980, S. 31 und 34. „Selbstgestaltete Heimat", „innerhalb einer städtischen Umwelt, die von den politischen Gegnern beherrscht wurde", bei: D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur, 1984, S. 18. Mittel der indirekten/negativen Integration in Staat und Gesellschaft bei D. GROH, Negative Integration, 1973, S. 59.

3 Auf die Diskrepanz zwischen sozialdemokratischer Wählerschaft und kulturell organisierter Arbeiterschaft weist P. FRIEDEMANN, Rolle, 1985, S. 9 f. hin. Vgl. zum mobilisierenden Charakter der „Vorfeldorganisationen": A. v. SALDERN, Arbeiterkulturbewegung, 1986, S. 33 f.

4 E. EBERTS, 1980, S. 25 und 23; H. SCHNEIDER, 1952, S. 10; K. KORN, 1923, S. 8 ff., 15 und 18 ff.; D. FRICKE, Arbeiterbewegung, 1976, S. 332; W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 7 f.; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 7.

5 E. EBERTS, 1980, S. 16; W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 9 f. Vgl. K. KORN, 1923, S. 31 f.; D. FRICKE, Arbeiterbewegung, 1976, S. 331.

6 K. KORN, 1923, S. 32 ff.; H. SCHNEIDER, 1952, S. 16 f.; E. EBERTS, 1980, S. 25 f.; W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 10. Satzung, in: D. FRICKE, Arbeiterbewegung, 1976, S. 333.

ausländischer sozialistischer Jugendorganisationen kennengelernt hatte, ein zweiter Arbeiterjugendverein, der „Verein junger Arbeiter", gegründet, der sich am Vorbild der belgischen „Jungen Garden" orientierte und stärker politisch und an der Sozialdemokratie ausgerichtet war. Besonders antimilitaristische Motive prägten den Verein.[7] Die dritte Tendenz in der Arbeiterjugendbewegung repräsentierte der 1905 gegründete „Jugendbund" in Hamburg, der als Unterabteilung eines Fortbildungsvereins entstand und der seine Aufgabe in wertfreier Bildungsarbeit analog zu den Gedankengängen älterer Arbeiterbildungsvereine sah.[8]

Die Bildung proletarischer Jugendorganisationen war motiviert durch eine spezifische Lebenslage und politische Ziele und unterschied sich damit grundlegend von der gleichzeitig entstehenden bürgerlichen Jugendbewegung, die in der „Auseinandersetzung mit den überkommenen Konventionen der Vätergeneration, Natursuche, Technikfeindlichkeit, Pflege des Deutschtums" begründet lag.[9] Besonders die Mannheimer und die Berliner Richtung breiteten sich rasch aus.[10] Neben den wütenden Angriffen von Kirche, Unternehmern und bürgerlicher Presse wurde das als „Sozialistengesetz der Jungen" betrachtete Reichsvereinsgesetz von 1908, Haupthindernis für die Arbeiterjugendorganisationen. Das Reichsvereinsgesetz untersagte Personen unter 18 Jahren, Mitglied von politischen Vereinen oder überhaupt bei politischen Versammlungen anwesend zu sein.[11] Die äußere Bedrohung ließ die Berliner und die süddeutsche Richtung zusammenfinden, und noch vor dem Nürnberger SPD-Parteitag von 1908 beschlossen sie, sich in jedem Fall der Entscheidung des Parteitages, der über die Zukunft der verfolgten Arbeiterjugendorganisationen entscheiden sollte, zu unterwerfen. In dieser Entscheidung wurde die „weitgehend ungebrochene Autorität der Vorkriegs-SPD" deutlich.[12] Der Parteitag beschloß die Bildung von lokalen Kommissionen aus Vertretern von Partei, Gewerkschaften und Vertretern der Jugendlichen, koordiniert von der „Zentralstelle der Arbeitenden Jugend Deutschlands", die auch die neue gemeinsame Zeitung „Arbeiterjugend" herausgab. Durch die Bildung von

---

7 E. Eberts, 1980, S. 27; E. Lindtstaedt, 1954, S. 24; W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 11 f.; H. Schneider, 1952, S. 21; K. Korn, 1923, S. 68-74; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 337 ff. Auf die Rolle der Reformisten bei der Gründung von Arbeiterkulturorganisationen geht A. v. Saldern, Wilhelminische Gesellschaft, 1977, S. 477 f. ein.

8 E. Eberts, 1980, S. 28.

9 H. Behrens-Cobet, Zwischen Verbot, 1983, S. 47.

10 Von den Berlinern wurde 1906 die „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands" gegründet, deren Mitgliederzahl im Juni 1908 bei 5 431 lag und deren Zeitung „Arbeitende Jugend" im Juni 1908 10 000 Abonennten hatte. 1906 wurde von der süddeutschen Richtung der „Verband junger Arbeiter Deutschlands" gegründet, der Ende desselben Jahres in „Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands" umbenannt wurde. 1908 hatte der süddeutsche Verband 85 Ortsgruppen mit etwa 4 500 Mitgliedern und seine Zeitung „Junge Garde" hatte etwa 9 000 Abonennten. E. Eberts, 1980, S. 26 f.; K. Korn, 1923, S. 36, 60 ff., 75 und 90 f.; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 336 und 339.

11 E. Lindtstaedt, 1954, S. 26; E. Eberts, 1980, S. 29 und 37; K. Korn, 1923, S. 110 und S. 203. Vgl. D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 341; W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 14 f.

12 E. Eberts, 1980, S. 32; K. Korn, 1923, S. 115 ff., zu Widerständen: D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 345 ff.

Kommissionen wurde das Reichsvereinsgesetz umgangen: Es gab keine Statuten, kein Mitgliedsbuch, keinen Vorstand, und „die Anhänger der Bewegung waren für das Gesetz eine anonyme fluktuierende Masse"[13]. Geschlossen gliederten sich die Arbeiterjugendvereine in die örtlichen Ausschüsse ein, womit nach der Phase relativer Selbständigkeit eine neue Entwicklungsphase der Jugendpflegearbeit unter der Obhut von Partei und Gewerkschaft folgte.[14] Unter der Führung der Partei wurde die Agitation unter der Jugend verstärkt, wobei der Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung der Organisationsapparat und die materiellen Ressourcen von Partei und Freien Gewerkschaften, beispielsweise bei der Einrichtung von Jugendheimen (1914-391) und Jugendbibliotheken, zugute kamen. Die Zahl der Jugendausschüsse stieg auf 655 im Jahr 1913, und ein Jahr später hatte die „Arbeiterjugend" über 100 000 Abonennten.[15]

Auch in Essen bildete sich eine sozialistische Arbeiterjugendgruppe unter Führung von Heinrich Rabbich. Der am 13. Juli 1905 in Essen gegründete „Verein für Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen" hatte im Gelsenkirchener Süden, in Rotthauen, das noch zu Essen gehörte, um 1908 einen Zweigverein.[16] Im Gegensatz zu bürgerlichen Vereinen und den Kirchen war eines der wichtigen Prinzipien der Arbeiterjugendvereine die Aufhebung der Trennung der Geschlechter, also die Koedukation, die Ablehnung von Alkohol- und Nikotingenuß und das Eintreten gegen die elende Lage der Lehrlinge, wozu u. a. systematisch Bildungsarbeit betrieben wurde.[17] Auch der Essener Arbeiterjugendverein mußte unter dem Reichsvereinsgesetz aufgelöst werden und der Kontakt wurde nur lose über den Bezug der „Arbeiterjugend" aufrechterhalten. Anläßlich einer Jugendversammlung in Rotthausen 1912 und einer weiteren in Katernberg wurde Heinrich Rabbich zu einer Geldstrafe verurteilt.[18] In der Stadt Gelsenkirchen gab es erste Bemühungen zur Gründung eines Arbeiterjugendvereines schon um 1906, als auch die Zeitschrift „Die junge Garde" der süddeutschen Richtung in Gelsenkirchen auftauchte.[19] Zwischen August und September 1906 wurde dann der „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter" gegründet, der allerdings keinen langen

---

13 K. Korn, 1923, S. 164. Vgl. W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 15.

14 E. Eberts, 1980, S. 23; K. Korn, 1923, S. 136 ff. und S. 141. Vgl. D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 349 ff. Auf die jugendpflegerische Arbeit der Ausschüsse weist H. Schneider, 1952, S. 36 hin.

15 E. Eberts, 1980, S. 37; B. Brücher, G. Hartmann, Die sozialistische Arbeiterjugend, 1981, S. 35; K. Korn, 1923, S. 247 ff. Nach D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 351 ff.; D. Bronder, 1952, S. 54 bestanden 1914 837 Jugendausschüsse. Zur Bedeutung der Mitarbeit sozialdemokratischer Frauen: H. Niggemann, 1981, S. 166 f.

16 A. Genger, H. Behrens-Cobet, Schulpolitik, 1983, S. 6; H. Behrens-Cobet, Zwischen Verbot, 1983, S. 48.; F. Bajohr, Unmündige Opfer, 1989, S. 22 f.; Lebenslauf von Heinrich Rabbich (geb. 1888), in: H. Grebing, Lehrstücke, 1983, S. 364. Emil Samorei aus Rotthausen wurde dort 1908 Mitglied, nach Biographie, in: Ebd., S. 369 und Brief Emil Samorei vom 5.8.1947, in: AdsD NL J. Lang, in: Ebd., S. 91.

17 H. Behrens-Cobet, Zwischen Verbot, 1983, S. 49.

18 Ebd., S. 50 f.; Urteil vom 2.5.1913, in: HSTAD LA Essen 117, Bl. 208.

19 Bezirkspolizeikommissar Ge am 31.8.1906, in: STAM Reg. A I 98.

Bestand hatte.[20] Aufgrund des Reichsvereinsgesetzes bildeten sich Gruppen der Arbeiterjugend in Buer um 1907/8 unter der Obhut der Freien Gewerkschaften.[21] Sie litten wie alle sozialistisch orientierten Organisationen unter dem Fehlen geeigneter Räumlichkeiten und unter den Verfolgungen durch die Polizei.[22] Spätestens 1910, wahrscheinlich schon im Herbst 1909, wurde auch in Horst ein Jugendausschuß eingerichtet.[23] 1912 wurde die Bueraner Arbeiterjugendbewegung, der in Buer 35 Abonnenten der „Arbeiterjugend" und in Horst 10 Abonnenten angehört hatten, durch Verurteilung ihres Leiters zu zehn Tagen Haft und 100 Mark Strafe und durch behördliche Auflösung vom 26. März 1913 vorläufig zerschlagen.[24] Im April 1913 erfolgte die Zerschlagung der Horster Arbeiterjugend durch die obrigkeitsstaatliche Justiz.[25] Die so verfolgte Bueraner AJ galt vor dem Ersten Weltkrieg als „Schmerzenskind" in der Kreisorganisation Recklinghausen.[26] Die Arbeiterjugendbewegung in Buer bildete sich also nicht aus Eigeninitiative der Arbeiterjugendlichen, sondern mit Unterstützung der Erwachsenenorganisationen und erlangte keine große Bedeutung. 1912 soll die Arbeiterjugendbewegung in Scholven gegründet worden sein, nähere Angaben hierzu fehlen allerdings.[27] Auch im Süden des Gelsenkirchener Raumes wurde nach den frühen Anfängen aus vier jugendlichen Arbeitern, vier Vertretern des Gewerkschaftskartells und zwei Sozialdemokraten im Herbst 1909 im Zusammenhang mit den Anfängen der sozialdemokratischen Jugendausschußarbeit im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen ein Jugendausschuß gegründet, der zunächst Zusammenkünfte von 10-15

---

20 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 19.9.1906, in: STAM Reg. A I 98 zur Gründung des Vereins. Eine Jugendorganisation war zumindest für die Polizei 1907 nicht mehr bemerkbar. Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99. Ebenso ein weiteres Jahr später, nach: Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 22.8.1908, in: STAM Reg. A I 100.

21 ADGB Buer, 1925, S. 16. Vgl. für Gladbeck in derselben Parteigliederung: F. Bajohr, Anfänge, 1987, S. 73.

22 ADGB Buer, 1925, S. 16. R. Lützenkirchen, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 109 f. berichtet von Versuchen in Dortmund im Mai 1907, eine Jugendorganisation aufzubauen, die allerdings weitgehend fehlgeschlagen seien und denen im gesamten Agitationsbezirk WW keine weiteren Versuche folgten.

23 Bezirks-Polizeikommissars Ge am 17.10.1910 und am 9.10,1909, in: STAM Reg. M VII 61,3. Für 1911 berichtet der Regierungspräsident Münster, „Betrifft die Arbeiterbewegung, insbesondere die sozialdemokratische, anarchistische und Polenbewegung" vom 7.11.1911, in: STAM OP 5 856 von Bestrebungen zur Gründung eines Jugendausschusses in Horst.

24 Polizeiverwaltung Buer am 16.9.1912; Bezirks-Polizeikommissar Ge am 11.9.1912; Polizeiverwaltung Buer am 20.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4; Bezirks-Polizeikommissar am 24.11.1911, Polizeiverwaltung Buer am 5.1.1912; Abschrift des Urteils des Oberlandgerichtes Hamm gegen Gottlieb Krafzik aus Buer vom 7.1.1913; Abschrift des Urteils des Landgerichtes Essen gegen Gottlieb Krafzik vom 26.9.1912; Polizeiverwaltung Buer am 7.5.1913 in: STAM Reg. M VII 62n. Nach D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 439 ff. und 447 bestanden 1911 35 Abonennten der „Arbeiterjugend" und 1913 45 und in Horst 10 bzw. 18 und im Westlichen Westfalen 1 263. Vgl. F. Bajohr, Anfänge, 1987, S. 77.

25 Auch in Horst wurde der Leiter des Jugendausschusses zu Geld- und Haftstrafe verurteilt und der angeblich vorhandene politische Verein aufgelöst. Bezirks-Polizeikommissars Ge am 21.8.1913, Abschrift des Revisionsurteils vom Oberlandgericht Hamm vom 28.7.1914, in: STAM Reg M VII 62n.

26 ADGB Buer, 1925, S. 16.

27 Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 146.

Personen organisierte, wobei vorwiegend Gesellschaftsspiele gespielt wurden. Daneben wurden abwechselnd samstags Vorträge gehalten, Klassiker aus Wissenschaft und Prosa vorgelesen und Ausflüge durchgeführt. Bei einer Hausdurchsuchung wurde neben zahlreichen anderen Materialien ein Mitgliederverzeichnis mit 135 Namen gefunden.[28] Im November 1911 wurden die Aktivitäten sozialdemokratischer Jugendlicher vom Gelsenkirchener Polizeipräsidenten verboten, weil die Gerichte den Kreis der Abonnenten der „Arbeiterjugend" als politischen Verein auffaßten.[29] Der sozialdemokratische Bezirksparteitag von 1914 stellte fest, daß die Verfolgung der Arbeiterjugend vor allem im Raum Gelsenkirchen „ungeheuerlich" wäre.[30]

Die Jugendausschüsse des Ruhrgebietes hielten am 29. August 1909 ihre erste gemeinsame Tagung für Rheinland-Westfalen ab und bildeten eine Zentralstelle mit Sitz in Elberfeld. Die meisten Parteiblätter veröffentlichten nun Jugendbeilagen.[31] Noch Anfang 1914 mußte die Bezirksleitung des Westlichen Westfalen zugestehen, daß sie bisher kaum habe Fuß fassen können. Als Gründe hierfür wurden die „kolossale Fluktuation der Arbeitermassen" und die „unerhörte Vergewaltigung jeder freien Regung der Arbeiter durch die Behörden und die Kapitalgewaltigen" angeführt. Von der Existenz von Abonnenten der „Arbeiterjugend" im Raum Gelsenkirchen konnte der Bezirk nicht berichten.[32]

Nachdem es schon früh selbständige *Arbeitergesangvereine* und Gesangsabteilungen von Arbeitervereinen gegeben hatte, schlossen sich die Arbeitergesangvereine, die sich von den bürgerlichen Gesangvereinen getrennt hatten, im Dezember 1892 zur „Lieder-Gemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands" zur gemeinsamen Beschaffung von Noten etc. zusammen, woraus 1908 der „Deutsche Arbeiter-Sängerbund" hervorging, der 1913 über fast 200 000 Mitglieder verfügte.[33] Im November desselben Jahres wurde durch 11 Vereine (aus Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Hagen, Witten und Hörde) auch der westfälische Gau der Liedergemeinschaft gegründet, aus dem der Gau Westliches Westfalen abgetrennt wurde.[34] Nachdem schon ein Gelsenkirchener Arbeitergesangverein zur Tarnung sozialdemokratischer Aktivitäten zur Zeit des Sozialisten-

---

28 Bezirks-Polizeikommissar Ge am 9.10.1910, in: STAM Reg. M VII 61,3. Nach P. SOMMERLAD, 1948, S. 67 Schaffung von Jugendausschüssen erst 1912.

29 Polizeipräsident Ge am 24.11.1911; Bezirks-Polizeikommissar Ge am 25.11.1911; Urteil des Landgerichts vom 30.6.1911, vom Oberlandgericht vom 24.11.1911, in: STAM Reg M VII 62k. Vgl. J. GORGOL, N. KOZIKI, 1979, S. 20.

30 Bezirks-Parteitag für das Westliche Westfalen am 18. und 19. Juli 1914 in Recklinghausen, S. 20, in: STAM Reg. M VII 62a.

31 K. KOSZYK, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, 1974, S. 167. Kurzzeitig (1913) wurde die Jugendzentrale in Bezirksorganisationen aufgeteilt. R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 113.

32 JUGEND-SEKRETARIAT für Rheinland-Westfalen, 1914, S. 46 und 48. Insgesamt waren in WW 915 Abonnenten verzeichnet.

33 D. DOWE, Arbeitersängerbewegung, 1979, S. 128; V. NOAK, 1911, S. 12; W. v. d. WILL, R. BURNS, 1982, S. 105; A. HELLKUHL, 1983, S. 41 f.

34 DEUTSCHER ARBEITER-SÄNGERBUND, Gau WW, 1911, S. 5 f. und 12; V. NOAK, 1911, S. 74; A. HELLKUHL, 1983, S. 38.

gesetzes gedient hatte, erbte ein nach 1890 gegründeter Arbeitergesangverein, der sich ab 1893 „Freiheit" nannte, dessen Notenmaterial. Innere Schwierigkeiten, polizeiliche Verfolgung und Lokalmangel verhinderten jahrelang jeglichen öffentlichen Auftritt des Vereins, außer bei den westfälischen Gaufesten, wie dem ersten 1893.[35] 1905 hatte der Verein „Freiheit" 62 Mitglieder, und inzwischen war in Gelsenkirchen, in Rotthausen oder Ückendorf der Arbeitergesangverein „Vorwärts" mit 47 Mitgliedern entstanden.[36] Einen Aufschwung erlebten die Gelsenkirchener Arbeitersänger mit dem ASB-Kreisfest in Gelsenkirchen im Jahr 1906, bei dem 30 Chöre aus dem Westlichen Westfalen auftraten. Anschließend gründete sich der Arbeitergesangverein „Sangeslust", der unter seinen 59 Mitgliedern auch 26 Frauen zählte und einen gemischten Chor stellte, während der Arbeitergesangverein „Freiheit" mit 45 Mitgliedern und der Arbeitergesangverein „Vorwärts" wohl noch reine Männerchöre waren.[37] Mit der Einrichtung von Frauenchören oder gemischten Chören unterschieden die Arbeitersänger sich von der bürgerlichen Parallelbewegung, die bis zum Zweiten Weltkrieg eine reine Männerchorbewegung blieb, und brachten damit eine qualitativ neue kulturelle Ausdrucksform hervor.[38] Neben den drei bestehenden Vereinen, die nun über 60 Mitglieder („Vorwärts" und „Freiheit") bzw. 100 Mitglieder („Sangeslust") verfügten, kam 1908 als weiterer Arbeitergesangverein der Verein „Freie Sänger" hinzu.[39] 1911 wurde der Gelsenkirchener Verein „Freiheit", der nun auch eine „Damenabteilung" unterhielt, zum politischen Verein erklärt und mußte somit seine Mitgliederlisten einreichen.[40] Verurteilt wurde der Verein, weil er sich unvorsichtigerweise gerühmt hatte, „in ungünstiger Zeit der Träger der Arbeiterbewegung, d. h. der in der Sozialdemokratie verkörperten Arbeiterbewegung gewesen zu sein" und „mit der modernen Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag in einigem Kontakt geblieben zu sein"[41]. 1912 wurde der Vorstand des Vereins „Sangeslust" zu einer Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz verurteilt, weil auch dieser Arbei-

---

35 Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau WW, 1911, S. 5 f. und 9. Nach A. Hellkuhl, 1983, S. 38 f. fehlte beim ersten westfälischen Bundesfest am 9. Juli 1893 der Arbeitergesangverein Ge.

36 Bezirkspolizeikommissar Ge am 11.9.1905, in: STAM Reg. A I 97. Von einem Anstoß zur Gründung eines Arbeitersängervereins in Rotthausen 1892 von seiten der Partei berichtet A. Hellkuhl, 1983, S. 36.

37 Bezirkspolizeikommissar Ge am 31.8.1906; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 19.9.1906, in: STAM Reg. A I 98; A. Hellkuhl, 1983, S. 102.

38 A. Hellkuhl, 1983, S. 43. Vgl. D. Kramer, Arbeiterkultur, 1986, S. 13.

39 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 22.8.1908, in: STAM Reg. A I 100.

40 Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau WW, 1911, S. 9. Zum Grundsatzurteil über den politischen Charakter der Arbeitergesangvereine: A. Hellkuhl, 1983, S. 90 ff.

41 Im Urteil gegen Vorstandsmitglieder des Gelsenkirchener Arbeitergesang-Vereins „Freiheit" vom Königlichen Schöffengericht vom 27.7.1911, in: STAM Reg. M VII 49d wird eine nicht aufgefundene Festschrift zum 20-jährigen Bestehen des Vereins zitiert. Auch die Berufung am 2.11.1911 vor dem Königlichen Landgericht, in: Ebd. ging verloren. Vgl. A. Hellkuhl, 1983, S. 49, zur Verurteilung der „Freiheit" S. 100. Die Unvorsichtigkeit der Gelsenkirchener wurde auf der DAS-Gauversammlung 1913 bei der Behandlung der Frage der Verfolgung durch das Reichsvereinsgesetz angeführt. Polizeipräsident Bochum am 2.1.1913, in: HSTAD LA Essen 117, Bl. 199 ff.

tergesangverein als politischer Verein angesehen wurde.[42] In Buer, Resse und Hassel bestanden weitere Arbeitergesangvereine.[43] Auch in Horst bestand mindestens seit 1911 ein Arbeitergesangverein „Freiheit".[44] Wie die Gelsenkirchener waren die Bueraner Gesangvereine „in vielen Fällen nur Mittel zum Zweck", und ihnen war „eine rein künstlerische Entwicklung nicht möglich". So dienten die Gesangsproben der Gesangvereine, für die eher Räumlichkeiten zu beschaffen waren als für Partei- oder Gewerkschaftsversammlungen, „auch gleichzeitig als Versammlung für Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder"[45]. 1906 wurden 15 Mitglieder des Beckhausener Arbeitergesangvereins „Vorwärts", der von seinen Mitgliedern die „Mitgliedschaft in Organisationen der modernen Arbeiterbewegung" verlangte, erwischt, als sie in einer Privatwohnung über die soziale Lage der Bergarbeiter sprachen. Da sie der polizeilichen Aufforderung, die Wohnung zu verlassen, nicht Folge leisteten, wurden sie nicht nur wegen ungenehmigter Versammlung und Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu Geld- und Haftstrafen verurteilt, sondern auch wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.[46] 1911 bestanden der Verein „Nachtigall" mit 50 Mitgliedern in Buer und „Morgenroth" in Beckhausen und „Freiheit" in Horst mit jeweils etwa 30 Mitgliedern[47], ein Jahr später hatte „Freiheit" nur noch 25 Mitglieder und „Nachtigall" 110. Der Arbeitergesangverein Beckhausen wurde 1912 behördlich aufgelöst.[48] Während der Bueraner Verein auf 86 Mitglieder absackte, der Horster sich mit 28 Mitgliedern hielt, entstand 1913 in Hassel der Arbeitergesangverein „Solidarität" mit 80 Mitgliedern.[49]

Für eine künstlerische Entwicklung im bürgerlichen Sinne fehlten meist entsprechende Chorleiter oder Dirigenten, die unter vielfältigem Druck bereit waren, die Arbeitergesangvereine zu unterstützen.[50] Als „Ausfluß der gerechten Empörung gegen die ihnen angetane Entrechtung" bestand „die Vorliebe der Arbeitersänger für das Singen von Trutz- und Kampfliedern, den sogenannten Tendenzchören".[51] In den Arbeitergesangvereinen wie auch in anderen sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen wurden

---

42 Urteil gegen Vorstandsmitglieder des „Gemischten Chores Sangeslust" Ge vor dem Königlichen Schöffengericht Ge vom 12.9.1912, in: STAM Reg. M VII 49d.

43 Vgl. ADGB Buer, 1925, S. 27. A. Hellkuhl, 1983, S. 122 nennt für 1911 den Arbeitergesangverein Buer und „Morgenrot" in Beckhausen.

44 Landrat Recklinghausen am 23.11.1911, in: STAM Reg. M VII 43,3; Landrat Recklinghausen am 21.11.1912, in: STAM Reg. M VII 44,4, Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau WW, 1911, S. 20 f.; A. Hellkuhl, 1983, S. 122.

45 ADGB Buer, 1925, S. 27; zum Charakter als Tarnorganisation: D. Dowe, Arbeitersängerbewegung, 1979, S. 128.

46 Provinzial-Parteitag für das Westliche Westfalen am 27. Oktober 1906 in Bocholt, in: STAM Reg. M VII 42 und zur Mitgliedschaft Landrat Recklinghausen m 9.4.1906, in: STAM OP 5 811. Vgl. A. Hellkuhl, 1983, S. 101.

47 Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M 43,3; Bezirks-Polizeikommissar Ge am 28.8.1911, in: STAM Reg. M VII 49d.

48 Landrat Recklinghausen am 21.9.1912, in: STAM Reg. M VII 44,4.

49 Landrat Recklinghausen am 26.9.1913; Polizeiverwaltung Buer am 20.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4.

50 D. Dowe, Arbeitersängerbewegung, 1979, S. 129; V. Noak, 1911, S. 11.

51 ADGB Buer, 1925, S. 27. Vgl. D. Dowe, Arbeitersängerbewegung, 1979, S. 135.

vorwiegend bekannte Arbeiterlieder gesungen, wegen ihrer Funktion als „Symbole der Identität und der Einheit". Nur Lieder, die in ihrem Text eng mit der Arbeiterbewegung verbunden waren, konnten solche identitätsstiftende Funktion erfüllen und die „Herauslösung der Angehörigen der Arbeiterbewegung aus der übrigen deutschen Gesellschaft" symbolisieren.[52] Gleichzeitig zeigten sich mit der Beschwörung einer besseren Zukunft durch ein der Natur und dem Handwerk entlehntes Vokabular deutliche Elemente bäuerlicher und handwerklicher Traditionen.[53] Die Bedrohung der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet durch Obrigkeit und Ruhrkapitalisten förderte bis 1914 die Vorherrschaft des Tendenzliedes. Daher kann also von einer entpolitisierenden Wirkung der Vereinsbildung im Freizeitbereich für die Gelsenkirchener Arbeitersänger nicht die Rede sein, sondern der Verein nahm entweder Aufgaben der verfolgten Partei oder der Gewerkschaften wahr oder diente über das Tendenzlied dazu, die Mitglieder auch gefühlsmäßig stärker an die Arbeiterbewegung zu binden. Ein Teil der Lieder, die die Arbeitergesangvereine zu bestimmten Anlässen sangen, wie bei Feiern oder auch bei wichtigen Versammlungen anderer Organisationen der sozialdemokratischen Bewegung (wie Generalversammlungen), erfüllten auch zeremonielle Funktionen und verliehen den Veranstaltungen einen feierlichen Charakter.[54]

Neben der Funktion der Identitätsstiftung kam den Liedern auch eine Propagandafunktion zu. Diese Funktion wurde von den Behörden erkannt, die wegen der Liedertexte die Vereine unter die politischen Organisationen subsumierten und damit schärferer Überwachung aussetzen konnten.[55] Die Lieder, die fast ausschließlich in der Form des Massengesangs dargeboten wurden, erzeugten ein Wir-Gefühl und enthielten die Aufforderung zum politischen Kampf. So definierte der Gau Westliches Westfalen des Arbeiter-Sängerbundes 1911 seine Aufgabe folgendermaßen[56]: „Deshalb pflegen sie (die Arbeitergesangvereine – S. G.) den Gesang nicht um schnöder Preisgegenstände, sondern um seiner selbst willen. Keine Lorbeeren wollen sie ernten, sondern dem Volke dienen. [. . .] Was er als klassenbewußter Arbeiter selbst denkt, weiss und fühlt, was er selbst zu verwirklichen erstrebt, das verherrlicht er im Gesang und begeistert damit zu weiteren Fortschritten die ringenden Klassenbrüder, die gleich ihm noch Unterdrückte sind. So ist der Freiheitsgesang gleich

52 V. Lidtke, Lieder, 1979, S. 56.

53 Vgl. R. Kannonier, Einige Gedanken, 1982, S. 43.

54 Vgl. V. Lidtke, Lieder, 1979, S. 57. Gewisse Entpolitisierungstendenzen waren wohl auf der Gauversammlung zu hören, als der Referent über die Frage der Verfolgung durch das Reichsvereinsgesetz meinte: „Die Gesangvereine haben heute die Gelegenheit und die Aufgabe, ganz ihrem eigenen Zwecke zu leben: Den Chorgesang zu möglichst hoher künstlerischer Entfaltung zu bringen." Polizeipräsident Bochum am 2.1.1913; in: HSTAD LA Essen 117, Bl. 199 ff.

55 Z. B. nach Urteil gegen Vorstandsmitglieder des Gelsenkirchener Arbeitergesang-Vereins „Freiheit" vom Königlichen Schöffengericht vom 27.7.1911, in: STAM Reg. M VII 49d. Vgl. V. Lidtke, Lieder, 1979, S. 57.

56 Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau WW, 1911, S. 12 f. Zum Massengesang und dessen solidarisierender Wirkung: A. Hellkuhl, 1983, S. 69.

Weck-, Mahn- und Kampfesruf für die Schlummernden, Trauernden, Trägen und Faulen, die nicht anders vorwärtskommen können, bis sie aufgeweckt und ihrer Menschenwürde bewußt sind." Zur Erfüllung der Funktionen des Tendenzliedes reichten bestehende musikalische Traditionen aus. Deswegen wurden oft die Melodien bekannter Lieder übernommen und die Texte geändert. Auch die Komponisten von neuen Melodien für Lieder der Arbeiterbewegung „schufen keinen besonderen musikalischen Stil, sondern blieben musikalisch gesehen in der Tradition der Komponisten, die schon jahrzehntelang für Männerchöre hymnenartige Gesänge, Märsche und sentimentale Melodien verfaßten"[57].

Teilweise ging die Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung über eine Propaganda- und Werbefunktion weit hinaus. So gestaltete der Gelsenkirchener Arbeitergesangverein „Freiheit" nicht nur Veranstaltungen wie Wahlrechtsversammlungen (1910), Märzfeiern (1911), Eröffnung der Generalversammlung der Freidenker (1911), Maifeiern (1910/11), sondern stellte 1898 der SPD zur Wahl sein Vereinslokal zur Verfügung und zahlte gelegentlich Streikunterstützung.[58]

Nicht nur in den Arbeitergesangvereinen wurde gesungen, sondern praktisch alle Organisationen brachten eigene Liederbücher heraus[59], was die Bedeutung des Liedgutes in der sozialdemokratischen Bewegung aufzeigte. Da die anderen Verbände weniger auf den künstlerischen Wert der Lieder achteten und die Arbeitergesangvereine aufgrund der von ihren Mitgliedern erfahrenen Unterdrückung auch an künstlerischer Entfaltung gehindert wurden, bzw. in eine eher kämpferische Richtung gedrängt wurden, dominierte vor dem Ersten Weltkrieg in der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens insgesamt das Tendenzlied. Im Tendenzlied konnte der Kampfwille, die Bereitschaft zur Auseinandersetzung, die Verspottung des Gegners und die Zukunftserwartung und -hoffnung ausgedrückt werden. Neben den Arbeiterliedern als Ausdruck gemeinsamen Kampfes gegen Verfolgung, Entrechtung, Unterdrückung und der allgemeinen Hoffnung auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit[60] „machte sich unter ihnen doch die von den bürgerlichen Männergesangvereinen übernommene Liedertafel breit". Hierzu trugen die nicht der Arbeiterklasse, sondern bürgerlichen Schichten angehörenden und entsprechend sozialisierten Dirigenten bei. Unter dem Einfluß der bürgerlichen Kultur wurde das Volksliedgut durch ehrgeizige Dirigenten verändert, indem es „in neuen Kompositionen mit oft ärgster Effekthascherei gesungen" wurde. So war die für die gesamte Arbeitersängerbewegung beobachtete Entpolitisierungstendenz im Raum Gelsenkirchen zumindest ansatzweise vorhan-

---

57 V. Lidtke, Lieder, 1979, S. 70; W. v. d. Will, R. Burns, 1982, S. 118; A. Hellkuhl, 1983, S. 50; H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 45.

58 Urteil gegen Vorstandsmitglieder des Gelsenkirchener Arbeitergesang-Vereins „Freiheit" vom Königlichen Schöffengericht vom 27.7.1911, in: STAM Reg. M VII 49d.

59 I. Lammel, 1984, S. 55 ff.; W. v. d. Will, R. Burns, 1982, S. 118 f.; V. Lidtke, Lieder, 1979, S. 58.

60 Vgl. D. Dowe, Arbeitersängerbewegung, 1979, S. 135.

den.[61] Allerdings separierten sich die Arbeitergesangvereine deutlich von den bürgerlichen Gesangvereinen, indem nach den Statuten des Arbeiter-Sängerbundes im Gau Westliches Westfalen die Beteiligung an Gesangswettbewerben untersagt und verboten wurde, Einladungen an bürgerliche Vereine auszusprechen oder von diesen anzunehmen.[62] 1913 hatte der Gau Westliches Westfalen des Arbeiter-Sängerbundes 118 angeschlossene Männerchöre, 21 gemischte Chöre und 21 Frauenchöre mit 3 556 männlichen und 810 weiblichen aktiven Mitgliedern.[63] Am Gaufest von 1911 in Dortmund hatten sich 2 100 Mitglieder beteiligt.[64]

Nachdem viele Arbeiter die Turnvereine als Orte geselliger Veranstaltungen und ausgleichender körperlicher Betätigung entdeckt hatten, erfolgte im Zuge der Differenzierung der Freizeitorganisationen auch die Trennung der *Arbeitersportvereine* von der bürgerlichen Sportbewegung, begründet im wachsenden Selbstbewußtsein der organisierten Arbeiter und im betont nationalistischen und antisozialdemokratischen Auftreten der bürgerlichen Vereine, die sich von ihren freiheitlichen Idealen der Revolutionäre von 1848 abgewandt hatten. Überregional schlossen sich die Arbeiter-Turnvereine 1893 im „Arbeiter-Turnerbund Deutschlands" zusammen. Der bürgerlich-nationalistischen „Deutschen Turnerschaft" durfte nach Beschluß des Nürnberger SPD-Parteitages von 1908 kein sozialdemokratischer Arbeiter mehr angehören. In der Zeit des Kaiserreiches erlebte der Arbeiter-Turnerbund einen enormen Aufstieg: Die Mitgliederzahl stieg von 10 655 im Gründungsjahr 1893 auf 186 958 im Jahr 1913.[65] In seiner Agitation versuchte der ATB der Deutschen Turnerschaft, der nach wie vor Hunderttausende Arbeiter angehörten, die Mitglieder abspenstig zu machen, indem er einerseits an die freiheitlich-demokratischen Traditionen von 1848 anknüpfte und andererseits den Wandel der bürgerlichen Führer der Deutschen Turnerschaft zu reaktionär-nationalistischer Gesinnung nachwies und ihnen aufklärerische, friedensstiftende und völkerverbrüdernde Zielsetzungen entgegensetzte.[66] 1912 schlossen sich die Arbeitersportverbände in der „Zentralkommission für Sport und Körperpflege" zusammen, die sich die systematische Agita-

---

61 ADGB Buer, 1979, S. 27 f. Vgl. D. Dowe, Arbeitersängerbewegung, 1979, S. 132 und 137. Zu Entpolitisierungstendenzen bei der Gauversammlung 1913 Polizeipräsident Bochum am 2.1.1913, in: HSTAD LA Essen 117, Bl. 199 ff.

62 Statut des Arbeiter-Sängerbundes vom 10.4.1910, in: STAM Reg. M VII 49d.

63 I. Lammel, 1984, S. 74 nach Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung 58 vom 15.5.1914. Vgl. A. Hellkuhl, 1983, S. 39.

64 Bezirks-Polizeikommissar Ge am 28.8.1911, in: STAM Reg. M VII 49d. Programm, in: A. Hellkuhl, 1983, S. 83.

65 H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 18 ff.; H. Timmermann, 1969, S. 14 und 17; H. J. Teichler, Nicht länger, 1987, S. 17 ff. Vgl. A. v. Saldern, Wilhelminische Gesellschaft, 1977, S. 474; G. Herre, ²1982, S. 189 ff.; S. Gehrmann, Fußball, 1988, S. 145 f.; R. Beduhn, Chronik, 1980, S. 12 f. F. Kühn, 1981, S. 20 ff. und 33 zur Organisation der Arbeitersportbewegung und S. 30 f. zur Wendung des bürgerlichen Sportes zum Nationalismus. Zur Abwendung von freiheitlichen Idealen: H. J. Teichler, Jahn, 1987, S. 9 ff.; H. Braun, 1987, S. 13 ff.

66 H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 26 ff.; P. Friedemann, Arbeitersport, 1987, S. 229; G. Herre, Arbeitersport, ²1982, S. 193 f. Vgl. W. v. d. Will, R. Burns, 1982, S. 90.

tion gegen die bürgerlichen Verbände zum Ziel setzte und als Dachorganisation neben Partei und Freie Gewerkschaften trat. Ihr schlossen sich der „Arbeiter-Turner-Bund", der „Arbeiter-Radfahrer-Bund", der 1906 gegründete „Arbeiter-Athletenbund", der 1909 gegründete „Arbeiter-Samariter-Bund", die „Naturfreunde", der „Arbeiter-Wassersport-Verband" und der „Verband Volksgesundheit", später noch der „Freie Segler-Verband" und der „Arbeiter-Schach-Bund" an.[67] Im sechsten Kreis des Arbeiter-Turnerbundes (Rheinland-Westfalen) erlebte die Arbeitersportbewegung einen raschen Aufstieg, der allerdings im Vergleich zu anderen industrialisierten Regionen Deutschlands, wie bei der Entwicklung der Sozialdemokratie beobachtet, spät einsetzte:

Tabelle 23: Entwicklung des Arbeiter-Turner-Bundes im 6. Kreis (Rheinland-Westfalen) 1907–1912[68]

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Vereine	67	94	122	141	155	152
Mitglieder ü. 14 J.	4 582	5 346	6 482	7 658	8 450	8 872
Turnerinnen	49	55	96	209	346	

Im Raum Gelsenkirchen wurden Arbeitersportvereine erst spät mit dem Erstarken der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende gegründet[69]: In der Stadt Gelsenkirchen gab es 1905 einen „Arbeiter-Turnverein Robert Blum" mit 48 Mitgliedern, in Anknüpfung an die 1848er Tradition benannt nach dem im November 1848 standrechtlich erschossenen Führer der demokratischen Linken in der Frankfurter Nationalversammlung. Dieser Verein zerfiel aber bis 1907, wahrscheinlich zugunsten der neugegründeten „Freien Turnerschaft" mit 44 Mitgliedern im Jahr 1907. Die „Freie Turnerschaft" traf sich im Gelsenkirchener Gewerkschaftshaus. Sie hatte 1909 zwei Turnabende pro Woche, führte drei Turnfahrten durch und konnte über vier Vorturner verfügen. 1910 hatte die Gelsenkirchener „Freie Turnerschaft" an 100 Tagen Turnbetrieb, wozu schon 12 Turnwarte zur Verfügung standen, und veranstaltete zwei Ausflüge. 1912 wurden sogar an 141 Tagen Turnabende durchgeführt und darüberhinaus fand

67 H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 111 ff.; G. Herre, Arbeitersport, ²1982, S. 202 f.; F. Kühn, 1981, S. 25 ff.; W. v. d. Will, R. Burns, 1982, S. 91; G. Hauk, Kartelle, 1987, S. 34. Vgl. zu den Verbänden: R. Zimmermann, Daten, 1987, S. 247-255.

68 Ab 1910 wird differenziert nach Mitgliedern und Vereinsangehörigen aufgrund des Vereinsgesetzes. Die Zahl der Vereinsangehörigen beinhaltet auch Jugendliche ab 14 Jahren. Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1907-1909, S. 122; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1910, S. 59; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1911, S. 64; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1912, S. 94 f.

69 Bezirkspolizeikommissar Ge am 11.9.1905, in: STAM Reg. A I 97; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 19.9.1906, in: STAM Reg. A I 98; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99; Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 22.8.1908; in: STAM Reg. A I 100; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1907-1909, S. 92; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1910, S. 34 f. Zur zeitlichen Verzögerung: G. Hauk, Boden, 1987, S. 63 f.; E. Kosok, 1988, S. 43.

auch das Spiel Eingang in die Aktivitäten des Vereins. Hier zeigte sich auch in Gelsenkirchen, daß die im bürgerlichen Sport auch Gelsenkirchens schon seit der Jahrhundertwende verbreitete Spielbewegung, insbesondere ab etwa der Jahrhundertwende der auch auf bürgerliche Anfänge zurückgehende Fußballsport, erst spät Eingang in den traditionsbewußten Arbeiter(turn)sport, der der Spiel- und Sportbewegung als individualistisch, unbeherrscht und zu sehr an Wettbewerb ausgerichtet ablehnend gegenüberstand, fand.[70] Weitere Gelsenkirchener Arbeitersportvereine waren der „Gelsenkirchener Turnverein 1863" und der „Arbeiter-Turn- und Sportverein Gelsenkirchen-Rotthausen", der 1911 gegründet worden war.[71] Letzterer Verein ging wahrscheinlich aus der mindestens seit 1909 bestehenden „Freien Turnerschaft Rotthausen", die sich wahrscheinlich 1910 „Arbeitersportverein Rotthausen" nannte, hervor.[72] 1913 wurde die „Freie Turn- und Sportvereinigung Buer" gegründet.[73] Im gleichen Jahr wurde der Arbeiter-Kraftsportverein „Spartania" in Buer gegründet.[74] 1912 wurde erstmals von einem „Arbeitersportverein Glückauf" in Horst mit 25 Mitgliedern berichtet.[75]

Wie alle Arbeiterorganisationen hatten die Arbeitersportler unter Lokalmangel zu leiden, so daß z. B. der Rotthausener Verein 1911 ohne Vereinslokal dastand.[76] Turnhallen oder eigene Räumlichkeiten standen den Arbeitersportlern nicht zur Verfügung wie der wegen der Benutzung eigener oder städtischer Hallen und Plätze wesentlich attraktiveren Deutschen Turnerschaft, die zudem in Gelsenkirchen schon seit den 1860er Jahren aktiv war.[77] Über die Aktivitäten der Arbeiterturner ist wenig überliefert, doch ist anzunehmen, daß sie, die durch Gegnerschaft zum bürgerlichen Sport und zur Obrigkeit als Verfolgte dastanden, mit dem Sport, der von systematischer Agitation begleitet war, auch eine Stärkung für den Klassenkampf und eine Minderung der schädlichen Folgen der Indu-

---

70 Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1912, S. 63 f. und 52. Vgl. zum Traditionsbewußtsein: Winkel, Turnen, 1927, S. 215; H. J. Teichler, Arbeitersport, 1984, S. 328; H. Bernett, Problem, 1985, S. 51; H. J. Teichler, Nicht länger, 1987, S. 24; H. J. Teichler, G. Hauk, 1987, S. 8; H. Bernett, Leichtathletik, 1987, S. 146. Ablauf von Turnstunden in: G. Hauk, Rührt Euch, 1987, S. 132 ff. und 137 f. zur Einschätzung der Spielbewegung. Zur Ausbreitung des Fußballsports „deutlich bürgerlich-mittelständischen Zuschnitts" bei allerdings steigendem Arbeiteranteil u. a. in Ge S. Gehrmann, Fußball, 1988, S. 56 f. und 9 ff. zu den Anfängen des Fußballsports. S. Gehrmann, Dokumentation, 1987, S. 62-66 nennt für 1914 keinen Arbeitersportverein mit Fußballabteilung in Ge.

71 Die Jahreszahl 1863 könnte auf die ADAV-Gründung oder auf die sozialdemokratische Eroberung eines bürgerlichen Sportvereins verweisen. Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 212. Winkel, Turnen, 1927, S. 215 nennt als ältesten Turnverein Gelsenkirchens den „Turnerklub 1874" der Deutschen Turnerschaft.

72 Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1907-1909, S. 93; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1910, S. 35.

73 Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 145.

74 Ebd., S. 146.

75 Vgl. Landrat Recklinghausen am 21.9.1912; Landrat Recklinghausen am 26.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4.

76 Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1911, S. 37.

77 Winkel, Turnen, 1927, S. 215.

striearbeit erreichen wollten.[78] Unter den Mitglieder der Arbeiterturnvereine im Raum Gelsenkirchen waren besonders viele jugendliche Arbeiter, die bereits ab 14 Jahren volle Vereinsrechte in den demokratisch strukturierten Arbeitersportvereinen erhielten.[79] Sowohl wegen der großen Anzahl Jugendlicher in den Arbeiterturnvereinen als auch wegen der Dienste, die die Arbeitersportbewegung der Sozialdemokratie für die Agitation erbrachte, und wegen der bedrohlichen Konkurrenz zu bürgerlichen Sportvereinen setzte mit der Vereinsgesetzgebung ab 1908 eine Phase verstärkter Verfolgung der Arbeitersportler ein.[80]

Das Wetturnen um Kränze, Diplome und Wertgegenstände in der Deutschen Turnerschaft wurde im Arbeiter-Turner-Bund ab 1895 immer wieder diskutiert, womit der Arbeitersport sein Bemühen um qualitativ andere, nicht-wettbewerbsorientierte Formen, d. h. neue Kulturelemente, zeigte.[81] 1901 wurde das Wetturnen abgelehnt, weil es den gesundheitsfördernden Zielen zuwiderlief, die Rücksichtslosigkeit des Wirtschaftsleben auf den Sport übertrug und für andere Aufgaben der Arbeiter wichtige Zeit beanspruchte. Die innerverbandliche Diskussion war jedoch nicht beendet. Zunächst wurde – allerdings ohne materielle Anreize – der sportliche Vergleich von Gruppen erlaubt.[82] Mittels Urabstimmungen beschäftigte sich auch die Mitgliedschaft mit der Wetturnfrage. In der Urabstimmung von 1907 zur Wetturnfrage stimmten von den Mitgliedern des sechsten ATB-Kreis (Rheinland-Westfalen) 1 627 Mitglieder aus 46 Vereinen ab. Das Einzelwetturnen wurde mit 1 318 gegen 315 (ATB gesamt: 23 819 gegen 16 195) Stimmen abgelehnt, das Verteilen von Kränzen mit 1 130 zu 177 Stimmen (ATB gesamt: 26 165 gegen 8 626) und das Verteilen von Diplomen mit 1 033 zu 271 Stimmen (ATB gesamt: 19 583 gegen 15 501).[83] Mit dem Vormarsch der Sport- und Spielbewegung bei den Arbeiterturnern setzte sich 1911 das sportliche Konkurrenzprinzip im Arbeitersport mit einer Dreiviertelmehrheit durch, und Einzelwettbewerbe wurden erlaubt, allerdings nur innerhalb einer veranstaltenden Körperschaft, d. h. Gastwettbewerbe blieben weiter untersagt.[84]

Bereits Anfang der 1890er Jahre gehörten bessergestellte Arbeiter bürgerlichen Radsportvereinen an. Da diese sich aber zur Aufgabe gemacht hatten, „in der Hauptsache dem Radrennsport zu huldigen und sich an

---

78 Vgl. H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 40 ff.; H. Bernett, Auseinandersetzung, 1987, S. 57; L. Pfeiffer, 1987, S. 140 f.

79 G. Herre, ²1982, S. 197 und S. 202, wonach 1914 etwa 50% der Mitglieder der Arbeiterturnvereine Jugendliche waren. Zur Anzahl der jugendlichen Arbeiterturner in Ge: Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1907-1909, S. 92 f.; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1910, S. 34 f.; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1911, S. 35 ff.; Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1912, S. 52.

80 G. Herre, ²1982, S. 199 ff.; H. Timmermann, 1969, S. 24 und 26. Vgl. H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 29 und 31 ff.

81 Vgl. D. Kramer, Arbeiterkultur, 1986, S. 13.

82 H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 49 ff.; H. Bernett, Problem, 1985, S. 53 und 56 ff.

83 Arbeiter-Turnerbund, Geschäftsbericht 1907-1909, S. 122.

84 H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 51; H. Bernett, Problem, 1985, S. 53; H. Bernett, Leichtathletik, 1987, S. 146 f.; G. Hauk, Fußball, 1987, S. 162.

allem möglichen patriotischen Klimbim zu beteiligen", wurden an einzelnen Orten getrennte Arbeiter-Radsportvereine gegründet oder von bürgerlichen Vereinen abgespalten. Diese schlossen sich im Oktober 1893 zum *„Arbeiter-Radfahrer-Bund"* zusammen.[85] Nach anfänglichen Schwierigkeiten mit dem Vereinsgesetz wurde im Mai 1896 in Offenbach die Arbeiter-Radfahrerorganisation als „Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität" neu konstituiert, und nun nahm der dem Vereinsgesetz entsprechend offiziell unpolitische Verein einen raschen Aufstieg, weil der Verband den Freizeitbedürfnissen der Arbeiter entgegen kam.[86]

Ähnlich wie an anderen Orten trugen sich im Jahr 1903, als der Arbeiter-Radfahrer-Bund reichsweit schon über 19 000 Mitglieder hatte[87], Mitglieder eines bürgerlichen Bueraner Radfahrer-Vereins mit dem Gedanken, sich dem im Ruhrgebiet um diese Zeit langsam Fuß fassenden Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" anzuschließen. So wurde die Gauleitung des Arbeiter-Radfahrer-Bundes beauftragt, in einer Versammlung dieses bürgerlichen Vereins zu erscheinen. In dieser Versammlung erklärte sich der größere Teil der Versammelten für den Anschluß an den Arbeiter-Radfahrer-Bund, woraufhin dem Verein das Lokal entzogen wurde.[88] Da die Frage des Vereinslokales nicht gelöst werden konnte, und sofort Schikanierungen der Polizei einsetzten, konnte ein Arbeiterradfahrerverein in Buer unter dem Namen „Sturmvogel" offiziell erst im Jahr 1906, als der Bund bereits 43 000 Mitglieder hatte, mit 16 Mitgliedern gegründet werden.[89] Um diesselbe Zeit, zwischen 1905 und 1907, wurde in Horst ein Zweigverein des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität" gegründet, der den Namen „Schwalbe" trug.[90] 1909 hatte der Bueraner Verein 42 Mitglieder, und, als in den beiden folgenden Jahren die Arbeiterradfahrervereine zu politischen Vereinen erklärt wurden, mußte auch der Verein in Buer seine Selbständigkeit aufgeben und wurde in eine Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität" umgewandelt, der 1908 die Mitgliederzahl von 100 000 überschritt.[91] Neben dem Horster und dem Bueraner Verein (45 Mitglieder) bestanden 1911 noch die Arbeiterradfahrervereine „Fahrwohl" in Buer (-Hassel) (40 Mitglieder) und „Vorwärts" in Beckhausen (20 Mitglieder), die sich wahrscheinlich im selben Jahr zusammenschlossen. Bis 1912 stieg nun die Mitgliederzahl dieses Vereins auf 185, so daß dieser sich zur besseren Agitation und Betreuung der Mitglieder gezwungen sah, örtliche Abteilungen zu bilden, wobei ihm im Zuge der Zentralisation auch

---

85 A. Frahnert, 1927, S. 9 ff.; K. Fischer, 1908, S. 6 ff.; R. Beduhn, Chronik, 1980, S. 15 und 17 ff.

86 A. Frahnert, 1927, S. 19 ff.; K. Fischer, 1908, S. 17 ff.; H. Timmermann, 1969, S. 15 f.; R. Beduhn, Solidarität, 1987, S. 119; R. Beduhn, Chronik, 1980, S. 19 ff.

87 A. Frahnert, 1927, S. 37.

88 Ebd., S. 31 f. und 39 f., wo von besonderer Verfolgung u. a. in Westfalen berichtet wird.

89 ADGB Buer, 1925, S. 32. Nach ARKFB „Solidarität" Buer, 1953, S. 5 bestand „Sturmvogel" schon seit 1898 und schloß sich 1903 der Solidarität an.

90 In Verw.-B. Stadt Ge 1955-57 (StA Ge 0/XXVI/3), S. 245 wird vom 50-jährigen Jubiläum des „Rad- und Kraftfahrerbundes Solidarität Gelsenkirchen-Horst" berichtet. Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M 43,3.

91 ADGB Buer, 1925, S. 32; A. Frahnert, 1927, S. 41 und 72; K. Fischer, 1908, S. 41 ff.

der selbständig gebliebene Verein „Vorwärts" in Buer-Beckhausen einverleibt wurde. Bis zum Kriegsbeginn unterhielt die Bueraner Ortsgruppe des ARFB Abteilungen in Hassel, Erle, Resse, Scholven und Beckhausen.[92] Die Bueraner wurden 1912 vom Kammergericht wegen Verstoßes gegen das Reichsvereinsgesetz zu einer Geldstrafe verurteilt.[93] Die Freien Radler beteiligten sich an allen Veranstaltungen der sozialistischen Organisationen und konnten bis zum Krieg ihre Ortsgruppe weiter ausbauen.[94]

Etwa gleichzeitig mit den Bueraner Bestrebungen zur Gründung eines Arbeiterradsportvereins, nämlich 1902, wurde in Gelsenkirchen eine Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrer-Bundes gegründet.[95] Dieser Gelsenkirchener Arbeiterradfahrerverein „Vorwärts" hatte im September 1905 bereits 47 Mitglieder.[96] Ein Jahr später bestand neben dem Verein „Vorwärts" mit nun 50 Mitgliedern der Arbeiterradfahrerverein „Frischauf", wahrscheinlich in Rotthausen, mit 15 Mitgliedern.[97] Ein Jahr später hatten sie 47 bzw. 15 Mitglieder.[98] 1908 erhöhte sich die Mitgliederzahl auf zusammen 80 Arbeiterradfahrer, wovon dem Verein „Vorwärts" 60 und „Frischauf" 20 angehörten.[99]

1908 spaltete sich vom 1880 gegründeten „Deutschen Freidenkerbund" der „Zentralverband deutscher Freidenkervereine" als sozialdemokratische Richtung des Freidenkertums ab, woraus auf der Generalversammlung 1911 in Gelsenkirchen der „Zentralverband proletarischer Freidenker" wurde.[100] Im Kaiserreich herrschte kein gutes Verhältnis zwischen Partei und *Freidenker-Verband*, da dieser im Unterschied zu sozialdemokratischer Programmatik einen rigoroseren Standpunkt vertrat, indem er es ablehnte, Religion als Privatsache aufzufassen, solange diese eine der Stützen von Staat und Reaktion sei.[101]

Von Neigungen zur Gründung eines Freidenker-Vereines wurde für die Stadt Gelsenkirchen schon 1907 berichtet.[102] Ein Jahr später hatte der in-

---

92 ADGB Buer, 1925, S. 32; Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M 43,3. Bis zum Weltkrieg wurden in den Augen der Behörden die einzelnen lokalen Vereine weitergeführt. Vgl. STAM Reg. M VII 44,4, Landrat Recklinghausen am 21.9.1911, in: STAM Reg. M VII 62t. Die Zentralisierung, d. h. das Bestehen eines Vereins je Ort, war vom Bundestag in Erfurt 1904 beschlossen worden. A. Frahnert, 1927, S. 38; K. Fischer, 1908, S. 38.

93 Der Verein wurde noch „Sturmvogel" genannt. Regierungspräsident Münster am 2.1.1913, in: STAM OP 5 811.

94 Allein 1913 wurden 100 Neuaufnahmen getätigt. ADGB Buer, 1925, S. 32. Zur Agitation des ARFB R. Beduhn, Chronik, 1980, S. 23 ff.

95 Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 213.

96 Bezirkspolizeikommissar Ge am 11.9.1905, in: STAM Reg. A I 97.

97 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 19.9.1906, in: STAM Reg. A I 98; F. Bajohr, Krupp und Kommune, 1988, S. 105.

98 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99.

99 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 22.8.1908, in: STAM Reg. A I 100.

100 J.-C. Kaiser, 1981, S. 102 zur Gründung des Zentralverbandes, 95 ff. zur Differenzierung von proletarischem und bürgerlichem Freidenkertum und 111 zur Umbenennung. Vgl. H. Wunderer, Freidenkertum, 1980, S. 4 f.; H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 58.

101 Vgl. J.-C. Kaiser, 1981, S. 116 f.; H. Wunderer, Freidenkertum, 1980, S. 15 ff.; H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 143 ff.

102 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 14.9.1907, in: STAM Reg. A I 99.

zwischen ins Leben gerufene Verein bereits 150 Mitglieder und wurde von Karl Wagner, der gleichzeitig Gauvorsitzender der Freidenker war, geleitet.[103] Ende 1910 hatte der Gelsenkirchener Freidenker-Verein 138 überwiegend (99%) bereits aus der Kirche ausgetretene Mitglieder, während der Gesamtverband 3 265 Mitglieder hatte.[104] In der Freidenker-Organisation sammelten sich insbesondere solche Sozialdemokraten, die aus ihrer sozialistischen Weltanschauung wie mit dem Kirchenaustritt auch persönliche Konsequenzen zu ziehen bereit waren. Die Radikalität zahlreicher Freidenker-Mitglieder zeigte sich später im Ersten Weltkrieg. Auch in Gelsenkirchen „neigten zahlreiche Freidenker, die gleichzeitig Mitglieder der Partei waren, zu der sich formierenden unabhängigen Fraktion, von deren antireformistischen Kurs sie auch mehr Konsequenz und Radikalität in der Bekämpfung von Christentum und Staatskirche erwarteten"[105].

Aus der schon früh nicht nur in der sozialistischen Arbeiterbewegung verbreiteten Erkenntnis, daß Wissen Macht bedeuten und zur Aneignung von Wissen Lesen beitragen könnte, schafften sich einzelne gewerkschaftliche Ortsgruppen oder Zahlstellen des Bueraner Raumes bald nach ihrer Entstehung kleinere eigene *Bibliotheken* an. Durch die Bildung des Bueraner Ortskartells der Freien Gewerkschaften konnte dann im Sommer 1910 eine gemeinsame Bibliothek eingerichtet werden, die zunächst bis 1920 im Tagungslokal an der Hagenstraße (Wilhelm Rahkob, vorher Bredenbrock) untergebracht wurde. Trotz des Stolzes auf die eigene Bibliothek blieb die Leserzahl und die Zahl entliehener Bücher im Verhältnis zur Mitgliederzahl des Ortskartells relativ gering[106]:

Tabelle 24: Zahl der Leser und der entliehenen Bücher der Bibliothek des Ortskartells Buer der Freien Gewerkschaften 1910–1918

	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Leser	28	58	75	71	50	32	48	69	75
Bücher	126	216	342	234	168	140	170	350	410

103 Polizeiverwaltung und Oberbürgermeister Ge am 22.8.1908, in: STAM Reg. A I 100; Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M 43,3; Überwachungsbericht der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Freidenker am 16. und 17.4.1911 in Ge, in: STAM Reg. M VII 62q.

104 Überwachungsbericht der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Freidenker am 16. und 17.4.1911 in Ge, in: STAM Reg. M VII 62q.

105 Allgemein J.-C. Kaiser, 1981, S. 126. So entstammten der Freidenker-Bewegung Gelsenkirchens z. B. Karl Wagner, der zunächst der USPD, dann der KPD und auch der Neunerkommission zur Sozialisierung des Ruhrbergbaus angehörte, und August Woczek, der spätere führende Unabhängige Gelsenkirchens und Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates. Bericht über den sozialdemokratischen Bezirksparteitag für das Westliche Westfalen am 18. und 19. Juli in Recklinghausen vom 20.7.1914, in: STAM Reg. M VII 62a.

106 ADGB Buer, 1925, S. 29 ff. 1910 nur 6 Monate, 1918 nur 9 Monate.

Über die Bestände der Bücherei ist leider nichts bekannt, doch standen wie bei Büchereien der Arbeiterbewegung insgesamt wahrscheinlich eher Romane als Schriften zur Theorie des Sozialismus und Parteiliteratur im Vordergrund des Leser-Interesses. Die geringe Leserzahl spricht im übrigen für sich. Die Erwartung, einen lesenden Arbeiter vorzufinden, entsprach jedoch einerseits dem Ideal der Führung der Arbeiterbewegung und andererseits dem bürgerlichen Bildungsverständnis, welches das Lernen durch alltägliche Klassenerfahrungen und Solidarisierungsprozesse vernachlässigte.[107] Als Lesestoff kam den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Zeitungen dagegen größere Bedeutung zu; sie wurden von bis zu 30% der sozialdemokratischen Wählerschaft abonniert.[108]

Eng verbunden mit der Herausbildung von Organisationen der Arbeiterklasse war der Gedanke der Produktivassoziationen, d. h. von Selbsthilfeunternehmen. Die Arbeiterverbrüderung hatte darin eines der Hauptmittel zur Emanzipation des Vierten Standes gesehen.[109] Große Teile der Führer der Arbeiterbewegung befürworteten in Anlehnung an Marx und an Lassalle Produktivassoziationen; *Konsumgenossenschaften* dagegen lehnten sie als nicht systemverändernd und die soziale Lage der Arbeiter nicht grundlegend verbessernd ab. Darüberhinaus äußerten sich in der Ablehnung der Konsumgenossenschaften die Ablehnung eines kleinbürgerlichen Krämergeistes, die Furcht, die Kleinhändler zu verprellen, und die Scheu vor dem geschäftlichen Risiko. Noch der SPD-Parteitag in Hannover im Jahr 1899 beschloß, vom Aufschwung der Konsumgenossenschaften längst überrollt, eine neutrale Haltung der Partei gegenüber den Genossenschaften und maß ihnen „keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei", sah in ihnen aber „ein geeignetes Mittel zu Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten"[110]. Auch die Freien Gewerkschaften gingen offiziell erst auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß von 1905 zu einer Unterstützung der Konsumgenossenschaftsbewegung über, als diese bereits etwa eine Million Haushalte erfaßte. Erst der Internationale Sozialistenkongreß 1910 in Kopenhagen forderte offiziell zur Mitarbeit in der Konsumgenossenschaftsbewegung auf, weil sie eine wirksame Waffe sei, obwohl sie keine Befreiung der Arbeit herbeiführen könne. Der folgende sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg schloß sich dieser Position an.[111]

---

107 Vgl. H.-J. Steinberg, Lesegewohnheiten, 1981, S. 278 f.; H.-J. Steinberg, Marx, 1984, S. 70 ff.

108 H.-J. Steinberg, Marx, 1984, S. 100.

109 K. Novy, M. Prinz, 1985, S. 17; H. Faust, [3]1977, S. 453; G. Huck, Arbeiterkonsumverein, 1978, S. 218.

110 H. Faust, [3]1977, S. 464 f. Vgl. G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, [2]1963, S. 218 f.; A. v. Saldern, Wilhelminische Gesellschaft, 1977, S. 472.

111 K. Novy, Genossenschaftsbewegung, 1983, S. 8 f.; K. Novy, M. Prinz, 1985, S. 29; A. Mersmann, 1985, S. 23 ff.; H. Faust, [3]1977, S. 465; O. Dorth, 1913, S. 47 f. und 50 f.; G. Huck, Arbeiterkonsumverein, 1978, S. 236.

Auf dem Genossenschaftstag 1902 spaltete sich die deutsche, bisher einheitliche Genossenschaftsbewegung, und der größere Teil der Konsumvereine verließ den stark mittelständisch geprägten Allgemeinen Verband und bildete 1903 den „Zentralverband deutscher Konsumvereine", der nun der sozialdemokratischen Bewegung trotz des Anspruchs auf Neutralität nahestand und die vierte Säule der modernen Arbeiterbewegung neben Partei, Gewerkschaften und Arbeiterkulturbewegung bildete.[112] Im Jahr 1910 hatte der dem Zentralverband angeschlossene „Verband rheinisch-westfälischer Konsum- und Produktivgenossenschaften" 59 Mitgliedsvereine mit 135 100 Mitgliedern.[113] Im Ruhrgebiet standen der Etablierung der Konsumgenossenschaftsbewegung die Unstetigkeit der Lebensverhältnisse und die hohe Fluktuation der Bevölkerung und die Konkurrenz der Konsumanstalten der großindustriellen Werke entgegen, so daß die Verbraucherbewegung nach mißglückten Versuchen erst um die Jahrhundertwende im Ruhrgebiet richtig Fuß fassen konnte.[114] Schon 1890 hatte der Alte Verband auf seiner Generalversammlung am 11. Mai den Aufbau einer eigenen Konsumgenossenschaft mit Sitz in Gelsenkirchen beschlossen und in seinen Vorstand u. a. den Gelsenkirchener Brodam berufen. Der Verein erhielt den Namen „Konsumverein rheinisch-westfälischer Bergleute Glückauf"[115]. Mit dem raschen Niedergang der Bergarbeitergewerkschaft ging dieser auch wegen der Unerfahrenheit seiner Führung und des Versuchs, sich rasch über das ganze Revier auszubreiten, schon 1894 in Konkurs und wurde von der 1894er Generalversammlung des Alten Verbandes, der ein 16 000 Mark-Darlehen verlor, offiziell aufgelöst.[116] Zu ihrer Blütezeit im Jahr 1893 hatte die Konsumgenossenschaft 13 Verkaufsstellen, eine davon in Gelsenkirchen sowie zwei Bäckereien und eine Kaffeerösterei in Gelsenkirchen.[117] In Buer scheiterte 1907 ein Versuch zur Gründung eines Konsumvereins am Lokalmangel.[118] Erfolgreich war dann

---

112 Im Zentralverband waren 1914 1109 Vereine mit über 1,7 Millionen Mitgliedern und über 30 000 Beschäftigten zusammengeschlossen. K. Novy, M. Prinz, 1985, S. 18 ff. und 29; D. Fricke, Arbeiterbewegung, 1976, S. 774 ff. Vgl. H. Faust, [3]1977, S. 472 f.; A. v. Saldern, Wilhelminische Gesellschaft, 1977, S. 472 f. In Rheinland-Westfalen waren 5 Vereine angeschlossen worden und 2 traten aus. O. Dorth, 1913, S. 6 f.; D. Bronder, 1952, S. 35 und 191; A. Mersmann, 1985, S. 23. Vgl. U. Bimberg, 1985, S. 41; J. Dzudzek, Herren, 1988, S. 96.

113 O. Dorth, 1913, S. 5 und 25 und 48, wonach vier Fünftel der Mitglieder Sozialdemokraten waren.

114 25 Jahre Konsumverein „Eintracht", 1927, S. 3. Vgl. zur Notwendigkeit einer längerfristigen Lebensplanung D. Langewiesche, Arbeiterkultur, 1984, S. 15.

115 O. Hue, Die Bergarbeiter, 1913, S. 394; H. Imbusch, 1908, S. 340. Vgl. STAM OP 2 830,1; G. Huck, Arbeiterkonsumverein, 1978, S. 229; J. Dzudzek, Herren, 1988, S. 94.

116 O. Hue, Die Bergarbeiter, 1913, S. 450 f. In Zeitungsartikeln wurde u. a. der Gelsenkirchener Jacob Brodam finanzieller Unregelmäßigkeiten bezichtigt. H. Imbusch, 1908, S. 341 f., 345 f., 359 und 360. Vgl. G. Huck, Arbeiterkonsumverein, 1978, S. 230 f.; J. Dzudzek, Herren, 1988, S. 95.

117 G. Huck, Arbeiterkonsumverein, 1978, S. 231; STAM OP 2 830,1 zum Geschäft an der Gelsenkirchener Kirchstraße. Vgl. J. Dzudzek, Herren, 1988, S. 95.

118 Regierungspräsident, Betrifft: Die sozialdemokratische und anarchistische Bewegung, vom 29.11.1907, in: STAM Reg. M 43,3.

eine Gründung um die Jahrhundertwende. In Gelsenkirchen hatte sich der „Allgemeine Konsumverein für Gelsenkirchen-Schalke" im Jahr 1901 gegründet. 1908 verfügte der Verein über 2 897 Mitglieder und Mitte 1910 über 14 Verkaufsstellen, wo die von der „Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine" bezogenen Waren verteilt wurden. Der Gelsenkirchener Konsumverein versorgte auch Buer, und eine seiner Verkaufsstellen lag in Horst.[119] Der Gelsenkirchener Konsumverein wurde 1910 mit dem Essener Konsumverein „Eintracht", der 1902 von Kruppschen Arbeitern gegründet worden war und durch die Übernahme anderer Konsumvereine zu einem großen Bezirkskonsumverein gewachsen war, zu einer leistungsfähigeren Einheit zusammengeschlossen, wie überhaupt im Ruhrgebiet durch Zusammenschlüsse wenige große, leistungsfähige und der Konkurrenz der privaten Händler und der betrieblichen Konsumanstalten gewachsene Konsumvereine entstanden.[120] Bis Kriegsausbruch wurden neben der Verkaufsstelle 58 weitere im Bueraner Gebiet eröffnet: Verkaufsstelle 68 an der Bismarckstraße, Verkaufsstelle 82 an der Ewaldstraße, Verkaufsstelle 92 an der Mährfeldstraße, Verkaufsstelle 96 an der Essener Straße und Verkausstelle 104 an der Niefeldstraße.[121] 1911 hatte die „Eintracht" in Buer 1 100 Mitglieder bei einer Gesamtmitgliederzahl von 30 597 Ende März.[122] Ab 1911 wurde in der Gelsenkirchener Freiligrathstaße eines der Zentrallager des Konsumvereins für mehr als eine Viertelmillion Mark errichtet.[123] Daneben verfügte der Konsumverein „Eintracht" noch vor dem Ersten Weltkrieg über weitere zwei Zentrallager in Duisburg und Essen, eine Großmühle, zwei Großbäckereien, eine Molkerei, eine Schweinemastanstalt, eine Kaffeerösterei, eine Selterswasserfabrik, zwei Reparaturwerkstätten und 117 Verteilungsstellen. Die Genossenschaft hatte über 40 000 Mitglieder, beschäftigte knapp 1 000 Menschen und erreichte einen Umsatz von über 15 Millionen Mark.[124] Wegen der Verfolgung durch Unternehmer und Behörden blieben die Konsumvereine, die dem Zentralver-

---

119 ADGB Buer, 1925, S. 20; G. Huck, Arbeiterkonsumverein, 1978, S. 234: Mitgliederentwicklung: 1903 – 261, 1904 – 358, 1905 – 782, 1906 – 1 362. Vgl. J. Dzudzek, Herren, 1988, S. 97

120 Bis 1920 hieß der Essener Konsumverein Bürger- und Arbeiterkonsumverein „Eintracht". 1904 verschmolz „Eintracht" mit dem Essener Konsumverein „Vereinigung" und übernahm den in Konkurs gegangenen Konsumverein von Mülheim. Weiter folgten die Verschmelzung mit der Bäckereiproduktivassoziation „Volkswohl" in Rüttenscheid, mit dem Konsumverein für Duisburg und Umgebung (1908), dem Konsumverein für Ruhrort und Umgebung (1909), dem Konsumverein „Unitas" in Dellwig (1909) und dann die mit dem Gelsenkirchener Verein. In den 1920er Jahren wurden noch die Beamtengenossenschaft „Merkur" in Mülheim (1922), der Konsumverein für Wesel und Umgebung (1924) und der Beamtenkonsumverein (1925) in Wesel übernommen. 25 Jahre Konsumverein „Eintracht", 1927, S. 4 ff.; O. Dorth, 1913, S. 18 f. und 55; J. Dzudzek, Herren, 1988, S. 97 f.

121 ADGB Buer, 1925, S. 20; Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M 43,3.

122 Landrat Recklinghausen am 23.9.1911, in: STAM Reg. M 43,3; Regierungspräsident Münster, Betrifft die Arbeiterbewegung, insbesondere die sozialdemokratische, anarchistische und Polenbewegung vom 7.11.1911, in: ebd., auch in: STAM OP 5 856. Vgl. Polizeiverwaltung Buer am 16.9.1912; Polizeiverwaltung Buer am 20.9.1913, in: STAM Reg. M VII 44,4.

123 25 Jahre Konsumverein „Eintracht", 1927, S. 8.

124 Ebd., S. 9; O. Dorth, 1913, S. 30 f.

band angeschlossen waren, trotz ihres Anspruches auf politische Neutralität weitgehend auf die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie beschränkt.[125] Die Zusammensetzung der Mitgliedschaft des Bürger- und Arbeiterkonsumvereins „Eintracht" zeigte also ein Bild der sozialdemokratischen Anhängerschaft:

Tabelle 25: Berufsstruktur der Mitglieder des Bürger- und Arbeiterkonsumvereins „Eintracht" 1914[126]

Bergarbeiter	19 492	44,7 %
Metallarbeiter	5 032	11,5 %
Fabrikarbeiter	4 021	9,2 %
Bauarbeiter	2 851	6,5 %
Hilfsarbeiter	2 802	6,4 %
Handels- und Transportarbeiter	1 348	3,1 %
Holzarbeiter	1 259	2,9 %
Maschinisten, Heizer	1 024	2,3 %
Sonstige Arbeiter	2 074	4,8 %
Arbeiter insgesamt	39 903	91,4 %
gewerbl. Angestellte	2 182	5,0 %
Selbstständige	1 543	3,5 %
zusammen	43 628	99,9 %

Der Konsumverein „Eintracht" bemühte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg um eine arbeiterfreundliche Gestaltung der Arbeit und damit um eine Vorbildfunktion: Er zahlte die höchsten Löhne des Bezirks, gewährte bis zu 14 Tagen Urlaub und hatte das Dreischichtensystem mit einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden, einschließlich 20 Minuten Pause, eingeführt.[127] Neben ihrer preisregulierenden Funktion bemühte sich die „Eintracht", durch ihre Eigenproduktion Fortschritte in der Qualität der Waren zu erzielen.[128]

c) Elemente sozialdemokratischer Kultur am Vorabend des Ersten Weltkrieges

Die – von ersten Ansätzen abgesehen – relativ spät entstandene und erst ab Beginn des 20. Jahrhunderts erstarkende sozialdemokratische Bewegung des Raumes Gelsenkirchen hatte am Vorabend des Ersten Weltkrieges

125 Vgl. Polizeipräsident Essen am 30.11.1910, in: HSTAD LA Esssen 118, Bl. 1, wo auch die Zurverfügungstellung von Wahlkampfgeldern durch die „Eintracht" behauptet wird. Vgl. zum Ausscheiden anderer sozialer Gruppen aus der „Eintracht": J. Dzudzek, Herren, 1988, S. 99.

126 G. Huck, Arbeiterkonsumverein, 1978, S. 243.

127 O. Dorth, 1913, S. 28. Vgl. U. Bimberg, 1985, S. 52 ff.

128 Vgl. O. Dorth, 1913, S. 42; U. Bimberg, 1985, S. 46 f.

eine Reihe von Wertvorstellungen, Verhaltensnormen und kulturellen Gewohnheiten herausgebildet, und eine Reihe typischer Erfahrungen prägten das kollektive Bewußtsein sozialdemokratisch orientierter Arbeiter. Diese waren neben den spezifischen sozioökonomischen und politischen Bedingungen Voraussetzungen für die Reaktion auf den Ersten Weltkrieg und die Ereignisse und Entwicklungen in seinem Gefolge und damit von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Weimarer Republik.

Die angesichts der Arbeitermassen relativ schwache Freie Gewerkschaftsbewegung teilte das Selbstverständnis des überwiegenden Teils der Freien Gewerkschaften als sozialpolitisch-wirtschaftliche Interessenvertretung, wahrte wegen der Stärke christlich-katholischer Orientierungen politische Neutralität und setzte nach der Streikniederlage von 1912 noch stärker auf „friedliche" Konfliktregelung. Besonders die Bergarbeitergewerkschaft erlangte bis zum Kriegsausbruch bei den auf den „Herr-im-Haus"-Standpunkt beharrenden Ruhrkapialisten keine Anerkennung als Verhandlungspartner.[1] Aufgrund der Haltung der Ruhrkapitalisten und der streng hierarchischen Arbeitsorganisation erlebten die Arbeiter kapitalistische Unterdrückung ungemindert und tagtäglich. Die sozialpolitisch-reformistische Gedankenwelt des freigewerkschaftlich organisierten Kerns der Ruhrarbeiter und die permanente Unterdrückungserfahrung der Masse der Arbeiter bargen den Keim einer Differenzierung in sich. Darüberhinaus bestand ein partielles Auseinanderklaffen zwischen den Erfahrungen der Bergarbeiter, die angesichts unmittelbarer Konflikte im Arbeitsbereich individuelle Ausweichstrategien, z. B. raschen Arbeitsplatzwechsel, praktizierten und Gegenwehr mittels informeller Kommunikations- und Solidarstrukturen, die sich in Kameradschaften oder im Kostgängerwesen konkretisierten, betrieben, und der Gewerkschaft, die ihre einzige Chance im Aufbau einer schlagkräftigen und disziplinierten Organisation sah, um Unternehmern und Obrigkeit Zugeständnisse abzuringen. Hoher Mobilität als individueller Strategie stand somit der Wunsch nach Einschränkung der rechnerisch jährlich den gesamten Mitgliederstand erneuernden Fluktuation und der Einsicht in die Notwendigkeit von Disziplin gegenüber, d. h. die Verhaltensformen in der Arbeiterkultur unterschieden sich eklatant von denen der (gewünschten) Arbeiterbewegungskultur.[2]

Nach zahlreichen gescheiterten Versuchen der Organisationsbildung, nach der Verfolgung durch das Sozialistengesetz und der bis zum Ersten Weltkrieg nicht endenden Verfolgung sozialdemokratischer Organisationsbestrebungen[3] erhielt die Arbeit in Organisationen und deren Ausbau

---

1 P. v. Oertzen, Betriebsräte, [2]1976, S. 40. Vgl. F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 233.

2 F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 208 und 239; F.-J. Brüggemeier, Kumpel, 1985, S. 129; F. J. Brüggemeier, Volle Kost, 1979, S. 172 f. Vgl. A. Klönne, Sozialdemokratie, 1985, S. 72; am Beispiel Hamburger Hafenarbeiter: M. Grüttner, 1984, S. 254; D. Geary, 1983, S. 76 f.

3 Zur Bedeutung der Repression, die die Sozialdemokratie in ihrer „take-off-Phase" traf, K. Rohe, Verspätete Region, 1982, S. 242. Zur Unterdrückung als wesentliche Bedingung der Entstehung einer Gegenkultur: G. Storm, M. Scholing, A. Frohmann, 1986, S. 318.

in den Augen der Organisationseliten über Fragen effektiver Interessenvertretung hinaus einen Eigenwert und war deutlich gegenkulturell geprägt. Die Bekämpfung der Organisationen durch die Gegner steigerte den Wert der Organisierung in den Augen der Bedrängten. Dagegen verließen viele Bergarbeiter nach der Streikniederlage von 1912 die Organisationen, die sich als nicht erfolgreich erwiesen hatten, und maßen der Organisierung keinen Eigenwert bei.

Die hohe Fluktuation und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch den preußischen Obrigkeitsstaat und eine auf ihrem „Herr-im-Haus"-Standpunkt beharrende Klasse von Ruhrkapitalisten schufen einen Kern von „durch's Feuer gegangenen Sozialdemokraten". Im Verhältnis zur aktiven Arbeiterklasse dürfte dieser Kern relativ alt gewesen sein, wie u. a. lange Amtszeiten von Funktionären zeigten. Damit bestand auch altersmäßig eine Differenz zwischen einem großen Teil der aus eher jüngeren Zuwanderern bestehenden Ruhrarbeiter und dem sozialdemokratischen Organisationskern.

Das Verhältnis der gewerkschaftlichen Organisationen zur Obrigkeit war ambivalent, da einerseits seit der sogenannten Liberalisierung des Bergbaus überkommene Vorstellungen eines Staates mit sozialordnender Funktion fortwirkten und in Arbeiterausschüssen, Gewerbegerichten, Einigungsämtern, Arbeitsnachweisen und Ansätzen von Sozialpolitik (wieder) materielle Grundlagen für sozialintegrative Vorstellungen bestanden und andererseits staatliche Institutionen als Helfershelfer einer reformunwilligen, besonders reaktionären Unternehmerschaft erfahren wurden wie zuletzt beim Bergarbeiterstreik von 1912.[4] So verfehlte die mit der Repressionspolitik des Obrigkeitsstaates verbundene Sozialpolitik zwar „weitgehend ihre unmittelbare Wirkung auf die Arbeiter"[5], hatte aber Gewöhnungseffekte für eine sozialintegrative Mitarbeit in korporatistischen Institutionen, die zudem an Traditionen staatlicher Bergbauleitung anknüpfen konnte.

Das Ansteigen von Mitgliederzahlen, Wahlerfolge usw. schufen weitere ambivalente Hoffnungen auf die Wandlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft, die in den süddeutschen Etatbewilligungen von Sozialdemokraten deutlich geworden waren.[6] In der Entwicklung ihrer Organisation und in den Wahlergebnissen der letzten Vorkriegsjahren erlebte die Ruhrgebiets-Sozialdemokratie einen späten, aber umso schnelleren Aufstieg, der einen blinden Glauben an die absehbare Übernahme der Macht nähren mußte.[7] Dieser Glaube an eine (baldige) sozialistische Zukunft wurde mitgetragen

---

4 Vgl. G. A. Ritter, Staat, 1980, S. 20 und 64; A. v. Saldern, Wilhelminische Gesellschaft, 1977, S. 497 ff. zu sozialintegrativen Organisationsmodellen von Anfängen von Sozialpolitik und deren Wirkungen. Vgl. K. Tenfelde, Probleme, 1980, S. 1056 f.; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 14.

5 G. A. Ritter, Staat, 1980, S. 45.

6 A. v. Saldern, Wilhelminische Gesellschaft, 1977, S. 470. Vgl. D. Geary, 1981, S. 63.

7 Vgl. P. von Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 45; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 12 ff. Eine „Rekrutierungsgrenze" war im Ruhrgebiet nicht erreicht, wie dann auch die Nationalversammlungswahlen zeigten. Vgl. M. R. Lepsius, Parteiensystem, 1973, S. 65.

und gefördert durch die relative Abwesenheit einer theoretischen Debatte. In der Analyse der Geschichte der Organisationen der sozialdemokratischen Bewegung konnten „große Theoriedebatten" kaum nachgewiesen werden. Grundsätzlich dürfte Helga Grebing auch die Gelsenkirchener Situation richtig beschreiben[8]: „Es ist also nicht ‚der Marxismus' als Theorie zur Handlungsanleitung übernommen worden; akzeptiert wurde vielmehr ein Theorie-Konglomerat von plausiblen Sentenzen und affektiv untermauerten Sätzen. [...] Was man bei Marx zu finden glaubte, war die Gewißheit über den zwangsläufigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und den Sieg des Sozialismus."

Eine weitere Folge der staatlichen Repression und der Unterdrückung der Ruhrkapitalisten war der Druck auf die sozialdemokratische Bewegung, sich fast ausschließlich defensiv und legalistisch zu verhalten, um nicht härteste Maßnahmen zu provozieren. Die Anpassung an bürgerliche Einstellungs- und Verhaltensnormen und an einen strikten Legalismus überhaupt wurde so erheblich gefördert.[9] So orientierte sich Agitation und Propaganda der sozialdemokratischen Partei in Gelsenkirchen wie im gesamten Reich stark an der erfolgreichen Durchführung von Wahlen und Wahlrechtskampagnen. Wahlen erschienen aufgrund der permanenten Aufwärtsentwicklung im Zusammenwirken mit Vorstellungen vom naturnotwendigen Untergang des Kapitalismus als probates Mittel der Machteroberung. Durch die Zulassung der Sozialdemokratie zu den Wahlen während des Sozialistengesetzes war zudem schon früh die politische Taktik der Bewegung auf die parlamentarische Tätigkeit konzentriert worden.[10]

Trotz aller Erfolge hatte es die sozialdemokratische Bewegung Gelsenkirchens bis zum Krieg nicht vermocht, den christlich-katholischen Einfluß entscheidend zurückzudrängen. Nicht nur bei Wahlen, sondern auch in der gesamten Organisationstätigkeit brach der konfessionelle Faktor den Klassenfaktor[11] und zwar stärker im traditionell katholischen Norden, wo der Anteil der Katholiken sich durch die Zuwanderung noch nicht so stark verringert hatte, als in der Stadt Gelsenkirchen, wo die Anteile der Konfessionen sich nahezu angeglichen hatten. Die Wahlergebnisse bestätigen für die Stadt Gelsenkirchen im Süden Karl Rohes Annahme ei-

---

8 H. Grebing, Arbeiterbewegung, 1985, S. 82. Zum Charakter des Marxismus als Integrationsideologie P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 13. Vgl. G. A. Ritter, Deutsche Parteien, 1973, S. 311.

9 Vgl. P. Friedemann, Feste, ²1982, S. 185.

10 Vgl. G. A. Ritter, Staat, 1980, S. 39; G. A. Ritter, Deutsche Parteien, 1973, S. 311; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 17; D. Geary, 1983, S. 106; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 25.

11 Vgl. wahlsoziologisch: K. Rohe, Katholiken, 1986, S. 43; K. Rohe, Vorgeschichte, 1985, S. 25. So kommt Rohe zu der Bezeichnung des historischen Nordrhein-Westfalen als „sozialdemokratisch verspätetes Land" (S. 23). Vgl. K. Rohe, Verspätete Region, 1982, S. 231 und 233 ff.; „späte politische Region" in: K. Rohe, Vom alten Revier, 1979, S. 24. „Historische Verspätung" bei K. Rohe, Armenhaus, 1987, S. 509. Zum „Katholikenfaktor" im Ruhrgebiet: K. Rohe, Konfession, 1981, S. 110. Vgl. M. R. Lepsius, Parteiensystem, 1973, S. 74. Vgl. G. Hauk, Boden, 1987, S. 63.

nes „Protestantenfaktors", da sich hier die Stichwahlen zwischen Nationalliberalen und SPD abspielten, während das Zentrum auf Platz 3 blieb.[12] Anzunehmen ist jedoch, daß nicht nur die Konfessionslinie die Wahl der Nationalliberalen in der Stadt Gelsenkirchen bestimmte, sondern auch die patriarchalisch-sozialkonservative und nationale Haltung von protestantischen Einheimischen aus dem Ruhrgebiet und agrarisch-patriarchalisch geprägten Zuwanderern (z. B. Masuren), die mit den Kandidaten der Nationalliberalen gleichzeitig ihre Fabrikherren wählten.[13] Gerade im Gelsenkirchener Süden hatten die evangelischen Zechenherren bevorzugt evangelisch-pietistische Masuren angeworben, und dort kooperierten evangelischer Arbeitervereine, Zechenherren und Nationalliberale eng miteinander, während eine gewerkschaftliche Organisierung nicht gelang.[14]

Trotzdem war in den Jahren seit der Jahrhundertwende ein deutlicher Einflußgewinn der SPD feststellbar. Nach den Wahlergebnissen wurde die SPD Massenpartei, nicht nach der Mitgliederzahl und auch nicht nach dem Grad der Entfaltung kultureller Bestrebungen, womit der Raum Gelsenkirchen sich von den Zentren der Sozialdemokratie in Mitteldeutschland, um Berlin und in Hamburg und wohl auch – weniger deutlich – von den „Zentren" der Ruhrgebiets-Sozialdemokratie unterschied. Aufgrund der späten Entfaltung von Partei und Gewerkschaft und aufgrund der Verfolgung war die sozialdemokratische Bewegung im Raum Gelsenkirchen noch nicht sehr breit entfaltet und band nur geringe Teile ihrer Wähler und der Gelsenkirchener Arbeiter in ihre Aktivitäten ein. Die Sozialdemokratie hatte also vor dem Ersten Weltkrieg den Charakter einer Sammlungsbewegung für verschiedene Protestpotentiale, die dem Zuwandererstrom und dem (wahlberechtigten) Teil der hochmobilen Arbeiter entstammen mußten, da diese durch das katholische Zentrum oder die sozialkonservativen Nationalliberalen nicht oder nicht schnell genug gebunden werden konnten oder die, wie die polnisch sprechenden Zuwanderer, deren Sonderinteressen auch von Kirche und Zentrum zu wenig berücksichtigt wurden, aufgrund ihrer gesellschaftlichen Außenseiterposition die Oppositionshal-

---

12 K. Rohe, Katholiken, 1986, S. 45; K. Rohe, Vorgeschichte, 1985, S. 26 ff., K. Rohe, Konfession, 1981, S. 110; K. Rohe, Verspätete Region, 1982, S. 239 f.; K. Rohe, Armenhaus, 1987, S. 510.

13 Ab 1912 vertrat der nationalliberale Bergmann Karl Heckmann den Wahlkreis Bochum-Ge im Reichstag. Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 61. Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 143; H. Überhorst, Wattenscheid, 1985, S. 35. Vgl. K. Rohe, Katholiken, 1986, S. 57. Auf die Bedeutung der „unstädtischen Lebensweise" weist K. Rohe, Vom alten Revier, 1979, S. 33 und 43 ff. hin. Vgl. K. Rohe, Armenhaus, 1987, S. 510 f. zum Element des Nationalen. Vgl. H. Mommsen, Einleitung, 1980, S. 10; H. Mommsen, Soziale und politische Konflikte, 1980, S. 63.

14 E. Franke, 1936, S. 26 und 32 zur sozialkonservativen Prägung der Masuren und 81 ff. zum Vereinswesen. Zum Geflecht aus Ostpreußen, Fabrikanten, evangelischen Pfarrern und Nationalliberalen in Ge: W. Neumann, 1951, S. 49 f.; G. Brakelmann, Anfänge, 1983, S. 42 ff.; J. Reimann, Agitator, 1988, S. 43 ff. Zum extrem niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der (Gelsenkirchener) Masuren: V.-M. Stefanski, 1984, S. 148 ff. Zum nationalistischen und pietistischen Bewußtsein der Masuren in Ge: D. E. Chilla, Aspekte, 1978, S. 128 und 135 ff.; D. Chilla, Masuren, 1976, S. 52 ff. Vgl. auch H. Kirrinnis, 1954, S. 67-71. Zum Gelsenkirchener Arbeiterverein auch: M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 38 f.

tung der Sozialdemokratie teilten.[15] Dieses auf gesellschaftlicher und politischer Isolierung beruhende Zusammenrücken von nicht-integrierten Arbeitergruppenkulturen und sozialdemokratischer Arbeiterbewegungskultur bewirkte z. B. den steilen Anstieg der Zahl der SPD-Stimmen im Norden, wo die beiden Gegner der SPD keine Chance der Bindung der sich schnell steigernden Bevölkerung hatten. Sowohl der späte Zeitpunkt des Aufstiegs der Gelsenkirchener Sozialdemokratie als auch der Charakter als Sammlungsbewegung für Protestpotentiale spiegelten somit den ökonomischen und sozialen Wandel in Gelsenkirchen wider, und auch die altersmäßige Differenzierung der Ruhrbergarbeiter in einen jungen mobilen Teil und eine ältere seßhaftere Stammarbeitergruppe schlug sich im Wahlverhalten nieder. Der Charakter als Bewegung z. T. stark fluktuierender Protestpotentiale stellte aber die Wahlerfolge nach der Jahrhundertwende in ihrer Dauerhaftigkeit in Frage, wenn es nicht gelingen würde, das Protestpotential in die sozialdemokratische Bewegung und ihre Organisationen einzubinden und für sozialdemokratische Wertvorstellungen und Normen wie Solidarität, Kollektivität, soziale Gerechtigkeit und auch disziplinierte Organisierung dauerhaft zu gewinnen. Für die Zukunft kamen noch weitere Faktoren hinzu, die die Wahlerfolge der Sozialdemokratie relativierten. Es waren nicht nur die Frauen von Wahlen ausgeschlossen, auch dürfte sich der hochmobile Teil der Bevölkerung kaum an Wahlen beteiligt haben; darüberhinaus hatte ein großer Teil der Gelsenkirchener wegen des hohen Wahlalters kein Wahlrecht.[16]

Angesichts der Verfolgung und der Schwierigkeiten, sich unter den agrarisch-patriarchalisch geprägten Zuwanderern und gegen katholische Kirche und Zentrum durchzusetzen, lag der Schwerpunkt der Betätigung der nicht so zahlreichen Sozialdemokraten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, was noch durch die lange währende Geringschätzung der

---

15 Vgl. K. ROHE, Katholiken, 1986, S. 57. Überforderung der Integrationskraft und -willigkeit des etablierten lokalen Milieus durch Masseneinwanderung und zur Funktion der Sozialdemokratie als politischer Ausdruck des Protestes: K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 511; K. ROHE, Verspätete Region, 1982, S. 243 f. Dem „Faktor Organisation" und der Abstützung von Wahlentscheidungen im vorpolitischen Raum durch gesellschaftliche Organisationen mißt K. ROHE, Vom alten Revier, 1979, S. 29 entscheidende Bedeutung zu. Vgl. K. ROHE, Konfession, 1981, S. 119 ff. Vgl. D. GEARY, 1983, S. 87 zur Ventilfunktion der Wahlentscheidung für die SPD für Klagen und Beschwerden, die ansonsten gegen Unternehmermacht und staatliche Repression nicht durchgesetzt werden konnten. M. R. LEPSIUS, Parteiensystem, 1973, S. 67 zum Aufsaugen der „von dem wesentlich vorindustriell begründeten Parteiensystem nicht mehr integrierten Bevölkerungsteile" durch die Sozialisten. Vgl. J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 23. Zur Annäherung von Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur auch: H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 121. Zum Wahlverhalten der polnischen Zuwanderer: C. KLESSMANN, Integration, 1978, S. 125 ff.; V.-M. STEFANSKI, 1984, S. 156 ff. und 165. Die Annahme starker parochialer Bindungen von Rohe und die Annahme einer informellen Arbeiterkultur der hochmobilen Arbeiter bei Niethammer zur Beschreibung der Ruhrgebietsgesellschaft widersprechen einander also nicht, sondern ergänzen sich. F. BAJOHR, Krupp und Kommune, 1988, S. 17 f. und 39 und zur Jugendlichkeit der SPD F. BAJOHR, Unmündige Opfer, 1989, S. 23 f. J. MOOSER, 1984, S. 181: „Die SPD mobilisierte im wesentlichen die nicht an regionale und konfessionelle politische Traditionen gebundene Unterschicht [. . .]."

16 Vgl. A. v. PLATO, Ruhrarbeiterschaft vor 1933, 1983, S. 42; K. ROHE, Konfession, 1981, S. 115 und 117; F. BAJOHR, Krupp und Kommune, 1988, S. 91.

Arbeiterkulturorganisationen durch Partei und Gewerkschaft verstärkt wurde. Von einer „Vermittlung der bestehenden Kultur"[17] kann mangels ausgeprägter bürgerlicher Kultur aufgrund des weitgehenden Fehlens von Bürgertum im nicht-urban, sondern dörflich-kleinstädtisch geprägten Ruhrgebiet und mangels sozialdemokratischer Kulturbestrebungen nicht die Rede sein. Die Hauptkonkurrenz bestand zur christlich-katholischen kulturellen Praxis, die vom starken Arbeiteranteil geprägt war. Einen Eindruck von der Stärke der christlich-katholischen Agitation und deren Vereinswesen vermittelt die Situation in Schalke: Im Jahr 1913 zählte der „Verband der katholischen Vereine zu Schalke 1898", selbst bei Berücksichtigung von Doppelmitgliedschaften, etwa 10 000 Mitglieder bei einer Einwohnerzahl Schalkes von 34 497 und gut 19 000 Katholiken in der Gemeinde.[18] Aufgrund der Bevölkerungsstruktur war ein weiterer Konkurrent, der die Entwicklung sozialdemokratischer Arbeiterkulturorganisationen negativ beeinflußte, das dichte Netz polnischer Vereine und Organisationen, die zudem oft christlich orientiert waren, und seit 1902 die Existenz einer eigenen Gewerkschaft der polnischen Zuwanderer.[19] Die kulturellen Bestrebungen der Sozialdemokratie, die jedoch vorhanden waren, waren stark politisiert und gegenkulturell geprägt.

Die Gleichzeitigkeit von Oppositionshaltung gegen die wilhelminische Klassengesellschaft, die durch die massive Verfolgung verstärkt und gerechtfertigt wurde, und einer als notwendig angesehenen, vorwiegend gewerkschaftlich geprägten reformistischen Praxis innerhalb bestehender, aber als veränderbar begriffener Zustände, prägten also die Vorkriegs-Sozialdemokratie Gelsenkirchens. Ihre Anhänger dürften in ihr – abgesehen von der freigewerkschaftlichen Organisationselite – eine radikale, gegen herkömmliche Autoritäten gerichtete Protestbewegung gesehen haben. In den Differenzen zwischen informellen Arbeitergruppenkulturen und sozialdemokratischer Arbeiterbewegungskultur lagen die Gefahren für die Zukunft der Sozialdemokratie in Gelsenkirchen.

---

17 Vgl. G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, ²1963, S. 224; D. Geary, 1983. S. 108; D. Langewiesche, Arbeiterkultur, 1984, S. 15 und 22. Vgl. „Industrieprovinz" bei: K. Rohe, Verspätete Region, 1982, S. 238.

18 H.-J. Brandt, ²1982, S. 212 und Tabelle S. 208 ff.

19 H. U. Wehler, Polen, ²1979, S. 229 und S. 233; C. Klessmann, Integration, 1978, S. 94 ff. Vgl. M. R. Lepsius, Parteiensystem, 1973, S. 74.

Vom Ersten Weltkrieg bis zum 30. Januar 1933

1. Erster Weltkrieg und Spaltung der Sozialdemokratie

a) Sozioökonomische Folgen des Ersten Weltkrieges

Der vom Deutschen Reich in seinem imperialistischen Weltmachtstreben verursachte Erste Weltkrieg stellte für den wilhelminischen Obrigkeitsstaat eine Herausforderung und Bewährungsprobe seiner wirtschaftlichen Kraft und sozialen Stabilität dar, die dieser letztlich nicht überstand. Sofort bei Kriegsbeginn Anfang August 1914 ergaben sich erhebliche wirtschaftliche Probleme bei der Umstellung auf die Bedingungen des Krieges, die von Regierung und Militärs unterschätzt worden waren.[1] Im Ruhrgebiet wurde der Krieg aber zunächst wenig spürbar, da die Bergarbeiter überwiegend nicht eingezogen wurden. Bis Januar 1917 wurden in der Stadt Buer etwa 10% der Bevölkerung oder etwa 35% der männlichen Bevölkerung über 14 Jahren eingezogen.[2] Die Einberufungen reichten aber aus, um den Betrieb der Schachtanlagen erheblich zu stören, so daß „hauptsächlich durch Verfahren von Über- und Nebenschichten" versucht werden mußte, die Förderung aufrechtzuerhalten.[3] Die metallverarbeitende Industrie Gelsenkirchens wurde fast vollständig auf Produktion von Kriegsmaterial umgestellt.[4] Wegen der Kriegswichtigkeit konnte sich die Gelsenkirchener Industrie eine große Arbeiterzahl, die allerdings z. T. durch Kriegsgefangene, Jugendliche und Frauen aufgefüllt worden war, erhalten[5]:

---

1 G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 49 ff. und 91 f.; G. D. FELDMAN, Vom Weltkrieg, 1984, S. 15 ff. Krieg als „Belastungsprobe": K. D. BRACHER, Auflösung, [4]1964, S. 15.

2 9 500-10 000 Einberufene lt. IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 7 und 11. Dagegen 25 % der Belegschaft sofort einberufen lt. H. STARK, 1933, S. 49.

3 IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 27. Im Ruhrgebiet erhöhte sich die Zahl der verfahrenen Schichten pro Bergmann von 309 im Jahr 1914 auf 343 im Jahr 1916. F.-J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 241.

4 Das Gußstahlwerk produzierte Geschoßmaterial, das Drahtwerk Boecker Stacheldraht, Küppersbusch Feldküchen, Einrichtungen für Lazarette und Gefangenenlager; der Schalker Gruben- und Hüttenverein lieferte Gießereierzeugnisse für Heer und Marine; das Mannesmann-Blechwalzwerk lieferte Panzerplatten. B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 231 f.; W. GOCH, 1925, S. 100; H. NOLL, 1958, S. 39.

5 Zusammengestellt nach: STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 241 ff. (1914-18 incl. Kriegsgefangene) und 248 ff.; 100 JAHRE CONSOLIDATION, 1963, S. 6; VEREINIGTE STAHLWERKE, 1930, S. 13 ff. (leichte Abweichungen von anderen Quellen, hier verwendet); BERGWERKSGESELLSCHAFT DAHLBUSCH, 1952, S. 26; W. GOCH, 1925, S. 59, 63, 69 f. und Tabellen XXIII und XXIV; HOFFMANN; 1924, S. 6; STÄDTISCHES STATISTISCHES AMT, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 29.

Tabelle 26: Belegschaft (inkl. Kriegsgefangene) der Schachtanlagen und Industriebetriebe im Raum Gelsenkirchen 1913–1918

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Schachtanlagen						
Consolidation	6 980	6 513	5 349	5 823	6 473	6 786
Wilh. Viktoria	1 910	1 823	1 350	1 641	1 908	1 915
Hibernia	1 208	1 277	1 164	1 413	1 677	1 592
Holland	4 315	3 994	3 242	3 689	3 746	3 755
Graf Bismarck 1/3	1 979	1 817	1 729	2 228	2 549	2 751
Graf Bismarck insges.	7 627		6 119			8 337
Rheinelbe	3 952	3 540	2 472	3 073	3 353	3 400
Alma	3 823	3 377	2 616	3 208	3 550	3 640
Dahlbusch	4 074	3 614				4 152
Ewald 3/4	2 236		1 710			2 395
Hugo	3 966		2 862			4 058
Scholven	2 493		2 042			2 533
Bergmannsglück	4 500		5 448			6 139
Westerholt	3 482					
Industriebetriebe						
Schalker Verein		4 808	3 898	3 757	4 605	4 319
Grillo & Funke		1 232	1 446	1 616	1 815	1 805
Boeker & Co/GHH		729	958	1 394	1 555	1 220
Schalker Eisenhütte		187	200	217	235	227
Orange		254	240	391	304	306
Glas & Spiegel		148	137	183	158	127
Küppersbusch		1 915	1 429	1 622	1 429	1 208
Gußstahl		994	1 435	1 940	2 115	1 844
Chemie AG		179	128	274	304	342

Rasch wurde deutlich, daß die in der Bevölkerung verbreitete Erwartung eines raschen Sieges illusionär war. Auch erwies sich unter den Belastungen des Krieges die Wirtschaftsstruktur als zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung nicht in der Lage. Bereits ab Februar 1915 wurde ein um sich greifendes System der Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln aufgebaut. Schon im Januar 1915 mußte die Bueraner Stadtverwaltung „die Rolle eines Großkaufmanns übernehmen", um die Versorgung mit zwei städtischen Verkaufsstellen pro Ortsteil halbwegs sicherzustellen.[6] Ab Ende Februar 1915 wurde in der Stadt Gelsenkirchen Brot rationiert. Nachdem zunächst wegen der aus Futtermittelmangel vorgenommenen Schlachtungen genügend Fleisch zur Verfügung gestanden hatte, wurden im April 1916 die Fleisch- und Wurstration auf 500 g wöchentlich festgesetzt, aber schon 2 Monate später um 100 g gekürzt und nach weiteren 2 Monaten auf 250 g herabgesetzt. Erst Anfang 1917 wurde die Fleischration wieder verdoppelt, gleichzeitig aber die Brotration ge-

6 IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 2 f. Zur Erwartung eines kurzen Krieges: M. ZIMMERMANN, Alle sollen, 1982, S. 68.

kürzt. Ab Februar 1916 wurden Kartoffeln rationiert, was die Arbeiterbevölkerung besonders traf, da sie eines ihrer Hauptnahrungsmittel waren. Für Milch wurde ab November 1915 mit der Rationierung begonnen. Der Verkauf von Butter und Margarine wurde in der Stadt Gelsenkirchen ab Oktober 1915 überwacht, und ab Mitte 1916 nur noch 100 g pro Person und Woche ausgegeben.[7]

Die Ernährungsschwierigkeiten und der Arbeitskräftemangel machten sich in einem Absinken der Arbeitsleistung bemerkbar. Dazu stellte sich ab Herbst 1916 eine Transportkrise ein, wodurch es zu Produktionsstörungen kam. Um die Produktion aufrechtzuerhalten, wurden in zunehmendem Maße auch Zivilgefangene (z. B. Polen aus Rußland), Kriegsgefangene, Mädchen und Frauen in der Industrie bzw. im Bergbau beschäftigt. Alle Maßnahmen konnten ein Absinken der Kohleförderung nicht verhindern, bzw. reichten nicht aus, die Förderung im gewünschten Maß zu steigern.[8] Durch den unbedingten Vorrang kriegswichtiger Betriebe und den Arbeitskräftemangel insbesondere in der zweiten Kriegshälfte kam es im Verlauf des Krieges zu einer tiefgehenden Umstrukturierung in der Arbeiterklasse. Der Anteil gering qualifizierter und jugendlicher Arbeitskräfte erhöhte sich über das im Ruhrgebiet übliche hohe Maß hinaus, viele Frauen wurden auch in der Industrie beschäftigt, und traditionelle berufliche Unterschiede wurde weiter abgeschliffen. Die Zerstörung emotionaler, sozialer und politischer Bindungen schuf einen Nährboden für Radikalisierungen.[9]

Im Winter 1916/17 verschlechterte sich die Ernährungslage trotz ausgedehnter Zwangsbewirtschaftung drastisch. Als Ersatz für die fehlenden Kartoffelrationen gab die Bueraner Stadtverwaltung Anfang 1917 Steckrüben aus. Im „Steckrübenwinter" 1916/17 gab die bereits im Oktober 1915 von der Stadt Buer eingerichtete Volksküche täglich 9 000 Liter Essen aus. Die Zeche Dahlbusch hatte schon im September 1914 eine Volksküche eingerichtet, und die Bürgermeisterei Rotthausen versorgte damit ab August 1916 zeitweilig ein Sechstel ihrer Bevölkerung. Zur Linderung der Not sah sich die Stadt Gelsenkirchen gezwungen, neben der Subventionierung der Lebensmittelpreise sieben Kriegsküchen zu übernehmen, die 1917 durchschnittlich 9 166 Tagesportionen ausgaben. Auch im Frühjahr und Sommer 1917 besserte sich die Ernährungssituation nicht. In der Stadt Buer ergaben sich erhebliche Engpässe bei der Fettversorgung, der Milchversorgung und der für die Arbeiterfamilien so wichtigen Kartoffelversorgung.

---

7 IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 5; BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 147-151, 166; VON DER LANDGEMEINDE, 1921, S. 125; P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 431-438.

8 G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 210 f., 215 und S. 244; G. D. FELDMAN, Vom Weltkrieg, 1984, S. 32 ff. Für Ge: IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 28; IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 29; IMMEDIAT-VERW.-B. April-Oktober 1917, 11.10.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 13; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 243; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 12 f. Vgl. P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 68 f.; H. TOBIEN, 1919, S. 178; H. STARK, 1933, S. 50 f. und 68.

9 G. D. FELDMAN, E. KOLB, R. RÜRUP, 1972, S. 87; J. KOCKA, Klassengesellschaft, ²1978, S. 13; J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 33 ff.

Im August 1917 wurde in der Stadt Gelsenkirchen die Kommunalfleischzulage aufgehoben und dafür die Brotration geringfügig erhöht. Wegen der Folgen der ungenügenden Versorgung auf die Produktivität in der kriegswichtigen Rüstungsindustrie erhielten Schwerstarbeiter, Schwerarbeiter und Bergleute ab Februar 1917 Fleischzulagen. Die Bueraner Zechenverwaltungen bemühten sich darüberhinaus, weitere Lebensmittel für die Bergleute zu beschaffen, um die Förderleistungen aufrecht zu erhalten. Bis zum Kriegsende schwankte die Ausgabe von Kartoffeln zwischen 1 und 3,5 Kilo wöchentlich. Im Verlauf des Jahres 1917 verschlechterten sich die Milchversorgung und die Butter- und Margarineversorgung rapide.[10] Begleitend zu den Bemühungen um die Versorgung veranstaltete die Stadt Gelsenkirchen für 4 008 Teilnehmerinnen (April 1915 bis Mai 1917) „Kriegskochkurse", die den Zweck hatten, „die Hausfrauen mit der Herstellung von Gerichten vertraut zu machen, die während der Kriegszeit mit Rücksicht auf die Knappheit an Lebensmitteln besonders empfehlenswert und wohlfeil, aber noch nicht genügend bekannt waren"[11]. Trotz Schwerstarbeiterzulagen, Einsatz von Kriegsgefangenen und Frauen in der Industrie sanken Leistung und Produktion weiter ab, wie beispielsweise die Kohleförderung in Buer, wo fast die Beschäftigtenzahl der Friedenszeit erreicht worden war.[12] Die desolate Versorgungslage und die für die Arbeiter erkennbaren Schwierigkeiten im Produktionsprozeß trugen zwangsläufig zum Autoritätsverlust der Herrschaftsträger und politischen Führungsschichten bei.[13] Zur Unzufriedenheit trug auch der Vergleich der sich durch wachsende Preissteigerungen verschlechternden Reallohnsituation mit den hohen Dividenden der Unternehmer bei, ein Vergleich, den die Ruhrarbeiter auch schon vor dem Krieg angestellt hatten.[14] Unter den Bedingungen des raschen Preisanstieges „brach allmählich das ganze System der Zwangswirtschaft in sich zusammen"[15]. In besonderem Maße verteuerten sich in der Stadt Gelsenkirchen im Jahresdurchschnitt von 1917 gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1914[16]: grüne Erbsen um 500%, Linsen um 380%, weiße Bohnen um 380%, Boh-

10 Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 150 f., 154, 158, 160, 163-167, 176 f.; Von der Landgemeinde, 1921, S. 125 f.; Immediat-Verw.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 21, 23-26 und 29; Immediat-Verw.-B., 1. Vierteljahr 1917, 22.4.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 8-11; Immediat-Verw.-B. April-Oktober 1917, 11.10.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 5 ff.; Immediat-Verw.-B. Oktober 1917-April 1918, 13.4.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 5 f. Zu Rotthausen: StA Ge IV/1/27-Ge; H. Tobien, 1919, S. 180. J. Kocka, Klassengesellschaft, ²1978, S. 16 ff. zu Reallohnverlusten, die differenziert betrachtet werden müssen. Vgl. Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1915/16, S. 22 f.

11 Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 177.

12 Die Minderleistung der Arbeiter gegenüber Friedenszeiten lag bei 20%, bei Dienstverpflichteten bei ca. 40%. Immediat-Verw.-B. Oktober 1917-April 1918, 13.4.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 13; Niederschrift über die Besprechung im Industrieclub in Düsseldorf am 19. August 1917, in: ZSTAP RA/RMI 12 476, Bl. 77.

13 Vgl. G. D. Feldman, E. Kolb, R. Rürup, 1972, S. 92.

14 Vgl. J. Kocka, Klassengesellschaft, ²1978, S. 27 und 34 f.

15 Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 144. Vgl. Von der Landgemeinde, 1921, S. 62. Immediat-Verw.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 9 f. und 28 f.

16 Berechnet nach: Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 144 und 147 zur Qualität.

nenkaffee um 333%, Kakao um 667%, Milch um 73%, Butter um 167%, Eier um 228%, Kartoffeln um 130%, Äpfel um 614%, Kernseife um 900%. Zudem verschlechterte sich bei verschiedenen Lebensmitteln wie z. B. Brot die Qualität, was den Unmut der Bevölkerung schürte. Die Arbeiter, die mit den zugeteilten Lebensmitteln nicht auskommen konnten, wurden durch noch größere als diese „offiziellen" Preissteigerungen getroffen, weil sie sich zusätzliche Lebensmittel im Schleichhandel besorgen mußten.[17] Im Vergleich zu den Preissteigerungen und den überhöhten Preisen des Schleichhandels erhöhten sich die Bergarbeiterlöhne erheblich langsamer. Unmut rief auch die starke Unterschiedlichkeit der Entlohnung hervor.[18]

Über die schlechte Versorgung hinaus trug die Obrigkeit ab Spätsommer 1917 selbst zur fortschreitenden Destabilisierung der inneren Lage bei, z. B. durch die Verschärfung der militärischen Repression im August 1917. Durch derartige Maßnahmen wurde die Verbitterung der Mehrheit des Volkes, der im Kaiserreich die Gleichberechtigung versagt worden war, gesteigert, denn offensichtlich war die reformunfähige Obrigkeit nicht gewillt, der Demokratisierung der Pflichten und Lasten auch die Demokratisierung der Rechte und Chancen folgen zu lassen.[19] Weiterhin wirkte die annexionistische, gegen die Friedensresolution der Parlamentsmehrheit vom Juli 1916 und politische Reformen gerichtete Propaganda der im September 1917 gegründeten und von der Schwerindustrie großzügig geförderten „Vaterlandspartei" aufreizend. Der rasche Erfolg der Vaterlandspartei zeigte die Haltung des überwiegenden Teiles des deutschen Bürgertums, welches sich in dieser „Massenbewegung zur Unterstützung des Imperialismus und Militarismus" organisierte.[20]

Eine weitere Verschärfung der inneren Situation brachte die bittere Enttäuschung der Bevölkerung, die bis zuletzt der optimistischen Propaganda gefolgt war, über den Kriegsausgang. Seit dem Durchbruch der Ententetruppen durch die deutschen Linien am 8. August 1918 war die Hoffnung auf einen militärischen Sieg nicht mehr aufrechtzuerhalten. Als die Niederlage offensichtlich wurde, forderte Ludendorff Ende September die Reichsregierung auf, Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen aufzunehmen. Unter dem Druck der Obersten Heeresleitung wurde am 3. und 4. Oktober nach Parlamentarisierungsforderungen der Mehrheitsparteien des interfraktionellen Ausschusses die erste parlamentarische Regierung unter Kanzlerschaft Max von Badens mit Beteiligung von zwei Sozialdemokraten (Scheidemann und Bauer) gebildet. Auf Drängen Ludendorffs

---

17 Vgl. Stimmungsbericht des VII. Armeekorps vom 6.10.1917, in: ZSTAP RA/RMI 12 476, Bl. 117.

18 Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1917/18, S. 29 f. W. Abelshauser, Umsturz, 1988, S. XIV sieht bei den hochorganisierten Rüstungsarbeitern eine begrenzte Durchsetzung von Forderungen.

19 G. D. Feldman, Armee, 1985, S. 344 ff. Vgl. J. Kocka, Klassengesellschaft, ²1978, S. 37 f.

20 G. D. Feldman, Armee, 1985, S. 346 f.; G. D. Feldman, Vom Weltkrieg, 1984, S. 109; J. Kocka, Klassengesellschaft, ²1978, S. 47.

übernahm diese die Verantwortung für das Waffenstillstandsgesuch vom 5. Oktober.[21]

b) Konsequenzen für Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung

Die SPD unterstützte mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 die Kriegspolitik des Kaiserreiches. Die Entscheidung des 4. August kam keineswegs einstimmig zustande; schon bald zeigte sich angesichts der Herausforderung des Krieges die mangelnde innnere Stabilität der Sozialdemokratie. Die Sprengkraft der Kriegsfrage bestand darin, daß mit ihr alle Fragen angesprochen waren, die schon vor dem Kriegsausbruch Konfliktfelder in der Sozialdemokratie gewesen waren, wie Fragen des Verhältnisses der Arbeiterklasse zu den anderen Klassen und der Stellung zu Staat und Regierung. In der Frage der Stellung zum Krieg gab die Mehrheit der Partei den Anspruch auf, „grundsätzlich in Opposition gegenüber Regierung, Staat und bürgerlicher Gesellschaft zu stehen"[1]. Die für Gelsenkirchen relevante SPD-Bezirksgliederung Westliches Westfalen hatte in den Entscheidungen zu den innerparteilichen Konfliktfeldern vor Kriegsausbruch deutlich Stellung bei der Parteimehrheit bezogen.[2]

Spaltung der Sozialdemokratie

Angesichts der Kriegsgefahr im Sommer 1914 forderte der Parteivorstand die Organisation zu Friedenskundgebungen auf. Auch in vielen Städten des Ruhrgebietes, darunter Bochum, kam es Ende Juli 1914 zu Antikriegskundgebungen.[1] Etwa gleichzeitig wurden die Entscheidungen für die Burgfriedenspolitik getroffen. Wie nach den innerparteilichen Auseinandersetzungen der Vorkriegsjahre zu erwarten, stellten sich die Gewerkschaftsführer an die Spitze der Sozialdemokraten, die der Kriegsführung

---

21 G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 401 ff. und 411; E. MATTHIAS, R. MORSEY, 1972, S. 64 ff.; H. J. VARAIN, 1956, S. 112 ff. Vgl. E. KOLB, Arbeiterräte, 1962, S. 16 ff. und 18; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 59. S. MILLER, Bürde, 1978, S. 27-37 und 48 ff. zur Regierungsbeteiligung der MSPD.

1 S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 9; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 7.

2 Auf dem Bezirksparteitag WW 1911 hatte der Reichstagsabgeordnete für Bochum-Ge die Kolonialpolitik mit dem Hinweis auf bisher verursachte Kosten und die Notwendigkeit neuer Absatzgebiete verteidigt und nur eine humanere Verwaltung der Kolonien gefordert. Bericht über die Verhandlungen des sozialdemokratischen Provinzialparteitages für das westliche Westfalen am 28. und 29. Oktober 1911 in Bochum, in: STAM Reg. M. VII 62a. Vgl. J. REULECKE, Weltkrieg, 1974, S. 208; D. DOWE, Traditionen, 1984, S. 64.

1 Weitere Antikriegskundgebungen waren der Wahlkreisorganisation Bochum-Ge verboten worden. Bericht über Generalversammlung SPD Bochum-Ge am 28.5.1916, in: StA Bo LA 1 307, Bl. 330. P. SOMMERLAD, 1948, S. 51 zu Bochum. S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 37 f. und 40; D. GROH, Negative Integration 1973, S. 637 f.; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 40; J. REULECKE, Weltkrieg, 1974, S. 211; H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 49. Zu Bochum: Polizei-Präsident Bochum am 30.5.1906, in: STAM Reg. M VII 62a. Vgl. U. HEINEMANN, Arbeiterschaft, 1988, S. 80.

zustimmten. Sie betrachteten den Krieg als Verteidigungskrieg gegen das verhaßte reaktionäre Rußland und beabsichtigten, durch ihre Unterstützung des Krieges die errungenen Erfolge und Fortschritte der Arbeiterbewegung zu erhalten.[2] In der SPD-Reichstagsfraktion regte sich dagegen Widerstand von Seiten der führenden Radikalen wie Haase, Kautsky, K. Liebknecht, Ledebour, die an ihrer internationalistischen Orientierung festhielten und eine Ablehnung der Kriegskredite forderten. Nachdem der Fraktionsvorstand sich am 2. August gegen zwei Stimmen (Haase, Ledebour) zur Zustimmung zum Burgfrieden entschlossen hatte, setzten sich die Gemäßigten und der rechte Flügel in der Abstimmung der Reichstagsfraktion am 3. August gegen 14 Stimmen durch. Neben den Positionen der Gewerkschaftsführer und der Angst um den Bestand der Organisation vertrat die Mehrheit die Auffassung, daß die SPD wegen der allseits akzeptierten Notwendigkeit der Landesverteidigung gezwungen sei, die Kriegskredite zu bewilligen, einige hielten eine solche Entscheidung ausdrücklich für wünschenswert.[3] Die einstimmige Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zur Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 im Reichstag war nach den inneren Auseinandersetzungen Ausdruck von Parteidisziplin und trug bei der Mitgliedschaft zu dem Bild einer geschlossenen Haltung der Reichstagsfraktion bei, was die Artikulation von gegenteiligen Meinungen erschwerte. Die Entscheidung der Reichstagsfraktion dürfte aber nicht nur der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, sondern auch der der überwiegenden Mehrheit der Parteimitgliedschaft entsprochen haben[4], denn Kriegsbegeisterung beherrschte auch die Arbeiterklasse, und es kam auch in der Stadt Buer am Abend des 1. August und am nächsten Morgen zu patriotischen Kundgebungen, „namentlich der Einberufenen". Auch im Gelsenkirchener Süden ergriff Kriegsbegeisterung die Menschen.[5]

---

2 H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 238 f.; K. SCHÖNHOVEN, Massenbewegung, 1987, S. 251 f.; J. REULECKE, Weltkrieg, 1974, S. 211; H. GREBING, Geschichte, [11]1981, S. 134 f.; S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 46 und 52 f.; F. OPEL, Metallarbeiter-Verband, [2]1962, S. 38; D. GROH, Negative Integration 1973, S. 675 ff.; G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 39; A. KLÖNNE, H. REESE, 1986, S. 107; G. BRAUNTHAL, 1981, S. 32 f.; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 9; H. J. VARAIN, 1956, S. 72; F. DEPPE, G. FÜLBERTH, J. HARRER, [2]1978, S. 99 ff. Für die gewerkschaftliche Burgfriedensposition: P. UMBREIT, 1917, S. 20 und 21 f. Vgl. zum Haß auf den Zarismus: H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 50 f.; D. W. MORGAN, 1975, S. 31 f. Im Sinne der „Verschwörerthese": H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 53; H. WOHLGEMUTH, [2]1978, S. 48 und 50. Ähnlich ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 97 ff.

3 S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 46 f., 51 f. und 54 ff. Vgl. G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 39; H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 43 und 52 f.; D. W. MORGAN, 1975, S. 32 f.; D. ENGELMANN, 1979, S. 17 und 19 ff.; D. GROH, Negative Integration 1973, S. 676 ff. und 683 ff.; G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 39; H. WOHLGEMUTH, [2]1978, S. 49; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 9; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 98; G. BRAUNTHAL, 1981, S. 33; H. J. VARAIN, 1956, S. 72; G. FÜLBERTH, Weltkrieg, [2]1977, S. 54.

4 S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 68. Vgl. H. J. VARAIN, 1956, S. 73; D. GROH, Negative Integration 1973; S. 712; G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 40; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 10; H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 53; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 55; H. Wohlgemuth, [2]1978, S. 53.

5 Zu Buer: IMMEDIAT-VERW.-B., Buer, 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 1. Zu Rotthausen: Bürgermeister Rotthausen am 18.8.1914, in: StA Ge IV/1/27-Ge; H. TOBIEN, 1919, S. 176 ff. Zu Uckendorf: Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986. Zu Bochum: P. SOMMERLAD, 1948, S. 51.

Die Furcht vor Verfolgung, die Angst um den Bestand der Organisationen, der Haß der Arbeiterbewegung gegen das zaristische Rußland, die Notwendigkeit eines angeblichen Verteidigungkrieges, der rasche Ablauf der Ereignisse oder auch die Wirksamkeit der national-chauvinistischen dominanten Kultur des wilhelminischen Obrigkeitsstaates können das Einschwenken der SPD auf Kriegskurs nicht allein erklären. In der Entscheidung des 4. August wurde auch eine partielle Identifikation mit dem Schicksal des Deutschen Reiches, das nicht mit dem bestehenden Herrschafts- und Gesellschaftssystem gleichgesetzt wurde, deutlich.[6] Nicht als Belohnung für Wohlverhalten, aber als Folge der im Krieg erwiesenen Notwendigkeit der Integration der Arbeiterklasse in die deutsche Gesellschaft erwartete die Sozialdemokratie mit ihrer Entscheidung vom 4. August auch tiefgreifende innere Reformen und damit die Erfüllung ihrer Hoffnungen auf Gleichberechtigung.[7]

Alle Abgeordneten aus Rheinland-Westfalen stimmten in der Fraktionssitzung am 3. August für die Bewilligung der Kriegskredite.[8] Im Ruhrgebiet folgten die Bezirksleitungen Mittelrhein und Westliches Westfalen dem Kurs der Reichstagsfraktion, die überwiegende Mehrheit der SPD-Zeitungen war bereits um den 1. August „in den chauvinistischen Chor der bürgerlichen Presse" eingestimmt.[9] In Buer waren die Freien Gewerkschaften noch Mitte der 1920er Jahre stolz darauf, „im Weltkrieg dem Vaterlande und der Allgemeinheit ihre volle Pflicht und Schuldigkeit" erwiesen zu haben.[10] Innerhalb der Arbeiterbewegung regte sich zunächst keine Opposition, weil wegen der Mobilmachung und der Einberufungen die Parteiarbeit wie im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen zunächst weitgehend ruhte.[11]

Tabelle 27: Mitgliederentwicklung der (M)PD im Bezirk Westliches Westfalen 1914–1918[12]

	zus.	weibl.
31. 3. 14	25 079	5 761
31. 3. 15	14 743	4 758
31. 3. 16	9 704	3 844

In der SPD-Kreisversammlung Buer am 12.11.1916 wurde festgestellt, daß 99% des Volkes für den Krieg gewesen seien. Versammlungsbericht, in: STAM Reg. M VII 58,3. Zur Kriegsbegeisterung: M. ZIMMERMANN, Alle sollen, 1982, S. 67.

6 G. A. RITTER, Staat, 1980, S. 81. Vgl. H. GREBING, Arbeiterbewegung, 1985, S. 128; D. W. MORGAN, 1975, S. 31 ff.; D. GROH, Negative Integration, 1973, S. 37 f., 678 ff. und 720 ff.

7 S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 242 f.; J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 48.

8 J. REULECKE, Weltkrieg, 1974, S. 212.

9 H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 51 ff. Vgl. J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 48 f.

10 ADGB BUER, 1925, S. 8.

11 P. SOMMERLAD, 1948, S. 52; H. WOHLGEMUTH, [2]1978, S. 48; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 43 und S. 56; D. W. MORGAN, 1975, S. 40. Vgl. H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 42.

12 SPD-PARTEITAGSPROTOKOLL 1919, S. 54; SPD-PARTEITAGSPROTOKOLL 1917, S. 10. Unvollständige Angaben für Bochum-Ge in: StA Bo LA 1 307.

	zus.	weibl.
31. 3. 17	11 050	3 247
31. 3. 18	12 902	2 904

Auch die „Gewerkschaften wurden zum Teil auseinandergerissen, ihre Tätigkeit ungeheuer lahmgelegt und erschwert"[13]. Die Mitgliederzahl des Alten Verbandes in Buer sank von Juni 1914 über September 1914 bis Dezember 1914 von 1 749 über 1 041 auf 884; in ähnlicher Weise verlor der Baugewerksbund von Buer an Mitgliedern. Der Gelsenkirchener Bezirksleiter des Alten Verbandes wurde schon bald zum Heeresdienst eingezogen.[14] In den anderen Arbeitervereinen, wie beispielsweise in der Ortsgruppe Buer des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität"[15], sah es kaum anders aus. Durch die Einberufungen wurden die Kommunikationsstrukturen der Arbeiterorganisationen so beeinträchtigt, daß eine Diskussion über die Stellung zum Krieg nur schwer in Gang kommen konnte. Dazu trat eine im Ruhrgebiet besonders scharfe Pressezensur, so daß die Parteimitgliedschaft kaum unterrichtet werden könnte.[16] Angesichts der großen Zahl allerdings überwachter Partei-, Gewerkschafts-, und Belegschaftsversammlungen und der Kommunikationsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und der im Ruhrgebiet relativ niedrigen Einberufungsquote kann aber die sicher nicht unbedeutende Beeinträchtigung politischer Diskussion nicht allein für das lange Ausharren der Ruhrgebietssozialdemokratie bei der Mehrheitsfraktion herhalten. Allein in der Wahlkreisorganisation Bochum-Gelsenkirchen wurden im 1. Kriegsjahr 168 Mitgliederversammlungen und im 2. Kriegsjahr 123 Mitgliederversammlungen und 12 öffentliche Versammlungen gezählt. Weiter fanden im 2. Kriegsjahr 170 Vorstandssitzungen und 2 „große Distrikts- und Filialleiterkonferenzen" zu den „Unstimmigkeiten in der Partei zur Kriegsfrage" statt.[17] Abgesehen von der kleinen Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht regte sich Opposition frühzeitig nur bei Teilen der traditionell antimilitaristisch orientierten Arbeiterjugend. So gehörte ein Teil der Essener Arbeiterjugend, die auch Kontakt nach Rotthausen unterhielt, zur antimilitaristischen Opposition, und der Vertreter der Essener Arbeiterjugend Heinrich Rabbich nahm schon Ende September 1914 an einer illegalen Bezirksju-

13 ADGB Buer, 1925, S. 8.
14 Ebd., S. 14 f. Die BAV-Mitgliederzahl insgesamt sackte von 101 956 Ende Juni 1914 auf 60 784 Ende September und 58 873 Ende Dezember. Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1917/18, S. 45 f. und 136. Vgl. H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 42.
15 ADGB Buer, 1925, S. 33. Vgl. zur Arbeiterjugendbewegung: K. Korn, 1923, S. 273 f.
16 J. Reulecke, Weltkrieg, 1974, S. 213 f.
17 Polizei-Präsident Bochum am 30.5.1906, in: STAM Reg. M VII 62a; Bericht über Generalversammlung SPD Bochum-Ge am 28.5.1916, in: StA Bo LA 1 307, Bl. 330. Vgl. Versammlungsberichte, in: STAM Reg. M VII 58,3, STAM OBA Do 1 792. Vgl. M. Zimmermann, Alle sollen, 1982, S. 78.

gendkonferenz von Rheinland-Westfalen teil.[18] Eberts vermutet, daß die sozialistisch organisierten Arbeiterjugendlichen der Kriegshysterie nicht in dem Maße verfielen wie die Erwachsenen[19], was auf Erfolge antimilitaristischer Erziehung zurückzuführen wäre.

Angesichts der zahlreichen, mit der Zustimmung zur Burgfriedenspolitik tangierten traditionellen Denk- und Verhaltensmuster der Sozialdemokratie war es nur eine Frage der Zeit, bis Konflikte auftreten mußten. Weiterhin entsprach der Burgfrieden in einem unreformierten wilhelminischen Klassenstaat nicht den Basiserfahrungen der entrechteten und ausgebeuteten Arbeiter. Diese Konflikte mußten bei jeder erneuten Kreditbewilligung aktuell werden. So erhielten die Auseinandersetzungen in der SPD eine neue Qualität, als am 2. Dezember 1914 bei der erneuten Zustimmung zu den Kriegskrediten durch die SPD-Reichstagsfraktion, die dies zuvor gegen 17 Stimmen beschlossen hatte, erstmalig Karl Liebknecht unter Bruch der Fraktionsdiziplin gegen die Kriegkredite stimmte und in einer Erklärung den imperialistischen Charakter des Krieges geißelte. Diesen Bruch der Disziplin verurteilte die Reichstagsfraktion, räumte aber denjenigen, die den Kriegskrediten nicht zustimmen wollten, insofern einen Ausweg ein, als sie ihnen das Recht zubilligte, den entsprechenden Abstimmungen fernzubleiben.[20] Am 20. März 1915 stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag dem Etat und der dritten Kriegskreditvorlage, die miteinander verbunden worden waren, zu. Neben Karl Liebknecht stimmte Otto Rühle gegen den Etat unter Berufung auf Parteitagsbeschlüsse, die SPD-Abgeordneten die Zustimmung zum Budget untersagten. Aus diesem Grund blieben auch 30 weitere Abgeordnete der Abstimmung fern. Aus Rheinland-Westfalen beteiligte sich der Abgeordnete Wilhelm Dittmann aus dem Parteibezirk Niederrhein nicht an der Abstimmung.[21]

Im März 1915 trafen sich einige Oppositionelle in Berlin und leiteten die Herausgabe der Zeitschrift „Die Internationale" als Organ der Opposition in die Wege. Vier Exemplare der Zeitschrift wurden von der Gelsenkirchener Polizei bei Hausdurchsuchungen entdeckt. Die Oppositionszeitung war der erste Schritt zur Zusammenfassung der radikalen Opposition, der „Gruppe Internationale".[22] Nachdem das von der Opposition um Karl Liebknecht verfaßte „Unterschriftenflugblatt" (vom 9. Juni 1915), in wel-

---

18 H. Behrens-Cobet, Zwischen Verbot, 1983, S. 52. Kurzbiographie in: H. Grebing, Lehrstücke, 1983, S. 364.

19 E. Eberts, 1980, S. 44.

20 Illustrierte Geschichte, 1929, S. 116 f. Vgl. S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 92 ff. und 97 f.; H. Krause, USPD, 1975, S. 55; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 1, S. 74; O. K. Flechtheim, 1948, S. 14; G. Fülberth, Weltkrieg, ²1977, S. 61; D. W. Morgan, 1975, S. 41.

21 S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 102 ff.; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 1, S. 89. Vgl. H. Krause, USPD, 1975, S. 58; O. K. Flechtheim, 1948, S. 14; G. Fülberth, Weltkrieg, ²1977, S. 62; D. Engelmann, 1979, S. 37. Zu Dittmann J. Reulecke, Weltkrieg, 1974, S. 217.

22 H. Wohlgemuth, ²1978, S. 89 ff.; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 130. Vgl. G. Fülberth, Weltkrieg, ²1977, S. 61; S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 113; H. Krause, USPD, 1975, S. 75 f.; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 23. Zu Ge: Bezirks-Polizeikommissar Ge am 3.11.1915, in: STAM Reg. M VII 62b.

chem die Aufkündigung des Burgfriedens gefordert wurde, etwa tausend Unterschriften erhalten hatte, verbreiterte sich die Basis der Gegner der Kriegskredite durch das am 19. Juni 1915 in der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichte „Gebot der Stunde". Neben der radikalen Linken sammelten sich angesichts der Annexionswünsche der herrschenden Schichten auch Anhänger des Parteizentrums wie Kautsky, gemäßigte Linke wie Haase und Hilferding und Revisionisten mit pazifistisch-demokratischer Grundhaltung wie Bernstein und Eisner im Lager der Gegner der Bewilligung weiterer Kriegskredite.[23]

Während in Rheinland-Westfalen der Bezirk Niederhein am 23. Juni 1915 eine Aufkündigung des Burgfriedens forderte, befürwortete der Bezirk Westliches Westfalen Ende Juni die Fortsetzung der Politik des 4. August und verlangte Maßnahmen gegen die innerparteiliche Opposition. Entsprechend billigte auch eine Vertrauensmännerkonferenz der Wahlkreisorganisation Bochum-Gelsenkirchen die Politik der Fraktionsmehrheit.[24] Allerdings gab es auch im Gelsenkirchener Süden Kontakte zur innerparteilichen Opposition. So wurden im November 1915 bei einer Hausdurchsuchung bei August Woczek „Flugblätter oppositionellen Inhalts" gefunden, und derselbe kritisierte in einem Brief an Otto Hue dessen loyale Position zur Burgfriedenspolitik.[25] Anfang Januar 1916 bestätigte der Bezirk Westliches Westfalen noch einmal seine Position und verurteilt das Verhalten der Minderheit.[26] Ganz im Einklang mit der Burgfriedenspolitik stand das Verhalten der Bueraner Sozialdemokratie. Sie beteiligte sich am Zustandekommen der anstehenden Stadtverordnetenwahlen „durch Vereinbarung unter den Parteien" und „ohne die üblich grosse Beteiligung der Wähler" und erhielt erstmalig zwei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung.[27] In Gelsenkirchen war die Obrigkeit derart uneinsichtig, daß trotz der Bereitschaft der SPD, sich einbinden zu lassen, keine Berufung von Sozialdemokraten erfolgte.[28]

Bei der Auseinandersetzung um die Bewilligung des fünften Kriegskredites an der Jahreswende 1915/16 beschloß die SPD-Reichstagsfraktion, daß ein selbständiges Auftreten der Gegner der Bewilligung unzulässig wäre und gegen die Einheit der Partei verstieße. Daraufhin legte H. Haase vor der Abstimmung am 21. Dezember 1915 das Amt des Fraktionsvorsit-

---

23 H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 54 f. und 60; H. GREBING, Geschichte, [11]1981, S. 143; A. ROSENBERG, Geschichte, 1935, S. 18 f.; D. W. MORGAN, 1975, S. 42 f.; D. GROH, Negative Integration, 1973, S. 715 f.; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 89 dargestellt als taktische Reaktion der Zentristen. Vgl. D. ENGELMANN, 1979, S. 39 ff. „Modifizierte Fassung des „Unterschriftenflugblattes" bei: S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 105 ff.

24 H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 3, S. 83 f.; D. ENGELMANN, 1979, S. 45.

25 STAM Reg. M, VII 43,2; J. GORGOL, N. KOZIKI, 1979, S. 21; ebenso K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 22. J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 56 glaubt, daß der Brief absichtlich vom BAV der Polizei zugespielt wurde.

26 H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 3, S. 86.

27 Richard Jargazewski und Heinrich Lechtenbörger (später USPD), IMMEDIAT-VERW.-B., Buer, 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 8 f.; A. NOWAK, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 6.

28 Polizei-Präsident Bochum am 30.5.1906, in: STAM Reg. M VII 62a; Bericht über Generalversammlung SPD Bochum-Ge am 28.5.1916, in: StA Bo LA 1 307, Bl. 331.

zenden nieder, da er sich dem Vorgehen der Minderheit anzuschließen gedachte.[29] Weiterhin beschlossen die Oppositionellen um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ohne Beteiligung der gemäßigten Opposition am 1. Januar 1916, sich „Gruppe Internationale" zu nennen und die „Politischen Briefe" herauszugeben. Das Mitteilungsblatt wurde unterschrieben mit „Spartacus", weswegen dieser 1. Januar 1916 als „Geburtsstunde der Spartakusgruppe" anzusehen ist.[30] Von Rosa Luxemburg verfaßte Leitsätze, die aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt worden waren, wurden beraten. In diesen wurde der Weltkrieg als „Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder" bezeichnet und als Konsequenz der „Ära dieses entfesselten Imperialismus", in der es keine nationalen Kriege mehr geben könnte, betrachtet. Mit der Unterstützung des Krieges habe die Sozialdemokratie „einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus" begangen. Während die gemäßigte Opposition an der Zweiten Internationale festhielt und sie erneuern wollte, sah die Gruppe Internationale die Zweite Internationale als gescheitert an und forderte eine neue, aus dem Klassenkampf geborene (Dritte) Internationale mit zentralistischer Organisationsform.[31]

Am 12. Januar 1916 beschloß die SPD-Reichstagsfraktion, Karl Liebknecht wegen fortgesetzter Handlungen gegen die Beschlüsse der Fraktion seine Rechte aus der Fraktionszugehörigkeit abzuerkennen. Liebknecht trat daraufhin aus der SPD-Fraktion aus; Otto Rühle erklärte sich mit ihm solidarisch und verließ ebenfalls die Fraktion.[32] Etwa zwei Monate später, am 24. März, stimmte die Mehrheit der SPD-Fraktion im Reichstag einem Notetat und dem Entzug des Wortes für Hugo Haase, der die Minderheitenposition erläuterte, zu. Nach der Reichstagssitzung entzog eine Mehrheit der Fraktion den Oppositionellen die Rechte aus der Fraktionszugehörigkeit. 18 Abgeordnete traten daraufhin aus der SPD-Fraktion aus und bildeten die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft", Haase trat als einer der beiden SPD-Vorsitzenden zurück, womit die Einheit der Partei auch organisatorisch zu zerbrechen begann.[33] Im Gegensatz zur SAG rief die Spartakusgruppe nicht zur Weiterarbeit in der SPD auf, sondern forderte die Parteimitglieder auf, die Führung nicht mehr anzuerkennen und keine Beiträge mehr abzuführen.[34]

---

29 S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 123; H. Krause, USPD, 1975, S. 61; D. Engelmann, 1979, S. 52.

30 O. K. Flechtheim, 1948, S. 16; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 1, S. 111 ff.; H. Wohlgemuth, [2]1978, S. 129.

31 R. Luxemburg, [2]1979, S. 43 ff. Vgl. O. K. Flechtheim, 1948, S. 16 f.; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 23 f.; H. Krause, USPD, 1975, S. 77; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 19 ff.

32 H. Krause, USPD, 1975, S. 62 f.; O. K. Flechtheim, 1948, S. 15; S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 124; D. Engelmann, 1979, S. 60.

33 H. Krause, USPD, 1975, S. 64 ff.; O. K. Flechtheim, 1948, S. 15; S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 125 ff.; D. Engelmann, 1979, S. 62 f.; D. W. Morgan, 1975, S. 44.

34 H. Wohlgemuth, [2]1978, S. 147 f. Vgl. R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 20; D. Engelmann, 1979, S. 64.

Der nun offensichtlich werdende Bruch führte zur Verstärkung der Auseinandersetzungen in der SPD und ergriff auch Parteibezirke, die bisher der Parteimehrheit gefolgt waren, wie den Bezirk Westliches Westfalen. So lagen der Kreiskonferenz Bochum-Gelsenkirchen der SPD am 28. Mai 1916 aus zahlreichen Ortsfilialen Entschließungen vor, die die „überaus nationalistische Schreibweise des Bochumer Volksblattes" verurteilten.[35] Auch der Distrikt Gelsenkirchen stellte im Interesse der Einheit der Partei den Antrag, „daß sie (die Redaktion des „Volksblattes" – S. G.) in Zukunft alle Artikel und Notizen fernhält, die geeignet sind, andere Parteimitglieder in ihrem parteigenössischen Empfinden zu kränken und zu verletzen". Ein zweiter Gelsenkirchener Antrag ging soweit, „in fernerer Erwägung, daß die Ansicht aller Parteimitglieder des Kreises über den Krieg und seine Begleiterscheinungen keine einheitliche ist", zu fordern, im „Volksblatt" „redaktionelle Äußerungen zu militärischen Nachrichten in Zukunft tunlichst zu unterlassen"[36]. Die Kreiskonferenz konnte aber noch feststellen, daß bei den zahlreichen Versammlungen die Teilnehmer „sich mit geringen Ausnahmen auf den Standpunkt der Fraktionsmehrheit" gestellt hätten, „was auch durch Annahmen entsprechender Resolutionen zum Ausdruck kam". Auch für Gelsenkirchen stellte Heinrich Bendler fest, daß „mindestens neun Zehntel der Genossen auf Seiten der Mehrheit" stünden. Die Kreiskonferenz unterstützte schließlich in einer Resolution die Position der Fraktionsmehrheit, lehnte einen Eroberungskrieg ab, forderte baldigen Frieden und rief zur Parteieinheit auf.[37]

Nach den Auseinandersetzungen der vergangenen Monate tagte im September 1916 statt eines unter Kriegsrecht nicht möglichen Parteitages eine „Reichskonferenz" der SPD in Berlin. Dort wurden die Position der Mehrheitsfraktion und die Kreditbewilligung gutgeheißen und die Abspaltung der Arbeitsgemeinschaft verurteilt.[38] Zur Reichskonferenz war der Sekretär des sozialdemokratischen Vereins Bochum-Gelsenkirchen Windau als Vertreter der Mehrheitspolitik entsandt worden. Er kehrte als Anhänger der SAG zurück. Daraufhin wurde er vom Kreisvorstand seiner Funktion enthoben. Aufgrund des Widerstandes vieler Filialen mußte dann für den 12.11.1916 eine Kreiskonferenz nach Herne einberufen werden. Diese verwarf eine Resolution des Kreisvorstandes, die die Mehrheitsposition unterstützte mit 40 zu 34 Stimmen und nahm eine Entschließung der Opposition mit 36 zu 32 Stimmen an, die vom Gelsenkirchener August Woczek mitunterzeichnet war und worin die Haltung der Reichstagsfraktion als den alten Traditionen der Partei widersprechend

35 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 1, S. 125, 140 und 155 und Bd. 3, S. 92.

36 Polizei-Präsident Bochum am 30.5.1916, in: STAM Reg. M VII 62a; Bericht über Generalversammlung SPD Bochum-Ge am 28.5.1916, in: StA Bo LA 1 307, Bl. 327 ff.

37 Polizei-Präsident Bochum am 30.5.1916, in: STAM Reg. M VII 62a; Bericht über Generalversammlung SPD Bochum-Ge am 28.5.1916, in: StA Bo LA 1 307, Bl. 330 und 336 f.

38 Die Minderheit beteiligte sich wegen der Zusammensetzung nicht an der Abstimmung. S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 135 ff. und 141 ff.; H. Krause, USPD, 1975, S. 68 f. und 72 f.; H. Wohlgemuth, ²1978, S. 162 f.; D. Engelmann, 1979, S. 76 ff.

verurteilt wurde.[39] Die Resolution der Opposition stellte weiter fest, daß sich, wie die Äußerungen bürgerlicher Politiker zu umfassenden Annexionen zeigen würden, eine Veränderung des Kriegscharakters ergeben habe, die die Fraktion zur Aufgabe der Politik des 4. August veranlassen müsse. Ein Ende der Burgfriedenspolitk sei angesichts des Belagerungszustandes der Zensur und der rapiden Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter umso notwendiger. Die Opposition betonte jedoch auch, daß sie weiter ihre Ansichten in der Partei vertreten wolle und „nirgends der Versuch einer Vergewaltigung gemacht" werden solle, weil nur solches Verhalten „der so dringend notwendigen Einheit der proletarischen Bewegung" diene.[40] Nach diesen Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlung legte Otto Hue sein Amt als Reichstagskandidat für die Wahlkreisorganisation nieder, weil er als Anhänger der Mehrheitsposition meinte, „daß ein solches Mißverhältnis zwischen Mandatsgeber und Mandatsinhaber, auch wenn es frei von persönlicher Voreingenommenheit ist, über kurz oder lang zu Konflikten führen muß. [. . .]"[41].

Nach der Abspaltung der SAG stellte die Konferenz oppositioneller Gruppen am 7. Januar 1917 in Berlin auf Einladung des Vorstandes der SAG einen weiteren Schritt in Richtung der organisatorischen Trennung der Flügel der SPD dar. Die Konferenz verurteilte das Vorgehen des SPD-Parteivorstandes. Erste Schritte der organisatorischen Trennung deuteten sich darin an, daß die von der Opposition beherrschten SPD-Gliederungen zu engerer Kontaktaufnahme untereinander aufgefordert wurden. Eine Mehrheit lehnte aber eine Resolution der Spartakusgruppe ab, in der zum Beitragsboykott aufgefordert und die Zugehörigkeit zur alten SPD nur noch solange für sinnvoll erachtet wurde, als diese selbständige Aktionen nicht beeinträchtige. Diese Beschlüsse verdeutlichten, daß, abgesehen von den Anhängern der Spartakusgruppe, die Parteiminderheit nur widerstrebend eine Parteispaltung herbeiführte.[42] Noch am selben Tag verurteilte der SPD-Parteivorstand die Konferenz der Opposition als Bruch des Organisationstatutes, und am 16. Januar beschloß der Parteiausschuß die organisatorische Trennung der Mehrheit von der Minderheit.[43] Mitverantwortlich für den Bruch der Parteieinheit war neben inhaltlichen Unter-

---

39 Polizeipräsident Bochum am 16.11.1916, Versammlungsbericht über die Generalversammlung des Wahlkreises Bochum-Ge am 12.11.1916, in: STAM OP 5 811. Vgl. H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 155 ff., Bd. 3, S. 97; J. GORGOL, N. KOZIKI, 1979, S. 22 f. Vgl. PROTOKOLL DER REICHSKONFERENZ, 1916. Biographische Angaben zu Windau, in: H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 373. Vgl. P. SOMMERLAD, 1948, S. 52.

40 Versammlungsbericht über die Generalversammlung des Wahlkreises Bochum-Ge am 12.11.1916, in: STAM OP 5 811. Vgl. J. GORGOL, N. KOZIKI, 1979, S. 24 ff. Vgl. H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 157.

41 Brief Otto Hue vom 13.11.1916, in: STAM OP 5 811.

42 S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 149 ff.; H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 79 ff.; H. KRAUSE, Kontinuität, 1976, S. 93; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 190 f.; D. ENGELMANN, 1979, S. 82 ff.; G. FÜLBERTH, Weltkrieg, ²1977, S. 62; H. WOHLGEMUTH, ²1978, S. 167 f.; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 147; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 22; D. W. MORGAN, 1975, S. 50 f.

43 S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 152; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 23; H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 81; D. ENGELMANN, 1979, S. 89; D. W. MORGAN, 1975, S. 51.

schieden ein „besonderer Disziplinbegriff"[44], d. h. die aus den Erfahrungen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates entwickelte kulturelle Vorstellung von der Notwendigkeit des geschlossenen, disziplinierten und einheitlichen Vorgehens der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. In der situativen Herausforderung des Weltkrieges bedeutete die Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, die Grundsatzpositionen berührten, in den Augen der Minderheit eine Verletzung der Parteiprinzipien, die zudem durch neue Kreditbewilligungen immer wieder wiederholt wurde. Angesichts der Burgfriedenspolitik konnte sich der Widerspruch letztlich nur im Disziplinbruch und damit in der Spaltung lösen.

Der Bezirk Westliches Westfalen erklärte sich Anfang Februar wieder für den Parteivorstand, indem er erneut die Politik des 4. August billigte und die oppositionellen Kräfte als außerhalb der Partei stehend erklärte.[45] Mit 30 zu 24 Stimmen nahm die Wahlkreiskonferenz Bochum eine entsprechende Resolution an.[46] Aber auch in dieser Wahlkreisorganisation war die Einheit zerfallen, denn eine Bochumer Parteiversammlung verurteilte mit 43 gegen 22 Stimmen am 4. März diesen Beschluß, und Ende März beschloß der Ortsverein Wattenscheid die Beitragssperre und damit den Übergang zur Opposition.[47] Gegen Mitte März stellte sich im Unterschied zu den bereits gespaltenen Bochum-Gelsenkirchenern die Wahlkreisorganisation Recklinghausen-Borken einstimmig hinter die Position der Parteimehrheit.[48]

Auf der am 6.-8. April in Gotha tagenden Konferenz der Opposition wurde, da nun klar war, daß die Einheit der Partei nicht mehr zu erhalten war, die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands" gegründet. Der USPD-Gründungsparteitag hatte 143 Konferenzteilnehmer, wovon 124 aus 91 Wahlkreisen delegiert worden waren, davon 7 Delegierte aus dem Ober- und Niederrhein aus 7 Wahlkreisen.[49] Obwohl die Gründungskonferenz der USPD einmütig die Politik des 4. August ablehnte, „war die neue Partei sehr heterogen und konnte sich auf wenig andere als auf diese Frage einigen"[50].

Auch im Raum der SPD-Bezirks Westliches Westfalen gründeten sich USPD-Gruppen, so in den Wahlkreisen Dortmund, Bochum, Recklinghausen und Borken-Buer. Da die USPD-Organisationen im Westlichen Westfalen zunächst schwach waren, wurden sie dem USPD-Bezirk Niederrhein angeschlossen. Erst im Dezember 1918 wurde ein USPD-Bezirk

---

44 S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 155.

45 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 3, S. 99; D. Engelmann, 1979, S. 91; J. Reulecke, Weltkrieg, 1974, S. 226 f.

46 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 3, S. 102; D. Engelmann, 1979, S. 125.

47 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 3, S. 104.

48 D. Engelmann, 1979, S. 126.

49 Protokolle der Parteitage, USPD-Parteitagsprotokoll 1917, S. 38; H. Krause, USPD, 1975, S. 86 ff.; H. Wohlgemuth, ²1978, S. 172 und 175; G. Fülberth, Weltkrieg, ²1977, S. 62; S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 160 ff.; D. Engelmann, 1979, S. 97 ff.; D. W. Morgan, 1975, S. 52; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 63.

50 G. D. Feldman, Armee, 1985, S. 268; H. Krause, USPD, 1975, S. 112. Vgl. D. W. Morgan, 1975, S. 53 f.

Westliches Westfalen mit Vorort Hagen geschaffen. Nur wenige Funktionsträger, wie der Dortmunder SPD-Reichstagsabgeordnete Erdmann, wechselten zur USPD. Das Fehlen einer eigenen Zeitung und Versammlungsverbote behinderten die Ausbreitung der Opposition stark.[51] Am 6. Mai wurde in Bochum in einer von dem zur Opposition übergewechselten ehemaligen Bochumer Parteisekretär Windau geleiteten Versammlung von 41 Männern und zwei Frauen der „Unabhängige Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten" gegründet, in dessen dreiköpfigen Vorstand der Gelsenkirchener August Woczek gewählt wurde, der dann im Januar 1918 auch beratend dem Bezirksvorstand Niederrhein der USPD angehörte.[52] Bei einer Hausdurchsuchung Ende Juni 1917 wurden in Buer USPD-Materialien sowie Briefe des zur Opposition übergewechselten Bochumer Parteisekretärs gefunden. Die Oppositionellen hatten also bereits untereinander Kontakt hergestellt.[53]

Auf dem Würzburger (M)SPD-Parteitag im Oktober 1917 mußte Friedrich Ebert feststellen, daß sich bisher von den 38 Bezirksorganisationen mit 357 Wahlkreisen sechs Bezirke mit 38 Wahlkreisorganisationen der USPD angeschlossen hatten, darunter Hagen, Düsseldorf, Essen und Solingen. Die MSPD hatte wegen des Mitgliederschwundes durch den Krieg und wegen Übertritten zur USPD im März 1917 einen Mitgliederstand von 243 061, nach eigenen Angaben hatte die USPD Im Herbst 1917 etwa 120 000 Mitglieder. Der MSPD-Parteitag billigte die Politik der Reichstagsfraktion und stellte sich auf den Boden der am 19. Juli im Reichstag vom interfraktionellen Ausschuß initiierten Friedensresolution. Die Ankündigung sozialdemokratischer Bereitschaft zur Regierungsübernahme nach Kriegsende stellte zwar einen Höhepunkt des Parteitages, aber nach der Politik seit August 1914 keine Sensation mehr dar.[54] Die MSPD nutzte in den Monaten bis Kriegsende die Schwäche ihrer bürgerlichen Gegner zur Durchsetzung einiger ihrer Vorstellungen, die zunächst in die korporatistisch-sozialpartnerschaftliche Arbeitsgemeinschaftspolitik mündeten.[55]

Im Sommer 1918 entwickelte sich im SPD-Wahlkreisverein Bochum-Gelsenkirchen erneut eine Opposition gegen die Kreditbewilligung. In der Folge heftiger Auseinandersetzungen schlossen sich einige Filialen der

---

51 H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 16 und 207; PROTOKOLL VOM BEZIRKSPARTEITAG, o. J., S. 6 und 8; D. ENGELMANN, 1979, S. 132. Vgl. D. W. MORGAN, 1975, S. 68 und 73 f.; R. LÜTZENKIRCHEN, Sozialdemokratischer Verein, 1970, S. 99; G. HÖGL, K. LAUSCHKE, 1986, S. 20 f. und 22 f.; G. HÖGL, Gewerkschaften, 1982, S. 33; I. MARSSOLEK, 1975, S. 245; U. HEINEMANN, Arbeiterschaft, 1988, S. 84. Zur Schwäche im Regierungsbezirk Arnsberg: Regierungspräsident Arnsberg am 16.10.1918, in: STAM OP 6 128.

52 Polizeipräsident Bochum am 9.5.1917, in: StA Bo LA 1 307, Bl. 340; Amtmann Bottrop am 1.2.1918, in: STAM Reg. M VII 17,2; Regierungspräsident Arnsberg am 16.10.1918, in: STAM OP 6 128.

53 Stellvertretendes Generalkommando Münster am 26.6.1917, in: STAM Reg. M VII 61,4; IMMEDIAT-VERW.-B. 1. Vierteljahr 1917, 22.4.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 2.

54 36 Wahlkreisorganisationen nach: S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 167, 176, 299 ff., 331 f. und 336; H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 96; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 23.

55 Bericht über die gegenwärtige Lage an Kaiser und König vom Innenminister vom 13.2.1918, in: ZSTAP RA/RMI 12 476/1, Bl. 178 f.

USPD an.[56] Im Norden bestanden im Januar 1918 USPD-Zahlstellen in Buer und Hassel, und am 16. Januar wurde ein USPD-Wahlkreisverein Recklinghausen-Borken ins Leben gerufen. Die Unabhängigen spielten aber im Regierungsbezirk Münster wie auch im Regierungsbezirk Arnsberg noch keine große Rolle[57], wie es unter den Bedingungen des Krieges bis zur Novemberrevolution insgesamt nicht gelang, einen über das ganze Land ausgedehnten USPD-Organisationsapparat aufzubauen.[58] Auch in Rotthausen wurde bis Januar 1918 keine USPD-Propaganda entdeckt.[59]

Gewerkschaftlicher Weg zur Arbeitsgemeinschaftspolitik

Im Unterschied zu den Ruhrunternehmern, die an der Aufrechterhaltung ihrer „Herr-im-Haus"-Position interessiert waren, waren die Behörden bestrebt, eine reibungslose Kriegsproduktion und sozialen Frieden zu erhalten, um keine Versorgungsschwierigkeiten heraufzubeschwören, und stärkten damit die Position der Gewerkschaften. So ordnete der Handelsminister am 22. März 1915 für die Staatszechen an, daß „die bezeichneten, auf die Steigerung der Förderung abzielenden Maßnahmen, sowie auch andere die Arbeiter berührende wichtige Änderungen in der Betriebsweise möglichst schon vor ihrer Einführung mit den Arbeiterausschüssen, erforderlichenfalls in besonders anzuberaumenden Sitzungen unter Darlegung der Beweggründe erörtert werden" sollten.[1] Der Handelsminister versuchte auch, mit den Zechenbesitzern einen Weg zu finden, wie Meinungsverschiedenheiten, die wegen der Preissteigerungen besonders in Lohnfragen entstanden, durch Gespräche mit den Arbeitervertretern gelöst werden könnten.[2]

Im Zusammenhang mit der sozioökonomischen Mobilisierung stellte dann das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 einen Wendepunkt der deutschen Innenpolitik dar. Der Weltkrieg hatte die Jahrzehnte ersehnte Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterklasse notwendig gemacht, da ohne ihre Unterstützung das Gesetz zum Scheitern

---

56 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 50.

57 Zu Buer und dem Regierungsbezirk Münster Amtmann Bottrop am 1.2.1918, in: STAM Reg. M VII 17,2; Regierungspräsident Münster, 6.2.1919, in: STAM Reg. M VII 17,2. Regierungspräsident Arnsberg am 16.10.1918, in: STAM OP 6 128: „Von einer planmäßigen Propaganda oder sonstigen Unruhen ist gegenwärtig nichts zu spüren. Selbst die radikalsten Führer halten den gegenwärtigen Zeitpunkt für derartige Massenunternehmungen als nicht günstig, weil der Zusammenschluß der verschiedenen radikalen Gruppen noch nicht durchgeführt [. . .] sei".

58 Vgl. D. Engelmann, 1979, S. 134 ff.

59 Bürgermeister Rotthausen am 25.10.1917, Bürgermeister Rotthausen am 24.1.1981, in: HSTAD LA Essen 117, Bl. 262 und 272.

1 ZSTAP RK 45, Bl. 146.

2 Eine hierfür ins Auge gefasste Bildung von Einigungsämtern scheiterte im Mai 1915 „an dem völlig ablehnenden Verhalten der Grubeneigentümer". Minister für Handel und Gewerbe am 22.5.1915, in: ZSTAP RK 547, Bl. 108.

verurteilt gewesen wäre.[3] Gleichzeitig integrierte es die Gewerkschaften in ihrem Streben nach Anerkennung in das bestehenden System. Nachdem die Aufgabenteilung zwischen (partei)politischer und gewerkschaftlicher Interessenvertretung zunächst ein Übergreifen der Auseinandersetzungen um die Burgfriedenspolitik auf die Gewerkschaften weitgehend verhindert hatte, stellte die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz mit seinen Einschränkungen der Freizügigkeit ein Schlüsselereignis für den Beginn der Artikulierung gewerkschaftlicher Opposition dar.[4] Die Auseinandersetzungen um die Burgfriedenspolitik übertrugen sich auch auf die Gewerkschaften, weil es Gewerkschaftsführer wie auch Otto Hue waren, die in der SPD als erste den Ausschluß der Disziplinbrecher forderten und ständig eine härtere Gangart der Mehrheit forderten.[5] Die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes führten aber gleichzeitig auch zu einer Stärkung der Gewerkschaften, denn in den Feststellungs-, Einberufungs- und Schlichtungsausschüssen, die die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes bewerkstelligen sollten, saßen nunmehr auch Gewerkschaftsfunktionäre.[6] Mit Zustimmung der Regierung, die auf gewerkschaftliche Hilfe zur Befriedigung der Unzufriedenen angewiesen war, konnten Arbeiterversammlungen abgehalten werden. Diese wachsende Macht der Gewerkschaften verfehlte ihren Eindruck auf die Arbeiterklasse nicht, und die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stieg wieder an. Nicht nur in Eintritten zeigte sich das gewonnene Prestige der Gewerkschaften, sondern in Resolutionen befürworteten auch Bergarbeiterversammlungen, z. B. in Buer und Hassel, die gewerkschaftliche Politik und das Hilfsdienstgesetz.[7]

Der weitere Verlauf des Krieges brachte den Gewerkschaften neue Schwierigkeiten. Die zunehmende Not und die sich verschlechternde Versorgungssituation, aber auch die sich mit dem Andauern des Krieges verstärkende radikale Agitation bedrängten sie.[8] Die Gewerkschaften nutzten die mißliche Situation geschickt für sich aus, indem sie einerseits militant auftraten und die zu Zwecken der Aufklärung und Beruhigung genehmigten Arbeiterversammlungen zur Agitation nutzten und andererseits zur raschen Beendigung von Streiks beitrugen und damit dem Heer den Wert der Gewerkschaften vor Augen führten. So konnten mit Hilfe des Heeres Zugeständnisse erreicht und dann mit diesen Erfolgen unter

---

3 P. Umbreit, 1917, S. 83. Vgl. J. Kocka, Klassengesellschaft, ²1978, S. 115 und 120 ff.; G. Högl, Gewerkschaften, 1982, S. 11 f.; H. J. Varain, 1956, S. 90; G. D. Feldman, Vom Weltkrieg, 1984, S. 29 ff.; A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 109 f.; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 26; K. Schönhoven, Massenbewegung, 1986, S. 257 ff.

4 G. Högl, Gewerkschaften, 1982, S. 3 und 11; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 187; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 28 f.

5 S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 97 f.; H. J. Varain, 1956, S. 79 und 82 f.; U. Borsdorf, Böckler, 1975, S. 26; R. Rettig, 1954, S. 2; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 27; U. Heinemann, Arbeiterschaft, 1988, S. 83.

6 P. Umbreit, 1917, S. 72. Vgl. J. Kocka, Klassengesellschaft, ²1978, S. 115; G. D. Feldman, Vom Weltkrieg, 1984, S. 108 f.; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 26.

7 Bergarbeiterversammlungen 4.2.1917 in Hassel, 6.2.1917 in Buer. Versammlungsberichte, in: STAM Reg. M VII 58,3. Vgl. H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 42; K. Schönhoven, Massenbewegung, 1987, S. 261 f.

8 G. D. Feldman, Armee, 1985, S. 118.

den Arbeitern geworben werden. Es gelang den Gewerkschaften also, „weiterhin als militante Organisation aufzutreten und zugleich die Kriegssituation zu ihren Gunsten so auszunutzen, daß sie ihre Macht ausweiten konnten"[9]. Ein Beispiel für das Verhalten der Gewerkschaften waren Ruhrbergarbeiterstreiks im August 1916. Als Forderungen nach Lohnerhöhungen und Verhandlungen der Arbeiterausschüsse ohne Erfolg blieben, kam es im Ruhrgebiet zur ersten größeren Streikwelle während des Krieges, welche Mitte bis Ende August ihren Höhepunkt erreichte.[10] Räumlicher Schwerpunkt war das Gelsenkirchener Revier, wo die kurzen Streiks sich wie Kettenreaktionen von einer Zeche zur anderen fortpflanzten, vermittelt über das Bindeglied der gemeinsamen Wohnorte. Im Raum Gelsenkirchen streikten die Belegschaften von Ewald 1/2, Graf Bismarck 1/4, 2/6, 3/5, 7/8, Bergmannsglück, Scholven, Consolidation 8 und Holland 1/2. Die Forderungen der Streikenden nach Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Lohnerhöhungen und Beseitigung betrieblicher Mißstände wiesen die Streiks als ökonomische Streiks mit spontanem Charakter aus.[11] Ein für gewerkschaftliche Forderungen wichtiges Ergebnis dieser Streikwelle war, daß der keineswegs gewerkschaftsfreundliche Kommandant des rheinisch-westfälischen Bezirks General von Gayl im Interesse der Aufrechterhaltung des inneren Friedens Partei für ein allseitiges Entgegenkommen ergriff und die Zechenbesitzer aufforderte, die Gewerkschaftspetitionen zu beantworten, soweit dies ohne Preisgabe prinzipieller Standpunkte möglich sei, womit indirekt eine Anerkennung der Gewerkschaften erfolgte.[12] Auch der Bueraner Oberbürgermeister hielt einen Mangel an Organisation in den Belegschaften für den „Schlüssel für diese Unordnung" und gelangte zu der Auffassung, daß in den Arbeiterorganisationen, die „bei den Versammlungen gute Dienste geleistet" hatten, „offenbar die besten Arbeiter vereinigt" wären.[13] Das gewerkschaftliche Lavieren führte aber auch zu ersten inneren Auseinandersetzungen, als z. B. bei einer Belegschaftsversammlung auf Graf Bismarck 7/8 am 22. August 1916 Gewerkschaftsvertreter die Wiederaufnahme der Arbeit forderten, sozialdemokratische Bergleute jedoch zur Durchsetzung der Forderungen die Fortsetzung der Streiks verlangten, oder als bei einer Mitgliederversammlung des Alten Verbandes in Beckhausen am 12. Au-

---

9 Ebd., S. 119. Vgl. z. B. „Leitsätze des Kriegsministeriums für die Behandlung von Streiks in der Rüstungsindustrie", in: W. ABELSHAUSER, R. HIMMELMANN, 1988, S. 3 f.

10 G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 119; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 143.

11 H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 144 f. und Bd. 3, S. 95 f: Ewald 1/2 – 21./22.8., Westerholt – 22.8., Bismarck 7/8 und Bergmannsglück (zus. 3 197 Mann) – 22./23.8., Bismarck 1/4, 2/6, 3/5 – 24.8. H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 20 und 24 f.: Graf Bismarck 7/8 – 22.-24.8., Graf Bismarck 2/6 und 3/5 – 23.8., Graf Bismarck 1/4 – 23.-24.8., Bergmannsglück und Westerholt – 23.4., Holland 1/2 und Consolidation 8 und Nordstern – 24. oder 25.8. Zu den Bueraner Zechen: VON DER LANDGEMEINDE, 1921, S. 62; IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 4 f. Vgl. M. ZIMMERMANN, Alle sollen, 1982, S. 69 f.; J. GORGOL, N. KOZIKI, 1979, S. 32; ergänzt durch K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 27. Zu Zeche Scholven am 1./2.9. Polizeiverwaltung Buer am 1.9.1916, in: STAM Reg. M VII 17,1. Vgl. P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 61.

12 G. D. FELDMAN, Armee, 1985, S. 121.

13 IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 5 f.

gust 1917 das Hilfsdienstgesetz kritisiert wurde.[14] Auch auf weiteren Versammlungen wurden immer wieder Zwischenrufe, die Kriegsmüdigkeit und Protest gegen die Burgfriedenspolitik ausdrückten, laut.[15]

Nach der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes verstärkte sich die Kritik an den Gewerkschaftsführungen besonders im Deutschen Metallarbeiterverband und einigen kleineren freigewerkschaftlichen Verbänden. Auf der DMV-Generalversammlung im Juni 1915 artikulierte sich erstmals innergewerkschaftlich eine breite Opposition gegen die Burgfriedenspolitik.[16] Im DMV protestierten im Frühjahr 1918 verschiedene örtliche Versammlungen gegen die Haltung ihres Vorstandes, so auch in Gelsenkirchen.[17] Für die Annahme, daß sich auch im Gelsenkirchener DMV eine Opposition gegen die Burgfriedenspolitik bildete, spricht auch die Tatsache, daß bei der Novemberrevolution eine Reihe von Metallarbeitern und Mitgliedern des DMV führend in den Reihen der USPD zu finden waren.

Die freie Bergarbeitergewerkschaft in Buer betrieb ihre Burgfriedenspolitik weiter und konnte für sich neue Rechte durchsetzen, als Anfang 1918 angesichts der katastrophalen Versorgungssituation ein „Konsumentenausschuß" gebildet wurde, „ein Ausschuß der Bergarbeiterorganisationen, der der Stadtverwaltung Vorschläge bezüglich der Lebensmittelversorgung zu unterbreiten hatte"[18]. In der Stadt Gelsenkirchen war bereits im April 1917 die Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiterschaft zum Lebensmittelamt beraten worden, und am 2. Mai 1917 nahmen die Sozialdemokraten Heinrich Bendler (Angestellter des Alten Verbandes) und Ludwig Leypoldt (Geschäftsführer der „Eintracht") als Vertreter der Freien Gewerkschaften an ihrer ersten Sitzung des Lebensmittelausschusses teil.[19]

Hatte es bei den Gewerkschaften schon lange korporatistische Vorstellungen zur Einschränkung unternehmerischer Macht gegeben, so erhielten diese durch die sich mit dem Krieg herausbildenden Strukturen eines organisierten Kapitalismus neue Nahrung. Auf einer Besprechung der Vorstände der Bergarbeiterorganisationen am 20. Januar 1918 befürworteten gerade die freigewerkschaftlichen Vertreter Husemann und Hue die Bildung einer sozialpartnerschaftlichen Arbeitsgemeinschaft.[20] Angesichts der Radikalisierung der Arbeiterschaft, der sich abzeichnenden Niederlage

---

14 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 1, S. 148; Versammlungsbericht, in: STAM OBA Do 1791, Bl. 240.

15 Vgl. Immediat-Verw.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 6.

16 Z. B. Textilarbeiter- und Schumacherverband, ausführlich: G. Högl, Gewerkschaften, 1982. Vgl. H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 217 f.; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 18; F. Opel, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 48 f.; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 185.

17 Institut für Marxismus-Leninismus, Novemberrevolution, 1978, S. 52; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 47. Zur Tätigkeit der USPD auch im Bergarbeiter-Verband: Regierungspräsident Arnsberg am 16.10.1918, in: STAM OP 6 128.

18 Von der Landgemeinde, 1921, S. 62.

19 StA Ge XVIII/9/13-Ge; Niederschrift Lebensmittelausschuß am 2.5.1917, in: StA Ge XVIII/9/15-Ge.

20 Besprechung der Bergarbeiterorganisations-Vorstände am 20.1.1918 in Essen, in: ZSTAP RK 45, Bl. 136 ff.

und der bevorstehenden Demobilisierung kam es auf Initiative Otto Hues im August 1918 zur ersten Kontaktaufnahme zwischen Vertretern des Alten Verbandes und dem Zechenbesitzer Stinnes. Die Gewerkschafter waren sich zu diesem Zeitpunkt bewußt, daß es sich bei der bisher immer verweigerten Kontaktaufnahme zwischen Unternehmern und Gewerkschaften und der damit verbundenen Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter weniger um einen Gesinnungswandel als um ein taktisches Manöver handelte[21], zumal gerade im Ruhrgebiet die Unternehmer Hand in Hand mit den Behörden bis kurz vor Kriegsende das „Damoklesschwert" der Einberufung zur Disziplinierung benutzten.[22] Auf Wunsch der Gewerkschaften fanden am 18. Oktober erste offizielle Gespräche zwischen Gewerkschaftsvertretern und Zechenunternehmern statt. Weitere folgten unter dem Druck der Ereignisse am Kriegsende am 14. und 23. November. Die Zechenherren gestanden den Bergarbeiterorganisationen die Anerkennung als Arbeitervertretungen, den achtstündigen Arbeitstag einschließlich Ein- und Ausfahrt, mäßige Lohnerhöhungen, eine Mindestlohnvereinbarung, paritätisch besetzte Arbeitsnachweise usw. zu.[23] Ähnliche Vereinbarungen wie im Bergbau wurden am 26. Oktober von Vertretern der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie und den Metallarbeitergewerkschaften getroffen, wobei auch hier die Wendung der Eisen- und Stahlindustriellen zur Anerkennung der Gewerkschaften rein taktisch begründet war.[24] Auf der Ebene der Generalkommission der Freien Gewerkschaften wurde am 15. November zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften das „Stinnes-Legien-Abkommen" geschlossen und als Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft die Gründung der „Zentralarbeitsgemeinschaft" vereinbart.[25] Nach dem Schritt zur Zentralarbeitsgemeinschaft waren angesichts der Spaltung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Hoffnungen scharfe innerorganisatorische Konflikte sicher zu erwarten, und auch Entfremdungstendenzen zwischen Arbeitern und Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Führungen

---

21 M. Dörnemann, 1966, S. 19 f. Vgl. H. Mommsen, Soziale und politische Konflikte, 1980, S. 65 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 171; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 37 ff.

22 Z. B. zur Einberufung des auch für Buer zuständigen Gladbecker Bezirksleiters: Landrat Recklinghausen am 27.8.1917 an den Bueraner Oberbürgermeister, in: STAM Reg. M VII 61,4. Vgl. Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Geschäftsbericht 1917/18, S. 129 f.

23 H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 282; G. D. Feldman, Vom Weltkrieg, 1984, S. 114 und 122 f.; M. Dörnemann, 1966, S. 20 f.; Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1917/18, S. 104 f.; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 98. Vgl. H. Teuber, Beiträge, 1926, H. 35 und 36; ausführlich: R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 37-48; für die Christlichen Gewerkschaften: M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 504 ff.

24 F. Opel, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 77; Institut für Marxismus-Leninismus, 1978, S. 69; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 203 f. Vgl. I. Steinisch, Gewerkschaftliche Organisation, 1980, S. 121.

25 Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft, in: U. Borsdorf, H. O. Hemmer, M. Martiny, 1977, S. 165 ff. Vgl. F. Opel, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 77; H. Wohlgemuth, ²1978, S. 216; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 204; J. Reulecke, Weltkrieg, 1974, S. 236; G. D. Feldman, Freie Gewerkschaften, 1975, S. 229 f.; H. J. Varain, 1956, S. 116 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 170 f.; G. D. Feldman, Vom Weltkrieg, 1956, S. 101 ff.; G. D. Feldman, I. Steinisch, 1985, S. 22 ff., 30, 135 ff., 137 ff.

waren absehbar.[26] Die Antwort auf die Frage nach den Gründen, warum die Gewerkschaften trotz solcher Gefahren diesen Weg gingen, liegt in deren Wirklichkeitsverständnis begründet. Kurzfristig machte das Problem der Demobilmachung in den Augen der Gewerkschaften, die in den Kriegsjahren in Kategorien gesamtgesellschaftlicher Verantwortung zu denken gelernt hatten, die Zusammenarbeit mit den Unternehmern notwendig, da einerseits staatliche Stellen im Krieg ihre Inkompetenz zu Genüge bewiesen hatten, und andererseits schien in der Situation des Staatsumsturzes keine Stelle die nötige Autorität zur Aufrechterhaltung einer gewissen Ordnung und der Gewährleistung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu haben, so daß die Gewerkschaften sich zur Übernahme von Verantwortung gezwungen sahen. Auch entsprach die Arbeitsgemeinschaftspolitik dem verbreiteten gewerkschaftlichen Selbstverständnis als reine wirtschaftliche und sozialpolitische Interessenvertretung und einer sich in der Gewerkschaftsbewegung schon seit den 1890er Jahren herausbildenden reformistisch-evolutionären Vorstellungwelt, die die sozialistische Neugestaltung als einen längerfristigen Lernprozeß begriff.[27]

Entstehung von Massenbewegungen der Arbeiterklasse

Gleichzeitig mit dem Erstarken der Gewerkschaften war auch ein gegenläufiger Prozeß zu beobachten. Indem die Gewerkschaften mit staatlichen Stellen zusammenarbeiteten, begaben sie sich in die Gefahr, für Schwierigkeiten, Mißstände und Probleme mitverantwortlich gemacht zu werden. Begründet in der Klassenstruktur, den Veränderungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse im Weltkrieg und jeweils ausgelöst durch konkrete Mißstände, die in der Produktion und Verteilung von Grundnahrungsmitteln durch die Kriegsernährungsverwaltung auftraten, entstand neben der organisierten Arbeiterbewegung „etwas qualitativ Neues", die Massenbewegungen. Kennzeichen dieser Massenbewegungen waren ihre Spontanität, die höchstens geringe Verbindung zur organisierten Arbeiterbewegung und die aktionistische Negation der von der organisierten Arbeiterbewegung verfolgten Strategie und Taktik[1], die durch Institutionalisierung von Konfliktregelungsmechanismen, organisierte Disziplin und Ansätze von Integration in die bestehenden Verhältnisse gekennzeichnet war. Die Massenbewegungen indizierten nicht nur die Krise des kapitalistischen Obrigkeitsstaates, sondern auch eine Krise der sozialdemokratischen Denk- und Verhaltensmuster, die schon in der Vorkriegssozialdemokratie angelegt war und unter den Bedingungen des Krieges hervorbrach, weil hierfür

26 Vgl. G. D. FELDMAN, Freie Gewerkschaften, 1975, S. 238 f.
27 Ebd., S. 240 ff. Vgl. H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1982, S. 78.
1 G. D. FELDMAN, E. KOLB, R. RÜRUP, Massenbewegungen, 1972, S. 85. Vgl. J. KOCKA, Klassengesellschaft, ²1978, S. 52 f.; A. KLÖNNE, Arbeiterbewegung, 1980, S. 146; P. v. OERTZEN, Probleme, o. J., S. 25 ff. Zu starke Betonung des Politischen: D. W. MORGAN, 1975, S. 54 ff.

nicht nur spezifische Bedingungen informeller Kommunikations- und Solidarstrukturen im Ruhrbergbau vorhanden waren, sondern auch weil es eine von den Arbeiterorganisationen nur mit Mühe unterdrückte Tradition spontaner eruptiver Aktionen – beispielsweise bei den Bergarbeiterstreiks – gab.

Die Radikalisierung der Arbeiterklasse wurde im Jahre 1917 an häufigen Streiks sichtbar. Auch wurde um die Jahreswende 1916/17 und zu Beginn des Jahres 1917 von einer abnehmenden Bereitschaft der Belegschaft zum Verfahren von Über- und Nebenschichten berichtet.[2] Die in den Ausständen zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit und Radikalisierung der Ruhrarbeiter mußte auch auf die sich als Arbeitervertreter verstehenden Sozialdemokraten und Gewerkschafter nachhaltige Wirkungen haben, zumal oft auch die Unzufriedenheit mit der Burgfriedenspolitik artikuliert wurde. Der Differenzierungsprozeß zwischen Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie und Teilen der Ruhrarbeiter stellte seit etwa Ende des 2. Kriegsjahres bis zum Ende der Massenbewegungen nach dem Kapp-Putsch ein Charakteristikum der Entwicklung sozialdemokratischer Politik und Arbeiterkultur dar.

Nach den Auguststreiks und zwei kurzen Arbeitseinstellungen auf mehreren Bueraner Zechen im Herbst 1916[3] streikten Teile der Bergarbeiterschaft in den letzten Tagen des Jahres 1916 auf den Bueraner fiskalischen Gruben. Diese Streiks brachen spontan und ohne Wissen der Bergarbeiterorganisationen und der Arbeiterausschüsse aus, ergriffen rasch die gesamte Belegschaft und waren schnell wieder beendet. Die Streikenden protestierten gegen die unzureichende Ernährung und die Nichteinhaltung von Lohnversprechungen.[4]

An den Januar-Streiks im Ruhrbergbau beteiligten sich auch die Belegschaften der Bueraner Zechen Scholven, Bergmannsglück und Hugo 2 und in Gelsenkirchen am 6. Februar Wilhelmine Viktoria 1/4, wobei wiederum ökonomische Forderungen im Vordergrund standen.[5] Bei einer Belegschaftsversammlung von Bergmannsglück am 25. Januar wurden Lohnerhöhungen, ein Brotzusatzschein, Bekämpfung der Wucherpreise und bessere Behandlung der Arbeiter durch Fahr- und Reviersteiger gefordert.[6]

---

2 IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 27; IMMEDIAT-VERW.-B. 1. Vierteljahr 1917, 22.4.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 15.

3 IMMEDIAT-VERW.-B., 24.1.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 28.

4 Ebd. S. 5.

5 H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 159. Lt. Bd. 3, S. 99 f.: Scholven – 19.-21. und 25.1., Bergmannsglück – 20.-23.1., Hugo 2 – 23.1., Wilhelmine Viktoria – Anf. Februar. IMMEDIAT-VERW.-B. 1. Vierteljahr 1917, 22.4.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 3 bestätigt die Angaben und gibt folgende Zahlen der Streikenden an: Scholven 1 694 (1. Tag), Bergmannsglück 1 999 (Höchstzahl), Hugo 2 351. Vgl. M. ZIMMERMANN, Alle sollen, 1982, S. 70 und S. 80; Polizeiverwaltung Buer am 20.1.1917, 22.1.1917, 23.1.1917, 24.1.1917, 24.1.1917 (2. Bericht), 25.1.1917, in: STAM Reg. M VII 17,1; Bericht Bergrevier West-Recklinghausen am 22.5.1917, in: STAM OBA Do 1 793; P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 61; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 28 und 30; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 29.

6 Polizeiverwaltung Buer am 30.1.1917, in: STAM Reg. M VII 17,1.

Anlaß der Streiks im Februar/März 1917 waren nicht nur die Ernährungsnotlage und die niedrigen Löhne, sondern auch die vorübergehende Arbeitslosigkeit infolge der Transportkrise und die Blankovollmacht des kommandierenden Generals von Gayl, die den Unternehmern erlaubte, für die sofortige Einberufung widerspenstiger Arbeiter zu sorgen. Die steigende Kriegsmüdigkeit und die Agitation der oppositionellen Gruppen schürten die Unruhe, so daß in dieser Streikwelle, die auch Rüstungsbetriebe und Metallarbeiter erfaßte, schätzungsweise 75 000–100 000 Arbeiter in Deutschland beteiligt waren. Am 29. Februar streikten 20 000 Arbeiter des Ruhrgebietes.[7] Bei dieser Streikwelle im Zeitraum zwischen 16. Februar und 10. März 1917 streikten die Belegschaften der Gelsenkirchener Schachtanlagen Wilhelmine Viktoria 2/3 und Scholven, bei der der Streik mit einer Höchstzahl von Arbeitswilligen von 483 (bei einer Belegschaft von 2 094) vom 3. bis 9. März dauerte.[8] Die Beschwichtigung des Bezirksleiters des Alten Verbandes auf Belegschaftsversammlungen von Zeche Scholven führte schließlich zur Beendigung des Streiks, weil die Arbeiter sich entschlossen, den Instanzenweg zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach Lohnerhöhungen zu beschreiten.[9]

Eine weitere Streikwelle erfaßte das Ruhrgebiet im April 1917. Unmittelbarer Anlaß waren die erneuten Kürzungen der Brotration. Neben dieser Verschlechterung dürften auch die revolutionären Ereignisse in Rußland die Unruhe der Bevölkerung verstärkt haben. Schwerpunkt der Streiks waren Berlin und Leipzig, insgesamt streikten am 16. April in Deutschland eine halbe Million Arbeiter.[10] Im Ruhrgebiet war neben den Landkreisen Essen und Dortmund und den Städten Hamborn und Herne der Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen, wo die Belegschaften von Consolidation und Graf Bismarck 1/4 streikten, Schwerpunkt der Streiks.[11] Zur Beschwichtigung der Arbeiterklasse sah sich die Obrigkeit gezwungen, erste Schritte zu einer Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechtes anzukündigen. So enthielt die Osterbotschaft des Kaisers vom 17. April 1917 die vage Ankündigung einer Wahlrechtsreform nach Kriegsende.[12]

---

7 G. D. Feldman, Armee, 1985, S. 262; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 1, S. 168. 10 000–15 000 Arbeiter des Ruhrgebietes nach H. Wohlgemuth, ²1978, S. 170.

8 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 1, S. 167 und Bd. 3, S. 103. Wilhelmine Viktoria 2/3 am 17. Februar nach K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 29; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 30. Vgl. Polizeiverwaltung Buer am 3.3.1919, 4.3.1917, 5.3.1917, 6.3.1917, 7.3.1917, 8.3.1917, 9.3.1917, in: STAM Reg. M VII 17,1. Immediat-Verw.-B. 1. Vierteljahr 1917, 22.4.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 3; Bericht Bergrevier West-Recklinghausen am 22.5.1917, in: STAM OBA Do 1 793.

9 Polizeiverwaltung Gladbeck über die Belegschaftsversammlung am 6.3.1917, Polizeiverwaltung Buer am 10.3.1917, in: STAM Reg. M VII 17,1.

10 G. D. Feldman, Armee, 1985, S. 268; H. Wohlgemuth, ²1978, S. 178; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 27; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 189; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 135; D. W. Morgan, 1975, S. 83.

11 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 1, S. 228 f. und Bd. 3, S. 105 f.; J. Gorgol, N. Koziki, 1979, S. 35. Zu Bergmannsglück Abschrift der Polizeiverwaltung Buer vom 15.4.1917, in: STAM Reg. M VII 17,1; auch in: H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 38.

12 G. D. Feldman, Armee, 1985, S. 269.

Nach einer ruhigeren Phase brachen im Ruhrgebiet Ende Juni aufgrund der Ernährungsnot erneut Streiks aus. Im Zusammenhang mit Streiks im Ruhrgebiet kam es am 25. und 26. Juni zu Lebensmittelunruhen in Gelsenkirchen. Am 25. Juni zogen über 1 000 Menschen vor das Lebensmittelamt, am folgenden Tag demonstrierten erneut 1 500 Frauen vor dem Rathaus, dem Lebensmittelamt und der Wohnung des Oberbürgermeisters und verlangten eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung. Die demonstrierende Menge wurde von der Polizei, die mit der flachen Klinge auf die Frauen einschlug und mehrere verhaftete, auseinandergetrieben. Vor dem Bueraner Rathaus kam es zweimal zu Demonstrationen von mehreren Hundert Frauen, die eine bessere Lebensmittelversorgung forderten. Erstmals streikten in Gelsenkirchen nun auch Metallarbeiter. Am 27. Juni legten 450 Arbeiter der Mannesmann Röhrenwerke die Arbeit nieder.[13]

Da die Streikwellen von längeren Phasen relativer Ruhe unterbrochen wurden, und die Streiks auf den einzelnen Schachtanlagen eher spontanen Charakter hatten, hatte offensichtlich „die Agitation der USPD und der Spartakusgruppe sowie die russische Oktoberrevolution nur geringen Einfluß", obwohl die Unruhen sich politisierten und auch Forderungen nach Frieden gestellt wurden. Primäre Ursachen waren die soziale Notlage, die unzureichende Versorgung, die Arbeitsbedingungen, die Vermehrung der Arbeitsunfälle und die inflationären Tendenzen.[14] In einem Stimmungsbericht für das Ruhrgebiet vom Oktober 1917 mußte das VII. Armeekorps davon berichten, daß festzustellen wäre, „daß der Wunsch nach einem baldigen Frieden in allen Kreisen immer stärker wird"[15]. Noch bis Ende 1917 waren aber vaterlandstreue, rein ökonomisch orientierte Resolutionen verschiedener Bergarbeiterversammlungen wie die der Belegschaftsversammlung von Bergmannsglück am 10. Oktober 1917 typisch für die Haltung der Mehrheit der Bergarbeiter des Raumes Gelsenkirchen[16]: „Die heutige stark besuchte Belegschaftsversammlung der Zeche Bergmannsglück in Buer fordert ebenso höflich wie dringend die Heraufsetzung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Kopf und Woche. Soll im Interesse des Landes die Arbeitskraft der Bergarbeiter aufrechterhalten werden, so muß veranlaßt werden, daß er sich an einem Lebensmittel satt essen kann. [. . .] Die Erhaltung des Heimatheeres ist zur Erringung eines annehmbaren Friedens ebenso notwendig wie die gute Erhaltung des Frontheeres."

---

13 Ebd., S. 288; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 1, S. 232 f. und Bd. 3, S. 108; IMMEDIAT-VERW.-B. April-Oktober 1917, 11.10.1917 (StA Ge XXVI/6-B), S. 1; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 31. Vgl. J. TAMPKE, Ruhr and Revolution; 1979, S. 39.

14 H. MOMMSEN, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 280 f. Dagegen: Bericht über die gegenwärtige innenpolitische Lage an Kaiser und König vom Innenminister vom 13.2.1918, in: ZSTAP RA/RMI 12 476/1, Bl. 181 zur Bedeutung der russischen Revolution, ebenso D. ENGELMANN, 1979, S. 168.

15 Stimmungsbericht an das Kriegsamt vom 6.10.1917, in: ZSTAP RA/RMI 12 476, Bl. 114.

16 Überwachungsbericht der Belegschaftsversammlung Bergmannsglück vom 10.10.1917, in: STAM OBA Do 1 792.

Am 28. Januar 1918 begann der größte Massenstreik während des Ersten Weltkrieges. Im Vergleich zum Streik in Berlin, an dem sich bis zu 400 000 Arbeiter, die Frieden ohne Annexionen, Aufnahme von Friedensverhandlungen unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern, ausreichende Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung politischer Gefangener und Wahlrechtsreform forderten, beteiligten, blieb es im Ruhrgebiet relativ ruhig.[17] Die Streikwelle zeigte aber Ansätze zunehmender Politisierung der Ruhrarbeiterschaft, die nicht mehr nur ökonomische Forderungen stellte, sondern auch nach sofortigem und allgemeinem Frieden verlangte.[18] In Gelsenkirchen tauchte Ende Januar das USPD-Flugblatt „Männer und Frauen des werktätigen Volkes" vom 9. Januar auf, worin der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk verurteilt wurde und die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur und unbeschränktes Vereins-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht, die Aufhebung des Arbeitszwanggesetzes und die Freilassung politischer Gefangener gefordert wurden. Der Aufruf gipfelte in[19]: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Frieden! Freiheit! Brot!" In Gelsenkirchen und in Buer, wo dasselbe USPD-Flugblatt verteilt wurde, blieb es zu Beginn des Jahres 1918 aber noch ruhig; „Unruhen und Arbeitseinstellungen, die vielfach im Reiche eintraten, erfolgten hier nicht"[20].

Im August 1918 erfaßte eine Streikwelle das Ruhrgebiet, als einige Zechenbelegschaften wegen der sich verschlechternden Lebensbedingungen streikten. Neben die ökonomischen traten auch politische Forderungen nach Frieden. Über 60 000 Bergleute von 24 Schachtanlagen vorwiegend des Essener Bezirks traten in den Ausstand. Im Raum Buer streikten am 23. August nur geringe Teile der drei Graf Bismarck-Schachtanlagen und die Belegschaft von Bergmannsglück.[21]

Die Massenaktionen der letzten Kriegsphase zeigten, daß nicht nur die wenigen Anhänger der oppositionellen Minderheit in der Arbeiterbewegung aktiv wurden, sondern daß die allgemeine Unzufriedenheit weit

---

17 F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 190; F. Opel, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 71 f.; S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 374 ff.; D. Engelmann, 1979, S. 228 f.; D. W. Morgan, 1975, S. 88 ff. Zum Ruhrgebiet: Berichte des VII. Armeekorps, in: ZSTAP RA/RMI 12 255, Bl. 21, 38, 39, 57, 64, 97, 122, 152. Nach H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 54 streikten bis zu 54 Zechen (29.1.) und es entfielen 60 209 Schichten (28.1.-4.2.).

18 Oberbürgermeisters Buer am 18.1.1918 und 21.1.1918, in: STAM Reg. M VII 17,2; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 24; D. Engelmann, 1979, S. 216 f. Dagegen G. D. Feldman, Armee, 1985, S. 362; J. Reulecke, Weltkrieg, 1974, S. 232 zur geringen Politisierung.

19 Polizeipräsident Ge vom 31.1.1918 mit Flugblatt, in: STAM Reg. M VII 17,2; zur Verbreitung in Bochum: D. Engelmann, 1979, S. 223 ff. Vgl. S. Miller, Burgfrieden, 1974, S. 371 f. und S. 358 ff.; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, S. 56 ff.

20 Von der Landgemeinde, 1921, S. 62; ähnlich für Ge: K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 39 ff. Zur Planung der Verteilung des USPD-Flugblattes fand am 20.1.1918 eine „Geheimsitzung" in Bottrop statt mit Vertretern aus Buer und Hassel, lt. Amtmann Bottrop am 1.2.1918, in: STAM Reg. M VII 17,2. Vgl. D. Engelmann, 1979, S. 223.

21 H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 67; M. Dörnemann, 1966, S. 19; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 51 ff.; Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1917/18, S. 130; J. Reulecke, Weltkrieg, 1974, S. 234; Polizeiverwaltung Buer am 23.8.1918, in: STAM Reg. M VII 17,1.

darüberhinausging. Da unter den Bedingungen des Kriegszustandes der Ausstand für die Streikenden erhebliche Gefahren mit sich brachte, wie sofortige Einberufung, wurde in den Aktionen „gleichsam nur die Spitze des Eisbergs sichtbar"[22].

2. Novemberrevolution und Herrschaft der Räte bis Anfang 1919

a) Revolution in Deutschland

Nach der desillusionierenden Ankündigung der militärischen Niederlage war die nationale Begeisterung tiefer Enttäuschung gewichen. Mit der militärischen Niederlage geriet das Kaiserreich in eine akute Systemkrise, die in die Novemberrevolution mündete. Am 28. Oktober unterzeichnete Kaiser Wilhelm II. die Gesetze zur Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland. Am selben Oktobertag 1918 weigerten sich die Wilhelmshavener Matrosen angesichts der offensichtlichen Aussichtslosigkeit, einen Vorstoß der Flotte in die Nordsee zu unternehmen. In der Folge der Wilhelmshavener Ereignisse und des Kieler Matrosenaufstandes vom 3. November breitete sich die Revolution über Deutschland aus und fegte Oktoberverfassung und Monarchie hinweg. Von der Küste breitete sich die Revolution durch heimkehrende Matrosen rasch über ganz Deutschland aus. Die Umwälzungen der Novemberrevolution vollzogen sich wie im gesamten Reich auch im Ruhrgebiet ohne größere Unruhen und Ausschreitungen.[1] Angesichts des spontanen Charakters der Erhebung mußten sich die revolutionären Arbeiter und Soldaten Organisationsformen schaffen, um sich und die ihnen zumeist kampflos zufallende Macht zu organisieren. So wurden ein Kennzeichen der Revolution die Arbeiter- und Soldatenräte, die als Organisationsform schon in der russischen Revolution von 1905 aufgetaucht waren und die als Form revolutionärer Herrschaft durch die russische Februarrevolution aktualisiert worden waren.[2] „In den Räten verwirklichte sich – spontan, ungeordnet, nicht durchdacht, aber für kurze Zeit unwiderstehlich – der Wunsch großer Teile des Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft, nicht mehr länger kommandiert zu werden, sondern die Dinge irgendwie selbst in die Hand zu nehmen"[3]. Bis zur Wahl des Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten durch die Nationalversammlung am 10. Februar 1919 und der anschließenden Bildung der Regierung der Weimarer Koalition unter Vorsitz Scheidemanns folgte dem Aufstand eine Phase revolutionärer

---

22 G. D. Feldman, E. Kolb, R. Rürup, Massenbewegungen, 1972, S. 94.

1 E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 75 ff.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1982, S. 34 ff.; P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 238 f.; E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 6; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 79; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 312. Vgl. W. Tormin, Rätediktatur, 1954, Anhang. Auch für das Ruhrgebiet: R. Rürup, Einleitung, 1975, S. 20.

2 E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 56 ff.; W. Tormin, Rätediktatur, 1954, S. 56; D. Engelmann, 1979, S. 285.

3 P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 24.

Legitimation staatlicher Gewalt. Eine analoge Phase der Herrschaft revolutionär legitimierter Organe folgte auch in den Ländern, Städten und Gemeinden, bis auch dort im Januar/Februar 1919 parlamentarische Organe gewählt wurden. Diese revolutionäre Periode gliedert sich in den Zeitraum des Umsturzes und der Konstituierung revolutionärer Organe, die eigentliche Revolution, und in die Zeit ihrer Herrschaft bis zur Wahl parlamentarischer Organe.[4]

Als die revolutionäre Bewegung am 9. November Berlin erreichte, sah sich die MSPD aus Selbsterhaltungsinteresse und Verantwortungsbewußtsein gezwungen, auf ihre Pläne einer „verfassungsgemäßen" Neuordnung vorerst zu verzichten und sich mit der USPD, die zwar revolutionäre Aktionen erwartet hatte, für einen Staatsumsturz aber auch keine konkrete Konzeption hatte, auf eine gemeinsame Regierungsbildung zu einigen. Unter stürmischem Beifall wurde der „Rat der Volksbeauftragten" als provisorische Regierung mit je drei Vertretern von MSPD und USPD, die sich auf die alten Ministerien stützten, in der Versammlung von 3 000 gewählten Vertretern der Berliner Soldaten und Arbeiter bekanntgegeben und nahezu einstimmig bestätigt.[5] Wie sich zeigen sollte, waren die ersten Reformen des Rates wie die Einführung des Achtstundentages, das allgemeine gleiche Wahlrecht, die Aufhebung der Gesindeordnung, das unbeschränkte Koalitionsrecht, die Einrichtung der Erwerbslosenfürsorge und weitere sozialpolitische Maßnahmen zu wenig konsequent, weil die Machtverhältnisse der Kaiserzeit zu wenig angetastet wurden, der Wirtschaft weitgehende Autonomie gelassen wurde, die Heeresleitung wegen angeblicher Unverzichtbarkeit bei der Demobilisierung der Revolutionsregierung nicht untergeordnet wurde, die Fachbeamten weiter schalteten und walteten, wie sie es für richtig hielten, und der föderalistische Aufbau beibehalten wurde.[6] Darin kam die Konzeptionslosigkeit der beiden sozialdemokratischen Parteien zum Ausdruck, denen es nicht gelang, mit den Legitimationsproblemen einer Revolutionsregierung fertig zu werden und

---

4 Der Begriff der Revolution wird hier im Vergleich zu H. A. WINKLER, Sozialdemokratie und die Revolution, 1979, S. 8, der unter Revolution im engeren Sinn die Phase der revolutionären Legitimation der Zentralgewalt insgesamt versteht, enger gefaßt. Wie Winkler: E. KOLB, Rätewirklichkeit, 1972, S. 166 f. Vgl. W. TORMIN, Rätediktatur, 1954, S. 6; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 71 ff.; U. KLUGE, Militärrevolte, 1975, S. 39 ff. und 43 f. Zum Parlamentarisierungsprozeß: W. SAUER, 1972, S. 77 ff.; E. KOLB, Weimarer Republik, 1984, S. 2 ff; auch W. ELBEN, 1965, S. 6.

5 H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 38 ff.; E. KOLB, Zentralrat, 1968, S. XIV f.; E. KOLB, Arbeiterräte, 1962, S. 34 ff. und 42 ff. zur mangelnden Planung bei der USPD und 118 zur Berliner Versammlung. Vgl. W. TORMIN, Rätediktatur, 1954, S. 64; E. KOLB, Weimarer Republik, 1984, S. 6 ff.; E. MATTHIAS, Rat der Volksbeauftragten, 1972, S. 108; S. MILLER, Sozialdemokratie in der Spannung, 1974, S. 93; A. ROSENBERG, Deutsche Republik, 1935, S. 9; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 91-98; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 201 ff.; D. W. MORGAN, 1975, S. 121 ff.; W. ELBEN, 1965, S. 12 ff.

6 E. MATTHIAS, Rat der Volksbeauftragten, 1972, S. 109 f. und 112; A. ROSENBERG, Deutsche Republik, 1935, S. 35; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 99 und 163-175. W. ELBEN, 1965, S. 31 ff. zu den Staatssekretären und 124 ff. zur Demobilisierung. Vgl. H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, 68 ff. und 72 ff.

die alten, kulturell geprägten Gedankengänge zu verlassen und revolutionär zu handeln jenseits eines Kompromisses mit den alten Mächten.[7]

Nachdem zunächst neben dem Rat der Volksbeauftragten ein ebenfalls paritätisch besetzter „Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin" provisorisch die Funktion eines Zentralorganes der Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches bis zur Wahl eines „Zentralrates" wahrgenommen hatte, tagte am 16.-20. Dezember 1919 der „Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands". Die größten inhaltlichen Differenzen wurden dort in der Frage der Einberufung einer Nationalversammlung deutlich. Die Mehrheitssozialdemokraten, die den Räten nur den Charakter von Institutionen einer möglichst kurzen Übergangsphase beimaßen, und, wie das Abstimmungsergebnis zeigte, ein Teil der Unabhängigen setzten die Einberufung einer Nationalversammlung durch allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen am 19. Januar durch.[8] Wegen Differenzen über die Kompetenzen des Zentralrates verweigerte die USPD ihre Beteiligung am Zentralrat, auch in der Hoffnung, durch Beendigung der Zusammenarbeit mit der MSPD die Revolution weitertreiben zu können. Im so mehrheitssozialdemokratischen Zentralrat war Westfalen durch den SPD-Bezirkssekretär Max König vertreten, der sich allerdings wenig an der Arbeit des Zentralrates beteiligte.[9] Nach den Auseinandersetzungen zwischen MSPD und USPD auf dem Rätekongreß dauerte es nicht lange, bis die USPD-Mitglieder am 29. Dezember nach den Berliner Weihnachtsunruhen im Zusammenhang mit der Meuterei der Volksmarinedivision aus dem Rat der Volksbeauftragten austraten.[10] Die Krise der Reichsleitung wurde in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat durch die Neubildung des

---

7 Zur Alternative von Kompromiß oder roter Diktatur bzw. einer demokratischen Neuordnung als „drittem (besserem) Weg" vgl. H. GREBING, Konservative Republik, 1972, S. 387 ff.; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 17 ff. und inhaltlich S. 123 f. Zur allgemeinen Deutung der Novemberrevolution und der heute dominanten Position des „dritten Weges": H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985 S. 20 f. Erstmals bei A. ROSENBERG, Deutsche Republik, 1935.

8 489 Delegierten, davon 292 der SPD und 94 der USPD; mit der USPD stimmten die 10 „Vereinigten Revolutionäre" aus Bremen und Hamburg. Neben den Fraktionen der Arbeiterparteien bestand eine 31-köpfige Fraktion der Demokraten und eine Gruppe von 27 parteilosen Soldatenvertretern, bei 35 Delegierten war eine Fraktionszugehörigkeit nicht zu ermitteln. E. KOLB, Zentralrat, 1968, S. XVI und XXVI ff.; E. KOLB, Arbeiterräte, 1962, S. 145 und 159 ff. zur Konzeption der rechten USPD, die für ein längeres Interregnum vor der Wahl einer Nationalversammlung eintrat. Leicht abweichende Zusammensetzungen bei O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 43 f.; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 249 f.; W. TORMIN, Rätediktatur, 1954, 73 ff. und 93-99; A. KLÖNNE, Arbeiterbewegung, 1980, S. 171 ff. Vgl. S. MILLER, Bürde, 1978, S. 126 ff. und 136 f.; D. W. MORGAN, 1975, S. 135 ff., 180 f. und 188-192; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 102 ff. Aus Ge, für den Wahlbezirk Arnsberg delegiert, nahmen Wilhelm Pfeifenbring (MSPD) und August Woczek (USPD) teil, traten aber nicht in Erscheinung. ALLGEMEINER KONGRESS, 1919, S. 208 und 214.

9 E. KOLB, Zentralrat, 1968, S. XXX ff., zu König S. XLII und LVII, Übersicht über die Sitzungen des Zentralrates und die Teilnahme der Mitglieder S. 807 f. Vgl. E. KOLB, Arbeiterräte, 1962, S. 204 f.; W. TORMIN, Rätediktatur, 1954, S. 100; A. ROSENBERG, Deutsche Republik, 1935, S. 51; W. ELBEN, 1965, S. 23 ff.; D. ENGELMANN, 1979, S. 329 ff.; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 137 und 205 f.; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 108 f.

10 E. KOLB, Arbeiterräte, 1962, S. 123 ff. und 213 ff.; W. TORMIN, Rätediktatur, 1954, S. 101; H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 116; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 44; A. ROSENBERG, Deutsche Republik, 1935, S. 52 ff.; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 109 ff.

Rates der Volksbeauftragten auf rein mehrheitssozialdemokratischer Basis und die Überleitung der revolutionären Übergangsphase in die parlamentarische Republik gelöst.[11] Beim Berliner Januaraufstand, der spontan aus einer Demonstration von Linksradikalen gegen die Entlassung des Berliner USPD-Polizeipräsidenten entstanden war, traten dann mehrheitssozialdemokratische Truppenteile und neugebildete reaktionäre Freikorps gegen Arbeiter an. Kurz nachdem die Regierung von Militär auf ihre Klassengenossen, die einem verfehlten Putschismus gefolgt waren, hatte schießen lassen, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von reaktionären Freikorps grausam ermordet. Das Verhalten der Regierung und die Märtyrerrolle von Luxemburg und Liebknecht führten zur massenhaften Abwendung von der nun häufig als „Blutsozialisten" titulierten MSPD.[12] In der Folge der Berliner Ereignisse kam es in ganz Deutschland zu Unruhen. „Durch die Januarereignisse wurde jener bürgerkriegsähnliche Zustand eingeleitet, in dem sich Deutschland in den ersten Jahren der Republik akut oder latent dauernd befand. Sein Charakteristikum war, daß die Fronten gebildet wurden durch mehrheitssozialdemokratische Obrigkeit und die Kräfte des alten Regimes auf der einen und die zum ‚Weitertreiben der Revolution' entschlossenen Teile der Arbeiterschaft auf der anderen Seite".[13]

b) Novemberrevolution im Raum Gelsenkirchen

Die Zeitungen in der Stadt Gelsenkirchen berichteten am 6. November von den Kieler Ereignissen, und der Oberbürgermeister befürchtete Unruhen für die nächsten Tage. Das „Volksblatt" vom 6. November warnte vor einem „verzehrenden und zerstörenden revolutionären Volkskrieg" und rief zu Ruhe, Vertrauen, Organisierung und Werbung für die Presse auf.[1] Angesichts drohender Unruhen war die Gelsenkirchener MSPD bereit, mit den städtischen Behörden zur Beruhigung der Arbeiter zusammenzuarbeiten, wie zwei Treffen führender Sozialdemokraten mit dem Oberbürgermeister und dem Polizeipräsidenten am 6. und 7. November zeigten.[2]

---

11 E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 209 ff.; E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 9 f.; A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 45 f. Vgl. E. Kolb, Zentralrat, 1968, S. LVIII f.; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 267 f.; S. Miller, Bürde, 1978, S. 175-187, 203-215 und 225.

12 A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 70 ff.; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 40 f.; E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 224 ff.; H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 149; S. Miller, Bürde, 1978, S. 225 ff.; H. A. Winkler, Sozialdemokratie und Revolution, 1979, S. 38; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 120 ff.; W. Tormin, Rätediktatur, 1954, S. 113 ff.; P. Hirsch, 1929, S. 131 ff.; H.-U. Ludewig, 1978, S. 38 ff.

13 S. Miller, Bürde, 1978, S. 235.

1 StA GE XVIII/9/38-Ge, Oberbürgermeister Ge am 14.10.1918; Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 2. Vgl. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 144 f.; E. Leser, 1973, S. 5 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 45.

2 Auf einer Sitzung führender Mehrheitssozialdemokraten (Bendler, evtl. Pfeifenbring, Frau Vorreiter) am 6. November erschienen wahrscheinlich unerwartet der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident. Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 2 f.; K. Wisotzky,

Die USPD Gelsenkirchens war Anfang November außerordentlich schwach und verfügte nach Aussagen des örtlichen USPD-Vorsitzenden Gerhard Neysters nur über 14 Mitglieder und wollte die Ereignisse in Berlin abwarten und diesem Signal bzw. Vorbild dann folgen.[3]

Gelsenkirchen wurde von der Revolution einen Tag vor Berlin erfaßt; das Startsignal zu ersten Menschenaufläufen am 8. November gaben wie fast überall im Ruhrgebiet auch in Gelsenkirchen wahrscheinlich aus Köln kommende Matrosen.[4] Daraufhin rief der Polizeipräsident eine Versammlung im Wartesaal des Bahnhofes ein, wo Vertreter der beiden Arbeiterparteien für die Einhaltung von Ruhe und Ordnung eintraten.[5] Gegen Abend marschierte ein Teil der auf den Straßen Versammelten – etwa 50 Mann – zum Bezirkskommando, um Inhaftierte zu befreien. Als man dort keine Gefangenen fand, wurden die Räume des Bezirkskommandos geplündert und zerstört und ein Teil des Zuges wandte sich zum Gerichtsgefängnis und befreite dort Zivilgefangene.[6] Daß schon die Ankunft weniger Soldaten derartige Reaktionen auszulösen vermochte, zeigte den angestauten Unmut der Arbeiterbevölkerung. Noch in der Nacht auf den 9. November wurde ein Soldatenrat gegründet, der Kontakt mit der USPD aufnahm, die sich nun aktiv an der Bewegung beteiligte und aus drei oder vier ihrer Mitglieder einen provisorischen Arbeiterrat bildete, der Vorbereitungen für eine Volksversammlung am nächsten Vormittag traf. Hierfür sollte die USPD Handzettel verteilen, in denen zum Generalstreik und zu einer Volksversammlung aufgerufen wurde.[7] Der Aufruf zum Generalstreik wurde weitgehend befolgt und am Morgen des 9. November marschierten Massen von Arbeitern nach Gelsenkirchen zur Volksversammlung auf der großen Wiese, die bald „Kopf an Kopf" gefüllt war.[8] Zur selben Zeit verhandelten im Gaswerk Partei- und Gewerkschaftsfüh-

---

Gelsenkirchen, 1983, S. 145; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 46. Vgl. P. Grosse-Boymann, 1939, S. 463. Von der Sitzung eines vor der Revolution gebildeten Aktionsausschusses berichtet unter Berufung auf einen Gewährsmann: U. Witte, 1968, S. 7.

3 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 5 f.; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 145; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 47; U. Witte, 1968, S. 8; E. Leser, 1973, S. 6.

4 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 7 f. Vgl. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 145; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 47 f. Von vielen Soldaten in der Menge berichtet C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 135. Vgl. W. Abelshauser, Umsturz, 1988, S. XIIV zum Ruhrgebiet; allgemein: U. Kluge, Militärrevolte, 1975, S. 54.

5 Beteiligte u. a. die MSPD-Funktionäre Karl Müller (Angestellter des DMV) und Heinrich Bendler (Angestellter des Alten Verbandes) und der USPD-Funktionär Oskar Weiß (Metallarbeiter). Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 6 und 9; U. Witte, 1968, S. 9; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 145.

6 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 9 f.; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 146; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 48; U. Witte, 1968, S. 9; C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 135; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 463; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 429. Vgl. J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 72.

7 Im provisorischen Arbeiterrat wahrscheinlich Karl Wagner, August Woczek, Damkröger. Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 11; U. Witte, 1968, S. 11 f. und 15; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 146; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 48 f.; G. Pruin, 1984, S. 170; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 462; Institut für Marxismus-Leninismus, 1978, S. 128. Vgl. J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 72.

8 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 12 f. Vgl. Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 429.

rer über die Bildung eines Arbeiterrates.[9] Während die MSPD für sich aufgrund ihrer Stärke eine Mehrheit im Arbeiterrat verlangte, wies die USPD eine Beteiligung der MSPD aufgrund deren in der Vergangenheit gezeigten antirevolutionären Haltung überhaupt zurück. Durch Vermittlung des Matrosen Hofmann und unter dem Druck der wartenden Menge einigte man sich schließlich auf einen Arbeiterrat mit vier USPD- und drei MSPD-Mitgliedern, was deutlich die defensive Stellung der MSPD zeigte, die sich mit der Burgfriedenspolitik ins Abseits manövriert hatte, und die starke Stellung der USPD, auf die sich trotz deren organisatorischer Schwäche nun die Hoffnungen richteten.[10] Vorsitzender des Arbeiterrates wurde der Unabhängige August Woczek, sein Stellvertreter Karl Müller von der MSPD.[11] In der von den Parteien ausgehandelten Zusammensetzung des Rates manifestierten sich die Absichten der Parteien, nicht der Wille der Massen, die auf der Volksversammlung nur noch die getroffenen Entscheidungen akzeptierten. So waren die Räte zwar der Form nach gegen die überkommenen Institutionen gerichtet und insofern revolutionäre Gremien, die Art, in der sie von den Arbeiterparteien besetzt wurden, blieb an traditionell repräsentativen Vorstellungen der Vertretung von Arbeiterinteressen durch die Arbeiterparteien und nicht an Vorstellungen direkter Demokratie orientiert. Die Vertreter im Rat wurden auch nicht an Aufträge der Massen gebunden, sondern waren über ihre Parteimitgliedschaft den Vorstellungen der jeweiligen Partei verbunden. Im Akzeptieren der Entscheidung der Parteien bekundete auch die Menschenmenge, daß sie das von den Organisationen beschickte revolutionäre Gremium und mit ihm die Organisationen als ihre Interessenvertretungen anerkannte.[12]

---

9 Beteiligte: Heinrich Bendler (MSPD, Angestellter des Bergarbeiterverbandes), Karl Chemnitz (MSPD, Vertreter des Bochumer MSPD-Volksblattes), Karl Müller (MSPD, Angestellter des DMV), Gerhard Neysters (Gelsenkirchener USPD-Vorsitzender, Metallarbeiter, wahrscheinlich DMV), August Woczek (USPD, Gärtner, USPD-Vorsitzender der Wahlkreisorganisation), Heinrich Bojahr (MSPD, Bergarbeiter, Alter Verband), Peter Meis (MSPD, Arbeitersekretär, Alter Verband), Aloys Scheidt (MSPD, Metzger), Ewald Hofmann (MSPD, Schlosser, wahrscheinlich DMV) und ein Matrose namens Hof(f)mann. Vorher hatte man sich schon in einer Gaststätte getroffen und war sich nicht einig geworden. Insbesondere August Woczek (USPD) und Heinrich Bendler (MSPD) stritten heftig, z. T. auf dem Balkon des Gaswerks. Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 14 ff.; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 146; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 50; U. Witte, 1968, S. 12.

10 USPD-Mitglieder: August Woczek, Gerhard Neysters, Anton Krüger, Oskar Weiß. MSPD-Mitglieder: Karl Müller, Ludwig Leypoldt (Geschäftsführer Konsumverein „Eintracht")), Karl Chemnitz, der nach etwa 10 Tagen durch Walter Heimbach (MSPD, Holzarbeiter) ersetzt wurde. Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 14 ff. Vgl. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 146 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 51; U. Witte, 1968, S. 13; E. Leser, 1973, S. 8 f.; G. Pruin, 1984, S. 170; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 463. Vgl. Polizeipräsident und Landrat Ge am 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342; Institut für Marxismus-Leninismus, 1978, S. 186. Deutlich wird die von E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 85 für die Räte konstatierte Kompromißstruktur und der Improvisationscharakter. Vgl. J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 73.

11 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 24 und 42; Polizeipräsident und Landrat Ge am 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 463.

12 Zu den idealtypischen Modellen der Einsetzung von Räten in Deutschland: E. Kolb, Rätewirklichkeit, 1972, S. 170 f.; E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 91. Für das Ruhrgebiet: W. Abelshauser, 1988, S. XV. Vgl. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 147; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 51 f.

Sowohl in diesem Vorgehen bei der Zusammensetzung der revolutionären Organe als auch im später beobachtbaren Prinzip der Besetzung aller Räte nach parteipolitischen Gesichtspunkten wurde deutlich, daß in der Stadt Gelsenkirchen nur sehr eingeschränkt von unmittelbarem Tätigwerden der Arbeiterklasse gesprochen werden kann.[13]

Als Hauptredner der Volksversammlung sprach der Unabhängige August Woczek und wetterte gegen die Kriegspolitik der Alldeutschen. Als schuldig am Krieg bezeichnete er den Kapitalismus und sagte, „nun sei die Stunde gekommen, in der auch mit dem Kapitalismus abgerechnet werde". Als Perspektive kündigte er eine „Republik auf sozialistischer Grundlage" an. Weiterhin forderte er zur Wiederaufnahme der Arbeit und zum Eintritt in die Gewerkschaften auf und mahnte zu Ruhe und Ordnung.[14] Entsprechend wandte sich der Gelsenkirchener Arbeiter- und Soldatenrat mit einem Aufruf noch am gleichen Tag an die Bevölkerung[15]: „Der Soldaten- und Arbeiterrat hat die Gewalt in die Hände genommen. Er richtet an alle das Ersuchen im eigensten Interesse vollkommene Ruhe zu bewahren. Das Leben geht seinen gewohnten Gang. Sicherheit ist gewährleistet. Jeder füge sich den Anordnungen des Soldaten- und Arbeiterrates." Die Aufforderung zu Ruhe und Ordnung wiederholten am gleichen Tag der Rat, der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident nochmals gemeinsam.[16] Zunächst wirkte die Ernennung Friedrich Eberts zum Reichskanzler und damit die offensichtliche Beseitigung des alten Regimes beruhigend auf die Gelsenkirchener Bevölkerung.[17] Nachdem anfangs ein Sicherheitsdienst mit der alten Polizei zusammengearbeitet hatte, war eine der ersten Maßnahmen des Gelsenkirchener Rates die Schaffung einer 750 Mann starken Sicherheitswehr aus revolutionären Soldaten, wofür ein getrennter Soldatenrat gebildet wurde, der sich im Bahnhofswartesaal einrichtete, um die zurückkehrenden Soldaten in Empfang zu nehmen.[18] Weiter wurde eine Versammlung aller Arbeiterausschüsse einberufen, die am 12. November unter Leitung des Gewerkschaftssekretärs Müller (MSPD, DMV) tagte und die Neuwahl der Arbeiterausschüsse bis zum 3. Dezember beschloß, da die alten Ausschüsse aufgrund des Hilfsdienstgesetzes zustandegekommen und nicht mehr repräsentativ waren.[19] Der Arbeiterrat erhoffte sich

---

13 Z. B. zum unmittelbaren Tätigwerden: P. v. OERTZEN, Betriebsräte, [2]1976, S. 235 und S. 442. Zur Bedeutung von Menschen aus der organisierten Arbeiterbewegung: S. MILLER, Bürde, 1978, S. 76.

14 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 16 ff.

15 Ebd., Bl. 11 f.

16 Ebd., Bl. 21. Vgl. E. LESER, 1973, S. 13 f.

17 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 27.

18 Die Zusammensetzung wechselte wahrscheinlich öfter. Zunächst dürfte der Soldatenrat aus Wirtz (?), Ewald Hofmann (MSPD), Peter Meis (MSPD), Aloys Scheid(t) (MSPD), Schmidt (?) bestanden haben. Die eigentliche Führung lag jedoch beim Arbeiterrat. Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 24, 26 und 56. Zur Sicherheitswehr: Polizeipräsidenten und Landrat Ge am 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342; P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 464; vgl. U. KLUGE, Generalsoldatenrat, 1975, S. 336, 341 f. und 350.

19 Arbeiter- und Soldatenrat Ge vom 25.11.1918 und Telegramm vom 4.12.1918, in: STAM OBA Do 1 854. Vgl. Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 34 f. und 39 f.; K.

zudem durch die Neuwahl eine Stärkung der Freien Gewerkschaften auf Kosten der traditionell starken christlichen Gewerkschaften. Die Unterstützung der freien Gewerkschaften und die Bekämpfung der Unorganisierten und der wirtschaftsfriedlichen „gelben" Gewerkschaften wurde auch in einer der ersten Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates deutlich[20]: „Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnet an, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich der Beamten sich den bestehenden Organisationen bis zum 15. November 1918 anschließen, widrigenfalls die Anfahrt verweigert werden muß. Die Organisationen der Wirtschaftsfriedlichen, die Gelben, sind hierbei ausgeschlossen." Infolge dieser Aktivität des Arbeiter- und Soldatenrates, die verstärkt wurden durch entsprechende Anschläge auf den Zechen[21], stiegen die Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften, insbesondere des Alten Verbandes rasch an.

Auch in der Gemeinde Rotthausen verlief die Novemberrevolution friedlich und ohne Blutvergießen. Dort wurde ein 14-köpfiger Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, der die Bürgermeistereiverwaltung und die Polizei unter seine Aufsicht stellte und am 11. November auf den öffentlichen Gebäuden die rote Fahne hissen ließ. Der Rat war aus Vertretern beider sozialdemokratischer Parteien zusammengesetzt, wahrscheinlich aus einer Mehrheit Unabhängiger, denn die Führung des Rates hatte der Unabhängige Emil Samorei inne. Auch der Rotthausener Rat sah seine erste Aufgabe in der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, stellte eine 120 Mann starke Sicherheitswehr zusammen und bemühte sich in Volksversammlungen, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken.[22]

In der Stadt Buer beschloß der Magistrat am 8. November, als die Ausbreitung der Revolution bekannt wurde, den Konsumentenausschuß in den besonders wichtigen Lebensmittelausschuß aufzunehmen, womit je zwei Mitglieder der vier Gewerkschaftsrichtungen an den wichtigen Versorgungsfragen beteiligt wurden. Darüberhinaus wurde in Erwartung von Unruhen die Polizei um 30 Militärpersonen verstärkt. Doch bereits am Nachmittag dieses Freitages erschienen die ersten revolutionären Matrosen mit roten Armbinden (wahrscheinlich aus Recklinghausen kommend) in Buer, und ein vorläufiger Soldaten- und Arbeiterrat wurde gebildet[23], in dem zunächst Soldaten ein Übergewicht hatten, der sich aber im Verlauf

---

WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 147; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 54 f. Vgl. P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 462.

20 Nach Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates Ge, in: Bergrevier West-Recklinghausen am 21.11.1918, in: STAM OBA Do 1 794. Auch zitiert bei: K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 148; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 55 f.; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 105 f. Vgl. P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 466.

21 Vgl. Anschlag von Consolidation, in: STAM OBA Do 1 794.

22 H. TOBIEN, 1919, S. 181, AdsD, NL J. Lang, Brief E. Samorei vom 14.8.1947, auch in: H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 256; H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 93 und Brief von E. Samorei vom 15.8.1947, in: Ebd., S. 98. Im Wahlaufruf des Rates vom 17.1.1919 taucht auch ein Spartakusbund-Vertreter auf. Vgl. StA Ge III/2/19-Ge; III/4/7-Ge.

23 A. NOWAK, Entwicklung, 1963, S. 14 f. Vgl. H. BOGDAL, Bd. 1, 1983, S. 11; H.-R. THIEL, Räte, 1969, S. 59; U. KLUGE, Militärrevolte, 1975, S. 59 f.; auch zu Recklinghausen: K. GAERTNER, Novemberrevolution, 1934, S. 2.

der folgenden Tage um Gewerkschafter, Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige und sogar christliche Gewerkschafter und Zentrumsmitglieder erweiterte.[24] Bei der Gründung des Rates scheinen also Arbeiterorganisationen zunächst keine Rolle gespielt zu haben, und der Rat setzte sich wohl auch zunächst ohne Mitwirkung der Bueraner Arbeiter zusammen. Doch war der Rat bestrebt, sich durch Einbeziehung von Vertretern der Arbeiterorganisationen zum repräsentativen Organ der Bueraner Bevölkerung zu machen, wozu allerdings, wie in Gelsenkirchen, Organisationen stellvertretend für die Bevölkerung herangezogen wurden. Entsprechend dem zunehmenden Einfluß, den die Arbeiterorganisationen auf das Geschehen gewannen, erklärte der Freigewerkschafter und Sozialdemokrat Karl Surkamp am 9. November vor einer Menschenmenge vor dem Bueraner Rathaus, daß „auch Buer jetzt eine Republik sei und daß jetzt die Arbeiter herrschten"[25]. Wie in der Stadt Gelsenkirchen mahnte der Bueraner Rat zunächst zu Ruhe und Ordnung und empfahl, Kinder unter 16 Jahren von den Straßen fernzuhalten. Auf dem Rathaus wurde die rote Fahne gehißt.[26]

Die ersten Tage der Revolution in Buer verliefen recht friedlich: Zunächst fanden Verhandlungen zwischen provisorischem Rat, Gewerkschaftsvertretern und Oberbürgermeister über die Übernahme der Macht durch den Rat statt. Als eine Menschenmenge vor dem Amtsgerichtsgebäude die Freilassung der Gefangenen forderte, wurden die Gefangenen widerstandslos freigegeben, woraufhin sich die Menge verlief. Auf einer ersten großen Volksversammlung wurden nur die Ziele der Bewegung dargelegt und dann eine Versammlung für den kommenden Sonntagvormittag angekündigt. Auf dieser Versammlung wurde für die Bergarbeiter die Sechsstundenschicht und für die anderen Arbeiter der Achtstundentag bei einem Mindestlohn von 15 Mark angekündigt. Weiter stellte der provisorische Rat dar, daß er nun zusammen mit der Stadtverwaltung, die sich dem Rat unterstellt hatte, die Amtsgeschäfte führen würde und daß zunächt die Polizei weiter im Dienst bliebe. Wahrscheinlich wurde die Bueraner Polizei nach der ersten Konsolidierung der revolutionären Gremien außer Dienst gestellt und durch eine Arbeiterwehr ersetzt. Eine erneute Versammlung wurde für den nächsten Tag angekündigt, der zum Ruhetag anläßlich der siegreichen Revolution erklärt worden war.[27] Auf der Versammlung von etwa 12 000 Menschen am Montag rief der erste Redner vom Arbeiter- und Soldatenrat, nach Nowaks Vermutung dessen Vorsitzender Solbach, zu Ruhe und Ordnung auf und gab der Hoffnung auf

---

24 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 20. Nach Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 62 wurde der Bueraner Arbeiterrat durch Aufnahme zurückgekehrter Soldaten zu einem Arbeiter- und Soldatenrat erweitert.

25 A. Nowak, Entwicklung, 1963, S. 20.

26 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 15 f.; Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 62.

27 Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 60; A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 16 berichtet vom Fortbestehen der Polizei. Ebenso H.-R. Thiel, Räte, 1969, S. 60.

einen baldigen Frieden Ausdruck. Ein zweiter Redner forderte die Landwirte auf, Vorräte an die Stadt abzuliefern. Im Anschluß an die Versammlung zog die Menge zur Feier der Revolution mit einer Musikkapelle durch die Straßen Buers.[28] Die Versammlungen in Buer scheinen ihrem Charakter nach eher der Vermittlung von Nachrichten und Aufrufen gedient zu haben, als daß die Masse selbst aktiv geworden wäre. Auch hier scheint zunächst Zufriedenheit über die Interessenvertretung durch Vertreter der Arbeiterorganisationen im Arbeiter- und Soldatenrat bestanden zu haben. Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates führte zu einem raschen Anstieg der Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften, weil es wie in Gelsenkirchen z. B. auf den Zechen Hugo, Bismarck 3/5, Bismarck 7/8 und Bergmannsglück Aufforderungen zur Organisierung gab: Hatte das Ortskartell der Freien Gewerkschaften 1912 noch 3 800 Mitglieder, so waren es nach der Novemberrevolution über 10 000.[29] Nachdem sich das Zentrum am 17. November zur Mitarbeit unter den gegebenen Verhältnissen bereit erklärt hatte und drei christliche Gewerkschafter in den Arbeiter- und Soldatenrat aufgenommen worden waren, gehörten dem Bueraner Rat Ende November 23 Mitglieder (fünf Soldaten, sechs Mehrheitssozialdemokraten, drei Unabhängige, drei Zentrumsmitglieder und sechs Unidentifizierte) an.[30]

In der Gemeinde Horst bildete sich am 9. November zunächst ein aus je drei Soldaten und Arbeitern bestehender Rat, der sich Anfang Dezember auf 11 Personen vergrößerte und eine kleine Sicherheitswehr (31 Mann) aufstellte. Zur Erledigung eiliger Geschäfte requirierte der Horster Rat Pferd und Wagen bei der Zeche Nordstern.[31]

c) Herrschaft der Räte im Raum Gelsenkirchen

Durch die Novemberrevolution wurden die alten Eliten kurzfristig in die Defensive gedrängt. Die Räte verfügten so über einen gewissen Gestaltungsspielraum. Gemeinsam war den Räten insgesamt, auch denen im Raum Gelsenkirchen, die Auseinandersetzung mit sich ab Dezember radikalisierenden Massenbewegungen, die im Krieg entstanden waren, das alte System weggefegt hatten und nun ihre Hoffnungen in die Arbeiterorgani-

---

28 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 17; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 463; H.-R. Thiel, Räte, 1969, S. 60.

29 Aufrufe in: STAM OBA DO 1 794; ADGB Buer, 1925, S. 8. Bezirk V, 1949, S. 8 für das Jahr 1920.

30 5 Soldaten: Josef Solbach (MSPD), Fritz Fendrich, Riese, Tiburski, Peter Demmer. 6 Mehrheitssozialdemokraten: Karl Surkamp, Josef Simmel (ab 13.9.), Eugen Pfaff (ab 12.9.), Richard Jargazewski, Benjamin Baltrusch, Deswysen. 3 Unabhängige: Hermann Balke, Bittner, Franz Hoffmann. 3 Zentrumsmitglieder: Belgner, Engeln, Schemberg. 6 Unidentifizierte: (Gustermann, M. Wierschowski, Wilhelm Zapka (ab 12.9., AJ), Olschewski, Karl Gladdeck (ab 11.9.), Ernst Lechtenbörger. StA Ge XVIII/12/3-B; A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 20 ff. und 91. Vgl. zum Zentrum P. Grosse-Boymann, 1939, S. 466. Zum gemäßigten Charakter des Bueraner Rates: E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 91.

31 StA Ge XVIII/12/1-H; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 463 und 466.

sationen und die von ihnen besetzten Räte setzten. Vor allem das Wirken der MSPD erfüllte nicht die Hoffnungen der Arbeiter. Der weitere Verlauf der revolutionären Ereignisse bestätigte die Argumentation der linken Kräfte, und so konnte die Agitation von Unabhängigen, Spartakisten, vereinzelten Anarchisten und verschiedensten Sektierern Wirkung zeigen.[1]

Bereits am 11. November beschloß der Gelsenkirchener Arbeiter- und Soldatenrat die Bildung eines „Großen Arbeiterrates", der ihm bei kommunalpolitischen Aufgaben zur Seite stehen sollte. Hierin zeigte sich das Bemühen um die Schaffung neuer revolutionärer Organe zum weiteren Vorantreiben der Revolution. Die Zusammensetzung des „Großen Arbeiterrates" verdeutlichte den Willen, die Arbeiterbevölkerung Gelsenkirchens repräsentativ zu erfassen: Die 50 Mitglieder setzten sich aus Angehörigen der MSPD, der USPD, der freien und der christlichen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaft, der polnischen Berufsvereinigung, des Bundes der technisch-industriellen Beamten und später noch Vertretern der Eisenbahner, der Post, der Lehrer, des Metallarbeiterverbandes und des Werkmeisterverbandes zusammen. Die heterogene Zusammensetzung des großen Rates dürfte allerdings dessen Handlungsfähigkeit sehr beeinträchtigt haben, so daß nur der kleine Arbeiterrat aktiv in Erscheinung trat.[2]

Der Gelsenkirchener Rat bemühte sich zunächst um Ruhe und Ordnung und eine geregelte Demobilisierung. Er veröffentlichte am 16. November einen Aufruf an die Bevölkerung[3], in welchem er mitteilte, daß er die Macht über Behörden und die Polizei übernommen hätte und deren Anweisungen „im Interesse der Volksernährung, des geordneten Rücktransportes der Truppen und alle(r) daran anschließenden volkswirtschaftlichen Fragen" weiter Folge zu leisten sei. Weiter wurde zur Aufnahme der Arbeit aufgerufen unter Hintenanstellung gewerkschaftlicher Fragen, „welche die Belegschaften erregen und zu Arbeitseinstellungen führen könn(t)en", weil diese Fragen durch „zentrale Vereinbarungen" geregelt werden sollten. Auch machte der Rat auf die weiter schlechte Versorgungslage aufmerksam, die sich erst mit einem Friedensschluß bessern könnte. Energisch wandte er sich gegen Wucher und Schleichhandel unter der Versicherung, daß „bei gemeinen Verbrechen die härtesten Strafen, auch Todesstrafen, in Anwendung" gebracht würden. Der Aufruf endete mit einem Appell zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution, die es gelte „im sozialistischen demokratischen Sinne auszubauen". Ähnliche Mahnungen zu Ruhe und Ordnung sprach der Arbeiterratsvorsitzende auf einer Volksversammlung am 17. November vor etwa 8 000 Menschen aus. Auch der Mehrheitssozialdemokrat Heinrich Bojahr mahnte zur Auf-

---

1 Vgl. G. D. Feldman, E. Kolb, R. Rürup, 1972, S. 98.

2 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 40; U. Witte, 1968, S. 16 nach IV 1/19. Vgl. P. Grosse-Boymann, 1939, S. 462 f. und 466; E. Leser, 1973, S. 11. Vgl. Vermutung bei G. Pruin, 1984, S. 170.

3 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 49 ff.; U. Witte, 1968, S. 24 f. Von der Angliederung einer Kriminalabteilung an den Rat und der Bekämpfung des Schleichhandels berichtet P. Grosse-Boymann, 1939, S. 466.

rechterhaltung der Kohleförderung.[4] Entgegen den Appellen des Rates zeigten sich schon im November die großen Erwartungen der Gelsenkirchener Bergarbeiter, aber auch mangelnde gewerkschaftliche Disziplin, als die Belegschaften verschiedener Zechen wie Dahlbusch, Graf Bismarck, Hibernia, Alma, Hugo, Nordstern 1/2 und 3/4 und Wilhelmine Viktoria auf eigene Faust durch Arbeitsniederlegungen Arbeitszeitfragen zu ihren Gunsten zu entscheiden suchten. In dieser Situation bemühte sich der Arbeiter- und Soldatenrat um die Aufrechterhaltung der Ruhe, „um den Übergang in die Friedenswirtschaft zu ermöglichen"[5]. Räte und Gewerkschaften argumentierten, daß Förderverluste die Rohstoffversorgung und dann auch die Lebensmittelversorgung gefährden würden, und eine Durchsetzung aller Forderungen kurzfristig nicht möglich wäre. Daß es dem Gelsenkirchener Arbeiter- und Soldatenrat trotz seiner bremsenden Appelle um eine grundlegende Veränderung gesellschaftlichen Zusammenlebens und eine wirkliche Umgestaltung der Staatsordnung ging, machte eine nur scheinbar nebensächliche Mitteilung des Rates deutlich[6]: „Es gehen uns täglich Bittgesuche in unterwürfig-kriecherischem Tone zu, um hierdurch den Zweck der Gesuche besser zu erreichen. Abgesehen davon, daß wir unsere Entscheidungen nur nach Recht und Gerechtigkeit, verbunden mit Wohlwollen treffen, ist es eines freien Volkes unwürdig, in einem derartigen Tone an eine Behörde heranzutreten." Da naturgemäß Widerstände gegen die angestrebten Veränderungen erwartet wurden, stellte August Woczek auf der Sitzung des großen Arbeiterrates am 27. November fest[7]: „Wollen wir nicht sofort von unseren jetztigen Posten weggefegt werden, so müssen Soldaten und Arbeiter vorläufig noch die alleinige Macht in den Händen behalten. Will man uns diese Macht entreissen, dann wird aus der unblutigen Revolution eine blutige Revolution entstehen." In diesem Sinne konnte sich Woczek zunächst auch nur eine Herrschaft der Sozialisten vorstellen[8]: „Die Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung ist uns angenehm, aber der engere Rat, der die Verantwortung trägt, kann nur aus Sozialdemokraten bestehen." In völliger Übereinstimmung damit erklärte der Mehrheitssozialdemokrat Heinrich Bojahr[9]: „Wir wollen nicht eine bürgerliche, sondern eine sozialistische Republik."

Bevor die Streikbewegung im Ruhrgebiet in die Sozialisierungsbewegung einmündete, kam es ausgehend von der Zeche Deutscher Kaiser in Hamborn Mitte Dezember auch im Gelsenkirchener Revier zu einer Streikbewegung, bei der ökonomische Forderungen im Vordergrund standen. Am 13. Dezember legte die Belegschaft von Wilhelmine Viktoria die Arbeit nieder, Consolidation 2/7 folgte sofort, am 14. Dezember

---

4 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 57 f. und 60.
5 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 150 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 62 und 64; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 107, 129, 131 f.
6 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 96.
7 Ebd., Bl. 111.
8 Ebd., Bl. 119.
9 Ebd., Bl. 113.

streikte auch Alma.[10] Wieder rief der Arbeiter- und Soldatenrat zu Ruhe und Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der Aufruf endete[11]: „Arbeiter denkt daran, daß nur Ruhe und Ordnung unsere sozialistische Republik retten kann. Im Interesse der Revolution bitten wir Euch, an die Arbeit zu gehen. Wir werden unseren Einfluß geltend machen, daß Eure wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert werden. Streik ist heute Verrat an der Revolution!" Daß solche Aufrufe auch bei der Masse der Arbeiter auf fruchtbaren Boden fielen, zeigte die Belegschaft von Graf Bismarck, die sich freiwillig zu Überstunden bereit erklärte.[12]

Am 31. Dezember enthob der Gelsenkirchener Arbeiter- und Soldatenrat den Oberbürgermeister seines Amtes und teilte dies telegrafisch der Reichsregierung mit.[13] Am 9. Januar teilte der Rat seelenruhig der Reichsregierung per Telegramm mit[14]: „Durch Amtsenthebung Oberbürgermeister Machens keine Notstände, da geeignete Vertretung vorhanden. Bericht unterwegs." Der Rat ließ auch den Protest der preußischen Regierung unbeachtet, so daß diese sich schließlich mit der Versetzung des Oberbürgermeisters in den Ruhestand einverstanden erklären mußte.[15] Anlaß der Absetzung des Oberbürgermeisters war eine Auseinandersetzung zwischen dem Oberbürgermeister und einem „Sachverständigen" des Arbeiterrates für das Schulwesens um die vom Arbeiterrat energisch vorangetriebene Trennung von Kirche und Schule.[16] Die Gründe der Absetzung lagen aber tiefer. In dem angekündigten Bericht an die Reichsregierung wurde die Amtsenthebung von Oberbürgermeister Machens mit dessen Vertrauensverlust in weiten Kreisen der Bevölkerung und der gesamten Arbeiterschaft aufgrund seiner Unterstützung der alldeutschen Kriegspolitik und der Lebensmittelversorgung während des Krieges begründet. Weiterhin wurde dem Oberbürgermeister vorgehalten, daß er bald nach der Revolution versucht hatte, den Einfluß des Arbeiter- und

---

10 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 153; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 67 f.; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 126. Vgl. U. Witte, 1968, S. 40; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 465; J. Gorgol, N. Koziki, 1979, S. 140; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 51 f.

11 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 202; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 154; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 69; U. Witte, 1968, S. 43.

12 Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 60 f.; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 464.

13 Telegramm AuSR (Woczek) vom 31.12.1918, 9.00 Uhr, in: ZSTAP RK 2 486/8, Bl. 28; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 429; den 3. Januar geben an: H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 156.

14 Telegramm an Reichsregierung vom 9.1.1919 (unterschrieben Woczek Holmann (muß Hofmann heißen)), in: ZSTAP RK 2 486/8, Bl. 31.

15 Genehmigung des Antrages auf Versetzung in den Ruhestand am 7.2.1919 lt. Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 429; Institut für Marxismus-Leninismus, 1978, S. 186 spricht von „Beurlaubung".

16 C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 135 f.; Unruhige Tage 1918, in: StA Ge IV/1/19-Ge, Bl. 114; E. Leser, 1973, S. 34 f., 38 f.; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 77. Zur schulpolitischen Aktivität: StA Ge XXI/15/20-Ge. Vgl. Projektgruppe Schalke, 1974, S. 81.

Soldatenrates zurückzudrängen.[17] Mit der Absetzung des Oberbürgermeisters zeigte der Gelsenkirchener Rat seine Entschlossenheit, politische Veränderungen herbeizuführen und notfalls Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Die Geschäfte des Oberbürgermeisters übernahm Bürgermeister von Wedelstaedt, der sich zunächst mit dem Rat arrangierte. Der Rat sollte zukünftig Vertreter in die Beigeordnetenkonferenz entsenden, und der Bürgermeister selbst wollte an den Sitzungen des Rates teilnehmen. Der Glaube, mit der personell nicht ausgewechselten Stadtverwaltung zusammenarbeiten zu können, zeigte die Illusionen des Rates über die Möglichkeit der Instrumentalisierung der alten Verwaltung. Nach Ansicht des Bürgermeisters sind später Schwierigkeiten „kaum mehr entstanden" und er konnte „stets zeigen, daß an den gegenwärtigen Umständen [. . .] keine Änderung vorgenommen werden konnte"[18].

Nach Darstellung der USPD (1.3.1919) verfolgte der Gelsenkirchener Rat die mit der Absetzung des Oberbürgermeisters dokumentierte konsequente Politik zunächst weiter. Am 16. Januar – also drei Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung – beschloß der Rat, „mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die politische Macht in den Händen des Proletariats" bliebe, „falls die Nationalwahlen eine bürgerliche Mehrheit ergeben sollten"; als Losung wurde ausgegeben „Sozialistische Republik". Unterzeichnet war die Erklärung von zehn MSPD- und neun USPD-Vertretern. Nach der Wahl distanzierte sich die MSPD allerdings wieder von diesem Beschluß und trat für die Akzeptierung der Nationalversammmlung ein. Die USPD sah sich getäuscht, und die Spannungen zwischen beiden sozialdemokratischen Parteien verschärften sich an der Frage der Nationalversammlung bzw. der Etablierung eines Rätesystems.[19] Die Auseinandersetzungen endeten schließlich mit dem Austritt der USPD aus dem Rat infolge schwer rekonstruierbarer Unruhen im Februar: Nach Gerüchten über einen spartakistischen Aufstand in Gelsenkirchen und nach einer Serie von über 30 Einbrüchen unter angeblicher Teilnahme von Kommunisten, der Besetzung einiger öffentlicher Gebäude und dem Versuch, in der Nacht vom 14./15. Februar den MSPD-Teil der Sicherheitswehr zu entwaffnen, war die spannungsgeladene Situation in Gelsenkirchen am 16. Februar angeheizt worden durch den Generalstreik-Beschluß der Mülheimer Konferenz von linksradikalen Teilen der Sozialisierungsbewegung (s. u.). Die unklare Situation führte dazu, daß MSPD und USPD nicht mehr zu gemeinsamem Handeln fanden. Der MSPD-Flügel der Sicherheitswehr tat sich mit der alten Polizei zusammen, und am 17. Februar forderte ein Aufruf, der von Woczek (USPD) und Schumacher (Kommunist) unterzeichnet war, zum Generalstreik im Rahmen der Sozialisie-

---

17 Arbeiter- und Soldatenrat an Reichsregierung vom 3.1.1919, in: ZSTAP RK 2 486/8, Bl. 35; auch zitiert in: WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 2, S. 97. Vgl. C. v. WEDELSTAEDT, 1950, S. 136.

18 C. v. WEDELSTAEDT, 1950, S. 136 f.

19 StA Ge IV/1/19-Ge mit der Erklärung des USPD-Vorsitzenden vom 1.3.1919. Vgl. U. WITTE, 1968, S. 85; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 94 f.; E. LESER, 1973, S. 50.

rungsbewegung auf.[20] Weiter beriet die USPD, wie die MSPD entwaffnet werden könnte, und einen Tag später versuchten 260 als Spartakisten bezeichnete Bewaffnete, die Zeche Graf Bismarck 1/4 zu stürmen, wobei vier der Angreifer starben. Insgesamt gelang es wohl, auf den Gelsenkirchener Zechen den Streik zu erzwingen.[21] In der Nacht vom 19. auf den 20. Februar 1919 wurden von der (MSPD-)Volkswehr elf als Spartakisten bezeichnete Personen festgenommen, die versucht hatten, bei der Firma Küppersbusch einzudringen, weil dort Waffen vermutet wurden.[22] Darüberhinaus hatten die Spartakisten Monka und Karusseit, bei dem bei einer Hausdurchsuchung Waffen gefunden wurden, angeblich gegenüber MSPD-Vertretern geäußert, daß sie alle Zechen und Betriebe stillegen, die Absetzung der Regierung Ebert-Scheidemann erzwingen, außer der spartakistischen alle Zeitungen verbieten, Steuerverweigerungen inszenieren, eine rheinisch-westfälische Republik ausrufen und dem Reich die Kohlenlieferungen entziehen wollten und eine Unterordnung unter die Beschlüsse des Spartakusbundes verlangten.[23] In dieser spannungsgeladenen Situation kam es am 20. Februar vor dem Gelsenkirchener Gerichtsgebäude zu einer Demonstration von 2 000 Menschen, die die Freigabe der in der Nacht Verhafteten und die Entwaffnung der Sicherheitswehr forderten. Nach der Darstellung der Sicherheitswehr versuchte der Anführer einer Delegation der Demonstranten, beim Hinausgehen aus dem belagerten Gebäude eine Handgranate in das Gerichtsgebäude zu werfen, wobei er erschossen wurde, und seine beiden Begleiter durch die Handgranate starben. Bei dem folgenden Versuch der Menge, das Gebäude zu stürmen, sollen weitere acht Personen getötet und mehrere verletzt worden sein.[24] Um der Bewegung die Spitze zu nehmen, wurde der Gelsenkirchener Soldatenrat

---

20 Anführer derjenigen, die die putschistischen Aktionen initiierten, war ein Unabhängiger namens Steinicke, der sich nun zum Kommunismus bekannte. Weitere Beteiligte waren Dublielzik und Sauer, die ebenfalls zu den Spartakisten gezählt wurden. Polizeipräsident und Landrat Ge am 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342; Regierungspräsident Arnsberg am 17.5.1919, in: STAM OP 6 007; STAM OP 6 523; StA Ge IV/1/19-Ge, auch StA Ge III/2/19; III/4/7. Vgl. K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 95 f.; E. Leser, 1973, S. 51 ff. Vgl. E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 312 und 318.

21 Polizeipräsident und Landrat Ge am 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342. Drei Tote nach: U. Witte, 1968, S. 40; G. Pruin, 1984, S. 175. Von „kleineren Angriffen auf einigen Zechen" spricht der Regierungspräsident von Arnsberg am 17.5.1919, in: STAM OP 6 007; vgl. STAM OP 6 523. P. Grosse-Boymann, 1939, S. 471 ff. nennt Streiks auf Alma, Hibernia, Holland und Consolidation, die Schießerei bei Graf Bismarck und weitere Schießereien bei Alma. Vgl. E. Leser, 1973, S. 53 f. Vgl. J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 133.

22 StA Ge IV/1/19-Ge; U. Witte, 1968, S. 82; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 183; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 472. Vgl. Polizeipräsident und Landrat Ge am 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 97 f.

23 Nach der Darstellung der (MSPD-)Volkswehr lt. StA Ge IV/1/19-Ge. Vgl. U. Witte, 1968, S. 80 f. Es wurden bei der Hausdurchsuchung bei Karusseit zwei Maschinengewehre, eine Mine, einige Handgranaten und reichlich Munition gefunden. Vgl. E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 183 f. Vgl. P. Grosse-Boymann, 1939, S. 470 ff.

24 Polizeipräsident und Landrat Ge vom 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342; Regierungspräsident Arnsberg am 17.5.1919, in: STAM OP 6 007; vgl. STAM OP 6 523; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 97 f.; Darstellung der Sicherheitswehr, in: StA Ge IV/1/19-Ge. Vgl. Illustrierte Geschichte, 1929, S. 325; U. Witte, 1968, S. 82; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 472 f.; H.-R. Thiel, Räte, 1969, S. 65; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 133.

aufgelöst und einige bekannte Kommunisten festgenommen.[25] Unter nicht geklärten Umständen wurde der Vorsitzende des Arbeiterrates, der Unabhängige Woczek, ebenfalls verhaftet und trat am folgenden Tag aus dem Arbeiterrat aus. Da sie die Verantwortung für das Blutvergießen nicht übernehmen wollten, verließen auch die übrigen USPD-Mitglieder den Arbeiterrat.[26] Am Tag vor den Stadtverordnetenwahlen, am 22.2.1919, wurde daraufhin unter alleiniger Beteiligung der MSPD der Arbeiterrat neugebildet und eine neue Sicherheitswehr aus Mehrheitssozialdemokraten aufgestellt.[27]

Nachdem sich die Stadtverwaltung vorerst den neuen Verhältnissen gefügt hatte, bezog der Bueraner Rat Ende November Räumlichkeiten im Rathaus und entwickelte eine regelmäßige Arbeit zur Leitung der Stadtverwaltung mit einer genauen Aufgabenverteilung unter den Ratsmitgliedern, öffentlichen Sprechstunden und zeitweilig regelmäßig mittwochs stattfindenden Vollversammlungen des Rates.[28] Am 17. Dezember löste sich der Bueraner Soldatenrat gemäß Beschluß des Bezirkssoldatenrates auf, die Soldaten wurden aber in den Bueraner Arbeiterrat übernommen.[29]

Wahrscheinlich im Zusammenhang mit den Berliner Januarunruhen fand am 9. Januar eine Versammlung von USPD und dem scheinbar entstehenden Spartakusbund in Buer mit mehreren tausend Bergarbeitern statt, die Aktivitäten für den nächsten Tag beschloß.[30] Am Morgen des folgenden Tages agitierten USPD-Redner bei den Belegschaften von Bergmannsglück, Westerholt und Ewald 3/4 und forderten zum Streik auf. Teile der Belegschaften zogen daraufhin nach Buer, während die Belegschaft von Hugo trotz Aufforderung zum Streik zunächst weiterarbeitete.[31] Die etwa 5 000 Streikenden demonstrierten dann in Buer-Mitte unter Führung von USPD und Spartakusbund gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, for-

---

25 StA Ge IV/1/19-Ge; U. Witte, 1968, S. 81; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 98 und 101; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 473. Lt. Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 429 am 22.2.1919. Den Sieg zuverlässiger MSPD-Sicherheitswehren u. a. in Ge konstatiert E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 310 f.

26 Zur widersprüchlichen Berichterstattung U. Witte, 1968, S. 82 ff.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 100 f. Nach Polizeipräsident und Landrat Ge am 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342 wurde Woczek verhaftet und befand sich zum Zeitpunkt des Berichtes noch in Haft. Vgl. Rechtsstreit gegen Woczek, in: HSTAD Reg. D 16 803, Bl. 1 ff., 6, 24 ff., 34 ff., 60 ff. Vgl. J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 133 f.

27 Wilhelm Pfeifenbring, Heinrich Bojahr, Paul Pieper, Walter Heimbach, Karl Streitbörger, Paul Klose, Wilhelm Hübsche, Ludwig Leyboldt. StA Ge IV/1/19-Ge; StA Ge XVIII/12/26-Ge; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 429; U. Witte, 1968, S. 84 f.; Polizeipräsident und Landrat am 9.4.1919, in: STAM Reg. A I Pa 342. Vgl. P. Grosse-Boymann, 1939, S. 473; E. Leser, 1973, S. 57 f.

28 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 22; StA Ge XVIII/12/3-B.

29 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 22 f.

30 Oberbürgermeister Buer am 5.2.1919, in: StA Ge XVIII/12/3-B, Regierungspräsident Münster am 14.4.1919, Oberbürgermeister Buer am 11.4.1919, in: STAM OP 6 007; A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 46 f.; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, S. 164; H.-R. Thiel, Räte, 1969, S. 62.

31 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 47 f. Oberbürgermeister Buer am 5.2.1919, in: StA Ge XVIII/12/3-B bezeichnet die Belegschaft von Bergmannsglück als kommunistisch. Hugo streikte auch nach: Oberbürgermeister Buer am 11.4.1919, in: STAM OP 6 007. Vgl. H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, S. 164 ff.

derten eine Räterepublik und riefen nach Generalstreik. Eine Abordnung der Versammlung verlangte im Rathaus den Rücktritt der als konterrevolutionär angesehenen Zentrumsmitglieder aus dem Arbeiterrat und die Aufnahme von Kommunisten in den Rat, was abgelehnt wurde. Daraufhin wurde die „Buersche Zeitung" besetzt und am folgenden 11. Januar erschien diese mit dem Untertitel „Jetzt: Freiheit, Organ der kommunistischen Partei (Spartakusbund)", und auf der Titelseite wurde das Aktionsprogramm der KPD veröffentlicht.[32] Der Arbeiterrat erkannte die für ihn bedrohliche Lage, das Bueraner Rathaus wurde geräumt und Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht. Trotzdem wurde noch am gleichen Tag unter Leitung von „radikalen kommunistischen und spartakistischen Elementen" das Bueraner Rathaus gestürmt und besetzt, und der bisherige Rat wurde durch einen Rat aus USPD- und KPD-Mitgliedern ersetzt.[33] Auf Veranlassung des alten Rates rief der abgesetzte Arbeiterrat Solbach am 13. Januar Truppen vom Flugplatz Wanne. Diese trafen am 14. Januar morgens aus Wanne und Recklinghausen in Buer ein und erstürmten das Rathaus, wobei es drei Verletzte und fünf Tote, darunter der vom raschen Überfall überraschte Solbach, gab. Eine sich sammelnde Menge drängte die Soldaten dann immer mehr zurück, und die Soldaten beeilten sich, Buer zu verlassen. Am Nachmittag desselben Tages gelang es „Kommunisten und Spartakisten", das Rathaus wieder zu besetzten.[34] Nach den Schießereien kam es dann aber zu einer Einigung der inzwischen drei Arbeiterparteien, den Rat gemeinsam zu besetzen. Schließlich wurde ein neuer großer Arbeiterrat von je 12 Vertretern der drei Arbeiterparteien gebildet, an dessen Spitze 7 besoldete Mitglieder standen, wovon 3 der MSPD, 2 der USPD und 2 der KPD angehörten.[35]

---

32 Oberbürgermeister Buer am 5.2.1919, in: StA Ge XVIII/12/3-B, Oberbürgermeister Buer am 11.4.1919, Regierungspräsident Münster am 14.4.1919, in: STAM OP 6 007; A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 48; A. Nowak, Entwicklung, 1963, S. 20; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 467; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, S. 165; H.-R. Thiel, Räte, 1969, S. 62. Zu Besetzungen von bürgerlichen oder mehrheitssozialdemokratischen Zeitungen: E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 313.

33 Oberbürgermeister Buer am 5.2.1919, in: StA Ge XVIII/12/3-B; Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 63; A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 49; Oberbürgermeister Buer am 11.4.1919, Regierungspräsident Münster am 14.4.1919, in: STAM OP 6 007. Vgl. H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 154 und Bd. 3, S. 116; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 467 f. Vgl. E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 310.

34 Oberbürgermeister Buer am 5.2.1919, in: StA Ge XVIII/12/3-B; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 314 f.; Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 63; A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 52; A. Nowak, Entwicklung, 1963, S. 20; H.-R. Thiel, Räte, 1969, S. 62 f.; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 157 und Bd. 3, S. 118; Oberbürgermeister Buer am 11.4.1919, Regierungspräsident Münster am 14.4.1919, in: STAM OP 6 007. Vgl. P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 240; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 468.

35 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 52. Zusammensetzung des Bueraner Arbeiterrates bei seiner Auflösung Ende April 1919 nach Beauftragter der Arbeiterräte im Landkreis Recklinghausen am 12.5.1919 an den Zentralrat der deutschen Republik in Berlin, in: IISG, Archiv des Zentralrates der deutschen Republik, B-12,II, 254, Mikrofilm AdsD. Bestätigt durch: Oberbürgermeister Buer vom 5.2.1919, in: StA Ge XVIII/12/3-B. Vgl. H.-R. Thiel, Räte, 1969, S. 64.

Zu den letzten Unruhen im Bueraner Raum vor den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung kam es im Rahmen der Unruhen nach dem Mülheimer Generalstreikbeschluß. „Eine bewaffnete Spartakistenmenge" stürmte am 17. Februar 1919 das Polizeirevier in Erle. Mit Waffen, die aus Mülheim herangeschafft worden waren, wurden 50-60 Erler Einwohner bewaffnet. Diese lieferten sich beim Kanalübergang der Zechenbahn von Graf Bismarck 2 mit der Gelsenkirchener Sicherheitswehr ein Feuergefecht. Von einer Bueraner Patrouille, die eingreifen wollte, wurde ein Mann getötet und zwei schwer verletzt, wovon einer später starb. Auf Vermittlung des Bueraner Rates wurde das Erler Polizeirevier geräumt, die Bewaffneten bezogen Quartier in einer Erler Gastwirtschaft und zerstreuten sich bald danach.[36]

d) Konsequenzen für die sozialdemokratische Arbeiterkultur

Nach der relativ friedlich verlaufenen Revolution setzten im Ruhrgebiet Massenbewegungen ein, die materielle und soziale Forderungen stellten wie Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und Nachzahlung der beim Bergarbeiterstreik von 1912 als Strafe einbehaltenen sechs Schichtlöhne, was die tiefe Verwurzelung von Kampferfahrungen der Ruhrarbeiter zeigte.[1] Besonderes Gewicht erlangten Rufe nach Veränderungen der betrieblich-sozialen Verhältnisse wie Eintritt der Unorganisierten in die Gewerkschaften, Neuwahl der Arbeiterausschüsse, Anerkennung der Gewerkschaften, Milderung der betrieblichen Kontrollen, Abschaffung des Fahrsteigersystems, Änderung der Strafordnung und oft auch Entfernung unbeliebter Vorgesetzter.[2] An der Art der Forderungen war ablesbar, daß die einsetzende Bewegung „in Reaktion auf die Unterdrückungsmaßnahmen während des Krieges", wegen der „unzureichenden Versorgungslage" und der „noch immer unbefriedigenden Arbeitsverhältnisse" erfolgte.[3] Die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften, bei denen auf dem ersten Nachkriegskongreß 1919 in Nürnberg an die Stelle der Generalkommission der Zusammenschluß der Arbeitergewerkschaften im „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" (ADGB) trat, wurden durch die entstehenden Massenbewegungen mit „sozialistischen Erwartungen"[4] konfrontiert. Die Erwartungen dokumentierten sich in einem enormen Mitgliederzuwachs:

---

36 Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 63; H.-R. Thiel, Räte, 1969, S. 64.

1 H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 289; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 43.

2 P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 239; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 126 f.; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 43.

3 H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 290.

4 H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 42 und S. 25 zur ADGB-Gründung. Vgl. H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 41 ff. und 58 ff. zur ADGB-Gründung.

Tabelle 28: Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Dachverbände und der Bergarbeiterverbände im Reich, im Ruhrgebiet und im Raum Gelsenkirchen 1913–1919[5]

Jahr	Fr. Gew. Reich	Chr. Gew. Reich	BAV Reich	GCB Reich	Polen Ruhr	BAV Ruhr	BAV Bez. Ge	BAV Bez. Gla	BAV Buer
1913	2 525 042	341 735	101 986	63 129	28 936	62 487			
1914	1 502 811	218 197	58 873	45 008	16 137	37 375			884
1915	994 853	162 425	46 371	34 020	9 130	29 262			989
1916	944 575	178 907	53 404	34 765	9 027	33 384	1 769	4 019	1 560
1917	1 277 709	293 187	110 454	63 761	12 746	52 642	3 404	6 997	2 539
1918	2 866 012	538 559	326 747	140 601	20 834	185 540	20 586	24 990	9 563
1919	7 337 477	1 000 770	436 527	152 216	46 241	159 136	13 985	16 110	5 801

Trotz der Spaltung der politischen Arbeiterbewegung erlebte auch die MSPD einen erheblichen Mitgliedergewinn: Gegenüber dem Vorkriegsstand von 25 079 und dem Stand des Vorjahres (12 902) verdoppelte bzw. vervierfachte sich die Mitgliederzahl der SPD im Bezirk Westliches Westfalen, der nun wegen des neuen Wahlrechtes mit seinen in Unterbezirke und Ortsgruppen untergliederten Großwahlkreisen die zentrale Parteigliederung geworden war, bis zum 31. März 1919 auf 52 539. Besonders Frauen strömten nun der Sozialdemokratie zu, denn gegenüber dem Vorkriegsstand von 22,97% erhöhte sich der Frauenanteil an der Parteimitgliedschaft im Bezirk auf 28,07%.[6]

Der Mitgliederzustrom, der nicht nur den Bergarbeiterverband betraf – im Ortsausschuß der Freien Gewerkschaften Gelsenkirchens stieg die Mitgliederzahl von 4 721 1913 auf 13 654 1918 und 27 832 1919[7] – bescherte Gewerkschaften und Sozialdemokratie erhebliche Probleme, denn im Gegensatz zum Kern der meist langjährigen Altmitglieder verfügten die Neumitglieder über wenig Organisationserfahrung und waren nicht so diszipliniert wie der alte Kern mit der Erfahrung der Notwendigkeit solidarischen Handelns und daher auch leichter radikalisierbar.[8] In der

5 Jahresendzahlen; Mitgliederzahlen der Dachverbände und der christlichen Verbände nach M. SCHNEIDER, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 366, 374, 768 und 771 (Freie Gewerkschaften nach Dietmar PETZINA, Werner ABELSHAUSER, Anselm FAUST, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, S. 111). BAV im Ruhrgebiet und in Ge nach: VERBAND DER BERGARBEITER, Geschäftsbericht 1917/18, S. 45 f. und 124 ff.; K. F. GESAU, 1983, Anhang, S. 38; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 99; ADGB BUER, 1925, S. 14. Polen=Bergarbeiterabteilung der polnischen Gewerkschaft ZZP im Ruhrbiet nach: C. KLESSMANN, Integration, 1978, S. 283. Vgl. F.-J. BRÜGGEMEIER, Leben vor Ort, 1981, S. 282 f. DMV-Mitgliederzahlen nach: F. OPEL, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 122: 1913-544 934, 1914-322 917, 1915-234 307, 1916-247 360, 1917-392 930, 1918-786 186, 1919-1 605 186. Jahresdurchschnitte bei H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 348 ff.

6 SPD-PARTEITAGSPROTOKOLL 1919, S. 54. Vgl. H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 245 f.

7 H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 48.

8 K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 148; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 57; P. v. OERTZEN, Betriebsräte, ²1976, S. 274 f.; T. CASSAU, 1925, S. 299; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 99 ff. H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 41 zur Beitrittswelle „aus dem

Differenzierung zwischen dem alten Organisationskern und der Masse neuer Mitglieder spiegelte sich auch die Differenzierung der Vorkriegszeit wider. An die Stelle des berufsstolzen Industriehandwerkers (besonders im Metallbereich) und des beruflich verwurzelten und durch Reste standes- oder zunftähnlichen Zusammengehörigkeitsgefühls (besonders Bergbau) geprägten verbandstreuen Gewerkschafters trat der Typ des angelernten, ohne die Erfahrung von Gewerkschaftsarbeit aufgewachsenen Arbeiters aus den Großbetrieben, dessen Verhältnis zu herkömmlichen Autoritäten durch die Erwartungen an die Revolution gelockert war. Darüberhinaus waren unter den neuen Gewerkschaftsmitgliedern überproportional viele jüngere, unverheiratete Arbeiter, die schon im Krieg ein aktiviertes Protestpotential gebildet hatten.[9] Die Arbeiterbewegung wurde damit vor die konkrete Frage gestellt, wie sie die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter bewerkstelligen wollte und wie sie dem Erwartungsdruck entsprechen konnte. Der revolutionäre Attentismus der Sozialdemokratie mußte sich nun, da aktive Veränderungsschritte notwendig waren und erwartet wurden, als Hindernis erweisen. Damit standen die Arbeiterorganisationen bzw. deren Führungen und Eliten in der Gefahr, sich von den politisierten und aktivierten Massen zu entfernen. Die „Altgewerkschafter" waren im Unterschied zu den neuen Mitgliedermassen „nicht auf sofortiges Handeln für die Herbeiführung des Sozialismus" eingestellt und „gerade der Stimmungsumschwung der wandlungsfähigen breiten Massen (war) diesen alt organisierten Schichten im tiefsten Herzen außerordentlich unsympathisch"[10]. Sowohl Sozialdemokratie wie auch Gewerkschaften gerieten „zwischen die Mühlsteine von tradierten Handlungsmechanismen und dem Phänomen der Massenbewegungen, die sich nicht in ihre bisherigen Denk- und Aktionsschablonen einfügten"[11]. Damit stellte sich letztlich die Frage nach der Angemessenheit von Ideologie und Strategie der sozialdemokratischen Bewegung, d. h. der Angemessenheit sozialdemokratischer Verhaltensformen und (längerfristiger) Zukunftsperspektiven. Von entscheidender Bedeutung mußte die Frage werden, ob die Mehrheit der Ruhrarbeiter in sozialdemokratischen Deutungsmustern und in sozialdemokratischer Politik ihre Vorstellungen und Hoffnungen an die nachrevolutionäre Zeit wiederfinden konnten. Nach

---

Reservoir bisher nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer", vgl. 54. Vgl. H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 307. „Novembersozialisten" bei: H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 244.

9 P. v. OERTZEN, Betriebsräte, ²1976, S. 275 und 278 f. Vgl. K. TENFELDE, Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, 1983, S. 336 f.; K. TENFELDE, Strukturwandel, 1988, S. 133; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 29; H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 56 ff.; H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 46 f. und 49 zum Zustrom jugendlicher Mitglieder; zur „Unbeständigkeit" un- oder angelernter Arbeiter: D. GEARY, 1983, S. 13 und 121 zur Unterminierung der Autorität von Kontrollinstitutionen. Zum radikaleren Standpunkt jüngerer Arbeiter R. F. WHEELER, Soziale Struktur, 1977, S. 182 f. Vgl. auch J. MOOSER, 1984, S. 191.

10 T. CASSAU, 1925, S. 297. Vgl. D. GEARY, 1983, S. 128 ff.; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 148 f.

11 H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 307.

der insbesondere bei den Gewerkschaften zunehmenden Orientierung an der Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft und der teilweisen Zurückstellung reiner Klassen- oder Gruppeninteressen[12], der Verschärfung der Lebenslage der Arbeiter im Krieg, der Entstehung weitreichender Hoffnungen im Gefolge der Revolution und aufgrund sozialstruktureller Veränderungen in der Arbeiterklasse, standen die Chancen eher schlecht für die sozialdemokratische Bewegung. Darüberhinaus waren nach der Anerkennung der Gewerkschaften, der Einführung der Achtstundenschicht und des Mindestlohnes „die Möglichkeiten, der radikalen, abseits von der Arbeitsgemeinschaft stehenden Bergarbeiterbewegung positive Erfolge größeren und dauerhafteren Ausmaßes entgegenzusetzen, gleichsam ausgereizt"[13]. Die Spaltung der Sozialdemokratie verschärfte die Situation, weil damit Kristallisationspunkte zur oppositionellen Gruppenbildung zur Verfügung standen.

Eine weitere, für den Verlauf der Ereignisse nach der Novemberrevolution wichtige Tendenz, die in den folgenden Auseinandersetzungen offenbar wurde, lag ursächlich im Weltkrieg selbst begründet: Der Krieg „hatte die Menschen ganz allgemein abgestumpft und verroht"[14]. Hierin lagen auch Ursachen für eine Neigung zur gewalttätigen Konfliktlösung.

Neben der Achtstundenschicht, mäßigen Lohnerhöhungen, Einführung von Zuschlägen für Über- und Nebenschichten, Gewährung eines Mindestlohnes und Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises erfüllte sich für die Gewerkschaften im Bergbau mit der Vereinbarung vom 15. November 1918 der Wunsch nach Anerkennung als Vertreter der Bergarbeiter. Die Führung des Alten Verbandes betrachtete das Vertragswerk als die Krönung jahrzehntelangen Ringens.[15] In der Arbeitsgemeinschaft kamen die kulturelle Tradition der freien Gewerkschaftbewegung und die im Weltkrieg sich herausbildenden korporatistischen Entwicklungen im Verhältnis von Unternehmer, Staat und Gewerkschaften zusammen. Diese Denkmuster bestimmten dann auch das Verhalten der Freien Gewerkschaften in der der Novemberrevolution folgenden Zeit. In unkontrollierbaren Massenbewegungen mußten die Gewerkschaften eine Gefährdung ihrer Verhandlungspolitik sehen. Das Bemühen der Gewerkschaften war also, wie auch die Novemberrevolution in Gelsenkirchen gezeigt hatte, darauf gerichtet, einen möglichst großen Teil der Arbeiterschaft zu organisieren und durch gewerkschaftliche Schulung auf eine Verhandlungsstrategie einzuschwören, da nur eine disziplinierte, hochgradig organisierte Arbeiterschaft nach der kulturellen Prägung der Freien Gewerkschaften

---

12 Ebd., S. 80. Vgl. auch G. D. FELDMANN, Arbeiterkonflikte, 1980, S. 174 ff.

13 R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 48 f. Vgl. D. GEARY, 1983, S. 142 f.

14 P. v. OERTZEN, Streiks, 1958, S. 259. Vgl. H.-U. LUDEWIG, 1978, S. 42; D. GEARY, 1983, S. 131.

15 H. MOMMSEN, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 283 f.; M. DÖRNEMANN, 1966, S. 21 f.; P. v. OERTZEN, Streiks, 1958, S. 239 f.; VERBAND DER BERGARBEITER, Geschäftsbericht 1917/18, S. 104 f.

die Aussicht auf gewerkschaftliche Erfolge erhöhte.[16] Die im Krieg begonnene Entwicklung verstärkte damit die Vorstellungen der Gewerkschaften, die einen Übergang zum Sozialismus als in Stufen verlaufenden Prozeß der Ausweitung der Mitbestimmung begriffen.

Der Schwierigkeiten, die sich aus den massenweisen Eintritten in die Freien Gewerkschaften ergaben, wurde sich der Alte Verband bald bewußt, und seine Formulierung des heraufziehenden Konfliktes zwischen Erwartungen der Neumitglieder und Strategie und Taktik der Gewerkschaftsführung machte künftige Entwicklungen absehbar[17]: „Die große Masse, die bis dahin von gewerkschaftlichen Ideen wenig beseelt war, konnte sich schlecht der gewerkschaftlichen Disziplin und Ordnung einfügen, ja sie barg sogar die Gefahr in sich, in den bewährten Reihen der alten Gewerkschafter zersetzend zu wirken. Kaum daß diese Massen in der Organisation untertauchten, stellten sie Forderungen auf, die sich wirklich im Augenblick nicht verwirklichen ließen." Als sich die Forderungen der Ruhrbergarbeiter Ende November/Anfang Dezember insbesondere im westlichen Ruhrgebiet weiter radikalisierten und mit bloßen Worten nicht mehr zu beschwichtigen waren, beeilte sich der Alte Verband, den Brandherd einzudämmen, und erreichte Mitte Dezember weitere Erhöhungen der Bergarbeiterlöhne um 15% ab 1. Januar 1919 mit der Verhandlungsstrategie.[18]

Auf der Ebene der politischen Institutionen stellte die Mitarbeit an der Parlamentarisierung das Gegenstück zur gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaftspolitik dar. Die kulturellen Prägungen aus der Vorkriegszeit, die Erfolge der Kompromißpolitik der Gewerkschaften und die verbreitete Unfähigkeit, in anderen als den bestehenden Strukturen und Verhaltensweisen Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung und der Durchsetzung von Arbeiterinteressen zu erkennen, bestimmten die Politik der MSPD. Die Spaltung der Arbeiterbewegung verhinderte darüberhinaus eine sachliche Diskussion alternativer Handlungsperspektiven. Die mehrheitssozialdemokratische Geringschätzung der Räte als Organe einer Übergangszeit bis zur Etablierung einer parlamentarischen Republik richtete sich gerade gegen die in der Revolution geschaffenen Einrichtungen, auf die sich bei aller Unklarheit der Perspektive viele Hoffnungen richteten.

Mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 begann auch im Raum Gelsenkirchen die Etablierung parlamentarisch-demokratischer Strukturen. Aufgrund des allgemeinen gleichen Wahlrechtes und der Einführung des Frauenwahlrechtes wurde erstmalig das Stärkeverhältnis der Parteien in der Gelsenkirchener Bevölkerung deutlich:

---

16 H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 286; M. Dörnemann, 1966, S. 25 und 28. H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 307 ff. differenziert zwei Strategien – eine eher etatistische und eine eher sozial-partnerschaftlich autonome, wobei er den Bergarbeiterverband der stärker auf den Staat setzenden Richtung zurechnet (S. 309).

17 Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1917/18, S. 131.

18 M. Dörnemann, 1966, S. 25; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 52 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 164 f.

Tabelle 29: Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Jan. 1919 im Raum Gelsenkirchen[19]

	Ge		Buer		Horst		Rotth.		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
Wahlberechtigte	87 946		37 040		9 791				
Wahlbeteiligte	74 975	85,2							
gültig	74 662	84,9	32 999	89,1	7 441	75,9	12 739		82,7
SPD	37 761	50,5	9 503	28,8	2 731	36,7	3 895	30,6	37,9
USPD	3 713	5,0	9 854	29,9	1 053	14,1	3 612	28,4	7,6
Zentrum (& BVP)	20 425	27,4	10 776	32,7	2 784	37,4	3 521	27,6	19,7
DDP	3 337	4,5	774	2,3	46	0,6	495	3,9	18,5
DVP	–	–	2 071	6,3	832	11,2	–	–	4,4
DVP & DNVP	9 426	12,6	–	–	–	–	1 216	9,5	–
DNVP	–	–	21	0,1	–	–	–	–	10,3

Den Wahlen zur Nationalversammlung folgten sofort die Wahlen zur preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919.

Tabelle 30: Wahlen zur Preußischen Landesversammlung am 26. Jan. 1919 im Raum Gelsenkirchen[20]

	Ge		Buer		Horst		Rotth.	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte	87 946		37 040		9 257			
Wahlbeteiligte	67 649	77,0		80,4				
gültig	67 383	76,6	29 778	80,4	7 035	76,0	11 828	
SPD	34 207	50,6	10 728	36,0	2 866	40,7	4 535	38,3
USPD	2 215	3,3	6 758	22,7	930	13,2	2 560	21,6
Zentrum	19 506	28,8	10 105	33,9	2 623	37,3	3 320	28,1
DDP	2 733	4,4	797	2,7	60	0,9	420	3,6
DVP	–	–	1 358	4,6	556	7,9	–	–
DVP & DNVP	8 722	12,9	–	–	–	–	970	8,2
DNVP	–	–	32	0,1	–	–	–	–
Sonstige	–	–	–	–	–	–	23	0,2

Die Parlamentarisierung im Raum Gelsenkirchen wurde natürlich insbesondere durch die Stadtverordnetenwahlen vorangetrieben:

---

19 Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 61; Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 143; B. Kolkenbrock, Wahlen, o. J.; Stadt Ge, Statistische Berichte, Heft 3, 1957, Tabelle 35. Zu Buer: Städtisches Statistisches Amt, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 64. Zu Rotthausen: H. E. Kromberg, 1968, S. 79; leicht abweichend StA Ge III/2/19-Ge; III/4/7-Ge. Leicht abweichende Zahlen für Horst in: J. Büscher, 1982, S. 68. Reich nach: A. Milatz, 1965, S. 32 ff. Zur Einschätzung der Wahlen zur Nationalversammlung allgemein: H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 135 ff.

20 Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 147; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 62 f.; Städtisches Statistisches Amt, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 65; B. Kolkenbrock, Wahlen, o. J.; H. E. Kromberg, 1968, S. 79.

Tabelle 31: Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Gelsenkirchen am 23. Febr. 1919[21]

	absolut	in %	Sitze
Wahlberechtigte	87 946		
Wahlbeteiligte	50 538	57,5	
gültig	50 415	57,3	
SPD	12 843	25,5	18
USPD	4 638	9,2	6
Zentrum	17 001	33,7	24
DDP	2 112	4,2	2
DVP	6 191	12,2	8
DNVP	2 097	4,2	2
Polen	3 476	6,9	4
zus.		95,9	66

Die Tatsache, daß mehrere Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates Stadtverordnete wurden, zeigte die Parlamentarisierung der revolutionären Bewegung.[22] Auch meinten die sozialdemokratischen Stadtverordneten, auf „altbewährte" Personen zurückgreifen zu müssen. So wählte die Stadtverordnetenversammlung als Nachfolger des abgesetzten Oberbürgermeisters am 10. April 1919 in geheimer Wahl einstimmig den bisherigen Bürgermeister von Wedelstaedt zum neuen Oberbürgermeister; nur zwei Beigeordnetenstellen wurden mit Vertretern der Gelsenkirchener Arbeiter besetzt: mit dem Arbeitersekretär Josef Sprenger (Zentrum) und dem Gewerkschaftsekretär Jakob Sieglar (MSPD). Wegen der für die Stadt Gelsenkirchen geltenden Bürgermeistereiverfassung und der sich daraus ergebenden starken Stellung des Bürgermeisters war der Einfluß der beiden neuen Beigeordneten im sieben- bis neunköpfigen Beigeordnetengremium eher gering.[23] Die Kanalisierung der revolutionären Bewegung in die Bahnen des Parlamentarismus und die Strategie der Behinderung und Verschleppung vorsichtiger Reformpolitik wurde bereits in der Eröffnungsrede des späteren Oberbürgermeister von Wedelstaedt vor den neugewählten Stadtverordneten am 14. März 1919 deutlich. Als Zugeständnis an die Arbeiterparteien wurden zwar soziale Vorhaben angesprochen wie die öffentliche Gesundheitspflege, die Volksbildung, der Arbeitsnachweis, die Fürsorge für Erwerbslose, die Wohnungspolitik, doch wurde die Volksbildung unter das Motto „Freie Bahn dem Tüchtigen" gestellt und als notwendige

21 Reste sonstige Parteien. BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 417 f.; BERICHT Stadt Ge 1920 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 10; BERICHT Stadt Ge 1921 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 10; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 152 f.; B. KOLKENBROCK, Wahlen, o. J.; STADT GE, Statistische Berichte, Heft 2, 1956, S. 8.

22 Zumindest zeitweise hatten Chemnitz, Heimbach, Leypoldt, Müller, Pfeifenbring, Neysters, Woczek dem Rat angehört bzw. waren für ihn tätig geworden. Vgl. Wahlaufruf des Rotthauser Rates, in: StA Ge III/2/19.

23 BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 19; C. v. WEDELSTAEDT, 1950, S. 140; ANTONI, 1924, S. 12. Einstellung und Lebenslauf von Sieglar, in: StA Ge 0/IV/5/2.

Verfahrensweise in den Stadtverordnetenversammlungen wurde der Kompromiß empfohlen, der in der Vergangenheit dazu geführt hätte, daß die „Gelsenkirchener Stadtverordneten [...] schon bisher gut gearbeitet" hätten.[24] Weiter wurde auf die Schwierigkeiten des Stadtverordnetenamtes hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, „wie oft Wünsche, die an sich sehr berechtigt sind, doch zurückgestellt werden müssen, weil es an dem zu ihrer Erfüllung notwendigen Gelde fehlt"[25]. Entsprechend ihren Vorstellungen von der Teilhabe an der Macht stürzte sich die MSPD bzw. ihre Stadtverordnetenfraktion und mit ihr die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die Frage der Volksbildung. Die MSPD-Fraktion stellte gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit den Antrag auf Einrichtung einer Volkshochschule, der sofort angenommen wurde. Am 10. November 1919 nahm die Volkshochschule in Trägerschaft der Stadt, die weltanschauliche Neutralität gewährleisten sollte, ihre Arbeit in Form von „Fortbildungslehrgängen in den allgemeinen Grundfächern", „Vortragsreihen und Arbeitsgemeinschaften" auf.[26] §1 der Satzung drückte das sozialdemokratische Bildungsstreben als Mittel zur Emanzipation der Arbeiterklasse aus: „Die Volkshochschule der Stadt Gelsenkirchen will eine Bildungsstätte für Arbeiter jeder Art ohne Unterschied der Stände, des Glaubens und des Geschlechtes sein. Insbesondere aber will sie die geistigen Kräfte der Handarbeiter heben, zum Verständnis für die großen Zusammenhänge des Natur- und Weltgeschehens, für die Rechte und Pflichten des einzelnen den anderen und dem ganzen gegenüber erziehen und dadurch die Wertschätzung eigener und fremder Berufstätigkeit wecken." Die Volkshochschule wurde von den Gewerkschaften in hohem Maße unterstützt; z. B. konnten in den Gewerkschaftsbüros Anmeldungen vorgenommen werden. In der Volkshochschule wurden auch sozialdemokratische Vorstellungen einer Beteiligung von Lehrenden und Lernenden an der Leitung und Verwaltung verwirklicht[27]; auch auf die Wechselschicht der Arbeiter wurde Rücksicht genommen. Hierin zeigte sich also auch im Raum Gelsenkirchen im Bildungsbereich die „Tendenz, zuvor organisationseigene Bildungsangebote in staatlich kommunale Einrichtungen zu verlagern"[28]. Die recht große Beteiligung an den ersten Volkshochschulkursen bewies ein durchaus vorhandenes Interesse. Festzustellen war allerdings, daß die „handarbeitende Bevölkerung" im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil deutlich unterrepräsentiert war.[29] Nicht ganz zu Unrecht wurde allerdings festgestellt, daß solche sozialdemokratische Kulturpolitik „die wesentlich-

---

24 Einführungsrede an die Stadtverordneten vom 14.3.1919 lt. BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 420 f.
25 Ebd., S. 423.
26 Ebd., S. 100.
27 Satzung, in: Ebd., S. 103 f.
28 D. LANGEWIESCHE, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 375. Vgl. D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur, 1984, S. 20. Auch H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 130 f.; A. v. SALDERN, Arbeiterkulturbewegung, 1986, S. 46; B. FAULENBACH, Klassenkultur, S. 7 und 9.
29 Die Besucherstruktur läßt darauf schließen, daß besonders Angestellte die Volkshochschule nutzten. BERICHT Stadt Ge 1903-1920, S. 101 f.

sten Züge aus dem freisinnigen Volksbildungsprogramm der Vorkriegszeit, das eigentlich nur in der Begründung, nicht in den Wegen und Zielen modifiziert wurde", übernahm und z. T. „einer alten, fast überwundenen Auffassung von Volksbildungsarbeit" und „den bereits von Lassalle verpönten Arbeiterbildungsvereinen der sechziger Jahre wie ein Ei dem andern" glich.[30]

In der Stadt Buer, in Horst und Rotthausen folgten die Stadtverordnetenwahlen erst im März. So überholte die USPD die MSPD deutlich, da sich gerade in den der Wahl vorangegangenen Tagen der Auseinandersetzungen größere Teile der Wähler im Zusammenhang der Sozialisierungsbewegung von der MSPD ab- und der USPD zugewandt hatten. Zu der rascher als im Süden erfolgenden Linkswendung trug auch die geringere Bindung der Arbeiterbevölkerung an die MSPD im ökonomisch jüngeren Norden bei.[31]

Tabelle 32: Wahlen zur Stadtverordneten-/Gemeindevertreterversammlung in der Stadt Buer, in der Gemeinde Horst und in der Gemeinde Rotthausen am 2. März 1919[32]

	Buer			Horst			Rotth.		
	abs.	in %	Sitze	abs.	in %	Sitze	abs.	in %	Sitze
Wahlberechtigte	37 040						14 009		
gültig	25 763	69,5		6 148			9 159	65,4	
MSPD	4 865	18,9	11	1 819	29,6	11	2 248	24,5	8
USPD	7 483	29,1	18	–	–	–	2 156	23,5	7
Zentrum	8 816	33,7	21	2 106	34,2	13	2 326	25,4	8
DDP	463	1,8	1	–	–	–	346	3,8	1
DVP	1 400	5,4	3	761	12,4	4	–	–	–
DVP & DNVP	–	–	–	–	–	–	652	7,1	2
Polen	2 208	8,6	5	1 462	23,8	8	763	8,3	2
Christl. Verein.	528	2,0	1	–	–	–	–	–	–
Unparteiische Bürger	–	–	–	–	–	–	668	7,3	2
zus.		99,5	60		100,0	36		99,9	30

Auch in Buer war für viele Sozialdemokraten der Arbeiterrat das Sprungbrett in die Stadtverordnetenversammlung.[33] Trotz der verfehlten Mehrheit der Sitze in der Bueraner Stadtverordnetenversammlung und trotz der Auseinandersetzungen der letzten Wochen gelang es beiden so-

30 WINKEL, Einrichtungen, 1927, S. 155.

31 Vgl. K. ROHE, Vom alten Revier, 1979, S. 49 f. Zum allg. Trend: H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 250 f.

32 STÄDTISCHES STATISTISCHES AMT, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 65; A. NOWAK, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 92; STADT GE, Stat. Berichte Heft 2, 1956, S. 8; H. TOBIEN, 1919, S. 182; H. KÜHR, Parteien, 1973, S. 199; H. E. KROMBERG, 1968, S. 103; StA Ge IV/11/42-Ge.

33 Z. B. Surkamp, Jargazewski, Baltrusch, Euler, Bittner, Lechtenbörger, Steimel.

zialdemokratischen Parteien gemeinsam, wegen der Uneinigkeit im bürgerlichen Lager Karl Surkamp (MSPD) zum Stadtverordneten-Vorsteher und Theodor Balke (USPD) zu seinem Stellvertreter zu wählen. Als Nachfolger des im Juni 1919 ausgeschiedenen Bürgermeisters Dr. Russel wurde der liberale Beigeordnete Zimmmermann gewählt.[34] Auch in Buer wurde nach der Parlamentarisierung eine Volkshochschule auf der Grundlage der „Lehr- und Lernfreiheit" mit dem Ziel, „eine Brücke zwischen Hand- und Kopfarbeitern zu bilden", eingerichtet, die zunächst auch eine rege Beteiligung von Bergarbeitern zu verzeichnen hatte, wahrscheinlich insbesondere bei Kursen, die Gewerkschafter und Sozialdemokraten anboten.[35]

3. Massenbewegungen und Differenzierungsprozesse in der Arbeiterbewegung 1919 bis 1922

a) Lebenslage in der Nachkriegszeit

Die ökonomische Lage Gelsenkirchens war im Unterschied zur politischen Krisenhaftigkeit in der frühen Nachkriegszeit nicht schlecht. Aufgrund des durch den Krieg verursachten Nachholbedarfs und der Reparationsforderungen waren Bergbau und Industrie in Gelsenkirchen gut ausgelastet. Die Wiedereingliederung der zurückkehrenden Soldaten gelang relativ reibungslos, und Arbeitslosigkeit war fast keine zu verzeichnen.[1]

Tabelle 33: Belegschaft der Schachtanlagen und Industriebetriebe im Raum Gelsenkirchen 1919–1922[2]

	1919	1920	1921	1922
Schachtanlagen				
Consolidation	7 289	8 289	9 259	9 316
Hibernia	1 617	1 801	1 927	
Graf Bismarck	7 578	8 700	9 775	9 621
Rheinelbe & Alma	7 328	8 303	9 065	9 201
Holland	4 035	4 483	4 591	

34 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 58; Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 109. Zu Zimmermanns Bekenntnis zur DDP StA Ge O/IV/5/9a.

35 T. Feldhege, 1933, S. 224; Von der Landgemeinde, 1921, S. 57; Programme in: Verw.-B. Stadt Buer, 1922/3 (Sta Ge XXVI/8-B), Tafel 30; Verw.-B. Stadt Buer, 1923/4 (Sta Ge XXVI/4-B), S. 62 f.; Verw.-B. Stadt Buer, 1924/5 (Sta Ge XXVI/4-B), S. 65 ff.; Verw.-B. Stadt Buer, 1925/6 (Sta Ge XXVI/4-B), S. 51 f.; Verw.-B. Stadt Buer, 1926/7 (Sta Ge XXVI/4-B), S. 52 f.; Verw.-B. Stadt Buer, 1927 (Sta Ge XXVI/4-B), S. 57 f.

1 Bericht Stadt Ge 1920 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 7 und 47 ff.; Von der Landgemeinde, 1921, S. 15. Vgl. J. Sieglar, 1924, S. 8; Bericht Stadt Ge 1921 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 5; T. Feldhege, 1933, S. 284 und 287.

2 Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 243 zu 1919/20; leicht abweichend Vereinigte Stahlwerke, 1930, S. 13 und 16 (dort für folgende Jahre errechnet); Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, 1952, S. 44; W. Kesten, 1952, S. 102 und 255. Vgl. W. Goch, 1925, Tabelle XXIII, XXIV; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 68 f.; Städtisches Statistisches Amt, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 29.

Tabelle 33: Belegschaft der Schachtanlagen und Industriebetriebe (Forts.)

	1919	1920	1921	1922
Wilhelmine Viktoria	2 072	2 473	2 796	
Dahlbusch	4 105	4 248	4 541	4 557
Hugo	4 656	5 019	5 447	5 580
Ewald 3/4	1 944	2 592	2 552	2 571
Bergmannsglück	7 912	8 569	4 545	5 150
Westerholt			4 382	4 810
Scholven	2 801	3 287	3 557	3 380
Metallverarbeitende Betriebe				
Schalker Verein	5 220	5 783	6 292	7 470
Küppersbusch	1 491	1 544	1 724	1 958
Grillo & Funke	2 379	2 491	2 596	2 875
Gutehoffnungshütte	1 293	1 147	1 306	1 522
Gußstahl	1 652	1 613	1 709	
Orange	258	287	411	
Schalker Eisenhütte	233	213	191	221

Im Gegensatz zur Situation der Industrie war die Lebenssituation der Gelsenkirchener Bevölkerung – insbesondere deren Versorgung mit Lebensmitteln – ausgesprochen schlecht: Bei Fleisch konnte die Stadt Gelsenkirchen bis zur Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung Anfang Oktober 1920 die 200g-Wochenration nur selten ausgeben. Aufgrund ausbleibender Lieferungen wurden die Schwerstarbeiterzulagen beim Fleisch im Verlauf des Jahres 1919 reduziert. Erst im Jahr 1920 wurden in unregelmäßigen Abständen wieder Fleischzulagen ausgegeben. Ende März 1920 wurde in der Stadt Gelsenkirchen die Brotration von dreieinhalb auf zwei Pfund pro Woche und Person reduziert und Anfang April unter „Zuhilfenahme von Streckmitteln" wieder auf drei Pfund erhöht. Erst im Sommer wurde wieder die alte Ration erreicht. Erst im Jahr 1921 traten bei der Lebensmittelversorgung keine erheblichen Probleme mehr auf, nur noch Brot und Milch unterlagen der Zwangsbewirtschaftung.[3] Über die Versorgungsengpässe hinaus verschärften die enormen Preissteigerungen die Lage der Arbeiterfamilien, so daß trotz der allmählichen Verbesserung der Lebensmittel-Lieferungen in der zweiten Jahreshälfte 1920 die Teuerungen dazu führten, „daß weite Kreise der Bevölkerung nicht in der Lage waren, ihren Bedarf an Lebensmitteln in dem für die Volksgesundheit erwünschten Umfange zu decken"[4].

3 Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 151; Bericht Stadt Ge 1920 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 34 f.; Bericht Stadt Ge 1921 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 6.

4 Bericht Stadt Ge 1920 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 8, vgl. S. 35.

Tabelle 34: Steigerung von Lebensmittelpreisen in der Stadt Gelsenkirchen im Vergleich zu Jahresdurchschnittspreisen von 1914 in v. H.[5]

	Jahr 1917	Jahr 1919	März 1920	Jahr 1920	Jahr 1921	Dez. 1921
Schwarzbrot	12,9	72,0	260,2	219,4	837,6	1 066,7
Graubrot	11,1	52,8	228,7	388,0	756,5	964,8
Erbsen	500,0	1 300,0	2 300,0	1 500,0	2 137,5	2 675,0
Linsen	380,0	1 020,0	2 620,0	1 800,0	2 350,0	3 150,0
Bohnen	380,0	1 020,0	1 740,0	1 300,0	1 434,0	1 970,0
Bohnenkaffee	33,3	1 000,0	1 266,7	73,3	133,3	3 300,0
Malzkaffee	50,0	200,0	2 400,0	1 300,0	1 237,5	1 575,0
Zucker	60,7	239,3	650,0	2 240,0	1 908,9	2 489,3
Speiseöl	300,0	500,0	2 700,0	3 100,0	1 987,0	3 600,0
Milch	72,7	222,7	718,2	786,4	1 718,2	2 354,5
Butter	166,7	700,0	1 386,7	1 346,7	2 200,0	3 066,7
Margarine	100,0	600,0	1 250,0	1 400,0	1 800,0	2 500,0
Eier	227,9	768,8	1 965,6	2 252,5	2 949,2	4 424,6
Rindfleisch	15,0	195,0	260,0	812,5	1 337,5	1 525,0
Schweinefleisch	95,7	358,7	–	808,7	2 073,9	2 508,7
Salzhering	542,9	1 042,9	1 257,2	1 542,9	1 357,1	1 828,6
Kartoffeln	129,9	324,1	681,3	1 183,5	2 020,5	3 025,0

Bis 1921 gelang es jedoch der Lohnpolitik der Bergarbeiterverbände – wenn auch auf Kosten einer inflationären Preispolitik der Produzenten – Nominallohnzuwächse zu erreichen, die mitunter die Kurve der Entwicklung der Lebenshaltungskosten überschritten. Das Vorkriegsniveau der Reallöhne wurde aber nicht erreicht.[6]

In der Stadt Gelsenkirchen herrschte nach dem Ersten Weltkrieg großer Wohnungsmangel, der die Stadt ab 1. März 1920 zwang, zum Mittel der Zwangsbewirtschaftung von Wohnraum zu greifen.[7] Der Wohnungsmangel wurde durch die Rückkehr zahlreicher Bewohner in den Raum Gelsenkirchen noch verschärft.

Tabelle 35: Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchen 1918-1921[8]

Jahr	Stadt Ge	Stadt Buer
1918	164 002	88 153
1919	170 477	90 249

5 Berechnet nach Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer 1903-1927 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 280; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 144; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 444.

6 R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 147 und 185 ff. Vgl. B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 42. Zur Lebenshaltung der Arbeiter in der Nachkriegsinflation: H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 377-386. Vgl. W. Abelshauser, Umsturz, 1989, S. XLIV ff.

7 Bericht Stadt Ge 1920 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 7 f. Ausführlich H. Kattentidt, 1924, bes. S. 39 ff. Allgemein H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 76 ff.

8 Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 4; Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 16; Städtisches Statistisches Amt, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 1.

Tabelle 35: Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchen 1918-1921 (Forts.)

Jahr	Stadt Ge	Stadt Buer
1920	173 703	94 342
1921	178 814	98 216

Die Lebenslage der Ruhrarbeiter hatte sich also in den Kriegsjahren und in der ersten Nachkriegszeit durch Teuerungen, Währungsverfall und schlechte Versorgung erheblich verschlechtert, so daß Forderungen nach wirtschaftlichem Ausgleich zwangsläufig neben politische Forderungen und das Verlangen nach Umgestaltung fremdbestimmter Arbeitsverhältnisse treten mußten; die konkrete und tägliche Erfahrbarkeit sozialer Not mußte zur Radikalisierung beitragen.[9]

b) Massenbewegungen im Ruhrgebiet

Nach der Novemberrevolution hatte ein Radikalisierungsprozeß eingesetzt. In der revolutionären Anfangsphase der Weimarer Republik aktualisierte sich in den im Krieg entstandenen Massenbewegungen der Ruhrarbeiter und dem Erwartungsdruck an die vermeintlich radikale Protestpartei das vor dem Weltkrieg entstandene Auseinanderklaffen zwischen Arbeiterbewegungskultur und unmittelbaren Kommunikations- und Solidarstrukturen im Produktions- und Reproduktionsbereich. Die durch die großen Massenbewegungen geprägte „zweite Welle der Revolution"[1] war gekennzeichnet durch Spontanität, große Aktivität zahlreicher jüngerer Arbeiter und weitgehendes Fehlen einer Führung. Die auf die parlamentarische Republik und Arbeitsgemeinschaftspolitik fixierten Mehrheitssozialdemokraten und die ihnen nahestehenden Freien Gewerkschaften folgten den erregten Massen entsprechend ihren kulturellen Traditionen nur widerwillig im Interesse der Erhaltung ihrer Organisationen und versuchten, baldmöglichst eine Ende der Bewegung herbeizuführen. Die Unabhängigen waren nicht nur in auseinanderstrebende Richtungen zerstritten, sondern auch in organisatorischer Hinsicht zu Beginn des Jahres 1919 im Ruhrgebiet keineswegs schlagkräftig aufgebaut. Die gerade erst gegründete KPD war im Ruhrgebiet kaum mehr als eine Sekte und zu einer Führung der Bewegung nicht in der Lage, und die KPD-Zentrale verfolgte zu dieser Zeit keine putschistischen Absichten. Die Syndikalisten, die in Teilen des Ruhrgebietes über einigen Einfluß verfügten, waren aufgrund ihrer Ideologie, ihrer Ablehnung von Zentralismus und straffer Disziplin sicher ungeeignet, eine zentrale Geheimleitung zu stellen.[2]

---

9 M. Dörnemann, 1966, S. 28. Vgl. P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 238; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 45.

1 H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 182.

2 P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 251 f., 259; P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 125 f.

Sozialisierungsbewegung

Die vielfältigen Forderungen der Ruhrbergarbeiter verdichteten sich um die Jahreswende 1918/19 auch angesichts der Beschlüsse des im Dezember in Berlin tagenden Rätekongresses im Schlagwort der Sozialisierung.[1] Mit dem Selbstverständnis der Räte als „Vorstufe und Unterbau der Sozialisierung" wurde das Rätesystem als Mittel der Umgestaltung und der Zusammenhang zwischen Rätebewegung und Sozialisierung aktuell. „Die Sozialisierungsbewegung konnte sich die Vergesellschaftung der Produktion kaum anders als auf der Grundlage und in der Form der Räteorganisation vorstellen". Sozialisierung und Rätesystem bildeten infolgedessen im Bewußtsein der Ruhrarbeiter „eine untrennbare Einheit"[2]. Der besondere Radikalismus der Ruhrbergarbeiter erklärte sich aus der hierarchischen Arbeitsorganisation des Ruhrbergbaus und damit den täglichen Erfahrungen der Bergarbeiter. So erwuchs der „Wunsch, Betriebsleitung und Beamtenschaft ihrer fast unbeschränkten Befugnisse zu entkleiden und die Disziplinierung der Arbeiter auf das technisch erforderliche Maß zu begrenzen, [...] unmittelbar aus diesen Verhältnissen"[3]. Die im November und Dezember unternommenen Versuche zahlreicher Gelsenkirchener Zechenbelegschaften, Vorgesetzte zu entfernen und auf eigene Faust ihre wirtschaftlich-soziale Situation zu verbessern, waren beredte Beispiele der an die Revolution geknüpften konkreten Erwartungen.[4] Der Alte Verband beurteilte die baldige Verwirklichung der Gemeinwirtschaft angesichts der wirtschaftlichen Not und der politischen Lage skeptisch. Einen weiteren Keim der Differenzierung zwischen Altem Verband und Ruhrbergarbeiterschaft barg neben dem spontanen Handeln der Bergarbeiter und der Wertschätzung disziplinierter Organisierung auf Seiten des Alten Verbandes insbesondere auch die unterschiedliche Auffassung über das, was unter Sozialisierung zu verstehen sei: Der Bergarbeiterverband konnte sich entsprechend seiner im Kaiserreich herausgebildeten Traditionen nur zentrale, hochorganisierte Mitbestimmungsinstitutionen vorstellen; die Bergarbeiter, durch Gedingeverhandlungen, Auseinandersetzungen um Strafen und autoritäres Verhalten von Vorgesetzten an unmittelbare Konfliktaustragung gewöhnt, stellten sich Sozialisierung als unmittelbare Mitbestimmung in Bergrevieren, Betrieben und Steigerrevieren vor. Für die Ruhrbergarbeiter war die Sozialisierung „nicht bloße Utopie oder eine ab-

---

1 P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 240; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 37; H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 292. Vgl. H. Mommsen, Soziale und politische Konflikte, 1980, S. 81; D. W. Morgan, 1975, S. 224.

2 P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 234 ff. und 254. Vgl. P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 37 f. und 79; D. W. Morgan, 1975, S. 224.

3 P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 253 f.; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 45; P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 128. Vgl. A. Klönne, Sozialdemokratie, 1985, S. 75; H. Mommsen, Sozialpolitik, 1977, S. 312 f.; H. Mommsen, Soziale Kämpfe, 1979, S. 264; F. Brüggemeier, Bedürfnisse, 1977, S. 158; S. Miller, Bürde, 1978, S. 150; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 37; D. Geary, 1983, S. 14; W. Abelshauser, Umsturz, 1988, S. XXIII f.

4 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 155; E. Ruben, 1919, S. 2; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 315 f.; M. Dörnemann, 1966, S. 31. Vgl. S. Miller, Bürde, 1978, S. 148 ff.

strakte Konstruktion, sie war auch die Summe ihrer Erfahrungen; sie war nicht nur Projektion, sondern bedeutete auch eine Aufnahme von Elementen und Strukturen, die im Alltag angelegt waren, sie war die Fortsetzung ihres Alltages"[5].

Im Januar kam es zu erneuten Streiks. Ausgangspunkt der Gelsenkirchener Ausstände ab 8. Januar war die Zeche Nordstern in Horst. Hier verlangte die Belegschaft kräftige Lohnerhöhungen, Auszahlung der Kontraktbruchstrafe von 1912, Bezahlung der durch Streik ausgefallenen Schichten, Verbot von Über- und Nebenschichten und Organisationszwang durch die Zeche. Die Direktion war nur bereit, die zwischen Altem Verband und Zechenverband ausgehandelte Teuerungszulage auszuzahlen. Die Belegschaftsversammlung am 10. Januar war damit nicht zufrieden und beschloß, ihre Forderungen der Generaldirektion der Phoenix AG auf der Zeche Holland 1/2 vorzubringen. So zogen 2 000 Bergarbeiter mit einer Musikkapelle vorneweg zu Holland 1/2 und zwangen die Belegschaft zur Ausfahrt. Am nächsten Tag konnten 200-300 Bergarbeiter von Nordstern die Ausfahrt auf Wilhelmine Viktoria erzwingen. Am 13. Januar traten Wilhelmine Viktoria 1/4 und 2/3 und Hibernia mit ökonomischen Forderungen in den Ausstand. Erstmalig in Gelsenkirchen wurden 6 Tage Urlaub gefordert. Auf Wilhelmine Viktoria wurde auch der Betriebsführer abgesetzt und von der Belegschaft ein neuer gewählt, ebenso auf Consolidation 1/6. Im Verlauf des 9. und 10. Januar legte auch die Belegschaft der drei Hugo-Schächte die Arbeit nieder, wahrscheinlich unter Einfluß der Horster Ereignisse; am 11. Januar trat auch Zeche Scholven in Streik, und am nächsten Tag folgte Bergmannsglück, von wo der Streik auf Graf Bismarck und Ewald übergriff.[6] Diese Streikwelle, an der sich am 11. Januar über 80 000 Arbeiter im Ruhrgebiet beteiligten, zwang die Arbeiter- und Soldatenräte und Arbeiterorganisationen zum Handeln. So beschloß der von allen drei Arbeiterparteien getragene Essener Arbeiter- und Soldatenrat am 9. Januar die Besetzung der Gebäude des Bergbaulichen Vereins und des Kohlensyndikates, welche am 11. Januar durchgeführt wurde. Eine Konferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 13. Januar in Essen sprach sich einstimmig für die sofortige Sozialisierung des Bergbaus aus und setzte eine von den Arbeiterparteien paritätisch besetzte Neunerkommission ein, der auch der Gelsenkirchener Unabhängige Karl Wagner angehörte. Der Ruhrbergbau sollte zukünftig nach einem Rätesystem geleitet werden: In jedem Steigerrevier sollte ein Vertrauensmann gewählt werden, der die Angelegenheiten seines Reviers, wie Festsetzung der Gedinge und Arbeiterschutzvorschrif-

---

5 F. J. Brüggemeier, Leben vor Ort, 1981, S. 251 und 244 f; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 186.

6 Bergrevier Ge am 13.1.1919, Forderungen der Belegschaft von Wilhelmine Viktoria vom 13.1.1919, Bergwerksgesellschaft Consolidation am 20.1.1919, Zeche Hibernia am 21.1.1919, Arbeiter- und Soldatenrat Ge am 21.1.1919, in: STAM OBA Do 1 794; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 162 ff.; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 155 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 72 f. Zur Geschichte des Arbeiterurlaubs: J. Reulecke, Erholungsurlaub, 1981, S. 240 ff.

ten, zu kontrollieren hatte. Die Reviervertrauensleute wählten den Zechenrat, der mit der Betriebsleitung die Angelegenheiten der ganzen Schachtanlage regeln sollte. Für jedes Bergrevier sollten Bergrevierräte eingerichtet werden, die einen Zentralzechenrat wählten, dem die Neunerkommission verantwortlich sein sollte.[7]

Die Hoffnung der Arbeiterorganisationen, durch die Proklamation der Sozialisierung die Arbeiterschaft zu beruhigen, erfüllte sich, denn die Essener Beschlüsse, der Aufruf der Neunerkommission („Rätesystem ist besser als Streik") und die Aufrufe aller Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit führten zu einem Abebben der Streikbewegung.[8] Auch die Belegschaften der Gelsenkirchener Schachtanlagen befolgten die Aufrufe des Essener Rätekongresses, nahmen bis zum 15. Januar die Arbeit wieder auf und wählten Räte auf den Zechen.[9] An der allgemeinen Zustimmung zu den Beschlüssen des Essener Rätekongresses war zu erkennen, daß die Sozialisierungsforderung eine weit verbreitete Hoffnung darstellte, von der sich die Bergarbeiter eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse versprachen. Nach der Phase des revolutionären Staatsumsturzes wandten sich die Räte der Ruhrarbeiter Anfang 1919 also der Erringung der Kontrolle über die Produktion und der Demokratisierung der Betriebe und damit der Konsolidierung der Revolution zu, was offensichtlich „den Vorstellungen der sozialistischen Mitte entsprach"[10] – über Parteigrenzen hinweg, wie die gemeinsam getragene Neunerkommission zeigte.

Nur noch vereinzelt kam es auf Gelsenkirchener Schachtanlagen von Mitte Januar bis Anfang Februar zu vorwiegend betrieblich bedingten Auseinandersetzungen, die sich in der Absetzung von Zechenbeamten äußerten.[11] Dabei ging es im Sinne der Sozialisierungsbewegung nicht nur um die Beseitigung unliebsamer Vorgesetzter, sondern die Belegschaften

---

7 M. DÖRNEMANN, 1966, S. 32-35; P. v. OERTZEN, Streiks, 1958, S. 240 f.; P. v. OERTZEN, Betriebsräte, ²1976, S. 113 und 358 ff.; P. v. OERTZEN, Probleme, o. J., S. 43. Vgl. E. RUBEN, 1919, S. 5 ff.; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 316 ff.; H. TEUBER, Beiträge, 1926, H. 37; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 149 ff. und 173; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 166 f.; J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 118 ff. und 122 f.; J. TAMPKE, Sozialisierungsbewegung, 1979, S. 235 f.; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 2, S. 181; D. W. MORGAN, 1975, S. 225; Vgl. Aufruf der Neunerkommission vom 10.1.1919, Volkskommissar Ruben am 14.1.1919, in: W. ABELSHAUSER, R. HIMMELMANN, S. 56 f. und 146 ff. Flugblatt zur Sozialisierungskonferenz.

8 K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 157; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 75; P. v. OERTZEN, Streiks, 1958, S. 241; P. v. OERTZEN, Betriebsräte, ²1976, S. 113; P. v. OERTZEN, Probleme, o. J., S. 43; K. F. GESAU, 1983, Anhang, S. 38; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 173; H. TEUBER, Beiträge, 1926, H. 38. Vgl. E. RUBEN, 1919, S. 13; E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 40; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 152.

9 K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 158.

10 P. OERTZEN, Betriebsräte, ²1976, S. 66. Vgl. P. v. OERTZEN, Probleme, o. J., S. 25 ff.; P. v. OERTZEN, Von der Novemberrevolution, 1987, S. 17. Vgl. H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 186. H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 160 sieht eine „basissozialistische" Strömung in der Ruhrarbeiterschaft.

11 Z. B. auf Wilhelmine Viktoria 1/4 und 2/3, Consolidation (18.1.) und Hibernia (2.2.). K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 159 f.; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 79 f. Lohnbewegung und Absetzung eines Grubenbeamten auf Rheinelbe und Alma Ende Januar: H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 181 f. und 183 zu einem kurzen Streik auf Consolidation Ende Januar.

suchten sich unter dem technischen und kaufmännischen Personal neue Funktionsträger aus, die zusammen mit der Belegschaft und getragen von deren Vertrauen die notwendigen Leitungsaufgaben übernehmen sollten. Im Revier tobte also kein radikalisierter Mob, wie zahlreiche Berichterstatter glauben machen wollten, sondern die Arbeiter suchten konstruktive Lösungen zur Demokratisierung der Betriebe.[12]

Die Neunerkommission nahm Kontakt mit dem Rat der Volksbeauftragten auf, der am 18. Januar eine Verordnung erließ, die für die Bergbaugebiete Reichsbevollmächtigte und Sozialisierungskommissionen vorsah und die Wahl von Werks- und Zechenräten anordnete, allerdings nicht nach dem Muster der Beschlüsse des Essener Rätekongresses, sondern nach Art der alten Arbeiterausschüsse.[13] Durch diese Regelungen sollte das Rätesystem verhindert werden und die Macht von den Massenbewegungen in die Hände der Verbände, d. h. besonders der Arbeitsgemeinschaft, gelegt werden. Nachdem eine weitere Rätekonferenz am 20. Januar die Beschlüsse bekräftigt hatte[14], tagten vor der dritten Rätekonferenz die Vertrauensmänner des Alten Verbandes und bekannten sich zwar zu dem Ziel der Sozialisierung, sahen aber aufgrund der wirtschaftlichen Notlage die Voraussetzungen als nicht günstig an. Sie stellten sich eine „Demokratisierung der Betriebe" nach einem unabsehbaren „Weg über die Stationen immer weiter ausgebauter sozialer Errungenschaften zur Gemeinwirtschaft" als Resultat hoch differenzierter Arbeitsgemeinschaftspolitik vor. Die betriebliche Mitbestimmung war „dem sozialpolitisch ausgerichteten Denken der Gewerkschafter [...] zutiefst unbequem"[15]. Die Beteiligung an der Neunerkommission und die Bildung einer Sozialisierungskommission zeigten nur den Willen der Mehrheitssozialdemokratie, zur Beruhigung beizutragen, denn die hastig eingeleitete „Sozialisierungsgesetzgebung" konnte höchstens als Schaffung von Zwangssyndikaten unter Reichsbeteiligung betrachtet werden.[16] Die mehrheitssozialdemokratischen Befürchtungen vor einer Zerrüttung des Wirtschaftslebens durch die Sozialisierung beruhte auf der tiefverwurzelten Erwartung einer zwangsläufigen Entwicklung zum Sozialismus, die sie in der Revolution und der ihr folgenden Zeit ohne konkret zu verwirklichendes Aktions-

---

12 P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 131. Zu entsprechenden Vorwürfen Hues: S. Miller, Bürde, 1978, S. 148.

13 M. Dörnemann, 1966, S. 37 f.; E. Ruben, 1919, S. 14 f.; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 182; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 160; P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 241 f.; P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 114; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 44.; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 127.

14 Mitschrift in: StA Bo B 225; E. Ruben, 1919, S. 16; M. Dörnemann, 1966, S. 38; J. Tampke, Sozialisierungsbewegung, 1979, S. 237; P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 242; P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 114 f.; H. Teuber, Beiträge, 1926, H. 38; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 43; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 124 f.

15 M. Dörnemann, 1966, S. 40 f. Zur Inhaltsleere sozialdemokratischer Sozialisierungsvorstellungen: P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 12 f.

16 P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 249 ff. und S. 384 ff. zur Sozialisierungsgesetzgebung und ihren Auswirkungen und S. 399 zu auf den Bergbau bezogenen Entwürfen der Sozialisierungskommission. Vgl. P. Wulf, Regierung, 1977, S. 648 ff.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 191 ff.

programm dastehen ließ. Die Konzentrierung der Vorkriegssozialdemokratie auf Sozialpolitik, Wahlrechtskampagnen und Wahlkämpfe und den Aufbau eines umfassenden Gefüges von Arbeiterkulturorganisationen hatte zudem eine Orientierung auf eine Umgestaltung des Wirtschaftssystems verhindert und begründete damit die Unsicherheit in Wirtschaftsfragen.[17]

Am 6. Februar bestätigte der dritte Rätekongreß des Ruhrgebietes im Essener Stadtgarten noch einmal die Vorstellungen zum Rätesystem und forderte die Regierung ultimativ auf, die Neunerkommission mit allen ihren Rechten bis zum 15. Februar anzuerkennen. Ansonsten wurde mit Generalstreik gedroht. Ihre eigentlichen Absicht, das Rätesystem nach Essener Muster zu Fall zu bringen, verschweigend, stimmten die Vertreter des Alten Verbandes den Entscheidungen des Kongresses zu.[18]

Die erregte Stimmung im Ruhrgebiet wurde angeheizt, als das VII. Armeekorps unter General von Watter, der schon seit 7. Dezember systematisch Freikorps aufbaute, am 10. Februar den Generalsoldatenrat in Münster verhaftete. Eine weitere Konferenz der Ruhrgebietsräte am 14. Februar erneuerte das Ultimatum. Gleichzeitig rückte das Freikorps Lichtschlag unter dem Vorwand von Unruhen in Herwest-Dorsten in den Norden des Ruhrgebietes ein, wo es zu Kämpfen mit mehreren Toten unter der Arbeiterbevölkerung kam. Eilig riefen radikale Kräfte, die auch unter syndikalistischem Einfluß standen, eine Teilkonferenz für den 16. Februar nach Mülheim ein, die dann den Generalstreik proklamierte. Das Vorpreschen der syndikalistisch beeinflußten Teilkonferenz belastete die „reguläre" Konferenz zwei Tage später, der kaum eine andere Möglichkeit blieb, als zum Streik aufzurufen. Die Rätekonferenz vom 18. Februar brachte nach tumultartigen Auseinandersetzungen das Ausscheren von MSPD und Altem Verband (und der anderen Gewerkschaftsverbände) aus der bis dahin gemeinsam getragenen Sozialisierungsbewegung. Aus Loyalität zur Reichsregierung sah sich die mehrheitssozialdemokratische Fraktion gezwungen, aus dem Kongreß auszuziehen und die Neunerkommission zu verlassen. Die Zurückgebliebenen bestätigten den Generalstreik.[19]

---

17 P. v. OERTZEN, Betriebsräte, [2]1976, S. 254. Vgl. H. GREBING, Geschichte, [11]1981, S. 152. Am Beispiel der Reichsverfassung: H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 227.

18 M. DÖRNEMANN, 1966, S. 41 f.; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 2, S. 185 f.; P. v. OERTZEN, Streiks, 1958, S. 242; P. v. OERTZEN, Betriebsräte, [2]1976, S. 361 f.; H. TEUBER, Beiträge, 1926, H. 38; J. TAMPKE, Sozialisierungsbewegung, 1979, S. 238; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 204 ff.; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 254; D. W. MORGAN, 1975, S. 226; J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 125 ff.

19 Ausführlich M. DÖRNEMANN, 1966, S. 44-49; H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 2, S. 186 ff.; J. TAMPKE, Ruhr and Revolution, 1979, S. 128 ff.; J. TAMPKE, Sozialisierungsbewegung, 1979, S. 238 f.; P. v. OERTZEN, Streiks, 1958, S. 242. Schilderung von Max König im Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik am 24.2.1919, in: E. KOLB, Zentralrat, 1968, S. 691. U. KLUGE, Sozialisierungsbewegung, 1972, S. 62 ff. zur vernachlässigten Demokratisierung des Heeres. Zum Einmarsch in Dorsten: H. BOGDAL, Bd. 1, 1983, S. 62-93. Zeitgenössisch: H. TEUBER, Beiträge, 1926, H. 38; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 320 f.; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 204 ff. Vgl. P. v. OERTZEN, Betriebsräte, [2]1976, S. 115 f.; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 254; H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 169; E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 1, 1973, S. 42; W. ABELSHAUSER, Umsturz, 1988, S. XX.

Damit war eine etwa einen Monat währende Zusammenarbeit aller sozialistischen Strömungen zu Bruch gegangen, die von einer breiten sozialistischen Bewegung innerhalb der Ruhrarbeiter durch deren Aktivität erzwungen und getragen worden war.[20] Gleichzeitig zeigte sich nicht nur ein Bruch zwischen politischen Richtungen, sondern es verlief auch eine Bruchlinie zwischen der an Erfahrungen der Bergarbeiter anknüpfenden Form der unmittelbaren Mit- und Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und den von den Organisationen angestrebten gesamtgesellschaftlichen Mitbestimmungsvorstellungen.

Die Belegschaften von etwa 20 Schachtanlagen folgten dem Mülheimer Aufruf. Die Streikparole wurde auch in Gelsenkirchen sofort aufgenommen und eine Streikleitung gebildet. Die Gelsenkirchener Bergarbeiter folgten dem Aufruf außer auf Graf Bismarck 3/5 und Hugo 2 aber nicht und konnten nur mit Gewalt an der Arbeit gehindert werden: Auf Graf Bismarck 1/4 versuchten etwa 260 Personen, das Zechengelände zu stürmen, wurden aber von der Zechenwehr zurückgehalten. Am 17. Februar wurde vergeblich versucht, die Belegschaft von Dahlbusch 3/6 an der Einfahrt zu hindern; am folgenden Tag versuchte dies die Sicherheitswehr Rotthausens, es gelang ihr aber nur auf Schachtanlage 2/5. Eine stärkere Besetzung der Dahlbusch-Werkstore verhinderte dann am 19. Februar die Anfahrt der Belegschaft. Auf Alma, Hibernia und Holland 1/2 soll der Betrieb am 18. Februar von bewaffneten Trupps lahmgelegt worden sein. In Buer streikten die Schachtanlagen Graf Bismarck 2/6 und 3/5, Hugo 1 und 2, Scholven, Bergmannsglück und Westerholt am 17. Februar gegen die Anwesenheit von Truppen im Ruhrgebiet. In Horst wurde am 18. Februar die Belegschaft von Nordstern 1/2 von einem bewaffneten Trupp zur Ausfahrt gezwungen.[21]

Der Generalstreik wurde auf seinem Höhepunkt, dem 20. Februar, von etwa der Hälfte der Ruhrbergleute befolgt, in Buer und Gelsenkirchen fast vollständig.[22] Während MSPD und Gewerkschaften sich in Gelsenkirchen gegen den Streik aussprachen, verbanden Unabhängige und Kommunisten ihren Streikaufruf mit dem Kampf gegen die MSPD und dem Versuch, diese aus dem Arbeiterrat herauszudrängen, was zu den Februarunruhen in

---

20 P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 248 nennt dies „eine breite einheitliche sozialistische Mittelströmung in der Arbeiterschaft über die Parteigrenzen hinweg". Dieser Auffassung stimmt auch H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 294 f. weitgehend zu. Eine wirkliche Mitwirkung von Vertretern des Alten Verbandes oder der Mehrheitssozialdemokratie an der Sozialisierung hält E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, [2]1974, S. 40 f. dagegen von vornehinein für Illusion. Unterschiedliche Vorstellungen der beteiligten Gruppen konstatiert W. Abelshauser, Umsturz, 1988. S. XXVI.

21 Bergrevier West-Recklinghausen am 17.2.1919, in: STAM OBA Do 1 794; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 163 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 85 f.; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 214 f., 231 ff. und 223 f. zum angeblich erzwungenen Streik auf Scholven und auf Bergmannsglück; M. Dörnemann, 1966, S. 48 und 81.

22 H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 241; K. F. Gesau, 1983, Anhang, S. 38; M. Dörnemann, 1966, S. 50; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 190 f.; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 325; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 165 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 88 ff. Von „Terrorisierung der Arbeitswilligen" spricht P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 244.

Gelsenkirchen führte. Bereits am 21. Februar beschloß die nächste Rätekonferenz den ergebnislosen Abbruch des Streiks, der in Gelsenkirchen erst am 24. Februar beendet wurde.[23] Trotz ihres Scheiterns hatte die Sozialisierungsbewegung gezeigt, daß „eine breite, alle Parteinormen sprengende Strömung die Sozialisierung getragen"[24] hatte. Die MSPD und die ihr verbundenen Freien Gewerkschaften hatten die Massenbewegung unterschätzt, ihren Einfluß auf die Arbeiter überschätzt und durch ihre abwieglerische Haltung zur Enttäuschung der Ruhrarbeiter beigetragen, die sich nun von MSPD und Freien Gewerkschaften abwandten. Angesichts der verbreiteten Sozialisierungserwartung traf die Verantwortung für die Entstehung bürgerkriegsähnlicher Zustände im Ruhrgebiet vornehmlich den Alten Verband wegen seiner Versuche, durch Verhandlungen mit den Zechenbesitzern die Sozialisierungsbewegung zu unterlaufen, und die Reichsregierung wegen ihrer Vorbereitung einer militärischen Intervention.[25] Die Arbeiterausschußwahlen auf den Gelsenkirchener Zechen im März 1919 zeigten noch die Vorherrschaft von Altem Verband und MSPD, während die Unabhängigen und Kommunisten nur auf wenigen Schachtanlagen stark geworden waren. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß sich unter den Vertretern des Alten Verbandes einige Oppositionelle befanden.

Tabelle 36: Arbeiterausschußwahlen auf den Schachtanlagen im Raum Gelsenkirchen im März 1919[26]

	BAV	MSPD	USPD	KPD	Polen	Christl.	H.-D.	unbek.	zus.
absolut	105	38	9	13	16	65	3	5	254
in %	41,3	15,0	3,5	5,1	6,3	25,6	1,2	2,0	100,0

Kampf um die Sechsstundenschicht

Nach dem Scheitern der Sozialisierungsbewegung kam es sowohl in der Gewerkschaftsbewegung als auch in der fortexistierenden Bewegung der Räte zu einer Hinwendung zu traditionellen, die Bergarbeiter schon im Kaiserreich beschäftigenden Fragen der Arbeitsbedingungen, wobei die

23 M. Dörnemann, 1966, S. 50; P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 116; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 166; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 91; D. W. Morgan, 1975, S. 227; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 170. Streikende in Ge am 21. 2. nach nach W. Abelshauser, Umsturz, 1988, S. XX.

24 M. Dörnemann, 1966, S. 52. Vgl. H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 166.

25 H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 293; H. Mommsen, Sozialpolitik, 1977, S. 312. Vgl. S. Miller, Bürde, 1978, S. 449.

26 Graf Bismarck, Hugo, Bergmannsglück, Westerholt, Scholven, Consolidation, Wilhelmine Viktoria, Hibernia, Nordstern, Alma, Rheinelbe, Holland (1/2 und 3/4), Ewald 3/4, Dahlbusch. Bergrevier West-Recklinghausen am 26.3.1919, Bergrevier Ge am 1.4.1919, Bergrevier Essen II am 25.3.1919, Bergrevier Wattenscheid am 15.3.1919, Bergrevier Ost-Recklinghausen am 7.4.1919, in: STAM OBA Do 1 854.

Frage der Arbeitszeitverkürzung zunehmend in den Vordergrund rückte. Im Anschluß an eine Konferenz der Arbeiterausschüsse und Betriebsräte des Ruhrbergbaus am 16. März 1919 in Bochum, die den stufenweisen Abbau der Arbeitszeit auf die Sechsstundenschicht gefordert hatte, gelang es den Gewerkschaften, die Siebeneinhalbstundenschicht ab 1. April in Verhandlungen im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft zu erreichen.[1]

Wie stark die Massenbewegung der Bergarbeiter sich aber bereits verselbständigt und der Einfluß der Gewerkschaften und insbesondere des Alten Verbandes sich verringert hatte, zeigte sich, als dessen Drohung, die Delegierten zu der für den 30. März 1919 von der Neunerkommission einberufenen Konferenz aus der Gewerkschaft auszuschließen, diese Konferenz mit 475 Delegierten von 173 Schachtanlagen nicht verhindern konnte. Die von USPD und KPD beherrschte Konferenz gründete bei nur 8 Gegenstimmen die „Allgemeine Bergarbeiterunion" als Organisation der revolutionären Bergarbeiter. Organe der „Allgemeinen Bergarbeiterunion" sollten entsprechend den Forderungen der vorherigen Rätekonferenzen Steigerrevierräte, Betriebsräte, Bergrevierräte und der Zentralzechenrat, der an die Stelle der Neunerkommission trat, sein. Weiter beschloß die Konferenz, ab dem 1. April in einen unbefristeten Generalstreik zu treten, um neben anderen Forderungen die Sechsstundenschicht, die Anerkennung des Rätesystems, 25%ige Lohnerhöhungen und die Entwaffnung der Freikorps durchzusetzen. Ausgelöst wurde der Beschluß zum Generalstreik auch durch das Vorgehen der Polizei in Witten, wo am 25. März zehn Arbeiter bei einer Demonstration von der Polizei erschossen wurden.[2] Die Bergarbeitergewerkschaften schlossen sich der Auffassung der Regierung an, daß eine Einführung der Sechsstundenschicht zum derzeitigen Zeitpunkt nicht vertretbar sei. Der Alte Verband forderte seine Mitglieder auf, sich nicht am Streik zu beteiligen. Der schleppende Beginn des Streikes suggerierte dem Alten Verband den Erfolg seiner Politik. Als aber bei der zweiten Delegiertentagung der Ausständischen am 4. April 540 Delegierte 207 Schachtanlagen vertraten und die Anhänger des Alten Verbandes „in Scharen aus den scheinbar so festgefügten Reihen des freigewerkschaftlichen Verbandes" der Streikbewegung zuströmten, wurde deutlich, welches Ausmaß die Bewegung erreicht hatte.[3]

---

1 M. Dörnemann, 1966, S. 56 f. und 59 f. Vgl. H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 254; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 61 ff.; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 150 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 171 f.

2 M. Dörnemann, 1966, S. 61; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, [2]1974, S. 47; J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 152 f.; J. Tampke, Sozialisierungsbewegung, 1979, S. 245 f.; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 127. H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 201 f. und 214 nennen die Zahl von 195 Schachtanlagen. Ebenso Institut für Marxismus-Leninismus, 1978, S. 392; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 329; Polizeipräsident Bochum am 23.4.1919, in: STAM OP 6 217; vgl. OP 6 523. Vgl. P. v. Oertzen, Betriebsräte, [2]1976, S. 117; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 64; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 172 f.; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 477; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 269; P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 244; H. Teuber, Beiträge, 1926, H. 39. Aufruf der Neunerkommission vom 4.4.1919, in: W. Abelshauser, R. Himmelmann, 1988, S. 85.

3 P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 245; M. Dörnemann, 1966, S. 61 ff.; Institut für Marxismus-Leninismus, 1979, S. 393; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 331.

Schon am 26. März 1919 hatten die Zechenbelegschaften des Bergreviers West-Recklinghausen fast einstimmig der sofortigen Einführung der Sechsstundenschicht zugestimmt, nachdem die Graf Bismarck-Belegschaft bereits seit acht Tagen unregelmäßig ausfuhr. Nach dem Beschluß arbeitete die Belegschaft von Bismarck 1/4 nur noch sechs Stunden und die Bergleute gaben an, „daß sie auf die Abmachungen des Zechenverbandes mit den Organisationen keinen Wert legen"[4]. Die Bewegung breitete sich im Gelsenkirchener Raum rasch aus. Ab 27. März verfuhr die Arbeiterschaft auf Hibernia nur noch die Sechsstundenschicht und am 29. März wurde auf allen Gelsenkirchener Zechen nur noch sechs Stunden gearbeitet.[5] Die Belegschaft der Gelsenkirchener Schachtanlagen hatte also schon vor der Rätekonferenz für sich die Sechstundenschicht eingeführt. Nach dem Aufruf zum Generalstreik streikten am 2. April in Buer erst Bergmannsglück und Westerholt, am 4. April lagen alle Bueraner Schachtanlagen still.[6] Der Aufruf zum Generalstreik wurde in Gelsenkirchen am 1. April nur von den Belegschaften von Graf Bismarck 1/4, Consolidation 1/6 und 2/7 befolgt, am folgenden Tag arbeitete aber schon außer Consolidation 3 keine Gelsenkirchener Schachtanlage mehr.[7]

Tabelle 37: Streikbeteiligung im Ruhrbergbau beim Aprilstreik 1919 in v.H.[8]

Tag	Streik-Zechen	Zechen insges.	Tag	Streik-Zechen	Zechen insges.
01. 4.	47,26	36,92	14. 4.	68,49	62,80
02. 4.	59,23	49,28	15. 4.	63,95	58,93
03. 4.	66,81	59,26	16. 4.	60,17	55,84
04. 4.	69,06	62,12	17. 4.	55,99	51,93
05. 4.	70,51	63,80	19. 4.	55,33	50,76
07. 4.	75,93	68,90	22. 4.	45,02	41,81
08. 4.	75,79	69,24	23. 4.	38,22	35,42
09. 4.	79,41	73,19	24. 4.	33,19	30,89
10. 4.	79,89	73,32	25. 4.	25,03	23,31
11. 4.	78,13	71,65	26. 4.	20,12	18,54
12. 4.	77,37	71,64			

Um die der freigewerkschaftlichen Organisation entfremdeten Bergarbeiter zurückzugewinnen, trat der Alte Verband in Verhandlungen über

4 Bergrevier West-Recklinghausen am 26.3.919 und 27.3.1919, in: STAM OBA Do 1 794. Vgl. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 168; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 108; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 263.

5 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 168; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 108; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 263.

6 Telegramme in: STAM OP 6 007. Vgl. Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 60.

7 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 169; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 109 f.

8 H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 280; K. F. Gesau, 1983, Anhang, S. 38. Dieselben Angaben in: STAM OP 6 007.

Arbeitszeitverkürzungen ein, wobei er am 8./9. April die Siebenstundenschicht mit sofortiger Gültigkeit erreichte.[9] Mit Verhandlungen, Sonderrationen für Arbeitswillige und militärischen Mitteln versuchte gleichzeitig der sozialdemokratische Reichskommissar Severing, den Streik zu beenden. Aber selbst die Verhaftung der Neunerkommission am 9. April konnte die Streikfront nicht zerbrechen. Der folgende 10. April war sogar der Höhepunkt des Aprilstreiks. Erst in den folgenden zwei Wochen zerfiel die Streikfront wegen der finanziellen Belastung der Bergarbeiterhaushalte.[10] In Buer streikte Mitte April noch die Hälfte der Bergleute.[11] Noch am 25. und 26. April streikte in Gelsenkirchen jeder vierte Bergmann.[12] Infolge der Not unter den Bergleuten kam es in Buer am 26. April zu Plünderungen mehrerer Lebensmittelgeschäfte und eines Warenhauses. Das herbeigerufene Militär tötete drei Arbeiter. Der Widerstand der Bergarbeiter in Buer war damit gebrochen, und wie im gesamten Landkreis Recklinghausen wurde am 28. April wieder vollzählig angefahren.[13] Am 29. April war der Streik in Gelsenkirchen beendet[14], am 2. Mai arbeiteten alle Schachtanlagen im Ruhrgebiet wieder.[15]

Auch die erfolglose Bewegung für die Sechsstundenschicht zeigte die breite, an der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen orientierte Strömung in der Ruhrbergarbeiterschaft. Im Unterschied zur vorher gescheiterten Sozialisierungsbewegung knüpfte sie stärker an ältere Forderungen an. Dies war eine der Erklärungen ihrer Massenwirksamkeit. Ein weiterer Faktor, der die Massenmobilisierung begünstigte, war die Erbitterung über vorherige Niederlagen. Diese Enttäuschung war auch der wesentliche Grund für die massenhafte Abwendung von der freien Gewerkschaftsbewegung. Nach der erneuten Niederlage, an der die Ruhrbergarbeiter dem Alten Verband die Mitschuld gaben, „blieb eine tiefreichende Erbitterung zurück", die derart nachhaltige Wirkung zeigte, daß der Bergarbeiterverband fast ein Viertel seiner Mitglieder verlor und fortan nur noch einen begrenzten Teil der Bergarbeiter organisieren konnte. Der Alte Verband schätzte nicht nur die Stimmung unter den Bergarbeitern falsch ein, sondern er glaubte auch an die Stärke einer intakten Organisation. Zu Beginn des Jahres 1919 waren die Gewerkschaftsmitglieder jedoch nicht mit der Mitgliedschaft im Kaiserreich zu verwechseln. Sie

---

9 Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 98; M. Dörnemann, 1966, S. 67 f.; P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 245; P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 117; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 47 und 50; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 61 und 65.

10 H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 208; M. Dörnemann, 1966, S. 68 f.; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 332; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 303; W. Abelshauser, Umsturz, 1988, S. XX f. Zu positiv über Severing: H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 174.

11 Telegramm vom 16.4.1919, in: STAM OP 6 007.

12 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 170; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 111 f.

13 Generalkommando am 26.4.1919 und Telegramm vom 28.4.1919, in: STAM OP 6 007; Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 60; A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 66 f.

14 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 170.

15 M. Dörnemann, 1966, S. 69; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 209; P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 245; P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 118.

waren viel stärker von lokalen Ereignissen beeinflußbar und eher von rasch um sich greifenden Stimmungen erfaßbar. Auch die Reichsregierung schätzte die Situation falsch ein. Erst dadurch, daß sie die breite, von allen Arbeiterparteien getragene Räte- und Sozialisierungsbewegung nicht mittrug und ihr eine Niederlage zufügte, bewirkte sie eine Radikalisierung und entfremdete die Ruhrarbeiter von MSPD und Gewerkschaften.[16] Der Erfolg blieb den Massenbewegungen der Ruhrarbeiter versagt, weil sich die „überkommenen, erprobten Organisationen" wie Gewerkschaften und Mehrheitssozialdemokratie der Bewegung versagten und die „vorwärtsdrängenden revolutionären Organisationen" wie USPD, Spartakisten und Syndikalisten sich als „schlecht organisiert", „unter sich uneins" und „zu einer planmäßigen politischen Aktion grundsätzlich unfähig" erwiesen. „Revolutionäre Leidenschaft konnte nicht langjährige Erfahrung, Instinkt nicht systematisch erworbene Kenntnisse, guter Wille nicht die in erprobter Auslese entwickelte Führungsfähigkeit ersetzen"[17]. Letztlich lag die Unfähigkeit aller Arbeiterorganisationen, der alten wie der neuen, zur Durchsetzung einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in der spezifischen Ausprägung der sozialistischen Arbeiterkultur begründet.

Ende der Arbeiter- und Soldatenräte

Mit dem vorläufigen Ende der Massenbewegungen wurden auch die Räte als Organe der revolutionären Bewegung gegenüber den kommunalen Institutionen geschwächt und schließlich beseitigt. Nachdem die Verwaltungen, die weitgehend unangetastet geblieben waren, ab Beginn des Jahres 1919 mit Rückendeckung der Reichsregierung ihr Selbstvertrauen wieder zurückgewonnen hatten, wurden die Rechte der Räte zunehmend restriktiver ausgelegt und ihnen mit dem Hebel der Finanzierung zu Leibe gerückt.[1]

Angesichts ihrer Teilhabe an der parlamentarischen Arbeit verlor auch in den Augen der Gelsenkirchener MSPD der Arbeiterrat zunehmend seine Funktion. Aus ihrer Tradition und ihrer Entstehungsgeschichte konnten MSPD und Freie Gewerkschaften in den unstrukturierten Räten, ihrem spontanen Entstehen und in ihrem Gebundensein an spontane Bewegung der Arbeiter keine Perspektive erblicken, denn in der Vorkriegszeit und selbst im Krieg hatten sich in ihren Augen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter allein die Organisationen bewährt. Der Beamtenschaft und dem neuen Oberbürgermeister ging die Entmachtung

---

16 P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 120 f. Vgl. H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 175.

17 P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 259 f. und 261 f. zu alternativen Entwicklungsmöglichkeiten.

1 E. Kolb, Rätewirklichkeit, 1972, S. 179; E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 271 ff.; S. Miller, Bürde, 1978, S. 349 ff.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 199.

des Arbeiterrates aber wohl noch nicht schnell genug. Bereits im März äußerte der Oberbürgermeister, „dass die Arbeiterräte keine Existenzberechtigung mehr hätten und die Stadtverwaltung beabsichtigte, die Gelder für den Rat zu sperren"[2]. Ein so rasches Ende des Gelsenkirchener Arbeiterrates konnte die MSPD aber nicht dulden und wandte sich deswegen an den Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik; sie erhielt aber eine „ziemlich nichtssagende unklare Antwort"[3], während Reichsarbeitsminister Bauer den Gelsenkirchener Rat auf die Vorbereitung eines Gesetzes über die Arbeiterräte verwies und einstweilen eine Beschwerde bei den Kommunalaufsichtsbehörden empfahl.[4] Mitte Mai wurde die Frage der Auflösung des Rates wieder aktuell, als der Oberbürgermeister die Frage der Besoldung des Arbeiterrates unter Berufung auf Entscheidungen des Innenministers wieder aufgriff. Kurz vor seinem Ende schien der Gelsenkirchener Arbeiterrat erkannt zu haben, daß er mit der Parlamentarisierung die Macht endgültig wieder aus der Hand gegeben hatte, wie aus dem Schriftverkehr mit dem Zentralrat hervorgeht[5]: „Es ist unserer Ansicht ein Unding, dass der Arbeiterrat von der Zusammensetzung einer Stadtverordnetenversammlung abhängt. Wir erwarten eine umgehende Verfügung, in der das Recht des Arbeiterrates und seine Existenzberechtigung bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung festgelegt wird". Der Zentralrat konnte allerdings auch nicht mehr helfen[6]: „Der Zentralrat ist zu seinem Bedauern im Augenblick nicht in der Lage, gegen die Beschlüsse der Stadtverwaltung auf Entziehung der Geldmittel für die Arbeiterräte von sich aus etwas zu tun." Als der Oberbürgermeister dann am 30. Mai der Stadtverordnetenversammlung die Streichung der Mittel für den Arbeiterrat und die Sperrung der Büroräume des Rates vorschlug, zeigte sich, daß dieser Zeitpunkt noch zu früh war, um die aus der Revolution entstandene Institution Arbeiterrat zu Grabe zu tragen. Die MSPD rief zusammen mit USPD und Freien Gewerkschaften zu einer Kundgebung gegen die Auflösung des Arbeiterrates auf, an der über 10 000 Menschen teilnahmen.[7] Vor der Protestversammlung mußte der Oberbürgermeister, der die Stürmung des Rathauses befürchtete, den Beschluß wieder zurücknehmen. So blieb der Arbeiterrat zunächst erhalten, aber auf Vermittlung Severings wurde die

---

2 Arbeiterrat Ge (Pfeifenbring) am 2.6.1919 an Zentralrat, in: IISG, Archiv des Zentralrates, B-12,II,83, Mikrofilm AdsD. Vgl. Oberbürgermeister Ge an Innenminister vom 21.3.1919, in: StA Ge XVIII/12/26-Ge.

3 Arbeiterrat Ge (Pfeifenbring) am 2.6.1919 an Zentralrat, in: IISG, Archiv des Zentralrates, B-12,II,83, Mikrofilm AdsD.

4 Reichsarbeitsminister am 22.3.1919, in: IISG, Archiv des Zentralrates, B-12,II,84, Mikrofilm AdsD. Schreiben auch in: StA Ge XVIII/12/26-Ge. Antwort des Zentralrates (Cohen) auf Schreiben vom 12. März, in: IISG, Archiv des Zentralrates, B-12,II,82, Mikrofilm AdsD.

5 Arbeiterrat Ge (gez. Heimbach) an Zentralrat am 12.5.1919, Telegramm vom 13.5.1919 mit Hinweis auf nicht aufgefundenes Schreiben vom 7.5. und Arbeiterrat Ge an Zentralrat am 16.5.1919, in: IISG, Archiv des Zentralrates, B-12,II,81, 79, 78, Mikrofilm AdsD.

6 Zentralrat an Arbeiterrat Ge am 23.5.1919, in: IISG, Archiv des Zentralrates, B-12,II,77, Mikrofilm AdsD.

7 StA Ge XVIII/12/26-Ge; H. Bogdal, Bd. 2, 1984, S. 15. Vgl. K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 101 f.; E. Leser, 1973, S. 58 ff.

Besoldung auf vier Ratsmitglieder bis zum 15. Juli beschränkt.[8] Am 31. Juli wurde dann im Stadtparlament mit den Stimmen der resignierten MSPD gegen die der USPD die Auflösung des Gelsenkirchener Arbeiterrates beschlossen. Die endgültige Auflösung erfolgte am 1. September 1919.[9]

Nach Plünderungen und Lebensmittelkrawallen in Buer am 25. April stellte am 26. April herbeigerufenes Militär die Ruhe wieder her. Der Einmarsch von Regierungstruppen in Buer bedeutete auch das Ende des Bueraner Arbeiterrates. Der Führer der Truppen, der berüchtigte Hauptmann Lichtschlag, verfügte die Auflösung des Arbeiterrates bis zum 29. April, „weil dem Arbeiterrat nur Mitglieder angehören dürfen, welche auf dem Boden der Regierung stehen"[10]. Zwar wandte sich der Beauftragte der Arbeiterräte des Landkreises Recklinghausen an den Berliner Zentralrat, der mitteilte, daß keine Zweifel bestehen würden, „dass das Militär, ganz gleichgültig unter welchem Vorwand, kein Recht hat, vorhandene Arbeiterräte aufzulösen oder gar gewaltsam auseinanderzutreiben", doch da keine Machtmittel zur Verteidigung des Rates zur Verfügung standen und zudem der Arbeiterrat durch die Parlamentarisierung weitgehend funktionslos geworden war, verschwand der Bueraner Rat Ende April/Anfang Mai.[11] Vorübergehend wurden vom Bueraner Oberbürgermeister, der in der heiklen Frage der Lebensmittelversorgung nicht auf die Einbindung von Arbeitervertretern verzichten wollte, drei Vertreter der Arbeiterparteien beratend zu der städtischen Lebensmittelversorgung hinzugezogen.[12]

Neben den kommunalen und regionalen Räten hatten sich insbesondere in den Massenbewegungen die betrieblichen Räte als Organe der revolutionären Arbeiter und Basis und Unterbau eines Rätesystems verstanden. Doch auch auf der ökonomischen Ebene scheiterten die Ansätze zur Durchsetzung eines Rätesystems. Nachdem in ersten Entwürfen eines Gesetzes über die Räte Ende März/Anfang April 1919 noch weitgehende Mitwirkung bei der Sozialisierung und die Teilnahme bei der Verwaltung und Aufsicht in den sozialisierten Gewerben vorgesehen war, wurde unter dem Einfluß der um ihre Macht fürchtenden Gewerkschaften die Einführung regionaler Räte fallengelassen und die Räte nach und nach bis zur Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes am 18. Januar 1920 auf reine Be-

---

8 Oberbürgermeister an Arbeiterrat am 2.6.1919, in: StA Ge XVIII/12/26-Ge. Beschluß der Stadtverordnetenversammlung 13.6.1919, in: Ebd. Vgl. K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 103.

9 StA Ge XVIII/12/26-Ge und Auszug aus dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung 31.7.1919, in: StA Ge XVIII/12/23-Ge; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 103; E. Leser, 1973, S. 61; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 430.

10 Beauftragter der Arbeiterräte des Landkreises Recklinghausen am 12.5.1919, in: IISG, Archiv des Zentralrates, B-12,II,254, Mikrofilm AdsD. Vgl. Oberbürgermeister Buer am 8.6.1919, in: StA Ge XVIII/12/26-Ge.

11 Oberbürgermeister Buer vom 8.6.1919, in: StA Ge XVIII/12/26-Ge. Beschluß des Magistrates Buer 9.5.1919 über die Auflösung des Arbeiterrates, die Ablehnung einer Neuwahl eines Rates und über die Ablehnung der Besoldung, in: StA Ge XVIII/12/23. Zum letzten Mal nahm ein Vertreter des Rates am 17. Mai an einer Magistratssitzung teil. A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 26.

12 Oberbürgermeister Buer am 8.6.1919, in: StA Ge XVIII/12/26-Ge.

triebsräte reduziert und somit auf den Wirkungsbereich der früheren Arbeiterausschüsse verwiesen.[13] Eine breite, auch von mehrheitssozialdemokratischen Betriebsräten mitgetragene Bewegung bemühte sich vergeblich um die Ausweitung von Mitbestimmungs- und Mitwirkungrechten. Damit waren die Organe der revolutionären Arbeiter aus der Anfangsphase der Republik trotz einer bescheidenen Kompetenzausweitung auf die traditionellen Aufgaben beschränkter betrieblicher Mitsprache verwiesen.[14]

Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches und Rote Ruhrarmee

Die Niederlage im Aprilstreik und die Dauer dieser Auseinandersetzungen ohne finanzielle Unterstützung hatte den Kampfwillen der Ruhrarbeiter zunächst scheinbar gebrochen. Nur noch vereinzelt fanden kurze Streiks statt.[1] Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 löste eine dritte revolutionäre Welle aus, die auch gleichzeitig zum Ende der Massenbewegungen führte. Als am Morgen des 13. März 1920 Truppen monarchistischer Militärs um General von Lüttwitz das Regierungsviertel besetzten, der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Kapp sich selbst zum Reichskanzler ausrief und ein Kabinett mit rechtsradikalen Persönlichkeiten bildete, zeigte sich, wie erstarkt sich die Reaktionäre eineinhalb Jahre nach der Novemberrevolution wieder fühlten.[2] Noch am gleichen Morgen riefen ADGB und AfA den Generalstreik gegen den Putsch aus. MSPD und USPD riefen gleichfalls den Generalstreik aus, während die Zentrale der KPD sich erst nach einigem Zögern wegen der prinzipiellen Ablehnung der Zusammenarbeit mit der MSPD einen Tag später den Aufrufen anschloß.[3] Die MSPD- und USPD-Bezirksleitungen des Ruhrgebietes und „einige disziplinlose Kommunisten" riefen am 14. März zum Generalstreik

---

13 P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 154 ff. und 267; P. v. Oertzen, Probleme, o. J., S. 51-61. Vgl. H. J. Varain, 1956, S. 145-155; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 163 f.; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 130-152; S. Miller, Bürde, 1978, S. 355 ff.; A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 145 f.; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 155 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 283-294. Nach E. Kolb, Rätewirklichkeit, 1972, S. 165 f. war das Betriebsrätegesetz „ein Staatsbegräbnis erster Klasse für die Rätebewegung in Industrie und Wirtschaft".

14 P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 158 ff.; H. J. Varain, 1956, S. 157 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 200 ff. und 293.

1 Alma (10.9.1919), Rheinelbe und Alma (5./6.1.1920), Bergmannsglück (2.3.1920) usw. H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 30, 54 f., 68 f. Vgl. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 173.

2 Illustrierte Geschichte, 1929, S. 459 ff.; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 35 ff.; S. Miller, Bürde, 1978, S. 376 f. Zur Vorgeschichte: H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 295 ff., zur dritten Welle S. 336. Vgl. J. Erger, S. 15 ff. zu regierungsfeindlichen Bestrebungen in der Reichswehr, 60 ff. zur (nationalen) Rechtsopposition und zum Ablauf 116 ff.

3 Illustrierte Geschichte, 1929, S. 468 f.; M. Dörnemann, 1966, S. 153; W. Düwell, 1920, S. 4. Vgl. G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 41; J. Erger, 1967, S. 191 ff.; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 119; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 65; K. Schabrod, Generalstreik, 1960, S. 5 f.; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 262 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 202; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 300 ff.; S. Miller, Bürde, 1978, S. 377 f. auch zum Zustandekommen des MSPD-Auf-

auf, während offizielle Vertreter der Ruhrgebiets-KPD zunächst auf die Begrenztheit der Ziele von MSPD und USPD hinwiesen, zur Wahl von Arbeiterräten, zur Übernahme der Macht durch diese im Sinne der Diktatur des Proletariats aufriefen, eine Zusammenarbeit mit den Rechtssozialdemokraten ablehnten und sich erst unter dem Druck der umfassenden Beteiligung zum Generalstreik bekannten.[4] Ebenfalls noch am Tag des Putsches rief die Gelsenkirchener MSPD zu einer Protestdemonstration auf. Tausende von Arbeitern strömten daraufhin in das Gelsenkirchener Stadtzentrum und vereinigten sich zu einer gewaltigen Versammlung. Dort sprachen Vertreter aller drei Arbeiterparteien und der Sekretär der christlichen Gewerkvereine und verurteilten gemeinsam die Aktion der Berliner Putschisten.[5] Auch die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung wandte sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung und bekannte sich zur demokratisch gewählten Regierung.[6] Trotz erheblicher Differenzen, weil KPD und USPD die MSPD wegen ihrer bisherigen Politik für mitschuldig an dem im Putsch zum Ausdruck kommenden Erstarken der Reaktion hielten, wurde ein gemeinsamer 21-köpfiger Aktionsausschuß der Arbeiterparteien unter Führung von Thomas (MSPD), Herbrig (USPD), Sauer (KPD) gebildet, der zum Generalstreik aufrief und später durch einen neunköpfigen Vollzugsausschuß ersetzt wurde.[7] Daß nach den vergangenen Auseinandersetzungen ein solches gemeinsames Vorgehen möglich war, verdeutlichte, daß in allen Arbeiterparteien ein Grundkonsens zur Abwehr der Angriffe der Konterrevolution bestand. In der Stadt Buer wurde am Tag des Putsches auf Bergmannsglück, Hugo und Scholven bereits mit dem Streik begonnen. Auf einer Kundgebung am folgenden Tag sprachen Vertreter der drei Arbeiterparteien, ein gemeinsamer Demonstrationszug kam wegen der Gegensätze zwischen ihnen nicht aber zustande. Zunächst wurde dann am 14. März ein Aktionsausschuß zur Abwehr der Kapp-Putschisten aus MSPD und USPD gegründet. Am folgenden Tag versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Rathaus, und es wurde angenommen, daß das Rathaus gestürmt werden sollte. Daraufhin

---

rufs, der auch von den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern unterzeichnet war. Vgl. D. W. MORGAN, 1975, S. 320 ff. zur USPD.

4 Vgl. W. DÜWELL, 1920, S. 12 und Aufruf S. 33 f. Die am Aufruf beteiligten Kommunisten waren zur Unterzeichnung für den Bezirksvorstand nicht berechtigt (S. 35). Ruhrgebiets-KPD-Aufruf vom 13.3. S. 42, Aufruf der Ruhr-KPD vom 14.3. mit Ablehnung der Zusammenarbeit mit der SPD S. 43 f. Aufruf der drei Arbeiterparteien und KPD-Aufruf, in: HSTAD Reg. D. 15 977, Bl. 33 und 35. Vgl. E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 124 ff.; G. COLM, 1921, S. 76 ff.; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 84; H. SPETHMANN, Rote Armee, ²1930, S. 23 ff. und 29; H.-U. LUDEWIG, 1978, S. 153 f.; K. SCHABROD, Generalstreik, 1960, S. 19 ff. Allgemein zur KPD: H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 304 f.; auch J. ERGER, 1967, S. 202 f.

5 K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 173; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 133; E. LESER, 1973, S. 62. Vgl. G. ELIASBERG, Ruhrkrieg, 1974, S. 42.

6 Aufruf der Fraktionsführer, des Oberbürgermeisters und des Polizeipräsidenten, in: StA Ge XVIII/12/25-Ge. Zitiert bei: K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 174. Vgl. E. LESER, 1973, S. 63; G. Colm, 1921, S. 19.

7 INDUSTRIEGEWERKSCHAFT BERGBAU UND ENERGIE, Bergbaumuseum, Dokument 243. Vgl. K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 174; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 134 f.; G. PRUIN, 1984, S. 178; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 467.

versuchten Abgeordnete beider sozialdemokratischer Parteien, die Menge zu beruhigen, die scheinbar spontan ohne parteipolitischen Einfluß handelte. Der USPD-Abgeordnete Pietzka mußte vor der aufgebrachten Menge flüchten. In der folgenden Nacht (14./15. März) faßten Kommunisten und ein (linker) Teil der Unabhängigen den Beschluß, Polizei und Zechenwehren zu entwaffnen. Da dieser Beschluß nicht geheim gehalten wurde, wurden Zechenwehren und Militär aktiv und besetzten Buer.[8] In Rotthausen wandte sich der Bürgermeister in einem Aufruf gegen die Berliner Putschisten, und die USPD, die die Mitarbeit anderer Parteien ablehnte, bildete einen Vollzugsrat zur Durchführung des Generalstreiks. Kurz darauf (vor dem 18. März) wurde das Rotthausener Polizeigebäude von einer Menge umzingelt, die Polizei wurde entwaffnet, und den Sicherheitsdienst übernahm eine Arbeiterwehr.[9]

Im Unterschied zur ADGB-Führung entschied sich die Führung des Alten Verbandes wegen der bitteren Erfahrungen der vergangenen Streiks und der damit verbundenen Radikalisierung nicht spontan und rasch zum Generalstreik. Zunächst blieb es bei einer verbalen Ablehnung des Putsches und der Unterstützung der demokratischen Regierung. Während die Massen im Ruhrgebiet dem ADGB-Aufruf folgten, verhandelten die Bergarbeitergewerkschaften mit den Arbeitgebern und erreichten nach einigem Zögern deren Anerkennung der gewählten Reichsregierung. Die Streiktage bis 17. April blieben ungeahndet.[10] Auch die Gelsenkirchener Gewerkschaftsführer proklamierten zunächst nur einen eintägigen Proteststreik und forderten die Arbeiter auf, danach am 16. März wieder die Arbeit aufzunehmen.[11] Am 16. März streikten aber die Belegschaften aller Gelsenkirchener Schachtanlagen, nachdem am 15. März der Streik auch auf den noch arbeitenden Zechen Alma, Consolidation, Hibernia und Wilhelmine Viktoria erzwungen worden war.[12] Auch als der Aktionsausschuß am 16. März zur Beendigung des Streiks aufrief, weil er den Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung befürchtete und die geförderte Kohle als Zah-

---

8 A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 70 f.; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 102 und 106 f.; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 53 f. Von Entwaffnung der Polizei berichtet Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 64. Ähnlich P. Grosse-Boymann, 1939, S. 484 f. Zu den Gegensätzen zwischen Kommunisten und Mehrheitssozialdemokraten: E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 277 f.

9 Aufruf in: StA Ge XVIII/12/31-Ge; Schreiben vom 18.3.1920, in: StA Ge XVIII/12/7-Ge. Vgl. Landrat Essen am 13.4.1920, in: HSTAD Reg. D 15 980, Bl. 44 ff.

10 M. Dörnemann, 1966, S. 154 ff. Beschluß der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau in: H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 101 f. und 343 f.; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 47 ff.; G. Colm, 1921, S. 20 f. Vgl. H. Teuber, Beiträge, 1926, H. 41; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 69 und 71 ff.; G. D. Feldman, Arbeitskonflikte, 1980, S. 193 f.; K. Tenfelde, Kapp-Putsch, 1987, S. 40 f.

11 Aufruf der Bergarbeiterverbände, in: StA Ge XVIII/12/25-Ge. Vgl. G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 72 f.; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 175; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 135.

12 H. Spethmann Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 110; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 57; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 175; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 136.

lungsmittel für Lebensmittel vorsah, wurde diesem Aufruf ebensowenig gefolgt wie dem der Bergbau-Arbeitsgemeinschaft.[13]

Tabelle 38: Streikende Ruhrbergarbeiter während des Kapp-Lüttwitz-Putsches[14]

Tag	Soll	Streikende	Anteil
15. 3.	404 712	329 351	81,38
16. 3.	431 064	359 186	83,32
17. 3.	433 255	307 603	71,00
18. 3.	434 102	146 341	33,71
19. 3.	434 102	108 526	25,00
20. 3.	434 102	64 030	14,75

Am 17. März erklärte Kapp seinen Rücktritt. Während der ADGB-Vorsitzende Carl Legien nach der Niederschlagung des Putsches die Bildung einer Arbeiterregierung aus USPD und MSPD mit Unterstützung der Gewerkschaften vorschlug und die Gewerkschaften die Bestrafung der Putschisten, die Demokratisierung der Verwaltung, den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, die Auflösung konterrevolutionärer Militärverbände und die Verbesserung der Versorgung forderten, wollte der Alte Verband möglichst rasch zur formalen politischen Neutralität zurückkehren und forderte zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Nachdem Legien mit seinen Forderungen gescheitert war, rief auch der ADGB am 20. März zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, wenig später nochmals zusammen mit MSPD und USPD, woraufhin der Streik am 24. März endgültig beendet war. Auch in Gelsenkirchen bröckelte die Streikfront nach der Beseitigung Kapps ab.[15]

Währenddessen zeitigte der Putsch im Ruhrrevier radikalere Konsequenzen. Der Gedanke der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution und deren Weiterentwicklung einte große Teile der Ruhrarbeiter. Die erregte Atmosphäre wurde durch die Haltung der Reichswehrformationen in Rheinland-Westfalen angeheizt. Das Offizierskorps bekannte

---

13 G. D. FELDMAN, I. STEINISCH, 1985, S. 55 ff.; G. D. FELDMAN, Vom Weltkrieg, 1984, S. 199 ff. Zu Ge K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 175; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 136; E. LUCAS, Märzrevolution, ²1974, Bd. 1, S. 248.

14 K. F. GESAU, 1983, Anhang, S. 38 nach H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 85; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 274. Vgl. G. ELIASBERG, Ruhrkrieg, 1974, S. 165.

15 Der Vorschlag Legiens scheiterte an mangelndem Willen der MSPD und der ablehnenden Haltung der USPD, wobei diese quer zu den innerparteilichen Fronten stand und die verhärteten Fronten zwischen den Parteien, aber auch zwischen den Personen deutlich machte. Die MSPD war auch nicht in der Lage, ihre Fehler und Versäumnisse zu erkennen, und meinte, sich auf die kaum gereinigte Reichswehr stützen zu müssen, um die überschätzte Gefahr von Links einzudämmen. H. KRAUSE, Kontinuität, 1976, S. 72 ff.; H. J. VARAIN, 1956, S. 174 ff.; H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 267-280; E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 103-130; A. KLÖNNE, Arbeiterbewegung, 1980, S. 203; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 383 ff.; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 310-318. Zur Haltung des Alten Verbandes G. ELIASBERG, Ruhrkrieg, 1974, S. 164 f.; M. DÖRNEMANN, 1966, S. 159; D. W. MORGAN, 1975, S. 325 ff. Zu Ge: K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 175.

sich nicht eindeutig zur verfassungsmäßigen Regierung, die Führer der Freikorps Lützow, Lichtschlag und Schulz bekannten sich ungeahndet zur Konterrevolution. Als General von Watter wegen vereinzelter Übergriffe bewaffneter Arbeitertrupps die Korps Lichtschlag und Schulz in Marsch setzte, wurden enorme antireaktionäre Energien freigesetzt. Nach den Auseinandersetzungen der vergangenen Monate und dem brutalen Vorgehen der Freikorps bestand eine tiefe Abneigung gegen alle Uniformträger, die als Reaktionäre angesehen wurden.[16] Ein weiterer Faktor neben der Provokation durch Rechtsputsch und Reichswehr dürfte auch dazu beigetragen haben, daß die Arbeiter im Ruhrgebiet zu den Waffen griffen: Schon seit dem Streik von 1889 war die Obrigkeit den Arbeitern des Ruhrgebietes als bewaffnete Macht entgegengetreten, zuletzt 1912. Diese Erfahrungen waren aktualisiert worden durch die Auseinandersetzungen um Sozialisierung und Sechsstundenschicht. Das reaktionäre Auftreten der ins Ruhrgebiet einmarschierenden Freikorps vergrößerte die Erregung noch mehr, denn die Freikorps führten die schwarz-weiß-rote Fahne und Plakate „Wer streikt, wird erschossen" mit sich. So kam es ab 15. März zu Auseinandersetzungen zwischen Freikorps und bewaffneten Arbeitern bei Wetter, Herdecke und Hagen.[17] Gleichzeitig kämpften auch in anderen Gegenden des Ruhrgebietes Arbeiter gegen Freikorps-Verbände, was deutlich macht, daß nicht irgendein „ungeschicktes" Verhalten subalterner Truppenführer zur Eskalation führte, sondern daß die Arbeiter des Ruhrgebietes insgesamt nach ihren bisherigen Niederlagen und dem Terror der Freikorps bereit waren, sich mit der Waffe in der Hand gegen die Konterrevolution zu verteidigen.[18] In und während der Auseinandersetzung bildete sich im Ruhrgebiet die „Rote Armee", die bis auf eine Stärke von etwa 50 000 Mann anwuchs und die trotz des Einflusses von linken Unabhängigen und Kommunisten Produkt einer selbständig tätig werdenden Masse war, weil keine Partei oder Richtung zu der damaligen Zeit in der Lage war, derartige Kampfverbände aufzustellen. Die Rote Ruhrarmee war somit eine aus dem antireaktionären Kampfwillen entstandene Mas-

---

16 Bericht über die militärisch-politische Lage im Ruhrrevier, 16.4.1920, in: ZSTAP RA/RMI 13 425, Bl. 27. Aufruf in: E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 99 und 104 ff. Vgl. G. Colm, 1921, S. 16 und 21 ff.; M. Dörnemann, 1966, S. 161; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 494; W. Düwell, 1920, S. 12 f.; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 288 f.; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 31, 60 f. und 73 ff.; A. Zickler, 1920, S. 7; K. Schabrod, Generalstreik, 1960, S. 18 und 21 ff.; beschönigend H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 96 f., ebenso H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 34-47; entstellt K. Gaertner, Kapp-Putsch, 1935, S. 8 f. Vgl. J. Erger, 1967, S. 186; S. Miller, Bürde, 1978, S. 403 ff.; H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 296; D. W. Morgan, 1975, S. 337 f.

17 Bericht über die militärisch-politische Lage im Ruhrrevier, 16.4.1920, in: ZSTAP RA/RMI 13 425, Bl. 27. Ausführlich: E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 163-175. Vgl. G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 76 und 81 ff.; H. Teuber, Beiträge, 1926, H. 41 und 43; A. Zickler, 1920, S. 6; K. Schabrod, Generalstreik, 1960, S. 23-26; J. Ernst, 1921, S. 5 ff. und S. 13 ff. zu den Kämpfen, M. Dörnemann, 1966, S. 162; M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 247; G. Colm, 1921, S. 30 ff., 34 zu Herdecke, 35 f. zu Dortmund; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 496; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 114 ff.; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 61 ff.

18 Vgl. E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 176.

senbewegung, die spontan aus der Bedrohung durch die Konterrevolution entstand und der bewaffneten Reaktion eine bewaffnete Macht entgegenstellte.[19]

Auch in Gelsenkirchen hegte die Arbeiterschaft die Befürchtung, daß die etwa 300 Mann starke Sicherheitspolizei mit den Putschisten sympathisierte, und am 16. März zog deswegen eine Menschenmenge zum abgeriegelten Polizeipräsidium und forderte die Entwaffnung der Polizei. Zur Dämpfung der Unruhe empfing der Polizeipräsident eine Delegation, billigte aber nur eine tägliche Kontrolle des Waffenlagers zu. Der Menschenmenge reichte dieses Zugeständnis nicht, und als auch USPD- und KPD-Vertreter die Menge nicht beruhigen konnten, versuchte sie, die Absperrungen zu stürmen. Im Tumult wurde geschossen, zwei Arbeiter wurden getötet, zehn verletzt.[20] Die Lage in Gelsenkirchen verschärfte sich weiter, weil Arbeitertruppen, die in Wetter und Dortmund Freikorpsverbände besiegt hatten, sich nach Mülheim gegen das Freikorps Schulz, welches sich zu Kapp bekannt hatte, wenden wollten und dazu durch Städte, in denen Einheiten der Sicherheitspolizei stationiert waren, ziehen mußten.[21] In Wattenscheid trafen am 17. März Gelsenkirchener Sicherheitspolizei und bewaffnete Arbeiter aufeinander. Wegen der durch nachrückende Truppen wachsenden Stärke der Arbeitertruppen mußte sich die Sicherheitspolizei zum Rotthauser Flughafen und dann weiter nach Essen unter Zurücklassen von Waffen und Material in Rotthausen absetzen.[22]

Auch in Buer zogen die Reichswehrtruppen am 17. März ab und Arbeitertruppen ein, worauf ein Aktionsausschuß aus MSPD, USPD, Zentrum und DDP gebildet wurde, der am nächsten Tag mit der Verstärkung der

---

19 Vgl. Analyse der Militärapparate von KPD und USPD: G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 103, 107 ff., 113 und 116 zur Frontsoldaten-Erfahrung. Vgl. J. Ernst, 1921, S. 14; K. Schabrod, Generalstreik, 1960, S. 32; M. Dörnemann, 1966, S. 163; M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 247; S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 319; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 325 f..

20 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 176; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 138 f.; Kommando Sicherheitspolizei am 17.3.1920, in: STAM OP 6 201; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 430; C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 145: Ein Toter und 11 Verwundete. Vgl. E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 278 f.; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 485 f.; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 32. Vgl. E. Leser, 1973, S. 67.

21 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 177. Vgl. W. Düwell, 1920, S. 13; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 86 und S. 93 zum beabsichtigten Marsch nach Mülheim. Ausführlich zu den Dortmunder Kämpfen: E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 180-199 und 280 zum Marsch auf Mülheim.

22 Da die Arbeitertruppen am 17. März nur Gelsenkirchen besetzten und nicht weiter nachrückten, verpaßten sie die Möglichkeit, sich des Waffenlagers zu bemächtigen, denn als am nächsten Morgen ein kleiner Trupp versuchte, die Waffen an sich zu bringen, wurde dieser von zurückkehrender Sicherheitspolizei überwältigt und die Waffen abtransportiert. Kommando der Sicherheitspolizei am 17.3.1920 und 22.3.1920, in: STAM OP 6 201; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 430. Nach Flugzeugwerke am 31.1920, in: StA Ge XVIII/12/25-Ge war der Flugplatz am 18.3 in der Hand der revolutionären Truppen, die eine kleine Bewachung zurückließen, die von zurückkehrender Sicherheitswehr rasch vertrieben wurde. Vgl. E. Leser, 1973, S. 69; C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 145; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 177; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 140; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 73 f.; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 282; Landrat Essen am 13.4.1920, in: HSTAD Reg. D 15 980, Bl. 44 ff.

Polizei durch eine Sicherheitswehr aus bewaffneten Arbeiter begann. Am 19. März schieden die Mitglieder des Zentrums und der DDP aus dem Aktionsausschuß aus und vier Kommunisten wurden in das nun „Vollzugsrat" genannte Gremium aufgenommen, welches von einem „engeren Aktionsausschuß" aus je einem Vertreter der drei Arbeiterparteien geführt wurde. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wurde ab dem 18. März eine reine Arbeiterwehr gebildet.[23] Da die Reichswehrtruppen nun auch im Norden abgezogen waren, war der Hilferuf der Horster Einwohnerwehr, die sich vor 10 000-15 000 demonstrierenden Arbeitern ins Amtshaus geflüchtet hatte, umsonst. Mit Hilfe bewaffneter Arbeiter aus Karnap wurde am Nachmittag des 19. März das Amtshaus gestürmt und Einwohnerwehr und Polizei entwaffnet. Im Anschluß daran etablierte sich in Horst ein fünfköpfiger Aktionsausschuß mit dem Kommunisten Finkhäuser an der Spitze, der Horst für unter der Diktatur des Proletariats stehend erklärte.[24]

Nach dem Abzug der Gelsenkirchener Sicherheitswehr übernahm der anläßlich des Generalstreiks gebildete Aktionsausschuß die politische Führung. Als dann aus Bochum Waffen herbeigeschafft worden waren, konnte am Abend des 18. März eine Gelsenkirchener Arbeiterwehr als Vorform der Roten Armee gebildet werden. Die Aufstellung der Arbeiterwehr wurde hauptsächlich von unabhängigen und kommunistischen Funktionären in die Hand genommen, so daß diese in der Arbeiterwehr überrepräsentiert waren.[25] Der starke unabhängige und kommunistische Einfluß bei der Bildung der Roten Armee wurde deutlich im Aufruf zur Bildung der Roten Armee in Horst[26]: „Alle Arbeiter, welche auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen, werden hiermit aufgefordert, sich auf der Polizeiwache Amtshaus Horst zu melden." Die Eidesformel der Roten Armee im Gelsenkirchener Gebiet lautete[27]: „Ich schwöre auf das Programm der revolutionären Arbeiterschaft, daß ich die hohen, heiligen Ideale für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit meinem Herzblut erkämpfen will. [. . .] Es lebe der Sozialismus – Menschenrecht, wer Menschenantlitz trägt."

Während Arbeitertruppen am 18. März versuchten, nach Essen vorzudringen, verhandelten Vertreter des Gelsenkirchener Aktionsausschusses

---

24 Schreiben vom 20.4.1920, in: STAM BK 138. Vgl. A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1974, S. 72 ff.; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 93; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 303; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 8 ff.; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 12; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 485.

25 E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 303 f.; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 486. Nach H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 109; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 56 f. etablierte sich der Ausschuß am 15.3. anläßlich der Stillegung von Nordstern.

26 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 178; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 141.

27 Abschrift der Veröffentlichung der Aktions- und Verwaltungsausschüsse sowie der Arbeiterräte durch die „Horster Zeitung", in: ZSTAP RA/RMI 12 257, Bl. 80. Vgl. E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 69.

28 ZSTAP RA/RMI 12 257, Bl. 101. Auch in: E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 78. Vgl. H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 169 f.

ergebnislos mit dem Essener Polizeipräsidenten, um die Rückkehr der Gelsenkirchener Sicherheitspolizei zu erreichen. Daran wurde die Absicht der Parteifunktionäre im Aktionsausschuss deutlich, zwar den Putsch in Berlin zu bekämpfen, aber einen Aufstand gegen legale Truppen nicht zu unterstützen. Zudem wurde die Sicherheitspolizei, der auch viele MSPD-Mitglieder angehörten, nicht von allen als konterrevolutionär angesehen, zumal sie sich gegen den Putsch ausgesprochen hatte.[28] Unter dem Einfluß der Kämpfe im nahen Stoppenberg bildeten sich seit dem 20. März in Gelsenkirchen Einheiten der Roten Armee. Diszipliniert und die Arbeitermarseillaise singend marschierten die Einheiten der Roten Armee durch die Straßen Gelsenkirchens, wo im Polizeipräsidium die örtliche Kampfleitung der Roten Ruhrarmee saß.[29] Wisotzky bietet eine Reihe interessanter Daten über die Zusammensetzung der Truppen der Roten Armee aus Gelsenkirchen am Beispiel der 5. und 6. Kompanie (196 Personen): junge Arbeiter im Alter von 18 bis 25 Jahren stellten etwa 75% der Gelsenkirchener Kompanien. Bergleute und Metallarbeiter bildeten den überwiegenden Teil der Gelsenkirchener Arbeitertruppen. Hauptrekrutierungsfeld waren die Belegschaften der Zechen Consolidation und Graf Bismarck, wo der Einfluß der radikaleren Kräfte groß war.[30] Aufgrund der Schwäche der Gelsenkirchener Kommunisten ist anzunehmen, daß USPD-Mitglieder die Mehrheit der Rotarmisten stellten.[31] Die Gelsenkirchener Rotgardisten kämpften insbesondere bei Dorsten. Der Gelsenkirchener Aktionsausschuß unterstützte die Rote Armee durch Ausrüstung der Truppen, Entlohnung und Lebensmittelversorgung.[32] Wie in Gelsenkirchen bildeten sich auch in Buer und Horst mehrere Einheiten der Roten

---

29 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 178 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 142 f.; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 283 und 311.

30 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 179; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 144; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 284.

31 147 von 196 gehörten zu den Jahrgängen 1895 bis 1902, 18 von 196 waren verheiratet. Von 120 Personen konnte der Beruf ermittelt werden. Davon waren 72 Bergarbeiter, 29 Metallarbeiter, 8 Bauarbeiter, 6 Handwerker und 5 hatten andere Berufe. Von Consolidation stammten 17 Personen, von Graf Bismarck 10 und von Rheinelbe und Alma 6. Der Arbeitsplatz wurde aufgrund des Wohnens in einer zecheneigenen Wohnung erschlossen. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 180 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 145 ff. Demgegenüber stellt G. Colm, 1921, S. 49 fest, daß erstaunlich viele Familienväter, also ältere Arbeiter in der Roten Armee waren. Von 2 000 später Unterstützten waren 58% verheiratet und hatten durchschnittlich 2,6 Kinder. Die Tatsache, daß es sich um Unterstützte handelte, dürfte das Ergebnis, wie Colm einräumt, verzerren. Nach E. Leser, 1973, S. 74 sollen 630 Mann aus Ge in der Roten Armee gekämpft haben. Dagegen lt. K. Tenfelde, Kapp-Putsch, 1987, S. 42 weniger Bergleute, mehr Metallarbeiter in der Roten Ruhrarmee.

32 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 183; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 149. In einer Liste von 374 unterstützten Kämpfern der Roten Ruhrarmee, die G. Colm, 1921, S. 49 auswertet, konnte von 149 Personen die Organisationszugehörigkeit ermittelt werden: Freie Gewerkschaften - 53,2%, Christliche Gewerkschaften - 0,8%, H.-D.-Gewerkvereine - 1,1%, FAU - 44,9 und nach Parteien: SPD - 10,7%, USP - 58,4%, KPD - 30,9%.

33 K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 183 f.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 152; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 73. Vgl. C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 146.

Ruhrarmee.[33] Buer wurde Etappenort der Roten Ruhrarmee, von wo die Rotgardisten weiter nach Norden zogen.[34]

Die Bewegungen der Roten Armee kamen am 21. März zum Stillstand, da mit der Beseitigung Kapps das vordringlichste Ziel erreicht war. Wirkung zeigten auch die Aufrufe zum Abbruch des Generalstreiks. Nach der Eroberung von Essen am 18./19. März und dem Rückzug der Freikorps befand sich das Ruhrgebiet in den Händen der Roten Ruhrarmee.[35] Geeint hatte die Bewegung ein „kämpferischer Reformismus"[36], wie schon in der Novemberrevolution und den folgenden Massenbewegungen. Nach dem weitgehenden Verzicht auf die Schaffung revolutionärer Organe und dem ungehinderten Weiterarbeiten der Behörden[37], stellte sich nun die Frage nach der Perspektive der Bewegung. Jetzt, da man sich auf weitergehende Ziele einigen mußte, traten die politischen Unterschiede wieder hervor. Einen entscheidenden Schlag bekam die Bewegung, als sich die Hagener Kampfleitung, die sich hauptsächlich in den Händen der Unabhängigen befand, nicht als zentrale Leitung durchsetzen konnte, sondern sich im westlichen Revier, in Essen und Mülheim, eine von Kommunisten und Ultralinken beherrschte zweite Leitung etablierte.[38] Die Hagener bemühten sich um Verhandlungen mit der Reichsregierung, die in Zusammenarbeit mit dem Militär, das sich gerade im Putsch als unzuverlässig erwiesen hatte, Truppen um das Ruhrgebiet zusammenzog. Am 23. März wurde in Bielefeld ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Vertretern von Reichsregierung, Roter Armee und örtlichen Aktionsausschüssen, darunter der Vertreter des Gelsenkirchener Aktionsausschusses Herbrig (USPD), abgeschlossen. Die Regierung verpflichtete sich im „Bielefelder Abkommen", welches die ADGB-Forderungen zu den Konsequenzen aus dem Kapp-

---

33 In Horst: Kompanie Rond – 35 Mann, Kompanie Mohrfeld, Kompanie Freischützen unter Führung von Rath – 75 Mann, Kompanie Horst I unter Führer Schulz oder Barnickel – 50 Mann. In Buer: 1. Kompanie Buer - 65 Mann, Kompanie Kümmel - 90 Mann, Kompanie Kurrek - 70 Mann. In Ge 1. Kompanie unter Wilhelm Krischack und Paul Brenner, 4. Kompanie unter Sommer. Nach Reichswehrministerium am 10.6.1920, in: ZSTAP RA/RMI 12 257, Bl. 45 f., Schreiben vom 20.4.1920, in: STAM BK 138. In Buer 200 bis 250 Rotarmisten unter Führung des Scholveners Kümmel nach: A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 75. Nach E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 397; HSTAD Landgericht und Staatsanwaltschaft Essen 6/67, Bl. 59 ff. war die Einheit Kümmel nur 55 Mann stark. Vgl. H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1973, S. 211.

34 Von der Landgemeinde, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 63; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 63 ff. Vgl. K. Gaertner, Recklinghausen, 1935, S. 17 f.

35 G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 97; H. Teuber, Beiträge, 1926, H. 43; K. Schabrod, Generalstreik, 1960, S. 26. Zur Eroberung Essens: E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 284-294; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 75 ff. Vgl. Illustrierte Geschichte, 1929, S. 501; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 154; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 184; W. Düwell, 1920, S. 13; H. J. Varain, 1956, S. 176 ff.

36 G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 267. Gerade die Charakterisierung als „demokratisch-revolutionäre Bewegung", die Richard Löwenthal im Vorwort von Eliasberg aufgreift, wird schärfstens von E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 7 f. und Bd. 2, 1973, S. 197 ff. kritisiert. „Radikaldemokratisches Potential" bei: R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 101.

37 Vgl. C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 146.

38 G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 119 und 145; J. Ernst, 1921, S. 34 f.; G. Colm, 1921, S. 103 ff. und 106 ff. zur Essener Zentrale. Vgl. Argumentation bei: E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 11.

Putsch aufgriff, zur Bestrafung der am Kapp-Putsch Beteiligten, zu einer Verwaltungsreform, zur Schaffung neuer Sozialgesetze, zur sofortigen „Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission", zur Auflösung der konterrevolutionären militärischen Formationen und zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung, während die Aktionsausschüsse für die Rückkehr der Arbeiter an ihre Arbeitsplätze und die Ablieferung der Waffen (innerhalb von 10 Tagen) sorgen sollten.[39]

Ende der Massenbewegungen

Das Bielefelder Abkommen spaltete die Ruhrarbeiter und machte die „Differenzierung, die von Anfang an in der Aufstandsbewegung vorhanden war", wieder sichtbar.[1] Auf einer Delegiertenkonferenz der Vollzugsräte des Ruhrgebietes in Essen am 25. März traten sowohl die Hagener, der USPD-Vertreter und der offizielle KPD-Vertreter für den Waffenstillstand ein. Besonders im westlichen Ruhrgebiet (Mülheim, Duisburg) und z. T. auch bei den Arbeitertruppen wurde dagegen der Waffenstillstand als Verrat an weitergesteckten Zielen angesehen. In der Konferenz wurde beschlossen, erneut Verhandlungen mit der Reichsregierung aufzunehmen, und es wurde als zentrale Leitung der „Zentralrat der Vollzugsräte des Industriegebietes Rheinland-Westfalen" gewählt, die nun anstelle der Hagener und Essener Leitungen die Führung der Bewegung bilden sollte.[2] Trotz Waffenstillstand und Verhandlungen kämpften Teile der Roten Armee weiter, darunter auch der Abschnitts-Kommandant der Roten Armee in Schermbeck, Karusseit, ehemaliger Spartakist und Spitzel der Freikorps aus Gelsenkirchen, der den berüchtigten Befehl ausgab, daß diejenigen Rotarmisten, die sich nicht innerhalb von sechs Stunden dem weiteren Kampf stellten, erschossen würden[3], und der damit die Rote Armee dis-

---

39 ZSTAP RA/RMI 13 425, Bl. 91 ff.; STAM OP 6 201; HSTAD Reg. D 15 978; HSTAD Reg. D 15 976; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 156 ff.; H. SPETHMANN, Rote Armee, [2]1930, S. 103-116; W. DÜWELL, 1920, S. 14 ff.; A. ZICKLER, 1920, S. 13 ff.; W. ABELSHAUSER, R. HIMMELMANN, 1988, S. 100 ff. Vgl. G. ELIASBERG, Ruhrkrieg, 1974, S. 176. Ausführliche Rekonstruktion bei: E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 60 ff. Vgl. M. DÖRNEMANN, 1966, S. 167 f.; G. COLM, 1921, S. 113 ff. und 115 ff.; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 501 ff. Vgl. J. ERNST, 1921, S. 36 ff.; K. SCHABROD, Generalstreik, 1960, S. 34 f.; D. W. MORGAN, 1975, S. 339; H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 328 ff..

1 E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 88. Vgl. H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 330 und 332; W. ABELSHAUSER, Umsturz, 1988, S. IXL ff.

2 E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 100 ff. und 114; ILLUSTRIERTE GESCHICHTE, 1929, S. 503; G. ELIASBERG, Ruhrkrieg, 1974, S. 191 f. Vgl. W. DÜWELL, 1920, S. 16 ff.; J. ERNST, 1921, S. 46; H.-U. Ludewig, 1978, S. 172 f. und 184; K. SCHABROD, Generalstreik, 1960, S. 35 f.

3 Nach Schreiben vom 10.6.1921 und 28.2.1921, in: STAM BK 148 stand Karrusseit von 25.2. bis 31.7.1919 in Diensten der Wehrkreiskommando-Spitzenzentrale, dem Büro Kölpin. Vgl. diverse Briefe in: STAM BK 228 über Besoldung, Decknamen usw. Vgl. die Prozeßakten HSTAD Landgericht und Staatsanwaltschaft Essen, 6/181-9. Vgl. Auffassung des USPD-Vorsitzenden, geäußert am 13.8.1920, nach: Polizeipräsident Ge an Regierungspräsident am 14.8.1920, weitergeleitet an das Innenministerium am 17.8.1920, in: ZSTAP RA/RMI

kreditierte. Noch am 28. März rief der Kommandant der Gelsenkirchener Roten Armee Wilhelm Krischak freigewerkschaftlich Organisierte und Mitglieder der drei Arbeiterparteien zum Eintritt in die Rote Armee auf.[4]

Das Bielefelder Abkommen spaltete auch den Bueraner Vollzugsrat; MSPD und der Unabhängige Balke sprachen sich für die Durchführung des Bielefelder Abkommens aus; Kommunisten und linke Unabhängige wandten sich gegen den Abbruch des Kampfes und gegen die Reduzierung der örtlichen Arbeiterwehr. Am 28./29. März schieden die Mehrheitssozialdemokraten aus dem Vollzugsrat aus; die USPD ersetzte zwei ihrer (rechten) Vertreter durch radikalere.[5] Auf Veranlassung der Linken zog eine radikale Rotgardisteneinheit in Buer ein und versuchte die gemäßigten Vollzugsratsmitglieder, die allerdings schon geflohen waren, zu verhaften. Nachdem die Truppe entschädigt worden war, zog sie wieder ab.[6] In Gelsenkirchen handelten MSPD und USPD dagegen einheitlich. Während der nunmehrige Vorsitzende des Aktionsausschusses Neysters (USPD) den Oberbürgermeister bat, sich wegen der Fortsetzung der Kämpfe vermittelnd in Münster zu verwenden, forderte die SPD-Ortsgruppe in einem Telegramm an Reichskanzler Bauer die Abberufung von Watters und den Rückzug aller Reichswehrtruppen.[7]

Am 28. März erklärte die Regierung das Bielefelder Abkommen für gebrochen, weil die Angriffe auf Wesel fortgesetzt worden waren, und setzte eine Frist bis zum 30. März 12 Uhr für die Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität, die Wiedereinsetzung der staatlichen Organe, die sofortige Auflösung der Roten Armee, die Entwaffnung und die Freilassung der Gefangenen. Der Erlaß von Ausführungsbestimmungen für das Ultimatum der Regierung wurde General von Watter überlassen, der sich schon frühzeitig für die Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung" mit Waffengewalt erklärt hatte und der die Bedingungen verschärfte, so daß sie zeitlich nicht mehr einzuhalten waren. Gleichzeitig rückte das Militär ge-

---

13 392, Bl. 39. Ausführlich belegt E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 2, 1973, S. 183 die Spitzeltätigkeit von Karrusseit, Lebenslauf S. 456, zu Karusseits Weiterkämpfen S. 96 ff. und o. g. Befehl S. 126 f. und S. 196 zu einem vollstreckten Todesurteil von Karusseit an einem angeblichen Spion. Nachweise für vollstreckte Todesurteile gibt es dagegen nach G. ELIASBERG, Ruhrkrieg, 1974, S. 125 nicht. Befehl in: ZSTAP RA/RMI 12 257, Bl. 80, ebenso in: STAM BK 148; A. ZICKLER, 1920, S. 16 f.; P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 487 f.; G. COLM, 1921, S. 117 f.; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1973, S. 165 und 169; H. SPETHMANN, Rote Armee, [2]1930, S. 121 und 131 f. Vgl. K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 183 und 185; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 150 f. und 155. Lt. K. GAERTNER, Recklinghausen, 1935, S. 21 nahm Karusseit auch zwei Bueraner, darunter Karl Surkamp, fest und wollte sie erschießen lassen.

4 Aufruf in: ZSTAP RA/RMI 12 257, Bl. 99; H. SPETHMANN, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 174.

5 A. NOWAK, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 75; E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 136.

6 E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 116 und 397; Verhandlung vor dem außerordentlichen Kriegsgericht Buer am 19.4.1920, in: HSTAD Landgericht und Staatsanwaltschaft Essen 6/67, Bl. 59 ff. Nach VON DER LANDGEMEINDE, 1921 (StA Ge XXVI/4-B), S. 64 kam es in Buer beim Durchzug der Kompanie Kümmel zu Auseinandersetzungen. Vgl. Oberpräsident am 3.4.1920, in: STAM OP 6 201.

7 E. LUCAS, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 120 und 130 f.

gen das Ruhrgebiet vor. Daraufhin proklamierte die Essener Kampfleitung am 29. März nochmals den Generalstreik.[8] Aufgrund des unerfüllbaren Ultimatums folgte der Gelsenkirchener Vollzugsrat dem Aufruf des Zentralrates und rief zum Generalstreik auf. Unterzeichnet war der Aufruf von Vertretern aller drei Arbeiterparteien Gelsenkirchens. Dieser Aufruf wurde in Gelsenkirchen befolgt und in allen Betrieben ruhte wieder die Arbeit.[9] Nach 48-stündiger Verlängerungen der Waffenstillstandsfristen durch Verhandlungen in Münster am 31. März beschloß die Essener Kampfleitung das Ende des Generalstreiks, Auflösung der Front, Waffenablieferung und die Durchführung der anderen Bielefelder Vereinbarungen[10], wozu auch Vertreter des Gelsenkirchener Aktionsausschusses von allen drei Arbeiterparteien aufforderten. Im Gelsenkirchener Aufruf wurden nochmals die Bielefelder Vereinbarungen als Resultat der Kämpfe rekapituliert und erklärt, daß nun eine Phase der Revolution abgeschlossen sei.[11] In Buer war die Situation wesentlich gespannter, weil die Reichswehr bereits den Rand des Industriegebietes erreicht hatte und mit der Eroberung Dorstens Buer bereits in der Reichweite der Reichswehrtruppen lag. In einer öffentlichen Volksversammlung am 31. März trat der Unabhängige Hammer für das Bielefelder Abkommen und die Beibehaltung der örtlichen Arbeiterwehr ein, während der Kommunist Anke verzweifelt für eine Fortsetzung des aussichtslosen Kampfes eintrat.[12]

Trotz der Vereinbarungen und trotz der Drohungen mit Wiederaufnahme des Generalstreiks rückte die Reichswehr ab 1. April ins Ruhrgebiet ein und „schaffte sich selbst die Vorwände, die sie für den endgültigen Einmarsch ins Ruhrgebiet brauchte". Reaktionäre Militärverbände, z. T. mit Hakenkreuzen „geschmückt" und mit schwarz-weiß-roter Fahne, liquidierten die schon seit dem Bielefelder Abkommen zerfallende, überwiegend dem Münsteraner Abkommen Folge leistende Rote Armee unter

---

8 Ebd., S. 157 und 168 ff.; G. Colm, 1921, S. 122 ff.; A. Zickler, 1920, S. 17 ff.; J. Ernst, 1921, S. 53 ff.; Telegramm aus Berlin vom 28.3.1920, „Zusätze des Befehlshabers", in: STAM OP 6 201; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 187 ff.; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 144 ff.; K. Schabrod, Generalstreik, 1960, S. 36; W. Düwell, 1920, S. 25 f. Zum frühzeitigen Aufmarsch der Reichswehr K. Gaertner, Recklinghausen, 1935, S. 23 f. Zur Haltung der Reichswehr und von Watters: G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 172 und 191 und 198.

9 Aufruf in: P. Grosse-Boymann, 1939, S. 486 f.; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 186; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 156; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 193; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 181.

10 E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 234 ff.; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 205; G. Colm, 1921, S. 129 ff.; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 197 ff.; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 156 ff. Aufruf des Essener Zentralrates in: W. Düwell, 1920, S. 27 f. Münsteraner Beschluß in: A. Zickler, 1920, S. 21. Vgl. J. Ernst, 1921, S. 57 ff.; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 488; H.-U. Ludewig, 1978, S. 185; K. Schabrod, Generalstreik, 1960, S. 36; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 333 f.

11 Aufruf des Aktionsausschusses vom 1.4.1920 (Unterzeichnet von Neysters (USPD), Wagner (KPD), Streitbörger (MSPD)) in: P. Grosse-Boymann, 1939, S. 490; K. F. Gesau, 1983, Anhang, S. 38; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 203; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 264. Von G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 220 wird dieser Aufruf fälschlicherweise der Zentralleitung zugerechnet.

12 E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 195.

großen Blutopfern auf Seiten der Arbeiter mit Massenerschießungen, grausamer Mißhandlung und unmenschlichen Folterungen.[13] Am 1. April fluteten flüchtende Rotgardisten durch Buer, und die in Buer ansässigen Rotgardisten verlangten nach Löhnung, um auf ihrer Flucht über Geld zu verfügen. Gleichzeitig wurde in Gelsenkirchen ordnungsgemäß die Waffenabgabe durchgeführt. Am 2. April erreichte die Reichswehr die Stadtgrenze von Buer. Am 3. April wurde Buer kampflos und Horst unter hohen Verlusten der Rotgardisten (80 Tote) besetzt. Der Bueraner Vollzugsrat löste sich beim Einmarsch der Reichswehr selbst auf. Nach heftigen Kämpfen und wilder Beschießung von Schalke und Heßler rückte Militär am 5. April nachmittags in Gelsenkirchen ein.[14]

Der Kampf der Ruhrarbeiter hatte zwar mitgeholfen, den Putsch zu vereiteln, es gelang jedoch nicht, Konsequenzen aus dem Putsch der Konterrevolution zu deren endgültiger Entmachtung zu ziehen, das Versäumte der Novemberrevolution nachzuholen, die Demokratisierung weiterzutreiben und die Forderungen, die in den Massenbewegungen vertreten worden waren, durchzusetzen. Außer einem beschränkten Revirement von Reichs- und preußischer Regierung (z. B. Rücktritt von Reichswehrminister Noske) auf der Grundlage der Weimarer Koalition unter Führung Hermann Müllers und Otto Brauns zeitigte der entschlossene Widerstand gegen die Feinde der Demokratie kaum Folgen, welche die Republik gestärkt hätten. Die Zeit der Massenbewegungen endete nun. Als von Spontanität und Negation des Bestehenden geprägte Bewegung der Ruhrarbeiter gelang es dieser nicht, über den Sturz des wilhelminischen Obrigkeitsstaates oder die Abwehr des Kapp-Putsches hinaus für die Verwirklichung einer demokratischen Republik auf solider sozialer Grundlage ein strategisches Konzept zu entwickeln. Hierzu wäre „die Kooperation mit einer der bestehenden politischen Organisationen" notwendig gewesen.[15] Da aber keine der Organisationen über einen kulturellen Gegenentwurf verfügte, der einerseits die Lebens- und Arbeitserfahrungen der Ruhrarbeiter aufgriff und andererseits den sozioökonomischen Bedingungen der Anfangsphase der Weimarer Republik gerecht wurde, konnten die Impulse der Massenbewegungen nicht produktiv in eine umfassende De-

---

13 M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 247; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 334 ff. Beispiele des Terrors in: Illustrierte Geschichte, 1929, S. 505 ff.; G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 232 f., S. 233 zu Massenerschießungen, S. 242 ff. zu Todesurteilen von Standgerichten und „auf der Flucht" Erschossenen. Nach E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 197 45 000 Mann und insgesamt (besonders 268 ff.) zum terroristischen Vorgehen des Militärs an zahlreichen belegten Beispielen. Vgl. zu weißem Terror und dem Tragen von Hakenkreuzen: J. Ernst, 1921, S. 63 ff.

14 E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 3, 1978, S. 136, 297-300, 309, 316 und 322 f.; Nachrichtenblatt des Wehrkreiskommandos vom 4.4.1920, Bericht vom 7.4.1920, in: STAM OP 6 201; H. Spethmann, Rote Armee, ²1930, S. 192 f.; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 488 f.; Bericht Stadt Ge 1903-1920, S. 430; A. Nowak, Wirtschaftliche Notwendigkeiten, 1970, S. 75; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 187; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 157; M. Dörnemann, 1966, S. 170.

15 G. D. Feldman, E. Kolb, R. Rürup, 1972, S. 104. S. Miller, Bürde, 1978, S. 392-401 und 407 zur Bewertung. Vgl. H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 321 ff. Vgl. auch P. v. Oertzen, Von der Novemberrevolution, 1987, S. 24 f.

mokratisierung und eine Verbesserung der Lebenslage der Ruhrgebietsbevölkerung umgesetzt werden.

c) Konsequenzen für die Arbeiterorganisationen

Ein Charakteristikum der politisch-kulturellen Entwicklungen im Ruhrgebiet in der Zeit der Massenbewegungen war die Tatsache, daß die Aktivitäten der Arbeiter zwar nicht gänzlich unbeeinflußt von den Arbeiterorganisationen abliefen, aber doch nur teilweise von diesen beeinflußt waren und sich z. T. in ausdrücklichem Gegensatz zu ihnen weiterentwickelten und zur Bildung von neuen, mit den etablierten Organisationen konkurrierenden Verbänden führten. Die Massenbewegungen stellten sich in der Anfangsphase der Weimarer Republik als Ausdruck der Entfremdung zwischen kulturellen Denk- und Verhaltensweisen von (Mehrheits)-Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften und den materiellen Lebenserfahrungen der Ruhrarbeiter und deren Kommunikations- und Solidarstrukturen dar. Im Zusammenhang mit den Massenbewegungen setzte ein Differenzierungsprozeß ein, der bis 1922 zur Herausbildung zweier Hauptströmungen in der (partei)politischen Arbeiterbewegung führte. Die USPD stellte den Ort der Auseinandersetzungen der Richtungen der Arbeiterbewegung dar; sie wurde angesichts der Ereignisse der Anfangsphase der Republik zwischen den mit der Gründung der KPD entstandenen beiden Hauptrichtungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zerrieben. Die Auflösung der USPD war das Resultat der Niederlagen und zerschlagenen Hoffnungen der sozialistischen Arbeiterbewegung im und nach dem Ersten Weltkrieg. Die junge und dynamische USPD verkörperte die vielgestaltigen Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung im Unterschied zu einer einflußlosen, sektiererischen und teilweise putschistischen KPD und zu einer kaum mehr verbalradikalen sozialreformerischen MSPD, deren ernsthafteste Herausforderung die USPD darstellte.[1] Im Raum Gelsenkirchen zeigte sich der Verlauf des Differenzierungsprozesses in der Anhängerschaft der sozialistischen Arbeiterbewegung seit der Wahl zur Nationalversammlung an den enormen

---

1 Die USPD hatte 1920 etwa 900 000 Mitglieder, erhielt bei den Reichstagswahlen 1920 fast 5 Millionen Stimmen (81 Reichstagsmandate), unterhielt 55 Tageszeitungen und hatte in der größten (und vielleicht modernsten) Gewerkschaft, dem DMV, wie auch in anderen Gewerkschaften maßgeblichen Einfluß. O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 70. H. KRAUSE, Kontinuität, 1976, S. 84 vermutet, daß die USPD im Frühsommer 1920 etwa eine Million Mitglieder hatte. Vgl. D. W. MORGAN, 1975, S. 350 f. R. F. WHEELER, 21 Bedingungen, 1975, S. 117 f. setzt sich mit der in sozialdemokratischer und kommunistischer Geschichtsschreibung vertretenen Beurteilung der USPD als lebensunfähige Partei auseinander. Vgl. R. F. WHEELER, Curt Geyer, 1976, S. 10 und 12; R. F. WHEELER, USPD, 1975, S. I f. Ganz eindeutig: J. HARRER, Sozialdemokratie, [2]1977, S. 86 f.; ebenso D. ENGELMANN, 1979, S. 411. S. MILLER, Burgfrieden, 1974, S. 397; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 215 aus anderem Blickwinkel. H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 254 f.: „Bruchlinie zwischen freiheitlichen und autoritären Sozialisten", vgl. S. 315 und 476 f.

Wählerwanderungen zwischen den Arbeiterparteien bei etwa gleichbleibenden Stimmanteil der Arbeiterparteien[2] insgesamt:

Tabelle 39: Wahlen im Raum Gelsenkirchen 1920/21[3]

	Ge		Buer		Horst		Rotth.		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
a) Wahl zum Reichstag am 6. Juni 1920									
Wahlberechtigte	105 446		42 668		10 334				
gültig	70 142	66,7	33 979	79,9	8 197	79,3	13 129		
SPD	8 505	12,2	4 989	14,7	1 110	13,6	1 503	11,4	21,7
USPD	18 539	26,4	7 467	21,9	1 620	19,8	5 052	38,5	17,9
KPD	3 577	5,1	4 623	13,6	1 354	16,5	–	–	2,1
Zentrum (& BVP)	21 178	30,3	11 168	32,8	2 314	28,3	3 595	27,4	18,0
DDP	1 358	1,9	562	1,7	19	0,2	192	1,5	8,3
DVP	12 312	17,5	2 966	8,7	1 143	13,9	1 894	14,4	13,9
DNVP	2 038	2,9	683	2,1	12	0,1	325	2,5	15,1
Polen	2 629	3,7	1 521	4,3	625	7,6	562	4,3	0,5
b) Wahl zum Preußischen Landtag am 20. Febr. 1921									
Wahlberechtigte	102 226		45 138		10 757				
gültig	71 425	69,9	34 363	76,1	8 251	76,7	13 328		
SPD	11 220	15,7	5 937	17,3	1 641	19,9	2 332	17,5	
USPD	4 810	6,7	2 728	7,9	5	0,0	879	6,6	
KPD	14 392	20,2	8 521	24,8	2 685	32,5	3 576	26,8	
Zentrum	22 726	31,8	12 051	35,1	2 751	33,3	3 933	29,5	
DDP	2 083	2,9	912	2,6	178	2,2	2	0,0	
DVP	12 622	17,7	2 495	7,3	953	11,6	2 003	15,0	
DNVP	3 572	5,0	1 715	5,0	38	0,5	603	4,5	
c) Wahl zum Westfälischen Provinziallandtag am 20. Febr. 1921									
Wahlberechtigte	101 994		45 138		10 757				
gültig	72 428	71,0	35 058	77,7	8 285	77,0			
SPD	11 106	15,3	5 872	16,7	1 638	19,8			
USPD	4 759	6,6	2 724	7,8	5	0,0			
KPD	14 197	19,5	8 395	23,9	2 676	32,3			
Zentrum	22 272	30,8	11 841	33,8	2 751	33,2			
DDP	2 124	2,9	1 060	3,1	178	2,1			
DVP	12 569	17,4	2 457	7,0	953	11,6			
DNVP	3 548	4,9	1 616	4,6	84	1,0			
Polen	1 853	2,6	1 093	3,1	–	–			

2 Eine Welle der Abwanderung in die Indifferenz scheint zwischen Nationalversammlungswahlen und der ersten Reichstagswahl vorzuliegen, die mit der Enttäuschung aus den Niederlagen der Massenbewegungen begründbar ist. Vgl. S. Goch, H. Schulze, 1988, S. 164 f.; S. Goch, Sozialistische Alternative, 1988, S. 144. Zur Stabilität des sozialistischen Lagers auch: K. Rohe, Armenhaus, 1987, S. 511 f.

3 Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 144, 148 und 151; Städtisches Statistisches Amt, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 65 f.; B. Kolkenbrock, Wahlen, o. J.; H. Kühr, Parteien, 1973, S. 214; H. E. Kromberg, 1968, S. 151 und 161; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 3, 1957, Tabelle 35.

Der Auflösungsprozeß der USPD zugunsten von KPD und MSPD erfaßte nicht die gesamte Entwicklung kultureller Traditionen der Arbeiterbewegung. Ein Teil der Mitglieder und Anhänger der USPD folgte weder der einen noch der anderen Richtung, sondern wandte sich resigniert ganz von der (partei)politischen Arbeiterbewegung ab. In Gelsenkirchen und im Ruhrgebiet vollzog sich der „Ausstieg" zahlreicher Mitglieder erst nach der eigentlichen Differenzierung in zwei verfeindete, durch SPD und KPD repräsentierte Blöcke, insbesondere mit den Kurswechseln der KPD.[4]

Spaltung der USPD

Bereits auf dem 2. USPD-Parteitag in Berlin im März 1919 brachen die Gegensätze in der Partei auf. Die Linke verneinte den Parlamentarismus und war am Rätesystem orientiert, lehnte Gewerkschaften ab, da diese im Rätesystem aufgehen würden, und befürwortete den Gewerkschaftsaustritt oder die Bildung neuer Verbände, während die Gemäßigten die Arbeit der oppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften zu deren Revolutionierung befürworteten. Zunächst setzten sich die Befürworter der Arbeit in den Gewerkschaften mit einem Bekenntnis zu den Zentralgewerkschaften allerdings ohne prinzipielle Klärung des Verhältnisses von USPD und Gewerkschaften durch.[1] Die USPD-Untergliederung Bochum-Gelsenkirchen hatte auf diesem Parteitag in einem Antrag gefordert, daß der Parteitag einer „Vereinigung der USP mit den weiter links stehenden sozialistischen Parteien" durch seine Debatten oder Beschlüsse nicht entgegenarbeiten sollte, und hatte sich damit auf die Seite des linken Parteiflügels geschlagen.[2] Nachdem der Berliner „Revolutionsparteitag" in der Frage einer Sozialistischen Internationalen die Zusammenarbeit mit den „Sozialpatrioten" abgelehnt und eine „Internationale der Tat" gefordert hatte[3], rückte in den folgenden Monaten die Frage des Anschlusses an die Dritte Internationale bzw. der Schaffung einer neuen Internationale in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen und wurde schließlich zur Frage, an der sich die Partei spaltete.

---

4 H. Krause, Kontinuität, 1976, S. 84 rechnet damit, daß die Schwächung der ganzen politischen Arbeiterbewegung bis 1922 insgesamt etwa die Hälfte der USPD-Mitglieder des Sommers 1920 betraf. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 145; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 262 f. Vgl. R. F. Wheeler, Curt Geyer, 1976, S. 16; D. W. Morgan, 1975, S. 384 ff.; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 482.

1 H. Krause, USPD, 1975, S. 125 ff. und 128. Vgl. auch O. K. Flechtheim, 1948, S. 67; G. Högl, Gewerkschaften, 1982, S. 166 ff.; S. Miller, Bürde, 1978, S. 322 ff.; D. W. Morgan, 1975, S. 67, 179, 242 und 256-262; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 80.

2 Antrag Bochum-Ge, in: Protokolle der Parteitage, Bd. 1, 1975, USPD-Parteitagsprotokoll 1919 in Berlin, S. 19.

3 R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 53 ff., 61 ff. und 64 ff. H. Krause, USPD, 1975, S. 97, 144 ff. und 148 zum Bedeutungsgewinn der Frage der Internationale.

Der Ende 1918 vom Bezirk Niederhein abgetrennte Bezirk Westliches Westfalen der USPD mit Vorort Hagen verfügte im Oktober 1919 über etwa 37 000 Mitglieder, nachdem er Ende 1918 nur 2 000 Mitglieder gehabt hatte.[4] Ende 1919, um die Zeit des Leipziger USPD-Parteitages, hatte die Bochum-Gelsenkirchner USPD nach eigener Aussage gut 10 000 Mitglieder.[5] Nach Angaben des Wehrkreiskommandos hatte die USPD Anfang Oktober 1919 in der Stadt Gelsenkirchen unter Vorsitz von Gerhard Neysters 4 500 Mitglieder und in Buer-Stadt 1 350 Mitglieder, in Buer-Mitte 210, in Hassel 144, in Beckhausen 156, in Resse 143, in Erle 422 und in Horst 162 Mitglieder.[6] Der USPD-Parteitag des Bezirks Westliches Westfalen im Oktober 1919 in Hagen beschäftigte sich wie viele USPD-Versammlungen dieser Zeit mit der Frage der Dritten Internationalen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der „ein ferneres Zusammenbleiben mit den nationalistischen Sozialreformisten der verschiedenen Länder, insbesondere mit den Rechtssozialisten Deutschlands, in der Zweiten Internationalen für undenkbar" erklärt und der sofortige Austritt gefordert wurde. Die Bezirkskonferenz sprach sich für den Anschluß an die Dritte Internationale aus und forderte ihre Delegierten auf, „in diesem Sinne auf dem Parteitag (zu) handeln"[7]. Die Unterbezirke Bochum und Recklinghausen verfolgten wie ihr Bezirk die Linie des Anschlusses an die Dritte Internationale: Im Unterbezirk Recklinghausen wurden nur zuverlässige Befürworter des Anschlusses als Delegierte für den Leipziger Parteitag gewählt, und das USPD-Organ „Ruhrwacht" rief zum Zusammenschluß aller politischen Parteien auf, „die das Rätesystem als legitime Waffe im Klassenkampf anerkannten, um die Dritte Internationale zu stärken". In Bochum wurde der Eintritt der USPD in die Dritte Internationale gefordert, „sobald es ohne Verletzung unserer Parteigrundsätze möglich ist"[8]. Ursachen der Hinwendung zur Dritten Internationale dürften in ent-

---

4 PROTOKOLLE DER PARTEITAGE, Bd. 1, 1975, USPD-Parteitagsprotokoll 1919 in Berlin, S. 273. Lt. H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 3, S. 125. 36 907 Mitglieder nach „Ruhrwacht", Buer 13.,16. und 17.10.1919 bei: R. F. WHEELER, USPD, 1975, S. 147. 38 000 Mitglieder nach „Freiheit" vom 15.10.1919, in: D. W. MORGAN, 1975, S. 229.

5 Nach R. F. WHEELER, USPD, 1975, S. 147 und 326 hatte die USPD Bochum am 1.12.1921 10 057 Mitglieder und war zweitgrößter UB des Bezirks. Lt. Hans Heßler auf dem Leipziger Parteitag: „Wir in Gelsenkirchen, nur eine kleine Filiale von ungefähr 12 000-15 000 Mitgliedern, [...]" PROTOKOLLE DER PARTEITAGE, Bd. 2, 1976, USPD-Parteitagsprotokoll 1919 in Leipzig, S. 104. Die Mitgliederzahl von 10 000 wird bestätigt durch: Bericht aus Bochum vom 7.11.1919, in: STAM BK 192. Bericht vom 12.6.1919, in: STAM BK 230 nennt für Bochum-Ge 9 000 Mitglieder.

6 Verzeichnis der bis zum 1. Oktober 1919 festgestellten Mitglieder der KPD (einschließlich Syndikalisten, USPD und RSB (Roter Soldatenbund bzw. Rote Garde) im Bereich des VII. Wehrkreiskommandos, in: STAM BK 31. In Schreiben vom 22.9.1919, in: STAM BK 82 wurde die Mitgliederzahl der USPD in Ge mit 1 000 beziffert. Vgl. andere Zahlen in: Bericht vom 26.9.1919, in: STAM BK 230.

7 H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 2, S. 248 und Bd. 3, S. 125 f. Vgl. R. F. WHEELER, USPD, 1975, S. 74 ff., S. 102 und S. 147 zur Stellungnahme des Bezirks WW zur Dritten Internationale. H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 144 f.

8 PROTOKOLLE DER PARTEITAGE, Bd. 2, 1976, USPD-Parteitagsprotokoll 1919 Leipzig, S. 18 f. Vgl. R. F. WHEELER, USPD, 1975, S. 147. Dagegen nicht dem Antragstext entsprechend die eindeutige Forderung des Anschlusses an die Dritte Internationale bei: H. WALTER, D. ENGELMANN, 1965, Bd. 2, S. 263.

täuschten Erwartungen nach der Revolution und in einer Radikalisierung durch die schlechte wirtschaftliche Lage gelegen haben. Zudem konnte man von denen, die wegen der nicht ihren Erwartungen entsprechenden Politik MSPD und Freie Gewerkschaften verlassen hatten, nichts anderes erwarten, als „daß sie jene Gruppen in der Partei unterstützen würden, die nie müde wurden, aufzuzeigen, daß es miteinander unvereinbar sei, im eigenen Land den ‚Rechtssozialismus' zu verwerfen, aber auf internationaler Ebene mit ihm in der Zweiten Internationale zusammenzuarbeiten". Dazu war die Dritte Internationale durch ihren direkten Zusammenhang mit der bolschewistischen Revolution „für viele zum Symbol der erfolgreichen proletarischen Revolution geworden"[9].

Vom 30. November bis 6. Dezember 1919 tagte der 3. USPD-Parteitag in Leipzig. Im dort einstimmig verabschiedeten Aktionsprogramm bekannte sich die USPD nun zum Rätesystem, zur Diktatur des Proletariats und zur Aktion der Masse – allerdings bei Ablehnung eines sektiererischen Putschismus – und beschrieb damit ihre Vorstellungen eindeutig linker als noch Monate zuvor auf dem „Revolutionsparteitag".[10] Auch in Buer bekannte sich die USPD zur Diktatur des Proletariats als Mittel der Überleitung der kapitalistischen in eine kommunistische Wirtschaftsform, wobei unter der Diktatur des Proletariats die Volksherrschaft unter Ausschaltung der Unproduktiven und Ausbeuter verstanden wurde.[11] Während die Linke den sofortigen Anschluß an die Moskauer Internationale forderte, und die Rechte dies als voreilig ablehnte, beschloß der Parteitag nach langwierigen Verhandlungen nicht den sofortigen Anschluß, sondern nur die Aufnahme von Verhandlungen zur Bildung einer aktionsfähigen Internationale.[12] In der Frage der Internationale folgte eine Mehrheit des Bezirks WW, darunter die Bochum-Gelsenkirchener Delegierten, dem Kompromißvorschlag der USPD-Führung; der Bueraner Delegierte stimmte mit der Linken für sofortigen Anschluß an die Dritte Internationale.[13] In einem Bochum-Gelsenkirchener Antrag zu diesem Parteitag wurden die Bestrebungen zur Wiedervereinigung von MSPD und USPD abgelehnt, wie auch die Beteiligung an Koalitionsregierungen, weil nur eine Regierungsbeteiligung der USPD in Frage käme, „wenn ihr Revolutionsprogramm in allen Punkten anerkannt" würde.[14]

---

9 R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 161. Zur Diskrepanz zwischen Erwartungen und Resultaten auch S. Miller, Bürde, 1978, S. 204 und 449 f. Vgl. S. Goch, H. Schulze, 1988, S. 169.

10 R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 163 f.; O. K. Flechtheim, 1948, S. 68; S. Miller, Bürde, 1978, S. 328 f.; D. W. Morgan, 1975, S. 277 f.

11 Nach USP-Zeitung „Ruhrwacht", in: S. Goch, Alternative, 1988, S. 140.

12 R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 164 ff. und S. 178. Vgl. O. K. Flechtheim, 1948, S. 68, S. Miller, Bürde, 1978, S. 329 ff.; D. W. Morgan, 1975, S. 296-303.

13 Der Bueraner Delegierte Lechtenbörger stimmte für die erste und gegen die zweite Resolution zur Frage der Internationalen, also mit der Linken. Protokolle der Parteitage, Bd. 2, 1976, USPD-Parteitagsprotokoll 1919 Leipzig, S. 388 ff. und 392 ff. Vgl. zur Position des Bezirk WW: P. v. Oertzen, Streiks, 1958, S. 253; P. v. Oertzen, Betriebsräte, [2]1976, S. 127.

14 Protokolle der Parteitage, Bd. 2, 1976, USPD-Parteitagsprotokoll 1919 Leipzig, S. 14.

Im Sommer 1920 reiste eine USPD-Delegation zum 2. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale nach Moskau. Wichtigstes Ergebnis des 2. Weltkongresses waren die 21 Aufnahmebedingungen für die Dritte Internationale. Mit diesen Bedingungen erzeugte man einen Zwang zur Spaltung der USPD entsprechend dem bolschewistischen Organisationskonzept, und schon die USPD-Delegation spaltete sich kurz nach dem Weltkongreß.[15] In den Monaten bis zum entscheidenden Parteitag in Halle beschäftigte sich die USPD nun fast ausschließlich mit der Frage der Internationalen. In zahlreichen Konferenzen lokaler Parteigliederungen in Rheinland-Westfalen wurden Entschließungen diskutiert, wobei sich im Revier eine klare Mehrheit der Befürworter des Anschlusses an die Dritte Internationale abzeichnete und schließlich von den 21 Delegierten des USPD-Bezirks WW 17 Befürworter gewählt wurden.[16] In der USPD-Wahlkreisorganisation Bochum-Gelsenkirchen wurden bis Anfang November 1919 zehn gut besuchte Versammlungen durchgeführt, die sich für den Anschluß an die Dritte Internationale erklärten, Einigungsbestrebungen mit der MSPD ablehnten, Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien ebenfalls ablehnten und Neutralität in der Gewerkschaftsfrage beschlossen.[17] Die außerordentliche Generalversammlung der Bochum-Gelsenkirchener Wahlkreisorganisation erklärte sich am 3. Oktober mit 58 gegen 3 Stimmen für den Anschluß an die Dritte Internationale.[18] Auch die Gelsenkirchener USPD sprach sich vor dem Parteitag von Halle mehrheitlich für den Anschluß an die Dritte Internationale aus, allerdings gegen den Willen der führenden Unabhängigen August Woczek, einem der beiden Vorsitzenden der Kreisorganisation, und Gerhard Neysters, dem örtlichen Vorsitzenden.[19] Nach einer tumultartigen Sitzung, die schließlich die Gegner des Anschlusses an die Dritte Internationale, die nach Meinung der Polizei in der Mehrheit gewesen sein sollen, verließen, entschied sich die Bueraner USPD ebenfalls für die Moskauer Internationale.[20] Die ungeheure Not, die Ereignisse um den Kapp-Putsch und die Entfremdung zwischen Ruhrarbeiterschaft und MSPD förderten in der Mitgliedschaft

---

15 R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 120 ff.; differenzierter zu zunächst 18 Bedingungen und den drei Erweiterungen: R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 190 ff., 220 f. und 226 ff. Vgl. H. Krause, USPD, 1975, S. 191 und 194 f.; H. Krause Kontinuität, 1976, S. 101; O. K. Flechtheim, 1948, S. 68 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 468 ff.; S. Miller, Bürde, 1978, S. 341 ff.; D. W. Morgan, 1975, S. 290, 309 ff. und 360 ff.

16 Halbmonatsbericht OP Münster 15.9.1920 (StA Ge XXVI/9-B), S. 1 f.; Halbmonatsbericht OP Münster 30.9.1920 (StA Ge XXVI/9-B), S. 1; auch in: StA Bo LA 1 315. 57 Befürworter der Dritten Internationale von 72 Delegierten ganz Rheinland-Westfalens, nach G. Eliasberg, Ruhrkrieg, 1974, S. 255. Ein unvollständiges Ergebnis der Urwahl in WW gibt R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 140; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 248 mit 3 130 Befürwortern und 2 487 Gegnern des Anschlusses an. Zu Mehrheiten für den Anschluß in Essen und im Regierungsbezirk Düsseldorf: Landrat Essen am 26.10.1920, in: HSTAD Reg. D 15 818, Bl. 15

17 Bericht aus Bochum vom 7.11.1919, in: STAM BK 192.

18 Sicherheitspolizei, Gruppe Dortmund am 8.10.1920, in: STAM Reg A I Pa 392.

19 Bericht aus Ge vom 18.9.1920, in: STAM Reg. A I Pa 262; Bericht aus Bochum vom 17.5.1920, in: STAM BK 192 über die USPD-Kreisgeneralversammlung am 2.5.1920, wo Woczek gewählt worden war.

20 Sicherheitspolizei, Gruppe Dortmund am 29.9.1920, in: STAM Reg A I Pa 392.

der Ruhr-USPD die Hoffnungen auf die neue Internationale und ein Weitertreiben der Revolution. Angesichts des Scheiterns von Neuordnungsvorstellungen konnte die Sowjetunion als leuchtendes Beispiel einer gelungenen Revolution herhalten und übte erhebliche Anziehungskraft aus.

Die Urwahl der Delegierten zum Parteitag von Halle ließ die Entscheidung über den Anschluß an die Dritte Internationale zu einer Quasi-Urabstimmung der Mitgliedschaft werden, und über die gebundenen Mandate wurde eine Spaltung fast unvermeidbar.[21] Differenziertere Standpunkte wurden von einer polarisierten und teilweise emotional geführten Debatte um die Frage der Notwendigkeit der Zentralisierung und der Unterstützung der russischen Revolution überlagert.[22] Die Polarisierung verstärkte noch die Tendenz der jüngeren, aktiven, oft erst kurze Zeit organisierten Mitgliedschaft, sich im Unterschied zur Mehrheit der Funktionäre und der Parteizeitungen für den Anschluß auszusprechen, da die Mitgliedschaft starke Sympathien für die vermeintlich gelungene russische Revolution hegte und die 21 Bedingungen wegen angeblich nur organisatorischer Bedeutung unterschätzte.[23] Die Auseinandersetzungen in der USPD fanden ihren Abschluß auf dem außerordentlichen USPD-Parteitag im Oktober 1920 in Halle. In der Schlußabstimmung stimmten 236 Delegierte für den Anschluß an die Kommunistische Internationale, 156 dagegen.[24] Der Gelsenkirchener Delegierte Stolzenburg stimmte wie die anderen Vertreter Bochum-Gelsenkirchens für den Anschluß an die Dritte Internationale, was wegen der Urwahl der Delegierten die Mehrheitsmeinung der ihn delegierenden Gelsenkirchener widerspiegelte.[25] Damit war die Einheit der USPD an der Frage des Beitritts zur Dritten Internationalen endgültig zerbrochen. Die Minderheit setzte am folgenden Tag den Parteitag allein fort und beschloß die Aufrechterhaltung der USPD. Die Mehrheit der Reichstagsfraktion, der größere Teil des Apparates, die wichtigsten Parteizeitungen und die führenden Gewerkschafter, die die sektiererischen Bedingungen zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ablehnten, blieben bei der USPD-Minderheit.[26] Auch im Raum Gelsenkir-

---

21 R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 125 f. und 139; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 246 f.; H. Krause, USPD, 1975, S. 202 f.; S. Miller, Bürde, 1978, S. 346; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 256.

22 R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 130 f. Vgl. D. W. Morgan, 1975, S. 371.

23 R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 137; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 250 und 252; S. Miller, Bürde, 1978, S. 347 f.; R. F. Wheeler, Soziale Struktur, 1977, S. 183; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 473.

24 Die Linke vertrat 144 000 Stimmen, die Rechte nur 91 000. H. Krause, USPD, 1975, S. 212 f.; O. K. Flechtheim, 1948, S. 70; D. Engelmann, 1979, S. 417; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 260; S. Miller, Bürde, 1978, S. 346; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 474 f.

25 Protokolle der Parteitage, Bd. 3, 1976, USPD-Parteitagsprotokoll 1920, S. 257 ff. Nach K. Schabrod, Generalstreik, 1960, S. 33 stimmten von 60 rheinisch-westfälischen Delegierten 14 gegen den Anschluß an die KI.

26 H. Krause, USPD, 1975, S. 212 f., 216 f. und 223 f.; O. K. Flechtheim, 1948, S. 71; R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 147; G. Högl, Gewerkschaften, 1982, S. 331; D. W. Morgan, 1975, S. 382 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 505. In Rheinland-

chen blieben viele Spitzenfunktionäre (z. B. die Vorsitzenden von Gelsenkirchen und Buer, Neysters und Pietzka) bei der USPD und wechselten zumeist später zur SPD. Von der USPD-Stadtverordnetenfraktion in Gelsenkirchen scheint es keine Übertritte zur KPD oder Austritte aus der USPD gegeben zu haben.[27] In Rotthausen wechselte der überwiegende Teil der Funktionäre, der Mitglieder und der Gemeindevertreter, die am 24. November zunächst ihre Fraktion „USP (Sektion der III. Internationale)" nannten, zur im Dezember von USPD-Mehrheit und KPD gebildeten „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands" (VKPD), deren Namen sie am 22. Dezember übernahmen.[28] In Buer spaltete sich am 23. Oktober unter Bezug auf den USPD-Parteitag eine dreiköpfige Minderheit von der 18-köpfigen Stadtverordnetenfraktion der Unabhängigen ab und bildete eine selbständige zweite Fraktion der USPD.[29] Die abgespalteten USPD-Stadtverordneten bildeten wahrscheinlich mit der Gründung der VKPD eine KPD-Fraktion.[30] Reichsweit blieben der USPD-Minderheit ca. 350 000 Mitglieder, etwa gleichviele wie der Linken, während die restlichen USPD-Mitglieder die Partei verließen und parteipolitisch nicht mehr aktiv wurden.[31] Im Ruhrgebiet dürfte der Mitgliederverlust der Arbeiterparteien insgesamt bis Anfang 1921 nicht ganz so groß gewesen sein, denn von 131 599 USPD-Mitgliedern (86 599 NR, 45 000 WW) im Oktober 1920 und 9 200 KPD-Mitgliedern im November verblieben bis April 1921 45 000 bei der USPD (25 000 NR, 20 000 WW) und 80 000 gingen

---

Westfalen gingen das Essener „Ruhrecho", die Solinger „Bergische Arbeiterstimme" und die Remscheider „Bergische Volksstimme" an die KPD, die Hagener „Volksstimme", die Elberfelder „Volkstribüne" und die Düsseldorfer „Volkszeitung" blieben bei der Rest-USPD. HSTAD Reg. D 15 973, Bl. 299 f.

27 In den Protokollen der Stadtverordnetenversammlungen der fraglichen Zeit fanden sich keine Hinweise auf Fraktionswechsel. Vgl. StA Ge IV/11/15-Ge. Für den 1921 verzogenen August Woczek kam August Kröger in die Stadtverordnetenversammlung und wurde fraktionslos. Polizeipräsident Ge am 9.7.1921, in: STAM Reg A I Pa 286. Vgl. HSTAD Reg. D 15 973, Bl. 299 f. Zur Rückkehr der USP-Spitzenfunktionäre zur SPD 1922 in Wahlkreis Bochum-Ge: P. SOMMERLAD, 1948, S. 56.

28 Von 9 USPD-Gemeindevertretern (nach der Wahl 7 USPD-Vertreter!) wechselten 8 (Wittwer (Nachrücker oder Wechsler?), Peppmöller, Bunge (Nachrücker oder Wechsler?), Blumenstein, Klapper, Samorei, Sprinke) zur KPD, einer (Kossek) blieb bei der USPD. Protokoll der Gemeindevertreterversammlung 24.11.1920, Protokoll der Gemeindevertreterversammlung 22.12.1920, in: StA Ge IV/11/42-Ge. Im Protokoll der Gemeindevertreterversammlung 24.1.1921, in: StA Ge IV/11/43-Ge wird noch Panzer für die VKPD genannt. Vgl. Parteien in Rotthausen am 10.1921, in: HSTAD Reg. D 14 412, Bl. 6; C. v. WEDELSTAEDT, 1950, S. 156. Vgl. z. B. Emil Samorei und Fritz Rogge, lt. Brief Emil Samorei vom 15.8.1947, AdsD NL J. Lang, auch in: H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 98.

29 Die Gruppe aus Raschke, Sperling und Zargazewski nannte sich „USPD-Sektion" (d. h. der Dritten Internationale). Protokoll der Stadtverordnetenversammlung 23.10.1920, in: StA Ge IV/11/30-B, Bl. 84 ff. Sperling muß zwischenzeitlich nachgerückt sein.

30 Erstmalig im Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 8.2.1922. StA Ge IV/11/30-B, Bl. 159 f.

31 Vgl. H. KRAUSE Kontinuität, 1976, S. 84; H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 215 und 218 f.; R. F. WHEELER, 21 Bedingungen, 1975, S. 145; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 71. Vgl. D. ENGELMANN, 1979, S. 417 f., der meint, daß die parteipolitisch nicht mehr Aktiven der organisierten Arbeiterbewegung insgesamt nicht verloren gingen.

zur KPD (55 000 NR, 25 000 WW).[32] Bei den Wahlen folgte im Raum Gelsenkirchen die Mehrheit der USP-Anhängerschaft dem linken Flügel zur KPD. Gleichzeitig zeigte sich aber schon vor der Vereinigung der Rest-USPD mit der MSPD eine Tendenz unter den Wählern, zur MSPD zurückzukehren. So ergibt sich für Gelsenkirchen ein differenziertes Bild des Spaltungsprozesses des USPD, das nicht durch einen gradlinig verlaufenden Spaltungsprozeß der USPD zugunsten von KPD und MSPD sondern durch Ungleichzeitigkeiten von Basisbewegungen und parteipolitischen Entwicklungen und durch Abwanderungen in die Indifferenz gekennzeichnet war.

Vereinigung von USPD-Linke und KPD

Nach der zunehmenden Verselbständigung der Spartakusgruppe in der USPD ab November 1918, deren Kritik an der schwankenden Haltung der USPD in den Fragen von Räteherrschaft und Nationalversammlung und vergeblichen Bemühungen, ihre Ansicht über die Fortsetzung der Revolution durch die Aufrichtung einer Rätediktatur durchzusetzen, hatte sich die Reichskonferenz des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 als Gründungsparteitag der „Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)" konstituiert.[1] Gegen Liebknecht, Luxemburg und Levi hatte der Gründungsparteitag mit der Delegiertenmehrheit der zum Putschismus neigenden Anhänger der im Weltkrieg entstandenen „sozialrebellischen Bewegung" eine Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung beschlossen, was zeigte, daß „die Führung des Spartakusbundes theoretisch und praktisch mit der Mehrzahl ihrer Anhänger gar nichts gemein" hatte.[2]

Im Ruhrgebiet konstituierten sich die Anhänger der Spartakusgruppe zunächst als „Kommunistische Arbeiterpartei Essen-Ruhr (Mitglied des Spartakusbundes)". Die ersten KPD-Gliederungen bestanden im Januar in den Wahlkreisen Duisburg, Mülheim und Oberhausen. Wenige Wochen später wurden KPD-Ortsgruppe in Dortmund, Barmen, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Hamborn und nördlich von Buer in Dorsten gegründet.[3]

---

32 R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 149; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 263. Vgl. D. W. Morgan, 1975, S. 386. Im Oktober 1920 7 533 KPD-Mitglieder in Rheinland-Westfalen lt. HSTAD Reg. D 15 973, Bl. 289

1 O. K. Flechtheim, 1948, S. 45; H. Wohlgemuth, [2]1978, S. 251 ff., 259 und 264 ff. Vgl. H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 114 ff.; G. Uebel, J. Riess, 1959, S. 374; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 29 und 34 ff.; Institut für Marxismus-Leninismus, 1978, S. 270; H. Krause, USPD, 1978, S. 117 f.; S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 316; D. W. Morgan, 1975, S. 207.

2 S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 36. Vgl. O. K. Flechtheim, 1948, S. 46; K. F. Gesau, 1983, S. 147; A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 29 und 62; E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 219 f.; D. Engelmann, 1979, S. 387; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 24 und 38 und 329 f.; K. H. Tjaden, 1964, S. 3; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 117 ff. Vgl. zur Gewaltfrage: H.-U. Ludewig, 1978, S. 35 ff.

3 G. Uebel, J. Riess, 1959, S. 375 f. Vgl. S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 317; Protokoll vom Bezirksparteitag, 1919, S. 8; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986,

Wie die angeblich von Spartakisten initiierten Unruhen in Gelsenkirchen zeigten, bestanden auch dort Anfang Februar 1919 Ansätze einer lokalen kommunistischen Organisation, die unter dem Namen „Internationale Kommunistische Arbeiterpartei" einen Aktionsausschuß etabliert hatte.[4] In Buer bezeichnete der Oberbürgermeister die genannte Versammlung am 9. Januar als die erste gemeinsame Versammlung von USPD und Spartakusbund.[5] In Rotthausen gehörte am 17. Januar ein Vertreter des Spartakusbundes dem Arbeiter- und Soldatenrat an.[6] Erst die illegale Reichskonferenz Mitte Juni 1919 gab der KPD ein organisatorisches Gerüst; die Bezirksleitung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet erhielt ihren Sitz in Essen.[7] Die Gelsenkirchener KP hatte zu dieser Zeit nach Angaben des Wehrkreiskommandos nur 100 Mitglieder.[8] Nach dem Bericht des 2. KPD-Parteitages im Oktober 1919 in Heidelberg verfügte die KPD über 106 656 Mitglieder, davon 11 964 im Bezirk Rheinland-Westfalen.[9] Putschistische Vorstellungen waren in der KPD verbreitet, und die Ablehnung der Beteiligung an Wahlen, die z. T. vertretene Ablehnung einer zentralen Parteileitung und die verworrene Gewerkschaftspolitik zeigten deutlich den Einfluß syndikalistischer oder linkskommunistischer Elemente. Gegen die Vorstellungen der Ultralinken konnte sich der Parteivorsitzende Levi auf dem Heidelberger Parteitag nur knapp durchsetzen. Nach ihrer Niederlage schlossen sich die oppositionellen KPD-Bezirke im April 1920 zur „Kommunistischen Arbeiterpartei" (KAPD) zusammen; die KPD verlor etwa die Hälfte ihrer Mitglieder. Im Ruhrgebiet brach sie völlig zusammen.[10] Auf dem 3. KPD-Parteitag Ende Februar 1920 in Karlsru-

---

S. 232 f.; Institut für Marxismus-Leninismus, 1978, S. 267 und 324; H. Walter, D. Engelmann, 1965, Bd. 2, S. 129. Vgl. A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 77. Zu Dorsten: H. Bogdal, Bd. 1, 1983, S. 39.

4 Vernehmung eines Gewährsmannes vom 25.2.1919, in: STAM BK 19. Die Unsicherheit solcher Quellen kommt darin zum Ausdruck, daß festgestellt wurde, daß Kontakt zu Lenin, Radek und Eichhorn bestand. Vgl. K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 95. Der Parteiname taucht auch bei P. Grosse-Boymann, 1939, S. 472 auf.

5 Oberbürgermeister Buer am 11.4.1919, vgl. Regierungspräsident Münster am 14.4.1919, in: STAM OP 6 007. Ebenso: H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, 1928, S. 164.

6 Vgl. StA Ge III/2/19-Ge; III/4/7-Ge.

7 S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 52; Institut für Marxismus-Leninismus, 1978, S. 324; G. Uebel, J. Riess, 1959, S. 383.

8 Der KP wurden auf Consolidation und Graf Bismarck 1/4 weitere 1 800 Mitglieder zugerechnet, die aber der Union angehört haben dürften. Verzeichnis der bis zum 1. Oktober 1919 festgestellten Mitglieder der KPD einschließlich Syndikalisten, USPD und RSB (Roter Soldatenbund bzw. Rote Garde) im Bereich des VII. Wehrkreiskommandos, in: STAM BK 31. Mitgliederzahl von 100 wird bestätigt: Schreiben vom 22.9.1919, Schreiben vom 3.12.1919, in: STAM BK 82. Vgl. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 172. Zu Buer: S. Goch, Alternative, 1988, S. 141.

9 S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 317; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 444; R. Rettig, 1954, S. 23; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 52 und 233.

10 O. K. Flechtheim, 1948, S. 59 f.; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 38 f., 330 f. und 254. Zum Ruhrgebiet: S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 57 ff., 62 und 233. Vgl. H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 139 ff. und 228 ff.; B. Reichenbach, 1928, S. 121 ff.; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 444; R. Rettig, 1954, S. 38 und 42; E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 323 f.; K. F. Gesau, 1983, S. 144 f., 196 ff. und Anhang S. 58; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 39 f. und 328; D. W. Morgan, 1975, S. 293; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 259 ff., 347 f. und 502 ff. zur KAPD. Zur Stärke im Ruhrge-

he wurde der Bezirk Rheinland-Westfalen als „Schmerzenskind der Partei" bezeichnet und dort eine weitgehende Desorganisation festgestellt. Die KPD im Ruhrgebiet war also bis zum Kapp-Putsch, wie sie selbst zugestand, organisatorisch schwach und zahlenmäßig klein.[11] Im März 1920 hatte die Gelsenkirchener KP angeblich nur 43 Mitglieder[12], und als am 8. August 1920 gleichzeitig Versammlungen der Unabhängigen und der Kommunisten stattfanden, waren nur 300 Personen zur KPD gekommen, gegenüber 2 500 bei der USPD.[13] Vor der Vereinigung mit der USPD-Linken war die KPD also weit davon entfernt, eine Massenpartei zu sein und stellte eine „winzige Minderheit" in der Arbeiterbewegung dar.[14]

Nach der Spaltung der USPD waren in Rheinland-Westfalen keineswegs alle Mitglieder für die sofortige Vereinigung von USPD und KPD, sondern für sie erschien eine Arbeitsgemeinschaft von USPD und KPD als Perspektive[15], worin sich entsprechend sozialdemokratischem Organisationsdenken der Wille zur Erhaltung der eigenen Organisation und das geringe Ansehen der KPD wegen ihrer schwankenden Taktik während des Kapp-Putsches, ihres putschistischen Verhaltens und ihrer verworrenen Gewerkschaftspolitik widerspiegelte. Erst die Vereinigung der USPD-Linken und der KPD zur „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands" (VKPD) auf dem Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 machte diese zur Massenpartei. Anfang 1921 hatte die KPD im Bezirk Niederrhein 55 000 und im Westlichen Westfalen 25 000 Mitglieder.[16]

Im Zusammenhang der Auseinandersetzungen mit der Kommunistischen Internationale, angesichts der Krise der sowjetischen Republik und als Ergebnis der Frühgeschichte der KPD wurde ab Frühjahr 1920 die Politik der KPD-Parteiführung um Paul Levi, der die KPD der Stabilisierung der kapitalistischen Verhältnisse nach dem Ende der Massenbewegungen anpassen wollte, als opportunistisch kritisiert.[17] Schließlich setzte sich im

---

biet: HSTAD Reg. D 15 973, Bl. 227 f. 46 431 Mitglieder im September 1921 lt. HSTAD Reg. D 15 681, Bl. 135.

11 S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 318; K. F. Gesau, 1983, S. 199; W. Düwell, 1920, S. 39 f.; Vgl. zum Zustand der Ruhrgebiets-KPD E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 62.

12 Nach „Volkswacht" K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 183; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 62.

13 Polizeipräsident Ge an Regierungspräsident am 10./11.8.1920, weitergeleitet an das Innenministerium am 16.8.1920, in: ZSTAP RA/RMI 13 392, Bl. 40 ff.

14 M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 248, O. K. Flechtheim, 1948, S. 67. Vgl. H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 265 f.

15 Halbmonatsbericht OP Münster 15.11.1920 (StA Ge XXVI/9-B), S. 2; auch in: StA Bo LA 1 315; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 262.

16 R. F. Wheeler, 21 Bedingungen, 1975, S. 149; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 263; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 504 f. Nach S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 88 f. stieg die Zahl der KPD-Mitglieder in Westfalen von 5 000 auf 27 000 und im Niederrhein von 9 200 auf 55 000, die Gesamtpartei hatte nach übertriebenen eigenen Angaben am 15.1.1921 449 700 Mitglieder. Nach M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 249 53 000 Mitglieder in Rheinland-Westfalen. Vgl. O. K. Flechtheim, 1948, S. 71; S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 321 nach anderen Quellen.

17 S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 12 ff., 69 ff., zur KI 73 ff., zur Haltung Levis in der Frage des bolschewistischen Organisationskonzeptes 107 f. Vgl. O. K. Flechtheim, 1948, S. 72 f.; R. F. Wheeler, USPD, 1975, S. 268; H. Krause, USPD, 1975, S. 226 f.;

Februar 1921 eine „linkere" Parteigruppe durch, die beweisen wollte, daß die VKPD als Massenpartei „zur revolutionären Offensive fähig" sei. In völliger Fehleinschätzung der Lage in Deutschland und unter verwirrenden konspirativen Bedingungen wurde im Sinne einer „Offensivstrategie" versucht, revolutionäre Unruhen, die „Märzaktion", anzuzetteln. Nur geringe Teile der deutschen Arbeiterklasse – vorwiegend in Mitteldeutschland, Hamburg und dem Ruhrgebiet – folgten den Aufrufen der KPD zu Aufständen, die rasch niedergeschlagen wurden.[18] Obwohl die Ruhr-KPD unter dem Einfluß der ehemaligen Unabhängigen Levi näher stand, meinte auch die zur Parteilinken neigende KPD in Gelsenkirchen und Rotthausen, der putschistischen Parteilinie folgen zu müssen. So wurde auf einer Versammlung am 25. März vor 4 000-5 000 Menschen, von denen der Polizeipräsident die Hälfte als Schaulustige einschätzte, für den nächsten Tag der Generalstreik ausgerufen, um für „Räte-Deutschland" zu kämpfen. In der folgenden Nacht wurde die Zeche Graf Bismarck 1/4 besetzt und die Einfahrt der Morgenschicht dort und auf Wilhelmine Viktoria verhindert. In Gelsenkirchen streikten etwa 25% der Arbeiter, was weniger auf die Mobilisierung durch die Märzaktion der KPD zurückzuführen sein dürfte als auf die gleichzeitig aktuelle Frage der Schichtverlängerung. Dies fand seinen Ausdruck in den von den Streikenden vertretenen Forderungen nach der Sechsstundenschicht und drastischen Lohnerhöhungen. In einer erneuten Versammlung am 26. März wurde vor etwa 5 000 Menschen der Sturz der Regierung und die Einsetzung einer Räteverfassung gefordert. Anschließend wurde die Mittagsschicht von Rheinelbe zur Ausfahrt gezwungen. Nun traten die USPD und das Gewerkschaftskartell gemeinsam gegen den Putschversuch auf und verteilten entsprechende Flugblätter. Auch in Buer hatte am 25. März eine kommunistische Versammlung mit etwa 2 000 Teilnehmern stattgefunden, der Generalstreikaufruf der KPD aber noch weniger Resonanz gefunden als im Süden. Der geringe Einfluß des kommunistischen Putschismus zeigte sich im baldigen Abflauen der Streiks im Raum Gelsenkirchen, wo am 29. März wieder voll gearbeitet wurde.[19]

H.-U. LUDEWIG, 1978, S. 94 ff.; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 40; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 510 ff.

18 Ausführliche Darstellung der Ereignisse und Entwicklungen, die schließlich zum Aufstand führten: S. KOCH-BAUMGARTEN, Aufstand, 1986, S. 127 zur Vorgeschichte, 157 zum Beginn in Mitteldeutschland und zu Hamburg 175 ff. und Ergebnisse 222. Vgl. H. KRAUSE, USPD, 1975, S. 226 f.; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 73 ff.; A. ROSENBERG, Deutsche Republik, 1935, S. 140; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 41; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 514 ff.. Zur Beteiligung der KAPD: B. REICHENBACH, 1928, S. 123 ff.; H. M. BOCK, Syndikalismus, 1969, S. 297 ff. Vgl. H.-U. LUDEWIG, 1978, S. 98 f. und 190 ff. K. H. TJADEN, 1964, S. 14 f. sieht bis zur Märzaktion keine Änderung der politischen Linie. Flugblätter zur Märzaktion in: HSTAD Reg. D 15 963, Bl. 59, 82 f., 96 f., 112 ff., 124 ff.

19 Polizeipräsident Ge am 8.4.1921, in: STAM Reg. A I Pa 339; Bericht über die Vorgänge während des Generalstreiks in Ge vom 11.4.1921, in: STAM Reg A I Pa 286; Flugblätter, Bericht über den Verlauf der Unruhen März/April 1921 im Regierungsbezirk Düsseldorf, in: HSTAD Reg. D 15 822, Bl. 17 f., 101, 105, 112 ff., 160, 156 ff., 166 f.; Bericht vom 1.4.1921, in: HSTAD Landgericht und Staatsanwaltschaft Essen 6/224, BL. 1 f. zu der Gerichtsverhandlung gegen den kommunistischen Parteisekretär. Vgl. M. DÖRNEMANN, 1966,

Nach der mißlungenen Märzaktion und der offenbar gewordenen Entfremdung von Parteizentrale, Mitglied- und Anhängerschaft setzte ein Massenexodus aus der KPD ein. Auf dem Jenaer Parteitag im August 1921 wurden von der KPD etwa 360 000 Mitglieder angegeben. Diese Zahl war erheblich übertrieben, und die Partei mußte zugestehen, daß nur etwa 180 000 davon zahlende Mitglieder waren, darunter in Rheinland-Westfalen nur 7 300, bei einem Absinken der registrierten Mitgliederzahl auf 24 000.[20] Nach Polizeiangaben soll die KPD in Gelsenkirchen nach der Märzaktion noch etwa 600 Mitglieder gehabt haben.[21] Trotz des Fehlschlages wurde die Offensivstrategie nach der Märzaktion erneut bestätigt, und die KPD erlebte eine Stärkung des linken Flügels wegen der Austritte der Parteirechten und ehemaliger Unabhängiger. Der Bezirksausschuß der KPD Rheinland-Westfalens bestätigte den Kurs der Parteiführung am 13. April und führte das Fehlschlagen der Märzaktion auf Sabotage und Passivität zurück. Der KPD-Bezirksparteitag am 24. April stellte sich trotz einer starken Mittelgruppe und einer nicht unerheblichen Opposition hinter diesen Beschluß des Bezirksausschusses.[22] Erst im April wurden die Offensivtheoretiker verurteilt. Die Kritiker des Putschismus wurden jedoch nicht rehabilitiert, sondern wegen Kritik an der Parteimehrheit ausgeschlossen und bildeten die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft" (KAG), die sich 1922 der USPD anschloß und überwiegend mit ihr zur SPD zurückkehrte.[23] Nach dem 3. Weltkongreß der Komintern im Juni/Juli 1921 wurde auf dem Jenaer KPD-Parteitag im August 1921, ohne die Offensivstrategie grundsätzlich zu verwerfen, eine Wendung zur Einheitsfrontpolitik vollzogen.[24] Die Mitgliederzahl sank weiter ab, so daß auf dem 8. KPD-Parteitag im Januar 1923 für den Bezirk Ruhrgebiet im 3. Quartal 1922 nur von 18 500 Mitgliedern berichtet werden konnte.[25]

S. 239; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 236 f., 240, S. 253 f. und 278; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 2, 1928, S. 294 ff.; H.-U. Ludewig, 1978, S. 197 f.

20 S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 323 f. Vgl. O. K. Flechtheim, 1948, S. 76 und 80; H.-U. Ludewig, 1978, S. 99 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 529 f. Zu Rheinland-Westfalen: Halbmonatsbericht OP Münster 3.5.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 1; Halbmonatsbericht OP Münster 15.5.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 2; Halbmonatsbericht OP Münster 2.11.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 2; auch in: StA Bo LA 1 315.

21 Bericht über die Vorgänge während des Generalstreiks in Ge vom 11.4.1921, in: STAM Reg A I Pa 286.

22 HSTAD Reg. D 15 997, Bl. 66, S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 350 ff.; Halbmonatsbericht OP Münster 15.5.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 1 f.; auch in: StA Bo LA 1 315.

23 S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 328 ff. und 409 ff.; O. K. Flechtheim, 1948, S. 75 f. Vgl. R. Rettig, 1954, S. 65; H. Krause, USPD, 1975, S. 226 f. und 243 f.; A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 141 f.; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 305 ff.; H.-U. Ludewig, 1978, S. 102 ff.; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 41 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 524 ff.

24 O. K. Flechtheim, 1948, S. 76 f.; A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 141; S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1935, S. 368 ff.; K. H. Tjaden, 1964, S. 16 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 520 ff., 527 ff. und 537 ff.

25 S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 321.

Vereinigung von Rest-USPD und MSPD

Die Enttäuschung über den Weg zur Regierungsübernahme, dessen Folgen und die zahlreichen trotz der Regierungsübernahme unerfüllt gebliebenen sozialdemokratischen Forderungen erfaßte nicht nur große Teile der MSPD-Mitglieder und -Anhänger, auch in der Parteiführung setzte sich ab Ende 1919 die Erkenntnis der „Bürde der Macht" durch.[1] Die Entfremdung zwischen MSPD und großen Teilen der Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebietes beruhte aber nicht nur auf der Stellung der MSPD als Regierungspartei, sondern insbesondere auch auf den kulturellen Differenzen zwischen den nur wenig von sozialdemokratischen Denk- und Deutungsmustern beeinflußten Arbeitern der jüngeren Zonen des Ruhrgebietes, die nicht in den längerfristigen Perspektiven eines naturnotwendigen Übergangs zu einer im Sozialismus verkörperten besseren Lebensweise dachten und nach der Revolution sofort daran gehen wollten, das bessere Leben zu verwirklichen. Die Differenzen zwischen der Arbeiterkultur der radikalisierten Ruhrarbeiter und dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Politikmodell „Allmähliche Hebung der Arbeiterschaft"[2] hatten sich in den Massenbewegungen verdichtet und artikuliert.

Auch in der USPD hatten die radikalisierten Ruhrarbeiter bzw. ein großer Teil von ihnen längerfristig keine politische und kulturelle Heimat finden können und waren zur KPD oder linkskommunistischen, linksradikalen und syndikalistischen Verbänden übergegangen, die dem aktivistischen Handlungswillen zu entsprechen schienen. So hatte die Abspaltung ihres linken Flügels die USPD stark geschwächt. In Rheinland-Westfalen war der Vertrauenskörper der Partei bis zur Preußischen Landtagswahl im Februar 1921 noch nicht wiederhergestellt. Nach der mißlungenen Märzaktion der Kommunisten bemühte sich die USPD in Gelsenkirchen verstärkt darum, die an die KPD verlorenen Anhänger zurückzugewinnen und ihren Einfluß wieder auszubauen. So traten z. B. die beiden USPD-Spitzenfunktionäre Woczek und Neysters auf einer öffentlichen KPD-Versammlung am 20. Mai 1921 in Gelsenkirchen auf, und Woczek verurteilte die Putschtaktik als „Verbrechen an der Arbeiterschaft" und betonte, daß Sozialismus sich nicht mit Waffengewalt erzwingen lasse, während Neysters die Dritte Internationale, die „hündische Demut" verlange, bekämpfte und die Unvergleichbarkeit russischer und westeuropäischer Verhältnisse anführte.[3] Wie die Veranstaltungen vor und nach der Märzaktion zeigten, war die USPD besonders bemüht, sich neben der KPD als linke Arbeiterpartei zu profilieren, um nicht durch deren Alleinvertretungsanspruch von dieser aufgesogen zu werden. So beschäftigte sich eine weitere, schließlich von der KPD gesprengte USPD-Versammlung in Gelsenkirchen am 3.

---

1 S. Miller, Bürde, 1978, S. 365 und 450 zusammenfassend zur verzweifelten Lage, in der die Sozialdemokratie Regierungsverantwortung übernahm. Vgl. H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 246 ff. und 344 f.

2 Begriff bei: U. Dorow, W. Jäger, 1988, S. 107. Vgl. S. Goch, H. Schulze, 1988, S. 166.

3 Polizeipräsident Ge am 23.5.1921, in: STAM Reg. A I Pa 267.

August 1921 mit der Situation in der Sowjetunion und stellte klar, daß dort die Bauern kommunistenfeindlich geblieben, die Industrie militarisiert, die Ernährungsverhältnisse schrecklich, die Gewerkschaften verstaatlicht und die Gefängnisse überfüllt seien.[4] Die Versuche zum Wiederaufbau der USPD hatten z. T. Erfolg, und einige nach der Märzaktion ausgetretene KPD-Mitglieder schlossen sich wieder der USPD an.[5] Im Mai 1921 soll die Gelsenkirchener USPD nach Angaben der Polizei 2 160 Mitglieder gehabt haben.[6] Trotzdem war die USPD-Organisation in Rheinland-Westfalen sehr geschwächt, und so forderten z. B. die Gelsenkirchener auf dem Leipziger USPD-Parteitag im Januar 1922 eine stärkere Agitation im Ruhrgebiet.[7]

Trotz der weiteren Verbundenheit der Rest-USPD mit dem Rätegedanken und der Ablehnung von Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien[8] verloren viele inhaltliche Differenzen zwischen MSPD und USPD durch die Oppositionsrolle im Reich, die die MSPD nach der Reichstagswahl von 1920 wie die USPD einnahm, an Bedeutung. Besonders die Beurteilung von Fragen der Arbeit in den Gewerkschaften, die Ablehnung der Gewerkschaftsspaltung und die Unterordnung der Betriebsräte unter die Gewerkschaften führte über den ADGB und die Abgrenzung der Rest-USPD gegenüber den Kommunisten zu einer Annäherung der beiden sozialdemokratischen Parteien.[9] Auch in Gelsenkirchen hatten 1921 im DMV USPD und MSPD bei den Wahlen zum DMV-Verbandstag zusammengearbeitet und die kommunistische Liste geschlagen; und im Alten Verband hatten beide sozialdemokratischen Parteien bei den Delegiertenwahlen zum Verbandstag 1921 eine gemeinsame Liste aufgestellt.[10] Auf dem USPD-Parteitag im Januar 1922 in Leipzig forderte die Gelsenkirchener USPD dann in einem Antrag, „keine Beschlüsse zu fassen, welche der Einigung der Arbeiterklasse hindernd im Wege stehen". Allerdings sollte die „Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte" auf der „Erhaltung des marxistischen Klassenkampfes" basieren.[11] Die Unterbezirkskonferenz der USPD Bochum-Gelsenkirchen verlangte in der Frage der Einigung der sozialdemokratischen Parteien am 13. August 1922 wiederum, „daß die geeinte Partei sich auf den Boden schärfsten Klassen-

---

4 Polizeipräsident Ge am 5.8.1921, in: STAM Reg. A I Pa 268.

5 Polizeipräsident Ge am 26.6.1921, in: STAM Reg A I Pa 286. Vgl. Halbmonatsbericht OP Münster 3.5.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 1 f., auch in: StA Bo LA 1 315.

6 Polizeipräsident Ge am 24.5.1921, in: STAM Reg A I Pa 286.

7 PROTOKOLLE DER PARTEITAGE, Bd. 4, 1976, USPD-Parteitagsprotokoll 1922, S. 31.

8 Antrag, in: PROTOKOLLE DER PARTEITAGE, Bd. 4, 1976, USPD-Parteitagsprotokoll 1922, S. 36 f. Zur Ablehnung der Koalitionsregierung Polizeipräsident Ge am 19.1.1922, in: STAM Reg. A I Pa 268. Vgl. H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 313.

9 Zum gemeinsamen Vorgehen in gewerkschaftlichen Fragen G. HÖGL, Gewerkschaften, 1982, S. 310 ff. und 373; P. v. OERTZEN, Betriebsräte, [2]1976, S. 194. Vgl. S. MILLER, Bürde, 1978, S. 417 ff.; D. W. MORGAN, 1975, S. 400-409; H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 156 ff. und 376 ff.

10 Polizeipräsident Ge am 9.8.1921; Polizeipräsidenten Ge am 9.7.1921, in: STAM Reg A I Pa 286.

11 Im Zusammenhang der „Wiener Arbeitsgemeinschaft": PROTOKOLLE DER PARTEITAGE, Bd. 4, 1976, USPD-Parteitagsprotokoll 1922, S. 40.

kampfes zu stellen hat"[12]. Der erste Schritt zur Vereinigung von MSPD und USPD wurde dann am 14. Juli 1922 durch Bildung einer Fraktionsgemeinschaft im Reichstag getan.[13] In der Stadt Buer schlossen sich die Fraktion der USPD und die der MSPD am 21. Juli zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, der sogar die aus linken Unabhängigen gebildete KPD-Fraktion in bestimmten Fragen, gemeint war wahrscheinlich der Schutz der Republik nach der Mordserie im Reich, ihre Unterstützung zusagte.[14] Die (Wieder-)Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien wurde dann nach getrennten Parteitagen am 24. September 1922 auf dem Einigungsparteitag in Nürnberg vollzogen. Die problemlose Form der Vereinigung zur „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" und das fast als Aufgehen in der SPD zu bezeichnende Ende der USPD zeigten deutlich, wie sehr sich die Parteien angeglichen hatten bzw. Unterschiede verwischt worden waren.[15] Am 16. November 1922 schlossen sich in Buer die Stadtverordnetenfraktionen von USPD und MSPD endgültig zusammen.[16] Ein Teil der Bueraner USPD-Fraktion ging diesen Weg nicht mit und wechselte zur KPD, so daß von den Bueraner Stadtverordneten im Verlauf von zwei Jahren etwa jeweils die Hälfte zur MSPD und zur KPD ging.[17] Die beiden sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen im Gelsenkirchener Stadtparlament schlossen sich am 3. November 1922 zusammen, die Verschmelzung der Parteien in der Unterbezirksorganisation war Anfang Dezember vollzogen.[18] In Gelsenkirchen erfolgte die Vereinigung der beiden Parteien nach den Konflikten der vergangenen Jahre und angesichts der klassenkämpferischen Haltung der zurückkehrenden Unabhängigen nicht so problemlos wie es für die Gesamtorganisation den Anschein hatte. Hier verdächtigten die ehemaligen Mehrheitssozialdemokraten die ehemaligen Unabhängigen, „geheim ihren Stamm zu erhalten" oder sogar eigene Beiträge zu kassieren.[19] Unbestreitbar war, daß einige Unabhängige bald führende Funktionen in der vereinigten Partei übernahmen.[20]

---

12 Polizeipräsident Bochum am 23.8.1922, in: StA Bo LA 1 315.

13 R. F. WHEELER, USPD, 1975, S. 278; H. KRAUSE, USPD, S. 247 f. und 250; D. W. MORGAN, 1975, S. 419 ff.; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 457 f. und 486 ff.; zum Drängen der kooperationsbereiten Kräfte aus der Gewerkschaftsopposition: H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 194 und 223 f.; H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 313 ff.; G. HÖGL, Gewerkschaften, 1982, S. 423.

14 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung 21.7.1922, in: StA Ge IV/11/30-B, Bl. 196 ff.

15 H. KRAUSE, Kontinuität, 1976, S. 102; D. W. MORGAN, 1975, S. 436 ff. Zur programmatischen Rückkehr zur Erfurter Tradition: H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 486-494.

16 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung 16.11.1922, in: StA Ge IV/11/30-B, Bl. 205.

17 Es gingen Fuchs, Bittner, Klode (Nachrücker ?) und Simiantkowski nicht mit. Protokoll der Stadtverordnetenversammlung 16.11.1922, in: StA Ge IV/11/30-B, Bl. 205. Drei Unabhängige (von ehemals 18) hatten sich schon 1920 von der Partei getrennt (s. o.).

18 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung 3.11.1922, in: StA Ge IV/11/15-Ge, Bl. 403; Polizeidirektor Bochum am 9.12.1922, in: StA Bo LA 1 315.

19 W. FRIEDRICH, 1923, S. 11.

20 Z. B. der langjährige Stadtverordnete Neysters in Ge, Pietzka in Buer und der Gelsenkirchener Parteisekretär und Stadtverordnete Johann Brüntink. Vgl. Interview Johann Simon

Ein Teil der USPD-Mitglieder vollzog die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien nicht mit, weil sie nicht in die Partei von Noske und Scheidemann zurückkehren mochten, aber auch nicht zur KPD gehen wollten, und schieden aus der parteipolitischen Betätigung in der Arbeiterbewegung aus, während nur eine unbedeutende Minderheit die USPD bis zu deren Aufgehen in der SAP 1931 weiterführte.[21] In der Stadt Gelsenkirchen fand noch am 14. Dezember 1922 eine USPD-Volksversammlung mit Georg Ledebour statt, der die kleine Rest-USPD, die im November in Gelsenkirchen 12 und im Dezember 16 Mitglieder gehabt haben soll, weiterführte. Nach Abschluß des Spaltungs- und Differenzierungsprozesses hatte diese Versammlung geradezu gespenstischen Charakter, weil ehemalige Unabhängige, die nun als Sozialdemokraten oder als Kommunisten sprachen, in der Versammlung jeweils unter Berufung auf die alten Ideale Ledebour zum Übertritt in ihre jeweilige Partei aufforderten.[22]

Gewerkschaftsopposition und Gewerkschaftsspaltung

Nach den Massenbewegungen, die die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Revolution artikuliert hatten, verloren die Freien Gewerkschaften bzw. in Gelsenkirchen insbesondere der Alte Verband, die sich aufgrund ihres von alter Arbeiterbewegungskultur geprägten gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins und aufgrund gestiegener Ambitionen und der spezifischen politisch-sozialen Gegebenheiten der ersten Nachkriegsjahre zur Übernahme vielfältiger neuer Aufgaben und zu staatstragender Politik gezwungen gesehen hatten, viele der nach der Revolution neugewonnenen und meist jüngeren Mitglieder, die nicht hatten sozialdemokratisch geprägt werden können.[1]

9.4.1986, Interview Albert Guth 22.4.1986. Vgl. allgemein: H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 497 f.

21 H. DRECHSLER, 1962, S. 132 f. 1923/24 hatte die USPD etwa 10 000 Mitglieder. Vgl. G. HÖGL, Gewerkschaften, 1982, S. 425; H. KRAUSE, USPD, S. 258 ff.; H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 494 ff. Nach Polizeipräsident Ge am 27.11.1920, in: STAM Reg A I Pa 401 vollzogen alle USPD-Mitglieder bis auf 11, die z. T. zur KPD gingen, die Vereinigung zur VSPD mit.

22 Polizeipräsident Ge am 18.12.1922, in: STAM Reg. A I Pa 268.

1 Zur politischen Rolle der Gewerkschaften Zusammenfassung bei: H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 445 ff. Vgl. G. HÖGL, Gewerkschaften, 1982, S. 188; K. TENFELDE, Linksradikale Strömungen, 1979, S. 220; K. TENFELDE, Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, 1983, S. 336; H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 42 f., 54, 57 und 167; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 69 f. Aus bürgerlicher Sicht: W. FRIEDRICH, 1923, S. 12.

Tabelle 40: Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Dachverbände und der Bergarbeiterverbände im Reich, im Ruhrgebiet und im Raum Gelsenkirchen 1918–1925[2]

Jahr	ADGB Reich	Chr. Gew. Reich	BAV Reich	GCB Reich	Polen Ruhr	BAV Ruhr	BAV Bez. Ge	BAV Bez. Gla	BAV Buer
1918	2 866 012	538 559	326 747	140 601	20 834	185 540	20 586	24 990	9 563
1919	7 337 477	1 000 770	436 527	152 216	46 261	159 136	13 985	16 110	5 801
1920	8 032 057	1 105 894	467 339	163 767	45 000	163 356	11 755	14 559	4 376
1921	7 751 957	1 028 900	447 401	172 754	45 018	152 255	11 457	13 585	3 915
1922	7 821 558	1 033 506	395 836	141 016	33 200	107 174	8 289	8 925	2 387
1923	5 817 258	806 992	299 811	134 241		97 251	7 211	10 195	2 768
1924	4 023 867	612 952	190 224	101 715		67 305			
1925	4 182 511	582 319	187 818	98 656		65 585			

Gleichzeitig mit der Abwendung von Teilen der Mitgliedschaft vom Bergarbeiterverband bildete sich eine innerorganisatorische Opposition, deren Führung in Händen der Unabhängigen lag. Die mehrheitssozialdemokratische Verbandsführung konnte sich aber eine Zweidrittelmehrheit erhalten.[3] Um seine Mitglieder zu halten und die innere Opposition zu schwächen, mußte der Alte Verband Erfolge erringen. Nach langen Verhandlungen mit den Arbeitgebern im Mai 1919 erreichten die traditionellen Gewerkschaftsverbände eine Schichtlohnzulage, Arbeitszeitverkürzung vor Orten mit hohen Temperaturen und Urlaub.[4] Am 25. Oktober 1919 wurde der erste Manteltarifvertrag, in dem alle Verhandlungsergebnisse der vergangenen Zeit zusammengefaßt waren, unterzeichnet.[5]

Im Deutschen Metallarbeiterverband hatte sich schon früh eine der USPD verbundene Opposition gezeigt. Nach der Durchsetzung der Opposition unter Führung der gemäßigten Unabhängigen auf dem DMV-

2 Jahresendzahlen. Zu den Dachverbänden und den christlichen Verbänden M. SCHNEIDER, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 452, 768 und 771 (ADGB nach: Dietmar PETZINA, Werner ABELSHAUSER, Anselm FAUST, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, S. 111). Polen=Bergarbeiterabteilung der polnischen Gewerkschaft ZZP im Ruhrgebiet nach C. KLESSMANN, Integration, 1978, S. 283. Zum BAV und zum Raum Ge VERBAND DER BERGARBEITER, Geschäftsbericht 1917/18, S. 45 f.; K. F. GESAU, 1983, Anhang, S. 38, 124 und 128; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 99 und 117; ADGB BUER, 1925, S. 14 f. Vgl. K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 171; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 116. DMV-Mitgliederzahlen nach F. OPEL, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 122; F. OPEL, D. SCHNEIDER, ²1966, S. 444: 1918 - 786 186, 1919 - 1 605 186, 1920 - 1 608 932, 1921 - 1 587 088, 1922 -1 624 554, 1923 - 1 219 761, 1924 - 710 934, 1925 - 764 609.

3 Die Generalversammlung im Juni 1919 lehnte mit 177 zu 80 Stimmen den Antrag, dem Vorstand wegen dessen Verhalten im Krieg und in der Revolution das Mißtrauen auszusprechen, ab. Von den sechs Delegierten aus Gelsenkirchen gehörten zwei (Johann Schöne (USPD) und W. Muntenbeck (später KPD, Betriebsratsmitglied auf Holland 1/2)) der innerverbandlichen Opposition an. M. DÖRNEMANN, 1966, S. 109 ff.; K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 172; K. WISOTZKY, Unruhen, 1977, S. 122. Vgl. P. v. OERTZEN, Betriebsräte, ²1976, S. 119 f.; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 175.

4 M. DÖRNEMANN, 1966, S. 112 ff., 117 und S. 124; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 67.

5 M. DÖRNEMANN, 1966, S. 120 ff.; H. MOMMSEN, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 287; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 79 ff.

Verbandstag im Oktober 1919 wurde der DMV „Zentrum der Opposition gegen die Politik der Gewerkschaftsführung"[6], was auf die radikalisierenden Wirkungen der beispiellosen Expansion der Rüstungsindustrie im Krieg, des entsprechend außerordentlich hohen Anteils jugendlicher Arbeiter, der rapiden Umstrukturierung der Betriebs- und Arbeitsformen und der intransigenten Haltung der Metallindustriellen zurückzuführen war.[7] Trotz des Sieges der Opposition im DMV vermochte dieser die nach der Revolution neu gewonnenen Mitglieder nicht zu halten, und wie beim Bergarbeiterverband gingen die neuen Mitglieder wieder verloren, so daß 1924 gegenüber 1913 nur noch 30% mehr Mitglieder verzeichnet wurden.[8] Auch in Gelsenkirchen entstammten viele der führenden Unabhängigen dem DMV, und schließlich wurde auch die Ortsverwaltung von Unabhängigen besetzt.[9]

Auf dem Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands im Sommer 1919 in Nürnberg konnten sich die Oppositionellen nicht durchsetzen. Der Gewerkschaftskongreß billigte schließlich mit 445 Stimmen, die 3 307 335 Mitglieder vertraten, gegen 179 Stimmen, die hauptsächlich aus dem DMV kamen und 1 483 779 Mitglieder vertraten, die Politik der Generalkommission. Auch die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern wurde gebilligt. Angesichts der Spaltung der sozialistischen Bewegung beschlossen Mehrheit und Opposition gemeinsam die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien, womit das Mannheimer Abkommen von 1906 gekündigt wurde. Unter dem neuen Namen „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund" (ADGB) wurde die Generalkommission reorganisiert und zentralisiert, um den ausgeweiteten und neuen Aufgaben gerecht zu werden.[10]

Die Unzufriedenheit mit der Politik der traditionellen Gewerkschaftsverbände führte nicht nur zu inneren Auseinandersetzungen, sondern im

---

6 F. Opel, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 90 ff. Vgl. H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 71 f. Ausführlich zu den Auseinandersetzungen im DMV G. Högl, Gewerkschaften, 1982, S. 230 f., 240 f. und 244 f.; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 217 ff.; D. W. Morgan, 1975, S. 271 f. Neben dem Metallarbeiterverband traten auch die Verbände der Bauarbeiter, Schuhmacher, Zimmerer, Maler, Steinsetzer, Fleischer und Kürschner aus der Arbeitsgemeinschaft aus. G. D. Feldman, I. Steinisch, Industrie, 1985, S. 52 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 172 und 218 f.; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 68 ff. und 182 f.

7 H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 219.

8 DMV-Mitglieder in Rheinland-Westfalen lt. W. Abelshauser, R. Himmelmann, 1988, S. 159: 1918 - 163 946, 1919 - 340 477, 1920 - 350 477, 1921 - 349 794, 1922 - 326 997, 1923 - 286 964. Vgl. I. Steinisch, Gewerkschaftliche Organisation, 1980, S. 125 und S. 134; auch H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 55 und 57 f. und 370 f. zum Organisationsgrad in der Metallindustrie.

9 Polizeipräsident Ge am 1.4.1922, in: STAM Reg. A I Pa 339.

10 H. J. Varain, 1956, S. 159 f.; G. Högl, Gewerkschaften, 1982, S. 217 ff.; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 66 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 25 ff. und 222; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 157 f., F. Opel, Metallarbeiter-Verband, ²1962, S. 91 f; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 215 f.; G. D. Feldman, I. Steinisch, Industrie, 1985, S. 48 ff.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 267 und 276. Resolution zur politischen Neutralität, in: U. Borsdorf, H. O. Hemmer, M. Martiny, 1977, S. 71.

Zusammenhang mit der bald nach der Revolution erfolgenden Austrittswelle entstanden auch neue Konkurrenzorganisationen, die den Gewerkschaften das Leben schwer machten. Im Ruhrgebiet, insbesondere im Ruhrbergbau, entwickelten sich sogenannte Unionen. In ihnen manifestierten sich auch anarchistisch-syndikalistische Traditionen, „die in der Räteidee angelegte Auflehnung gegen die überkommenen Gewerkschaftsorganisationen" und „die in der Räteidee gleichfalls angelegte Auflehnung gegen die überkommenen politischen Parteiorganisationen".[11] Aufgrund der Marxismus-Interpretation der Unionen erschien die Trennung von politischen und wirtschaftlichen Funktionen als „einer der Kardinalfehler der gewerkschaftlichen Praxis"[12], und die „Allgemeine Bergarbeiter-Union" hatte sich folgendermaßen charakterisiert[13]: „Hervorgegangen aus dem Kampf sowohl gegen das Zechenkapital um Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter, als auch gegen die politischen Machtfaktoren um die Sozialisierung des Bergbaus vertritt sie die Gesamtinteressen der Bergarbeiter." Faktisch war allerdings unbestreitbar, daß zahlreiche Mitglieder der Unionen auch parteipolitisch organisiert waren, was zeigte, daß das Denkmuster der Trennung von politischem und wirtschaftlichem Kampf in unterschiedlichen Organisationen weiterwirkte.[14] Die Stärke der Unionen war aber letztlich begründet „aus dem Gegensatz zu den etablierten Arbeiterorganisationen, ihren Fehleinschätzungen, ihren Fehlentscheidungen und ihrer Borniertheit gegenüber den Massen"[15]. So blieb die in Gelsenkirchen wegen des peripheren Einflusses von Syndikalisten oder Anarchisten als unionistisch zu bezeichnende Bewegung bezogen auf die Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung und, wie die fast vollständige Auflösung der Unionen gegen Mitte der 1920er Jahre zeigte, eng verbunden mit der parteipolitischen Entwicklung in der Arbeiterbewegung, insbesondere der kommunistischen.

Die Abwanderung von Bergarbeitern aus den Gewerkschaften hatte im Februar 1919 zur Gründung des „Reichsverbandes der Arbeiter Deutschlands" geführt, woraus auf der Rätekonferenz am 30. März die „Allgemeine Bergarbeiter-Union" hervorging, die durch KPD-Gelder unterstützt wurde.[16] Neben der ABU waren infolge der Unzufriedenheit mit den gewerkschaftlichen Organisationen weitere unionistische Gruppen entstanden, wie der „Allgemeine Arbeiter-Verband/Allgemeine Bergarbeiter-Verband" (Gelsenkirchen und Düsseldorf), dem sich im Mai die „Allgemeine Bergarbeiter-Union" anschloß, die „Deutsche Arbeiter-Union"

---

11 P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 207; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 122 ff. Vgl. J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 161.

12 A. Bartels, 1920, S. 3.

13 Satzung der ABU, in: STAM OP 6 523.

14 E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 58 f.

15 K. F. Gesau, 1983, S. 5. P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 207 bezeichnet die Unionen „als das organisatorische Ergebnis der Enttäuschung über die Niederlage und des daraus folgenden Radikalisierungsprozesses". Vgl. A. Hauck, 1923, S. 118.

16 Polizeipräsident Bochum am 23.4.1919, in: STAM OP 6 217, vgl. OP 6 523; Abschrift des Schreibens der Union vom 2.5.1921, in: STAM Reg. A I Pa 267; M. Dörnemann, 1966, S. 102.

(Düsseldorf), die der Ruhr-KP nahestehende „Allgemeine Arbeiter-Union" (Essen) und die „Bergarbeiter-Union".[17] Die vielfältigen Vereine verfügten zunächst nicht über einheitliche Anschauungen, und selbst innerhalb der Organisationen gab es kaum Einheitlichkeit. Auch konnte zunächst nicht von einer syndikalistischen Orientierung gesprochen werden, sondern in den Unionen und Vereinen sammelten sich Anarchisten, Syndikalisten, Kommunisten, Unabhängige, Unzufriedene und Desorientierte. Die „Dynamik des syndikalistischen Programms" zeigte sich erst, als am 15./16. September 1919 die vier bedeutensten Unionen (Allgemeine Arbeiter-Union/Essen – 4 Delegierte, Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union/Düsseldorf – 8 Delegierte, Allgemeiner Arbeiter-Verband/Allgemeiner Bergarbeiter-Verband/Düsseldorf – 33 Delegierte, Allgemeine Bergarbeiter-Union/Gelsenkirchen – 14 Delegierte) mit der syndikalistischen, aus den Lokalisten hervorgegangenen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" (46 Delegierte) in Düsseldorf zusammentrafen. Bei der Erörterung von Grundsatzfragen war das einzig festumrissene Programm das der Syndikalisten. Die beteiligten Organisationen schlossen sich unter dem Namen „Freie Arbeiter-Union" zusammen, und diese folgte auf der Basis der Betriebsorganisation der formulierten Programmatik der Syndikalisten.[18]

In Gelsenkirchen brachte der Generalstreik im April 1919 einen starken Aufschwung für die unionistische Bewegung, die sich im Verlauf des Jahres 1919 zum stärksten Verband auf den Gelsenkirchener Zechen entwikkelte. Zur Jahreswende 1919/20 war angeblich etwa die Hälfte der Bergarbeiter in der FAU organisiert.[19] Die Forderungen der FAU entsprachen denen der Massenbewegungen, aus denen sie hervorgegangen war: Sechsstundenschicht, Einheitslohn, Abschaffung der Geldstrafen usw. Die Betriebsratsmitglieder wurden verpflichtet, „nur nach vorheriger Zustimmung der Belegschaft mit der Werksverwaltung zu verhandeln" und „mindestens einmal im Monat Belegschaftsversammlungen einzuberu-

---

17 Polizeipräsident Ge am 17.8.1919, in: HSTAD Reg. D 15 976, Bl. 5 zum Aufgehen der ABU im Allgemeinen Arbeiter-Verband, der in Ge ein Büro unterhielt; M. Dörnemann, 1966, S. 102; K. F. Gesau, 1983, S. 180; A. Hauck, 1923, S. 119. Vgl. HSTAD Reg. D. 15 972, Bl. 17.

18 M. Dörnemann, 1966, S. 102 f.; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 172; K. F. Gesau, 1983, S. 180 und Anhang S. 62 Richtlinien der „Freien Arbeiter-Union" für Rheinland-Westfalen; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 134 f. zur Gründung, 357 zu den Richtlinien, die als Kompromiß bezeichnet werden (S. 137). Vgl. R. Rettig, 1954, S. 79; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 58; A. Hauck, 1923, S. 119 f.; Abschrift des Schreibens der Union vom 2.5.1921, in: STAM Reg. A I Pa 267; Schreiben vom 3.12.1919, in: STAM BK 82; Richtlinien, in: STAM BK 324, Bl. 134; Polizeipräsident Ge am 19.8.1919, in: HSTAD Reg. D 15 976, Bl. 6 über eine Konferenz des Allg. Arbeiter-Verbandes mit 144 vertretenen Zechen, wo die Vereinigung der oppositionellen Verbände gefordert worden war. Vgl. HSTAD Reg. D 15 973, Bl. 6 ff.; HSTAD Reg. D 15 972, Bl. 184; HSTAD Reg. D 15 809, Bl. 1 ff.

19 Auf Consolidation 1/6 waren z. B. 1 100 Bergleute in der FAU organisiert, 700 auf Graf Bismarck, 2 400 auf Bergmannsglück und Westerholt, 400 auf Scholven und die Mehrheit der Nordstern-Kumpel. HSTAD Reg. D 15 972, Bl. 312, 336, 343, 474; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 171; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 117. Vgl. E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, ²1974, S. 58 zum Schwerpunkt der Union in Ge und Wattenscheid.

fen"[20]. Entsprechend dem Differenzierungsprozeß im Ruhrproletariat waren in der FAU im Raum Gelsenkirchen hauptsächlich Anhänger der USPD und der Kommunisten organisiert, während Syndikalisten im Gegensatz zu den Unionen in anderen Städten keinen Einfluß auf den Verband hatten und separat in einer nur 500 Mitglieder starken Ortsgruppe der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" organisiert waren.[21] Entsprechend forderte die USPD-Untergliederung Bochum-Gelsenkirchen auf dem Leipziger USPD-Parteitag Ende 1919, „den Zentralverbänden also keine bevorzugte Stellung einzuräumen" und „gegenüber den linksstehenden Gewerkschaften völlige Neutralität zu üben". Wohl wegen der Stärke der Union im Bereich des Bergbaus hielten die Bochum-Gelsenkirchener eine „besondere Neutralitätserklärung" „für die Organisation der Bergarbeiter" unabhängig von einer Grundsatzentscheidung des Parteitages zur Gewerkschaftsfrage für geboten.[22]

Das Zusammengehen von Syndikalisten, Kommunisten und Unabhängigen in der FAU führte naturgemäß zur Herausbildung einer „Anzahl Gruppen und Richtungen"[23]. Aufgrund der starken Beteiligung von Unabhängigen und Kommunisten an der FAU, die am Jahresende 1919 etwa 28 000 Ruhrbergarbeiter organisierte, kam es bereits ab Ende 1919 zur Abspaltung der wenigen Syndikalisten, und die neue Union der Kommunisten und Unabhängigen nannte sich „Freie Arbeiter-Union (Räte-Organisation Deutschlands)", die ihren Sitz in Gelsenkirchen hatte und deswegen „FAU Gelsenkirchener Richtung" genannt wurde.[24] Diese kommunistische Union, die sich auf ihrem ersten Reichskongreß im November 1920 mit einer mitteldeutschen und einer oberschlesischen Bergarbeiterunion zusammenschloß, behauptete unter den Unionen den stärksten Einfluß bis zu ihrem Aufgehen in der „Union der Hand- und Kopfarbei-

---

20 Leitsätze der Betriebsratsmitglieder, die der Freien Arbeiter-Union angehören, in: STAM OP 6 217.

21 Der Einfluß von USP und KP zeigte sich auch daran, daß deren beiden Gelsenkirchener Vorsitzenden Gerhard Neysters (USPD) und Adam Sauer (KPD) und aus Buer die führenden Unabhängigen Hammer und Dzimba an der o. g. Düsseldorfer Konferenz teilnahmen. Schreiben vom 13.9.1919, Schreiben vom 3.12.1919, in: STAM BK 82, HSTAD Reg. D 15 972, Bl. 86. Vgl. K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 172; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 117 f. Zum starken USPD-Einfluß: W. Düwell, 1920, S. 10. Ebenso berichtet E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, [2]1974, S. 59 von einer USPD-Mehrheit der Mitglieder der Union in Ge und Wattenscheid.

22 Protokolle der Parteitage, Bd. 2, 1976, USPD-Protokoll Parteitag 1919 Leipzig, S. 23.

23 A. Bartels, 1920, S. 19.

24 Ebd., S. 19 f. Nach H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 127 f., 132, 170 und 180 f. hatte die alte nach dem April-Generalstreik stark angeschlagene Allgemeine Bergarbeiter-Union auch in der FAU ihre Selbstständigkeit bewahrt und bildete nun den Kern der parteikommunistisch orientierten Abspaltung. Vgl. Konferenz der Syndikalisten am 20.6.1920, in: STAM BK 210, Bl. 38. Vgl. H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 300. Die Abspaltung dürfte nach K. F. Gesau, 1983, S. 182 und 203 auch auf Auswirkungen des Heidelberger KPD-Parteitages zurückzuführen sein. Abschrift eines Anschlagplakates der FAU, in: ZSTAP RA/RMI 13 392, Bl. 28 f. Vgl. P. v. Oertzen, Betriebsräte, [2]1976, S. 213; E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1, 1974, S. 59; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 70; A. Hauck, 1923, S. 120. Falsche Darstellung: F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, [2]1978, S. 159. Zu vereinfacht: H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 271 f.

ter" 1921.[25] Entsprechend der Programmatik nannten sich im Dezember 1919 die Syndikalisten aus der ehemaligen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" in dem Rest der alten FAU „Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten)".[26]

Inhaltlich fühlte die FAU der Gelsenkirchener Richtung sich der „unverfälschten marxistischen Lehre" verpflichtet und betrachtete die Gewerkschaften als mit dem kapitalistischen Staat verbunden, was in der Konsequenz die Zerschlagung der Gewerkschaften notwendig machte.[27] Weiter wurde sogar die Hoffnung verbreitet, mit der Schwächung der Gewerkschaften durch Massenabwanderung „das Bollwerk des kapitalistischen Staates und damit diesen Staat selbst" vernichten zu können.[28] Aufgrund der Forderung nach Verwirklichung des Rätesystems sollten revolutionäre Betriebsorganisationen als „Teil des Rätesystems" die Organisationsgrundlage bilden und quasi schon das Rätesystem antizipieren, und in der Neunerkommission wurde eine praktisch vorhandene Zentralisierung erblickt.[29] Im Gegensatz zu den traditionellen Gewerkschaften wurde dies als „Zentralismus von unten" begriffen, da keine Beschlüsse von oben bindende Wirkung haben sollten. Dies war nach Ansicht der Union auch nicht notwendig, da eine revolutionäre Situation gegeben sei, in der die zur Revolution reifen Massen sich selbst führen könnten.[30] Folgerichtig wurden Streikunterstützung, fest institutionalisierte Kampfformen, Tarifverträge und die Arbeitsgemeinschaftspolitik abgelehnt. Eine der Folgen solcher Strategie der Union war ein geringerer Finanzbedarf, der sich in niedrigeren Beiträgen ausdrückte, was vom Alten Verband wohl nicht ganz zu Unrecht als einer der Gründe für Übertritte zur Union angesehen wurde.[31] Doch begründet war der Erfolg der Union darin, daß sie die Hoffnungen der oft jungen und hochmobilen Bergarbeiter Gelsenkirchens zu erfüllen schien, sich scheinbar sofort an die Verwirklichung der Sozialisierung machte und offensiv vorging und damit auch der von den Bergarbeitern täglich praktizierten Strategie großer Mobilität, Flexibilität und direkter Konfliktaustragung entsprach und mit ihrem Organisationsprinzip, das relativ selbständige Betriebsorganisationen und keine zentralisierte, auf lokalen Zahlstellen aufbauende Organisation vorsah, an die Arbeitsorganisation anknüpfte. So artikulierte sich in den Unionen die

---

25 H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 300; A. Hauck, 1923, S. 120; A. Bartels, 1920, S. 25; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 180 f. zum zunächst vorhandenen Einfluß der USPD und (im Widerspruch dazu ?) zum Einfluß von KAPD und KPD. Vgl. zum Reichskongreß: HSTAD Reg. D 15 973, Bl. 299 ff.

26 P. v. Oertzen, Betriebsräte, ²1976, S. 209 ff.; K. Wisotzky, Unruhen, 1977, S. 117. Vgl. M. Dornemann, 1966, S. 174; K. F. Gesau, 1983, S. 182 und 203; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 155 f. und 363 (Prinzipienerklärung).

27 A. Bartels, 1920, S. 3 und 12 (geschrieben bis Mai 1920, in Haft).

28 Ebd., S. 17.

29 Ebd., S. 19 ff.

30 Ebd., S. 24.

31 Ebd., S. 29 ff. Z. B. im September 1922 lag der Wochenbeitrag beim Alten Verband bei 29 Mark, bei der Union bei 10 Mark. Vgl. W. Friedrich, 1923, S. 40 und 49; Satzung, in: STAM OP 6 523; A. Hauck, 1923, S. 85 f.; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 73 f.

Bergarbeitererfahrung direkter betrieblicher Konfliktaustragung, während die freigewerkschaftlichen Verbände die Form repräsentativer Verbändedemokratie verkörperten.[32] Der schon in der Vorkriegszeit angelegte Unterschied zwischen Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur fand nach den Herausforderungen der Anfangsphase der Weimarer Republik also seinen organisatorischen Niederschlag in den Unionen. Die Ergebnisse der ersten Betriebsratswahlen auf der neuen gesetzlichen Grundlage im Frühjahr 1920 zeigten die Schwächung der freigewerkschaftlichen Verbände. Während sich im Bergbau viele Bergarbeiter vom Alten Verband ab- und der Union zuwandten, blieben die Metallarbeiter beim freigewerkschaftlichen DMV, wo sich die Opposition durchgesetzt hatte.

Tabelle 41: Zusammensetzung der Betriebsräte im Ruhrbergbau und auf den Schachtanlagen im Raum Gelsenkirchen 1920[33]

	Ruhrbergbau		Ge	
	abs.	in %	abs.	in %
BAV	1 250	47,2	39	25,0
AfA	–	–	14	9,0
Union/Opposition	700	26,4	63	40,4
GCB	500	18,9	28	17,9
Polen	190	7,2	3	1,9
Hirsch-Duncker	9	0,3	–	–
Verschiedene	–	–	9	5,8
insgesamt	2 649	100,0	156	100,0

32 Vgl. K. Tenfelde, Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, 1983, S. 338. „Betriebsferne der in den zentralen staatlichen und wirtschaftspolitischen Gremien vertretenen Führer" der traditionellen Gewerkschaften bei: R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 70. Vgl. M. Zimmermann, Schachtanlage, 1987, S. 99.

33 In Ge Consolidation 1/6, 2/7, 3/4, Wilhelmine Viktoria 1/4, 2/3, Hibernia, Nordstern 1/2, 3/4, Bergmannsglück, Westerholt, Scholven. M. Dörnemann, 1966, S. 194 f.; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 111. Geringfügig abweichende Anteilswerte (Arbeitervertreter) M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 252, nach Nachrichtenblatt, 1929, S. 38. Vgl. K. F. Gesau, 1983, Anhang, S. 133 und 135; B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 128 ff.; W. Abelshauser, Umsturz 1988, S. XXXIII. E. Bloch, 1924, Anlage 12: Freie Gewerkschaften - 1 230 Mandate, Gewerkverein - 535 Sitze, Hirsch-Duncker-Gewerkverein - 9 Mandate, Polen - 192 Mandate, Union - 714 Mandate, Syndikalisten - 30 Mandate, nach Bergarbeiter-Zeitung 17 vom 29.4.1922. Bergrevier Ge nach: STAM BAG A 11 – 26, Jahresbericht der staatlichen Steinkohlenbergwerke 1920, in: STAM OP 6 180; Betriebsberichte der preußischen Bergwerksdirektion, in: STAM OP 6 886.

Tabelle 42: Zusammensetzung der Betriebsräte in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest und im Raum Gelsenkirchen 1920[34]

		DMV	Christl.	H.-D.	KP	Sonst.	AfA	GdA	Gedag
Arbeitnordwest	in %	47,0	23,0	6,0	4,0	1,0	11,0	4,0	4,0
Gelsenkirchen	abs.	23	9	1	7	1	–	–	–
	in %	56,1	22,0	2,4	17,1	2,4	–	–	–

Die Union in Gelsenkirchen war der (kommunistisch-orientierten) „Gelsenkirchener Richtung" zuzurechnen und wurde mit wachsender Stärke mit festangestelltem Personal, einer gewissen Zentralisierung und ausgesprochenen Führungspersonen den Zentralverbänden organisatorisch wieder ähnlicher.[35] Die Auseinandersetzungen zwischen Anarchisten und Syndikalisten und Unabhängigen und Kommunisten wurden unter großer Anteilnahme der Arbeiter in öffentlichen Versammlungen ausgetragen.[36] Über Ansehen und Einfluß der Anarchisten in Gelsenkirchen berichtete der Gelsenkirchener Polizeipräsident Anfang August 1920, daß es sich bei dem Leiter der örtlichen Anarchisten „um einen vollständig unfähigen und ungefährlichen Menschen handelt, welcher in Arbeiterkreisen für einen Idiot gehalten wird"[37].

Besondere Werbung entfaltete die FAU der Gelsenkirchener Richtung, die im April 1920 etwa 33 000 Bergarbeiter des Ruhrgebietes organisierte[38], unter der Opposition im Alten Verband, die ganz offensichtlich der Mehrheit der Bergarbeitergewerkschaft unterlegen war. Entsprechend lautete die Parole „Heraus aus dem Verband – Anschluss an die Freie Arbeiter-Union". Forderungen der FAU Gelsenkirchener Richtung waren Sechsstundenschicht, Ablehnung des Betriebsrätegesetzes, 20% Lohnaufbesserung.[39] Die Gesamtzahl der Mitglieder der FAU Gelsenkirchener Richtung schätzte der Bochumer Polizeipräsident Anfang September 1920 auf 65 000[40], Ende 1920 soll sie bei etwa 100 000, davon 66 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet, gelegen haben.[41] Auf ihrem Reichskongreß vom 31. Oktober bis 2. November 1920 entschied sich die FAU Gelsenkirchener Richtung analog zur Haltung des linken USPD-Flügels für den Anschluß

34 In Ge „Hüller Werke", Boecker & Co, Orange, Franken. Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller = Region zwischen Lippe, Rhein (einschließlich Rheinhausen und Neuß) und der Linie Düsseldorf-Benrath-Hattingen-Witten-Dortmund-Hamm. B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 122 f.; E. Bloch, 1924, S. 120. Zu Ge: Polizeipräsident Ge am 11.4.1920, in: STAM I Pa 286.

35 Polizeipräsident Ge an den Regierungspräsidenten, weitergeleitet an Innenminister vom 31.7.1920, in: ZSTAP RA/RMI 13 392, Bl. 20, A. Bartels, 1920, S. 20.

36 Berichte Polizeipräsident Ge an den Regierungspräsidenten, weitergeleitet an das Innenministerium, in: ZSTAP RA/RMI 13 392, Bl. 18, 39, 40 ff., 49 ff.

37 Polizeipräsident Ge an den Regierungspräsidenten vom 5.8.1920, weitergeleitet an Innenministerium, in: ZSTAP RA/RMI 13 392, Bl. 51.

38 K. F. Gesau, 1983, Anhang, S. 123.

39 Anschlagplakat der FAU, in: ZSTAP RA/RMI 13 392, Bl. 28 f.

40 Polizeipräsident Bochum an Regierungspräsident am 1.9.1920, in: ZSTAP RA/RMI 13 392, Bl. 73.

41 K. F. Gesau, 1983, Anhang, S. 123.

an die „Rote Gewerkschaftsinternationale" in Moskau und nach den Beschlüssen des Weltkongresses und der KPD zu einer vorläufigen Zurückstellung der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften". Als ihr Ziel definierte die FAU Gelsenkirchener Richtung die „Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wozu Programm und Weg in den von der Dritten Internationalen aufgestellten Grundsätzen und Richtlinien gegeben sind". Als Tagesforderungen wurden aufgestellt: 50%ige Lohnerhöhung, Sechsstundenschicht, Neuwahl der Knappschaftsältesten und volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte zur Durchführung der Kontrolle der Produktion.[42]

Aufgrund der Heidelberger Leitsätze der KPD und der Beschlüsse des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale lehnte die KPD ab Spätsommer 1920 und auf dem Vereinigungsparteitag mit der USPD-Linken die Bildung eigener kommunistischer Gewerkschaftsverbände ab und befürwortete die Eroberung bestehender Verbände durch Zellenbildung. Eigene Organisationen sollten nur gebildet werden, wenn die revolutionäre Arbeit in den bestehenden Organisationen unmöglich gemacht würde. Diese Beschlüsse waren für die VKPD die Handhabe, den Anschluß der FAU Gelsenkirchener Richtung an die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) zunächst zu verhindern.[43] Ein Grund für die Auseinandersetzungen zwischen KPD und FAU Gelsenkirchener Richtung war sicher auch die Sympathie der Union für die linkskommunistische KAPD, die als sympathisierende Partei auch der Kommunistischen Internationale angehörte.[44] Aufgrund der Differenzen zwischen KPD und Union trat Anfang 1921 die Geschäftsleitung der FAU Gelsenkirchener Richtung aus der Partei aus, weil „die Zugehörigkeit zur KPD eine Schädigung der Revolution in sich schließe", da die KPD den Anschluß an den Alten Verband verlangte und mit Ausschluß aus der KP gedroht hatte.[45]

---

42 Abschrift des Schreibens der Union vom 2.5.1921, in: STAM Reg. A I Pa 267; Abschrift Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD, März 1921, in: STAM I Pa 286; HSTAD Reg. D 15 973, Bl. 299 ff.; Bericht vom Vereinigungskongreß der FAU am 4.9.1921, in: HSTAD Reg. D 15 821, Bl. 28 f.; HSTAD Reg. D 15 630, Bl. 39. „Ergebnis der Tagung ... mit den eigenen Worten der Freien Arbeiter-Union", nach: Halbmonatsbericht OP Münster 1.12.1920 (StA Ge XXVI/9-B), S. 2, auch in: StA Bo LA 1 315. Vgl. H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 181.

43 Abschrift Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD, März 1921, in: STAM I Pa 286; M. Dörnemann, 1966, S. 231; R. Rettig, 1954, S. 54 ff.; Halbmonatsbericht OP Münster 1.2.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 2, auch in: StA Bo LA 1 315; A. Bartels, , S. 25. Vgl. H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 210; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 506 f.

44 Zur Sympathie der FAU für die KAPD: A. Bartels, 1920, S. 25; K. Wisotzky, Gelsenkirchen, 1983, S. 172; M. Dörnemann, 1966, S. 174; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 136; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 73. Vgl. Abschrift Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD, März 1921, in: STAM I Pa 286. Im September 1921 trat die KAPD nach Moskauer Druck zur Vereinigung mit der KPD aus der KI aus. HSTAD Reg. D 15 681, Bl. 124-127. Vgl. H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 502 ff. und 524.

45 K. F. Gesau, 1983, S. 204 und 214; Abschrift des Schreibens der Union vom 2.5.1921, in: STAM Reg. A I Pa 267. Vgl. Polizeipräsident Ge am 26.6.1921, in: STAM Reg A I Pa 286; Polizeipräsident Ge am 5.7.1922, in: STAM Reg A I Pa 396; R. Rettig, 1954, S. 80; Po-

Anfang 1921 erhielt die Freie Arbeiter-Union, Richtung Gelsenkirchen dann doch Sitz und Stimme in der RGI.[46] Die Auseinandersetzungen zwischen FAU und KPD gingen jedoch weiter, und zu den Knappschaftsältestenwahlen 1921 stellte die FAU verschiedentlich auch gegen kommunistische Kandidaten eigene auf.[47] Bis zur Märzaktion 1921 verzichtete die FAU weiter auf die Aufforderung, die bestehenden Gewerkschaften zu verlassen. Nach weiteren Versuchen der KPD, Einfluß auf die FAU zu gewinnnen, wurde die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften" wieder aufgenommen.[48] Trotz der inneren Auseinandersetzungen zeigte sich bei den Betriebsratswahlen im Jahr 1921 wieder die Stärke der Union.

Tabelle 43: Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau, im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen und auf den Schachtanlagen im Raum Gelsenkirchen 1921[49]

	Ruhrbergbau				Kreis Gelsenkirchen				Zechen Ge	
	Stimmen		Sitze		Stimmen		Sitze		Sitze	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ADGB	144 807	41,2	1 293	46,6	10 146	32,9	76	36,0	49	31,4
Christl.	63 281	18,0	462	16,7	4 587	14,9	33	15,6	29	18,6
Polen	20 820	5,9	110	4,0	2 380	7,7	14	6,6	–	–
H.-D.	3 902	1,1	14	0,5	712	2,3	–	–	–	–
Union	91 297	26,0	694	25,0	12 151	39,4	85	40,3	64	41,0
Syndik.	16 700	4,7	124	4,5	846	2,7	3	1,4	–	–
Gelbe	1 250	0,4	6	0,2	–	–	–	–	–	–
Sonstige	9 495	2,7	70	2,5	–	–	–	–	14	9,0
zus.	351 552	100,0	2 773	100,0	30 822	99,9	211	99,9	156	100,0

lizeipräsident Ge an Regierungspräsident, weitergeleitet an Innenminister, vom 31.7.1920, in: ZSTAP RA/RMI 13 392, Bl. 20; HSTAD Reg. D 15 630, Bl. 95.

46 Abschrift des Schreibens der Union vom 2.5.1921, in: STAM Reg. A I Pa 267; Bericht vom Vereinigungskongreß der FAU am 4.9.1921, in: HSTAD Reg. D 15 821, Bl. 28 f. Vgl. M. Dörnemann, 1966, S. 236; Halbmonatsbericht OP Münster 15.2.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 2; auch in: StA Bo LA 1 315; Schreiben vom 11.2.1921, in: STAM BK 82.

47 Halbmonatsbericht OP Münster 3.6.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 2; auch in: StA Bo LA 1 315.

48 Abschrift des Schreibens der Union vom 2.5.1921, in: STAM Reg. A I Pa 267; Bericht vom Vereinigungskongreß der FAU am 4.9.1921, in: HSTAD Reg. D 15 821, Bl. 28 f. Vgl. A. Hauck, 1923, S. 121.

49 In Ge Consolidation 1/6, 2/7, 3/4, Wilhelmine Viktoria 1/4, 2/3, Hibernia, Nordstern 1/2, 3/4, Bergmannsglück, Westerholt, Scholven. M. Dörnemann, 1966, S. 208 f.; M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 252; B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 128 ff.; E. Bloch, 1924, Anlage 12; K. F. Gesau, 1983, Anhang, S. 136; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 111; W. Abelshauser, Umsturz, 1988, S. XXXIII. Zusammensetzung in: Nachrichtenblatt, 1929, S. 38. Zu Ge: Polizeipräsident Ge am 1.7.1921, in: STAM Reg. A I Pa 332; Jahresbericht der staatlichen Steinkohlenbergwerke 1920, in: STAM OP 6 180; STAM BAG A 11-26. Bei Consolidation 1/6 wurde im April und im Oktober gewählt, hier Aprilergebnis. Oktoberergebnis: 7 Union, 3 GCB, 1 BAV, 3 Tagesarbeiter, 2 Angestellte.

Tabelle 44: Betriebsratswahlen in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest und im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen 1921[50]

	Arbeitnordwest	Gelsenkirchen			
	Sitze	Stimmen		Sitze	
	in %	abs.	in %	abs.	in %
ADGB/AfA	55,24	3 638	50,5	67	55,4
Christl.	17,55	1 806	25,1	38	31,4
H.-D.	4,00	404	5,6	5	4,1
Union u. Synd.	6,97	1 084	15,0	9	7,4
Sonstige	7,91	277	3,8	2	1,7
GdA	3,36				
Gedag	2,97				
zus.	100,0	7209	100,0	121	100,0

Nachdem die FAU Gelsenkirchener Richtung ein Jahr mit der KPD und auch der KAPD gleichzeitig sympathisiert hatte, ging sie mit etwa 115 000 Mitgliedern und zwei anderen mitteldeutschen Verbänden mit ca. 16 000 bzw. 24 000 Mitgliedern am 4. September 1921 in der „Union der Hand- und Kopfarbeiter (Räte-Organisation)" auf, die nunmehr deutlich der KPD nahestand. Doch auch diese Union konnte kein ungetrübtes Verhältnis zur KPD entwickeln, denn sie mußte trotz der Überzeugung, daß eine Revolutionierung der alten Gewerkschaften unmöglich sei, auf die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften" verzichten, und infolge der Verpflichtung der Kommunisten auf Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften hatte sie für die KPD den Status eines Sammelbeckens der aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen.[51] Um die Jahreswende 1921/22 durchlebte die Union trotz der Streitereinen nach der Zahl ihrer Mitglieder ihre Hochzeit. Waren Ende 1921 179 000 Mitglieder in der Union organisiert, so waren es zur Zeit des Reichskongresses im Oktober 1922 in Essen 162 000,

50 Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller = Region zwischen Lippe, Rhein (einschließlich Rheinhausen und Neuß) und der Linie Düsseldorf-Benrath-Hattingen-Witten-Dortmund-Hamm. B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 122 f.; E. BLOCH, 1924, S. 120. Zu Ge: Polizeipräsident Ge am 1.7.1921, in: STAM Reg. A I Pa 332.

51 KPD, Abt. Gewerkschaften, Rundschreiben 1 vom 1.10.1921, in: ZSTAP, RKfdÜ 268, Bl. 21. FAU 125 000 oder 90 000 Mitglieder, Freier Landarbeiter-Verband 27 300 oder 24 000 Mitglieder, Verband der Hand- und Kopfarbeiter 16 232 oder 6 250 Mitglieder nach R. RETTIG, 1954, S. 78 f., zum wechselnden Verhältnis von KPD und Union 118 f. Die niedrigeren Zahlen nennen auch A. HAUCK, 1923, S. 122; H. M. BOCK, Syndikalismus, 1969, S. 136 und 182 ff. Nach H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 73 zusammen 131 000 Mitglieder. Der Unions-Reichskongreß hatte die Aufgabe der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften" beschlossen und gefordert, daß die Ausgeschlossenen ihr von der KPD zugeführt werden sollten. Oberpräsidium am 26.9.1921, in: HSTAD Reg. D 15 821, Bl. 32, Satzung der Union 60 ff.; Bericht vom Kongreß der FAU am 4.9.1921, in: HSTAD Reg. D 15 630, Bl. 136. Zu den Auseinandersetzungen in der Union Schriftverkehr, in: STAM Reg. A I Pa 257, Bl. 191-206. Vgl. M. DÖRNEMANN, 1966, S. 174; K. WISOTZKY, Gelsenkirchen, 1983, S. 172; K. F. GESAU, 1983, Anhang, S. 123.

die dort von 215 Delegierten vertreten wurden.[52] Auch noch 1922 behaupteten die oppositionellen Verbände ihre Stellung in Gelsenkirchener Betrieben.

Tabelle 45: Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau, im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen und auf den Schachtanlagen im Raum Gelsenkirchen 1922[53]

	Ruhrbergbau				Kreis Gelsenkirchen				Zechen Ge	
	Stimmen		Sitze		Stimmen		Sitze		Sitze	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ADGB/AfA	148 207	38,5	1 213	42,2	10 650	30,2	71	30,9	64	25,9
Christl.	80 959	21,0	589	20,5	7 874	22,3	46	20,0	41	16,6
H.-D.	6 833	1,8	26	0,9	857	2,4	1	0,4	–	–
Polen	16 079	4,1	86	3,0	1 557	4,4	8	3,5	10	4,0
Union	109 197	28,4	799	27,8	13 218	37,5	97	42,2	99	40,1
Syndik.	17 999	4,6	130	4,5	1 129	3,2	7	3,0	–	–
Gelbe	1 254	0,3	8	0,3	–	–	–	–	–	–
Sonstige	4 855	1,2	22	0,8	–	–	–	–	19	7,7
zus.	385 383	99,9	2 873	100,0	35 285	100,0	230	100,0	247	100,0

Tabelle 46: Betriebsratswahlen in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest und im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen 1922[54]

	Arbeitnordwest	Kreis Gelsenkirchen			
	Sitze	Stimmen		Sitze	
	in %	abs.	in %	abs.	in %
ADGB/AfA	60,7	3 768	57,9	42	55,3
Christl.	19,1	1 185	18,2	16	21,1
H.-D.	5,5	1 191	18,3	9	11,8
Union u. Synd.	4,6	368	5,6	9	11,8
GdA	2,6				
Gedag	4,2				
Sonstige	3,3				
zus.	100,0	6 512	100,0	76	100,0

52 Bericht über den Reichskongreß der Union am 2.10.1922 mit umfangreichen Anlagen (Statuten, Programmatische Erklärung, Geschäftsbericht), in: Polizeipräsident Ge am 11.10.1922, in: STAM Reg. A I Pa 257, Bl. 488-560.

53 In Ge Consolidation 1/6, 2/7, 3/4, Wilhelmine Viktoria 1/4, 2/3, Hibernia, Nordstern 1/2, 3/4, Graf Bismarck 1/4, 2/6, 3/5, 7/8, Hugo 1, 2, 3, Bergmannsglück, Westerholt, Scholven. K. F. Gesau, 1983, Anhang, S. 138; E. Bloch, 1924, Anlage 12; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 227. Fast gleich (Arbeitervertreter) M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 252; B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 128 ff. nach Nachrichtenblatt, 1929, S. 38. Vgl. Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 111; W. Abelshauser, Umsturz, 1988, S. XXXIII. Zu Ge: Zusammenstellung in: STAM Reg. A I Pa 332. Zechen Ge nach STAM BAG A 11 – 26, STAM BAR A 9 – 55. Leichte Abweichungen für die Bueraner staatlichen Zechen in: Bericht der staatlichen Steinkohlenbergwerke 1921, in: STAM OP 6 180.

54 Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller = Region zwischen Lippe, Rhein (einschließlich Rheinhausen und Neuß) und der Linie Düsseldorf-Benrath-Hattingen-Witten-Dortmund-Hamm. B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 122 f.; E. Bloch, 1924, S. 120. Zu Ge: Zusammenstellung in: STAM Reg. A I Pa 332.

Während der Blütezeit der Bergarbeiter-Unionen entfaltete auch die Opposition im ADGB rege Aktivität, nun unter Leitung der VKPD, die „aus der Erbmasse der USPD" auch eine starke Position in einigen Freien Gewerkschaften übernommen hatte.[55] Innergewerkschaftliche Kämpfe zwischen MSPD und KPD spielten sich in Gelsenkirchen besonders im DMV ab, wo Kommunisten 1922 bis 1925 beherrschend blieben.[56] Die Gewerkschaftspolitik der KPD war also außerordentlich widersprüchlich, da sie einerseits mit den Unionen verbunden war und andererseits viele ihrer Mitglieder in den Freien Gewerkschaften mitarbeiteten und gezielte Fraktionsarbeit betrieben wurde.[57]

4. Krisen bis 1924, relative Stabilisierung und Ausformung sozialdemokratischer Arbeiterkultur

a) Krisen, Stabilisierung, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit

Mit der Abschwächung der Nachkriegs-Nachfrage nach Kohle und Stahl stabilisierte sich die Wirtschaft Gelsenkirchens zunächst auf höherem Niveau. Da brach die nächste Krise über das Ruhrgebiet herein, als die französische Regierung meinte, angesichts rückständiger Reparationsleistungen des Deutschen Reiches das Ruhrgebiet unter französische bzw. alliierte Kontrolle bringen zu müssen, um es im Rahmen des „Konzepts der produktiven Pfänder" zu Reparationszwecken unmittelbar ausbeuten zu können. Am 11. Januar 1923 marschierten französische Truppen ins Ruhrgebiet ein und besetzten noch am gleichen Tag auch Gelsenkirchen und Horst und zwei Tage später Buer.[1] Auf die Besetzung des Ruhrgebietes reagierte die Reichsregierung mit dem „passiven Widerstand" und dem

---

55 Auf dem 11. ADGB-Kongreß im Juni 1922 in Leipzig gehörten von 694 Delegierten 90 der KPD, 138 der USPD und 463 der SPD an. O. K. Flechtheim, 1948, S. 82; G. Högl, Gewerkschaften, 1982, S. 414; H. J. Varain, 1956, S. 162; R. Rettig, 1954, S. 84 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 173; H. Potthoff, Gewerkschaften, 1979, S. 372 f. Vgl. F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 177.

56 1922 hatte noch ein Unabhängiger Ge auf dem DMV-Kongreß vertreten. HSTAD Reg. D 15 693, Bl. 9; Polizeipräsident Ge am 27.3.1922, in: STAM Reg A 339. Vgl. M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 249; Halbmonatsbericht OP Münster 1.3.1921 (StA Ge XXVI/9-B), S. 2; auch in: StA Bo LA 1 315. Vgl. Interview Albert Guth 22.4.1986: „Der Ärger, der spielte sich hauptsächlich in der Gewerkschaft Metall ab."

57 Vgl. S. Koch-Baumgarten, Aufstand, 1986, S. 57 ff.; Illustrierte Geschichte, 1929, S. 431 und 444; O. K. Flechtheim, 1948, S. 59 f.; E. Kolb, Arbeiterräte, 1962, S. 323; B. Reichenbach, 1928, S. 121; H. M. Bock, Syndikalismus, 1969, S. 97 und 139 ff.; K. F. Gesau, 1983, S. 144 f., 148 und 196 ff. und Anhang S. 58; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 213; M. Dörnemann, 1966, S. 103 f.; R. Rettig, 1954, S. 14 ff.

1 M. Ruck, 1986, S. 28 ff., 41 ff. und 61 ff.; K. Schwabe, Einführung, 1985, S. 3; L. Erdmann, 1924, S. 49 ff.; K. Pabst, Ruhrkampf, 1972, S. 16; E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 49. Franzosenfeindlich: H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 3, 1929, S. 37 ff. Zu Ge: B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 252; Besatzungsamt, 1926, S. 2; F. Gehb, 1925, S. 7 f; C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 147; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 496; Bericht der Stadtverwaltung Ge, in: StA Ge IV/1/23-Ge; zu Rotthausen: StA Ge IV/1/30-Ge; Bericht der Bueraner Stadtverwaltung, in: StA Ge IV/1/17-B; zu Horst: StA Ge IV/1/7-H und IV/1/8-H.

Verbot, die Besatzungsmächte zu beliefern. Daraufhin wurden die staatlichen Betriebe, wie die Zechen bei Buer, besetzt. Erfolg hatten die Besatzungstruppen aber wegen des sofortigen Streiks der Bergleute nicht, auch nicht, als sie die Reichsbahn schließlich zum Abtransport von beschlagnahmten Kohlevorräten in eigene Regie übernahmen. Über die Abtrennung des Ruhrgebietes vom Reich und die Lahmlegung der Wirtschaft hinaus brachten die Maßnahmen der Franzosen durch Ausweisungen, Verhaftungen führender Kommunalbeamter als Geiseln, Beschlagnahmungen, Versammlungsverbote und nächtliche Ausgangssperren auch das öffentliche Leben zum Erliegen. Wegen der Lohngarantie des Reiches wurden die Bergarbeiter nicht entlassen, sondern zu Vorrichtungs-, Ausbauarbeiten und anderen Tätigkeiten wie Rodungs- und Entwässerungsarbeiten bei Graf Bismarck herangezogen.[2] Mit der Finanzierung des passiven Widerstandes ruinierte das Reich die von der Kriegsfinanzierung angeschlagene Währung völlig und sah sich Ende September 1923 aus finanziellen Gründen zur Aufgabe gezwungen. Die außenpolitische Niederlage, die völlige Zerrüttung der Währung und die allgegenwärtige Not stürzte das Deutsche Reich in eine tiefe Krise (Putschversuch Hitlers; Rebellion der „Schwarzen Reichswehr", Separatistenunruhen, kommunistische Aktionen in Sachsen und Thüringen etc.).[3] Als nach einer Übergangszeit, in der noch „Rhein-Ruhr-Hilfe" gezahlt wurde, der Absatz der Ruhrzechen nicht wieder in Gang gekommen war, kam es ab Mitte Oktober im Raum Gelsenkirchen zu Massenentlassungen; außer Consolidation schlossen alle Zechen des Südens; die GBAG ließ die Hochöfen erlöschen, und bei den Gußstahl- und Eisenwerken wurden fast alle Arbeiter entlassen. Die Zahl der Erwerbslosen schnellte empor. Unter Einschluß der Familienangehörigen waren im Dezember 1923 etwa 85% der Bevölkerung Buers auf Erwerbslosenfürsorge angewiesen; in der Stadt Gelsenkirchen waren etwa 75% der Bevölkerung auf öffentliche Unterstützung angewiesen, und die Arbeitslosigkeit sank dort nur langsam, so daß am 31. Dezember noch etwa 30 000 und drei Monate später immer

---

2 VERW.-B. Stadt Buer 1923 (StA Ge XXVI/4-B), S. 13; M. RUCK, 1986, S. 61 ff., 75 ff., 85 zu spontanen Streiks, 226 zur Besetzung von Westerholt, vgl. 221 ff., 228 ff.; K. SCHWABE, Einführung, 1985, S. 4; K. PABST, Ruhrkampf, 1972, S. 20 f. Zur gewerkschaftlichen Unterstützung des Ruhrkampfes L. ERDMANN, 1924, S. 96 und 106; H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 242; H. POTTHOFF, Gewerkschaften, 1979, S. 321 ff. und 339 f. Besetzt wurden Bergmannsglück (85 Tage), Ewald 3/4 (90 Tage), Scholven (106 Tage), Westerholt (69 Tage), Nordstern 3/4 (87 Tage), Nordstern Kokerei (37 Tage), Rheinelbe (110 Tage), Rheinelbe Kokerei (286 Tage), Dahlbusch 3/4 (96 Tage), Consolidation (150 Tage), Hugo (184 Tage), Wilhelmine Viktoria-Hafen (245 Tage). P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 509 f., 519 und 533; F. GEHB, 1925, S. 21 ff. und 68 f.; BESATZUNGSAMT, 1926, S. 14, 24 f. und 43. Zur Besatzungszeit ausführlich: STAM Reg. M Bes. 88 zu Buer und Reg. A I Pa 656 zu Ge; Bericht der Stadtverwaltung Ge, in: StA Ge IV/1/23-Ge; zu Rotthausen: StA Ge IV/1/30-Ge; Bericht der Bueraner Stadtverwaltung, in: StA Ge IV/1/17-B; zu Horst: StA Ge IV/1/7-H und IV/1/8-H.

3 A. ROSENBERG, Deutsche Republik, 1935, S. 164; L. ERDMANN, 1924, S. 201 ff. und 205; M. RUCK, 1986, S. 182 f., 233 und 464 ff.; E. KOLB, Weimarer Republik, 1984, S. 49 ff.; K. PABST, Ruhrkampf, 1972, S. 42 ff.; VERW.-B. Stadt Buer 1923 (StA Ge XXVI/4-B), S. 13. Vgl. A. KLÖNNE, Arbeiterbewegung, 1980, S. 207 ff.; G. D. FELDMAN, Vom Weltkrieg, 1984, S. 59; H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 374 ff., 588 ff., 612 ff. und 655 ff.

noch etwa 15 500 Menschen arbeitslos waren.[4] Wegen der rapiden Geldentwertung steigerte sich die Not der Bevölkerung derartig, daß sich die Stadt Buer zur Ausgabe von Naturalzuschüssen wie Brotgutscheinen gezwungen sah, um die Not zu lindern und den Besatzungstruppen nicht die Beschlagnahme größerer Geldmengen zu ermöglichen.[5] Am 29. November 1923 betrug der Tagesverdienst eines Vollarbeiters in Buer (2 000 Arbeiter gegenüber etwa 50 000 Erwerbslosen) 4 Billionen Mark, die den Wert einer Goldmark hatten; ein Erwerbsloser erhielt 1,2 Billionen, ein Fürsorgeberechtigter 0,5 Billionen; gleichzeitig kosteten drei Pfund Brot 1,05 Billionen, ein Pfund Margarine 4 Billionen, ein Pfund Schweinefleisch 4 Billionen und ein Liter Milch 0,28 Billionen.[6]

Nach der Währungsreform vom November stabilisierte sich die deutsche Wirtschaft ab Ende 1923 wieder, und Förderung und Produktion kamen langsam wieder in Gang, so daß die Belegschaftsziffern der Betriebe im Raum Gelsenkirchen langsam anstiegen. Mit der Verabschiedung des Dawes-Planes wurden der französischen Sanktionspolitik die Grundlagen entzogen, und auf der Reparationskonferenz im Juli/August 1924 in London verpflichtete sich Frankreich, innerhalb eines Jahres die besetzten Gebiete zu räumen. Am 20. Juli 1925 hatten die französischen Soldaten das Ruhrgebiet wieder verlassen, am folgenden Tag kehrte die erste Hundertschaft Schutzpolizei in die Stadt Gelsenkirchen zurück.[7]

Die Hoffnungen auf Stabilisierung nach dem Abmarsch der französischen Truppen erfüllten sich im Ruhrgebiet nicht: Mit der wirtschaftlichen Stabilisierung schlug die große Nachfrage nach Kohle in ein Überangebot um, als die Lieferungen von Reparationskohle nachließen, der Nachhol- und Rekonstruktionsbedarf geringer wurden, Konkurrenz anderer Energiequellen sich bemerkbar machte und die Rationalisierung der Energiewirtschaft Wirkung zeigte.[8] Die Zechenherren sahen sich zur Erhaltung ihrer Profite gezwungen, umfangreiche Rationalisierungen einzuleiten und nach dem Raubbau im Weltkrieg den Nachholbedarf an Investitionen zu Rationalisierungen zu nutzen.[9] In Gelsenkirchen fällte der Aufsichtsrat

---

4 Verw.-B. Stadt Buer 1923 (StA Ge XXVI/4-B), S. 13; F. Gehb, 1925, S. 70; G. Pruin, 1984, S. 184; H. Noll, 1958, S. 44 und 47 f.; Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 304; T. Feldhege, 1933, S. 144 und 301. Vgl. zu Stillegungen STAM BAB A 17-85. 70% in Ge nach J. Sieglar, 1924, S. 8 f.; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 522; J. Sieglar, Arbeitsamt, 1927, S. 180. Vgl. allgemein: M. Ruck, 1986, S. 475 ff.

5 Verw.-B. Stadt Buer 1923 (StA Ge XXVI/4-B), S. 93.

6 P. Grosse-Boymann, 1939, S. 523. Zur Teuerung: F. Gehb, 1925, S. 71.

7 Vgl. K. Schwabe, Einführung, 1985, S. 8; A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 174. Zu Ge: Bericht Stadt Ge 1925 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 6. Vgl. H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 3, 1929, S. 263; K. Pabst, Ruhrkampf, 1972, S. 48 f.

8 Bericht Stadt Ge 1925 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 5; H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 307; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 254; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 241 f.; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 34 f. Allgemein M. Schneider, Höhen, 1987, S. 350 f.

9 Z. B. stieg zwischen 1913 und 1925 die Zahl der Abbauhämmer von 230 auf 65 447, die der Bohrhämmer von 10 717 auf 37 111, die der Drehbohrmaschinen von 35 auf 2 027, die der Großschrämmaschinen von 15 auf 595. Wurden 1913 noch 97,8% der Kohle durch Hand- oder Schießarbeit gewonnen, so waren es 1925 noch 52%, 1929 nur noch 7,1% und 1933 4%.

von Consolidation bereits 1920 eine Entscheidung zur Anschaffung einer Schrämmaschine, ein Jahr später wurden dort pneumatische Abbauhämmer eingeführt; allein im Jahr 1925 wurde auf Dahlbusch die Zahl der Abbauhämmer fast verdoppelt (von 496 auf 979), die der Stangenschrämmaschienen auf sechs verdoppelt und die der Schüttelrutschen von 17 auf 31 nahezu verdoppelt; 1925 begannen auf Hugo Versuche mit einem Kohlenschneider für dünne Flöze. Bis auf den 1924 begonnenen und 1926 in Betrieb genommenen Schacht Graf Bismark 9 wurden bezeichnenderweise bis 1933 keine neuen Bergwerksschächte mehr abgeteuft.[10]

Zu der Rationalisierung kam in den 1920er Jahren eine weitere horizontale und vertikale Konzentration der Ruhrindustrie, die zu gewinnbringenden Betriebsgrößen führen sollte. 1922 wurde Consolidation vom Mannesmann-Konzern übernommen, dem seit 1912 schon das Stahl- und Walzwerk Grillo-Funke und seit 1918 die benachbarte Zeche Unser Fritz gehörte. Bis 1927 wurde die Gewerkschaft Graf Bismark von der Deutschen Erdöl-AG übernommen. Die Phönix AG, die seit 1907 durch Fusion Nordstern und Holland besaß, gehörte 1926 zu den Gründer-Gesellschaften der Vereinigten Stahlwerke AG, ebenso die GBAG (in Gelsenkirchen Rheinelbe & Alma). Auch der Schalker Gruben- und Hüttenverein wurde zum Werk Schalker Verein der Vereingten Stahlwerke AG.[11] Die insbesondere von den Großkonzernen systematisch betriebenen Rationalisierungen schlugen sich seit Ende 1924 in Stillegungen weniger rentabler Zechen nieder. Die Zahl der Schachtanlagen im Ruhrgebiet sank von 201 1924 auf 140 im Jahr 1933.[12] In den „goldenen 1920er Jahren" erfolgten so im Raum Gelsenkirchen Betriebsschließungen und Massenentlassungen[13]: In Horst wurde zunächst Nordstern 3/4 stillgelegt, die

---

Vgl. DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 33; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 257; G. GEBHARDT, 1957, S. 50; P. WIEL, 1970, S. 119 und 122 und 140; F. LACKMANN, 1930, S. 93; B. WEISBROD, Schwerindustrie, S. 53 f. etwas andere Zahlen. Nach W. F. WERNER, 1984, S. 147 stieg die Arbeitsproduktivität von 1925 bis 1929 um 35%. Vgl. R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 247 ff.; W. WEBER, Bergmann, 1978, S. 100 f. Umfassende lokalorientierte Darstellung der Rationalisierungsmaßnahmen, ihrer arbeitsprozessualen Folgen und sozialen Konsequenzen bei: M. ZIMMERMANN, Schachtanlage, 1987, S. 135-152

10 100 JAHRE CONSOLIDATION, 1963, S. 8 f.; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 176 und 263 f.; W. KESTEN, 1952, S. 274; BERGWERKSGESELLSCHAFT DAHLBUSCH, 1952, S. 33 f.; D. MEYER, 1981, S. 13; GRAF BISMARK, 1953, S. 95.

11 100 JAHRE CONSOLIDATION, 1963, S. 8; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 261-264; G. GEBHARDT, 1957, S. 125 f., 146 f., 224 ff., 228 und 267; P. WIEL, 1970, S. 157, 168, 217, 250 f., 262, 271 f.; F. BENFER, ²1956, S. 106; B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 97 ff.; E. RAVEN, Eisenwerke, 1951, S. 85 f.; GIRARDET-VERLAG, 1953; MANNESMANN AG, 1965, S. 105 und 109.

12 P. WIEL, 1970, S. 131. Vgl. B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 53 und 94 f.; H. HOEBINK, 1984, S. 55; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 245 f.

13 VERW.-B. Stadt Buer 1925 (StA Ge XXVI/4-B), S. 17 und 90; VERW.-B. Stadt Buer 1926 (StA Ge XXVI/4-B), S. 15; VERW.-B. Stadt Buer 1927 (StA Ge XXVI/4-B), S. 12 f.; BERICHT Stadt Ge-Buer 1928 (StA Ge XXVI/1-B), S. 2; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 246 f.; STAT. TASCHENBUCH, 1929, S. 21; W. u. G. HERMANN, ²1982, S. 72, 100 ff.; STAM BAB A 17-85; G. GEBHARDT, 1957, S. 120 ff., 150, 253, 335 f.; P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 63; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 260-264; STAM BAB A 17-85; MÜLLER, 1950, S. 41 f.; VEREINIGTE STAHLWERKE, 1930, S. 25 und 31 f.; F. BENFER, ²1956, S. 102 f. und 105; P. WIEL, 1970, S. 169; P. GROSSE-

Belegschaft von April bis August 1925 von etwa 4 400 auf 700 Beschäftigte reduziert und schließlich die Förderung von Nordstern 1/2 ein Jahr (August 1925 bis Juli 1926) ganz stillgelegt. Bergmannsglück und Westerholt entließen bis Ende 1925 insgesamt 1 400 Mann, weitere Entlassungen folgten 1926. Hibernia wurde am 17. September 1925 stillgelegt und ab 1. November 1927 vorübergehend als Versuchsgrube genutzt. Nach dem Übergang an die Vereinigte Stahlwerke AG wurde im Februar 1927 Alma 1 und im August 1927 Rheinelbe 3 stillgelegt und 1928 die Förderung auf Rheinelbe ganz eingestellt und das Feld auf Holland und Alma aufgeteilt. Bei Consolidation wurde Ende 1928 Schacht 2/7 stillgelegt, und die Förderung wurde auf die Schachtanlagen 1/6 und 3/4/9 konzentriert. Holland 1/2 wurde 1927 nach dem Anschluß an die Vereinigte Stahlwerke AG stillgelegt und die Förderung auf Schachtanlage 3/4/6 in Wattenscheid konzentriert. 1928 wurde Wilhelmine Viktoria 2/3 stillgelegt und die Förderung auf Anlage 1/4 konzentriert. Auf Dahlbusch wurden die Schächte 1, 2, 3 und 5 ab 1925 stillgelegt, so daß 1928 nur noch Schacht 8 der Förderung diente. Die Schachtanlage Hugo 3 wurde 1928 aus Rationalisierungsgründen stillgelegt.

Tabelle 47: Belegschaft im Bergbau Gelsenkirchens (Gebiet von 1928) 1922–1928[14]

	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928
Consolidation	9 316	8 830	8 655	8 234	7 650	7 440	6 616
Dahlbusch	4 557	4 457	4 200	4 149	3 503	3 549	3 259
Graf Bismarck	9 621	9 184	8 002	8 539	8 605	8 691	7 783
GBAG-Ge	16 655	16 310	13 616	10 277	6 113	5 680	5 200
Hibernia AG-Ge	17 862	16 944	15 068	14 555	11 513	11 887	10 544
Hugo	5 557	5 515	3 966	3 645	3 323	3 466	3 256
Ewald-Ge	2 591	2 451	2 162	2 132	2 188	2 334	2 141
Insgesamt	66 159	63 691	55 669	51 531	42 895	43 047	38 799

Auch die metallverarbeitende Industrie Gelsenkirchens wurde in den Konzentrationsprozeß der Ruhr-Schwerindustrie einbezogen[15]: 1926 wurde das Gußstahlwerk der „Rheinisch-Westfälischen Stahl- und Walzwerke AG" eingegliedert und ging 1930 an die „Ruhrstahl AG", die Teil der „Vereinigte Stahlwerke AG" war. Das Werk Orange kam nach verschiedenen Zwischenschritten 1938 zur „Dortmunder Union Brückenbau AG",

BOYMANN 1939, S. 63; 100 JAHRE CONSOLIDATION, S. 9; H. NOLL, 1958, S. 54; W. KESTEN, 1952, S. 78; H. SIEPMANN, 1955, S. 108 f.; M. ULICZKA, 1984, S. 24; K. KUPITZ, P. RAUWERDA, 1983, S. 94 f.; ZECHE HUGO, 1973, S. 3.

14 GBAG-Ge = Rheinelbe & Alma, Holland, Nordstern. Hibernia AG-Ge = Hibernia, Wilhelmine-Viktoria, Bergmannsglück, Westerholt, Scholven. P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 68 f.

15 B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 265; WERK ORANGE, 1954, S. 134; B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 100 ff.

die ebenfalls Bestandteil der „Vereinigte Stahlwerke AG" war, wozu seit 1926 auch der Schalker Verein gehörte. Trotz der auch in der Großeisenindustrie zu beobachtenden Steigerung der Produktivität verlief im Raum Gelsenkirchen die Entwicklung der Beschäftigtenzahl in der Metallindustrie aufgrund der mäßigen konjunkturellen Entwicklung relativ günstig[16], reichte aber nicht aus, um genügend Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Auch die 1925 gegründete „Deutsche Libbey-Owens Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung AG" (Delog), die 1927 die Produktion aufnahm, konnte nur relativ wenige neue Arbeitsplätze schaffen.[17]

Tabelle 48: Belegschaft (Arbeiter und Angestellte) in Industriebetrieben im Raum Gelsenkirchen 1922–1927[18]

	1922	1923	1924	1925	1926	1927
Schalker Verein	7 470	2 244	4 962	4 948	5 365	6 126
Küppersbusch	1 958	1 726	1 801	1 981	2 185	2 701
Grillo & Funke	2 875	1 853	1 701	1 384	1 605	1 640
GHH	1 522	1 028	1 301	1 172	1 220	1 358
Gußstahl					532	634
Orange					173	212
Schalker Eisenhütte	221	171	136	138	135	183
Delog						563
Glas & Spiegel			296	407	404	422
Chemie AG		100	319	331	321	344

Den Raum Gelsenkirchen, wo 1927/28 über 11% der Förderung des Ruhrgebietes von über 11% der im Ruhrbergbau Beschäftigten zu Tage gebracht wurden, trafen die Prozesse wirtschaftlichen Strukturwandels besonders hart, weil etwa die Hälfte der Bevölkerung direkt vom Bergbau abhängig war.[19] Dabei lag gleichzeitig der Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen relativ zum Deutschen Reich oder Preußen hoch, während die Anteile von Selbständigen, Beamten und Angestellten sehr niedrig lagen. Wegen der hohen Abhängigkeit vom Bergbau zeigte dessen Entwicklung sofort tiefgreifende Wirkungen auf dem Gelsenkirchener Arbeitsmarkt.

Tabelle 49: Registrierte Arbeitslose im Raum Gelsenkirchen 1925–1928[20]

	Ge	Buer		Ge	Buer
04/1925	4 823	2 124	01/1926	13 970	5 179
07/1925	5 733	2 554	04/1926	14 762	
10/1925	9 346	3 061	07/1926	11 662	

16 B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 53 und 56; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 35.
17 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 260 und 270; G. Gebhardt, 1957, S. 212; P. Wiel, 1970, S. 167 und 326; Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, 1952, S. 48.
18 Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 248 ff.
19 P. Grosse-Boymann, 1939, S. 32, leicht andere Zahlen bei Stat. Taschenbuch, 1929, S. 12 und 22. Vgl. F. Lackmann, 1930, S. 5.

Tabelle 49: Registrierte Arbeitslose im Raum Gelsenkirchen (Forts.)

	Ge	Buer		Ge	Buer
10/1926	9 414		07/1927	8 088	4 460
01/1927	10 934		10/1927	6 810	3 361
04/1927	9 776	4 666	01/1928	7 776	5 187

Entsprechend der ökonomischen Struktur der Stadt Gelsenkirchen waren unter den Arbeitssuchenden vor allem Bergleute, Arbeiter der Metallverarbeitung und des Baugewerbes und die Berufgruppe „Lohnarbeit wechselnder Art" vertreten.[21] Bei den Entlassungen achteten die Zechenherren darauf, die leistungsfähigsten Arbeiter zu behalten, so daß zunächst „in der Hauptsache ältere Leute und Rentenempfänger betroffen" waren. Ab Mitte der 1920er Jahre traf die Arbeitslosigkeit auch viele jüngere Arbeiter.[22] Bereits 1925 mußte für die Erwerblosen in der Stadt Buer festgestellt werden, „daß eine große Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger wegen Überschreitung der Unterstützungshöchstdauer ausscheiden und der kommunalen Fürsorge zur weiteren Betreuung überwiesen werden mußte"[23].

Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ließ die ehemals hohe Fluktuation der Arbeiter nahezu vollständig verschwinden. Zahlreiche polnische Zuwanderer kehrten zudem mit der Wiedergründung eines polnischen Nationalstaates aus dem Raum Gelsenkirchen in ihre Heimat zurück oder folgten Abwerbung nach Frankreich.[24] Die Gelsenkirchener Bevölkerung wurde unter diesen Bedingungen „seßhafter".[25]

Die Rationalisierungen im Ruhrbergbau erzeugten nicht nur strukturelle Arbeitslosigkeit, sondern sie veränderten auch die Arbeitswelt der Ruhrbergleute grundlegend: Die Rationalisierung führte untertage zu einer Verringerung der Zahl der Betriebspunkte aufgrund der Verlängerung der Abbaufront. Damit wurden die Kameradschaften, die an einem Betriebspunkt arbeiteten, erheblich vergrößert. Bildeten vorher Gruppen von fünf

---

20 Bericht Stadt Ge 1925 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 71 und 74, 77 und 80; Bericht Stadt Ge 1927 (StA Ge XXVI/21-Ge), S. 78 und 81; Verw.-B. Stadt Buer 1925 (StA Ge XXVI/4-B), S. 92; Verw.-B. Stadt Buer 1927 (StA Ge XXVI/4-B), S. 100.

21 Bericht Stadt Ge 1925 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 72 f.; Bericht Stadt Ge 1926 (StA Ge XXVI/21-Ge), S. 78 f.; Bericht Stadt Ge 1927 (StA Ge XXVI/21-Ge), S. 79 f.; Bericht Stadt Ge-Buer 1928 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 60 und 65. Vgl. T. Feldhege, 1933, S. 301; M. Uliczka, 1984, S. 119 f.

22 Verw.-B. Stadt Buer 1925 (StA Ge XXVI/4-B), S. 91; Bericht Stadt Ge-Buer 1928 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 60 und 65. Zum Ruhrgebiet: K. Tenfelde, Strukturwandel 1988, S. 133 ff.

23 Verw.-B. Stadt Buer 1925 (StA Ge XXVI/4-B), S. 91.

24 E. Franke, 1936, S. 20; H. U. Wehler, Polen, [2]1979, S. 226; F. Lackmann, 1930, S. 15 f. Vgl. H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 116. Zur Gebürtigkeit der Gelsenkirchener Verw.-B. Stadt Ge 1925 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 17 ff.; Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 30 ff.

25 Zum Absinken der An-, Ab- und Ummeldungen in Gelsenkirchen und Buer Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 65 und 68; Städtisches Statistisches Amt, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 12; B. Kolkenbrock, Berufssoziologie, 1949, Anhang Tab. 7, 8, 9.

bis zehn Bergleuten eine überschaubare Erwerbs-, Anlern-, Erfahrungs- und Gefahrengemeinschaft, die Zusammengehörigkeitsgefühl und innere Solidarität entwickeln konnte, so war bei 50 Bergleuten pro Betriebspunkt die Bildung einer verschworenen Gemeinschaft kaum mehr möglich.[26] Auch wurden die Arbeiter durch die geringere Zahl von Betriebspunkten für die Vorgesetzten besser kontrollierbar. Eine schrittweise Systematisierung und Reglementierung der bergmännischen Ausbildung wirkte disziplinierend auf die jungen Bergarbeiter, die bisher oft ein unruhiges Element in den Belegschaften gebildet hatten. Mit der Veränderung der Arbeitsbedingungen vor Ort war auch bei der Entlohnung ein Übergang vom althergebrachten solidaritätsfördernden Kameradschaftsgedinge zum Einzel- oder Gruppengedinge verbunden. Beide bisher fast unbekannten Entlohnungsprinzipien waren an individueller Leistung ausgerichtet, wovon sich die Zechen eine Steigerung der Schichtleistung versprachen. Für die Zechenherren war dabei die „Zerstörung der solidarisch arbeitenden Kameradschaft ein gewünschter Nebeneffekt"[27]. Arbeitshetze, Antreiberei, durch den Lärm der Maschinen verursachter Kommunikationsmangel kennzeichneten immer mehr auch die Bergarbeit.[28] Die Änderung der Entlohnungsform besserte die Reallohnsituation der Bergarbeiter nicht; bis zum Ende der „ruhigeren Jahre" der Weimarer Republik erreichten sie mit ihren Reallöhnen nicht die Vorkriegskaufkraft. Einschneidende Verdienstausfälle konnte dagegen die drohende Arbeitslosigkeit mit sich bringen.[29]

Nach der Eingemeindung Rotthausens 1924 ging die Stadt Gelsenkirchen trotz ihres Verlangens nach Siedlungsfläche bei den Entscheidungen zur kommunalen Neuordnung des Ruhrgebietes 1926 leer aus, weil die Bildung der Mittelstädte Wanne-Eickel und Wattenscheid und die Erhaltung des Landkreises Essen eine Ausdehnung der Stadt nach Osten, Süden oder Westen unmöglich machten. Die kommunale Entwicklung wurde dann durch die ökonomische Entwicklung bestimmt und beschleunigt. Der Gemeinderat von Horst sprach sich angesichts seiner durch Betriebsstillegungen auf Nordstern eintretenden finanziellen Leistungsunfähigkeit bereits im April 1926 für den Anschluß an Buer aus. Die Frage des Anschlusses von Horst an Buer wurde dann in den Neuordnungs- und Eingemeindungsverhandlungen einbezogen, und am 26. Januar 1928 fiel im Gemeindeausschuß des preußischen Landtages die Entscheidung für die Zusammenlegung von Horst, Buer und Gelsenkirchen am 1. April 1928 zur Großstadt Gelsenkirchen-Buer. Dabei schien die Vereinigung aus siedlungstechnischen und wirtschaftlichen Gründen zweckmäßig: Einerseits wurde dem dicht besiedelten Gelsenkirchen das weniger stark besiedelte

---

26 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 169; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 253; K. Tenfelde, Fleiß, 1988, S. 28 f. Vgl. C. Jantke, 1953, S. 37 ff.

27 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 169; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 253 f.; J. Jantke, 1953, S. 58 ff. Zur Ausbildung F.-J. Brüggemeier, M. Zimmermann, 1987, S. 29 ff.

28 R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 258; J. Jantke, 1953, S. 37 f.

29 Ausführlich belegtes Urteil bei: B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 141; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 260 f., 273 f., 277. Vgl. H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 46 ff., bes. 49 f. Vgl. F. Lackmann, 1930, S. 108 für Ge.

Buer mit verfügbarem Bauland und Erholungsmöglichkeiten hinzugefügt, und andererseits ruhte das Wirtschaftsleben Gelsenkirchens auf mehreren Säulen, während Buer fast ausschließlich über Steinkohlenbergbau verfügte, so daß eine weniger monostrukturelle Wirtschaft der neuen Stadt einen gewissen Schutz vor wirtschaftlichen Schwankungen zu bieten schien.[30]

Tabelle 50: Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchen 1919–1930[31]

	1919	1924	1925	1926	1927	1930
Ge (mit Rotth.)	199 662	206 595	205 803	211 461	212 644	209 080
Buer	88 868	102 161	101 550	102 113	103 970	100 378
Horst	22 229	24 663	24 663			24 690

b) Ausformung der sozialistischen Arbeiterkultur vor der Weltwirtschaftskrise

In den politisch etwas „ruhigeren" Jahren ab 1924/25 konnten sich die kulturellen Elemente der sozialistischen Arbeiterbewegungskultur nach den prägenden Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit unter den Bedingungen der Republik neu ausformen und konsolidieren. Ein Charakteristikum und eine Grundlage der Ausformung der kulturellen Elemente der sich als sozialistisch verstehenden Arbeiterbewegung war nun die politische Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten. Neben der parteipolitischen Spaltung hatte sich im Raum Gelsenkirchen auch eine Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung vollzogen, die in der Mitte der 1920er Jahre nur für kurze Zeit ansatzweise überwunden werden konnte. Bis Ende der 1920er Jahre wurde dagegen eine in großen Teilen einheitliche Arbeiterkulturbewegung mit allerdings deutlichem Übergewicht der Sozialdemokraten aufrechterhalten. Die Mitte der 1920er Jahre stellte den Höhepunkt der Entfaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultur dar. Damit stand die volle Entfaltung der zentralisierten und einheitlichen Arbeiterbewegungskultur am Ende des Abschleifungsprozes-

30 Bericht Stadt Ge 1924 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 6; Verw.-B. Stadt Buer 1926 (StA Ge XXVI/4-B), S. 14; Verw.-B. Stadt Buer 1927 (StA Ge XXVI/4-B), S. 7 und 12 f.; Bericht Stadt Ge-Buer 1928 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 2 f.; Magistrat der Stadt Buer, 1927; W. Bergermann, 1978, S. 29 f., 34 ff.; J. Büscher, 1982, S. 79; C. v. Wedelstaedt, 1950, S. 156 f.; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 272; C. v. Wedelstaedt, Entwicklung, 1927, S. 28 f. Vgl. H. Hoebink, 1984, S. 53 f. und 56. Aus Wattenscheider Sicht: H. Überhorst, Wattenscheid, 1985, S. 127 ff.

31 B. Kolkenbrock, Berufssoziologie, 1949, Anhang Tab. 3; Volkszählung 16.5.1926 lt. Bericht Stadt Ge 1926 (StA Ge XXVI/21-Ge), S. 34; Verw.-B. Stadt Buer 1922 (StA Ge XXVI/8-B), S. 3; Verw.-B. Stadt Buer 1923 (StA Ge XXVI/4-B), S. 1; Verw.-B. Stadt Buer 1924 (StA Ge XXVI/4-B), S. 5; Verw.-B. Stadt Buer 1925 (StA Ge XXVI/4-B), S. 5; Verw.-B. Stadt Buer 1927 (StA Ge XXVI/4-B), S. 6; Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 16 f.; Abweichungen in Städtisches Statistisches Amt, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 1.

ses verschiedener Arbeitergruppenkulturen und der kulturellen Elemente der Zuwanderergruppen und eines sozialökonomisch erzwungenen Nivellierungsprozesses in der Arbeiterklasse.[1]

Politische Arbeiterbewegung nach der Differenzierung

Nach Abschluß des Differenzierungsprozesses in der Arbeiterbewegung wurde das ganze Ausmaß der Schwächung der SPD im Ruhrgebiet deutlich. Sowohl das Zentrum mit seiner traditionell starken Verankerung in der katholischen Arbeiterschaft als auch die KPD, die von der massenhaften Abwendung von der MSPD über die Zwischenstufe der USPD oder auch über syndikalistische oder (links)kommunistische Gewerkschafts- oder Einheitsorganisationen profitiert hatte, waren in vielen Ruhrgebietsstädten stärker als die enorm geschrumpfte SPD. Die Wahlgänge im Gelsenkirchener Raum zeigten eine starke kommunistische Dominanz mit einem Gipfelpunkt Anfang 1924 als Resultat von Radikalisierungsprozessen infolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen des Jahres 1923, der von der KPD allerdings nicht gehalten werden konnte. Die KPD stabilisierte sich aber auf hohem Niveau, während die Sozialdemokratie hinter Kommunisten und Zentrum auf dem dritten Platz verblieb[1]:

Tabelle 51: Wahlen im Raum Gelsenkirchen 1924–1928
a) Wahlen zur Stadtverordneten-/Gemeindevertreterversammlung in der Stadt Gelsenkirchen, in der Stadt Buer und in der Gemeinde Horst am 4. Mai 1924

	Ge			Buer			Horst		
	abs.	in %	Sitze	abs.	in %	Sitze	abs.	in %	Sitze
Wahlberechtigte	116 648			48 875			12 022		
gültig	92 366	79,0		38 692	80,1		9 932	82,6	
SPD	8 666	9,4	5	4 170	10,7	5	983	9,9	4
USPD	729	0,8	–	–	–	–	–	–	–
KPD	30 007	32,5	19	12 121	31,3	16	3 686	37,1	14
Zentrum	24 893	26,9	16	10 123	26,2	13	2 940	29,6	11
DDP	4 170	4,5	1	1 574	4,1	2	–	–	–
DVP	11 736	12,7	7	–	–	–	–	–	–

1 D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 50.

1 BERICHT Stadt Ge 1924 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 9; BERICHT Stadt Ge 1925 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 9 und 14 f.; BERICHT Stadt Ge 1926 (StA Ge XXVI/21-Ge), S. 8 f.; BERICHT Stadt Ge 1927 (StA Ge XXVI/21-Ge), S. 9 f.; STATISTISCHES AMT DER STADT GE-BUER, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 145-157; BERICHT Stadt Ge-Buer 1928 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 6; VERW.-B. Stadt Buer 1924 (StA Ge XXVI/4-B), S. 14, 18 und 22 ff.; VERW.-B. Stadt Buer 1925 (StA Ge XXVI/4-B), S. 15; STÄDTISCHES STATISTISCHES AMT, 1927 (StA Ge XXV/6-Ge), S. 66-69; StA Ge IV/6/4-H; STADT GE, Stat Berichte, Heft 2, 1956, S. 8 und 10; STADT GE, Stat. Berichte, Heft 3, 1957, Tabelle 35; B. KOLKENBROCK, Wahlen, o. J.; A. MILATZ, 1965, S. 90, 93, 97,100, 104, 108, 112, 129.

Tabelle 51: Wahlen im Raum Gelsenkirchen 1924–1928 (Forts.)

	Ge			Buer			Horst		
	abs.	in %	Sitze	abs.	in %	Sitze	abs.	in %	Sitze
DVP & DNVP	–	–	–	3 097	8,1	4	1 103	11,2	5
DNVP	5 905	6,4	4	–	–	–	–	–	–
Völk.-soz. Block	–	–	–	1 271	3,2	1	–	–	–
zus.		93,2	58		83,6	48		87,6	36

b) Wahl zum Reichstag am 4. Mai 1924

	Ge		Buer		Horst		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
Wahlberechtigte	117 927		48 930		12 097		
gültig	92 156	78,1	39 264	80,7	10 174	85,0	76,4
SPD	8 156	8,9	4 313	10,9	959	9,3	20,6
KPD	32 366	35,0	12 607	32,1	3 886	37,9	12,6
USPD	917	0,9	576	1,6	161	1,6	0,8
Zentrum (& BVP)	25 798	27,9	9 807	24,9	2 877	28,9	16,6
DDP	2 122	2,4	1 340	3,4	94	0,9	5,5
DVP	12 448	13,5	2 042	5,2	1 011	9,8	9,2
DNVP	6 653	7,2	3 788	9,6	438	4,3	19,5
Polen	1 212	1,3	326	0,9	275	2,7	0,3
Völkische/NSDAP	1 225	1,7	1 138	2,9	216	2,1	6,5

c) Wahl zum Reichstag am 7. Dez. 1924

	Ge		Buer		Horst		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
Wahlberechtigte	119 776		47 711		12 351		
gültig	92 879	77,6	37 981	82,4	9 882	80,0	77,1
SPD	15 962	17,2	6 628	17,4	1 426	14,4	26,0
KPD	18 519	19,9	8 078	21,3	2 564	26,6	9,0
USPD	584	0,6	88	0,3	18	0,2	0,3
Zentrum (& BVP)	27 538	29,6	10 223	26,8	2 984	30,2	17,4
DDP	3 191	3,4	1 317	3,5	144	1,5	6,3
DVP	14 225	15,4	2 330	6,2	1 214	12,3	10,1
DNVP	8 794	9,5	6 310	16,6	828	8,4	20,5
Polen	1 005	1,1	143	0,4	147	1,4	0,3
Deutsch-völk. Block	–	–	626	1,6	–	–	3,0
Ns. Freiheitsbew.	603	0,7	–	–	146	1,5	

d) Wahl zum Preußischen Landtag am 7. Dez. 1924

	Ge		Buer		Horst	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte	119 776		47 711		12 015	
gültig	92 624	77,1	38 257	80,2	9 889	82,3
SPD	15 807	17,1	6 606	17,3	1 436	14,5
KPD	18 594	20,1	8 495	22,2	2 641	26,7

	Ge		Buer		Horst	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
USPD	595	0,6	113	0,3	25	0,3
Zentrum	27 297	29,5	10 866	28,4	3 218	32,5
DDP	3 170	3,4	1 324	3,4	146	1,5
DVP	14 374	15,6	2 320	6,1	1 248	12,6
DNVP	8 682	9,4	6 561	17,1	834	8,4
Polen	1 006	1,1	143	0,4	138	1,4
Deutsch-völk. Block	–	–	543	1,4	–	–
Ns. Freiheitsbew.	599	0,7	–	–	129	1,3

e) Reichspräsidentenwahl 1925

	Ge		Buer		Horst		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
1. Wahlgang am 29. März							
Wahlberechtigte	121 676		48 127				
gültig	86 002	70,7	31 826	66,7	9 639		68,5
Braun	15 969	18,6	5 764	18,1	1 423	14,8	29,0
Thälmann	15 321	17,8	6 410	20,2	2 139	22,1	7,0
Dr. Held	186	0,2	134	0,4	29	0,3	3,7
Dr. Hellpach	1 919	2,2	909	2,8	124	1,3	5,8
Dr. Jarres	23 099	26,9	7 624	24,0	2 848	29,5	38,8
Ludendorff	771	0,9	1 049	3,3	175	1,8	3,7
Dr. Marx	28 714	33,4	9 922	31,2	2 901	30,2	14,5
2. Wahlgang am 26. April							
Wahlberechtigte	122 505		48 127				
gültig	94 644	76,7	37 204	77,4	9 172		77,0
Dr. Marx	45 308	47,9	15 103	40,6	4 077	44,5	45,3
Thälmann	13 070	13,8	5 516	14,8	1 530	16,8	6,4
Hindenburg	36 266	38,3	16 585	44,6	3 545	38,7	48,3

f) Wahl zum Westfälischen Provinziallandtag am 29. Nov. 1925

	Ge		Buer		Horst	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte	120 668		50 502			
gültig	66 247	54,9	23 931	47,4	6 142	
SPD	10 496	15,8	3 878	16,2	796	12,9
KPD	13 563	20,5	5 656	23,6	1 726	28,1
USPD	244	0,4	77	0,3	16	0,3
Zentrum	20 962	31,6	7 346	30,7	2 334	38,0
DDP	948	1,3	521	2,2	51	0,8
DVP	13 486	20,4	1 275	5,3	848	13,9
DNVP	3 892	5,9	2 856	11,9	–	–
Dt.-völk. Freiheitsb.	239	0,4	183	0,8	30	0,5

Tabelle 51: Wahlen im Raum Gelsenkirchen 1924–1928 (Forts.)

g) Wahl zum Reichstag am 20. Mai 1928

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
Wahlberechtigte	129 619		58 554		13 827		202 000		
gültig	100 026	77,2	42 837	73,2	11 022	79,7	153 883	76,2	74,6
SPD	20 959	21,0	8 223	19,2	1 782	16,2	30 964	20,1	29,8
KPD	23 427	23,4	11 410	26,6	3 857	35,0	38 694	25,1	10,6
Zentrum (& BVP)	23 008	23,0	9 666	22,6	2 555	23,2	35 229	22,9	15,2
DDP	2 162	2,2	952	2,2	142	1,3	3 256	2,1	4,8
DVP	13 368	13,4	1 968	4,6	874	7,9	16 210	10,5	8,7
DNVP	4 462	4,5	3 692	8,6	395	3,6	8 549	5,6	14,2
NSDAP	656	0,7	726	1,7	89	0,8	1 471	1,0	2,6

h) Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Gelsenkirchen-Buer am 20. Mai 1928

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	Sitze
Wahlberechtigte	126 211		56 109		13 392		195 839		
gültig	98 108	77,7	41 693	74,3	10 763	80,4	150 564	79,9	
SPD	18 796	19,2	6 564	15,7	1 542	14,3	26 902	17,8	14
KPD	22 531	23,0	10 431	23,0	3 628	33,7	36 590	24,3	19
Zentrum Ge	20 178	20,6	2 011	4,3	564	5,3	22 753	15,1	11
Zentr. Buer/Horst	1 947	2,0	7 311	17,6	2 064	19,0	11 304	7,5	5
DDP	1 992	2,0	778	1,9	111	1,0	2 881	1,9	1
DVP	9 673	9,8	1 050	2,5	690	6,6	11 413	7,6	6
DNVP Ge	3 346	3,4	12 12	2,9	207	1,9	4 765	3,2	2
DNVP Buer/Horst	998	1,0	1 248	3,0	214	2,0	2 450	1,6	1
Wirtschaftspartei	6 982	7,1	2 421	5,8	763	7,1	10 166	6,7	5
Ev. Vereinigung.	5 331	5,4	3 617	8,8	364	3,4	9 312	6,2	4
Arbeitsinv. u. Ww.	1 579	1,6	1 564	3,7	151	1,4	3 294	2,2	1
Chr.-soz. Reichsp.	1 058	1,1	1 508	3,6	85	0,8	2 651	1,8	1
Chr. Vereinigung	1 074	1,1	782	1,9	100	0,9	1 956	1,3	1
NSDAP	592	0,6	680	1,6	83	0,8	1 355	0,9	–
zus.		97,9		96,3		98,2		98,1	71

i) Wahl zum Preußischen Landtag am 20. Mai 1928

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte	129 619		58 554		13 782		202 000	
gültig	99 750	77,0	42 749	73,0	10 972	79,6	153 471	76,0
SPD	20 868	20,9	8 207	19,2	1 774	16,2	30 849	20,0
KPD	23 340	23,4	11 356	26,6	3 857	35,2	38 555	25,1
Zentrum	23 005	23,1	9 649	22,6	2 553	23,3	35 207	22,9
DDP	2 150	2,2	934	2,2	144	1,3	3 228	2,1

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
DVP	13 281	13,3	1 973	4,6	822	7,5	16 076	10,5
DNVP	4 423	4,4	3 640	8,5	395	3,5	8 458	5,5
Wirtschaftspartei	7 418	7,4	2 802	6,6	921	8,4	11 141	7,3
NSDAP	661	0,6	734	1,7	97	0,9	1 492	1,0

Während die SPD nur noch geringen Einfluß auf die Masse der Arbeiter des Raumes Gelsenkirchen ausübte, versuchte die KPD nach der Besetzung des Ruhrgebietes mit der Parole „Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree" einen Zweifrontenkampf auf der nationalen und der sozialen Ebene zu führen. Eine KPD-Kundgebung mit 3 000-4 000 Teilnehmern gegen den französischen Imperialismus und den deutschen Kapitalismus fand Anfang Februar 1923 auch in Gelsenkirchen statt.[2] Die krisenhafte Entwicklung des Jahres 1923 machte die radikal auftretende KPD „zum Sammelbecken aller Unzufriedenen"[3]. Auf dem Bezirksparteitag der Ruhr-KPD Ende März 1923 in Essen kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der (rechten) Parteimehrheit und der Linksopposition, die sich für die Ausrufung einer Arbeiterrepublik im besetzten Rhein-Ruhrgebiet aussprach.[4] Ab etwa September 1923 begann die KPD unter dem Druck der Parteilinken und unter Anleitung des „Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale" (EKKI) Vorbereitungen für die Initiierung eines „deutschen Oktober" zu treffen. Dem „Moskau-Plan" entsprechend versuchte die KPD, u. a. mit ihrem Eintritt in die sächsische und die thüringische Regierung und mit dem Aufmarsch proletarischer Hundertschaften einen Aufstand zu initiieren, was aufgrund ihrer politischen Isolierung vollständig mißlang.[5] Nach dem Verbot der KPD am 23. November 1923 (bis 1. März 1924) wurde man sich in der Partei im Winter 1923/24 klar, daß man eine Niederlage erlitten hatte. Für diese wurde der straffen Führungsstruktur entsprechend und unter dem Einfluß des innersowjetischen Machtkampfes die Führung um Brandler verantwortlich gemacht. Auch mit Hilfe der radikalisierten Ruhr-KPD, die mit etwa

2 O. K. Flechtheim, 1948, S. 85 f.; S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 321 f. Vgl. K. D. Erdmann, Alternativen, 1985, S. 29; H. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 4, 1930, S. 99 ff.; K. Pabst, Ruhrkampf, 1972, S. 35 f.; M. Ruck, 1986, S. 125 f.; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 48 f. Zum nationalen Kurs auch: H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 578 ff. Zu Ge: Polizeipräsident Ge am 5.2.1923, in: STAM Reg. A I Pa 265.

3 O. K. Flechtheim, 1948, S. 88 und 90. A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 159 hält es sogar für sicher, „daß im Sommer 1923 die KPD im deutschen Proletariat stärker war als die SPD". Vgl. M. Ruck, 1986, S. 420 f.; H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 167; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 43. Unwahrscheinlich nach: H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 188.

4 B. Herlemann, 1977, S. 26; S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 322; O. K. Flechtheim, 1948, S. 87; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 47.

5 O. K. Flechtheim, 1948, S. 92 ff.; E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 51 f.; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 49 ff. Vgl. H.-U. Ludewig, 1978, S. 106 ff.; A. Rosenberg, Deutsche Republik, 1935, S. 168 ff.; K. H. Tjaden, 1964, S. 33 ff.; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 570 f., 619 ff. und 655 ff.

21 000 überwiegend arbeitslosen Mitgliedern in 180 Ortsgruppen ein Zwölftel der KPD-Mitgliedschaft stellte, konnte auf dem illegalen Parteitag in Frankfurt am Main im April 1924 die „linke" Fischer-Maslow-Führung, für die auch der Gelsenkirchener Parteisekretär Max Schütz bald in die Zentrale und ins Polbüro einzog, installiert werden.[6]

Entsprechend der „linken" Orientierung der Ruhr-KPD nutzte auch die Gelsenkirchener KPD ihren gewonnenen Einfluß, um in der Stadtverordnetenversammlung „Lärmszenen" zu provozieren.[7] Bei der Einführung der neugewählten Stadtverordneten erklärte die Gelsenkirchener KP: „Die Kommunistische Partei Deutschlands ersieht in der heutigen Form der Stadtparlamente die verkörperte bürgerlich kapitalistische Gesellschaft. Sie sind Instrumente der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Proletariats." Die Kommunisten erklärten sich für nicht an die Gepflogenheiten des Parlaments und die Schweigepflicht gebunden und wuschen sich nach der Vereidigung mit Handschlag demonstrativ die Hände und verließen unter Singen der Internationale schließlich den Ratssaal.[8] Wie allerdings der Wechsel zahlreicher KPD-Stadtverordneter zeigte, tobte auch in Gelsenkirchen die Auseinandersetung zwischen linkem und rechtem Parteiflügel, wobei der linke Flügel dominierte und die Parteirechten ausschloß. Die Ausgeschlossenen waren überwiegend ehemalige Unabhängige[9] aus Rotthausen, deren Wortführer Emil Samorei war, der z. B. auf der KPD-Unterbezirkskonferenz am 24. August 1924 die Beschlüsse des 5. Weltkongresses scharf verurteilte und sich gegen die Taktik der letzten Zeit wandte. Bezeichnenderweise wurde der Opposition von der wiedergewählten örtlichen Parteiführung der Vorwurf gemacht, eine neue USP gründen zu wollen und damit verantwortlich für den Verlust von 900 Mitgliedern in Gelsenkirchen und Essen zu sein.[10] Auch in der Stadt Buer kam es zu einem umfangreichen Wechsel der Stadtverordneten, und dort sank infolge der Auseinandersetzungen die Zahl der KPD-Mitglieder von Oktober 1923 innerhalb eines Jahres von 1 850 auf etwa 300 ab.[11] Als die KPD-Unterbezirkskonferenz von Gelsenkirchen am 25. Januar 1925 in ei-

---

6 S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 323 f.; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 100 und 103 f.; B. HERLEMANN, 1977, S. 27. Vgl. S. BAHNE, Luxemburgismus, 1961, S. 561 f.; A. ROSENBERG, Deutsche Republik, 1935, S. 205; K. H. TJADEN, 1964, S. 43; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 18, 51 ff., 61 und 63 ff. und zu Schütz S. 73 ff. und Biographie 292 f. Vgl. H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 704 ff.; H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 202 ff.

7 Oberbürgermeister lt. BERICHT Stadt Ge 1924 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 7. Vgl. allgemein: H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 334 ff.

8 Oberbürgermeister Ge am 6.6.1924 und 23.6.1924, in: STAM Reg. A I Pa 259,1. Vgl. B. HERLEMANN, 1977, S. 32 f.

9 Vgl. B. HERLEMANN, 1977, S. 32 f. und 34 f.; auch AdsD NL J. Lang, Briefe von E. Samorei vom 15.8.1947 und 5.8.1947, auch in: H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 257 und 261. Nach K. H. TJADEN, 1964, S. 44 wurden 60-70% der Parteifunktionäre ausgewechselt.

10 Bericht KPD-Generalversammlung am 24.8.1924, in: STAM Reg. A I Pa 259,1, Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986. Vgl. B. HERLEMANN, 1977, S. 57 f.

11 Drei Mandate der KPD konnten 1923 wegen Erschöpfung der Wahlvorschlagsliste nicht wiederbesetzt werden. VERW.-B. Stadt Buer 1923 (StA Ge XXVI/4-B), S. 11. Zur Mitgliederzahl: B. HERLEMANN, 1977, S. 58.

ner Resolution die Beschlüsse des letzten Weltkongresses bestätigen wollte, wehrten sich wiederum Rotthausener Delegierte, und schließlich gab es vier Gegenstimmen gegen die Bestätigung des geltenden Parteikurses.[12] Insgesamt hatte der linkstaktische Kurs und das Abebben der revolutionären Welle von 1923 den Einfluß der KPD im Ruhrgebiet erheblich verringert; z. B. sank die Abonnentenzahl der kommunistischen „Arbeiterzeitung" in Gelsenkirchen vom 1. Dezember 1922 bis zum 31. Januar 1925 von 5 721 auf 2 600.[13] Auf der Unterbezirkskonferenz der Gelsenkirchener KPD am 25. Januar 1925 mußte beim Kassenbericht festgestellt werden, „daß von einem Bestehen einer Parteiorganisation eigentlich gar nicht mehr die Rede sein könne", und der Vertreter des Bezirks konnte Ähnliches vom Bezirk berichten.[14] Anfang Februar 1925 mußte eine Parteiarbeiterkonferenz der Ruhr-KPD feststellen, daß von einem Restbestand von 17 000 Mitgliedern nur noch etwa ein Drittel Beiträge entrichtete.[15] Bei einer Funktionärskonferenz der Gelsenkirchener KP Ende Feburar 1925 wurde festgestellt, „daß man bei weiterer Entwicklung von der Kommunistischen Partei als einer Sekte reden werde"[16].

Angesichts der wirtschaftlichen Stabilisierung wurde im Herbst 1925 trotz einer Wendung zur Einheitsfrontpolitik seit Frühjahr 1925 auf Betreiben der Kominternzentrale die Fischer-Maslow-Zentrale abgesetzt, als sie es wagte, Stalins Politik zu kritisieren. Unter der neuen Führung des Politischen Leiters Wilhelm Florin, der auch dem neuen KPD-Zentralkomitee unter Ernst Thälmann angehörte, gelang es in den Jahren 1926/27, den Ruhrbezirk zu konsolidieren. Mit der Etablierung der Thälmann-Zentrale endete auch die relative Selbständigkeit der KPD, und demokratischer Zentralismus mit zentralisierter Befehlsgewalt und Stalinisierung verdrängte nach dem Beginn der Bolschewisierung unter der Fischer-Maslow-Führung die Reste der demokratischen Vorstellungswelt Rosa Luxemburgs.[17] Einen Überblick über die Struktur der Ruhr-KPD nach deren Konsolidierung bietet das Ergebnis einer Gesamtregistrierung der Mitglie-

---

12 Polizeidirektion Ge am 2.2.1925, in: STAM Reg. A I Pa 254. Vgl. B. HERLEMANN, 1977, S. 58 und 61.

13 Bericht aus dem Ruhrrevier vom 26.2.1925, in: ZSTAP RA/RMI 13 393, Bl. 249. Vgl. H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 101 ff.

14 Polizeidirektion Ge am 2.2.1925, in: STAM Reg. A I Pa 254.

15 Polizeidirektion Ge am 4.2.1925, in: STAM Reg. A I Pa 254. Vgl. H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 104 und 374 zur Mitgliederzahl im Ruhr-Bezirk.

16 Polizeidirektion Ge am 6.3.1925, in: STAM Reg. A 341. Vgl. zum Absinken der Mitgliederzahl im UB Ge von 1 876 auf 558 auch: H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 104.

17 Nach einem Tiefststand von nur 4 000 Mitgliedern vor dem Führungswechsel verfügte die Ruhr-KPD Anfang 1926 wieder über 9 000 Mitglieder, die Gesamtpartei über 160 000 Mitglieder. S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 326; S. BAHNE, Luxemburgismus, 1961, S. 562 ff.; B. HERLEMANN, 1977, S. 67 f.; S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 11 und 15; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 133 ff.; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 8 ff., 104, 119, 120-133, S. 281 ff., 362 f. zur Mitgliederzahl von 95 000 im 2. Quartal 1924, 122 755 am 1.4.1924, 112 300 im Januar 1926 und 143 172 im Januar 1927 und zur Zusammensetzung der Mitgliedschaft. Bolschewisierung der kommunistischen Parteien Europas bereits ab Sommer 1920 mit dem Vorbild-Anspruch der KPR lt. H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 468 f. und 707. Vgl. H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 209 f., 417 ff., 446 f.

der vor dem 11. KPD-Parteitag im Juli 1927[18]: Während der Anteil der unter 25-jährigen an der Mitgliedschaft knapp über deren Anteil der Bevölkerung lag, waren die Gruppen der bis 30- bzw. 40-jährigen doppelt überrepräsentiert. 54% der Mitglieder arbeiteten in Betrieben, wovon wiederum 74% in 268 Betriebszellen (bei 1 388 Betrieben des Ruhrgebietes mit mehr als 50 Beschäftigten) erfaßt waren. In fünf ausgewählten Mittelbetrieben (1 000-3 000 Beschäftigte) gehörten 0,64% der Belegschaft der KPD an, in fünf ausgewählten Großbetrieben nur 0,16%. Noch 26% der Betriebsarbeiter waren unerwünschterweise in Straßenzellen organisiert, im Unterbezirk Bochum gehörten sogar nur 10% der Mitglieder Betriebszellen an, obwohl 60% der Mitgliedschaft Betriebsarbeiter waren. Gewerkschaftlich organisiert waren etwa 50% der Ruhr-Kommunisten, davon 30% Metaller, 12% Bauarbeiter und knapp 7% Bergarbeiter. In den Gewerkschaften waren die KPD-Mitglieder eine verschwindend kleine Minderheit – z. B. im Bergarbeiterverband 3%. Auch vor dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise litt die Parteiarbeit unter einer großen Mitgliederfluktuation.

Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit

Wie die SPD erholten sich die Freien Gewerkschaften nicht mehr von den Verlusten nach dem Ende der Massenbewegungen, sondern ihr Einfluß in der Gelsenkirchener Arbeiterschaft sackte als Folge von Inflation und französischer Ruhrbesetzung weiter ab. Das Absinken der Mitgliederzahl war jedoch nicht ein spezifisches Problem des Ruhrgebietes, wenn auch hier die Mitgliederverluste überproportional waren; enttäuschte Erwartungen, Inflation und Wirtschaftskrise trafen die Gewerkschaften überall.[1] Im Ruhrbergbau zeigte die Stärke der Union, die weitgehend unter KP-Einfluß stand, bei Betriebsratswahlen die Schwäche des Alten Verbandes.

Tabelle 52: Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau und auf den Gelsenkirchener und Bueraner Schachtanlagen 1924 und 1925[2]

	1924						1925			
	Ruhrbergbau Stimmen		Ge Stimmen		Buer Sitze		Ruhrberbau Stimmen		Ge Stimmen	
	in Tsd.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in Tsd.	in %	abs.	in %
ADGB	92,2	32,2	3 894	20,6	20	17,5	132,4	40,1	5 268	25,7
Christl.	60,7	21,2	4 912	26,0	24	21,1	75,7	23,2	6 259	30,5
H.-D.	4,5	1,6	–	–	–	–	4,2	1,3	–	–

18 S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 327 f. Für die Gesamt-KPD: S. BAHNE, Kommunistische Partei, [2]1979, S. 660 f.; S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 15: Von 143 000 Mitgliedern waren 31,8% unter 30 Jahren, 32,7 bis zu 40 Jahren alt, 68,1% waren Industriearbeiter (39,9% gelernte), 30,3% waren ehemalige SPD-Mitglieder. Vgl. H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 269. Vgl. H. A. WINKLER, Schein, [2]1988, S. 446 ff.

1 H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 42 ff.; H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 711 f.

	1924						1925			
	Ruhrbergbau Stimmen		Ge Stimmen		Buer Sitze		Ruhrberbau Stimmen		Ge Stimmen	
	in Tsd.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in Tsd.	in %	abs.	in %
Polen	3,4	1,2	–	–	–	–	2,3	0,7	–	–
Union	98,1	34,3	8 637	45,6	69	60,5	95,2	29,1	7 072	34,5
Syndik.	20,8	7,3	–	–	–	–	9,9	3,0	–	–
Gelbe	1,2	0,4	–	–	–	–	1,7	0,5	–	–
Sonstige	5,1	1,8	1 481	7,8	1	0,9	5,4	1,7	1 910	9,3
zus.	285,9	100,0	18 924	100,0	114	100,0	326,8	100,0	20 509	100,0

In der Metallindustrie folgten viele Arbeiter kommunistischen Funktionären des DMV, nachdem die KPD die starke Stellung der USPD im DMV geerbt hatte.

Tabelle 53: Zusammensetzung der Betriebsräte in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest 1924 und 1925[3]

	1924	1925
Arbeiter		
DMV	49,6	48,5
Christl.	18,2	21,5
H.-D.	4,2	3,4
Kommunisten/Syndikalisten	4,4	5,6
Gelbe	0,6	0,1
Sonstige	4,2	3,4
Angestellte		
AfA	8,7	8,0
GdA	3,8	2,6
Gedag	4,6	4,6
unorg.	1,5	1,9
Sonstige	0,2	0,4

2 In Ge Dahlbusch 1/2/4/6, 2/5/8, Hibernia, Alma, Rheinelbe, Wilhelmine Viktoria 1/4, 2/3, Consolidation 1/6/8, 2/7, 3/4, Holland 1/2; in Buer Hugo 1, 2, 3, Ewald 3/4, Bergmannsglück, Westerholt, Scholven, Graf Bismarck 2/6, 3/5, 7/8. M. MARTINY, Arbeiterbewegung, 1974, S. 252; K. F. GESAU, 1983, Anhang, S. 139; B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 128 ff.; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 227; DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1929, S. 111; W. ABELSHAUSER, Umsturz, 1908, S. XXXIII. Zusammensetzung nach: NACHRICHTENBLATT, 1929, S. 38. Ge nach: STAM Reg. A I Pa 332. Im Bergrevier Buer ergab sich folgende Zusammensetzung der Betriebsräte: BAV 17, GCB 20, Zentralverb. d. Maschinisten und Heizer 1, DMV 1, FAU 56, AfA 6, Gedag 1, GdA 1, insgesamt 103 Betriebsräte. Nach STAM BAB A 17-25. Zu Buer: Polizeipräsident Recklinghausen vom 4.4.1924, in: STAM OP 6 475.

3 Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller = Region zwischen Lippe, Rhein (einschließlich Rheinhausen und Neuß) und der Linie Düsseldorf-Benrath-Hattingen-Witten-Dortmund-Hamm. Nach B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 122 f.

In der Zeit der Massenbewegungen verloren die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände nicht so stark an Mitgliedern wie die Arbeitergewerkschaften, so daß in den 1920er Jahren der Organisationsgrad der Angestellten höher als der der Arbeiter war. Die Angestelltengewerkschaften und besonders auch die freigewerkschaftlichen Verbände, die sich 1920 im „Allgemeinen freien Angestelltenbund" (AfA) zusammengeschlossen hatten, erlebten in der Anfangsphase der Weimarer Republik einen enormen Aufstieg, so daß man im Ortskartell Buer von einer Entwicklung gleich „einer nicht aufzuhaltenden Lawine" sprach, obwohl reichsweit nie mehr als ein Drittel der organisierten Angestellten dem AfA angehörte.[4]

Nicht nur die Union oder die kommunistischen Gewerkschafter, deren Einfluß nach der Vereinigung von MSPD und USPD und im Zuge der Linksorientierung der KPD um die Jahreswende 1923/24 kontinuierlich abnahm[5], machten der in den Freien Gewerkschaften dominierenden Sozialdemokratie das Leben schwer, sondern das Verhalten der Ruhrkapitalisten, die bestrebt waren, das „Herr-im-Hause"-Prinzip wieder gegenüber den Belegschaften zur Geltung zu bringen, die Arbeiterschaft zu disziplinieren und die Gewerkschaften aus den 1918/19 gewonnenen Positionen herauszudrängen, diskreditierte auch das gewerkschaftliche Politikmodell der Arbeitsgemeinschaftspolitik, die sich zudem mit dem Scheitern der Zentralarbeitsgemeinschaft Anfang 1924 als nicht dauerhaft funktionsfähig erwiesen hatte.[6] Nach der Währungsstabilisierung versuchte der Zechenverband, die Schwäche der Ruhrbergarbeiterschaft und ihrer Organisationen zur Revision der Zugeständnisse aus der Entstehungsphase der Republik, die ihm angesichts der Geldwertstabilisierung und des Endes der Nachkriegskonjunktur von Kohle und Stahl betriebswirtschaftlich nicht mehr vertretbar erschienen, zu nutzen und die Selbstkosten durch Senkung der Personalkosten und Verlängerung der Arbeitszeit zu senken.[7] Das im August 1922 verlängerte Überschichtenabkommen vom Februar 1920, welches achtstündige Arbeit unter Tage vorsah, war der erste Schritt zur Wiederherstellung längerer Arbeitszeiten im Ruhrbergbau gewesen, den die Tarifgewerkschaften aus volkswirtschaftlichem Verantwortungsgefühl gegangen waren und womit sie die Entfremdung von Bergarbeitern und Gewerkschaften verschärft hatten.[8] Am 8. Oktober 1923 versuchten die Zechenherren, ohne Verhandlungen die Arbeitszeit auf achteinhalb Stunden zu verlängern, scheiterten aber, da die Bergarbeiter wie üblich

---

4 ADGB Buer, 1925, S. 18. Allgemein: H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 26 ff.; H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 273 ff.; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 385.

5 Vgl. F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 243 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 213; R. Rettig, 1954, S. 195 ff.

6 H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 90 und 173, G. D. Feldman, I. Steinisch, 1985, S. 121 ff.

7 Vgl. H. Pohlmann, 1981, S. 34; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 108; H. Mommsen, Sozialpolitik, 1977, S. 314 f.

8 H. Pohlmann, 1981, S. 37; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 102; G. D. Feldman, I. Steinisch, 1985, S. 61 f.; ausführlich R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 92-104; G. D. Feldmann, Arbeitskonflikte, 1980, S. 177-192 und 218 f. Vgl. H. A. Winkler, Von der Revolution, ²1985, S. 394 ff.

ausfuhren.[9] Als dann die Unternehmer nach gescheiterten Verhandlungen dem Alten Verband mitteilten, daß am 30. November die gesamte Belegschaft gekündigt würde, sah sich der Alte Verband zu Verhandlungen gezwungen und willigte am 28. November in ein Mehrarbeitseinkommen ein, welches ohne Überstundenzuschlag die Arbeitszeit auf acht Stunden unter Tage verlängerte, womit praktisch die in der Revolution erreichte Siebenstundenschicht beseitigt war. Auch in der Metallindustrie betrieben die Unternehmer die Wiedereinführung des Zehnstundentages und der Doppelschicht. Dieses Ziel erreichten sie gegen geringe Zugeständnisse nach Verhandlungen Mitte Dezember 1923. Die Arbeitszeit ausschließlich Pausen an sechs Wochentagen wurde in den Hüttenwerken auf durchschnittlich 59 Stunden (Tagesschicht 58, Nachtschicht 60 Stunden), in den weiterverarbeitenden Betrieben auf 57,5 Stunden festgelegt.[10]

Gleichzeitig mit der Verlängerung der Arbeitszeit wurde die gewerkschaftliche Politik im Ruhrbergbau durch Reallohnabbau mittels schrittweisen Wegfalls der Teuerungszulage diskreditiert. Am 12. März 1924 akzeptierten die Gewerkschaften einen Lohnschiedsspruch, der den Zechenunternehmern nochmals entgegenkam, und nun verschärfte sich auch die Kritik an der zurückweichenden Haltung der Gewerkschaften. Um einer Radikalisierung ihrer Mitgliedschaft entgegenzuwirken, kündigten die Bergarbeiterverbände daraufhin die Lohnordnung wieder. Etwa gleichzeitig liefen auch der Manteltarifvertrag und das Mehrarbeitsabkommen aus.[11] Die Schlichtungsverhandlungen im April 1924 wurden auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reichstagswahl von verstärkter kommunistischer Agitation begleitet. In Gelsenkirchen wurde am 28. April auf Bismark 1/4 und Wilhelmine Viktoria 1/4 versucht, durch Sabotage den Betrieb lahmzulegen, was nicht gelang; einige Kommunisten, die Zechenbelegschaften schon am Vortag an der Einfahrt hatten hindern wollen, wurden festgenommen.[12] Als nach dem Beharren der Unternehmer auf Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen Ende April ein tarifloser Zustand entstanden war und dieser durch einen Schiedsspruch, der die bisherige Überarbeit als tarifliche Normalarbeitszeit deklarierte, beendet worden war, forderten die Bergarbeiterverbände ihre Mitglieder auf, entsprechend dem alten Tarifvertrag nach siebenstündiger Schichtzeit auszufahren, was von zwei Dritteln der Belegschaften ab 2. Mai befolgt wurde und sich am 5. Mai auf 78% der Belegschaft ausgebreitet hatte. Wie im

---

9 B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 306; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 195 ff. und 200 f. Vgl. H. Pohlmann, 1981, S. 43 f.; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 102 und 110; G. D. Feldman, I. Steinisch, 1985, S. 119; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 90; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 645.

10 B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 308 f; H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 302 ff.; H. Pohlmann, 1981, S. 44 ff.; G. D. Feldmann, Arbeitskonflikte, 1980, S. 221; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 209 ff. und 215 f.; H. A. Winkler, Von der Revolution, [2]1985, S. 681 ff.; Vgl. auch M. Schneider, Höhen, 1987, S. 354 ff.

11 H. Pohlmann, 1981, S. 52 f. und S. 177; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 218 ff., 224 und 227 f. Vgl. Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 113.

12 H. Pohlmann, 1981, S. 60 f.; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 230; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 113 f.

Kaiserreich antwortete der Zechenverband mit Aussperrung. Der Anteil der Entlassenen erhöhte sich bis zum 10. Mai auf 93,3%. In den folgenden vier Streikwochen beteiligten sich etwa 95% der Ruhrbergarbeiter an dem Arbeitskampf.[13] Nach zwei erfolglosen Schlichtungsverfahren wurde im dritten die Siebenstundenschicht formell als Normalarbeitszeit beibehalten, die Bergarbeiterverbände stimmten aber einer getrennten Vereinbarung zu, die Überschichten ermöglichte, vergütet nicht mit einem Zuschlag auf den Schichtlohn, sondern mit der Erhöhung des Schichtlohnes um ein Siebtel, womit der Grundsatz der Siebenstundenschicht durchlöchert wurde. Da die Gewerkschaften nach vierwöchigem Streik glaubten, auch angesichts der Not der hungernden Streikenden nicht mehr erreichen zu können, konnte der letzte Schiedsspruch am 29. Mai für verbindlich erklärt werden, nachdem die Durchsetzung dieser Zwangsschlichtung durch zinsgünstige Darlehen an die Zechenherren erkauft worden war.[14] Den Gewerkschaften gelang es so gerade noch, ihr Gesicht zu wahren und das Schlichtungssystem und das Prinzip der kollektiven Arbeitsverträge bei sonst fast vollständiger sozialpolitischer Umkehr zu stützen.[15] Obwohl die Gewerkschaftsbewegung, wie die Maiaussperrung gezeigt hatte, zunehmend in die Defensive geriet, wurde der bisherige Kurs nicht geändert, sondern fortgesetzt. Die Gewerkschaften, auch z. B. in Buer, bauten auf ihre nur vermeintliche Stärke und betrachteten sich als „einen nicht zu übersehenden Machtfaktor im öffentlichen Leben"[16] oder sahen gar durch das Arbeitsnachweisgesetz und die Verordnungen über Erwerbslosenfürsorge schon wichtige Forderungen erfüllt.[17] Dabei beschränkten sich die Bueraner Freien Gewerkschaften zugleich nur auf die Rolle eines „wichtigen mitbestimmenden Faktor(s) im öffentlichen Leben"[18].

Wegen des Rückganges ihres betrieblichen Einflusses beschloß die KPD, nach den im Juni/Juli 1924 gefaßten Beschlüssen des 5. Weltkongresses der Komintern und entsprechenden RGI-Beschlüssen zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit, eine neue Phase der Einheitsfrontpolitik einzuleiten. Die Sonderorganisationen, die erheblich an Stärke verloren hatten und in sich völlig zerstritten waren, wurden aufgelöst. Auch die Bergarbeiterabteilung der Union der Hand- und Kopfarbeiter gliederte sich nach Verhandlungen im August 1925 in die freie Gewerkschaftsbewegung ein.[19]

---

13 H. Pohlmann, 1981, S. 64, 70 ff. und zu den komplizierten Schlichtungsverhandlungen Anfang Mai 64 ff. Vgl. R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 230 f. Vgl. H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 304.

14 H. Pohlmann, 1981, S. 97 f.; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 114; B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 313; H. Mommsen, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 305; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 231 ff.; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 213 f.; M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 610 f.

15 G. D. Feldman, I. Steinisch, Notwendigkeit, 1980, S. 62.

16 ADGB Buer, 1925, S. 8. Zur Bedeutung der Zwangsschlichtung: M. Ruck, 1986, S. 12

17 ADGB Buer, 1925, S. 41.

18 Ebd., S. 13.

19 Von den in den Listen der Union verzeichneten 7 410 Mitgliedern traten nur 3 630 in den Alten Verband über. Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 112. Union am 15.4.1924,

Wie überall im Revier war die Union in Gelsenkirchen gegen Ende des Jahre 1924 zerfallen, die Mitgliederzahl war von 1 018 im Bezirk Gelsenkirchen im Oktober 1924 auf 238 im Dezember gesunken, und die in der Union Verbliebenen lehnten überwiegend die Vereinigung mit dem Alten Verband ab.[20] Durch die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit erhielten die freien Gewerkschaften ihre Führungsrolle wieder zurück wie im Bergbau oder bauten sie aus wie in der Metallindustrie.

Tabelle 54: Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau 1926–1928 und auf den Schachtanlagen in Gelsenkirchen 1928[21]

	Ruhrbergbau						Ge	
	1926		1927		1928		1928	
	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	abs.	in %
ADGB	183,5	66,5	202,3	67,9	209,1	67,9	10 123	62,7
Christl.	70,3	25,5	76,2	25,5	78,3	25,4	5 260	32,6
H.-D.	4,3	1,6	3,7	1,2	4,2	1,4		
Polen	1,8	0,7	1,3	0,4	0,7	0,2		
Syndik.	7,9	2,9	6,0	2,0	5,5	1,8		
Gelbe	4,8	1,7	7,3	2,5	8,0	2,6		
Sonstige	3,2	1,2	1,5	0,5	2,3	0,8		
zus.	275,8	100,0	298,3	100,0	308,1	100,0	16 125	95,3

Tabelle 55: Betriebsratswahlen in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest 1926–1928 und in der Gelsenkirchener Metallindustrie 1928[22]

	Arbeitnordwest Sitze			Ge Stimmen 1928	
	1926	1927	1928		
	in %	in %	in %	abs.	in %
Arbeiter					
DMV	50,8	53,7	56,6	6 149	76,5
Christl.	18,9	19,1	18,4	1 270	15,8
H.-D.	4,2	2,5	2,6	245	3,0

Polizeidirektion Ge am 9.9.1924, 5.11.1924, 23.12.1924, 20.1.1925, 30.5.1925 und 9.9.1925, Oberpräsidium Münster am 26.4.1925, Beschluß der Reichskonferenz der Union, Gruppe Bergbau vom 16.8.1925 über Zusammenschluß, in: HSTAD Reg. D 16 967, Bl. 31 ff., 73 ff., 84, 107, 114, 118 ff., 125, 168, 171, 175, 179. Vgl. H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 68, zum Zusammenschluß 99; O. K. Flechtheim, 1948, S. 136 f.; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 310; W. Müller, RGO, 1988, S. 47 ff.; H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 205 ff. und 215.

20 Polizeidirektion Ge am 29.12.1925. Nach Polizeidirektion Ge am 21.1.1925 hatte die Union im gesamten Unterbezirk etwa 300 zahlende Mitglieder. Beide, in: STAM Reg. A I Pa 254. Nach Polizeipräsidium Ge am 9.9.1925, in: HSTAD Reg. D 16 967, Bl. 179 wollten von 470 Unionisten im Stadt- und Landkreis nur etwa 300 zum BAV wechseln.

21 In Ge Dahlbusch 4/6, 2/5, Alma, Rheinelbe, Wilhelmine Viktoria 1/4, 2/3, Consolidation 1/6/8, 2/7, 3/4, Holland 1/2, Graf Bismarck 1/4. M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 252 f.; B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 128 ff.; Deutscher Bergarbeiterverband, 1929, S. 111. Zusammensetzung nach Nachrichtenblatt, 1929, S. 38. Ge: F. Lackmann, 1930, S. 29 f. und Anhang S. 10 nach Angaben der ADGB-Verwaltung.

Tabelle 55: Betriebsratswahlen in der Metallindustrie (Forts.)

	Arbeitnordwest Sitze			Ge Stimmen 1928	
	1926 in %	1927 in %	1928 in %	abs.	in %
Kommunisten/Syndikalisten	3,0	1,9	1,2		
Gelbe	0,2	0,8	0,2		
Sonstige	2,9	4,4	3,7		
Angestellte					
AfA	8,9	8,0	7,7		
GdA	2,9	2,5	2,6		
Gedag	5,3	4,5	5,4		
Sonstige	2,8	2,5	2,1		

Durch die Rückkehr der Kommunisten in die freie Gewerkschaftsbewegung nahm die innere Opposition im Alten Verband wieder zu. Bei der Wahl der Ortsleitungen im November 1925 wurden bis zu 35% KPD-Mitglieder gewählt. Mit der Konsolidierung der KPD wuchs auch die Anzahl kommunistischer Betriebsräte im Ruhrgebiet wieder.[23] Im DMV verlor die KPD-Fraktion in der Ortsverwaltung Gelsenkirchen allerdings ihren dominierenden Einfluß: Nachdem 1925 die Kommunisten noch knapp gesiegt hatten, ging im Januar 1926 die Führung der Ortsverwaltung an die Sozialdemokraten über. Stellten die Kommunisten 1926 noch 45% der Stimmen bei den Ortsverwaltungswahlen, so ging ihr Anteil 1927 auf 34,8% und 1928 auf 25,2% zurück.[24]

Trotz eines geringen Wiederanstieges der Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich in der Mitte der 1920er Jahre sank der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Ruhrarbeiter weiter ab[25]: Von den 400 000 Ruhrbergarbeitern waren nur 100 000 in einer Gewerk-

22 Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller = Region zwischen Lippe, Rhein (einschließlich Rheinhausen und Neuß) und der Linie Düsseldorf-Benrath-Hattingen-Witten-Dortmund-Hamm. B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 122 f. Ge: F. LACKMANN, 1930, S. 29 f. und Anhang S. 10 nach Angaben der ADGB-Verwaltung.

23 H. MOMMSEN, Bergarbeiterbewegung, 1974, S. 306; O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 137; S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 326; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 310 f. Vgl. zum geringen KPD-Einfluß im BAV 1928 W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 67.

24 Am 11.1.1925 hatten sich die Kommunisten mit 326 gegen 318 Stimmen durchsetzen können, die Wahl war jedoch angefochten worden. Bei der Neuwahl am 8.3.1925 siegten wieder die Kommunisten mit 200 Stimmen Vorsprung. Am 10.1.1926 siegten dann die Sozialdemokraten mit 429 gegen 394 Stimmen. Polizeidirektion Ge am 5.1.1925 und 24.2.1925, in: STAM Reg. A I Pa 254, Polizeidirektion Ge am 15.1.1925 und 11.1.1926, in: STAM Reg. A. I Pa 377, Polizeipräsident Ge am 11.3.1925, in: STAM Reg. A I Pa 387. Vgl. F. LACKMANN, 1930, S. 27; B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 126 f. Zum Rückgang des KPD-Einflusses im DMV: H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 213.

25 S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 326. Bei B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 121 und 124 ff. werden diese Zahlen für den Bergbau etwa bestätigt, für die Metallindustrie wird allerdings mit etwa einem Drittel von Organisierten gerechnet, wobei hiervon etwa zwei Drittel dem DMV angehörten. Vgl. H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 54 f. und Tabellen S. 366 ff und 370 ff.

schaft organisiert, etwa 60 000 im freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband. Mitglied einer Gewerkschaft waren von den etwa 220 000 Metallarbeitern des Ruhrgebietes nur 48 000, davon 26 000 im DMV. Der Organisationsgrad der Arbeiter in der Stadt Gelsenkirchen Ende 1927 lag bei höchstens 25%, wobei die gewerkschaftliche Orientierung besonders bei jüngeren Arbeitern wenig ausgeprägt war.[26]

Tabelle 56: Mitgliederentwicklung des ADGB in der Stadt Gelsenkirchen 1926 und 1927 und in der Stadt Gelsenkirchen-Buer 1928[27]

	1926	1927	1928
Insgesamt	9 447	9 673	13 782
Männer	8 741	8 933	12 544
Frauen	210	324	400
Jugendliche	496	416	838
BAV	4 478	4 266	6 761
DMV	2 195	1 749	2 404
Baugewerksbund	518	1 146	1 563
Gemeindearbeiter	569	510	588

Ausformung der Arbeiterkulturbewegung: Arbeiterjugendbewegung · Kinderfreunde · Arbeitersport · Arbeiter-Radfahrer-Bund · Arbeitergesangvereine · Arbeiterwohlfahrt · Arbeitersamariter · Naturfreunde · Freidenker · Reichsbanner · Gewerkschaftshaus · Bibliothek · Konsumverein · Bauhütte · Freie Schule

Die Arbeiterkulturbewegung war im Raum Gelsenkirchen bis zum Ersten Weltkrieg relativ schwach gewesen, weil die harten Auseinandersetzungen mit Obrigkeit, Zechenherren und Schlotbaronen eine Konzentration auf politische und gewerkschaftliche Aufgaben erzwungen hatten und katholische Kirche, Zentrum und deren Umfeld hindernd auf die Entfaltung einer sozialdemokratischen Arbeiterkultur gewirkt hatten. Die Zurückdrängung patriarchalischer Strukturen, die Errichtung der demokratischen Republik, die Arbeitszeitverkürzungen[1] nach 1918 und der Einflußgewinn sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Organisationen schufen bessere Voraussetzungen zur Entfaltung und Ausformung der Arbeiterkulturbewegung. Ein wichtiger Faktor, der die Sozialdemokratie insgesamt stärkte und ihr auch jüngere Menschen zuführte, die ja nicht nur die Arbeiterjugendbewegung bildeten, sondern z. B. auch einen großen Teil der Mitglieder von Arbeitersportorganisationen stellten, war die Existenz von „Sozialdemokraten der zweiten Generation", d. h. Kindern aus sozialde-

26 Überzeugende Schätzung bei: F. LACKMANN, 1930, S. 25 und 29 f.
27 Ebd., S. 25 und Anhang S. 9.
1 D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 51; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 438; S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 62 f.; A. v. SALDERN, Arbeiterkulturbewegung, 1986, S. 38.

mokratischem Elternhaus, die durch die Familie bereits vorgeprägt waren.[2] In der Existenz von „Sozialdemokraten zweiter Generation" spiegelte sich die „soziale Konstituierung des Proletariats" wider, die sich nun im durch Geburt bestimmten sozialen Status der Arbeiter stabilisiert und dauerhaftere Klassenbeziehungen und Orientierungen herausgebildet hatte.[3] Weiterhin trug der nationalistische Charakter bürgerlicher Vereine zur Stärkung z. B. der Arbeitersportbewegung bei[4]: „Die bürgerlichen Vereine und die bürgerlichen Turnvereine waren derartig national eingestellt. [...] Die (Arbeitersportvereine – S. G.) haben das nicht mitgemacht, das Deutschland-über-alles." Mit knapp drei Millionen Mitgliedern (mit Doppelmitgliedschaften) gegen Mitte der 1920er Jahre erreichte die überwiegend sozialdemokratisch orientierte Arbeiterkulturbewegung einen erheblichen Einfluß auf die Arbeiter, ihre Familien und die Ausbildung von Klassensolidarität.[5] Während die (M)SPD in Gelsenkirchen zunehmend ins Abseits geriet, erlebten die von ihr beherrschten Kulturorganisationen einen enormen Aufschwung, der durch den Zusammenbruch der Währung und die Ruhrbesetzung nur vorübergehend gestört wurde.[6] Die Verbände der Arbeiterkulturbewegung entwickelten ein starkes, auch emotional geprägtes Gemeinschaftsgefühl. In diesem lag auch eine weitere Erklärung der Expansion von Kulturorganisationen in chaotisch erscheinender Zeit: Gerade in der Instabilität der allgemeinen Situation des Ruhrgebietes, verbunden mit einer Instabilität der persönlichen Lage, lag eine Ursache für die Bildung politisierter Gemeinschaften, die dem Einzelnen Orientierung, Identifikationsmöglichkeiten, Perspektiven und emotionale Statussicherheit verhießen.[7] Ein Grundzug der sich ausbreitenden Arbeiterbewegungskultur in Gelsenkirchen war also eine Konzentration auf die Sphäre kultureller Betätigung, weil SPD und Gewerkschaften als fast einzigen Verteidigern der Republik wegen enttäuschender und die emotionale Identifikation[8] erschwerender Tagesarbeit das zusammenschweißende Bewußtsein gesellschaftlicher Opposition fehlte.

Im Unterschied zu Partei und Gewerkschaft konnten die Freizeit- und Kulturorganisationen Identifikationsmöglichkeiten anbieten. Im Anspruch der vielfältigen Verbände der Arbeiterkulturbewegung, ihre Aktivitäten

---

2 „Meine Eltern waren auch immer in der SPD [...] da war das schon selbstverständlich, daß ich mehr davon mitbekam [...] wie wir älter wurden, haben wir uns mit den Gedanken befaßt." Gruppeninterview 21.4.1986. Vgl. P. FRIEDEMANN, Arbeitersport, 1987, S. 227.

3 Auf die Bedeutung eines geborenen Proletariats weist H. ZWAHR, Konstituierung, 1981, S. 116 (z. B.) hin. Vgl. D. GEARY, 1983, S. 77; S. MILLER, Bürde, 1978, S. 440 f.; H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 113; J. MOOSER, 1984, S. 39.

4 Interview Albert Guth 22.4.1986. Vgl zu DFB und DT: S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 156 ff.

5 Vgl. W. L. GUTTSMANN, 1984, S. 17 und 22. Als „Faktor der Isolierung" der Sozialdemokratie in der Zeit der Weimarer Republik interpretiert bei: S. MILLER, Bürde, 1978, S. 441.

6 „Blütezeit der Arbeiterbewegungskultur" bei F. WALTER, Konfliktreiche Integration, 1988, S. 56. Dagegen Fixierung auf Traditionswahrung bei D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur, 1984, S. 21. Niedergangsperspektive bei H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 127 f.

7 Vgl. U. HERBERT, Zeiten, 1983, S. 85, der die Einbindung in Sozialmilieus allerdings als Notlösung abqualifiziert.

8 Vgl. D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 48.

anders zu gestalten als vergleichbare bürgerliche Vereine, kam deren Anspruch zur Ausbildung eines „neuen Menschen" zum Ausdruck – auch ohne die konkrete Kenntnis der in der Weimarer Republik entwickelten kultursozialistischen Vorstellungen. Auch wenn dieser Anspruch aus historischer Perspektive nur ansatzweise eingelöst wurde, so zeigten sich in den Arbeiterkulturorganisationen doch Versuche der Antizipation einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, und in ihnen konkretisierte sich ansatzweise eine Utopie, die die parteipolitische und gewerkschaftliche Praxis in der Republik kaum zu bieten imstande war. Für die Identifikation mit den Arbeiterkulturorganisationen spielte also insbesondere die Tatsache eine Rolle, daß diese Verbände keine „Arbeitsgemeinschaftspolitik" betrieben, d. h. sich in ihrer Strategie und Praxis deutlich vom sozialpartnerschaftlichen und integrationistischen Politikmodell der Gewerkschaften und der Strategie parlamentarischer Teilhabe der SPD unterschieden. Viel stärker als Partei und Gewerkschaft, die sich mit dem Klassenfeind einließen, betonten die Kulturorganisationen ihre Konkurrenz zu gegnerischen Verbänden und stellten deren Praxis alternative Werte, Verhaltensweisen und Orientierungsmuster gegenüber. Damit lebte in den Kulturorganisationen ein Stück alter klassenmäßiger Polarisierung weiter.[9] Wie der Erfolg der Verbände zeigte, entsprach die Abgrenzung dem Bewußtseinsstand und Selbstverständnis vieler Gelsenkirchener Arbeiter, auch über die SPD-Mitgliedschaft hinaus. Daß sich in den zahlreichen Vereinen nicht nur kleinbürgerliche Freizeitgestaltung und Rückzug in die „heile" Kleingruppe vollzogen, sondern daß wenige Jahre später insbesondere zahlreiche Mitglieder von Arbeiterkulturorganisationen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus standen und ihr Leben dabei riskierten, bewies das Vorhandensein einer politisierten Gegenkultur.

Ausdruck fanden die alternativen sozialistisch-demokratischen Kulturvorstellungen, die sich gegen die in der öffentlichen Meinung dominierende national-konservative herrschende Kultur richteten, insbesondere auch in den Festen und Feiern der sozialdemokratischen Bewegung, die weiter als Mittel der Mobilisierung von Gegenöffentlichkeit dienen sollten. Neben den spezifischen Festen in den einzelnen Verbänden kam den oft in Zusammenarbeit verschiedener Organisationen ausgerichteten zentralen Veranstaltungen für die Herstellung proletarischer Öffentlichkeit und die Selbstdarstellung sozialdemokratischer Kulturvorstellungen besondere Bedeutung zu. Der historischen Legitimierung dienten Veranstaltungen zur Erinnerung an völkerverbindende historische Ereignisse (Gründung der

---

9 Die gesellschaftliche Isolierung und die mangelnde Öffnung der Sozialdemokratie in Richtung einer Volkspartei, die über die Arbeiterklasse hinausgreift, die S. MILLER, Bürde, 1978, S. 425-443 konstatiert, auch im Zusammenhang der Arbeiterkulturbewegung, entsprach nicht dem Bewußtseinsstand der sozialdemokratischen Anhängerschaft – zumindest wohl in Ge. Differenzierte Darstellung als Integrations- und Konfliktfaktor bei: F. WALTER, Konfliktreiche Integration, 1988, S. 59. A. v. SALDERN, Arbeiterkulturbewegung, 1986 sieht in der behördlichen Anerkennung und finanziellen Unterstützung eine Abschwächung gegenkultureller Konturen.

Zweiten Internationale, Französische Revolution und bürgerliche Revolution von 1848).[10] Auch die Maifeiern eigneten sich zur Erinnerung an die langen heroischen Traditionen der Arbeiterbewegung und der Emanzipationsbewegung des „Vierten Standes", wie etwa am 1. Mai 1930, als der historische Rückblick bis zur französischen Revolution, eingerahmt von Darbietungen der Volkschöre und der SAJ und von gemeinsamen feierlichen Gesängen, mit einer Jubilarehrung verbunden wurde und nachmittags bei Schloß Berge ein großes Familien- und Volksfest mit sportlichen und kulturellen Aktivitäten durchgeführt wurde.[11] Besonderer Elan wurde insbesondere ab Ende der 1920er Jahre bei der Gestaltung der Revolutionsfeiern deutlich, auf denen nicht nur die historische Bedeutung und die Verdienste der Arbeiterbewegung dargestellt wurden, sondern auch mit Gestaltungsformen wie Rezitationen, Sprechchören, lebenden Bildern, revueartigen Darstellungen und Liedern das reale Leben der Arbeiter Gelsenkirchens dargestellt, gedeutet und mit (optimistischen) Zukunftsvorstellungen verbunden wurde.[12]

In der Arbeiterkulturbewegung wurden also gegenkulturelle und klassenkämpferische Elemente erhalten, die mit der pragmatischen Reformorientierung von Partei und Gewerkschaft, die die Gesamtbewegung führten, kollidierten und oft auch in der täglichen Praxis der Arbeiterkulturverbände verschwammen. Diese ambivalente Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultur kann als Schwanken zwischen Utopieverlust und Realitätsverlust charakterisiert werden.[13]

Neben der traditionellen bürgerlichen Kultur entstand in den 1920er Jahren eine für die Arbeiter(bewegungs)kultur gefährliche neue Ausformung herrschender Kultur. Wie im Sport, wo man sich den populär werdenden Ballsportarten und den verschiedenen Formen des Wettbewerbs zuwandte, waren die Arbeiterkulturorganisationen gezwungen, sich mit der beginnenden Kommerzialisierung der Freizeit und der durch Massenmedien vorangetriebenen Ausformung einer „Populärkultur" auseinanderzusetzen.[14] Es gelang der Arbeiterkulturbewegung nur in beschränktem Ausmaß, über das sozialdemokratische Umfeld hinaus in den Arbeiterkulturorganisationen Menschen an die sozialdemokratische Bewegung zu binden. In den sozialdemokratisch dominierten Arbeiterkulturorganisationen spielte sich hauptsächlich das Leben der sozialdemokratisch Orientierten ab[15]: „Davon haben wir ja alle gezehrt und gelebt. Der Freundeskreis

---

10 Vgl. P. Friedemann, Mit uns, 1988, S. 186 f. Zum Verlust an Vielgestaltigkeit und Wirkungsintensität der Festkultur unter den demokratischen Verhältnissen: D. Düding, Einleitung, 1988, S. 23.

11 P. Friedemann, Mit uns, 1988, S. 188.

12 Ebd., S. 191.

13 D. Langewiesche, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 48 und vgl. S. 51 f. Charakterisierung als „konfliktreiche Integration" bei: F. Walter, Konfliktreiche Integration, 1988, S. 54 ff. und 88.

14 D. Langewiesche, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 52; D. Langewiesche, Arbeiterkultur, 1984, S. 22. Vgl. G. Hauk, Fußball, 1987, S. 163; F. Boll, Aspekte, 1986, S. 7 f. Auch H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 122.

15 Interview Ewald Klingler 14.10.1986.

spielte sich ja in den Vereinen ab." Die Ziele und die Praxis der Arbeiterkulturverbände drückten also das Lebensgefühl der begrenzten Schicht bereits sozialistisch beeinflußter Facharbeiter aus, während andere Arbeitergruppen offen waren für andere Offerten, insbesondere der entstehenden kommerzialisierten Massen- und Populärkultur.[16]

Obwohl die Sozialdemokratie in den Arbeiterkulturorganisationen eindeutig dominierte, war die emotionale Identifikation mit den Vereinen so stark, daß selbst die Mitglieder der verfeindeten Arbeiterparteien miteinander auskamen[17]: „Es gab auch Sportvereine, Arbeitersportvereine, da waren die Mitglieder, die waren in der SPD und die waren in der KP drin, und trotz alledem, gespielt wurde, da war ein Ball [. . .] Die Sportler als solche, die haben sich eigentlich gut verstanden." Aus der Zusammenarbeit von Arbeitern verschiedener parteipolitischer Richtungen in den Arbeiterkulturorganisationen muß nicht auf eine Entpolitisierung geschlossen werden, denn es gab selbst in Zeiten heftiger Kämpfe zwischen den Parteien in Gelsenkirchen einige gemeinsame Veranstaltungen bzw. Versuche, gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen: Anläßlich des Erzberger-Mordes gab es zwei Protestversammlungen in Gelsenkirchen, eine des Zentrums und eine der Arbeiterparteien zusammen mit der DDP[18]; die Jugendorganisationen aller drei Arbeiterparteien demonstrierten im März 1922 gemeinsam gegen die Reichsschulgesetze.[19] Eine gemeinsame Veranstaltung zum Gedenken an die Märzgefallenen im Jahr 1922, an der sich neben den Arbeiterparteien auch die Freien Gewerkschaften und die Union beteiligen sollten, scheiterte am Widerstand der KPD, so daß eine Veranstaltung von MSPD, USPD und ADGB-Kartell und eine von KPD und Union stattfanden.[20] In derselben Aufteilung wurde die Maifeier 1922 durchgeführt, wobei die sozialdemokratischen Parteien mit den Freien Gewerkschaften 2 800 Teilnehmer stellten und die Kommunisten mit der Union 1 500.[21] Für ein Gesetz zum Schutz der Republik demonstrierten Anfang Juli in Gelsenkirchen nach dem Rathenau-Mord 20 000 Menschen nach dem Aufruf der drei Arbeiterparteien, der Freien Gewerkschaften, des AfA-Bundes und der Union.[22]

Wesentlich für die Ausformung der Arbeiterbewegungskultur war der Gesamtzusammenhang des Ensembles von kulturellen Bestrebungen in der sozialdemokratischen Bewegung, denn darin wurde der Versuch deutlich,

---

16 F. WALTER, Konfliktreiche Integration, 1988, S. 64. Vgl. P. Friedemann, Krise, 1986, S. 233 ff.

17 Interview Albert Guth 22.4.1986. Vgl. W. L. GUTTSMANN, 1984, S. 30; A. v. SALDERN, Arbeiterkulturbewegung, 1986, S. 42 f.

18 Polizeipräsident Ge am 2.9.1921, in: STAM Reg. A I Pa 339. Allgemein H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 426 f.

19 Polizeipräsident Ge am 27.3.1922, in: STAM Reg. A I Pa 339.

20 Polizeipräsident Ge am 1.4.1922, in: STAM Reg. A I Pa 339.

21 Polizeipräsident Ge am 1.5.1922, in: STAM Reg. A I Pa 339.

22 Polizeipräsident Ge am 4.7.1922, in: STAM Reg. A I Pa 339. Nach „Volksblatt" vom 29.6.1922 berichtet W. BÖHNKE, 1974, S. 23 von einer Protestdemonstration in Ge mit 60 000-70 000 Teilnehmern. Allgemein H. A. WINKLER, Von der Revolution, ²1985, S. 427 f.

alle Lebensbereiche – von der Wiege bis zur Bahre – zu erfassen und in allen Lebensbereichen alternative Verhaltensinhalte und -formen zu entwickeln. Die Prägung dieser proletarischen Heimat der sozialdemokratisch orientierten Arbeitergruppe durch Wertemuster wie Solidarität, Internationalismus, Antimilitarismus, Kollektivität und sozialrepublikanisch-demokratische Gesinnung unterschied sich eklatant von den anderen Gruppenkulturen in der Weimarer Republik. Der Anspruch der Gestaltung aller Lebensbereiche war trotz der Differenzierung in zahlreiche Organisationen Kennzeichen der Arbeiterkulturbewegung, und meist waren die Organisierten Mitglied mehrerer Organisationen, die verschiedenen Interessen gerecht wurden: „Das harmonierte dann alles so zusammen."[23] „Man war sich einig gewesen, man hörte nicht so viel [. . .] so Reibereien und so. Man war sich einig gewesen, das war eine Harmonie gewesen."[24] Selbst in einer Region, wie dem Raum Gelsenkirchen, in dem die Sozialdemokratie außerordentlich schwach (geworden) war, war das Organisationsgeflecht der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultur stark und vollständig ausgeformt:

In der wie die Partei im Weltkrieg gespaltenen *Arbeiterjugendbewegung* war das Ergebnis der Diskussion über eine Reorganisation ein Rückgriff auf das Vereinsprinzip auf der Basis lokaler Vereine. Während sich die oppositionellen Arbeiterjugendgruppen seit Oktober 1918 in der „Freien Sozialistischen Jugend" zusammenschlossen, sich immer weiter der KPD annäherten, sich im Oktober 1919 offiziell der KPD anschlossen und sich nach der im Dezember 1919 erfolgten Abspaltung der USPD-nahen „Sozialistischen Proletarierjugend" ab Herbst 1920 konsequenterweise „Kommunistische Jugend Deutschlands" nannten, schufen die mehrheitssozialdemokratischen Gruppen „relativ unberührt von den revolutionären Ereignissen des Jahres 1919" den „Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands", der im September 1921 80 000-90 000 Mitglieder und damit doppelt so viele wie USPD- und KPD-Jugendorganisationen zusammen hatte.[25] Weil im Ruhrgebiet eine Abschottung von den politischen Ereignissen kaum möglich war, erfolgte dort nach Kriegsende nicht sofort ein systematischer Organisationsaufbau. In Buer entwickelten sich Ansätze einer von den Jugendlichen selbst getragenen Organisation, als sich ein „Ausschuß von einigen Mädeln und Burschen" im Sommer 1919 mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung setzte, und zunächst wieder der Zeitschriftenbezug aufgenommen werden konnte. Wahrscheinlich aus Resten

---

23 Interview Johann Simon 9.4.1986. Hinweis auf die überschätzte Geschlossenheit des soziokulturellen Netzes bei: B. FAULENBACH, Klassenkultur, 1988, S. 7.

24 Interview Emma Delbeck 13.10.1986.

25 E. EBERTS, 1980, S. 46 f. und 55 ff.; W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 24 f.; S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 41; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 9. Vgl. Konferenz der Jugendausschüsse von Rheinland-Westfalen am 10.12.1916, lt. Rundschreiben des Leiters der sozialdemokratischen Jugendbewegung in Rheinland und Westfalen vom 13.1.1917, in: STAM Reg. M VII 62n. Mehrheitssicht: K. KORN, 1923, S. 350 ff. Insbesondere zur Opposition: F. BIELIGK, 1923, S. 7 ff. und 15; H. PIETSCHMANN, 1975, S. 1 046, 1 051 und 1 056; H. WOHLGEMUTH, [2]1978, S. 149 f. Zur Essen/Rotthausener Beteiligung H. BEHRENS-COBET, Zwischen Verbot, 1983, S. 52.

einer noch kurz vor Kriegsende gegründeten Scholvener Gruppe wurde „dem Aufruf der Zentralleitung folgend" ein eigener Arbeiterjugendverein in Scholven gegründet, dessen Vorstand nur aus Jugendlichen bestand. Fast gleichzeitig entstand unter Anleitung Erwachsener ein weiterer AJ-Verein in Hassel, dem weitere in Buer-Mitte, Resse und Mitte der 1920er Jahre einer in Erle, der aus einem Schulstreik für die „Freie Schule" hervorging, folgten.[26] Zur Zeit des Kapp-Putsches schlief die Aktivität der Arbeiterjugend-Vereine in Buer-Mitte und Resse wieder ein, während die Scholvener Gruppe sich in einem Holzbau der Berginspektion 5 eine Sporthalle errichtete, damit über eigene Räumlichkeiten verfügte, was den Zusammenhalt wesentlich förderte.[27] Das Erlebnis selbstbestimmter Gemeinschaft und kollektiver Arbeit dürfte angesichts wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen für die Stabilität der Scholvener Gruppe verantwortlich gewesen sein. Im Gegensatz zu bürgerlich-jugendbewegten Gruppen, die Gruppen aus der Arbeiterjugendbewegung durchaus äußerlich ähneln konnten, waren die Gruppen bei den Arbeiterjugendlichen nicht Selbstzweck, sondern Mittel der Bewältigung individueller Unsicherheit in der relativen Geborgenheit des Kollektivs und des Versuchs, Ansätze einer sozialistischen Lebens- und Verhaltensweise vorwegzunehmen. Deswegen herrschte in Arbeiterjugendgruppen nicht der charismatische Führer, sondern der Geist der Gleichberechtigung und der Solidarität, der nur demokratisch gewählte Führungen zuließ.[28] In den äußeren Formen übernahm vor allem die Scholvener Gruppe kulturelle Elemente der Jugendbewegung, z. T. auch Jugendliche aus Buer. Die Spiele wurden ins Freie verlegt; die Jugendlichen wandten sich der Reformkleidung zu; Alkohol und Nikotingenuß waren verpönt; das Wandern in der freien Natur (z. T. barfuß) erlangte mehr Gewicht; der Schillerkragen wurde getragen, ebenso kurze Hosen; einige wenige trugen längere Haare; Volkstanz wurde geübt; das Spielen von Zupfinstrumenten wurde erlernt und sowohl Wander- und Volkslieder als auch die Kampflieder der AJ wurden verstärkt gesungen. Literatur und Dichtung, besonders auch der Arbeiterdichter, fanden Eingang in die Aktivitäten der Arbeiterjugendlichen.[29] Damit entsprach die Entwicklung der Scholvener Gruppe der des Gesamtverbandes, der sich in Zeiten härtester politischer Auseinandersetzungen aus der aktuellen Politik zurückzog und durch Realitätsflucht in den scheinbaren Freiraum bürgerlicher Pädagogik Kriegs- und Krisener-

---

26 Eine Bueraner Gruppe könnte kurzzeitig auch gegen Kriegsende bestanden haben. ADGB Buer, 1925, S. 16; Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 146; Verband der Bergarbeiter, Geschäftsbericht 1917/18, S. 131. Zu Erle: Interview Paula Grenz 15.11.1985. Zu Hassel: SPD Ortsverein Hassel-Nord, 1980, S. 36.

27 ADGB Buer, 1925, S. 16.

28 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 44; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 10.

29 ADGB Buer, 1925, S. 16, zu Buer und Erle Interview Paula Grenz 15.11.1985 zur längeren Haartracht. Vgl. zum äußeren Erscheinungsbild der Scholvener: Gruppeninterview 21.4.1986; Bilder in: S. Goch, Arbeiterjugendbewegung, 1988, S. 129 und 131. Vgl. H. Behrens-cobet, Parteijugend, 1987, S. 79 f.

fahrungen kompensierte.[30] Höhe- und Wendepunkt der jugendbewegten Tendenzen in der Arbeiterjugendbewegung war der Weimarer Arbeiterjugendtag, der allerdings auch zeigte, daß zwar Formen der bürgerlichen Jugendbewegung übernommen wurden, in den Inhalten jedoch die Lebenssituation der Arbeiterjugendlichen und deren Wünsche und Hoffnungen aufgegriffen wurden: Im Laienspielen wurde Ansätze zur Überwindung der Trennung von Spielenden und Zuschauern und zur schöpferischen Mitgestaltung entwickelt; von Weimar aus wurde das Lied „Wann wir schreiten Seit an Seit" mit seiner allerdings unklaren Perspektive einer „neuen Zeit" in die Arbeiterbewegung eingeführt; eine Antikriegskundgebung und das öffentliche Verbrennen eines Hakenkreuzes gehörten auch zum Programm.[31] Der Weimarer Jugendtag trug auch dazu bei, „der Fest- und Feiergestaltung der Arbeiterorganisationen neue Formen zu erschließen"[32]. Da Arbeiterjugendliche aus dem Recklinghausener Unterbezirk nach Weimar fuhren, ist es möglich, daß auch Bueraner an diesem ersten reichsweiten Jugendtag teilnahmen.[33]

Starke Impulse erhielt die Bueraner Arbeiterjugend durch den Bielefelder Arbeiterjugendtag von 1921, auf dem die Teilnehmer ihren Verband als mächtige Organisation erlebten und der Schwur der Arbeiterjugend „Nie wieder Krieg" großen Eindruck hinterließ.[34] Dieser Bielefelder Arbeiterjugendtag war nach der innerverbandlich artikulierten Kritik an dem in Weimar teilweise offenbarten Selbstverständnis auf Massenwirksamkeit und die Demonstration des Eingebundenseins in die sozialdemokratische Bewegung ausgerichtet. Gefördert wurde die Repolitisierung auch durch den parallel zum Vereinigungsprozeß der beiden sozialdemokratischen Parteien erfolgenden Zusammenschluß des „Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands" mit der „Sozialistischen Proletarierer-Jugend" zum „Verband sozialistischer Arbeiterjugendvereine" (SAJ).[35]

Noch im Jahr des Bielefelder Arbeiterjugendtages wurde die Stadtbezirksorganisation der Arbeiterjugend in Buer wiederbelebt. Gruppen bestanden wieder in Buer-Mitte, Resse, Hassel und Scholven. Gemeinsame Feste und Veranstaltungen und besonders auch Wanderungen an den Wochenenden stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl. Im Zuge der Anerkennung der Arbeiterorganisationen arbeiteten die Arbeiterjugendvereine nun auch mit dem städtischen Jugendamt zusammen, und die Raumfrage

---

30 E. Eberts, 1980, S. 58; W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 25. Vgl. zum überwiegend (bildungs)bürgerlichen Jugendkult: H. Mommsen, Rolle, 1984, S. 123.

31 Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine, 1921. Vgl. E. Eberts, 1980, S. 64; H. Schneider, 1952, S. 69; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 361 f.

32 H. Schneider, 1952, S. 81.

33 SPD UB Recklinghausen, 1963, S. 20.

34 ADGB Buer, 1925, S. 17. Zur Teilnahme von Scholvener Jugendlichen: SPD Ortsverein Scholven, 1965, S. 30. Schilderung des Bielefelder Arbeiterjugendtages in: B. Brücher, G. Hartmann, Hebt unsere Fahnen, 1983, S. 59 ff. Vgl. W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 25; B. Brücher, G. Hartmann, Sozialistische Arbeiterjugend, 1981, S. 46.

35 W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 145; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 45; E. Lindstaedt, 1954, S. 49. Vgl. E. Eberts, 1980, S. 68; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 362. Zur Vereinigung besonders: F. Bieligk, 1923, S. 28 ff.

konnte durch die Überlassung von Schulräumen gelöst werden.[36] Trotz der Ruhrbesetzung nahmen Bueraner SAJ'ler am Nürnberger Arbeiterjugendtag 1923 teil und gelangten unter Schwierigkeiten erst drei Wochen später nach Hause zurück.[37]

Bei ihren regelmäßigen Zusammenkünften beschäftigten sich die organisierten Arbeiterjugendlichen in Veranstaltungsformen wie Vorträgen mit anschließender Diskussion insbesondere auch mit aktuellen politischen Fragen, wobei als Referenten Vertreter der sozialdemokratischen Erwachsenenorganisationen herangezogen wurden.[38] Über lokale Bildungsarbeit hinaus wurden für die Winterarbeit des Jahres 1925 vom Stadtbezirk drei „Arbeitswochen" im September, Oktober und November geplant. Die erste Arbeitswoche sollte sich mit „der Entwicklung der Gesellschaft und mit der Einwirkung der Arbeits- und Gesellschaftsformen auf das Denken" beschäftigen; die zweite sollte konkretere Fragen aufgreifen und auch der Förderung der Mädelarbeit dienen mit Themen wie: „Wir und die Jugendbewegung", „Wir und das Berufsleben", „Hausfrauentum, Wohlfahrtspflege, Weibliche Körperpflege, Kleidung"; die dritte Arbeitswoche sollte sich mit wirtschaftlichen Fragen befassen.[39] Im Unterschied zur bürgerlichen Jugendbewegung befaßte sich die Bueraner Arbeiterjugend also mit ganz realen Problemen und suchte auch durch theoretische Reflexion ausgehend von konkreten Lebensfragen, ökonomische und politische Entwicklungstendenzen zu erfassen und deren Auswirkungen auf das Denken oder Bewußtsein zu analysieren.

In der Stadt Gelsenkirchen wurde die Sozialistische Arbeiterjugend erst 1921 gegründet. Für die ganze Stadt bestand nur eine Organisation, die Stadtteilgruppen in Ückendorf, in Hüllen und in Rotthausen unterhielt. Anzunehmen ist auch, daß eine Gruppe der Arbeiterjugend im Bereich Bulmke-Altstadt bestand, die sich im um 1928 von der SAJ, Arbeiterwohlfahrt und Partei errichteten August-Bebel-Haus traf, wo auch ein Kindergarten, eine Beratungsstelle und eine Nähstube der Arbeiterwohlfahrt untergebracht waren.[40] Während die Gelsenkirchener SAJ-Organisation Anfang 1928 45 männliche und 47 weibliche Mitglieder, von denen 85 Jugendliche waren, hatte, waren in den Gruppen im Norden (Buer-Mitte, Hassel/Bergmannsglück, Erle, Resse und Scholven) 47 männliche, 50

---

36 ADGB BUER, 1925, S. 17. Gruppeninterview 21.4.1986; SPD ORTSVEREIN SCHOLVEN, 1965, S. 30.

37 Gruppeninterview 21.4.1986; zum Nürnberger Arbeiterjugendtag: W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 26 und 147.

38 ADGB BUER, 1925, S. 16.

39 Ebd., S. 17. Zur Rolle der Mädchen: P. KAMBURG, A. TEPASS, 1989, S. 56 ff.; H. BEHRENS-COBET, Parteijugend, 1987, S. 80 f.

40 S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 68 nach Interviews; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 14; S. GOCH, Arbeiterjugendbewegung, 1988, S. 123 f.; ARCHIV FÜR LEIBESÜBUNGEN, 1930, S. 214. Zum August-Bebel-Haus (errichtet zwischen 1928 und 1930) auch: StA Ge 0/XI/3/1. Vgl. zur Rotthausener und Gelsenkirchener Gruppe: Interview Johann Simon 9.4.1986; Niederschrift Grundvermögensausschuß am 5.3.1948, in: AdsD SPD UB Ge 246, ARBEITERWOHLFAHRT BEZIRK WESTFALEN, Am Werk 1948, S. 17. Zu Rotthausen bereits nach der Novemberrevolution: H. BEHRENS-COBET, Sozialismus, 1989, S. 35.

weibliche Mitglieder, davon 84 Jugendliche, organisiert. Als Aktivitäten wurden hauptsächlich Turnen, Spiele, Volkstänze und Wandern genannt.[41] Auffallend war der sehr hohe Anteil von Mädchen an der Mitgliedschaft der SAJ, begründet in der relativen Gleichberechtigung innerhalb der Gruppen.

Anknüpfend an Entwicklungen in der österreichischen Arbeiterbewegung wurde 1923 in Deutschland gemeinsam von ADGB, SPD, AWO, Zentralbildungssekretariat der SPD, Verband sozialistischer Erzieher, SAJ und „Arbeitsgemeinschaft der Berliner Kinderfreunde" die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde" gegründet, die die schon vor dem Ersten Weltkrieg entstandenen Kinderschutzkommissionen und die im Krieg aus der Not geborenen Kinderbetreuungsgruppen und die teilweise bei Arbeitersportlern oder SAJ bestehenden Kindergruppen zusammenfaßte und diesen hauptsächlich auf Kinderbetreuung ausgerichteten Gruppen eine Perspektive gab. Die Reichsarbeitsgemeinschaft nahm unter ihrem Vorsitzenden und wichtigsten Theoretiker Kurt Löwenstein, der auf dem Hintergrund des Marxschen historischen Materialismus eine sozialistische Erziehungskonzeption entwickelte, einen stetigen Aufstieg, so daß bei Auflösung des Verbandes 1933 die deutsche *Kinderfreundebewegung* etwa 200 000 Mitglieder zählte. Ziel der Kinderfreundebewegung war es, als Erziehungsbewegung dazu beizutragen, in den Kindern die „Kämpfer der Zukunft, das Bauvolk der kommenden Welt" zu erziehen.[42] Kinderfreundegruppen entstanden in Gelsenkirchen bis 1928 wahrscheinlich in Buer, Hassel und Ückendorf.[43]

Nachdem infolge des Krieges etwa zwei Drittel der Arbeitersportvereine eingegangen waren, erlebte die *Arbeitersportbewegung* einen beispiellosen Aufstieg. Die Attraktivität des Arbeitersportes bzw. des Sportes allgemein beruhte auf der Möglichkeit individueller Befriedigung auf der Basis kollektiver und damit kommunikativer Betätigung angesichts unbefriedigender Arbeit.[44] Die aggressiv betriebene Abwerbung von Arbeitern aus den bürgerlichen Vereinen mit der Kritik am „Nur-Sportlertum" war dagegen weniger erfolgreich.[45] Im sechsten Kreis des Bezirkes Rheinland-Westfalen, der u. a. den Raum Gelsenkirchen umfaßte, stieg die Zahl der ATSB-Vereine von 162 am 1. Januar 1914 auf 217 1920 und 285 1921,

---

41 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 68; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 16; Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 146 und 214. Vgl. zur Existenz in Hassel: A.-K. Einfeldt, 1983, S. 268 und entsprechende Anmerkungen.

42 R. Wolter-Brandecker, 1982, S. 53 f. und 67; W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 29 ff.; W. Uellenberg, 1981, S. 44 f.; W. W. Wittwer, 1980, S. 41; R. E. Holthuis, 1986, S. 132 f.; zu Kinderschutzkommissionen H. Niggemann, 1981, S. 16 ff.; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 357 ff.; A. Monat, 1961, S. 39 ff. Vgl. K. Löwenstein, Aufgaben, 1976, S. 215 ff.; K. Löwenstein, Freie Bahn, 1976, S. 238. Zu Kurt Löwenstein: D. Löwenstein, 1976, S. 365 ff. Beispiel Essen: F.-G. Kohlmeier u. a., 1988, S. 72 ff.

43 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 67 f.

44 R. F. Wheeler, Organisierter Sport, 1979, S. 59. Vgl. H. Ueberhorst, Rolle, 1982, S. 143 f.; H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 30.

45 H. Ueberhorst, Rolle, 1982, S. 139; H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 91; H. J. Teichler, Arbeitersport, 1984, S. 327; H. Bernett, Leichtathletik, 1987, S. 149.

während gleichzeitig die Mitgliederzahl von 8 240 über 21 797 auf 26 291 stieg.[46] Aufgrund des raschen Aufschwunges und wieder erfolgenden Auflösungen oder des Ruhens der Vereine während der Inflation ist die organisatorische Entwicklung recht schwierig zu verfolgen: Neben dem „Arbeiter-Turn- und Sportverein Gelsenkirchen-Rotthausen" und „Gelsenkirchener Turn(- und Sport)verein 1863" entstanden im Gelsenkirchener Süden 1919 die „Freie Turnerschaft Ückendorf-Neustadt", die „Freie Sportvereinigung Gelsenkirchen" in Hüllen, 1921 die „Arbeiter-Sportfreunde Gelsenkirchen" und der „Ballspielverein 1921 Gelsenkirchen-Bismarck-Ost", 1923 der „Arbeiter-Sportklub 23 Gelsenkirchen".[47] Vorsitzender des Gelsenkirchener Arbeitersportkartells, in dem alle Arbeitersportvereine im Zuge der Zentralisation, die auch der (bürgerlichen) Vereinsmeierei entgegenwirken sollte, analog zur Zentralkommission zusammengefaßt waren, war Robert Geritzmann.[48] Weiter bestanden zwischen 1920 und 1925, wenn nicht Umbenennungen vorgenommen wurden: die „Freie Turnerschaft Gelsenkirchen" (wahrscheinlich identisch mit Ückendorf-Neustadt), der „Arbeiter-(Spiel- und) Sportverein Gelsenkirchen-Bulmke(-Hüllen)", der „Arbeiter-Turn- und Sportverein Schalke", der „Sportklub 1919" (Ge-Ückendorf), die „Arbeiter-Sportfreunde Bismarck", die „Freie Spielvereinigung Heßler" und die „Arbeiter-Sportabteilung Wiehagen 09".[49] Zentral für alle südlichen Stadtteile gab es seit 1920 einen „Arbeiter-Schwimmverein", der im Süden die städtische Badeanstalt und im Norden das Freibad Grimberg nutzte und dessen knappe rote Dreiecksbadehosen herrschende Moralvorstellungen beleidigten.[50] Neben der „neuen" Sportart Schwimmen etablierte sich ein Arbeitersportverein in der exklusiven Sportart Rudern, als sich 1923 die „Freie Rudervereinigung" in Gelsenkirchen gründete. Die Ruderer legten Wert darauf, sich mit den bürgerlichen Konkurrenten vergleichen zu können[51]: „Die (bürgerlichen Ruderer – S. G.) waren schick angezogen, und wir haben auch versucht, sauber auszusehen." Die Kluft der Arbeiterruderer bestand aus einer roten Hose mit weißem Hemd mit einem großen G (=Gelsenkir-

---

46 ATSB, Geschäftsbericht 1920, o. J., S. 202. Vgl. H. Timmermann, 1969, S. 57.

47 Nach Interview Ewald Klingler 10.7.1986 bestanden Arbeitersportvereine in Feldmark und Bulmke. Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 212 f. ATSB, Geschäftsbericht 1921/1923, 1924, S. 113 f. Vgl. für 1923 S. Gehrmann, Dokumentation, 1987, S. 71, 81; S. Gehrmann, Fußball, 1988, S. 58.

48 Interview Ewald Klingler 10.7.1986; Interview Albert Guth 22.4.1986 und Interview Johann Simon 9.4.1986. Vgl. G. Hauk, Kartelle, 1987, S. 31 ff.

49 ATSB, Geschäftsbericht 1920, S. 136 f.; ATSB, Geschäftsbericht 1921/1923, S. 113 f., wo zwei Arbeiter-Turn- und Sportvereine ohne weitere Angaben genannt werden. Für 1924/5 wird noch der Name „Arbeiter-Turn- und Sportfreunde Ge" genannt, in: ATSB, Geschäftsbericht 1924/1925, 1926, Stat. Bericht. 1923 bestanden nach S. Gehrmann, Dokumentation, 1987, S. 69, 71, 74, 79 und 83 f.; S. Gehrmann, Fußball, 1988, S. 58 die Vereine in Schalke, Bismarck, Bulmke-Hüllen, Heßler und Wiehagen mit Fußballmannschaften.

50 Interview Ewald Klingler 10.7.1986; Interview Johann Simon 9.4.1986; Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 213, wonach der Verein am 1.1.28 512 Mitglieder hatte. Der Arbeiterschwimmverein könnte aus einem am 17.3.1924 in Ge aufgelösten „Freien Wassersportverein" hervorgegangen sein. ATSB, Geschäftsbericht 1921/1923, 1924, S. 111. Vgl. G. Hauk, Boden, 1987, S. 71 und 73 f.

51 Interview Albert Guth 22.4.1986. Vgl. H. Bernett, Auseinandersetzung, 1987, S. 59 f.

chen). Die Arbeiterruderer errichteten sich ein Bootshaus am Kanal und bauten sich ihre Boote bis zum Achter selbst. Jährlich im Mai fand unter großer Beachtung der Arbeiterbevölkerung am Bootshaus eine Ruderregatta statt, an der Arbeiterrudervereine der Umgebung teilnahmen.[52] In eine weitere bürgerliche Sportart, eine „Herrensportart", drang ein „Arbeiter-Tennisverein" ein.[53] Eine Gruppe des Arbeiter-Schach-Bundes traf sich im Gelsenkirchener Gewerkschaftshaus.[54] Außerdem bestand von etwa 1921 bis 1927 eine „Freie Turnerinnenvereinigung" in Gelsenkirchen[55], wie überhaupt nun unter den Bedingungen der Weimarer Republik mehr Frauen zur Arbeitersportbewegung und ihren Vereinen, die nun oft Frauenabteilungen unterhielten, fanden.[56] Trotz einer z. T. ambivalenten Haltung gegenüber dem Frauenturnen und der sportlichen Anleitung der Frauen durch männliche Vorturner stellten die Versuche der Arbeitersportler zur Überwindung der Diskriminierung von Frauen und der weitgehende Verzicht auf geschlechtsspezifische Unterschiede beispielsweise bei den Turngeräten eine wesentliche kulturelle Neuerung gegenüber den bürgerlichen Sportlern dar. Die Praxis des Frauenturnens wirkte wegen der Vorstellungen über gesunde Bekleidung und der Hose als bevorzugter Turnbekleidung gegenüber spießbürgerlichen Moralvorstellungen sogar „revolutionär"[57].

Im Gelsenkirchener Norden erfolgte entsprechend der späteren Industrialisierung auch die Gründung von Arbeiterkulturorganisationen, besonders von Arbeitersportvereinen, später als im Süden. Neben der „Turn- und Sportvereinigung", die wohl in Hassel beheimatet war, wurde 1920 die 1925 wahrscheinlich umbenannte „Freie Turn- und Sportvereinigung 25", die sich später in Buer-Mitte im Gewerkschaftshaus traf, gegründet. In Resse wurde 1922 die „Turn- und Sportvereinigung Buer 25" gegründet, die neben Turnen Boxen und Ringen betrieb, so daß neben dem Arbeiter-Kraftsportverein „Spartania" ein weiterer Verein des Kraftsportes in Buer bestand. Nur Fußball betrieb dagegen der Freie Spielverein „Wacker Buer-Sutum". In Scholven wurde 1925 die „Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung", die Turnen und Leichtathletik betrieb, gegründet, hervorgegangen wahrscheinlich aus einem seit 1919/20 bestehenden Arbeiterturnverein. Daneben bestand die „Freie Turn- und Sportvereinigung Buer", die neben Turnen und Leichtathletik auch Fußball spielte, weiter.[58]

---

52 Neben dem Achter hatte der Verein 2 Vierer und 12 Poloboote. Interview Albert Guth 22.4.1986, Interview Johann Simon 9.4.1986. Vgl. G. Hauk, Boden, 1987, S. 73 f.

53 Zur Existenz: Interview Johann Simon 9.4.1986. Vgl. H. Bernett, Auseinandersetzung, 1987, S. 59; G. Hauk, Boden, 1987, S. 70 f.

54 Interview Johann Simon 9.4.1986.

55 Vgl. ATSB, Geschäftsbericht 1921/1923, 1924, S. 113; ATSB, Geschäftsbericht 1924/1925, 1926, Stat. Bericht; ATSB, Geschäftsbericht 1926/1927, 1928, S. 209.

56 G. Pfister, 1987, S. 48.

57 Ebd., S. 52 f.; L. Pfeiffer, 1987, S. 144 f.

58 Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 145 f.; zu Hassel ATSB, Geschäftsbericht 1920, o. J., S. 134 f.; ATSB, Geschäftsbericht 1921/1923, 1924, S. 113; ATSB, Geschäftsbericht 1924/1925, 1926, Stat. Bericht, wo von einer „Freien Turnerschaft" Hassel die Rede ist. Zu Beckhausen: Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 145 f.

In Horst entstand 1919 die „Freie Turnerschaft", die Turnen und Leichtathletik betrieb, und 1924 kam noch der „Freie Kraftsportverein Horst-Emscher" mit Schwerathletik und Boxen hinzu.[59]

Der Aufschwung der Arbeitersportvereine im Raum Gelsenkirchen wurde durch die Inflationszeit, die Ruhrbesetzung und die daraus folgende große Not gestoppt, und der überwiegende Teil der Mitglieder ging zunächst wieder verloren.[60] Die Tatsache, daß das Bueraner Arbeitersportkartell 1924 515 Mitglieder von 4 346 im gesamten Bueraner Stadtverband für Leibesübungen hatte, verdeutlichte aber auch, daß die Mehrheit der Arbeiter sich trotz des Aufschwungs der Arbeitersportbewegung nicht von den bürgerlichen Sportvereinen trennte.[61] Überschlägig kann davon ausgegangen werden, daß durchschnittlich an etwa 100 Tagen des Jahres 1920 eine Zusammenkunft der Vereine stattfand. Zusätzlich wurden noch gemeinsame Wanderungen (ganz- und halbtags) veranstaltet und speziell mit den Kindern Sport getrieben.[62] Eine Umorientierung bei den Gelsenkirchener Arbeitersportlern zum Mannschaftssport und zum Wettbewerb, die den ganzen Arbeitersport wie den Sport insgesamt betraf, war auch im Raum Gelsenkirchen am Aufschwung des Fußballsports zu erkennen.[63] Trotz seines bürgerlichen Ursprungs breitete sich gerade der Fußball unter den Ruhrarbeitern aus, weil er mit geringem materiellen Aufwand betrieben werden konnte, die immer noch unstädtische Wohnweise mit kaum vom Verkehr befahrenen Kolonien, Bebauungslücken und geräumigen Innnen- und Hinterhöfen Voraussetzungen bot, informelle Kommunikations- und Solidarstrukturen Cliquen- und Mannschaftsbildung begünstigten und das körperbetonte Fußballspiel einerseits an Verhaltensanforderungen der schwerindustriellen Arbeitswelt anknüpfte und andererseits Ausgleichs- und Kompensationsmöglichkeiten einseitiger körperlicher Belastung bot.[64] Die Mehrheit fußballspielender Arbeiter und auch ein bedeutender Anteil der Wähler der Arbeiterparteien blieb allerdings in bürgerlichen oder „wilden", d. h. keinem Verband angeschlossenen Vereinen, wofür das Fortwirken der Außenseiterrolle des Arbeitersports, die auch wegen des Mäzenatentums größere Attraktivität bürgerlicher Vereine, der informelle Druck der Arbeitersportvereine zu politischem Engage-

---

59 ARCHIV FÜR LEIBESÜBUNGEN, 1930, S. 157 f.

60 Vgl. ATSB, Geschäftsbericht 1920, o. J., S. 134 ff.; ATSB, Geschäftsbericht 1921/1923, 1924, S. 109 ff.; ATSB, Geschäftsbericht 1924/1925, 1926, Stat. Bericht.

61 Vgl. P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 320. Für Ge nennt F. KÜHN, 1981, S. 69 für das Jahr 1921 die Zahl 3,37:1 für das Verhältnis von bürgerlichen Sportlern zu Arbeitersportlern. Vgl. zu den Fußballspielern: S. GEHRMANN, Straßenmannschaft, 1988, S. 52 f. Vgl. P. FRIEDEMANN, Krise, 1986, S. 236.

62 Vgl. Übersichten in: ATSB, Geschäftsbericht 1920. o. J., S. 134 ff.

63 H. J. TEICHLER, Arbeitersport, 1984, S. 329; H. BERNETT, Leichtathletik, 1987, S. 147 ff. Vgl. ATSB, Geschäftsbericht 1920, o. J., S. 134 ff.; ATSB, Geschäftsbericht 1921/1923, 1924, S. 109 ff.; ATSB, Geschäftsbericht 1924/1925, 1926, Stat. Bericht. Vgl. S. GEHRMANN, Dokumentation, 1987, S. 67 ff.; S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 58.

64 S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 37, 39 f., 42, 46 f. und 60 zum Anstieg der Zahl organisierter Arbeiter-Fußballspieler auch in Ge. Vgl. P. FRIEDEMANN, Krise, 1986, S. 236 f.

ment und das Fortbestehen spiel- und wettbewerbsfeindlicher Traditionen verantwortlich waren.[65]

In der Frage der Mitgliederrekrutierung dürfte von einem starken Überwiegen (mehrheits)sozialdemokratisch orientierter Mitglieder ausgegangen werden, da z. B. der „Arbeiter-Turn- und Sportklub Gelsenkirchen" nur Mitglieder aufnahm, „die sich als freigewerkschaftlich organisiert legitimieren" konnten.[66] Der Gelsenkirchener Arbeiterruderverein verlangte von seinen Mitgliedern nicht nur freigewerkschaftliche Organisierung, sondern die Vorstandsmitglieder mußten auch SPD-Mitglieder sein.[67] Innerverbandliche Spaltungserscheinungen konnten bis Mitte der 1920er Jahre nicht nachgewiesen werden.[68]

Zu den bestehenden Arbeitersportvereinen im Raum Gelsenkirchen kamen nach dem Niedergang in der Zeit der Inflation und der Besetzung bis Ende der 1920er Jahre noch weitere hinzu: 1925 in Scholven die „Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung", 1926 die „Freie Sportvereinigung" in Heßler und die „Freie Spielvereinigung" in Gelsenkirchen(-Rotthausen), 1927 der Arbeiter-Sportverein „Vorwärts" in der Feldmark und die „Freie Sportvereinigung" in Gelsenkirchen und 1929 der Fußballverein „Freiheit" in Hüllen.[69] Dazu wurden in Buer 1926/7 erstmals der „Freie Wassersportverein Buer" und der „Arbeitersportverein für Leibesübungen", der nur Fußballer zu seinen Mitgliedern zählte und bald wieder zerfiel, genannt.[70] Mit Ausnahme der „Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung" war für die neuen Vereine charakteristisch, daß sie sich neben der leichtathletischen Betätigung, die verstärkt auch durch Einzelwettbewerbe geprägt war, besonders dem Fußball zuwandten, z. T. auch dem Handball. Die schon bestehenden Vereine nahmen oft Fußball in ihr Programm auf.[71] Bis 1928 erlebte der Arbeitersport wieder einen großen Aufschwung, so daß erneut Mitgliederzahlen wie vor der Inflation erreicht wurden, davon etwa die Hälfte Jugendliche und etwa ein Sechstel Frauen.[72] Die in der Zentral-

---

65 In Ge sollen 1932 72% der Arbeiter-Fußballer in bürgerlichen Vereinen organisiert gewesen sein, 1928 in Rotthausen 71% und in Bismarck 59%, wobei die Gegenüberstellung mit den Wahlergebnissen ergibt, daß von den politisch links wählenden Arbeitern 31% bzw. 16% bürgerlichen Klubs angehörten. S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. S. 160 f., 168 ff. und 185 ff.; GEHRMANN, Straßenmannschaft, 1988, S. 52 f. Vgl. H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 127.

66 W. FRIEDRICH, 1923, S. 21 f.

67 „Du kamst bei uns in den Verein nicht rein, wenn Du nicht gewerkschaftlich organisiert warst – das war Voraussetzung – und in den Vorstand konnte nur einer kommen, der in der Partei war." Interview Albert Guth 22.4.1986.

68 Vgl. zu den Auseinandersetzungen auf Reichsebene: H. UEBERHORST, Frisch, 1973, S. 101 ff.; H. TIMMERMANN, 1969, S. 94 ff.

69 Ortsangaben nach Wohnorten der Vorsitzenden oder Treffpunkten, nach: Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 145 und 213. Freie Spielvereinigung Heßler schon 1923 nach: S. GEHRMANN, Dokumentation, 1987, S. 79; S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 58 und vgl. 170 f. zu Eintracht Bismarck und BV 21 Bismarck-Ost (=ATSV Bismarck-Ost).

70 ATSB, Geschäftsbericht 1926/27, 1928, S. 209.

71 ARCHIV FÜR LEIBESÜBUNGEN, 1930, S. 145 f. und 212 ff. Vgl. H. BERNETT, Leichtathletik, 1987, S. 147 ff. und 151 ff.; G. HAUK, Fußball, 1987, S. 160 ff. und 166.

72 Nach ARCHIV FÜR LEIBESÜBUNGEN, 1930, S. 145 ff., 157 f. und 212 ff.; ATSB, Geschäftsbericht 1926/27, 1928, S. 209 ergeben sich folgende Gesamtergebnisse: Geschäftsjahr 1926/7:

kommission zusammengeschlossenen Arbeitersportverbände erreichten reichsweit nach dem inflationsbedingten Mitgliederschwund 1928 eine Mitgliederzahl von etwa 1,2 Millionen.[73]

Im Unterschied zum Ruf „Frisch, fromm, fröhlich, frei" hieß der Ruf der Arbeitersportler „Frisch, frei, stark und treu"[74]. Im Gruß kam so schon ein Bekenntnis zur Arbeiterbewegung und für die Sozialdemokraten ein Bekenntnis zur Republik und gegen die bürgerlich-nationalistischen Sportler, die wie zu Zeiten des Kaiserreiches bekämpft wurden, zum Ausdruck.[75] Obwohl der Wettbewerb auch in den Arbeitersport Einzug gehalten hatte und außer der Entwicklung kollektiver Formen in der Leichtathletik keine Herausbildung einer alternativen Sportpraxis gelang, wurde aber das Leistungssportabzeichen der Bürgerlichen abgelehnt, da der Arbeitersport der Körperertüchtigung aller dienen wollte und weniger bestrebt war, individuelle Spitzenleistungen zu erreichen.[76]

Obwohl bei der Beschaffung von Fahrrädern Schwierigkeiten zu überwinden waren, setzten die *Arbeiter-Radfahrer* aus Buer nach Kriegsende ihre Aktivitäten gleich wieder fort. Im Bueraner Zweigverein des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität" gab es schon um 1919 Auseinandersetzungen zwischen den Richtungen der Arbeiterbewegung, und es wurde „versucht, die Ortsgruppe von ihren bis dahin verfolgten Richtlinien abzulenken", was aber „durch das zielbewußte Auftreten der damaligen Leitung verhütet" wurde. Insgesamt erhielten sich die Bueraner Arbeiterradler ihre Vorkriegsstärke, und Abteilungen in Buer-Mitte, Erle/Resse, Hassel und Scholven wurden unterhalten.[77] Auch im Gelsenkirchener Süden bestand ein Zweigverein des Arbeiterradfahrerbundes, der sich in der Gaststätte Serres in Ückendorf traf, wo im großen Saal geübt wurde. Der Gelsenkirchener Verein hatte noch eine Abteilung in Rotthausen, und dazu bestand ein Zweigverein des Arbeiter-Radfahrer-Bundes in Horst.[78] In der Organisation des Arbeiter-Radfahrer-Bundes gehörte Buer zum 7. Bezirk und Gelsenkirchen und Rotthausen zum 4. Bezirk des Gaues Rheinland-Westfalen, bis nach der Stadtvereinigung ganz Gelsenkirchen zum 7. Bezirk gehörte.

---

377 Männer, 124 Frauen, 285 Fußballer und für das Geschäftsjahr 1928: 1 589 Männer, 314 Frauen, zus. 1 903, davon 929 Jugendliche.

73 H. UEBERHORST, Frisch, 1973, S. 114; H. TIMMERMANN, 1969, S. 56 f.; H. WUNDERER, Arbeitervereine, 1980, S. 42; F. WILDUNG, 1929, S. 30.

74 Interview Johann Simon 9.4.1986.

75 „Die (die Bürgerlichen – S. G.) haben marschiert – und die deutsche Turnerschaft auch und das hat der Arbeiterturn- und Sportverein abgelehnt. ... Das war beim Arbeiterturn- und Sportverein verpönt." Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986. Vgl. H. BERNETT, Auseinandersetzung, 1987, S. 59.

76 Interview Johann Simon 9.4.1986: „Wir kannten ja kein Leistungssportabzeichen. ... Das war praktisch nur Körperertüchtigung." Vgl. H. BERNETT, Leichtathletik, 1987, S. 154; P. FRIEDEMANN, Arbeitersport, 1987, S. 228.

77 ADGB BUER, 1925, S. 33. Vgl. A. FRAHNERT, 1927, S. 53.

78 Interview Ewald Klingler 10.7.1986. 1928; ARCHIV FÜR LEIBESÜBUNGEN, 1930, S. 213; ARFB, Bundesjahrbuch 1924, 1925, S. 100.

Tabelle 57: Mitgliederentwicklung des AR(K)FB im Reich und im Raum Gelsenkirchen 1921–1932[79]

	1921	1922	1924	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Reich	240 000	282 000	200 000	221 000	248 081		310 500		
Gau	5 225	5 316	2 914	3 106	3 637	4 991	4 860	4 564	43 660
7. Bez. bis 1927									
zus.	1 231	1 345	817	796					
männl. u. 18 J.		54	16						
weibl. u. 18 J.		14	12						
männl. ü. 18 J.		1 127	666						
weibl. ü. 18 J.		150	123						
4. Bez. bis 1927									
zus.	713	706	432						
männl. u. 18 J.		83	25						
weibl. u. 18 J.		13	8						
männl. ü. 18 J.		540	354						
weibl. ü. 18 J.		70	45						
7. Bez. ab 1928									
zus.					928	1 333	1 366	1 279	1 257
männl. u. 14 J.					22	50	45	41	81
männl. 14-18 J.					51	80	54	69	66
männl. 18-20 J.					36	52	58	50	38
männl. ü. 20 J.					640	897	938	825	810
weibl. u. 14 J.					14	16	18	30	30
weibl. 14-18 J.					21	32	30	44	24
weibl. 18-20 J.					9	19	24	17	17
weibl. ü. 20 J.					135	187	199	183	191
Vereine									
Buer				222	190	258	251	–	–
Horstermark				49	46	109	80	–	–
Gelsenkirchen				92	144	178	213	442	488

Ihre Aktivitäten konnten die Arbeiterradfahrer wegen der Einführung des Urlaubes erweitern, indem neben den „gewöhnlichen Sonntagstouren" auch mehrtägige Fahrten gemacht werden konnten. Zusätzlich wurden Aktivitäten im Bereich des Fahrradsports mit Saalmaschinen entwickelt.[80] Bemerkenswert war die Hinwendung zu sportlichen Wettbewerben, als der 13. Bundestag des Arbeiterradfahrerbundes 1919 auch Straßenwettfahrten bis zu 10 Kilometern und Wertungen für Reigen- und Korsofahrten zuließ. Auf dem 15. Bundestag von 1924 wurden dann Wettfahrten

79 ARFB, Bundesjahrbuch 1924, 1925, S. 100 f.; ARFB, Bundesjahrbuch 1928, o. J., S. 1, 4, 10, 123 f. und 128; ARFB, Gau 12, 13 und 18, Jahrbuch 1929, (1930), S. 1, 3 und 9; ARFB, Gau 12, 13 und 18, Jahrbuch 1931, o. J., 131 und 138; ARFB, Dreizehntes Bundesjahrbuch, o. J., S. 3, 10 und 100 f. Nach ARCHIV FÜR LEIBESÜBUNGEN, 1930, S. 213 verfügte der Gelsenkirchener Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Anfang 1928 über 99 männliche und 28 weibliche Mitglieder, darunter 44 Jugendliche.

80 ADGB Buer, 1925, S. 33. Zum Saalsport: R. BEDUHN, Solidarität, 1987, S. 126; R. BEDUHN, Chronik, 1980, S. 34.

(bis 50 Kilometer) prinzipiell zugelassen. Eine unbegrenzte Einführung von Wettfahrten genehmigte schließlich der 16. Bundestag von 1926 gegen eine noch immer starke Minderheit von 30 % der Delegierten.[81]

Nach dem Mitgliederrückgang in den Krisenjahren erholte sich der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" in Gelsenkirchen rasch wieder. Entsprechend der Namensänderung in „Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund" fanden 1928 auch die ersten 17 motorradfahrenden Arbeiter zum 7. Bezirk. 1929 bestand dann jeweils im Norden und im Süden eine Kraftfahrer- bzw. Motorradfahrerabteilung, mit zusammen 81 Mitgliedern.[82] In der Stadt Gelsenkirchen bestanden auch nach dem Städtezusammenschluß drei Vereine weiter, und zwar der Verein Horstermark, der Verein Gelsenkirchen mit Abteilungen in Gelsenkirchen und Rotthausen und der Verein Buer mit Abteilungen in Buer, Erle/Resse, Hassel und Scholven.[83] Sportliche Aspekte, die auch eine Entpolitisierungstendenz anzeigten, traten neben den nach wie vor beliebten Ausflugsfahrten mehr und mehr in den Vordergrund: 1928 bestanden im 7. Bezirk bei 706 Mitgliedern 17 Mannschaften für Reigenfahrten, 12 Radballmannschaften, vier Radpolomannschaften, 55 Saalräder (49-2er, 6-1er) standen zur Verfügung und nur sechs Mitglieder wurden als Straßenwettfahrer gemeldet. Das Bild der Aktivitäten blieb auch 1929 und 1930 etwa das gleiche.[84] Die Stärke der Gelsenkirchener Arbeiterradfahrer zeigte sich meist sonntags, wenn zwischen 60 und 80 Arbeiterradler mit ihrem Wimpel vorweg zum Ausflug losfuhren.[85]

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde im Sommer 1919 in Buer aus den Resten der *Arbeitergesangvereine* die „Arbeitersängervereinigung" gegründet, die bald darauf mit dem noch selbstständig in Buer bestehenden Arbeitergesangverein unter dem neuen Namen „Arbeiter-Gesangverein der Stadt Buer" verschmolz.[86] Nach Kriegsende und der Entstehung der Republik gab es unter den Bueraner Arbeitersängern eine breite Strömung, die den veränderten Verhältnissen dadurch Rechnung tragen zu können glaubte, „daß sie ihr Streben viel mehr als bisher auf künstlerische Aufgaben lenkten".[87] Für diese in der Bueraner Arbeitersänger- und Volkschorbewegung bestimmende Richtung war mit der Republik und mit der Anerkennung der Organisationen der Arbeiterschaft als einem Machtfaktor die Notwendigkeit des Tendenzgesanges teilweise weggefallen, und Aufgabe der Arbeitersänger sollte nun das Aufgreifen und künstlerische Weiterentwickeln des musikalischen Lebens sein, womit man wie die

---

81 A. FRAHNERT, 1927, S. 55, 58 und 61; R. BEDUHN, Solidarität, 1987, S. 127.
82 ARKB, Bundesjahrbuch 1928, 1929, S. 10 und 124.
83 Vgl. ARKFB, Bundesjahrbuch 1928, 1929, S. 128; ARKFB, Gau 12, 13 und 18, Jahrbuch 1928, 1929, S. 10.
84 ARKFB, Bundesjahrbuch 1928, 1929, S. 124; ARKFB, Gau 12, 13 und 18, Jahrbuch 1928, 1929, S. 4 f.; ARKFB, Gau 12, 13 und 18, Jahrbuch 1930, 1931, S. 4 f. Vgl. R. BEDUHN, Solidarität, 1987, S. 127 ff.; R. BEDUHN, Chronik, 1980, S. 34 und 39 ff.
85 Interview Johann Simon 9.4.1986.
86 ADGB BUER, 1925, S. 28.
87 Ebd., S. 28. Zur kommunalen Bezuschußung: T. FELDHEGE, 1933, S. 223.

Reichsorganisation, die sich mit zwei bürgerlichen Verbänden zur „Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Chorgesangswesen" verband, zur Propagierung einer klassenindifferenten Volkskultur überging.[88] In der Bueraner Arbeitersängerbewegung gab es jedoch auch eine, wie die Inhalte der Veranstaltungen zeigten, schwächere Gruppe, die „die Pflege des Tendenzgesanges als die eigentliche Aufgabe der Arbeiter-Gesangvereine" ansah.[89] Wenn diese Sichtweise nicht nur rückwärts gewandt war, so beruhte sie auf einer anderen Einschätzung der Rolle der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und bedeutete als Handlungsperspektive weiteren Kampf und nicht Beschränkung auf die Rolle eines integrierten mitbestimmenden Faktors.

Während die Gesangvereine der Bueraner Arbeitersängerbewegung bis dahin nur Männerchöre gewesen waren, kam es um 1921/22 zu Verhandlungen mit einem inzwischen bestehenden Frauen- und Mädchenchor, und im Januar 1922 wurde der „Volkschor Buer e. V." gegründet, der schon im Mai mit „Chorfantasie" und „Meeresstille und glückliche Fahrt" von Beethoven auftrat. Die Leitung des Volkschores wurde wieder von außen in Person des städtischen Musikdirektors besetzt.[90] Im Rahmen städtischer Veranstaltungen brachte der Volkschor verschiedene Liederabende und Chorkonzerte zur Aufführung und bot die Stücke „Walpurgisnacht" von Mendelssohn-Bartholdy, „Orpheus und Euridyke" von Gluck und „Prometheusgesänge" von Liszt dar.[91] Neben der Beteiligung an städtischen Veranstaltungen versuchte der Volkschor durch Auftritte in verschiedenen Lokalen den Arbeitern die als wertvoll betrachtete musikalische Kultur nahezubringen.[92] Trotz der Rezeption bürgerlicher Musikkultur, womit der Volkschor zum „kulturellen Aufstieg der Buerschen Arbeiterschaft" beitragen wollte, waren die Traditionen des Tendenzliedes und auch des Volksliedes aber nicht völlig verschwunden. Der Volkschor bekundete seinen Willen, „neben der Pflege des Volksliedes und des gemischten Chores auch gute Tendenzchöre" einzustudieren, „wenn die zahlenmäßige und stimmliche Stärke des Vereins eine künstlerische Wiedergabe derselben sicherte, denn bei allen einwandfreien Tendenzchören kommt es in der Hauptsache auf Massenbeteiligung an"[93].

---

88 Vgl. I. LAMMEL, 1984, S. 118; W. FUHR, 1977, S. 83; H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 136 f. Zu Gartenkonzerten, Chor- und Orchesterkonzerten und Liederabenden des Bueraner Arbeitergesangvereins 1919-22: ADGB BUER, 1925, S. 28.

89 ADGB BUER, 1925, S. 28. H. WUNDERER, Arbeitervereine, 1980, S. 43 spricht von prototypischer Verflachung und spießbürgerlicher Verkümmerung.

90 ADGB BUER, 1925, S. 28. Vgl. W. FUHR, 1977, S. 83.

91 ADGB BUER, 1925, S. 29. Vgl. WINKEL, 1927, S. 155 und 160.

92 Z. B. 20.10.1923 Konzert „Orpheus und Eurydike" in der Wirtschaft Kaldewey mit 491 Besuchern; 1.2.1925 Chorkonzert bei Kaldewey vor 403 Besuchern; 5.7.1925 Chorkonzert bei Kaldewey mit 368 Besuchern; 14.2. 1926 Chorkonzert bei Kaldewey mit 425 Besuchern; 10.10.1926 Chorkonzert vor 498 Besuchern bei Kaldewey. VERW.-B. Stadt Buer 1923 (StA Ge XXVI/4-B), S. 64; VERW.-B. Stadt Buer 1924 (StA Ge XXVI/4-B), S. 69; VERW.-B. Stadt Buer 1925 (StA Ge XXVI/4-B), S. 53; VERW.-B. Stadt Buer 1926 (StA Ge XXVI/4-B), S. 54. Vgl. WINKEL, 1927, S. 155 und 160.

93 ADGB BUER, 1925, S. 29.

Auch in Gelsenkirchen bestand ein bekannter Volkschor, dem allerdings die Anerkennung des Bürgertums und seiner bürgerlichen Konkurrenten versagt blieb. Als im Oktober 1927 der Konzertsaal des Hans-Sachs-Hauses eingeweiht wurde, sollte auch der Volkschor auftreten, woraufhin sich der bürgerliche Gesangsverein weigerte, sich an der Einweihung zu beteiligen, schließlich aber klein beigeben mußte.[94]

Aus den besonders von sozialdemokratischen Frauen und Kommunalpolitikern getragenen, schon im Kaiserreich seit der Jahrhundertwende verbreiteten Selbsthilfebestrebungen und Formen spontaner Solidarität unter den Arbeiterfamilien und gefördert durch die Erfahrungen wiederum sozialdemokratischer Frauen in den während des Ersten Weltkrieges eingerichteten Hilfswerken entwickelte sich unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Republik und angesichts quantitativ und qualitativ neuartiger Massennotstände zu Beginn der Weimarer Republik eine Bewegung innerhalb der Sozialdemokratie, die sich caritativ-sozialpolitischen Aufgaben zuwandte.[95] Das Hineinwachsen in die staatliche Sozialpolitik, die Notwendigkeit, sich insbesondere auch in der Kommunalpolitik qualifiziert mit Fragen der Wohlfahrtspflege auseinanderzusetzen, und der Wunsch, den traditionellen Wohlfahrtsorganisationen einen eigenen sozialdemokratischen Verband entgegenzusetzten, führten schließlich zur Gründung des „Hauptausschusses der *Arbeiterwohlfahrt*" am 13. Dezember 1919. Diese Vereinigung der SPD faßte alle im Bereich der Wohlfahrtspflege arbeitenden Sozialdemokraten zusammen, bemühte sich um die Gewinnung neuer Kräfte, betrieb Schulungsarbeit, vertrat die Arbeiterschaft bei Sozialbehörden und sollte zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege Stellungnahmen erarbeiten. Die rasche Ausbreitung (1924: 1 200 Orts- und Kreisvereine) der Arbeiterwohlfahrt verdeutlichte, daß nach einer Organisation, die konkrete solidarische Selbsthilfeaktionen initiierte, ein echtes Bedürfnis insbesondere bei sozialdemokratischen Frauen bestanden hatte, obwohl Absicht der Gründer ein Verband zur politischen Beeinflussung und Mitwirkung gewesen war.[96]

Im Raum Gelsenkirchen wurde auf Initiative der Partei im Unterbezirk Bochum-Gelsenkirchen um 1918 und im Unterbezirk Borken-Recklinghausen um die Jahresmitte 1923 mit dem Aufbau der Arbeiterwohlfahrt begonnen. Die Arbeiterwohlfahrt, die nach der Inflation rasch ausgebaut

---

94 Interview Johann Simon 9.4.1986. Vgl. Hinweis in: DAS HANS-SACHS-HAUS, 1927, S. 16.

95 Vgl. M. JUCHACZ, Werden, 1949, S. 5 ff.; M. JUCHACZ, J. HEYMANN, 1924, S. 12 ff.; ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND, 50 Jahre, 1969, S. 1 f.; ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND, Helfen, 1979, S. 15 f.; ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND, M. Juchacz, 1979, S. 74 ff. Für Bochum-Ge P. SOMMERLAD, 1948, S. 68 f. A. MONAT, 1961, S. 44 ff. zur Kriegswohlfahrtspflegee, 52 ff. zur sozialdemokratischen Nachkriegsdiskussion und 54 ff. zur Gründung. Zu Essen J. GEIER, 1989, S. 11 ff. Vgl. R. E. HOLTHUIS, 1986, S. 126 ff. Polemisch: H. WUNDERER, Arbeitervereine, 1980, S. 112.

96 Vgl. M. JUCHACZ, Werden, 1949, S. 8; ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND, 50 Jahre, 1969, S. 1 ff.; F. ROEHL, 1961, S. 79 ff. und 86; ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND, Helfen, 1979, S. 18 ff.; M. JUCHACZ, J. HEYMANN, 1924, S. 22 ff.; J. GEIER, 1989, S. 21 ff.; A. MONAT, 1961, S. 57 ff.; R. E. HOLTHUIS, 1986, S. 127 f., S. 130 andere Zahlen. Vgl. H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 355 ff.

wurde, beschäftigte sich mit der Gesundheits-, Jugend-, Wirtschafts-, Gerichts- und Wohnungsfürsorge. In Gelsenkirchen wurde bis Ende der 1920er Jahre eine Beratungsstelle der AWO mit einer hauptamtlichen Fürsorgerin eingerichtet.[97] Die Mitarbeiter der AWO in Gelsenkirchen rekrutierten sich vor 1933 hauptsächlich aus dem Bereich sozialdemokratischer Frauen.[98] Bezirksweit baute die Arbeiterwohlfahrt bis etwa 1932 90 Ortsausschüsse mit weiteren 112 Untergliederungen, 58 Beratungsstellen und 14 Arbeiterwohlfahrtsheimen auf und leistete mit ihrer sozialen Hilfstätigkeit einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt der sozialdemokratischen Bewegung, während die Arbeiterwohlfahrt bis 1932 reichsweit eine große Wohlfahrtsorganisation mit 135 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern wurde.[99]

Aus Berliner Anfängen im Jahr 1888 waren in verschiedenen Städten Arbeitersamariterkolonnen entstanden, die sich 1909 zum *„Arbeiter-Samariter-Bund"* zusammenschlossen mit dem Ziel, möglichst viele Arbeiter durch Ausbildung in Erster Hilfe zu selbständigen praktischen Hilfeleistungen zu befähigen und darüberhinaus auf politischem Gebiet für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten. Die Arbeiter-Samariter-Kolonnen versahen ihre Erste-Hilfe-Dienste auch bei zahlreichen Arbeiterfesten und Veranstaltungen.[100] In Konkurrenz mit dem bürgerlichen und nach Auffassung des ASB militärischen Zielen dienenden Roten Kreuz und beeinflußt durch die Ausweitung des sozialpolitischen Interventionismus der Republik wandelte sich die Arbeiterselbsthilfeorganisation ab 1919 zu einer Organisation der freien Wohlfahrtspflege unter den gegebenen gesellschaftlichen und staatlich-administrativen Bedingungen, ausgerichtet allerdings an den Bedürfnissen der Arbeiter.[101] Der Verband erlebte einen erheblichen Aufschwung, so daß 1925 816 Kolonnen mit 34 833 Mitgliedern erfaßt waren, wobei wegen der Fluktuation die Anzahl der ausgebildeten Arbeitersamariter wesentlich höher gewesen sein dürfte.[102]

1921 berichtete der Gelsenkirchener Polizeipräsident, daß schon „seit langen Jahren eine Ortsgruppe des Arbeiter-Samariter-Bundes, der 23 Mitglieder angehören", in Gelsenkirchen bestehe, der Mitglieder aller drei Arbeiterparteien angehörten, die sich beim Kapp-Putsch der Verwundeten angenommen hätten;[103] ein Jahr später gab er die Mitgliederzahl mit etwa

---

97 SPD Unterbezirk Recklinghausen-Ge, Jahresbericht 1929, 1930, S. 19 ff. Zu Bochum-Ge P. Sommerlad, 1948, S. 68 f. Eine Scholvener AWO-Gruppe beschäftigte sich vorwiegend mit „Mütter- und Jugendbetreuung". SPD Ortsverein Scholven, 1965, S. 34. Vgl. Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Helfen, 1979, S. 28; F. Roehl, 1961, S. 110 ff.

98 Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986. Vgl. M. Juchacz, J. Heymann, 1924, S. 39 ff.; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 356; J. Geier, 1989, S. 121 ff.

99 Anzeige in: R. Umbreit, 1932, S. 16. Reichsweit: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Helfen, 1979, S. 30. Vgl. M. Juchacz, J. Heymann, 1979, S. 84 und 200 ff.; R. E. Holthuis, 1986, S. 130 und 132.

100 A. Labisch, 1979, S. 146 ff. und S. 150; W. Müller, Unser Dienst, 1983, S. 21 ff. Vgl. H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 51 ff.

101 Vgl. A. Labisch, 1979, S. 153 f.

102 Ebd., S. 162.

103 Polizeipräsident Ge am 9.11.1921, in: STAM Reg. A I Pa 393. Vgl. HSTAD Reg. D 15 542, Bl. 3 und 53.

100 an und stellte fest, daß die Mehrheit der SPD angehöre und der kommunistische Einfluß „sehr gering" sei.[104] Weitere ASB-Gruppen bestanden Mitte der 1920er Jahre in Rotthausen, Buer-Mitte, Erle, Beckhausen, Hassel, Scholven und Horst.[105] Zu einer späteren Spaltung scheint es bei den Arbeitersamaritern nicht gekommen zu sein, weil diese die Veranstaltungen beider Richtungen der Arbeiterbewegung betreuten.[106]

Der 1895 in Österreich als proletarische Wanderorganisation gegründete Touristenverein „Die *Naturfreunde*" begann Anfang des 20. Jahrhunderts auch mit der Gründung von Ortsgruppen in Deutschland, blieb aber auch nach der Gründung der Nationalverbände Mitte der 1920er Jahre prinzipiell eine internationale Organisation. Mit der Arbeitszeitverkürzung nach der Novemberrevolution erlebte diese Arbeiter-Freizeitorganisation, die durch naturkundliche Aktivitäten, Musik- und Theatergruppen, Bildungsarbeit, lebensreformerische Bestrebungen und proletarische Familienselbsthilfe im gesamten Freizeitbereich in umfassendem Sinne zur proletarischen Freizeitgestaltung beitrug, einen raschen Aufschwung.[107]

Eine Gruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde" wurde 1920 in der Stadt Gelsenkirchen gegründet.[108] In dieser Naturfreundegruppe scheinen besonders auch „linke" Sozialdemokraten und auch eine Reihe von Kommunisten Mitglieder gewesen zu sein, denn zum Vorsitzenden wurde Fritz Rogge gewählt, ehemals Unabhängiger, dann Kommunist und schließlich aus der KP Ausgeschlossener, der später zur SAP ging.[109] 1922 sollen den Gelsenkirchener Naturfreunden 250 Mitglieder angehört haben, deren Aktivitäten in „sonntäglichen Wanderungen, Ferienausflügen und Vorträgen" bestanden.[110] 1927 konnten die Gelsenkirchener Naturfreunde ein Heidegelände bei Wulfen pachten, wo nun Wochenenden und auch ganze Wochen im Sommer verbracht wurden.[111] Neben dem an fast jedem Wochenende betriebenen sozialen Wandern bestanden bei den Gelsenkirchener Naturfreunden eine Musikgruppe und ein Sprech- und Bewegungschor, und mit Kindergruppen wurden die Kinder der älteren Naturfreunde in die Organisation einbezogen.[112] Anfang 1928 hatten die Naturfreunde

---

104 Polizeipräsident Ge am 28.11.1922, in: STAM Reg. A I Pa 393.

105 ASB-Kalender 1925, Auszug abgedruckt in: J. de JONG, 1985, S. 10 f. Zu Rotthausen: HSTAD Reg. D 15 542, Bl. 3 und 53. Zu Ge und Buer auch: StA Ge XXVII/1/1-Ge.

106 Interview Johann Simon 9.4.1986; zum Bestehen des ASB in Ge Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986. Vgl. zum Einsatz des ASB: Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986. Vgl. J. d. JONG, 1985, S. 6 ff.

107 J. ZIMMER, Mit uns, 1984, S. 12 f.; A. UPMANN, U. RENNSPIESS, 1984, S. 67 f., 73, 96 ff., 100 ff.; J. ZIMMER, Touristenverein, 1987, S. 182 ff. Vgl. H. WUNDERER, Arbeitervereine, 1980, S. 67.

108 TOURISTENVEREIN „DIE NATURFREUNDE", 1960, S. 7.

109 Vgl. ARCHIV FÜR LEIBESÜBUNGEN, 1930, S. 214; TOURISTENVEREIN „DIE NATURFREUNDE", 1960, S. 7. Eintrittsvoraussetzung war aber Gewerkschaftsmitgliedschaft. Interview mit Fritz Bohne, in: J. ZIMMER, Mit uns, 1984, S. 281. Nach Polizeipräsident Ge am 17.5.1922 und 9.8.1922, in: STAM Reg. A I Pa 388 lag die Führung bei der SPD.

110 Polizeipräsident Ge am 9.8.1922, in: STAM Reg. A I Pa 388.

111 TOURISTENVEREIN „DIE NATURFREUNDE", 1960, S. 7; Interview mit Fritz Bohne, in: J. ZIMMER, Mit uns, 1984, S. 282.

112 Interview mit Fritz Bohne, in: J. ZIMMER, Mit uns, 1984, S. 281 f.

in Gelsenkirchen 260 männliche und 150 weibliche Mitglieder, die sich im Gelsenkirchener Gewerkschaftshaus trafen und neben Wandern nun auch Wintersport trieben.[113]

Aus dem „Zentralverband proletarischer *Freidenker*" ging 1922 durch Anschluß von zwei proletarischen Freidenkerverbänden die „Gemeinschaft proletarischer Freidenker" hervor. Daneben entstand aus einem lokalen, 1905 gegründeten „Verein der Freidenker für Feuerbestattung", der zunächst als Feuerbestattungskasse wirtschaftliche Ziele verfolgte, in der Weimarer Republik eine große Organisation, mit etwa 300 000 Mitgliedern in der Mitte der 1920er Jahre. Diese beiden Verbände vereinigten sich 1927 zum „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung" mit etwa einer halben Million Mitgliedern.[114] Insbesondere zahlreiche Kommunisten gingen wegen der sozialdemokratischen Dominanz diesen Weg nicht mit, so auch der Landesverband Rheinland-Westfalen. Kommunistische Freidenker gründeten 1929 die „Zentralstelle proletarischer Freidenker", woraus 1931 der „Verband Proletarischer Freidenker" hervorging, während sich die sozialdemokratischen Freidenker im „Deutschen Freidenker-Verband" organisierten, der 1930 aus dem „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung" hervorgegangen war.[115]

Nach den bitteren Erfahrungen der Bedrohung der Republik durch die Rechte bildete sich in der Tradition der unter Mitwirkung von Sozialdemokraten in der Novemberrevolution entstandenen Sicherheitswehren zu Beginn der 1920er Jahre eine sozialistische Wehrbewegung, motiviert vom Willen zum Schutz eigener Veranstaltungen und der Konzeption einer republikanischen Abwehrbewegung gegen reaktionäre und nationalistische Bestrebungen.[116] Obwohl maßgebende Funktionärskreise eine Zersplitterung der Kräfte befürchteten, an die ausreichende Stärke der staatlichen Institutionen glaubten und traditionelle antimilitaristische Argumente anführten, wurde das „*Reichsbanner* Schwarz-Rot-Gold" von einer sozialdemokratischen Führungsgruppe und Vertretern von Zentrum und DDP im Februar 1924 als überparteilicher republikanischer Abwehrverband gegründet, nachdem eine Volksfrontkonzeption in den Augen der meisten Sozialdemokraten durch das Verhalten der Kommunisten obsolet geworden war.[117] In der Praxis ergriffen fast ausschließlich Sozialdemokraten die Initiative zur Gründung von Reichsbannergruppen. Etwa 90% des mit etwa einer Million Mitgliedern bereits 1924 zahlenmäßig stärksten Kampfverbandes gehörten zur sozialdemokratischen Anhängerschaft und die

---

113 Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 214.

114 J.-C. Kaiser, 1981, S. 130 ff., 139 ff. und 172 ff.; H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 58 f. und 62 f.; H. Wunderer, Freidenkertum, 1980, S. 5 ff.

115 J.-C. Kaiser, 1981, S. 178 f. und 268 ff. Vgl. H. Wunderer, Arbeitervereine, 1981, S. 63 ff. und 156 ff.; H. Wunderer, Freidenkertum, 1980, S. 22 ff.

116 K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 34 und 42; H. Gotschlich, Gründung und Anfänge, 1980, S. 34.

117 K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 41, 45 f. und 49 f. und zur Führungsgruppe S. 55 ff. Vgl. H. Gotschlich, Gründung und Anfänge, 1980, S. 34; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 378 ff.

wichtigsten Funktionäre stammten aus den Reihen der Sozialdemokratie.[118] Aufgebaut wurde das Reichsbanner nach einer politisch-technischen Doppelstruktur, in der die technische Führung der demokratisch legitimierten, politischen Führung untergeordnet war. Im Unterschied zu den meisten schwarz-weiß-roten Verbänden bestand in der Organisation kein Führer-Gefolgschaft-Verhältnis sondern das Prinzip der kollektiven Leitung.[119] Im äußeren militärischen Erscheinungsbild konnte das Reichsbanner, wie auch der kommunistische Rotfrontkämpferbund, mit dessen militant-revolutionärem Auftreten ja auch konkurriert werden mußte, an die Uniformierung der revolutionären Soldaten und Matrosen in der Novemberrevolution und die antireaktionäre Tradition der Roten Ruhrarmee anknüpfen.[120]

Nach Abzug der Besatzungstruppen wurden in Gelsenkirchen und Ükkendorf Reichsbannergruppen, die wie die Gesamtorganisation aus den Reihen der SPD und der Freien Gewerkschaften einen raschen Aufschwung erlebten, gegründet.[121] Anfang August 1925 veranstaltete das Gelsenkirchener Reichsbanner eine Verfassungsfeier, an der am 10. August auch der preußische Innenminister Severing teilnahm und auf der sich das Reichsbanner zur demokratischen Republik bekannte und gegen die dominierenden nationalistischen Haltungen auftrat.[122] Typisch für das Reichsbanner war die Gelsenkirchener Bannerweihe Mitte November 1925, als der Gelsenkirchener Ortsgruppe unter ausdrücklichem Bezug auf die Tradition der demokratischen Revolution von 1848 die schwarz-rot-goldene Fahne feierlich übergeben wurde.[123] Die Reichsbanner-Gruppe in Gelsenkirchen hatte Anfang 1928 159 (männliche) Mitglieder, davon 100 unter 25 Jahren.[124] Trotz der weniger militärischen als sportlichen Ausbildung mußte auch das Gelsenkirchener Reichsbanner sich schon früh den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten und Kommunisten stellen.[125] Eine Ortsgruppe des Reichsbanners bestand auch in Buer. Diese führte entsprechend der republikanischen Reichsbanner-Orientierung im August 1927 eine dreitägige Verfassungsfeier durch.[126]

Das Reichsbanner griff mit militärischen Aufzügen, Uniformierung, Marschmusik und ausgeprägter Verwendung von Zeichen, Symbolen und Fahnen im äußeren Erscheinungsbild auf Formen der rechten Kampfbünde

---

118 K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 71 ff.; H. Gotschlich, Differenzierung, 1978, S. 4; H. Gotschlich, Gründung und Anfänge, 1980, S. 37; H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 379.

119 K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 84 f. und 92.

120 G. Korff, Rote Fahnen, 1986, S. 40 f. Vgl. H. Gotschlich, Gründung und Anfänge, 1980, S. 35 f.

121 K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 72 und 266 f. Als Gründungsjahr der Gelsenkirchener Reichsbannergruppe wurde 1924 angegeben. Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 214. Ückendorf lt. Interview Ewald Klingler am 10.7.86.

122 Bericht Stadt Ge 1925 (StA Ge XXVI/18-Ge), S. 6; P. Friedemann, Mit uns, 1988, S. 189 f.

123 Polizeipräsident Ge am 16.11.1925, in: STAM Reg. A I Pa 387.

124 Archiv für Leibesübungen, 1930, S. 214.

125 Interview Johann Simon 9.4.1986.

126 Vgl. Festschrift, in: STAM SPD 9.

zurück. Rohe sieht wesentliche Motive, „eine militärisch formierte und drapierte Truppe aufzustellen", in der Funktion des Reichsbanners als Mittel der Agitation und Propaganda, in politischen Opportunitätsgründen angesichts eines militärisch-militaristisch geprägten Zeitgeistes und in der Überlegung, „daß Gewalt gegen Gewalt, eine Bürgerkriegsarmee gegen die andere gesetzt werden" müsse.[127] Die Disziplin- und Ordnungsmuster, die denen rechter Kampfbünde durchaus ähnlich sein konnten und auch in anderen Arbeiterkulturorganisationen wie im Arbeitersport verbreitet waren, dienten so zwar der Machtdemonstration der internationalistisch-demokratischen Sozialdemokratie, konnten aber zur Anpassung an autoritäre Orientierungen führen.[128] Besonders auf dem Feld der Fragen um Nation und Staat stellte das Reichsbanner den Versuch dar, ein Gegengewicht zum Vorurteil der nationalen Unzuverlässigkeit der Sozialdemokratie zu bilden. Hierbei knüpfte das Reichsbanner ausdrücklich an solche nationalen Traditionen an, die eng mit der Emanzipationsbewegung verbunden waren, wie an die Ideale des Vormärz, an die Vorstellungen der republikanischen Linken der 1848er Revolution und an die Ideen und Ideale der Paulskirche.[129] Mit solcher demokratisch-nationaler Traditionsbildung versuchte das Reichsbanner, die Entwicklung zur Republik historisch und national zu legitimieren und damit gleichzeitig auch der sozialdemokratischen Bewegung im historischen Entwicklungsprozeß ihren Platz zukommen zu lassen.[130] Insgesamt war die Haltung des Reichsbanners also ambivalent: Während die einen den Einsatz militaristischer Formen zum republikanischen Zweck eher mit gemischten Gefühlen betrachteten, war die Masse der Mitglieder „erfüllt von einer ganz naiven Freude an militärischen Dingen, ohne innere Reserve und frei von Skrupeln irgendwelcher Art" und empfand das Kommando „Für die Republik – im Gleichschritt marsch" nicht als widersprüchlich. Unterschiede des Reichsbanners zu rechten Kampfbünden, wie das Verbot des Parademarsches, des alten Exerzierreglements oder der militärischen Kommandosprache hatten jedoch einen wichtigen qualitativen Charakter, der das Auftreten des Reichsbanners als eine Mischung von militärischen und zivilsozialdemokratischen Versatzstücken erscheinen ließ.[131] Damit blieb das Militärische im Unterschied zu den rechten Kampfbünden weitgehend äußerlich und bestimmte nicht überwiegend die politische Vorstellungswelt, sondern das militärische Gehabe wurde ausdrücklich in den Dienst des parlamentarischen Systems gestellt, d. h. das Reichsbanner ähnelte in seinem Auftreten, seinen Methoden und seiner Organisation den militaristischen Bünden; es kämpfte jedoch für eine Ordnung, die nicht von militaristischen Vorbildern inspiriert war.[132]

---

127 K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 104 ff.; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 382 ff.
128 P. Friedemann, Krise, 1986, S. 232; zum Sport auch: G. Hauk, Armeekorps, 1986, S. 80 ff.
129 K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 229 f.
130 Ebd., S. 233.
131 Ebd., S. 107 f.
132 Ebd., S. 116 und 121.

In den Jahren der Verfolgung bis zum Ende des Kaiserreiches war es immer einer der sehnlichsten Wünsche der Arbeiterbewegung gewesen, sichere Räumlichkeiten für ihre Aktivitäten zu haben. So war es nicht verwunderlich, daß nach der Novemberrevolution die Arbeiter-Organisationen danach strebten, eigene Räumlichkeiten zu erlangen. Diese Räumlichkeiten waren Orte der Kommunikation und über die betriebliche Ebene hinaus Orte gemeinsamen Lebens und gemeinschaftlichen Kampfes, damit eine quasi zu Stein gewordene Erscheinungsform der Arbeiterkultur.[133] In Buer ging der Gedanke der Schaffung eines solchen Ortes der Kommunikation vom ADGB-Ortskartell aus, wo man sich nach der Novemberrevolution mit dem Gedanken der Errichtung eines Gewerkschaftshauses trug. Die ersten Baugelder wurden durch Spenden (sogenannte „Bausteine") gemeinschaftlich von den Bueraner Arbeitern aufgebracht. Darüberhinaus halfen zahlreiche Gewerkschafter im Sommer 1923 bei den Bauarbeiten mit.[134] 1925 wurde das *Gewerkschaftshaus* mit seinen großen Sälen, Beratungs- und Konferenzzimmern, dem Jugendsaal, einer Bibliothek, einer Jugendherberge, einem Restaurationsbetrieb und zahlreichen Büros seiner Bestimmung übergeben als „ein Haus der geistigen Arbeit und der Erholung für die organisierte Arbeiterschaft"[135]. Das bei seiner Vollendung 152m breite wuchtige Gebäude mit „großen Torbogen", „Statuetten auf der Brüstung des hohen Balkons", mit holzverkleideten Räumen, Parkettfußboden und Glasmalerei in den Fenstern war der zu Stein gewordene Ausdruck des gewonnenen Selbstbewußtseins der Bueraner Freien Gewerkschaften.[136] Mit dem Kammermusiksaal in gediegener Atmosphäre und mit Einrichtungen für Theater-, Gesangs- und Kinovorführungen hoffte das Ortskartell der Freien Gewerkschaften, „im kulturellen Leben der Stadt Buer zweifellos eine große Rolle" spielen zu können. Eine Restauration, ein Billiardsaal, Kegelbahnen und ein riesiger Garten berücksichtigten auch die Freizeitinteressen und das Erholungsbedürfnis der Gewerkschafter. Schon in der Weltwirtschaftskrise waren die Freien Gewerkschaften gezwungen, ihr Gewerkschaftshaus an die Stadt abzugeben, die dort städtische Dienststellen einrichtete.[137]

In Gelsenkirchen war der wohl wichtigste Treffpunkt das Gewerkschaftshaus an der Overwegstraße und, nachdem sich die Sozialdemokraten wieder im DMV durchgesetzt hatten, auch das Metallarbeiterheim in der Augustastraße.[138] Wo keine eigenen Räumlichkeiten bestanden, waren weiter Gaststätten Treffpunkte der Verbände der sozialdemokratischen

---

133 G. A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, 1979, S. 22. Vgl. A. Kuntz-Stahl, 1986, S. 160 f.; A. v. Saldern, Arbeiterkulturbewegung, 1986, S. 45.

134 ADGB Buer, 1925, S. 8 f.; Bezirk V, 1949, S. 9 und 21 f.

135 ADGB Buer, 1925, S. 9; Bezirk V, 1949, S. 9.

136 Beschreibung des Gebäudes und seiner Räume in: Ebd., S. 10 ff. Vgl. A. Kuntz-Stahl, 1986, S. 151.

137 Bezirk V, 1949, S. 9. Zum Zuschußbedarf der Gewerkschafts- und Volkshäuser: A. Kuntz-Stahl, 1986, S. 152.

138 Interview Johann Simon 9.4.1986.

Bewegung. Ein Beispiel für solche Treffpunkte war die Gaststätte Serres in Ückendorf.[139]

Die 1910 begonnene *Bibliothek* des ADGB-Ortsausschusses Buer wurde 1918 und 1921 durch Neuanschaffungen vergrößert, und auch die Ortsvereinsbibliothek des „Verbandes der deutschen Buchdrucker" wurde der zentralen Bibliothek, die bis 1920 im Lokal Rahkob in der Hagenstraße und dann bis zur Fertigstellung des Gewerkschaftshauses in den Räumen der Bauhütte an der Brinkgartenstraße untergebracht war, einverleibt, so daß die Bibliothek Mitte der 1920er Jahre über etwa 700 Bücher verfügte. Der Buchbestand war in folgende Abteilungen untergliedert: Unterhaltung und Belehrung, Tendenzromane und Novellen, Klassische Literatur, Parteiliteratur/Sozialismus/Theorie, Gewerkschaftsliteratur, Weltgeschichte, Naturgeschichte.[140] Trotz der Vergrößerung der Bibliothek blieb die Leserzahl und die Zahl der entliehenen Bücher relativ zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften eher gering:

Tabelle 58: Zahl der Leser und der entliehenen Bücher der Bibliothek des Ortskartells Buer des ADGB 1919–1923[141]

	1919 nur 7 Mon.	1920	1921 nur 6 Mon.	1922	1923
Leser	40	91	81	108	160
Bücher entliehen	150	920	540	1 210	2 450

Diese relativ schwache Frequentierung der Bueraner ADGB-Bibliothek bestätigt die allgemeine „erhebliche Diskrepanz zwischen dem politisch-pädagogischen Anspruch der Arbeiterbibliotheken und den wirklichen Lesegewohnheiten des einzelnen Arbeiters"[142]. Die beiden sozialdemokratischen Tageszeitungen „Volkswille", die Gelsenkirchener Lokal- bzw. Nebenausgabe des Bochumer „Volksblattes", und im Norden der „Volksfreund" aus Recklinghausen dürften hauptsächlich die Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Bewegung erreicht haben.[143]

Dem *Konsumverein* „Eintracht" gelang es wegen seines hohen Sachvermögens, Krieg, Nachkriegszeit und Inflation relativ unbeschadet zu über-

139 „Das war an sich das Lokal in Ge, wo wirklich sozialdemokratische Vereine eine Heimat gefunden haben und auch andere, die uns nahestanden. [...] Ob die da waren oder die da waren – da weißt du genau, daß da alles Genossen waren. Die nicht zu uns gehörten, kamen da garnicht hin." Interview Ewald Klingler 10.7.1986 .

140 ADGB Buer, 1925, S. 31.

141 Ebd., S. 29.

142 G. A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, 1979, S. 26. Für Ge berichtet W. Friedrich, 1923, S. 18 davon, daß „nur in Ausnahmefällen wissenschaftliche Werke entliehen" wurden und „Schund- und Schmutzliteratur" bevorzugt wurde. Zum oft sozialkritischen Charakter der Unterhaltungsliteratur in Arbeiterbibliotheken: D. Langewiesche, Arbeiterkultur, 1984, S. 16 f. Vgl. auch H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 131 ff.

143 Allgemein H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 320.

stehen. In den 1920er Jahren wurde er weiter ausgebaut, und weitere Produktionsbetriebe wurden der Verbraucherorganisation angegliedert wie eine Wurstfabrik in Katernberg, ein Landgut bei Kirchhellen; eine Schweinezuchtanstalt und eine Hühnerfarm wurden in Angriff genommen, und die Duisburger Mühle wurde erheblich erweitert.[144] Bis Mitte der 1920er Jahre breitete er sich auf Bueraner Gebiet weiter aus und eröffnete weitere Verkaufsstellen an der Grenzstrasse (Nr. 128), an der Gelsenkirchener Strasse (Nr. 138) und an der Brinkgartenstrasse (Nr.143).[145] Mitte der 1920er Jahre deckten in den neun Verkaufsstellen in Buer etwa 2 500 Familien mit schätzungsweise 10 000 Personen, d. h etwa ein Zehntel der Bueraner Bevölkerung, ihren Bedarf an Lebensmitteln. Bei dem hohen Arbeiteranteil der Bevölkerung hielt der Konsumverein selbst seinen Organisationsgrad unter den Bueranern für „äußerst niedrig"[146]. Angesichts der schlechten sozialen Lage erschien dem Konsumverein sein geringer Organisationsgrad unverständlich, zumal der Konsumverein „Eintracht" eine wirklich imposante Leistungsfähigkeit hatte: Beim 25-jährigen Jubiläum 1927 verfügte der Konsumverein „Eintracht" bei einem Mitgliederstand von etwa 53 000 über drei Zentrallager (Essen, Duisburg, Gelsenkirchen), zwei Großbäckereien, eine Konditorei, eine Kaffeerösterei, eine Großmühle, einen Weinkeller und verschiedene Werkstätten, darüberhinaus über eine Molkerei und Mastanstalt, ein Landgut mit Schweine- und Hühnerzucht, 47 Wohn- und Geschäftshäuser (6 im Bau) und eine Schlachterei und Wurstfabrik. Die Waren wurden in 171 Lebensmittelläden in 34 Ruhrgebietsgemeinden, neun Fleischerläden und zwei Kaufhäusern mit einem Gesamtumsatz von etwa 24 Millionen Reichsmark verteilt. Den Konsumvereinsmitgliedern wurde eine Rückvergütung von 4% bzw. 5% gewährt. Beschäftigt wurden 1 256 Personen. Im Raum Gelsenkirchen bestanden dreizehn Verteilungsstellen in Gelsenkirchen, elf in Buer und drei in Horst.[147]

Nicht nur gute und günstige Versorgung war Anliegen der Arbeiter-Konsumgenossenschaften, sondern sie waren erzieherisch bemüht, einen neuen „Verbrauchs- und Lebenstypus" herauszubilden und passiven, isolierten und marktabhängigen Konsum durch aktive, gemeinschaftliche Selbstversorgung zu ersetzen.[148] Der Zeit weit vorauseilende Sozialleistungen für die Beschäftigten, spezielle Sonderfonds z. B. für soziale Zwecke, aber auch die Produktgestaltung, die bei den Baugenossenschaften ihren bekannteren steinernen Ausdruck fanden, sollten dem Ziel der Entwicklung einer alternativen Ökonomie dienen.[149] Eine seiner Aufgaben sah der Konsumverein, der sich dem Wesen nach als „antikapitalistisch" und im „Gegensatz zu der auf Profit gerichteten Privatwirtschaft" stehend begriff,

---

144 25 Jahre Konsumverein „Eintracht", 1927, S. 10 ff. und 21 f.
145 Von 1920 bis 27 unterhielt „Eintracht" auch eine Bäckerei in Buer, nach: Ebd., S. 13; ADGB Buer, 1925, S. 20.
146 ADGB Buer, 1925, S. 20.
147 Ebd., S. 21; 25 Jahre Konsumverein „Eintracht", 1927, S. 13 und 26 ff.
148 K. Novy, Genossenschaftsbewegung, 1983, S. 14.
149 Vgl. 25 Jahre Konsumverein „Eintracht", 1927, S. 15.

in vorbildlicher Wirtschaftsführung und in beispielhaften Arbeitsverhältnissen. So arbeiteten 1927 alle Beschäftigten der „Eintracht" höchstens 48 Stunden wöchentlich, erhielten übertarifliche Löhne und übertariflichen Urlaub (18 Tage). Je ein Vertreter der Arbeiter und der Angestellten gehörte dem Aufsichtsrat an.[150] Gleichzeitig mit dem Versuch der Etablierung einer alternativen Ökonomie beschränkte sich der Konsumverein auf den wirtschaftlichen Bereich und bemühte sich auch angesichts der Spaltung der politischen Arbeiterbewegung um strikte politische Neutralität gegenüber den Arbeiterparteien.[151]

Die „Bauhütte Buer-Gladbeck" war wie die *Bauhüttenbewegung* insgesamt ein Kind der ökonomischen Neuordnungsvorstellungen nach dem Untergang des Kaiserreiches. Vor allem unter Sozialdemokraten waren bezüglich der ökonomischen Neuordnung, ähnlich wie bei der Sozialisierungsbewegung, immer wieder Fragen der Reife zur Neuordnung diskutiert worden. Dabei sahen sozialdemokratische Funktionäre auch in Buer oft die Notwendigkeit, „daß die Arbeiterschaft erst zur Gemeinwirtschaft erzogen werden müsse"[152]. In der revolutionären Anfangsphase der Weimarer Republik verbanden sich der Gedanke der Erziehung zu gemeinwirtschaftlichem Denken und Handeln und Selbsthilfegedanken mit Ideen der Bildung von Produktivassoziationen und manifestierten sich in der Bildung von Produktivbaugenossenschaften an vielen Orten Deutschlands, so auch in Buer, wo 1918/19 die „Bau- und Erdarbeitergenossenschaft Buer" gegründet wurde.[153] Die zunächst auf örtlicher Basis entstandenen Produktivbaugenossenschaften wurden 1921 durch den „Verband Sozialer Baubetriebe" zusammengefaßt. Dessen Leiter, der Berliner Stadtbaurat Wagner, vertrat die Auffassung, daß statt der Genossenschaftsform wegen deren Kapitalmangel die Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt werden sollte. Mit einer solchen rechtlichen Form waren im Gegensatz zur Genossenschaft nicht mehr die einzelnen Arbeiter als Genossen Besitzer und Verfügungsberechtigte über die Produktionsmittel, sondern an ihre Stelle traten Gewerkschaften, Siedlungsgenossenschaften, Bau- und Sparvereine etc.[154] Damit wurden die spontan entstandenen Genossenschaften durch Unternehmensformen mit bürgerlichen Rechtsverhältnissen ersetzt, die von den Organisationen der Arbeiter bzw. deren Vertretern dirigiert wurden. Eine der wesentlichen Intentionen der Entstehungszeit der örtlichen Initiativen – die Erziehung zu gemeinwirtschaftlichem Denken und Handeln bzw. das Erlernen gemeinwirtschaftlicher Inhalte und Formen – wurde so nur noch schwer erfüllbar, da nur noch Vertreter tätig wurden, nicht die Arbeiter selbst. Angesichts des erhebli-

150 Ebd., S. 22 ff. und 25.
151 Ebd., S. 25.
152 ADGB Buer, 1925, S. 22. Allgemein: K. Novy, Genossenschaftsbewegung, 1983, S. 12 f. und 81 ff.; K. Novy, M. Prinz, 1985, S. 67; F. Karthaus, Baugenossenschaften, 1985, S. 80.
153 Vgl. Argumentation in: ADGB Buer, 1925, S. 22.
154 Vgl. Ebd., S. 22, allgemein bei: K. Novy, Genossenschaftsbewegung, 1983, S. 84 ff.; K. Novy, M. Prinz, 1985, S. 89 ff. Auch schon H. Kattentidt, 1924, S. 53 f.

chen Wohnungsmangels der Nachkriegszeit dominierte der Selbsthilfegedanke über den Erziehungsgedanken und Versuche der Entwicklung neuer Wirtschaftsformen. Das ursprüngliche Ziel der Arbeit ohne Entfremdung und Ausbeutung und der Selbstversorgung wurde zugunsten einer „Verallgemeinerung der Solidaritäts- und Gleichheitsnormen" verdrängt.[155] Die „Bau- und Erdarbeitergenossenschaft Buer" folgte den Empfehlungen des Gesamtverbandes und gründete im Frühjahr 1921 zusammen mit der „Gladbecker Produktivbaugenossenschaft" die „Bauhütte Buer-Gladbeck GmbH". Trotz der Aufgabe von Vorstellungen der Anfangsphase der Bauhüttenbewegung war die Bueraner Bauhütte zu Recht, wie z. B. der Bau des Gewerkschaftshauses zeigte, stolz darauf, ein „Wirtschaftsfaktor" geworden zu sein.[156]

Eng verbunden mit der Bueraner Bauhütte war der 1919 in Buer gegründete „Bau- und Sparverein Eigenheim GmbH" als Konsumentenorganisation der Bauhütte. Hierbei handelte es sich um eine Konsumgenossenschaft bzw. Spargenossenschaft von Bauwilligen. Bereits 1920 wurde mit dem Bau der ersten 25 Bergmannswohnungen begonnen, denen nach deren Fertigstellung im Sommer 1921 weitere 22 folgten und im selben Jahr noch sieben Lehrerwohnungen. Französische Besetzung und Inflation brachten die Bautätigkeit vorübergehend zum Erliegen, doch schon bei Ende der Inflationszeit wurde an die Verwirklichung des Baus von etwa 100 Wohnungen in verschiedenen Teilen Buers gegangen.[157] Mit der Bauhütte und dem Bau- und Sparverein wurde der Versuch gemacht, eine alternative Verbundwirtschaft im Bau- bzw. Wohnungssektor aufzubauen, die auf allen Stufen von Produktion und Konsumtion privates Kapital zu ersetzen trachtete. Durch das Verbundsystem konnten Extraprofite ausgeschaltet und der Inhalt der Produktion selbst gestaltet werden.[158] Das Bueraner Gewerkschaftshaus war Symbol für solchen Gestaltungswillen auf baulichem Gebiet.

In Gelsenkirchen war analog zur Bueraner Entwicklung am 4. Februar 1920 auch eine Bauproduktivgenossenschaft gegründet worden, die später auch als „Bauhütte Grundstein" in die Rechtsform einer GmbH überführt wurde. Bis Ende 1925 konnten 400 Kleinwohnungen, mehrere Einfamilienhäuser, die kaufmännische Schule der Stadt und ein Schwesternhaus der Ruhr-Knappschaft in Bochum, das die Bauhütte erstellt hatte, bezogen werden.[159] Darüberhinaus bestand im Süden eine Wohnungsbaugenossenschaft „Vorwärts", die Wohnungen in der Poensgen- und der Blumenstraße errichtete, die günstig von den Genossenschaftsmitgliedern angemietet wurden.[160]

---

155 Vgl. K. Novy, 1983, S. 91.
156 ADGB Buer, 1925, S. 22.
157 Ebd., S. 24.
158 Vgl. K. Novy, Genossenschaftsbewegung, S. 94.
159 Anzeige in C. v. Wedelstaedt, E. Stein, 1927, S. 327.
160 Interview Johann Simon 9.4.1986; Interview Albert Guth 22.4.1986; Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986.

Nach der Novemberrevolution hatte die Sozialdemokratie nicht vermocht, ihre alte Forderung nach der weltlichen Einheitsschule durchzusetzen, und hatte sich mit der Gemeinschaftsschule zufriedengegeben. Abhängig vom Elternwillen konnten allerdings (weltliche) *Freie Schulen* und konfessionelle Schulen errichtet werden.[161] Weil aufgrund eines Sperrparagraphen bis zur Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes zunächst die alten Verhältnisse bestehen bleiben sollten und somit die Volksschule in Preußen grundsätzlich Bekenntnisschule blieb, entbrannte in Rheinland-Westfalen ein „Kulturkampf" um konfessionelle und bekenntnisfreie Schulen, in dem der Schulstreik in größerem Umfang Anwendung fand.[162] Die Härte der Auseinandersetzungen lag letztlich in der jahrzehntealten Feindschaft zwischen Kirche und Sozialdemokratie begründet.

Die erste Initiative zur Schaffung einer bekenntnisfreien Freien Schule im Raum Gelsenkirchen ging in Rotthausen von einer im Dezember 1919 gegründeten „Kommission zur Vorbereitung der Freien Schule" aus, die sich mit einem Flugblatt und einer Unterschriftensammlung an die Öffentlichkeit wandte. Die schließlich im Februar 1920 vom Rotthauser Gemeinderat beschlossene Einrichtung einer Freien Schule wurde vom Regierungspräsidenten zunächst abgelehnt. Stattdessen wurden ab 1. November 1920 vier „Notklassen" für die ersten 221 vom Religionsunterricht befreiten Kinder eingerichtet. Im Januar 1921 erhielten diese Schüler ihr eigenes Schulgebäude, und im September 1922 war die Zahl der „Freien Schüler" auf 582 angestiegen.[163] Die Eltern der Kinder der Rotthausener Freien Schule schlossen sich zur Beschäftigung mit den ihre Kinder betreffenden Schulfragen in der „Freien Schulgemeinde Rotthausen" zusammen.[164] In deren Satzung hieß es u. a.: „Sie ist eine Vereinigung, deren Mitglieder eine einige Verbindung zwischen Elternhaus und Schule erstreben und sich in den Dienst einer Erziehung stellen, die unsere Jugend zu ‚wahren' und ‚freien' Menschen heranbildet."

In der Stadt Gelsenkirchen begann zur Durchsetzung der schon 1919 geforderten Freien Schule im Oktober 1920 ein Streik von etwa 1 200 Schulkindern, der sich bis Dezember hinzog.[165] Während der USPD-Fraktionsvorsitzende in einer Besprechung der Gelsenkirchener Fraktionsvorsitzenden am 1. November 1920, die sich mit dem Schulstreik

---

161 H. Behrens-Cobet, Schulpolitik, 1986, S. 23 f. Zu den regen Aktivitäten des Unabhängigen Adolph Hoffmann – nach der Revolution Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preußen – zur Trennung von Staat und Kirche S. Miller, Bürde, 1978, S. 215 ff.; W. W. Wittwer, 1980, S. 78 ff.; H. Giesecke, 1965, S. 163 ff. Vgl. J. Tampke, Ruhr and Revolution, 1979, S. 83.

162 H. Behrens-Cobet, Schulpolitik, 1986, S. 24 f. Ausführlich zur Schulpolitik: W. W. Wittwer, 1980, S. 85-101 zur Reichsverfassung, 102-161 zu Reichsschulgesetzgebungsversuchen und 161-175 zum politischen Streit in Preußen auf Landesebene. Vgl. H. Giesecke, 1965, S. 170 ff.

163 Aufruf in: StA Ge XXI/9/2-Ge; E. Schmidt, F. Bajohr, 1986, S. 100 ff. Vgl. Weitzmann, 1927, S. 123. Zur Errichtung von weltlichen Sammelklassen: W. W. Wittwer, 1980, S. 169.

164 Satzung in: StA Ge XXI/9/2-Ge.

165 StA Ge XXI/9/1-Ge; Interview Albert Guth 22.4.1986; Weitzmann, 1927, S. 123; Bericht in: Kreisamtsleitung des NSBL, 1934, S. 59 f.

beschäftigte, offen den Schulstreik unterstützte, bestritt der MSPD-Fraktionsvorsitzende die Beteiligung der MSPD am Schulstreik.[166] Trotzdem hatten für den nächsten Tag die „Freie Elternvereinigung", der „Verein für Volksbildung", der Freidenker-Verein und die sozialistischen Parteien gemeinsam zu einer „Massendemonstration für die freie, weltliche Schule" aufgerufen.[167] Schließlich wurde zu Ostern 1921 das Ziel mit der Errichtung von drei Sammelschulen für die ersten 1 068 Schulkinder in Schalke (Lessingschule), Bulmke (Fichteschule) und Neustadt (Sammelschule I) erreicht.[168] Von 31 150 Schulkindern in der Stadt Gelsenkirchen gingen 1922 1 107 in bekenntnisfreie Sammelklassen, 1925 von 28 231 Kindern 1 466, 1926 von 27 966 1 421 Kinder und ein Jahr später 1 330 von 28 224 Kindern.[169] Insbesondere unter den Bergarbeitern fiel eine Abwendung von der Kirche schwer, denn beispielsweise stammte nur etwa ein Drittel der Schüler der Freien Schule für Bulmke und Hüllen aus Bergarbeiterfamilien, trotz des Überwiegens der Bergarbeiter in der Bevölkerung. Für die Trennung von der Religion sprach die Einsparung der Kirchensteuer; der Einfluß der Frauen und die Befürchtungen über schulische Nachteile für die Kinder sprachen dagegen.[170] Insgesamt dürfte sich der Kreis der Eltern, die ihre Kinder zur weltlichen Schule schickten, „aus dem kleinen Kreis überzeugter sozialdemokratischer Aktivisten und Freidenker"[171] rekrutiert haben.

Im Frühjahr 1922 wurde von Erler Sozialdemokraten ein Schulstreik zur Durchsetzung konfessionsloser Klassen initiiert. Arbeitslose Eltern kümmerten sich in dem mehrere Wochen währenden Streik um die Kinder und bemühten sich, durch Hausarbeiten dafür zu sorgen, daß die Kinder weiterlernten. Die Einrichtung von „Sammelklassen" ohne Religionsunterricht wurde im Bueraner Raum schließlich erreicht.[172] Auf Antrag der „Freien Elternvereinigung Buer" des „Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands", der nach der Novemberrevolution gegründet worden war, dem zu 90% Sozialdemokraten angehörten und der sich als Mitträger des proletarischen Emanzipationskampfes begriff, wurden im Jahr 1926 im Bueraner Stadtteil Scholven vier bekennntnisfreie Sammelklassen mit 184 Schulkindern und im Stadtteil Hassel ebenfalls vier bekenntnisfreie Sam-

---

166 StA Ge XXI/9/1-Ge. Zur USP-Forderung nach sofortiger Einführung der Einheitsschule als Bestandteil der Abgrenzung gegenüber der MSPD: W. W. Wittwer, 1980, S. 49. Vgl. K. Löwenstein, Schul- und Erziehungsfragen, 1976.

167 Aufruf in: StA Ge XXI/9/1-Ge.

168 StA Ge XXI/9/1-Ge, Weitzmann, 1927, S. 123; Kreisamtsleitung des NSBL, 1934, S. 59 f.

169 1923 von 28 784 in Sammelklassen 1 187 und 1924 von 33 041 1 707 in Sammelklassen. Statistisches Amt der Stadt Ge-Buer, 1928 (StA Ge XXV/1-Ge), S. 206. 1921 wurden in den preußischen Städten durchschnittlich 1,36% der Volksschulkinder bekenntnisfrei erzogen. H. Behrens-Cobet, Schulpolitik, 1986, S. 34.

170 W. Friedrich, 1923, S. 74 ff.; H. Behrens-Cobet, Schulpolitik, 1986, S. 36; W. W. Wittwer, 1980, S. 174 f.

171 F. Walter, Konfliktreiche Integration, 1988, S. 87.

172 Interview Paula Grenz 15.11.1985. Vgl. F. Bajohr, H. Behrens-Cobet, E. Schmidt, 1986, S. 13 f. bzw. S. 27 ff. Nach StA Ge XXI/9/1-Ge lagen in Buer im Oktober 1920 etwa 1 700 Anmeldungen für eine Freie Schule vor.

melklassen mit 163 Kindern eingerichtet, die zunächst in Gebäuden evangelischer Schulen untergebracht wurden. Anfang des 4. Quartals 1926 war die Zahl der Kinder in diesen bekenntnisfreien Sammelklassen auf zusammen 521 angewachsen. Im Jahr 1927 besuchten durchschnittlich etwa 500 Kinder die bekenntnisfreien Sammelklassen in Buer.[173]

Am 1. Februar 1929, also nach dem Städtezusammenschluß, bestanden in Gelsenkirchen-Buer 42 bekenntnisfreie Sammelklassen mit 1 798 Schulkindern (Stadtteil Ge: 30 Klassen mit 1 269 Kindern, Stadtteil Buer: 12 Klassen mit 529 Kindern) bei 48 873 Schulkindern in der Gesamtstadt.[174] Ostern 1929 bestanden in der Gesamtstadt 44 bekenntnisfreie Sammelklassen mit 1 889 von 48 769 Volkschulkindern in der Stadt.[175] In Horst wurde nach jahrelang wiederholten Forderungen Ostern 1929 innerhalb der Laurentius-Schule die „Freie Schule Horst (Emscher)" mit zwei Klassen eingerichtet.[176] In den Freien Schulen wurde versucht, eine alternative Pädagogik zu entwickeln und zu praktizieren, die für die Kinder deutlich erkennbar war[177]: „Die waren aber damals auch schon ganz anders. Da wurde nicht geschlagen, wie das früher so üblich war – das gab's da nicht." Neben weitgehender Ablehnung der Prügelstrafe war für die Kinder besonders die begrenzte Koedukation spürbar.[178]

5. Weltwirtschaftskrise und Weg in den Nationalsozialismus

a) Weltwirtschaftskrise und Zerstörung der Republik

Nach der Stabilisierung der „goldenen zwanziger Jahren", die allerdings an der Stadt Gelsenkirchen-Buer, die 1930 ihren heutigen Namen Gelsenkirchen erhielt[1], vorbeiging, zeichnete sich ab Mitte 1928 eine erneute Wirtschaftskrise ab. Mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börsenhausse im Oktober 1929 begann die Weltwirtschaftskrise, die 1930 auch den Ruhrbergbau erfaßte, wo der drastische Rückgang der Förderung bei gleichzeitigem Preisverfall weitere Ursachen in verstärkter internationaler Konkurrenz, dem Vordringen der billigeren Braunkohle, der wachsenden Bedeutung der Wasserkraft im Energiesektor und besonders der Reduzierung des Verbrauchs von Kohle oder Koks in der Eisenerzeugung und bei

173 VERW.-B. Stadt Buer 1926 (StA Ge XXVI/4-B), S. 44 ff.; VERW.-B. Stadt Buer 1927 (StA Ge XXVI/4-B), S. 49. Vgl. H. BEHRENS-COBET, Schulpolitik, 1986, S. 37; W. W. WITTWER, 1980, S. 72 zum „Bund freier Schulgesellschaften".

174 Entspricht 3,68% in bekenntnisfreien Sammelklassen. BERICHT Stadt Ge-Buer 1928 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 54 f.

175 STAT. TASCHENBUCH, 1929, S. 32.

176 J. BÜSCHER, 1982, S. 82 f.

177 Interview Josef Neysters 14.7.1986.

178 H. BEHRENS-COBET, Schulpolitik, 1986, S. 58 und 60 f. und zu reformpädagogischen Ansätzen z. B. S. 70 ff. Für den Nachweis von Reformpädagogik fehlen für Ge die Quellen.

1 VERW.-B. Stadt Ge-Buer 1929 (StA Ge 0/XXVI/1), Bl. 15.

der Reichsbahn hatte.[2] Bei sinkendem Absatz wurden wegen ansteigender Schichtleistung aufgrund der fortgesetzten Rationalisierungsmaßnahmen Arbeitskräfte überflüssig; die Gesamtbelegschaft des Ruhrgebietes verringerte sich 1930 um 40 000 Bergleute, und fast jede zehnte Schicht war eine Feierschicht.[3] Bis Ende Juli 1932 verschlechterte sich die Situation derart, daß einer Gesamtbelegschaft von 203 730 Bergleuten 125 073 arbeitslose Bergleute gegenüberstanden. Die noch beschäftigten Bergleute litten unter drei Kürzungen des Tariflohnes durch die Präsidialregierung, Kürzung des Urlaubsgeldes und einer seit 1930 um 60% angestiegenen Zahl von Feierschichten.[4] Im Ruhrbergbau sank die durchschnittliche Zahl der Schichten von 278 im Jahr 1929 auf 241 im Jahr 1932, der Hauerschichtlohn sank um 22%, so daß bei Hauern die Lohneinbußen sich auf etwa 33% beliefen.[5] Beispielsweise fiel bei Dahlbusch der durchschnittliche Schichtlohn von 1930 bis 1932 um etwa 21% und darüberhinaus wurden 1930 an 19 Tagen, 1931 an 48 Tagen, 1932 an 35 Tagen und 1933 an 29 Tagen Feierschichten verfahren.[6] Den Zechen-Stillegungen seit Mitte der 1920er Jahre folgten in Gelsenkirchen weitere[7]: Graf Bismarck 3/5 (27. September 1930), Alma (31. Mai 1931). Auch auf den noch arbeitenden Schachtanlagen wurden die Beschäftigtenzahlen drastisch verringert.

Tabelle 59: Belegschaft im Bergbau Gelsenkirchens 1928–1933[8]

	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Consolidation	6 616	6 561	6 019	5 545	4 641	4 740
Dahlbusch	3 259	3 453	3 222	2 755	2 116	2 294
Graf Bismarck	7 783	7 459	6 720	5 513	4 339	5 050
GBAG-Ge	5 200	5 304	4 661	2 488	1 832	1 778
Hibernia AG-Ge	10 544	9 871	9 792	8 564	6 951	6 862
Hugo	3 256	3 305	3 018	2 574	2 213	2 284
Ewald-Ge	2 141	1 997	1 808	1 468	1 003	981
zus.	38 799	37 950	35 240	28 907	23 095	23 989

2 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 16 ff. und 20 f.; G. Gebhardt, 1957, S. 47. Zum Ablauf der Weltwirtschaftskrise: A. Predöhl, 1981, S. 275 f.; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 369 f.; K. D. Bracher, Auflösung, [4]1964, S. 208 ff. und 222 ff.; H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 727 ff. Vgl. Bericht Stadt Ge-Buer 1928 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 60; P. Grosse-Boymann, 1939, S. 389.

3 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 21. Vgl. R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 377; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 144; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 89 f.

4 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 21; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 447. Vgl. W. F. Werner, 1984, S. 148; B. Weisbrod, Konsens, 1984, S. 140 f.

5 W. F. Werner, 1984, S. 150. Leicht abweichend: R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 452 f.

6 W. Kesten, 1952, S. 237 und 274 ff. 1930/31/32/33 auf Bergmannsglück 257/241/233/238, auf Westerholt 258/242/235/242, auf Scholven 256/241/227/249 Schichten lt. M. Uliczka, 1984, S. 129.

7 Verw.-B. Stadt Ge 1930 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 128; Verw.-B. Stadt Ge 1931 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 124; F. Benfer, [2]1956, S. 103; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 262 f.; D. Beckmann, 1965, S. 168.

8 P. Grosse-Boymann, 1939, S. 68 f.

Auch in der Metallindustrie setzte die Krise mit Massenentlassungen gegen Ende 1929 ein. Aufgrund der kurzen Kündigungsfristen schlugen fehlende Aufträge sofort auf die Beschäftigtenzahl durch. Angesichts der Arbeitsmarktlage war es den Betrieben möglich, bei fehlenden Aufträgen ihre Arbeiter zu kündigen und dieselben Arbeiter nach Auftragseingängen nach Tagen oder Wochen ohne Einarbeitungszeiten wieder zu beschäftigen, bis die Aufträge wieder ausgingen.[9] Die Folgen der Weltwirtschaftskrise waren in den Veränderungen der Struktur der Erwerbstätigkeit Gelsenkirchens deutlich zu erkennen: Von 1925 bis 1933 verringerte sich der Anteil der im Bergbau beschäftigten Erwerbspersonen um fast 10%, die Arbeitslosenquote schnellte empor.

Tabelle 60: Erwerbspersonen und Berufszugehörige in Gelsenkirchen (Gebiet von 1928) 1925 und 1933[10]

	Erwerbspers.				Berufszugehörige			
	1925		1933		1925		1933	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in%	abs.	in %
Selbstständige	8 879	6,9	8 621	6,9	24 727	6,3	19 603	5,9
mithelf. Angehörige	2 922	2,3	3 465	2,8	3 034	2,1	3 596	1,1
Beamte/Angestellte	20 145	15,7	21 607	17,4	44 397	14,4	42 030	12,7
Arbeiter	90 988	70,8	84 909	68,1	230 927	65,0	199 571	60,0
davon Bergbau	54 350	42,4	38 600	31,0	160 011	48,0	111 000	33,4
Hausangestellte	5 625	4,3	6 031	4,8	5 798	4,0	6 158	1,8
Erwerbspersonen	128 559	100,0	124 633	100,0	308 883	100,0	270 958	100,0
davon Arbeitslose			43 905	35,2				
Rentner etc.	11 285		29 939		23 350		61 587	
Angehörige	192 389		177 973					
Einwohner	332 233		332 545		332 233		332 545	

Die Massenarbeitslosigkeit führte zu einer Verelendung großer Teile der Bevölkerung Gelsenkirchens. Der Höchststand der mit Geldern des Arbeitsamtes oder des Wohlfahrtsamtes unterstützten Personen wurde am 1. April 1933 gezählt mit 111 881 Personen, etwa ein Drittel der Gelsenkirchener Bevölkerung.[11]

9 Interview Ewald Klingler 10.7.1986.
10 P. Grosse-Boymann, 1939, S. 30 ff., vgl. 370. Vgl. zum Stadtgebiet von 1925: F. Lackmann, 1930, Anhang 1 ff.
11 P. Grosse-Boymann, 1939, S. 390.

Tabelle 61: Durch Wohlfahrts- und Arbeitsamt unterstützte Parteien bzw. Personen (Jahresdurchschnitt) in Gelsenkirchen 1929–1933[12]

	1929	1930	1931	1932	1933
1. Parteien					
Wohlfahrtsamt					
– Wohlfahrtserwerbslose	3 568	3 984	11 312	21 790	17 104
– Sonstige (ohne Alu/Kru)	6 335	6 127	6 662	8 239	10 474
– Alu/Kru–Empf.	214	996	4 421	5 251	6 944
Arbeitsamt	5 374	14 936	19 183	16 509	15 622
2. Personen					
Wohlfahrtsamt					
– Wohlfahrtserwerbslose	8 572	7 953	23 907	42 837	31 285
– Sonstige (ohne Alu/Kru)	10 817	11 651	11 819	15 913	20 613
– Alu/Kru–Empf.	970	4 456	5 713	20 131	27 836
Arbeitsamt					50 095
3. Einwohner Gelsenkirchens		337 881	335 568	334 951	331 844

Die Zuspitzung der Wirtschaftskrise schlug sich auch in den Wahlergebnissen nieder. Die Hinwendung der in Gelsenkirchen allerdings kleinen bürgerlichen Schicht zu autoritären Krisenlösungen zeichnete sich ab Ende der 1920er Jahre ab.

Tabelle 62: Wahlen in Gelsenkirchen 1929[13]

a) Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Gelsenkirchen-Buer am 17. Nov. 1929

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	Sitze
Wahlberechtigte	129 368		56 252		14 236		199 856		
gültig	88 299	68,3	37 023	65,8	9 342	65,6	134 664	67,4	
SPD	12 633	14,3	4 478	12,4	1 124	12,0	18 335	13,6	10
KPD	18 696	21,1	8 551	23,1	2 714	29,1	29 961	22,2	17
Zentrum	25 228	28,6	10 252	27,7	2 857	30,6	38 337	28,5	21
DVP	11 230	12,7	1 608	4,3	877	9,4	13 716	10,2	7
Wirtschaftspartei	5 813	6,6	2 345	6,3	600	6,4	8 758	6,5	5
Ev. Volksdienst	4 102	4,7	3 327	9,0	239	2,6	7 668	5,7	4

12 Ebd., S. 372 f. und 390 f. Vgl. VERW.-B. Stadt Ge 1930 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 5; VERW.-B. Stadt Ge 1931 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 7 und 61; VERW.-B. Stadt Ge 1932 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 108. Zu Quellenproblemen: M. ULICZKA, 1984, S. 127 f. Zum Reich: A. KLÖNNE, H. REESE, 1986, S. 175; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 23 ff.

13 VERW.-B. Stadt Ge-Buer 1929 (StA Ge 0/XXVI/1), Bl. 7 ff.; VERW.-B. Stadt Ge 1930 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 9; VERW.-B. Stadt Ge 1931 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 8 f.; VERW.-B. Stadt Ge 1932 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 3 f.; B. KOLKENBROCK, Wahlen, o. J.; B. HERLEMANN, 1977, S. 313 f.

Tabelle 62: Wahlen in Gelsenkirchen 1929 (Forts.)

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	Sitze
DNVP	3 178	3,6	1 972	5,3	253	2,6	5 403	4,0	3
DDP	1 446	1,6	484	1,3	84	0,9	2 014	1,5	1
Inval. & Minderb.	1 284	1,8	1 062	2,0	120	1,3	3 466	1,8	1
C.-soz. Reichsp.	802	0,9	1 152	3,1	92	1,0	2 046	1,6	1
NSDAP	1 641	1,9	903	2,3	126	1,3	2 675	1,9	1
zus.		97,8		96,8		97,2		97,5	71

b) Wahl zum Westfälischen Provinziallandtag am 17. Nov. 1929

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte	131 169		56 631		14 191		201 991	
gültig	88 951	67,8	37 380	66,0	9 474	66,8	135 805	67,2
SPD	13 198	14,8	4 957	13,2	1 166	12,3	19 321	14,2
KPD	18 794	21,0	8 752	23,4	2 772	29,3	30 318	22,3
Zentrum	25 693	28,9	10 443	27,9	2 893	30,6	39 029	28,7
DDP	1 533	1,7	697	1,9	103	1,1	2 333	1,7
DVP	12 083	13,6	1 820	4,9	916	9,7	14 819	10,9
DNVP	3 259	3,7	2 252	6,0	234	2,5	5 745	4,2
Wirtschaftspartei	6 071	6,8	2 535	6,8	636	6,7	9 242	6,8
NSDAP	1 829	2,1	949	2,5	157	1,7	2 935	2,2

Nach den Reichstagswahlen von 1928 gelang es letztmalig, eine parlamentarische Regierung der „Großen Koalition" unter Führung des Sozialdemokraten Hermann Müller zustande zu bringen. Da die Wirtschaftskrise zu einem raschen Anstieg der Arbeitslosenzahlen führte, rückte ab Sommer 1929 die Frage der Sanierung der Staatsfinanzen und Arbeitslosenversicherung in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Unter dem Einfluß des ADGB, für den die Arbeitslosenversicherung ein Kernstück des sozialen Netzes der Republik darstellte, beschloß die SPD-Fraktion schließlich die Ablehnung der bürgerlichen, als unannehmbar angesehenen Kompromißvorschläge, beharrte auf einer Erhöhung der Beiträge zur Sicherung der sozialen Lage der Arbeitslosen und führte damit das Ende der Großen Koalition am 27. März 1930 herbei.[14] Das Scheitern der großen

14 W. CONZE, Entscheidungen, 1967, S. 183 und 190 ff. und 204 ff. zur Endphase der großen Koalition; E. KOLB, Weimarer Republik, 1984, S. 85 ff. und 89 ff. Vgl. K. D. BRACHER, Auflösung, [4]1964, S. 35, 287 ff. und 298 ff.; G. BRAUNTHAL, 1981, S. 66 f. H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 126 ff. und 230 ff. weist auch auf den Druck der Basis und die begrenzte Absehbarkeit der Folgen hin. Vgl. M. SCHNEIDER, Höhen, 1987, S. 416 ff. „Abhängigkeit von den Gewerkschaften" und „Primat der Sozialpolitik" als Konstanten der SPD-Politik bei: H. A. WINKLER, Von der Revolution, [2]1985, S. 14. Vgl. H. A. WINKLER, Schein, [2]1988, S. 528 ff.; 590 ff. und minutiös 773-815; Einschätzung 816 ff.

Koalition war „die erste große Entscheidung auf dem zum Ende der Republik führenden Weg"[15].

Mit der Wirtschaftskrise sahen viele westdeutsche Schwerindustrielle die Stunde gekommen, um ihre taktisch motivierten Zugeständnisse an die Arbeiterorganisationen aus der Anfangszeit der Republik wieder zurückzunehmen: Vordergründig verursachte die bis zum 1. Oktober 1928 anstehende Lohnrunde in der Metallindustrie den als „Ruhreisenstreit" in die Geschichte eingegangenen Konflikt, der schließlich am 1. November zu einer über einen Monat dauernden Aussperrung von etwa 240 000 Metallarbeitern des Ruhrgebietes führte. In der Stadt Gelsenkirchen-Buer waren 12 712 Arbeiter mit 15 723 Angehörigen von den Aussperrungen der Metallarbeitgeber betroffen und wurden aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Da die Metallindustriellen bereits im Sommer 1927 einen Fond gegen die Schädigungen durch Kampfmaßnahmen gebildet hatten und schon während der Verhandlungen die Aussperrung vorbereiteten, war jedermann klar, daß es nicht in erster Linie um die Forderung der Gewerkschaften nach linearer Erhöhung der Stundenlöhne ging, sondern um einen Angriff auf die beiden Säulen der Weimarer Sozialverfassung, die staatliche Zwangsschlichtung und die staatliche Arbeitszeitregelung. Der unternehmerische Angriff zielte darüberhinaus auf die Gewerkschaften, die die wichtige Funktion der Zwangsschlichtung als Mittel zur Verteidigung sozialer Errungenschaften in einer Situation gewerkschaftlicher Defensive erkannt hatten. Nachdem es zwischen den Tarifparteien nicht zu einer Einigung gekommen war, setzte am 22. Oktober das Schlichtungsverfahren ein, welches unter Druck der Unternehmer stand, die zum 1. November die Kündigung der Gesamtbelegschaft ausgesprochen hatten.[16] Der Schiedsspruch des Schlichters und die anschließende Verbindlichkeitserklärung des Arbeitsministers wurden von den Metallindustriellen nicht anerkannt und deren Rechtswidrigkeit behauptet. Da der Staat über keine Machtmittel zur Durchsetzung seiner Verbindlichkeitserklärung verfügte und die Rechtsfrage nicht schnell gelöst werden konnte, sah sich die Regierung zu einem erneuten Schlichtungsverfahrens gezwungen, das dann nach über einem Monat am 3. Dezember die Aussperrung beendete.[17] Der zweite Schlichtungsspruch brachte erwartungsgemäß gegenüber dem er-

---

15 W. Conze, Entscheidungen, 1967, S. 179. Vgl. H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 178.

16 F. Opel, D. Schneider, [2]1966, S. 278 ff.; M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 270 ff.; M. Schneider, Auf dem Weg, 1974, S. 1 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 92; B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 417; B. Weisbrod, Konsens, 1984, S. 138; M. Schneider, In voller Erkenntnis, 1984, S. 154; M. Schneider; Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 614 f.; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 479; K. D. Bracher, Auflösung, [4]1964, S. 292; H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 559 ff.; U. Hüllbusch, Ruhreisenstreit, 1977, S. 271 und 277 ff. zur gewerkschaftlichen Position. Zu Ge Bericht Stadt Ge-Buer 1928 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 2 und 60.

17 M. Schneider, Auf dem Weg, 1974, S. 3, 24 und 68 ff.; M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 272; F. Opel, D. Schneider, [2]1966, S. 270; B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 418 ff. und 440; M. Schneider, In voller Erkenntnis, S. 154 f.; H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 561 ff.; U. Hüllbusch, Ruhreisenstreit, 1977, S. 275 ff. G. D. Feldman, I. Steinisch, Notwendigkeit, 1980, S. 64 ff. und 84 ff. mit einer weniger apokalyptischen Interpretation.

sten Verschlechterungen für die Metallarbeiter. Die Unternehmer hatten ihre vorläufigen Ziele erreicht, indem sie die Regierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Müller entscheidend geschwächt und den Gewerkschaften ihren geringen Einfluß vor Augen geführt hatten. Auf diese Weise wurden die Gewerkschaften und mit ihnen die Sozialdemokratie bis zum Ende der Republik in die Defensive gedrängt und auf den Versuch der Erhaltung der staatlichen Sozialverfassung als übergeordnetes Ziel fixiert. Gleichzeitig markierte der Ruhreisenstreit die Wende unternehmerischer Politik zur offenen Konfrontation mit den Gewerkschaften und dem mit ihnen identifizierten Staat.[18]

Nicht allein die in verschiedene Gruppen zerfallende Großindustrie, sondern breiteste bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten beteiligten sich nach dem Scheitern der Großen Koalition verstärkt an der schrittweisen Zerstörung der Republik und strebten autoritären Lösungen zu. Nach dem parlamentarischen Scheitern der ersten Präsidialregierung Brüning[19] erbrachten die Reichstagswahlen am 14. September 1930 einen enormen Stimmengewinn für die Nationalsozialisten:

Tabelle 63: Wahl zum Reichstag am 14. Sept. 1930 in Gelsenkirchen[20]

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
Wahlberechtigte	128 677		57 016		14 853		201 546		
gültig	110 344	85,8	48 798	85,6	12 841	86,5	171 983	85,9	81,4
SPD	15 971	14,5	6 707	13,7	1 219	9,3	23 897	13,9	24,5
KPD	27 255	24,7	13 421	27,5	4 851	37,8	45 527	26,4	13,1
Zentrum (& BVP)	26 813	24,3	10 624	21,8	3 133	24,5	40 570	23,6	14,8
DSP	1 442	1,3	290	0,6	57	0,4	1 789	1,0	3,8
DVP	12 303	11,2	2 013	4,1	625	4,9	14 941	8,7	4,5
DNVP	5 536	5,0	4 734	9,7	358	2,8	10 628	6,2	7,0
Wirtschaftspartei	4 422	4,0	1 451	3,0	502	3,9	6 375	3,7	3,8
NSDAP	10 353	9,4	5 961	12,2	1 357	12,1	17 871	10,4	18,3

In Gelsenkirchen waren direkte Vorläufer der NSDAP der 1919/20 mehrfach wegen antisemitischer Hetze angezeigte „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund" und der „Völkisch-Soziale Block", der bei der Stadtverordnetenwahl von 1924 in Buer einen Sitz errungen hatte. Der

18 M. Martiny, Arbeiterbewegung, 1974, S. 273; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 270; M. Schneider, Auf dem Weg, 1974, S. 12; M. Schneider, In voller Erkenntnis, 1984, S. 156; B. Weisbrod, Schwerindustrie, 1978, S. 456; M. Schneider, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 616 ff. Nach G. D. Feldman, I. Steinisch, Notwendigkeit, 1980, S. 113 „frühes aber keineswegs zwingendes Symptom des Zusammenbruchs der Weimarer Republik".

19 W. Conze, Entscheidungen, 1967, S. 210 ff. und 216; E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 125 f.; K. D. Bracher, Auflösung, ⁴1964, S. 308 f. und 331 ff. Zu den verschiedenen Gruppen der Großindustrie: H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 510 ff. und 759 ff.; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 527 und 785 f. Zur Differenzierung der Schwerindustrie auch: G. D. Feldman, I. Steinisch, Notwendigkeit, 1980, S. 113.

20 Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 3, 1957, S. Tabelle 35; B. Kolkenbrock, Wahlen, o. J.; A. Milatz, 1965, S. 90, 93, 97, 100, 104, 108, 112, 129.

„Völkisch-Soziale Block" war im Ruhrgebiet aus dem 1924 geschlossenen Wahlbündnis der „Deutsch-völkischen Freiheitspartei/Freiheitsbewegung", einer völkischen Rechtsabspaltung der DNVP, und der NSDAP hervorgegangen. Nationalsozialistische Bestrebungen waren im Gelsenkirchener Süden bereits 1922/1923 feststellbar; 1923 soll die erste SA-Abteilung mit 30 Mann gebildet worden sein. Aus dem Zusammenschluß der Völkischen und der im Ruhrgebiet fast nicht existenten NSDAP ging 1924 die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands" unter Vorsitz von Ludendorff hervor. Der Gau Westfalen der NSDAP wurde 1925 nach Aufhebung des NSDAP-Verbotes gegründet. Im Juli 1925 bestanden Ortsgruppen der NSDAP in Gelsenkirchen und Buer, die nach dem Franzosenabmarsch und der Veranstaltung eines „Deutschen Tages" im August desselben Jahres in Gelsenkirchen, bei dem es zu Schlägereien mit Kommunisten und dem Reichsbanner kam, einigen Zulauf zu verzeichnen gehabt haben sollen; 1927 wurde eine SA-Gruppe in Horst gegründet. Noch 1928, als sich die Ortsgruppen der NSDAP in Buer, Resse, Gelsenkirchen und Horst zusammenschlossen, wurden Schulungsabende der Gruppe Groß-Gelsenkirchen mit nur sechs bis acht Personen durchführt.[21] Die Wahlergebnisse zeigten auch in Gelsenkirchen den Zerfall der bürgerlichen Parteien zugunsten der NSDAP, zu der die sozialen Mittel- oder Zwischenschichten überliefen, die bereits deklassiert waren, besonders von der Weltwirtschaftskrise betroffen oder in ihrer Lebensperspektive bedroht wurden. Langjährige Arbeitslose ohne Verbindung zur Arbeiterbewegung sammelten sich auch bei der NSDAP, während Zentrum, SPD und KPD ihre Stellung behaupten konnten.[22] Die NSDAP und ihre Führer erfreuten sich schon früh der Unterstützung des Gelsenkirchener Industriellen Emil Kirdorf, der bereits 1927 Mitglied der Nazi-Partei wurde und half, Hitler in Kreisen der Schwerindustrie hoffähig zu machen. Neben Kirdorf traten Fritz Thyssen, Albert Vögler, Friedrich

---

21 Ausführlich W. BÖHNKE, 1974, S. 32, 66, 70 und 74 f. zu den Völkischen und zu einer ab 1924 bestehenden Ortsgruppe Ge S. 77, 85 f. und 94 ff. zum Aufbau nach dem Verbot. Nach eigener Darstellung bei: BÖHMER, 1939, S. 548 ff., gehen die Anfänge der NSDAP bis 1922 zurück. Nach F. A. BECK, 1938, S. 42 ff., vgl. 522 ff. bestanden vor dem 9.11.1923 keine festen NSDAP-Organisationsgliederungen, sondern nur Einzelmitgliedschaften; nach 112 f. wurde die Bueraner NSDAP-Gruppe und eine SA-Gruppe von 30 Mann im Februar 1924 gegründet, dort auch zu Horst. Der Resser Alt-Nazi Peter Stangier gab als Eintrittsdatum in die NSDAP März 1923 an lt. StA Ge 0/IV/5/2. Zu den Völkischen auch: VERW.-B. Stadt Buer 1924 (StA Ge XXVI/4-B), S. 14, 18 und 22. 1925 wurde die Resser NSDAP-Ortsgruppe gegründet, nach STADT GE, 40 Jahre, 1985, S. 15. Im Zusammenhang mit der Verweigerung städtischer Räume für staatsfeindliche Organisationen wird von einem Gespräch mit NSDAP-Vertretern aus Ge am 18.9.1925 berichtet lt. StA Ge III/1/5-Ge. Vgl. P. HÜTTENBERGER, Anfänge der NSDAP, 1972, S. 53 ff. und 59; B. HEY, Zeit, 1983, S. 212; B. HEY, Machtergreifung, 1983, S. 66. Zu den Schlägereien Urteil des Schöffengerichtes Essen vom 23.11.1925, in: HSTAD Landgericht und Staatsanwaltschaft Essen 6/373, Bl. 36 ff. Vgl. H. HERING, M. MROTZEK, 1988, S. 17, vgl. 9 und 15 f.

22 W. BÖHNKE, 1974, S. 225. Vgl. D. PEUKERT, Volksgenossen, 1982, S. 37 ff. Mehrfach wird von der Erwerbslosigkeit Gelsenkirchener NSDAP- und SA-Mitgliedern berichtet. BÖHMER, 1939, S. 552 und 554. Aufstieg der NSDAP des Ruhrgebietes durch „Besetzung des nationalen Lagers" und aus dem Reservoir der Nichtwähler: K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 513. Vgl. allgemein K. D. BRACHER, Auflösung, [4]1964, S. 170 ff.

Springorum und andere frühzeitig in den Dienst des Nationalsozialismus.[23]

Nach der Reichstagswahl von 1930, die die Chancen einer parlamentarischen Regierung weitgehend zunichte gemacht hatte, stützte sich die Präsidialregierung Brüning auf den Notstandsparagraphen und die Tolerierung der SPD, die – taktisch bewegungsunfähig – von einem Sturz Brünings nur Schlimmeres befürchtete.[24] Obwohl Anzeichen vorhanden waren, die die zukünftige Rolle Hindenburgs bei der Etablierung des NS-Regimes absehbar machten, setzte die Sozialdemokratie bei der 1932 anstehenden Reichspräsidentenwahl wieder auf Hindenburg, weil sie nur darin eine Möglichkeit sah, Hitler zu verhindern.[25] So kandidierte letztlich kein entschiedener Befürworter der Republik zum Reichspräsidenten.

Tabelle 64: Reichspräsidentenwahl 1932 in Gelsenkirchen[26]

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
1. Wahlgang am 13. März									
Wahlberechtigte	133 657		56 368		14 896		207 921		
Wahlbeteiligte	116 190	86,9	52 567	93,3	13 271	89,8	182 028	87,5	86,2
Duesterberg	5 842	5,0	2 167	4,1	478	3,6	8 487	4,7	6,8
Hindenburg	57 975	49,9	21 534	41,0	5 578	42,0	85 087	46,7	49,6
Hitler	23 294	20,0	12 929	24,6	2 639	19,9	38 862	21,3	30,1
Thälmann	28 692	24,7	15 790	30,0	4 540	34,2	49 022	26,9	13,2

23 Nachdem Ängste vor dem „linken" Flügel der NSDAP beruhigt worden waren, dürfte Hitlers Auftritt vor dem Düsseldorfer Industrieclub im Januar 1932 den Zeitpunkt darstellen, von dem an sich – im Unterschied zu anderen Industriellengruppen – große Teile der Schwerindustriellen des Ruhrgebietes, die auch an der absehbaren Wiederaufrüstung interessiert waren, hinter Hitler stellten. T. TRUMPP, 1983, S. 138 f., 142 und 144 f.; W. BÖHNKE, 1974, S. 112. Wegen angeblicher Linkstendenzen verließ Kirdorf die NSDAP 1928 wieder und ging zur DNVP. 1934 trat er der NSDAP mit dem Wunsch, seine niedrige Mitgliedsnummer wiederzuerhalten, wieder bei. H. HERING, M. KLAUS, Lesebuch, 1984, S. 241. Vgl. ausführlich H. A. TURNER, Faschismus, [2]1980, S. 16 f., 34 ff., 60-86 und 107. Neben dem Hitler-Flügel der Großwirtschaft setzte ein Teil der Großunternehmer auf von Papen. Z. B. A. TYRELL, 1983, S. 54; E. KOLB, Weimarer Republik, 1984, S. 121 f.; K. D. BRACHER, Auflösung, [4]1964, S. 206 f., 334 f. und 441; H. A. TURNER, Verhältnis, 1977, S. 921; R. NEEBE, 1983, S. 156 f. Vgl. WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN DORTMUND, [2]1981, S. 37 f.

24 W. CONZE, Entscheidungen, 1967, S. 221; E. MATTHIAS, Sozialdemokratische Partei, [2]1979, S. 107. Vgl. E. KOLB, Weimarer Republik, 1984, S. 127 f.; K. D. BRACHER, Auflösung, [4]1964, S. 370 und 380.

25 W. CONZE, Entscheidungen, 1967, S. 234 f.; H. P. EHNI, Bollwerk, 1975, S. 238 f.; E. KOLB, Weimarer Republik, 1984, S. 131; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 479 ff. und 511 ff.

26 B. KOLKENBROCK, Wahlen, o. J.; leicht abweichend: VERW.-B. Stadt Ge 1931 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 13.

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
2. Wahlgang am 10. April									
Wahlberechtigte	133 657		50 368		14 896		207 921		
Wahlbeteiligte	105 035	78,6	47 895	95,1	11 910	80,0	164 840	79,3	83,5
Hindenburg	57 999	55,2	22 094	46,1	5 849	49,1	85 942	52,1	53,0
Hitler	27 945	26,6	14 838	31,0	3 011	25,3	45 794	27,8	36,8
Thälmann	19 079	18,2	10 961	22,9	3 049	25,6	33 089	20,1	10,2

Kurz nach der Reichspräsidentenwahl standen die preußischen Landtagswahlen an, die eine weitere Schwächung der republikanischen Parteien brachte:

Tabelle 65: Wahl zum Preußischen Landtag am 24. Apr. 1932 in Gelsenkirchen[27]

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte							207 000	
gültig	84 206		47 758		12 688		164 671	79,5
SPD	12 086	11,6	5 675	11,9	1 196	9,4	18 957	11,5
SAP	452	0,4	239	0,5	18	0,1	709	0,4
KPD	22 277	21,4	12 180	25,5	3 623	28,6	38 080	23,1
Zentrum	30 012	28,8	11 390	23,8	3 990	31,5	45 392	27,6
DSP	594	0,6	134	0,3	13	0,1	741	0,4
DVP	4 382	4,2	612	1,3	230	1,8	5 224	3,2
DNVP	4 374	4,2	2 305	4,8	396	3,1	7 075	4,3
NSDAP	3 993	23,0	13 268	27,8	2 699	21,3	39 960	24,5

Angesichts offensichtlicher Bestrebungen zur Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen taktierte die nach dem Verlust der parlamentarischen Mehrheit nur noch geschäftsführende preußische Regierung nur noch vorsichtig, um durch die Erhaltung der Verfügung über die preußische Polizei die nach der Reichstagsauflösung anstehende Wahl zu sichern, was eine Fixierung auf parlamentarische Mittel der Verteidigung der Republik zeigte. Unter Bruch der Verfassung verhängte die Präsidialregierung des Brüning-Nachfolgers von Papen aber noch vor der Wahl – am 20. Juli – die Reichsexekution über Preußen.[28] Ohne entschiedenen Widerstand wurde Preußen gleichgeschaltet. Die Reichstagswahlen brachten keinerlei Klärung, sondern eine weitere Stärkung der Republikfeinde.

---

27 B. Kolkenbrock, Wahlen o. J.

28 H. P. Ehni, Bollwerk, 1975, S. 258 und 263 ff.; E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 134 f.; K. D. Bracher, Auflösung, [4]1964, S. 502 f., 574 ff. und 582 ff.; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 548 ff., 620 f., 629 f., 646 f. und 654 ff.

Tabelle 66: Wahl zum Reichstag am 31. Juli 1932 in Gelsenkirchen[29]

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
Wahlberechtigte	129 773		59 104		14 686		203 563		
gültig	111 695	86,1	51 476	87,1	12 549	85,4	175 720	86,3	83,4
SPD	14 959	13,4	6 870	13,3	1 286	10,3	23 115	13,2	21,6
SAP	185	0,2	93	0,2	5	0,0	285	0,2	0,2
KPD	32 849	29,3	15 234	29,6	4 535	36,2	52 618	30,0	14,3
Zentrum (& BVP)	28 877	25,9	12 022	23,3	3 110	24,8	44 009	25,1	15,7
DSP	254	0,2	36	0,1	25	0,0	315	0,3	1,0
DVP	2 782	2,5	495	1,0	127	1,0	3 404	1,9	1,2
DNVP	5 138	4,6	2 064	4,0	375	3,0	7 577	4,3	5,9
Wirtschaftspartei	542	0,5	91	0,2	59	0,5	692	0,4	0,4
NSDAP	23 867	21,4	13 881	27,0	2 851	22,8	40 599	23,0	37,3

Als der Reichstag der antiparlamentarischen und antidemokratischen Papen-Regierung das Mißtrauen aussprach, wurde der Reichstag erneut aufgelöst.[30] Trotz Stimmenverlusten der NSDAP änderte die zweite Reichstagswahl von 1932 nichts an der Gesamtsituation.

Tabelle 67: Wahl zum Reichstag am 6. Nov. 1932 in Gelsenkirchen[31]

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
Wahlberechtigte	135 291		60 777		15 123		211 191		
gültig	106 161	78,5	50 412	82,9	12 227	80,9	168 800	81,3	79,9
SPD	13 229	12,6	6 744	13,4	1 390	11,4	21 363	12,7	20,4
SAP	156	0,1	67	0,2	2	0,0	225	0,1	0,1
KPD	33 042	31,1	15 325	30,3	4 427	36,2	52 794	31,3	16,9
Zentrum (& BVP)	27 031	25,6	11 753	23,3	2 988	24,5	41 772	24,8	15,0
DSP	250	0,2	44	0,1	7	0,0	301	0,2	1,0
DVP	3 018	2,8	474	0,9	132	1,1	3 624	2,1	1,9
DNVP	7 450	7,0	2 611	5,2	488	4,0	10 549	6,3	8,3
Wirtschaftspartei	432	0,4	76	0,2	45	0,4	553	0,3	0,3
NSDAP	18 176	17,1	12 312	24,4	2 474	20,2	32 962	19,5	33,1

Als dann Pläne des Papen-Nachfolgers Schleicher zur Schaffung einer Vertrauensbasis für seine Regierung gescheitert waren, wurde am 30. Januar 1933 Adolf Hitler, der Führer der stärksten Partei, nach einem

29 B. Kolkenbrock, Wahlen, o. J.; H. Drechsler, 1962, S. 269; A. Milatz, 1965, S. 90, 93, 97, 100, 104, 108, 112, 129. Abweichung (mit Rechenfehlern) in: Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 3, 1957, Tabelle 35.

30 W. Conze, Entscheidungen, 1967, S. 240 f.; E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 135; K. D. Bracher, Auflösung, [4]1964, S. 627 ff.; K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 18-21.

31 B. Kolkenbrock, Wahlen, o. J.; H. Drechsler, 1962, S. 269; A. Milatz, 1965, S. 90, 93, 97, 100, 104, 108, 112, 129. Mit Abweichungen: Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 3, 1957, Tabelle 35.

verworrenen Zusammenspiel der Umgebung Hindenburgs, des Drängens wirtschaftlicher Interessengruppen, der Schwenkung der Deutschnationalen, der verzweifelten Anstrengung der NS-Führung und Papens gekränktem Ergeiz zum Reichskanzler ernannt.[32]

b) Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus

Der stärkste Block der Nazi-Gegner war die organisierte Arbeiterbewegung. Ihre Spaltung wirkte sich verhängnisvoll auf die Chancen einer Verhinderung des Hitlerfaschismus aus und gewann unter den sich verschärfenden sozioökonomischen Bedingungen sogar noch zunehmende Sprengkraft für die Arbeiter-Organisationen. Die spekulative Annahme, daß Hitler durch eine gemeinsam kämpfende Arbeiterbewegung hätte verhindert werden können, ist jedoch höchst illusionär angesichts der sowohl von Sozialdemokraten als auch Kommunisten herausgebildeten kulturellen Traditionen, die Denken und Handeln der beiden Richtungen in geradezu erstaunlicher Eindeutigkeit und Einheitlichkeit bestimmten. Sowohl SPD als auch KPD folgten ihrem jeweiligen Kurs des Legalismus bzw. der „Sozialfaschismusthese".

Defensiv-legalistischer Kurs der SPD und kommunistischer Kampf gegen den „Sozialfaschismus"

Obwohl die Reichstagswahl von 1928 mit der Parole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer" geführt worden war, stimmten die SPD-Minister der Regierung Müller im August 1928 der Durchführung des von der vorherigen Bürgerblockregierung beschlossenen Baus des Panzerkreuzers A zu. In der Partei brach ein Sturm der Entrüstung los. In der SPD-Unterbezirksorganisation Recklinghausen-Gelsenkirchen, der nach dem Städtezusammenschluß alle Sozialdemokraten der Stadt Gelsenkirchen angehörten, wurde der Protest bis „weit in das Jahr 1929 hinein" besonders von den jüngeren Parteimitgliedern getragen.[1] Die Konflikte zwischen Teilen der Parteilinken, die konsequenter Antimilitarismus und der Zweifel an einem krisenfreien Übergang vom Kapitalismus in den Sozialismus einte, und der Parteimehrheit, in die sich das Westliche Westfalen einreihte, verschärften sich im Zusammenhang mit weiteren Haushaltsbewilligungen für den Panzerkreuzerbau und der Tolerierungspolitik, und nach den Ausschlüssen der Reichstagsabgeordneten Rosenfeld und Seydewitz Ende September

---

32 W. Conze, Entscheidungen, 1967, S. 244; E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 135 ff.; K. D. Bracher, Auflösung, [4]1964, S. 662 ff., 670 ff. und 686; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 828 ff. und 857 ff.

1 SPD Unterbezirk Recklinghausen-Ge, Jahresbericht 1929, 1930, S. 5. Zur Diskussion dieser Frage: Interview Albert Guth 22.4.1986. Vgl. H. Drechsler, 1962, S. 31 ff.; H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 533 f und 541 ff.

1931 gründete ein Teil der Parteilinken am 4. Oktober 1931 die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" (SAPD), der sich auch die Rest-USPD und eine Minderheit der KPO, der 1928 aus der KPD ausgeschlossenen Opposition gegen die Stalinisierung, anschlossen. Die SAP erlangte außer in Mitteldeutschland und im Raum Frankfurt/Offenbach keinen großen Einfluß; allerdings hatte sie den relativ größten Anteil an Jugendlichen unter den Arbeiterparteien.[2] Besonders die Panzerkreuzer-Frage führte in Gelsenkirchen dazu, daß sich eine Reihe jüngerer aktiver Sozialdemokraten der neugegründeten SAP anschlossen.[3] In Gelsenkirchen gehörten aber keineswegs nur junge Mitglieder der SAP an, was die Schwere des Konfliktes, der zur Spaltung führte, unterstrich. Beispielsweise war Vorsitzender der Gelsenkirchener SAP-Ortsgruppe der 1931 58-jährige, langjährige Sozialdemokrat (seit 1898) Wilhem Lorenz[4], und Ende 1931 erklärte der SPD-Stadtverordnete Buschfort seinen Austritt aus der SPD-Fraktion und trat zur SAP über.[5] Wie die 1924 ausgeschlossenen „rechten Kommunisten", die sich in Rotthausen der SAP anschlossen, und der SAP-Vorsitzende selbst dürften viele der älteren Gelsenkirchener SAP'ler in der Anfangsphase der Weimarer Republik der USPD angehört haben[6], was eine Kontinuität einer schwachen Strömung zwischen (Mehrheits-)Sozialdemokraten und Kommunisten andeuten könnte, die über die USPD, den rechten Flügel der KPD und den linken der SPD in die SAP mündete. Außer im Widerstand trat die in sich heterogene SAP in Gelsenkirchen nicht spektakulär in Erscheinung.[7]

Daß in der Gelsenkirchener SPD keineswegs eine nur republikanisch-legalistische Tendenz dominierte, zeigte sich anläßlich eines Konfliktes in

---

2 H. DRECHSLER, 1962, S. 58 f., 86 ff., 104 ff., 153 ff. und 186 ff.; E. MATTHIAS, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 109 ff. und 119; U. HEINEMANN, Linksopposition, 1978, S. 124 ff.; K. H. TJADEN, 1964, S. 215 ff. und 291 ff.; H. MOMMSEN, Defensive, 1974, S. 132; H. GREBING, Entscheidung, 1984, S. 9 f.; H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 13; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 219 ff.; H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 670 f.; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 289 ff., 329, 371 f. und bes. 399-410.

3 Interview Ewald Klingler 10.7.1986.

4 Weitere aus dem Widerstand bekannte Mitglieder: Ewald Heppe (geb 1899, DMV seit 1926), Paul Krüger (geb 1889, Alter Verband seit 1909, SPD seit 1913), Fritz Bohne (geb. 1904, ab 1923 SPD, ab 1918 Bauarbeiterverband) nach Prozeßunterlagen in: SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 51 ff. Vgl. zur Altersstruktur der SAP: Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986. Der SPD UB Bochum, zu dem Ge noch kurz vorher gehört hatte, hatte den Disziplinbruch in der Panzerkreuzerfrage ausdrücklich gebilligt und sich gegen Sanktionen für die Disziplinbrecher ausgesprochen. D. PEUKERT, F. BAJOHR, 1987, S. 49.

5 VERW.-B. Stadt Ge 1931 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 8.

6 Unter den aus der KPD ausgeschlossenen ehemaligen Unabhängigen, die zur SAP gingen, waren Fritz Rogge, Emil Samorei und die Familie Forsthoff. Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986. Zur USPD-Angehörigkeit von Lorenz: Else Lorenz an (Franz) Rotthäuser vom 15.4.1946, in AdsD SPD Bez. WW 103. Am 3.8.1921 leitete W. Lorenz eine USPD-Versammlung, lt.: Polizeipräsident Gelsenkirchen am 5.8.1921, in: STAM Reg. A I Pa 268. Vgl. H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 254. Zu Parallelen von USPD und SAP D. ENGELMANN, 1979, S. 423. Ansonsten gehörten Rechtskommunisten eher zur Spartakusgründergeneration lt. K. H. TJADEN, 1964, S. 109.

7 „Das war damals eine Zwischenstation, die SAP." Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986, auch zu Versammlungstätigkeit. Zu einer Versammlung mit Otto Meister (später zum Germania-Widerstandskreis gehörend) in Rotthausen am 30.10.1931 gegen Sozialdemokratische Regierungspolitik und KPD-Diktaturvorstellungen: HSTAD Reg. D 17 269, Bl. 5 f.

der weltlichen Schule Gladbeck, wo Lehrer von den Behörden bestraft worden waren, weil sie sich weigerten, mit den Kindern die Nationalhymne zu singen. In der Frage der Anerkennung der Nationalhymne gingen die Meinungen weit auseinander[8]: „Ein Teil der Mitglieder lehnt es strikt ab, andere singen so eben mit, andere halten es für richtig, daß angesichts unserer heutigen Stellung im Staat und in Anbetracht, daß die große Mehrzahl der deutschen Bevölkerung das Lied als Nationalhymne anerkennt, dies auch von uns geschehe." Die Verfassungsfeiern, bei denen meist das Reichsbanner Fackelzüge veranstaltete, wurden aber gleichzeitig stark besucht.[9]

In der Bildungsarbeit der Unterbezirksorganisation Recklinghausen-Gelsenkirchen dominierten in den letzten Jahren der Republik die Aneignung der Verfahrensweisen der parlamentarischen Republik, Verfassungsfragen und Fragen der Sozialpolitik. Weitere Themen waren Geschichte und Programmatik der Arbeiterbewegung. 1931 begann aber eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Für Frauengruppen standen sozialpolitisch-wohlfahrtsstaatliche Themen und Fragen der Erziehungs- und Kulturbewegung im Vordergrund.[10]

1930 hatte die SPD im Bezirk Westliches Westfalen 36 524 Mitgliedern in 360 Ortsvereinen[11] und konnte sich für einen wichtigen politischen Faktor halten. Von den SPD-Mitgliedern im Reichsgebiet waren 1930 nur 21% länger als 15 Jahre Mitglieder der SPD und kannten noch die Partei des Kaiserreiches; der überwiegende Teil der Mitglieder hatte die SPD nur als „staatstragende" Kraft der Weimarer Zeit kennengelernt.[12] So waren die Mitglieder in ihrem Erleben an eine Politik der sozialdemokratischen Teilhabe unter den bestehenden Verhältnissen gewöhnt.

Tabelle 68: Mitgliederentwicklung im SPD-Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen 1925–1930[13]

	Bestand 31.12.25	Bestand 31.12.26	Bestand 31.12.27	Bestand 31.12.28	Bestand 31.12.29	abger. 28	abger. 29	abger. 30
OV (Ge-)Buer	885	994	960	2 604	2 529	2 289	2 440	2 383
– Männer	577	530	521	1 766	1 724			
– Frauen	308	464	439	838	805			
UB Re-Ge	4 866	4 981	4 630	6 204	6 201	5 381	5 766	5 818
– Männer	3 305	3 137	2 957	4 092	4 113			
– Frauen	1 561	1 781	1 673	2 112	2 088			

8 SPD Unterbezirk Recklinghausen-Ge, Jahresbericht 1929, 1930, S. 6 und 30.

9 Ebd., S. 8 f. Z. B. Verfassungsfeier 1927 der Bueraner Ortsgruppe des Reichsbanners mit Bekenntnis zu „Schutz der Deutschen Republik, Ausbau unserer Verfassung in sozialem Geist, Förderung von Kultur und Wissenschaft, Zusammenschluß aller Deutschen in ein Großdeutschland, tatkräftige Unterstützung der Idee des Friedens" lt. Festschrift, in: STAM SPD 9.

10 Referentenliste Winterhalbjahr 1928/29, in: STAM SPD 1, Redner- und Themenliste für 1931, Liste von Vorträgen für Frauen vom 31.12.1931, in: STAM SPD 7, 14.

11 G. Högl, Grundzüge, 1986, S. 12.

12 Nach J. Harrer, Sozialdemokratie, [2]1977, S. 94 f. Vgl. H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 85.

13 1925-27 OV (Ge-)Buer ohne Ge und Horst. Zusammengestellt nach: STAM SPD 1, 14; SPD Unterbezirk Recklinghausen-Ge, Jahresbericht 1929, 1930, S. 34 ff. und 41.

Als die SPD nach dem Bruch der Großen Koalition zunehmend ihren parlamentarischen Einfluß verlor, aber glaubte, das Präsidialkabinett Brüning zur Erhaltung der parlamentarischen Staatsform tolerieren zu müssen, verlagerte sie ihre Aktivitäten „mehr und mehr in die Parteiorganisation, überzeugt, sie als unüberwindlichen Machtfaktor ausspielen zu können"[14]. Beispielsweise versammelten sich am 21. Februar 1932 20 000 Menschen in der Westfalenhalle, wo der SPD-Bezirksvorsitzende Fritz Henßler und der Reichsbanner-Vorsitzende Karl Höltermann sprachen, und am 10. Juli demonstrierten wiederum in Dortmund 30 000 Sozialdemokraten, Reichsbannerleute und Arbeitersportler im Zeichen der Eisernen Front.[15] Auch der letzte SPD-Parteitag im Bezirk Westliches Westfalen tagte noch vor dem „Preußenschlag" am 3. und 4. April 1932 in Dortmund und gab dem Optimismus Ausdruck, den Nationalsozialismus verhindern zu können, zumindest im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl.[16] Das Mißverhältnis zwischen legalistischem Kurs und in Kundgebungen dokumentiertem Abwehrwillen wurde beim „Preußenschlag", als die Partei nur mit juristischen Schritten reagierte, offenbar. Trotz der Übernahme kämpferischer äußerer Formen hatte sich der Inhalt sozialdemokratischer Politik nicht verändert. Die Sozialdemokratie blieb eine für Emanzipation und politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft wirkende soziale Bewegung, die Gewalt als Mittel der Politik weitgehend ablehnte, und war damit in den Straßenkämpfen und Saalschlachten der Endphase der Weimarer Republik den typischen Kampfparteien und ihren paramilitärischen Organisationen trotz ihres eigenen Kampfverbandes nicht gewachsen.[17] Mit dem legalistischen Verhalten erhielt die Organisation ihren Wert durch sich selbst und wurde Selbstzweck, nicht Mittel der Verteidigung der Republik oder gar der Gesellschaftsveränderung. Letztlich verlor die Organisation angesichts der existenziellen Bedrohung mit dem legalistischen Kurs auch ihre Fähigkeit der Selbsterhaltung. Das „institutionalistische Denken in den Kategorien des traditionellen Parteiapparates und seiner seit Jahrzehnten praktizierten Kampfformen" hatte zu Selbstgenügsamkeit und Selbstzufriedenheit geführt[18] und der Erhaltung einer fernen Utopie die adäquate Erkenntnis der bedrohlichen Realität geopfert. Weiter lag die legalistische Haltung der Sozialdemokratie begründet in deren spezifisch realpolitisch-parlamentarischen Orientierung und dem Verlust ideologischer Substanz, so daß sich

---

14 G. Plum, 1974, S. 358. Vgl. W. Conze, Entscheidungen, 1967, S. 221; E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 112 ff.

15 G. Högl, K. Lauschke, 1986, S. 38; D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 22; Interview Karl Heinz Wolf 5.11.1985.

16 Vgl. G. Högl, Grundzüge, 1986, S. 12 f.

17 G. A. Ritter, Staat, 1980, S. 91 f.; E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 139; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 646 ff. und 654 ff.; H. P. Ehni, Bollwerk, 1975, S. 267; E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 129 und 135 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 206; H. Grebing, Flucht, 1983, S. 39. Vgl. K. D. Bracher, Auflösung, ⁴1964, S. 592 f., 595 f.

18 E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 196 f; H. Mommsen, Defensive, 1974, S. 108 f. und 117.

in der Führung eine „Stimmung ohnmächtiger Ratlosigkeit" ausbreitete.[19] Das Fehlen einer positiven, zukunftsorientierten Gesamtkonzeption und das Verhältnis zur parlamentarischen Republik, die man als Durchgangsstation zur sozialen Demokratie ansah, wirkten lähmend. Einerseits fühlte sich die Sozialdemokratie als revolutionäre Bewegung und trat auch entsprechend verbalradikal auf, andererseits aber sah sie durchaus die Notwendigkeit ein, einen keineswegs den eigenen Vorstellungen entsprechenden, kaum mehr parlamentarischen Staat zu verteidigen.[20] Eine solche ambivalente Haltung förderte nicht die Einsicht in die Notwendigkeit des Einsatzes der letzten Mittel und das letzte Mittel war wohl die Organisation, auf die man stolz war. Dem legalistischen Kurs der Parteiführung lag nicht nur eine Fehleinschätzung der Gefahr des Faschismus und dessen neuer Qualität, die in ihrer Grausamkeit und Entschlossenheit schlichtweg nicht gedacht werden konnte, zugrunde, sondern in der konkreten Situation unterschätzten Partei- und Gewerkschaftsführung auch die Aktionsbereitschaft der Basis, denn gerade beim Staatsstreich in Preußen erwarteten Teile der Basis der sozialdemokratischen Bewegung ein „Losschlagen"; Reichsbannerleute, Gewerkschafter und Sozialdemokraten erwarteten den Einsatzbefehl ihrer Führung, der nicht kam.[21] Als die sozialdemokratische Führung jedoch ihren Legalitätskurs immer weiter verfolgte und nicht aktiv Widerstand leistete, zogen sich Teile der Basis insbesondere im Zusammenhang des 20. Juli 1932 bitter enttäuscht von der sozialdemokratischen Bewegung zurück; wenige wechselten zu anderen politischen Gruppen, die eher in der Lage zu sein schienen, dem Nationalsozialismus effektiv entgegentreten zu können.[22] Auch die Stimmung in der Gelsenkirchener Sozialdemokratie war gedrückt[23]: „Dann waren wir natürlich ganz enttäuscht, daß unser Carl Severing, der die Polizei unter sich hatte, und alles (der „Preußenschlag" S. G.) so stillschweigend über die Bühne ging."

Zur Bedrängnis der Sozialdemokraten trugen auch die Kommunisten bei: Der 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1928 beschloß angesichts der sich abzeichnenden bzw. antizipierten Weltwirtschaftskrise und der Auseinandersetzungen in der KPdSU eine neue linkstaktische Linie. Nun wurde mit einer „Verschärfung der Krise des Kapitalismus, die einen mächtigen neuen Aufschwung der Revolution" bringen werde, gerechnet. Ohne Berücksichtigung der deutschen Situation übernahm die stalinisierte KPD auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 die vorgegebene Linie.[24] Angesichts der vermuteten revolutionären Situation

---

19 E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, [2]1979, S. 129. Vgl. „Verstandespartei" bei: K. D. Bracher, Auflösung, [4]1964, S. 74. „Fatalismus" bei: H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 582.

20 H. Mommsen, Defensive, 1974, S. 110 und S. 107; G. A. Ritter, Staat, 1980, S. 92.

21 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 25 f. für Bochum, Dortmund, Duisburg. Vgl. E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, [2]1979, S. 139; H. P. Ehni, Bollwerk, 1975, S. 268.

22 G. Plum, 1974, S. 359. Vgl. K. D. Bracher, Auflösung, [4]1964, S. 599.

23 Interview Paula Grenz 15.11.1985.

24 O. K. Flechtheim, 1948, S. 151; H. Weber, KPD als Sektion, 1981, S. 186 f.; H. Weber, Ambivalenz, 1985, S. 74 f. Vgl. S. Bahne, Kommunistische Partei, [2]1979; S. 655 f., S. Bah-

wurde die SPD als Instrument der Bourgeoisie zur Revolutionsverhinderung angesehen und damit als „quasi-faschistisch" oder später bei der Unterstützung Brünings als „faschistisch" eingestuft und die Freien Gewerkschaften als „faschisiert" angesehen. Nach dieser erneuten Wendung sah die KPD den Faschismus zwar als Feind an, als Hauptaufgabe wurde aber die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und als notwendige Voraussetzung dazu der Hauptschlag gegen den Hauptfeind im Proletariat, die Sozialdemokratie, bezeichnet. Zum Kampf gegen die Sozialdemokratie wurde wieder die Strategie der „Einheitsfront von unten" verfolgt, wobei mittels „Entlarvung" der Führer die sozialdemokratische Basis zur KPD herübergezogen werden sollte. Eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und sozialdemokratischen Organisationen kam nicht in Frage. Die „Sozialfaschismusthese" verstärkte den Antikommunismus der Sozialdemokratie und die emotionale Abneigung gegenüber den Spaltern der Arbeiterbewegung und führte bei dieser zu der Einsicht , daß die KPD ihr unerbittlichster Feind blieb.[25] So richtete die KPD in der für das Überleben der Weimarer Republik entscheidenden Phase den „Hauptstoß" gegen die SPD und war sogar bereit, sich mit dem Feind zweiten Grades, der NSDAP, zu verbünden, wie z. B. 1931 bei der Beteiligung am Volksentscheid gegen die Regierung in Preußen. Zudem bediente sich die KPD in Anpassung an nationalistische Emotionen einer nationalistischen Demagogie, die Kommunisten und Nationalsozialisten äußerlich zeitweise ähnlich erscheinen ließ.[26] Mit ihrer Linkswendung knüpfte die KPD an die älteren Erfahrungen der Arbeiter des nördlichen Ruhrgebietes und die aktuelle Existenzunsicherheit breiter Arbeiterschichten an. So erlebte die KPD in der krisenhaften Endphase der Republik als Folge von Radikalisierungsprozessen enormen Zulauf bei allerdings riesiger Fluktuation (1932 54%); im Bezirk Ruhrgebiet stieg die Zahl der Straßenzellen von 289 im Mai 1930 auf 1 193 im Januar 1933, während aufgrund der Erwerbslosigkeit des überwiegenden Teils der kommunistischen Mitgliedschaft (April 1932 85%) die Zahl der Betriebszellen im November 1932 auf 184 abgesackt war.[27]

NE, KPD und das Ende, 1976, S. 11 ff. und 71; K. H. TJADEN, 1964, S. 74 ff.; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 195 ff.; W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 231 ff.; H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 444 ff., 661 ff. und 680 ff.

25 G. PLUM, 1974, S. 356 f.; S. BAHNE, Kommunistische Partei, ²1979, S. 657 f.; S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 12 ff.; H. WEBER, Hauptfeind, 1982, S. 8, 13 und 17 f.; H. WEBER, Ambivalenz, 1985, S. 75; H. WUNDERER, Arbeitervereine, 1980, S. 140 f. Vgl. S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 344; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 234 ff. und 239 ff.; D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 28; R. TOSSDORF, 1978, S. 207; K. H. TJADEN, 1964, S. 78 ff.; W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 57 und 260.

26 G. PLUM, 1974, S. 357. Vgl. S. BAHNE, Kommunistische Partei, ²1979, S. 657; S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 14; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 242 f.; H. WEBER, Hauptfeind, 1982, S. 30 f. und 41; A. KLÖNNE, Leitbilder, 1984, S. 89 f.; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 183 ff. und 385 ff.

27 D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 46 ff., 51 und 53 ff. Vgl. S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 338 und 343; S. BAHNE, Kommunistische Partei, ²1979, S. 661; S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 15 ff.; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 243; H. WEBER, Hauptfeind, 1982, S. 104 f.; W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 182. Zu sozialstrukturellen

Ende der sozialistischen Gewerkschaftseinheit

Seit der linkstaktischen Wendung der Komintern und entsprechend der Roten Gewerkschaftsinternationale vollzog sich ab 1928 auch eine Verschärfung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit. Der Einfluß der kommunistischen „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" wurde nun höher bewertet als die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.[1] Nach dem 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale im August 1930 wurde die Linkstaktik in der Gewerkschaftsarbeit weiter verschärft, und die Verselbständigung der RGO und die Gründung selbständiger revolutionärer Gewerkschaftsverbände vorangetrieben.[2] Nicht nur die Gewerkschaftsaustritte oder -ausschlüsse von Kommunisten schwächten die Freien Gewerkschaften, viel stärker traf sie die Wirtschaftskrise:

Tabelle 69: Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Dachverbände, der Berarbeiterverbände und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Reich und im Ruhrgebiet 1925–1932[3]

Jahr	ADGB Reich	Chr. Gew. Reich	BAV Reich	GCB Reich	BAV Ruhr	DMV Reich
1925	4 182 511	582 319	187 818	98 656	65 585	764 609
1926	3 933 931	531 558	184 275	92 761	60 821	675 398
1927	4 415 689	605 784	194 740	97 805	60 263	815 838
1928	4 866 926	647 364	198 358	98 954	62 370	944 310
1929	4 948 209	673 127	198 024	102 710	61 800	965 443
1930	4 716 569	658 707	190 855	100 128	63 020	940 578
1931	4 134 902	577 512	164 188	86 890	53 903	826 864
1932			145 093	80 417		690 497

Die Betriebsratswahlen von 1930 brachten trotz unter den gegebenen Bedingungen „beeindruckender" Resultate der zehnjährigen Tarifpolitik der Gewerkschaften[4] vorwiegend auf die Bergarbeiter begrenzte Erfolge der RGO. Anfang Januar 1931 gelang es der RGO im Ruhrgebiet, insbe-

---

Differenzierungen zwischen SPD und KPD und zur Spaltung des proletarischen Milieus: H. A. WINKLER, Schein, [2]1988, S. 695 ff. und auch H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 596 f.

1 S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 332 f. Vgl. S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 18; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 191 ff. und 223; H. WEBER, Hauptfeind, 1982, S. 24 f. Neuerdings W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 45 ff. zur Periodisierung der KPD-Gewerkschaftspolitik. Vgl. auch H. A. WINKLER, Schein, [2]1988, S. 663 und H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 148 ff. und 441 f.

2 S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 342; H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 214; H. WEBER, Hauptfeind, 1982, S. 29 f; W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 135 ff.; Interview Ewald Klingler 10.7.1986.

3 Jahresendzahlen nach M. SCHNEIDER, Christliche Gewerkschaften, 1982, S. 452, 768 und 771 (ADGB nach Dietmar PETZINA, Werner ABELSHAUSER, Anselm FAUST, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, S. 111); F. OPEL, D. SCHNEIDER, [2]1966, S. 444; K. F. GESAU, 1983, Anhang, S. 124 und 126.

4 Ausführlich begründetes Urteil bei: R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 364.

sondere in den jüngeren Bergbaurevieren wie denen Gelsenkirchens, einen Streik zur Abwehr von Lohnkündigungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu entfachen. Im Anschluß an den erfolglosen Streik wurde die Linkstaktik der Kommunisten mit der Gründung des „Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands" (EVBD) als kommunistische Massengewerkschaft, die sich die „Zerschlagung und völlige Liquidierung der bestehenden streikbrecherischen Gewerkschaften" vornahm, erfüllt.[5] Bereits wenige Monate nach seiner Gründung soll der Einheitsverband 20 000 Mitglieder und damit fast halb so viele wie der Alte Verband gehabt haben. Insgesamt blieb der aktive Anhang der RGO und der kommunistischen Verbände aber zahlenmäßig gering und war von starker Fluktuation und einem steigenden Anteil Erwerbsloser geprägt.[6] Bei den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet, insbesondere im Ruhrbergbau, erzielten die RGO und die kommunistischen Sonderorganisationen – auch anknüpfend an die kulturelle Protesttradition der Anfangsphase der Republik – deutliche Erfolge:

Tabelle 70: Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau 1929–1933 und auf Gelsenkirchener Schachtanlagen 1933[7]

	Ruhrbergbau Stimmen								Ge Sitze 1933	
	1929		1930		1931		1933			
	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	abs.	in %
ADGB	170,9	57,7	128,9	43,6	81,5	36,4	46,2	30,6	36	21,2
Christl.	76,0	25,7	77,7	26,3	54,3	24,2	34,7	23,0	28	16,5
H.-D.	3,9	1,3	3,3	1,1	1,7	0,8	0,1	0,0	–	–
Polen	0,5	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1			–	–
Syndikalisten	3,2	1,1	4,3	1,5	1,4	0,6			–	–

5 Die Angaben über die Zahl der Streikenden schwanken zwischen 75 000-80 000 und mehr als 350 000. S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 339 und 344 ff. Vgl. O. K. FLECHTHEIM, 1948, S. 172; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 392; W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 123 ff., 147 ff. und 152 ff.; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 283 ff. Gründungsbeschluß des EVBD am 11.1.1931 in Essen lt. HSTAD Reg D 17 164, Bl. 32.

6 S. BAHNE, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 346; W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 153 f. und ausführlich 337-359 zur Mitgliederentwicklung. Vgl. S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 18. Vgl. H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 214; H. A. WINKLER, Schein, ²1988, S. 690 ff; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 598 ff.

7 Betriebsratswahlen 1932 wurden ausgesetzt. 1933 Teilergebnis von 141 von 150 Schachtanlagen. In Ge Dahlbusch, Scholven, Westerholt, Bergmannsglück, Wilhelmine Viktoria, Graf Bismarck 1/4, 3/5, Consolidation 1/6, 3/4, Hugo 1, 2, Nordstern 1/2. M. MARTINY, Arbeiterbewegung, 1974, S. 253; B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 128 ff. Zusammensetzung 1929 in: NACHRICHTENBLATT, 1929, S. 37 ff. Verteilung der Sitze bei H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 956 ff. Ge zusammengestellt nach: StA Ge 0/VIII/2/1. Bei den Sonstigen handelt es sich vorwiegend um die Angestelltenvertreter, da hier die Angaben oft keine Einordnung zuließen. Die AFA-Verbände, die scheinbar keine allzugroßen Einbrüche erlebten, sind ebenfalls in dieser Kategorie enthalten. Die NSBO-Betriebsräte waren fast ausschließlich Arbeitervertreter. Gesamter Bergbau Anteile der Arbeiterratsmitglieder 1930/31 bei: H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 372 ff. Vgl. W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 363. Anderes Teilergebnis (118 Schachtanlagen mit 28,9% NSBO) bei G. MAI, 1983, S. 598.

	Ruhrbergbau Stimmen								Ge Sitze	
	1929		1930		1931		1933		1933	
	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	abs.	in %
RGO/EVBD	29,7	10,0	68,8	23,3	64,9	29,0	14,0	9,3	25	14,7
Gelbe	8,9	3,0	8,8	3,0	8,9	4,0	6,0	4,0	–	–
NSBO					9,3	4,2	46,6	30,9	43	25,3
Sonstige	3,0	1,0	3,3	1,1	1,9	0,9	3,6	2,4	38	22,4
zus.	296,1	100,0	295,4	100,0	224,1	100,0	151,2	100,0	170	100,1

Tabelle 71: Zusammensetzung der Betriebsräte in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest 1929-1931 und in Gelsenkirchen 1933[8]

	Arbeitnordwest			Ge 1933	
	1929 in %	1930 in %	1931 in %	abs.	in %
DMV	49,9	46,7	42,3	25	38,5
Christl.	19,8	21,3	18,3	7	10,8
H.-D.	3,3	2,8	2,6		
Kommunisten/Syndikalisten	3,9	6,2	9,7		
Gelbe	0,8	0,9	1,0		
NS-Verbände	–	–	1,6	24	36,9
Sonstige/Angestellte	23,3	22,1	24,5	9	13,8

Diese Ergebnisse waren Ausdruck des Potentials der Kommunisten unter den Arbeitern und des Protestes gegen die erfolglose Politik der nicht-kommunistischen Gewerkschaftsverbände.[9] Der Zuwachs der Nationalsozialisten, die etwa 1929 im Ruhrgebiet mit dem Aufbau der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation" begonnen hatten, relativiert gleichzeitig die These von der Resistenz der Bergarbeiter gegen den Nationalsozialismus, zumal deren Zuwächse keineswegs großenteils auf die Angestellten zurückzuführen waren.[10]

8 Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller = Region zwischen Lippe, Rhein (einschließlich Rheinhausen und Neuß) und der Linie Düsseldorf-Benrath-Hattingen-Witten-Dortmund-Hamm. In Ge Schalker Verein, Grillo & Funke, Seppelfricke, GHH, Küppersbusch, Gußstahl. B. WEISBROD, Schwerindustrie, 1978, S. 122 f. Ge zusammengestellt nach: StA Ge 0/VIII/2/1. Zur Kategorie Sonstige s. o. Metallindustrie, Anteile der Arbeiterratsmitglieder 1930/31 bei: H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 372 ff. Vgl. W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 363; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 956 ff.

9 K. WISOTZKY, Ruhrbergbau, 1983, S. 23; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 399. Vgl. W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 369.

10 StA Ge 0/VIII/2/1 zum relativ geringeren Anteil des NSBO unter Angestelltenvertretern. Anders K. WISOTZKY, Ruhrbergbau, 1983, S. 25. Auch H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 72 f. zum geringen Einfluß des NSBO unter gewerblichen Arbeitern. Differenzierteres Urteil bei: A. KLÖNNE, H. REESE, 1986, S. 178 ff.; A. KLÖNNE, Leitbilder, 1984, S. 85. Nach D. PEUKERT, F. BAJOHR, 1987, S. 63 Stimmen „aus der Konkursmasse der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition". Auch Arbeiterwähler der bürgerlichen Parteien lt. H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 197, 607 f. und 692. Mit 1931 4 017

Die Unzufriedenheit der Ruhrbergleute mit ihrer sozialen Lage und der Politik der traditionellen Verbände erzeugte keinen revolutionären Willen zur Aktion. In der Bedrängnis durch die Wirtschaftskrise war die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes stärker, was sich daran zeigte, daß die kommunistischen Verbände, die der Illusion des Heranreifens einer revolutionären Situation erlegen waren, bei ihren Aufrufen zu Aktionen im Gegensatz zu ihren Wahlergebnisssen kaum Erfolg hatten.[11] Darüberhinaus zeigte sich die Angst der Bergleute vor dem Verlust des Arbeitsplatzes im Sinken der Krankenschichten zwischen 1928 und 1932 um ein Drittel; die Zahl der unentschuldigten und willkürlichen Fehlschichten fiel sogar um 65%, die Schichtleistung der Untertagearbeiter stieg enorm an und war nicht allein auf Rationalisierung, Abbau ertragreicher Flöze und eine Personalpolitik, die bestrebt war, nur die leistungsfähige Stammbelegschaft zu erhalten, zurückzuführen, sondern auf besondere Anstrengung der Arbeiter, die einer Kündigung entgehen wollten.[12]

Charakteristisch für das Verhältnis von Freien Gewerkschaften und SPD wurden in der Endphase der Republik tiefgreifende Gegensätze. Als die SPD nach 1930 im staatlichen Bereich an Einfluß verlor und damit dem sozialpolitischen Pragmatismus der Gewerkschaften nicht mehr wie vorher dienen konnte, meinten die Freien Gewerkschaften, im Interesse ihrer Organisation und der von ihr vertretenen Arbeiterschaft Realpolitik betreiben zu müssen und suchten gegen den scharfen Widerstand der SPD das Gespräch mit den nun politisch relevanten Kräften.[13] Das traditionell legalistische Denken der Freien Gewerkschaftsbewegung ermöglichte keine entschiedene Gegenwehr gegen das Erstarken der Reaktion wie beim Kapp-Lüttwitz-Putsch, weil eine demokratische Mehrheit in der untergehenden Republik nicht mehr vorhanden war, z. B. der Preußenschlag nicht den Charakter eines offenen Putsches trug, und der Druck der Arbeitslosen zu groß war.[14] Einzig unter de Stichworten „Wirtschaftsdemokratie" und „Umbau der Wirtschaft" versuchte der ADGB ab Ende der 1920er Jahre, eine Konzeption der Demokratisierung der Wirtschaft und der langsamen Umwandlung des Wirtschaftssystems zu entwickeln. In diesem Rahmen bewegten sich auch gewerkschaftliche Forderungen nach

---

Mitgliedern und 1932 mit 10 496 Mitgliedern im Gau Westfalen-Nord war die NSBO organisatorisch recht schwach. W. Böhnke, 1974, S. 173; F. A. Beck, 1938, S. 158 ff.; B. Hey, Zeit, 1983, S. 213; B. Hey, Machtergreifung, 1983, S. 67. Zur NSBO G. Mai, 1983.

11 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 22. Vgl. H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 74; R. Tschirbs, Tarifpolitik, 1986, S. 399; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 598 f. W. Müller, RGO, 1988, S. 56 zur Grundannahme der „Linksentwicklung" und S. 161 f. zur mangelnden Mobilisierung im Ruhrgebiet, Vgl. auch 170 ff. und 333 f.

12 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 23.

13 G. Plum, 1974, S. 361 f; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 233 ff.; H. Grebing, Thesen, 1984, S. 98; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 713 ff., auch zu gefälschten Protokollen, vgl. 746 ff.

14 H. Potthoff, Rolle, 1984, S. 78

aktiver staatlicher Konjunkturpolitik und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.[15]

Differenzierungen in der Arbeiterkulturbewegung: Arbeiterjugendbewegung · Arbeitersport · Arbeiter-Radfahrer-Bund · Freie Schule · Reichsbanner

Die Arbeiterkulturbewegung stieß in der Weimarer Republik mit ihren bisherigen Mitteln an die Grenzen ihrer Organisationsfähigkeit. Der Freizeitbereich, in welchem sich überwiegend das Leben der Arbeiterkulturorganisationen abspielte, wurde zunehmend kommerzialisiert. „Die langfristig wohl folgenreichste Herausforderung der 1920er Jahre an die Arbeiterbewegungskultur und ihre Organisationen entstand durch den Aufbau und die rapide Ausweitung teils kommerzieller, teils staatlicher Freizeitindustrien"[1]. Dazu kam die enorme Ausweitung der Massenkommunikation mit der Entwicklung moderner Massenmedien.[2] Im Raum Gelsenkirchen hatte die Arbeiterkulturbewegung aber wohl insgesamt kaum die Möglichkeit, sich mit der Entwicklung der Freizeitindustrie und Massenkommunikation – abgesehen vom Kino – auseinanderzusetzen, wie sie dies mit der bürgerlichen Vereinskultur hatte tun können. Der nur kurze Bestand der Weimarer Republik und Aufstieg und Durchsetzung des Nationalsozialismus verhinderten dies. Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus hatten sich Freizeitindustrie und Massenkommunikation auch mit Hilfe des Nationalsozialismus bereits fest etabliert.

Schon ab Ende der 1920er Jahre begann in allen Arbeiterkulturorganisationen im Zuge der Wendung der KPD zur „Sozialfaschismusthese" der Kampf um die Vorherrschaft. Besonders stark tobte der Kampf im Freidenker-Verband Gelsenkirchens, wo die KPD scheinbar besonders stark war.[3] Dies entsprach älteren Traditionen, da sich im Freidenker-Verband eher radikalere Arbeiter sammelten, die auch in der Frage der Religion bereit waren, Konsequenzen aus ihrer politischen Überzeugung zu ziehen. Bis 1929 gelang es der Sozialdemokratie im Raum Gelsenkirchen aber, in allen Arbeiterkulturorganisationen die Vorherrschaft zu behalten.[4] Danach wurden dann aber einige Sportvereine von Kommunisten „erobert", ande-

---

15 U. Hüllbüsch, Gewerkschaften, 1967, S. 138, H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 178 ff.; M. Schneider, Konjunkturpolitische Vorstellungen, 1977, S. 226-237; M. Schneider, Höhen, 1987, S. 402 ff.; M. Schneider, Arbeitsbeschaffungspolitik, 1984, S. 148 ff.; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 607 ff.; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 495 ff. und 637 ff.

1 D. Langewiesche, Politik-Gesellschaft-Kultur, 1982, S. 392 f.

2 E. Kolb, Weimarer Republik, 1984, S. 101-105; H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 137 ff.; A. v. Saldern, Arbeiterkulturbewegung, 1986, S. 59; B. Faulenbach; Klassenkultur, 1988, S. 10.

3 SPD Unterbezirk Recklinghausen-Ge, Jahresbericht 1929, 1930, S. 45. Vgl. Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986. Zur Spaltung der Freidenkerbewegung: H. Wunderer, Freidenkertum, 1980, S. 30 ff.; H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 156 ff.

4 SPD Unterbezirk Recklinghausen-Ge, Jahresbericht 1929, 1930, S. 45 f.

re gespalten, und einige neugegründet, obwohl viele Kommunisten den Parteiparolen nicht folgten und in den sozialdemokratisch beherrschten Arbeitersportvereinen blieben. Sehr stark dürften die kommunistischen Kultur- und Massenorganisationen insgesamt nicht geworden sein.[5]

Mit der Weltwirtschaftskrise, die mit Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit besonders auch die *Arbeiterjugendbewegung* traf, und mit dem Erstarken gegnerischer Verbände wie der HJ und dem KJVD wurde auch in der SAJ das Interesse an politischen Fragen größer. Ähnlich wie das Reichsbanner reagierte die SAJ auf die äußere Bedrohung mit einer Hinwendung zu strafferer Disziplin und Organisation und ausgeprägter kämpferischer Symbolik. Diese Entwicklung der SAJ wurde auf dem Dortmunder Arbeiterjugendtag von 1928 deutlich, als unter dem kämpferischen Motto „Rote Jugend auf roter Erde" erstmals die Dortmunder die SAJ in nahezu militärischer Form durch die Straßen der Stadt marschieren sahen. Trommeln und Fanfaren verdrängten zunehmend Klampfen und Geigen, jugendbewegte Elemente verschwanden.[6] Gleichzeitig mit der auch im äußeren Erscheinungsbild sichtbaren Hinwendung der SAJ zu ausgeprägter Symbolik wurden die Kinderfreunde in ähnlicher Richtung beeinflußt, als österreichische Entwicklungen übernommen wurden. In Österreich waren innerhalb der Kinderfreundeorganisation die Kinder der Altersgruppe der etwa 12-14-jährigen in „Rote Falken"-Gruppen zusammengefaßt und Ausdrucksformen aus der Pfadfinderbewegung übernommen und diese mit Inhalten der sozialistischen Arbeiterbewegung gefüllt worden. Das Geländespiel, das Zeltlager und die einheitliche Kluft, bei den Falken das Blauhemd, wurden bei den deutschen Kinderfreunden um 1928 eingeführt.[7] Die Inhalte und Formen der Roten Falken, die sich rasch bei den Kinderfreunden ausbreiteten, fanden Ende der 1920er Jahre auch Eingang in die SAJ, wo beispielsweise in Hamburg nach dem (allerdings demokratisch legitimierten) Führerprinzip organisierte Pioniergruppen entstanden, die erstmals auf dem Dortmunder Arbeiterjugendtag in einheitlicher Kleidung mit Blauhemd und Pionierabzeichen auftraten.[8] Der durch die Falkengruppen ermöglichte nahtlose Übergang von der Kinder- zur Jugendorganisation erschien auch den SAJ'lern des Gelsenkirchener Raumes vorteilhaft.[9] Idealtypisch war ab Ende der 1920er Jahre folgende

---

5 Interview Ewald Klingler 10.7.1986; Interview Ewald Klingler 14.10.1986. Von Kämpfen in der Arbeitersportbewegung berichtet Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986. Vgl. G. HAUK, Boden, 1987, S. 75. Nach S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 151 waren die kommunistischen Sportvereine im Ruhrgebiet und auch in Ge (s. u.) recht stark. Vgl. D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 65.

6 E. EBERTS, 1980, S. 83, 100 und 111; W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 147 ff.; H. BEHRENS-COBET, Parteijugend, 1987, S. 87. Zum Ritual des Marschierens auch: G. HAUK, Armeekorps, 1986, S. 85 f.

7 S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 49; W. UELLENBERG, 1981, S. 45; W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 34 f.; R. WOLTER-BRANDECKER, 1982, S. 64. Vgl. K. LÖWENSTEIN, Aufgaben, 1976, S. 221 f.

8 PROJEKTGRUPPE ARBEITERKULTUR, 1982, S. 176; E. LINDSTAEDT, 1954, S. 57; W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 150 f. Vgl. auch H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 591 f.

9 SPD UNTERBEZIRK RECKLINGHAUSEN-GE, Jahresbericht 1929, 1930, S. 25.

Gliederung vorhanden: Nestfalken 6-10 Jahre, Jungfalken 10-12 Jahre, Rote Falken 12-16 Jahre, wobei hier der Übergang zwischen Kinderfreunden und jüngerer SAJ fließend war, Älterengruppen (Sozialistische Jugend) ab 16-20 Jahre, Jungsozialisten 18-25 Jahre, wobei letztere Stufe wegen der Schwäche der Jungsozialisten und deren Auflösung 1931 in Recklinghausen-Gelsenkirchen kaum von Relevanz gewesen sein dürfte.[10]

Besondere Elemente einer sozialdemokratischen Arbeiterkultur wurden in der Zeltlagerarbeit der Kinderfreunde entwickelt. Weil die Kinderfreunde die Notwendigkeit sahen, schon die Kinder auf die erwartete sozialistische Gesellschaft vorzubereiten, sollten die Zeltlagermaßnahmen, die „Kinderrepubliken", dem Erlernen von „Formen der Selbstorganisation, Selbstgestaltung und Selbstverwaltung, der Kooperation und Kommunikation und vor allem der genossenschaftlichen Arbeit" dienen, d. h. neue Umgangsformen sollten nicht nur herbeigewünscht, sondern ansatzweise ausprobiert und antizipiert werden. Die erste Kinderrepublik mit 2 000 Kindern fand 1927 in Seekamp bei Kiel statt. Mit Hilfe eines demokratischen Aufbaus, der allerdings durch weitgehende Übernahme parlamentarischer Formen gekennzeichnet war, der Weltlichkeit der Erziehung, Koedukation und Gleichberechtigung aller Beteiligten wurde versucht, den selbstgestellten Ansprüchen gerecht zu werden, wobei für die teilnehmenden Arbeiterkinder der wichtige gesundheitsfürsorgerische Aspekt nicht vergessen werden sollte.[11] 1929 beteiligten sich aus dem Gebiet des SPD-Unterbezirks Recklinghausen-Gelsenkirchen 66 Kinder und acht Helfer an der Kinderrepublik im französischen Namedy, und über vier Wochen im Sommer wurde der jeweils achttägige Aufenthalt von 789 Kindern (259 mehr als im Vorjahr) in den Jugendherbergen Sinsen und Haltern organisiert, wozu 99 Helfer (83 Frauen, 16 Männer) aufgeboten wurden. Da der Aufenthalt der Buer-Horster Kinder mit dem Jahrestag der Verfassung zusammenfiel, wurde versucht, mit einer Verfassungsfeier in kindgerechter Form die Bedeutung von Verfassung und schwarz-rot-goldener Fahne zu vermitteln.[12] Am „Internationalen Sozialistischen Jugendtag" in Wien 1929 beteiligten sich aus Recklinghausen-Gelsenkirchen 58 SAJ'ler, die anschließend eine 14-tägige Wanderung durch die Alpen unternahmen.[13]

Die kämpferische Wendung der SAJ fand ihre Auswirkungen auch in der politisch-ideologischen Ausrichtung. Auf der Leipziger Reichskonferenz der SAJ traten erstmals wieder zwei Flügel in Erscheinung, ein

---

10 Ebd., S. 25; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 49 und 52.

11 R. Wolter-Brandecker, 1982, S. 183 ff.; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 50; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 12. Vgl. zur Begründung: K. Löwenstein, Aufgaben, 1976, S. 230 ff; K. Löwenstein, Freie Bahn, 1976, 272 ff. Vgl. A. Zimmermann, J. Zimmer, 1976; B. Brücher, Selbstverwaltungsprinzip, 1976, S. 1 ff. und 29 ff.; H. A. Winkler, Schein, [2]1988, S. 359 f.; F.-G. Kohlmeier u. a., 1989, S. 85 ff.

12 SPD Unterbezirk Recklinghausen-Ge, Jahresbericht 1929, 1930, S. 22 f. Zur Kinderrepublik Namedy R. Wolter-Brandecker, 1982, S. 194 ff.; W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 36.

13 SPD Unterbezirk Recklinghausen-Ge, Jahresbericht 1929, 1930, S. 24. Zur Teilnahme von Scholvenern: SPD Ortsverein Scholven, 1965, S. 31.

marxistisch orientierter, der eine klare proletarische Erziehung und die Hinwendung zu politischer Aktion und proletarischer Wehrhaftigkeit forderte, und ein reformistischer Flügel, der unter dem neuen, mit Zweidrittelmehrheit gewählten Vorsitzenden Erich Ollenhauer dem legalistischen Kurs der Mutterpartei folgte und auf die Unreife der Mitglieder und die Gefahr hinwies, den „Nachwuchs zu früh und ungeschult in den Kampf zu schicken", eine Auffassung, die Untersuchungen über die Motivation der Mitglieder zu bestätigen schienen.[14] Die letzten Jahre der Weimarer Republik führten aber auch bei der reformistischen Verbandsmehrheit der SAJ zu einer verstärkten Hinwendung zum politischen Kampf, so daß eine „Einbeziehung der Jugend in den politischen Kampf" gefordert wurde und der Anspruch der Erziehung des „neuen Menschen" mehr in den Hintergrund trat.[15] Entsprechend kämpferisch war der 5. Arbeiterjugendtag in Frankfurt 1931, wo 20 000 Jugendliche ihre Verbundenheit mit der Sozialdemokratie und die Bereitschaft zum politischen Kampf demonstrierten.[16] An diesem Arbeiterjugendtag nahmen auch SAJ'ler aus Gelsenkirchen teil, die von der dort demonstrierten Stärke ihres Verbandes, der mit etwa 50 000 Mitgliedern nur eine kleine Elite von Arbeiterjugendlichen organisierte, sehr beeindruckt wurden und deren Glauben an die Unerschütterlichkeit der sozialdemokratischen Bewegung damit gestärkt wurde.[17] SAJ-Bezirksvorsitzender im Westlichen Westfalen war der Gelsenkirchner SAJ-Vorsitzende Willi Renner. Dieser war der Mehrheit der SAJ um den Vorsitzenden Ollenhauer zuzurechnen, wie seine polemische Rede auf dem Leipziger Parteitag gegen die Parteilinke, die Jungsozialisten, deren Auflösung der Parteitag brachte, und gegen übertriebene Politisierung der Jugendlichen, die gefährliche Illusionen erzeugen könne, zeigte.[18]

Am Vorabend der Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten bestanden im Raum Gelsenkirchen Kinderfreundegruppen in Buer, Ückendorf und Hassel, wahrscheinlich auch in Gelsenkirchen. Mitglieder der Kinderfreunde und der SAJ beteiligten sich zu Beginn der 1930er Jahre an den Kinderrepubliken Lahntal 1931 und Dravail/Juvisy bei Paris 1932. Rote Falken-Gruppen oder SAJ-Gruppen bestanden in Ückendorf, Hüllen, Rotthausen, Altstadt-Bulmke im August Bebel-Haus, in Buer in einer

---

14 E. Eberts, 1980, S. 102 ff.; W. Uellenberg, 1981, S. 79, 84 ff. und S. 105 f. Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 46 f.

15 E. Eberts, 1980, S. 107.

16 W. Uellenberg, 1981, S. 141 ff.; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 47; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 11.

17 „Wir haben ja nie geglaubt, daß einmal sowas kaputt gehen konnte oder daß wir überhaupt überrannt werden konnten [. . .]" im Zusammenhang mit dem Frankfurter Jugendtag. Interview Ewald Klingler 10.7.1986. Vgl. W. Uellenberg, 1981, S. 28 und zum Elitecharakter der SAJ S. 47 f.

18 Willi Renner, in: SPD-Parteitagsprotokoll 1931, S. 226 ff. Ausführlich H. Schulze, Renner, 1988, S. 177-183. Vgl. D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 112; H. Drechsler, 1962, S. 72; W. Uellenberg, 1981, S. 126 ff. und 133 ff.; M. Martiny, Junge Generation, 1978, S. 59 ff.; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 321 f.

Gaststätte auf der Hochstraße, in Resse-Erle und in Scholven.[19] Die Bemühungen der Gelsenkirchener Sozialdemokratie gipfelten noch kurz vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten in der Gründung des Vereins „Jugendheim Erle", der aus Vertretern der SAJ, der Freien Gewerkschaften, der Arbeiterwohlfahrt und des Reichsbanners bestand. Mit Hilfe der öffentlichen Förderung für Notstandsarbeiten errichtete der Verein 1932/3 ein Jugendheim an der Erler Oststraße, in dessen Genuß die sozialdemokratischen Verbände allerdings nicht mehr kamen.[20]

Auf dem 16. Bundestag des ATSB 1928 in Leipzig begann die Spaltung der *Arbeitersportbewegung* als Folge der kommunistischen Linkstaktik, die auch auf die Arbeit in den Arbeiterkulturorganisationen übertragen worden war. Im Anschluß an diesen Bundestag wurden zahlreiche Kommunisten, z. T. ganze Vereine, von der die überwiegende sozialdemokratische Mehrheit repräsentierenden ATSB-Führung ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen fanden sich in der im Mai 1929 gegründeten „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport" (später „Kampfgemeinschaft") wieder, die allerdings nie mehr als ein Zehntel der Arbeitersportler organisierte.[21] Im Ruhrgebiet trafen sich die „Roten Ruhrsportler", darunter „Spiel und Sport Buer-Löchter", im Januar 1931 zu ihrem 1. Kongreß in Essen und bekannten sich zur „Roten Sporteinheit", verurteilten die Zentralgewerkschaften als den „getreue(n) Fridolin der Unternehmerverbände" und solidarisierten sich unter dem Motto „Nieder mit dem Faschismus und seinen reformistischen Hilfsgendarmen" mit dem kommunistischen Einheitsverband der Bergarbeiter.[22] Eine im Sommer 1932 angesetzte Ruhrspartakiade in Essen wurde nach gewalttätigen Auseinandersetzungen beim Aufmarsch der Teilnehmer verboten.[23]

Sowohl die Weltwirtschaftskrise als auch die Spaltung der Arbeitersportbewegung schwächten den Arbeitersport in Gelsenkirchen ganz erheblich.[24] Für das Jahr 1932 bietet Gehrmann für Gelsenkirchens Süden eine Situationsbeschreibung zu den Arbeiter-Fußballvereinen bzw. Arbei-

---

19 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 67 f.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 14 f.; Gruppeninterview 21.4.1986; Interview Paula Grenz 15.11.1985; Interview Ewald Klingler 10.7.1986; Interview Johann Simon 9.4.1986; R. Wolter-Brandecker, 1982, S. 217 ff.; W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 37.

20 Schriftverkehr des Vereins (bzgl. eines Darlehens) mit der Stadtverwaltung in: StA Ge 0/XI/3/1. Vgl. Wiedergutmachungssache, in: AsdD SPD UB Ge 135; Interview Paula Grenz 15.11.1985; Akten SPD UB Ge zur Wiedergutmachung.

21 H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 222 ff. und 231; H. Timmermann, 1969, S. 122-131; H. Wunderer, Arbeitervereine, 1980, S. 183 f.; H. Dierker, 1987, S. 94 f.; S. Gehrmann, Fußball, 1988, S. 150 f. Auch im 6. Kreis Rheinland-Westfalen: Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung des ATSB-Kreises wegen Vereinseigentum gegen einige ausgeschlossene kommunistische Mitglieder, in: HSTAD Landgericht und Staatsanwaltschaft Essen 6/644, Bl. 1 ff.

22 HSTAD Reg. D 17 164, Bl. 70-87.

23 G. Hauk, Boden, 1987, S. 75.

24 Nach ATSB, Geschäftsbericht 1928/29, 1930, S. 241 hatten die Arbeitersportvereine Gelsenkirchens im Geschäftsjahr 1928/9 nur noch 307 männliche, 126 weibliche Mitglieder, 131 Fußballer und 232 Kinder betätigten sich im Arbeitersport.

tersportvereinen mit Fußballabteilungen, die nach dem Siegeszug des Fußballsports die große Mehrheit der Arbeitersportvereine dieses Gebietes dargestellt haben dürften[25]: Während der „Arbeitersportverein Schalke", die „Freie Spielvereinigung Heßler", „Freiheit 1929 Gelsenkirchen" und „Vorwärts Gelsenkirchen" beim ATSB geblieben waren, waren der traditionsreiche „Arbeiter-Turn- und Sportverein 1863", der „Ballspielverein 21 Bismarck-Ost" und der „Arbeiter-Turn- und Sportverein Rotthausen" als „Freie Spielvereinigung Rotthausen 1911" an die kommunistische Kampfgemeinschaft gegangen. Durch Abspaltung oder Neugründung waren als weitere Vereine der Kampfgemeinschaft im Gelsenkirchener Süden der „Arbeiter-Turn- und Sportverein Horst-Heßler", „Freiheit Hüllen", die „Sportfreunde Bulmke", „Rotsport Feldmark", die „Sportfreunde Gelsenkirchen", „Rotsport Schalke" und „Wacker Schalke" entstanden. Die schwierige Situation vergrößerte aber auch die Anstrengungen von Sozialdemokraten. So wurde 1930 in Ückendorf mit dem Aufbau des „Arbeitersportvereins Ückendorf" in Konkurrenz zu bürgerlichen und kommunistischen Sportvereinen begonnen. Der neue Verein wurde bis 1933 „einer der stärksten Sportvereine" im Stadtteil. Ausgehend vom Fußballspiel wurde eine Turnabteilung, eine Handballabteilung und eine beim Arbeitersport seltene Damenhandballabteilung aufgebaut. Weitere neue ATSB-Vereine waren der „SV Bismarck-Bulmke", „Eintracht Gelsenkirchen" und „BV 1930 Schalke".

Mit Ausbruch der Wirtschaftskrise stagnierte die Mitgliederzahl des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes. Der gerade begonnene Aufschwung der Motorradfahrer endete wieder, da sich kaum noch ein Arbeiter ein Motorrad leisten konnte.[26] 1930/31 wurde auch in Gelsenkirchen die schon Ende des 19. Jahrhunderts beschlossene Zentralisierung des Bundes durchgeführt und die bisherigen drei Vereine im Stadtgebiet zu einem vereinigt.[27] Innerverbandlich versuchte eine kommunistische Opposition, den Verband zu spalten – allerdings ohne großen Erfolg, denn in ganz Westfalen spalteten sich nur drei kleinere Ortsgruppen und eine Abteilung ab.[28] Da keine größeren Mitgliederverluste zu verzeichnen waren[29], dürfte in Gelsenkirchen eine Abspaltung nicht stattgefunden haben. Die starke Verankerung von Sozialdemokraten zeigte sich auch an den Auftritten der Arbeiterradfahrer bei der Wahlpropaganda für die SPD. Im Jahr 1932 häuften sich aufgrund der zahlreichen Wahlgänge die als „Pflichtfahrten" aufgefaßten öffentlichen Aktivitäten. Sicher nicht nur, weil so zahlreiche Aktivitäten gefordert waren, sondern wahrscheinlich auch, weil die nur auf Wahlen fixierte Haltung angesichts der nationalsozialistischen Bedro-

---

25 S. GEHRMANN, Dokumentation, 1987, S. 85 ff. Vgl. S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 59 und 151 f. Interview Ewald Klingler 10.7.1986 zu Ückendorf.
26 ARKFB, Gau 12, 13 und 18, Jahrbuch 1931, 1932, S. 4.
27 Ebd., S. 4 f.
28 ARKFB, Gau 12, 13 und 18, Jahrbuch 1930, 1931, S. 1.
29 Ebd., S. 3 und 10, ARKFB, Gau 12, 13 und 18, Jahrbuch 1931, 1932, S. 1.

hung und der Legalismus der Sozialdemokratie den Elan der *Arbeiter-Radfahrer* verbrauchten, ließ die Beteiligung bei solchen Auftritten im Gau Westfalen nach.[30]

In den bekenntnisfreien Sammelklassen der *Freien Schulen* lernten am 15. Februar 1931 in 46 Klassen 2 024 Kinder (Gelsenkirchen: 26 Klassen mit 1 133 Kindern, Buer: 16 Klassen mit 708 Kindern, Horst: 4 Klassen mit 183 Kindern) von insgesamt 49 726 Gelsenkirchener Volksschulkindern (4,07%).[31] In ganz Preußen waren 1,7% der Volksschulklassen Schulklassen weltlicher Schulen.[32]

Die Entwicklung des Reichsbanners bis zu seiner Zerschlagung 1933 wurde seit den Wahlen von 1930 durch den Kampf mit den Faschisten geprägt. Nach dem Erstarken der NSDAP machte der Reichsbanner-Bundesrat – nur eine Woche nach der Reichstagswahl – in seinem Beschluß zur Aufstellung militanter Eliteformationen, den „Schutzformationen" (Schufo), einen verstärkten Abwehrwillen deutlich. Das *Reichsbanner* hatte erkannt, daß den Nationalsozialisten mit Agitation und Propaganda und rein parlamentarischen Mitteln nicht beizukommen war.[33] Die Veränderungen im technisch-militärischen Bereich des Verbandes bewirkten auch Umgestaltungen der politischen Vereinsstrukturen, so daß sich das Reichsbanner angesichts der Bedrohung strukturell wandelte. Trotz regionaler Unterschiede stellt Rohe die Entwicklung eines systematischen Ausbildungsprogramms fest. Das Reichsbanner übernahm zwar bestimmte militaristische Formen nicht, aber es handelte sich „zumindest der Intention nach um militärische Ausbildung", und fast überall wurde nun Kleinkaliberschießen gefördert, z. T. auch Waffendepots angelegt.[34] In den sich mehrenden gewalttätigen Auseinandersetzungen mit SA-Horden entstand so im Reichsbanner ein militanter, besonders von jüngeren Mitgliedern getragener Kern, der „an Schlagkraft, Einsatzbereitschaft und militärischer Brauchbarkeit einen Stand erreichte, den es bis dahin im Reichsbanner nicht gegeben hatte", der allerdings wegen fehlender Auslese-prinzipien nicht unbedingt Elitecharakter hatte.[35]

Beispielhaft für die gewalttätigen Auseinandersetzungen von Reichsbanner und Nazis war der Mord an einem Bueraner Reichsbannermann: In der Nacht des 19. Juli 1932 klebte eine dreiköpfige Gruppe von Reichsbannerleuten unter dem Schutz einer weiteren vierköpfigen Gruppe in Buer in der Nähe von Hugo 2 Plakate der Eisernen Front und der SPD. Ein bewaffneter SA-Mann brach in der Sedanstraße mit diesen Reichsban-

---

30 ARKFB, Bundesjahrbuch 1932, o. J., S. 129.

31 VERW.-B. Stadt Ge 1930 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 61 f.

32 SPD UNTERBEZIRK RECKLINGHAUSEN-GE, Jahresbericht 1929, 1930, S. 31.

33 K. ROHE, Reichsbanner, 1966, S. 365 f.; H. GOTSCHLICH, Differenzierung, 1980, S. 74 f.; E. MATTHIAS, Sozialdemokratische Partei, [2]1979, S. 122. Vgl. H. GOTSCHLICH, Reichsbanner, 1980, S. 535 f. und 540. Vgl. K. D. BRACHER, Auflösung, [4]1964, S. 143 f.

34 K. ROHE, Reichsbanner, 1966, S. 367 f. Vgl. E. MATTHIAS, Sozialdemokratische Partei, [2]1979, S. 125 f.; P. v. z. MÜHLEN, Sozialdemokraten, [2]1984, S. 57.

35 K. ROHE, Reichsbanner, 1966, S. 373. Vgl. H. GOTSCHLICH, Differenzierung, 1978, S. 79; H. GOTSCHLICH, Reichsbanner, 1980, S. 540; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 303.

nerleuten einen Streit vom Zaun, erschoß den Reichsbannermann Schlenckhoff und konnte nur nicht weiter morden, weil die Waffe versagte. Tausende von Reichsbannerleuten aus dem ganzen Westlichen Westfalen gaben ihrem ermordeten Kameraden am 27. Juli das letzte Geleit.[36]

Die hessischen Landtagswahlen und vor allem die Gründung der „Harzburger Front" im Herbst 1931 lösten einen erneuten Schub sozialdemokratischen Abwehrwehrwillens aus: Im Dezember 1931 riefen SPD, ADGB, Reichsbanner und Arbeitersportbewegung, die sich ja teilweise auch in der Weimarer Republik ihre offensive Frontstellung gegen die bürgerlichen und nationalistischen Verbände erhalten hatte, die nach der Trennung von den kommunistischen Arbeitersportlern schon 1930 zur Wahl der SPD aufgerufen und in der angesichts der Bedrohung von rechts und links auch der Wehrsport verstärkt Eingang gefunden hatte, zur Gründung der „Eisernen Front" auf.[37] Die Führung dieses fast rein sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen, organisatorisch eher lockeren Abwehrkartells lag bei der Parteiführung bzw. beim SPD-Vorsitzenden selbst und dokumentierte die Einheit der sozialdemokratischen Massenbewegung, die sich in ihrer Stärke für unbezwingbar hielt.[38] Durch die Beteiligung des Reichsbanners an der nur sozialdemokratische Organisationen erfassenden Eisernen Front wurde es selbst immer mehr als Bestandteil in die sozialdemokratische Bewegung integriert und marschierte häufig unter der roten Fahne mit den symbolträchtigen, neben Hakenkreuz und Hammer und Sichel tretenden drei Pfeilen „Zeichen für Partei, Gewerkschaft und Reichsbanner, für politische, wirtschaftliche und physische Macht der Arbeiterklasse", und beteiligte sich an Demonstrationszügen und am Wahlkampf der SPD.[39] Gerade beim Reichsbanner und der Eisernen Front wurde neben dem legalistischen Kurs von Partei und Gewerkschaft der Versuch deutlich, der Nazipropaganda und auch kommunistischer Propaganda mit deren eigenen Mitteln zu begegnen und die Kampfmittel den geänderten Bedingungen anzupassen, indem nicht mehr nur rationale Widerlegung der Nazi-Ideologie betrieben wurde, sondern begonnen wurde, „gegen Stimmungen, Erregungen und Leidenschaften ebensolche Stimmungen, Erregungen und Leidenschaften zu mobilisieren"[40]. Die drei Pfeile, die dem Hakenkreuz und Hammer und Sichel gegenüberstanden, der Gruß „Freiheit", der gegen das „Rot-Front" der Kommunisten und das „Heil Hitler" der Nazis gesetzt wurde, die geballte Faust, die ab Mitte der 1920er Jahre zunächst vorwiegend unter Kommunisten verbreitet war,

---

36 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 16 ff.

37 K. ROHE, Reichsbanner, 1966, S. 393 ff.; G. KORFF, Rote Fahnen, 1986, S. 42; H. UEBERHORST, Frisch, 1973, S. 235 und 237; H. TIMMERMANN, 1969, S. 145 und 149 ff.; H. GOTSCHLICH, Reichsbanner, 1980, S. 543 f.; H. BERNETT, Auseinandersetzung, 1987, S. 60; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 514.

38 K. ROHE, Reichsbanner, 1966, S. 397 f.

39 Ebd., S. 401 und zur Symbolik des Dreipfeils S. 406 f. Vgl. H. GOTSCHLICH, Reichsbanner, 1980, S. 544.

40 K. ROHE, Reichsbanner, 1966, S. 408 f. Vgl. H. GOTSCHLICH, Differenzierung, 1978, S. 131 f.; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 515.

und die rote Fahne, die wieder stärker neben den Farben der Republik verwandt wurde, stellten Versuche dar, mit Hilfe von Symbolen auch Emotionen zu schüren und damit über eine rational-diskursive Auseinandersetzung mit den Republikfeinden hinauszugehen.[41] Wie die rasche Verbreitung der Symbole zeigte, war diese materielle Verkörperung antifaschistischer und zukunftsgerichteter Energien durchaus erfolgreich. Diese Versuche scheiterten jedoch letztlich an der Politik von Partei und Gewerkschaften, am Beharrungsvermögen des Apparates und an der auch in der Eisernen Front nicht gelungenen Bündelung der Macht aller Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Die legalistische Reaktion auf die verfassungswidrige Beseitigung der preußischen Regierung enttäuschte die Hoffnungen auf aktiven Widerstand und ließ neben den Abwehrwillen ein Gefühl der Ohnmacht und Resignation treten. Das Reichsbanner verstärkte nochmals seine paramilitärische Aktivität.[42] Doch diese Bemühungen gelangten nicht mehr über Ansätze hinaus.

c) Scheitern der Arbeiterbewegung

Die organisierte Arbeiterbewegung stellte auch im Raum Gelsenkirchen die Menschen und Gruppen, die schon früh den diversen, schließlich im Nationalsozialismus aufgehenden, rechtsextremen Gruppierungen entgegentraten. Bei der Beobachtung der Tätigkeiten in den Versammlungslokalen der Rechtradikalen kam es beispielsweise schon am 2. August 1925 in Gelsenkirchen zu Schlägereien zwischen Wehrwolf, Stahlhelm und NSDAP auf der einen und RFB und Reichsbanner auf der anderen Seite[1]; in Buer schoß ein Stahlhelm-Mann in einem Handgemenge vor einer Stahlhelm-Versammlung am 22.6.1926 einen RFB-Mann nieder.[2] Aktivitäten des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten häuften sich ab Beginn der 1930er Jahre. Nach gewalttätigen Drohungen der Gelsenkirchener NSDAP protestierte beispielsweise eine Menschenmenge aus den verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung Ende Oktober 1931 vor dem „Braunen Haus" der NSDAP an der Gelsenkirchener Hochstraße. Die Beschimpfungen eskalierten und am 26. Oktober 1931 wurde das „Hitler-Haus" demoliert. Auch in den folgenden Tagen protestierten viele Menschen vor dem verbarrikadierten NSDAP-Parteihaus.[3]

---

41 G. Korff, Rote Fahnen, 1986, S. 42 ff. G. Korff, Rote Fahnen und Tableaux, 1983, S. 107. Die Qualität der Symbolik wird auch daran deutlich, daß sie, von allen Interviewpartnern, die damit in Berührung kamen, erinnert werden. Vgl. H. Mommsen, Defensive, 1974, S. 130 f.; G. Hauk, Kartelle, 1987, S. 38; H. Grebing, Thesen, 1984, S. 100 f.; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 594 f.

42 K. Rohe, Reichsbanner, 1966, S. 438 ff.; H. Mommsen, 1974, S. 108. Vgl. H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 515 f.

1 Polizeidirektion Ge am 7.8.1925, in: STAM Reg. A I Pa 341.

2 Urteil des Schöffengerichtes Essen vom 18.1.1926, in: HSTAD Landgericht und Staatsanwaltschaft Essen 6/352, Bl. 88 ff. und abgewiesene Berufung 148 ff.

3 Verw.-B. Stadt Ge 1931 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 124; auch zur Ermordung eines Polizisten (durch ein KP-Terrorkommando). Vgl. H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 443.

Der 30. Januar 1933 bedeutete das Ende der ersten deutschen Republik, dem die Liquidierung der Arbeiterbewegung folgte. Der Sieg der Nazis und ihrer Helfershelfer kam ohne einen (letzten) Versuch der entschiedenen Gegenwehr der Arbeiterbewegung zustande. Nach den Ereignissen der Jahre und Monate vor 1933, die auch lokal in Gelsenkirchen jedem Sozialdemokraten den Charakter der NS-Bewegung klar gemacht haben mußten, stellt sich nicht die spekulative Frage nach den Möglichkeiten einer Einheitsfront oder den Aussichten von Generalstreik und Bürgerkrieg, sondern die Frage, warum die republiktreue sozialdemokratische Bewegung abgesehen von verbalen Kraftakten relativ widerstandslos, ohne „ehrenvolle Niederlage" die Macht in die Hände ihrer Mörder übergehen ließ. Wie die Reaktionen von Sozialdemokraten in den der „Machtübernahme" folgenden Wochen, wie Flucht, Selbstauflösung von Organisationen und Verstecken von Parteibüchern und Parteiliteratur, zeigten, bestanden „früh umfassende Kenntnisse über den Charakter des Nationalsozialismus", und das auch an der sozialdemokratischen Basis.[4] Da also bekannt war, was die Machtübergabe an die Nationalsozialisten für die Sozialdemokratie und konkreter und bedrohlicher für den einzelnen Sozialdemokraten bedeuten würde, reicht es nicht aus, der Führung der Bewegung die Schuld am ausgebliebenen Widerstand zu geben. Wenige Jahre zuvor, in der Anfangsphase der Republik, hatte die Sozialdemokratie der Ruhrgebietsstädte auch nicht immer die Weisungen der Führung abgewartet und oft auf sich allein gestellt entschlossen gehandelt. Falsche Entscheidungen einer auch in der sozialdemokratischen Bewegung nicht allmächtigen Führung vermögen nicht das Ausbleiben von aktiverem oder spontanem Widerstand beim Preußenschlag oder im Januar 1933 zu erklären.

Die Ursachen des Scheiterns der Sozialdemokratie im Widerstand gegen den aufsteigenden Nationalsozialismus lagen im Spannungsfeld von Realitätsdeutung, Zukunftsperspektiven und daraus abgeleiteten Verhaltensnormen und Handlungsformen – also im hier als kulturell bezeichneten Vermittlungsbereich zwischen kollektiven Erfahrungen und der konkreten Politikgestaltung. In der Realitätsdeutung überwogen nach jahrzehntelangem Streben nach der Republik und der Gewöhnung an parlamentarische Spielregeln der Konfliktaustragung legalistische Vorstellungen, die einerseits zur Unterschätzung der brutalen Gegner bzw. der Überschätzung der Schranken ihres Tuns führten und andererseits relativ hilflos machten gegenüber den legal immerhin zur stärksten Partei avancierten Nationalsozialisten und gegenüber der Ausnutzung der Verfassung durch die republikfeindlichen und antidemokratischen Gruppen, Cliquen und Einzelakteure.[5] Weiterhin lag im sozialdemokratischen Denken und Fühlen

---

4 H. Grebing, Auseinandersetzung, 1978, S. 259; H. Grebing, Thesen, 1984, S. 99. Vgl. A. Klönne, Leitbilder, 1984, S. 87.

5 Vgl. P. v. z. Mühlen, SPD zwischen Anpassung, 1985, S. 87; P. v. z. Mühlen, Sozialdemokraten, [2]1984, S. 57 f. Vgl. H. Potthoff, Rolle, 1984, S. 78 f.; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 679. Immer wieder wird darauf verwiesen, daß die Machtergreifung der Nationalsozialisten

nach den Verletzungen der vergangenen Jahre, angesichts der emotionalen Ablehnung der Spalter der Arbeiterbewegung und wegen der grundlegend demokratischen Orientierung eine Einheitsfront mit den Kommunisten kaum im Bereich des Möglichen, zumal diese die sozialdemokratischen Ressentiments durch permanente Wiederholung der „Sozialfaschismusthese", punktuelle Zusammenarbeit mit Nationalsozialisten und handgreifliche Auseinandersetzungen ständig verstärkten und weder willens noch fähig zur Zusammenarbeit waren. Nicht nur die Enttäuschungen über das, was aus der Novemberrevolution, derer sich auch Gelsenkirchener Sozialdemokraten in Revolutionsfeiern mit Stolz erinnerten, geworden war, sondern auch die Spaltung ihrer Bewegung, die inneren Auseinandersetzungen, die sich aus der sozialdemokratischen Beteiligung an Koalitionsregierungen ergeben hatten, und die Orientierung an bürgerlichen Vorbildern, die sich trotz Ansätzen alternativer kultureller Elemente z. T. bei einigen der Arbeiterkulturorganisationen gezeigt hatte, hatte ehemals als konkret empfundene Utopien angeschlagen. Mit der Politik der Teilhabe waren auch Grenzen zwischen gesellschaftlichen Gruppen gefallen und mit ihnen die Selbstsicherheit über die Zukunft der eigenen Klasse. Die Selbstsicherheit, Gewißheit und Heilserwartung hatte zudem unter den sozioökonomischen Bedingungen der Republik gelitten. Auf den Hunger der Kriegsjahre waren der Hunger und die Not der Inflation gefolgt und in den „goldenen Zwanzigern" begann in Gelsenkirchen die große Arbeitslosigkeit, die zur Massenverelendung führte. In der täglichen Erfahrung war die Zeit der ersehnten Republik also keine gute Zeit.[6] Die schlechte Wirklichkeit und die verschwommene Perspektive einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform verbreiteten so Mutlosigkeit, Orientierungsschwäche und Handlungsunfähigkeit bzw. die Unfähigkeit, die traditionellen, in der gegebenen Situation unbrauchbaren Wege zu verlassen und neue Analysen der Gefahren und entsprechende Verhaltens- und Handlungsformen zu entwickeln.

Waren so weder die widersprüchliche Realitätsdeutung und -erfahrung noch die angeschlagenen Zukunftsperspektiven und das ambivalente Verhältnis zur krisenhaften Realität und zur ersehnten besseren Zukunft sonderlich geeignet, adäquate Mittel des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten zu entwickeln, so waren es mögliche Verhaltensformen gegenüber der qualitativ neuen nationalsozialistischen Bewegung eher noch weniger. Obwohl offensichtlich jeder gesellschaftliche Fortschritt im Sinne der Sozialdemokratie nur durch den konzentrierten Einsatz von gesellschaftlicher oder ökonomischer Macht, d. h. außerparlamentarischer Macht, erkämpft worden war und sogar Massenorganisationen bis hin zum paramilitärischen Reichsbanner vorhanden waren, blieben aufgrund jahrzehntelanger Prägung als Verhaltensformen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur legale, institutionalisierte und geregelte Formen der Kon-

---

über den legalen Weg der Mehrheitspartei ja gescheitert wäre, vgl. beispielsweise K. D. Bracher, Demokratie, 1983, S. 32.

6 Vgl. H. Grebing, Flucht, 1983, S. 35; H. Grebing, Thesen, 1984, S. 96.

fliktaustragung denkbar. Erfolge der Mobilisierung des Reichsbanners und der Eisernen Front, aber auch der SAJ zeigten Ansätze einer nicht konsequent entwickelten und angewandten alternativen Handlungsstrategie. Der spätere aktive politische Widerstand wurde bezeichnenderweise insbesondere von Angehörigen dieses Teils der sozialdemokratischen Bewegung geleistet, was für die ausgeprägte und opferbereite Abwehrhaltung dieses Kreises in der Sozialdemokratie spricht.

Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

1. Machtergreifung 1933

a) Machtergreifung in der Stadt Gelsenkirchen

Nach der Bildung der Hitler-Regierung trieben die Nationalsozialisten energisch die Konsolidierung ihrer Macht im Reich, in den Ländern und in den Städten und Gemeinden voran. Durch eine der ersten Maßnahmen der Nationalsozialisten, die Verordnung des preußischen Staatsministeriums vom 4. Februar 1933, wurde die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung aufgelöst.[1] Der Zeitraum zwischen der reichsweiten Auflösung der parlamentarischen Gremien und den Wahlen im März bildete ein Machtvakuum, in dem die Nationalsozialisten ihre Position ausbauen und festigen konnten.[2] Mitte März wurden Oberbürgermeister Zimmermann (DDP), Bürgermeister Sprenger (Zentrum) und die Beigeordneten Sieglar (SPD) und Dr. Greve (SPD) beurlaubt. Bei der Stadtverwaltung wurden im Jahr 1933 von insgesamt 1 374 Beamten und Angestellten 70 Beamte und Angestellte aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" in den Ruhestand versetzt und fünf weitere ohne Anspruch auf Ruhegeld entlassen. Die Bilder des ersten Reichspräsidenten Ebert wurden noch im März durch Hitlerbilder ersetzt.[3] Ebenfalls Anfang März 1933 wurde die mit Gewerkschaftern besetzte Leitung des Arbeitsamtes ausgewechselt.[4] Trotz eines von Terror begleiteten Wahlkampfes zeigten die Wahlen im März 1933 noch einmal die Stärke der Gegner des Nationalsozialismus:

---

1 VERW.-B. Stadt Ge-Buer 1932 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 3.

2 B. HEY, Machtergreifung, 1983, S. 71; B. HEY, Zeit, 1983, S. 219 ff.; K. D. BRACHER, Auflösung, [4]1964, S. 726.

3 Schreiben zur Beurlaubung und Entlassung der Beigeordneten, in: StA Ge 0/IV/5/2. Weitere Entlassungen lt. StA Ge 0/IV/12/5, auch Denunziationen der NSBO und der Stadtverwaltung. Vgl. auch StA Ge 0/IV/5/9a. 124 Angestellte und Beamte und 43 Arbeiter wurden bis Okt. 1933 entlassen, weil die Personalausgaben der Stadt verringert werden sollten. VERW.-B. Stadt Ge-Buer 1932 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 2, 7 ff. und 10; vgl. Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 6.4.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4), S. 1 ff.; H. HERING, Wirtschaftskrise, 1984, S. 224; H.-J. PRIAMUS, SPD, 1988, S. 195. Vgl. Verhalten der Lehrer: KREISAMTSLEITUNG NSBL, 1934, S. 76. Der Bestand der Bücherei wurde „einer gründlichen Durchsicht unterzogen". Vgl. P. GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 283.

4 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, [2]1982, S. 23 und 27; A. Halbfell, Lebenslauf, in: HSTAD NL Halbfell 1 und 3.

Tabelle 72: Wahlen in Gelsenkirchen 1933[5]

a) Wahl zum Reichstag am 5. März 1933

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
Wahlberechtigte	136 553		61 986		15 265		213 804		
gültig	119 920	87,8	55 149	89,0	13 530	88,6	188 599	88,2	88,1
SPD	14 476	12,1	6 530	11,8	1 486	11,0	22 492	11,9	18,3
KPD	26 519	22,1	12 997	23,6	3 823	28,3	43 339	23,0	12,3
Zentrum (& BVP)	29 219	24,4	12 148	22,0	3 224	23,8	44 591	23,6	13,9
DSP	394	0,3	62	0,1	17	0,1	473	0,3	0,9
DVP	2 120	1,8	382	0,7	131	1,0	2 633	1,4	1,1
Kampffront SWR	7 574	6,3	3 060	5,5	710	5,2	11 344	6,0	8,0
NSDAP	37 686	31,4	19 170	34,8	3 991	29,5	60 847	32,3	43,9

b) Wahl zum Preußischen Landtag am 5. März 1933

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte							208 592	
gültig	118 370		54 794		13 490		186 654	89,5
SPD	14 266	12,1	6 496	11,9	1 465	10,8	22 227	11,9
KPD	26 094	22,0	12 890	23,5	3 803	23,2	42 787	22,9
Zentrum	28 549	24,2	12 031	22,0	3 163	23,5	43 743	23,4
DSP	388	0,3	64	0,1	23	0,2	475	0,3
DVP	2 153	1,8	373	0,7	133	1,0	2 659	1,4
Kampffront SWR	7 024	5,9	2 819	5,1	659	4,9	10 502	5,6
NSDAP	37 028	31,3	18 980	34,6	3 959	29,3	59 967	32,1

c) Wahl zum Westfälischen Provinziallandtag am 12. März 1933

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte							214 485	
gültig	101 167		48 504		11 101		160 772	75,0
SPD	10 077	10,0	4 694	9,7	1 028	9,4	15 799	9,9
KPD	15 078	14,9	8 327	17,2	2 134	19,2	25 539	15,9
Zentrum	25 078	24,8	11 125	22,9	2 776	25,1	38 979	24,3
DSP	298	0,3	62	0,1	7	0,0	367	0,2
DVP	1 408	1,4	274	0,6	87	0,8	1 769	1,1
Kampffront SWR	6 524	6,4	2 457	5,1	521	4,7	9 502	5,9
NSDAP	40 525	40,1	20 568	42,4	4 359	39,3	65 452	40,7

5 Nach: Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 3, 1957, Tabelle 35; A. Milatz, 1965, S. 90, 93, 97, 100, 104, 108, 112, 129. Abweichungen, Rechenfehler in: B. Kolkenbrock, Wahlen, o. J.; Verw.-B. Stadt Ge-Buer 1932 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 15. Verw.-B. Stadt Ge-Buer 1933 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 3 f.; Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 31.5.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4), S. 1; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 2, 1956, S. 10.

d) Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	Sitze
Wahlberechtigte							207 729		
gültig	99 183		47 777		10 948		157 903	76,0	
SPD	9 591	9,7	4 423	9,3	992	9,1	15 006	9,5	7
KPD	14 461	14,6	7 938	16,6	2 085	19,0	24 484	15,4	11
Zentr. Ge/Horst	22 563	22,6	316	0,7	2 196	20,1	25 075	15,9	12
Zentrum Buer	1 253	1,3	10 334	21,6	234	2,1	11 821	7,5	5
Ev. Volksdienst	1 759	1,7	866	1,8	135	1,2	2 760	1,7	1
DVP	1 477	1,5	291	0,6	99	0,9	1 867	1,2	–
DNVP/Kampffr.	6 341	6,4	2 400	5,1	522	4,8	9 263	5,9	4
NSDAP	39 058	39,3	20 080	42,0	4 201	38,4	63 339	40,1	31
zus.		97,1		97,7		95,6		97,2	71

Nach der Wahl wurden die KPD-Mandate mit dem Runderlaß des Innenministers vom 20.3.1933 auf der kommunalen Ebene annulliert. Als die erste Stadtverordnetenversammlung nach der Neuwahl am 6. April, zu der die Sozialdemokraten wegen der absehbaren Huldigungen für den Nationalsozialismus nicht erschienen waren, stattfand, wehten an allen öffentlichen Gebäuden „die Fahnen der nationalen Revolution und die alten Fahnen der ruhmreichen Vergangenheit deutscher einstiger Größe", und mit den Stimmen der anwesenden bürgerlichen Stadtverordneten wurde einstimmig die Übertragung der Ehrenbürgerrechte an Hindenburg und Hitler beschlossen.[6] Weiterhin wurde der NSDAP-Stadtverordnete Böhmer dem Regierungspräsidenten zur Ernennung als Oberbürgermeister vorgeschlagen. Dieser Entscheidung stimmten alle bürgerlichen Parteien unter nazi-freundlichen Bekundungen zu, und der Vertreter des Zentrums erklärte, daß sich das Zentrum „entsprechend seiner traditionellen Einstellung [...] gern und verantwortungsbewußt" einordne „in die nationale Abwehrfront gegen Marxismus und Kommunismus"[7]. Mit Runderlaß des Innenministers vom 23. Juni wurden dann auch „die 7 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von der weiteren Ausübung ihrer Mandate ausgeschlossen"[8]. Die entsprechende Anordnung erreichte den SPD-Stadtverordneten und Parteisekretär Brüntink nicht mehr; er war seit

6 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 6.4.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4), S. 1 und 4. Vgl. Verw.-B. Stadt Ge-Buer 1932 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 6; H.-J. Priamus, SPD, 1988, S. 195.

7 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 6.4.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4), S. 12; Verw.-B. Stadt Ge-Buer 1933 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 4. Fälschlicherweise nennt Verw.-B. Stadt Ge-Buer 1932 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 2 den 30.3. als Datum. Zur Gleichschaltung auf Provinzialebene: K. Teppe, Westfälische Selbstverwaltung, 1977, S. 122 ff.; B. Hey, Machtergreifung, 1983, S. 68 ff.

8 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 18.8.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4), S. 1; Verw.-B. Stadt Ge-Buer 1933 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 5.

14 Tagen untergetaucht.[9] In der gleichgeschalteten Stadtverordnetenversammlung wurde am 18. August 1933 der kommissarische Oberbürgermeister Böhmer in seinem Amt bestätigt. Die bürgerlichen Fraktionen im Gelsenkirchner Rathaus hatten sich inzwischen aufgelöst.[10]

b) Zerschlagung der Arbeiterparteien

Quantitativ existierte mit der Arbeiterbewegung 1933 ein starker Gegner gegen den Nationalsozialismus: In Rheinland-Westfalen waren in der SPD etwa 100 000 Mitglieder organisiert, in der KPD etwa 45 000 und im ADGB annähernd 500 000 Mitglieder.[1] Als die Regierung Hitler ihr Amt antrat, glaubte die Sozialdemokratie wie viele andere, daß diese nach kurzer Zeit scheitern würde. Auch glaubten SPD und KPD an Möglichkeiten halblegaler Weiterexistenz.[2] Die entgegen solchen Hoffnungen bis Mitte 1933 erfolgende Zerschlagung der Arbeiterbewegung stellte dann einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Arbeiterbewegung, ihrer Organisationen und im Leben ihrer Mitglieder und Funktionäre dar. Die Arbeiterschaft insgesamt verlor mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung den Kontext einer kollektiven Erfahrungsverarbeitung. Die Folge war, daß der einzelne Arbeiter auf seine individuellen Erfahrungen und seine eigene Verarbeitung zurückgeworfen wurde.[3]

Entsprechend ihrer Illusion einer revolutionären Situation rief die KPD nach der Machtübernahme zu Aktionen und zum Generalstreik auf. Viele ihrer Anhänger folgten Aufrufen zu Demonstrationen, z. B. in Dortmund und Bochum. Insgesamt jedoch erwiesen sich die Kommunisten, die ihre Linie nicht geändert hatten, als zu schwach, um Ausstände einzuleiten. Bereits am 4. Februar wurden im Regierungsbezirk Münster alle Veranstaltungen der KPD und ihrer Nebenorganisationen unter freiem Himmel verboten und weitere Versammlungen aufgelöst.[4] Am 14. Februar vollzog der EVBD angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung einen Positionswechsel und richtete ein Einheitsfrontangebot an den Bergarbeiterverband und den Christlichen Gewerkverein, die dieses nach den Auseinandersetzungen der Vergangenheit als taktisches Manöver interpre-

---

9 Ungeöffneter Umschlag in: StA Ge 0/IV/7/1. Vgl. SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 35. Briefe an die SPD-Stadtverordneten in: StA Ge 0/IV/7/1. Vgl. H.-J. PRIAMUS, SPD, 1988, S. 203.

10 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 18.8.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4). Vgl. VERW.-B. Stadt Ge-Buer 1933 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 3.

1 G. PLUM, 1974, S. 355 f.

2 Ebd., S. 362; J. v. FREYBERG, B. HEBEL-KUNZE, Sozialdemokratie, ²1977, S. 186 zur SPD.

3 Vgl. U. HERBERT, Entwicklung, 1985, S. 21 und 29; U. BORSDORF, Widerstand, 1984, S. 170 und 174; D. PEUKERT, F. BAJOHR, 1987, S. 9; A. SALDERN, Arbeiterkulturbewegung, 1986, S. 67.

4 G. PLUM, 1984, S. 363; D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 48 f. Vgl. D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 32 und 71; S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 37; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 246 f.; SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 25; H.-J. PRIAMUS, SPD, 1988, S. 194; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 867 f.

tierten. Diese Einschätzung bestätigte sich, als im Mai 1933 das ZK der KPD die Sozialfaschismusthese erneut bestätigte. Wilhelm Pieck bekräftigte den ZK-Beschluß nochmals im Dezember.[5] Die letzte legale Kundgebung der KPD im Ruhrgebiet fand am 12. Februar mit 20 000 Teilnehmern in der Dortmunder Westfalenhalle statt.[6] Nach dem Reichstagsbrand und der Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat" wurde Anfang März das Gelsenkirchener Volkshaus der Kommunistischen Partei und ihrer Vorfeldorganisationen an der Steinmetzstraße besetzt, Materialien, Bücher, Fahnen und Inventar beschlagnahmt bzw. verbrannt, und das Lokal im Volkshaus in „National-Eck" umbenannt.[7] Bis zum 2. März wurden im Ruhrgebiet 2 000 Personen wegen ihrer politischen Betätigung festgenommen.[8] An eben diesem 2. März wurde von der Verhaftung von 22 Bueraner und 14 Gelsenkirchener kommunistischen Funktionären berichtet, weitere Verhaftungen folgten, z. B. in Erle, wo zahlreiche Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter von der SS festgenommen und im Nazi-Lokal verprügelt wurden.[9] SA und Polizei besetzten nach dem Reichstagsbrand auch das Haus der Ruhrgebietsleitung der KPD in Essen, verhafteten die Anwesenden und zerstörten die Druckerei des „Ruhrecho".[10] Am 16. März erging aus Berlin die Anweisung, sämtliche Kommunisten, die auf Reichstags- und Landtagswahlvorschlägen gestanden hatten, zu verhaften.[11]

Außer einigen organisatorischen Maßnahmen wie der Bildung kollektiver Führungen hatte auch die KPD kaum Vorbereitungen für die Illegalität getroffen. So gelang es der Polizei und Schlägertrupps der SA-Hilfspolizei in kurzer Zeit, die Mehrzahl der unteren und mittleren und viele führende KPD-Funktionäre zu verhaften. Im April 1933 wurden Wohngegenden, die für die vielen dort wohnenden Kommunisten bekannt waren, wie das Schalker Olga-Viertel, systematisch durchgekämmt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.[12] Ende April wurden 33 vorwiegend aus Rotthausen stammende Mitglieder und Funktionäre des Roten Frontkämpfer-Bundes verhaftet und später u. a. wegen Fortführung des verbotenen RFB und

---

5 S. Bahne, KPD im Ruhrgebiet, 1974, S. 352; S. Bahne, Kommunistische Partei, ²1979, S. 687; K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 27; D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 50; H. Weber, Ambivalenz, 1985, S. 73 f.; H. Weber, Hauptfeind, 1982, S. 62 f.; S. Bahne, KPD und das Ende, 1976, S. 38 ff.; H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, S. 246; W. Müller, RGO, 1988, S. 196.

6 K. Schabrod, Widerstand, 1969, S. 24; D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 50; D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 80.

7 Schul- und Kulturdezernat, ²1982, S. 20 und 26.

8 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 44; S. Bahne, Kommunistische Partei, ²1979, S. 692.

9 Schul- und Kulturdezernat, ²1982, S. 25 und 29 ff.; Stadt Ge, 40 Jahre, 1985, S. 14 f. Z. B. wurde auch Alfred Schroer, Fraktionsvorsitzender der KPD in Ge, verhaftet. H. Weber, Wandlungen, Bd. 1, S. 290.

10 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976 S. 44.

11 IML/ZPA St 3/742.

12 G. Plum, 1974, S. 363 f.; D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 52 f.; D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 71 ff. und 90 ff.; Schul- und Kulturdezernat, ²1982, S. 32; S. Bahne, KPD und das Ende, 1976, S. 41 f.

Besitz von ungemeldeten Waffen verurteilt.[13] Bis April 1933 wurden im Rhein- und Ruhrgebiet etwa 8 000 Kommunisten inhaftiert, womit die KPD-Organisation zunächst zerschlagen war.[14] Letztlich hatte so die KPD wegen ihrer Fehleinschätzun der politischen Situation und der Fehlinterpretation des Faschismus einen Versuch, aktiv Hitlers Machtantritt mit einer Widerstandsaktion zu verhindern, versäumt.

Dem legalistischen Kurs weiter folgend setzte die SPD nach der Bildung der Hitler-Regierung auf die anstehenden Wahlen zum Reichstag.[15] Der Parteiführung folgte auch die SPD im Bezirk Westliches Westfalen „einmütig". In einem ihrer letzten Schreiben gab die Bezirksführung ihre Auffassung an die Untergliederungen weiter[16]: „Bezirksvorstand und Beirat haben in einer gemeinsamen Sitzung, die am Mittwoch, den 1. Februar stattfand, zur politischen Lage Stellung genommen, wie sie sich durch die Bildung der Hitler-Regierung gestaltet hat. Dem Beschluß bzw. der Taktik des Parteivorstandes, Parteiausschuß und der Reichstagsfraktion, wie sie von diesen Körperschaften für diesen Kampf festgelegt worden sind, wurde einmütig zugestimmt. Die Unterbezirks- und Ortsvorstände werden gebeten, dafür zu sorgen, daß nichts unternommen wird, was dieser Taktik zuwiderläuft. Diesen schweren Kampf können die Partei und die Gewerkschaften nur bestehen, wenn den Parolen der Spitzenkörperschaften Folge geleistet wird. Den Einheitsfrontparolen der Kommunisten ist mit Nachdruck und Entschiedenheit entgegenzutreten. Es muß jetzt in Wort und Schrift dafür gesorgt werden, daß auch den kommunistischen Wählern hinreichend zum Bewußtsein gebracht wird, daß der Faschismus bezw. die Reaktion in Deutschland nicht zuletzt auf dem Boden der kommunistischen Zersetzungsarbeit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung gewachsen ist." Nach organisatorischen Hinweisen zur Wahlkampfarbeit hieß es am Schluß des Schreibens: „Dieser Kampf kann nur gewonnen werden, wenn die in einer großen Front zusammengefaßten Arbeitermassen restlos ihre Pflicht erfüllen. Es ist eine heroische und zugleich kritische Zeit, die wir durchleben, in der es für die deutsche Arbeiterbewegung um Sein oder Nichtsein geht. Erkenne jeder das Gebot der Stunde!"

Die Versammlungen der SPD mußten ab 11. Februar gemeldet werden, wurden dann teilweise verboten oder vorzeitig aufgelöst, oder die Nationalsozialisten prügelten sie oft blutig auseinander. Der sozialdemokratische „Volkswille" wurde Ende Februar verboten. In Gelsenkirchen erhielt der Redner (der Berliner Polizeipräsident Grzesinski) einer Veranstaltung zur Reichstagswahl im März 1933 Redeverbot. Die Gelsenkirchener So-

---

13 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, [2]1982, S. 101 ff.

14 H. WEBER, Illegalität, 1984, S. 85; G. PLUM, 1974, S. 364; H. WEBER, Wandlungen, Bd. 1, 1969, S. 246. Bis Anfang April 7 300 verhaftete KPD-Funktionäre, nach: D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 87. Von 4 862 Personen (4 780 Kommunisten, 51 Sozialdemokraten) in Schutzhaft am 28.5.33 berichtet Ebd., S. 92; D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 44.

15 E. MATTHIAS, Sozialdemokratische Partei, [2]1979, S. 163.; J. v. FREYBERG, B. HEBEL-KUNZE, Sozialdemokratie, [2]1977, S. 182. Vgl. H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 867 ff.

16 Rundschreiben 1 des Bezirks WW vom 2.2.1933, in: STAM SPD 8.

zialdemokraten führten die Veranstaltung trotzdem ohne den prominenten Redner durch, und es sprach der Gelsenkirchener SAJ-Vorsitzende Willi Renner.[17] Mit ihrer Hoffnung, durch den Stimmzettel Hitler doch noch zu verhindern, standen die Gelsenkirchener im Parteibezirk nicht allein. Am 26. Februar folgten zum letzten Mal Tausende dem Ruf des Parteibezirks in die Westfalenhalle in Dortmund unter dem Motto „Sollmann antwortet Hitler"[18].

Im April wandten sich die Nationalsozialisten verstärkt der Verfolgung von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern zu. Ab März wurden z. B. führende Sozialdemokraten wie Karl Surkamp, Karl Pietzka und der abgesetzte Arbeitsamtsdirektor und ehemalige SPD-Stadtverordnete August Halbfell, der acht Monate im Gefängnis und im KZ Esterwegen verbringen mußte, verhaftet. Die Zahl der im Verlauf der nächsten Monate meist nur kurz verhafteten Gelsenkirchener Sozialdemokraten muß enorm hoch im Verhältnis zur Mitgliederzahl gewesen sein.[19] Ähnlich wie auf der Reichsebene, wo nach Otto Wels' Rede gegen das „Ermächtigungsgesetz" am 23. März 1933 der Legalitätskurs Ende April nochmals bestätigt worden war[20], verfolgten Teile der Gelsenkirchener SPD trotzdem weiter einen Legalitätskurs, versuchten aber, sich vor dessen schlimmsten Zumutungen zu drücken: Für die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. April hatten sich sämtliche Mitglieder der SPD-Fraktion entschuldigt. Damit wichen sie der Duldung der die Nationalsozialisten verherrlichenden Eröffnungsrede, den Heilrufen auf die neue Regierung und das Vaterland und dem gemeinsamen Singen des Deutschlandliedes aus.[21] Mit ihrer Entschuldigung hatte die SPD-Fraktion aber auch mitgeteilt, daß sie keineswegs auf die kommunalpolitische Mitarbeit verzichten wolle. Die SPD-Fraktion werde „vor wie nach bestrebt sein, ihre kommunalpolitische Erfahrung zum Wohle der gesamten Bevölkerung zur Geltung zu bringen". Spätestens nach dieser Stadtverordnetensitzung mußte den Gelsenkirchener Sozialdemokraten klar sein, daß sie in Kürze dasselbe Schicksal ereilen würde wie die Kommunisten, weil der NSDAP-Fraktionsvorsitzende in seiner Rede wahre Haßtiraden auf die Gelsenkirchener SPD losließ und in aller Offenheit mit Konzentrationslager und Hilfspoli-

---

17 Interview Ewald Klingler 10.7.1986; Interview Ewald Klingler 14.10.1986; S. Goch, Überlebenskämpfe, 1988, S. 130; H.-J. Priamus, SPD, 1988, S. 194. Zum NS-Haß auf Grzesinski: H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 543 und 878.

18 G. Högl, K. Lauschke, 1986, S. 40.

19 Stadt Ge, 40 Jahre, 1985, S. 15; H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 8; Interview Johann Simon 9.4.1986. Praktisch jeder Interviewpartner konnte mehrere Verhaftete nennen. Zu Scholven: Verhaftung von Emil Sumarski, Karl Surkamp, Paul Hernig, Otto Reichert, nach: SPD Ortsverein Scholven, 1965, S. 19. Zu A. Halbfell: HSTAD NL A. Halbfell 1 und 3. Vgl. D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 44.

20 G. Plum, 1974, S. 365 f.; E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 173 f., 180 ff.; P. v. z. Mühlen, SPD zwischen Anpassung, 1985, S. 94 f.; J. v. Freyberg, B. Hebel-Kunze, Sozialdemokratie, ²1977, S. 192 ff.; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 901 ff., 923 ff. und 932 ff.

21 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 6.4.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4), S. 1 und 4 f. Vgl. Verw.-B. Stadt Ge-Buer 1933 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 3; H.-J. Priamus, SPD, 1988, S. 195.

zei drohte.[22] Eine ganze Reihe führender Gelsenkirchener Sozialdemokraten scheint die Situation durchschaut zu haben, erblickte aber wohl keine Möglichkeit des Widerstandes gegen die Etablierung des NS-Staates und sah so keine andere Perspektive als die individuelle Flucht. Alfred Zingler emigrierte im Mai nach Holland, ihm folgte seine Frau Margarete gegen Ende des Monats.[23] Der Erler SPD-Vorsitzende Waldau flüchtete zunächst nach Holland und ging später weiter nach Frankreich.[24] Die individuelle Flucht zeigte, daß der brutale Charakter des neuen Regimes durchaus erkannt wurde; gleichzeitig war Flucht jedoch auch eine Kapitulation, da sie Widerstand zumindest im Inland für die eigene, meist exponierte und deswegen besonders gefährdete Person ausschloß. Auch einige SAP'ler wie der Naturfreunde-Vorsitzende Fritz Rogge und Ernst Forsthoff flohen im Sommer 1933, als die geheime Druckerei der SAP in der Forsthoff'schen Waschküche aufgeflogen war, zunächst nach Holland.[25] Mit ihrer Flucht kamen viele Sozialdemokraten einer Verhaftung zuvor, denn die Jagd auf Sozialdemokraten wurde bald systematisiert. Der Aufforderung des Recklinghausener Polizeipräsidenten, ihm die Kandidatenliste der SPD von der letzten Wahl zuzuschicken, kam die Stadtverwaltung Gelsenkirchen anscheinend sofort nach.[26]

Doch wie Teile der im Inland verbliebenen Parteiführung, die den Legalitätskurs mit der kommentarlosen Entgegennahme der außenpolitischen Erklärung Hitlers im Reichstag am 17. Mai 1933 und der Distanzierung von den ins Exil entsandten Genossen bis zur Selbstaufgabe fortsetzten[27], folgten auch Teile der Gelsenkirchener SPD weiter dem legalistischen Weg, den sie mit dem Angebot weiterer kommunalpolitischer Zusammenarbeit beschritten hatten. Dieser Weg führte für die fünf zur Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai erschienenen SPD-Stadtverordneten zu einer schlimmen Demütigung durch die Nazis. Der seit Mitte der 1920er Jahre zur NS-Bewegung in Resse zählende NSDAP-Stadtverordnete Stangier durchschaute die Verhaltensmuster der Sozialdemokraten, die zu deren Fehlen in der vorherigen Stadtverordnetenversammlung geführt hatten, und verlangte, „daß die Verpflichtung der neuen Stadtverordneten unter dem Symbol des dritten Reiches und unter der glorreichen Fahne des alten Reiches vorgenommen wird". So wurden die fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten unter der Hakenkreuzfahne und der schwarz-weiß-roten Fahne für ihr Stadtverordnetenamt verpflichtet.[28] Mit dem

---

22 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 6.4.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4), S. 4, 6 f. und S. 9.

23 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 72.

24 Interview Paula Grenz 15.11.1985.

25 Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986. Vgl. Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986. Vgl. Interview mit Fritz Bohne, in: J. ZIMMER, Naturfreunde 1984, S. 283.

26 Schriftverkehr, in: StA Ge 0/IV/7/1.

27 G. PLUM, 1974, S. 366; E. MATTHIAS, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 185 ff.; P. v. z. MÜHLEN, SPD zwischen Anpassung, 1985, S. 95; J. v. FREYBERG, B. HEBEL-KUNZE, Sozialdemokratie, ²1977, S. 193 ff.; H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 939 ff. und 947.

28 M. Zingler hatte ihr Mandat niedergelegt und war emigriert, J. Brüntink fehlte unentschuldigt. Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 31.5.1933 (StA Ge 0/IV/9A/4), S. 2.

Verbot der SPD am 22. Juni 1933 verloren auch die Gelsenkirchener SPD-Stadtverordneten wenig später ihre Mandate.

Das August-Bebel-Haus des sozialdemokratischen „Verein Jugendheim e. V." wurde nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten am 23. Februar besetzt und erst später – am 1. Oktober 1937 – offiziell dem Standortführer der Hitlerjugend über eine Zwangsversteigerung als HJ-Heim überlassen.[29] Das fast vollendete Jugendheim in Erle wurde am 20. April besetzt, später ausgeplündert und blieb Ruine, bis es durch die Stadtverwaltung 1938 abgerissen wurde.[30] Bereits am 8. April besetzten SA und SS den Gebäudekomplex der Firma Leypoldt, der örtlichen Druckerei und Redaktion des sozialdemokratischen „Volkswillen" mit dazugehöriger Buchhandlung, an der Ringstraße, wo sich vorübergehend die NSDAP-Kreisleitung einrichtete.[31]

Nach der Annullierung der Stadtverordnetenmandate folgte eine Phase individuellen Terrors gegen Sozialdemokraten. Die, die nicht fliehen konnten oder wollten, sahen sich gezwungen, die Zeichen ihrer Parteimitgliedschaft wie Parteibücher, Fahnen und Bücher zu verstecken oder zu verbrennen. Zahlreiche Sozialdemokraten verloren nicht nur öffentliche Ämter und Stellungen in der Verwaltung, sondern auch in den Betrieben wurden Kündigungen von Sozialdemokraten wegen staatsfeindlicher Gesinnung vorgenommen.[32]

c) Ende der Freien Gewerkschaften

Die Freie Gewerkschaftsbewegung versuchte, durch Lavieren gegenüber dem Nationalsozialismus ihr organisatorisches Überleben zu sichern. Am 21. März, 14 Tage nach dem Verbot der Eisernen Front, veröffentlichte der ADGB eine Erklärung an Hitler zur Unverletztlichkeit des Tarifvertrages und der Freiwilligkeit der Organisation sowie zur parteipolitischen Neutralität.[1] Die Erklärung des ADGB-Bundesvorstandes vom 9. April ging noch weiter[2]: „Der ADGB begrüßt die Bestrebungen, eine Verein-

---

Vgl. H.-J. PRIAMUS, SPD, 1988, S. 202 f. Personalunterlagen Stangier (späterer Beigeordneter), in: StA Ge 0/IV/5/2.

29 VERW.-B. Stadt Ge-Buer 1937 (StA Ge 0/XXVI/4); SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 34; Wiedergutmachungsakten, in: AdsD, SPD UB Ge 246; S. GOCH, Überlebenskämpfe, 1988, S. 130.

30 Wiedergutmachungsakten, in: AdsD SPD UB Ge 135; Akten SPD UB Ge mit Unterlagen über Wiedergutmachung.

31 Zusammengestellt nach Unterlagen über Wiedergutmachung, in: Akten SPD UB Ge.

32 Z. B. auf Nordstern, lt. StA Ge 0/VIII/2/1.

1 U. BORSDORF, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 389; G. BEIER, Lehrstück, 1975, S. 30 f. Vgl. G. BRAUNTHAL, 1981, S. 93; E. MATTHIAS, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 177; A. KLÖNNE, Arbeiterbewegung, 1980, S. 250 f.; M. SCHNEIDER, Höhe, 1987, S. 438. Zum Lavieren des ADGB im Zusammenwirken von persönlichem Versagen, politischer Fehleinschätzung und strukturellen Schwächen: H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 208 f. und zum 21.3. S. 237 und 303 ff. Vgl. H. A. WINKLER, Weg, 1987, S. 896 ff.

2 U. BORSDORF, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 389 f. Vgl. G. BRAUNTHAL, 1981, S. 93 f.; H. POTTHOFF, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 303.

heitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens herbeizuführen. Er wird daher dem neuen Staat bei seinem Bestreben, diese Vereinheitlichung durchzuführen, seine Mitarbeit und seine Erfahrung gern zur Verfügung stellen." Am 13. April fand dann ein Gespräch zwischen ADGB und NSBO über die zukünftige Gestaltung des Gewerkschaftswesens statt.[3] In gleicher Weise verhielt sich der Alte Verband im Ruhrgebiet, der nach der Reichstagswahl nationalistisches Vokabular aufnahm und eine Neutralitätserklärung abgab. Diese Taktik, durch Loyalitätsadressen die Auflösung der Organisation zu verhindern, wurde auch beibehalten, als in der Nacht vom 10./11. März SA-Männer die Verbandszentrale besetzten, die Einrichtung verwüsteten und den Gewerkschaftsvorsitzenden Fritz Husemann verhafteten.[4] In Gelsenkirchen wurde etwa gleichzeitig am 11./12. März das Volkshaus mit der Geschäftsstelle des Alten Verbandes besetzt.[5] Die DMV-Verwaltungsstelle in der Augustastraße wurde wenig später, am Abend des 29. März, von SA und SS besetzt.[6]

Endgültig diskreditierte sich der ADGB „vor der Masse seiner enttäuschten Mitglieder und vor der internationalen Gewerkschaftsbewegung" mit seinem Aufruf zur Teilnahme am „Tag der nationalen Arbeit", eine „klare Kapitulation" vor dem NS-Regime, die auch die SPD mißbilligte.[7] Einen Tag nach diesem offensichtlichen Kniefall vor dem Nationalsozialismus wurden systematisch Gewerkschaftshäuser und Verwaltungsstellen besetzt und führende Gewerkschafter verhaftet.[8] Nach dem zeitweiligen Abzug von SS und SA wurden auch in Gelsenkirchen die gewerkschaftlichen Einrichtungen am 2. Mai 1933 erneut besetzt, wobei der Bezirksleiter des Zentralverbandes der Angestellten, Walter Heimbach,

---

3 U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 390. Vgl. G. Beier, Lehrstück, 1975, S. 34 f.; G. Braunthal, 1981, S. 95; H. Mommsen, Gewerkschaften zwischen Anpassung, 1975, S. 278. Vgl. E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, ²1979, S. 178; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 921; M. Schneider, Höhen, 1987, S. 439.

4 H. Mommsen, Gewerkschaften zwischen Anpassung, 1975, S. 280; Sachdarstellung des Bergarbeiterführers und Reichstagsabgeordneten Fritz Husemann, in: J. V. Wagner, Nur Mut, 1976, S. 164 ff.; U. Wichert, 1988, S. 174. Vgl. K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 28; D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 44; Widerstand und Verfolgung in Dortmund, ²1981, S. 105 ff.; D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 61 und 64 f.

5 Sachdarstellung des Bergarbeiterführers und Reichstagsabgeordneten Fritz Husemann, in: J. V. Wagner, Nur Mut, 1976, S. 167. Brief des ADGB-Bundesvorstandes vom 5.4.1933, in: Dokumentation zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser, 1983, S. 23, auch in: G. Beier, Lehrstück, 1975, S. 54 ff., wonach das Gelsenkirchener ADGB-Verwaltungsgebäude bereits bis zum 25.3.1933 besetzt war. Vgl. D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 65.

6 J. Dzudzek, Das Umschauen, 1984, S. 106; Schul- und Kulturdezernat, ²1982, S. 23 und 29; Interview Ewald Klingler 10.7.1986; K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 29.

7 U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 390; E. Matthias, Sozialdemokratische Partei, 1974, S. 179; G. Beier, Lehrstück, 1975, S. 36 ff.; G. Braunthal, 1981, S. 96. Vgl. A. Klönne, H. Reese, Gewerkschaftsbewegung, 1986, S. 200 f.; H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, 1987, S. 303; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 921 ff. und 927 f.; M. Schneider, Höhen, 1987, S. 440.

8 Dokumentation zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser, 1983, S. 47 ff.; K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 29. Vgl. G. Beier, Lehrstück, 1975, S. 16 f. und 42 f.; A. Klönne, H. Reese, Gewerkschaftsbewegung, 1986, S. 202.

verhaftet wurde.[9] Zu Bemühungen zur Verteidigung kam es nicht. Einige gewerkschaftliche Gruppen bestanden aber weiter, weil nur wenige Spitzenfunktionen mit Nazis besetzt wurden, jedoch die Mitglieder beieinander blieben, da die Nationalsozialisten bestrebt waren, die Mitglieder der Gewerkschaften in die gleichgeschaltete „Gewerkschaftsorganisation" zu überführen.[10] Es entstand so der Eindruck, als ob die Organisation weiterbestehen würde, weil man sich weiter im alten Kreis traf[11] und beispielsweise der DMV mit der Gleichschaltung nahezu vollständig in die DAF eingegliedert wurde und dort im Februar 1934 zur „Reichsbetriebsgruppe Metall" und im Juni zur „Reichsbetriebsgemeinschaft Eisen und Metall" wurde.[12] Gleichzeitig zeigte dies aber auch den geringen Einfluß der Nationalsozialisten unter den Arbeitern, weil nur die Führungen ersetzt werden konnten, das Organisationsleben jedoch den Eindruck kontinuierlicher Weiterentwicklung machte. Auch dadurch, daß die alten Mitgliedsbücher beispielsweise des Gelsenkirchener DMV weiter Verwendung fanden und erst Ende August 1934 neue DAF-Mitgliedsbücher ausgegeben wurden, in denen auch vorherige Mitgliedschaften im DMV aufgeführt wurden, vermied man den Eindruck eines Bruchs. Zumindest konnte so zunächst noch der Kontakt untereinander aufrechterhalten werden.[13]

Bei den Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau im Februar/März fiel für die Nationalsozialisten der Erfolg mit etwa einem Drittel der Betriebsratssitze in Anbetracht der massiven Verfolgung, der Anpassung an den vermeintlichen Sieger und der Furcht vor Repressalien nicht überzeugend aus. Die Ergebnisse der Wahlen wurden von den Nazis nicht akzeptiert, und schon eine Konferenz von NS-Funktionären am 2. April in Essen beschloß, alle Kandidaten des EVBD und des Alten Verbandes aus den Betriebsräten auszuschließen.[14] In Gelsenkirchen wurde auf der Zeche Westerholt der gewählte Betriebsrat bereits am 3. April abgesetzt, die Gleichschaltung des Betriebsrates von Bergmannsglück erfolgte am 16. April. Unter Aufsicht des Bürgermeisters, der am 12. April auch für die Absetzung des sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden der Stadtverwaltung gesorgt hatte, wurden bis etwa Anfang Juni alle Betriebsratsmitglieder, die dem NSBO nicht genehm waren, abgesetzt und z. T. durch NSBO-Vertreter ersetzt.[15] Auch in den Gelsenkirchener Metallbetrieben,

---

9 „Nationalzeitung" am 3.5.1933, in: DOKUMENTATION ZUR BESETZUNG DER GEWERKSCHAFTSHÄUSER, 1983, S. 47.

10 K. WISOTZKY, Ruhrbergbau, 1983, S. 30. „Dann war'n die ja daran interessiert, nicht zu besetzten, sondern auch die Mitglieder zu behalten." Interview Ewald Klingler 10.7.1986.

11 „Nachher, ein ganzes Jahr später noch, ordentliche Delegiertenversammlungen haben wir durchgeführt, bloß der saß als kommissarischer Manager da und hat alles geguckt, was wir da machten." Interview Ewald Klingler 10.7.1986. Vgl. Interview Ewald Klingler 14.10.1986.

12 F. OPEL, D. SCHNEIDER, ²1966, S. 288.

13 Interview Ewald Klingler 10.7.1986. Für ihren Vater, der der Mauerergewerkschaft angehörte: Interview Paula Grenz 15.15.1985.

14 K. WISOTZKY, Ruhrbergbau, 1983, S. 31 ff.; R. TSCHIRBS, Tarifpolitik, 1986, S. 466.

15 Schreiben zur Absetzung der Betriebsräte in Ge, in: StA Ge 0/VIII/2/1. Vgl. entsprechende Schreiben des Regierungspräsidenten, in: STAM BAB A 17-69. Vgl. K. WISOTZKY, Ruhrbergbau, 1983, S. 33; H. HERING, Wirtschaftskrise, 1984, S. 224.

wo traditionell der freigewerkschaftliche DMV stark verankert war, erfolgte etwa gleichzeitig die Absetzung der gewählten freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenvertreter.[16] Die Gleichschaltung der Betriebe wurde fortgesetzt mit der Entlassung „staatsfeindlicher" Arbeiter, die das „Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen" vom 4. April 1933 ermöglichte. Die ersten Opfer der Kündigungswelle, deren Umfang auf 2 000 Entlassungen im Ruhrbergbau geschätzt wird, waren die EVBD-Kandidaten, dann weitere Kommunisten, die kein Amt ausübten, und aktive Gewerkschafter freigewerkschaftlicher Verbände.[17]

d) Ende der sozialistischen Umfeldorganisationen

Wie Parteien und Gewerkschaften wurden auch bei den Arbeiterkulturorganisationen zunächst Spitzenfunktionäre verhaftet, Einrichtungen besetzt und schließlich die Auflösung oder die Eingliederung in die NS-Einheitsorganisationen durchgesetzt, die die verschiedenen Verbände durch partielle Anpassungsversuche nicht verhindern konnten. Oft wurde dem Verbot mit der Selbstauflösung nur zuvorgekommen.

Die Führung der SAJ folgte dem legalistischen Kurs des Parteivorstandes und kam schließlich nach ersten Verboten in den Ländern ab März im subjektiv ehrlichen Bemühen, die jungen Mitglieder nicht zu gefährden, dem gegen die deutschen Jugendverbände am 17. Juni im Zusammenhang mit der Ernennung Baldur von Schirachs zum „Jugendführer des Deutschen Reiches" verhängten Verbot durch Selbstauflösung zuvor. Die Kinderfreunde lösten sich ebenfalls kurz vor ihrem Verbot selbst auf.[1] Offiziell löste sich auch die Gelsenkirchener SAJ auf. Aufgrund der Gemeinschaftserfahrungen blieb der Zusammenhalt allerdings bestehen. Drei Wochen nach dem Verbot der SAJ führten Jugendliche aus der SAJ Resse gemeinsam eine Jugendherbergsfahrt durch.[2] Ehemalige, meist arbeitslose SAJ'ler aus dem ganzen Bueraner Bereich trafen sich noch etwa ein Jahr lang zu Wochenendausflügen.[3]

Noch im September 1933 führten Jugendliche aus der Gelsenkirchener Naturfreundebewegung auf ihrem seit 1927 gepachteten Gelände in Wulfen ein Zeltlager durch. Die Gestapo löste das Lager, an dem an den Wochenenden über 200 Menschen beteiligt waren, am 5. September 1933

---

16 Zur Absetzung: StA Ge 0/VIII/2/1. Dagegen berichtet Interview Ewald Klingler 10.7.1986 von nur geringen Erfolgen der NSBO-Kandidaten.

17 Oberbergamt am 26.4.1933, in: STAM BAB A 17-69; K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 35. Vgl. H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 907 ff.

1 E. Eberts, 1980, S. 154; W. Uellenberg, Auseinandersetzung, 1981, S. 224 f. und 228 f.

2 S. Goch, Sozialistische Jugend, S. 68.

3 Interview Paula Grenz 15.11.1985. Vgl. W. Uellenberg, Auseinandersetzung, S. 246.

auf.[4] Nachdem bereits zahlreiche Naturfreunde-Funktionäre verhaftet worden waren und die Naturfreunde-Reichsleitung im April versucht hatte, durch ein Bekenntnis zum nationalen Staat das organisatorische Überleben des Verbandes zu sichern, wurde der Touristenverein am 17. September 1933 offiziell durch den Reichsinnenminister verboten.[5]

Nach Anpassungsversuchen löste sich die Bundesorganisation des Arbeitersänger-Bundes gegen Mitte Juni selbst auf und überließ es den einzelnen Chören, sich gleichschalten zu lassen oder sich ebenfalls aufzulösen. In Gelsenkirchen scheinen einige ehemalige Mitglieder des Volkschores an der Gründung des NS-Volkschores im Januar 1934 beteiligt gewesen zu sein.[6]

Die Führung des ATSB bemühte sich Anfang April unter Verweis auf die Ausschaltung der Kommunisten in der Arbeitersportbewegung und die volksgesundheitlichen Verdienste, das organisatorische Überleben zu sichern. Ab Ende April wurde der ATSB dann in den Ländern aufgelöst, im Mai löste sich die Zentralkommission selbst auf, und die Nazis versuchten, Teile der Arbeitersportler in die gleichgeschaltete Sportbewegung einzugliedern.[7] Der Arbeitersportverein in Ückendorf lehnte eine Gleichschaltung und eine Aufnahme von Nazis in den Vorstand ab und löste sich um Mitte 1933 selbst auf, getreu seiner Vorstellung: „Wir setzen uns mit Nationalsozialisten im Vorstand nicht an einen Tisch"[8]. Das Bootshaus des Arbeiterrudervereins wurde bereits Anfang Februar von den Nationalsozialisten besetzt, und der Verein stellte seine Existenz ein.[9] Wie der Arbeiter-Radfahrer-Bund insgesamt wurde auch die Ortsgruppe in Buer aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt. Die ehemaligen Mitglieder hielten jedoch untereinander den Kontakt weiterhin aufrecht.[10] In welchem Ausmaß Arbeitersportler Anschluß an gleichgeschaltete bürgerliche Vereine suchten, konnte nicht festgestellt werden.[11]

Die Arbeiterwohlfahrt änderte im März ihre Richtlinien im Sinne einer völlig unabhängigen und selbständigen Organisation. Am 12. Mai wurde die Arbeiterwohlfahrt dann von einem Beauftragten der Deutschen Arbeitsfront übernommen, der zwar die Vermögenswerte rauben konnte, die

---

4 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, [2]1982, S. 60 f.; TOURISTENVEREIN „DIE NATURFREUNDE", 1960, S. 9; J. ZIMMER, Mit uns, 1984, S. 18; Interview mit Fritz Bohne, in: J. ZIMMER, Naturfreunde, 1984, S. 282 f.; F. BAJOHR, Verdrängte Jahre, 1983, S. 84 ff.

5 Vgl. H. J. TEICHLER, Arbeiterkultur, 1985, S. 227; C. DULK, J. ZIMMER, 1984, S. 114 ff.; H. BERNETT, Zerschlagung, 1983, S. 366.

6 W. FUHR, 1977, S. 169 f. Zu Ge: Berichterstattung in: StA Ge 0/XX/3/1.

7 H. UEBERHORST, Frisch, 1973, S. 243 und 257 f.; H. TIMMERMANN, 1969, S. 163 f. und 184 ff.; S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 68. Zeittafel zur Auflösung, in: H. J. TEICHLER, Arbeiterkultur, 1985, S. 225 ff. Vgl. H. BERNETT, Zerschlagung, 1983, S. 360 und S. 365; H. DASS, 1970, S. 3 ff.; R. ZIMMERMANN, Daten, 1987, S. 247-255.

8 Interview Ewald Klingler 10.7.1986.

9 Interview Albert Guth 22.4.1986.

10 ARKB „SOLIDARITÄT" BUER, 1953, S. 5; R. BEDUHN, Solidarität, 1987, S. 130; R. BEDUHN, Chronik, 1980, S. 41 ff.

11 Vgl. H. J. TEICHLER, Ende, 1985, S. 196 f. und 209 ff.; S. GEHRMANN, Fußball, 1988, S. 69.

ehrenamtlichen Mitarbeiter versagten sich jedoch der Gleichschaltung, der DAF-Beauftragte „griff ins Leere"[12].

Bereits am 30. Januar befiel Teile des Reichsbanners Verzweiflung, und obwohl illusionäre Pläne geschmiedet wurden, begann man beim Bundesvorstand Anfang Februar, Mitgliederlisten zu verbrennen, weil Repressionen befürchtet wurden. Sofort nach der Machtübergabe an Hitler wurde das Reichsbanner mit systematischem Terror verfolgt. Ab Anfang März wurde es in den Ländern von den Reichskommissaren aufgelöst.[13] Im Bezirk Westliches Westfalen forderte der Gauführer noch am 5. März in einem Aufruf die Mitglieder auf, „dem Bunde die Treue zu halten und abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln würden"[14]. Eine Vorbereitung auf illegale Arbeit hatte es beim Reichsbanner als Organisation nicht gegeben[15], so daß auch die republikanische Schutztruppe ohne den Versuch organisierten Widerstandes zerschlagen werden konnte.

Die Liquidierung der Konsumvereine ging eher langsam vonstatten. Der erste Schritt war, nachdem der nationalsozialistische Mob einige Geschäfte verwüstet hatte, die Ausschaltung mißliebiger Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglieder, die der Arbeiterbewegung entstammten, und deren Ersetzung durch Beauftragte der Nationalsozialisten. Mit dem Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften vom Mai 1935 wurden die Genossenschaften gleichgeschaltet und zentralisiert.[16] Mit der Zentralisierung und der Abkopplung von der sie tragenden Arbeiterbewegungskultur wurde die Genossenschaftsbewegung entpolitisiert und ihrer gegenkulturellen und alternativökonomischen Orientierung beraubt.

Das rasche organisatorische Ende ihrer Bewegung traf die Sozialdemokraten in ihren Überzeugungen und in ihrem Glauben an ihre Zukunftsmission besonders hart. Die Sozialdemokratie zerfiel organisatorisch so schnell, nicht weil ihr Versammlungsleben, die Verbreitung von Publikationen und die Arbeit von Sozialdemokraten in öffentlichen Ämtern rasch unterbunden wurden[17], sondern weil die Kultur der Sozialdemokratie in Führung und Mitgliedschaft reformistisch, auf einen längerfristigen Emanzipationsprozeß ausgerichtet war und seit mindestens 1918 eine Abneigung gegen außerparlamentarische Mobilisierung bestand, die angesichts der neuen Qualität nationalsozialistischen Terrors die Bewegung unfähig machte, adäquat, nämlich außerhalb der Legalität, zu reagieren. Deswegen zeigte die Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Bewegung keine aktivistische Haltung sondern Kapitulation, Resignation und den Willen, die eigene Überzeugung zu bewahren und Anpassungen möglichst zu entgehen, was sich in Flucht oder Rückzug der Funktionäre und Selbstauflö-

---

12 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Helfen, 1979, S. 44.
13 K. Rohe, Reichsbanner, 1962, S. 462 ff.; H. Gotschlich, Differenzierung, 1978, S. 257 ff.; W. Uellenberg, Auseinandersetzung, 1981, S. 239 f.
14 K. Rohe, Reichsbanner, 1962, S. 467 nach einem Brief des Recklinghausener Polizeipräsidenten.
15 Ebd., S. 471.
16 A. Schepers, 1985, S. 105 ff.
17 Vgl. z. B. J. v. Freyberg, B. Hebel-Kunze, Sozialdemokratie, ²1977, S. 200.

sung der Organisationen äußerte, wobei der Kontakt unter dem Kern der Mitglieder aber aufrechterhalten wurde.

2. Sozioökonomische Konsolidierung und Widerstand bis Kriegsbeginn 1933 bis 1939

a) Langsame sozioökonomische Konsolidierung

Besondere Bedeutung maßen die Nationalsozialisten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei, da sie dadurch die Ablehnung der Arbeiterschaft zu überwinden hofften. Der wirtschaftliche Aufschwung hatte sich bereits im Verlauf des Jahres 1932 angekündigt, erfaßte den Ruhrbergbau jedoch zunächst nicht. Die Belegschaftszahlen stiegen erst ab Herbst 1933 langsam an, weil zunächst die Überbesetzung reduziert wurde, Feierschichten abgebaut und teilweise Überschichten verfahren wurden.[1] Die Verhältnisse auf den einzelnen Schachtanlagen waren jedoch nach der Art der Beschäftigungspolitik und nach der Kohlensorte höchst unterschiedlich, so daß noch im ersten Halbjahr 1935 u. a. Bergmannsglück, Westerholt, Zweckel-Scholven 28 bis 34 Feierschichten einlegen mußten, was zu wachsender Unzufriedenheit der Belegschaften führte.[2] Unzufriedenheit wegen Feierschichten und des Verhältnisses von Betriebsleitung und Bergarbeitern wurde auch von den Hugo-Schächten berichtet.[3] Auf Dahlbusch wurden 1934 an 28 Tagen, 1935 an 48 Tagen und 1936 noch an acht Tagen Feierschichten verfahren.[4] Die Arbeitslosigkeit unter den Ruhrbergleuten blieb bis 1936 hoch, weil einerseits die NS-Maßnahmen zur Verdrängung von Frauen aus dem Beruf im Bergbau nichts nutzten, und andererseits zwischen Industriellen und NSDAP Übereinstimmung darin bestand, zunächst durch einen Abbau von Feierschichten die soziale Lage der Arbeitenden zu verbessern, um Unzufriedenheit abzubauen.[5]

Tabelle 73: Belegschaft im Bergbau Gelsenkirchens 1933–1938[6]

	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Consolidation	4 740	4 910	5 033	5 138	6 131	6 558
Dahlbusch	2 294	2 665	2 643	2 545	2 815	2 940
Graf Bismarck	5 050	5 143	5 142	5 085	5 835	6 578
GBAG-Ge	1 778	1 919	2 137	2 292	2 512	2 789
Hibernia AG-Ge	6 862	7 080	7 166	7 062	9 131	9 262

1 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 59 und 63 ff.; W. F. Werner, 1984, S. 152 f.
2 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 68. Vgl. M. Zimmermann, Pflaster, 1981, S. 72.
3 Staatspolizeistelle Regierungsbezirk Münster am 28.5.1934, in: STAM OP 5 030; Lagebericht der Gestapo vom Februar 1935, in: Schul- und Kulturdezernat, ²1982, S. 212.
4 W. Kesten, 1952, S. 276.
5 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 72 f.; D. Peukert, Volksgenossen, 1982, S. 131.
6 P. Grosse-Boymann, 1939, S. 68 f.

Tabelle 73: Belegschaft im Bergbau Gelsenkirchens 1933–1938 (Forts.)

	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Hugo	2 284	2 427	2 395	2 624	3 101	3 255
Ewald	981	1 092	1 296	1 479	1 703	1 920
zus.	23 989	25 236	25 812	26 225	31 228	33 302

Infolge der Abhängigkeit Gelsenkirchens vom Bergbau und von der vor der künstlichen Rüstungskonjunktur ebenfalls darniederliegenden Metallindustrie blieb die Zahl der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen in Gelsenkirchen noch lange hoch.

Tabelle 74: Durch Wohlfahrts- und Arbeitsamt unterstützte Parteien bzw. Personen (Jahresdurchschnitt) in Gelsenkirchen 1933–1937[7]

	1933	1934	1935	1936	1937
1. Parteien					
Wohlfahrtsamt					
– Wohlfahrtserwerbsl.	17 104	13 532	9 171	4 234	847
– Sonstige (ohne Alu/Kru)	10 474	10 081	9 115	8 862	10 782
– Alu/Kru-Empf.	6 944	6 107	6 822	7 144	2 502
Arbeitsamt	15 622	12 824	11 894	10 984	4 739
2. Personen					
Wohlfahrtsamt					
– Wohlfahrtserwerbsl.	31 285	28 698	19 108	8 253	1 698
– Sonstige (ohne Alu/Kru)	20 613	19 306	16 244	15 452	19 295
– Alu/Kru-Empf.	27 836	23 597	25 308	25 477	8 886
Arbeitsamt	50 095	42 797	40 507	35 679	15 211
3. Einwohner Gelsenkirchens	331 844	332 376	330 496	327 490	326 228

Der Brutto-Schichtlohn der Bergarbeiter blieb zwischen 1933 und 1936 weitgehend stabil. Aufgrund des Abbaus der Feierschichten stieg das monatliche Einkommen der Ruhrbergleute um etwa 20 % an, wobei sich der Abstand zwischen den besser verdienenden Hauern und der Gesamtbelegschaft wieder vergrößerte. Die Monatseinkommen waren zwischen den Schachtanlagen aufgrund unterschiedlicher Auslastung sehr verschieden.[8] Wegen der Preisentwicklung vor allem bei Lebensmitteln war trotz der scheinbar positiven Entwicklung festzustellen, daß das Realeinkommen der meisten Bergleute zwischen 1932 und 1936 nicht gestiegen war.[9] Weil

7 Ebd., S. 372 f. und 390 f. Arbeitslosigkeit im Reich nach: R. KÜHNL, Faschismus, [3]1978, S. 257; K. MAMMACH, 1984, S. 35.

8 K. WISOTZKY, Ruhrbergbau, 1983, S. 78 ff.; D. PEUKERT, F. BAJOHR, 1987, S. 163 f. Vgl. H. LAMPERT, 1983, S. 191. Im Reich sank die Lohnquote von 64% (1933) auf 57% (1938). A. KLÖNNE, H. REESE, 1986, S. 208.

9 K. WISOTZKY, Ruhrbergbau, 1983, S. 87; D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 207. R. KÜHNL, Faschismus, [3]1978, S. 261 zu den Lebenshaltungskosten.

die Gesamtlebenshaltungskosten um ca. 6% stiegen und die Lohnabzüge sich erhöhten, war das Realeinkommen eines 1933 voll arbeitenden Arbeiters bis 1936 bei gleicher Arbeit ohne Überschichten um etwa 8% gesunken.[10] Um ihren Lebensstandard zu halten, mußten die Ruhrbergarbeiter also länger arbeiten; bei der Mehrheit der Bergarbeiter herrschte weiter bittere Not. Die schlechte Lebenslage der Ruhrarbeiter erfüllte die Behörden zu Recht mit Sorge bezüglich der Stimmung im Ruhrgebiet.[11] Beispielsweise wurde im Januar 1935 von Unruhe in den Belegschaften von Bergmannsglück, Westerholt und Scholven berichtet, und es gab im Juni desselben Jahres Gerüchte, daß die Belegschaften von Graf Bismarck und Consolidation eine Abordnung zum Führer entsandt hätten und gewillt wären, wenn keine Abhilfe geschaffen würde, in den Hungerstreik zu treten.[12] Die Stimmung verschlechterte sich noch, als im März 1936 einige Feierschichten verfahren wurden, weil die Ausfuhr nach Italien zurückging.[13]

Mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20.1.1934, dem „umfassendsten arbeitsrechtlichen Gesetzeswerk des Dritten Reiches", wurde die „Herr-im-Haus"-Position der Unternehmer wiederhergestellt, indem die Direktoren zu „Führern des Betriebes", die alle Entscheidungsrechte besaßen, gemacht wurden. An die Stelle des Betriebsrates trat der Vertrauensrat mit lediglich beratender Funktion, der an die Aufgabe der „Förderung des Betriebszweckes"gebunden war, zu dessen Vorsitzenden der „Führer des Betriebes" bestimmt wurde. Als weitere Sicherung gegen eine Interessenvertretung der Belegschaft diente das notwendige Einvernehmen mit dem Betriebsführer bei der Kandidatenaufstellung für die Vertrauensratswahl.[14] Auch bei den Verhandlungen über die Betriebsordnungen setzten sich die Industriellen durch: Das Beschwerderecht entfiel, das Mitspracherecht bei der Festsetzung von Strafen ebenso, das Einzelgedinge wurde gegenüber dem Kameradschaftsgedinge durchgesetzt, ein Zugriff der DAF auf die Berufsausbildung wurde verhindert, lediglich bei den Kündigungsfristen gab es geringfügige Zugeständnisse der Arbeitgeber.[15]

Die Belebung der Gesamtwirtschaft ließ die Nachfrage nach Ruhrkohle bis 1936 derart ansteigen, daß im Winter 1936/37 Vollbeschäftigung er-

---

10 IML/ZPA St 3/44/I.

11 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 87. Vgl. IML/ZPA St 3/44/I für 1936 und IML/ZPA St 3/743 für 1935. Vgl. Kreisamtsleiter der NSBO und der DAF Buer, in: STAM OP 5 030.

12 Nach Staatspolizeistelle Regierungsbezirk Münster am 3.8.1935 war der Streik auf Consolidation und Graf Bismarck nur ein Gerücht. K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 88. Vgl. IML/ZPA St 3/44/I.

13 IML/ZPA St 3/44/III.

14 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 35 ff. und 44; ausführlich T. W. Mason, Entstehung, 1977, S. 325 ff.; D. Peukert, Volksgenossen, 1982, S. 128; D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 159 f.; H. Lampert, 1983, S. 191 f.; D. J. K. Peukert, Lage, 1987, S. 458 ff.; D. Petzina, Mobilisierung, 1970, S. 445; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 263; A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 206; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, [2]1978, S. 221.

15 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 45 ff. und 50 ff.

reicht wurde.[16] Auch auf den Gelsenkirchener Schachtanlagen wurde die Absatzlage ab 1936 besser.[17] Darüberhinaus profitierten die Gelsenkirchener Bergbauunternehmen von der Autarkiepolitik des Dritten Reiches, das zur Herstellung des für eine Kriegsführung notwendigen Benzins die industrielle Kohleverflüssigung energisch vorantrieb und mit Kostendeckungssicherheiten und Preisgarantien förderte. So wurde 1936 die Gelsenberg Benzin AG als Tochtergesellschaft der GBAG gegründet, die sofort mit dem Bau eines Hydrierwerkes bei der bis dahin stilliegenden Schachtanlage Nordstern 3/4 begann. Pünktlich zu Kriegsausbruch lieferte das Werk Benzin aus der leichtflüchtigen Kohle der Schachtanlage. Von der Errichtung des Hydrierwerkes der Scholven Chemie AG, das ab 1935 aus dem 1929 begonnenen Stickstoffwerk Scholven entstand, profitierte die Zeche Scholven. Die beiden Hydrierwerke schufen mit ihrer großen Anzahl von Arbeitsplätzen die vierte Säule der Gelsenkirchener Industrie, die Chemie.[18] Auch der Metallbereich in der Gelsenkirchener Industrie florierte infolge der Aufrüstungspolitik.[19] Der wirtschaftliche Aufschwung, den sich die Nationalsozialisten als ihr Verdienst anrechneten, und außenpolitische Erfolge der agressiven Politik Hitlers erhöhten die Massenloyalität zum NS-System und erschwerten die Bedingungen für den Widerstand weiter.[20]

Die Vollbeschäftigung bot den im Bergbau Beschäftigten die Chance, ihre soziale Lage individuell zu verbessern und eine besser bezahlte Tätigkeit aufzunehmen, wegen der einheitlichen Lohnpolitik des Bergbaus meist in einem anderen Gewerbezweig wie in der Eisen- und Stahlindustrie. Folglich stieg die Fluktuation der Zechenbelegschaften wieder an.[21] Auf dem Arbeitsmarkt herrschte ein Kampf um Arbeitskräfte, in dem der Ruhrbergbau unterlag, weil er sich nicht für genügend kapitalkräftig hielt, um höhere Löhne zu zahlen, und nicht wie die Reichswerke die Unterstützung offizieller Stellen genoß. Die „individuelle Tarifpolitik" durch Arbeitsplatzwechsel bewirkte nun auch Lohnsteigerungen, und unter den Bedingungen des Arbeitskräftemangels war beschränkter individueller Aufstieg möglich, der neue Lebensperspektiven eröffnete. Auch bei der Nachwuchs-Rekrutierung geriet der Ruhrbergbau in Schwierigkeiten und konnte seinen Bedarf zunehmend weniger decken. Aufgrund der Lohnsi-

---

16 Ebd., S. 119-126; D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 165 f. Vgl. W. F. Werner, 1984, S. 153 ff.: D. Petzina, Mobilisierung, 1970, S. 447.

17 Consolidation nahm 1938 Unser Fritz wieder in Betrieb. Zeche Hugo teufte 1933-1935 den Schacht Hugo Ost zur Seilfahrt und als Wetterschacht ab, dem im Krieg noch der Wetterschacht Hugo Nord folgte. 100 Jahre Consolidation, 1963, S. 10; H. Brüntgens, 1974, S. 28 f.; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 264; G. Gebhardt, 1957, S. 315.

18 H. Baumann, 1961, S. 18; W. u. G. Hermann, ²1982, S. 101 f.; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 268 f.; H. Hering, Demontagearbeit, 1986, S. 308; H.-G. Kemmer, 1985, S. 12 ff., 16 f., 39 und 84; P. Wiel, 1970, S. 289 und 293 f.; F. Brüning, 1955, S. 89; G. Gebhardt, 1957, S. 50, 55 und 340.

19 B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 267 f.

20 U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 25.

21 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 130; D. Peukert, Volksgenossen, 1982, S. 134; D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 168; D. J. K. Peukert, Lage, 1987, S. 468 f.

tuation und sozialen Lage der Bergarbeiter, des entsprechend geringen Sozialprestiges des Bergmannsberufes und der gefahrvollen und gesundheitsschädigenden Arbeit erschien den Bergarbeiterfamilien eine Tätigkeit ihrer Söhne z. B. in der Metallindustrie als sozialer Aufstieg.[22] Die Veränderungen von Lebensperspektiven blieben wegen der Trennung der Masse der Arbeiter vom Kern der Widerständler individuell orientiert und wurden nicht kollektiv verarbeitet.[23]

Die soziale Lage der Ruhrbergarbeiter verbesserte sich infolge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nur geringfügig: Während der Schichtlohn gleich blieb, verbesserte sich der monatliche Nettoverdienst leicht durch die Reform der Knappschaft. Ansonsten wurde das monatliche Einkommen nur durch Mehrarbeit, die sich aus dem Abbau der Feierschichten und zusätzlichen Über- und Nebenschichten ergab, erhöht. Weihnachtsgeld und Feiertagsvergütung erbrachten eine indirekte Lohnerhöhung von etwa 2%. Da durch strengere Kontrollen die Entwicklung der Lebensmittelpreise stabilisiert werden konnte, verblieb den Bergarbeitern auch real ein Einkommenszuwachs, wobei allerdings nach wie vor Versorgungsmängel die Lage der Bergarbeiterschaft kennzeichneten. Die geringe absolute Verbesserung fiel kaum ins Gewicht angesichts der Vergrößerung des Abstandes zur Lohnentwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie, welche die Bergleute zur Beurteilung ihrer eigenen Einkommenssituation als Vergleichsmaßstab heranzogen.[24] Insgesamt erreichte in Deutschland bei erheblich verlängerter Arbeitszeit die Kaufkraft der Arbeitnehmer erst 1938 wieder das Niveau von 1929. Zugunsten der Profite großer Kapitalgesellschaften sank dabei zwischen 1933 und 1939 der Anteil der Löhne am Volkseinkommen.[25] Die Unzufriedenheit der Ruhrbergarbeiter mit ihren Löhnen, die der DAF und den Polizeistellen nicht verborgen blieb, und der Arbeitermangel im Ruhrbergbau, der seinen Förder-Anforderungen um die Jahreswende 1938/39 nicht mehr nachkommen konnte, zwangen zu grundlegenderen Überlegungen. Eine weitere Rationalisierung war kurzfristig nicht machbar. Da eine Belegschaftsvergrößerung auch nicht möglich war, blieb nur die Arbeitszeitverlängerung. Dabei war wegen der Bedeutung der Arbeitszeitfrage in der Vergangenheit und der schon bestehenden Unzufriedenheit in der Bergarbeiterschaft klar, daß eine Arbeitszeitverlängerung mit einer Lohnerhöhung verbunden werden mußte. Aus diesen Überlegungen entstand die „Verordnung zur Erhöhung der Förderleistung und des Leistungslohnes im Bergbau" vom 2. März 1939, die sogenannte „Göring-Verordnung". Die Bergwerksbesitzer konnten nicht verhindern, daß ihnen eine überproportionale Bezahlung der Mehrarbeit

---

22 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 137. Vgl. D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 168 f.; F.-J. Brüggemeier, M. Zimmermann, 1987, S. 33 f.

23 U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 25; K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 135; D. Peukert, Volksgenossen, 1982, S. 137 ff.; M. Zimmermann, Pflaster, 1981, S. 76 f. und 81; D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 166 und 170 f.; M. Zimmermann, Schachtanlage, 1987, S. 210.

24 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 140, 143 ff. und 150 f.

25 D. Petzina, Mobilisierung, 1970, S. 449.

verordnet wurde, die der Befriedung der Ruhrbergarbeiter dienen sollte, die eine auf acht-dreiviertel-Stunden verlängerte Schichtzeit hinnehmen mußten. Die „Göring-Verordnung" brachte jedoch weder eine Lösung der Schwierigkeiten des Ruhrbergbaus noch eine sozialpolitische Befriedung.[26]

Da die Deutsche Arbeitsfront als bloßes Mittel der Integration der Arbeiterklasse in das Dritte Reich kaum Erfolge in der Lohn- und Tarifpolitik erringen konnte, mußte sie versuchen, sozialpolitische Initiativen zu ergreifen, um Massenloyalität herzustellen. Zusammenfassend ist jedoch festzustellen, daß sich die DAF in fast keiner Frage gegen die Unternehmer durchsetzen konnte, sondern wirtschaftliche Gründe wie der Arbeitskräftemangel zu vermehrten Aufwendungen für betriebliche Maßnahmen und einer propagandistisch stark übertriebenen Verbesserung der Lebensbedingungen führten.[27] Die Maßnahmen betrieblicher Sozialpolitik dienten vornehmlich dem reibungslosen Betriebsablauf, der Leistungssteigerung, der Unterbindung der Fluktuation und auch dem Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Dabei wurde Mitte der 1930er Jahre an erste Ansätze betrieblicher Sozialpolitik aus der Weimarer Republik angeknüpft, die wegen der disziplinierenden Wirkung der Weltwirtschaftskrise nicht weiter verfolgt worden waren. Nach ersten Versuchen im Jahre 1933 wurde 1937 die Aktion „Schönheit der Arbeit" gestartet, die vorgeblich der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsstätten dienen sollte, sich jedoch weitgehend auf eine bessere Gestaltung der Wasch- und Aufenthaltsräume und die äußerliche Verschönerung der Betriebsanlagen beschränkte. Die Bergwerksgesellschaften realisierten auch nur die Maßnahmen, die keine hohen Kosten verursachten, oder solche Maßnahmen, von denen sie sich positive Auswirkungen auf ihre Ziele versprachen. In ähnlicher Weise diente die Arbeitsschutz-Aktion „Kampf der Gefahr" seit Ende 1936 vorwiegend propagandistischen Zwecken, was die Ruhrbergleute durchaus erkannten und mit einer geringen Teilnahme an den DAF-Aktionen quittierten.[28] Eine der spektakulären Aktionen, die die DAF initiierte, waren die „Reichsberufswettkämpfe", mit denen die DAF ihre Nützlichkeit für die Durchsetzung von Arbeiterinteressen nachzuweisen suchte. Diese wurden ab 1934 alljährlich – bis 1938 nur für Jugendliche – durchgeführt. Trotz erheblichen propagandistischen Aufwandes und der keineswegs freiwilligen Teilnahme war die Beteiligung mit etwa der Hälfte der Bergjungleute im Ruhrbergbau nicht sehr hoch. Auch zeigte sich bei den weltanschauli-

---

26 Zur Entstehungsgeschichte: K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 249 ff. und 269; J. Gillingham, 1979, S. 331. Vgl. W. F. Werner, 1984, S. 156.

27 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 213. Vgl. D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 169.

28 Ausführlich: K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 182 ff. und 185 ff. Zur relativ geringen Bedeutung in der Erfahrung: U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 27; J. Reulecke, Fahne, 1981, S. 248 f. Zur frühen betrieblichen Sozialpolitik auch: H. A. Winkler, Schein, ²1988, S. 617 f.; H. A. Winkler, Weg, 1987, S. 77 ff. Vgl. T. W. Mason, Entstehung, 1977, S. 337 f.

chen Fragen die nach wie vor geringe Verankerung des Nationalsozialismus in der Ruhrbergarbeiterschaft.[29]

Ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die zum Teil an bereits bestehende Aktivitäten der Unternehmer anknüpften, wurde zur Erzeugung der Illusion einer Betriebsgemeinschaft in Angriff genommen. Eine dieser Maßnahmen war die der nationalsozialistischen Vorliebe für militärische Formen entspringende Durchführung von Betriebsappellen, die die Werksverbundenheit erhöhen sollten. Aufgrund des Willens der Betriebsführungen, den Arbeitsausfall möglichst gering zu halten, und der Ablehnung der Belegschaften, die dies als lästige zusätzliche unbezahlte Arbeitszeit empfanden, wurde deren Zahl jedoch recht gering gehalten.[30] Dagegen nahm die Quantität der auch schon in der Weimarer Zeit von den Betrieben organisierten Veranstaltungen, wie Jubilarehrungen, Sammlungen, Filmveranstaltungen und Vorträge, zu. Die Arbeiter besuchten diese Veranstaltungen als Möglichkeit billiger Ablenkung und seltene Gelegenheit zum Feiern. Auch der Betriebssport, schon vor 1933 in Angriff genommen als Konkurrenz zum Arbeitersport, wurde im Dritten Reich verstärkt gefördert, und das Vereinswesen der Zechen, welches als Gegengewicht zur Arbeiterkulturbewegung von den Unternehmern gefördert worden war, wurde ausgebaut. Die gegen den Einfluß der Partei- und Gewerkschaftspresse gegründeten Werkszeitungen wurden in der NS-Zeit zur Verbreitung des Nationalsozialismus instrumentalisiert, und sie sollten dazu beitragen, „die rechtlose Lage der Belegschaft zu verschleiern und die Arbeiter zu einer positiven Bewertung des Regimes zu bringen"[31]. Ausgebaut wurde auch die nach der Inflationszeit von den Bergwerksgesellschaften entwickelte neue Form der Werksfürsorge, womit eine langfristige Strategie der Herstellung von Werksverbundenheit und der Schwächung der Gewerkschaften verfolgt wurde. So besaßen viele Zechen eigene Kindergärten oder unterstützten konfessionelle Einrichtungen, unterhielten Horte und Haushaltsschulen. Hinter diesem sozialen Engagement stand auch immer der Gedanke, Nachwuchs aus den Bergarbeiterfamilien zu gewinnen, Fluktuation zu verhindern und Leistungssteigerungen zu erreichen.[32]

---

29 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 189 ff. und 193 ff.

30 Ebd., S. 197 f.; J. Reulecke, Fahne, 1981, S. 257.

31 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 200 f. Vgl. H. J. Teichler, Ende, 1985, S. 211; S. Gehrmann, Fußball, 1988, S. 190. Nach S. Gehrmann, Dokumentation, 1987, S. 98 f. und 107 bestanden 1932 Betriebs-Fußballvereine im Gelsenkirchener Süden bei Friedberg, Delog, Dahlbusch, Gelsenguß, Rheinelbe, und Schalker Verein, 1940 zusätzlich bei Küppersbusch, GHH, der Reichsbahn und Wilhelmine Viktoria.

32 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 202 f.

b) Widerstand aus der Arbeiterbewegung

Widerstand aus der zerschlagenen Arbeiterbewegung äußerte sich in verschiedenen Formen nonkonformistischen Verhaltens. Diese Aktivitäten waren Fortentwicklungen kultureller Elemente der Arbeiterbewegung über den Untergang ihrer Organisationen hinaus und wurden von denen getragen, die durch die Arbeiterbewegungskultur der Weimarer Zeit geprägt worden waren. Dabei war Voraussetzung jeden Schrittes von der Kritik nationalsozialistischer Herrschaft zu einer Form des Widerstandes das Vorhandensein starker ideologischer und politischer Bindungen und einer Gegenutopie, die dem Einzelnen oder der Gruppe überhaupt erst die Möglichkeit schufen, sich aus der propagierten Volksgemeinschaft als Widerstandsgruppe herauszulösen und darüberhinaus das eigene Leben in Gefahr zu bringen.[1] Eine Grunderfahrung der NS-Herrschaft für diejenigen, die sich weiter der Arbeiterbewegung verbunden fühlten, war die eines allgegenwärtigen Terrors, der nach der Anfangsphase offenen Terors ab 1934 verdeckter fortgesetzt wurde.[2] Trotz der Verbote und Verhaftungen konnten Teile der Arbeiterorganisationen erhalten oder rasch wiederaufgebaut werden. Diese illegalen Gruppierungen knüpften personell und inhaltlich an die verbotenen Organisationen an und verstanden sich oft auch als Gliederungen einer Organisation, deren Leitung entweder illegal in Deutschland oder im Exil bestrebt war, die alten Organisationen weiterzuführen. Die Aufrechterhaltung der Organisation beruhte auf der verbreiteten Ansicht des baldigen Scheiterns der Regierung Hitler. So richtete sich die antifaschistische Tätigkeit zunächst auf „die Bewahrung und Weiterentwicklung kommunistischer oder sozialdemokratischer Überzeugungen unter Mitgliedern und Anhängern". Deswegen wurde besonders die Verteilung von Informationen und illegalen Schriften und die Gewährleistung des Zusammenhaltes eines Kernes der Mitglieder versucht.[3] Bis 1936 war der organisierte Widerstand durch Gruppen, die illegal an ehemalige Strukturen der Arbeiter-Organisationen anknüpften, weitgehend zerschlagen.[4] Die Kader der ehemaligen Arbeiterparteien und ihrer Umfeldorganisationen sowie der Gewerkschaften bemühten sich trotzdem weiter, die überlieferten kulturellen Elemente zu bewahren, und gingen ab Mitte der 1930er Jahre dazu über, nur noch informelle, lose, meist auf privatem Kontakt beruhende, unstrukturierte Kreise zu bilden, in denen sporadisch Informationen ausgetauscht werden konnten.

Zwischen drei Formen des Widerstandes ist zu differenzieren: Dem bewußten politischen Kampf, der gegen die NS-Herrschaft gerichtet war, der gesellschaftlichen Verweigerung oder Resistenz, die sich gegen die Zumutungen und Eingriffe des Nationalsozialismus richtete, und der weltan-

---

1 W. S. Allen, 1985, S. 850. Vgl. im Zusammenhang des nationalkonservativen Widerstandes: H. Mommsen, Widerstand gegen Hitler, 1985, S. 8.
2 E. Kolb, Maschinerie, 1983, S. 272; U. Klein, 1981, S. 45.
3 G. Plum, 1974, S. 369; sehr hoffnungsvoll W. S. Allen, 1985, S. 853.
4 K. Schabrod, Widerstand, 1969, S. 85.

schauliche Dissidenz, die in der häufig zu Unrecht reklamierten „inneren Emigration" kulturelle Traditionen bewahrte.[5] Ein über innere Emigration hinausgehendes Widerstandspotential zeigte sich bei den verschiedenen Abstimmungen, die in der Anfangsphase des Dritten Reiches stattfanden[6]:

Tabelle 75: „Wahlen" und „Volksabstimmungen" in Gelsenkirchen 1933–1938

	Ge		Buer		Horst		Gesamtstadt		Reich
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	in %
a) „Wahl" zum Reichstag am 12. Nov. 1933									
Stimmberechtigt							216 326		
Beteiligung	130 469		59 355		14 815		204 639	94,6	95,3
gültig/NSDAP	117 954	90,4	53 933	90,9	13 506	91,2	185 393	90,6	9,1
ungültig/Nein	12 515	9,6	5 422	9,1	1 309	8,8	19 246	9,4	7,9
b) „Volksabstimmung" am 12. Nov. 1933									
Stimmberechtigt							216326		
Beteiligung	132 009		59 874		14 907		206 790	95,6	96,3
gültig	129 224	97,9	58 856	98,3	14 672	98,4	202 752	98,0	98,3
ungültig	2 785	2,1	1 018	1,7	235	1,6	4 038	2,0	1,7
Ja	121 081	93,7	55 021	93,5	13 675	93,2	189 777	93,6	95,2
Nein	8 143	6,3	3 835	6,5	997	6,8	12 975	6,4	4,8
c) „Volksabstimmung" über das Staatsoberhaupt am 19. Aug. 1934									
Stimmberechtigt	126 035		58 394		14 516		198 945		
Beteiligung	121 647	96,5	56 945	97,5	13 924	95,9	192 516	96,8	95,7
gültig	118 530	97,4	55 468	97,4	13 891	99,8	187 889	97,6	98,0
ungültig	3 117	2,6	1 477	2,6	33	0,2	4 627	2,4	2,0
Ja	96 178	81,1	45 016	81,2	11 129	80,1	152 314	81,1	89,9
Nein	22 352	18,9	10 452	18,9	2 771	19,9	35 575	18,9	10,1
d) „Wahl" zum Reichstag am 29. März 1936									
Stimmberechtigt	136 174		62 410		15 606		214 190		
Beteiligung	133 981	98,4	61 612	98,7	15 501	99,3	211 094	98,6	99,0
gültig/NSDAP	132 560	98,9	60 766	98,6	15 395	99,3	208 721	98,9	98,8
ungültig/Nein	1 421	1,1	846	1,4	106	0,7	2 373	1,1	1,2
e) „Wahl" zum Reichstag am 10. Apr. 1938									
Stimmberechtigt	128 939		60 831		15 164		204 934		
Beteiligung	128 402	99,6	59 915	98,5	15 139	99,8	203 436	99,3	99,6
gültig/NSDAP	127 791	99,5	59 558	99,4	15 114	99,7	202 463	99,5	98,9
ungültig/Nein	611	0,3	357	0,6	25	0,3	993	0,5	1,1

5 R. LÖWENTHAL, Widerstand, 1983, S. 621 f. Zum Widerstandsbegriff: I. KERSHAW, 1985, S. 781 ff.

6 B. KOLKENBROCK, Wahlen, o. J.; vgl. mit leichten Abweichungen: VERW.-B. Stadt Ge-Buer 1933 (StA Ge 0/XXVI/4), S. 12 f.; VERW.-B. Stadt Ge-Buer 1934 (StA Ge 0/XXVI/4). Vgl. D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 209.

Die Ergebnisse zeigten eine begrenzte Verweigerung gegenüber dem NS-Regime – allerdings unter den Bedingungen keineswegs freier Abstimmungen. Der bewußte politische Widerstand aus der zerschlagenen Arbeiterbewegung war noch erheblich schwächer.

Da die KPD von den ersten Verhaftungswellen auf der unteren Ebene der Zellen zunächst nicht allzu stark betroffen war, gelang es dank der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Funktionärskader, bis Spätsommer 1933 die Verbindungen zwischen Parteispitze und den Gliederungen wiederherzustellen. Im Bezirk Ruhr wurden im Rahmen der unbeirrt weiterverfolgten Strategie, den „Massencharakter" der Partei aufrechtzuerhalten, etwa 2 000 Mitglieder kassiert, u. a. im Instruktionsgebiet Gelsenkirchen, wo fünf Unterbezirke bestanden, die auch Wanne-Eickel, Gladbeck und Bottrop umfaßten.[7] Erst im September wurden verstärkte Sicherheitsmaßnahmen für die illegale Arbeit getroffen, wie Austausch der Aktiven, getarnte Flugblattverteilung und Verkleinerung der Zellen zur Absicherung der Betriebs- und Straßenzellenarbeit, wobei allerdings die gefährlichen Verbindungen untereinander beibehalten wurden.[8] An der KPD-Basis des Ruhr-Bezirks breitete sich nach den ersten Verhaftungswellen z. T. ein Rückzug auf konspirative Arbeit in kleinen Zirkeln aus, denn die Bezirksleitung wandte sich im September gegen den „schlechten Brauch, einfach die Mehrheit der Mitglieder als Spitzel, Unsichere, Feiglinge usw. abzuhängen und nur die „ganz Sicheren" zu kassieren und zur Arbeit heranzuholen". Dagegen hielt die Bezirksleitung wie die KPD-Leitung am irrealen Konzept der Massenpartei fest und forderte, alle früheren Mitglieder zu überprüfen und wieder Kontakt mit ihnen aufzunehmen, wenn nicht der begründete Verdacht der Spitzelei vorläge.[9] Das Problem eingeschleuster Spitzel scheint insbesondere der KPD große Schwierigkeiten gemacht zu haben.[10]

Trotz der verbesserten Sicherheitsmaßnahmen gelang es der Gestapo noch im September, sieben Spitzenfunktionäre der Bezirksleitung festzunehmen.[11] Da in geradezu selbstmörderischer Weise gegen die Regeln der konspirativen Tätigkeit verstoßen wurde, konnte die Gestapo auch den folgenden Reorganisationsversuch bald unterbrechen; die neue Bezirksleitung wurde im November festgenommen und die illegale Organisation in

---

7 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 58 und 61; F. Bajohr, Verdrängte Jahre, 1983, S. 107; H. J. Steinberg, Widerstand, 1969, S. 101. Vgl. D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 101 und 141. 3 000 Mitglieder nach: G. Plum, 1974, S. 372 f. Vgl. S. Bahne, Kommunistische Partei, [2]1979, S. 701; S. Bahne, KPD und das Ende, 1976, S. 51; H. Weber, Ambivalenz, 1985, S. 76 f.

8 IML/ZPA St 3/742. Vgl. H. Weber, Ambivalenz, 1985, S. 76 f.

9 IML/ZPA St 3/742. Zur Haltung der KPD-Leitung: H. Weber, Ambivalenz, 1985, S. 78.

10 Stadt Ge, 40 Jahre, 1985, S. 8 und 15; H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 8 f. Dagegen führt D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 96 f. auch die Gestapo-Verfolgungstechniken an.

11 IML/ZPA St 3/742. Zu den vorherigen Wechseln in der Leitung des Bezirks Ruhr: D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 141; K. Mammach, 1984, S. 51.

mehreren Verhaftungswellen stark angeschlagen.[12] Eine neue Bezirksleitung wurde Mitte Dezember installiert, der Bezirksleiter wurde aber schon am 20. Januar 1934 verhaftet.[13] Von einer kommunistischen Widerstandsgruppe aus Gelsenkirchen wurden 49 Personen festgenommen, gegen die wegen Weiterführung von KPD und RFB, Verteilung von Schriften und Waffenbesitz im März 1934 vor dem Oberlandesgericht Hamm verhandelt wurde. Nur fünf Personen wurden freigesprochen, 44 Angeklagte erhielten Haftstrafen von zusammen 63 Jahren.[14] Ebenfalls im März 1934 wurden 17 Angeklagte einer Gelsenkirchener Gruppe, die die „Rote Fahne" verteilt hatte, vom Oberlandesgericht zu insgesamt 18 Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt.[15] Aus einer weiteren Gruppe aus Gelsenkirchen, die illegal Schriften verteilt hatte, wurden acht Mitglieder im April 1934 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.[16] Von einer Gruppe der Roten Hilfe aus Gelsenkirchen wurden am 18. August 1934 20 Angeklagte vom Oberlandesgericht Hamm zu Gefängnisstrafen von insgesamt 26 Jahren und neun Monaten wegen Verteilung illegaler Schriften verurteilt, zwei Angeklagte wurden freigesprochen.[17] Im Oktober 1934 wurden 24 Kommunisten aus Buer und Gelsenkirchen, die etwa ein Jahr zuvor verhaftet worden waren, zu längeren Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.[18]

Auch zahlreiche Frauen standen in der kommunistischen Widerstandsarbeit, wie Emma Rahkob und Anna Bukowski, deren Männer führend im kommunistischen Widerstand Gelsenkirchens waren. Diese Frauen gründeten bald nach dem Machtantritt Hitlers ein „Kaffeekränzchen" zum politischen Informationsaustausch. Dieses wurde bald von der Gestapo entdeckt, und die Frauen wurden verhaftet. Da sie aber trotz Mißhandlungen schwiegen, konnte ihnen nichts nachgewiesen werden. Als die Männer der beiden Frauen kurz darauf verhaftet und zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden, führten die Frauen die Herstellung, Vervielfältigung und Verteilung illegaler Schriften weiter, bis Emma Rahkob 1935 verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde.[19] Eine weitere im Widerstand engagierte Frau war Hedwig Diehl, in deren Kurz- und Schreibwarengeschäft illegale Schriften hergestellt wurden, und die auch ins Saarland reiste, um illegale Schriften zu besorgen. Um ihrer drohenden Verhaftung zu entgehen, floh sie im April 1935 ins französische Exil, wo sie nach der deutschen Besetzung Kontakt zur Resistance aufnahm und kurz vor

---

12 IML/ZPA St 3/742; H. J. STEINBERG, Widerstand, 1969, S. 103 f.; G. PLUM, 1974, S. 372 f.

13 Bezirksleitung um August Stötzel. IML/ZPA St 3/742; D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 58 f. und 66; D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 142 f.

14 K. SCHABROD, Widerstand, 1969, S. 31.

15 Ebd., S. 39.

16 Da die Gruppe u. a. Schriften der RGI verteilte, ist sie dem kommunistischen Widerstand zuzurechnen. Ebd., S. 37.

17 Die Zeitungen „Tribunal" und „Der Antifaschist" wurden verteilt. Ebd., S. 38.

18 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, [2]1982, S. 91 ff.

19 AdsD NL J. Lang, „Abschriften von unterschriebenen Erklärungen einfacher Arbeiterfrauen", Emma Rahkob (Übermittelt von E. Samorei).

Kriegsende bis zur Befreiung durch die anrückenden Amerikaner einen desertierten deutschen Soldaten versteckte.[20]

Wiederum hatten Teile des kommunistischen Organisationsnetzes die Zugriffe der Gestapo überstanden und machten sich an die Reorganisation. Noch im Januar 1934 übernahm ein Funktionär aus Dresden die Bezirksleitung, wurde aber schon am 14. März wie auch weitere Bezirksfunktionäre verhaftet.[21] Nach einem Bericht der Bezirksleitung an die KPD-Inlandsleitung in Berlin vom März 1934 erholte sich die Ruhrgebiets-KP von den Verhaftungswellen immer wieder recht schnell und ca. 2 000 Mitglieder wurden monatlich abgerechnet. So hatte die Verhaftungswellen zunächst ein Unterbezirk Buer der KPD überstanden, der über eine eigene Leitung und 120 abgerechnete Mitglieder verfügte und im Februar 50 Zeitungen der Bezirksleitung in Umlauf brachte. Die Organisation in Gelsenkirchen-Stadt und in Horst-Gladbeck war im Wiederaufbau begriffen. Gruppen des KJVD und der Roten Hilfe waren im Raum Gelsenkirchen sehr schwach.[22]

Der Nachfolger des politischen Leiters des Ruhrbezirks fiel der Gestapo schon kurz nach seiner Amtsübernahme im April in die Hände. Der neue Bezirksleiter traf erst im Juni 1934 ein und wurde bereits Ende Juli verhaftet. Diese Bezirksleitung fand u. a. im Gelsenkirchener Raum bestehende Gruppen in Buer, Horst und Scholven vor. Im Zusammenhang mit der Verhaftung der Bezirksleitung gelangen der Gestapo auch weitere Verhaftungen in Gelsenkirchen im Oktober.[23] Erst die Ende 1934 etablierte Bezirksleitung konnte bis Juni 1935 unentdeckt arbeiten. Im Reorganisationsprozeß der Bezirksleitung kam es auch zu Kontaktaufnahmen zu kommunistischen Widerstandskämpfern in Gelsenkirchen.[24] Die Gelsenkirchener Gruppen wurden im Oktober 1934 hart getroffen, als 150 Kommunisten aus den Ortsgruppen Buer, Erle, Gelsenkirchen, Resse, Gladbeck und Wanne-Eickel verhaftet wurden. Unter den verhafteten Kommunisten war z. B. auch Gustav Badziong, der ins KZ Esterwegen kam, wo der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Fritz Husemann ermordet wurde. Wieder überstanden Gruppen in Buer und in Gelsenkirchen auch diese Verhaftungswelle. Eine Sutumer Gruppe bestand sogar von 1933 bis zu ihrer Verhaftung 1936.[25]

---

20 Ebd., Hedwig Diehl.

21 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 66 f.; H. J. Steinberg, Widerstand, 1969, S. 108 ff.; G. Plum, 1974, S. 374 f.; D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 143.

22 IML/ZPA St 3/742; vgl. D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 68 ff.; F. Bajohr, Verdrängte Jahre, 1983, S. 111.

23 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 71 und 73 f.; K. Mammach, 1984, S. 51; F. Bajohr, Verdrängte Jahre, 1983, S. 111. Vgl. D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 143 f.; G. Plum, 1974, S. 374 f.; zur Verhaftung von Karl Schabrod: IML/ZPA St 3/742. Vgl. Widerstand und Verfolgung in Dortmund, ²1981, S. 172 f.; H. J. Steinberg, Widerstand, 1969, S. 110 ff.

24 G. Plum, 1974, S. 374 f.; D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 84 f., 88 und S. 95. Vgl. D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 144 f.; K. Mammach, 1984, S. 51.

25 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 86 nach: IML/ZPA St 3/74, St 3/75, St 3/742. Vgl. F. Bajohr, Verdrängte Jahre, 1983, S. 112 ff.; D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 144;

Im Sommer 1934 zeichnete sich mit der Änderung der sowjetischen Außenpolitik beim EKKI-Präsidium die Hinwendung zu einer „Rechtstaktik" und zu Einheitsfrontangeboten an sozialistische Parteien ab. Im Oktober 1935 tagte im Anschluß an den VII. Weltkongreß im Juli/August eine aus Gründen der Tarnung „Brüsseler Konferenz" genannte KPD-Konferenz in der Nähe von Moskau und änderte die KPD-Taktik entsprechend den Beschlüssen des Weltkongresses zugunsten einer Volksfronttaktik gegen den Faschismus.[26] Nachdem es im Raum Gelsenkirchen, wie die Gestapo durch Hausdurchsuchungen bei SPD- oder SAP-Mitgliedern und Mitgliedern ehemaliger Arbeiterkulturorganisationen feststellte, bis November 1933 nicht zu einer Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen war[27], sollen nach dem Sommer 1934 Einheitsfrontverhandlungen zwischen Vertretern von KPD und SPD stattgefunden haben. Diese scheiterten allerdings am Widerstand der Sozialdemokraten, die der Linie des Prager Exilvorstandes SOPADE folgten, die in einer Konferenz von Vertretern des Exilvorstandes und Vertretern illegaler Gruppen auch aus dem Ruhrgebiet im August 1934 in Lüttich bestätigt worden war.[28]

Mit der Verhaftung der fast kompletten Bezirksleitung im Mai/Juni 1935 endete die Hochzeit organisierten kommunistischen Widerstandes an Rhein und Ruhr. Bis zum Sommer 1936 bestanden nur noch einzelne lokale Gruppen weiter.[29] Im Oktober 1936 wurden wiederum Kommunisten in Gelsenkirchen verhaftet und die organisierte Widerstandsarbeit damit weitgehend zerschlagen.[30] Nach den zahlreichen Verhaftungswellen waren auch die Kommunisten gezwungen, ihre Organisation zu dezentralisieren und zum eigenen Schutz Kontakte zu zentralen Instanzen nur noch sporadisch über einreisende Instrukteure aufzunehmen. Auch der kommunistische Widerstand mußte sich jetzt mehr auf informell-private Strukturen stützen.[31] Unter der unfreiwilligen Deckung eines nationalsozialistischen Vorsitzenden trafen sich z. B. einige Kommunisten um den Bergmann Josef Hermes in einem Gelsenkirchener Paddelclub. Diese Gruppe stand wiederum in Kontakt mit Bergleuten der Zeche Scholven, die am Wieder-

---

STADT GE, 40 Jahre, 1985, S. 8 und 15; H. HERING, M. MROTZEK, 1988, S. 8; SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 131.

26 D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 79; D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 218 ff.; S. BAHNE, Kommunistische Partei, ²1979, S. 712 und 716 ff.; S. BAHNE, KPD und das Ende, 1976, S. 60 ff. und 64 ff. Vgl. H. WEBER, Ambivalenz, 1985, S. 80 ff.; H. WEBER, Illegalität, 1984, S. 90 ff.; W. MÜLLER, RGO, 1988, S. 383.

27 IML/ZPA St 3/742.

28 D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 91, lt. IML/ZPA 3/1/371 und 117, lt. IML/ZPA St 3/763, St 3/40/I, 3/1/371.

29 G. PLUM, 1974, S. 378; H. J. STEINBERG, Widerstand, 1976, S. 114 ff.; D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 145.

30 K. MAMMACH, 1984, S. 164.

31 Bei D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 96 erscheint die Fortexistenz nur lokaler Gruppen als neue Strategie und auf S. 166 als ein Ergebnis der Brüsseler Konferenz, während G. PLUM, 1974, S. 378 hierin die Folge der selbstmörderischen Strategie sieht. Vgl. D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 268, wo die Umstellung auf den Zusammenbruch des Organisationsnetzes zurückgeführt wird.

aufbau einer einheitlichen Bergarbeitergewerkschaft orientiert waren. Im Raum Gelsenkirchen führten besonders einheitsgewerkschaftliche Vorstellungen zur Gruppenbildung im Kommunikationszusammenhang der Bergwerksbetriebe. Weitere solcher Gruppen um die Kommunisten Walter Jarrek und Hans Schiwon hatten auf verschiedenen Schachtanlagen wie Nordstern, Hugo und Ewald 1/2 alle Verfolgungen überstanden und standen über Walter Jarrek mit dem Pfingsten 1936 in Amsterdam gegründeten „Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands" in Verbindung. Eine Verhaftungswelle im Oktober 1936 erfaßte auch die Gelsenkirchener Gruppen, doch verhinderte das Schweigen Walter Jarreks, daß die Gruppen aufgedeckt werden konnten.[32]

Vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 tagte die aus Tarnungsgründen Berner Konferenz genannte Parteikonferenz der KPD in der Nähe von Paris. Obwohl alle Versuche gescheitert waren, wurde die Einheits- und Volksfrontstrategie bestätigt, und als (Zwischen-) Ziele wurden die Schaffung einer neuen demokratischen Republik und erstmalig auch die Gründung einer Einheitspartei genannt. Darüberhinaus wurde verbal an der Strategie des Massenwiderstandes festgehalten, so daß sich die Kluft zwischen der Parteiführung im Exil und den Widerstandsgruppen im Land vertiefte, wozu dann noch der Hitler-Stalin-Pakt beitrug, der von der Parteiführung uneingeschränkt begrüßt wurde.[33]

Das sozialdemokratische Organisationsgeflecht war Anfang 1933 durch den Zugriff der Nationalsozialisten rasch zerstört worden, und in der Mitgliedschaft hatten sich Niedergeschlagenheit und Pessimismus breit gemacht, so daß die Gestapo zunächst Anfang September feststellen konnte, daß die SPD nicht mehr in Erscheinung trete.[34] Weil die Sozialdemokraten andere Organisationstraditionen hatten und weniger als die Kommunisten auf Aktionismus orientiert waren, erreichte der organisierte Widerstand von Sozialdemokraten nicht die „Straffheit der Organisation" und das „Ausmaß des kommunistischen Widerstandes". Da die SPD auch in nüchterner Einschätzung der Widerstandsmöglichkeiten nicht bestrebt war, eine illegale Massenorganisation zu bilden oder zu erhalten, ist eher von Widerstand von Sozialdemokraten als von Widerstand der SPD zu sprechen.[35]

Der frühzeitig ins holländische Exil geflohene Alfred Zingler entfaltete zusammen mit seiner Frau zahlreiche Aktivitäten zur Bekämpfung des Nationalsozialismus. Er lieferte Beiträge für Zeitungen des Widerstandes, wie die „Freie Presse", den „Neuen Vorwärts", und nahm u. a. Kontakt zum ehemaligen Vorsitzenden des Freidenker-Verbandes Max Sievers und zu

---

32 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 181 und 186 f. nach IML/ZPA St 3/50/I und 220. Vgl. insbesondere zum Arbeitsausschuß: D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 107 ff. und 123; F. Bajohr, Widerstand, 1988, S. 126 f.

33 H. Weber, Illegalität, 1984, S. 96 f. Vgl. D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 326 ff.; K. Mammach, 1984, S. 257 ff.

34 IML/ZPA St 3/742; Stimmungsbericht aus dem Unterbezirk Re-Ge, in: F. Bajohr, Verdrängte Jahre, 1983, S. 88.

35 G. Plum, 1974, S. 379. Vgl. D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 109.

Vertretern des emigrierten Parteivorstandes (Hans Vogel und Rudolf Breitscheid) auf. Über die sozialdemokratische Lehrerin Elisabeth Hennig, die auch aus Gelsenkirchen nach Holland ins Exil gegangen war und die auch den langjährigen Sozialdemokraten Karl Chemnitz für die illegale Arbeit gewann, unterstützte er das Einschmuggeln von Schriften des Widerstandes, wie der „Sozialistischen Aktion", ins Ruhrgebiet und bemühte sich um Informationen aus seiner Heimat, die er in seinen Artikeln verwandte.[36] Elisabeth Hennig wurde nach der Besetzung Hollands von der Gestapo aufgegriffen und vom Volksgerichtshof zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.[37] Über Helene Badziong, deren ganze Familie im Widerstand arbeitete, bestand ein weiterer Kontakt nach Holland, und über sie wurden gefährdete Personen des Widerstandes aus Deutschland herausgeschafft. Am 14. September 1936 wurde die ehemalige Gruppenleiterin der SAJ verhaftet und bis Dezember 1938 in Haft gehalten.[38] Auch über den ehemaligen Vorsitzenden des SAJ-Bezirks Westliches Westfalen, den Gelsenkirchener Willi Renner, der im Herbst 1933 und nochmals im Frühjahr 1934 Kontakt zum ehemaligen SPD-Bezirksvorsitzenden Fritz Henßler in Dortmund aufnahm, bestanden Kontakte nach Holland, von wo Informationsmaterialien wie die „Freie Presse" und der „Neue Vorwärts" der SOPADE ins Ruhrgebiet gelangten.[39] Renner stellte auch Kontakte zu ehemaligen SAJ-Funktionären in Dortmund her. Besonders die jüngeren SAJ'ler um die Amsterdamer Exilgruppe wie Willi Renner drängten auf den raschen Aufbau illegaler SPD-Gruppen.[40] Der Literaturtransport aus Holland ins Ruhrgebiet wurde ab Herbst 1933 durch den Aufbau von SOPADE-Grenzsekretariaten in Belgien und Holland, wo auch Elisabeth Hennig als Mitarbeiterin des Grenzsekretärs Ernst Schumacher aktiv war, systematisiert.[41] Nach verschiedenen Konferenzen von Grenzsekretären und Vertretern illegaler Gruppen aus dem Ruhrgebiet und dem Kölner Raum im April/Mai 1934, wo Vertreter des Parteivorstandes die Auffassung vertraten, daß eine Durchgliederung sozialdemokratischer Widerstandsgruppen zu gefährlich sei, sondern daß stattdessen in nüchterner Einschätzung der Möglichkeiten den örtlichen Gruppen die Frage der Or-

---

36 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 71 ff.; JUNGSOZIALISTEN NRW, 1983, S. 26; J. DZUDZEK, Versuch, 1988, S. 223. Zu Sievers: ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE, Widerstand, 1980, S. 48 f. Zu Chemnitz auch: F. BAJOHR, Verdrängte Jahre, 1983, S. 91 f.

37 E. Samorei am 14.8.1947, in: AdsD NL J. Lang; auch in: H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 265; auch in: H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 93 und Brief vom 5.8.1947 S. 92 und vgl. Kurzbiographie S. 338. Vgl. J. DZUDZEK, Versuch, 1988, S. 223.

38 STADT GE, 40 Jahre, 1985, S. 8 f.

39 G. HÖGL, K. LAUSCHKE, 1986, S. 45 f. Zu Widerstandsaktivitäten Henßlers: WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN DORTMUND, ²1981, S. 130 ff.; G. HÖGL, Henßler, 1988, S. 185 f.; J. DZUDZEK, Versuch, 1988, S. 223. Vgl. D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 111 f.; JUNGSOZIALISTEN NRW, 1983, S. 26.

40 Z. B. zu Max Heitland (bis 1925 Vors. SAJ-UB Hörde) und Willi Beuster (bis 1933 Vors. SAJ-UB Dortmund-Sauerland) lt. WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN DORTMUND, ²1981, S. 137 und 141. Vgl. G. HÖGL, K. LAUSCHKE, 1986, S. 46.

41 D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 114; JUNGSOZIALISTEN NRW, 1983, S. 26 f.; F. BAJOHR, Verdrängte Jahre, 1983, S. 90 f. und 92 zu E. Hennig; DGB KREIS DUISBURG, 1986, S. 4.

ganisation überlassen bleiben solle[42], wurde dann ein großes Verteilernetz für die „Sozialistischen Aktion" über die im Sommer 1933 von dem Sozialdemokraten August Kordass erworbene Brotfabrik Germania in Duisburg-Hamborn organisiert. Als Brotfahrer waren viele alte Sozialdemokraten eingestellt worden, die mit der Auslieferung von Brot auch die Verteilung von Zeitungen in großen Teilen des Ruhrgebietes (z. B. etwa 500 Stück der April/Mai-Ausgabe) übernahmen. Über die sozialdemokratische Lehrerin Hanna Niederhellmann, eine der Duisburger Initiatoren des Widerstandskreises um die Brotfabrik, hatte auch Alfred Zingler in seinem Exil Kontakt zu diesem Verteilerkreis. Hermann Rotthäuser belieferte Essen und über den ehemaligen Borbecker SAP'ler Otto Meister auch Gelsenkirchen, von wo der ehemalige SAJ'ler Willi Renner den Versand nach Lüdenscheid übernahm. Nach der Verhaftung einiger Mitglieder dieses Kreises bei einer illegalen Maifeier in Essen-Werden 1935, wobei auch die Gelsenkirchener Wilhelm Lorenz und Paul Krüger festgenommen wurden, wurde die gesamte Organisation von der Gestapo aufgerollt. Im Juli wurde Willi Renner in Lüdenscheid festgenommen.[43] Am 30. Oktober 1935 wurden drei ehemalige Sozialdemokraten und Reichsbannerleute in Gelsenkirchen festgenommen und später noch weitere Gelsenkirchener Sozialdemokraten.[44] Im Juli 1936 wurden neben zahlreichen weiteren Angeklagten wegen Besitz und Weitergabe der „Sozialistischen Aktion" die Gelsenkirchener Wilhelm Lorenz, Ewald Heppe, Paul Krüger, Fritz Bohne, Karl Nickel, Paul Pfeiffer, Paul Starke und Lambertus Schomaker zu z. T. mehrjährigen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Die Gelsenkirchener Beteiligten an der Gruppe um die Germania Brotfabrik stammten zum großen Teil aus SAP-Kreisen[45], die aber beispielsweise über die Wirtschaft von Karl Amend, wo sich anscheinend viele Sozialdemokraten trafen und deren Wirt wegen Vorbereitung zum Hochverrat von der Nazi-Justiz zu sieben Jahren Kerker verurteilt wurde, über zahlreiche Kontakte verfügten.[46] Verbindungen bzw. Überschneidungen bestanden

---

42 IML/ZPA St 3/744, JUNGSOZIALISTEN NRW, 1983, S. 34 und nach 27 und 65 fand Anfang August ein weiteres Zusammentreffen mit Otto Wels in Lüttich statt, wo dieser sich gegen eine Einheitsfront aussprach. Ebenso H. J. STEINBERG, Widerstand, 1969, S. 73.

43 D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 114 f.; vgl. IML/ZPA St 3/744; K. SCHABROD, Widerstand, 1969, S. 81 f.; SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 38 ff.; J. DZUDZEK, Versuch, 1988, S. 223 ff.; JUNGSOZIALISTEN NRW, 1983, S. 35 und S. 26 zu den Essener Vorgängen und zu Willi Renners Verbindung nach Lüdenscheid S. 79, H. J. STEINBERG, Widerstand, 1969, S. 71 ff. und Verteilernetz S. 75 und zu Willi Renner S. 80 und Gestapobericht über die Maifeier S. 210; ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE, Widerstand, 1980, S. 132 ff.; G. STREICH, 1976, S. 15. Vgl. Stadt GE, 40 Jahre, 1985, S. 15; H. HERING, M. MROTZEK, 1988, S. 9, wonach Wilhelm Lorenz der Leiter der Gelsenkirchener Gruppe war. DGB KREIS DUISBURG, 1986, S. 4 f. und 14 zu Kontakten zu Zingler. Zu Otto Meister: E. SCHMIDT, Lichter, Bd. 1, 1978, S. 95 ff. und 137 ff., vgl. Bd. 2, 1988, S. 27 ff.

44 Gestapo-Lageberichte für Oktober 1935 und für Januar 1936, in: SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 219 f.

45 Vgl. Urteil in: H. J. STEINBERG, Widerstand, 1969, S. 212 ff.; SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 42 ff. und S. 59 ff. Vgl Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986.

46 Nach der Urteilsbegründung hatte Starke u. a. Kontakt zu dem Sozialdemokraten Hugo Randen über die Gaststätte Amend. SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 53. Amend wurde nach STADT GE, 40 Jahre, 1985, S. 15; H. HERING, M. MROTZEK, 1988, S. 9 am

offensichtlich zwischen den Sozialdemokraten und SAP-Leuten um die Brotfabrik Germania und einer aus Mitgliedern aller Arbeiterparteien bestehenden Gruppe um den SAP'ler Emil Samorei in Rotthausen. Von dieser Gruppe, die über den SAP'ler Fritz Rogge aus dessen holländischem Exil Material bezog, wurden ab 5. September 1935 neun Personen verhaftet, und „Rädelsführer" Samorei erhielt viereinhalb Jahre Zuchthaus.[47] Die Leidenswege der Opfer des Nationalsozialismus lassen sich kaum noch verfolgen, wie der des ehemaligen Gelsenkirchener SAP-Vorsitzenden Wilhelm Lorenz, der nach seiner Haftstrafe ins KZ Buchenwald überführt wurde, wo er 1945 befreit wurde, und der seine Befreiung nur wenige Monate überlebte.[48]

Weitere sozialdemokratische Gruppen in Buer und Gelsenkirchen über den Kreis hinaus, der Verbindungen zu der Germania-Brotfabrik hatte, standen insbesondere mit Gladbecker Sozialdemokraten und mit Gruppen im Münsterland in Verbindung. Aus Holland wurden illegale Schriften über den Gladbecker Sozialdemokraten Otto Thyrock eingeführt, und Querverbindungen bestanden bis Köln. In Gelsenkirchen bzw. Buer, wo die Verbindungen nach Gladbeck über die Bekanntschaften aus dem alten SPD-Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen hergestellt worden waren, bestanden Verbindungen zu den Sozialdemokraten Heimbach, Chemnitz, Wengorz, Suffa, Pieper und Heckmanns. Bis zum Februar 1936 wurde 50 Personen festgenommen, darunter neben dem Recklinghausener auch ein ehemaliger Gelsenkirchener Parteisekretär, wahrscheinlich Karl Chemnitz.[49]

5.9.1933 verhaftet. Um ihn soll ein Leserkreis der „Sozialistischen Aktion" bestanden haben, der eine freiwillige Lesegebühr erhob.

47 Nach „Empfangsbestätigung für Zigarettenspende aus Amerika" von E. Samorei, in: AdsD NL J. Lang, stellten Karl Amend (7 Jahre Kerker), Franz Bosholt (4,5 Jahre Gefängnis, nach 45 SPD), Albert Kornett (3,5 Jahre Gefängnis, nach 45 KPD, VVN, 1952 KPD-Austritt), Ewald Heppe (vor 33 SAP, 2 Jahre Gefängnis), Paul Krüger (vor 33 SAP, 2,5 Jahre Gefängnis), Fritz Melchers (nach 45 SPD, 2 Jahre Gefängnis), Hugo Randen (vor und nach 33/45 SPD, 9 Jahre Gefängnis) und Samorei (vor 33 SAP, 4,5 Jahre Gefängnis) die „illegale Gruppe Samorei" dar. Die z. T. hohen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen passen allerdings nicht zur Aussage, daß die anderen, außer Samorei selbst, „mit dem blauen Auge" davonkamen (E. Samorei am 15.8.1947, in: AdsD NL J. Lang; auch in: H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 257). Überschneidungen bestehen mit Ewald Heppe und Paul Krüger, s. o. Vgl. H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 90 f., wonach Melchers vor 33 der KPD angehörte, S. 99 zu Fritz Rogge, der angeblich 1937 wegen Hochverrat verurteilt wurde und im April 1939 aus dem KZ Papenburg entlassen wurde (Anmerkung) und zu der Verhaftung von Albert Kornett, S. 346 zur Kurzbiographie von Kornett und S. 369 f. zur Kurzbiographie Emil Samorei. Vgl. J. DZUDZEK, Versuch, 1988, S. 228 f. und zu vermutlichen Kontakten Rogges zu A. Zingler 223. Dagegen Interview Ernst Forsthoff am 28.11.1986 zum Verbleiben Rogges im Ausland bzw. seiner Beteiligung am spanischen Bürgerkrieg.

48 Abschrift des Briefes von Else Lorenz (Tochter von Wilhelm Lorenz) an (Franz) Rotthäuser vom 14.4.1946, in: AdsD SPD Bez. WW 103.

49 IML/ZPA St 3/44/III; D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 117; Lagebericht der Gestapo für Februar 1936, in: SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, ²1982, S. 222. Vgl. H. BUSCHFORT, 1986, S. 107 f. Vgl. auch Stimmungsbericht aus dem Unterbezirk Re-Ge, betr. Okt. 1934, in: F. BAJOHR, Verdrängte Jahre, 1983, S. 89 und 92 ff. zum Gladbecker Widerstandskreis und 97 f. zu dessen Zerschlagung. Vgl. auch E. SCHMIDT, Lichter, Bd. 1, 1978, S. 140 ff.

Im Ruhrgebiet existierten auch einige SAP-Grupppen, die in Kontakt mit ihrer Auslandsleitung standen und eine Bezirksorganisation im Westlichen Westfalen aufrechterhielten. Diese Verbindung wurde durch Verhaftungen ab November 1934 zerstört, und bis Februar 1935 erfolgten 117 Festnahmen.[50] Von der SAP bestand in Gelsenkirchen eine Gruppe weiter fort, die verbunden war mit weiteren Gruppen in Neuß, Solingen, Köln, Essen und Duisburg. K. Schabrod vermutet, daß auch Kontakt zu Dr. Abendroth bestand. Bis Oktober 1935 wurden die Zeitungen „Banner" und das trotzkistische „Unser Wort" aus Holland eingeführt.[51] Gegen die SAP-Gruppen wurde am 24. Juli 1936 vor dem Oberlandesgericht Hamm verhandelt, wobei von 25 Angeklagten zwei freigesprochen wurden und die Übrigen zusammen 69 Jahre und neun Monate Zuchthaus erhielten.[52]

Bis 1936 hatte die Gestapo die meisten Gruppen der sozialdemokratischen Verteilernetze zerschlagen, und fortan vollzog sich Widerstand von Sozialdemokraten nicht mehr in festen Organisationsformen.[53] Die Gestapo konnte bereits im Juli 1935 von der weitgehenden Zerschlagung illegaler sozialdemokratischer Gruppen berichten und schilderte das Verhalten der Ruhrgebietssozialdemokraten folgendermaßen[54]: „Sie betreiben, worüber in den vergangenen Monaten immer wieder berichtet werden mußte, regste Propaganda von Mund zu Mund, die jedoch das übliche Maß der Miesmacherei und Meckerei nicht überstiegen hat." Außer den exponierten Sozialdemokraten, die ins Exil gingen oder an einem anderen Ort in Deutschland unerkannt weiterlebten, zogen sich die anderen Sozialdemokraten, freien Gewerkschafter und Mitglieder der Umfeldorganisationen in sozialdemokratische Freundeskreise zurück. So fanden beispielsweise entlassene Gewerkschaftsangestellte oder auch die Sozialdemokraten, die beim Arbeitsamt gearbeitet hatten, Arbeit bei Firmen, die Freunden aus der Sozialdemokratie gehörten.[55] Zur Aufrechterhaltung des Kontaktes untereinander trugen langjährige persönliche Bekanntschaften aus den Organisationen der sozialdemokratischen Kulturbewegung bei. Ohne zentrale Leitung und ohne Verbindung untereinander bestanden nun verschiedene Zirkel, in denen sozialdemokratisches Gedankengut bewahrt und in Diskussionen weiterentwickelt wurde. Zwar dürfte eine Charakterisierung als „Untergrundpartei" übertrieben sein, doch ein Kern langjähriger, geschulter Sozialdemokraten, die in den Gemeinschaften der Kulturbewegung auch persönlich stark eingebunden und kulturell geprägt

---

50 IML/ZPA St 3/744; D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 121; Widerstand und Verfolgung in Dortmund, ²1981, S. 159 ff.

51 K. Schabrod, Widerstand, 1969, S. 89 nach Akz. 6 OJs 24/36. Um dieselbe Gruppe handelt es sich wohl bei: D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 121.

52 K. Schabrod, Widerstand, 1969, S. 89; vgl. H. Drechsler, 1962, S. 315.

53 G. Plum, 1974, S. 382.

54 IML/ZPA St 3/747.

55 Fritz Melchers, Kassierer beim DMV, wurde Buchhalter. Interview Ewald Klingler 10.7.1986.

worden waren, bildete eine politisierte sozialdemokratische Basis.[56] So versuchten diejenigen, die nicht im offenen Widerstand aktiv wurden, zu überwintern und bemühten sich, den Kontakt aufrechtzuerhalten[57]: „Die richtigen, die echten Funktionäre, die im Vorstand waren, die haben all die Jahre wie Pech und Schwefel zusammengehalten. Sie trafen sich nur einzeln. Aber die Verbindung war nie abgerissen." Die Bedeutung solcher kleiner Kreise zeigte sich beispielhaft an einer sich in Erle treffenden Gruppe: Julius Panter (ehemaliger Vorsitzender Verein Jugendheim Erle), Leo Grenz (ehemaliger Stadtverordneter, gest. 1942), Karl Goroncy (nach 1945 führender Bergbaugewerkschafter), Karl Surkamp (ehemaliger Gewerkschafts- und Parteifunktionär, nach 1945 führender Sozialdemokrat, MdL etc.), Hermann Philipp und Gottlieb Gers (nach 1945 beide Stadtverordnete). Im Rückzug in solche Diskussionszirkel und Freundeskreise aktualisierten sich trotz der unterschiedlichen Qualitäten von Faschismus und monarchistischem Obrigkeitsstaat Erfahrungen der Arbeiterbewegung aus der „heroischen" Zeit des Sozialistengesetzes, indem in pragmatischer Nüchternheit die Risiken wenig erfolgversprechenden Märtyrertums erkannt wurden, aktionistische Verhaltensweisen abgelehnt wurden und in passiver Resistenz versucht wurde, das Überleben der Arbeiterbewegung und ihres Gedankengutes zu sichern.[58] Der Rückzug in die Arbeiterviertel, wo man sich kannte und vertrauen konnte, wurde allerdings durch systematischen Terror der Nationalsozialisten oder der dazu instrumentalisierten Polizei erschwert, so daß ein Rückzug ins Privatleben erzwungen und der Eindruck einer totalen Niederlage der Arbeiterbewegung, die auch informelle Solidarstrukturen betraf, vermittelt wurde.[59]

Während in Gelsenkirchen sozialdemokratische Widerstandsbestrebungen nicht mehr offen hervortraten und auf abgeschirmte Zirkel beschränkt blieben, beteiligten sich ehemalige Gelsenkirchener SAP'ler am Spanischen Bürgerkrieg gegen Francos Faschisten. An den Kämpfen beteiligten sich z. B. die SAP-Mitglieder Fritz Rogge und Ernst Forsthoff, der im Büro der linkssozialistischen POUM in Barcelona an der Herausgabe einer Zeitung und der Produktion von Radiosendungen mitarbeitete, bis er nach der Wendung der spanischen KP gegen die sogenannten Trotzkisten, nach dem Kommunistenputsch in Barcelona und nach dem Verbot der POUM im Mai/Juni 1937 Spanien wieder verlassen mußte.[60]

---

56 Vgl. W. S. ALLEN, 1985, S. 857 und 861. Vgl. H.-J. STEINBERG, Haltung, 1985, S. 869; H. J. TEICHLER, Wir brauchten, 1987, S. 231; F. BAJOHR, Verdrängte Jahre, 1983, S. 82 f.; SPD-ORTSVEREIN HASSEL-NORD, 1980, S. 37.

57 Interview Paula Grenz 15.11.1985; S. GOCH, Überlebenskämpfe, 1988, S. 133. Zu Hassel SPD-ORTSVEREIN HASSEL-NORD, 1980, S. 37.

58 S. GOCH, Überlebenskämpfe, 1988, S. 133.

59 Vgl. D. PEUKERT, Volksgenossen, 1982, S. 123 ff.; D. PEUKERT, F. BAJOHR, 1987, S. 155 f.; D. J. K. PEUKERT, Lage 1987, S. 455.

60 Ernst Forsthoff erreichte dann wieder Holland, zog nach Oslo, zuletzt Stockholm, wo er der SAP-Gruppe um Willy Brandt angehörte. Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986. Zu Rogge auch Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986. Überblick zur Beteiligung deutscher Linker an Kämpfen in Spanien: P. v. z. MÜHLEN, Spanien, 1985, S. 59 ff. zur POUM und ihrem Verhältnis zu SAP und KPO, S. 62 zum Büro der POUM an der Plaza del Teatro und im Hotel

c) Widerstand und Resistenz im Betrieb

Mit der Auflösung der Freien Gewerkschaften Anfang Mai 1933 und der gewaltsamen Eingliederung der christlichen Gewerkschaften in das „nationalsozialistische Gewerkschafts-Surrogat" Deutsche Arbeitsfront Ende Juni 1933 hatten die Arbeiter ihre Interessenvertretung verloren.[1] Die Resistenz der Ruhrarbeiter gegen die NS-Ideologie, insbesondere in deren Ausformung der Volksgemeinschaftsideologie als Betriebsgemeinschaft, wurde in den ersten Jahren der NS-Herrschaft deutlich an der Wahl der Vertrauensräte, der funktionslosen nationalsozialistischen Ersatzinstitutionen für die Betriebsräte[2]. Trotz eher vereinzelter Boykotte war die Wahlbeteiligung – nach offiziellen Angaben 82,57% – im Ruhrbergbau recht hoch, was auf die Furcht vor Sanktionen zurückzuführen sein dürfte, denn Teilnahme oder Nicht-Teilnahme wurden registriert.[3] Wahlboykott, Ungültigstimmen und die Ablehnung bestimmter Personen, meistens Exponenten der NS-Bewegung, belegten eine verbreitete antinationalsozialistische Haltung vieler Ruhrbergleute. Dennoch erhöhte sich der Stimmenanteil der DAF, was sich aus verschiedenen Faktoren erklärt[4]: Einerseits verfehlte der Terror der Nationalsozialisten nicht seine Wirkung, so daß viele aus Angst vor gekennzeichneten Stimmzetteln nicht den Mut zur Ablehnung hatten, und andererseits wurden sicher auch einige Nationalsozialisten des linken NS-Flügels gewählt wegen ihrer antikapitalistischen Äußerungen und der Erwartung, daß diese unter den gegebenen Umständen die Interessen der Arbeiter wahrnehmen würden. Weitere Gründe für das gegenüber 1933 bessere Abschneiden der Nazis konnten im politischen Desinteresse und im Anwachsen der Zahl der Nazis unter den Beschäftigten des Ruhrbergbaus liegen, weil die neuen Arbeitsplätze

---

Falcon, S. 62 f. zu den deutschsprachigen Zeitungen „Informationen der POUM" und „Revolution in Spanien" und Rundfunksendungen (unter Leitung von Max Diamant, ab April Willy Brandt), S. 64 zur Mitarbeit von 30 deutschen SAP'lern in der POUM-Zentrale, S. 76 ff. zum Ende der POUM und S. 82 zur Verhaftung und dem Verschwinden aller Ausländer im Umkreis der nun verfolgten POUM. Zwei weitere Spanienkämpfer aus Ge nennt H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 18: Ernst Butzhof und Alfred Kruse.

1 U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 391 f. Vgl. A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 206; F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 216 ff.

2 G. Plum, 1974, S. 368.

3 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 105 f. verweist darauf, daß sich in allen zur Verfügung stehenden Quellen keine Anhaltspunkte für eine generelle Manipulation finden lassen und bei einer umfassenden Manipulation die Ablehnung exponierter Nationalsozialisten nicht erklärbar wäre. Nach z. B. G. Plum, 1974, S. 368 konnten in den Jahren 1934/35 diese Wahlen nur durch Manipulationen, Wertung der ungültigen als Ja-Stimmen und Verschweigen des Anteils der Nichtwähler als Vertrauensvotum für die „Ordnung der nationalen Arbeit" ausgegeben werden. Von 40% Wahlbeteiligung und „nicht einmal 50%" für die Listen der NSBO spricht U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 393. Vgl. K. Schabrod, Widerstand an Rhein und Ruhr, S. 61. Von einer Wahlbeteiligung von 23 bis 25% spricht K. Mammach, 1984, S. 74. Zur Behauptung der Fälschung: F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, ²1978, S. 245.

4 Von einer Agitation für den Wahlboykott wegen der den Vertrauensräten fehlenden Machtmittel zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen berichtet IML/ZPA St 3/44/III. Vgl. K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 107 f.

bzw. die der entlassenen Linken oft mit „verdienten Parteigenossen" besetzt worden waren.

Tabelle 76: Vertrauensräte„wahl" auf Schachtanlagen in Gelsenkirchen 1934[5]

Zeche	wahlber.	abg.	in%	gültig
Holland	1 389	1 122	81	1 001
Nordstern	1 295	1 156	89	1 142

Trotz gestiegener Furcht vor Repressalien war das Ergebnis der Vertrauensrätewahlen von 1935 nur wenig günstiger als 1934.[6] Da Boykotte wegen der unnötigen Gefährdung weitgehend ausblieben, lag die Beteiligung meist weit über 80%. Wiederum wurden zahlreiche Stimmzettel ungültig gemacht oder einzelne Kandidaten von den Listen gestrichen. Es existierte also weiter eine Opposition, und unter den Ja-Stimmen waren sicher viele Opportunisten oder solche Bergleute, die sich an der klar erkennbaren Farce der Wahl zwar beteiligten, ihr jedoch keinerlei Bedeutung beimaßen und sich nur nicht unnötig durch Wahlenthaltung in Gefahr bringen wollten.[7]

Tabelle 77: Vertrauensräte„wahl" in Betrieben in Gelsenkirchen 1935[8]

Betrieb	wahlber.	abg.	in %	gültig	Nein	Ja je Kandidat
Bergmannsglück	1 931	1 780	92,2	1 767	310	979–1 371
Graf Bismarck 1/4	2 109	1 867	88,5	1 849	402	1 357–1 390
Graf Bismarck 2/6/9	1 670	1 502	89,9	1 490	223	1 179–1 199
Graf Bismarck 3/5	93	91	97,8	68	1	45– 62
Graf Bismarck 7/8	1 275	1 198	94,0	1 193	194	880– 943
Holland	1 567	1 372	87,6	1 235		
Hugo 1	1 343	1 252	93,2	1 038	244	722– 761
Hugo 2	939	881	93,8	752	138	457– 553
Hugo Ost	58	54	93,1	45	1	32– 37
Nordstern	1 433	1 290	90,0	1 214		
Scholven	1 310	1 253	95,6	1 242	52	1 035–1 125
Westerholt	2 346	2 215	94,4	1 818	350	898– 971
Grillo & Funke			92,6	95,3 %	38,4 %	56,9 %
Consolidation 3/4/9			100,0		32,0 %	68,0 %
Reg.-bez. Münster			87,8	96,1 %	14,2%	87,8 %
Reg.-bez. Arnsberg	360 056			332 316		266 383

5 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 273 ff.

6 U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 393; G. Plum, 1974, S. 368; K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 109 f. Vgl. D. J. K. Peukert, Lage, 1987, S. 460 f.

7 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 109 f.

8 Drei Kandidaten auf Westerholt wurden abgelehnt. Aufstellung bei Ebd., S. 276 ff. und 280 zu Westerholt; vgl. Ergebnisse in: STAM BAB A 17-69, Staatspolizeistelle Regierungsbezirk Arnsberg am 3.5.1935, Staatspolizeistelle Regierungsbezirk Münster am 10.5.1935, in: STAM OP 5 030.

Die für 1936 geplante Vertrauensrätewahlen fanden nicht statt; die Mandate wurden fortan ohne Wahl verlängert.[9] Entsprechend der ablehnenden Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Gewerkschaftsersatz stieg die Zahl der DAF-Mitglieder nur langsam an, und bis 1935 wurde nach Schätzungen ein Anteil von Organisierten zwischen etwa 50% und 70% erreicht. Erst 1935/36 wurde die Zwangsmitgliedschaft durchgesetzt, wobei es wegen der geringen Attraktivität aber immer wieder zu Klagen über den Beitrag kam.[10]

Ein Umschlagen der latent vorhandenen Opposition und der Unzufriedenheit über die schlechte soziale Lage in eine Auflehnung gegen das Regime aus den Betrieben heraus kam nicht zustande, weil die Zerstörung von Kommunikationsstrukturen, die Angst vor Denunzianten, der Terror der Gestapo, aber auch die Nationalsozialisten in der Arbeiterschaft solidarische Aktionen verhinderten. Deutlich wurde das Potential der Gegner der Nationalsozialisten jedoch immer wieder, z. B. als an der Beerdigung des im KZ Esterwegen von Nazis ermordeten ehemaligen Vorsitzenden des freien Bergarbeiterverbandes Fritz Husemann mehrere Tausend Menschen teilnahmen.[11] Der Kommunikationszusammenhang im Betrieb bot trotz aller Bedrohungen immer noch Möglichkeiten zur Bildung illegaler Gruppen, wobei hier die langsame Hinwendung der Kommunisten zur Wiederherstellung einheitlicher Verbände positive Wirkungen auf betriebliche Solidarisierungen hatte, wie die genannten Bergarbeitergruppen in der Mitte der 1930er Jahre zeigten. Typisch für den freigewerkschaftlichen Widerstand war insgesamt auch weniger die spektakuläre Aktion, die gewerkschaftlichem Verständnis eher fremd war, sondern „das Knüpfen und Aufrechterhalten von Verbindungen im kleinen, vertrauten Kreis"[12].

Trotz der sozialpolitischen Maßnahmen wurde im Ruhrbergbau das Ziel einer Leistungssteigerung wegen des Anstiegs der Krankenziffern, der Ablehnung von Mehrarbeit, des Rückgangs der Schichtleistung und der verschlechterten Betriebsdisziplin bis Kriegsbeginn nicht erreicht, wofür meist eine Opposition der Ruhrarbeiter gegen den Nationalsozialismus verantwortlich gemacht wird.[13] Bei differenzierterer Betrachtung muß diese Ansicht relativiert werden. Für das kontinuierliche Ansteigen der Krankenziffern im Ruhrbergbau seit 1933 lassen sich eine Reihe objektiver Faktoren anführen wie die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit, die mangelnde Lebensmittelversorgung und ab Mitte der 1930er Jahre die Einstellung unerfahrener Neubergleute. Zudem schwand mit der Vollbeschäftigung und schließlich um sich greifendem Arbeitskräftemangel die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wegen Krankfeierns. Ange-

---

9 U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 393 und S. 397; K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 110.

10 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 110 ff.

11 Ebd., S. 113 f.; D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 99 f.; F. Bajohr, Widerstand, 1988, S. 126; U. Wichert, 1988, S. 174 f.

12 D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 95; F. Bajohr, Widerstand, 1988, S. 127. Vgl. A. v. Plato, Was wäre, 1985, S. 225; D. J. K. Peukert, Lage, 1987, S. 477 ff.

13 Z. B. D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 227.

sichts dieser Faktoren war es nicht mehr verwunderlich, daß die subjektive Arbeitsmoral angesichts der Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern sank.[14] Bei der Ablehnung von Überschichten kam es sogar zu vereinzelten kollektiven Aktionen wie Verweigerung der Anfahrt. Für das Absinken der Schichtleistung, die erst 1938 stabilisiert werden konnte, waren wohl Faktoren wie die hohe Zahl von Neubergleuten, die Abwanderung qualifizierter Kräfte und die Verschlechterung der Altersstruktur im Ruhrbergbau verantwortlich. Außerdem war eine Steigerung der Arbeitsmotivation nicht zu erwarten, weil das Dritte Reich zuwenig bot, „als daß es in den Augen der Kumpels wert gewesen wäre, sich für diesen Staat aufzuopfern"[15]. Feststellbar war also ein nur begrenztes Maß an Resistenz der Ruhrbergarbeiter im Dritten Reich, weil im Vergleich mit Phasen der Hochkonjunktur das „Arbeiterverhalten in einem für eine Periode der Hochkonjunktur typischen Rahmen" blieb.[16] Die Rekordförderung des Ruhrbergbaus in der NS-Zeit spricht zudem gegen eine breite Ablehnung der Arbeitsbedingungen und der Produktion im Dienste des Krieges.[17]

Die „Göring-Verordnung" brachte einen Anstieg des Schichtlohnes um etwa 20%. Durch die überproportionale Bezahlung der über die Gedinggegrundlage hinausgehenden Leistungen, die oft weniger auf außergewöhnlicher Leistungssteigerung als auf sich ändernden Abbaubedingungen beruhten, ergaben sich große Unterschiede der Entlohnung innerhalb der Belegschaften, so daß sich trotz der Lohnerhöhung wegen der Ungerechtigkeiten und der relativen Schlechterstellung der Schichtlöhner Unmut ausbreitete. Die Unzufriedenheit der Belegschaften und die Ablehnung der Mehrarbeit zeigten sich darin, daß die Förderung im Ruhrbergbau nicht bzw. nur kurzfristig geringfügig gesteigert werden konnte.[18] Mit der überproportionalen Bezahlung von Mehrarbeit gemäß der Göring-Verordnung wurde die Entwicklung der 1920er Jahre zur Differenzierung der Löhne im Ruhrbergbau vollendet, indem die einheitliche Entlohnung, die auf einigen Zechen noch vorherrschend war, endgültig verloren ging. Durch Spitzenlöhne wurden einige Arbeiter mit der längeren Arbeitszeit versöhnt; die gemeinsame Interessenlage der Belegschaften wurde zersetzt, kollektive Handlungsfähigkeit erschwert.[19]

---

14 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 215 und 220; W. F. Werner, 1984, S. 155; D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 169; D. J. K. Peukert, Lage, 1987, S. 471.

15 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 228 ff., 234 und 238; D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 314 ff.

16 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 242.

17 J. Gillingham, 1979, S. 342 f.

18 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 256 ff. und 265.

19 Ebd., S. 262.

d) Angriffe auf die Arbeiterkultur

Mit der Zerschlagung der Arbeiter-Organisationen und dem Zurückdrängen des Widerstandes war die Konsolidierung des Dritten Reiches nicht allein zu gewährleisten. Der Nationalsozialismus mußte auch versuchen, die Desintegrationstendenzen kapitalistischer Verhältnisse, die zu Klassenkampf und der Herausbildung spezifischer kultureller Elemente der Arbeiterklasse geführt hatten, zu verschleiern. D. h. es mußte versucht werden, die Arbeiter für das NS-System einzunehmen und sie in dieses zu integrieren. Dazu mußten an die Stelle der alten kulturellen Elemente der Arbeiterklasse neue Vorstellungen und Interpretationsmuster gesetzt werden. Die Aufgabe, den Nationalsozialismus unter den Arbeitern zu verankern und neue Sinngebungen und Wertvorstellungen zu verbreiten, kam u. a. der Deutschen Arbeitsfront zu, die diese Aufgabe geschickt wahrnahm.[1] Allerdings reichen zur Erklärung der Angriffe auf die Arbeiterkultur Erklärungsansätze, die einfach nur „eine von oben her gesteuerte Manipulationserscheinung im totalitären Staat" erkennen wollen, nicht aus, da sie eine unbestreitbar vorhandene breite Rezeption nationalsozialistischer Inhalte und Formen nicht zu erklären vermögen und nur ihre systemstabilisierende Funktion in den Vordergrund rücken.[2]

Ein wichtiges Mittel der Zerschlagung von Elementen der Arbeiterkultur und der Arbeiterbewegungskultur war die Übernahme von Begriffen aus der Arbeiterbewegung, deren völlige Umdeutung und damit die „Besetzung der Begriffe" oder deren Sinnentleerung. Beispielsweise wurde der bei vielen Arbeitern positiv besetzte Begriff Sozialismus nicht nur in der Eigen-Bezeichnung der deutschen Faschisten verwandt und damit entstellt, sondern auch in der Zeit des Dritten Reiches wurde weiterhin von „deutschem Sozialismus" gesprochen, allerdings definiert als „eine Sache der Ehre, der Anständigkeit und ordentlicher Gesinnung"[3] und damit ohne Zusammenhang mit des Wortes ursprünglicher Bedeutung.

Auch die Geschichte der Arbeiterbewegung unterlag einer Uminterpretation durch die Nationalsozialisten, die versuchten, aus den Kämpfen der Arbeiter für ihre ökonomische, soziale und politische Emanzipation und Gleichberechtigung und eine menschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einen Kampf der Arbeiter für ihre Anerkennung und ihr Vaterland zu machen. Damit wurden nationalistisch-ideelle Forderungen gegenüber materiellen, ökonomischen und politischen Forderungen in den Vordergrund gestellt und die wahren Beweggründe und auch die Gegner der Arbeiterklasse aus dem Blickfeld herausgenommen. Das Judentum wurde dabei für das Aufstellen materieller Forderungen und die sich daraus ergebende „Entartung" der Auseinandersetzungen zum Klassenkampf verantwortlich gemacht, um die Volksgemeinschaftsideologie aufrechter-

---

1 Ebd., S. 97. Vgl. F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, [2]1978, S. 218. Zur Funktion der DAF bei der Verbreitung der NS-Ideologie auch: D. Petzina, Mobilisierung, 1970, S. 445.
2 Vgl. H. Eichberg, 1976, S. 61 am Beispiel des Thingspiels.
3 Robert Ley nach K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 98.

halten zu können, die mit innergesellschaftlichem Klassenkampf unvereinbar war.[4]

Den häufigen Hymnen auf die Leistung des deutschen Arbeiters, seinen Stolz und seine Ehre kam eine wichtige Bedeutung bei dem Versuch der Gewinnung der Arbeiter für den Nationalsozialismus durch Umdeutung kultureller Traditionen zu, weil einerseits angeknüpft wurde an noch aus handwerklichen Traditionen stammende Vorstellungen von Berufsstolz, Standesdenken usw. und andererseits die Reaktion der Arbeiter auf zunehmende Rationalisierung des Arbeitsprozesses aufgegriffen wurde. „Indem die Nationalsozialisten das Sozialprestige des Arbeiters anhoben und an dessen Berufsstolz appellierten, schufen sie eine Arbeiterideologie, die zum Ersatz für fehlende Arbeiterpolitik wurde."[5] Besondere Bedeutung erlangte der Bergmann in dieser Verklärung der sozioökonomischen Verhältnisse, weil sein gefährlicher und schon immer mystifizierter Beruf sich besonders für die Glorifizierung von Kampf und sozialdarwinistischer Auslese des Tüchtigen eignete.[6]

Als Element von Ansätzen proletarischer Kultur kann auch das Liedergut der Arbeiterbewegung gelten. In diesem Bereich raubten die Nationalsozialisten schlicht Traditionen der Arbeiterbewegung, indem sie z. T. Lieder unverändert übernahmen („Brüder zur Sonne zur Freiheit" oder „Wann wir schreiten Seit' an Seit'") oder geringfügig veränderten oder parodierten.[7]

Neben dem Bereich der betrieblichen Arbeit erkannten die Nationalsozialisten die steigende Bedeutung des Freizeitbereichs, wo auch die Arbeiterkulturorganisationen gewirkt hatten. Für den Freizeitbereich schuf die DAF 1933 die Nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude", die neben verschiedenen kulturellen und sportlichen Angeboten besonders im Bereich von Wochenendfahrten und Urlaubsreisen entpolitisierend aktiv wurde.[8] Bis zur Einführung von KdF-Reisen waren Urlaubsreisen fast ausschließlich begüterten Familien vorbehalten gewesen. Urlaub an der See oder in den Bergen waren Indikatoren hohen sozialen Prestiges und für Arbeiter kaum erreichbar. Die Zahl der Arbeiter, die mit KdF eine längere Urlaubsreise unternahmen, darf trotz der Nazi-Propaganda nicht überschätzt werden, denn in der Regel mußten die Arbeiter die gleichwohl günstigen Preise der KdF-Fahrten selbst aufbringen, da von der Partei finanzierte Fahrten Ausnahmen waren und die Bergwerksgesellschaften meist keine Reisekostenzuschüsse gewährten. Allerdings erlaubten es die

---

4 Ebd., S. 98.

5 Ebd., S. 98. Vgl. U. Herbert, Zeiten, 1983, S. 90. Auch J. Mooser, 1984, S. 200.

6 Vgl. K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 100.

7 In dem SA-Liederbuch von 1933 entstammten von 57 Liedern 17 der Arbeiterbewegung. W. Fuhr, 1977, S. 252 ff. Zu Konzerten von KdF und der Aufführung des „Oratoriums der Arbeit" von Georg Böttcher am Vorabend des 1. Mai 1940 StA Ge 0/XX/3c/3.

8 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 100. Vgl. H. Spode, [2]1982, S. 293; H. J. Teichler, Ende, 1985, S. 211 ff. Mit der zunächst schwachen Stellung der DAF begründet J. Reulecke, Fahne, 1981, S. 247 f. die Gründung von KdF. Vgl. F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, [2]1978, S. 218; A. Klönne, H. Reese, 1986, S. 206.

finanziellen Verhältnisse der Arbeiter, an den KdF-Wochenendfahrten teilzunehmen, die vier Fünftel der Fahrten ausmachten und sich einiger Beliebtheit erfreuten.[9] Dabei ist aber zu bedenken, daß KdF nach der Zerschlagung der Organisationen im Freizeitbereich über ein „Geselligkeitsmonopol" verfügte.[10] Als der Fußballclub Schalke 04 1934 das Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft erreichte, charterte KdF mehrere Züge für die zahlreichen Anhänger der Schalker Fußballer, die aus der Arbeiterschaft Gelsenkirchens stammten. Insbesondere der Fußball – und Schalke 04 war eines der besten Beispiele – war ab Ende der 1920er Jahre zum Magneten für riesige Zuschauermassen geworden, die sicherlich auch in der Identifikation mit dem Spitzensport und „ihrer" Mannschaft ihre soziale Deklassierung zeitweise verdrängen konnten. Für 10,50 RM konnten die Anhänger die Mannschaft nach Berlin begleiten, und – wie das durch die neuen Massenmedien gesteigerte Interesse am Spitzensport und an sportlichen Idolen insgesamt – die Identifikation mit der Fußballmannschaft wurde von den Nazis geschickt als Medium der Ablenkung und Zerstreuung ausgenutzt.[11] Neben den Urlaubsreisen veranstaltete KdF Sportkurse in prestigeträchtigen Sportarten, wie Segeln oder Tennis, um damit im Sinne der Volksgemeinschaftsideologie die Illusion einer Gleichberechtigung von Arbeitern und höheren Schichten zu erzeugen. Demselben Zweck dienten Theater- und Opernveranstaltungen. Wisotzky bezweifelt zu Recht die Bewußtseinsänderung und das Gelingen einer Integration der Arbeiterklasse in den Nationalsozialismus durch die Freizeitangebote. Der „normale" Arbeiter im Ruhrgebiet war nicht in der Lage, längere Urlaubsreisen auch zu günstigen Preisen für sich oder gar zusätzlich noch für seine Familie zu finanzieren. Auch war er wohl kaum in der Lage, sich die Kleidung für die Prestige-Sportarten anzuschaffen und die weiteren damit verbundenen Kosten zu tragen. So widersprachen die Erfahrungen von sozialer Not und Armut dem Propagandabild vom reisenden und tennisspielenden Arbeiter.[12]

Bei allen Versuchen, Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung umzudeuten und neue Deutungsmuster und Zukunftsperspektiven zur Strukturierung der Realitätserfahrung durchzusetzten, darf nicht vergessen werden, daß die NS-Herrschaft durch individuellen Terror, Spitzeltätigkeit und verschiedenste Überwachungsmechanismen unter den Arbeitern ein gegenseitiges Mißtrauen schuf und z. B. die familiäre Weitervermittlung politischer und gewerkschaftlicher Erfahrungen, der eine wichtige Funk-

---

9 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 101 ff. Zur Beliebtheit der KdF-Fahrten: U. Herbert, Zeiten, 1983, S. 91. Zahlenangaben bei: H. Spode, ²1982, S. 289 und 295.

10 H. Spode, ²1982, S. 292. Aktivitäten von KdF und NS-Kulturgemeinde (bes. Konzerte und Theater), in: StA Ge 0/XX/1c/1.

11 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 102; H. J. Teichler, Wir brauchten, 1987, S. 238. S. Gehrmann, Fußball, 1988, S. 108 zum Aufstieg des Fußballs zum Zuschauersport, 111 f. zu Zuschauerzahlen und 114 zur möglichen Kompensationsfunktion. Zum Zuschauersport auch: P. Friedemann, Krise, 1986, S. 237. Vgl. F.-J. Brüggemeier, M. Zimmermann, 1987, S. 33.

12 K. Wisotzky, Ruhrbergbau, 1983, S. 102 f.

tion bei der Konstituierung des Proletariats zukommt, zu einem angstbesetzten Gesprächsgegenstand machte und damit die Vermittlung solcher Erfahrungen erschwerte oder verhinderte.[13] Darüberhinaus rückten mit zahlreichen ehemals langjährig Arbeitslosen und jugendlichen Arbeitern mit zunehmender Dauer des Dritten Reiches eine immer größer werdende Gruppe in die Arbeiterklasse ein, die selbst die Solidar-, Kommunikations- und Organisationsstrukturen der Arbeiterbewegung nicht mehr erlebt hatte, und verursachte damit eine Differenzierung der Arbeiter in eine politisch-gewerkschaftlich erfahrene Arbeitergruppe und eine solche, der diese Deutungsmuster als kulturelle Elemente der Vermittlung sozialer Wirklichkeit nicht zur Verfügung standen.

3. Der Zweite Weltkrieg

a) Auswirkungen des Krieges

Bereits in der Zeit der aggressiven Außenpolitik des Dritten Reiches hatte auch für die Bevölkerung offensichtlich eine stete Kriegsgefahr geherrscht. Gegenüber 1914 war aufgrund der noch nicht lange zurückliegenden Kriegszeit die Stimmung keineswegs uneingeschränkt begeistert, sondern es herrschte eher „Angst vor dem Krieg"[1]. Als am 1. September 1939 nach dem für die Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit inszenierten Überfall auf den Sender Gleiwitz die Wehrmacht Polen überfiel, erfüllte sich eine weitere Voraussage der deutschen Arbeiterbewegung. Doch die Stimmen aus der Arbeiterbewegung waren angesichts der „Erfolge" des Dritten Reiches vergessen oder verdrängt worden und der Widerstand weitgehend zerschlagen.

In der ersten „erfolgreichen" Kriegsphase hatte der Krieg zunächst nur geringe Wirkungen auf Gelsenkirchen, da im Ruhrgebiet viele Arbeiter wegen ihrer Arbeit in kriegswichtigen Betrieben „uk" (unabkömmlich) gestellt waren.[2] Luftangriffe erreichten das Ruhrgebiet zunächst auch nicht. Aufgrund der Kriegkonjunktur herrschte in Gelsenkirchen Vollbeschäftigung – zum ersten Mal wieder seit Beginn der 1920er Jahre. Deswegen bedeutete für den Einzelnen die Zeit seit Mitte der 1930er Jahre, als die Beschäftigung wieder angestiegen war, bis zur Wende im Zweiten Weltkrieg, oft bis zur Einziehung in die Wehrmacht oder bis zu den ersten größeren Bombenangriffen eine „gute Zeit" mit geregeltem Einkommen und wegen der Fortsetzung der ökonomischen Strukturveränderungen z. T. auch mit Aufstiegschancen zum Angestellten oder mit Qualifizie-

---

13 Vgl. M. ZIMMERMANN, Pflaster, 1981, S. 73 ff.; H. J. TEICHLER, Wir brauchten, 1987, S. 238.

1 J. KUROPKA, 1980, S. 174 und 178 zur durch den Nichtangriffspakt verbreiteten Hoffnung, daß es keinen Krieg geben würde. Vgl. D. PEUKERT, Volksgenossen, 1982, S. 79; A. KLÖNNE, Arbeiterbewegung, 1980, S. 272; D. PEUKERT, F. BAJOHR, 1987, S. 186.

2 Vgl. U. HERBERT, Zeiten, 1983, S. 86. Vgl. D. PETZINA, Mobilisierung, 1970, S. 452 f. zur relativ geringen Arbeitskräfte-Mobilisierung in der ersten Kriegsphase.

rungsmöglichkeiten. Trotzdem gelang es dem Nationalsozialismus nicht, die Ruhrarbeiter für sich zu gewinnen, sondern diese fanden in den Familien ein Rückzugsfeld vor den Zumutungen des Faschismus.[3] Solange das Ruhrgebiet nicht von Luftangriffen betroffen war, erschien der Krieg so eher als „Störfaktor eines relativ stabilen Privatlebens"[4]. Zu einer relativen „Normalität" des alltäglichen Lebens trug auch bei, daß es dem NS-Regime trotz verschiedener Mängel und der Bevorzugung reicherer „Volksgenossen" insgesamt gelang, die Versorgung effektiver als im Ersten Weltkrieg zu gewährleisten.[5]

Mit der Ausweitung des Krieges wurden dem Arbeitskräftemarkt immer mehr Menschen durch Einberufungen entzogen. Eine der von den Nationalsozialisten verfolgten Strategien zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftskraft war der Einsatz sogenannter Fremdarbeiter. Zunächst wurden noch auf freiwilliger Basis Arbeitskräfte aus dem westlichen Ausland angeworben. Als dies jedoch nicht den gewünschten Erfolg brachte, wurde zu einer Zwangsrekrutierung in den besetzten Gebieten übergegangen, besonders auch in Polen und der Sowjetunion. Ab Beginn der 1940er Jahre wurden in allen größeren Gelsenkirchener Betrieben, aber auch in den kleineren, ausländische Zwangsarbeiter eingesetzt.[6] Anfang April 1941 waren 3 901 Zwangsarbeiter, die bei Consolidation, Dahlbusch, Holland, Wilhelmine Viktoria, Deutsche Eisenwerke, Nordstern, Gelsenberg, Graf Bismarck, Hugo, Westerholt, Bergmannsglück, Orange arbeiten mußten, in Lagern in Gelsenkirchen untergebracht, und zusätzlich wurden 2 216 französische Kriegsgefangene eingesetzt. Im Juli 1943 schufteten 12 400 „fremdvölkische Zivilarbeiter", davon 5 450 Ostarbeiter, und 8 600 überwiegend französische Kriegsgefangene in der Gelsenkirchener Schwer- und Rüstungsindustrie. Im September waren es dann 27 810 ausländische Arbeitskräfte und eine unbekannte Anzahl von Kriegsgefangenen, die mehr als ein Zehntel der Bewohner der Stadt stellten.[7] In den Großstädten des Ruhrgebietes war Ende 1944 jeder vierte Einwohner ein ausländischer Zwangsarbeiter.[8] Da die Zwangsarbeiter mit den deutschen Arbeitern zusammenarbeiten mußten und auch z. B. auf dem Weg von den Lagern zu den Arbeitsstellen gesehen werden konnten, wußten alle Gelsenkirchener von der unmenschlichen Behandlung der Zwangsarbeiter, insbesondere der aus Osteuropa, deren schlechter Ernährung und von den zahlreichen in den Tod getriebenen Fremdarbeitern. Trotz Kontaktverbot bestanden Verbindungen zwischen deutschen Arbeitern und den Fremdarbeitern.[9] Angesichts der Konzentration auf das eigene Überleben in der Endphase

---

3 U. Herbert, Zeiten, 1983, S. 85 ff.; U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 31; A. v. Plato, Verschlungene Wege, 1989, S. 122 f.
4 U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 31 f.
5 Vgl. J. Kuropka, 1980, S. 190 ff.; D. Peukert, Volksgenossen, 1982, S. 63; D. J. K. Peukert, Lage, 1987, S. 490.
6 Schul- und Kulturdezernat, [2]1982, S. 192 ff.
7 Geschichte von unten – Frauenarbeitskreis, 1986, S. 90 f.
8 U. Herbert, Apartheid, 1983, S. 233. Vgl. J. Gillingham, 1979, S. 337 ff.
9 Geschichte von unten – Frauenarbeitskreis, 1986, S. 95.

des Krieges bestand unter der Mehrheit der Einwohner des Ruhrgebietes zwar ein Mitgefühl mit den Ausländern, aber ansonsten nur weitgehende Gleichgültigkeit.[10]

Ab etwa 1942 begann der Weg in die Niederlage. Aufgrund der Verbreitung der Rundfunkempfänger, die im Dienste der Propaganda erst in der Zeit des Nationalsozialismus die Arbeiterhaushalte erreichten[11], war die Ruhrgebietsbevölkerung genau über den Kriegsverlauf informiert und schenkte in der zweiten Kriegshälfte den schönfärberischen Wehrmachtsberichten immer weniger Glauben.[12] Mit der Wende des Krieges schwand auch in der Bevölkerung langsam der Wille, alle Entbehrungen des Krieges klaglos hinzunehmen, vor allem weil ab Frühjahr 1943 Versuche zur Erhöhung der Arbeitsleistung immer mehr die Gefahr heraufbeschworen, die Gesundheit zu zerrütten. Auch wurden nun Frauen verstärkt für den Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie mobilisiert.[13] Die überwiegende Bevölkerungsmehrheit verharrte jedoch in Untätigkeit und Resignation.[14] Hautnah spürbar wurde für die Gelsenkirchener Bevölkerung der Krieg außer in der sich allerdings nicht drastisch verschlechternden Versorgung ab 1943 mit dem Einsetzen der Flächenbombardements. Zwar waren über 100 Luftangriffen bis Ende 1943 schon fast 400 Gelsenkirchener Bürger zum Opfer gefallen, doch verstärkten sich nun die strategischen Luftangriffe gegen kriegswichtige Industrien, die ja in Gelsenkirchen konzentriert waren. Besonders der Großangriff vom 6. November 1944, der weite Teile der Altstadt, Bulmkes, Hüllens und Schalkes zerstörte und 518 Menschenleben kostete, und der vom 5. März 1945 richteten große Verwüstungen an.[15] Mitte Juni 1944 legten Bombenangriffe das Horster Hydrierwerk still; bis Kriegsende gelang die Wiederaufnahme der Arbeit trotz hohem personellen Einsatz nicht mehr.[16] Das Hydrierwerk Scholven wurde am 19. Juli 1944 lahmgelegt.[17] Der Schalker Verein, wo man u. a. Granaten herstellte, wurde durch mehrere Bombardierungen im Herbst 1944 stillgelegt[18], ebenso wurden große Teile der Werksanlagen des Mannesmannröhrenwerkes Grillo-Funke zerstört.[19] Am 6. November 1944 wurde die „Glas- und Spiegelmanufactur" in Schalke fast vollständig zerstört, so daß der Betrieb eingestellt werden mußte.[20] Nach Tagesangriffen am 9. bis 13. November 1944 mußte auch auf Graf Bismarck die Förde-

---

10 U. Herbert, Apartheid, 1983, S. 244.
11 Z. B. Interview Johann Simon 9.4.1986; Interview Ewald Klingler 10.7.1986.
12 Vgl. D. Peukert, Volksgenossen, 1982, S. 61 und 91; D. Peukert, F. Bajohr, 1987, S. 188.
13 D. Petzina, Mobilisierung, 1970, S. 454 f.
14 D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 383 f.; D. J. K. Peukert, Lage, 1987, S. 493.
15 H. Hering, Weltkrieg, 1984, S. 259; Stadt Ge, Chronik 1944, S. 91 ff.; H. Neumann, 1984, S. 48. Stadt Ge, Kriegsende, 1985, Bl. 30.
16 H. Baumann, 1961, S. 22; H. Hering, H. E. Käufer, M. Klaus, 1986, S. 14; H. Neumann, 1984, S. 48.
17 H.-G. Kemmer, 1985, S. 22; H. Hering, H. E. Käufer, M. Klaus, 1986, S. 14.
18 H. Hering, H. E. Käufer, M. Klaus, 1986, S. 15; H. Neumann, 1984, S. 48; E. Raven, 1951, S. 94; Rheinstahl, 1972, S. 3.
19 Mannesmann-Röhrenwerke, 1949, S. 137. Vgl. Mannesmann AG, 1965, S. 133.
20 Glas- und Spiegelmanufaktur, 1953, S. 138.

rung stillgelegt werden.[21] Durch Bombenangriffe wurden am 19. Februar 1945 die Schachtanlagen 6 und 8 von Dahlbusch und die Zentralkokerei lahmgelegt.[22] Wegen der Bombenschäden mußte Consolidation 1/4 1944 stillgelegt werden.[23] Aufgrund der aus den Luftangriffen folgenden Verlagerung von Betrieben und Belegschaften und Evakuierungen, die zu einer Entvölkerung Gelsenkirchens führten, wurden noch bestehende Kontakte nicht nur unter den wenigen Widerstandskämpfern, sondern insgesamt unter der Arbeiterbevölkerung bis hinein in die Familien, die bisher auch als Zufluchtsorte gedient hatten, zerstört. Ein Anknüpfen an alte Kommunikationsstrukturen aus der Vorkriegszeit nach der absehbaren Niederlage wurde so erschwert.[24]

b) Arbeiter-Widerstand

Der Kriegsausbruch verschlechterte die Bedingungen des antifaschistischen Widerstandes und der Aufrechterhaltung des Kontaktes untereinander weiter, indem nun durch Einberufungen, Betriebsverlagerungen etc. Verbindungen zerstört wurden. Die raschen Erfolge der deutschen Wehrmacht ließen in den Augen vieler Menschen den Nationalsozialismus als übermächtig und erfolgreich erscheinen.[1] Durch die Besetzung der Nachbarländer Deutschlands fielen manche ins Exil geflohene Widerstandskämpfer in die Hände der Nationalsozialisten, und umfangreiche Reorganisationsbemühungen der Leitungen außerhalb Deutschlands wurden nötig. Auf den kommunistischen Widerstand hatte bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion auch der Hitler-Stalin-Pakt negative Wirkungen.

Die seit etwa 1934 bestehenden illegalen Bergarbeitergruppen auf Gelsenkirchener Schachtanlagen (Hugo, Ewald, Scholven) sollen auch in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges fortbestanden haben. Die Scholvener Gruppe soll etwa 20 Mitglieder umfaßt und sogar durch Sabotage das Kraftwerk Scholven für drei Wochen lahmgelegt haben. Auf Zeche Hugo waren auch ehemalige christliche Gewerkschafter an einer solchen, an gewerkschaftlichen Einheitsbestrebungen orientierten Bergarbeitergruppe beteiligt. Bei dem Sozialdemokraten Brotesser informierten sich diese illegalen Gruppen durch das Abhören sogenannter „Feindsender" über die internationale und die militärische Lage.[2] Wahrscheinlich aus diesem Kreis tauchten im Juli 1941 nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion

---

21 H. Neumann, 1984, S. 48.
22 W. Kesten, 1952, S. 235 und 277; G. Gebhardt, 1957, S. 122.
23 Consolidation, 1949, S. 124. Vgl. Mannesmann AG, 1965, S. 133.
24 Vgl. U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 34; D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 384 f.
1 U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 32; H. J. Teichler, Wir brauchten, 1987, S. 238. Vgl. Interview Albert Guth 22.4.1986.
2 D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 288 f. nach einem Interview mit Josef Hermes. Vgl. D. Peukert, KPD im Widerstand, 1980, S. 243 und 271.

maschinenschriftliche Flugzettel in Gelsenkirchen auf.[3] Im Juli 1942 meldete die zentrale Inlandsleitung der KPD u. a. Kontakt nach Gelsenkirchen.[4] Die Kontakte in Gelsenkirchen blieben wahrscheinlich bis Kriegsende bestehen.[5]

Vorwiegend über Einzelne bestanden die Kontakte unter den Sozialdemokraten relativ unbeschadet und unbeobachtet weiter. Bei Gelegenheiten wie der Beerdigung bekannterer Genossen trafen sie zusammen. „Das war eine verschworene Gemeinschaft. Da hat kein Mensch was gesagt, es wußte aber jeder: Das sind Sozialdemokraten, die fest zusammenhalten."[6]

In der zweiten Kriegshälfte verstärkte sich noch einmal der aktive Widerstand gegen das NS-Regime, das sich offensichtlich auf dem Weg in die Niederlage befand. Nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad wurde der Gladbecker Bergmann Franz Zielasko, ein ehemaliger Arbeitersportler und Kommunist, der wegen Arbeitslosigkeit 1932 in die Sowjetunion ausgewandert war und dann 1937-39 in den internationalen Brigaden in Spanien gegen Francos Faschisten gekämpft hatte, im März 1943 bei Warschau mit dem Fallschirm abgesetzt, um im Ruhrgebiet Kontakt zu Widerstandsgruppen aufzunehmen bzw. solche neu zu bilden. Im Ruhrgebiet stellte er Kontakt her zu Gruppen aus Arbeitersportlern und Kommunisten in Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne und Rheine. Durch Verrat flog die Widerstandsgruppe frühzeitig auf, und Franz Zielasko und sein Gladbecker Quartiergeber wurden am 7. August 1943 verhaftet. Beide wurden bei der Voruntersuchung ermordet.[7] Insgesamt wurden 44 Personen verhaftet, von denen 21 zum Tode, zwei zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurden. Während nur fünf Angeklagte freigesprochen wurden, verurteilte man die übrigen zu insgesamt 35 Jahren Zuchthaus.[8] Unter den Verhafteten befanden sich aus Gelsenkirchen die Bergarbeiter Karl Delbeck, Andreas Schillack, Karl Schuster, Leo Marek, Hermann Frost, Emil Rattay, Friedrich Rahkob, Paul Bukowski, die wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt wurden. Der Hauer Fritz Symanski wurde zu lebenslangem, der Bergmann August Brohl zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, und Fina Rattay, Johann Ei-

---

3 D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 334 f.

4 Ebd., S. 362 und 368.

5 Ebd., S. 412 f.

6 Interview Paula Grenz 15.11.1985 über die Beerdigung des ehemaligen Stadtverordneten Grenz 1942. Zum Auftauchen der sozialdemokratischen „Untergrundpartei" bei Bestattungen: W. S. ALLEN, 1985, S. 859.

7 Franz Zielasko, 1943 unter dem falschen Namen Willi Guske, war 1918 in die USP, 1922 in die SPD und 1926/7 in die KPD eingetreten und bis 1932 als Gausportwart in Westfalen beim Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". In der Sowjetunion hatte er als Betriebsführer einer Schachtanlage bei Tula gearbeitet. Lebenslauf Zielaskos in: F. BAJOHR, Verdrängte Jahre, 1983, S. 129 ff.; K. SCHABROD, Widerstand, 1969, S. 128; D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 314 f.; SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, [2]1982, S. 136; H. J. STEINBERG, Widerstand, 1969, S. 124; D. PEUKERT, KPD im Widerstand, 1980, S. 408. Vgl. E. SCHMIDT, Lichter, Bd. 1, 1978, S. 166 ff.

8 K. SCHABROD, Widerstand, 1969, S. 128 f.; D. PEUKERT, Ruhrarbeiter, 1976, S. 315. Vgl. STADT GE, 40 Jahre, 1985, S. 15 f.; H. HERING, M. MROTZEK, 1988, S. 9.

chenauer und Rudolf Littek wurden mangels Beweisen freigesprochen.[9] Von den zum Tode Verurteilten konnten nur drei, darunter Karl Delbeck, von alliierten Truppen befreit werden.[10]

Am 2. Juli 1943 wurden Alfred Zingler und seine Frau Margarete in ihrem Exil verhaftet und wegen ihrer illegalen Tätigkeit für die Sozialdemokratie im Widerstand gegen den Nationalsozialismus angeklagt. Unter Vorsitz Roland Freislers verurteilte der Volksgerichtshof am 17. Juli 1944 Margarete Zingler zu drei Jahren Zuchthaus und Alfred Zingler zum Tode. Am 28. August wurde Alfred Zingler in Brandenburg-Görden hingerichtet.[11]

Nicht die wenigen spektakulären Widerstandsaktivitäten, die schnell unterbunden wurden, waren charakteristisch für den Bewußtseinsstand des überwiegenden Teiles der Gelsenkirchener Arbeiter, sondern in der letzten Kriegsphase dürfte davon ausgegangen werden, daß sich eher Zermürbungserscheinungen breit machten, die durch Bombenkrieg, Überlastung der Arbeitskräfte und schlechte Ernährung hervorgerufen wurden. Das Denken und Fühlen der in den Ruhrgebietsstädten zurückgebliebenen Menschen war eher kurzfristig orientiert an der Sicherung des Überlebens. Insbesondere im letzten Kriegsjahr, als die Niederlage absehbar war, verschlechterte sich die Wirkung der NS-Propaganda, obwohl weiterhin viele Menschen den Versprechungen der Nationalsozialisten Glauben schenkten. Bei der wachsenden Gruppe derjenigen, die die Niederlage kommen sahen, wurden die Nazis als Verzögerer des Kriegsendes betrachtet.[12] Die Tatsache, daß es auch in der letzten Kriegsphase nicht zu Widerstandsaktivitäten kam, verdeutlichte die Bewußtseinshaltung der überwiegenden Mehrheit der Gelsenkirchener. Zwar wurde vereinzelt auf die Nationalsozialisten geschimpft, doch waren Vorstellungen von Handlungsalternativen so gründlich ausgerottet oder deren Träger so gründlich eingeschüchtert, daß für breite Kreise der Bevölkerung Gedanken über möglichen Widerstand keine Relevanz erlangten.

---

9 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, [2]1982, S. 138 ff., 142 ff. und 147 ff.; F. BAJOHR, Verdrängte Jahre, 1983, S. 136. Vgl. zum mehrmaligen Zusammentreffen Delbecks und Schusters mit Zielasko: H. J. STEINBERG, Widerstand, 1969, S. 7, 124 ff. und 251 Auszug aus dem Urteil u. a gegen Delbeck und die Brüder Schillack. Vgl. BEZIRK V, 1949, S. 13 f.

10 Karl Delbeck konnte bei einem Marsch vom KZ Dachau flüchten und die Befreiung abwarten. Interview Emma Delbeck 13.10.1986. Fritz Rahkob und Paul Bukowski wurden am 24. August in Nürnberg hingerichtet. Emma Rahkob wurde am Tag der Hinrichtung ihres Mannes verhaftet und ins Polizeigefängnis München gesteckt, wo sie von allierten Truppen befreit und vor der Überführung in ein Frauenkonzentrationslager gerettet wurde. AdsD NL J. Lang, „Abschriften von unterschriebenen Erklärungen einfacher Arbeiterfrauen" (von E. Samorei) und Brief E. Samorei vom 5.8.1947; auch in: H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 263; H. GREBING, Lehrstücke, 1984, S. 92. Durch einen mutigen Rechtsanwalt wurde das Verfahren von Karl Delbeck in die Länge gezogen, nach: H. J. STEINBERG, Widerstand, 1969, S. 125 f. Vgl. BEZIRK V, 1949, S. 13 f.

11 SCHUL- UND KULTURDEZERNAT, [2]1982, S. 75 und 77 und 82 f.

12 H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 18.

Wandlungen sozialdemokratischer Kultur und Politik in der Bundersrepublik

1. Wiederaufbau der Arbeiterbewegung nach der Befreiung

a) Lebenslage in Gelsenkirchen nach Kriegsende

Nach schweren Luftangriffen auf das Ruhrgebiet Anfang 1945 überschritten amerikanische und britische Truppen im März den Rhein. Das Ruhrgebiet wurde eingeschlossen und nach und nach besetzt.[1] Wegen des Heranrückens alliierter Truppen machte sich Ende März ein großer Teil der Gelsenkirchener Stadtverwaltung aus dem Staub.[2] Am 29. März (Gründonnerstag) lagen Buer und Horst unter Artilleriebeschuß, am folgenden Tag wurden beide Stadtteile besetzt, und die amerikanischen Truppen rückten bis zum Rhein-Herne-Kanal vor. Am 10. April wurden auch die südlichen Stadtteile Gelsenkirchens ohne weitere Kämpfe besetzt. Mitte April übernahm die britische Militärregierung die Befehlsgewalt.[3]

Wie der Krieg war auch der Zusammenbruch total: Ein staatlicher Machtapparat existierte nicht mehr, es gab keine Polizei mehr, keine SA, keine SS, keine NSDAP, die Verwaltungsspitze hatte sich z. T. aufgelöst, Zeitungen erschienen nicht mehr, der Rundfunk verstummte, der Verkehr und das Transportwesen waren weitgehend zum Erliegen gekommen, die Energieversorgung funktionierte nur sporadisch, kein größeres Werk produzierte, und die finanzielle Lage von Betrieben und Stadt war katastrophal.[4] Das Bewußtsein des größten Teils der Bevölkerung in diesen Tagen war gekennzeichnet von Apathie, Ermüdung und Orientierungslosigkeit bezüglich der zu erwartenden Entwicklung. Befreit waren die Gelsenkirchener nicht nur von der NS-Gewaltherrschaft, sondern auch von Bom-

---

1 STADT GE, Chronik 1945, S. 14 ff.; H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 12. Letzte Maßnahmen der NS-Behörden und Bombenangriffe lt. StA Ge 0/XVIII/14/1. Vgl. H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 5; W. FÖRST, Geschichte, 1970, S. 22 f.

2 Verhältnisse in Ge nach dem Zusammenbruch, in: StA Ge 0/IV/1/25; STADT GE, Chronik 1945, S. 64; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 9. Entsprechende Vorbereitungen der Verwaltung lt. StA Ge 0/IV/4/1.

3 H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 12 und 30; STADT GE, Chronik 1945, S. 62, 74 und S. 77 f.; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 5; VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 17.

4 STADT GE, Chronik 1945, S. 74; DENKSCHRIFT DES OBERBÜRGERMEISTERS, 1945; Interview Ewald Klingler 10.7.1986. Vgl. „Zusammenbruchskrise", in: L. NIETHAMMER, U. BORSDORF, P. BRANDT, 1976, S. 130 und 164 f.

benangriffen und ständiger Angst.[5] Am wichtigsten war die Sicherung des eigenen Überlebens angesichts von Lebensmittelrationen von etwa 1000 Kalorien.[6] Auch Ende 1945 und 1946 verbesserte sich die Ernährungssituation trotz eines geringfügigen Anstiegs der Kalorienzahl nicht, sondern durch eine Änderung der Zusammensetzung mit weniger eiweiß- und fetthaltigen Nahrungsmitteln verschlechterte sich die Versorgung eher.[7] Überprüfungen des Körpergewichtes im Jahr 1947 bei städtischen Angestellten, bei Bergarbeitern und bei Schulkindern belegten die miserable Ernährung mit hohen Anteilen von Untergewichtigen.[8] Die schlechte Lebensmittelversorgung schwächte die Abwehrkräfte der Gelsenkirchener Bevölkerung, so daß Krankheiten wie Diphterie, Tbc, Krätze usw. grassierten und die Krankenziffern in der Industrie stark anstiegen.[9] Für die meisten Menschen stand die Zusammenführung der Familie im Vordergrund, wie überhaupt angesichts des Untergangs aller bisherigen Institutionen der Familie die Funktion einer Selbsthilfegruppe zukam, die die wichtigsten materiellen und besonders auch emotionalen Grundbedürfnisse zu befriedigen hatte.[10] Das Fehlen von Institutionen und Organisationen leistete „der individuellen Suche nach Auswegen Vorschub" und förderte eine Atomisierung der Nachkriegsgesellschaft.[11] Die Rückkehr Evakuierter, die Suche nach überlebenden Verwandten, die Wohnungssuche und der Anreiz der Schwerstarbeiterzulagen in Bergbau und Industrie führten in Gelsenkirchen zu erheblichen Wanderungsbewegungen.[12]

---

5 „Da waren wir glücklich und froh, die Alliierten zu sehen." und „Für uns war's ne Befreiung, Befreiung erstens mal vom Nationalsozialismus, worunter wir ja gelitten hatten, und vom Bombenhagel." Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986. Vgl. U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 37; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 11 f.; L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 118; H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 19 f.; A. v. Plato, Erfahrungsstrukturen, 1986, S. 17.

6 Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 133; Stadt Ge, Chronik 1945, S. 79, 103, 165 und 203. Vgl. C. Klessmann, P. Friedemann, 1977, S. 27; H.-J. Priamus, Ruinenkinder, 1985, S. 29 f.; A. v. Plato, Erfahrungsstrukturen, 1986, S. 15 ff.

7 Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 134; Stadt Ge, Chronik 1946, S. 45 f. Vgl. H.-J. Priamus, Ruinenkinder, 1985, S. 30 ff.

8 Bei der Stadtverwaltung hatten nur 18% normales Gewicht, von den übrigen Untergewichtigen hatten 25% ein Untergewicht von mehr als 20%. Stadt Ge, Chronik 1947, S. 183. Bei den Bergleuten zeigte sich Anfang 1947, daß nur 3% das Sollgewicht hatten, aber 20% ein Untergewicht von 16-20% und 35% ein Untergewicht von 21 bis 35%. Ebd., S. 18. Bei 50% der Schulkinder wurde 1947 Untergewicht festgestellt. Stadt Ge, Denkschrift zu Friedensfragen, 1947, S. 18.

9 Taschenbuch der Stadt Ge 1948, S. 61; Taschenbuch der Stadt Ge 1949, S. 76; Stadt Ge, Chronik 1945, S. 172; Stadt Ge, Chronik 1946, S. 154; Stadt Ge, Denkschrift zu Friedensfragen, 1947, S. 20. Vgl. A. v. Plato, Erfahrungsstrukturen, 1986, S. 15 f.

10 L. Niethammer, Privat-Wirtschaft, 1983, S. 39 und 47. „Dominanz des Privaten" bei A. v. Plato, Erfahrungsstrukturen, 1986, S. 23 ff. Vgl. J. Mooser, 1984, S. 152.

11 L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 172. Vgl. K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 178 f.

12 Etwa die Hälfte der Bevölkerung war unterwegs. Vgl. A. v. Plato, Erfahrungsstrukturen, 1986, S. 10 ff.

Tabelle 78: Einwohnerzahl in Gelsenkirchen 1939–1950[13]

17. 05. 1939	317 568
Okt. 1944	217 078 (nach ausgeg. Lebensmittelkarten)
April 1945	150 034 (nach ausgeg. Lebensmittelkarten)
27. 05. 1945	169 989 (nach ausgeg. Lebensmittelkarten)
30. 10. 1946	266 114
01. 01. 1947	269 827
01. 01. 1948	285 824
01. 04. 1949	296 297
31. 03. 1950	308 227

Die Rückkehr der Bevölkerung und die bald einsetzende Zuwanderung von Flüchtlingen vergrößerten nicht nur die Probleme der Lebensmittelversorgung, sondern verschärften auch das Problem fehlenden Wohnraumes. Durch die Auswirkungen des Krieges waren von dem Bestand des Jahres 1939 von 93 028 Wohnungen 70 744 Wohnungen beschädigt, davon 10 904 Wohnungen zu 41 bis 60% und 12 021 Wohnungen zu über 60%. Bis Ende März 1950 war erst etwa die Hälfte der beschädigten Wohnungen repariert worden.[14]

Aufgrund des allgemeinen Eindrucks wurde das Ausmaß der Schäden an der Industrie überschätzt. Tatsächlich war die Substanz industriellen Anlagevermögens nicht entscheidend angegriffen. Für die Aufrechterhaltung bzw. Wiederaufnahme der Produktion war von entscheidenderer Bedeutung als die Schäden an Produktionsanlagen die Zerstörung von Verkehrswegen und die Beeinträchtigung des Arbeitsprozesses durch die verheerende Lage der Arbeiter. Die „Ankurbelungspolitik" und die Behebung der Transportkrise schlugen sich schon im Herbst 1945 in steigenden Produktionszahlen nieder. Der Aufschwung wurde für die Bevölkerung zunächst jedoch nicht spürbar, da die Konsumgüterproduktion begrenzt war, viele Waren gehortet wurden oder nur auf dem Schwarzmarkt auftauchten.[15] Nachdem schon im ersten Nachkriegswinter eine Hungerkatastrophe nur mit britischer Hilfe hatte abgewendet werden können, sank die Lebensmittelversorgung in Gelsenkirchen im Winter 1946/47 auf einen erneuten Tiefpunkt mit nur 971 Kalorien im Februar.[16] Im „Entscheidungsjahr 1947" gelang es den Besatzungsmächten und der Wirtschaftsverwaltung

13 VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI71), S. 13, 133; TASCHENBUCH DER STADT GE 1949, S. 37; STADT GE, Chronik 1946, S. 204. Vgl. H.-J. PRIAMUS, Ruinenkinder, 1985, S. 9 und 15.

14 Bis 15% beschädigt waren 27 619 Wohnungen, und 20 200 Wohnungen waren zu 16-40% beschädigt. TASCHENBUCH DER STADT GE 1951, S. 65. Vgl. StA Ge 0/IV/4/29; STADT GE, CHRONIK 1945, S. 170 f.; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 283; DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER STADT, Bl. 3; STADT GE, Chronik 1948, S. 87; H.-J. PRIAMUS, Ruinenkinder, 1985, S. 12 und 16 f.

15 W. ABELSHAUSER, Probleme, 1979, S. 215 f. und 236; W. ABELSHAUSER, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 20 ff. und 36 f.; W. ABELSHAUSER, D. PETZINA, Krise, 1981, S. 74 ff.; W. RUDZIO, Ringen, 1979, S. 379; G. MANNSCHATZ, J. SEIDER, 1962, S. 15; W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 16 ff. und S. 32 ff.

16 H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 112..

der Bizone, durch die vorläufige Lösung des Transportproblems, das Anreizsystem für die Bergarbeiter und die effektivere Gestaltung der Versorgung eine Katastrophe im Winter 1947/48 zu verhindern.[17] Trotzdem brach in Gelsenkirchen im November 1947 die Fettversorgung zusammen, wie im Januar 1948 die Fleischversorgung.[18] Die Überwindung der wesentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach diesem Winter beruhte hauptsächlich auf organisatorischen Verbesserungen und auf der Konzentration verbliebener Ressourcen. Dem Entscheidungsjahr folgte ein etwa zwanzigjähriger Aufstieg der westdeutschen Wirtschaft, der also hauptsächlich auf eigenen Ressourcen und nicht auf dem Marshallplan beruhte.[19]

Ende 1948 waren in Gelsenkirchen viele Kriegsschäden an Zechen und Fabriken beseitigt[20]: Auf Consolidation 1/6 konnte am 15. Juni 1949 die Arbeit wieder aufgenommen werden, nachdem Schachtanlage 3/4/9 bereits ab 7. Mai 1945 gefördert hatte. Auch auf Graf Bismarck waren bis 1949 die Kriegsschäden beseitigt und ein neuer Wetterschacht 10 begonnen worden. Auf Nordstern kam die Förderung 1948 wieder in Gang. Trotz erheblicher Bombenschäden wurde auf Dahlbusch bereits 1945 wieder in kleinem Umfang gearbeitet und 1949 bereits wieder knapp 1 Million Tonnen gefördert. Wilhelmine Viktoria begann Mitte 1946 mit der Förderung. Selbst beim durch 1 000 Sprengbomben lahmgelegten Schalker Verein konnte schon im November 1945 der erste Hochofen wieder angeblasen werden. Auch bei Grillo-Funke konnte der Betrieb noch 1945 teilweise wieder aufgenommen werden. Nach starker Zerstörung ging die Schalker Glashütte noch 1945 wieder in Betrieb, während die Delog erst 1946 in Gang kam. Schon im August 1945 lief die Herdfabrikation bei Küppersbusch wieder an. Die Produktion im Gußstahlwerk wurde 1946 wieder aufgenommen. Am 30. September 1947 waren im Gelsenkirchener Bergbau bereits wieder 39 797 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, während es in der Eisen- und Metallindustrie 8 851 waren. 1949 waren 42 805 Arbeiter und Angestellte auf Gelsenkirchener Zechen beschäftigt.

Die Demontagepolitik wurde für Gelsenkirchen nur in der zweiten Phase, als nach Werkzeugmaschinen-, Rüstungs- und Ausrüstungsbetrieben die Kohleverflüssigungsanlagen demontiert werden sollten und das Horster und das Scholvener Werk Anfang 1949 auf der Demontageliste

---

17 W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 43 f.

18 Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 134.

19 W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 44 und 54 ff. zur politischen Wirkung des Marshall-Planes.

20 Die wirtschaftliche Lage der Stadt, Bl. 7; Schriftverkehr mit Zechen und Fabriken, in: StA Ge 0/VIII/9/2; Consolidation, 1949, S. 124; Stadt Ge, Chronik 1949, S. 126; W. u. G. Hermann, ²1982, S. 99 f., 102 f.; H. Hering, Wiederaufbau, 1984, S. 285 f.; B. Kolkenbrock, Industriegroßstadt, 1964, S. 290 f. und 295 ff.; T. Bertram, 1986, S. 210; Graf Bismarck, 1953, S. 95 und 105; W. Kesten, 1952, S. 102, 235 und 287; Bergwerksdirektion Wilhelmine Viktoria, 1952, 21 f.; Taschenbuch der Stadt Ge 1948, S. 55; Taschenbuch der Stadt Ge 1951, S. 66; Mannesmann-Röhrenwerke, 1949, S. 137; Delog, 1955, S. 131; Glas- und Spiegelmanufactur, 1953, S. 138; R. Horbelt, Klavier, 1986, S. 137; 95 Jahre Sozialdemokraten in Ückendorf, 1986; Rheinstahl, 1972, S. 4.

standen, gefährlich. Die bereits trotz großer Protestdemonstrationen (z. B. 10 000 Menschen in Horst am 31. Mai 1949) begonnene Demontage der beiden Hydrierwerke wurde mit der Unterzeichnung des Petersberger Abkommens im November 1949 endgültig eingestellt, und im Februar 1950 wurde der Gelsenberg Benzin AG die Betriebserlaubnis zur Erdölverarbeitung erteilt. Wegen der Zerstörungen und der notwendigen Umbaumaßnahmen begann die Rohölverarbeitung in Scholven erst 1951.[21]

Durch die Umsiedlung vorher in Ost- und Mitteldeutschland untergebrachter Betriebe der Bekleidungsindustrie erhielt Gelsenkirchen nach Kriegsende sogar einen neuen Wirtschaftszweig, der Anfang 1949 in 42 (davon 37 neugegründeten) Betrieben 3 100 Arbeitsplätze und Ende 1950 in über 50 Betrieben über 5 000 Arbeitsplätze anbot. Von besonderer Bedeutung für Gelsenkirchen war die Tatsache, daß damit auch eine größere Zahl von Frauenarbeitsplätzen entstand.[22]

Sofort nach der Besetzung begannen die Amerikaner mit der Reorganisation einer deutschen Verwaltung, und zunächst wurden für die besetzten nördlichen Stadtteile (Erle, Resse, Hassel) Ortsbürgermeister eingesetzt; Buer und Horst erhielten ebenfalls kommissarische Bürgermeister. Erst nach der Besetzung Alt-Gelsenkirchens wurde am 10. April als kommissarischer Oberbürgermeister der als Notleiter der Verwaltung zurückgebliebene Medizinalrat Dr. Hübner eingesetzt.[23] Als sich Sozialdemokraten (Neysters) und Kommunisten (Berger) mit Forderungen nach Beteiligung an der Verwaltung am 13. April beim kommissarischen Oberbürgermeister meldeten, waren dieser und der Stadtkommandant der Meinung, daß auch nicht-sozialistische Vertreter der Bevölkerung an der Verwaltung beteiligt werden sollten. Der Stadtkommandant sprach deswegen einen Vikar an, ob von christlicher Seite nicht ebenfalls Vertreter benannt werden könnten. Daraufhin trafen sich am Vormittag des 15. April 1945 40 Vertreter der katholischen Kirchengemeinden von Alt-Gelsenkirchen. Am selben Tag fand dann ein weiteres Treffen statt, wobei auch evangelische Vertreter hinzugezogen wurden. Aus diesen Treffen ging die „Christliche Vereinigung" hervor, aus der sich nach einer Differenzierung die örtliche CDU und eine Zentrumsgruppe entwickelten.[24] Nach Verhandlungen am

---

21 Der einzige demontierte Metallbetrieb Gelsenkirchens arbeitete im Januar 1951 wieder mit seiner alten Kapazität. H. HERING, Demontagearbeit, 1986, S. 310 f., 314 und 318 ff.; H.-G. KEMMER, 1985, S. 26 ff. und 39; F. MERKEL, 1988, S. 19 ff.; STADT GE, Chronik 1949, S. 79, 110 ff., 160 ff. und 240; H. BAUMANN, 1961, Bl. 26; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 300 ff.; P. HÜTTENBERGER, Entstehung, 1973, S. 341 ff.

22 G. MEYER-ULRICH, 1986, S. 289 ff.; U. HOEFT, 1968, S. 41 ff. und 43 ff. Vgl. H. NOLL, 1958, S. 65 und 99; DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER STADT, Bl. 8 und 55; STADT GE, Chronik 1948, S. 245; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 303 f.; K.-H. SCHULZE, 1955, S. 103 ff.; H. NEUMANN, 1984, S. 53 f.

23 Kommissarischer Oberbürgermeister am 18.5.1945, Zeit nach dem Zusammenbruch, in: StA Ge 0/IV/1/25. Vgl. StA Ge 0/IV/1/24; erste Bekanntmachungen der Ortsbürgermeister zur Versorgung etc., in: StA Ge 0/IV/1/21 und 0/IV/1/22; VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 17; STADT GE, Chronik 1945, S. 65; H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 30; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 6, 9, 24 und 45.

24 Gründungsgeschichte von Christlicher Vereinigung, Zentrum und CDU in Ge: S. GOCH, Nach Hitler, 1986, S. 76 ff. Zu Ge auch: Zeit nach dem Zusammenbruch, in: StA Ge 0/

16. April wurde mit Zustimmung der Militärregierung eine 12-köpfige kollegiale Leitung der Stadt aus je drei Vertretern von SPD und KPD, drei Vertretern der Christlichen Vereinigung und drei nicht als Parteivertreter angesehenen Personen gebildet. Ende April wurde mit dem Wiederaufbau einer Gesamtverwaltung begonnen und die getrennte Verwaltung der nördlichen Teile Gelsenkirchens abgebaut.[25] Gleichzeitig war der Stadtkommandant bestrebt, den kommissarischen Oberbürgermeister zu ersetzten und im Sinne des „indirect-rule-Prinzips" die Verwaltung von deutschen Stellen vollziehen zu lassen. So wurde auf einer Beigeordnetenkonferenz am 11. Mai der 1933 in den Ruhestand versetzte, ehemalige Oberbürgermeister Zimmermann, der sich vor 1933 zur DDP bekannt hatte, einstimmig den Besatzungsbehörden vorgeschlagen. Diese akzeptierten den Vorschlag, und Zimmermann übernahm am 24. Mai die Funktion des Oberbürgermeisters. In seiner Rede anläßlich seiner Begrüßung machte er bereits deutlich, daß er an Weimarer Traditionen der Kommunalpolitik anzuknüpfen gedachte. Das Verhalten Zimmermanns, der sich als allein der Militärverwaltung verantwortlich darstellte, beendete die kollegiale Leitung der Stadt und führte zum Konflikt mit dem kommunistischen Dezernenten für Wohnungswesen Pittruf, der Nazis bei der Wohnungszuteilung zurückgestellt hatte. Er und der Sozialdemokrat Hoffmann schieden am 3. September aus dem Dezernentengremium aus.[26]

Nachdem ab 15. September offiziell die Demokratisierung der kommunalen Ebene betrieben wurde, berief die britische Militärregierung für Gelsenkirchen am 19. Oktober einen 24-köpfigen Bürgerrat, der im April

---

IV/1/25; J. Dzudzek, Kommunalpolitik, S. 300; Stadt Ge, Chronik 1945, S. 81; H. Hering, H. E. Käufer, M. Klaus, 1986, S. 31 f. Vgl. G. Schwarze, 1984, S. 28 f. und 60 ff.; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 180 f. und 260 ff. und 170 ff. zur „Geburtshelferrolle" der Lokalverwaltungen beim Zusammentreten der christlichen Kreise. Vgl. K. Teppe, Besatzungsregiment, 1983, S. 277; L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 647; D. Buchhaas, H. Kühr, Volkskirche, 1979, S. 147.

25 Für die SPD übernahm Gerhard Neysters das Finanzwesen, Hoffmann das Polizeiwesen, Hugo Randen das Arbeitsamt, für die KPD Vortkamp das Fürsorgewesen, Pittruff die Wohnungsbeschaffung und Paetsch wurde persönlicher Mitarbeiter des kommissarischen Oberbürgermeisters. Zeit nach dem Zusammenbruch, in: StA Ge 0/IV/1/25. Dienststellenverzeichnis, in: StA Ge 0/IV/1/21. Siehe auch Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge XXVI 1), S. 18; Stadt Ge, Chronik 1945, S. 63 ff., 81 und 88; J. Dzudzek, Kommunalpolitik, 1984, S. 301; H. Hering, H. E. Käufer, M. Klaus, 1986, S. 30 f.; H. Falk, 1955, S. 37; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 37 und 66.

26 Kommissarischer Oberbürgermeister am 18.5.1945, Zeit nach dem Zusammenbruch, in: StA Ge 0/IV/1/25. Protokoll 11.5.1945 in: StA Ge 0/XXVII/8/2. Zum alleinigen Kontakt des OB mit der Militärregierung auch: StA Ge 0/IV/1/21. Ergebnisse der Gespräche mit dem Kommandanten, in: StA Ge 0/XVIII/13/1. Vgl. auch Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 17; Stadt Ge, Chronik 1945, S. 93 und 96 f.; J. Dzudzek, Kommunalpolitik, 1984, S. 302 f.; H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 28. Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 44 f. zum indirect rule und 46 f. und 66 f. zur Wahl von Zimmermann; G. Schwarze, 1984, S. 22; H. Pietsch, Neubeginn, 1984, S. 199 ff.; L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 649. Nach StA Ge 0/IV/5/09a irrt die bisherige Literatur bei der parteipolitischen Zuordnung Zimmermanns, der sich vor 1933 nicht zur DVP sondern zur DDP bekannte und nach 1945 zur FDP ging.

1946 auf 28 Mitglieder erweitert wurde.[27] Die Anknüpfung an kommunalpolitische Traditionen der Weimarer Zeit, die in der Zusammensetzung der Mitglieder des Bürgerrates (fünf SPD, sechs KPD, sechs Christliche Vereinigung und weitere Vertreter der Berufsgruppen) zum Ausdruck kam, und die personelle Zusammensetzung des Bürgerrates, dem viele ehemalige Stadtverordnete angehörten, führten dazu, daß man sich an den traditionellen Formen kommunal-parlamentarischer Einflußnahme orientierte.[28] Ein weiteres Element der Kontinuität war die Stadtverwaltung. Bis Ende 1945 waren nur 275 Beamte, Angestellte und Arbeiter aus politischen Gründen entlassen worden, von denen viele in den kommenden Jahren in städtische Dienste zurückkehrten, obwohl nur 24% der städtischen Beamten und 56% der Angestellten nicht in der NSDAP gewesen waren.[29]

Mit der Verordnung 21 der britischen Militärregierung wurde am 1. April 1946 die revidierte deutsche Gemeindeordnung eingeführt, die nach dem Vorbild des englischen Gemeinderechtes eine Trennung von Legislative und Exekutive, die vor 1933 in der Hand des Oberbürgermeisters vereint waren, mit sich brachte.[30] Die politische Führung der Stadt Gelsenkirchen unter der Amtsbezeichnung Oberbürgermeister übernahm nun der Sozialdemokrat Robert Geritzmann nach zwei Wahlgängen und einer Stichwahl gegen den Vertreter der Christlichen Vereinigung. Die Verwaltung wurde vom nun so genannten Oberstadtdirektor Zimmermann geleitet.[31] Am 15. September und am 13. Oktober wurde nach dem von den Briten entworfenen Wahlsystem in Ämtern, Gemeinden und Kreisen gewählt. Das starke Element des von den Briten eingebrachten Mehrheitswahlrechtes erbrachte erhebliche Verzerrungen zwischen Stimmanteil und Mandatszahl und ermöglichte in Gelsenkirchen am 25. Oktober 1946 die Wiederwahl des Sozialdemokraten Robert Geritzmann zum Oberbürgermeister.[32]

---

27 Zeit nach dem Zusammenbruch, in: StA Ge 0/IV/1/25; VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 26; STADT GE, Kriegsende, 1985, Bl. 70; STADT GE, Chronik 1945, S. 154 ff. und 159 f.; STADT GE, Chronik 1946, S. 79 und 104; J. DZUDZEK, Kommunalpolitik, 1984, S. 303 f.; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 189 f.

28 H. PIETSCH, Neubeginn, 1984, S. 207; S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 85; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 19 f.

29 STADT GE, Chronik 1945, S. 172 und 204. Zur schwierigen Entnazifizierung der Polizei AdsD SPD Bez. WW 103. Zur Arbeit des Entnazifizierungsausschusses: StA Ge 0/IV/9/2. Vgl. Kritik der SPD in StA Ge 0/XXVII/8/2. Entnazifizierung der Stadtverwaltung: StA Ge 0/XVIII/13/2 und 0/IV/15/2.

30 VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 19. Vgl. H. PIETSCH, Neubeginn, 1984, S. 206.

31 Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters wurde der Kommunist Wilhelm Berger und zweiter Stellvertreter ein Vertreter der Christlichen Vereinigung. STADT GE, Chronik 1946, S. 52; VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 19.

32 Vgl. H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 42 f.; H. PIETSCH, Neubeginn, 1984, S. 207; W. FÖRST, Geschichte, 1970, S. 203 f.; C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 30. Einstimmig gewählte Stellvertreter Heinrich Schmitt (CDU) und Otto Böhm (KPD). STADT GE, Chronik 1945, S. 199; VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 18.

Tabelle 79: Wahl zur Gemeindevertretung am 13. Okt. 1946 in Gelsenkirchen[33]

	Stimmen		Mandate	
	abs.	in %	abs.	in %
Wahlberechtigte	173 289			
Wahlbeteiligung	146 233	84,4		
SPD		37,9	32	71,1
KPD		17,9	2	4,4
CDU		27,3	9	20,0
Zentrum		11,5	1	2,2
FDP		5,4	1	2,2

Nach der Demokratisierung der kommunalen Ebene wurde am 17. Juli 1946 von den britischen Besatzungsbehörden die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen bekanntgegeben und mit der Verordnung Nr. 46 vom 23.8.1946 über die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen kodifiziert. Ein ernannter Landtag erhielt den Auftrag, eine Landesverfassung auszuarbeiten, und eine Landesregierung wurde gebildet. Nach dem Anschluß des Landes Lippe im Januar 1947 erhielt das Land Nordrhein-Westfalen seine heutige Form. Mit den ersten Landtagswahlen im April 1947 erreichte die Demokratisierung die Landesebene. Nach langwierigen Verhandlungen wurde im Juni 1947 eine Allparteienregierung ohne die FDP unter Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) gebildet.[34]

Tabelle 80: Wahl zum Landtag am 20. Apr. 1947 in Gelsenkirchen[35]

	Gelsenkirchen		NRW	
Partei	abs.	in %	in %	Sitze
Wahlberechtigte	182 069			
Wahlbeteiligung	135 938	74,7	67,3	
gültig	130 809	96,2		
SPD	42 171	32,2	32,0	64
KPD	33 915	25,9	14,0	28
CDU	26 658	20,4	37,5	92
FDP	9 282	7,1	5,9	12
Zentrum	18 783	14,4	9,8	20

33 Die absoluten Stimmergebnisse sind wenig aussagekräftig, da jeder Wahlberechtigte drei Stimmen zu verteilen hatte. Von den 45 Gemeindevertretern wurden 36 direkt und 9 von der Reserveliste gewählt. VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 26 f. und 35; TASCHENBUCH DER STADT GE 1948, S. 68; STADT GE, Chronik 1945, S. 189 f.; STADT GE, Stat. Berichte, Heft 2, 1956, S. 15 ff.

34 W. FÖRST, Entstehung des Landes, 1984, S. 45 ff. und 50-53; R. STEININGER, Großbritannien, 1984, S. 222 ff. und 227; H. DAHM, 1968, S. 205, 211 ff. und 229 ff.; R. STEININGER, Rhein-Ruhrfrage, 1979, S. 131 ff.; P. HÜTTENBERGER, Entstehung, 1973, S. 230 f. und 321; W. FÖRST, Geschichte, 1970, S. 181-185, 207 f.; 221 und 274 f. Vgl. aus Gelsenkirchener (Verwaltungs-)Sicht: StA Ge 0/III/1/1.

35 VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 35; STADT GE, Chronik 1947, S. 95; W. FÖRST, Geschichte, 1970, S. 249; STADT GE, Stat. Berichte, Heft 9, 1964, S. 34.

Für die Entscheidung über die staatliche Zukunft Deutschlands insgesamt wurden die Pläne der beiden Großmächte unter den Allierten, insbesondere der USA, immer wichtiger: Hatten bereits die Kriegskosten Großbritannien an den Rand einer Finanzkrise gebracht, so verschärfte sich dessen Situation durch die Besatzung weiter, weil die britische Besatzungszone nicht in der Lage war, den Nahrungsmittelbedarf auch nur annähernd selbst zu decken. Angesichts der finanziellen Misere nahm die britische Regierung das Angebot der USA zur Bildung der Bizone gerne an, um Kosten auf die finanzstärkere USA abzuwälzen. Mit dem Verschmelzungsprozeß der britischen und amerikanischen Zone mit Wirkung vom 1. Januar 1947 wurde die amerikanische Auffassung über das Schicksal des Ruhrgebietes und Westdeutschlands gegenüber der britischen immer dominanter.[36] Auch die französische Regierung, deren Politik an Sicherheitsinteressen und an langfristigen Reparationsleistungen orientiert war und die zunächst für die Internationalisierung des Ruhrgebietes eintrat, mußte schließlich unter finanziellem Druck mit der Marshallplanhilfe auch die politischen Vorstellungen der USA akzektieren.[37]

Nach der gescheiterten Moskauer Außenministerkonferenz vom März 1947 wurde von den USA die Gründung eines westdeutschen Separatstaates betrieben. Die USA beabsichtigten, ihre wirtschaftsliberalen Vorstellungen durchzusetzen, sich in Westeuropa nach der Kriegskonjunktur Absatzmärkte zu sichern und mit dem westdeutschen Separatstaat ein Bollwerk gegen den Kommunismus aufzurichten. Dies wurde deutlich an der 1947 verkündeten Truman-Doktrin und der Ankündigung des Marshallplanes.[38] Der erste Schritt zum Aufbau separater zentraler Institutionen war die Schaffung des Wirtschaftsrates in Frankfurt für die Bizone als wirtschaftspolitische Zentralverwaltung mit Ansätzen parlamentarischer Kontrolle. Im von den Länderparlamenten beschickten Wirtschaftsrat erhielten die bürgerlichen Parteien eine Mehrheit.[39] Die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz im ersten Halbjahr 1948 billigte schließlich die amerikanischen Pläne, und die Bizone wurde nun zielstrebig zum westdeutschen Teilstaat ausgebaut. Die wirtschaftliche Konsolidierung erlaubte den westlichen Besatzungsmächten zunächst die Durchführung einer separaten Währungsreform als weiteren Schritt der Verselbstständigung West-

---

36 D. C. Watt, 1985, S. 20 und 24. J. Foschepoth, 1985, S. 70 und 73 führt dagegen politische Gründe wie die Überwindung der britischen Isolierung in der Deutschlandpolitik an. Ebenso F. Pingel, 1984, S. 48. Vgl. H. Hering, H. E. Käufer, M. Klaus, 1986, S. 106 f.; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 30; E. Schmidt, [7]1977, S. 22; C. Klessmann, Staatsgründung, [3]1984, S. 103; D. Petzina, W. Euchner, Wirtschaftspolitik in der Besatzungszeit, 1984, S. 10; R. Badstübner, Kampf, 1960, S. 21.

37 W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 60; C. Klessmann, Staatsgründung, [3]1984, S. 104 f.

38 C. Klessmann, Staatsgründung, [3]1984, S. 178 ff.; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 9; H. K. Rupp, Politische Geschichte, [2]1982, S. 36 ff.

39 E. Schmidt, [7]1977, S. 126 ff.; C. Klessmann, Staatsgründung, [3]1984, S. 186; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 12; H. K. Rupp, Politische Geschichte, [2]1982, S. 40 f. Vgl. E. U. Huster u. a., 1972, S. 160 ff.; E.-U. Huster, Politik, 1978, S. 54 ff.

deutschlands durch die Gesetze 60 bis 64 vom 20. bis 27. Juni 1948.[40] Auch für Gelsenkirchen wurde berichtet, daß sich nach der Währungsreform die Schaufenster füllten. Allerdings war gleichzeitig eine lebhafte Preissteigerung zu beobachten[41], die nicht durch Lohnsteigerungen ausgeglichen wurde, da der von den Besatzungsmächten verlängerte, noch aus dem Dritten Reich stammende Lohnstopp erst Anfang November 1948 aufgehoben wurde. Wegen der Verschlechterung der materiellen Situation kam es in Gelsenkirchen am 14. August 1948 auf den Wochenmärkten zu Tumulten, und als die Gewerkschaften aus Protest gegen die Verschlechterung der Lebenssituation für den 12. November 1948 einen Generalstreik ausriefen, war auch die überwiegende Mehrheit der Gelsenkirchener Arbeiter unter den 9 Millionen in den Westzonen Streikenden.[42] Erst in den folgenden Monaten verbesserte sich die Versorgungssituation allmählich.[43]

Am 1. Juli 1948 übergaben im Zuge der Durchführung der Londoner Beschlüsse die Militärgouverneure der westlichen Besatzungsmächte den westzonalen Ministerpräsidenten die „Frankfurter Dokumente", worin sie aufgefordert wurden, bis zum 1. September einen parlamentarischen Rat zu berufen, der eine Verfassung erarbeiten sollte. Unter wesentlicher Einflußnahme der Besatzungsmächte beriet der Parlamentarische Rat das Grundgesetz und verabschiedete es am 8. Mai 1949. Nach der Verkündung des Besatzungsstatutes und der Zustimmung der westlichen Besatzungsmächte wurde das Grundgesetz der Bundesreublik Deutschland durch Beschluß der Landtage mit Ausnahme des bayrischen in Kraft gesetzt und am 23. Mai 1945 verkündet. Nach erbittert geführtem Wahlkampf setzten sich bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 die bürgerlichen Parteien durch, die aus CDU/CSU, FDP und DP eine Regierung unter der Kanzlerschaft Adenauers bildeten[44]. Für die SPD wurden damit die Hoffnungen, auf der parlamentarischen Ebene eine grundsätzliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung durchsetzten zu können, zerschlagen.

---

40 W. Abelshauser, Probleme, 1979, S. 237 f.; W. Abelshauser, Ruhrbergbau, 1984, S. 49; W. Aberlshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 50; C. Klessmann, Staatsgründung, [3]1984, S. 188 ff.; E. Schmidt, [7]1977, S. 131; H. K. Rupp, Politische Geschichte, [2]1982, S. 68 ff. Zu Ge: Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 134.

41 Stadt Ge, Chronik 1948, S. 91 und 116 f.

42 H. Hering, H. E. Käufer, M. Klaus, 1986, S. 283; Stadt Ge, Chronik 1948, S. 196. Vgl. W. Abelshauser, Probleme, 1979, S. 239; W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 53; E. Schmidt, [7]1977, S. 132; H. K. Rupp, Politische Geschichte, [2]1982, S. 69 f.

43 Vgl. Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 136; Stadt Ge, Chronik 1949, Vorbemerkung; H.-J. Priamus, Ruinenkinder, 1985, S. 36.

44 E. Schmidt, [7]1977, S. 113; C. Klessmann, Staatsgründung, [3]1984, S. 196, 199 und 204 ff; K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 174 ff.

Tabelle 81: Wahl zum Bundestag am 14. Aug. 1949 in Gelsenkirchen[45]

	Gelsenkirchen		Bundesrepublik
	absolut	in %	in %
Wahlberechtigte	209 576		
Wahlbeteiligung	162 231	77,4	78,5
gültig	158 446	97,7	
SPD	57 902	36,5	29,2
KPD	24 240	15,3	5,6
CDU/CSU	39 535	24,9	31,0
Zentrum	19 205	12,1	3,1
FDP	6 920	4,4	11,9

Noch vor der Konstituierung der Bundesrepublik fand in Nordrhein-Westfalen eine Neuwahl der kommunalen Vertretungen nach dem nun eingeführten modifizierten Verhältniswahlrecht statt. Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung wählte am 26. Oktober 1948 wiederum Robert Geritzmann zum Oberbürgermeister, obwohl die SPD ihre Mehrheit im Gemeindeparlament eingebüßt hatte. Die Wahl wurde am 14. November 1949 und nach Inkrafttreten der geänderten Gemeindeordnung im März 1950 jeweils bestätigt.[46]

Tabelle 82: Wahl zur Gemeindevertretung am 17. Okt. 1948 in Gelsenkirchen[47]

	abs.	in %	Sitze	NRW in %
Wahlberechtigte	200 935			
Wahlbeteiligung	135 086	67,2		
gültig	130 991	97,0		
SPD	50 457	38,5	20	35,9
KPD	18 074	13,8	7	7,8
CDU	29 522	22,5	12	37,6
Zentrum	18 530	14,2	7	9,7
FDP	6 405	4,9	–	6,9
RSF	8 003	6,1	3	

Die Bildung der Bundesrepublik war begleitet von einem Kampf der Arbeiter und ihrer Organisationen um eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung, weil große Teile der Bevölkerung überzeugt waren, daß nun die Sozialisierung der Großunternehmen wegen deren Mitschuld am

45 VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 35; STADT GE, Stat. Berichte, Heft 3, 1957, S. 36; STADT GE, Chronik 1949, S. 161.

46 STADT GE, Chronik 1945, S. 187.; VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 22; STADT GE, Chronik 1949, S. 232.

47 VERW.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 27 und 35; VERW.-B. Stadt Ge 1950 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 12; W. FÖRST, Geschichte, 1970, S. 473; TASCHENBUCH DER STADT GE 1949, S. 83 ff.; TASCHENBUCH DER STADT GE 1951, S. 82 ff.; STADT GE, Stat. Berichte, Heft 2, 1956, S. 22 ff.; STADT GE, Chronik 1948, S. 181 f., STADT GE, Chronik 1949, S. 116.

Nationalsozialismus notwendig sei. Die Sozialisierung sollte nicht nur verhindern, daß wirtschaftliche Interessen die Politik bestimmen, sondern die Menschen versprachen sich von einer öffentlich gelenkten Wirtschaft auch eine Verbesserung ihrer Ernährungslage, eine dauerhafte Sicherung ihrer Arbeitsplätze und verbesserte Arbeitsbedingungen.[48] Mit der Sozialisierungsforderung wurde angeknüpft an kulturelle Traditionen der Weimarer Republik; viele Ruhrarbeiter waren überzeugt, daß die nach der Novemberrevolution verpaßte Neuordnung nun nach der Barbarei des Nationalsozialismus unbedingt nachgeholt werden müsse. Insbesondere bei der britischen Besatzungsmacht bestanden zunächst auch Pläne zur Entmachtung des Ruhrmonopolkapitals. Die Briten erlitten aber unter amerikanischem Druck einen permanenten Positionsverlust, bis sich schließlich die gesellschaftspolitische Linie der USA durchsetzte.[49] Angesichts der Bedrohung durch die Besatzungsbehörden einerseits und eine breite antikapitalistische Strömung in der Arbeiterklasse andererseits griffen die Montanindustriellen auf ihre bereits in der Entstehungsphase der Weimarer Republik erprobte Befriedungsstrategie zurück und boten eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte der Konzerne an. Die später erkämpfte Montanmitbestimmung wurde dann in vier entflochtenen Aktiengesellschaften der Stahlindustrie ab März 1947 – später in weiteren Unternehmen der Metallindustrie – bereits vorweggenommen.[50] Auch auf der betrieblichen Ebene waren die Unternehmer – oft von der Entnazifizierung bedroht – zu Zugeständnissen bereit. „Nach dem Krieg gab es dann nur noch irregeleitete Unternehmer, die insbesondere den Arbeitnehmern laufend nachgelaufen sind, das auch schriftlich zu bescheinigen, daß sie immer ehrenwerte Männer gewesen sind. [. . .] Die Zusammenarbeit [. . .] Mitbestimmung, das war 'ne Selbstverständlichkeit – alles."[51] Auf der parlamentarischen Ebene bemühten sich SPD- und KPD-Landtagsfraktion um die Überführung von Kohle und Stahl in Gemeineigentum. Die Sozialisierungsforderung der SPD war motiviert durch den Willen, mit der Überführung der monopolistischen Schwerindustrie in Gemeineigentum zukünftig Frieden und Demokratie zu sichern. Der NRW-Landtag vertagte zunächt im Januar 1947 die Anträge von SPD und KPD.[52] In einigen Belegschaftsversammlungen fanden daraufhin Probeabstimmungen über

---

48 M. ZIMMERMAN, Nachwort, 1980, S. 234. Vgl. STADT GE, Chronik 1948, S. 12.

49 W. MILERT, 1984, S. 109 f.; R. STEININGER, Sozialisierung, 1985, S. 137 f.; R. STEININGER, Rhein-Ruhrfrage, 1979, S. 115 ff. und 161 f.; W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 20 ff.; W. RUDZIO, Ringen, 1979, S. 375 f.; M. MARTINY, Durchsetzung, 1979, S. 394 ff.; E. SCHMIDT, [7]1977, S. 54 ff.; E.-U. HUSTER, Politik, 1978, S. 61 ff. und 66 ff.; H. LADEMACHER, Sozialisierungspolitik, 1985, S. 114 ff.; W. RUDZIO, Sozialisierungskonzept, 1985, S. 129 ff.; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 37; C. KLESSMANN, Staatsgründung, [3]1984, S. 103; R. BADSTÜBNER, Kampf, 1960, S. 21; R. BADSTÜBNER, Bestrebungen, 1960, S. 43 f. und 52.

50 W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 58 f.; E. SCHMIDT, [7]1977, S. 74 und 78 ff.; R. BADSTÜBNER, Kampf, 1960, S. 22; R. BADSTÜBNER, Bestrebungen, 1960, S. 63.

51 Interview Josef Löbbert 12.11.1985.

52 W RUDZIO, Sozialisierungskonzept, 1985, S. 120 und 122 ff.; E. SCHMIDT, [7]1977, S. 150; E.-U. HUSTER, Politik, 1978, S. 66 ff.; R. BADSTÜBNER, Kampf, 1960, S. 19 und 23; G. MANNSCHATZ, J. SEIDER, 1962, S. 205 und 216.

die Enteignung der Kohlenkonzerne statt, z. B. auch auf Graf Bismarck 1/4, wo sich eine übergroße Mehrheit für die Sozialisierung aussprach.[53] Als der NRW-Landtag schließlich am 6. August 1948 ein Gesetz zur Sozialisierung der Kohleindustrie beschloß, war die britische Militärregierung schon soweit unter den Druck der USA geraten, daß sie dem Gesetz die Zustimmung verweigerte. Indem schließlich mit dem anglo-amerikanischen Gesetz 75 vom 10. November 1948 die Frage der Sozialisierung der Ruhrindustrie in die Hand einer späteren deutschen Zentralregierung gelegt wurde, war die Sozialisierung gescheitert.[54]

Die politischen Forderungen der Bergarbeiterschaft verquickten sich aufgrund der Erwartung besserer Lebensverhältnisse durch eine Sozialisierung mit der Erbitterung über die miserable Versorgung, die sich auch mit der Einführung des Punktesystems im Bergbau kaum gebessert hatte.[55] Wegen der schlechten Ernährungslage besetzten beispielsweise am 18. Februar 1947 etwa 100 bis 120 Frauen das Zechentor von Ewald 3/4. Daraufhin kam die Arbeit dort zum Erliegen. Auf Graf Bismarck und Nordstern folgten Sympathiestreiks. Als am 19. Februar wieder Mehl geliefert wurde, wurden die Streiks beendet.[56] Als die Ruhrrevierkonferenz des Industrieverbandes Bergbau am 2. April 1947 auf kommunistische Initiative für den nächsten Tag zu einer 24-stündigen Arbeitsniederlegung wegen der Ernährungslage und der Nichterfüllung der politischen Forderungen aufrief, wurde dieser Proteststreik in Gelsenkirchen am 3. April 1947 zu fast 100% eingehalten. Auf dem Wildenbruchplatz protestierten 40 000 Menschen gegen den Hunger, in Buer fand eine Kundgebung vor dem Rathaus statt. Im Ruhrgebiet streikten 334 000 Bergleute, was die große Aktionsbereitschaft verdeutlichte.[57] Spontane Aktionen und Streiks, die auch von den Gewerkschaften unterstützt wurden, folgten auch im nächsten Winter wieder, allerdings stand nun die Not mehr im Vordergrund. Die 3 400 Mann starke Belegschaft von Nordstern fuhr am 9. Janu-

---

53 Von 1 377 Abstimmungsberechtigten 1 310 für die Enteignung nach: G. MANNSCHATZ, J. SEIDER, 1962, S. 217 f.; AUS DEM VOLK, 1947, S. 38. 1 311 von 1 314 sprachen sich für die Enteignung aus, behauptet R. BADSTÜBNER, Kampf, 1960, S. 23. Nach STADT GE, Kriegsende, 1985, Bl. 86 (Zeitungsartikel) wurden bei 2 017 Belegschaftsmitgliedern 1 871 Stimmen abgegeben, von denen 1 811 Ja-Stimmen waren, 46 Nein-Stimmen und 14 ungültige.

54 H. LADEMACHER, Sozialisierungspolitik, 1985, S. 117; W. RUDZIO, Sozialisierungskonzept, 1985, S. 127 und 131 ff.; W. RUDZIO, Ringen, 1979, S. 384 ff.; W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 25 ff. und 51 f.; E. SCHMIDT, [7]1977, S. 150 ff.; R. STEININGER, Rhein-Ruhrfrage, 1979, S. 162; N. BROZIO, 1980, S. 112 und 114; M. MARTINY, Durchsetzung, 1979, S. 398; E.-U. HUSTER, Politik, 1978, S. 71-76; P. HÜTTENBERGER, Entstehung, 1973, S. 351 und 417. Vgl. R. BADSTÜBNER, Bestrebungen, 1960, S. 72 f.; G. MANNSCHATZ, J. SEIDER, 1962, S. 222.

55 C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 42; A. FÖLLMER-EDLING, 1977, S. 36 ff. zur Entwicklung des Punktesystems. Ebenfalls W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 36 ff. zu den Anspornmaßnahmen; U. BORSDORF, Speck, 1979, S. 354 ff. und 359 ff.; E. SCHMIDT, [7]1977, S. 158 f.

56 STADT GE, Chronik 1947, S. 38. Vgl. T. BERTRAM, 1986, S. 224.

57 C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 43 ff.; A. FÖLLMER-EDLING, 1977, S. 55 ff.; U. BORSDORF, Speck, 1979, S. 364; R. BADSTÜBNER, Kampf, 1960, S. 26. Zu Ge: STADT GE, Chronik 1947, S. 79 f.; T. BERTRAM, 1986, S. 224; Bergamt Buer am 5.4.1947, in: STAM BAB A 17-34; STADT GE, Kriegsende, 1985, Bl. 86.

ar 1948 aus Protest gegen die katastrophale Ernährungslage nicht an und beschloß, in einen Sitzstreik zu treten.[58] Ab 15. Januar 1948 legten 1 200 Arbeiter der Delog die Arbeit für mehrere Tage nieder, ein Teil der Belegschaft der Eisenwerke schloß sich ihnen an.[59] Eine Konferenz der Gelsenkirchener Betriebsräte drohte nach diesen Streiks mit einem umfassenden Streik und beschloß bis zum 1. Februar eine Frist, bis zu der die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu verbessern sei.[60] Im Zuge der allgemeinen Behebung der Versorgungsschwierigkeiten und auch weil mit den Anspornmaßnahmen für Bergleute ein großer Teil der Bevölkerung zusätzliche Lebensmittel erhielt, ließen die Streiks im Ruhrgebiet schließlich nach.[61]

b) Reorganisation der Gelsenkirchener Arbeiterbewegung

Die kulturellen Formen und Inhalte, Deutungsmuster, Wertvorstellungen und Entfaltungsformen der Arbeiterbewegung hatten im Dritten Reich nicht nur massiver Unterdrückung unterlegen, sondern viele waren nationalsozialistisch umgedeutet und diskreditiert worden. Zu diesen Zersetzungen kamen noch umfassende sozioökonomische Veränderungen im Gefolge der NS-Herrschaft hinzu, so daß einige Elemente der Arbeiterbewegungskultur aufgrund von Veränderungen der herrschenden Gesamtkultur nach 1945 überkommen erscheinen mußten. Zudem war der Kommunikationszusammenhang der Arbeiterbewegung zwölf Jahre unterbrochen worden und viele der Arbeiter von 1945 hatten diesen nie kennengelernt. Trotzdem knüpften alle Richtungen der Arbeiterbewegung personell, programmatisch und kulturell an ihre Weimarer Traditionen an und brachten Erfahrungen aus der Niederlage 1933 und dem Dritten Reich in die Nachkriegsentwicklung ein. Der Wiederaufbau der Arbeiterbewegung hätte nicht stattfinden können, wenn nicht an der Basis in den Betrieben und in den Stadtteilen der Wunsch und der Wille dazu bestanden hätte. Hier zeigte sich, daß es dem Nationalsozialismus trotz Mord, Folter und Schikanen kaum gelungen war, die Gelsenkirchener Arbeiterschaft zu gewinnen oder ihre Vorstellungen von einer besseren Zukunft auszulöschen.[1] Andererseits stand die Arbeiterbewegung bei den Bemühungen, ihren Führungsanspruch einzulösen und organisierte Interessenvertretungen wiederaufzubauen, aber auch vor erheblichen Schwierigkeiten, weil nach dem Krieg und angesichts der Zerstörung und Not das Denken und Fühlen vieler Menschen vom Wunsch nach Ruhe und Ordnung bestimmt und nach dem Nationalsozialismus politische Betätigung

---

58 Stadt Ge, Chronik 1948, S. 6.
59 Ebd., S. 11; C. Klessmann, P. Friedemann, 1977, S. 52.
60 Stadt Ge, Chronik 1948, S. 12 f.; C. Klessmann, P. Friedemann, 1977, S. 62.
61 W. Abelshauser, Ruhrbergbau, 1984, S. 42.
1 Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 13; L. Niethammer, Rekonstruktion, 1979, S. 30.

grundlegend diskreditiert war.[2] Die Reorganisation der Gelsenkirchener Arbeiterbewegung baute auf verschiedenen illegalen und informellen Gruppen auf. Seit Ende der 1930er Jahre hatten sich die Traditionen der Richtungen der Arbeiterbewegung in solchen fast nicht mehr aktiv hervortretenden, unstrukturierten Gesinnungsverbänden erhalten. Im gesamten Ruhrgebiet ruhte die sich nach dem Abschluß der Kämpfe entwickelnde Bewegung zur Reorganisation der Arbeiterbewegung im wesentlichen auf drei Säulen: der Betriebsräte- und Gewerkschaftsbewegung, den sich rekonstituierenden Arbeiterparteien und den antifaschistischen Ausschüssen. In Gelsenkirchen waren Hauptstütze des Wiederaufbaus der Arbeiterbewegung und der zentrale Kommunikationszusammenhang die Einheitsgewerkschaft und die Betriebsräte. Beim Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung, die als Einheitsgewerkschaft aufgebaut wurde, trafen die Überlebenden aus allen Richtungen der Arbeiterbewegung zusammen, um sich anschließend in getrennten Parteien zu organisieren.

Betriebsräte und Aufbau der Einheitsgewerkschaft

Der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung in Gelsenkirchen wurde hauptsächlich von den Bergarbeitern getragen, die auch den Aufbau weiterer Industriegewerkschaften unterstützten. Als das Kriegsende vorauszusehen war, galt die größte Sorge der in den informellen Gesinnungsverbänden verbundenen Gewerkschafter der Rettung der Betriebe vor der Zerstörung. Illegale Arbeitergruppen sorgten in vielen Fällen dafür, daß der Volkssturm nicht zum Einsatz kam bzw. die Belegschaft nicht mehr eingezogen wurde, und verhinderten die Vernichtung der Betriebe, z. B. die Sprengung von Nordstern, Bergmannsglück und Graf Bismarck und die „Verteidigung" von Scholven.[1]

Noch unter dem Donner der Geschütze trafen sich am Ostersonntag 1945, dem 1. April, bei dem Kommunisten Walter Jarrek in Buer 12 Gewerkschafter, um über Gewerkschaftsprobleme nach dem Zusammenbruch zu beraten. Aus der Erfahrung des Widerstandes und der gemeinsamen Bedrohung durch den Nationalsozialismus wurde die Bildung einer Einheitsgewerkschaft beschlossen. Auch sollten Berufsverbände nicht wieder entstehen, sondern Arbeiter, Angestellte und Beamte sollten sich unter der Devise „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft" in Industriegewerkschaften organisieren. Gefordert wurden eine Neuordnung

---

2 „Damals hieß es ‚Mensch, bleib mir mit den Parteien vom Hals', weil die Nazis das Atmosphärische der Parteien total versaut hatten." Interview Josef Löbbert 12.11.1985. Vgl. C. Klessmann, P. Friedemann, 1977, S. 27 f.; A. v. Plato, Verschlungene Wege, 1989, S. 123.

1 Bezirk V, 1949, S. 14; Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 17. Zu Nordstern: W. Braukmann, Arbeit, 1984, S. 289. Zur verhinderten Zerstörung der Zechen: G. Mannschatz, J. Seider, 1962, S. 27. Zu Scholven: D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 289. Vgl. L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 293; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 7.

Deutschlands, Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus. Weiter wurde beschlossen, innerhalb der nächsten 14 Tage Belegschaftsversammlungen zur Wahl antifaschistischer Betriebsräte durchzuführen.[2] Solche Betriebsratswahlen fanden in Buer sofort statt: Schon am 4. April nahmen antifaschistische Betriebsräte auf Scholven und Bergmannsglück und beim Hydrierwerk Scholven die Arbeit auf, wenig später auch auf anderen Gelsenkirchener Zechen. In Buer wurde ein Gesamtbetriebsrat gegründet. In der Bildung von Betriebsräten knüpften die Gewerkschafter nicht an die funktionslosen Vertrauensräte der Nazis an, sondern an Weimarer Traditionen und damit an historische Erfahrungen.[3] In Gelsenkirchen trafen sich die Bergbaugewerkschafter in der Wohnung von Hermann Jakobsen in der Peterstraße, wo Anfang 1946 behelfsmäßig auch das später in den Nebenräumen einer Gastwirtschaft untergebrachte Büro aufgebaut wurde.[4] Der Betriebsrat von Graf Bismarck wurde bereits Ende April von der Geschäftsführung als Arbeitervertretung anerkannt.[5] Auf der Zeche Nordstern wurden ab 1. Mai 1945 Gewerkschaftsbeiträge kassiert.[6] Die Bueraner Gewerkschaftsgründer nahmen sofort Kontakt zu den Zechen und Werken der Umgebung auf.[7] Am 15. April trafen 120 Vertreter von 22 Zechen und drei chemischen Werken aus Gelsenkirchen und seiner Umgebung im Hegeheim in Buer zur ersten Betriebsrätekonferenz nach der Befreiung zusammen. Die Konferenz sprach sich einstimmig für die Bildung einer „Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage von Industrieverbänden" aus und wählte einen vorbereitenden Ausschuß für die Bildung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes – Industriegruppe Bergbau" unter Vorsitz von Hans Schiwon.[8] Bei den Beteiligten handelte es sich überwiegend um ehemalige Gewerkschafts- und Parteifunktionäre. Ziel der überbetrieblichen Zusammenkünfte war die Bildung einer gewerkschaftlichen Organisation und nicht der Aufbau eines Rätesystems. Die Durchsetzung der Gewerkschaften gegenüber den Räten in der Zeit der Weimarer Republik zeigte hier offenbar Wirkung, auch wenn die Organisation betrieblich stärker angebunden sein sollte. Indem die Gewerkschaftsgremien nach Proporz mit Vertretern der Parteien besetzt wurden,

---

2 Bezirk V, 1949, S. 14 f. Vgl. D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 331; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 83; Stadt Ge, 40 Jahre danach, 1985, S. 9; U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 401 f. Völlig verfehlt: S. Rank, 1965, S. 65, 108 f., 125, 141 und 271 f.

3 Bezirk V, 1949, S. 14 f. und 40. Vgl. L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 283 ff.; C. Klessmann, Betriebsräte, 1979, S. 50 ff.; D. Peukert, Ruhrarbeiter, 1976, S. 331; Stadt Ge, 40 Jahre danach, 1985, S. 9. Am 28.5.1945 war die Bildung eines Arbeiterausschusses auf Hugo 2 genehmigt worden. Die Genehmigung wurde durch das Arbeitsamt Ge am 5.7.1945 widerrufen. AdsD SPD Bez. WW 115.

4 Bezirk V, 1949, S. 44 f.

5 H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 86.

6 W. Braukmann, Bewußtsein, 1980, S. 98.

7 Bezirk V, 1949, S. 15.

8 Ebd., S. 15 f. Vgl. IGBE, Jahre, 1980, S. 9; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 83; Stadt Ge, 40 Jahre danach, 1985, S. 9; L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 286. Dem Hauptausschuß gehörten an: Hans Schiwon (KPD, Nordstern), Josef Hermes (KPD, Scholven), Karl Goroncy (SPD, Bismarck), Willi Braukmann (KPD, Nordstern), Gustav Badziong (SPD, Bismarck).

zeigte sich in der von Buer ausgehenden Gewerkschaftsgründung die traditionelle Orientierung an den Richtungen der Arbeiterbewegung und anscheinend auch an einer Aufgabenverteilung zwischen Partei und Gewerkschaft.[9]

Auf der zweiten Betriebsrätekonferenz am 29. April vertraten bereits 360 Delegierte 56 Schachtanlagen und einige Betriebe der chemischen, der Metall- und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Sie verabschiedete einen Organisationsplan, Richtlinien und den Aufruf zur Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes". Im Aufruf wurde die Bildung einer Einheitsgewerkschaft gefordert, die im Gegensatz zur DAF freiwilligen Charakter haben und eine Klassenorganisation sein sollte. Wiederum wurde der „Kampf für den Sozialismus" angekündigt, da die Bergarbeitervertreter jede andere (kapitalistische) Gesellschaftsordnung nach der Befreiung für überkommen hielten. Im Unterschied zu den Vorstellungen anderer nach der Befreiung einsetzenden Versuche der Gewerkschaftsgründung wurde in Buer „die Betriebsgewerkschaft als Organisationsform" gewählt. Auf je 25 Mitglieder wurde ein Vertrauensmann gewählt, auf je 20 Vertrauensmänner ein Obmann. Dieser Vertrauensleutekörper bildete mit dem Betriebsrat die Grundlage der Bergarbeitergewerkschaft.[10] Zentraler Sitz der Organisation wurde vorläufig Buer, denn dort bestand bereits eine feste Struktur. In den Hauptausschuß wurde Hubert Stein als ehemals christlicher Gewerkschafter aufgenommen, so daß in diesem Leitungsgremium Sozialdemokraten, Kommunisten und christliche Gewerkschafter vertreten waren. Am 1. Mai 1945 wurde noch ohne Genehmigung das Büro der neuen Bergarbeitergewerkschaft im ehemaligen Polizeirevier an der Cranger Straße eröffnet. Als das Büro vorläufig von den Besatzungstruppen geschlossen wurde, trafen sich die Gewerkschafter in Privatwohnungen weiter.[11]

In der ersten Nachkriegszeit kamen auf die Betriebsräte enorme Aufgaben zu: Vielfach waren die Direktoren und Betriebsleiter wegen ihrer nationalsozialistischen Aktivitäten geflohen, so daß die Betriebe von den Vertretern der Arbeiter geleitet werden mußten. Oft wurden die bekannten Nationalsozialisten und die brutalen „Russenschläger" von der Belegschaft (z. B. auf Nordstern) nach der Befreiung verprügelt und fortgejagt

---

9 Ein Beispiel für den fälschlicherweise konstruierten Gegensatz von Basisbewegungen und Funktionären: T. PIRKER, Blinde Macht, 1979, S. 31 f. Die SPD-KPD-Parteikonflikte wurden also nicht, wie C. KLESSMANN, Betriebsräte, 1979, S. 64 meint, „von außen" an die Gewerkschaftsarbeit herangetragen. Ähnlich U. BORSDORF, Speck, 1979, S. 350 f. Ebenso erscheint die Aktionseinheit als von außen durch die Konflikte der Siegermächte und die Parteizentralen zerstört bei: E. SCHMIDT, [7]1977, S. 29.

10 BEZIRK V, 1949, S. 18 f. Aufruf und 19 ff. Richtlinien zum Aufbau der Gewerkschaften. Vgl. STADT GE, 40 Jahre, 1985, S. 9; L. NIETHAMMER, U. BORSDORF, P. BRANDT, 1976, S. 286. In dieser starken betrieblichen Verankerung sieht U. BORSDORF, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 401 den „überwiegend kommunistischen Einfluß" auf die Gewerkschaftsarbeit. Vgl. H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 100.

11 Gustav Badziong war für Stein ausgeschieden. BEZIRK V, 1949, S. 21 ff.; STADT GE, 40 Jahre, 1985; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 84. Zur späteren Integration ehemaliger christlicher Gewerkschafter: U. BORSDORF, Ein großer Tag, 1985, S. 244.

oder zu harter körperlicher Arbeit herangezogen.[12] Auf Wilhelmine Viktoria lehnten Belegschaft und Betriebsrat den Betriebsführer, einen aktiven Nationalsozialisten, ab und versuchten, bei der Militärregierung dessen Ablösung zu erreichen.[13] Infolge des schlechten Gesundheitszustandes der unterernährten Arbeiter war kaum an die Wiederaufnahme der Produktion oder an Aufräumungsarbeiten und Instandssetzungen zu denken, so daß den Betriebsräten zunächst die Aufgabe zufiel, für die Versorgung der Arbeiter und ihrer Familien zu sorgen und z. B. Hamsterfahrten und Tauschgeschäfte zu organisieren.[14] Die Versorgung der Belegschaften und ihrer Familien und die Arbeit an den vielen praktischen Fragen und Problemen in der Zeit der Not bildeten die Basis für das Vertrauen der Menschen im Ruhrgebiet in die Betriebsräte und die Gewerkschaften. Gleichzeitig schufen die Tauschgeschäfte von Betriebsräten für ihre Belegschaften aber auch ein Erfahrungsmuster des Überlebens durch individualistische Ausweichstrategien und Kompensation und die „Tradition stellvertretenden Handelns", der Vorteilsvermittlung und der Allzuständigkeit des Betriebsrates als „kollektiven Organisator".[15]

Erhebliche Schwierigkeiten bereiteten den Gewerkschaften die Militärbehörden: Auf ihrer Betriebsrätekonferenz am 29. April hatten die Gewerkschafter, anknüpfend an älteste Forderungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf die Sieben- bzw. Achtstundenschicht (unter bzw. über Tage) beschlossen, um die Verlängerung der Arbeitszeit durch die Nationalsozialisten aufzuheben. Die Besatzungsbehörden verlangten aber wegen der dringend benötigten Kohle längere Arbeitszeiten. Trotz Strafandrohung wurde im Bezirk Buer die kürzere Arbeitszeit monatelang aufrechterhalten, indem die Bergarbeiter eher ihre Arbeitsplätze verließen.[16] Weitere Schwierigkeiten entstanden dadurch, daß die Besatzungsbehörden zunächst keine Gewerkschaftsbildung gestatteten, auch nicht als die Gewerkschafter auf ihre antifaschistische Tätigkeit hinwiesen.[17] Die Gewerkschaftbewegung arbeitete trotzdem illegal weiter. So fand beispielsweise Anfang Mai 1945 eine Besprechung von Vertretern des Buera-

---

12 W. Braukmann, Arbeit, 1984, S. 289; M. Zimmermann, Nachwort, 1980, S. 217. Vgl. L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 297 f. und 301; U. Borsdorf, Speck, 1979, S. 348. Vgl. H. O. Hemmer, Betriebsrätekonferenz, 1985, S. 249.

13 S. Rank, 1965, S. 284.

14 Z. B. auf Nordstern lt. W. Braukmann, Arbeit, 1984, S. 290; M. Zimmermann, Nachwort, 1980, S. 229; Bezirk V, 1949, S. 22; auch für die Chemie- bzw. Hydrierwerke F. Merkel, 1988, S. 13. Vgl. M. Zimmermann, Stellvertretung, 1987, S. 46 f. „Prinzip kollektiven Überlebens": J. Mooser, 1984, S. 205.

15 L. Niethammer, Privat-Wirtschaft, 1983, S. 72; U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 38; A. v. Plato, Sie müssen, 1984, S. 189; A. v. Plato, Was wäre, 1985, S. 223 und 230; H. O. Hemmer, Betriebsrätekonferenz, 1985, S. 249 f.; M. Zimmermann, Schachtanlage, 1987, S. 212 f.; M. Zimmermann, Stellvertretung, 1987, S. 46 f.; A. v. Plato, Erfahrungsstrukturen, 1986, S. 17. Auf die Bedeutung der Kompensationsgeschäfte für das gewerkschaftliche und politische Bewußtsein weist auch T. Pirker, Blinde Macht, 1979, S. 115 hin.

16 Bezirk V, 1949, S. 21 und 25 f. Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 84; L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 282 und 296.

17 Anweisung der britischen Militärbehörden an den Bueraner Hauptausschuß „um die Pfingstzeit", nach: Bezirk V, 1949, S. 26; J. Kolb, 1970, S. 12; M. Zimmermann, Nachwort, 1980, S. 219 f.

ner Hauptausschusses mit Vertretern Bochumer und Dortmunder Schachtanlagen in Dortmund statt, wobei der Hauptausschuß zur Ausbreitung der Bergarbeitergewerkschaft über das ganze Ruhrgebiet um August Schmidt, der vor 1933 Stellvertreter des ermordeten Vorsitzenden des Alten Verbandes Fritz Husemann gewesen war, erweitert wurde. Im Sommer 1945 wurde der Hauptausschuß um weitere Vertreter aus Essen, Oberhausen und Witten erweitert.[18]

Etwa Mitte Mai gelang es, die Zulassung von Betriebsgewerkschaften zu erreichen, wobei sich wiederum Probleme und Auseinandersetzungen mit den Besatzungsbehörden bezüglich der Rechte der Betriebsräte ergaben. Nach den ersten Vorstellungen der Militärregierung sollten die Betriebsvertretungen keinen Einfluß auf Löhne, Arbeitszeit, Ernennung von Zechenmanagern und andere politische Angelegenheiten haben, sondern sich ausschließlich in Zusammenarbeit mit den Werksleitungen um betriebsinterne Angelegenheiten kümmern.[19] Offiziell äußerte sich die Militärregierung erst im August zur Bildung von Gewerkschaften und forderte zur Wahl von Sprechern der Belegschaft auf. Die Militärregierung verzögerte aber auch weiterhin vor allem den überregionalen Gewerkschaftsaufbau und verhinderte eine von vielen Gewerkschaftern wie dem späteren DGB-Vorsitzenden Hans Böckler favorisierte stark zentralistische Einheitsgewerkschaft mit abhängigen Industriegruppen zugunsten einer föderativen Autonomie von Berufs- und Industrieverbänden mit einer relativ schwachen Dachorganisation.[20]

Zunächst also noch ohne Genehmigung wurde der Gewerkschaftsapparat schnell ausgebaut. Schon am 1. September war die selbständige Untergeschäftsstelle Buer des Industrieverbandes Bergbau tätig, wenig später die Untergeschäftsstelle Gelsenkirchen. Die Arbeit auf Stadt- oder Bezirksebene wurde aber weiter behindert, so daß die in der Buerschen Druckerei eingerichteten Büroräume der Geschäftsstelle Buer vorübergehend geschlossen werden mußten.[21] Die Behinderungen durch die Militärbehörden gingen bis zu Hausdurchsuchungen, da die Gewerkschafter sich wegen der Verbote in Privatwohnungen trafen. Die Gründungsversammlung der Stadtgewerkschaft Gelsenkirchen-Buer-Horst konnte erst am 7. Oktober stattfinden, wobei sich in geheimer Wahl der Kommunist Hans Schiwon gegen den Sozialdemokraten Karl Goroncy, der 2. Vorsitzender wurde, durchsetzten konnte. Die weiteren Vorstandsmitglieder wurden

---

18 Bezirk V, 1949, S. 23 und 29.

19 Ebd., S. 24 ff. und 27 f.; Arbeitsamt Ge am 5.7.1945, in: AdsD SPD Bez. WW 115; A. Follmer-Edling, 1977, S. 10. Vgl. L. Niethammer, U. Borsdorf, P. Brandt, 1976, S. 285; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 80; U. Borsdorf, Speck, 1979, S. 349. Anweisung des Militärkommandanten vom 9.7.1945, in: StA Ge 0/VIII/2/2.

20 Zum Phasenmodell der Militärregierung: Industrial Relations Direktive 16 vom 12.4.1946, in: Bundesvorstand des DGB (brit. Besatzungszone), 1949, S. 15 ff. Zur Stellung Böcklers: U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 403 f. und 408. Vgl. J. Kolb, 1970, S. 12 ff. und 17; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 97 f. und 101; E. Schmidt, [7]1977, S. 37 ff. und 40 ff.; Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, [2]1978, S. 284.

21 Bezirk V, 1949, S. 28 und 29 f.

per Akklamation gewählt, wobei alle Richtungen beteiligt wurden.[22] Die Versammlung stellte der neuen Einheitsgewerkschaft folgende Aufgaben[23]: restlose Ausrottung des Nazismus in den Bergbaubetrieben, Enteignung der Ruhrbergbaubetriebe und Überführung in die Hände der zu schaffenden Selbstverwaltungsorgane, sofortige Kontaktaufnahme mit anderen Industrieverbänden zur Vereinigung der Industrieverbände und eine ganze Reihe praktischer Ziele wie Förderung des Werkswohnungsbaus, Erhöhung der Belegschaft, Neuordnung der Sozialversicherung. Bereits zu dieser Zeit waren bei der Geschäftsstelle Buer über 80% der Bergarbeiter organisiert.[24] Auch nach der Gründungsversammlung unterlag die Gewerkschaftsarbeit weiter vielfältigen Beschränkungen der Militärbehörden, wie dem Verbot des Anbringens von Anschlägen in den Betrieben, der Genehmigungspflicht von Versammlungen und Propagandamaterial. Erst ab Juli 1947 konnte legal regelmäßige Gewerkschaftsarbeit geleistet werden.[25]

Am 17. Februar 1946 erlaubte die Militärregierung die Zusammenfassung der Geschäftsstellen zu Kreisen bzw. Bezirken. Gelsenkirchen und Buer gehörten mit Gladbeck, Bottrop und Recklinghausen zum späteren Bezirk V, in den schließlich noch Ibbenbüren eingegliedert wurde. Zum Kreis- bzw. Bezirksleiter wurde Hans Schiwon gewählt. Auf der Gründungskonferenz des Bezirks Gelsenkirchen-Buer vertraten 149 Delegierte 74 500 Mitglieder, darunter 4 500 Angestellte und 3 000 jugendliche Bergarbeiter, deren Zahl innerhalb eines Jahres auf etwa 5 000 stieg. Am 1. September konnte auf einer erneuten Kreisdelegiertenkonferenz festgestellt werden, daß 80% der Bergarbeiter im Bezirk gewerkschaftlich organisiert waren[26]; zur Zeit der Delegiertenkonferenz des Bezirks V am 9. Mai 1948 waren 91,6 % der Bergleute des Bezirks organisiert.[27]

Am 16. März 1946 tagte im Lokal Eppmann eine Konferenz der Vertreter der Ruhrgebietskreise und besprach den Zusammenschluß auf zentralerer Ebene. Vierzehn Tage später fand ein weiteres Treffen der Vertreter der Ruhrgebietskreise statt, die den Sozialdemokraten August Schmidt zum Vorsitzenden der Ruhrrevierleitung wählte.[28] Dieser konnte sich auf

---

22 Ebd., S. 30, 40 und 44. Hans Schiwon setzte sich mit 45 zu 27 Stimmen bei einer ungültigen durch. Die weiteren Vorstandsmitglieder waren Hubert Stein (chr.), Josef Hermes (kom.), Hermann Jakobsen (soz.-dem.), Albin Makowski (kom.), Willi Braukmann (bis 48 kom., dann soz.-dem.), Johann Kaczmarek (?). Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 100; IGBE, Jahre, 1980, S. 9.

23 Bezirk V, 1949, S. 42.

24 Von 21 461 Belegschaftsmitgliedern waren 17 856 organisiert, was 83,2% entspricht. Ebd., S. 42.

25 Ebd., S. 43.

26 Ebd., S. 31 ff. zur Wahl des Kreisvorstandes, Bezirksdelegiertenkonferenz am 23.2.1947 S. 35. Vorwort, in: IGBE, Jahre, 1980, S. 9; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 17. Vgl. Mitteilung an den Oberbürgermeister vom 19.2.1946 mit abweichenden Zahlen, in: StA Ge 0/VIII/2/2.

27 Stadt Ge, Chronik 1948, S. 68.

28 Hans Schiwon wurde 2. Vorsitzender. Bezirk V, 1949, S. 33. Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 273. Nach U. Borsdorf, Speck, 1979, S. 351 mußte das zweite Treffen

der konstituierenden Generalversammlung des „Industrieverbandes Bergbau" der britischen Zone am 8./9. Dezember 1946 in Herne, die bereits 320 000 Mitglieder vertrat, auch als erster Vorsitzender knapp gegen den Kommunisten Willi Agatz durchsetzen.[29] Spätestens mit der Bezirksdelegiertenkonferenz am 23. Februar 1947, die wieder wie auch die Bezirksdelegiertenkonferenz am 9. Mai 1948 Hans Schiwon zum Vorsitzenden wählte, war der Aufbau des Industrieverbandes Bergbau in Gelsenkirchen weitgehend abgeschlossen.[30] Den Namen „Industriegewerkschaft Bergbau" erhielt die Organisation auf der zweiten Generalversammlung Ende 1948.

Da die Bergarbeitergewerkschaft aufgrund ihrer bis in die NS-Zeit zurückreichenden Aktivitäten rasch aufgebaut worden war, wurde der Hauptausschuß in Buer zu einer Organisationsleitung für beinahe die gesamte Gewerkschaftsbewegung des Ruhrgebietes. So wurden die Gruppen Bau, Metall, Öffentliche Betriebe und Chemie von Buer aus maßgeblich unterstützt. Beispielsweise wurden die Arbeiter der chemischen Industrie zunächst in einer Gruppe Chemie in der Bergarbeitergewerkschaft erfaßt und der erste Sekretär dieser Gruppe, Robert Hribar von der Gelsenberg Benzin AG, wurde von ihr angestellt, ebenso wie Wilhelm Gefeller, der spätere Vorsitzende der IG Chemie.[31]

Bei der Eisen- und Stahlindustrie wurden von den verbliebenen Belegschaften ebenfalls kurz nach der Befreiung Vertreter der Arbeiterschaft gewählt, die nach der Flucht der belasteten Betriebsführer in den Betrieben alle wesentlichen Aufgaben zu erledigen hatten bis hin zur Versorgung der Belegschaft und ihrer Familien mit Lebensmitteln, welche durch umfangreiche Tauschgeschäfte „organisiert" werden mußten.[32] Wegen der Behinderungen durch die Militärregierung, die in den metallverarbeitenden Betrieben Gelsenkirchens zu Recht Lieferanten von Kriegsmaterial sah, konnten die Metallgewerkschafter zunächst hauptsächlich im betrieblichen Bereich aktiv werden.[33] Ein sechsköpfiger Betriebsrat des Schalker Vereins traf beispielsweise schon am 23. April mit dem Direktor des Betriebes zusammen, und am 4. Mai übernahm der 1933 abgesetzte sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende, Julius Frisch, wieder den Vorsitz des Betriebsrates und verkörperte personelle Kontinuität in der Metallgewerk-

---

stattfinden, weil die Wahl des vorläufigen Vorstandes wiederholt werden mußte. Mitteilung über das Treffen am 29.3.1946, in: StA Ge 0/VIII/2/2.

29 U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 402 und S. 412; C. Klessmann, P. Friedemann, 1977, S. 42; A. Follmer-Edling, 1977, S. 17; Bezirk V, 1949, S. 354 f. Am 1.1.1947 319 606 Mitglieder, ein Jahr später 443 427 Mitglieder lt. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 274. S. 277 und 282 zum kommunistischen Einfluß. Zu Agartz auch: E. Schmidt, Lichter, Bd. 1, 1978, S. 33 ff.

30 Bezirk V, 1949, S. 35 f: Die 2. Generalversammlung tagte am 28.11-1.12.48 in Recklinghausen und brachte den Zusammenschluß der Verbände der britischen und der amerikanischen Zone. Die Mitgliederzahl im Bezirk Ge-Buer erreichte im Januar 1947 die Zahl von 78 798, Ende 1947 107 373, im Dezember 1948 116 288 und stieg bis zum April 1949 auf 118 659 lt. 36 f.

31 Bezirk V, 1949, S. 27 f.; zu Chemie 23; W. Gefeller, 1981, S. 33 ff.

32 Vgl. für die Metallindustrie: J. Kolb, 1970, S. 16.

33 Interview Ewald Klingler 10.7.1986.

schaft.[34] Wie rasch alte Eliten, bei dem Schalker Verein die Werksleitung, das Heft wieder in der Hand hatten, zeigte sich, als es der Werksleitung am 16. August 1945 gelang, eine Genehmigung für „Bestimmungen für den Arbeiterrat der Deutschen Eisenwerke AG, Werk Schalker Verein, Gelsenkirchen" von der Militärregierung zu erhalten, die den Betriebsrat nur auf die Vertretung betriebsinterner wirtschaftlicher und sozialer Interessen der Arbeiter verwiesen und zur möglichst friedlichen Zusammenwirkung mit der Betriebsleitung verpflichteten. Aufgrund dieses Vorsprungs der Werksleitung wurde das Arbeitsprogramm des Arbeiterrates des Werkes Schalker Verein fast wörtlich aus diesen Bestimmungen abgeschrieben, um am 27. August die Genehmigung des Arbeitsprogramms durch die Militärregierung zu erlangen.[35]

Eine überbetriebliche Gewerkschaftsgruppe Metall gab es offensichtlich schon sehr frühzeitig um den ehemaligen DMV-Kassierer und späteren SPD-Parteisekretär Fritz Melchers. Dieser wandte sich zusammen mit Kollegen aus dem Bergbau und dem Baugewerbe bereits am 7. Juli wegen des schleppenden Beginns der Wiederaufbauarbeit an den Oberbürgermeister.[36] Im Unterschied zur Bergarbeitergewerkschaft, in der die Kommunisten sehr stark gewesen waren und auch wieder wurden, waren in der Metallarbeitergewerkschaft die Sozialdemokraten stärker. Deswegen war es nicht verwunderlich, daß sich die Metallgewerkschafter im August-Bebel-Haus der SPD trafen, dort zunächst ihre Büroarbeit erledigten und für die Reparatur des Hauses das notwendige Material besorgten. Im August-Bebel-Haus blieben die Metaller, bis sie das ehemalige DMV-Haus an der Augustastraße, das in der NS-Zeit als Zentrale der DAF und des KdF gedient hatte, zurückerhielten.[37]

Nachdem die Militärregierung die Erlaubnis zur Errichtung örtlicher Gewerkschaftsorganisationen gegeben hatte, fand in einer Halle des Schalker Vereins am 16. Februar 1946 eine Gewerkschaftskundgebung statt, auf der das Prinzip der Einheitsgewerkschaft vorgestellt und diskutiert wurde.[38] Der Zusammenschluß der Gewerkschafter der metallverarbeitenden Industrie fand am 14. Juni 1946 statt, als der Kreisverband des „Deutschen Metallarbeiterverbandes", der Ende September bereits 9 098 Mitglieder hatte, gegründet werden konnte, der sich wohl spätestens mit der Gründung der IG Metall für die britische Zone und deren erstem Verbandstag im Februar 1947, wo bereits 573 294 Mitglieder vertreten wurden, auch

---

34 J. Dzudzek, Organisieren, 1986, S. 234.

35 Bestimmungen und Arbeitsprogramm, in: AdsD SPD Bez. WW 115; zur Genehmigungspflicht des Arbeitsprogramms: Arbeitsamt Ge am 5.7.1945, in: Ebd. Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 104.

36 „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)" am 7.7.1945, für die Gruppe Metall unterschrieben Löbbert und Melchers, in: StA Ge 0/VIII/2/1.

37 Das Metallarbeiterhaus wurde im April 1952 wiedereröffnet. Interview Ewald Klingler 10.7.1986. Vgl. Briefköpfe in Dokumenten, in: H. Hering, H. E. Käufer, M. Klaus, 1986, S. 243 ff.

38 Stadt Ge, Chronik 1946, S. 34.

„Industriegewerkschaft Metall" nannte.[39] Erster Bevollmächtigter der Metallarbeitergewerkschaft in Gelsenkirchen wurde der Sozialdemokrat und ehemalige 2. Vorsitzende des DMV in Gelsenkirchen, Ferdinand Schrader, der auch auf der Generalversammlung der örtlichen IGM am 17. Juli 1947 bestätigt wurde. Wie in der Bergarbeitergewerkschaft wurde von den Betriebsräten, deren Mehrheit sozialdemokratisch orientiert war, „die sofortige Überführung der Metall-Industrie in die öffentliche Hand" gefordert.[40]

Nachdem bei der Stadtverwaltung bereits Mitte Mai ein Betriebsrat unter Leitung des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden, des Sozialdemokraten Fritz Keller, gebildet worden war[41], fanden sich auch im Bereich des öffentlichen Dienstes rasch Arbeiter und Angestellte zusammen, die eine Gewerkschaftsorganisation gründeten und eine ihrer wesentlichen Aufgaben in der Entnazifizierung der öffentlichen Verwaltung sahen. So wurde der Betriebsratsvorsitzende der Stadtverwaltung, Fritz Keller, an der Arbeit des Entnazifizierungsbeirates beteiligt. Nachdem vor der offiziellen Zulassung von Gewerkschaften auf Kreisebene eine entsprechende Gewerkschaft der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes schon mit einem provisorischen Vorstand bestanden hatte, konnte am 26. Juni 1946 die Gelsenkirchener Gründungsversammlung des „Verbandes der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Wagenverkehrs" stattfinden[42], der sich später ÖTV nannte.

Eine weitere Gewerkschaft, die früh in Erscheinung trat, war die Bauarbeitergewerkschaft. Als Vertreter von Baugewerkschaftern wandte sich bereits am 8. Juni 1945 ein Gewerkschafter namens Frank an den Oberbürgermeister und drang auf eine schärfere Entnazifizierung.[43] Als „Gewerkschaftsleiter Gruppe Bau" wandte sich derselbe am 21.6.1945, in der Erwartung, daß der sachkundige Rat von Baugewerkschaftern erwünscht sei, mit einen Wiederaufbauplan an den Oberbürgermeister.[44]

Am 30. September 1946 waren neben der Bergarbeitergewerkschaft die Industriegewerkschaft Chemie mit 1 628 Mitgliedern, die Gewerkschaft im Nahrungsmittelbereich mit 1 017, die Industriegewerkschaft Metall mit 9 098, die Bauarbeitergewerkschaft mit 4 752 und die Gewerkschaft Öf-

---

39 J. Dzudzek, Organisieren, 1986, S. 239; Stadt Ge, Chronik 1946, S. 134. Von der Gründung im Herbst berichtet H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 273. Nachdem im September 1946 zunächst ein Provinzialverband gegründet worden war, hatten sich im Februar 1947 sechs westfälische Metallgewerkschaften und die nordrheinischen vereinigt. F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 360 f.; U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 412; Bundesvorstand des DGB (brit. Zone), 1949, S. 652. Vgl. J. Kolb, 1970, S. 26.

40 Interview Ewald Klingler 10.7.1986, Stadt Ge, Chronik 1947, S. 28 und 169.

41 Zeit nach dem Zusammenbruch, in: StA Ge 0/IV/1/25. In der 19. Woche (7.-13.5.1945) wurde der Betriebsrat gebildet und Obmänner für die Stadtämter benannt. Stadt Ge, Chronik 1945, S. 93.

42 Stadt Ge, Chronik 1946, S. 53 und 121; Verw.-B. Stadt Ge 1945-49 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 28. Zu den Entnazifizierungsbestrebungen des Betriebsrates der Stadtverwaltung auch: StA Ge 0/VIII/2/2.

43 Schreiben vom 8.6.1945, in: StA Ge 0/VIII/2/1.

44 Dieses Schreiben konnte nicht aufgefunden werden. Es wird in „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)" am 7.7.1945 aber darauf verwiesen. In: StA Ge 0/VIII/2/1.

fentliche Dienste, Transport und Verkehr mit 3 810 Mitgliedern in Gelsenkirchen zugelassen.[45]

Lange vor offiziellen Genehmigungen gab es in Gelsenkirchen bereits Bestrebungen, eine „Dachorganisation" der Industriegewerkschaften zu schaffen. Bereits am 7. Juli 1945 wandte sich ein „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)" an den Oberbürgermeister, um auf einen schnellen Wiederaufbau zu drängen. Unterzeichnet war der Brief von Gewerkschaftsvertretern des Bergbaus, der Metallindustrie und des Baugewerbes des südlichen Stadtteile.[46] Wie die Bueraner in der entstehenden Bergarbeitergewerkschaft scheinen also alle Gelsenkirchener Gewerkschaftsgründer ein Industrieverbandsprinzip verfolgt zu haben und wollten starke Einzelgewerkschaften, die sich zu einem Bund zusammenschließen sollten. Die Namensgebung verwies auf die starken freigewerkschaftlichen Traditionen, die in den Wiederaufbau eingingen. Insbesondere die in Buer starke Bergarbeitergewerkschaft scheint in Anknüpfung an die relative Selbständigkeit des Alten Verbandes Träger des Industrieverbandsprinzips gewesen zu sein.[47] Ende Oktober 1946 war es dann soweit, daß sich die Einzelgewerkschaften zum Ortsausschuß der Gewerkschaften unter Leitung des Sozialdemokraten Hubert Scharley zusammenschließen konnten. An ihm waren die Einzelgewerkschaften der Bereiche Bergbau, Bau, Druck und Graphik, Metall, öffentliche Betriebe und Angestellte beteiligt, die auf der Ebene der Stadt meist gerade erst zugelassen worden waren. Im Dezember desselben Jahres vertrat der Gelsenkirchener Ortsausschuß der Gewerkschaften 60 000 Arbeitnehmer. Die Dachorganisation der Gelsenkirchener Einzelgewerkschaften nannte sich zuerst „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund"[48]. Die örtliche Gründung des DGB im Gelsenkirchen war eingebettet in den überregionalen Aufbau: Nach einer ersten Gewerkschaftskonferenz für die britische Zone im März 1946 in Hannover mit von der Militärregierung ausgesuchten Delegierten, die einen vorläufigen Zonenvorstand (Siebener-Ausschuß) unter Führung von Hans Böckler wählten, und einer weiteren Gewerkschaftskonferenz für die britische Zone im August 1946 in Bielefeld, die nach den Eingriffen der Militärregierung die Bildung autonomer Industriegewerkschaften mit einer Dachorganisation beschloß, fand am 23. April 1947 in Bielefeld der Gründungskongreß des „Deutschen Gewerkschaftsbundes (brit. Zone)" mit bereits zwei Millionen Organisierten als erster länderübergreifender Einheitsgewerkschaft statt, womit der zonenweite Gewerkschaftsaufbau abgeschlossen war. Der Zusammenschluß der Gewerkschaften der Westzonen im DGB unter Vorsitz Hans Böcklers erfolgte im Oktober 1949.[49]

---

45 Bundesvorstand des DGB (brit. Zone), 1949, S. 32.
46 Schreiben, in: StA Ge 0/VIII/2/1.
47 H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 99.
48 Stadt Ge, Chronik 1946, S. 205 und 235; Bundesvorstand des DGB (brit. Zone), 1949, S. 31 f.; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 13.
49 U. Borsdorf, Einheitsgewerkschaft, 1974, S. 410 ff.; Bundesvorstand des DGB (brit. Zone), 1949, S. 55; F. Opel, D. Schneider, ²1966, S. 349 f.; E. Schmidt, ⁷1977, S. 43 f.

Nachdem im Jahre 1945 Veranstaltungen zum 1. Mai noch verboten gewesen waren[50], konnten die Gewerkschaften 1946 erstmalig nach dem Dritten Reich Mai-Kundgebungen veranstalten. In Gelsenkirchen zogen die Gewerkschaften mit Musikkapellen zum Rotthauser Flugplatz, wo dann die Kundgebung mit dem Geschäftsführer des Ortsausschusses der Gewerkschaften, Hubert Scharley, stattfand. In Buer fand die Maikundgebung mit dem Bezirksvorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft, Hans Schiwon, als Redner auf dem Sportplatz Löchterheide statt.[51] 1947 fanden gewerkschaftliche Mai-Veranstaltungen in Gelsenkirchen auf dem Wildenbruchplatz, in Buer auf dem Rathausplatz und in Horst im Fürstenberg-Stadion statt, ebenso 1948 und 1949.[52]

In den Auseinandersetzungen um die Sozialisierung bezog die Gelsenkirchener Gewerkschaftsbewegung eindeutig Stellung: Schon eine Betriebsrätekonferenz des Industrieverbandes Bergbau des Bezirks Buer forderte im November 1945 die Enteignung der Kohlenbarone.[53] Auf einer Tagung des Gelsenkirchener Ortsausschusses der Gewerkschaften Anfang 1947 forderte der Industrieverband Metall die Überführung der Metallindustrie in die öffentliche Hand.[54] Im Mai-Aufruf von 1948 stellte der Gelsenkirchener DGB-Ortsausschuß fest[55]: „Sozialisierung und Demokratisierung der Wirtschaft bilden die Garantie für die Verhinderung neuer Kriege und die Voraussetzung für einen gerechten und wahren Frieden."

Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei

Bereits am 12. April begaben sich zwei Sozialdemokraten zum Ortskommandanten, um die Genehmigung zum Wiederaufbau der SPD zu erhalten.[1] Die Sozialdemokraten waren der Meinung, daß nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sie berufen seien, die Gestaltung der Politik im Nachkriegsdeutschland in die Hand zu nehmen, da sie diejenigen waren, die immer konsequent für Demokratie und gegen den Nationalsozialismus eingetreten waren. Angesichts des Zusammenbruchs des Dritten Reiches war unter den Sozialdemokraten die Illusion verbreitet, der Aufbau des Sozialismus sei Tagesaufgabe, wobei man aber die eigene Schwäche nach den Jahren der Verfolgung, die Stärke der Gegner und den Einfluß der

---

50 Befehl der Militärregierung abgedruckt, in: S. Goch, Nach Hitler, 1986, S. 59. Vgl. Besprechung mit dem Commanding Officer am 17.4.1945 nachmittags, in: StA Ge 0/IV/1/24; Stadt Ge, Chronik 1945, S. 90.

51 Stadt Ge, Chronik 1946, S. 83; Stadt Ge, Kriegsende, 1985, Bl. 84.

52 Stadt Ge, Chronik 1947, S. 103; Stadt Ge, Chronik 1948, S. 62; Stadt Ge, Chronik 1949, S. 91.

53 H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 103 f. Bei dieser Konferenz in Bochum handelt es sich wohl um eine Versammlung des Bezirks Buer.

54 Stadt Ge, Chronik 1947, S. 28.

55 Stadt Ge, Chronik 1948, S. 63.

1 Robert Geritzmann und Karl Hasenclever nach SPD UB Ge, Jahrbuch, 1955, S. 17.

Besatzungsmächte unterschätzte[2]: „Unsere Illusionen waren ja, daß es nun endlich mal anders würde, daß der Sozialismus 'nen bißchen mehr marschiert." Der erste Rundbrief des SPD-Bezirks Westliches Westfalen vom 20. August 1945 verlieh diesen Hoffnungen Ausdruck[3]: „Wir aber sind die Kommenden, wir mit dem heißen Glauben, wir alle, die wir uns selbst treu geblieben sind in all den schweren Jahren des Hitler-Terrors, sind das Volk von morgen, Bauleute am Werkbau des neuen demokratischen Deutschland, das einmal auch die Grundlage geben muß für die Verwirklichung unseres Ideals, den Sozialismus."

Aufgrund der früheren Befreiung begann die Parteiarbeit in Buer eher als in Gelsenkirchen. Erstmalig nach der Befreiung trafen sich Bueraner und Gelsenkirchener Sozialdemokraten am 15. April, als der Bueraner Karl Surkamp bei Sutum mit einem Kahn über den Kanal herübersetzte und Gespräche mit den Gelsenkirchener Genossen aufnahm.[4] Nachdem sich ehemalige Sozialdemokraten in den Stadtteilen gesammelt hatten, fand am 28. April in Gelsenkirchen im Lokal Brandt und wenig später in Buer in der Gaststätte Idelmann die jeweils erste „offizielle" SPD-Versammlung statt, wo die beiden Stadtverbände Buer und Gelsenkirchen unter der Führung von Karl Surkamp und Robert Geritzmann gegründet wurden.[5] Besonders in den Stadtteilen konnte direkt an sozialdemokratische Kreise angeknüpft werden, die im Nationalsozialismus den Kontakt nicht hatten abreißen lassen, für die es eine Selbstverständlichkeit war, in ihre Partei zurückzukehren und die feststellen konnten[6]: „Wir waren auf jeden Fall 1945 alle sofort da." Gleichzeitig mit der Gründung der Stadtverbände fanden in den Stadtteilen die Gründungen der Ortsvereine statt. Beispielsweise trafen sich am 29. April 56 Genossen in Ückendorf, um einen provisorischen Vorstand zu wählen.[7] Die beiden Stadtverbände schlossen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, dem späteren Unterbezirk Gelsenkirchen. Vorsitzender wurde der Gelsenkirchener Robert Geritzmann, sein Stellvertreter der Bueraner Karl Surkamp, der weitere Vorstand wurde nach einem vereinbarten Proporz mit Vertretern aus den Stadtteilen besetzt, worin sich widerspiegelte, daß Buer und Gelsenkirchen noch nicht sehr eng zusammengewachsen waren.[8] Der frühe Kontakt zur Mili-

---

2 Interview Johann Simon 9.4.1986.

3 SPD WW, Rundschreiben Nr.1 vom 20.8.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8.

4 SPD UB Ge, Jahrbuch, 1955, S. 17.

5 Ebd., S. 19; Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986. Lt. Gründungsprotokoll OV Ückendorf, in: 95 Jahre Sozialdemokraten in Ückendorf, 1986 fand die Gründungsversammlung in Ge am 26.4. statt. Vgl. Stadt Ge, Chronik 1945, S. 152.

6 Interview Paula Grenz 15.11.1985 zu Erle; zu Ge: Interview Albert Guth 22.4.1986: „Für mich war das selbstverständlich, da gehste sofort wieder rein."

7 95 Jahre Sozialdemokraten in Ückendorf, 1986; H. P. Rose, Wiedergründung, 1988, S. 242 ff.

8 Protokoll Stadtbezirksvorstandssitzung am 16.12.1948, Protokoll vom 21.5.45 der Ortsgruppenvorständetagung Buer, Protokoll Ortsgruppen-Vorstandssitzung Buer am 24.6.1945, in: Akten SPD UB Ge. Ob Gladbeck, Bottrop, Dorsten und Hervest-Dorsten zum Unterbezirk Ge gehören sollten, war im Mai 1946 noch nicht endgültig entschieden. Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, in: Ebd.. Der Proporz galt auch für die UB-Delegiertenkonferenz 1947. Niederschrift Stadtbezirks-Vorstands-Sitzung am 30.1.1947, in: Ebd. Über das

tärregierung und die mit Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 begründete Übernahme kommunaler Ämter sicherte den Einfluß weniger schon vor 1933 führender Sozialdemokraten, wodurch ein Anknüpfen an alte sozialdemokratische Traditionen gesichert, aber auch grundlegendere Neuorientierungen verhindert wurden.[9] Am Wiederaufbau der sozialdemokratischen Bewegung waren im wesentlichen vier Personengruppen beteiligt[10]:

1. Sozialdemokratische Mandats- und Funktionsträger der Zeit der Weimarer Republik: Sie waren 1945 schon relativ alt, d. h. um 50 Jahre oder älter. Oft entstammten sie auch der freien Gewerkschaftsbewegung oder den Arbeiterkulturorganisationen und waren meist Facharbeiter. Viele aus dieser Gruppe waren in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt worden.[11]

2. Mitglieder und Funktionsträger aus der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) oder den Arbeiterkulturorganisationen: Hier handelte es sich um die nächstjüngere Generation der über 35-Jährigen. Auch sie waren meist Facharbeiter oder kleine und mittlere Angestellte und oft verfolgt worden, weil sie eine der aktivsten Personengruppen im Widerstand gewesen waren.[12]

3. Kinder aus sozialdemokratischem Elternhaus: D. h. junge Menschen, deren Eltern vor 1933 in der SPD oder der SAJ organisiert gewesen waren. Dies war die jüngste Generation und die wohl kleinste Gruppe der etwa 20-Jährigen, die sozialdemokratische Organisationen vor 1933 nicht mehr selbst erlebt hatten. Diese waren wie ihre Eltern meist selbst Arbeiter oder Angestellte.[13]

4. Kriegsgegner und Antifaschisten aufgrund der Erfahrungen mit Nationalsozialismus und Krieg: Diese Menschen entstammten eher jüngeren Altersgruppen und verschiedenen sozialen, z. T. auch ehemals national orientierten Gruppen.[14]

Verhalten der Gelsenkirchener wurde auch geklagt nach Protokoll Stadtbezirksfunktionärssitzung am 17. 3.46, in: Ebd. Vgl. SPD UB Ge, Jahrbuch, 1955, S. 19; Interview Josef Löbbert 12.11.1985.

9 Vgl. K. Teppe, Besatzungsregiment, 1983, S. 298. Vgl. Protokoll vom 21.5.45 der Ortsgruppenvorständetagung, in: Akten SPD UB Ge.

10 Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 94 ff.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 21 f. Zu Gruppen, die zur Nachkriegs-SPD fanden auch: A. v. Plato, Verschlungene Wege, 1989, S. 122. Zur Bedeutung der alten SPD-Tradition: H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 156; E.-U. Huster, Politik, 1978, S. 24 f.

11 „Die Gründung der Partei ist von den Alten, die übergeblieben sind, nach dem Krieg betrieben worden." Interview Johann Simon 9.4.1986. Vgl. A. Kaden, 1980, S. 125; P. Hüttenberger, Entstehung, 1973, S. 98.

12 „Da waren noch etliche, die ich von der Arbeiterjugend her kannte." Interview Johann Simon 9.4.1986. Vgl. B. Brücher, G. Hartmann, Sozialistische Arbeiterjugend, 1981, S. 38 f. Vgl. SPD-UB vom 23.4.1949, in: AdsD SPD UB Ge 303. Vgl. H. Hurlin, 1978, S. 16. Zu Mitgliedern der Arbeiterkulturorganisationen P. Friedemann, Mit uns, 1988, S. 186.

13 „Das waren eben die alten Kämpfer von früher, die ihre Kinder, ihre Jugendlichen anhielten, dann dementsprechend entweder eine Jugendgruppe oder eine Kindergruppe zu machen." Interview Paula Grenz 15.11.1985. „Das war die logische Konsequenz aus dem Familienleben heraus." Interview Karl-Heinz Wolf 5.11.1985, allerdings damals in Dortmund.

14 Interview Josef Löbbert 12.11.1985: „Da bleibt für den sogenannten Hurrapatriotismus aber auch nichts mehr – aber auch garnichts mehr – übrig. [...] Und verständlich, wenn man

An den Trägergruppen des Wiederaufbaus der Sozialdemokratie wurde deutlich, daß die Entfaltung der Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik nicht den Willen zur politischen Gestaltung gelähmt, sondern viele Menschen langfristig geprägt hatte und nun befähigte, nach den Jahren des Nationalsozialismus angesichts schlimmster materieller und ideeller Zerstörungen politisch tätig zu werden und Ansprüche an die Gestaltung der Zukunft anzumelden. Diese ersten Mitglieder und Funktionäre der wiederentstehenden Sozialdemokratie waren also überwiegend von der alten Tradition der Weimarer SPD geprägt und knüpften an die überlieferten Verhaltensweisen an.[15] Trotz schlimmster Repressalien waren sozialdemokratische Werte und sozialistisches Gedankengut zumindest ansatzweise an die Kindergeneration weitergegeben worden, und der Kontakt der Mitglieder untereinander war auch im Dritten Reich nie ganz abgerissen, so daß 1945 noch genügend informelle Strukturen bestanden, die einen sofortigen Wiederaufbau der Bewegung ermöglichten. Unter den Bedingungen des Nationalsozialismus hatten sich also kulturelle Elemente über einzelne Personen und über Generationen hinweg als tradierfähig erwiesen. Allerdings dürfte davon auszugehen sein, daß die Zusammenarbeit der verschiedenen Trägergruppen nicht völlig problemlos vonstatten ging. Insbesondere gab es Konflikte zwischen der ältesten Gruppe und den Jüngeren, die aus ihrer Erfahrung des Nationalsozialismus jedem Dogmatismus und überschäumender Heilserwartung skeptisch gegenüberstanden, während „die Freiheit" in ihrem Denken einen besonderen Stellenwert erhalten mußte.[16] Diese Erfahrungs- und infolgedessen Auffassungsunterschiede zusammen mit der eindeutigen Herrschaft der „Alten" in Partei- und öffentlichen Ämtern, die in Gelsenkirchen bis in die 1950er Jahre währte, provozierte latent einen Generationenkonflikt.

Eine größere Rolle scheinen in Gelsenkirchen Rückkehrer aus sozialistischen Splittergruppen nicht gespielt zu haben. Mit der Mehrheit der SAP-Gruppe in Schweden, darunter den Mitgliedern der SAP-Parteileitung Willy Brandt und August Enderle, schloß sich im Herbst 1944 auch der Gelsenkirchener SAP'ler Ernst Forsthoff der schwedischen Landesgruppe der deutschen Sozialdemokratie mit dem Ziel an, damit die Zersplitterung der Arbeiterbewegung überwinden zu helfen und zu einer „sozialistisch-demokratischen Einheitspartei" beizutragen, die auch Kräfte der Mittelschichten und der Intellektuellen erfassen sollte.[17] Mit ähnlichen

---

dann nach Hause kommt, daß man sagt, die Partei, die sagt ‚Nie wieder Krieg', daß man da einhakt."

15 E. U. Huster, u. a., 1972, S. 147; H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 240; K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 42.

16 Die Problematik kommt in Bericht des Bezirksbildungssekretariats über die Bezirksschule vom 7.9.1946, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 48; Bericht über die ersten sieben Wochen der Bezirksschule (20.7.-7.9.46), in: AdsD SPD Bez. WW 18 zum Ausdruck, dürfte allerdings durch den dem ISK entstammenden Bildungssekretärs Jupp Kappius, der den Bericht verfaßte, gefärbt sein. Vgl. A. v. Plato, Verschlungene Wege, 1989, S. 123; J. Mooser, 1984, S. 205.

17 An dieser Entscheidung, die mit 9 Stimmen von 14 Anwesenden beschlossen wurde, war Ernst Forsthoff beteiligt. Erklärung ehemaliger SAP-Mitglieder in Stockholm zum Eintritt in

Überlegungen fanden die meisten der überlebenden SAP-Mitgliedern in Gelsenkirchen nach 1945 in die SPD zurück.[18] An einem Treffen von Linkssozialisten war dagegen der ehemalige SAP'ler Emil Samorei beteiligt.[19] Emil Samorei erhielt auch über den ehemaligen SAP'ler Joseph Lang aus den USA Lebensmittelpakete, die er weiterleitete an ehemalige Verfolgte, darunter ehemalige SAP'ler, Sozialdemokraten, wie den SPD-Sekretär Fritz Melchers und Essener Kommunisten.[20] Um 1943/44 bestehende Kontakte aus dem Ruhrgebiet zum ISK über den späteren Bezirksbildungssekretär Kappius hatten für Gelsenkirchen keine Bedeutung.[21]

Der SPD-Unterbezirk Gelsenkirchen scheint schnell von den Militärbehörden anerkannt worden zu sein, denn bereits im Juni 1945 erhielt er das „August-Bebel-Haus" im Margaretenhof, welches 1933 beschlagnahmt worden war, zunächst zur Benutzung, später als Eigentum zurück. Dort und zunächst auf der Horster Straße, dann auf der Hagenstraße wurden die Geschäftsstellen der beiden Gelsenkirchener Stadtverbände eingerichtet.[22] Die Parteien in der britischen Zone wurden offiziell erst im September 1945 zugelassen, und auch danach unterlag die politische Betätigung vielfältigen Beschränkungen. Deswegen wurde in den ersten Parteiversammlungen immer wieder zur Vorsicht gemahnt, um nicht ein Verbot der SPD durch die Besatzungsbehörden zu provozieren.[23]

---

die Stockholmer SoPaDe-Ortsgruppe vom 30.9.1944, Erklärung von Willy Brandt, Stefan Szende und Ernst Behm vom 25.9.1945 über den Eintritt in die SPD, in: H. GREBING, Entscheidung, 1984, S. 37 f. bzw. 43. Interview Ernst Forsthoff 28.11.1986: „Damals haben wir eingesehen [. . .] die großen Parteien, SPD und damals die KPD, die entscheiden." Forsthoff kehrte allerdings erst in den 1960er Jahren zur Pflege seiner Mutter nach Ge zurück, u. a. weil die Briten 1945 nicht sonderlich daran interessiert waren, Emigranten zurückkommen zu lassen, die, wie er, auch noch hofften, mit einer im Exil absolvierten Volksschullehrerausbildung an der Umerziehung mitwirken zu können. Vgl. K. MISGELD, 1976, S. 175, wo Forsthoff nicht erwähnt wird. Vgl. L. NIETHAMMER, U. BORSDORF, P. BRANDT, 1976, S. 77.

18 Z. B. Fritz Bohne, Julius Frisch etc.

19 Samorei nahm Pfingsten 1948 (14./15. 5.) in Köln an einem Treffen von Linkssozialisten (u. a. Otto Brenner) teil, die die Schaffung eines Organs der Linkssozialisten ins Auge faßten, allerdings ausdrücklich ohne die Absicht der Fraktionierung. Weitere Teilnehmer Röhrig, Roos, Brune (Dortmund). Bericht von Otto Brenner über die Pfingstzusammenkunft 1948, in: H. GREBING, Entscheidung, 1984, S. 100 (Anmerkung) und 103 ff. und zur Interpretation S. 33 f.; H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 82 und 85 und 370.

20 Empfangsbestätigung für Zigarettenspende von Vertretern der „illegalen Gruppe Samorei" nach Brief vom 5.8.1947, in: AdsD NL J. Lang; auch in: H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 259 ff. Nach H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 90 und 369 war Melchers vor 1933 Kommunist.

21 Vgl. L. NIETHAMMER, U. BORSDORF, P. BRANDT, 1976, S. 77; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 144; P. HÜTTENBERGER, Entstehung, 1973, S. 107; S. MILLER, Kappius, 1988, S. 178.

22 SPD UB GE, Jahrbuch, 1955, S. 19 und 21; Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, in: Akten SPD UB Ge. Das Kassenbuch des Gelsenkirchener SPD-Unterbezirks, in: AdsD SPD UB Ge 482, beginnt am 1.5.1945. Offizielle Rückgabe wahrscheinlich am 15.5.1946 nach: STADT GE, Chronik 1946, S. 92. Formal korrekt ging das Haus wohl erst 1948 in den Besitz der Partei zurück, lt. Beschluß des städtischen Grundvermögensausschusses am 5.3.1948, Wiedergutmachungsunterlagen, in: AdsD SPD UB Ge 246.

23 Verordnung 12: Bildung politischer Parteien, in: AdsD SPD Bez. WW Bez. 131; Protokoll Ortsgruppen-Vorstandssitzung Buer am 24.6.1945, Protokoll Stadtbezirksvorstandskonfe-

Durch den raschen Wiederaufbau des Parteiapparates konnten im Ruhrgebiet Meinungsunterschiede schnell beseitigt und die Organisation vereinheitlicht werden. Der Aufbau des SPD-Bezirks Westliches Westfalen wurde vor allem vom Bezirkssekretär Heinrich Wenke und Fritz Henßler in Anknüpfung an Weimarer Traditionen betrieben. Nachdem Heinrich Wenke schon am 30. Juli Kontakt mit dem Münsteraner Oberpräsidium aufgenommen hatte, tagte eine „Bezirkskonferenz" von Vertretern der Unterbezirke bereits am 7. August, die im bereits im Mai angemieteten Büro in der Dortmunder Schliepstraße „mangels Sitzgelegenheiten im Stehen abgehalten" wurde, und konstituierte den Bezirk Westliches Westfalen „in alter Form", und ein kommissarischer Bezirksvorstand unter Führung Fritz Henßlers, der schon vor 1933 Bezirksvorsitzender gewesen war, wurde bestimmt.[24] Am 12. August beschloß der Bezirksvorstand, statt eines umfassenden Programms, welches vom Parteivorstand erstellt werden sollte, vorerst nur „kurze Richtlinien" aufzustellen, die am 15. August nach einer Vorlage Heinrich Wenkes vom „engeren Bezirksvorstand" verabschiedet wurden.[25] Die Partei forderte den Aufbau einer „neuen sozialen Demokratie", deren Grundlage sie in der Sozialisierung und der „Ausschaltung aller eigensüchtigen privatkapitalistischen Interessen aus der öffentlichen Wirtschaft" erblickte.[26] Im Dualismus von kurzgefaßten und allgemein anerkannten Grundüberzeugungen und der pragmatischen Tagesarbeit vor Ort knüpfte die Nachkriegs-SPD an ihre Traditionen als Reformpartei einerseits und Programmpartei andererseits wieder an.[27] Am 18. September 1945 war die SPD orts- und kreisweise mit wenigen Ausnahmen zugelassen, und es bestanden im Bezirk WW bereits neun Unterbezirke mit 300 Ortsvereinen.[28] Der Bezirk Westliches Westfalen, der mit 83 317 Mitgliedern am 31. Dezember 1946 der mitgliederstärkste der 23 Parteibezirke der westlichen Besatzungszonen wurde, unterstützte den Kurs Kurt Schumachers gegen den Berliner Zentralausschuß.[29] Auf

---

renz Buer am 19.8.1945, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. E.-U. Huster, Politik, 1978, S. 20; H. P. Ehni, Wiederaufbau, 1974, S. 418.

24 Protokoll Bezirkskonferenz am 7.8.1945, in: AdsD SPD Bez. WW Protokolle (Teilnehmer aus Ge: Geritzmann). Vgl. SPD WW, Rundschreiben Nr.1 vom 20.8.1945, SPD WW, Rundschreiben Nr. 2 vom 24.8.1945, SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8. Vgl. K. Lauschke, Wiederaufbau, 1988, S. 136. Vom 20. 8. berichten G. Högl, K. Lauschke, 1986, S. 53; G. Högl, Henßler, 1988, S. 186 f.; P. Hüttenberger, Entstehung, 1973, S. 100 f.; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 151; SPD Nordrhein-Westfalen, 30 Jahre, 1975, S. 3. Die Inhalte der Tagung von Vertretern der Unterbezirke des Bezirks WW schilderte Karl Surkamp am 19.8.1945 lt. Protokoll Stadtbezirks-Vorstandssitzung Buer am 19.8.1945, in: Akten SPD UB Ge.

25 Protokoll des Bezirksvorstandes vom 12.8.1945, Konferenz des engeren Bezirksvorstandes am 15.8.1945, in: AdsD SPD Bez. WW Protokolle. Vgl. K. Lauschke, Wiederaufbau, 1988, S. 137.

26 K. Lauschke, Wiederaufbau, 1988, S. 137.

27 Vgl. E.-U. Huster, Politik, 1978, S. 26 f. und 178.

28 SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, SPD WW, Rundschreiben Nr.1 vom 20.8.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8; H. P. Ehni, Wiederaufbau, 1974, S. 422; A. Kaden, 1964, S. 111 ff.; K. Lauschke, Wiederaufbau, 1988, S. 138 f.

29 SPD WW, Rundschreiben Nr.2 vom 24.8.1945, SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, SPD WW, (Heinrich Wenke) an Schumacher am 22.9.1945, in: AdsD SPD-

dem ersten Nachkriegsparteitag des Bezirks am 3. März 1946 in Schwerte, der die Abgrenzung von Vereinigungsbestrebungen der KPD und Fritz Henßler als Vorsitzenden bestätigte, sprachen die Delegierten „dem Genossen Dr. Kurt Schumacher für seinen mutigen Kampf um die Lebensrechte des deutschen Volkes und die unverzichtbaren Prinzipien der Demokratie, der Freiheit und des Sozialismus ihre Bewunderung und vorbehaltlose Zustimmung aus"[30]. Die Wahl Schumachers zum Parteivorsitzenden löste auch in einer Versammlung der Funktionäre des Bueraner Stadtbezirks „Befriedigung" aus.[31]

Mit dem Einschwenken auf die Linie Kurt Schumachers war auch die Entwicklung des Verhältnisses zu den Kommunisten vorgezeichnet: Die KPD war wie die SPD sofort nach der Befreiung von ihren überlebenden Kadern im Ruhrgebiet und in Gelsenkirchen an ihre Traditionen anknüpfend wieder aufgebaut worden, und ihre Ruhr-Bezirksorganisation erreichte am 1. Dezember 1947 ihren höchsten Mitgliederstand nach der Befreiung mit 60 941 Mitgliedern.[32] Die Bezirksleitung Ruhrgebiet hatte zunächst Schwierigkeiten, die demokratisch-antifaschistische Orientierung des Aufrufes der KPD-Führung vom 11. Juni 1945 durchzusetzten, weil viele Kommunisten während des Dritten Reichs die Diskussionen in der Parteiführung nicht miterlebt hatten und Weimarer Vorstellungen verhaftet blieben.[33] Nachdem am 4. August 1945 der Gedanke der Aktionseinheit mit der SPD in einem Aufruf der Bezirksleitung deutlich ausgespro-

---

PV K. Schumacher J 8. Auf der Parteikonferenz in Wennigsen Anfang Oktober 1945 unterstützten Fritz Henßler und Jupp Kappius für den Bezirk Schumachers Kurs der Abgrenzung von der KPD. Vgl. H. P. EHNI, Wiederaufbau, 1974, S. 417 und 435 f.; T. PIRKER, SPD nach Hitler, 1965, S. 40; zur Position des Berliner Zentralausschusses A. KADEN, 1964, S. 39 ff. und S. 74 ff., zur Konferenz von Wennigsen S. 132 ff., zur Abgrenzung von der KP S. 145 ff. und S. 222 zu Kappius. Vgl. K. KLOTZBACH, Staatspartei, 1982, S. 45 f. und 49 ff.; P. HÜTTENBERGER, Entstehung, 1973, S. 109; G. HÖGL, K. LAUSCHKE, 1986, S. 53 f. und 59; K. LAUSCHKE, Wiederaufbau, 1988, S. 137; G. HÖGL, Henßler, 1988, S. 187; C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 29; SPD NORDRHEIN-WESTFALEN, 30 Jahre, 1975, S. 6 und 11.

30 SPD WW an Büro Schumacher am 8.3.1946, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 24, bezüglich der an den PV überwiesenen Anträge der Bezirkskonferenz. Vgl. G. HÖGL, K. LAUSCHKE, 1986, S. 55; G. HÖGL, Grundzüge, 1986, S. 14. Von einer „am 18.11.1945 in Bochum stattgefundenen Bezirkskonferenz" wird in Buer berichtet, lt. Protokoll Stadtbezirksvorstandssitzung am 2.12.1945, in: Akten SPD UB Ge.

31 Protokoll Stadtbezirksfunktionärskonferenz am 26.5.1946, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. zur Symbolfigur Schumacher: E.-U. HUSTER, Politik, 1978, S. 25.

32 H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 114, 125 f. und 131 sieht Ge als Ausgangspunkt der Reorganisation der KPD an. Zum KPD-Aufbau: G. MANNSCHATZ, J. SEIDER, 1962, S. 31 f. und 209; G. BENSER, 1985, S. 74, 214 und 218 f.; G. SCHÄDEL, 1973, S. 69 f. und 129; K. TEPPE, Besatzungsregiment, 1983, S. 301 f.; L. NIETHAMMER, U. BORSDORF, P. BRANDT, 1976, S. 678; P. HÜTTENBERGER, Entstehung, 1973, S. 113 f. Ausführlich zu Ge: S. GOCH, Nach Hitler, 1986, S. 70 ff.

33 Zum Aufruf vom 11.6.1945 und seiner Durchsetzung: G. MANNSCHATZ, J. SEIDER, 1962, S. 31 f. und 45 f.; G. BENSER, 1985, S. 144 ff., 151 f., 212 und 218 f., H. WEBER, Illegalität, 1984, S. 99; L. NIETHAMMER, U. BORSDORF, P. BRANDT, 1976, S. 34, 45 ff., 680; G. SCHÄDEL, 1973, S. 14; H. KLUTH, 1959, S. 17 f., 25 und 29; AUS DEM VOLK, 1947, S. 66. Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945; in: DOKUMENTE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI, 1965, S. 1 ff. Vgl. SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8. H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 126 meint, daß die Bezirksleitung früh der Generallinie gefolgt ist.

chen und am 6. August dem Bezirksausschuß der SPD ein Angebot auf enge und aufrichtige Zusammenarbeit gemacht worden war[34], hatte sich die Linie der KPD-Parteiführung am 15. September vollständig durchgesetzt, als die Funktionärskonferenz der KPD des Ruhrgebietes, die in Buer tagte, einen entsprechenden Aufruf „Schaffendes Volk an Rhein und Ruhr! Männer, Frauen und Jugend! Bauern Westfalens!" verabschiedete. Sie forderte die Enteignung der „Nazibonzen" und Hauptkriegsverbrecher, die Schaffung lokaler Verwaltungen nach demokratischen Grundsätzen und die vollständige „Liquidierung von Nationalsozialismus und Militarismus". Außerdem schlug die KPD der SPD die Bildung von paritätisch besetzten gemeinsamen Arbeitsausschüssen vor.[35] Über die Reaktion der SPD im Bezirk WW berichtete der Bezirksgeschäftsführer an Kurt Schumacher[36]: „Besonders die Wünsche der KPD auf gemeinsame Aktionen, Kundgebungen, Aufrufe usw. lehnen wir aus diesen (Risiko der Verantwortung gegenüber der Militärregierung – S. G.) und anderen Gründen ab. Vor allem auch darum, weil wir keine Ursache haben, unsere sozialistischen und demokratischen Ziele zu verbrämen. Wir sind nicht aus Taktik Demokraten, sondern aus Bestimmung, und wir stehen auf dem Boden des Sozialismus." Im Rundschreiben Nr. 8 des SPD-Bezirksvorstandes vom 11. Januar 1946 hieß es noch schärfer[37]: „Die Sozialdemokratische Partei lehnt es ab, den Blutspender für den geschwächten Parteikörper der Kommunistischen Partei anzugeben. Sie wird ihre völlige ideologische und organisatorische Selbständigkeit bewahren." Die Begründung zeigte die Unmöglichkeit einer seit Ende 1945 von der KPD angestrebten Vereinigung der Arbeiterparteien: „Die Sozialdemokratie wendet sich gegen die unwahrhaftige Darstellung, als ob es das Fehlen der organisatorischen Einheit gewesen sei, das den historischen Schuldanteil der deutschen Arbeiterklasse am Aufkommen des Nazismus verursacht habe. Sie lehnt es ab, auf der Grundlage gegenseitigen gleichwertigen Verschuldens die Aussprache zu führen, denn dazu ist das geschichtliche Verschulden zu eindeutig auf einer Seite. [...] Die geschichtliche Schuld der deutschen Arbeiterklasse beruht darin, daß ihr kommunistischer Teil die klassenpolitische Rolle der Demokratie verkannt und zusammen mit den Nazis, den Deutschnationalen und anderen kapitalistischen Feinden der Demokratie den Parlamentarismus sabotiert hat. Ohne diese kommunistische Haltung wären die Nazis nicht an die Macht gekommen."

Zu einer dreistündigen Aussprache der beiden Arbeiterparteien auf Bezirksebene kam es dennoch am 2. November 1945. Sie führte zwar zu

---

34 G. Benser, 1985, S. 219. Das „Begrüßungsschreiben der KPD Ruhrbezirksleitung" gab Heinrich Wenke am 15.8. im engeren Bezirksvorstand bekannt, lt. Protokoll, in: AdsD SPD Bez. WW Protokolle.

35 H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 128 ff.; G. Mannschatz, J. Seider, 1962, S. 47 ff.; G. Benser, 1985, S. 218 f. und S. 302; G. Schädel, 1973, S. 63. Vgl. P. Hüttenberger, Entstehung, 1973, S. 114.

36 SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8.

37 In AdsD SPD Bez. WW, Protokolle. Vgl. K. Lauschke, Wiederaufbau, 1988, S. 140 f.

einigen Vereinbarungen über die gemeinsame Unterstützung der Bestrebungen des Bergarbeiterverbandes „zur Gestaltung der Produktion im Bergbau sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Bergarbeiters" und das gemeinsame Vorgehen für die Gemeinschaftsschule und gegen die Konfessionsschule, nicht aber zur Bildung von gemeinsamen Arbeitsausschüssen, wie dies die KPD anstrebte.[38] Zu zwei weiteren Zusammenkünften der Bezirksvorstände beider Arbeiterparteien im November und Dezember 1945 kam es wegen des gemeinsamen Vorgehens gegen die Besetzung des Provinzialrates und der westfälischen Generalreferate.[39] Als der 2. Bezirksparteitag der Ruhrgebiets-KPD am 8./9. Februar 1947 in Wanne-Eickel tagte, mußte der 1. Sekretär Ledwohn in der Frage des Verhältnisses zur SPD eingestehen, „daß zur Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien keine Voraussetzungen bestehen"[40].

In Gelsenkirchen fand eine gemeinsame Sitzung von KPD, SPD und Zentrum gegen Mitte August 1945 im Rathaus Buer statt, die sich mit der Frage der Bildung einer Antifaschistenfront und dem Aufruf der KPD befaßte[41], weitere Aussprachen zwischen SPD und KPD auf der Ebene der Unterbezirksleitungen fanden im Oktober und November statt. Aufgrund der bei der SPD erfolgten Beschlüsse wurden die Gespräche Ende 1946 von den Sozialdemokraten abgebrochen.[42] Gemeinsame Funktionärssitzungen und Mitgliederversammlungen von Sozialdemokraten und Kommunisten zu gemeinsam interessierenden Fragen sollen auch in den Ortsgruppen Gelsenkirchen, Bismarck-Ost, Hüllen, Ückendorf, Feldmark und Rotthausen stattgefunden haben.[43] Vereinigungsbestrebungen wurden jedoch abgelehnt oder zunächst eine Entscheidung des ersten SPD-Nachkriegsparteitages für die Westzonen im Mai 1946 in Hannover abgewartet.[44] Von einer Vergewaltigung der vereinigungsbereiten sozialde-

---

38 G. Högl, K. Lauschke, 1986, S. 54 f.; K. Lauschke, Wiederaufbau, 1988, S. 140; G. Benser, 1985, S. 244; G. Mannschatz, J. Seider, 1962, S. 60; zur Vorbereitung des Gesprächs: Protokoll Bezirksvorstandssitzung am 22.10.1945, Bericht über das Gespräch: Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 5.11.1945, in: AdsD SPD Bez. WW Protokolle. Vgl. P. Hüttenberger, Entstehung, 1973, S. 108 f. Das Vorgehen gegen die konfessionellen Schulen war gegen den massiven Widerstand der Kirchen auch in Gelsenkirchen wenig erfolgreich: Bei der Elternbefragung im Juni 1946 sprachen sich 8 924 katholische und 5 640 evangelische Eltern für konfessionelle Schulen aus, während 6 846 Eltern durch Nichtbeteiligung für die Gemeinschaftsschule gezählt wurden. Im März 1947 entschieden sich sogar 81,4% der befragten Eltern für die Konfessionsschule. H.-J. Priamus, Kulturkampf, 1988, S. 255-263; Stadt Ge, Chronik 1946, S. 106; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 68; G. Schwarze, Eine Region, 1984, S. 251.

39 G. Mannschatz, J. Seider, 1962, S. 61.

40 Aus dem Volk, 1947, S. 43 und 89 entsprechende Resolution dieses Bezirksparteitages.

41 Protokoll Stadtbezirks-Vorstandskonferenz Buer am 19.8.45, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 134 f.

42 Für die SPD führte diese Gespräche der UB-Seketär Melchers. G. Mannschatz, J. Seider, 1962, S. 113 f.

43 Ebd., S. 113 f. und 144. Zumindest ab November 1945 werden Gemeinsamkeiten von Sozialdemokraten und Kommunisten nicht bestätigt, eher ein ausgeprägtes Konkurrenzverhältnis. Interview Josef Löbbert 12.11.1985.

44 Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, in: Akten SPD UB Ge, im Gegensatz dazu die Aussagen von G. Mannschatz, J. Seider, 1962, S. 114 und 121 f. zu Vereinigungsbestrebungen in Altstadt und Rotthausen. Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 215.

mokratischen Basis durch die Führung konnte nicht die Rede sein, da Faktoren wie die Orientierung an Weimarer Traditionen, betriebliche Konflikte oder auch Erfahrungen aus dem Rußlandfeldzug Vereinigungsbestrebungen auch an der Basis verhinderten.[45] Spätestens Mitte 1946 waren auch im Raum Gelsenkirchen Versuche der KPD, die beiden Arbeiterparteien zu vereinigen, gescheitert, und es herrschte wieder „der alte Kampf aus den Jahren vor 1933"[46]. Deswegen wurde ab Anfang 1947 versucht, die Einheitswilligen in die Arbeit der KPD einzubeziehen und die Gründung der SED für die Westzonen zu betrieben. So forderte ein Gelsenkirchener Kreisparteitag der KPD am 4. Mai 1947 die Einheit der Arbeiterklasse zur Errichtung einer demokratischen Republik für ganz Deutschland. An diesem Parteitag nahmen auch einige Sozialdemokraten, christlich orientierte Arbeiter und Parteilose teil. Die sozialdemokratischen Teilnehmer wurden vom Bueraner Stadtbezirksvorstand aufgrund der Beschlüsse des Parteivorstandes sofort ausgeschlossen.[47]

Das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wurde insbesondere auch durch Versuche der Kommunisten, in den Gewerkschaften ihren Einfluß zu vergrößern, belastet. So rief schon eine Betriebsratswahl in Scholven im Oktober/November 1945 und die Handlungsweise der dortigen Kommunisten das Mißtrauen der SPD hervor.[48] Wie auf den Schachtanlagen des Ruhrgebietes insgesamt[49] konnte die KPD bei den Betriebsratswahlen 1945 und 1946 auch in Gelsenkirchen große Erfolge für sich verbuchen:

---

45 „Dann hatte ich das Pech, auch noch drei Jahre in Rußland verbringen zu müssen und ich konnte mir vorstellen – bei Abschätzung aller Vorbedingungen, die die KP hatte, als sie 1917 an die Macht kam, denn sie hatte etwas Trostloses übernommen aus dem Zarenreich – aber ich mußte doch feststellen, daß das etwas ist, was wir in diesem Lande nicht gebrauchen konnten." Interview Josef Löbbert 12.11.1985. Vgl. J. MOOSER, 1984, S. 204.

46 AdsD NL J. Lang, E. Samorei am 5.8.1947, auch in: H. HERING, H. E. KÄUFER, M. KLAUS, 1986, S. 260.

47 R. BADSTÜBNER, Kampf, 1960, S. 25; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 241. Vgl. H. KLUTH, 1959, S. 21. Zu Ge: STADT GE, Chronik 1947, S. 107; Niederschrift erweiterte Stadtbezirks-Vorstands-Sitzung am 17.5.1947, in: Akten SPD UB Ge.

48 Protokoll Beratungsausschußsitzung vom 4.11., in: Akten SPD UB Ge.

49 Für 1945 sind die Zahlenangaben äußerst unsicher. Nach einem Ergebnis von 80 Schachtanlagen erlangte die KPD 44%, die SPD 28%, die CDU 16% und andere Kandidaten 12% der abgegebenen Stimmen. G. SCHÄDEL, 1973, S. 47. C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 68 ff. zu der möglichen Ungenauigkeit oder Parteilichkeit der Zahlenangaben. Als sicherste Angabe bezeichnen sie ein Teilergebnis von 44 Großschachtanlagen für 1946, welches 42,1% Stimmen für KPD-Kandidaten, 25,8% für SPD-Kandidaten, 17,9% für CDU-Kandidaten und 14,2% für sonstige Kandidaten angibt. G. MANNSCHATZ, J. SEIDER, 1962, S. 53 berichten aus dem Januar 1946 für 96 Schachtanlagen bei 113 121 abgegebenen Stimmen von 49 983 Stimmen für kommunistische, 28 313 für sozialdemokratische und 16 503 für christliche Betriebsräte. Für die bis Ende 1946 abgeschlossenen Betriebsratswahlen im Bergbau und in der Metallindustrie („der wichtigsten Metallbetriebe des Ruhrgebietes") im Ruhrgebiet geben sie (S. 208 f.) folgende Zusammensetzung der Betriebsräte an: Bergbau: KPD - 666, SPD - 632, CDU - 240, Parteilose - 178, Metall: KPD - 242, SPD - 248, CDU - keine Angaben, Parteilose 178. AUS DEM VOLK, 1947, S. 64 und 82 gibt den Anteil kommunistischer Betriebsräte im Bergbau mit 38,6% an. Zu 1945 vgl. H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 103.

Tabelle 83: Zusammensetzung der Betriebsräte der Gelsenkirchener Schachtanlagen nach parteipolitischer Orientierung 1946–1949[50]

	1946		1947		1948		1949	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
SPD	47	24,23	79	39,11	68	32,85	61	28,50
KPD	91	46,91	50	24,75	68	32,85	80	37,38
Christlich	48	24,74	52	25,74	46	22,22	45	21,03
Parteilos	8	4,12	21	10,40	25	12,08	28	13,08
zus.	194	100,00	202	100,00	207	100,00	214	99,99

Die Stärke der Kommunisten hatte ihre Ursachen in der traditionellen Stärke der KPD, der moralischen Autorität der Kommunisten, die am furchtbarsten unter der NS-Verfolgung gelitten hatten, dem traditionell geringeren Alter der kommunistischen Funktionäre und der besonderen Berücksichtigung der Betriebsarbeit und der Sonderinteressen der Bergarbeiter durch die KPD.[51] Die Fraktionierung in den Gewerkschaften, die von den Kommunisten verbal verurteilt wurde, ließ bei den Sozialdemokraten die Erinnerung an den Kampf der KPD gegen die SPD am Ende der Weimarer Republik wach werden. Die Entwicklungen in der sowjetisch besetzten Zone taten ein Übriges, so daß auch in Gelsenkirchen bei den Sozialdemokraten die KPD als eine von einer fremden Macht gelenkte Partei angesehen wurde.[52] Nachdem der SPD-Bezirk bereits im November 1945 als „Gegengewicht gegenüber der Aktivität der Kommunisten in den Betrieben" die Bildung von Betriebsgruppen ins Auge gefaßt hatte[53], lehnte die Gelsenkirchner SPD noch im Mai 1946 die Zellenbildung in den Gewerkschaften ab, sah sich dann aber gezwungen, als Gegenmaßnahme gegen den Einfluß der Kommunisten mit der Bildung von Betriebsgruppen zu beginnen. So starteten die Gelsenkirchener Sozialdemokraten ab Ende

50 Gelsenkirchener Schachtanlagen: Westerholt, Bergmannsglück, Scholven, Ewald 3/4, Graf Bismarck 1/4, 2/6/9, 3/5, 7/8, Dahlbusch, Consolidation 1/6, 3/4/9, Nordstern, Holland, Alma, Rheinelbe, Hugo, Wilhelmine Viktoria. Zusammengestellt nach AdsD SPD UB Ge 295, 477, 485. Vgl. STAM BAG A 11-28, weitgehend übereinstimmend. Nach STADT GE, Chronik 1946, S. 185 errangen kommunistische Betriebsräte 1946 ungefähr die Hälfte der Sitze, Sozialdemokraten etwa 30% und christlich oder an der entstehenden CDU orientierte Gewerkschafter nur wenige Betriebsratssitze. Nach dem SOPADE-Informationsdienst vom 10.11.1947 geben C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 70 folgende prozentuale Zusammensetzung für die Betriebsräte der Gelsenkirchener Schachtanlagen 1946/47/48 an: SPD – 30,5/39,8/31,0, KPD – 38,4/30,4/34,5, CDU – 26,5/19,9/23,5, Parteilos – 4,6/9,9/11,0. In SPD Bezirk WW, Bericht über die Betriebsrätewahlen im Bergbau vom 10.11.1947 in: Ebd., S. 124 wird für Ge folgendes Ergebnis für 1947 (1946) angegeben: SPD 78 (46), KPD 49 (82), CDU 52 (45), Parteilose 20 (6). Beides lt. StA Bo Sammlung Biernat 2. Bei H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 312 für 1946/47/48/50 Anzahl der Sitze: SPD – 46/76/62/55, KPD – 58/58/69/37, CDU – 40/39/47/77, Parteilos – 7/19/22/14.

51 M. ZIMMERMANN, Nachwort, 1980, S. 253 ff; C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 68; C. KLESSMANN, Betriebsparteigruppen, 1983, S. 274 ff. Vgl. J. MOOSER, 1984, S. 206.

52 Protokoll Versammlung am 17.11.1946 bei Kaldewey, in: Akten SPD UB Ge.

53 Protokoll Bezirksvorstandssitzung am 16.11.1945, in: AdsD SPD Bez. WW Protokolle.

1946 intensive Bemühungen, ihre Positionen in den Betrieben gegenüber den Kommunisten auszubauen, wozu z. B. im Dezember ein hauptamtlicher Sekretär für Gewerkschaftsfragen eingestellt wurde.[54] Die Intensivierung der Betriebsgruppenarbeit beschäftigte in der folgenden Zeit fast jede Sitzung der Sozialdemokraten. Nach entsprechenden Richtlinien des SPD-Bezirks vom März 1947 zeigte der systematische Aufbau von Betriebsgruppen schnell Erfolge, als z. B. im Metallbereich nach der Betriebsratswahl 1948 in den sechs Großbetrieben von den 58 Betriebsratsmitgliedern 21 der SPD und 17 der KPD und von den sechs Betriebsratsvorsitzenden fünf der SPD und einer der KPD angehörten. Die IGM-Ortsverwaltung war fest in der Hand der SPD.[55]

Da es naturgemäß überall an Rednern und Referenten mangelte, sah der SPD-Bezirk eine seiner wichtigsten Aufgaben im Aufbau einer systematischen Bildungsarbeit für Multiplikatoren, die später als Referenten zur Verfügung stehen sollten. Ab 20. Juli 1946 konnte zunächst in einer Berufsschule, dann in einem Hotel eine Bezirksschulungsstätte in Hemer eingerichtet werden.[56] Seitens des Bildungssekretariates des Bezirks wurde sogar ein Vorschlag ausgearbeitet zur Gründung einer „Arbeiter-Akademie für politische Wissenschaften", die sich mit den Grundlagen des Sozialismus beschäftigen sollte.[57] Zugunsten der an innerorganisatorischen Interessen orientierten Bezirksschule wurden diese Pläne allerdings nicht verwirklicht. Themen der 14-tägigen Kurse für jüngere und ältere Teilnehmer aus den Unterbezirken waren bis zum neunten, ausschließlich die sozialistischen Wirtschaftspolitik behandelnden Kurs (7.-21. Dezember 1946) sozialistische Wirtschaftspolitik, Verwaltungsreform, Wahlen und Wahlkampf, Kommunalpolitik, sozialistische Innenpolitik und darauf aufbauend entsprechende Außenpolitik.[58] Die „großen" Themen standen also im Vordergrund, wohl weil insbesondere hierzu Referenten benötigt wur-

---

54 Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, in: Akten SPD UB Ge; C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 71; Protokoll Stadtbezirksvorstandssitzung Buer am 7.12.1946, in: Akten SPD UB Ge. Zur Intensivierung der Betriebsgruppenarbeit: Protokoll Bezirksvorstandssitzung am 16.11.1946, in: AdsD SPD Bez. WW Protokolle.

55 SPD, Bezirk WW, Entwurf, Richtlinien für die Arbeit der Betriebsgruppen, Dortmund 21.3.1947. Vgl. C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 68 und 71; in: Akten SPD UB Ge C. KLESSMANN, Betriebsparteigruppen, 1983, S. 278 ff.; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 278 ff.; K. BACHSLEITNER, 1976, S. 802 f. Bei 42 Betrieben der Metallbranche verfügte die SPD über 14, die KPD über mindestens drei Betriebsratsvorsitzende. Betriebssekretariat am 11.8.1948, in: Akten SPD UB Ge. Zum zentralen Betriebssekretariat K. KLOTZBACH, Staatspartei, 1982, S. 89.

56 Bericht des Bezirksbildungssekretariats über die Bezirksschule vom 7.9.1946, in: AdsD, SPD-PV, K. Schumacher J 48, Bericht über die ersten sieben Wochen der Bezirksschule (20.7.-7.9.46), Bericht über die Tätigkeit der Bezirksschule bis zum Jahresschluß 1946, in: AdsD SPD Bez. WW 18.

57 Vorschlag zur Gründung einer Arbeiter-Akademie für politische Wissenschaften (wahrscheinlich 1946), in: AdsD SPD Bez. WW 18.

58 Bericht des Bezirksbildungssekretariats über die Bezirksschule vom 7.9.1946, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 48; Bericht über die ersten sieben Wochen der Bezirksschule (20.7.-7.9.46), Bericht über die Tätigkeit der Bezirksschule bis zum Jahresschluß 1946, Bericht über den wirtschaftspolitischen Kurs in der Bezirksschule vom 7. bis 21.12.1946, in: AdsD SPD Bez. WW 18.

den. Neben dem Seminarprogramm wurden nach Wunsch der Teilnehmer spezielle Themen in gesonderten Abendveranstaltungen angesprochen, wobei den Teilnehmern trotz der Themenschwerpunkte der Kurse ein möglichst hohes Maß an Selbstverwaltung zugestanden wurde. Auch wurde als Aufgabe der Kurse definiert, nicht so sehr „Unmengen von Wissen zu vermitteln, als vielmehr die Fähigkeit und den Mut zum eigenen Denken zu entwickeln"[59] und „nicht so sehr Wissensbildung als Gesinnungsbildung" zu betreiben.[60] So wurden auch Referate möglichst vermieden und eine Selbsterarbeitung der Inhalte angestrebt, die jedoch nach 12 Jahren Nationalsozialismus nicht immer gelang, zumal auch „ganz junge Parteigenossen, fast ohne jede Vorbildung" – „abgesehen von reinen Nazi-Verbildungen" – an den Kursen teilnahmen. Für den Teilnehmer wurde als wichtig angesehen, „einmal als persönliches Erlebnis die Tatsache in sich aufzunehmen, daß überall Menschen sind, die er gar nicht kennt, die er nur zufällig kennenlernt, und mit denen er doch verbunden ist in der Gemeinsamkeit des Zieles und des Strebens in der gemeinsamen Arbeit"[61]. Die Bildungsarbeit des Bezirks beruhte, mitgeprägt durch den Idealismus des ehemaligen ISK-Anhängers und Bildungssekretär Jupp Kappius, auf der Überzeugung, „daß der Sozialismus mehr ist als eine bloße Wirtschaftsverfassung, daß er vielmehr ganz allgemein die Verwirklichung der Gerechtigkeit in der Gesellschaft bedeutet" und daß „der Sozialismus nicht von selbst kommt als notwendige Folge einer zwangsläufigen natürlichen Entwicklung, daß vielmehr die Arbeit für die Durchsetzung einer gerechten Gesellschaftsordnung eine sittliche Verpflichtung darstellt für jeden einzelnen Menschen"[62]. An insgesamt neun Kursen zwischen 20. Juli und 31. Dezember 1946 nahmen aus dem Unterbezirk Gelsenkirchen bzw. dem gesamten Bezirk teil: 24 bzw. 175 Teilnehmer von denen drei bzw. 20 Frauen waren, vier bzw. 49 bis 25 Jahre alt, zehn bzw. 57 zwischen 25 und 35 Jahren und 69 bzw. zehn über 35 Jahre. 14 bzw. 85 waren Parteifunktionäre, zwei bzw. 13 Falkenfunktionäre, 3 bzw. 10 AWO-Funktionäre und 4 bzw. 18 Gewerkschaftsfunktionäre.[63]

Auch im SPD-Unterbezirk Gelsenkirchen wurde rasch mit einer umfangreichen Bildungsarbeit begonnen, die pragmatisch an kommunalpolitischen Themen ausgerichtet war, aus der Notwendigkeit heraus, als stärkste Partei in Gelsenkirchen den Aufgaben in der Gemeinde gerecht zu

---

59 Bericht des Bezirksbildungssekretariats über die Bezirksschule vom 7.9.1946, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 48; Bericht über die ersten sieben Wochen der Bezirksschule (20.7.-7.9.46), in: AdsD SPD Bez. WW 18.

60 Bericht über die Tätigkeit der Bezirksschule bis zum Jahresschluß 1946, in: AdsD SPD Bez. WW 18.

61 Bericht des Bezirksbildungssekretariats über die Bezirksschule vom 7.9.1946, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 48; Bericht über die ersten sieben Wochen der Bezirksschule (20.7.-7.9.46), in: AdsD SPD Bez. WW 18.

62 Bericht über die Tätigkeit der Bezirksschule bis zum Jahresschluß 1946, in: AdsD SPD Bez. WW 18. Kurzbiographie Kappius, in: H. Grebing, Lehrstücke, 1983, S. 343 f. Vgl. S. Miller, Kappius, 1988, S. 176 ff.

63 Übersicht SPD Bezirk WW, Bildungssekretariat, Kurs 1-9, 20.7-31.12.1946, Bericht über die Tätigkeit der Bezirksschule bis zum Jahresschluß 1946, in: AdsD SPD Bez. WW 18.

werden. Ab 17. Juni 1946 waren bis Ende September 15 Vorträge mit einer auf 80 bis 100 Teilnehmern begrenzten Teilnehmerzahl vorgesehen zu Themen wie Finanzpolitik, Haushaltsplan, Personalpolitik, Wohnungswesen, Stadtplanung, Wohlfahrtswesen und abschließend „verantwortliche Kommunalpolitik und Sozialismus". Als Referenten wurden ausschließlich ältere erfahrene Funktionäre herangezogen, die naturgemäß ihre Weimarer Erfahrungen vermittelten.[64]

Wegen der Zerstörungen und der Halblegalität des Parteiaufbaus in der Anfangsphase waren unmittelbar nach dem Krieg Treffpunkte der Sozialdemokraten oft Wohnungen, wie die von Karl Surkamp oder die des späteren Landtagsabgeordneten Ernst Reez, später dann Gaststätten, Schulen, Baracken und Bunker. Um das Raumproblem zu lösen, wurden gegen Ende der 40er Jahre vielfältige Initiativen ergriffen: In Buer wurde ein AWO-Kindergarten errichtet, mit dessen Bau die Falken begonnen hatten, und in dessen Kellerräumen sie einige Zeit tagten; in Scholven wurde das nach einem beim Bau verunglückten langjährigen Genossen benannte „Emil-Sumaski-Heim" errichtet; ein umgebauter Bunker wurde in der Altstadt am 16. Januar 1949 als „Alfred-Zingler-Heim" eröffnet; Baubaracken bestanden in Bismarck, Beckhausen und Erle; in Hassel wurde ein umgebauter Bunker genutzt; in Horst traf man sich im AWO-Kindergarten, der in einem Zechenhaus untergebracht war; die Feldmarker Falken bauten sich eine ehemalige Leichenhalle um.[65]

Der organisatorische Aufbau der Sozialdemokratischen Partei schritt schnell voran: Im Mai 1945 wurde bereits die Hauskassierung wieder aufgebaut und der Beitrag auf 3 Reichsmark pro Quartal festgelegt.[66] Zur Beitragsfrage konnte im September 1945 Kurt Schumacher über die Verhältnisse im Parteibezirk Westliches Westfalen mitgeteilt werden[67]: „In einigen Fällen haben sich Genossen angeboten, die Beiträge für die ganzen zurückliegenden zwölf Jahre nachzuzahlen." Die Gelsenkirchener SPD hatte Ende 1945 bereits 18, wenig später 26 Ortsvereine. Die Mitgliederzahl stieg von 3 750 im Mai 1946 auf 5 700 Ende 1946 und auf 7 388 Ende 1947. Damit war schon im Mai 1946 der Mitgliederstand von vor 1933 überschritten.[68] Nachdem die erste Aufbauarbeit geleistet worden war, wurden die Ortsgruppen der Partei Ende Dezember 1945 aufgefordert, im

---

64 Betrifft: Bildungsarbeit des Ausschusses für Kommunalpolitik, vom 12.6.1946, in: Akten SPD UB Ge. Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986: „Viel Schulungen in Hemer, das hat mir wirklich viel geholfen [. . .] Das hat uns viel geholfen.".

65 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 104 ff. und 108; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 87, 98; SPD UB Ge an SPD Bez. am 31.8.1950, in: AdsD SPD Bez. WW 30; SPD OV Scholven, 1965, S. 19; Stadt Ge, Chronik 1949, S. 14. Vgl. AdsD SPD UB Ge 246.

66 Protokoll vom 21.5.45 Ortsgruppenvorständetagung Buer, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. H. Hurlin, 1978, S. 51.

67 SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8. Vgl. A. Kaden, 1964, S. 114. Vgl. K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 42.

68 Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, Protokoll UB-Vorstandssitzung am 31.12.1946, Protokoll UB-Vorstandssitzung am 21.1.1948, Protokoll UB-Jahreshauptversammlung am 13.2.1949, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 206, 210 und 301; SPD UB Ge, Jahrbuch, 1955, S. 37; Stadt Ge, Chronik 1946, S. 92.

Januar und Februar 1946 Neuwahlen der Ortsgruppenvorstände durchzuführen, um die provisorischen Vorstände durch gewählte zu ersetzen.[69] Darauf folgte dann im Mai 1946 die erste Unterbezirks-Delegierten-Konferenz, die den Bericht über die bisher geleistete Arbeit entgegennahm und einen Vorstand und die Delegierten zum ersten Nachkriegsparteitag der SPD in Hannover wählte.[70] Der Wiederaufbau der Organisation in Gelsenkirchen war damit vorläufig abgeschlossen.

Innerhalb der Stadtteilgruppen bestand ein starkes Gemeinschaftsgefühl, welches in der gemeinsamen Erfahrung der Verfolgung und Repression im Nationalsozialismus seine Wurzeln hatte und vielfach darauf beruhte, daß das sozialdemokratische Umfeld auch die Funktionen einer Selbsthilfeorganisation erfüllte.[71] Es waren oft die an alte Traditionen anknüpfenden Gewohnheiten wie z. B. die Hauskassierung, die die Mitgliedschaft die Partei als große Gemeinschaft empfinden ließen.[72] Die Organisationen boten Orientierungshilfen und Diskussionsforen und auch die Möglichkeit der trostlosen Lage zuhause (unvollständige Familien, beengte Wohnverhältnisse, Hunger etc.) zeitweise zu entfliehen. Der Wert der in diesen Organisationen gelebten und erlebten Solidarität darf nach der Zeit des Nationalsozialismus nicht unterschätzt werden.

Bei der Mitgliederwerbung stellte sich der SPD die Frage, wie mit ehemaligen Mitglieder der NSDAP umgegangen werden sollte. Zunächst wurden diejenigen, die in die SPD aufgenommen werden wollten, bezüglich ihrer bisherigen parteipolitischen Tätigkeit von den Ortsgruppenvorständen überprüft.[73] In einigen Ortsgruppen mußten Neumitglieder zwei Bürgen aus dem Kreis der Ortsgruppe nennen können, die politisch einwandfreies Handeln bezeugen konnten.[74] Bereits im Juni 1945 wurde in der Bueraner SPD über „Richtlinien für die Säuberungsaktion"[75] beraten. Gegen Ende 1945 machten dann die beiden SPD-Vertreter in einer interfraktionellen Sitzung von Vertretern der Gelsenkirchener Parteien einen dann einstimmig angenommenen Vorschlag für Richtlinien zur Entnazifizierung, die für Stadtverwaltung, städtische Betriebe, Polizeiverwaltung und Arbeitsamt die Entlassung aller vor dem 31.4.33 der NSDAP beigetretenen Mitglieder, der besonders aktiven Nationalsozialisten und der fachlich ungeeigneten, von Nationalsozialisten protegierten Beamten und

---

69 Protokoll UB-Vorstandssitzung am 27.12.1945, in: Akten SPD UB Ge.

70 Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, in: Akten SPD UB Ge.

71 Hier ist aufgrund der Interviews den Schlußfolgerungen von H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 212 zu widersprechen, der meint, daß die SPD im Ruhrgebiet „kaum Bedürfnisse der Mitglieder zur Wirkung brachte".

72 Vgl. z. B. für Bochum: H. HURLIN, 1978, S. 52.

73 Z. B. Schreiben an den Vorsitzenden der Ortsgruppe Erle vom 20.6.1945, in dem die Überprüfung von 3 Personen erbeten wird. Ähnlich sahen auch die Anweisungen des Bezirks aus, lt. Bericht über die Dortmunder Bezirkstagung im Protokoll Stadtbezirks-Vorstandskonferenz Buer am 19.8.45, in: Akten SPD UB Ge.

74 Z. B. Protokollbuch SPD OV Buer Mitte II, in: Akten SPD UB Ge. Diese Möglichkeit wird auch in SPD WW, Rundschreiben Nr.2 vom 24.8.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8 genannt.

75 Protokoll Ortsgruppen-Vorstandssitzung Buer am 24.6.45, in: Akten SPD UB Ge.

Angestellten vorsahen, sowie die Herabstufung und Kürzung der Pensionen in begründeten Fällen.[76] Diese Richtlinien galten analog für die Mitgliedschaft in der SPD in Gelsenkirchen. In engem Zusammenhang mit dem ernsten Willen zur Entnazifizierung stand auch der inhaltlich die Nachkriegssozialdemokratie stark prägende Antimilitarismus. Dieser wurde immer wieder hervorgehoben, und zwei Antikriegskundgebungen in der Bueraner Schauburg am 7. September 1947 u. a. mit dem Hagener Bürgermeister Fritz Steinhoff waren nicht die einzigen Antikriegsveranstaltungen.[77]

Nachdem der organisatorische Parteiaufbau 1946 weitgehend abgeschlossen worden war, kehrte in das innerorganisatorische Leben mehr Ruhe und Regelmäßigkeit ein. Von nun ab fanden regelmäßig Sitzungen und innerparteiliche Wahlen statt. Die beiden Stadtverbände wählten im Januar 1947 z. B. ihre Vorsitzenden Paul Pieper (Gelsenkirchen) und Karl Surkamp (Buer-Horst) wieder.[78] Die Generalversammlung des SPD-Unterbezirks am 2. Februar 1947 konnte eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl zur Kenntnis nehmen und beschäftigte sich mit der Sozialisierungsfrage. Scharf wandte sich die Gelsenkirchener SPD gegen die Verschleppungstaktik der CDU im Landtag und bezeichnete diese als „eine offene Unterstützung der Reaktion und eine Unterstützung der Hauptkriegsverbrecher, der Geldgeber Hitlers" und verlangte von der Landtagsfraktion, „an der entschädigungslosen Enteignung der industriellen Kriegsverbrecher festzuhalten"[79].

Die erste eigene größere Veranstaltung der Gelsenkirchener Sozialdemokratie fand am 18. November 1945 in der Schauburg Buer statt. Nach schwierigen Verhandlungen mit der Militärregierung war diese Großkundgebung mit dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten und damaligen SPD-Bezirksvorsitzenden Henßler genehmigt worden, allerdings war eine entsprechende Plakatierung und öffentliche Werbung untersagt worden.[80] Erst im Jahre 1946 konnte von den Sozialdemokraten wieder eine Veranstaltung zum 1. Mai durchgeführt werden. Der Stadtbezirk Buer führte seine Maifeier in Form eines großen Familienfestes, an dem alle befreundeten Organisationen beteiligt waren, auf Schloß Berge durch. 1947 wurde im Rahmen dieser Maifeier eine erste Jubilarfeier nach dem Dritten Reich durchgeführt.[81] Anknüpfend an die Tradition der März-Feiern gedachte die Gelsenkirchener Sozialdemokratie am 18. März 1948 des 100. Jahrestages der Märzrevolution von 1848 in vier lokalen Veranstaltungen in Buer,

---

76 Lt. „Richtlinien zur Entnazifizierung, die von der Beratungsausschussitzung vom 4.11.1945 und von der Stadtbezirkskonferenz vom 6.1.1946 einstimmig angenommen wurden", in: Akten SPD UB Ge.

77 Stadt Ge, Chronik 1947, S. 207.

78 Ebd., S. 19 f.

79 Ebd., S. 24.

80 Ortsgruppe Buer-Erle am 1.11.1945, Protokoll Beratungsausschußsitzung am 1.11.1945, Protokoll Stadtbezirksvorstandssitzung vom 2.12.1945, in: Akten SPD UB Ge.

81 Niederschrift Stadtbezirks-Vorstandssitzung am 17.3.1947, Niederschrift erweiterte Stadtbezirksvorstands-Sitzung am 11.4.1947, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. Stadt Ge, Kriegsende, 1985, Bl. 84.

Horst, Gelsenkirchen und Ückendorf.[82] Am 18./19. Juni 1949 fand in Gelsenkirchen der SPD-Bezirksparteitag und der Bezirksjugendtag der Falken statt. An der Abschlußkundgebung mit Kurt Schumacher in der Glückaufkampfbahn nahmen 55 000 Menschen teil.[83] Die Falken führten auf der Freilichtbühne im Stadtwald das Wolfgang Borchert-Stück „Draußen vor der Tür" auf.[84] Etwa zeitgleich mit der Gründung der beiden deutschen Staaten demonstrierte die Gelsenkirchener Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit eine bisher nie dagewesene organisatorische Stärke.

Wiederaufbau sozialdemokratischer Kulturorganisationen: Falken · Jungsozialisten · Arbeiterwohlfahrt · Frauenbewegung · Volkschor · Naturfreunde · Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten · Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer

Während des Wiederaufbaus der SPD wurde auch die Neugründung sozialdemokratischer Kultur- und Umfeldorganisationen begonnen. In den Berichten der Nachkriegszeit werden als nahestehene Organisationen genannt[1]: die Arbeiterwohlfahrt, die Volkschöre in Gelsenkirchen, Buer und Horst, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die Vereinigung verfolgter Sozialdemokraten, die Arbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender, die Sozialistische Jugend Deutschland – Die Falken, die Jungsozialisten, die Frauenbewegung und der Touristenverein „Die Naturfreunde". Auch wurde schon im Juni 1945 die Frage der Neubildung des Konsumwesens angesprochen, allerdings später nicht wieder erwähnt. Der im wesentlichen erst nach der Währungsreform mit der Schaffung des „Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften", der wie die Gewerkschaften als Einheitsorganisation von christlichen und sozialdemokratischen Genossenschaftlern getragen wurde, und der Rückführung des Genossenschaftseigentums erfolgende Wiederaufbau der Genossenschaftsbewegung hatte für Gelsenkirchener Sozialdemokraten dann keine Bedeutung mehr; nach dem Mitglieder- und Umsatzrückgang in der „Wirtschaftswunderzeit" wurde schließlich die Vereinheitlichung, Zentralisierung und Entpolitisierung mit dem Zusammenschluß in der Co op-Zentrale AG beendet.[2]

Der Aufbau der den Parteien nahestehenden Organisationen wurde zunächst von der Militärregierung stark behindert, weil diese in der parteipo-

82 Stadt Ge, Chronik 1948, S. 38.
83 Stadt Ge, Chronik 1949, S. 127 f.; SPD UB Ge, Jahrbuch 1945-1955, S. 29.
84 S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 31.
1 SPD UB Ge, Jahrbuch, 1955, S. 33 ff.; Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, in: Akten SPD UB Ge. Zur Existenz des Gelsenkirchener Volkschores bis mindestens 1960: StA Ge 0/XXVII/5/1.
2 Protokoll Ortsgruppen-Vorstandssitzung Buer am 24.6.1945, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. A. Schepers, Genossenschaften nach 1945, 1985, S. 113 ff.

litischen Orientierung z. B. der Jugendorganisationen eine Gefahr sahen.[3] Indem zwischen den aufgrund der Einflüsse der Militärregierung selbständigen Organisationen ein Geflecht gegenseitiger Vertretung in Gremien, Doppelmitgliedschaften und gemeinsamer Aktivitäten bestand, gelang es, allerdings in der Vielfalt der Aktivitäten geschrumpft, die relative Geschlossenheit der sozialdemokratischen Bewegung wiederherzustellen.[4] Die Energie, die in den Wiederaufbau der Partei, der Gewerkschaften und der Kulturorganisationen gesteckt wurde, war einerseits motiviert von der Erinnerung an die sozialdemokratische Bewegung der Weimarer Zeit und dem Willen, diese wieder aufzubauen, und andererseits von einer eher diffusen Sozialismuserwartung und dem ihr entsprechenden Willen, durch ein Netz von Organisationen die Menschen zu gewinnen und in und mit den Verbänden „den neuen Menschen" zu erziehen. Darüberhinaus ermöglichte in einer Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruchs und größter Not die Einbindung in eine Organisation und Bewegung dem Einzelnen eine gewisse Statussicherheit, den Zugang zu Informationen (z. B. Parteizeitung) und u. U. auch eine Milderung der Not. Explizit politische, besonders antimilitaristische Motive dürften darüber hinaus auf der ideologischen Ebene für sozialdemokratisches Engagement eine große Rolle gespielt haben.

Während einige Arbeiterkulturorganisationen trotz Behinderungen der Militärregierung wiederaufgebaut wurden, entstanden andere, wie insbesondere die Arbeitersportbewegung, nicht wieder. Das Unterlassen des vollständigen Wiederaufbaus einer differenzierten Arbeiterkulturbewegung kann letzlich nur auf die Aufgabe eines prinzipiell gegenkulturellen Anspruchs zurückgeführt werden.[5] Der Verzicht auf gegenkulturell orientierte Verbände in verschiedenen Lebensbereichen, also das Abbrechen gegenkultureller Traditionen, kann nur im Zusammenhang der unter Sozialdemokraten verbreiteten Sozialismuserwartung erklärt werden, die gegenkulturelle Orientierung und Teile „der technischen Hilfsmittel zu selbständiger Meinungsbildung sozialer Unterschichten"[6] überflüssig werden ließ, weil man ja erwartete, die Nachkriegsgesellschaft (politisch und kulturell) gestalten zu können. Die Absage an gegenkulturelle Organisierung stellte aber nicht nur einen Traditionsbruch dar, sondern auch die Fortsetzung der „Ansätze proletarisch geprägter klassenübergreifender Kulturtendenzen der Weimarer Zeit", die neben den gegenkulturellen Tendenzen bestanden hatten.[7] Daß trotzdem verschiedene Verbände wiederentstanden

---

3 Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. STADT GE, Chronik 1946, S. 112; SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8.

4 Beispielsweise zur gegenseitigen Vertretung von AWO und Falken auf Bezirksebene: SJD-Die Falken Bez. WW an AWO Bez. am 29.9.1947, in: Akten SJD UB Ge.

5 Vgl. D. LANGEWIESCHE, Arbeiterkultur in Österreich, 1979, S. 53. Kritisch T. PIRKER, Arbeiterbewegung, 1985, S. 682. Z. T. wird die relative Breite der wiederaufgebauten Kulturbewegung nicht wahrgenommen. Vgl. L. NIETHAMMER, Rekonstruktion, 1979, S. 40 f. Vgl. auch J. MOOSER, 1984, S. 213 f.

6 W. ABENDROTH, Chancen, 1972, S. 79.

7 D. MÜHLBERG, 1986, S. 85. Vgl. J. MOOSER, 1984, S. 214.

und an Weimarer Traditionen anknüpften, war begründet in ausgeprägter gegenkultureller Tradition (z. B. Arbeiterjugendbewegung, Naturfreunde), die schwerer als eine weniger ausgeprägte (z. B. Arbeitersport) zu verdrängen war[8], in der hohen emotionalen Identifikation (z. B. Arbeiterjugendbewegung) oder in eher praktischen Bedürfnissen der Einflußsicherung (z. B. Lehrer, AWO) und der Notwendigkeit der Selbsthilfe (z. B. AWO). Nachdem im SPD-Bezirk WW sofort nach dem Beginn des Wiederaufbaus auch die Wiedergründung der Sportbewegung angesprochen worden war, dann aber nicht wieder erwähnt wurde[9], wurde in Gelsenkirchen über die Wiederbelebung der Arbeitersportbewegung noch bis in das Jahr 1946 diskutiert, und es gab bereits einen vorgesehenen Leiter des Arbeitersports in Gelsenkirchen, aber letztlich wurde der Arbeitersport zugunsten einheitlicher Sportorganisationen nicht wiedergegründet.[10] Auf der SPD-Unterbezirksvorstandssitzung am 1. November 1950 wurde dann nochmals das Thema Arbeitersport auf die Tagesordnung gesetzt; zwei jüngere Genossen, bezeichnenderweise auch aktive Funktionäre der Sozialistischen Jugend, sprachen für die Gründung von Arbeitersportverbänden, während die anderen Vorstandsmitgliedern ein solches Vorhaben, teilweise unter Hinweis auf die „großen organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten", ablehnten und feststellten, daß es gelte, die Parteimitglieder in den Sportvereinen „zu erfassen und auszurichten", wozu ein entsprechendes Schreiben an die Ortsvereine gerichtet werden sollte.[11] Neben dem Vorrang des Partei- und Gewerkschaftsaufbaus wird heute als Haupthindernis der Einfluß der Militärregierung angegeben.[12] Versuche ehemaliger Gelsenkirchener Arbeitersportler, eine sozialdemokratisch

---

8 Zur Notwendigkeit des „kollektiven Gedächnisses" für die Wiedergründung der Naturfreunde J. ZIMMER, Touristenverein, 1987, S. 187. Eine „schleichende Versportlichung" in der Zeit der Weimarer Republik nennt F. NITSCH, Flamme, 1985, S. 45 als eine der Ursachen des Unterlassens einer Wiedergründung des Arbeitersportes. Erosionsprozeß bzw. Krise der alten Arbeitersportbewegung bei: P. FRIEDEMANN, Krise, 1986, S. 238 f. Vgl. P. FRIEDEMANN, Arbeitersport, 1987, S. 228. H. J. TEICHLER, Wir brauchten, 1987, S. 240 nennt die Zerstörung des Arbeitermilieus und den Verlust einer ganzen Sportlergeneration. Zur Sozialismuserwartung auch: A. v. SALDERN, Arbeiterkulturbewegung 1986, S. 68.

9 Protokoll des Bezirksvorstandes vom 12.8.1945, in: AdsD SPD Bez. WW Protokolle.

10 Im Protokoll UB-Vorstandssitzung vom 27.12.1945, in: Akten SPD UB Ge wird für den 18.1.1946 eine Versammlung „für den Sport" angekündigt. Auf lokale Initiativen weist R. BEDUHN, Chronik, 1980, S. 114 hin.

11 Niederschrift UB-Vorstandssitzung am 1.11.50, in: Akten SPD UB Ge.

12 Protokoll UB-Delegierten-Konferenz am 5.5.1946, in: Akten SPD UB Ge: „Zum Sport wäre zu sagen, daß ein Arbeitersport von der Militärregierung nicht gestattet ist. Es kommt nur eine einzige Sportbewegung in Frage, [. . .]" Interview Johann Simon 9.4.1986: „Die (die Arbeitersportbewegung – S. G.) wurde von der Militärregierung nicht zugelassen. Dann wurde ja nur 'ne Einheitssportbewegung zugelassen." Interview Albert Guth 22.4.1986: „Der Engländer als solcher, der hatte folgendes vor mit dem Sport: Also in Gelsenkirchen ein Fußballverein, ein Ruderverein, ein Turnverein [. . .]" Nach F. NITSCH, Flamme, 1985, S. 42 sind die britischen Behörden die „falschen Schuldigen". Zur ablehnenden Haltung der Militärregierung vgl. F. NITSCH, Warum, 1976, S. 178. Vgl. T. PIRKER, Arbeiterbewegung, 1985, S. 682. Bestimmungen zum Aufbau einer einheitlichen Sportbewegung in Gelsenkirchen und (hinhaltender) Widerstand gegen die einfache Fortexistenz der alten Sportvereine von „Geritzmann vom Arbeitersportkartell" mindestens bis Januar 1946, lt. StA Ge 0/XXVII/4/5.

orientierte Sportbewegung aufzubauen, hat es aber anscheinend unter dem Deckmantel einheitlicher Vereine auch gegeben.[13] Wenn denn schon kein Arbeitersport mehr aufgebaut werden konnte, durfte nach Ansicht der alten Arbeitersportler aber auch kein bürgerlicher Sport wiederentstehen, sondern sie wollten in ähnlicher Hoffnung wie die SPD auf der politischen Ebene nun „den Arbeitersport als den Sportverband haben" und maßgeblich die Geschicke einer einigen Sportbewegung mitbestimmen.[14] So hatte die SPD-Sportkonferenz in Frankfurt im September 1946 auch einstimmig beschlossen, daß in einem wirklich demokratischen Staat kein Anlaß mehr bestehe, eine Klassensportbewegung wiederzubegründen, sondern die Gesamtbewegung sollte sozialistisch durchdrungen werden.[15] In Gelsenkirchen waren beispielsweise viele der alten Arbeiterschwimmer an der Wiedergründung eines Schwimmvereins für Gelsenkirchen beteiligt.[16] Anfänglich stellten Sozialdemokraten, meist ehemalige Arbeitersportler, eine Reihe von Vereins- bzw. Verbandsfunktionären. In den Vereinsvorständen konnten sich aber schon bald wieder die Bürgerlichen durchsetzen.[17] Die Tradition des Arbeitersports verschwand schließlich mit der Überalterung und der politischen Überlastung der ehemaligen Arbeitersportler. Wie der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität" insgesamt wurde dagegen auch in Buer eine mindestens bis in die 1950er Jahre bestehende Arbeiterradfahrer-Gruppe wiedergegründet.[18] Erlebte die sozialdemokratische Bewegung im ausgebliebenen Wiederaufbau der Arbeitersportbewegung eine Enttäuschung und letztlich eine Niederlage, so erlebten die wiedergegründeten Kultur- und Selbsthilfeorganisationen bis zur Währungsreform wie die SPD einen Aufschwung:

Analog zu den Trägergruppen des Wiederaufbaus der SPD gingen beim Aufbau einer sozialdemokratischen Arbeiterkinder- und Arbeiterjugendorganisation ehemalige SPD-, SAJ und Kinderfreunde-Mitglieder und eine Reihe Jüngerer, die sozialdemokratische Jugendorganisationen nicht mehr kennengelernt hatten, aber aus sozialdemokratischen Elternhäusern

---

13 „Wir haben ja nach 45 versucht, sie aufzubauen. [...] Das hat zwei Jahre gedauert. Dann hinterher haben wir uns aber aufgegeben." Interview Ewald Klingler 10.7.1986.

14 „Wir wollten ja gar keine (eigenen Vereine -S. G.), sondern wir wollten den Arbeitersport als den Sportverband haben. Und den durchzusetzten, war nicht drin." Interview Ewald Klingler 10.7.1986. Im Bericht über die erste Bezirkstagung in Dortmund auf der Stadtbezirks-Vorstandskonferenz Buer am 19.8.45 wird lt. Protokoll, in: Akten SPD UB Ge davon berichtet, daß für die Sport- und Jugendfrage gelte bzw. beschlossen worden sei: „Nicht wie früher, sondern einheitlich und frei von jeder Hemmung." Interview Albert Guth 22.4.1986: „Dann kamen andere, die auch Parteigenossen waren, die haben gesagt, wir sehen zu, daß wir in diese Posten kommen."

15 H. Ueberhorst, Frisch, 1973, S. 281; H. Ueberhorst, Rolle, 1982, S. 150; F. Nitsch, Warum, 1976, S. 173 ff. und 184 ff. zum widersprüchlichen Entstehungsprozeß dieses Beschlusses. Vgl. R. Beduhn, Chronik, 1980, S. 68. Allgemein: B. Faulenbach, Klassenkultur, 1988, S. 12 f.

16 Interview Johann Simon 9.4.1986.

17 Interview Ewald Klingler 10.7.1986. Vgl. F. Nitsch, Flamme, 1985, S. 45. Zur Fortführung der „bürgerlichen" Sportvereine, vgl. Zulassungen in: StA Ge 0/XXVII/4/4.

18 ARKB Buer, 1953. Weitere Informationen fehlen. Bundesweit R. Beduhn, Chronik, 1980, S. 1 ff. und 57 ff. zum Wiederaufbau und 92 ff. Vgl. F. Nitsch, Warum, 1976, S. 192 und 197.

stammten, ans Werk.[19] Der Begriff *„Falken"*, der erst mit der Einführung der Rote-Falken-Gruppen gegen Ende der 1920er Jahre in die Bewegung Eingang gefunden hatte, wurde nun zum Symbol, unter dem sich der Wiederaufbau der Arbeiterkinder- und Jugendbewegung abspielte, was noch einmal die Prägekraft der mit diesem Symbol verknüpften Gedankenwelt deutlich machte. War schon gegen Ende der Weimarer Republik ein Kontinuum sozialdemokratischer Kinder- und Jugendorganisationen mit ähnlichen kulturellen Inhalten und Formen entstanden, so wurden nun Kinder und Jugendliche in einer Organisation zusammengefaßt.

Schon kurz nach der Befreiung wurde in vielen Stadtteilen gleichzeitig und wegen der zerstörten Verbindung zunächst ohne engeren Kontakt untereinander mit dem Aufbau von Kinder- und Jugendgruppen begonnen. Die „Falken" konnten in der ersten Nachkriegszeit in den Stadtteilen 13 Ortsverbände mit etwa 1 500 Mitgliedern aufbauen, die wegen der Behinderung politischer Kinder- und Jugendarbeit dezentral orientiert waren, so daß aus den beiden Stadtverbänden Gelsenkirchen und Buer ein einflußreicher Unterbezirk erst gegen Ende der 40er Jahre entstand.[20] Wegen der Restriktionen konnten sich die Falken, die sich zunächst nicht „Sozialistische Jugend", sondern „Freie Jugendbewegung" nannten, erst auf ihrer Unterbezirkskonferenz am 26. März 1947 einmütig zum demokratischen Sozialismus bekennen.[21] Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation zwang die Kinder- und Jugendgruppen zur Selbsthilfe vor allem beim Auf- und Ausbau von Räumlichkeiten. Die zwangsläufige Verbindung von Arbeiten und Lernen, das gemeinschaftliche Sammeln von Erfahrungen und die gemeinsame Gestaltung der Freizeit machten so Ansätze eines selbstbestimmten und selbstorganisierten Lebens erfahrbar und erklärten auch den Zusammenhalt dieser Gruppen unter schwierigsten Bedingungen und ihre auf alternative Erfahrungen mit kollektiver und selbstbestimmter Tätigkeit gegründete Hoffnung auf Neuordnung.[22] Äußerlich unterschieden sich viele Aktivitäten der Falkengruppen kaum von ähnlichen Aktivitäten bürgerlicher Verbände, und oft dienten sie auch der Flucht aus der trostlosen Lage zuhause. Wenn sich auch die Formen ähnelten, so gab es doch in den Inhalten wichtige Unterschiede wie die Koedukation, die strikte antimilitaristische und demokratische Orientierung, das Singen von Arbeiterliedern, die prinzipielle Gleichberechtigung von Helfer und Gruppe und das

---

19 Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 103 ff.

20 Ebd., S. 103 ff. zur Entwicklung der Ortsverbände, zum UB 109 f.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 21 ff. und zur Entwicklung der Ortsverbände S. 82 ff. Für März 1947 werden 14 Ortsverbände mit 1 500 Mitgliedern genannt, etwa einen Monat später waren beim Jugendamt 12 Gruppen mit 1 207 Mitgliedern registriert. Stadt Ge, Chronik 1947, S. 59, 93 und 230. Vgl. SPD UB Ge an den SPD Bez. am 31.8.1950, in: AdsD SPD Bez. WW 30.

21 Stadt Ge, Chronik 1945, S. 137 ff. und 177; Stadt Ge, Chronik 1946, S. 80; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 59; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 23; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 102. Auch im Bezirk wurde noch im April 1946 die Bezeichnung „Die Falken-Freie Jugendbewegung" verwandt lt. Schreiben an Büro Schumacher vom 3.4.1946, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 24. Vgl. zu Restriktionen A. Klönne, Romantik, 1987, S. 142.

22 Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 103.

Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung.[23] Über die älteren Mitglieder und Helfer fanden Reste jugendbewegter Formen, die angesichts der sozioökonomischen Lage anachronistisch anmuteten, jedoch die Möglichkeit begrenzter Realitätsflucht boten und damit das Leben erträglicher machten, wieder Eingang in die Arbeit der Gelsenkirchener Falken, wie beispielsweise das Singen von Volksliedern und der Volkstanz, der von fast allen Gruppen gepflegt wurde.[24] Auch in der Symbolik wurde an Weimarer Falken-Traditionen angeknüpft. Beispielsweise wurde wieder das Blauhemd, zunächst mit Schiller-Kragen und roter Kordel, ab Ende der 1950er Jahre mit rotem Halstuch getragen. Wegen des äußeren Eindrucks der Uniformierung, die durch den Nationalsozialismus diskreditiert worden war, wurde aber nicht mehr so stark darauf gedrängt, das Blauhemd zu tragen.[25]

Parallel zur lokalen Wiedergründung erfolgte auch der überörtliche Aufbau: Nach dem Beschluß des SPD-Bezirksvorstandes vom 8. September 1945 zum Wiederaufbau einer sozialistischen Jugendbewegung verschickte das Bezirkssekretariat Westliches Westfalen unter Leitung des ehemaligen Dortmunder SAJ-Vorsitzenden Willi Fliege, der wenig später zum Falken-Aufbau ins Büro Schumacher berufen wurde, bereits am 19. September, „Unsere Richtlinien für den Aufbau und die Organisation der Freien Jugendbewegung – Die Falken", und ab Anfang 1946 wurden Schulungen für verschiedene Helfergruppen durchgeführt.[26] Ausdrücklich wurde in den Dortmunder Richtlinien angeknüpft an den „Stamm von bewährten Helfern aus der freien Jugendbewegung vor 1933", „deren politische und moralische Haltung auch während der Zeit des Naziregimes untadelig war", und ausdrücklich wurden „ehemalige Führer der aufgelösten HJ, Mitglieder der aufgelösten NSDAP und deren Gliederungen, sowie Offiziere der ehemaligen Wehrmacht und Polizei" als Helfer ausgeschlossen. Vorgesehen waren entsprechend der Entwicklung an der Basis fünf Altersgruppen: Nestfalken (6-10 Jahre), Jungfalken (10-12 Jahre), Wanderfalken (12-14 Jahre), Rote Falken (14-16 Jahre), Sturmfalken (16-18 Jahre), deren Aktivitäten im wesentlichen denen von SAJ und Kinderfreunden als Bildungs- und Erziehungsorganisation in der Weimarer Zeit entsprechen sollten.[27] Im April 1946 vollzog eine Konferenz von Vertretern aus der sozialdemokratischen Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg die Entwicklungen an der Basis nach und beschloß die Gründung eines einheitlichen Kinder- und Jugendverbandes. Die Pottensteiner Tagung im November

---

23 Ebd., S. 119 f.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 26 f.

24 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 123 f.

25 Ebd., S. 135. Zur Diskreditierung von kulturellen Formen durch den Nationalsozialismus auch: P. Friedemann, Krise, 1986, S. 238.

26 Protokoll Bezirksvorstandssitzung am 8.9.1945, zur Berufung Flieges: Protokoll Bezirksvorstandssitzung am 23.8.1946, in: AdsD SPD Bez. WW Protokolle; „Unsere Richtlinien . . ." vom 19.9.1945, in: AdsD SPD Bez. WW 105. Singeleiter-, Volkstanzleiter, Laienspielleiter und Helferschulungen, allerdings 1948, in: AdsD SPD Bez. WW 61. Vgl. W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 60 f.

27 „Unsere Richtlinien . . ." vom 19.9.1945, in: AdsD SPD Bez. WW 105.

desselben Jahres gab der neuen Organisation ihren Namen „Die Falken-Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands", der von der ersten Verbandskonferenz in Bad Homburg 1947 bestätigt wurde und erst 1951 gegen „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken" ausgewechselt wurde. Die Falken stellten sich die Aufgabe, durch sozialistische Erziehungsarbeit zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung beizutragen.[28] Der Gesamtverband erlebte einen raschen Aufschwung, so daß Ende 1947 wieder etwa 100 000 Kinder und Jugendliche in ihm organisiert waren.[29]

Neben Veranstaltungen wie Sonnenwendfeiern in der Tradition der Freidenker, Maifeiern etc. und den zahlreichen Wanderungen und Gruppenfahrten zu den schon vor 1933 beliebten Zielen wie dem Naturfreundehaus in Welper wurden bereits ab 1946 von den Gelsenkirchener Falken Zeltlagermaßnahmen durchgeführt bzw. fand eine Beteiligung an Maßnahmen übergeordneter Gliederungen statt. 1949 organisierte der Gelsenkirchener Falken-Unterbezirk das erste eigene Lager in Bullay an der Mosel. In Anknüpfung an die Traditionen der Kinderrepubliken wurde bei den größeren Maßnahmen am parlamentarischen System orientiert mit Möglichkeiten der Selbstverwaltung gearbeitet wie Zeltsprechern, Dorfbürgermeistern, Lagerräten, Lagerpräsidenten und gewählten Lagerleitungen.[30]

Wegen der überwiegenden Rekrutierung der ersten Mitglieder der Nachkriegssozialdemokratie aus ehemaligen Mitgliedern der Weimarer Zeit, die naturgemäß schon älter waren, wurde eine besondere Nachwuchsförderung nötig, die sich insbesondere auf die Altersgruppe der 18- bis 30/35-jährigen richtete, woraus dann die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten hervorging.[31] Im Mai 1946 bestanden Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaften auch in der Gelsenkirchener SPD. Im Mai 1947 fand in Gelsenkirchen die erste Nachkriegstagung der Jungsozialisten statt. Auf einer Massenkundgebung vor 20 000 Menschen sprach Kurt Schumacher.[32] Da die *Jungsozialisten* im Ruhrgebiet relativ traditionslos und zunächst nur aus der Motivation der Nachwuchsförderung für die Partei entstanden waren, fehlte ihnen eine konkrete Entwicklungsperspektive. So orientierten sich einige Gruppen in Richtung der eher jugendpflegerisch tätigen Falken-Jugendgruppen, in denen sie schließlich aufgingen, und der andere

---

28 R. Gröschl, 1984, S. 339 ff.; W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 59 ff.; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 111 ff.; B. Brücher, Selbstverwaltungsprinzip, 1976, S. 80 ff. Vgl. SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8.

29 R. Gröschl, 1984, S. 395 ff. Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 112 f.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 25.

30 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 129 ff.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 29 f.: 1946: Hallenberg/Sauerland (Bueraner und Recklinghauser Falken), Handorf (Gelsenkirchener Falken), 1947: zwei Bezirkszeltlager in Hemer und eins bei Heilbronnn, 1948: zwei Verbands-Kinderrepubliken an der Kieler Förde und bei Kassel. Vgl. Interview Paula Grenz 15.11.1985.

31 SPD WW (Heinrich Wenke) an Schumacher am 18.9.1945, SPD WW, Rundschreiben 2 vom 24.8.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8.

32 Stadt Ge, Chronik 1946, S. 92; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 123 f. und SPD UB Ge, Jahrbuch 1945-1955, S. 29.

Teil der Arbeitsgemeinschaften entwickelte sich gegen Ende der 1940er Jahre zu innerparteilichen Bildungsgemeinschaften. Da sich Juso-Arbeit so auf von jüngeren Parteimitgliedern betriebene Bildungsarbeit beschränkte, nahm die Zahl der Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften auch in Gelsenkirchen stark ab, wobei ein Teil der Mitglieder zur Falkenorganisation gewechselt sein dürfte.[33] Die Herausbildung von unter dem Namen Jungsozialisten firmierenden Diskussionszirkeln jüngerer Parteimitglieder weckte unter den älteren Sozialdemokraten in ihren Augen unliebsame Erinnerungen an die „Sonderpolitik" der Weimarer Jungsozialisten und rief so auch Mißtrauen hervor[34], was nicht gerade förderlich auf die Jungsozialisten wirkte.

Nach der Befreiung vollzog sich auf lokaler Ebene, besonders von sozialdemokratischen Frauen vorangetrieben, der Wiederaufbau der *Arbeiterwohlfahrt*. Beispielsweise wurde die AWO-Gruppe im Erler Süden Anfang November 1945 gegründet und trat zusammen mit Falken und SPD erstmals mit einer Weihnachtsfeier in Erscheinung.[35] Das Sekretariat der Gelsenkirchener Arbeiterwohlfahrt wurde unter Leitung der Vorsitzenden und Geschäftsführerin Margarete Zingler Mitte März 1946 im August-Bebel-Haus im Margaretenhof (wieder)eröffnet[36], also etwa gleichzeitig mit der überregionalen Zusammenfassung durch die Bildung des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt in Hannover.[37] Im Bezirk Westliches Westfalen der Arbeiterwohlfahrt hatte die erste Bezirkskonferenz unter Teilnahme von 1 200 ehrenamtlichen Helfern schon am 12. Dezember 1945 in Schwerte stattgefunden, nachdem bereits im August von Seiten des SPD-Bezirks die Aufforderung ergangen war, das Feld der Wohlfahrtspflege, die allerdings grundsätzlich in die Aufsicht der Kommunalbehörden überführt werden sollte, nicht der Caritas und der Inneren Mission zu überlassen.[38] Die Arbeiterwohlfahrt wurde wegen der Bedingungen für die Anerkennung durch die Militärbehörden nicht als Vereinigung in der SPD wiedergegründet, sondern als selbständiger Verband, der 1947 in Kassel seine erste „Reichskonferenz" abhielt.[39] Im Bezirk Westliches Westfalen der AWO waren Ende 1946 bereits rund 70 000 Mitglieder in etwa 400 Ortsausschüssen und am 1. Juli 1948 90 000 Mitglieder in 530 Ortsaus-

---

33 Niederschrift Bezirksarbeitsausschuss der Jungsozialisten am 2.12.1950, in: AdsD SPD Bez. WW 30. Nach Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften im Bezirk WW, in: Ebd. bestanden Arbeitsgemeinschaften am 1.5.1947 in Heßler, Feldmark, Ückendorf, Bulmke, Hüllen, Bismarck, Schalke, Buer I, Beckhausen, Horst, Hassel, Erle, Scholven, Resse und am 1.12.1947 nur noch in Feldmark, Altstadt, Heßler, Ückendorf, Erle, Hassel, Horst.

34 Die Bildungsarbeit in der Partei, Gedanken und Vorschläge, Oktober 1947, in: AdsD SPD Bez. WW 18.

35 Interview Paula Grenz 15.11.1985. Allgemein A. MONAT, 1961, S. 71.

36 Interview Friedel Pfeiffer 20.10.1986; STADT GE, Chronik 1946, S. 55.

37 L. LEMKE, 1949, S. 13; ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND, 50 Jahre, 1969, S. 7.

38 SPD WW, Rundschreiben Nr.2 vom 24.8.1945, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher J 8; ARBEITERWOHLFAHRT BEZIRK WW, Geschäftsbericht 1976-8, S. 10.

39 Protokoll Bezirksvorstandssitzung am 24.5.1946, in: AdsD SPD WW Protokolle. Vgl. ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND, 50 Jahre, 1969, S. 7.

schüssen organisiert.[40] Nach der Währungsreform waren am 31. März 1949 im AWO-Bezirk WW 407 Ortsausschüsse mit 7 200 ehrenamtlichen Helfern und 58 900 Freunden und Förderern, 347 Beratungsstellen, 274 Nähstuben, 25 Kindergärten oder -heime, 4 Volksküchen und 18 Krankenpflegestationen vorhanden.[41]

Die Arbeiterwohlfahrt in Gelsenkirchen schuf in den ersten Nachkriegsjahren vier eigene Kindergärten, in Buer in der Romanusstraße (eröffnet 11. Februar 1950), im August-Bebel-Haus, wo auch die AWO-Beratungsstelle untergebracht war, in Ückendorf (eröffnet 2. April 1947) und in Horst, und hatte in jedem Stadtteil Gruppen von ehrenamtlichen Helfern.[42] Neben dem Betrieb der Kindergärten kümmerte sich die AWO im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit in enger Zusammenarbeit mit den Falken auch um die Organisation von Kindererholungsmaßnahmen und stellte für die Ferienmaßnahmen oft die Zeltlagerplätze oder andere Unterbringungsmöglichkeiten, wie in Hemer, Hallenberg, Handorf zur Verfügung.[43] Auf der Generalversammlung der Gelsenkirchener Arbeiterwohlfahrt am 15. Februar 1947 konnte die Vorsitzende und Geschäftsführerin Margarete Zingler berichten, daß nun schon zwei Beratungsstellen in Gelsenkirchen und Buer und insgesamt acht Nähstuben eingerichtet worden seien. Neben der einstimmigen Wiederwahl des Vorstandes beschäftigte sich die Generalversammlung mit der „Zusammenarbeit der Arbeiterwohlfahrt mit den Organisationen der öffentlichen Fürsorge"[44]. Letzteres verdeutlichte die Fortsetzung der schon in der Weimarer Republik begonnenen Eingliederung der Arbeiterwohlfahrt, wie im übrigen auch der anderen Wohlfahrtsverbände, in die Verwaltung der staatlicher Sozialpolitik. Die AWO als aus der Verbundenheit mit der deutschen Arbeiterbewegung „ihre innere Existenzberechtigung und Sinngebung" beziehende Organisation erhielt sich dabei aber das Selbstbewußtsein ihrer „Andersartigkeit" die „in ihrer sozialpolitisch gerichteten Haltung, in ihrem politischen Gestaltungswillen"[45] begründet war.

Als Arbeitsgemeinschaften in der SPD entstanden auch Frauengruppen mit eigener Leitung und regelmäßigen (Bildungs-)Veranstaltungen, die „die Verbindung der Frauen zur Gesamtpartei leichter gestalten" sollten und den Frauen die Möglichkeit bieten sollten, „sich für die politische Arbeit zu schulen". Als Grundsätze der Frauenarbeit wurden im Westlichen Westfalen festgehalten: „1. Wir sind Sozialdemokraten und keine Frauen-

---

40 Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuss, 1949, S. 58; Arbeiterwohlfahrt Bezirk WW, Am Werk, 1948, S. 3.

41 L. Lemke, 1949, S. 14 f. Geringfügig abweichend Arbeiterwohlfahrt Bezirk WW, Am Werk, 1948, S. 4 f.

42 SPD UB Ge, Jahrbuch, 1955, S. 35; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 79; Stadt Ge, Chronik 1950, S. 37; SPD UB Ge am 31.8.1950 an SPD Bez., in: AdsD SPD Bez. WW 30; Arbeiterwohlfahrt Bezirk WW, Am Werk, 1948, S. 17 f.

43 Vgl. Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuss, 1949, S. 58; SJD-Die Falken Bez. WW am 15.9.1947, in: AdsD SPD Bez. WW 60. Zur Zusammenarbeit mit der AWO: Arbeiterwohlfahrt Bezirk WW, Am Werk, 1948, S. 6.

44 Stadt Ge, Chronik 1947, S. 35.

45 L. Lemke, 1949, S. 18 f.

rechtlerinnen. 2. Wir sind kein Freundschafts- oder Verwandtschaftsklub und kein Kaffeekränzchen. 3. Unsere Arbeit dient nicht der Förderung persönlichen Ehrgeizes und persönlicher Eitelkeit, sondern der großen Sache des Sozialismus, des Friedens und der Völkerverständigung."[46] Die sozialdemokratische *Frauenbewegung* in Gelsenkirchen bestand bereits im Mai 1946 wieder.[47] Auch die Frauenarbeit verkörperte die Kontinuität der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens, indem dort an leitender Stelle Elisabeth Hennig stand, die im Widerstand mit Alfred Zingler in Kontakt gestanden hatte und 1942 vom Volksgerichtshof zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, nachdem die Gestapo sie in Amsterdam verhaftet hatte.[48]

Ein *Volkschor* bestand in Alt-Gelsenkirchen bereits vor Mai 1946, und dieser trat anläßlich der 1. Mai-Feier mit Arbeiterliedern auf. Für den Bueraner Volkschor war der 1. Mai desselben Jahres der erste öffentliche Auftritt nach Kriegsende. Die Volkschöre Buer und Gelsenkirchen gestalteten auch 1947 wiederum die Maifeiern mit.[49] Trotz dieser Teilnahme an den Veranstaltungen der Gelsenkirchener Arbeiterbewegung, wo die Volkschöre Tendenzlieder der Arbeiterbewegung sangen, ging ihre grundlegende Orientierung wie in der Weimarer Republik doch mehr in die Richtung „anspruchsvollerer Chormusik", wie eine Veranstaltung des Volkschores in Gelsenkirchen am 31. Mai 1947 zeigte, mit der des 50. Todestages von Johannes Brahms gedacht wurde. Im ersten Teil waren „Lyrische Gesänge für Frauenchor" zu hören, im zweiten zeitgenössische Werke von Erwin Lendvai, Eckartz und Otmar Gerster.[50] Weitere Konzerte führten die Volkschöre am 23. Mai 1948 in Buer durch, am 29. Mai 1948 in Gelsenkirchen mit Werken der Gelsenkirchener Komponisten Alfred Berghorn und Paul Wibral, am 5. Dezember 1948 zusammen mit den Volkschören aus Herne und Bochum, am 22. Mai 1949 in Buer.[51]

Auch der „Touristenverein Naturfreunde" wurde schon 1945 im Lokal Brandt in Gelsenkirchen wiedergegründet. Im Januar 1947 war die Gelsenkirchener *Naturfreunde*-Gliederung Gastgeber der Gründungsversammlung des Landesverbandes Westfalen des Touristenvereins. Später konnte in Gelsenkirchen ein Haus der Naturfreunde eröffnet werden.[52] Neben Gruppen von Erwachsenen bestanden in den Stadtteilen auch Kinder- und Jugendgruppen der Naturfreundebewegung.

Aus dem im Sommer 1945 gegründeten „Komitee ehemaliger politischer Gefangener und Konzentrationäre", das sich bald in „Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener" umbenannte und in dem sich überlebende

---

46 Kursus für Frauengruppenleiterinnen, 5.-17.5.1947, in: AdsD SPD Bez. WW 18.
47 Stadt Ge, Chronik 1946, S. 92. Vgl. SPD Ortsverein Ge-Bulmke, 1988, S. 44
48 E. Samorei an J. Lang am 5.8.1947, in: AdsD NL J. Lang, auch in: H. Grebing, Lehrstükke, 1983, S. 92 und unvollständige Kurzbiographie S. 338.
49 Stadt Ge, Chronik 1946, S. 83; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 103.
50 Stadt Ge, Chronik 1947, S. 132.
51 Stadt Ge, Chronik 1948, S. 76, 79 und 210; Stadt Ge, Chronik 1949, S. 107.
52 Touristenverein „Die Naturfreunde", 1960, S. 9; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 16. Vgl. J. Zimmer, Touristenverein, 1987, S. 189 f.

Opfer des NS-Regimes zur Erledigung von Wohlfahrtsaufgaben und zur Aufklärung über die NS-Verbrechen zusammengeschlossen hatten, ging nach der interzonalen und zonalen Zusammenfassung von Verfolgtengruppen im Sommer 1946 und der Bildung einer gesamtdeutschen Verfolgten-Organisation im März 1947 ein weiterer Verband im Umfeld der Arbeiterbewegung hervor, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes"[53]. In der VVN schlossen sich zunächst Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilose zusammen. Erster Gelsenkirchener Komitee- und VVN-Vorsitzender war der spätere SPD-Landtagsabgeordnete August Vollmar. Da jedoch ein hoher Anteil von KPD-Mitgliedern in der VVN organisiert war und dort großen Einfluß erlangte, wurden im aufkommenden Kalten Krieg die Sozialdemokraten aufgefordert, diesen Verband zu verlassen, und in der SPD wurde die „Zentralstelle für politisch verfolgte Sozialdemokraten" bzw. die „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten" in Konkurrenz zur VVN gegründet, der sich auch aus Gelsenkirchen viele verfolgte Sozialdemokraten anschlossen, nachdem auch der VVN-Vorsitzende im August 1948 unter Berufung auf den Unvereinbarkeitsbeschluß zurückgetreten war.[54] Die Gelsenkirchener VVN bzw. ihre Vorläufer führten seit 1945 zur Aufklärung über die NS-Untaten zahreiche Informations-, Gedenk- und Filmveranstaltungen und Ausstellungen zum Widerstand durch.[55]

Weitere kulturelle Bestrebungen haben in der „papierarmen" Nachkriegszeit nur geringe Spuren hinterlassen. Als organisatorische Bestrebungen dürfte noch die innerparteiliche *Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer* zu nennen sein, die an den letztlich erfolglosen Bemühungen zur Verhinderung konfessioneller Bekenntnisschulen beteiligt war. Weitere Arbeitsgemeinschaften wie die der Selbständigen beschäftigten sich weitgehend parteiintern mit ihren spezifischen Problemen, betrieben Bildungsarbeit und bemühten sich um die Erarbeitung entsprechender programmatischer Aussagen. Die Arbeitsgemeinschaften, die ja spezifische, in der Arbeiterpartei SPD nur kleine Gruppen ansprachen, existierten naturgemäß nur auf der Unterbezirksebene.

---

53 H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 28 ff., 38 ff., 42 ff. und 50 ff. Vgl. StA Ge 0/XXVII/8/2.

54 H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 32 f. und 65 ff. Vgl. StA Ge 0/XXVII/8/2. Von 1947/8-52 war Albert Kornett, ein Kommunist, der zur Widerstandsgruppe um Samorei gehört hatte, VVN-Vorsitzender in Ge. Kurzbiographie, in: H. Grebing, Lehrstücke, 1983, S. 346. Zum Unvereinbarbeitsbeschluß: K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 115.

55 H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 32, 39, 61 ff.; Stadt Ge, Chronik 1947, S. 24 und 163; Stadt Ge, Chronik 1949, S. 95.

c) Umgruppierungen in der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratisierungsstrategie

Sowohl durch die Ansiedlung der Bekleidungsindustrie mit klein- und mittelbetrieblichen Strukturen als auch durch den Zuzug zahlreicher, durch die Bevorzugung des Ruhrbergbaus angelockter Neubergleute und Flüchtlinge änderte sich die Zusammensetzung der Gelsenkirchener Arbeiterschaft. Neben langjährige Bergleute und Metallarbeiter, die diese Berufe oft in zweiter oder dritter Generation ausübten, trat ein Konglomerat von Arbeitern, die als Flüchtlinge, Arbeitslose und z. T. auch Deklassierte und Belastete in die Gelsenkirchener Industrie kamen. Bei den zugewanderten Arbeitskräften handelte es sich oft um „Arbeiter der ersten Generation", die weder Erfahrungen aus Arbeit in kapitalistischen Großbetrieben mitbrachten, noch den gegenkulturellen Traditionen der Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit verbunden waren.[1] Neben den in der Bekleidungsindustrie arbeitenden Frauen waren auch zahlreiche jüngere Arbeiter nach den Jahren des Nationalsozialismus kaum mit den Traditionen der Arbeiterbewegung verbunden.[2] Die politischen und gewerkschaftlichen Traditionen der Gelsenkirchener Arbeiter wurden dadurch „verwässert". Die Zersplitterung in verschiedene Arbeitergruppen mit jeweils spezifischen Erfahrungshintergründen und die Folgen des NS-Terrors auf den Stamm älterer organisierter Industriearbeiter schufen eine Situation, „die es ungeheuer erschwerte, gemeinsame Interessen der sozialen Klasse dauerhaft und solidarisch zu vertreten"[3].

Weitere abschleifende Wirkungen auf überlieferte Elemente der Arbeiterbewegungskultur ergaben sich aus den Erfahrungen der ersten Nachkriegsjahre. Nach den Entbehrungen zeitigte vor allem der „Schaufenstereffekt" der Währungsreform weitreichende Folgen. Unter dem Eindruck der Währungsreform und der daraus erwachsenden Hoffnung wurden alternative Vorstellungen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Hintergrund gedrängt. Weil die Menschen infolge der schlechten Versorgung nach Kriegsende die Bewirtschaftung als planwirtschaftliche Mangelverwaltung erlebten, wohingegen individualistisch-egoistische Strategien von Schwarzmarkt bis Korruption individuelle Erfolge für eine bessere Versorgung brachten, entstand aus dem Zusammenwirken von Schaufenstereffekt der Währungsreform und einer aus der Schiebermentalität der Schwarzmarktzeit hervorgehenden Individualisierungstendenz, die die Marktwirtschaft tendenziell antizipierte, so etwas wie Systemloyalität zur entstehenden Marktwirtschaft, zumindest jedoch eine gewisse Toleranz ihr gegenüber.[4] Die Marktmacht der Arbeiter der Gelsenkirche-

---

1 Vgl. H. Konrad, Einführungsreferat, 1986, S. 6; L. Niethammer, Rekonstruktion, 1979, S. 41. Vgl. C. Jantke, 1953, S. 40.
2 A. v. Plato, Verlierer, 1984, S. 11.
3 A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 324.
4 L. Niethammer, Privat-Wirtschaft, 1983, S. 64 ff.; U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 38 und 43; A. v. Plato, Erfahrungsstrukturen, 1986, S. 17; W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 51. Vgl. K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 149.

ner Schwerindustrie konnte allerdings weniger individuell als durch betrieblich-kollektive Tausch- und Kompensationsaktionen gesteigert werden, wodurch auch die Erfahrungen betrieblicher und kleinräumiger kollektiver Aktion über betriebliche Vertreter positiv belegt wurden. „Die Sozialisationswirkung des Alltags lief deshalb auf eine Abwertung einer sozialistischen Alternative, auf Akzeptanz des Marktes und auf Optimierung der eigenen Marktposition über betrieblich organisierte Klientelverbände hinaus."[5] Letztlich waren es solche Erfahrungen aus der NS-Zeit und den ersten Nachkriegsjahren, die mit der Entwicklung der Ruhrgebietssozialdemokratie in einem spezifischen Verhältnis der Übereinstimmung von Realitätsdeutung und (mittelfristig orientierter) Zukunftsperspektive standen, die die Ruhr-SPD in den folgenden Jahren zur einzigen anerkannten Wahrerin der Interessen der Ruhrarbeiter machten.[6] Gegenüber dem Konglomerat von Erfahrungen und (enttäuschten) Hoffnungen setzte sich schließlich eine nüchtern-pragmatische sozialdemokratische Politik der Teilhabe durch, die nach den zahlreichen Leidens- und Unterdrückungserfahrungen und dem wiederholten Scheitern der „großen Neuordnung" und der Diskreditierung eines unreflektierten Glaubens an die bessere Zukunft wenigstens ein auskömmliches Leben versprach.

Die Gelsenkirchener SPD konnte ihre kulturelle Vorstellungswelt und ihre Politikvorstellungen aber auch durchsetzen, weil es den anderen in Weimarer Zeiten einflußreichen Kräften nicht gelang, situationsadäquate Vorstellungen zu entwickeln, insbesondere der ehemals so dominanten KPD. Zunächst war es der KPD und auch der FDJ gelungen, neue Bevölkerungsgruppen anzusprechen, wobei die Einheitsfront-Forderung und der demokratische Sammlungsgedanke den Vorstellungen vieler Menschen entsprachen, die sich eine Überwindung des Faschismus und eine Neuordnung nur in gemeinsamer Anstrengung verschiedener Bevölkerungsgruppen vorstellen konnten. Bis Mitte des Jahres 1947 hatte die KPD in den Westzonen etwa 320 000 Mitglieder in ihren Reihen organisieren können. Als sich die KPD aber nach dem Scheitern der Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung in den Westzonen im aufkommenden Kalten Krieg stärker einer Orientierung an der Entwicklung der sowjetisch besetzten Zone und an den Interessen der UdSSR zuwandte, brachen viele der neu gewonnenen Mitglieder mit der kommunistischen Bewegung, die mit der Rechtfertigung der Politik der UdSSR ihre Glaubwürdigkeit als Protagonist gesellschaftlicher Neuordnungsvorstellungen verlor.[7] Die innere Stali-

---

5 L. NIETHAMMER, Privat-Wirtschaft, 1983, S. 94. Vgl. A. v. PLATO, Verlierer, 1984, S. 108; A. v. PLATO, Erfahrungsstrukturen, 1986, S. 17.

6 K. ROHE, Vom alten Revier, 1979, S. 51. Mit der „gebotenen Zurückhaltung" als „naturwüchsiger Prozeß" und als Folge des Zerfalls des „nationalen Lagers", der Schwächung des katholischen Lagers und des Niedergangs der KPD bei: K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 521 und 529 „politischer Selbstläufer". Vgl. zur Auseinandersetzung mit Rohe: L. NIETHAMMER, Alltagserfahrung, 1984, S. 371 ff.

7 C. KLESSMANN, P. FRIEDEMANN, 1977, S. 76; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 237; M. ZIMMERMANN, Nachwort, 1980, S. 255; A. KLÖNNE, Sozialdemokratie, 1985, S. 79 f.; A. KLÖNNE, Arbeiterbewegung, 1980, S. 295; W. MÜLLER, Kommunismus, 1982, S. 248. Vgl. „Russenpartei": B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 145. Zur FDJ: Im April

nisierung der Partei und der FDJ, die ab Ende der 1940er Jahre zunehmend in einen kommunistischen Jugendverband umgewandelt wurde, führte zu weiteren Mitgliederverlusten und entzog der kommunistischen Bewegung den Nachwuchs.[8] Die Orientierung an globalen und abstrakten politischen Problemen und offensichtlich irrationaler Verbalradikalismus im entstehenden Kalten Krieg („Nationaler Widerstand" bzw. „Revolutionärer Sturz des Adenauer Regimes") führte zur Vernachlässigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Wähler, so daß die KPD zunehmend an Einfluß verlor. Zudem paßten Vorstellungen von unversöhnlichen Klassengegensätzen nicht zu den Erfahrungen der jüngeren Generation, die im Dritten Reich Aufstiegsmöglichkeiten kennengelernt hatte[9] und die mit dem „Schaufenstereffekt" der Währungsreform ein „Wirtschaftswunder" erlebte. Dazu kam, daß vor allem viele jüngere Menschen nach dem Nationalsozialismus politischen Utopien und umfassenden Zukunftsentwürfen grundsätzlich mißtrauten. Weiterhin gelang es der KPD auch nicht im aufkommenden Kalten Krieg und angesichts der Entwicklungen in der späteren DDR und der Berichterstattung darüber, einen Verdacht der totalitaristischen Gesinnung loszuwerden.[10] Die vielen praktischen Probleme des täglichen Lebens und der schon vor der Währungsreform einsetzende Wirtschaftsaufschwung und die damit verbundene Entpolitisierung taten ein Übriges zur Schwächung der ehemals so starken kommunistischen Bewegung.[11] Noch vor der Gründung der Bundesrepublik war die KPD weitgehend isoliert und außer in Teilbereichen der Gewerkschaftsarbeit und dort vorwiegend im Bergbau kein einflußreicher Faktor mehr.[12] Zum Bedeutungsverlust trug schließlich auch noch die Aufgabe der relativen parteipolitischen Neutralität der britischen Besatzungsmacht bei, die ab 1947 im Zuge der Verschärfung des Verhältnisses unter den Besatzungsmächten und im aufkommenden Kalten Krieg zu einer deutlichen Benachteiligung der KPD überging.[13]

Neben dem Niedergang der kommunistischen Bewegung kam der Ruhr-Sozialdemokratie auch der Bedeutungsverlust christlich-sozialer Orientierungen zugute. Die christliche Arbeiterbewegung Gelsenkirchens hatte

---

1946 soll die FDJ einen Mitgliederstand von etwa 15 000 in Nordrhein und Westfalen erreicht haben. Im April und im Oktober 1947 waren in Gelsenkirchen 15 Gruppen mit 574 Mitgliedern gemeldet, im Sommer 1947 führte die FDJ Zeltlager für etwa 1 000 Kinder bei Haltern durch. G. SCHÄDEL, 1973, S. 185; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 244. Zu Ge: STADT GE, Chronik 1947, S. 93, 109, 172 und 230.

8 Interview Egbert Reinhard 19.12.1985. Zu gegen Ende der 1940er Jahre einsetzenden Säuberungen u. a. P. HÜTTENBERGER, Entstehung, 1973, S. 116 ff.; H. KLUTH, 1959, S. 33 ff. Vgl. A. v. PLATO, Verlierer, 1984, S. 189 f. Vgl. A. KLÖNNE, Romantik, 1987, S. 146 f.

9 A. v. PLATO, Nachkriegssieger, 1983, S. 352; A. v. PLATO, Verlierer, 1984, S. 195 f. Vgl. A. KLÖNNE, Arbeiterbewegung, 1980, S. 295 f. Ausführlich zur Programmatik: H. KLUTH, 1959, S. 40 ff. und 42 ff.

10 A. v. PLATO, Sie müssen, 1984, S. 191. Vgl. H. KLUTH, 1959, S. 35; B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 145.

11 L. NIETHAMMER, Privat-Wirtschaft, 1983, S. 73; A. v. PLATO, Sie müssen, 1984, S. 191.

12 H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 241. Zum Rückgang der kommunistischen Betriebszellen: H. KLUTH, 1959, S. 67 ff.

13 H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 41.

nach der Besetzung der Stadt personell, organisatorisch und ideologisch an Weimarer Zentrums-Traditionen anknüpfen können, woraus die Christliche Vereinigung hervorgegangen war. Während die Gelsenkirchener Christliche Vereinigung dem Gedanken der interkonfessionell christlich orientierten Sammlungspartei nahestand und mit der Gründung der „Christlich Demokratischen Partei Westfalens" am 2. September 1945 in dieser aufging, verfolgte eine starke Bueraner Gruppe eine andere Zentrums-Traditionslinie, die einer katholisch-orientierten Partei. Dies führte dazu, daß in Gelsenkirchen Zentrum und CDU nebeneinander existierten.[14] Sowohl diese Spaltung als auch die Tatsache, daß die ehemals stark an Arbeiterinteressen orientierte sozialpolitische Ausrichtung des Zentrums in der CDU unter Adenauer wegen der Integration deutschnationaler und wirtschaftsliberaler Kreise an Einfluß verlor, trugen zur Schwächung der christlich-katholischen Richtung der Arbeiterbewegung bei.[15] Darüber hinaus sank zusätzlich zur bereits in der Weimarer Zeit einsetzenden Säkularisierung der katholisch-konfessionelle Einfluß durch die Durchmischung der Ruhrgebietsbevölkerung und den Zuzug von Neubergleuten und Vertriebenen. Auch zeigte die Auflösung konfessioneller Schulen durch die Nationalsozialisten Wirkung.[16] Weiter verlor die christlich-katholische Richtung der Arbeiterbewegung durch die Bildung der Einheitsgewerkschaft eines ihrer Standbeine, da die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses, der mit Hilfe christlich orientierter Gewerkschafter zustande kam, hauptsächlich die Sozialdemokratie stärkte.[17] Da so die Reproduktion christlich-katholischer Traditionslinien verhindert wurde, kam es zur „biologischen Auszehrung der lokalen katholischen Arbeiter-Elite" im Ruhrgebiet[18], die der Sozialdemokratie in den 1950er Jahren die Erringung einer unangefochtenen Vormachtstellung mitermöglichte.

---

14 S. GOCH, Nach Hitler, 1986, S. 78. Die Zentrumsgründung bezeichnete der Kommandant der Ruhrgruppe am 2.10.1945 als untunlich, lt. StA Ge 0/XXVII/8/2. Vgl. H. KÜHR, Schwarz und Rot, 1985, S. 65 f.; H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 260 und 262; G. SCHWARZE, 1984, S. 83 f. und zu Buer als einem der Schwerpunkte der Zentrumsorganisation S. 95 und 97.

15 S. GOCH, Nach Hitler, 1986, S. 81. Vgl. H. KÜHR, Schwarz und Rot, 1985, S. 73; U. HERBERT, Entwicklung, 1985, S. 41; A. KLÖNNE, Sozialdemokratie, 1985, S. 79; D. BUCHHAAS, H. KÜHR, Volkskirche, 1979, S. 153. Vgl. L. NIETHAMMER, Alltagserfahrung, 1984, S. 374 f.; B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 146.

16 S. GOCH, Nach Hitler, 1986, S. 81; A. v. PLATO, Nachkriegssieger, 1983, S. 353; U. HERBERT, Entwicklung, 1985, S. 41; A. v. PLATO, Verlierer, 1984, S. 197 f.; K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 518 ff.; B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 143. Zu bereits in der Zeit der Weimarer Republik einsetzenden Säkularisierungstendenzen: H. KÜHR, Katholische Arbeiterbewegung, 1979, S. 75 f. Vgl. auch M. R. LEPSIUS, Parteiensystem, 1973, S. 69.

17 H. KÜHR, Schwarz und Rot, 1985, S. 70; D. BUCHHAAS, H. KÜHR, Volkskirche, 1979, S. 148; B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 146. Zu programmatischen Auseinandersetzungen in der CDU-Betriebsarbeit und ihren Folgen auch: C. KLESSMANN, Betriebsparteigruppen, 1983, S. 284 ff.

18 H. KÜHR, Schwarz und Rot, 1985, S. 73. Vgl. S. GOCH, Nach Hitler, 1986, S. 81 zur Zusammensetzung der Gelsenkirchener CDU-Mitgliedschaft, von denen 90% über 30 Jahre alt waren. Zur eingeschränkten Reproduktion des politisch relevanten katholischen Milieus: K. ROHE, Vom alten Revier, 1979, S. 59 ff.; K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 519.

Während die Christlich-Sozialen gerade in den Betrieben an Einfluß verloren, erkannte die sozialdemokratische Bewegung Gelsenkirchens früh die zentrale Rolle betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit, die dann Grundlage der Sozialdemokratisierung des Ruhrgebietes in den 1950er Jahren wurde. Dies war darin begründet, daß die Betriebe als Orte der Kommunikation in der NS-Zeit teilweise erhalten geblieben waren, weil die Gelsenkirchener Industrie als kriegswichtig galt und damit viele Facharbeiter vom Militärdienst zurückgestellt worden waren.[19] Auch unter Besatzungsherrschaft konnten im betrieblichen Bereich am ehesten Kommunikation und Aktivitäten entfaltet werden. Der Wohnbereich fiel gleichzeitig als Kommunikationsbereich wegen der Zerstörungen, häufigen Umzügen etc. teilweise aus. Neben der Familie als Fluchtpunkt für emotionale und ökonomische Bedürfnisse hatte der Arbeitsplatz über die ökonomische Funktion kollektiver, von den Betriebsräten betriebener Kompensationsgeschäfte für die Arbeiter größte Bedeutung.[20] Die enge Verbindung von Partei- und Gewerkschaftsarbeit von Sozialdemokraten kam der Partei sehr zugute.[21] Besonders die Stärke der Kommunisten veranlaßte die Sozialdemokraten, energisch im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich tätig zu werden. So legte die Gelsenkirchener SPD großes Gewicht auf die Betriebsgruppenarbeit.[22] Im Herbst 1947 bestanden im Ruhrgebiet 157 sozialdemokratische Betriebsgruppen, davon 20 in Gelsenkirchen.[23] Zur Durchsetzung gegenüber den Kommunisten wurde in den SPD-Unterbezirken Gelsenkirchen und Recklinghausen mit christlich orientierten Gewerkschaftern zusammengearbeitet, was auch das Anwachsen der Zahl von christlich orientierten Gewerkschaftern in den Betriebsräten erklärt.[24] Der sozialdemokratischen Mobilisierung in den Betrieben und besonders in den Großbetrieben kam über den unter der Decke der Einheitsgewerkschaft geführten Kampf um die Vorherrschaft auch insofern besondere Bedeutung zu, als in den Betrieben auch die neu

---

19 A. v. Plato, Verlierer, 1984, S. 22 ff. Vgl. Interview Albert Guth 22.4.1986. H. Hurlin, 1978, S. 17.

20 Vgl. U. Herbert, Entwicklung, 1985, S. 40.

21 „Die Partei, die hätte ohne uns dies Fundament nie kriegen können. Was da war und was uns zur Verfügung stand, zu helfen, haben wir auch gemacht." Interview Ewald Klingler 10.7.1986. Vgl. K. Rohe, Armenhaus, 1987, S. 529.

22 "Und was wir ja nach 1945 in den Griff gekriegt haben, waren ja die sozialdemokratischen Betriebsgruppen. Wenn wir die nicht in den Griff gekriegt hätten – wenn wir nicht, die wir vor 1933 den Schwindel der Kommunisten gekannt hatten – wären wir restlos verreckt hier, restlos verreckt. Und wir waren auch wahrscheinlich in Deutschland von denen die Betriebsgruppenarbeit gemacht haben die ersten, die die Gefahr gesehen haben. [. . .] Dann hatten die schon diese Stubenversammlungen, die die schon früher immer gemacht haben, [. . .] die hatten die [. . .] nur unter ganz eisern stehenden Kommunisten [. . .] Wir kannten diese Halunken aus dieser Zeit zu genau. Dann haben wir uns wieder durchgesetzt." Interview Ewald Klingler 10.7.1986.

23 C. Klessmann, P. Friedemann, 1977, S. 71; SPD, Bezirk WW, Bericht über die Betriebsrätewahlen im Bergbau vom 10.11.1947, in: Ebd. S. 123.

24 SPD, Bezirk WW, Bericht über die Betriebsrätewahlen im Bergbau vom 10.11.1947, in: C. Klessmann, P. Friedemann, 1977, S. 120 und 124 zur Ablehnung der Zusammenarbeit mit christlichen Gewerkschaftern durch die Betriebsgruppe von Wilhelmine Viktoria. Vgl. K. Rohe, Armenhaus, 1987, S. 529

zugezogenen Arbeitskräfte angesprochen werden konnten. Hier kam es darauf an, diese Arbeiter der ersten Generation frühzeitig zu beeinflussen, ihre ersten Erfahrungen zu prägen und sie dadurch dauerhaft politisch zu binden.

Die Orientierung an Arbeiterinteressen war für die Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit, weil sie im Ruhrgebiet eine fast reine Arbeiterpartei geblieben war, mit einem Anteil zumeist kleinerer Angestellter und dem schon in der Weimarer Zeit charakteristischen Anteil von kleinen Selbständigen und Freiberuflern. Hatte die Sozialdemokratische Partei im Bezirk Westliches Westfalen vor der Währungsreform am 1. Januar 1948 einen Mitgliederstand von 106 004 erreicht, so verlor sie durch die Währungsreform insbesondere viele weibliche Mitglieder, da Parteibeiträge für Mann und Frau von den Arbeiterfamilien nicht aufzubringen waren, so daß kurz nach der Währungsreform nur noch 102 500 Mitglieder gezählt wurden.[25] Die Mitgliederzahl sank dann noch weiter ab, auf 102 211 am 1. Januar 1949 und auf 89 281 am 31. Dezember 1949.[26] Die 102 500 Mitglieder kurz nach der Währungsreform wiesen folgende soziale Zusammensetzung auf: 57,5% Arbeiter, 12,0% Angestellte, 2,1% Beamte, 2,4% Freie Berufe, 5,0% Selbständige, 21,0% Nicht-Beruftätige.[27] Diese soziale Zusammensetzung dürfte auf Gelsenkirchen übertragbar sein. Der Arbeiteranteil dürfte eher noch höher gelegen haben, da der Bezirk auch das sozial andersartig strukturierte Münsterland, das z. T. noch dörfliche Sauerland und Städte wie Dortmund und Bochum mit höherem Angestellten- und Beamtenanteil in der Bevölkerung umfaßte.[28] Weiterhin dürften sich unter den Nicht-Berufstätigen zahlreiche ehemalige Arbeiter befunden haben. Ein Großteil der Frauen stammte darüberhinaus aus Arbeiterfamilien. In Buer ergab sich folgendes Bild der sozialen Zusammensetzung der SPD-Mitgliedschaft in zehn der 11 Ortsvereine Ende 1948[29]: 54,9% Arbeiter, 9,4% Angestellte, 8,7% Selbständige, 25,7% Hausfrauen, und 1,3% wurden nicht erfaßt. Ende 1950 zeigten die 6 077 Mitglieder der Gelsenkirchener SPD folgende soziale Zusammensetzung: 49,8% Arbeiter, 10,0% Angestellte, 1,8% Beamte, 4,7% Selbständige, 2,1% Freiberufler, 10,5% Rentner, 19,5% Hausfrauen, 1,6% Erwerbslose.[30] Der Frauenanteil lag bei gut 20%, wie Anteilswerte aus den 1950er Jahren bestätigen. Unter den Funktionären war der Frauenanteil noch kleiner, wie die Zusammensetzung der Delegierten des Bezirksparteitages vom 19. Juni 1949 zeigte,

---

25 Beilage der „Westfälischen Rundschau" vom 19.6.1949 zum SPD-Bezirksparteitag, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher Q 10; K. LAUSCHKE, Wiederaufbau, 1988, S. 142.

26 „Der Bezirk Westliches Westfalen in seiner landschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur" (um 1949/50), in: AdsD SPD Bez. WW 14; SPD NORDRHEIN-WESTFALEN, 30 Jahre, 1975, S. 11 und 14.

27 Beilage der „Westfälischen Rundschau" vom 19.6.1949 zum SPD-Bezirksparteitag, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher Q 10. Zusammensetzung am 1.1.1948 nur leicht abweichend nach K. LAUSCHKE, Wiederaufbau, 1988, S. 142.

28 „Der Bezirk Westliches Westfalen in seiner landschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur" (um 1949/50), in: AdsD SPD Bez. WW 14.

29 H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 207 und 302.

30 Ebd., S. 207 und 302.

an dem 258 Männer und 38 Frauen teilnahmen.[31] Wenn angenommen wird, daß die Zusammensetzung dieses Bezirksparteitages ein Spiegelbild der führenden Funktionäre war, so läßt sich unter den Funktionären im Unterschied zur Basis ein erheblich höherer Teil von Angestellten feststellen: Von den 324 Teilnehmern des Bezirksparteitages von 1949 waren 144 Angestellte (44,4%), 129 Arbeiter (39,8%), 15 Gewerbetreibende (4,6%), 33 Hausfrauen (10,2%) und drei weibliche Angestellte (0,9%). Das Durchschnittsalter der Männer lag bei 40 Jahren, das der Frauen bei 50 Jahren.[32] Aussagen über die Alterszusammensetzung der SPD-Mitgliedschaft kurz nach der Währungsreform existieren für die SPD-Bezirksorganisation ebenfalls; trotz der groben Kategorisierung zeigen sie eine Lücke bei der jüngeren Generationen: unter 35 Jahre – 23,1% der Männer, 23,9% der Frauen, 35-50 Jahre – 43,7% der Männer, 45,6% der Frauen, 50-60 Jahre – 21,4% der Männer, 19,0% der Frauen, über 60 Jahre – 11,8% der Männer, 11,5% der Frauen.[33] Ein ähnliches Bild bot auch die Zusammensetzung der Gelsenkirchener SPD-Mitgliedschaft.

Tabelle 84: Altersmäßige Zusammensetzung der Gelsenkirchener SPD-Mitgliedschaft in den Stadtbezirken 1947/48[34]

	Buer 31. 12. 47		Buer 31. 12. 48		Ge 31. 12. 48	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
bis 25 J.	312	7,5				
25-35 J.	651	15,7				
bis 35 J.	963	23,2	873	22,1	489	16,9
35-50 J.	1 552	37,5	1521	38,5	1270	43,9
50-60 J.	881	21,3	854	21,6	740	25,6
über 60 J.	727	17,5	700	17,7	419	14,5
zus.	4 144		3 951		2887	
davon Frauen	938	22,6	922	23,3	484	16,8

Entsprechend der sozialen Rekrutierung der SPD-Mitglieder wandte sich die regelmäßige Versammlungstätigkeit der SPD schwerpunktmäßig Themen zu, die spezielle Arbeiterinteressen ansprachen: „Die sogenannten materiellen Fragen, die den Arbeitnehmer bewegt haben, auch die Arbeitszeit und alles, was damit zusammenhängt, waren schwerpunktmäßig das, was in den Versammlungen angesprochen wurde und das auch von den Mitgliedern gewünscht wurde."[35]

31 Beilage „Westfälischen Rundschau" vom 19.6.1949 zum Bezirksparteitag, in: AdsD SPD-PV K. Schumacher Q 10.
32 Ebd.
33 Ebd.
34 Geringfügige Rechenfehler im Original. Aufstellung als Tischvorlage für die Stadtbezirks-Jahreshauptversammlung Buer am 8.2.1948, Anlage beim Protokoll über die Unterbezirks-Jahreshauptversammlung am 13. Febr. 1949, in: Akten SPD UB Ge.
35 Interview Josef Löbbert 12.11.1985.

Neben der Schwächung der Gegner, den sozialstrukturellen und situativen Voraussetzungen, den Nachkriegserfahrungen und der anerkannten Notwendigkeit, verstärkte Anstrengungen im Betriebsbereich zu entfalten, war eine weitere Voraussetzung der Verbesserung sozialdemokratischen Einflusses das Bewußtsein der aktiven Gewerkschafter, die gewerkschaftliches Engagement allein als nicht ausreichend empfanden und erkannten[36]: „Wenn Du in einem Betriebsrat wirklich fruchtbar tätig sein willst, dann mußt Du Dich auch politisch engagieren." Diese Erkenntnis der Notwendigkeit gleichzeitigen gewerkschaftlichen und politischen Engagements entsprach Denk- und Verhaltensmustern, die eine Gruppe von älteren Mitgliedern und Funktionären der Gelsenkirchener Sozialdemokratie, die den Nationalsozialismus überlebt hatte, in die Nachkriegssozialdemokratie einbrachten. Damit empfahl sich also die Ruhr-SPD als „Partei der Gewerkschafter". Neben den sozialstrukturellen Voraussetzungen und der spezifischen Ausrichtung auf pragmatisch-gewerkschaftliche Arbeit brachte die Ruhrgebietssozialdemokratie Voraussetzungen mit in die Nachkriegsentwicklung, die einen spezifischen Typ eines gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Multifunktionärs in ihrem Schoß entstehen ließen, der letztlich als Katalysator wirken sollte zwischen den Bestrebungen der Partei und den Ruhrarbeitern. Mitverantwortlich für die Etablierung einer spezifischen sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Elite war die Denkhaltung einer geduldigen und disziplinierten sozialdemokratischen Basis, die in der Weimarer Zeit Spontanität meist ablehnend gegenüber gestanden hatte. Diese Denkhaltungen zusammen mit dem Ansehen, welches sich sozialdemokratische Funktionäre der Weimarer Zeit durch ihr auch im Nationalsozialismus ungebrochenes Selbstbewußtsein erworben hatten[37], führte zur Etablierung eines spezifischen, von der Weimarer Zeit geprägten Funktionärstyps. Dieser Gruppe gelang es, unterstützt von den Anschauungen der Mitgliedschaft, in der Parteiarbeit in führende Stellungen zu gelangen, während jüngere Neumitglieder anfangs seltener führende Funktionen erreichten. Ein weiterer Faktor, der die Durchsetzung älterer, von der Weimarer Zeit geprägter Sozialdemokraten begünstigte, waren die Kriegserfahrungen der mittleren und jüngeren Jahrgänge, die z. T. erst später aus der Gefangenschaft zurückkehrten und oft durch die Kriegserlebnisse desorientiert, physisch und psychisch ausgelaugt waren.[38] Darüberhinaus führte die frühere Schwäche der SPD in Gelsenkirchen und die Tatsache, daß durch Nationalsozialismus und Krieg die Arbeiterbewegung zahlreiche erfahrene Mitglieder verloren hatte, Nachwuchs ausgeblieben war und noch kein neuer herangebildet worden war, zur Kumulation von Funktionen und Ämtern in wenigen Händen. Es entwikkelte sich ein spezifischer Typ eines Multifunktionärs, der SPD-Ortsvereinsvorsitzender oder -funktionär, Stadtverordneter und in seinem

---

36 Interview Ewald Klingler 14.10.1986.

37 Von „ergebener Treue gegenüber den Führern" spricht H. GREBING, Geschichte, [11]1981, S. 240.

38 L. NIETHAMMER, Heimat, 1983, S. 228.

Betrieb führender Gewerkschafter und Betriebsratsmitglied in einer Person war.[39] Dieser Funktionärstyp war schon zu Lebzeiten zur legendären Figur geworden[40]: „Von Anbeginn an gab es dann auch diese Menschen, die von 45 an dabei waren, da war in Heßler Karl Glasner, Feldmark Robert Geritzmann, da war in Horst Ewald Schwabe [. . .] in Beckhausen die Jendreiziks [. . .] das waren so die gestandenen Leute. Es gab auch in den einzelnen Stadtteilen sofort bestimmte und bestimmende Figuren. Da gab es in den Anfängen keinen, der nicht aus dem Arbeiterstand war. [. . .] Die kamen aus dem Metall- und Bergbaubereich. Sie waren auch das Denkmal – ist ein blödes Wort. Sie waren der Zentral- und Angelpunkt, die Vertrauensperson, die für alles geradestand."

Zur Etablierung solcher „basisnaher Eliten"[41] im kleinräumigen Bereich trug auch die Entstehungsgeschichte der Stadt Gelsenkirchen und ihrer Stadtteile bei. Die späte Integration vorher selbständiger Einheiten hatte nicht nur einen gewissen Lokalpatriotismus geschaffen, auch die Prägung bestimmter Siedlungsgebiete durch einen Großbetrieb und dessen Werkswohnungen oder Kolonien verband Wohn- und Arbeitsbereich miteinander.[42] Diese Verbindung erkannte die SPD und konnte mit ihrem Multifunktionär quasi die Verbindung repräsentieren[43]: „Die SPD [. . .] ging davon aus: Du kriegst ja nicht nur die Stimmen, wenn Du im Betriebsrat bist. Die wählen bei der Kommunalwahl – wählen die Dich auch, und die haben noch Familienangehörige." Die Bedeutung führender Sozialdemokraten wurde weiter gesteigert, indem durch deren betriebliche Funktionen als Betriebsrat oder führender Gewerkschafter über die Kompensationsgeschäfte bis zur Währungsreform auch Überlebensfragen mit ihrer Person verbunden waren. Die sozialdemokratischen Multifunktionäre leisteten so auch alltägliche Lebenshilfe zu Zeiten, als Institutionen noch nicht wieder funktionierten oder diese die alltäglichen Bedürfnisse nicht befriedigen konnten.[44] Diese Stellvertreterpolitik wurde von den Sozialdemokraten nicht nur aus einer Ablehnung oder Angst vor zu großer Spontanität der Basis geleistet, sondern nach den Erfahrungen im Nationalsozialismus mit dem Mitläufertum war auch das Vertrauen in plebiszitärere Formen der Demokratie geschwächt worden.[45]

Eine weitere Tradition, die der Gelsenkirchener SPD in der Nachkriegszeit zugute kam, war ihr altes Organisationsverständnis. Die Tendenz zu einer demokratischen, aber straffen Organisation wurde verstärkt durch

---

39 L. NIETHAMMER, Vorwort, 1983, S. 13; L. NIETHAMMER, Alltagserfahrung, 1984, S. 374. Vgl. H. HURLIN, 1978, S. 22.

40 Interview Karl-Heinz Wolf 5.11.1985.

41 Begriff z. B. bei: M. ZIMMERMANN, Bergarbeiterinteressenvertretung, 1983, S. 277. Vgl. M. ZIMMERMANN, Stellvertretung, 1987, S. 46 f.

42 Vgl. Interview Karl-Heinz Wolf 5.11.1985.

43 Interview Josef Löbbert 12.11.1985.

44 L. NIETHAMMER, Vorwort, 1983, S. 13. Insofern war die spätere Sozialdemokratisierung Produkt ehrlicher Arbeit. Vgl. B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 142 f. mit Bezug auf WAS IST DAS GEHEIMNIS, 1986, S. 45-56, bes. 50 ff.; M. ZIMMERMANN, Stellvertretung, 1987, S. 46.

45 Vgl. A. v. PLATO, Verlierer, 1984, S. 50.

die Mitgliederverluste, die die Währungsreform hervorrief, und führte zur Herausbildung eines geschlossenen Unterbezirks Gelsenkirchen und damit zu einer Parteigliederung, die effektiv das Stadtgebiet abdecken konnte.[46] Nachdem die Bildungsarbeit, die hauptsächlich in der Verantwortung des Bezirks betrieben wurde, schon früh eingesetzt hatte, wurde diese gegen Ende der 1940er Jahre ausdifferenziert, und es wurden gezielt bestimmte Funktionärsgruppen geschult[47], so daß Sozialdemokraten auch mit ihrer Qualifikation und erfolgreicher Politik für sich werben konnten. Recht praktisch dürfte auch eine konsequente Personalpolitik der SPD bei der Stadtverwaltung zu späteren sozialdemokratischen Erfolgen beigetragen haben[48], weil es gelang, über sozialdemokratische Mitglieder in Verwaltungsfunktionen Widerstände und damit u. U. programmierte Mißerfolge zu vermeiden.

Mit dem Scheitern der Neuordnungsvorstellungen, im Gefolge der in den 1930er Jahre begonnenen Individualisierung, Atomisierung und Säkularisierung, angesichts des durch Antikommunismus und verfehlte Politik verursachten Bedeutungsverlustes der KPD und der Enttäuschung des katholisch-sozial orientierten Teils der Ruhrarbeiter durch Adenauers Politik zeichnete sich also gegen Ende der 1940er Jahre der kommende Aufstieg der Ruhr-SPD ab, weil sie mit dem Anknüpfen an die gewerkschaftlich-pragmatische Arbeiterbewegungskultur den Ruhrarbeitern eine mittelfristige Perspektive auskömmlichen Lebens anzubieten hatte, die sie mit ihren sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Multifunktionären im kleinräumigen Bereich von Betrieb und Stadtteil auch verkörperte.

2. Durchsetzung der SPD bis zum Beginn der Kohlenkrise 1958/59

a) „Wirtschaftswunder" und Kalter Krieg

Nach der Konstituierung der Bundesrepublik kehrten in den als Wirtschaftswunderjahren betrachteten 1950er Jahren viele aus den alten Eliten an die Schalthebel der Macht zurück. Mit der Bildung der „Stahltreuhändervereinigung" im August 1949 und durch das Gesetz Nr. 27 vom Mai 1950 erlangten die Altbesitzer der Montanindustrie wieder die Kontrolle über die Betriebe; am 9. Mai 1951 wurde die Neuordnung der Montanindustrie rechtskräftig; durch weitere Verordnungen im Jahr 1952 wurde der Aktienumtausch geregelt, so daß die Eisen- und Stahlindustrie wieder fest in der Hand der inzwischen nicht mehr als belastet eingestuften Altbesit-

46 Die Stadtverbände bestanden noch eine Weile weiter, führten aber nur noch ein Schattendasein, da vom Parteibezirk nur noch für ein Büro die Kosten bezahlt wurden und von dort alle Aktivitäten koordiniert werden sollten. Organisationsausschuß des Bezirks am 30.10.1948, in: AdsD SPD Bez. WW 14. Vgl. STADT GE, Chronik 1950, S. 39.

47 AdsD SPD Bez. WW 17, 18, 19, 20, 21.

48 Vgl. für das ganze Ruhrgebiet: H. PIETSCH, Militärregierung, 1978, S. 201.

zer war.[1] Die Entflechtung des Ruhrkapitals hatte auch für die Gelsenkirchener Werke keine einschneidende Bedeutung; schon bald setzten dazu „Rückflechtungen" ein.[2] Im Rahmen der Wiederherstellung der alten Strukturen in der Ruhr-Wirtschaft und mit der Ausgestaltung der „sozialen Marktwirtschaft" plante die Bundesregierung, auf die Eisen- und Stahlindustrie deutsches Recht anzuwenden und damit die von der Militärregierung im Februar 1947 verordnete paritätische Mitbestimmung, die im deutschen Recht nicht vorgesehen war, auszuschalten. Die Gewerkschaften reagierten offensiv, indem im November 1950 Urabstimmungen über mögliche Streiks durchgeführt wurden, wobei sich 95,87% der organisierten Arbeitnehmer im Metallbereich und 92,8% bei der Kohlenwirtschaft für Kampfmaßnahmen aussprachen. In der Montanindustrie, wo die Gewerkschaften über eine hoch organisierte, politisch bewußte, gewerkschaftlich disziplinierte Mitgliedschaft verfügten, gelang es durch diese entschiedene Haltung, die in der frühen Nachkriegszeit errungenen Rechte mit der Verabschiedung der Montanmitbestimmung im April 1951 zu verteidigen.[3] Als die Gewerkschaften dagegen bei der Neugestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes nicht dieselbe Kampfbereitschaft zeigten, die Diffamierung der Gewerkschaften und der Antikommunismus Wirkung zeigten und die Bundesregierung mit Hinhalten und Bruch von Versprechungen taktisch geschickt agierte, geriet der DGB immer mehr in die Defensive, und am 19. Juli 1952 wurde das Betriebsverfassungsgesetz ohne Berücksichtigung der DGB-Vorstellungen verabschiedet. Zur Niederlage der Gewerkschaftsbewegung hatte auch deren prinzipielle Anerkennung

---

1 E. SCHMIDT, [7]1977, S. 176 ff; W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 54; M. MARTINY, Durchsetzung, 1979, S. 402 ff. Vgl. C. KLESSMANN, Staatsgründung, [3]1984, S. 253; E. SIEPMANN, 1983, S. 86, 103 ff.

2 1952 wurde Consolidation selbständig, aber schon 1955 verschmolzen mit der Essener Steinkohlenbergwerke AG, die 1959 eine Tochtergesellschaft der Mannesmann AG wurde, so daß die alten Verhältnisse wiederhergestellt waren. Die GBAG wurde 1953 zunächst Holdinggesellschaft für verschiedene Zechengruppen, darunter die Rheinelbe Bergbau AG (z. B. Nordstern, Holland), und 1959 schließlich wieder Muttergesellschaft, womit die alten Verhältnisse weitgehend wiederhergestellt waren. Das Gußstahlwerk schied als „Gußstahlwerk Gelsenkirchen AG" aus der Vereinigte Stahlwerke AG aus und fusionierte 1957 mit den Rheinischen Stahlwerken. Der Schalker Verein wurde ebenfalls zunächst selbständig als „Eisenwerke Gelsenkirchen AG" und dann 1957 den Rheinischen Stahlwerken angeschlossen. Das Gelsenkirchener Drahtwalzwerk kam zur Hüttenwerke Oberhausen AG. Die Zeche Hugo ging zunächst an die Essener Steinkohlenbergwerke AG und dann 1955 an die Mannesmann AG. W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 55 ff.; H. BRÜNTGENS, 1974, S. 29 ff.; 100 JAHRE CONSOLIDATION, , 1963, S. 11 f.; P. WIEL, 1970, S. 163 f., 170, 173, 219, 253, 263 und 273; G. GEBHARDT, 1957, S. 278 ff.; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 291 und 294 f.; GIRARDET-VERLAG, 1953; 95 JAHRE SOZIALDEMOKRATEN IN ÜCKENDORF, 1986; E. RAVEN, Eisenwerke, 1951, S. 106 f.; ZECHE HUGO, 1973, S. 2; RHEINSTAHL, 1972, S. 4; MANNESMANN AG, 1965, S. 195 ff.

3 F. OPEL, D. SCHNEIDER, [2]1966, S. 379 ff.; W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 59 f.; E. SCHMIDT, [7]1977, S. 183 ff.; M. MARTINY, Durchsetzung, 1979, S. 403 f.; C. KLESSMANN, Staatsgründung, [3]1984, S. 238 f.; K. KLOTZBACH, Staatspartei, 1982, S. 248 f.

des Anspruchs der Regierung und des Parlaments, Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik allein zu gestalten, beigetragen.[4]

Der Marshallplan ebnete der westdeutschen Wirtschaft den Weg zum Wiederaufbau aus eigenen Ressourcen, indem Frankreich ein Abrücken von deutschlandpolitischen Maximalforderungen erleichtert und den Gläubigerstaaten der Verzicht auf Reparationsleistungen ermöglicht wurde.[5] Nachdem bis Mitte der 1950er Jahre Produktionserhöhungen im wesentlichen durch bessere Anlagennutzung erreicht worden waren, wurden danach weitere Produktionssteigerungen durch kapitalintensives Wachstum erreicht. Hierbei machten sich besonders die „langfristig akkumulierten Reserven an immateriellem Kapital wachstumsfördernd bemerkbar", wie die hohe Qualifikation des westdeutschen Arbeitskräftepotentials, die durch den Wohnungsbau geförderte Mobilität der Arbeitskräfte und das Potential der aus der DDR abgewanderten Arbeitskräfte.[6] Entsprechend stieg die Zahl der Beschäftigten im Gelsenkirchener Bergbau rasch an, so daß dort 1950 bereits über 40 000 Bergleute arbeiteten und 1955 über 50 000 Bergleute auf 13 Zechen mit über 60 Schächten Kohle förderten, womit Mitte der 1950er Jahre etwa ein Drittel der Erwerbstätigen Gelsenkirchens im Bergbau beschäftigt war. In Gelsenkirchen wurden in den 1950er Jahren knapp 10% der Kohlenförderung des Ruhrgebietes gewonnen; etwa ein Sechstel des im Ruhrgebiet hergestellten Kokses kam aus Gelsenkirchener Kokereien.[7] Auf Gelsenkirchener Gebiet wurden die letzten neuen Schächte des Kohlenbergbaus abgeteuft[8]: 1951-1954 der Wetterschacht 10 von Graf Bismarck und 1957-1962 Hugo 8 als Zentralförderschacht, dem nur noch Hugo 9 als Wetterschacht folgte. In der Eisen- und Metallindustrie Gelsenkirchens erfolgte nach der Beseitigung der Kriegsschäden ab 1950 eine Modernisierungsphase, in der auch das Produktionsprogramm z. B. im Bereich des Maschinenbaus erweitert wurde und die Beschäftigtenzahl schon 1950 den Vorkriegsstand wieder überschritt. Nach Ende der Auseinandersetzungen um die Demontage wurden die beiden Hydrierwerke in Horst und Scholven auf die Erdölverarbeitung umgestellt und damit kohleunabhängig; aufgrund der in dieser „neuen" Industrie schon einsetzenden Automation und Rationalisierung erhöhte sich trotz Ausweitung der Anlagen der Personalbestand nicht wesentlich. Die beiden Werke zur Glasherstellung wurden wiederaufgebaut, wobei die DELOG mit etwa 3 600 Beschäftigten etwa 40% des bundesdeutschen

---

4 E. SCHMIDT, [7]1977, S. 188 ff. und 221. „Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Grundgesetze der repräsentativen Demokratie": T. PIRKER, Blinde Macht, 1979, S. 285. Vgl. K. KLOTZBACH, Staatspartei, 1982, S. 249 ff.

5 W. ABELSHAUSER, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 62 ff.

6 Ebd., S. 94 ff. im Rahmen eines Rekonstruktionsmodells das „eigentliche Wirtschaftswunder". Vgl. W. ABELSHAUSER, D. PETZINA, Krise, 1981, S. 75 ff.; W. ABENDROTH, Sozialgeschichte, [10]1975, S. 181; C. KLESSMANN, Zwei Staaten, 1987, S. 23 ff.

7 D. BECKMANN, 1965, S. 171; VERW.-B. Stadt Ge 1952-54 (StA Ge 0/XXVI/2), S. 63; VERW.-B. Stadt Ge 1955-57 (StA Ge 0/XXVI/3), S. 59. Vgl. H. NOLL, 1958, S. 120; A. WEHRAM, 1976, S. 7.

8 G. GEBHARDT, 1957, S. 125; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 175; ZECHE HUGO, 1973, S. 4.

Fensterglases produzierte. Durch die Ansiedlung von Betrieben der Bekleidungsindustrie hatte Gelsenkirchen neben Kohle, Stahl, Chemie und Glas einen weiteren Industriezweig erhalten, der besonders auch Frauenarbeitsplätze anbot.[9] Unter diesen Entwicklungsbedingungen blieb Gelsenkirchen eine Stadt des Bergbaus und der Arbeiter, die 1950 71,7% der Erwerbspersonen stellten.[10] Als schwere Hypothek für die Zukunft war die einseitige Wirtschaftsstruktur wiederentstanden, die Gelsenkirchen – wie das Ruhrgebiet insgesamt – nicht nur von Konjunkturschwankungen extrem abhängig machte, sondern auch im Hinblick auf den langfristigen Wandel der wirtschaftlichen Sektoralstruktur gefährlich war.[11]

Tabelle 85: Zahl und Struktur der unselbständig Beschäftigten und Einwohner in Gelsenkirchen 1950–1958[12]

	13. 9. 50	1. 4. 52	1. 4. 53	1. 4. 54	1. 4. 55	1. 4. 56	1. 4. 57	1. 4. 58
Landwirtschaft	1 621	900	890	850	898	1 073	1 176	940
Bergbau	44 481	47 404	50 018	50 819	51 617	52 352	52 635	53 802
Eisen/Metall	19 373	20 483	20 881	20 967	21 923	23 502	24 260	24 635
Verarbeitung	17 714	16 552	17 905	18 690	19 437	20 944	22 013	22 117
Baugewerbe	10 810	11 819	12 806	13 647	13 696	16 005	16 527	15 790
Handel/Banken	14 108	11 267	12 341	13 108	14 519	15 669	17 037	17 503
Dienstleistungen	7 955	7 439	7 467	7 825	8 321	9 197	9 673	10 213
Verkehrswesen	4 790	4 375	4 391	4 383	4 567	4 729	4 910	4 779
Öffentl. Dienst	9 926	8 994	9 253	9 528	9 807	10 251	10 796	11 025
Beschäftigte insg.	133 564	129 233	135 952	139 817	144 785	153 722	159 027	160 804
männlich	103 798	102 425	107 011	109 127	112 665	118 690	121 683	121 992
weiblich	29 766	26 808	28 941	30 690	32 120	35 032	37 344	38 812
Einwohner	315 460	332 100		354 652	363 710	370 916	378 718	386 874

Die Bergarbeiter partizipierten an der guten Kohlenkonjunktur, und ihre Lohnposition erreichte bei Ausbau der entsolidarisierenden Gedingeformen „einen vom Gros der Industriearbeiter abgehobenen Spitzenplatz". Insbesondere galt dies für die Hauer, deren monatlicher Reallohn zwischen 1950 und 1957 um 61% anstieg.[13] Da der Steinkohlenbergbau

9 D. Beckmann, 1965, S. 171 ff.; A. Wehram, 1976, S. 19; Verw.-B. Stadt Ge 1952-54 (StA Ge 0/XXVI/2), S. 63.

10 Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 1, o. J., S. 22.

11 W. Abelshauser, Ursachen, 1984, S. 344 f.

12 Landwirtschaft=Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei; Bergbau=Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft; Eisen/Metall=Erzeugung und Verarbeitung; Verarbeitung=ohne Eisen- und Metallverarbeitung; Baugewerbe=Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe; Handel/Banken=incl. Versicherungswesen; öffentl. Dienst=incl. Dienstleistungen im öffentlichen Interesse. Verw.-B. Stadt Ge 1950 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 6, Verw.-B. Stadt Ge 1951 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 6; Verw.-B. Stadt Ge 1952-54 (StA Ge 0/XXVI/2), S. 62; Verw.-B. Stadt Ge 1955-57 (StA Ge 0/XXVI/3), S. 19, 24 und 62; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 1, o. J., S. 20 ff.; Jahres-B. OSTD Ge 1959 (StA Ge 0/XXVI/5), S. 13; Jahres-B. OSTD Ge 1960 (StA Ge 0/XXVI/5), S. 14.

13 W. Abelshauser, Ruhrbergbau, 1984, S. 83. Vgl. C. Jantke, 1953, S. 39 f., 58 ff. und 69 ff. Allgemein J. Mooser, 1984, S. 73 ff.

unter diesen Bedingungen viele Arbeitskräfte anzog, verschärfte sich durch den Anstieg der Bevölkerung der Wohnungsmangel. Anfang 1953 waren 22 650 Haushaltungen mit 67 000 Personen als Wohnungssuchende registriert.[14] Erst zu Beginn der 1960er Jahre besserte sich die Wohnraumsituation vor allem wegen der Anstrengungen der Wohnungsgesellschaften des Bergbaus und der „Gelsenkirchener Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft", die aufgrund sozialdemokratischer Initiative Wohnraum für leistungsschwächere Bevölkerungskreise schaffen sollte.[15]

Politisch waren die 1950er Jahre durch den Kalten Krieges geprägt. Unter den Bedingungen scharfer Konfrontation zwischen den Blöcken und im Zuge rascher wirtschaftlicher Rekonstruktion integrierte sich der westdeutsche Teilstaat unter dem Einfluß der westlichen Führungsmacht USA wirtschaftlich, politisch und schließlich auch militärisch in das westliche Bündnissystem und erreichte damit schrittweise die Erweiterung der (außen)politischen Handlungsfreiheit, die weitgehende Einstellung der Demontage, die Aufnahme in den Marshallplan, den Beitritt zum Europarat und zur Montanunion, die Angliederung des Saarlandes und schließlich 1957 die Integration als volles Mitglied der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG). Die westdeutsche Politik der Vorleistungen wurde von der SPD wegen der Gefahr für eine Wiedervereinigung abgelehnt, obwohl eine Westintegration nicht grundsätzlich verworfen wurde.[16] Die Lage der Bundesrepublik an der europäischen Grenze zwischen den Systemen und die Verschärfung der Konfrontation durch den Koreakrieg eröffneten der Bundesregierung auch den Weg zur Wiederbewaffnung, der über Stationen wie die Einrichtung des „Amtes Blank" (Okt. 1950), die Schaffung des Bundesgrenzschutzes (1951), die Unterzeichnung der EVG-Verträge (Mai 1952), die Ratifizierung der Pariser Verträge und des Deutschlandvertrages (Feb. 1955), die Einrichtung des Verteidigungsministeriums (Juni 1955) und das Einrücken der ersten Freiwilligen (Jan. 1956) führte.[17]

Der Widerstand gegen die Remilitarisierung führte 1950 zu der spontan entstandenen „Ohne mich"-Bewegung und verbreiterte sich unter Beteiligung von Kirchen, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten rasch.[18] Unter maßgeblicher Beteiligung von Kommunisten wurde im Frühjahr 1951 der „Hauptausschuß für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung" gegründet, der trotz Verbot bis zum 16. März 1952 6 267 312 Westdeutsche befragte, von denen sich 5 917 683 gegen die Re-

---

14 STADT GE, Chronik 1953, S. 19.

15 Die Wohnraumbewirtschaftung wurde zum 1.7.1961 aufgehoben. C. NABAKOWSKI, 1964, S. 32 und 34. Vgl. SPD UB GE, Jahrbuch, 1955, S. 34.

16 C. KLESSMANN, Staatsgründung, [3]1984, S. 209; H. K. RUPP, Politische Geschichte, [2]1982, S. 129 f. und 141 f.; G. FÜLBERTH, Leitfaden, 1983, S. 25. Ausführlich K. KLOTZBACH, Staatspartei, 1982, S. 194 ff.

17 G. FÜLBERTH, Leitfaden, 1983, S. 19 ff.; H. K. RUPP, Politische Geschichte, [2]1982, S. 129 f.; C. KLESSMANN, Staatsgründung, [3]1984, S. 212 ff.; C. KLESSMANN, Zwei Staaten, 1988, S. 146 f.

18 C. KLESSMANN, Staatsgründung, [3]1984, S. 232; H. K. RUPP, Opposition, [2]1980, S. 44 ff.; K. KLOTZBACH, Staatspartei, 1982, S. 210 ff.

militarisierung aussprachen.[19] In Gelsenkirchen wurden solche Befragungen z. B. bei 567 Personen in der Schwarzmühlen- und Wallstraße durchgeführt, wobei sich 477 Personen gegen die Remilitarisierung aussprachen.[20] Nach dem Abflauen des Widerstandes 1952/53 entbrannten die Auseinandersetzungen erneut in der Frage der Pariser Verträge. Am 1. Mai 1954 demonstrierten über 40 000 Gelsenkirchener auf den Gewerkschaftskundgebungen gegen die Wiederbewaffnung.[21] Ein Jahr später waren es wieder über 20 000 Gewerkschafter, die mit Transparenten wie „Wir sind gegen die Zwangsrekrutierung unserer Jugend" oder „Mehr Jugendheime statt Kasernen" gegen die Rüstung demonstrierten.[22] SPD und Gewerkschaften riefen zu außerparlamentarischem Widerstand auf, der 1955 in die „Paulskirchenbewegung" mündete.[23] Im Juni 1954 kritisierte die Gelsenkirchener SPD das Anbringen von Sprengkammern an der Beckhausener Autobahnbrücke.[24] Die Delegierten des DGB Gelsenkirchen lehnten im November 1954 einstimmig eine Wiederbewaffnung ab.[25] Als die Bundesregierung unter Kanzler Adenauer nach der Wiederbewaffnung die Aufstellung amerikanischer Atomwaffen vorantrieb, wurde der Kampf gegen die Remilitarisierung im Kampf gegen eine Atombewaffnung fortgesetzt. Auf Initiative der SPD konstituierte sich am 10. März 1958 der Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod".[26] Am 12. April 1958 wurde auch in Gelsenkirchen von Vertretern von DGB, SPD, Naturfreunden, Deutscher Friedensgesellschaft und FDP ein Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod" gegründet[27], und auch die Mai-Demonstrationen dieses Jahres beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit der Stationierung von Atomwaffen.[28] Aus der „Kampf dem Atomtod"-Bewegung entwickelten sich nach englischem Vorbild Anfang der 1960er Jahre die Ostermärsche, von denen sich die SPD wegen der Beteiligung zahlreicher Kommunisten distanzierte. Damit verspielte die Sozialdemokratie ihre Chance, organisierend und dauerhaft bewußtseinsbildend auf die einzige „politisch-oppositionelle spontane Massenbewegung" der 1950er Jahren in Westdeutschland

---

19 H. K. Rupp, Opposition, ²1980, S. 53; Stadt Ge, Chronik 1951, S. 103. Vgl. G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 25 f. Nach H. Kluth, 1959, S. 38 wurde als Ergebnis am 16.3.1952 angegeben, daß sich 9 119 667 Einwohner gegen die Remilitarisierung ausgesprochen hätten.

20 Stadt Ge, Chronik 1951, S. 114.

21 28 000 in Ge, 10 000 in Buer und Veranstaltung in Horst. Vgl. Stadt Ge, Chronik 1954, S. 126 f.

22 Stadt Ge, Chronik 1955, S. 133.

23 H. K. Rupp, Opposition, ²1980, S. 49 ff.; S. Miller, SPD vor und nach Godesberg, 1975, S. 33; T. Pirker, SPD nach Hitler, 1965, S. 205 ff.; K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 345.

24 Stadt Ge, Chronik 1954, S. 98.

25 Stadt Ge, Chronik 1954, S. 322.

26 H. K. Rupp, Opposition, ²1980, S. 34 ff., 40 ff. 74 ff., 98 und 133 f.; H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 133; K. D. Bredthauer, 1980, S. 55; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 35 ff.; T. Pirker, SPD nach Hitler, 1965, S. 232 ff. Vgl. M. Schneider, Demokratie, 1986, S. 40 ff.; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 158 ff.

27 K. Taefler, 1984, S. 323; Stadt Ge, Chronik 1958, S. 113.

28 Stadt Ge, Chronik 1958, S. 137 f.

einwirken zu können.[29] Diese Politik, die gegen die antimilitaristischen Überzeugungen zahlreicher Sozialdemokraten verstieß, zeitigte in Gelsenkirchen aufsehenerregende Folgen, als ein Teil des Ortsvereinsvorstandes Schalke aus der SPD austrat und sich an der Gründung der „Deutschen Friedens-Union" in Gelsenkirchen beteiligte, welche aber erfolglos blieb.[30]

Im Kalten Krieg war es im Innern der Bundesrepublik einfach, an den latent vorhandenen Antikommunismus anzuknüpfen[31]: Bereits ab September 1950 wurde Angehörigen kommunistischer Organisationen der Eintritt in den öffentlichen Dienst untersagt. Im Juni 1951 wurde die FDJ vorläufig verboten. Von 1952 bis 1957 wurde die Gelsenkirchener VVN als einzige Kreisvereinigung durch den Regierungspräsidenten aufgelöst. Im November 1951 beantragte die Bundesregierung das Verbot der KPD wegen Verfassungsfeindlichkeit. Aufgrund des „Blitzgesetzes" zur Verschärfung der Bestimmungen über Hochverrat wurden zwischen 1951 und 1961 etwa 20 000 politische Ermittlungsverfahren mit rund 500 000 Betroffenen eingeleitet. Wegen der Abdrängung der kommunistischen Organisationen in die Illegalität wurden auch in Gelsenkirchen ab Anfang der 1950er Jahre immer wieder Veranstaltungen der KPD oder ihrer Massenorganisationen, insbesondere der aktionistischen FDJ, aufgelöst und Verhaftungen vorgenommen.[32] Aber nicht nur die Verfolgung führte zum rapiden Niedergang der KPD, sondern sie trug mit ihrer kritiklos an der Entwicklung der SED und der KPdSU orientierten Politik selbst dazu bei. Die Mitgliederzahl in NRW sank von 69 668 im Juli 1950 auf 59 456 Ende 1951, und die Mitgliederstruktur zeigte, daß es der KPD nicht gelungen war, jüngere Menschen längerfristig an sich zu binden.[33] Weiterhin zerstörten die auf dem Münchner KPD-Parteitag 1951 beschlossenen Thesen zur Gewerkschaftsarbeit den KPD-Einfluß in der Einheitsgewerkschaft, weil diese vorsahen, daß die Kommunisten die Aufgabe hatten, „den wachsenden Kampf und Widerstandswillen der Arbeiter zu entwickeln und zu festigen und Kampfhandlungen auszulösen auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer"[34]. Eine solche Fernsteuerung, die gewerkschaftlicher Disziplin zuwiderlief, konnten und wollten die Gewerkschaften nicht dulden, so daß kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre vor die Alternative gestellt wurden, entweder ein Revers zu unterschreiben,

---

29 W. Abendroth, Chancen, ²1972, S. 79. Vgl. G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 50; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 161 f.

30 Schreiben SPD UB Ge vom 31.5.1961 über DFU Gründung und Begründung ihres Parteiaustrittes von Hielscher u. a., Juni 1961, in: AdsD SPD Bez. WW 165.

31 G. Schädel, 1973, S. 102 f., 187, 200 und 205 f.; C. Klessmann, Staatsgründung, ³1984, S. 255; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 59. G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 28; H. Kluth, 1959, S. 38, 113 und 132; E. Siepmann, 1983, S. 102 f.; H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 60, 78 ff., 83 und 88 ff.

32 Z. B. H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 79 ff.; Stadt Ge, Chronik 1950, S. 198 f., 221 ff. und 225; Verw.-B. Stadt Ge 1951 (StA Ge 0/XXVI/1), S. 99; Stadt Ge, Chronik 1951, S. 90 f.

33 G. Schädel, 1973, S. 128 f. Vgl. H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 97.

34 These 37 zitiert G. Schädel, 1973, S. 156.

nur den Weisungen der Gewerkschaften und nicht solchen anderer Instanzen zu folgen, oder ihre Funktion aufzugeben. Da die KPD ihren Mitgliedern das Unterschreiben der Revers untersagte, verloren viele Kommunisten ihre Gewerkschaftsfunktionen oder wurden, wenn sie doch unterschrieben, aus der Partei ausgeschlossen.[35] Die KPD verlor so die Reste ihres gewerkschaftlichen Einflusses. Aus der Gelsenkirchener Bergarbeitergewerkschaft wurden u. a. der Bueraner Geschäftsstellenleiter Albin Markowski, der Mitbegründer des Industrieverbandes Bergbau Josef Hermes und der beim Hauptvorstand beschäftigte Walter Jarreck ausgeschlossen.[36] Nach dem erwarteten KPD-Verbot durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 wurde das Vermögen der KPD beschlagnahmt, die „Neue Volkszeitung" eingestellt, und die für die KPD in den Rat der Stadt Gelsenkirchen gewählten Stadtverordneten verloren ihre Mandate.[37] Das KPD-Verbot traf eine Partei mit bundesweit weniger als 70 000 Mitgliedern, die ihre Verankerung in der westdeutschen Arbeiterschaft eingebüßt hatte. Der Einfluß der KPD bei Betriebsratswahlen auf Gelsenkirchener Schachtanlagen über ihr Verbot hinaus dürfte als „Vertrauenskundgebung zugunsten kommunistischer Funktionäre, die sich als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen bewährt hatten, nicht aber für die Politik der KPD" anzusehen sein.[38]

Der Antikommunismus wurde von der Bundesregierung auch gegen SPD und Gewerkschaften benutzt, die als von Moskau unterwandert oder als kommunistische Tarnorganisationen dargestellt wurden. Diese Angriffe drängten in den 1950er Jahren die SPD in eine politische und ideologische Defensive. Ein Beispiel des gegen die SPD gewandten Antikommunismus war im Bundestagswahlkampf 1953 die Behauptung von Bundeskanzler Adenauer, der Gelsenkirchener DGB-Vorsitzende und SPD-Funktionär Hubert Scharley habe Gelder aus der „Ostzone" erhalten, was sich im Verfahren vor dem Bonner Landgericht als falsch erwies.[39]

b) „Sozialdemokratisierung" Gelsenkirchens

Nach Kriegsende war eine „Sozialdemokratisierungsstrategie" in der Ruhr-SPD – sicher teilweise unbewußt – entwickelt worden. Diese auf die Ruhrgebietsbevölkerung abgestimmte Strategie führte im Verlauf der 1950er Jahre, an Wahlergebnissen gemessen, zur Durchsetzung der SPD.

---

35 Ebd., S. 156 f. Für den Metallbereich: E. SCHMIDT, [7]1977, S. 123. Vgl. C. KLESSMANN, Zwei Staaten, 1988, S. 283.

36 G. SCHÄDEL, 1973, S. 164 f.

37 VERW.-B. Stadt Ge 1955-57 (StA Ge 0/XXVI/3), S. 43; STADT GE, Chronik 1956, S. 243 f. und 247. Vgl. G. SCHÄDEL, 1973, S. 208 f.; H. KLUTH, 1959, S. 118 ff.

38 W. ABENDROTH, KPD-Verbotsurteil, [2]1972, S. 139. Vgl. W. ABENDROTH, Sozialgeschichte, [10]1975, S. 178. Vgl. W. MÜLLER, Kommunismus, 1982, S. 248.

39 STADT GE, Chronik 1953, S. 265. Vgl. K. KLOTZBACH, Staatspartei, 1982, S. 285; WAS IST DAS GEHEIMNIS, 1986, S. 48.

Der SPD gelang es, über die „Durchgangsschleuse"[1] Einheitsgewerkschaft zunächst von den Fehlern der KPD und deren Zerschlagung und dann vom Niedergang der christlich-sozialen Bewegung zu profitieren, die durch Adenauers wirtschaftsliberale Politik diskreditiert wurde. Anknüpfend an alte sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Traditionen einer Politik der Teilhabe, des Klassenkompromisses und arbeitsgemeinschaftlicher Konfliktlösung entstand unter den Bedingungen des schwerindustriell geprägten Ruhrgebietes mit seinen umfassenden korporatistischen Strukturen das Politikmodell basisnaher Stellvertretung, worin sozialdemokratischen Eliten aus gewerkschaftlichen, kommunalpolitischen und parteipolitischen Multifunktionären die zentrale Rolle der Vermittlung zwischen Arbeiterleben und Ökonomie, Politik und Gesamtgesellschaft zukam. Nach der schrittweisen Zerschlagung der in der Industrialisierung entstandenen Hoffnungen auf eine bessere sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, nach der Erfahrung der Niederlage von 1933, nach dem Scheitern der Neuordnungsvorstellungen von 1945, mit der seit den 1930er Jahren fortschreitenden Individualisierung und Atomisierung, nach der Schwarzmarktzeit, mit der Erfahrung des Wirtschaftswunders und angesichts der Entstehung von sozioökonomischen Verhältnissen, die es seit Beginn der Industrialisierung auch Arbeitern erstmals gestatteten, ein auskömmliches Leben zu führen, setzte sich nun die mittelfristige Zukunftsperspektive der sozialdemokratischen Gewerkschafter durch, die eine schrittweise Verbesserung der Lebensbedingungen versprachen und auch durchsetzen konnten. Der Niedergang älterer Solidarstrukturen und die Etablierung geschlossener Kleinfamilien machte die an Stellvertreterhandeln ausgerichtete Politik der Sozialdemokratie zum einzig akzeptierten Konzept der kollektiven Interessenvertretung von Arbeitern. In diesem Modell artikulierten nun unter Bedingungen steten Wirtschaftswachstums, welches eine Verteilung von Zuwächsen zuließ, Sozialdemokraten das Emanzipationsstreben der Ruhrgebietsbevölkerung und deren Anspruch auf Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.

Ausbau der Partei

Die Entwicklung der Wahlergebnisse der ehemals in Gelsenkirchen so schwachen SPD, die mit Robert Geritzmann weiter den Oberbürgermeister stellte, war in der Tat eindrucksvoll[1]:

---

1 A. v. PLATO, Verlierer, 1984, S. 199. „Durchlauferhitzer" bei: L. NIEHAMMER, Alltagserfahrung, 1984, S. 374. Vgl. B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 147; K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 529; M. ZIMMERMANN, Stellvertretung, 1987, S. 50.

1 Reste für sonstige Parteien, 1952 Listenverbindung CDU/Zentrum. Wegen des Todes des SPD-Landtagsabgeordneten Karl Surkamp fand im Landtagswahlkreis Ge-Nord am 30.11.1952 eine Nachwahl statt, aus der der SPD-Kandidat Fritz Symanek mit 50,9 % der gültigen Stimmen als Sieger hervorging. TASCHENBUCH DER STADT GE 1951, S. 80; VERW.-B. Stadt Ge 1952-54 (StA Ge 0/XXVI/2), S. 24 ff. und 44 ff.; VERW.-B. Stadt Ge 1955-57 (StA Ge 0/XXVI/3), S. 43 ff. und 76 ff.; JAHRES-B. OSTD GE 1959 (StA Ge 0/XXVI/5), S. 13;

Tabelle 86: Wahlen in Gelsenkirchen 1950–1958

a) Absolute Wahlergebnisse

	Wahlber.	Wahlbet.	SPD	KPD	CDU	Zentrum	FDP
Landtag 18. 6. 1950	219 176	154 445	55 533	15 700	42 844	15 576	10 178
Kommune 9. 11. 1952	238 772	176 743	76 927	14 359	61 846	–	9 895
Bundestag 6. 9. 1953	245 241	204 313	84 014	11 169	77 508	8 402	9 173
Landtag 27. 6. 1954	248 393	168 937	70 454	13 644	55 553	8 676	11 263
Kommune 28. 10. 1956	260 404	192 483	109 073	–	58 275	8 777	10 441
Bundestag 15. 9. 1957	264 094	226 576	100 422	–	99 370	–	9 372
Landtag 6. 7. 1958	266 054	191 513	99 573	–	77 140	2 190	8 499

b) Relative Wahlergebnisse

	Wahlbet.	SPD	KPD	CDU	Zentrum	FDP
Landtag 18. 6. 1950	70,5	37,0	10,5	28,6	10,4	6,8
Kommune 9. 11. 1952	74,0	44,3	8,3	35,6	–	5,7
Bundestag 6. 9. 1953	83,3	42,4	5,7	39,2	4,2	4,6
Landtag 27. 6. 1954	68,0	42,3	8,2	33,4	5,2	6,8
Kommune 28. 10. 1956	73,9	57,3	–	30,6	4,6	5,5
Bundestag 1957	85,8	46,1	–	45,6	–	4,3
Landtag 6. 7. 1958	72,0	52,4	–	40,6	1,2	4,5

c) Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung

	SPD	KPD	CDU	Zentrum	FDP	Sonst.	zus.
Kommunalwahl 17. 10. 1948	20	7	12	7	–	3	49
Kommunalwahl 9. 11. 1952	25	5	14	6	4	–	54
Kommunalwahl 28. 10. 1956	33	–	18	–	3	–	54

Der Abfall der Mitgliederzahlen, die Überalterung der Funktionäre[2] und die Stärke der KPD in den Gewerkschaften hatten die Partei angespornt, sich um Verstärkung des Einflusses in den Betrieben, um neue Mitglieder und um Einflußgewinn bei Wahlen zu bemühen. Ab Ende der 1940er Jahre verwandte die Gelsenkirchener SPD viel Energie darauf, sich selbst zu qualifizieren, um den Aufgaben in der politischen Leitung der Stadt gerecht zu werden. Dazu wurden die Spitzenfunktionäre und Mandatsträger von allen Ortsvereinen häufig zu deren Mitgliederversammlungen eingeladen, um dort zu referieren. Die fordernde, nahezu autoritäre Art der Aufforderung zum Referat deutet darauf hin, daß es auch als

---

STADT GE, Stat. Berichte, Heft 2, 1956, S. 27, 34 f. und 59; STADT GE, Stat. Berichte, Heft 3, 1953, S. 36, 37 und 40 f., Tabelle 18 und Tabelle 20; STADT GE, Stat. Berichte, Heft 9, 1964, S. 34; STADT GE, Chronik 1952, S. 307; STADT GE, Chronik 1953, S. 238; STADT GE, Chronik 1954, S. 177 f.; SPD UB GE, Jahresbericht 1980/81, S. 28.

2 Fünf der Stadtverordneten von 1952 waren unter 40 Jahre. Schreiben vom 28.11.1952, in: AdsD SPD UB Ge 120.

Pflicht der Mandatsträger angesehen wurde, über ihre Arbeit zu berichten und sich zu rechtfertigten.[3] Gleichzeitig wurde dadurch aber auch die Machtstellung der Mandatsträger gefestigt. Darüberhinaus wurde der Inhalt der Bildungsarbeit einseitig an parlamentarischer oder betrieblicher Gremienarbeit und administrativen Techniken orientiert, wie beispielsweise das (Multiplikatoren-) „Schulungsprogramm für Betriebsgruppenfunktionäre vom 19.10.56" zeigte, welches in drei Teilen Kommunalpolitik (Finanzen und Steuern, Einrichtungen und Betriebe, Bautätigkeit, Verwaltung und Vertretung), Programme und Taktik der Gegner (CDU, FDP, KPD, Übrige) und Politik auf Bundesebene (Wirtschafts- und Sozialpolitik) behandelte.[4] So war es nicht verwunderlich, daß der Organisationsbericht 1958 die „schönste Würdigung" der geleisteten Arbeit in der Tatsache erblickte, „daß es uns am 6.7.1958 möglich war, unsere drei Landtagswahlkreise zu verteidigen"[5]. Die Durchsetzung in Kommunalpolitik und Betriebsarbeit schlug sich auch in einer allerdings nur langsam steigenden Mitgliederzahl der SPD nieder, wobei es sich bei den Neuaufgenommenen hauptsächlich um männliche Arbeiter handelte.

Tabelle 87: Mitgliederentwicklung der SPD im Unterbezirk Gelsenkirchen 1950–1959[6]

	Gelsenkirchen					Bezirk	Bund
	Männer		Frauen		insges.	insges.	insges.
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	abs.	abs.
1950					6 077	87 336	683 896
1951						84 971	649 529
1952						83 138	627 817
1953	4 584	78,9	1 229	21,1	5 813	83 235	607 456
1954	4 491	78,4	1 234	21,6	5 725	82 328	585 479
1955	4 474	78,0	1 258	22,0	5 732	83 035	589 051
1956	4 528	77,7	1 300	22,3	5 828	84 931	612 219
1957	4 741	78,0	1 334	22,0	6 075	86 821	626 189
1958	4 722	78,1	1 325	21,9	6 047	87 524	623 816
1959	4 683	78,0	1 321	22,0	6 004	89 230	634 254

In den SPD-Ortsvereinen bestand in den 1950er Jahren, besonders im Norden, die Führungsgruppe nahezu ausschließlich aus Bergarbeitern, die zumeist gleichzeitig auf den umliegenden Zechen Betriebsratsaufgaben versahen. Nur wenige Ortsvereine im Süden wie Hüllen oder Ückendorf wurden von Metallern dominiert. Nach der Aufbauphase herrschten fast überall ältere Sozialdemokraten Weimarer Prägung, und zwar von ihrer

3 Z. B. AdsD SPD UB Ge 117 ist voll mit entsprechenden Schreiben.
4 AdsD SPD UB Ge 130.
5 Unterlagen zur Jahreshauptversammlung am 1.3.1959, in: AdsD SPD UB Ge 158.
6 Unterlagen Jahreshauptversammlung 6.6.1960, in: AdsD SPD UB Ge 156; H. Pietsch, Militärregierung, 1978, S. 301; SPD NRW, 30 Jahre, 1975, S. 15, 16, 17, 18, 19, 21, 22, 25, 26.

Basis weitgehend unangefochten[7]: „Wenn da 'nen Ortsvereinsvorsitzender war, 'nen gestandener Sozialdemokrat, der regierte eben den Ortsverein, und da wagte auch kaum jemand zu widersprechen. Bei Wahlen hieß es immer: Schriftführer war der und der. Dann schrie alles Wiederwahl. Der Genosse Wiederwahl war wieder am Werk." Die SPD in Gelsenkirchen wurde durch den geringen personellen Austausch und durch das Ansehen der etablierten Altfunktionäre unter der Mitgliedschaft immer immobiler[8]: „Veränderungen in der Partei vorzunehmen, auch personell, war damals unwahrscheinlich schwierig, insbesondere als junger Mann, da mußte man erst einige Zeit was getan haben, sich in Wahlkämpfen bewährt haben, ehe man da für würdig befunden wurde, irgendeinen Posten zu kriegen."

In der Gelsenkirchener Sozialdemokratie war die Führungsrolle Kurt Schumachers unbestritten. Als am 23. August 1952 die Leiche Schumachers nach Hannover überführt wurde, standen auch in Gelsenkirchen viele Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Mitglieder der sozialdemokratischen Umfeldorganisationen an der Autobahn Spalier, um dem toten Parteivorsitzenden die letzte Ehre zu erweisen.[9] Insbesondere die scharfe Oppositionsrolle, die die SPD gegenüber der Adenauer-Regierung einnahm und die Schumacher immer vertreten hatte, entsprach dem alten Gefühl der Entrechtung der Arbeiter und dem weiter dichotomen Weltbild.

Durchsetzung innerhalb der Gewerkschaften

Ab Ende der 1940er Jahre gelang es sozialdemokratischen Gewerkschaftern, den Einfluß der Kommunisten zurüchzudrängen. Aber im Bergbau Gelsenkirchens konnten Kommunisten trotzdem noch lange Zeit auch über das KPD-Verbot hinaus erheblichen Einfluß wahren. Sie verfügten nach SPD-Angaben noch Anfang der 1960er Jahre über etwa 10% der Betriebsratsmandate auf den Gelsenkirchener Schachtanlagen. Während die sozialdemokratischen Gewerkschafter vom Rückgang der kommunistischen Betriebsräte profitierten und die ehemaligen christlichen Gewerkschafter ihren Einfluß nicht ausbauen konnten, obwohl sie von den Sozialdemokraten nur „nebenbei" bekämpft wurden[1], stieg der Anteil der parteilosen bzw. parteipolitisch indifferenten Betriebsräte an. Befand sich unter diesen in den 1950er Jahren schon eine Reihe von SPD-nahen Gewerkschaftern, so gelang es mit der „Sozialdemokratisierung" in Gelsen-

---

7 Interview Egbert Reinhard 19.12.1985. Vgl. K. Rohe, Armenhaus, 1987, S. 520. Allgemein J. Mooser, 1984, S. 215.

8 Interview Egbert Reinhard 19.12.1985.

9 SPD-Bezirk WW am 21.8.1952, fast wortgleich Schreiben des Falkenbezirks, in: AdsD, SPD UB Ge 304. Vgl. Stadt Ge, Chronik 1952, S. 211, Interview Albert Guth 22.4.1986.

1 „Wenn wir statt drei nur noch zwei Christen im Betriebsrat irgendwo wiedergefunden haben, haben wir das auch als Erfolg für uns verbucht. Nur eben, daß die Auseinandersetzung – wurde auch von der christlichen Seite nicht in der Form geführt, wie die Kommunisten beispielsweise angetreten sind." Interview Karl-Heinz Wolf 18.11.1985.

kirchen, einen Teil dieser Betriebsräte auch organisatorisch an die SPD zu binden, weil diese erkannten, daß vielfach auch betriebliche Interessen nur in und mit der immer dominanteren Sozialdemokratie durchgesetzt werden konnten. Zum Ausbau des Einflusses in den Betrieben trug auch bei, daß es den Sozialdemokraten in den 1950er Jahren gelang, langsam einen Generationswechsel zu vollziehen, während Kommunisten und Christen z. T. aus Altersgründen ausschieden und Nachwuchs ausblieb.[2]

Tabelle 88: Zusammensetzung der Betriebsräte der Gelsenkirchener Schachtanlagen nach parteipolitischer Orientierung 1949–1961[3]

	1949	1950	1951	1953	1955	1957	1959	1961
Absolut								
SPD	73	86	75	99	97	117	107	109
Christl.	50	56	62	73	55	52	38	31
Parteil.	40	49	56	77	112	130	156	122
KPD/PL-KPD	83	58	64	67	60	52	35	34
zus.	246	249	257	316	324	351	336	296
in %								
SPD	29,7	34,5	29,2	31,3	29,9	33,3	31,8	36,8
Christl.	20,3	22,5	24,1	23,1	17,0	14,8	11,3	10,5
Parteil.	16,3	19,7	21,8	24,4	34,6	37,0	46,4	41,2
KPD/PL-KPD	33,7	23,3	24,9	21,2	18,5	14,8	10,4	11,5
zus.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,9	100,0

Zur Durchsetzung der SPD trug auch die Umstellung der IG Bergbau von Betriebs- und Schachtgewerkschaftsgruppen auf Ortsgruppen zwischen 1950 und 1953 bei. Die Gewerkschaftsarbeit wurde dadurch eher entpolitisiert und entradikalisiert und zusätzlich mit organisatorischen Aufgaben belastet, als der Unternehmerverband der Zechenbesitzer anläßlich der Tarifrunde 1952/53 die Betriebskassierung der Gewerkschaftsbeiträge kündigte und die Kassierung als Hauskassierung vollzogen werden

2 Interview Karl-Heinz Wolf 18.11.1985. Zur Generationsfrage: A. v. PLATO, Was wäre, 1985, S. 231 f.

3 PL-KPD = parteilos, KPD-orientiert nach KPD-Verbot. Zechen: Alma (-57), Holland 1/2, Rheinelbe (-53), Dahlbusch, Wilhelmine Viktoria (-59), Consolidation 1/6, 3/4/9, Graf Bismarck 1/4, 2/6/9, 3/5 (-59), 7/8, Bergmannsglück, Ewald 3/4, Hugo, Nordstern, Scholven, Westerholt. Kokereien: Alma (51-59), Consolidation 1/6 (ab 53), 3/4 (ab 57), Hugo, Hassel (ab 57), Nordstern, Scholven. Verwaltungen: Bismarck, Rheinelbe. Zusammengestellt nach AdsD SPD UB Ge 38, 91, 295, 477, 485. 1953 1 RSF unter Parteilose bei Kokerei Scholven, 1950 3 RSF (Zeche Scholven, Kokerei Scholven, Kokerei Hugo) unter Parteilose. Vgl. Ergebnisse in: STAM BAG A 11-28. C. KLESSMANN, Betriebsparteigruppen, 1983, S. 301.

mußte.[4] Erst 1967 wurde die Betriebskassierung wiederhergestellt, und der Organisationsgrad überschritt wieder die 70% Marke, wo er zu Zeiten der Hauskassierung etwa gestanden hatte. 1969 wurde ein Organisationsgrad von 84,4% im Ruhrbergbau erreicht.[5]

Bei der IG Metall, wo die kommunistischen Gewerkschafter wesentlich schwächer waren als im Gelsenkirchener Bergbau, stellten die Kommunisten 1951 immerhin noch den Kassierer und drei Beisitzer der Ortsverwaltung gegenüber der SPD, die den Bevollmächtigten, den Jugendsekretär und acht Beisitzer stellte.[6] Wie Betriebsratswahlergebnisse des Metallbereiches, der Chemiebranche und des öffentlichen Dienstes zeigten, hatten Kommunisten dort im Unterschied zum Bergbau kaum Einfluß.

Tabelle 89: Zusammensetzung der Betriebsräte im Bereich von IG Metall, IG Chemie und ÖTV in Gelsenkirchen nach parteipolitischer Orientierung 1953–1957[7]

		1953		1955		1957	
		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Metall	SPD	25	23,1	44	26,2	49	30,6
	Christl.	10	9,3	8	4,8	8	5,0
	Parteil.	64	59,3	106	63,1	92	57,5
	KPD/PL-KPD	9	8,3	10	5,9	11	6,9
	zus.	108	100,0	168	100,0	160	100,0
Chemie	SPD			14	16,7	20	27,0
	Christl.			5	5,9	5	6,8
	Parteil.			65	77,4	49	66,2
	zus.			84	100,0	74	100,0
Öffentl. Dienst	SPD			11	73,3	11	73,3
	Christl.			3	20,0	3	20,0
	Parteil.			1	6,7	1	6,7
	zus.			15	100,0	15	100,0

4 K. LAUSCHKE, Schwarze Fahnen, 1984, S. 144 ff.
5 Ebd., S. 163 f.
6 AdsD, SPD UB Ge 295.
7 PL-KPD = parteilos, KPD-orientiert nach KPD-Verbot. Metall 1953: Eisen & Metall, Eisenwerke, Hüttenwerk Oberhausen, Küppersbusch, Seppelfricke, Grillo & Funke, Orange, Schalker Eisenhütte. 1955 zusätzlich: Berchem & Schaberg, G. Bischoff, A Friedberg, Fröhlich und Klüpfel, Gebr. Geritzmann, Gußstahl, Eisenwerk König und Glückauf. 1957: dieselben ohne Seppelfricke. Chemie komplett: Gelsenberg, Scholven Chemie, DELOG, Glas & Spiegel, Chemische Industrie, Vestische Glashütte, P. Lechler, Deutsche Plax und Seppelfricke. Zusammengestellt nach: AdsD SPD UB Ge 38, 91, 295, 477, 485.

Das Bekenntnis von Gewerkschaftern zur SPD setzte sich ganz konkret in sozialdemokratische Vorherrschaft um[8]: „Und dieser Betrieb, wo starke politisch engagierte Leute der Gewerkschafts- und der Parteibewegung waren, da wurde dieser Betrieb auch mitgenommen. Dann wurde die Woche darüber geredet und was sie wählen müssen – nicht was sie sollten, sondern was sie müssen." Mehrere Faktoren kamen so zusammen, die nun die Herausbildung eines spezifischen sozialdemokratischen und betrieblichen Funktionärstyps und eines spezifischen Politikmodells begünstigten. Christlich-soziale und kommunistische Traditionen verloren an Bedeutung, und auch Vorstellungen des Sozialismus als Tagesaufgabe waren enttäuscht worden. So wurden die Arbeiter der Schwerindustrie des Ruhrgebietes auf die individualistische Perspektive der Partizipation am „Wirtschaftswunder" zurückgeworfen. Diese Perspektive konnte – wie man in den ersten Nachkriegsjahren gelernt hatte – umgesetzt werden über Vertretungen in den erkämpften korporatistischen Strukturen der Montanindustrie und durch eine kommunalpolitische Interessenvertretung. Die Rolle der Vermittler zwischen gewerkschaftlichen, kommunalpolitischen, betrieblichen und sozialstaatlichen Institutionen nahmen sozialdemokratische Gewerkschafter oder gewerkschaftliche Sozialdemokraten wahr und erfüllten bis in das alltägliche Leben hinein ihre Funktion als Interessenvertreter und Lebenshelfer.[9] So entstand ein Politikmodell der basisnahen Stellvertretung, in dem sich sozialdemokratische Eliten für die Interessen ihrer Wähler und Anhänger im betrieblichen und kommunalen Bereich einsetzten, ohne daß diese selbst aktiv werden mußten. In den korporatistischen Strukturen von Betriebsräten, Aufsichtsräten, Sozial- und Arbeitsdirektoren, Gewerkschaftsfunktionären, Kommunalpolitikern, Grubenkontrolleuren, Knappschaftsältesten bis hin zu Funktionären in sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen Freizeitorganisationen entstand so ein nahezu alle Lebensbereiche bis zur psychosozialen Beratung erfassendes Politikmodell.[10] Der Eindruck ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß sich in diesem Politikmodell in den 1950er Jahren die Wünsche des Alten Verbandes nach umfassender Teilhabe erfüllten.[11] Und gerade die Traditionen des Alten Verbandes, der an systemimmanenter Befriedigung der Bedürfnisse der Bergarbeiter orientiert gewesen war, hatte die SPD unter den Richtungen der Arbeiterbewegung am meisten prädis-

---

8 Interview Ewald Klingler 14.10.1986. „Fortführung der Gewerkschaftsarbeit mit anderen Mitteln" bei: K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 529. Zur großen Reichweite der Institution Betriebsrat auch Fallstudie: C. JANTKE, 1953, S. 143 f.

9 Vgl. L. NIETHAMMER, Vorwort, 1983, S. 13.

10 Vgl. M. ZIMMERMANN, Bergarbeiterinteressenvertretung, 1983, S. 304 ff.; M. ZIMMERMANN, Stellvertretung, 1987, S. 48 f. Vgl. K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 530.

11 M. ZIMMERMANN, Stellvertretung, 1987, S. 49 weist auf wichtige Unterschiede zur Weimarer Republik hin: die Ausweitung der Kompetenzen der Betriebsräte, Betriebsverfassungsgesetz und Montanmitbestimmung, die Kombination von Direkt- und Listenwahl im Kommunalwahlrecht zur Stärkung der Direktkandidaten der Stadtteile und die relative ökonomische Stabilität.

poniert für die in der Nachkriegszeit pragmatisch zu erledigende Arbeit der Betriebsräte.[12]

Ausbau des Vorfeldes: Falken · Jungsozialisten · Arbeiterwohlfahrt · „Frauenarbeit"

Die Funktion der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Funktionsträger als Lebenshelfer konnte nicht nur über deren direkte Einflußsphäre erfüllt werden, sondern hierzu standen auch eine Reihe von aus den ehemaligen Arbeiterkulturorganisationen hervorgegangenen sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen zur Verfügung, die vielfältig mit der Partei und darüber schließlich auch mit den Gewerkschaften und der betrieblichen Ebene verbunden waren. Die 1950er Jahre in Gelsenkirchen waren von deren systematischem Ausbau gekennzeichnet. Diese Verbände erfüllten für die SPD vorwiegend im Freizeitsektor die Aufgabe, ein sozialdemokratisches Umfeld zu schaffen. Sie waren trotz formal-organisatorischer Selbständigkeit engstens an die Partei als politische Führung der Bewegung gebunden.[1] Die Vorfeldorganisationen waren auch nicht bestrebt, selbständig politisch aktiv zu werden, sondern richteten ihre Forderungen an die Partei als zuständige Organisation, während sie sich auf ihren Arbeitsbereich konzentrierten.

Wie die Partei auch erlebten die *Falken* nach der Währungsreform eine Phase des Niedergangs. In Gelsenkirchen zerfielen ganze Ortsverbände, so daß Mitte der 1950er Jahre nur noch zehn Ortsverbände bestanden. Die Ursachen des Niederganges waren vor allem in der „Normalisierung" des Lebens mit regelmäßigem Schulbesuch und regelmäßiger Arbeit zu suchen. Weiterhin boten sich nun kommerzielle Freizeitangebote wie Tanzvergnügen oder Kinobesuche an. Auch begann gegen Mitte der 1950er Jahre allmählich der Siegeszug der Fernseher in privaten Haushalten und damit auch eine Individualisierung im Freizeitbereich.[2] Ähnliches galt auch für die Helfer und Funktionäre der Organisation. Ein weiteres ernstes, aber recht banales Problem waren fehlende geeignete Räumlichkeiten bzw. höchst unattraktive Räume wie Keller oder Bunker. Mit der Schwächung der Ortsverbände, der Einrichtung eines städtischen Jugendamtes mit finanziellen Förderungsmöglichkeiten und der Ausrichtung an kommunalen Entscheidungen wuchs der Einfluß des Unterbezirks, der ab

---

12 Dagegen sieht K. Rohe, Armenhaus, 1987, S. 531 die Stärke der Nachkriegs-Sozialdemokratie an der Ruhr gerade in ihrer Traditionslosigkeit.

1 Bei den Falken konnten z. B. einem um Ortsverbandsvertreter erweiterten Unterbezirksvorstand, dem „Unterbezirks(arbeits)ausschuß", nur Mitglieder angehören, die eine halbjährige SPD-Mitgliedschaft nachweisen konnten. Satzung vom 14.2.1954, in: Akten SJD UB Ge; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 169.

2 Der Gesamtverband verlor mehr als ein Drittel seiner Mitglieder. W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 70; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 165 ff. und 170 ff.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 37 ff. und 82 ff. Vgl. zur populären Kultur: C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 4 ff. und 170 f. zum Fernsehen.

Anfang der 1950er Jahre Maßnahmen ergriff, die Organisation wieder zu stärken. Das mußte eine Anpassung der kulturellen Formen und Inhalte an die veränderte Situation bedeuten. Eine der Maßnahmen war eine Intensivierung der Bildungsarbeit mit dem Ziel der Verbesserung der bestehenden Kinder- und Jugendgruppenarbeit und der Qualifizierung besonders der jüngeren Helfer. Dabei war den Falken bewußt, daß sie auch bei ihrer Bildungsarbeit gegen herrschende Werte und Verhaltensweisen zu arbeiten hatten und also einerseits politische Aufklärung und andererseits Kenntnisse der Erziehungs- und Gruppenpraxis zu vermitteln hatten.[3] Damit zeigte sich, daß der Arbeiterkinder- und Arbeiterjugendverband aus der Analyse der herrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation und der daraus resultierenden Bewußtseinslage seine Aufgaben der nächsten Zeit ableitete. Über innerverbandliche Bildungsarbeit hinaus entsprach die Organisation mit für die Zeit recht spektakulären Ferienmaßnahmen dem Wunsch von Kindern und Jugendlichen nach attraktiven Freizeitangeboten. Neben selbst organisierten „Dreiländerfahrten" (Österreich, Italien, Frankreich) beteiligten sich Gelsenkirchener Falken an internationalen Zeltlagermaßnahmen und an Arbeiterjugendtagen in attraktiven Städten. Die Großlager waren dabei nach den Prinzipien der Kinderrepubliken organisiert.[4]

Im Jahr 1949 wurde erstmalig von allen Falken-Ortsverbänden gemeinsam der von nun ab regelmäßige veranstaltete „Tag des Kindes" auf Schloß Berge zunächst als großes Kinderfest durchgeführt. Dieser knüpfte an Traditionen der Arbeiterkinder- und -jugendbewegung an[5]: Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatten österreichische Kinderfreunde im Frühling zu Beginn der Wanderzeit auch als Gegenveranstaltungen zu den Fronleichnamsprozessionen große Kinderfeste veranstaltet, die in der Weimarer Zeit auch von den deutschen Kinderfreunden übernommen worden waren und als „Tag des proletarischen Kindes" dazu gedient hatten, die Forderungen der Arbeiterkinder- und Arbeiterjugendverbände an die Öffentlichkeit zu tragen.

Als der SPD-Trägerverein „Jugendheim e. V.", der das August-Bebel-Haus verwaltete und im Rahmen der Wiedergutmachung 1952/53 als

---

3 Mündlicher Arbeitsbericht, Redemanuskript Nerowski UB-Konferenz 1958, in: Akten SJD UB Ge; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 168 ff. und 175 f.

4 1950 internationale Camps in Döbriach/Österreich und bei Stockholm, 1951 Bezirkszeltlager in Niendorf, Arbeiterjugendtag Hamburg, 1952 IUSY-Camp in Wien mit 15 000 Teilnehmern, IFM-Falkenstaat „Junges Europa" bei Füssen mit drei Durchgängen mit 10 000 Teilnehmern, 1953 1. Dreiländerfahrt in zwei Durchgängen, Bezirkszeltlager in Holland, 1954 2. Dreiländerfahrt, 1955 SJ-Camp im Schwarzwald, Helferfahrt nach Paris, Jugendtag in Dortmund, 1956 SJ Camp in der Schweiz, IUSY-Camp in Lüttich, 1957 SJ-Vierländerfahrt, Bezirkskinderlager Friedrichsort, UB-Zeltlager in Sonthofen in zwei Durchgängen, Helferfahrt zur Weltausstellung in Brüssel, 1959 Bezirkszeltlager in Reinwarzhofen. S. Goch, Sozialistische Jugend, S. 176 und 280; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 39 und 55 f. Beispielhafte Schilderung des vom Bundesverband organisierten Falkenstaates „Junges Europa" bei: B. Brücher, 1976, S. 203 ff. Auf die Tendenz zum Urlaub in der Ferne seit Mitte der 1950er Jahre weist G. Füllberth, Leitfaden, 1983, S. 46 hin.

5 Akten der SJD UB Ge: Referat des UB-Vorsitzenden vom 4.6.1983; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 130 f.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 42.

Rechtsnachfolger des Vereins „Jugendheim Erle" von 1932 ein Jugendheim in Erle errichtete, nicht bereit war, außer einem Jugendheim im Margaretenhof weitere Einrichtungen zu schaffen, wurde auch die Frage fehlender Räumlichkeiten Mitte der 1950er Jahre vom Falken-Unterbezirk energisch angegangen, indem im Januar 1955 Mitglieder des Unterbezirksvorstandes der Falken den „Verein Falkenjugend Gelsenkirchen e. V." (seit 1971 „Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e. V.") gründeten.[6] Dieser Trägerverein hatte die Aufgabe, mit Hilfe staatlicher Zuschüsse „Jugendheime der offenen Tür" zu bauen, in denen sich auch die Falken treffen konnten. Der Verein entfaltete vor allem in den 1960er Jahren eine rege Bautätigkeit. Zunächst wurde 1957 das Jugendheim an der Düppelstraße, das spätere „Paul-Loebe-Haus" (ab 1967), eröffnet.[7] Zusätzlich engagierte sich auch die SPD-regierte Stadt selbst beim Bau von Jugendheimen. In den 1950er Jahren wurden das „Emil-Zimmermann-Heim" im Stadtwald (1951) und das Jugendheim in Horst am Diesterweg (1955/56) errichtet.[8]

Gegen Mitte der 1950er Jahre gelang den Bueraner Falken die Nutzung einer neuen kulturellen Ausdrucksform, die offensiv an die Öffentlichkeit gerichtet war. Im von jugendlichen Falkenmitgliedern getragenen Ortsverband Buer wurden ab 1954/55 Versuche mit politischem Kabarett gemacht, die aus dem Versuch, eine Laienspielschar aufzubauen, hervorgingen und 1955 zur Gründung des „Falkenkabaretts Volkssturm" führten. Das Kabarett war keine von der Arbeiterbewegung erfundene Aktionsform, da dieses Mittel der Verdeutlichung gesellschaftlicher Zusammenhänge nicht den Traditionen von Agitation und Propaganda der Arbeiterbewegung entsprach, die doch eher an ernster Überzeugungsarbeit orientiert waren. Nachdem zuerst Texte aus Falkenbroschüren übernommen wurden, war die bis etwa 1964 bestehende Gruppe bald in der Lage, eigene Texte zu produzieren, musikalisch zu begleiten, mit Filmeinspielungen zu ergänzen oder mit klassischen Texten (Brecht, Tucholsky, Kästner usw.) zu kombinieren zu Themen wie Gründung und Aufbau der Bundeswehr, Entwicklung der „sauberen H-Bombe", „Sputnikschock", Adenauers Wahlkampfmotto „Keine Experimente", Aussagen des Papstes, daß Christen den Kriegsdienst nicht verweigern dürften usw.[9]

In den 1950er Jahren hatten die *Jungsozialisten* innerhalb des SPD-Bezirks Westliches Westfalen den Status einer vollständig unselbständigen Arbeitsgemeinschaft. Auf der Jahreskonferenz der Jungsozialistischen Ar-

---

6 Wiedergutmachungsunterlagen, in: AdsD SPD UB Ge 135; BAUVEREIN FALKENJUGEND, 1980, S. 10; S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 166 und 230.

7 Die Konzeption der „Häuser der offenen Tür" (HOT) entsprach Landesrichtlinien und ging zurück auf Vorformen seit Mitte des 19. Jahrhundert, die zum Schutz der Jugendlichen vor den Gefährdungen der Großstädte errichtet worden waren. In ähnlicher Weise hatten die Amerikaner „German Youth Activities-Heime" nach dem Zweiten Weltkrieg zur Umerziehung der deutschen Jugend errichtet. Diese Gedanken waren zur HOT-Konzeption weiterentwickelt worden. BAUVEREIN FALKENJUGEND, 1980, S. 7 und 14; S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 230.

8 STADT GE, Chronik 1951, S. 160; S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 321 f.; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 51.

9 S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 291 f.; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 57.

beitsgemeinschaften im Bezirk WW 1955 wurde zur politischen Bedeutung der Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften u. a. festgehalten[10]: „Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften können z. B. keine Delegiertenkonferenzen abhalten, es kann keine Wahl auf solchen Konferenzen geben, ebensowenig Beschlüsse politischer Art. Selbstverständlich wird man in den Arbeitsgemeinschaften einen Arbeitsgemeinschaftsleiter wählen, wenngleich in vielen Fällen der Arbeitsgemeinschaftsleiter vom örtlichen Vorstand bestimmt wird. [...] Stets ist die Partei die Organisation, die nach außen auftritt. Die Partei macht öffentliche Veranstaltungen, nicht die Jungsozialisten. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften besteht in der Schulung und Bildung, Vorbereitung und Mitarbeit in der Partei, gegf. auch als Gruppe." Angesichts dieser Aufgabenstellung war es nicht verwunderlich, daß sich die Begeisterung für die Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften in Grenzen hielt, und die jüngeren Parteimitglieder ohne Umweg in der Partei mitarbeiteten. So verfügten von etwa 630 SPD-Ortsvereinen im Bezirk 1954 nur 89 über eine Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaft, nachdem es 1950 erst 51 gewesen waren.[11] Gegenüber diesem Anteil an Ortsvereinen mit Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften an den Ortsvereinen überhaupt sah es in Gelsenkirchen noch recht günstig aus: Hier bestanden 1955 und 1956 jeweils acht Arbeitsgemeinschaften bei 28 Ortsvereinen.[12]

Etwa zur Zeit des Ausbruchs der Kohlenkrise hatte die Gelsenkirchener *Arbeiterwohlfahrt* in enger Anlehnung an die Gliederungen der Partei insgesamt 21 Ortsausschüsse.[13] Eher unauffällig wirkte die Arbeiterwohlfahrt in caritativer Weise in Familien, bei der Kinder- und Jugenderholung, im Bereich des Müttergenesungswerkes usw.

Wegen des geringen Frauenanteiles an der Parteimitgliedschaft wurde besonderes Augenmerk auf die *„Frauenarbeit"* der SPD gelegt. Doch wie der gleichbleibend geringe Anteil zeigte, waren die Bemühungen wie innerparteiliche Bildungsarbeit, Werbeveranstaltungen und eine große Zahl von „Frauennachmittagen" nicht von Erfolg gekrönt. Verschiedene Ursachen dürften hier eine Rolle gespielt haben. Einerseits waren die 1950er Jahre eine Zeit, in der das Frauenbild von der Hausfrau und Mutter bestimmt wurde. Eine politisch aktiv werdende Frau paßte kaum in diese Zeit. Andererseits dürfte bis in die 1950er Jahre die Frage des doppelten Beitrages für Mann und Frau, wobei der Gewerkschaftsbeitrag des Mannes auch noch zu berücksichtigen war, eine nicht ganz unerhebliche Rolle ge-

---

10 Niederschrift Jahreskonferenz der Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Bezirk WW am 2./3.4.1955, in: AdsD SPD Bez. WW 12. K. SCHONAUER, 1982, S. 12 f. und 19 zur schon 1947 in WW betonten Unselbständigkeit.

11 Niederschrift Jahreskonferenz der Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Bezirk WW am 2./3.4.1955, in: AdsD SPD Bez. WW 12.

12 AdsD SPD Bez. WW 12. Nach Interview Egbert Reinhard 19.12.1985: „Jungsozialistengruppen gab es kaum in den Ortsvereinen, nur auf Unterbezirksebene gab's 'ne Jungsozialistengruppe."

13 Nach dem Delegiertenschlüssel für die Jahreshauptversammlung am 20.2.1958, in: Niederschrift Vorstandssitzung am 29.1.1959, in: Akten AWO KV Ge.

spielt haben. Besonders aus letzterem Grund ist anzunehmen, daß die Mobilisierungsfähigkeit der sozialdemokratischen Frauen über die eigene Mitgliedschaft hinausging, wenn sich beispielsweise 1951 anläßlich des Internationalen Frauentages an drei Veranstaltungen insgesamt 700 Frauen beteiligten.[14]

Wie in der Zeit nach der Wiedergründung sozialdemokratischer Kulturorganisationen bildeten Veranstaltungen ein Bindeglied in der sozialdemokratischen Bewegung, wie z. B. die weiter selbständig durchgeführten Maifeiern.[15] Auch weitere Veranstaltungen, die an Weimarer Traditionen anknüpften, wie Sonnenwendfeiern oder Jugendweihen in der Tradition der Freidenker, fanden statt, hinterließen aber kaum Quellen. Insgesamt machte das Leben der Vorfeldorganisationen noch stark den Eindruck der Fortsetzung Weimarer Traditionen.

Haltung zum Godesberger Programm

War die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg davon ausgegangen, daß der Aufbau des Sozialismus Tagesaufgabe sei, so war diese Illusion nach der Konstituierung der Bundesrepublik zerstört worden. Auch ließ das „Wirtschaftswunder" Sozialdemokraten nicht unbeeindruckt und drängte eine sozialistische Utopie in den Hintergrund. Zudem erschien die SPD auf der Bundesebene in den 1950er Jahren trotz absolut steigender Wählerzahlen als ständige Verliererin, was schließlich zu einer Programmdiskussion führte. In ihr ging es zunächst nicht so sehr um die seit 1945 betriebene SPD-Politik, sondern um das Erscheinungsbild der Partei, die sich besser „verkaufen" sollte.[1] Als „Ballast" für eine sich zur „Volkspartei" entwickelnde Partei wurden u. a. die in der Zeit des Sozialistengesetzes entstandene Anrede „Genosse" und die rote Fahne empfunden. In der Ablehnung der Symbole der Bewegung aus propagandistischen Nützlichkeitserwägungen verdeutlichte sich auch die Verleugnung der eigenen Geschichte und des Anspruchs grundlegender Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.[2] Im Godesberger Programm, welches schließlich im November 1959 beschlossen wurde, definierte die SPD den demokratischen Sozialismus als „eine dauernde, in jede geschichtliche Situation eingebettete, immer neu zu formulierende Aufgabe, deren unwandelbarer ethischer Antrieb Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität", „die Grundwerte des so-

---

14 Vgl. Bericht über die Arbeit der Frauengruppen im Jahre 1951, in: AdsD SPD UB Ge 245.

15 Stadt Ge, Chronik 1951, S. 104; Stadt Ge, Chronik 1953, S. 116; Stadt Ge, Chronik 1954, S. 127; Stadt Ge, Chronik 1955, S. 133 f.; Stadt Ge, Chronik 1956, S. 126; Stadt Ge, Chronik 1958, S. 138; Stadt Ge, Chronik 1959, S. 132.

1 S. Miller, SPD vor, 1975, S. 35; K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 293 f. und 433-449 zur Programmdiskussion. Vgl. H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 243 ff.

2 P. Furth, 1958, S. 353 ff. zur Geschichte der roten Fahne in der Sozialdemokratie, S. 356 ff. zur Einführung und zum Sinn der Anrede „Genosse" und vgl. 360. Vgl. A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 350; K. Schonauer, 1982, S. 75; K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 293 ff. und 413 ff.; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 115 ff.

zialistischen Wollens" sein sollten.[3] Im übrigen resümierte das Godesberger Programm die verschiedenen Grundsätze, die seit 1945 die SPD-Politik geleitet hatten, wie das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, die Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus, den Schutz der individuellen Freiheitsrechte, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, die Solidarität gegenüber den Schwachen und die Förderung von Bildung und Wissenschaft. Eher wenig konkret blieben die wirtschaftspolitischen Absätze des Programms.[4]

Die Diskussion um das Godesberger Programm, das inhaltlich insgesamt den Ansichten und dem Willen der SPD-Mitgliedschaft entsprochen haben dürfte[5], beschäftigte die Gelsenkirchener SPD nur wenig.[6] Im Ruhrgebiet bemühte man sich mehr um die pragmatische Kleinarbeit als um die großen ideologischen Debatten. Dies zeigte sich auch daran, daß der Bezirk Westliches Westfalen sich in der Politik der Bundes-SPD insgesamt nicht besonders hervortat. Wie die Funktionärsstruktur und die dieser entsprechende Entstehung eines Modells basisnaher Stellvertretung zeigte, war die Gelsenkirchener SPD traditionell gewerkschaftlich-pragmatisch orientiert und verstand sich auch als Arbeiterpartei.[7] In Gelsenkirchen weiter vorhandene kulturelle Elemente der sozialdemokratischen Bewegung waren auch der ökonomisch-sozialen Lage der Gelsenkirchener Arbeiter-Bevölkerung weiter angemessen. Während auf der Bundesebene das Godesberger Programm verabschiedet wurde, bestanden in Gelsenkirchen also Elemente einer spezifischen sozialdemokratischen (Arbeiterbewegungs)Kultur weiter, die es gerade ermöglichten, die Hegemonie zu erreichen. Obwohl der Entwicklung zum Godesberger Programm kein Widerstand entgegengesetzt wurde, dürften die Gelsenkirchener Sozialdemokraten doch zu jenen Gruppen in der SPD gehört haben, die mit dieser Entwicklung eher unzufrieden waren und die ihr Verhalten, ihre Werte und ihr Erscheinungsbild zunächst nicht änderten.[8]

---

3 Godesberger Programm, in: D. Dowe. K. Klotzbach, [2]1984, S. 364. Vgl. Ebd., S. 62; H. Grebing, Geschichte, S. 244 ff.; S. Miller, SPD vor, 1975, S. 37; K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 450 ff. Vgl. T. Pirker, SPD nach Hitler, 1965, S. 277 und 280.

4 S. Miller, SPD vor, 1975, S. 38; A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 349. Vgl. T. Pirker, SPD nach Hitler, 1965, S. 282 ff.

5 Vgl. P. v. Oertzen, Wegmarke, [3]1973, S. 495 f.

6 „Es hat keine wirklich ernstzunehmende politische Diskussion um die Grundsatzprogrammatik gegeben – selbst bei den Jusos [. . .]'ne echte politische Auseinandersetzung, die dann zu Godesberg geführt hat, ist in Gelsenkirchen nicht geführt worden." Interview Egbert Reinhard 19.12.1985.

7 Auf dem Bezirksparteitag der SPD WW am 15./16.5.1953 sagte der Gelsenkirchener Parteisekretär Bernd Schrodetzki: „Wir sind eine Arbeiterpartei, das muß sich auch bei der Besetzung der Fraktion wiederspiegeln." Redemanuskript in: AdsD SPD UB Ge 466.

8 Höchstens war man bereit, das Erscheinungsbild zu ändern: „Für Planwirtschaft müssen wir ein anderes Wort finden." Die Ideologie wollte man jedoch nicht aufgeben: „Wir dürfen unsere Ideologie nicht aufgeben. Marx darf in der Partei bald nicht mehr erwähnt werden." Ebd.

3. Stabilisierung und Differenzierung bis in die 1970er Jahre

a) Das rasche Ende des „Wirtschaftswunders" im Ruhrgebiet

Trotz einer Entwicklung auf hohem Niveau wurden ab Ende der 1950er Jahre die hohen realen Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion der Jahre 1953-55 in der Bundesrepublik nicht mehr erreicht. Nach dem Ende der Zuwanderung aus der DDR wurden mit Erschöpfen der Arbeitskraftreserven zunehmend ausländische Arbeitskräfte herangezogen, die durch die Übernahme minderqualifizierter Stellen dem westdeutschen Arbeitskräftepotential den Weg in höherqualifizierte Stellen öffneten und damit die Ausnutzung von Qualitätsreserven ermöglichten.[1] Ende der 1960er Jahre war das Arbeitskräftepotential ausgeschöpft, die inländische Nachfrage stagnierte, die internationale Konkurrenz verschärfte sich, die Kapitalproduktivität nahm auch unter dem Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts deutlich ab, und die Rekonstruktionsperiode endete 1966/67 mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums und einer Arbeitslosenquote von 2,1%.[2] An der Rezession scheiterte die Regierung Erhard. Mit Hilfe der von der Großen Koalition institutionalisierten wirtschaftspolitischen Globalsteuerung gelang es ohne größere strukturverändernde Eingriffe, die Wirtschaft vorübergehend zu stabilisieren, weil der industrieorientierte Charakter der bundesrepublikanischen Volkswirtschaft die Unterbringung der durch Produktivitätssteigerungen von der Industrie „freigesetzten" Arbeitskräfte im sich ausweitenden Dienstleistungssektor, der nun seinen Nachholbedarf befriedigen konnte, ermöglichte.[3] Schon 1973/74 setzte im Gefolge der „Ölkrise" eine neue Phase krisenhafter Entwicklung des westdeutschen und internationalen Wirtschaftssystems ein. Auch in Aufschwungphasen nach dem Einbruch von 1973/74 konnte nun eine anwachsende Massenarbeitslosigkeit nicht mehr abgebaut werden.[4]

Mit der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung wurden die Strukturprobleme des Ruhrgebietes bzw. des Ruhrbergbaus aktuell, weil die sich seit Ende der 1920er Jahre abzeichnenden Schwierigkeiten bisher nur durch die NS-Autarkiepolitik und die Besonderheiten der Rekonstruktionsperiode verdeckt worden waren. Zur „Kohlenkrise" trugen auch weitere Faktoren

---

1 W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 99; W. Abelshauser, D. Petzina, Krise, 1981, S. 81; K. Lauschke, Schwarze Fahnen, 1984, S. 93 ff.; 100 Jahre Consolidation, 1963, S. 12.

2 W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 98 f.; W. Abelshauser, D. Petzina, Krise, 1981, S. 80; H.-G. Hofschen, E. Ott, [2]1977, S. 375; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 58 und 60 zu Tendenzen der Monopolisierung. Vgl. C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 197 f.

3 W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 100, 111 und 123 ff.; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 198 ff.

4 W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 116 f.; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '82, 1982, S. 38.

bei[5]: Ab Mitte der 1950er Jahre setzte ein starker Substitutionsprozeß ein; arabisches und südamerikanisches Öl drängte auf die westeuropäischen Märkte und verdrängte mit „Edelenergien" wie Gas, Benzin, Heizöl, die preislich günstiger und besser speicherbar waren, die Kohle als Energieträger. Später kam die staatlich subventionierte Kernenergie als weitere Konkurrenz der Ruhrkohle hinzu. Durch die Entwicklung des Großschiffbaus fielen zudem die Frachtraten für US-Importkohle. Darüber hinaus konnte in der Industrie durch Rationalisierungsmaßnahmen z. B. bei der Verhüttungstechnologie eine bessere Nutzung der eingesetzten Energie erreicht werden. Zusätzlich stieg die Produktivität des Ruhrkohlenbergbaus durch weitere Rationalisierung und die Vollmechanisierung des Abbaus in den 1950er Jahren an. Der Anteil der vollmechanisierten Kohlengewinnung im Ruhrgebiet stieg von 16,36% im Jahr 1957 auf 89,97% im Jahr 1969.[6] Diese Entwicklungstendenzen führten Ende der 1950er Jahre zu einer Überproduktionskrise im Ruhrkohlenbergbau. Am 22. Februar 1958 wurden die ersten Feierschichten verfahren, durchschnittlich wurden bis Ende 1959 19 Feierschichten eingelegt.[7] Auf die Überproduktion reagierte der Ruhrkohlenbergbau mit Stillegung weniger profitabler Zechen, Bildung von Zentralschachtanlagen, Mechanisierung, drastischem Personalabbau und Steigerung der Arbeitsproduktivität, was die Beschäftigungsprobleme weiter verschärfte.[8] Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie reagierte auf die Gefährdung von Arbeitsplätzen tarifpolitisch mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, erreichte mit dem Arbeitszeitabkommen von 1959 zwar die Fünftagewoche, allerdings ohne drastische Arbeitszeitverkürzungen wegen Schichtverlängerung, so daß weder Feierschichten noch Betriebsstillegungen verhindert werden konnten.[9] Eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen, vor allem nach einem erneuten Einbruch um 1964 nach einer vorläufigen Stabilisierung, blieb weitgehend wirkungslos und subventionierte zumeist die Zechenbesitzer. Letztlich wurde der Schrumpfungsprozeß des Ruhrbergbaus durch Härteausgleichsmaßnahmen und Sozialpläne nur zeitlich gestreckt und so-

---

5 T. Rommelspacher, Krise, 1981, S. 78 f.; K. Lauschke, Schwarze Fahnen, 1984, S. 2, 10 ff.; W. Abelshauser, Ruhrbergbau, 1984, S. 89 f., 106; W. Abelshauser, Kohlenkrise, 1979, S. 416 ff.; H. W. Jablonowski, J. Offermanns, 1974, S. 129 f.; B. Bartholomäus, 1982, S. 7. Vgl. K. Tenfelde, Strukturwandel, 1988, S. 130 und 139.

6 Zwischen 1957 und 1969 ging der Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch von 69,80% auf 32,28% zurück. K. Tenfelde, Fleiß, 1988, S. 29; K. Lauschke, Schwarze Fahnen, 1984, S. 22.

7 K. Lauschke, Schwarze Fahnen, 1984, S. 7 und 24. Zur Verringerung der Zahl der Schichten: Stadt Ge, Chronik 1967, Vorbemerkung. Vgl. W. Abelshauser, Ruhrbergbau, 1984, S. 87; W. Abelshauser, Kohlenkrise, 1979, S. 415. Beispiele aus Ge: 100 Jahre Consolidation, S. 12; Stadt Ge, Chronik 1958, S. 88, 138 und 188.

8 T. Rommelspacher, Krise, 1981, S. 81; K. Lauschke, Schwarze Fahnen, 1984, S. 18 f.; W. Abelshauser, Ruhrbergbau, 1984, S. 106 ff.; W. Abelshauser, Kohlenkrise, 1979, S. 429 f.

9 K. Lauschke, Schwarze Fahnen, 1984, S. 38 ff.; W. Abelshauser, Ruhrbergbau, 1984, S. 111; W. Abelshauser, Kohlenkrise, 1979, S. 423 f.

zial abgefedert.[10] Nach dem Scheitern der konzeptionslosen Energie- und Kohlepolitik Ludwig Erhards begann ab 1966 angesichts der katastrophalen Lage des Ruhrbergbaus, die durch die Rezession verschärft worden war, die Suche nach einer institutionellen Lösung, die schließlich auf eine Einheitsgesellschaft auf privatwirtschaftlicher Basis zusteuerte. Am Ende zahlreicher Gespräche in der Form der konzertierten Aktion der Kohlewirtschaft stand die „Ruhrkohle AG" 1968/69 und der Abschluß der Hütten- und Kraftwerksverträge.[11]

Das Zechensterben traf insbesondere auch Gelsenkirchen[12]: Am 30. Juni 1960 wurde Wilhelmine Viktoria stillgelegt. Auch die Förderung auf Bergmannsglück wurde 1960 eingestellt. Wenige Monate vorher war bereits die Kokerei Scholven stillgelegt worden. Anfang der 1960er Jahre wurde die Förderung von Hugo auf die Schachtanlage 2/5/8 konzentriert. Am 23. Februar 1963 wurde die Schachtanlage Scholven mit über 3 000 betroffenen Bergarbeitern geschlossen. Am Beispiel von Wilhelmine Viktoria und Scholven, die der GBAG bzw. der Hibernia AG gehörten, wurde deutlich, welche Folgen privatkapitalistisches Vorgehen von Bergbauunternehmen hatte, die auch im Mineralölbereich engagiert waren (Gelsenberg und Scholven Chemie) und gleichzeitig mit dem Abbau von Bergarbeiterarbeitsplätzen ihren Mineralölbereich ausdehnten. 1963/64 ging der neue Zentralförderschacht Ewald 7 in Herten in Betrieb, so daß in Resse bei Ewald 3/4 keine Kohle mehr gefördert wurde, und die Schächte nur noch der Seilfahrt, der Materialbeförderung und der Bewetterung dienten. Von ehemals dreizehn fördernden Anlagen in Gelsenkirchen nach dem Zweiten Weltkrieg arbeiteten 1964 nur noch sieben. Am 30. September 1966 wurde als eine der modernsten Zechen Europas Graf Bismarck mit fast 7 000 Beschäftigten stillgelegt, womit der Bankrott bisheriger Energiepolitik offensichtlich wurde. Ebenfalls 1966 wurde Dahlbusch mit etwa 2 000 Beschäftigten geschlossen. Von Consolidation wurde nur der Zentralschacht 3/4/9 weitergeführt, von etwa 5 000 Bergleuten sollten bis 1. Oktober 1967 1 735 entlassen werden. In Gelsenkirchen blieben nur die Zechen Consolidation, Nordstern und Hugo übrig.

Auch das zweite Bein des Gelsenkirchener Wirtschaftslebens, die Eisen- und Metallindustrie geriet in die Krise. Zwar war der Arbeitsplatzabbau

---

10 Z. B. freiwillige Selbstbeschränkung des Heizölangebotes, das erste Verstromungsgesetz vom 12.8.1965, zweites Verstromungsgesetz vom 30.6.1966. K. LAUSCHKE, Schwarze Fahnen, 1984, S. 173 ff.; W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 112 f.; W. ABELSHAUSER, Kohlenkrise, 1979, S. 424 f. und 428 f. Vgl. K. TENFELDE, Strukturwandel, 1988, S. 139 f.

11 W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 122 und 139 ff.; W. ABELSHAUSER, Kohlenkrise, 1979, S. 433 ff.; T. ROMMELSPACHER, Krise, 1981, S. 117 ff.; K. LAUSCHKE, Schwarze Fahnen, 1984, S. 274 ff.; H. W. JABLONOWSKI, J. OFFERMANNS, 1974, S. 139 ff.

12 T. ROMMELSPACHER, Krise, 1981, S. 86 ff., 90; K. LAUSCHKE, Schwarze Fahnen, 1984, S. 74 und 196 f.; W. u. G. HERMANN, ²1982, S. 99 ff. und 103; D. BECKMANN, 1965, S. 171; B. KOLKENBROCK, Industriegroßstadt, 1964, S. 290 und 294; P. WIEL, 1970, S. 168; H. W. JABLONOWSKI, J. OFFERMANNS, 1974, S. 130; J. BÜSCHER, Untergang, 1984, S. 338 ff.; B. BARTHOLOMÄUS, 1982, S. 14; A. WEHRAM, 1976, S. 11; K. LAUSCHKE, Knall, 1987, S. 222 ff.; STADT GE, Chronik 1962, S. 310; STADT GE, Chronik 1966, Vorbemerkung und S. 41 f.; STADT GE, Chronik 1967, S. 3.

dort zunächst nicht so drastisch wie im Bergbau, doch nahm die Standortgunst im mittleren Ruhrgebiet zugunsten der Rheinzone und des Dortmunder Raumes ab.[13] Im März 1966 wurden 400 Mitarbeiter des Schalker Vereins entlassen, im gleichen Jahr verringerte auch das Werk Orange seine Arbeiterzahl. Beim Gußstahlwerk sank die Belegschaft von 2 081 1961 auf 1 440 1969 und 944 1976.[14]

Gleichzeitig mit der Krise der Montanindustrie geriet auch die Bekleidungsindustrie, die mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenz und Importen aus „Billiglohnländern" zu kämpfen hatte, in eine krisenhafte Entwicklung. 1958 wurde so in den ersten zehn Gelsenkirchener Textilbetrieben kurzgearbeitet.[15] Die vielen Mittelbetriebe der Gelsenkirchener Bekleidungsindustrie schlossen dann nacheinander ihre Pforten. Die meisten Betriebe gingen in den 1970er Jahren in Konkurs. So erwies sich auch die Textilindustrie nicht als Stütze des Gelsenkirchener Wirtschaftslebens; viele umgeschulte Bergleute wurden innerhalb kurzer Zeit zum zweiten Mal arbeitslos.[16]

Infolge der ökonomischen Veränderungsprozesse stieg in der Bundesrepublik insgesamt die Zahl der Erwerbstätigen, wobei sich der Anteil der abhängig Beschäftigten zwischen 1950 und 1979 von 71,6% auf 86,0% steigerte. Entscheidend veränderte sich dabei die Zusammensetzung der abhängig Beschäftigten, indem der Anteil der Industriearbeiter zugunsten der Angestellten ständig absank. Trotz realer Lohnzuwächse verringerte sich unter Berücksichtigung des Wandels der Erwerbstätigen-Struktur der Anteil von Arbeitern und Angestellten am Nationaleinkommen erheblich, und die Konzentration des Produktivvermögens setzte sich fort.[17] Auch in der sich wandelnden Arbeitswelt der Montanindustrie Gelsenkirchens erhöhte sich seit den 1950er Jahren der Anteil der Angestellten aufgrund zunehmender Mechanisierung.[18] In Gelsenkirchen veränderte sich die Struktur der Beschäftigten aber insbesondere durch den Verlust von Arbeitsplätzen in der gewerblichen Wirtschaft:

---

13 A. Wehram, 1976, S. 14. Vgl. H. W. Jablonowski, J. Offermanns, 1974, S. 161 ff.

14 Stadt Ge, Chronik 1966, S. 43 und 94; 95 Jahre Sozialdemokraten In Ückendorf, 1986.

15 Stadt Ge, Chronik 1958, S. 158.

16 Z. B. die Bismarck-Kumpel bei Eurovia: Stadt Ge, Chronik 1977, Vorwort.

17 G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 102. Der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Nationaleinkommen nach Umverteilung sank von 36,8% auf 25,4%, der Anteil der Produktionsmittelbesitzer dagegen stieg von 44,3% auf 60,6%. 1960 besaßen 1,7% der Bevölkerung 70% des Produktivvermögens, am 1.1.1966 besaßen sie 74% des Produktivvermögens. U. Jaeggi, 1973, S. 64 ff. und 69. Vgl. W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 1983, S. 134 f., 140 f. und 146 f.; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 32 ff.

18 K. Lauschke, Schwarze Fahnen, 1984, S. 79.

Tabelle 90: Versicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen in Gelsenkirchen 1952–1985[19]

	1. 4. 52	1. 4. 58	31. 12. 76	30. 6. 80	30. 6. 83	30. 6. 85
Landwirtschaft	900	940	546	511	463	471
Bergbau & Energie	47 404	53 802	24 198	21 609	24 165	21 080
Verarb. Gewerbe	37 035	46 752	37 997	36 290	30 804	28 483
Baugewerbe	11 819	15 790	6 731	6 998	5 907	5 571
Handel			13 844	12 734	11 812	11 246
Verkehr	4 375	4 779	3 544	3 197	2 620	2 320
Versicherung			1 792	1 751	1 812	1 910
Dienstleistung	7 439	10 213	14 065	15 614	15 464	16 266
Organisationen			1 246	1 473	1 519	1 893
Gebietskörperschaften			4 297	4 665	4 721	4 659
ohne Angabe			34	18	12	14
andere Kategorienbdg.	20 261	28 528				
zus.	129 233	160 804	108 294	104 860	99 299	93 913

Tabelle 91: Einwohnerzahl in Gelsenkirchen 1950–1975[20]

Jahr	Einwohner	Ausländer	Jahr	Einwohner	Ausländer
1950	317 612	1 992	1963	381 254	6 962
1951	329 901	2 056	1964	375 640	8 661
1952	341 257	2 050	1965	371 143	9 739
1953	355 082	2 016	1966	363 015	8 376
1954	361 360	2 107	1967	358 185	8 380
1955	368 890	2 088	1968	355 095	9 802
1956	376 644	2 511	1969	352 152	12 050
1957	385 126	3 128	1970	350 102	15 364
1958	389 218	3 652	1971	345 616	18 337
1959	389 268	3 190	1972	339 662	20 502
1960	388 118	3 529	1973	333 831	21 928
1961	387 827	5 032	1974	328 969	23 813
1962	385 411	5 658	1975	325 018	24 793

19 Landwirtschaft=Land-, Forstwirtschaft und Fischerei. Verkehr=Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Versicherung=Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe. Organisationen=Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte. Gebietskörperschaften=Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen. STADT GE, Industrie in Ge, 1979, S. 59; STADT GE, Statistischer Jahresbericht 1983, S. 112; STADT GE, Statistischer Jahresbericht 1980, S. 92; STADT GE, Statistischer Jahresbericht 1985, S. 116. Zu 1952 und 1958 s. o.. Beschäftigte im Gelsenkirchener Steinkohlenbergbau in STADT GE, Statistischer Jahresbericht 1983, 1984, S. 107. Im Ruhrgebiet T. ROMMELSPACHER, Krise, 1981, S. 81; P. WIEL, 1970, S. 132 und 137.

20 STADT GE, Statistischer Jahresbericht 1980, S. 7 und 10; STADT GE, Statistischer Jahresbericht 1983, S. 14.

Die Folgen der ökonomischen Entwicklung schlugen sich auch in der Bevölkerungszahl Gelsenkirchens nieder. Als die Kohlenkrise über das Ruhrgebiet hereinbrach, wurde erstmalig in der Nachkriegszeit für Juni 1959 ein Bevölkerungsverlust errechnet, der nicht mehr zum Stillstand kam.[21]

Auch in den 1950er Jahren blieb die Fluktuation im Ruhrbergbau hoch, da viele der Neubergleute dem Bergbau wegen der Schwere und der Gefährlichkeit der Arbeit, aber auch wegen der höheren Entlohnung in anderen Branchen wieder den Rücken kehrten.[22] Die Fluktuation erhöhte sich mit Einsetzen der Kohlenkrise weiter, weil insbesondere Handwerker und junge leistungsfähigere Arbeiter versuchten, einem Arbeitsplatzverlust durch einen Wechsel in eine andere Branche zuvorzukommen.[23] Für die Bevölkerung des Ruhrgebietes und Gelsenkirchens dürfte aufgrund dieser Fluktuation der paradox anmutende Zustand entstanden sein, daß trotz stetig abnehmender Bedeutung des Bergbaus ein großer Teil der Bevölkerung über Bergbauerfahrung verfügte. Diese Bergbauerfahrungen, die zudem oft nach den Wirren der ersten Nachkriegsjahre am Beginn eines geregelten Berufslebens standen, erlangten im Bewußtsein des Einzelnen besondere Bedeutung aufgrund der Spezifik der Bergarbeit. Diese Prägung dürfte eine Erklärung dafür bieten, daß die Menschen im engeren Ruhrgebiet sich dem Bergbau eng verbunden fühlten, ohne daß dieser noch seine ehemals überragende Bedeutung hatte.

Nach dem Scheitern des Adenauer-Nachfolgers Ludwig Erhard infolge der Rezession von 1966 wurde die Große Koalition gebildet. Ursächlich für die nicht ohne verbreiteten Widerwillen vollzogene Hinwendung zur Grossen Koalition war die prinzipielle und taktisch-opportunistische Motivation, den Führungsanspruch und die nationale Zuverlässigkeit der SPD nach jahrzehntelanger Opposition im Bund unter Beweis zu stellen.[24] In der Grossen Koalition wurde in großen Teilen der SPD-Mitgliedschaft ein Verwischen von Klassengegensätzen und inhaltlichen Unterschieden gesehen. Die Sorge um das Verwischen von Gegensätzen, welche das Fortbestehen eines dichotomen Weltbildes anzeigte, beschäftigte im Zusammenhang der Bildung der Großen Koalition die Gelsenkirchener Sozialdemokraten ausführlich, nachdem sie in der Frage des Godesberger Programmes eher Gleichgültigkeit gegenüber der programmatischen Entwicklung ihrer Partei gezeigt hatten. Das Protokoll der entsprechenden Unterbezirksvorstandssitzung vermerkte[25]: „Nach eingehender Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligten, wurde beschlossen, folgendes Telegramm an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu richten: Entwicklung um Re-

---

21 VERW.-B. Stadt Ge 1955-57 (StA Ge 0/XXVI/3), S. 21 ff.; JAHRES-B. OSTD GE 1959 (StA Ge 0/XXVI/5), S. 13 f.

22 K. LAUSCHKE, Schwarze Fahnen, 1984, S. 17 f. und 48 f.

23 Ebd., S. 82 ff.; W. ABELSHAUSER, Ruhrbergbau, 1984, S. 116; K. LAUSCHKE, Knall, 1987, S. 225.

24 H. GREBING, Geschichte, [11]1981, S. 294 f.; C. KLESSMANN, Zwei Staaten, 1988, S. 201.

25 Niederschrift geschäftsführender Unterbezirksvorstand am 28.11.1966, in: AdsD SPD UB Ge 200.

gierungsbildung wird mit großer Sorge verfolgt. Strauß als Mitglied eines CDU/CSU-SPD Kabinetts erschüttert Glaubwürdigkeit der SPD gegenüber der Wählerschaft und stellt Partei vor harte Belastungsproben. SPD Unterbezirk Gelsenkirchen." Der SPD-Unterbezirk sah also Widersprüche zwischen der Bundespolitik und der Wählerschaft vor Ort, und die disziplinierte Gelsenkirchener SPD beschloß nun sogar, „über diese Intervention eine Presseverlautbarung herauszugeben"[26], womit sich die Gelsenkirchener SPD öffentlich gegen das Verhalten der Parteiführung stellte. In den folgenden Sitzungen hielt sich der Unterbezirksvorstand auf dem laufenden über den Stand der durch die Bildung der Großen Koalition motivierten Austritte, deren Zahl aber sehr gering blieb.[27] Insbesondere ältere Sozialdemokraten lehnten die Große Koalition ab, blieben aber der Partei treu.[28] Der Nürnberger SPD-Parteitag von 1968 billigte die Entscheidung zum Eintritt in die Große Koalition schließlich nur relativ knapp.[29]

Parallel und im Zusammenhang mit dem Weg der SPD in die Regierungsverantwortung vollzog sich eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung und Politisierung, die auch der SPD, die ja auch eine Reformierung des gesellschaftspolitischen Systems beabsichtigte, zugute kam. Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die geplante Notstandsverfassung bildete sich aus der „Kampf dem Atomtod"-Bewegung und der Ostermarschbewegung eine gesellschaftliche Opposition außerhalb der Parlamente, die auch von Teilen der Gewerkschaften unterstützt wurde. Trotz eindrucksvoller Demonstrationen verabschiedete die Große Koalition die Notstandsverfassung gegen 100 Stimmen (53 SPD, 46 FDP, 1 CDU), darunter die der Gelsenkirchener SPD-Bundestagsabgeordneten Löbbert und Gertzen.[30] Neben dem drohenden Abbau demokratischer Rechte führte Ende der 1960er Jahre insbesondere der Vietnamkrieg zur Entstehung der „Außerparlamentarischen Opposition" (APO). Die unerwartete Krisenhaftigkeit des Wirtschaftssystems deckte auch die mangelhafte Verarbeitung der NS-Vergangenheit auf, als bei Landtagswahlen ein kleiner Wähleranteil zur NPD überlief, was wiederum demokratische Opposition mobilisierte.[31] Aufgrund ihrer relativ weniger repressiven Lebenslage bildeten die Studenten, die auch durch überkommene Strukturen an den Hochschulen herausgefordert wurden, einen Kern der APO. Nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg, der bei einer Demonstration gegen den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 von einem Polizeibeamten erschossen

---

26 Ebd. Vgl. S. Miller, SPD vor, 1975, S. 46.

27 Protokolle UBV-Sitzung am 20.12.66 und am 9.1.1967, in: AdsD SPD UB Ge 200.

28 Die ältere Generation folgte der Devise: „Dann lieber nix und dagegen." Interview Josef Neysters 14.7.1986.

29 K. Schonauer, 1982, S. 95 und 100; S. Miller, SPD vor, 1975, S. 45; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 202; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 58 f.; H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 163.

30 G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 57 und 61 ff.; H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 180 f.; K. Schonauer, 1982, S. 107 und 163; H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 107 f.; K. Klotzbach, Staatspartei, 1982, S. 547 ff. und 553. Ausführlich: M. Schneider, Demokratie, 1986.

31 G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 63 ff.; M. Schneider, Demokratie, 1986, S. 10 ff.

wurde, und dem Mordanschlag gegen den SDS-Studentenführer Rudi Dutschke am Gründonnerstag 1968 erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt.[32] Als der Widerstand gegen die Notstandsgesetze sich als vergeblich herausstellte, mit der Bildung der sozialliberalen Koalition die äußerliche Legitimation einer außerparlamentarischen Opposition verschwunden war und mit der Regierungsübernahme einer SPD-geführten Bundesregierung die Durchführung umfassender Reformen erwartet wurde, ebbte die Bewegung ab.

Die Große Koalition beschloß eine Reihe gesellschaftspolitisch notwendig gewordener Maßnahmen, was die Integration der SPD in die bestehenden Verhältnisse deutlich werden ließ. Die wichtigste Aufgabe war die Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes zur Vergrößerung der staatlichen Steuerungskapazität im hochentwickelten Kapitalismus. Außerdem wurde die Modernisierung des Bildungs- und Ausbildungssystems fortgesetzt, die zur Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte mit der Weiterentwicklung des Wirtschaftsprozesses notwendig geworden war.[33] Neben diesen Modernisierungsmaßnahmen und der Verabschiedung der Notstandsgesetze prägte der Beginn der Ostpolitik die Politik der Großen Koalition.[34] Die Übereinstimmungen zwischen den Partnern der Großen Koalition waren bald verbraucht, und in Fragen wie Atomwaffensperrvertrag, Fortführung der Ostpolitik, Wirtschaftspolitik, Städtebau usw. deuteten sich Konflikte an. Zudem litt die Integrationskraft beider großen Parteien: Auf der Rechten erstarkte die NPD, auf der Linken gelang eine Integration der APO nur ansatzweise, und die „Septemberstreiks" zeigten ein Nachlassen der Integrationskraft der SPD.[35] Mit der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten kündigte sich im März 1969 dann die Möglichkeit einer sozialliberalen Koalition an, die mit Vorbildcharakter in NRW unter Ministerpräsident Heinz Kühn schon praktiziert wurde.[36] Die Bundestagswahl vom 28. September 1969 brachte einer sozialliberalen Koalition eine knappe Mehrheit. Besonders die SPD hatte mit ihrer Reformprogrammatik die Unzufriedenheit und den Reformwillen weiter Teile der Bevölkerung artikuliert und konnte ihren Stimmenanteil erheblich verbessern. Das sozialliberale Kabinett trieb zunächst besonders die Ostpolitik, die kurze internationale Tauwetterperiode nutzend, energisch voran.[37] Die CDU/CSU-Opposition warf der sozial-liberalen Bundesregierung vor, durch die Akzeptierung zweier deutscher Staaten und der Oder-Neiße-Grenze auf deutsche Inter-

---

32 G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 63 f.; H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 154; K. Schonauer, 1982, S. 118; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 269 ff.

33 C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 218 ff.; K. Schonauer, 1982, S. 111; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 56 und 59 f.; W. Abelshauser, D. Petzina, Krise, 1981, S. 80.

34 G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 60 f.; H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 193; S. Miller, SPD vor, 1975, S. 47; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 228 ff.

35 G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 65; C. Klessmann, Zwei Staaten, 1988, S. 209 ff.

36 S. Miller, SPD vor, 1975, S. 46 und 48; K. Schonauer, 1982, S. 213; H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 163 f.; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 66. Zu NRW: G. Brunn, Jungtürken, 1986, S. 130 ff.

37 G. Fülberth, Bilanz, 1982, S. 1167 ff.; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 67 ff.; H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 194 ff.; K. Schonauer, 1982, S. 223 ff.

essen zu verzichten. Dies führte zum Mißtrauensvotum vom 27. April 1972, welches von zahlreichen Kundgebungen und Streiks begleitet wurde. Mit knapper Mehrheit konnte sich die Bundesregierung behaupten.[38] Die von allen drei Bundestagsfraktionen am 17. Mai 1972 verabschiedete „Gemeinsame Erklärung" versetzte der Ostpolitik wenig später einen Schlag, indem offensichtlich weiter an der Existenz eines Gesamtdeutschland festgehalten wurde.[39] Nach dem Mißtrauensvotum zeigte sich bei den Haushaltsberatungen, daß die Bundesregierung wegen einiger Fraktionswechsel nicht mehr über eine Mehrheit verfügte. Aus den daher vorzeitig herbeigeführten Bundestagswahlen, die von breiter außerparlamentarischer Mobilisierung (u. a. Wählerinitiativen) begleitet waren, ging die SPD als stärkste Fraktion hervor, und die SPD/FDP-Koalition konnte fortgesetzt werden.[40] Neben der Ostpolitik betrieb die sozialliberale Koalition innenpolitisch eine Politik der Anpassung an die veränderten ökonomischen Gegebenheiten und der Reform der Infrastruktur, wobei diese Politik unter Willy Brandts Motto „Mehr Demokratie wagen" auch emanzipatorische Zielsetzungen verfolgte. Neben tiefgreifenden klassenneutralen rechtspolitischen Neuregelungen zugunsten diskriminierter Gruppen verfolgte die Reformpolitik die Ziele der klassischen Sozialpolitik, der Erhöhung staatlicher Steuerungskapazitäten und strukturverändernde Ziele wie Ausweitung der Mitbestimmung und Erhöhung sozialer Gerechtigkeit.[41] Das Jahr 1974 mit dem „Ölschock", einer erneuten krisenhaften Wirtschaftsentwicklung und dem Wechsel im Amt des Bundeskanzlers symbolisierte den Wandel sozialliberaler Reformpolitik, obwohl sich ein Richtungswechsel schon in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 abgezeichnet hatte, als Brandt Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und damit eine Wende in der Wirtschaftspolitik ankündigte.[42] Mit der ökonomischen Krise schränkte sich der sozioökonomische Spielraum sozialliberaler Reformpolitik ein, so daß in der Mitte der 1970er Jahre hauptsächlich noch kostenneutrale und meist auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse kaum berührende Reformen durchgeführt wurden. Strukturändernde Reformen wie die des Mitbestimmungsrechts scheiterten auch am Widerstand der FDP.[43] Außenpolitisch kam die Entspannungspolitik nach Ende der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit der Schlußakte von Helsinki (1. August 1975) weitgehend zum Erliegen, weil die USA sich wieder einer Politik der Stärke zuwandten.

---

38 Angeblich Stimmenkauf auf beiden Seiten. G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 69 f.

39 Diese Vorläufigkeit der Ostverträge wurde auch im Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973 festgeschrieben. G. Fülberth, Bilanz, 1982, S. 1167; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 71 f.

40 H. K. Rupp, Politische Geschichte, ²1982, S. 166; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 71; K. Schonauer, 1982, S. 214 ff.

41 G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 72 ff.; G. Fülberth, Bilanz, 1982, S. 1170 ff; K. Schonauer, 1982, S. 218 f. Zum Betriebsverfassungsgesetz: A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 338.

42 G. Fülberth, Bilanz, 1982, S. 1174 f.; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 78 f.

43 A. Klönne, Arbeiterbewegung, 1980, S. 339 f.; G. Fülberth, Bilanz, 1982, S. 1172 f.; G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 89 f.; F. Deppe, Ende, 1984, S. 61.

Die Gruppen gesellschaftlicher Opposition, die ihren Kulminationspunkt in der APO gefunden hatten und nur z. T. durch die Reformpolitik der SPD integriert werden konnten, differenzierten sich in den 1970er Jahren in eine breite gesellschaftliche Protestbewegung von Initiativgruppen und Bürgerinitiativen. Diese Gruppen fanden in bestimmten Fragen immer wieder zusammen, so in der Ablehnung des Vietnamkrieges bis zur Befreiung Saigons im April 1975 oder auch in der Unterstützung der Entspannungs- und Ostpolitik wie bei umfangreichen Massenveranstaltungen anläßlich des Mißtrauensvotums gegen Willy Brandt oder bei der Bundestagswahl 1972, als zahlreiche von Intellektuellen getragene Wählerinitiativen den SPD-Wahlkampf unterstützten. Auch in Gelsenkirchen demonstrierten am 1. April 1972 5 000 Menschen für die Ratifizierung der Ostverträge[44], und am 27. April gab es eine IGM-Kundgebung zur selben Frage, und die Schüler der Gesamtschule streikten aus diesem Grund.[45] Die Bewegungen waren durch eine Vielfalt der Gegenstände gekennzeichnet und reichten über traditionelle Protestpotentiale hinaus. Neben Gruppen diskriminierter Minderheiten gliederte sich das gesellschaftliche Protestpotential in vier große Bewegungen[46]: die Bewegung gegen Berufsverbote, die Anti-AKW- bzw. Umweltschutzbewegung, der pazifistische und antimilitaristische Protest und die von öffentlichen Protesten gegen den Paragraphen 218 ausgehende Frauenbewegung. Diese sozialen Bewegungen bewirkten eine relative Loslösung gesellschaftlicher Potentiale von bestehenden Organisationen. Die mangelnde Integrationsfähigkeit der Regierungspartei SPD, die traditionell die Interessen diskriminierter Gruppen aufgegriffen hatte oder in ihrem Umfeld hatte integrieren können, zeigte sich im Erstarken dieser neuen sozialen Bewegungen, aus denen 1978 die neue Partei „Die Grünen" entstand.[47]

b) Differenzierungen in der Gelsenkirchener Sozialdemokratie

Nach ihrem Durchbruch gegen Ende der 1950er Jahre dehnte die Gelsenkirchener Sozialdemokratie ihren Einfluß weiter aus. Die Wahlergebnisse der 1960er und frühen 1970er Jahre zeigten den Ausbau der sozialdemokratischen Vormachtstellung[1]:

---

44 Stadt Ge, Chronik 1972, S. 50; H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 126 und 128.
45 Stadt Ge, Chronik 1972, S. 65.
46 Vgl. G. Fülberth, Leitfaden, 1983, S. 97 ff.
47 Ebd., S. 101; Darstellung einiger Gelsenkirchener Initiativen, in: H. Hering, M. Mrotzek, 1988, S. 143 ff.
1 Jahres-B. OSTD Ge 1962 (StA Ge 0/XXVI/5), S. 10 und 15; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 9, 1964, S. 34, 38 und 43; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 4, 1961, S. 40, 45 und Tabelle 26; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 10, 1965, S. 27; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 11, 1966, S. 37; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 12, 1969, S. 45, 109 f., 129; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 14, 1970, S. 35; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 15, 1972, S. 38; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 20, 1975, S. 31, 72, 50 f.; Stadt Ge, Stat. Berichte, Heft 21, 1976, S. 32; Stadt Ge, Chronik 1961, S. 87 und 280; Stadt Ge, Chronik 1962, S. 210 und 213; Stadt Ge, Chronik 1964, S. 310; Stadt Ge, Chronik 1966, S. 101; SPD UB Ge, Jahresbericht 1964/65, S. 4; SPD

Tabelle 92: Wahlen in Gelsenkirchen 1961–1976

a) Absolute Wahlergebnisse

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligte	gültig	SPD	CDU	FDP	DFU/DKP
Kommune 19. 3. 1961	269 937	197 128	195 638	102 423	73 500	13 426	–
Bundestag 17. 9. 1961	272 084	235 397	229 843	109 899	90 114	17 445	7 473
Landtag 8. 7. 1962	187 882	189 262	187 882	102 531	69 036	7 442	6 404
Kommune 27. 9. 1964	265 591	192 830	191 153	117 075	64 082	8 104	–
Bundestag 19. 9. 1965	261 978	224 270	220 535	124 678	79 593	9 830	4 414
Landtag 10. 7. 1966	258 972	194 691	193 420	124 074	59 238	8 109	–
Bundestag 28. 9. 1969	245 067	208 462	205 945	120 512	69 406	7 082	–
Kommune 9. 11. 1969	242 436	151 001	149 844	86 421	53 947	6 029	3 447
Landtag 14. 6. 1970	257 450	178 460	177 499	104 065	60 739	6 693	3 620
Bundestag 19. 11. 1972	250 491	226 387	224 964	147 309	64 360	11 091	1 332
Landtag 4. 5. 1975	241 140	205 181	203 627	125 117	66 594	8 972	1 957
Kommune 4. 5. 1975	240 653	203 690	202 015	121 919	66 882	9 709	3 505
Bundestag 3. 10. 1976	238 186	216 468	215 392	136 343	66 102	10 866	1 190

b) Relative Wahlergebnisse

	Wahlb.	SPD	CDU	FDP	DFU/DKP
Kommune 19. 3. 1961	73,0	52,3	37,7	6,9	–
Bundestag 17. 9. 1961	86,5	48,4	39,7	7,7	3,3
Landtag 8. 7. 1962	69,7	54,6	36,7	4,0	3,4
Kommune 27. 9. 1964	72,6	61,3	33,5	4,2	–
Bundestag 19. 9. 1965	85,6	56,5	36,1	4,5	2,0
Landtag 10. 7. 1966	75,2	64,1	30,6	4,2	–
Bundestag 28. 9. 1969	85,1	58,5	33,7	3,4	–
Kommune 9. 11. 1969	62,3	57,7	36,0	4,0	2,3
Landtag 14. 6. 1970	69,3	58,6	34,2	3,8	2,1
Bundestag 19. 11. 1972	90,4	65,5	28,6	4,9	0,6
Landtag 4. 5. 1975	85,1	61,4	32,7	4,4	1,0
Kommune 4. 5. 1975	84,6	60,3	33,1	4,8	1,7
Bundestag 3. 10. 1976	90,9	63,1	30,7	5,0	0,6

c) Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung

	SPD	CDU	FDP	zus.
Kommunalwahl 13. 9. 1961	30	21	3	54
Kommunalwahl 27. 9. 1964	36	19	–	55
Kommunalwahl 9. 11. 1969	34	21	–	55
Kommunalwahl 4. 5. 1975	43	24	–	67

Nach den innerorganisatorisch relativ konfliktfreien 1950er Jahren erlebte die sozialdemokratische Bewegung in Gelsenkirchen ab Ende der 1960er

UB GE, Jahresbericht 1968/69, S. 5 und 21; SPD UB GE, Jahresbericht 1970/71, S. 12 und 15; SPD UB GE, Jahresbericht 1972/73, S. 7 und 19; SPD UB GE, Jahresbericht 1980/81, S. 28 und 34.

Jahre größere innere Auseinandersetzungen im Kontext der umfassenden gesamtgesellschaftlichen Aktivierung und Politisierung, weil sich gesellschaftliche Konflikte auch in der SPD, die in der gesellschaftlichen Aufbruchstimmung zum Hoffnungsträger von Reformvorstellungen wurde, auf das innerorganisatorische Leben übertrugen, welches zusätzlich sozialstrukturelle Veränderungen zu verkraften hatte.

Veränderungen der Mitgliederstruktur

Die Mitgliederzahlen der SPD stiegen ab Mitte der 1960er Jahre mit der Entstehung gesellschaftlicher Aufbruchbewegungen erheblich an. Die Neumitglieder spiegelten die sozialstrukturellen Veränderungen wie die auch in Gelsenkirchen erfolgende Ausweitung des Dienstleistungsbereichs mit seinen spezifischen Statusmerkmalen wider, so daß bürgerliches Denken und bürgerliche Lebensgewohnheiten verstärkt Eingang in die Partei fanden.[1] Insbesondere die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, aber auch andere Gruppen von Angestellten, fanden zur Gelsenkirchener Mehrheitspartei[2]: „Und die Partei kriegte ja auch langsam eine vollkommen andere Struktur [. . .] es kamen viel mehr aus intellektuellen Kreisen, der öffentliche Dienst dominierte noch mehr als früher, es gab dann auch diesen Gegensatz Bergbau und öffentlicher Dienst gar nicht mehr, weil der Bergbau immer mehr ins Hintertreffen geriet, rein wirtschaftlich." Es dürfte jedoch anzunehmen ein, daß die Neumitglieder der Gelsenkirchener SPD insgesamt eher aus Arbeiterfamilien stammten und durch Qualifizierungsprozesse sozialstrukturell nicht mehr zur Arbeitergruppe gehörten.[3]

Tabelle 93: Mitgliederentwicklung der SPD im Unterbezirk Gelsenkirchen 1959–1976[4]

	Gelsenkirchen					Bezirk	Bund
	Männer		Frauen		insges.	insges.	insges.
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	abs.	abs.
1959	4 683	78,0	1 321	22,0	6 004	89 230	634 254
1960	4 661	78,0	1 314	22,0	5 975	90 100	649 578
1961	4 753	78,3	1 319	21,7	6 072	90 878	644 780
1962					6 250	91 259	646 584

1 G. Stuby, SPD, [2]1977, S. 362. Vgl. H. Grebing, Geschichte, [11]1981, S. 246.
2 Interview Egbert Reinhard 19.12.1985.
3 Vgl. B. Hombach, Aufsteigen, 1984, S. 227 f.; H. Becker u. a., 1983, S. 39 und 62 ff.
4 Jeweils Jahresende. Stadt Ge, Chronik 1965, S. 110; Stadt Ge, Chronik 1968, S. 32; Jahreshauptversammlung am 23.4.1961, in: AdsD SPD UB Ge 157; Jahreshauptversammlung am 1.3.1959, in: AdsD SPD UB Ge 158; SPD UB Ge, Jahresbericht 1962/63, S. 7 ff.; SPD UB Ge, Jahresbericht 1964/65, S. 9; SPD UB Ge, Jahresbericht 1966/67, S. 8; SPD UB Ge, Jahresbericht 1968/69, S. 14 und 36; SPD UB Ge, Jahresbericht 1970/71, S. 9 und 30; SPD UB Ge, Jahresbericht 1972/73, S. 11 und 31; SPD UB Ge, Jahresbericht 1974/75, S. 11 und 19; SPD UB Ge, Jahresbericht 1976/77, S. 21 ff.; SPD Nordrhein-Westfalen, 30 Jahre, 1975, S. 26, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 39.

Tabelle 93: Mitgliederentwicklung der SPD 1959–1976 (Forts.)

	Gelsenkirchen					Bezirk	Bund
	Männer		Frauen		insges.	insges.	insges.
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	abs.	abs.
1963	4 909	77,8	1 397	22,2	6 306	91 294	648 415
1964						94 846	678 484
1965	5 456	77,7	1 565	22,3	6 653	98 840	710 448
1966						101 619	727 890
1967	5 598	76,2	1 759	23,8	7 357	100 978	733 004
1968	5 482	75,8	1 747	24,2	7 229	102 785	732 446
1969	5 964	75,8	1 900	24,2	7 864	116 064	778 945
1970	6 210	75,8	1 985	24,2	8 195	121 088	820 202
1971	6 539	75,5	2 123	24,5	8 662	122 450	847 456
1972	7 447	75,2	2 455	24,8	9 902	135 522	954 394
1973	7 565	74,6	2 581	25,4	10 146	136 098	973 601
1974	7 440	73,0	2 755	27,0	10 195	134 213	990 682
1975	7 866	71,8	3 086	28,2	10 952	136 382	998 471
1976	8 537	71,1	3 474	28,9	12 011	140 964	1 022 191

Tabelle 94: Alters- und Sozialstruktur der neuaufgenommenen SPD-Mitglieder im Unterbezirk Gelsenkirchen in v. H. 1964–1970/71[5]

	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970/71
insgesamt abs.	940	782	734	613	564	1320	1810
Männer	75,6	77,6	71,0	70,1	72,5	75,0	71,5
Frauen	24,4	22,4	29,0	29,9	27,5	25,0	28,5
Altersstruktur							
unter 20 J.	3,7	2,9	4,1	5,5	8,1	8,5	13,4
20-30 J.	22,3	24,0	23,9	22,7	23,4	26,6	26,6
30-40 J.	29,1	29,0	27,9	28,5	28,6	28,9	29,8
40-50 J.	23,1	25,4	24,2	22,9	22,4	22,1	18,5
50-60 J.	14,8	10,2	11,0	11,0	11,7	8,3	6,1
über 60 J.	6,9	8,3	9,1	7,8	5,8	5,6	5,9
Sozialstruktur							
Arbeiter	45,6	46,9	39,7	36,2	40,4	39,5	36,7
Angestellte	20,8	19,3	21,3	22,5	23,2	27,8	26,1
Beamte	3,2	5,1	4,3	6,2	4,3	3,3	5,0
Schüler/Studenten	1,1	1,9	1,5	1,8			2,7
andere Berufe	6,5	6,0	5,5	3,3	7,8	7,5	3,5
Rentner	3,5	3,7	2,7	4,6	2,3	3,3	5,6
Hausfrauen	19,1	17,0	25,0	25,3	22,0	18,6	20,4

5 SPD UB Ge, Jahresbericht 1964/65, S. 6 f.; SPD UB Ge, Jahresbericht 1966/67, S. 10; SPD UB Ge, Jahresbericht 1968/69, S. 15 f.; SPD UB Ge, Jahresbericht 1970/71, S. 25. Alters- und Sozialstruktur der Neumitglieder der Gesamt-SPD nach: S. Miller, SPD vor, 1975, S. 51 und 67.

Die Neueintritte kamen besonders den Jungsozialisten zugute. Der Anteil der Frauen blieb weiterhin deutlich unter deren Anteil an der Bevölkerung. Relativ wenig berufstätige Frauen fanden zur SPD, und im Unterschied zu den Männern waren weibliche Neumitglieder durchschnittlich älter. Der Mitgliederzustrom konfrontierte die Gelsenkirchener SPD mit erheblichen Problemen[6]: „Die euphorisierten Willy-Wähler, die sind ja aus der Situation der damaligen Zeit in die Partei gekommen, eingefangen von diesem, was sich da abgespielt hat, diese bösartigen Unterstellungen gegen Willy Brandt. [...] Diese Menschen, die damals zu uns gekommen sind, sind ja aus diesen Zeitgeschehnissen heraus zu uns gekommen, die sind nicht aus einer längerfristigen geistigen Entwicklung heraus zu uns gestoßen. Die haben also darum auch nicht den inneren Bezug. [...] Dadurch verflacht das andere – die ideologische Bindung verflacht ja dadurch, daß Mitglieder zu uns stoßen, die aus dem Spontanerlebnis heraus zu einer bestimmten Sachfrage ... Das hat natürlich auch die Struktur verändert." Die Gelsenkirchener SPD sah sich nicht nur vor die Tatsache gestellt, daß sich durch Neueintritte die Sozialstruktur der Mitgliedschaft veränderte, sondern insgesamt hatte die traditionelle Art der Mitgliederrekrutierung der SPD an Bedeutung verloren[7]: „Etwas hat nicht stattgefunden, was mal Ursprung der Partei war, (daß sich) vom Kinderverband, über den Jugendverband in die Partei hinein, sich die Teilnahme an der Ideologie vollzogen hat. [...] Es ist auch kein Selbstverständnis mehr, daß der Vater und die Mutter die politische Richtung haben und es ist auch kein Selbstverständnis mehr, daß logischerweise die Kinder dann auch von Anbeginn an den Weg mitgehen. [...] Die Parteimitgliedschaft hat sich selbst nicht nachgefüllt." In der Mitgliederrekrutierung wurden also ab Ende der 1960er Jahre auch in Gelsenkirchen Tendenzen zu einer Entwicklung zur Volkspartei sichtbar: Der Typ des gewerblichen Arbeiters wurde zurückgedrängt; die Vorprägung der Neumitglieder war weniger durch großbetriebliche Erfahrungsstrukturen geprägt; die politisch-kulturelle Vorprägung und die Motivation zum Parteieintritt war weniger bestimmt von vorherigem Engagement in sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen oder Industriegewerkschaften; stattdessen motivierten mehr die Zustimmung zur SPD-Politik in einzelnen oder gesamtgesellschaftlichen Fragen den Partei-Beitritt.

Wandel des Funktionärskörpers und der Parteiarbeit

War bis in die 1960er Jahre hinein eines der Kennzeichen des innerorganisatorischen Lebens in der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens die relative Unangefochtenheit von Funktions- und Mandatsträgern, so trat auch hierin Ende der 1960er Jahre eine Änderung ein, mitgetragen von

6 Interview Karl Heinz Wolf 18.11.1985.
7 Interview Karl Heinz Wolf 18.11.1985.

den im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Aufbruchstimmung aktivierten Jungsozialisten und vielen der Neumitglieder. Im gesellschaftlichen Kontext einer breiten Reformbewegung wurden nun innerorganisatorische Autoritäten und Machtstrukturen, wie sie im Rahmen der „Sozialdemokratisierung" des Ruhrgebietes entstanden waren, in Frage gestellt[1]: „Im Grunde war es das Anliegen, die Partei reif zu machen eben für freieres demokratisches Leben." In der Auseinandersetzung bildeten sich gegen Ende der 1960er Jahre zwei innerparteiliche Fraktionen, die, benannt nach den Gaststätten, in denen sie sich trafen, als Uhlenbrock-Kreis und Waldhaus-Kreis in die Geschichte der Gelsenkirchener SPD eingingen.[2] Die Auseinandersetzungen lagen begründet in der spezifischen Nachkriegsentwicklung. Getragen von der betrieblich-gewerkschaftlichen Basis hatte sich ein meist aus der Montanindustrie stammender Funktionärstyp herausgebildet, der mit der erfolgreichen Vertretung der materiell-individualistischen Interessen der Arbeiter der Montanindustrie Gelsenkirchens große Loyalität hatte erzeugen können. Dieser war gewohnt, selbständig schalten und walten zu können, solange er seinen Vertretungsaufgaben nachkam. Er teilte mit der Masse der Gelsenkirchener Arbeiter in seiner Praxis den Verlust einer utopischen Zukunftsperspektive. Aufgrund dieser fehlenden Utopie gab es in der Gelsenkirchener SPD keinen Integrationsmechanismus, der in der Lage gewesen wäre, über soziale Differenzierungen, wie sie durch die zahlreichen Parteieintritte und die Aufbruchstimmung unter den Jungsozialisten entstanden, hinwegzuhelfen.[3]

Der Gedanke von mehr innerparteilicher Demokratie, d. h. die Anwendung der Parole „Mehr Demokratie wagen" auf die eigene Partei, spielte in den Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle, nachdem sich in den Jahren des Ausbaus und der Stabilisierung der Bewegung auch hierarchisch-autoritäre Strukturen herausgebildet hatten und eine Gewöhnung daran eingetreten war.[4] Im Sinne innerer Demokratisierung wurde auf der Jahreskonferenz des SPD-Unterbezirks 1970 – allerdings sicher auch taktisch motiviert – der dann aber abgelehnte Antrag gestellt, daß Unterbezirksvorstand und Revisoren nicht stimmberechtigt sein sollten, also nicht über „geborene" Mandate verfügen sollten.[5] Der gleichzeitig gestellte Antrag, Personalwahlen geheim durchzuführen und eine Aussprache über Kandidaten zuzulassen, wurde gegen eine große Minderheit angenommen.[6] Bei den innerparteilichen Wahlen traten nun verstärkt Gegenkandidaten auf.[7]

---

1 Interview Egbert Reinhard 19.12.1985.
2 Vgl. z. B. Interview Egbert Reinhard 19.12.1985; Interview Hans Frey 26.2.1987.
3 Vgl. L. Niethammer, Vorwort, 1983, S. 13 f.
4 "Selbst so 'ne Entwicklung, die Willy Brandt eingeleitet hat, mit Demokratie wagen, Reformen, das war an sich schon etwas, was über dem ging, wie sie an sich sich Politik vorstellen." Interview Hans Frey 26.2.1987.
5 Niederschrift UB-Jahreskonferenz am 28.2.1970, in: AdsD SPD UB Ge 86.
6 Ebd.
7 Stadt Ge, Chronik 1959, S. 63; AdsD SPD UB Ge 156; Jahreshauptversammlung am 1.3.1959, in: AdsD SPD UB Ge 158; Stadt Ge, Chronik 1960, S. 63; AdsD SPD UB Ge 157; Niederschrift UB-Jahreshauptversammlung am 18.3.1962, in: AdsD SPD UB Ge 310; Stadt Ge, Chronik 1962, S. 88; SPD UB Ge, Jahresbericht 1962/63, S. 3; Niederschrift UB-

Während sich die Konflikte in der (Partei–)Öffentlichkeit vornehmlich als Auseinandersetzungen um die Besetzung von Funktionen und Mandaten widerspiegelten, ging es auch um alte Strukturprobleme politischer Parteien wie das Verhältnis zwischen der Partei und ihrer Parlamentsfraktion, das Verhältnis von Parteibasis und Parteiführung und das Problem umfangreicher Verflechtungen zwischen verschiedenen politischen Entscheidungsebenen. Der Unterbezirksparteitag war nicht länger gewillt hinzunehmen, daß wichtige kommunalpolitische Entscheidungen in der Ratsfraktion gefällt wurden, sondern verlangte auf dem Parteitag am 26.2.1971, „künftig vor schwerwiegenden politischen Entscheidungen einen Parteitag einzuberufen". Der Beschluß zur Herbeiführung eines kontinuierlichen Dialoges zwischen Partei und Fraktion wurde in der folgenden Zeit mehrfach bestätigt.[8] Darüberhinaus wurde die mangelnde Beschäftigung mit aktuellen politischen Fragen und die fehlende Nutzung von Mobilisierungsmöglichkeiten und daher der Charakter der Partei „als Wahlmaschine und Apparat zur Verteilung von Ämtern" kritisiert.[9]

Ein großer Teil der Auseinandersetzungen der Jahre von etwa 1969 bis 1972/3 wurde unter dem Stichwort „Doppelmandate" geführt. In der Doppelmandatsfrage ging es der innerparteilichen Opposition um die Entflechtung von politischen Mandaten auf den verschiedenen föderalen Ebenen, d. h. die führenden Kommunalpolitiker sollten nicht gleichzeitig Landtags- oder Bundestagsabgeordnete sein. Der hierzu angestrebte Beschluß sollte sich nicht gegen einen gewissen, als notwendig anerkannten Grad der Ämterkumulation richten, sondern gegen bestimmte Ämterkombinationen, die durch Verquickung von innerparteilichen Funktionen und öffentlichen Mandaten zu viel Macht in zu wenigen Händen konzentrierten und Entscheidungsstrukturen unkontrollierbar machten.[10] Letztlich prallten in dieser Frage unterschiedliche Politikverständnisse und Erfahrungshintergründe aufeinander, weswegen die Konflikte auch mit großer Härte ausgetragen wurden. Die „Alten" hatten in der Nachkriegszeit gelernt, daß einerseits die Kumulation betrieblich-gewerkschaftlicher und parteipolitischer Funktionen und Mandate im Politikmodell der basisnahen Stellvertretung äußerst erfolgreich war, und hatten dann andererseits dieses Modell weiterentwickelt zu einer Kumulation politischer Mandate auf mehreren politischen Entscheidungsebenen (Gemeinde, Land und Bund). Diese Kumulation verschaffte den jeweiligen Amtsinhabern, von denen es naturgemäß nur wenige geben konnte, einen erheblichen Informationsvorsprung und die Möglichkeit der einheitlichen Artikulation und Durchsetzung von Interessen im fragmentierten politischen Entschei-

---

Jahreshauptversammlung, in: AdsD SPD UB Ge 87; STADT GE, Chronik 1966, S. 24; STADT GE, Chronik 1968, S. 32; SPD UB GE, Jahresbericht 1968/69, S. 5; Niederschrift UB-Jahreskonferenz am 28.2.1970, in: AdsD SPD UB Ge 86; STADT GE, Chronik 1972, S. 44.

8 Bestätigungen auf den Parteitagen am 27.5.71, 20.6.72, 29.3.73 (Diskussion ohne Beschluß), 10.5.73 (erneute entsprechende Antragstellung), nach Juso-Info II/1973, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. K. SCHONAUER, 1982, S. 142 ff.

9 Juso-Info II/1973, in: Akten SPD UB Ge.

10 Ebd.

dungsprozeß.[11] Dieses Politikmodell stieß nun offensichtlich an die Grenzen der von Teilen der Partei tolerierten Machtzusammenballung. Das Politikmodell der Sozialdemokraten aus dem schwerindustriell geprägten Ruhrgebiet stieß auch da an seine Grenzen, wo die Basis selbst aktiv werden wollte und deswegen ihrer Vertreter weniger bedurfte bzw. ihnen andere Aufgaben zuwies. Insbesondere die „Jüngeren", die nicht die Nachkriegserfahrungen gemacht hatten, meist nicht aus den montanindustriellen Großbetrieben stammten und im „Wirtschaftswunder" aufstiegsorientiert und individualistisch geprägt worden waren, forderte die Ämterhäufung heraus. Den Spitzenfunktionären warfen sie bloße Verwaltung und die Vernachläßigung politischer Gestaltungsmöglichkeiten vor.[12] Allerdings war Gelsenkirchen zu sehr „Provinz" und die konkreten Probleme zu nah, als daß ein Abgleiten in endlose Theoriedebatten möglich gewesen wäre[13]: „Das hatte hier so 'n bißchen diesen bodenständigen Drall [. . .] Das Machbare stand auch bei aller Antikapitalismusstrategie doch bei uns auch immer wieder im Vordergrund." Auf dem Unterbezirksparteitag am 27. Mai 1971 fiel nach monatelanger Diskussion der Beschluß gegen die Doppelmandate.[14]

Nach dem Doppelmandatsbeschluß war der Höhe- und Wendepunkt der innerparteilichen Auseinandersetzungen die Entscheidung einer Delegiertenmehrheit auf dem Parteitag am 10. Mai 1973, den Unterbezirksvorstand zum Rücktritt aufzufordern. Herbeigeführt wurde der aufgrund des Erstarkens der innerparteilichen Oppositionsgruppe absehbare Machtwechsel durch einen machtpolitischen Kompromiß „hinter den Kulissen", als Teile der Vorstandsmehrheit zur Opposition überliefen.[15] Neben taktischen Fragen hatten somit die sozialstrukturellen Erfahrungsunterschiede schließlich wesentlich zur Erlangung der Mehrheit durch die innerparteiliche Opposition beigetragen. Auf dem Unterbezirksparteitag am 4. August 1973 fand dann ein Wechsel an der Spitze der SPD statt.[16] In der folgenden Zeit vollzog sich schrittweise der Wechsel im Funktionärskörper des Unterbezirks und der Ortsvereine, teilweise als Generationswechsel, teilweise als Machtwechsel.[17] Den Abschluß des Austausches von Funktionären bildeten drei Konferenzen zwischen November 1974 und Januar 1975, auf denen die Nominierungen für die 1975er Landtags- und Kommunalwahl

---

11 Vgl. Darstellung in Interview Josef Löbbert 12.11.1985.

12 "Der entscheidende Vorwurf war eben, daß die im Grunde nur verwaltet haben." Interview Hans Frey 26.2.1987.

13 Interview Hans Frey 26.2.1987.

14 Protokoll Unterbezirksparteitag am 27. Mai 1971, in: Unterlagen zum Unterbezirksparteitag am 22.11.1984, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. Analyse und Stellungnahme des Unterbezirksvorstandes der Jungsozialisten zu dem von Josef Löbbert vorgelegten „Schwarzbuch", Würdigung der politischen Situation des UB's und Konsequenzen daraus für die Partei und die Jungsozialisten, September 1971, in: Akten SPD UB Ge; SPD UB Ge, Jahresbericht 1970/71, S. 13.

15 Juso-Info II/1973, in: Akten SPD UB Ge; Interview Egbert Reinhard 19.12.1985; Interview Hans Frey 26.2.1987.

16 Heinrich Meya übernahm den Vorsitz und auch ein Teil der Beisitzer wurde ausgewechselt. SPD UB Ge, Jahresbericht 1972/73, S. 6 f. und 16.

17 Vgl. Interview Karl Heinz Wolf 5.11.1985.

vorgenommen wurden. Nachfolger von Oberbürgermeister Josef Löbbert, der dem ehemaligen DGB-Kreisvorsitzenden Hubert Scharley (1963-1969) im Amt nachgefolgt war, wurde Werner Kuhlmann.[18] Drei Wochen später wurde der ehemalige Oberbürgermeister Josef Löbbert nicht wieder für die Bundestagskandidatur nominiert.[19] Im Vorstand verschwanden die Spitzenfunktionäre der 1960er Jahre mehr und mehr.

Tabelle 95: Struktur der Ortsvereinsfunktionäre und der Mandatsträger im SPD-Unterbezirk Gelsenkirchen im Vergleich zur Mitgliederstruktur in v. H am 31. Dez. 1980[20]

	Funkt.	Mandatst.	Mitgl.	Männer	Frauen
insgesamt abs.	414	49	12 130	8 265	3 865
Männer	80,7	85,7	68,1		
Frauen	19,3	14,3	31,9		
Alter					
bis 21 J.	0,2	0,0	2,8	2,8	2,8
18-34 J.	11,8	6,1	24,0	24,6	22,8
35-59 J.	66,4	83,7	56,6	59,2	51,3
60-80 J.	21,7	10,2	19,3	16,2	26,0
Eintritt					
vor 1945	3,1	0,0	1,9	1,8	2,1
1945-49	9,4	12,2	4,3	4,6	3,6
1966-69	24,6	22,4	10,7	11,1	9,9
1970-72	13,3	6,1	15,7	16,8	13,4
1973-76	2,9	0,0	29,2	27,6	32,5
1977-80	0,5	0,0	22,5	20,0	28,0
Beschäftigung					
(Fach)Arbeiter	24,9	16,3	35,4	49,5	5,2
Angestellte	28,7	42,9	17,7	20,4	11,7
Beamte	17,9	10,2	5,3	7,2	1,2
Selbständige	4,1	12,2	4,1	5,1	2,0
Lehrlinge	1,0	0,0	2,2	2,4	1,7
Schüler/Studenten	3,1	0,0	5,1	5,7	3,6
Rentner/Pensionäre	5,3	4,1	6,6	8,3	3,1
Hausfrauen	15,0	14,3	22,9	0,4	71,0

18 Stadt Ge, Chronik 1963, S. 112; Interview Josef Löbbert 12.11.1985.

19 Im März 1976 konnte sich Werner Kuhlmann als Vorsitzender der Gelsenkirchener SPD durchsetzen. SPD UB Ge, Jahresbericht 1974/75, S. 3 und 8 und Vorstandsliste in: SPD UB Ge, Jahresbericht 1976/77, S. 6 und 10.

20 Zusammengestellt nach SPD-Mitgliederstatistik vom 31.12.1980 (Sinus-Studie), in: Akten SPD UB Ge.

Tabelle 95: Struktur (Forts.)

	Funkt.	Mandatst.	Mitgl.	Männer	Frauen
Gewerkschaftsmitglieder					
DGB	64,3	59,2	42,2	56,6	11,4
ÖTV	28,3	14,3	13,0	16,2	6,0
IGM	8,2	10,2	8,6	12,2	0,9
IGBE	17,4	18,4	10,8	15,5	0,7
IG Chemie	3,4	4,1	3,7	5,1	0,8

Die neue Mehrheit ging nun daran, die Partei zu erneuern.[21] Insbesondere wurde die politische Diskussion auf eine breitere Basis gestellt, Parteigremien tagten parteiöffentlich, Vorstellungen bei Personalwahlen wurden üblich, und neue Satzungen regelten die Beziehungen zwischen Gremien, Gliederungen und Mitgliedern verläßlich.[22] Um eine breite innerparteiliche Diskussion zu initiieren, bemühte sich der im August 1973 neugewählte SPD-Unterbezirksvorstand, wichtige Themen in Kommissionen aufzugreifen, die von Vertretern des Vorstandes und der Arbeitsgemeinschaften beschickt wurden. Weiterreichende oder gar die Parteibasis aktivierende Wirkung zeigten die abgehobenen Kommissionen aber nicht.[23] Trotzdem politisierte sich die Diskussion auch in den Ortsvereinen.[24] Neben die „üblichen" Parteitage, die vorwiegend der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben gedient und selten zu wichtigen Ereignissen und Politikfeldern Stellung genommen hatten, traten zusätzlich die „Sachparteitage".[25] Die Sachparteitage wurden 1976 abgelöst durch problemorientierte Parteitage mit meist prominenten Referenten zu bestimmten Themen.[26] Diese Parteitage initiierten meist keine intensive Befassung mit den spezifischen Themen. Anträge wurden entweder vom Unterbezirksvorstand selbst gestellt oder als Initiativanträge eingebracht, die kaum

21 "Da war'n wirklich richtige Elemente der Erneuerung da, und das war ja auch in den ersten Jahren [...] war das 'ne andere Partei hier, die sich ganz eindeutig, von ihrer Art, sich darzustellen, ihrer Art, Themen zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen, von dem unterschied [...] was vorher war." Interview Hans Frey 26.2.1987.

22 Vgl. Interview Hans Frey 26.2.1987.

23 Solche Themen waren z. B. 1973 Bodenrecht, Orientierungsrahmen '85, Vermögensbildung, Kommunalpolitik, Städtebau und Wohnungspolitik. Berichte der Kommissionen in: SPD UB Ge, Jahresbericht 1972/73, S. 84 ff.

24 "Die Veränderung bestand darin, daß einfach plötzlich 'ne stärkere politische Diskussion in den Ortsvereinen war." Interview Hans Frey 26.2.1987.

25 Sachparteitage: Jugend-Freizeit-Erholung-Sport (19.6.74), Gesundheit-Soziales-Ältere Bürger-Benachteiligte Gruppen-Ausländerfragen (23.7.74), Stadterneuerung-Wohnungsbau-Verkehr-Umweltschutz-Liegenschaftspolitik (24.9.74), Wirtschaftsförderung-Strukturpolitik-Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen (29.10.74), Bildung-Kultur-Erwachsenenbildung (16.1.75). Vgl. SPD UB Ge, Jahresbericht 1974/75, S. 13 f.

26 Bundestagswahl 1976 (22.11.76), Stadtentwicklung (16.12.76), Parteiarbeit 1977 (27.1.77), Arbeitslosigkeit (17.3.77), Kommunalpolitik (24.5.77), Europawahlen (15.6.77), Energiepolitik (13.9.77), Schul- und Bildungspolitik (24.11.77), Kommunalpolitik in Gelsenkirchen (7.3.78), Europawahl (24.8.78), Nach der Hessenwahl (2.11.78), Wahlen 1979 (27.3.79), Kommunales Aktionsprogramm (26.5.79), Kommunalwahl (15.8.79), Bundesparteitag (13.11.79) usw. SPD UB Ge, Jahresbericht 1976/77, S. 10; SPD UB Ge, Jahresbericht 1978/79, S. 12; SPD UB Ge, Jahresbericht 1980/81, S. 11.

intensivere Vorarbeiten größerer Kreise der Mitgliedschaft verursacht hatten. Zudem hatten die Anträge oft Resolutionscharakter und wurden entsprechend an Parteigremien oder Landtags- und Bundestagsfraktion weitergeleitet. Anträge mit der Aufforderung zu konkretem Aktivwerden in Gelsenkirchen zur Umsetzung politischer Maßnahmen waren selten.[27]

Nicht allein die Umwälzungen auf der Ebene des Parteiunterbezirks veränderten die politische und kulturelle Praxis: Nachdem die Masse der Gelsenkirchener nicht mehr so einfach über Betriebsgruppen in wenigen Großbetrieben erreicht werden konnte, wandte sich die SPD Gelsenkirchens verstärkt dem Wohnbereich zu und mußte zwangsläufig mit der sich verlängernden Freizeit auch im Reproduktionsbereich aktiv werden. Zudem waren die Menschen mit herkömmlichen Politikformen nur noch schwer zu erreichen[28]: „Wir haben beispielsweise hier in Gelsenkirchen eine ganz andere Wahlkampfführung angefangen, '75 mit den Hinterhoffesten. [. . .] Daß wir einfach wirklich in die Hinterhöfe gegangen sind und haben gesagt, so und nicht nur blutvolle Politik, sondern auch 'nen bißchen gesellig miteinander. [. . .] Früher gab es drei große Veranstaltungen für Frauen [. . .] mit 800 und 1000 Frauen auf'n Haufen. Heute machen 28 Ortsvereine 'nen Kaffeenachmittag, erreichen umgerechnet viel mehr Frauen [. . .] Wobei Kundgebungen immer noch ihren hehren Charakter haben – Aufmarsch der Massen [. . .] eine Demonstration von organisierter Solidarität. Hat schon beides was für sich. [. . .] Das ist ein alter Hut: Der Bürger kommt nicht überall hin. Aber wenn wir zu ihm hingehen, hört er schon uns an und liest unser Papier." Mit der Hinwendung zu Veranstaltungen stärker geselligen Charakters, die in Form von Herbstfesten, Frühlingsfesten, Straßenfesten, Skatturnieren und „Talk-Shows" eine erhebliche Verbreitung fanden, wurde bei den Bürgern und der Masse der teilnehmenden Mitgliedschaft eine Konsumhaltung noch gefördert, und eine Entpolitisierung wurde eher verstärkt, und so dauerte es erst einige Zeit, bis sich diese neuen Formen gegen ältere inhaltliche Ansprüche durchsetzten[29]: „Wer hätte sich schon vor 10 Jahren getraut, 'nen Skat- oder 'nen Kniffelturnier zu machen. Das stand [. . .] unter der Würde einer politischen Gruppe, sich mit solchen Dingen zu befassen." Allerdings wäre es falsch, in der exzessiven Organisation von diversen Festlichkeiten in arroganter Verkennung der Bedürfnisse der Bevölkerung nur eine Förderung von Entpolitisierung und passiver Konsumhaltung zu sehen, denn z. T. gelang es in kaum quantifizierbarem oder qualifizierbarem Maße, gesamtgesellschaftlich beförderter Passivität und Entsolidarisierung entgegenzuwirken. Im Umfeld sozialdemokratischer Aktivitäten im Freizeitbereich wurden nicht nur kleinräumige Solidarstrukturen geschaffen, sondern vielfach entwickelten sich auch politische Initiativen, wie die Forderung nach Verkehrsberuhigung, nach Schaffung von Bauspielplätzen, nach Wohnumfeldverbesserungen, nach Gesamtschulen usw. Eingebettet

27 Z. B. Antragsübersicht von 1976/7 in: SPD UB Ge, Jahresbericht 1976/77, S. 11 ff.
28 Interview Karl Heinz Wolf 18.11.1985.
29 Interview Karl Heinz Wolf 18.11.1985.

war diese Arbeit in ein uneinheitliches, nie wirklich diskutiertes oder schriftlich fixiertes Konzept von „Stadtteilarbeit"[30]. Kennzeichen dieses Konzeptes war das Zusammwirken von und die Kommunikation zwischen den Organisationen der sozialdemokratischen Bewegung im Stadtteil und z. T. selbst eingerichteten Initiativgruppen (von Eltern, Anwohnern etc.) oder örtlichen Vereinen und Verbänden. Im Freizeitbereich wurden die Anliegen der Bewohner aufgegriffen und über die vielfältigen Einflußmöglichkeiten der sozialdemokratischen Bewegung in Kommune, Stadtverwaltung, betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionen, überörtlichen Parteifunktionen etc. einer Lösung zugeführt. Nach dem Bedeutungsverlust des sozialdemokratischen Politikmodells in der Schwerindustrie des Ruhrgebietes wegen des Absterbens dieser Industrie stellte dieses Politikmodell quasi die Übertragung der basisnahen Stellvertretung mit begrenzter Mobilisierung vom betrieblichen Bereich auf den Freizeit- und Wohnbereich dar. Entsprechend wandelten sich z. T. auch die Aufgabenfelder des sozialdemokratischen Multifunktionärs. Einen erhöhten Stellenwert erlangten nun neben Parteifunktion, öffentlichen Ämtern und betrieblich-gewerkschaftlichen Funktionen auch Funktionen in Freizeitorganisationen wie Kleingartenvereinen, Sportvereinen, Taubenvereinen usw. Hier wie dort begründeten tatsächlich erreichte Verbesserungen der Lebensverhältnisse das Vertrauen in die SPD. Die Übertragung des Politikmodells der basisnahen Stellvertretung auf den Stadtteil und in den Freizeitbereich wurde jedoch zunehmend durch die Finanzlage der Ruhrgebietsstädte gefährdet, weil die verteilungsfähige Verfügungsmasse schwand.[31]

Ausbau und Differenzierung im Umfeld: Jungsozialisten · Betriebsgruppenarbeit · Falken · Frauengruppen · Arbeiterwohlfahrt

Die 1960er Jahre waren bei den aus den Traditionen der Arbeiterkulturbewegung entstandenen Verbänden der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens eine Phase der Erweiterung der Aufgaben und des organisatorischen Ausbaus, beruhend einerseits auf dem Eindringen staatlicher

---

30 Da es zur „Stadtteilarbeit" kein schriftlich fixiertes Konzept gibt, kann nur die praktische Gestaltung verfolgt werden, z. B. in: SPD Ortsverein Horst Nord, 1984; SPD Ortsverein Ge-Bulmke, 1988; ansatzweise auch SPD Ortsverein Hassel-Nord, 1980, S. 40 ff.; SPD Ortsverein Buer-Mitte III, 1987. Zur Mittlerfunktion von Sozialdemokraten „vor Ort" B. Faulenbach, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 147. Vgl. auch H. Becker u. a., 1983, S. 34 f. „Nachbarschaftshilfe und organisierte Betreuung vieler Lebensbereiche" und die „säkularen Strukturen der Arbeiterbewegung" bei B. Hombach, Weg, 1987, S. 250. Zur „lokalistischen Einfärbung" der Politik im Ruhrgebiet auch: B. Faulenbach, Struktur, 1987, S. 415. Zum Wandel des Arbeiterwohnens und der Familienstrukturen auch: J. Mooser, 1984, S. 151 ff.

31 Für Ge: Entwicklung der originären Fehlbedarfsbeträge bis zum Jahr 2000 (im städtischen Haushalt), Kommunalverband Ruhrgebiet, Kommunalfinanzbericht Ge 1985, Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V., Stellungnahme zur Haushalts- und Finanzpolitik der Stadt Ge, in: SPD-Fraktion Ge, Materialien, 1986.

Sozialpolitik in Arbeitsfelder der sozialdemokratischen Umfeldorganisationen, was zu Ausbau und Professionalisierung führte, und andererseits begründet in der Konkurrenz des Marktes, der zunehmend auch in den Freizeitbereich eindrang und zur Erhaltung der Attraktivität der sozialdemokratischen Eigenaktivitäten zu Veränderungen der Arbeit zwang.[1] Wie in der Mutterpartei zeigten sich aber auch im sozialdemokratischen Umfeld Differenzierungsprozesse.

Bis gegen Mitte der 1960er Jahre waren die aktiven *Jungsozialisten* eine relativ kleine Gruppe und wurden als elitär angesehen, weil sie sich stärker mit theoretischen Fragen beschäftigten.[2] Insbesondere widmeten sie sich der Durchführung von Bildungsveranstaltungen wie zehnteiligen Vortragsreihen über Karl Marx oder die Entwicklung des wissenschaftlichen Denkens seit dem Mittelalter (beide von Prof. Kofler) und Vorträgen und Diskussionen zu Themen wie SPD und Kirche, Deutschlandpolitik, Europapolitik, Notstandsgesetze.[3] Ihrem Selbstverständnis nach waren die Gelsenkirchener Jungsozialisten „ein Trainingslager, in dem der Nachwuchs für die großen Aufgaben der Partei herangebildet werden" sollte.[4] Mit dem Aufkommen der Studentenbewegung änderte sich die geringe Bedeutung der Jungsozialisten fast schlagartig. In einer Region, die wie Gelsenkirchen durch die Auseinandersetzung an den Universitäten kaum erreicht wurde, spielte die Schülerbewegung, besonders an weiterführenden Schulen, eine wichtige Rolle zur Aktivierung von Jugendlichen, wobei eher praktische Fragen im Vordergrund der Auseinandersetzungen mit überkommenen Strukturen standen[5]: „Das war so auf der Ebene der Schülergeschichten [. . .] Kampf um den Cola-Automat, Raucherhof [. . .] Das war'n also Riesengeschichten." Entsprechend der Entwicklung des „Grossen Bruders", der Studentenbewegung, stürzte sich die Schülerbewegung auch auf die „großen" aktuellen politischen Auseinandersetzungen, wie z. B. die Notstandsgesetze[6]: „Da reiste dann also einer extra vom SDS an aus Bochum, der organisierte dann hier eine Schülerdemonstration. Da hat man da so mit pupperndem Herzen mitgemacht." Aufgrund bewußter politischer Entscheidung kamen Teile der Studenten- und Schülerbewegung zur SPD bzw. zu den Jungsozialisten. Weitere Gruppen, die bei den Jungsozialisten aktiv wurden, waren jüngere Arbeiter, jüngere (Verwaltungs-) Angestellte und Lernende bzw. Studierende technischer Berufe.[7] Bis 1972 verdoppelte sich die Zahl der aktiven Arbeitsgemeinschaften der Gelsen-

---

1 Vgl. zum Vordringen des „formellen Sektors" in den informellen Sektor von Freizeit und Alltag, wo die „alte" Arbeiterkultur beheimatet war: F. DEPPE, G. FÜLBERTH, S. KNAAB, 1986, S. 198.

2 Z. B. Protokoll Sitzung der Juso-Arbeitsgemeinschaft am 11.12.1957, in: AdsD SPD UB Ge 243. Vgl. S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 266.

3 Vgl. SPD UB GE, Jahresbericht 1962/63, S. 18 ff.; SPD UB GE, Jahresbericht 1964/65, S. 16 ff.

4 SPD UB GE, Jahresbericht 1964/65, S. 16.

5 Interview Hans Frey 26.2.1987. Zur politisierenden Wirkung der APO für die Jungsozialisten: K. SCHONAUER, 1982, S. 112 ff.

6 Interview Hans Frey 26.2.1987.

7 "Da kamen ja die Jungsozialisten groß raus." Interview Hans Frey 26.2.1987.

kirchener Jusos auf 20.[8] Die steigende Zahl von Juso-Veranstaltungen 1968/69 behielt zunächst weitgehend den Charakter von Bildungsveranstaltungen, die sich schwerpunktmäßig mit Osteuropapolitik beschäftigten.[9]

"Das Jahr 1970 war für die Jungsozialisten in Gelsenkirchen ein Jahr der inneren Konflikte und des Suchens nach neuen Organisations- und Aktionsformen ihrer Arbeit"[10]. Ein rascher Prozeß inhaltlicher Umorientierung auch im Gefolge der Münchner (1969) und Bremer (1970) Juso-Bundeskongresse, die eine Politisierung und Demokratisierung der Jungsozialisten gebracht hatten, setzte nun ein, weg vom „Wälzen von weltpolitischen Problemen" hin zur „aktiven Mitarbeit in der Partei an der Basis", um „die noch vorhandenen linken progressiven Gruppen in der SPD zu unterstützen"[11]. Nachdem neue Kräfte Ende 1969 in Gelsenkirchen die Führung der Jungsozialisten übernommen hatten und erstmals im 1969er Bundestagswahlkampf mit einer Jungwählerinitiative selbst an die Öffentlichkeit getreten waren, erregte der Mitte 1970 gewählte, auch seiner Form nach neue, nicht hierarchische Kollektivvorstand[12] schon bald das Mißtrauen der Gelsenkirchener Parteiführung, indem er sich nicht nur abstrakt in der Form von Bildungsarbeit mit politischen Themen auseinandersetzte, sondern auch begann, aus den Diskussionen Folgerungen für Aktivitäten zu ziehen. Das Selbstverständnis wurde neu definiert[13]: „Heute verstehen sich die Jusos als sozialistischer Jugendverband, der einerseits fest mit der SPD verbunden ist, andererseits nicht darauf verzichtet, eigene Vorstellungen zu einer sozialistischen Strategie zu entwickeln und in der SPD durchzusetzen." Neben dieser Hinwendung zu einem eigenständigen Selbstverständnis änderten sich die Themen, indem nun auch – oft in Projektgruppen – konkrete kommunalpolitische Themen aufgegriffen und eigene Vorstellungen entwickelt wurden, was dem Parteivorstand als Überschreitung der Kompetenzen der Juso-Arbeitsgemeinschaft erschien.[14]

1971 eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen dem Juso-Kollektivvorstand, der gleichzeitig zu einem wichtigen Träger der Kritik an der Parteiführung geworden war, und dem Partei-Unterbezirksvorstand. Das Klima war schließlich derart vergiftet, daß der Parteivorstand ein Par-

---

8 SPD UB Ge, Jahresbericht 1970/71, S. 51.

9 Bildungsplan 1968, in: AdsD SPD UB Ge 182. Vgl. SPD UB Ge, Jahresbericht 1968/69, S. 45. Vgl. K. Schonauer, 1982, S. 127, 141 und 199 ff.

10 Bericht des Kollektivvorstandes der Jungsozialisten vom 29.6.1970 bis 22.1.1971, in: Akten SPD UB Ge.

11 Ebd. Vgl. Interview Hans Frey 26.2.1987. Ausführlich zu den Bundeskongressen: K. Schonauer, 1982: Bereits in Mainz (1967) hatte es deutliche Basiskritik am Bundesvorstand gegeben (124 ff.). Auf dem Münchner Bundeskongreß 1969 wurde dann der Bundesvorstand abgewählt (133 ff.) und der Begriff der „systemüberwindenden Reformen rückte in das Zentrum der Debatten" (146 ff. und 194 ff.).

12 SPD UB Ge, Jahresbericht 1968/69, S. 46; Bericht des Kollektivvorstandes der Jungsozialisten vom 29.6.1971 bis 22.1.1971, in: Akten SPD UB Ge. Vgl. K. Schonauer, 1982, S. 140 ff.

13 SPD UB Ge, Jahresbericht 1970/71, S. 49.

14 Z. B. SPD UB Ge, Jahresbericht 1970/71, S. 51 ff. Vgl. auch K. Schonauer, 1982, S. 142 ff.

teiordnungsverfahren gegen zehn Jusos, Mitglieder der Kollektivvorstände in Bulmke und im Unterbezirk, wegen parteischädigenden Verhaltens einleitete, den Jusos eigene Presseerklärungen untersagte und die organisatorischen Hilfen durch das UB-Büro verweigerte.[15] Die Gelsenkirchener Schiedskommission verhängte ein einjähriges Funktionsverbot, die Berufungsinstanz, die Bezirksschiedskommission, lehnte eine Einmischung in innerparteiliche Konflikte durch Parteiordnungsverfahren jedoch ab und gegen allseitige Beteuerungen, keine Parteischädigung beabsichtigt zu haben, wurde das Verfahren eingestellt.[16] Im Herbst 1971 entzog der SPD-UB-Vorstand daraufhin dem Juso-Kollektivvorstand die Anerkennung und berief selbst eine Versammlung zur Neuwahl des Juso-Vorstandes ein, woraufhin sich die Jusos am 2. November 1971 auf Einladung des Kollektivvorstandes gezwungen sahen, ein den Satzungen entsprechendes hierarchisches Gremium zu wählen. Diese Wahl erklärte der Parteivorstand jedoch für nichtig, und am 26. November 1971 tagte die von ihm einberufene Wahlversammlung, die mit großer Mehrheit die schon vorher Gewählten bestätigte.[17]

Der Wendepunkt in der Gelsenkirchener SPD um 1973 betraf auch die Jungsozialisten selbst, die sich mit ihrer Konzentration auf die innerparteilichen Konflikte von ihrer Basis, die der gesellschaftlichen Ernüchterung nach der Reformeuphorie zunehmend erlag, entfernten, so daß der Juso-Rechenschaftsbericht für 1973 schon ein „Auseinanderklaffen von UB-Ebene und AG-Arbeit bezüglich der politischen Gewichtung" feststellen mußte.[18] Die Initiierung von Juso-Arbeit in den Betrieben oder eine Juso-Schüler-Arbeit, für die 1976 ein Juso-Schülerbund (JSSB) gegründet wurde, kam über vereinzelte Aktionen nicht hinaus und erreichte keine Breitenwirkung.[19] Gleichzeitig war auch auf Bundesebene mit dem Beginn der Fraktionierung der Höhepunkt der Wirksamkeit der Jungsozialisten sowohl innerparteilich als auch nach außen überschritten.[20] Bei der Neuwahl des Juso-Unterbezirksvorstandes im November 1976 wurde die alte Führungsgruppe, die das Geschehen seit Ende der 1960er Jahre bestimmt hatte und nun zu einem großen Teil in Parteifunktionen oder öffentlichen Ämtern etabliert war, nach erbitterten Rückzugsgefechten entgültig abgelöst.[21]

---

15 Analyse und Stellungnahme des Unterbezirksvorstandes der Jungsozialisten zu dem von Josef Löbbert vorgelegten „Schwarzbuch", Würdigung der politischen Situation des UB's und Konsequenzen daraus für die Partei und die Jungsozialisten, September 1971, in: Akten SPD UB Ge. „Die Jungsozialisten wurden dann als Kommunisten dargestellt." Interview Hans Frey 26.2.1987.

16 Vgl. Interview Egbert Reinhard 19.12.1985; Interview Hans Frey 26.2.1987.

17 Rechenschaftsbericht Juso-UB-Vorstand 1972 (=Juso-UB-Info IV, 1972), in: Akten SPD UB Ge.

18 Rechenschaftsbericht Juso-UB-Vorstand 1973, in: Akten SPD UB Ge; SPD UB Ge, Jahresbericht 1972/73, S. 59.

19 Rechenschaftsberichte des Juso-UB-Vorstandes seit Anfang der 1970er Jahre, z. B. in: SPD UB Ge, Jahresbericht 1972/73, S. 57 ff.; SPD UB Ge, Jahresbericht 1974/75, S. 65 f.

20 K. Schonauer, 1982, S. 279, 317 ff., 323 ff. und 328.

21 Rechenschaftsbericht 27.11.76-19.4.77 des Unterbezirksvorstandes der Gelsenkirchener Jungsozialisten, in: Akten SPD UB Ge.

Mit Ausbruch der Kohlenkrise wanderten viele jüngere, ehemals durch gute Verdienstmöglichkeiten angelockte Neubergleute in andere Wirtschaftszweige ab[22]; ein Teil der älteren Bergleute, denen durch sozialpolitische Maßnahmen der Übergang ins Rentnerdasein ermöglicht wurde, wählte diesen individuellen Weg, der angesichts der harten Arbeit nicht schwer fiel. Der Teil der Stammbelegschaft, der auch Träger der Neuordnungsvorstellungen der Nachkriegsjahre gewesen war, resignierte. Entgegen der subjektiven Erfahrung des Verlustes des (angestammten) Arbeitsplatzes befand sich die Bundesrepublik noch im Klima des Wirtschaftswunders und bot nur individualistische Perspektiven an, die angesichts kollektiver Betroffenheit von Entscheidungen anonymer Aktiengesellschaften keine sinnvollen Orientierungsmuster boten und deswegen Ohnmacht verbreiteten. Individualisierung hatte sich auch schon mit der Mechanisierung und Technisierung des Bergbaus in der Arbeitsplatzgestaltung ausgebreitet. An die Stelle von Kameradschaften war der Takt der Maschinen getreten, und die immer komplexeren Arbeitsabläufe zerfielen in Aufgabenbereiche von Spezialisten.[23] Nach dem Untergang historischer Orientierungsmuster, informeller Solidar- und Kommunikationsstrukturen und der Zerschlagung von Neuordnungshoffnungen hatte sich die individualistische Orientierung seit Ende der 1950er Jahre durchgesetzt und hatte zur Etablierung des sozialdemokratischen Politikmodells der basisnahen Stellvertretung geführt, durch das die individuelle Perspektive der Partizipation am Wirtschaftswachstum über sozialdemokratische Vertreter mit den verschiedenen Institutionen verbunden wurde. So war es wenig verwunderlich, daß nach dem Stillegungsbeschluß für Graf Bismarck nur etwa 1 500 Bergarbeiter (von 7 000) die Belegschaftsversammlung am 12. Februar 1966 besuchten und bei der Demonstration von 15 000 Gelsenkirchenern eine Woche später nur stummer Protest mit schwarzen Fahnen der Trauer geübt wurde.[24] Eine Perspektive kollektiven Protests war zugunsten der Perspektive eines für die Gemeinschaft vom Betriebsrat ausgehandelten Sozialplanes und individueller Ausweichstrategien verschwunden. Typisch war, daß der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende der Zeche Graf Bismarck zunächst einen Sozialplan forderte und nicht etwa die Erhaltung von Arbeitsplätzen auf einer der modernsten Schachtanlagen Europas.[25] So entsprach der resignativen Stimmung die Gewerkschaftspolitik des sozialen Abfederns, die sich aus dem Politikmodell der basisnahen Stellvertretung ableitete und die ihre Hoffnungen auf sozialpartnerschaftlich-kooperative Lösungswege setzte und dazu auf

---

22 "Aber wir hatten damals hier das Glück, daß alle anderen Industrien in Deutschland [. . .] die waren nicht angeschlagen und so konnte man sich bemühen, dies (die Arbeitslosigkeit -S. G.) zu beheben." Interview Josef Löbbert 12.11.1985. Vgl. K. LAUSCHKE, Schwarze Fahnen, 1984, S. 198.

23 Vgl. K. LAUSCHKE, Schwarze Fahnen, 1984, S. 239 f.

24 Ebd., S. 198 f.; J. BÜSCHER, Untergang, 1984, S. 338; B. BARTHOLOMÄUS, 1982, S. 52; K. LAUSCHKE, Knall, 1987, S. 225 f.

25 K. LAUSCHKE, Schwarze Fahnen, 1984, S. 198. Zu einem wilden Streik bei Küppersbusch mit allerdings beschränkter Perspektive: PROJEKTGRUPPE SCHALKE, 1974, S. 221 ff.

staatliche Hilfen rechnen konnte, da sich insbesondere in der Krise der Montanindustrie die Tendenz des Staates zeigte, zum Zwecke der Sicherung von Systemloyalität in den Wirtschaftsprozeß einzugreifen, Verluste zu verstaatlichen, die Folgewirkungen abzufedern und die privaten Gewinne zu subventionieren. Im friedlichen Niedergang der Montanindustrie zeigte sich nun die Konsequenz der Entwicklungstendenzen der Nachkriegszeit: Sowohl die Bergarbeiter als auch ihre sozialdemokratischen Vertreter hatten die längerfristige Utopie einer besseren, kollektiv erreichbaren Gesellschaft eingebüßt und ersetzt durch kurz- und mittelfristige Perspektiven und Strategien eines individuell besseren Lebensstandards oder der Vermeidung sozialer Härten. Erstmals erlebten die Ruhrbergarbeiter damit eine Krise, deren Opfer sie zwar offensichtlich wurden, ohne – wie in hundert Jahren vorher – in tiefste Not und Armut zu verfallen. Unter den Bedingungen weitgehend klassenharmonischer Konfliktregelungsmechanismen erwies sich die Krisensituation für die Ausweitung des Einflusses der Sozialdemokratie trotz riesiger Arbeitsplatzverluste als segensreich. Gleichzeitig wurde aber auch die konzeptionslose Energiepolitik der CDU-Bundesregierungen als Vernachlässigung des Ruhrgebiets und der dort lebenden Arbeiter empfunden und mit entsprechendem Wahlverhalten quittiert. So waren 1966, als in Gelsenkirchen mehrere tausend Arbeitsplätze verloren gingen, CDU-Wahlkampfveranstaltungen mit Ludwig Erhard von Tumulten begleitet.[26]

Trotz des Auflebens mehrerer inaktiver Betriebsgruppen in der Anfangsphase der sozial-liberalen Koalition in Bonn sank längerfristig die Zahl der Betriebsgruppen und damit der Stellenwert der *Betriebsgruppenarbeit,* weil durch die Strukturkrise der Montanindustrie mit den Betrieben natürlich auch deren Belegschaften und infolgedessen auch die dortigen Betriebsgruppen verschwanden.[27] War Anfang der 1970er Jahre die Betriebsgruppenarbeit der Gelsenkirchener SPD mit der bundesweiten Reorganisation der Betriebsgruppenarbeit als „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) stärker geworden, so setzte sich diese Tendenz zunächst weiter fort. Besonderes Gewicht wurde auf stärkere Bildungsarbeit und die Beschäftigung mit aktuellen Themen gelegt. Neben den Betriebsgruppen in fast allen Großbetrieben der Schwer-, der chemischen und der Glasindustrie erlangten sieben Betriebsgrupen im öffentlichen Dienst ein erhebliches Gewicht.[28] In den kleineren Betrieben erwies sich die Arbeit der AfA aber als erheblich schwieriger, und Anfang der 1980er

26 B. Bartholomäus, 1982, S. 34 und 43. Vgl. K. Lauschke, Knall, 1987, S. 227; B. Hombach, Weg, 1987, S. 249 f. und 253; M. Zimmermann, Stellvertretung, 1987, S. 48 und 50.

27 SPD UB Ge, Jahresbericht 1970/71, S. 57; Schreiben AfA vom 12.2.1968, in: AdsD SPD UB Ge 286; SPD UB Ge, Jahresbericht 1966/67, S. 31. Vgl. K. Bachsleitner, 1976, S. 803.

28 Berichte in: SPD UB Ge, Jahresbericht 1974/75, S. 60 ff.; SPD UB Ge, Jahresbericht 1976/77, S. 54 f.; SPD UB Ge, Jahresbericht 1978/79, S. 63 f. Allgemein: K. Bachsleitner, 1976, S. 805 ff.

Jahre mußten auch Schwierigkeiten in den großbetrieblichen Betriebsgruppen eingestanden werden.[29]

In den 1960er Jahren folgte die Verbandsmehrheit der Sozialistischen Jugend, zu der auch das Westliche Westfalen unter Einschluß des Unterbezirks Gelsenkirchen gehörte, weitgehend kritiklos den Beschlüssen der Partei.[30] Die Gelsenkirchener *Falken* konzentrierten sich ganz auf den Ausbau der Organisation. In den 1960er Jahren wurde durch den Bauverein der Bau von Jugendheimen der offenen Tür verstärkt vorangetrieben[31]: 1964 wurde das „Erich-Ollenhauer-Haus" in der Resser Mark eröffnet, 1965 folgte das „Kurt-Schumacher-Haus" in Scholven und 1967 das „Friedrich-Ebert-Haus" in Beckhausen. Gleichzeitig wurde das vom „Verein Jugendheim e. V." übernommene Jugendheim in der Altstadt als „Alfred-Zingler-Haus" seiner Bestimmung als „Heim der offenen Tür" übergeben und das vom selben Verein übernommene Haus in Erle an der Heistraße eröffnet. Das „Fritz-Erler-Haus" in Hassel/Bergmannsglück wurde dann 1971 eröffnet, das „Fritz-Steinhoff-Haus" in Bismarck im folgenden Jahr, und das letzte Jugendheim des Bauvereins war das 1975 eingeweihte „Ferdinand-Lassalle-Haus" in Hüllen. Die Bautätigkeit ergänzte sich mit der Errichtung von städtischen Jugendheimen in Horst-Nord, Bülse, Rotthausen, Schaffrath, Ückendorf, Hassel und Heßler.[32] Die Folge der Verbesserungen der Bedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit und auch starker öffentlicher Bezuschussung war ein rascher Anstieg der Mitgliederzahlen der SJD-Die Falken, die Neugründung zahlreicher Ortsverbände und die Stabilisierung und Vergrößerung bestehender.[33] Der Ausbau der Gelsenkirchener Falken war überwiegend auf das Anwachsen des Kinderbereichs zurückzuführen, was Fragen der praktischen Kinder- und Jugendarbeit und der Erziehungstätigkeit mehr in den Vordergrund der Verbandspraxis rückte. Mitverantwortlich für die starke Ausprägung als Kinderverband war die Mitarbeiterstruktur: Für den Bezirk Westliches Westfalen wurde 1967 festgestellt, daß der überwiegende Teil der Mitarbeiter über 20 Jahre alt war (56% 21-40 Jahre, 25% über 41 Jahre und nur 18% bis 20 Jahre), zu 70% der Arbeiterklasse entstammte und fast ausschließlich als Arbeiter oder Angestellte beschäftigt war oder als Hausfrau einem Arbeiterhaushalt entstammte und meist schon seit

---

29 SPD UB Ge, Jahresbericht 1980/81, S. 52 f.

30 W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 92 f. Zu Ge: Satzungen von 1954, 1955, 1961, in: Akten SJD UB Ge. Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 266 f.

31 Bauverein Falkenjugend, 1980, S. 7, 31-37; Akten SJD UB Ge; Stadt Ge, Chronik 1964, S. 79; Stadt Ge, Chronik 1965, S. 80; Stadt Ge, Chronik 1967, S. 13 und 120; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 230.

32 SJD-die Falken, UB Ge, Tag, 1974, S. 10 f.; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 232 und 240; Stadt Ge, Chronik 1960, S. 32; Stadt Ge, Chronik 1963, S. 68; Stadt Ge, Chronik 1964, S. 286.

33 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 236 ff. und 387 ff.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 82. Während sich die Mitgliederzahl des Bezirks 1959-1969 um 117% erhöhte, stieg der Anteil des Falken-Unterbezirks Gelsenkirchen an der Mitgliederzahl des Bezirks gleichzeitig von 24% auf 45,7%. Bericht des Bezirksvorstandes zur Bezirkskonferenz 1970, in: Akten SJD UB Ge.

mehr als zehn Jahren Mitarbeiter war.[34] Der Mangel an jüngeren Mitarbeitern wurde in den 1960er Jahren von den Gelsenkirchener Falken erkannt. Hierfür wurde 1966 erstmals ein „Junghelferkurs" durchgeführt, der dazu dienen sollte, Mitglieder aus den Jugendgruppen zu Mitarbeitern zu qualifizieren.[35]

In seinen Arbeitsformen wurde der Verband als Kehrseite öffentlicher Bezuschussung durch das Konzept der Jugendheime der offenen Tür zu offeneren Formen hingedrängt. Beispielsweise waren „Jugendtanzveranstaltungen" für unorganisierte Jugendliche eine dieser Formen, weitere waren Filmangebote oder meist handwerkliche „Neigungsgruppen"[36]. Darüber hinaus nahm Sport breiten Raum ein. Dieser wurde jedoch nicht als Selbstzweck begriffen, sondern als einer der Wege, Mitglieder zu werben und als Ausgleichssport.[37] Zahlreiche Sportfeste und Wettkämpfe zeigten aber, daß der Wettbewerbscharakter Eingang in die Sportarbeit der Falken gefunden hatte.

Auch in der Zeltlagerarbeit setzten die Gelsenkirchener Falken ihre Aktivitäten fort und führten jährlich Kinder- und Jugendmaßnahmen durch.[38] Durch die öffentliche Förderung litt allerdings der traditionelle Zeltlagergedanke, weil einerseits durch die hohe Förderung die Jugendherbergsfahrten, in denen weniger Selbstverwaltungsformen erprobt werden konnten, attraktiv wurden und den Zeltlagern dadurch aus dem Kinderbereich Teilnehmer und Helfer entzogen wurden und andererseits die öffentlichen Zuschüsse für Zeltlager mit bestimmten Auflagen verbunden waren. Durch die Auflagen oder die restriktiven Hausordnungen von Jugendherbergen wurde die Koedukation teilweise zerstört, da Mädchen und Jungen nicht mehr gemeinsam untergebracht werden durften.[39] Allerdings wurde der Gedanke der Gemeinschaftserziehung nicht aufgegeben, und das Thema Sexualität, ansonsten bis in die 1960er Jahre in der Bundesrepublik tabuisiert, war häufiger Gesprächsstoff in der Gruppenarbeit.[40]

In der Zeit des Ausbaus des Verbandes traten die Falken in Gelsenkirchen öffentlich selten in Erscheinung; man konzentrierte sich auf die Gruppenarbeit und weniger spektakuläre Aktivitäten. Die Ausnahme hier-

---

34 K. Kohts, 1967, S. 17.

35 Die Form des Junghelferkurses war um 1960 von der Bezirksorganisation entwickelt worden und galt innerverbandlich als vorbildlich. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 262.

36 Ebd., S. 276 f.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 55.

37 Akten SJD UB Ge, Redemanuskript Nerowski 1956.

38 1960 RF-Lager Reinwarzhofen, SJ-Maßnahme in Jugoslawien, 1961 SJ-Lager Kiel, 1962 IUSY-Lager Kopenhagen, 1963 Bezirkslager Reinwarzhofen, 1964 UB-Lager Reinwarzhofen, 1965 UB-Lager Oerlinghausen, IFM-Camp Reinwarzhofen, IUSY-Camp Israel, 1966 Bezirkslager in Holland, Englandfahrt, Austausch CSSR, 1967 UB-Lager Lenste, Internat. Lager England, Bundes-SJ-Lager Österreich, 1968 Bezirkslager Reinwarzhofen, Austausch CSSR, 1969 UB-Lager Lenste, Austausch CSSR, 1970 Bezirkslager Lenste, Bezirkslager Reinwarzhofen, 1971 UB-F-Lager Sonthofen, UB-SJ-Lager Sonderborg, IFM-Camp Finnland, 1972 UB-Lager Wyk/Föhr, 1973 UB-Lager Reinwarzhofen, SJ-Maßnahme Jugoslawien. Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 280 und 421 f.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 55 f.

39 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 281 ff.

40 Ebd., S. 283 nach Interviews.

von und von besonderer Öffentlichkeitswirksamkeit war der „Tag des Kindes", der in den 1960er Jahren zu einer in dieser Zeit nahezu einzigartigen Massenveranstaltung in Gelsenkirchen weiterentwickelt wurde. Die in dieser Zeit noch seltene Veranstaltung für Kinder lockte in der Mitte der 1960er Jahre 10 000 und mehr Besucher an.[41] Zumeist standen die Veranstaltungen unter internationalistischen Mottos und boten Unmengen von Bastelständen, Sport- und Spielangeboten. Bereits 1970, noch vor den kommenden innerverbandlichen Veränderungen, fand eine Umorientierung der Themenstellung auf konkretere, die Kinder betreffende Fragen statt. Nur eine Woche vor der Landtagswahl wurde in einer Fotodokumentation die miserable Gelsenkirchener Spielplatzsituation dargestellt und kritisiert.[42] Auf den folgenden „Tag-des-Kindes"-Veranstaltungen wurden weitere Fragen der Lebenssituation der Gelsenkirchener Kinder wie Wohnsituation, Versorgung mit Jugendheimen, Kindergärten oder Schulsituation aufgegriffen. Damit wandelte sich in einem besonders ab Beginn der 1970er Jahre zu beobachtenden Politisierungsprozeß der Tag des Kindes von einem großen Kinderfest mit internationalistischem Charakter zu einem Tag, an dem die SJD-Die Falken ihre Forderungen an die Öffentlichkeit trugen. Zusammen mit dem Internationalismus hatte für die Gelsenkirchener Falken der Antimilitarismus/Antifaschismus immer einen besonderen Stellenwert. Nachdem schon 1964 erstmalig ein Fackelzug im Gedenken an die „Reichskristallnacht" zusammen mit den Naturfreunden durchgeführt worden war[43], gelang es gegen Ende der 1960er Jahre mit der „Kauft-kein-Kriegsspielzeug-Aktion" um die Weihnachtszeit, diese Thematik im Kinderbereich konkret umzusetzen.[44]

Aktiv beteiligt war der Verband an der APO mit Ausnahme weniger Mitglieder und Funktionäre nicht. Öffentlichkeitswirksam wurden Themen, die auch die gesellschaftlichen Bewegungen beschäftigten, nur von dem Kabarett „Volkssturm" aufgenommen. Nach dessen Zerfall um 1963/64 wurde wiederum in Buer die Kabarettradition noch einmal aufgenommen vom Falkenkabarett „Die Nestbeschmutzer", die ab 1968 mit ihrem Programm „Lästerday" Themen wie die Notstandsgesetze, das päpstliche Verbot der Empfängnisverhütung, die Rassendiskriminierung in den USA und das Verhalten der Springerpresse aufgriffen. Weitere Kabarettgruppen bestanden einige Zeit in Horst-Nord und Schaffrath.[45]

Die Politisierung im Zusammenhang mit der APO stärkte im Gesamtverband der Falken die Verbandslinke. Vor allem jüngere Funktionäre führten auf dem Hintergrund einer marxistischen Gesellschaftsanalyse eine Selbstverständnisdiskussion, in der der unpolitische Charakter der Grup-

---

41 STADT GE, Chronik 1966, S. 90, Bericht des Bezirksvorstandes zur Bezirkskonferenz 1970, in: Akten SJD UB Ge; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 56.

42 Redemanuskript zur 25-Jahr-Feier 1971, in: Akten SJD UB Ge; S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 400 f.; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 75.

43 STADT GE, Chronik 1964, S. 358.

44 S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 286.

45 Ebd., S. 293; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 57 f. Für die Stellung des Gesamtverbandes zur APO: W. UELLENBERG, G. RÜTZ, 1984, S. 107 ff.

penarbeit, die Verhärtung von Machtstrukturen und die mangelnde Aktionsfähigkeit kritisiert wurden.[46] Zu einem SJ-Treffen des Bezirks im Jahr 1969 stellten Gelsenkirchener 20 Thesen zur innerverbandlichen Demokratie auf, in denen eine undemokratische Verbandspraxis kritisiert wurde.[47] Hier zeigte sich, daß trotz der in Gelsenkirchen starken Orientierung am Kinderbereich ein Potential an kritischen Jugendlichen vorhanden war, zumal es sich bei den Exponenten dieser Diskussion um langjährige Mitglieder handelte.[48] Bereits auf der Bundeskonferenz 1971 konnte sich die Verbandslinke bei der Verabschiedung einer neuen Grundsatzerklärung inhaltlich durchsetzen. Im Unterschied zum Godesberger Programm bekannte sich die Falken-Mehrheit zur Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedinge.[49] Besonders die Frage des kritischen Verhältnisses zur SPD erregte die Gemüter. In der Presse nahm der Falken-Unterbezirk gegen die entsprechende Formulierung in der Grundsatzerklärung Stellung. Dieser Schritt zum Bruch der auch von den Gelsenkirchener Falken als wichtig empfundenen innerverbandlichen Disziplin und Solidarität verdeutlichte, wie ernsthaft kulturelle Werte des Verbandes als gefährdet angesehen wurden.[50] Ihren Führungsanspruch konnte die Verbandslinke auf der Gelsenkirchener Bundeskonferenz von 1973 auch personell umsetzen, als sie den Bundesvorstand mehrheitlich besetzten konnte.[51] In Gelsenkirchen wurde die Durchsetzung der Linken als Katastrophe angesehen, und so wurde in Kreisen der Führung der Gelsenkirchener Falken über eine Löslösung vom Gesamtverband nachgedacht.[52] Dem neuen Bundesvorstand gelang es aber schnell, eine organisatorische und inhaltliche Konsolidierung des Verbandes herbeizuführen. Auch die Gelsenkirchener erkannten Ende des Jahres 1973, daß der neue Bundesvorstand ernsthaft bemüht war, den Verband inhaltlich und organisatorisch zu stärken.[53] Aktivitäten des Bundesvorstandes, wie die Wiedereinführung der Arbeiterjugendtage mit dem in Köln 1974 mobilisierten den gesamten Verband.[54]

Die Anerkennung der Veränderungen im Gesamtverband waren für die Gelsenkirchener Falken leichter zu akzeptieren, da seit Anfang der 1970er Jahre auch dort Veränderungen eingetreten waren. In einem längeren Pro-

---

46 W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 110 ff. Zur Zeltlagerdiskussion: B. Brücher, 1976, S. 336 ff.

47 Thesen, in: Akten SJD UB Ge; auch in: S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 365.

48 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 366.

49 Akten SJD UB Ge;, SJD-die Falken, Bundesvorstand, Grundsatzerklärung, Satzung, o. J. Vgl. W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 116 ff.

50 Presseerklärung zum UBA-Beschluß vom 3.6.1971, in: Akten SJD UB Ge. Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 360; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 67 f.

51 W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 122 ff.

52 Akten SJD UB Ge; SJD UB Ge Konferenzbericht 1974. Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 361.

53 UBA-Protokoll 5.12.1973, in: Akten SJD UB Ge. Vgl. W. Uellenberg, G. Rütz, 1984, S. 126 ff.

54 SJD UB Ge, Konferenzbericht 1980, S. 38; SJD UB Ge, Konferenzbericht 1982, S. 32; SJD UB Ge, Konferenzbericht 1985, S. 30, S. 38 f.; S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 410 f.; S. Goch, W. Skrodzki, Im Blauen Hemd, S. 77.

zeß innerverbandlicher Diskussion war der Unterbezirk im Sinne innerer Demokratisierung umorganisiert worden.[55] Darüberhinaus begann sich, besonders im Jugendbereich, aufgrund der veränderten Sozialisations- und Bildungsbedingungen, die Mitgliederstruktur zu wandeln, und mehr Jugendliche, die weiterführende Schulen besuchten, stießen zum Verband. Diese kritisierten die allzustarke Orientierung am Kinderbereich, die Angst vor aktiven (kritischen) Jugendgruppen, die mangelnde Diskussions- und Aktionsfähigkeit und die fehlende Auseinandersetzung mit aktueller Tages- und Kommunalpolitik.[56] Ein Prozeß des Generationswechsels konnte relativ reibungslos ab Beginn der 1970er Jahre durchgeführt werden, so daß jüngere Funktionäre nun die Führung übernahmen, ohne daß die älteren – von Ausnahmen abgesehen – ganz verdrängt worden wären, wobei auch das Verständnis vieler älterer Mitarbeiter ausschlaggebend war, daß ein Generationswechsel normal und wünschenswert sei.[57] Weiterhin wurde in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auch die Arbeit der Ortsverbände verändert und an ein Konzept von „Stadtteilarbeit" angeknüpft. In der Falkenarbeit im Stadtteil sollte an den unmittelbaren Problemfeldern des Lebensraumes Stadtteil angesetzt werden und über die konkrete Erfahrbarkeit von Mängeln eine Artikulierung der eigenen Interessen eingeleitet werden. Mit dem Anknüpfen an die Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen mußte die Arbeit der Ortsverbände erheblich erweitert werden. Nach der 1933 erfolgten Zerschlagung der sozialistischen Arbeiterkulturbewegung, die nach 1945 nicht in ihrer vollen Breite wiederaufgebaut worden war, stellte das Konzept der Stadtteilarbeit für die Gelsenkirchener Falken den Versuch dar, „in bescheidenen Ansätzen wieder Gegenkultur und sozialistische Lebensorganisation im Stadtteil zu schaffen", allerdings begrenzt auf den Freizeitbereich.[58] In einigen Stadtteilen wurde das Konzept der Stadtteilarbeit erfolgreich umgesetzt.[59] Mit gegenkultureller Orientierung fand auch eine Rückbesinnung auf die Geschichte der eigenen Bewegung statt, und die Symbole des Verbandes wie Blauhemd, Fahnen und Wimpel erhielten im Erscheinungsbild der Falken wieder größere Bedeutung.[60]

War der Tag des Kindes bereits 1970 inhaltlich auf die Lebenslage der Kinder orientiert worden, so wurde diese Entwicklung fortgesetzt und z. B. 1974/75 mit einer langfristig angelegten Aktion zur Errichtung von Bau- und Abenteuerspielplätzen kombiniert; im Juni 1975 wurde der erste

---

55 Der Unterbezirksvorstand war durch Erweiterung zu einem echten Führungsgremium mit größeren Kompetenzen und einer umfassenden Aufgabenverteilung weiterentwickelt worden. Satzungen vom 13.3.1971, 30.3.1974, Diskussionsvorlage zur OV-Leitertagung am 1.12.1973, in: Akten SJD UB Ge. Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 346 ff. Vgl. SJD UB Ge, Konferenzbericht 1977, S. 3 f.

56 Vorlagen zur OV-Leitertagung am 1.12.1973, in: Akten SJD UB Ge.

57 S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 369 f.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 67.

58 Arbeitspapier zur Unterbezirkskonferenz 1984, in: Akten SJD UB Ge.

59 SJD UB Ge, Konferenzbericht 1986, S. 45; SJD UB Ge, Konferenzbericht 1987, S. 42. Darstellung der Ortsverbände in: S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 387 ff.; S. Goch, W. Skrodzki, 1984, S. 82 ff.

60 Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 439 f.

Gelsenkirchener Bauspielplatz, ehrenamtlich betreut von den Falken, eröffnet.[61] Im Zuge der Umorientierung und Politisierung wurde auf Spiele mit Wettbewerbscharakter und auf reine kreative Beschäftigung der Kinder zunehmend verzichtet, was Ende der 1970er Jahre dazu führte, daß beim Tag des Kindes kaum noch Spielstände aufgebaut wurden, weil kaum alternative Spiele entwickelt werden konnten.[62]

Mit dem Generationswechsel veränderte sich auch die Praxis der Ferienmaßnahmen. Mit dem Vordringen jüngerer Helfer wurden wegen der größeren Gestaltungsmöglichkeiten die Jugendherbergsmaßnahmen zugunsten der Zeltlagermaßnahmen wieder mehr in den Hintergrund gedrängt, und trotz der Ausbreitung der kommerziellen Urlaubsindustrie sanken die Teilnehmerzahlen der Zeltlager nicht allzustark ab. Der Grund hierfür kann nur in den „alternativen Lebens- und Erlebnismöglichkeiten" gesucht werden.[63] Bei der kleineren SJ-Maßnahme in Dänemark 1971 wurde mit Mitbestimmungsformen experimentiert, und schrittweise wurde auch die Gemeinschaftsunterbringung wieder eingeführt. Versuche von 1972 mit parlamentarischen Formen schlugen fehl. Seit diesen Jahren wurde die Selbstbestimmung in verschiedenen, meist offenen Formen vor allem auf Zeltlager-Dorfebene praktiziert, und auf der Ebene des Gesamtlagers oblag die Leitung einem vom Unterbezirksvorstand gewählten Team.[64]

Nachdem der Generationswechsel um 1973 zum Teil vollzogen war und auch in den Aktivitäten des Verbandes erhebliche Veränderungen erfolgt waren, konstituierte sich um 1975/76 bei den Gelsenkirchener Falken eine „Linke Fraktion", die mangelnde innerverbandliche Demokratie, zu starke Beschäftigung mit dem Kinderbereich und reinen Erziehungsfragen und fehlende emotionale Heimat für Jugendliche im Verband kritisierte.[65] Der „Linken Fraktion" gelang schnell (ab 1977) der Einstieg in die Vorstandsarbeit, und 1979 einigten sich die Gruppe um den amtierenden Vorstand und die „Linke Fraktion" auf eine gemeinsame Besetzung des Vorstandes, was angesichts der Tatsache, daß die Kritik durch die Entwicklung der Verbandsarbeit weitgehend überholt war, nicht besonders schwierig war.

---

61 Dieser Platz wurde später von der Stadt übernommen, die dann auch weitere Bauspielplätze errichtete. SJD-DIE FALKEN, UB GE, Abenteuerspielplatz, 1975.

62 Berichte über die Veranstaltungen: SJD UB GE, Konferenzbericht 1977, S. 44 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1978, S. 31 ff; SJD UB GE, Konferenbericht 1979, S. 26 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1980, S. 13 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1981, S. 26 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1980, S. 23 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1983, S. 20 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1984, S. 22 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1985, S. 17 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1986, S. 20 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1987, S. 24.

63 S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 422 ff.; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 79 f.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1977, S. 25 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1978, S. 18 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1985, S. 12 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1980, S. 9 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1981, S. 11 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1982, S. 40 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1983, S. 30 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1984, S. 40 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1985, S. 37 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1986, S. 34 ff.; SJD UB GE, Konferenzbericht 1987, S. 21 ff.

64 S. GOCH, Sozialistische Jugend, 1984, S. 423 ff.

65 Ebd., S. 374 f.; S. GOCH, W. SKRODZKI, 1984, S. 73.

So drängt sich der Eindruck auf, daß die Auseinandersetzungen bis 1979 eher macht- und personalpolitisch begründet waren. Dieser Eindruck wurde dadurch verstärkt, daß der neue Vorstand die Verbandsarbeit kaum veränderte.[66]

Nach den eher beschaulich-unpolitischen 1950er und 1960er Jahren vollzog sich auch in den sozialdemokratischen *Frauengruppen* ab Anfang der 1970er Jahre ein langsamer Wandel. Nachdem die Veranstaltung von „Kaffeenachmittagen" im Vordergrund gestanden hatte, eher sporadisch und meist nur für Funktionärinnen Bildungsarbeit betrieben worden war und auf den Versammlungen ab und an sozialdemokratische Spitzenpolitiker geredet hatten, bemühte sich die AsF in Gelsenkirchen seit etwa Mitte der 1970er Jahre verstärkt, auch für Fraueninteressen und -rechte einzutreten. Frauenspezifischere Fragen wie ein Grundrecht der Frauen auf Arbeit, Gleichberechtigung in Ausbildung und Beruf, Gewalt in der Familie und gleichberechtigte Vertretung in Parteigremien wurden diskutiert.[67] Aber selbst gegen Ende der 1970er Jahre waren Frauen in den Spitzenfunktionen der Gelsenkirchener Sozialdemokratie kaum anzutreffen.[68]

Zu Beginn der 1960er Jahre bewegte sich die Arbeit der *Arbeiterwohlfahrt* in gewohnten Bahnen. Während sich der Kreisverband mit administrativen Fragen der Aufrechterhaltung des Betriebes der AWO-Kindergärten, der Organisation von Ferienmaßnahmen für Kinder, der Planung und Organisation von Altenfeiern in den drei Stadtzentren, der Aufrechterhaltung der Arbeit der Fürsorgerinnen der AWO, mit Personalangelegenheiten, Anschaffungen usw. beschäftigte, wurden in den Ortsgruppen Sammlungen durchgeführt (z. B. für das Müttergenesungswerk), hilfsbedürftige Familien betreut[69] usw. 1962 hatte der Unterbezirk Gelsenkirchen der Arbeiterwohlfahrt 23 Ortvereine mit 1 829 Mitgliedern, 180 ehrenamtlichen Helfern, unterhielt eine Kindergruppe, beschäftigte zwei soziale Fachkräfte in den Geschäftsstellen Gelsenkirchen und Buer und sechs weitere Fachkräfte in den Einrichtungen. Nach der Aufgabe des Horster Kindergartens wegen des städtischen Neubaus wurden drei Kindergärten mit 170 Plätzen unterhalten, in zwei Hauspflegestationen arbeiteten eine hauptamtliche, drei nebenamtliche und fünf ehrenamtliche Hauspflegerinnen, in 230 Fällen wurden Lebensmittelunterstützungen und in 80 Fällen Bekleidungsunterstützungen gewährt, etwa 15 000 Verpfle-

---

66 SJD UB Ge, Konferenzbericht 1978, S. 6; SJD UB Ge, Konferenzbericht 1980; SJD UB Ge, Konferenzbericht 1981 etc. Vgl. S. Goch, Sozialistische Jugend, 1984, S. 378.

67 AsF-Bericht in: SPD UB Ge, Jahresbericht 1976/77, S. 43 ff.; SPD UB Ge, Jahresbericht 1978/79, S. 42 ff.

68 Für 1980/82 ergab sich folgendes Bild: Unter 83/83 Ortsvereinsvorsitzenden oder Stellvertretern waren nur sechs/sechs Frauen (7,2%), unter den 278/264 UB-Parteitagsdelegierten waren 68/50 Frauen (24,5%/18,9%), zu den überörtlichen Parteitagen erhielten 15/16 Frauen ein Mandat bei insgesamt 90/96 Gelsenkirchener Delegierten (16,7%), von 34 Direktkandidaten zum Kommunalparlament 1979 waren sechs Frauen (17,6%). SPD UB Ge, Jahresbericht 1978/79, S. 13. Vgl. H. Becker u. a., 1983, S. 55 ff.

69 Protokolle von 1959-1968/68; Jahresbericht für 1962; Liste der Zuschüsse 1962, in: Akten AWO KV Ge.

gungstage Erholungs- und Kurfürsorge mit 410 Teilnehmern wurden abgewickelt, 120 Mütter wurden einer Müttergenesungskur zugeführt und 65 alte Menschen wurden ständig betreut.[70] 1967 hatte die Gelsenkirchener AWO 1 952, 1968 1 944 Mitglieder, 1971 2 350 Mitglieder.[71] Sowohl in den Ortsausschüssen als auch in den Gremien der Gelsenkirchener Arbeiterwohlfahrt hatten sozialdemokratische Frauen, insbesondere Ehefrauen sozialdemokratischer Funktionäre, ein deutliches Übergewicht.[72]

Ab etwa Mitte der 1960er Jahre setzte beim Vorstand des AWO-Kreisverbandes ein Prozeß des Umdenkens ein, der auf der kommunalen Ebene das Bild der Arbeiterwohlfahrt völlig veränderte und zu einer erheblichen Aufgabenausweitung führte. Eine Reihe von Mißerfolgen, wie die Schliessung des Horster Kindergartens 1959/60, die Abtretung des Ückendorfer Kindergartens an die Stadt 1965[73], und die allgemeine Ausweitung sozialpolitischer Maßnahmen ließ die AWO darüber nachdenken, wie mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse Einrichtungen der AWO geschaffen werden könnten. Erstes Resultat waren Planungen für die Errichtung eines Familienerholungsheimes bei Lieberhausen, ein Vorhaben, das später von den Naturfreunden durchgeführt wurde.[74] Danach folgte der Bau zahlreicher eigener Einrichtungen, besonders im Bereich der Altenpflege mit mehreren Hundert Plätzen, Schlag auf Schlag.[75] Während die bisherigen Aktivitäten wie Freizeiten für Kinder, verschiedene Kuren, Hauspflege fortgesetzt wurden, weitete die Gelsenkirchener Arbeiterwohlfahrt ihre Tätigkeit nicht nur durch den Bau von Einrichtungen aus, sondern auch die übernommene Betreuung ausländischer Arbeiter in Gelsenkirchen vergrößerte

---

70 Jahresberichtsbogen, Jahresbericht für 1962 in: Akten AWO KV Ge.

71 Kreisausschußsitzung am 29.1.1969, in: Akten AWO KV Ge; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1971/72, S. 54.

72 Dies zeigen auch die KV-Vorstands-Protokolle von 1957-1969, Jahresbericht für 1962, in: Akten AWO KV Ge.

73 Niederschrift der Vorstandssitzung vom 6.10.1959, Niederschrift der Vorstandssitzung vom 15.1.1963, Schreiben vom 25.6.1965, Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 24.6.1965, in: Akten AWO KV Ge.

74 Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 16.8.1965, in: Akten AWO KV Ge.

75 Das erste Gelsenkirchener Projekt wurde der Bau von 32 Altenwohnungen an der Deichstrasse, deren Planung ab 1967 in Angriff genommen wurde, und die Ende 1969 eingeweiht wurden. Im Sommer 1972 wurde mit dem Bau des zweiten Altenzentrums im Tossehof begonnen und mit der Planung des dritten begonnen. Im November 1973 wurden im Grütershof/Tossehof 30 Altenwohnungen und eine Tagesstätte eröffnet, im Oktober 1973 52 Altenwohnungen in der Darler Heide, im Dezember 1976 ein Alten- und Pflegeheim in der Darler Heide mit 122 Plätzen, im März bzw. August 1978 ein Altenheim mit 102 Betten und eine Altentagesstätte in der Darler Heide, im März 1978 ein Altenkrankenheim in der Darler Heide mit 100 Betten, im November 1978 eine Sozialstation in Erle, im März 1979 eine Ergänzung des Altenkrankenheimes in der Darler Heide um weitere 100 Betten. Danach folgte der stufenweise Bau des großen Sozialzentrums an der Grenzstraße. Im Juli 1977 wurde das von der Gelsenkirchener AWO erworbene Kur- und Familienferienzentrum auf Norderney eröffnet. Protokoll über die Vorstandssitzung am 14.2.1967 und folgende Protokolle, Kreiskonferenz 1975 – Konferenzmaterial, in: Akten AWO KV Ge; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1971/72, S. 53 f.; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1973-5, S. 12 ff.; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1976-8, S. 20 ff., 76 und 79; AWO Bezirk WW Geschäftsbericht 1979-81, S. 12, 16 f. und 74; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1978-80, S. 33 und 38; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1981-84, S. 23 und 26.

den Umfang der Arbeit.[76] Ab Anfang der 1970er Jahre wurde in sich grosser Beliebtheit erfreuenden „Seniorenclubs" eine Betreuung älterer Menschen organisiert mit dem Ziel, soziale Kontakte alter Menschen aufrechtzuerhalten.[77] Mit der Ausweitung der Arbeit der AWO veränderte sich auch ihre Arbeitsweise. Ein Professionalisierungstrend wurde deutlich an der Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der AWO in Gelsenkirchen. Waren 1974/75 516 ehrenamtliche Helfer und 15 hauptamtliche Mitarbeiter vorhanden und noch 1978 erst 24 Hauptamtliche und zehn Zivildienstleistende, so waren 1980 575 ehrenamtliche Helfer, 105 Hauptamtliche und 50 Zivildienstleistende in Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt in Gelsenkirchen tätig.[78] Die Mitgliederzahl der Gelsenkirchener Arbeiterwohlfahrt in den 28 Ortsvereinen stieg in den 1970er Jahren stetig weiter an. Die durch ein Überwiegen älterer Menschen charakterisierte Altersstruktur, die auch nach eigener Einschätzung verbesserungsbedürftig war, stellte eines der Hauptprobleme der Gelsenkirchener AWO dar, weil kein erfolgreiches Konzept zur Werbung jüngerer Mitglieder gefunden werden konnte.[79]

Neben der letztlich nicht quantifizierbaren Beteiligung von Sozialdemokraten in Freizeitvereinen, die sie z. T. mitprägten, ermöglichte die Sozialstruktur neueingetretener Mitglieder auch die sachkundige Beschäftigung mit neuen Themen. Durch den Eintritt zahlreicher Juristen während der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD verdoppelte sich die Zahl sozialdemokratischer Juristen in Gelsenkirchen, so daß am 26. Februar 1969 eine „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" in Gelsenkirchen ins Leben gerufen werden konnte, die sich nun mit der Diskussion sozialdemokratischer Rechtspolitik beschäftigte.[80] Auch trat 1969 eine vorher wahrscheinlich eingeschlafene „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen" in der Gelsenkirchener SPD wieder hervor. Allerdings war die Beteiligung von Selbstständigen trotz des Anteiles von 450 Selbständigen unter der Gelsenkirchener SPD-Mitgliedschaft zunächst eher gering.[81]

---

76 Kreiskonferenz 1975 – Konferenzmaterial, in: Akten AWO KV Ge; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1978-80; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1981-84; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1971/72, S. 54; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1973-5, S. 62; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1976-8, S. 76 ff.; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht Bezirk WW 1979-81, S. 74 f.

77 Kreiskonferenz 1975 – Konferenzmaterial, in: Akten AWO KV Ge; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1981-84, S. 27.

78 Kreiskonferenz 1975 – Konferenzmaterial, in: Akten AWO KV Ge; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1978-80, S. 5 und 12; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1981-84, S. 1 und 4 und 6.

79 Kreiskonferenz 1975 – Konferenzmaterial, in: Akten AWO KV Ge; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1978-80, S. 12 f. und 65; AWO KV Ge, Geschäftsbericht 1981-84, S. 7 und 43 ff.; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1971/72, S. 54; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1973-5, S. 62; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1976-8, S. 79; AWO Bezirk WW, Geschäftsbericht 1979-81, S. 75.

80 SPD UB Ge, Jahresbericht 1968/69, S. 55 f. Nach SPD UB Ge, Jahresbericht 1970/71, S. 63 wurden bis 1972 98 Sozialdemokraten zu dieser Arbeitsgemeinschaft gezählt.

81 SPD UB Ge, Jahresbericht 1968/69, S. 57.

c) Destabilisierungstendenzen sozialdemokratischer Politik und Kultur

Trotz überwältigender Wahlergebnisse erweist sich Gelsenkirchen bei näherem Hinsehen nur oberflächlich als eine der festesten Bastionen der Sozialdemokratie. Als gefährlichste Bedrohung der bis zur Mitte der 1970er Jahre erreichten vorherrschenden Stellung erwiesen sich die Veränderungen der ökonomischen Grundlagen der westdeutschen Gesellschaft und insbesondere die schon Jahrzehnte andauernde Krise der Montanindustrie. Mit der Montanindustrie hat Gelsenkirchen einen Wirtschaftszweig z. T. bereits verloren, in dessen besonderen Strukturen es der Ruhrgebietssozialdemokratie gelang, ein spezifisches Integrationskonzept zu entwickeln. Die Integrationstechnik, die mit Lebensstandarderhöhungen Systemloyalität im gebeutelten Ruhrgebiet hergestellt hat, wird „aus Mangel an umverteilungsfähigem Wachstum zunehmend unwirksamer" werden.[1] Längerfristiger drohen die hergestellten Loyalitäten, die aufgrund der Ungleichzeitigkeiten von realer sozioökonomischer Entwicklung und der Bewußtwerdung eben dieser Realität noch eine gewisse Konstanz haben können, zu zerfallen. Auch die mangels Arbeitsplätzen weniger an betrieblich-gewerkschaftliche Sphären anknüpfende Stadtteilarbeit verfügt angesichts der Finanzlage der Ruhrgebietsstädte über keinen verteilungspolitischen Spielraum mehr.

Mit der Wirtschaftsstruktur hat sich in Gelsenkirchen auch die Sozialstruktur verändert. Relativ spät setzte auch unter den abhängig Beschäftigten Gelsenkirchens ein Umstrukturierungsprozeß ein, der den Anteil der Angestellten zulasten der Arbeiter, die allerdings weiterhin stark vertreten sind, ansteigen ließ. In der sozialdemokratischen Bewegung spiegelt sich dies wider im Einflußgewinn von Beamten und Angestellten, die die basisnahen Eliten, die ihre Basis verlieren, verdrängen. Die alten, von gewerblicher Arbeit und gewerkschaftlichen Engagement geprägten Eliten werfen der jüngeren Politikergeneration „unzureichende Verankerung im Stadtviertel, technokratisch-distanziertes Auftreten und überzogenes Karrierestreben" vor.[2] Was Peter Glotz 1975 für die SPD insgesamt feststellte und wovon er die Hochburgen der Industriearbeiterschaft im Ruhrrevier noch ausnahm, wird bald auch für Gelsenkirchen zutreffen[3]: „Wer genauer hinsieht, bekommt ein sehr viel differenzierteres Bild: nämlich das Bild einer Partei, die sich so vielen sozialen Schichten geöffnet hat, daß kaum zu bewältigende Kommunikationsschwierigkeiten entstanden sind. Die einen wollen einfach menschenwürdig leben und es Jahr für Jahr ein wenig besser haben; andere suchen Gemeinschaft und Solidarität, um ihre Vereinzelung zu überwinden; manche wollen schlicht Oberamtsrat oder

---

1 L. Niethammer, Einleitung, 1983, S. 9; vgl. L. Niethammer, Vorwort, 1983, S. 14. B. Faulenbach, Struktur, 1987, S. 420 zur Schwächung des sozialdemokratischen Politikmodells bei sinkendem Montananteil.

2 M. Zimmermann, Bergarbeiterinteressenvertretung, 1983, S. 308; M. Zimmermann, Stellvertretung, 1987, S. 52. Diese Tendenz leugnet B. Hombach, Aufsteigen, 1984, S. 228.

3 P. Glotz, Weg, 1975, S. 257 und 247 zum Ruhrrevier.

Ministerialrat werden; viele suchen in der Politik nach dem Sinn des Lebens, nach der Erlösung von der Mühsal einer Existenz, deren Plagen sie einer Krankheit mit dem Namen ‚Kapitalismus' zu verdanken glauben." Die Beschreibung von Peter Glotz aus dem Jahr 1984 trifft noch genauer: Er analysiert das Nebeneinander zweier Strömungen der Lohnarbeit, „einer (gewerkschaftlich hoch organisierten) klassischen Industriearbeiter-Fraktion, die immer noch die stärksten Bataillone hat, aber schrumpft, und einem weniger durchorganisierten, auch stärker kleinbetrieblich bestimmten Dienstleistungslager, in dem die modernen Formen der Kopf-Arbeit dominieren – und das wächst"[4]. Eben darin zeigt sich die letzte Instanz der Ökonomie.

Eine genaue Typisierung der Gruppen in der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens fällt wegen der zahlreichen Differenzierungen schwer. Die „Arbeiter" sind unterteilt in Facharbeiter, un- und angelernte Arbeiter und eine Führungsgruppe um gewerkschaftliche Funktionäre. Die Gruppe der „Mittelschichtler" ist differenziert in die Beamten und Angestellten aus dem öffentlichen Dienst, höhere und kleine Angestellte aus der „freien" Wirtschaft, Angehörige technischer Berufe, neue Mittelschichten, Oberschüler und Studenten, Selbständige und Angestellte aus dem Humandienstleistungsbereich, insbesondere Pädagogen. Gewissermaßen „quer" liegen die Gruppe der Hausfrauen und die der berufstätigen Frauen. Letztlich entsteht so eine Situation, in der die Erlebnis- und Erfahrungshorizonte der Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie und der Menschen im Ruhrgebiet entsprechend der ökonomisch bedingten sozialstrukturellen Differenzierung fragmentiert sind, die Sozialdemokratie kulturell und politisch dieser Fragmentierung nur ansatzweise Rechnung trägt und vornehmlich an Erfahrungen und Perspektiven eines schrumpfenden Teils der Lohnabhängigen – insbesondere der gewerblichen Arbeiter – ausgerichtet bleibt. Über mittelfristig orientierte Perspektiven sozialer Abfederung der Folgen ökonomischen Wandels hinaus vermag sie zur Zeit kein sozialdemokratisches „Weltbild" zu vermitteln, welches in der Lage ist, individuell differenzierte Erfahrungen kollektiv zu verarbeiten und daraus individuelle und kollektive Perspektiven zu entwickeln, und welches der gesellschaftlichen Gesamtkultur als kultureller Gegenentwurf in politisierter Form entgegentritt.

---

4 P. Glotz, Arbeit, 1984, S. 22 f., wo noch weitere kleine Strömungen genannt werden, wie Heinemanns Erben, die Altlinken, versprengte Linksliberale etc. Vgl. auch M. Güllner, 1986, S. 12.

Ende sozialdemokratischer Arbeiterbewegungskultur?

Der Arbeiterkulturbegriff thematisiert in der sozialwissenschaftlichen Forschung nach der partiellen Abwendung von dem Interesse an den „großen" Strukturen und Prozessen verstärkt die Erfahrungen des „kleinen Mannes" in seiner Betroffenheit von Globalzusammenhängen. Die konkrete Analyse mit Hilfe eines an erweiterter Sozialgeschichte orientierten Kulturbegriffs zeigt, daß dieses Forschungskonzept den angesprochenen Forschungsbereich zwischen Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegungsgeschichte bzw. die Wechselbeziehungen zwischen ökonomischer Basis und ideologisch-kulturellem Überbau nicht genügend strukturiert. Die Identifizierung allgemeinerer Entwicklungstendenzen der Umsetzung konkreter sozioökonomischer Erfahrungen in Deutungsmuster und Zukunftsperspektiven und die Begründung für die Fortexistenz überkommener Orientierungsmuster bereiten sozialwissenschaftlicher, an Strukturen interessierter Forschung weiter Schwierigkeiten. Begründet liegen diese Schwierigkeiten in der Vielgestaltigkeit der Beziehungen zwischen sozioökonomischer Basis, deren Wahrnehmung und Verarbeitung und dem Aufgreifen dieser Elemente der Arbeitergeschichte durch die organisierte Arbeiterbewegung. Arbeiterbewegung und deren organisierte Kultur und Politik ist also nicht bloßer Reflex sozioökonomischer Basisprozesse, sondern auch Produkt komplexer, langfristig wirkender Traditionen und Wahrnehmungsprozesse. So hat sich der forschungsleitende Kulturbegriff zwar prinzipiell als tragfähig erwiesen, bedarf jedoch der Strukturierung und Differenzierung des durch ihn abgesteckten Untersuchungsfeldes.

Mitverantwortlich für Schwierigkeiten bei der Identifizierung von Bedingungsfaktoren, deren oft über Schlüsselereignisse vermittelter konkreter Wirkung für die Ausgestaltung sozialdemokratischer Politik und Kultur sowie der Wechselbeziehungen zwischen Arbeiterleben und Arbeiterbewegung ist die Quellenlage, die es nicht erlaubt, „in die Köpfe hineinzuschauen". Auch die Oral-History-Methode, die vielfältig gebrochene lebensgeschichtliche Erzählung produziert, ist nur eine begrenzt wirksame Methode. Die „harten" Ergebnisse von Oral-History sind eher dürftig. Speziell zur Aufklärung fremder Lebenswelten, zur Kontrolle der Forschungstätigkeit und zur ansatzweisen Aufdeckung struktureller Hintergründe behält diese Methode ihre Bedeutung.

Die Anwendung des mit dem Begriff der Arbeiterkultur verbundenen Forschungskonzeptes auf die sozialdemokratische Bewegung des Raumes Gelsenkirchen, die für das Ruhrgebiet Repräsentativität beanspruchen

kann und beispielhaft den Zusammenhang von Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegungsgeschichte aufgreift, zeigt verschiedene Entwicklungsphasen im Verhältnis der Erfahrungen des Arbeiterlebens und der von der sozialdemokratischen Bewegung praktizierten Kultur und Politik.

In der Zeit des Kaiserreiches ergibt sich das Bild einer innerlich und organisatorisch schwachen, erst nach dem Schlüsselereignis des großen Bergarbeiterstreiks von 1889 sich entfaltenden Sozialdemokratie, die angesichts härtester Verfolgung und größter materieller Not entsprechend den von außen an das Ruhrgebiet herangetragenen Organisationsvorstellungen ihr Heil nur in disziplinierten und straffen Organisationen erblicken konnte. Weitere die Ausbreitung sozialdemokratischer Arbeiterkultur hindernde Faktoren waren konfessionell-katholische Orientierungen, die in den katholischen Arbeitervereinen und den Bestrebungen im Umfeld des Zentrums ihren Ausdruck fanden, und konfessionell-protestantische und nationale Orientierungen, die sich im evangelischen Vereinswesen und in der Stärke der Nationalliberalen zeigten. Nur wo katholische oder protestantisch-nationale Vorstellungswelten aufgrund des allzu raschen Bevölkerungsanstieges nicht prägend wirken konnten, fand die Sozialdemokratie hauptsächlich ab der Jahrhundertwende als Protest- und Sammlungsbewegung einigen Anhang. Die sozialdemokratische Anhängerschaft konnte vor dem Ersten Weltkrieg nicht in ein spät entstandenes, schwach entwikkeltes, aber deutlich gegenkulturelles Umfeld sozialdemokratischer Arbeiterkulturorganisationen integriert werden. Gegenüber der spezifischen reformistisch-revisionistischen und durchaus auch situationsadäquaten Arbeiterbewegungskultur bildete sich im besonderen vom Bergbau geprägten Industrialisierungsprozeß des Ruhrgebietes eine informelle Arbeiterkultur ohne feste Organisationsformen heraus. Diese war durch das Schlafgängerwesen im Reproduktionsbereich, durch die Spezifik bergbaulicher Arbeitsverrichtung im Produktionsprozeß und überkommene Vorstellungswelten des alten Bergmannsstandes und der ostdeutschen Zuwanderer charakterisiert.

Die Novemberrevolution erzeugte nach der kriegsbedingten Not, harten unmittelbaren Konflikten im hierarchisch organisierten Bergbau und der obrigkeitsstaatlichen Unterdrückung enormen Erwartungsdruck bezüglich der Ergebnisse der Revolution. Diesem entsprach die Mehrheitssozialdemokratie nicht, und sie konnte die Hoffnungen auch nach ihrer im Krieg verstärkten sozialpartnerschaftlichen und am gesamtgesellschaftlichen Interesse orientierten Vorstellungswelt nicht erfüllen. Im Erwartungsdruck der Arbeiter an die vermeintlich radikale Protestpartei und in der (mehrheits)sozialdemokratischen Vorstellung des schrittweisen Übergangs zum Sozialismus aktualisierte sich das vor dem Weltkrieg entstandene Auseinanderklaffen von Arbeiterbewegungskultur und unmittelbaren Kommunikations- und Solidarstrukturen im Produktions- und Reproduktionsbereich. Über umfangreiche Massenbewegungen in der Anfangsphase der Weimarer Republik lösten sich große Teile der Arbeiter Gelsenkirchens wieder von der SPD und den freigewerkschaftlichen Verbänden und machten über Zwischenstationen die Kommunisten, die dem spontanen

Handlungswillen besser zu entsprechen schienen, zur stärksten parteipolitischen Kraft der Arbeiterbewegung Gelsenkirchens.

Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften verharrten in der Zeit der Weimarer Republik unter dem Druck der Republikfeinde bei ihrer an institutioneller und legalistischer Mitarbeit orientierten Vorstellungswelt und Strategie. Damit erwiesen sie sich letztlich als unfähig, der nationalsozialistischen Bedrohung wirkungsvoll zu begegnen. Ansätze adäquater Gegenwehr zeigten sich nur bei einigen Arbeiterkulturorganisationen, die mit überwiegend gegenkultureller, proletarische Basiserfahrungen aufgreifender Orientierung ihre Hochzeit in den 1920er Jahren erlebten, weil sie im Unterschied zu Partei und Gewerkschaft mit klassenmäßiger Polarisierung Identifikationsmöglichkeiten zu bieten vermochten und die Arbeits- und Lebensumstände der Arbeiterschaft damit aufgriffen.

Neben relativ wenigen spektakulären Widerstandsaktivitäten „überwinterte" der Kern der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens im Dritten Reich in abgeschotteten informellen Gesinnungsverbänden und Freundeskreisen.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus knüpfte die Arbeiterbewegung personell und programmatisch an die Weimarer Zeit an. Die noch relativ vollständige sozialdemokratische Gesamtbewegung wurde wiederaufgebaut. In einer breiten antikapitalistisch orientierten gesellschaftlichen Bewegung war nun die Sozialdemokratie Träger von Neuordnungsvorstellungen, womit sie ihren Anhang wesentlich verbreitern konnte. Nach dem Scheitern der Neuordnungsvorstellungen, im Gefolge der Erfahrungen der Arbeitnehmerschaft seit den 1930er Jahren und vor allem in der frühen Nachkriegszeit, angesichts des rapiden Bedeutungsverlustes der KPD und der Enttäuschung des katholisch-sozial orientierten Teils der Ruhrarbeiter durch Adenauers Politik stieg die Sozialdemokratie in den 1950er Jahren in Gelsenkirchen zur dominanten Kraft auf, weil sie mit nüchtern-pragmatischer, an begrenzter institutionalisierter Mitbestimmung und Verteilungsgerechtigkeit orientierter Politik im Geflecht der montanindustriellen Strukturen die mittelfristige Perspektive auskömmlichen Lebens zu bieten vermochte. Am Ende großer Neuordnungshoffnungen verkörperte der sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Multifunktionär im kleinräumigen Bereich von Betrieb und Stadtteil in einem sozialdemokratischen Politikmodell basisnaher Stellvertretung die nun allein als sinnvoll akzeptierte Perspektive einer Reformpolitik der kleinen Schritte. Für die „Sozialdemokratisierung" des Ruhrgebietes kam den Nachfolgeorganisationen der alten Arbeiterkulturbewegung neben der spezifischen Gestaltung der Arbeitssphäre besondere Bedeutung zu, weil sie mit ihren Aktivitäten im Reproduktionsbereich und ihrem Hineinwachsen in die öffentliche Sozialpolitik vielfach an der konkreten Umsetzung der Reformpolitik der kleinen Schritte auch gestalterisch beteiligt waren und so im Unterschied zur eher unpersönlichen Sozialbürokratie ein Netz persönlicher Beziehungen mit demokratischer Intention schufen, was Loyalitäten gegenüber der dominanten Sozialdemokratie erzeugte. Obwohl wie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik auch nach 1945 überwiegend ein harter Kern aus der

organisierten Arbeiterbewegung das Leben der sozialdemokratischen Umfeldorganisationen gestaltete, was die These einer Gründung der Arbeiterkulturorganisationen „von unten" relativiert, wurden mit den lokalen Aktivitäten alltägliche Bedürfnisse der Gelsenkirchener Arbeiterbevölkerung aufgegriffen und damit das sozialdemokratische Politikmodell in den Reproduktionsbereich verlängert bzw. dort abgestützt. Noch gegenkulturell geprägte Wertemuster mit den zentralen Werten der Demokratisierung und der Solidarität gingen in der Praxis der sozialdemokratischen Umfeldorganisationen eine Symbiose mit der Integration in wohlfahrtsstaatliche Interventionspolitik ein, die den Entfremdungs- und Ungerechtigkeitserfahrungen und den Wünschen nach Partizipation am bundesrepublikanischen Wohlstand in der Arbeitnehmer-Bevölkerung des Ruhrgebietes entsprachen.

Während die Sozialdemokratie in den spezifischen großbetrieblich-montanindustriellen Strukturen des Ruhrgebietes ihren Einfluß ausbaute, entstanden durch sozioökonomische Wandlungstendenzen verursacht soziale Bewegungen, die auf Reformen drängten und z. T zur SPD fanden. Hierdurch veränderte sich die Sozialdemokratie sozialstrukturell und im kulturellen Lebensstil. Der Untergang der Montanindustrie, der letztlich über die soziale Abfederung im Rahmen der sozialdemokratischen Stellvertreterpolitik der Sozialdemokratie zugute kam, führte weitere grundlegende ökonomische und sozialstrukturelle Veränderungen herbei. In den sozialstrukturellen Folgen umfassender ökonomischer Veränderungen lagen schließlich Gefährdungen sozialdemokratischer Vorherrschaft im Ruhrgebiet.

Sozialdemokratische Politik in den basisnahen Strukturen von Betrieb und Stadtteil hat unbestreitbar wichtige Erfolge für die Menschen des Ruhrgebiets gebracht. Nicht nur der materielle Lebensstandard wurde wesentlich verbessert, auch zahlreiche immaterielle und kulturelle Bedürfnisse wurden befriedigt. Gegenüber den Anfängen wurden wesentliche Fortschritte der Demokratisierung und Ansätze von Chancengleichheit erkämpft. Vielfach wurde überhaupt erst ein Recht, als Mensch behandelt zu werden, erstritten, für das schon die streikenden Bergarbeiter 1889 eingetreten waren. Auch sollte die soziale Abfederung der Folgen der Krise der Montanindustrie in ihrer Bedeutung für die Menschen des Ruhrgebietes nicht unterschätzt werden. Aufgrund der sozialen und demokratischen Fortschritte, die der Kapitalseite in einem jahrzehntelangen Kampf abgetrotzt wurden, ist es falsch und elitär, der Ruhrgebietssozialdemokratie und speziell dem Politikmodell der basisnahen Stellvertretung Inhaltsleere vorzuwerfen.[1] Dagegen hat Arno Klönne zu Recht als eine Tradition der

---

1 Z. B. M. ZIMMERMANN, Bergarbeiterinteressenvertretung, 1983, S. 308; A. v. PLATO, Nachkriegssieger, 1983, S. 356; U. HERBERT, Entwicklung, 1985, S. 43 f.; L. NIETHAMMER, Nachindustrielle Urbanität, 1984, S. 240; L. NIETHAMMER, Alltagserfahrung, 1984, S. 373 f. Auch bei K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 530 ist die Ruhr-SPD politischer Ausdruck eines „vergleichsweise unideologischen Milieus der kleinen Leute". Tradition einer unpolitischen Sozialkultur im Ruhrgebiet bei: K. ROHE, Wie stark, 1986, S. 20 f. Ähnlich L. NIETHAMMER, Normalisierung, 1986, S. 179.

nordrhein-westfälischen SPD die Vertretung von Arbeiterinteressen und ein an Wahlergebnissen gemessen weithin akzeptiertes Deutungs- und Wertemuster industrieller Demokratie bezeichnet[2], das einen radikalen Bruch mit früherer autoritärer Betriebsführung darstellt.[3] In diesem Sinne weniger durch lautstarke Sprüche oder ausufernde Theoriedebatten, hat die SPD des Ruhrgebietes auch die Entwicklung der Gesamt-SPD erheblich mitbeeinflußt.[4] Gegen Behauptungen von der Inhaltsleere sozialdemokratischer Kultur spricht auch der Übergang zahlreicher kultureller Elemente in eine neue Gesamtkultur des Ruhrgebietes. Im Sinne einer Teilhabe an gesamtgesellschaftlicher Kultur wurden kulturelle Elemente der sozialdemokratischen Bewegung unter deren politischer Vorherrschaft in bestehende Institutionen eingebaut. Das Ruhrgebiet hat so eine spezifische „Kultur des kleinen Mannes" entwickelt. Diese Ruhrgebietskultur mit Merkmalen wie einem arbeitnehmerorientierten Korporatismus, einer Grundorientierung an Solidarität und Gerechtigkeit und nicht zuletzt der sozialdemokratischen Hegemonie hebt sich positiv von der älteren Ruhrgebietskultur ab, die bestimmt war von Ruhrindustriellen, die „Herr im Haus" sein wollten und schließlich auch den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigten.[5]

Obwohl die Sozialdemokratie insgesamt in ihrer Geschichte immer ein mehr oder weniger stabiles Bündnis verschiedener Arbeitergruppen(kulturen) darstellte, wurde trotz der bedeutenden sozialstrukturellen Unterschiede in der Mitgliedschaft und trotz unterschiedlicher Erfahrungen insbesondere in den Arbeiterkulturorganisationen eine alternative Lebensgemeinschaft ansatzweise verwirklicht, und auch das sozialdemokratische Organisationsgeflecht im Gesamtzusammenhang erzeugte Elemente einer alternativen Lebens- und Solidargemeinschaft. Dieser Gesamtzusammenhang endete in Gelsenkirchen nicht 1933, sondern wurde in meist übersehener Vielfalt 1945 wiederaufgebaut, allerdings mit einigen Lücken. Mit Einschränkungen hielt sich die sozialdemokratische Lebensgemeinschaft in Gelsenkirchen bis in die 1960er Jahre. Dann setzten Professionalisierungs- und Pädagogisierungstendenzen ein, sozialstrukturell andersartig geprägte

---

2 A. KLÖNNE, Sozialdemokratie, 1985, S. 89 und 83 f. Vgl. B. FAULENBACH, Struktur, 1987, S. 414 f.; B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 146.

3 M. ZIMMERMANN, Stellvertretung, 1987, S. 47.

4 A. KLÖNNE, Sozialdemokratie, 1985, S. 84 f. Vgl. M. MARTINY, Revier, 1984, S. 148; B. FAULENBACH, Sozialdemokratisierung, 1988, S. 147.

5 Vgl. B. FAULENBACH, Struktur, 1987, S. 412. Einige Facetten der Ruhrgebietskultur in den Beiträgen, in: P. GRAFE, B. HOMBACH, R. GRÄTZ, 1987; weitere Facetten in K. ROHE, Wie stark, 1986, S. 22 ff., sonst eher in aktueller literarischer und essayistischer Literatur zu finden, z. B. bibliographisch weiterführend H. E. KÄUFER, Gelsenkirchen literarisch, 1984. K. ROHE, Armenhaus, 1987, S. 531 spricht von „Lebensweisen und Mentalitäten, den Sentiments und Ressentiments, dem Stolz und der Selbstachtung der kleinen Leute", die die Sozialdemokratie reflektiert, wobei diesen allerdings höchstens wenig ideologischer Gehalt beigemessen wird und vergessen wird, daß ein Teil der Ruhrgebietskultur ein noch immer allerdings über basisnahe Eliten vermitteltes dichotomes Weltbild, die Unterscheidung zwischen dem kleinen Mann und „denen da oben", ist. L. NIETHAMMER, Normalisierung, 1986, S. 206 stellt fest, daß das „Wirtschaftswunder" und die Stabilisierung der Lebensverhältnisse unter der Ruhrarbeiterschaft „keine Illussion einer klassenlosen Gesellschaft" begründeten.

Lebensstile drangen in die sozialdemokratische Bewegung ein, und manches sozialdemokratische Anliegen erledigte sich durch erfolgreiches Umsetzen in die Gesamtkultur in Form von Sozialpolitik, Bildungspolitik und kommunalen Freizeitangeboten.

Die Sozialdemokratie als Ganze wurde aber nicht durch die emotionalen Gefühle einer Lebensgemeinschaft zusammengehalten, sondern durch gemeinsame Vorstellungen und Ziele[6]: „SPD-Mitglieder waren nicht Brüder und Schwestern mit gleichem Lebensstil, sondern Weggefährten (‚Genossen'), die gemeinsam für eine Idee, den Sozialismus kämpften". Dieses integrierend wirkende gemeinsame Ziel einer besseren solidarischen Gesellschaft, das ein konstituierender Bestandteil sozialdemokratischer Kultur war, ist aber im Entwicklungsprozeß der Sozialdemokratie and angesichts einer nie dagewesenen Differenzierung und Atomisierung der westdeutschen Gesellschaft zunehmend verschwommen: Schon vor dem Ersten Weltkrieg wandte sich die sozialdemokratische Bewegung einer durchaus menschlichen Politik der kleinen Schritte zu, die insbesondere über die Gewerkschaften konkrete Verbesserungen des Lebens der Arbeiter erreichen sollte. In begrenztem Rahmen konnten erste Sozialgesetze erreicht werden, was allerdings durch eine zunehmende Einbindung in die bestehende Klassengesellschaft erkauft wurde, die in die Zustimmung zum Ersten Weltkrieg mündete. Sowohl der Weltkrieg, als die Obrigkeit auf die Arbeiterklasse angewiesen war, als auch die dem Zusammenbruch des Kaiserreiches folgende Novemberrevolution brachten sozialstaatliche Fortschritte, aber auch die erste Erschütterung des Fortschrittsglaubens der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie blieb bei ihren gegenkulturellen Vorstellungen eines längerfristigen, schrittweisen und friedlichen Übergangs zum Sozialismus und büßte im Ruhrgebiet einen großen Teil ihrer Anhänger, die von der Novemberrevolution beflügelt eine rasche Verbesserung ihrer Lage erwarteten, ein. Die Niederlage gegen den Nationalsozialismus und dessen Bestialität und das Scheitern der Neuordnungsvorstellungen nach der Befreiung vom Nationalsozialismus machten Reste von sozialdemokratischem Geschichtsoptimismus und des Glaubens an den naturnotwendigen Übergang zum Sozialismus obsolet. Die große gegenkulturelle Perspektive wurde zurückgedrängt, auf eine allgemein akzeptierte Utopie wurde verzichtet und es fand eine Hinwendung zu pragmatischer Reformarbeit statt, in der Tradition einer lange geübten Praxis. Mit dem Verblassen der sozialdemokratischen Utopie veränderte sich schrittweise und nicht abschließend mit dem Godesberger Programm das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Bewegung mit ihren Angeboten der Realitätsdeutung und ihren Zukunftsperspektiven und den Erfahrungen der Menschen, deren Hoffnungen und Wünschen. D. h. Arbeiterkultur als „Verknüpfungsinstanz" für den „konkreten Zusammen-

6 M. Güllner, 1986, S. 12.

hang zwischen sozialökonomischer Lage, Bewußtseinsbildung, Organisation, Bewegung und Politik der Arbeiter"[7] änderte sich grundlegend.

Erfolgreich im Sinne guter Wahlergebnisse und einer großen Anhängerschaft war die Sozialdemokratie immer dann, wenn sie die Erfahrungen der Menschen in Gelsenkirchen aufgriff und in der Lage war, Utopien zu liefern, d. h. Erfahrungen des Arbeiterlebens, Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur miteinander in relativen Einklang zu bringen. Vor dem Ersten Weltkrieg gelang dies teilweise als radikale Protestpartei, die allerdings oft vom spontanen Handeln der Ruhrarbeiter mehr mitgerissen wurde, als daß sie bewußt handelte. In der Anfangsphase der ersten Republik gingen die sozialdemokratische Politik und die Unterdrückungserfahrung und die Erwartungen der Ruhrarbeiter weit auseinander, und folglich schwand der sozialdemokratische Einfluß. Nach Faschismus und Krieg verkörperte die Sozialdemokratie die Hoffnung auf ein besseres Leben und zog mit pragmatischer Bewährung im Chaos der Nachkriegszeit und der Illusion einer Neuordnung viele Ruhrarbeiter an. Als die Neuordnung scheiterte, hatten nur Sozialdemokraten in den montanindustriellen Strukturen ein Konzept zu bieten, welches in kleinen Schritten den Ruhrarbeitern erstmalig ein auskömmliches Leben bieten konnte. Weitergehende Utopien grundlegender Umgestaltung zu einer sozialistischen Gesellschaft wurden in der Wirtschaftswunderzeit verschüttet, Versuche, Utopien durch konkrete gegenkulturelle Praxis zu konkretisieren, verwirklichten sich z. T. in industrieller Demokratie und sozialintegrativer Konfliktregelung. Zu Unrecht würde das Aufgehen arbeiterkultureller Elemente in der bundesrepublikanischen Gesamtkultur allerdings als Verbürgerlichung bezeichnet werden, da der dominierenden bürgerlichen Kultur in harten Auseinandersetzungen zahlreiche Zugeständnisse abgerungen wurden.[8]

Wenn also sozialdemokratische Kultur über die kleinräumliche und mittelfristige Perspektive industrieller Demokratie hinaus ihre gegenkulturelle Utopie aus den Augen verloren hat und sozialdemokratische Politik im Ruhrgebiet zunehmend ihrer materiellen und sozialstrukturellen Grundlagen beraubt wird, so erscheint die Ruhr-SPD in ihrer starken Stellung gefährdet. In dieser schwierigen Lage bleibt als Perspektive zukünftiger sozialdemokratischer Politik nach den kollektiven Erfahrungen der Arbeiterbewegung und denen der Menschen im Ruhrgebiet nicht der Weg zurück in eine nostalgisch verklärte, nur angeblich heile Welt der alten heilsgewissen Arbeiterbewegung und Arbeiter(bewegungs)kultur. Allerdings dürfte es übertrieben sein, schon auf das Ende der Arbeiterkultur zu schließen, nur weil sich Arbeitsverrichtungen differenzieren, Kopfarbeit sich ausgeweitet, mittelbetriebliche Strukturen sich weiter verbreiten, Lebensverhältnisse sich für einen großen Teil der Bevölkerung angeglichen haben.[9] Fremdbestimmte Arbeit, die stete (und wachsende) Gefahr des

---

7 J. Kocka, Forschungsthema, 1979, S. 8, vgl. Forschungskonzept.
8 Vgl. H. Bausinger, Verbürgerlichung, 1981, S. 117.
9 Vgl. provozierend: K. Tenfelde, Vom Ende, 1986, S. 26 ff.; K. Tenfelde, Überholt, 1988. Vgl. auch J. Mooser, 1984, S. 20 ff.

Arbeitsplatzverlustes, sinnentleerte kommerzialisierte Freizeit und neue globale Bedrohungen sind zu bzw. an die Stelle älterer Kennzeichen der Existenz der sich untereinander differenzierenden Lohnabhängigen getreten. Aus der Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und deren Folgen und an den geänderten Lebens- und Arbeitserfahrungen unterschiedlichster Arbeitergruppen kann sich also eine utopische Intention der sozialdemokratischen Bewegung neu konkretisieren. Damit werden ebenso die „großen Fragen" der Regeneration der natürlichen Umwelt, der Friedenssicherung, der Vermeidung ökonomischer Krisen, der sinnvollen gesamtgesellschaftlichen Verteilung der Arbeit und der befriedigenden Gestaltung von Arbeit angesprochen. An das sozialdemokratische Konzept industrieller Demokratie kann dabei angeknüpft werden. Es kann zu einem Konzept umfassender demokratischer Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickelt und auf andere als montanindustrielle Strukturen übertragen werden. Damit kann eine sozialdemokratische Utopie humaner und demokratischer Gestaltung von Arbeit und Leben an Bedürfnisse anknüpfen, die aus der derzeitigen kapitalistischen Gestaltung des Arbeitslebens entstehen.[10] Gleichzeit vermag eine solche Strategie die verschiedensten Gruppen arbeitender Menschen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Interessen – sicher unter Schwierigkeiten – zusammenzuführen und ist in diesem Sinne mehrheitsfähig[11], weil sie das alte sozialdemokratische Bündnis verschiedener Arbeitergruppen mit Teilen der Mittelschichten erneuert. So bleibt dann auch die Frage eines gegenkulturellen Entwurfs aktuell. An die Stelle der alten Arbeiterbewegungskultur kann also eine gegenkulturelle Utopie treten, die den gewandelten sozioökonomischen Gegebenheiten Rechnung trägt. Damit würde dann eine neue Phase der Geschichte der Arbeiter(bewegungs)kultur beginnen.

---

10 Vgl. P. Friedemann, S. Schneider, 1987, S. 86. Vgl. Schlußfolgerungen bei: B. Faulenbach, Klassenkultur 1988, S. 15 f. Vgl. F. Deppe, Ende, 1986, S. 265. Zur Lebenslage auch J. Mooser, 1984, S. 68 und 100 ff.

11 Vgl. P. Glotz, Arbeit, 1984, S. 123 und 154 f. zu einigen Schwierigkeiten.

Verzeichnis der Abbildungen, Karten und Tabellen

Abbildungen und Karten

1. „Dantons Tod". Revolutionsfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend am 7. Nov. 1931 im Hans-Sachs-Haus, Gelsenkirchen 6
2. „Totentanz". Gedenkfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend für die Opfer der Novemberrevolution 1918, Gelsenkirchen 1932 14
3. Entwicklung des Stadtgebietes 30
4. Entwicklungszonen des Ruhrgebietes 32
5. August Bebel am 16. Mai 1889 an den Bergarbeiter Alois Fran(c)ke, Abschrift 42

Tabellen

1. Entwicklung des Gelsenkirchener Bergbaus bis 1889 48
2. Belegschaft der Schachtanlagen und Industriebetriebe im Raum Gelsenkirchen 1870-1889 52
3. Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchen bis 1889 54
4. Kostgänger und Quartiergeber im Landkreis Bochum 1879-1885 58
5. An- und Abmeldungen je 100 Einwohner in der Stadt Gelsenkirchen 1882-1890 58
6. Wahlen zum Reichstag im Raum Gelsenkirchen 1871-1890
   a. Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen 76
   b. Wahlkreis Recklinghausen-Borken 76
7. Weiterentwicklung des Gelsenkirchener Bergbaus 1890-1914 . 96
8. Belegschaft der Schachtanlagen und Industriebetriebe im Raum Gelsenkirchen 1890-1914 98
9. Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchen 1890-1918 101
10. Anteil der Reichsdeutschen aus Oberschlesien, Posen, West- und Ostpreußen an den Zechenbelegschaften in v. H. 1893-1913 102
11. Geburtsländer (Provinzen) der Einwohner der Stadt Gelsenkirchen in v. H. 1885-1910 103
12. Belegschaftswechsel pro 100 Mann der durchschnittlichen Belegschaft (Zu- und Abgänge) auf den Bueraner Zechen 1900-1912 106
13. An-, Ab- und Ummeldungen in der Stadt Gelsenkirchen und in Amt/Stadt Buer je 100 Einwohner 1891-1918 106

14. Familienverhältnisse der Bergleute im Raum Gelsenkirchen nach der Zählung vom 16. Dez. 1893 109
15. Besitz der Bergleute im Raum Gelsenkirchen nach der Zählung vom 16. Dez. 1893 110
16. Wirtschaften in der Stadt Gelsenkirchen 1879-1899 111
17. Wahlen zum Reichstag im Raum Gelsenkirchen 1887-1912
a. Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen 121
b. Wahlkreis Recklinghausen-Borken 122
c. Stadt Gelsenkirchen 122
d. Amt/Stadt Buer 123
e. Gemeinde Horst 123
18. Mitgliederentwicklung der SPD im Raum Gelsenkirchen und im Reich 1905-1914 125
19. Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Dachverbände und der Bergarbeiterverbände im Reich und im Ruhrgebiet 1890-1913 136
20. Bergarbeiterstreik von 1905 in den Bergrevieren Gelsenkirchen und West-Recklinghausen, Streikende in v. H. im Vergleich zur Belegschaft vom 30. Sept. 1904 140
21. Mandate der Bergarbeitergewerkschaften im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1904-1912 142
22. Mitgliederentwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1896-1913 146
23. Entwicklung des Arbeiter-Turner-Bundes im 6. Kreis (Rheinland-Westfalen) 1907-1912 159
24. Zahl der Leser und der entliehenen Bücher der Bibliothek des Ortskartells Buer der Freien Gewerkschaften 1910-1918 164
25. Berufsstruktur der Mitglieder des Bürger- und Arbeiterkonsumvereins „Eintracht" 1914 168
26. Belegschaft (inkl. Kriegsgefangene) der Schachtanlagen und Industriebetriebe im Raum Gelsenkirchen 1913-1918 176
27. Mitgliederentwicklung der (M)SPD im Bezirk Westliches Westfalen 1914-1918 182
28. Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Dachverbände und der Bergarbeiterverbände im Reich, im Ruhrgebiet und im Raum Gelsenkirchen 1913-1919 219
29. Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Jan. 1919 im Raum Gelsenkirchen 223
30. Wahlen zur Preußischen Landesversammlung am 26. Jan. 1919 im Raum Gelsenkirchen 223
31. Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Gelsenkirchen am 23. Febr. 1919 224
32. Wahlen zur Stadtverordneten-/Gemeindevertreterversammlung in der Stadt Buer, in der Gemeinde Horst und in der Gemeinde Rotthausen am 2. März 1919 226
33. Belegschaft der Schachtanlagen und Industriebetriebe im Raum Gelsenkirchen 1919-1922 227

34. Steigerung von Lebensmittelpreisen in der Stadt Gelsenkirchen im Vergleich zu Jahresdurchschnittspreisen von 1914 in v. H. 229
35. Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchen 1918-1921 229
36. Arbeiterausschußwahlen auf den Schachtanlagen im Raum Gelsenkirchen im März 1919 237
37. Streikbeteiligung im Ruhrbergbau beim Aprilstreik 1919 in v. H. 239
38. Streikende Ruhrbergarbeiter während des Kapp-Lüttwitz-Putsches 247
39. Wahlen im Raum Gelsenkirchen 1920/21
    a. Wahl zum Reichstag am 6. Juni 1920 258
    b. Wahl zum Preußischen Landtag am 20. Febr. 1921 258
    c. Wahl zum Westfälischen Provinziallandtag am 20. Febr. 1921 258
40. Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Dachverbände und der Bergarbeiterverbände im Reich, im Ruhrgebiet und im Raum Gelsenkirchen 1918-1925 274
41. Zusammensetzung der Betriebsräte im Ruhrbergbau und auf den Schachtanlagen im Raum Gelsenkirchen 1920 280
42. Zusammensetzung der Betriebsräte in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest und im Raum Gelsenkirchen 1920 281
43. Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau, im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen und auf den Schachtanlagen im Raum Gelsenkirchen 1921 283
44. Betriebsratswahlen in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest und im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen 1921 284
45. Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau, im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen und auf den Schachtanlagen im Raum Gelsenkirchen 1922 285
46. Betriebsratswahlen in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest und im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen 1922 285
47. Belegschaft im Bergbau Gelsenkirchens (Gebiet von 1928) 1922-1928 290
48. Belegschaft (Arbeiter und Angestellte) in Industriebetrieben im Raum Gelsenkirchen 1922-1927 291
49. Registrierte Arbeitslose im Raum Gelsenkirchen 1925-1928 . . 291
50. Einwohnerzahl im Raum Gelsenkirchen 1919-1930 294
51. Wahlen im Raum Gelsenkirchen 1924-1928
    a. Wahlen zur Stadtverordneten-/Gemeindevertreterversammlung in der Stadt Gelsenkirchen, in der Stadt Buer und in der Gemeinde Horst am 4. Mai 1924 295
    b. Wahl zum Reichstag am 4. Mai 1924 296
    c. Wahl zum Reichstag am 7. Dez. 1924 296
    d. Wahl zum Preußischen Landtag am 7. Dez. 1924 296
    e. Reichspräsidentenwahl 1925 297
    f. Wahl zum Westfälischen Provinziallandtag am 29. Nov. 1925 297

g. Wahl zum Reichstag am 20. Mai 1928 298
h. Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Gelsenkirchen-Buer am 20. Mai 1928 298
i. Wahl zum Preußischen Landtag am 20. Mai 1928 298
52. Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau und auf den Gelsenkirchener und Bueraner Schachtanlagen 1924 und 1925 302
53. Zusammensetzung der Betriebsräte in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest 1924 und 1925 303
54. Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau 1926-1928 und auf den Schachtanlagen in Gelsenkirchen 1928 307
55. Betriebsratswahlen in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest 1926-1928 und in der Gelsenkirchener Metallindustrie 1928 . . 307
56. Mitgliederentwicklung des ADGB in der Stadt Gelsenkirchen 1926 und 1927 und in der Stadt Gelsenkirchen-Buer 1928 . . . 309
57. Mitgliederentwicklung des AR(K)FB im Reich und im Raum Gelsenkirchen 1921-1932 324
58. Zahl der Leser und der entliehenen Bücher der Bibliothek des Ortskartells Buer des ADGB 1919-1923 334
59. Belegschaft im Bergbau Gelsenkirchens 1928-1933 341
60. Erwerbspersonen und Berufszugehörige in Gelsenkirchen (Gebiet von 1928) 1925 und 1933 342
61. Durch Wohlfahrts- und Arbeitsamt unterstützte Parteien bzw. Personen (Jahresdurchschnitt) in Gelsenkirchen 1929-1933 . . 343
62. Wahlen in Gelsenkirchen 1929
a. Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Gelsenkirchen-Buer am 17. Nov. 1929 343
b. Wahl zum Westfälischen Provinziallandtag am 17. Nov. 1929 344
63. Wahl zum Reichstag am 14. Sept. 1930 in Gelsenkirchen . . . 346
64. Reichspräsidentenwahl 1932 in Gelsenkirchen 348
65. Wahl zum Preußischen Landtag am 24. Apr. 1932 in Gelsenkirchen 349
66. Wahl zum Reichstag am 31. Juli 1932 in Gelsenkirchen 350
67. Wahl zum Reichstag am 6. Nov. 1932 in Gelsenkirchen 350
68. Mitgliederentwicklung im SPD-Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen 1925-1930 353
69. Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Dachverbände, der Bergarbeiterverbände und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Reich und im Ruhrgebiet 1925-1932 357
70. Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau 1929-1933 und auf Gelsenkirchener Schachtanlagen 1933 358
71. Zusammensetzung der Betriebsräte in der Metallindustrie bei Arbeitnordwest 1929-1931 und in Gelsenkirchens 1933 359
72. Wahlen in Gelsenkirchen 1933
a. Wahl zum Reichstag am 5. März 1933 374
b. Wahl zum Preußischen Landtag am 5. März 1933 374

c. Wahl zum Westfälischen Provinziallandtag am 12. März 1933 374
d. Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933 375
73. Belegschaft im Bergbau Gelsenkirchens 1933-1938 387
74. Durch Wohlfahrts- und Arbeitsamt unterstützte Parteien bzw. Personen (Jahresdurchschnitt) in Gelsenkirchen 1933-1937 . . 388
75. „Wahlen" und „Volksabstimmungen" in Gelsenkirchen 1933-1938
a. „Wahl" zum Reichstag am 12. Nov. 1933 395
b. „Volksabstimmung" am 12. Nov. 1933 395
c. „Volksabstimmung" über das Staatsoberhaupt am 19. Aug. 1934 395
d. „Wahl" zum Reichstag am 29. März 1936 395
e. „Wahl" zum Reichstag am 10. Apr. 1938 395
76. Vertrauensräte"wahl" auf Schachtanlagen in Gelsenkirchen 1934 407
77. Vertrauensräte"wahl" in Betrieben in Gelsenkirchen 1935 . . . 407
78. Einwohnerzahl in Gelsenkirchen 1939-1950 421
79. Wahl zur Gemeindevertretung am 13. Okt. 1946 in Gelsenkirchen 426
80. Wahl zum Landtag am 20. Apr. 1947 in Gelsenkirchen 426
81. Wahl zum Bundestag am 14. Aug. 1949 in Gelsenkirchen . . . 429
82. Wahl zur Gemeindevertretung am 17. Okt. 1948 in Gelsenkirchen 429
83. Zusammensetzung der Betriebsräte der Gelsenkirchener Schachtanlagen nach parteipolitischer Orientierung 1946-1949 453
84. Altersmäßige Zusammensetzung der Gelsenkirchener SPD-Mitgliedschaft in den Stadtbezirken 1947/48 476
85. Zahl und Struktur der unselbständig Beschäftigten und Einwohner in Gelsenkirchen 1950-1958 482
86. Wahlen in Gelsenkirchen 1950-1958
a. Absolute Wahlergebnisse 488
b. Relative Wahlergebnisse 488
c. Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung 488
87. Mitgliederentwicklung der SPD im Unterbezirk Gelsenkirchen 1950-1959 489
88. Zusammensetzung der Betriebsräte der Gelsenkirchener Schachtanlagen nach parteipolitischer Orientierung 1949-1961 491
89. Zusammensetzung der Betriebsräte im Bereich von IG Metall, IG Chemie und ÖTV in Gelsenkirchen nach parteipolitischer Orientierung 1953-1957 492
90. Versicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen in Gelsenkirchen 1952-1985 504
91. Einwohnerzahl in Gelsenkirchen 1950-1975 504
92. Wahlen in Gelsenkirchen 1961-1976
a. Absolute Wahlergebnisse 510
b. Relative Wahlergebnisse 510

c. Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung 510
93. Mitgliederentwicklung der SPD im Unterbezirk Gelsenkirchen 1959-1976 511
94. Alters- und Sozialstruktur der neuaufgenommenen SPD-Mitglieder im Unterbezirk Gelsenkirchen in v. H. 1964-1970/71 . 512
95. Struktur der Ortsvereinsfunktionäre und der Mandatsträger im SPD-Unterbezirk Gelsenkirchen im Vergleich zur Mitgliederstruktur in v. H. am 31. Dez. 1980 517

A. Ungedruckte Quellen

1. Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)

Bestände von sozialdemokratischen Parteigliederungen und Parlamentsfraktionen, SPD Unterbezirk Gelsenkirchen, 1948-1972 (SPD UB Ge) 38, 86, 87, 91, 114, 117, 120, 130, 131, 135, 140, 142, 152, 156, 157, 158, 182, 200, 243, 245, 246, 282, 286, 295, 302, 303, 304, 310, 459, 460, 466, 477, 482, 485.

Bestände von sozialdemokratischen Parteigliederungen und Parlamentsfraktionen, SPD Bezirk Westliches Westfalen, 1945-1962 (SPD Bez. WW) 12, 14, 17, 18, 19, 20, 21, 30, 60, 61, 103, 105, 106, 115, 131, 165, Protokolle des Bezirksvorstandes 1945-56.

SPD-Parteivorstand, Bestand Kurt Schumacher (SPD-PV Bestand K. Schumacher) J 8, J 24, J 48, Q 10.

Nachlaß Julius Motteler (Mikrofilm), B. Berufliche, gesellschaftliche und politische Tätigkeit, III. Der Sozialdemokrat (Zürich, London), A. Eingegangene Korrespondenz (NL J. Motteler) 523, 597, 747, 819, 852, 1 251, 2 648.

Archiv des Zentralrates der deutschen Republik (Mikrofilm, Orginal im Besitz des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam) (Archiv d. Zentralrates d. deutschen Republik) Gruppe I: B-12/Bd. II.

Nachlaß Josef Lang, Briefe von Emil Samorei (NL J. Lang).

2. Stadtarchiv Gelsenkirchen (StA Ge)

Amt/Stadt Gelsenkirchen vor 1928 (Signatur-Ge) III/1/5, III/2/19, III/4/7, IV/1/19, IV/1/23, IV/1/27, IV/1/39, IV/11/15, IV/11/42, IV/11/43, XVIII/9/13, XVIII/9/15, XVIII/9/38, XVIII/12/7, XVIII/12/23, XVIII/12/25, XVIII/12/26, XVIII/12/31, XXI/9/1, XXI/9/2, XXI/15/20, XXI/15/25, XXV/1, XXV/6, XXVI/1, XXVI/2, XXVI/3, XXVI/4, XXVI/5, XXVI/6, XXVI/9, XXVI/10, XXVI/11, XXVI/15, XXVI/17, XXVI/18, XXVI/21, XXVI/1/23, XXVII/1/3.

Amt/Stadt Buer vor 1928 (Signatur-B) IV/1/17, IV/11/30, VIII/1/2, VIII/1/3, XVIII/12/3, XXVI/1, XXVI/2, XXVI/3, XXVI/4, XXVI/6, XXVI/8, XXVI/9, XXVII/1/1.

Gemeinde/Amt Horst vor 1928 (Signatur-H) IV/1/7, IV/1/8, IV/6/4, XVIII/12/1, XXVI/1.

Stadt Gelsenkirchen(-Buer) nach 1928 0/III/1/1, 0/IV/1/21, 0/IV/1/22, 0/IV/1/24, 0/IV/1/25, 0/IV/4/1, 0/IV/5/2, 0/IV/5/9a, 0/IV/7/1, 0/IV/9/2, 0/IV/9A/4, 0/IV/12/5, 0/IV/15/2, 0/VII/9/2, 0/VIII/2/1, 0/VIII/2/2, 0/XI/3/1, 0/XVIII/13/1, 0/XVIII/13/2, 0/XVIII/14/1, 0/XX/1c/1, 0/XX/3/1, 0/XX/3c/3, 0/XXVI/1, 0/XXVI/2, 0/XXVI/3, 0/XXVI/4, 0/XXVI/5, 0/XXVII/4/4, 0/XXVII/4/5, 0/XXVII/5/1, 0/XXVII/8/2.

3. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster (STAM)

Oberpräsidium (OP) 2 642,1, 2 681,1, 2 681,2, 2 692,2, 2 693,1, 2 693,3, 2 828,1, 2 828,9, 2 828,11, 2 828,12, 2 828,13, 2 828,14, 2 830,1, 2 831,1, 2 847,1, 2 847,2, 2 847,3, 2 847,4, 2 849,3, 2 849,4, 2 849,5, 2 849,6, 5 030, 5 777, 5 811, 5 856, 6 007, 6 128, 6 180, 6 201, 6 217, 6 523, 6 475, 6 617, 6 886.

Regierung Münster (Reg. M) 1034, VII 14, VII 14,3, VII 15, VII 17,1, VII 17,2, VII 41, VII 42, VII 43,2, VII 43,3, VII 44,4, VII 49d, VII 58,3, VII 61,3, VII 61,4, VII 62a, VII 62d, VII 62k, VII 62n, VII 62q, VII 62t, Bes. 88.

Regierung Arnsberg (Reg. A) I 97, I 98, I 99, I 100, I 159, I Pa 254, I Pa 257, I Pa 259,1, I Pa 262, I Pa 265, I Pa 267, I Pa 268, I Pa 286, I Pa 332, I Pa 339, I Pa 341, I Pa 342, I Pa 377, I Pa 387, I Pa 388, I Pa 392, I Pa 393, I Pa 396, I Pa 401, I Pa 656.

Kreis Bochum, Landratsamt (Kreis Bo LA) 178.

Büro Kölpin (BK) 19, 31, 82, 116, 138, 148, 169, 192, 210, 228, 230, 232, 311, 324.

Oberbergamt Dortmund (OBA) 1 791, 1 792, 1 793, 1 794, 1 800, 1 844, 1 850, 1 852, 1 854, 1 855.

Bergamt Buer (BAB) A 17-25, A 17-34, A 17-69, A 17-85.

Bergamt Recklinghausen (BAR) A9-55.

Bergamt Gelsenkirchen (BAG) A 11-26, A 11-28.

Kartensammlung A 21488.

SPD und Reichsbanner (SPD) 1, 7, 8, 9, 14.

4. Nordrheinwestfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HSTAD)

Regierung Düsseldorf (Reg. D) 14 412, 15 542, 15 630, 15 681, 15 693, 15 809, 15 818, 15 821, 15 822, 15 963, 15 972, 15 973, 15 977, 15 980, 15 997, 16 803, 16 967, 17 164, 17 269.

Landgericht und Staatsanwaltschaft Essen 6/181-9, 6/224, 6/352, 6/373, 6/644.

Landratsamt Essen (LA Essen) 117, 118.

Nachlaß August Halbfell (NL A. Halbfell) 1, 3.

5. Zentrales Staatsarchiv I der DDR in Potsdam (ZSTAP)

Reichskanzlei (RK) 45, 547, 2 486/1, 2 486/8.

Reichsamt, Reichsministerium des Innnern (RA/RMI) 12 255, 12 257, 12 476, 12 476/1, 13 392, 13 393, 13 425.

Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKfdÜ) 268.

6. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Zentrales Parteiarchiv (IML/ZPA)

St 3/44/I, St 3/44/III, St 3/742, St 3/743, St 3/744, St 3/747.

7. Stadtarchiv Bochum

Landratsamt (LA) 843, 1 247, 1 268, 1 269, 1 280, 1 282, 1 299, 1 301, 1 305, 1 307, 1 315.
Stadt Bochum (B) 225, 314, 315, 316, 315, 318.
Sammlung Biernat 2.

8. Stadtarchiv Recklinghausen

Amt Recklinghausen 1975.
Abt. II 436.

9. Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Unterbezirk Gelsenkirchen

Akten (Akten SPD UB Ge).

10. Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Unterbezirk Gelsenkirchen

Akten (Akten SJD UB Ge).

11. Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Gelsenkirchen

Akten (Akten AWO KV Ge).

12. Interviews

Karl Heinz Wolf, Gelsenkirchen am 5.11.1985 in Gelsenkirchen
Josef Löbbert, Gelsenkirchen am 12.11.1985 in Gelsenkirchen
Paula Grenz, Gelsenkirchen am 15.11.1985 in Gelsenkirchen
Karl Heinz Wolf, Gelsenkirchen am 18.11.1985 in Gelsenkirchen
Egbert Reinhard, Gelsenkirchen am 19.12.1985 in Gelsenkirchen
Johann Simon, Gelsenkirchen am 9.4.1986 in Gelsenkirchen
Alfred Klose, Friedel Wawziniak, Olga Prochaska, Luise Schwinz, Hilde Jekubik, alle Gelsenkirchen am 21.4.1986 in Gelsenkirchen
Albert Guth, Gelsenkirchen am 22.4.1986 in Gelsenkirchen
Ewald Klingler, Gelsenkirchen am 10.7.1986 in Gelsenkirchen
Josef Neysters, Gelsenkirchen am 14.7.1986 in Gelsenkirchen

Emma Delbeck, Gelsenkirchen am 13.10.1986 in Gelsenkirchen
Ewald Klingler, Gelsenkirchen am 14.10.1986 in Gelsenkirchen
Friedel Pfeiffer, Gelsenkirchen am 20.10.1986 in Gelsenkirchen
Ernst Forsthoff, Gelsenkirchen am 28.11.1986 in Gelsenkirchen
Hans Frey, Gelsenkirchen am 26.2.1987 in Gelsenkirchen

B. Gedruckte Quellen und Literatur

ABELER, Georg, Wie und wann wurde Gelsenkirchen Stadt?, in: HEIMATBUND, Gelsenkirchen, 1950, S. 98-104.

ABELSHAUSER, Werner, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945, Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.

ABELSHAUSER, Werner, Historische Ursachen der gegenwärtigen Strukturkrise in der nordrhein-westfälischen Industrie, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 3, 1984, S. 343-361.

ABELSHAUSER, Werner, Probleme des Wiederaufbaus, in: WINKLER, H. A., Weichenstellungen, 1979, S. 208-253.

ABELSHAUSER, Werner, Umsturz, Terror, Bürgerkrieg, Das rheinisch-westfälische Industriegebiet in der revolutionären Nachkriegsperiode, in: ABELSHAUSER, W. HIMMELMANN, R., 1988, S. XI-LI.

ABELSHAUSER, Werner, Von der Kohlenkrise zur Gründung der Ruhrkohle AG, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 415-443.

ABELSHAUSER, Werner, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt a. M. 1983.

ABELSHAUSER, Werner, HIMMELMANN, Ralf (Hrsg.), Revolution in Rheinland und Westfalen, Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918-1923, Essen 1988.

ABELSHAUSER, Werner, PETZINA, Dietmar (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter, Konjunktur, Krise, Wachstum, Königstein Ts., Düsseldorf 1981.

ABELSHAUSER, Werner, PETZINA, Dietmar, Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert, in: ABELSHAUSER, W., PETZINA, D., Wirtschaftsgeschichte, 1981, S. 47-93.

ABENDROTH, Wolfgang, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied, Berlin ²1972.

ABENDROTH, Wolfgang, Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: ABENDROTH, W., Antagonistische Gesellschaft, ²1972, S. 429-462.

ABENDROTH, Wolfgang, Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts, Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfaasung im demokratischen Rechtsstaat, in: ABENDROTH, W., Antagonistische Gesellschaft, ²1972, S. 139-174.

ABENDROTH, Wolfgang, Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957, in: ABENDROTH, W., Antagonistische Gesellschaft, ²1972, S. 67-81.

ABENDROTH, Wolfgang, Ist der Marxismus „überholt", in: ABENDROTH, W., Antagonistische Gesellschaft, ²1972, S. 347-363.

ABENDROTH, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. ¹⁰1975.

ADAM, Reinhold „. . . es wurde beliebt, die Arbeit einzustellen." Bergarbeiterorganisationen und Streikkämpfe in Gelsenkirchen vor dem Ersten Weltkrieg, in: HERING, H., KLAUS, M., Lesebuch, 1984, S. 78-85.

ADAM, Reinhold, Grubenunglücke, in: HERING, H., KLAUS, M., Lesebuch, 1984, S. 88-91.

ADELMANN, Gerhard (Hrsg.), Der gewerblich-industrielle Zustand der Rheinprovinz im Jahre 1836, Amtliche Übersichten (Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn), Bonn 1967.

ADELMANN, Gerhard, Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Bonn 1962.

ALBERTIN, Lothar, LINK, Werner (Hrsg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981.

ALEMANN, Ulrich von (Hrsg.), Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, 2), Köln 1985.

ALLEN, William Sheridan, Die sozialdemokratische Untergrundbewegung, Zur Kontinuität der subkulturellen Werte, in: SCHMÄDECKE, J., STEINBACH, P., 1985, S. 849-866.

ALLGEMEINE NACHRICHTEN über die Amts- und Gemeindeverwaltung Horst für die Zeit von 1. Oktober 1891 bis 31. Dezember 1892, Horst 1893 (handschriftlich).

ALLGEMEINE NACHRICHTEN über die Amts- und Gemeindeverwaltung Horst für das Jahr 1904, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

ALLGEMEINER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND, Ortsausschuß Buer (Hrsg.), Das Gewerkschaftshaus Buer, Buer in Westfalen 1925.

ALLGEMEINER KONGRESS der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin, Stenographische Berichte, Berlin 1919 (Nachdruck 1975).

ALTKEMPER, Johannes, Die Landwirtschaft der Kreise Recklinghausen und Gelsenkirchen unter dem Einfluß der Industrie, Bonn 1905.

ANTONI, Organisation der Verwaltung, in: E. STEIN, 1924, S. 11-13.

ARBEITER-RADFAHRER-BUND SOLIDARITÄT, Bundesjahrbuch 1924/1925, 1928/1929.

ARBEITER-RAD- UND KRAFTFAHRER-BUND SOLIDARITÄT, Gau 12, 13 und 18, Westfalen, Rheinland, Hessen, Jahrbuch 1929/1930, 1930/1931, 1931/1932, 1932/1933.

ARBEITER-RAD- UND KRAFTFAHRERBUND „SOLIDARITÄT" BUER, 1898-1953 Festschrift, o. O. (Gelsenkirchen) 1953.

ARBEITER-TURN- UND SPORTBUND, Erstes westdeutsches Turn- und Sportfest vom 6. – 9. August 1926 in Köln am Rhein, Technisches Programmheft, o. O. (Köln) o. J. (1926).

ARBEITER-TURN- UND SPORTBUND, Geschäftsbericht des Arbeiter-Turn- und Sportbundes über das Jahr 1920, 1921/23, 1924/25, 1926/27, 1928/29.

ARBEITER-TURNERBUND, Geschäftsbericht 1907-1909, 1910 1911, 1912.

ARBEITERWOHLFAHRT, BEZIRK WESTLICHES WESTFALEN, Am Werk der Menschlichkeit, herausgegeben zur Jahres-Bezirkskonferenz der Arbeiter-Wohlfahrt, Bezirk Westliches Westfalen am 30. Juni 1948 im Parkheim Hemmer, o. O. (Dortmund) o. J. (1948).

ARBEITERWOHLFAHRT, BEZIRK WESTLICHES WESTFALEN, Geschäftsbericht der Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen 1971/72, 1973/74/75, 1976/77/78, 1979/80/81.

ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND e. V. (Hrsg.), Helfen und gestalten, Beiträge und Daten zur Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1979.

ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVORSTAND (Hrsg.), 50 Jahre Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1969.

ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVORSTAND e. V., Marie Juchacz, Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Leben und Werk, Bonn 1979.

ARBEITERWOHLFAHRT HAUPTAUSSCHUSS, Die Arbeiterwohlfahrt 1919-1949, Hannover 1949.

ARBEITERWOHLFAHRT, KV GELSENKIRCHEN, Geschäftsbericht 1978-1980, 1981-1984 der Arbeiterwohlfahrt Gelsenkirchen.

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK, Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung, Alternativen der Wirtschaftspolitik (Memorandum 82), Köln 1982.

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE (Hrsg.), Widerstand 1933-1945, Sozialdemokraten und Gewerkschafter gegen Hitler, Ausstellungskatalog, Bonn 1980.

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE – FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.), Archiv der sozialen Demokratie, Bonn 1984.

ARCHIV FÜR LEIBESÜBUNGEN (Hrsg.), Reichsadressbuch für Leibesübungen, Bd. 2, Preußen, Teil 2, Düsseldorf 1930.

ARENDT, Das Bild der Stadt, in: WEDELSTAEDT, C. v., STEIN, E., 1927, S. 30-41.

ARENS, Josef, Die Geschichte des Gußstahlwerkes Gelsenkirchen AG, Gelsenkirchen 1953.

ASSION, Peter (Hrsg.), Transformationen der Arbeiterkultur, Beiträge der 3. Arbeitstagung der Kommission „Arbeiterkultur" in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Marburg vom 3. bis 6. Juni 1985, Marburg 1986.

ASSION, Peter, „Ich seh das noch ewig vor mir", Zur mündlichen Überlieferung von Arbeitergeschichte, Ein Erfahrungsbericht aus Großzimmern/Südhessen, in: ASSION, P., Transformationen, 1986, S. 234-245.

AUFBRUCH in das zweite Jahrhundert, 100 Jahre Küppersbusch, Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Firma Küppersbusch, Dortmund 1975.

AUS DEM VOLK, Mit dem Volk, Für das Volk, Bericht vom Bezirksparteitag 1947 der KPD Ruhrgebiet am 8. und 9. Februar in Wanne-Eickel, o. O. o. J.

BACHSLEITNER, Karl, Zur Entstehung und Funktion der AfA als „Arbeitnehmerflügel" der SPD, in: Blätter 21, 1976, S. 802- 816.

BADSTÜBNER, Rolf, Reaktionäre Bestrebungen der deutschen Monopolbourgeoisie in Westdeutschland 1945-1947 unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrmonopolkapitals, in: ZfG 16, 1960, S. 41-77.

BADSTÜBNER, Rolf, Zum Kampf der Arbeiterklasse um die Beseitigung des Ruhrmonopolkapitals 1946/47, in: BzZ 1960, S. 18-28.

BÄRHAUSEN, Anne, MEYER, Ruth, ZIMMERMANN, Rüdiger, Arbeitersportbewegung, Ein Bestandsverzeichnis der Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 1981.

BAHNE, Siegfried, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: MATTHIAS, E., MORSEY, R., [2]1979, S. 655-739.

BAHNE, Siegfried, Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, in: REULEKKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 315-353.

BAHNE, Siegfried, Die KPD und das Ende von Weimar, Das Scheitern einer Politik 1932-1935, Frankfurt a. M., New York 1976.

BAHNE, Siegfried, Zwischen „Luxemburgismus" und „Stalinismus", Die „ultralinke" Opposition in der KPD, in: VfZ 11, 1961, S. 359-383.

BAJOHR, Frank, Der Widerstand der Bergarbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 124-128.

BAJOHR, Frank, Die Anfänge der Gladbecker Arbeiterjugendbewegung und der wilhelminische Obrigkeitsstaat, in: Gladbecker Beiträge 1, 1987, S. 72-81.

BAJOHR, Frank, „Unmündige Opfer der kapitalistischen Produktionsweise"?, Die Essener Arbeiterjugendbewegung im Kaiserreich, in: BEHRENS-COBET, H., Rote Jugend, 1989, S.17-32.

BAJOHR, Frank, Verdrängte Jahre, Gladbeck unterm Hakenkreuz, Essen 1983.

BAJOHR, Frank, Zwischen Krupp und Kommune, Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem 1. Weltkrieg (Essener Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung, 3), Essen 1988.

BAJOHR, Frank, BEHRENS-COBET, Heidi, SCHMIDT, Ernst, Freie Schulen, Eine vergessene Bildungsalternative (Essener Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung, 2), Essen 1986.

BAJOHR, Stefan, Oral History, Forschung zum Arbeiteralltag, in: Das Argument 22, 1980, Nr. 123, S. 667-676.

BALSER, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49-1863, Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution, Textband (Industrielle Welt, 2), Stuttgart 1962.

BARTELS, Arthur, Ablösung vor! Von den Gewerkschaften zur Union, Eine Klarstellung der Ziele der deutschen unionistischen Bewegung, Gelsenkirchen 1920.

BARTHOLOMÄUS, Bernd, Die Konjunkturkrise des Ruhrbergbaus in den 60er Jahren, interpretiert am Beispiel der Zechenstillegung „Graf Bismarck" in der lokalen Presse, Bochum 1982 (Staatsexamensarbeit).

BAUMANN, Hans, Gelsenberg Benzin Aktiengesellschaft 1936-1961, Gütersloh o. J. (1961).

BAUSINGER, Hermann, Verbürgerlichung, Folgen eines Interpretaments, in: LANGEWIESCHE, D., SCHÖNHOVEN, K., Arbeiter, 1981, S. 98-117.

BAUVEREIN Falkenjugend Gelsenkirchen e. V. (Hrsg.), 25 Jahre, Gelsenkirchen o. J. (1980).

BECK, Friedrich Alfred, Kampf und Sieg, Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938.

BECKER, Gerhard, Der Kongreß der Arbeitervereine der Rheinprovinz und Westfalens am 6. Mai 1849, in: BzG 10, 1968, S. 373-383.

BECKER, Horst, HOMBACH, Bodo, HUPPERTZ, Franz, KOMPE, Gerhard, OTTEN, Karl-Heinz, WULFMEIER, Helmut, Die SPD von innen, Bestandsaufnahme an der Basis der Partei, Auswertung und Interpretation empirischer Untersuchungen in der SPD Nordrhein-Westfalen, Bonn 1983.

BECKMANN, Dieter, Die Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur der Stadt Gelsenkirchen, in: GESELLSCHAFT FÜR GEOGRAPHIE, 1965, S. 157-176.

BEDUHN, Ralf, Chronik des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität" 1896-1977, Zur Wiedergründung und Entwicklung des Arbeiter- Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität" nach dem Zweiten Weltkrieg, Münster 1980.

BEDUHN, Ralf, Solidarität auf zwei Rädern, Der Arbeiter-Radfahrerbund, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 119-131.

BEHR, Hans Joachim, Die Provinz Westfalen und das Land Lippe 1813-1933, in: KOHL, W., 1983, S. 45-164.

BEHRENDT, Stahlguß und Zahnräder aus Gelsenkirchen, Das Gußstahlwerk Gelsenkirchen, in: HEIMATBUND, Ückendorf, ²1956, S. 111-113.

BEHRENS-COBET, Heidi, „Dem Sozialismus ergeben", Die sozialdemokratische Jugend der Weimarer Republik, in: BEHRENS-COBET, H., Rote Jugend, 1989, S. 33-51.

BEHRENS-COBET, Heidi, Die Schulpolitik im Deutschen Reich und in Preußen bis zur Errichtung erster Freier Schulen, in: BAJOHR, F., BEHRENS-COBET, H. SCHMIDT, E., 1986, S. 18-36.

BEHRENS-COBET, Heidi, Parteijugend und kulturelle Avantgarde, Die Essener SAJ in der Weimarer Republik, in: BREYVOGEL, W., KRÜGER, H.-H., 1987, S. 78-83.

BEHRENS-COBET, Heidi (Hrsg.), Rote Jugend im schwarzen Revier, Bilder aus der Geschichte der Essener Arbeiterjugendbewegung, Essen 1989.

BEHRENS-COBET, Heidi, Zwischen Verbot und Zerschlagung, Zur Geschichte der Essener Arbeiterjugendbewegung 1905-1933, in: KULTURAMT DER STADT ESSEN, 1983, S. 47-58.

BEIER, Gerhard, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt a. M., Köln 1975.

BENFER, F., Steinkohlenbergwerke und industrielle Werke in Ückendorf, in: HEIMATBUND, Ückendorf, ²1956, S. 93-110.

BENSER, Günter, Die KPD im Jahre der Befreiung, Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/1945 bis Herbst 1945), Berlin (Ost) 1985.

BERGERMANN, Werner, Die Vereinigung von Buer und Gelsenkirchen im Rahmen der kommunalen Neuordnung des Ruhrgebietes, in: BzS 9, 1978, S. 25-49.

BERGWERKSDIREKTION WILHELMINE VIKTORIA, Wilhelmine Viktoria spricht zu ihren Bergleuten, Gelsenkirchen 1952.

BERGWERKSGESELLSCHAFT DAHLBUSCH (Hrsg.), Dahlbusch, Geschichte einer Ruhrzeche, Gelsenkirchen 1952.

BERICHT über den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Gelsenkirchen-Buer für das Rechnungsjahr 1928 bearbeitet im statistischen Amt, Gelsenkirchen-Buer 1929.

BERICHT über den Stand und die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenkeiten der Stadt Gelsenkirchen für das Rechnungsjahr 1920, 1921, 1924, 1925, 1926, 1927.

BERICHT über den Stand und die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenkeiten der Stadt Gelsenkirchen pro 1884/85, 1885/86, 1886/87, 1887/88, 1888/89, 1889/90, 1891/92, 1892/93, 1893/94, 1894/95, 1895/96, 1896/97, 1897/98, 1898/99, 1899/1900, 1900/01.

BERICHT über die Entwicklung des Armenwesens in der Bürgermeisterei Stoppenberg während des Jahrzehntes von 1890 bis 1899 erstattet durch Bürgermeister Meyer in Stoppenberg, Caternberg-Stoppenberg o. J. (1900).

BERICHT über die Verwaltung der Stadt Gelsenkirchen in der Zeit vom 1. April 1903 bis zum 31. März 1920, Gelsenkirchen 1921.

BERICHT über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenkeiten der Bürgermeisterei Stoppenberg während der Jahre 1901, 1902 und 1903, Caternberg-Stoppenberg o. J.

BERICHT über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenkeiten der Bürgermeisterei Stoppenberg während der Jahre 1904 und 1905, Caternberg o. J.

BERICHT über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenkeiten der Stadt Gelsenkirchen für die Zeit vom 1. Januar 1883 bis zum 31. März 1884, Gelsenkirchen 1884.

BERICHT über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenkeiten der Stadt Gelsenkirchen pro 1877-78, 1879, 1882.

BERICHT über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenkeiten des Amtes Buer pro 1888/89, 1889/90, 1890/91, 1891/92, 1892/93, 1893/94, 1894/95, 1895/96.

BERNETT, Hajo, Das Problem einer alternativen Sportpraxis im deutschen Arbeitersport, untersucht am Beispiel der Leichtathletik, in: TEICHLER, H. J., Arbeiterkultur, 1985, S. 50-76.

BERNETT, Hajo, Die Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Sport, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 57-62.

BERNETT, Hajo, Die Zerschlagung des deutschen Arbeitersports durch die nationalsozialistische Revolution, in: Sportwissenschaft 13, 1983, S. 349-373.

BERNETT, Hajo, Leichtathletik im Arbeitersport, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 146-154.

BERNSTEIN, Eduard, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Internationale Bibliothek, 61), Berlin, Bonn [8]1984.

BERTAUX, Daniel, BERTAUX-WIAINE, Isabelle, Autobiographische Erinnerung und kollektives Gedächnis, in: NIETHAMMER, L., Lebenserfahrung, 1980, S. 108-122.

BERTRAM, Thomas, „Revolution wird nicht geduldet", Der Gelsenkirchener Bergbau im Spannungsfeld gewerkschaftlicher Neuordnungsvorstellungen und alliierter Wiederaufbaupolitik, in: HERING, H., KÄUFER, H. E., KLAUS, M., 1986, S. 207-232.

BESATZUNGSAMT (der Stadt Gelsenkirchen), Beitrag zur Geschichte der Ruhrbesetzung, betrifft das Gebiet von Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1926.

BEZIRK V Gelsenkirchen-Buer der Industriegewerkschaft Bergbau (Hrsg.), Bericht der Industriegewerkschaft Bergbau, Bezirksleitung Gelsenkirchen-Buer und der Geschäftsstellen Recklinghausen, Buer, Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck und Ibbenbüren über Wiederaufbau und Tätigkeit seit dem Jahre 1945, o. O. (Gelsenkirchen-Buer) 1949.

BIBLIOGRAPHIE DES RUHRGEBIETES, Das Schrifttum über Wirtschaft und Verwaltung der Jahre, Bd. 1, Costen, Hermann, 1800-1939, Düsseldorf [2]1957, Bd. 2, Costen, Hermann, 1940-1952 (Schriften der volks- und betriebswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, NF, Hauptreihe, 15), Düsseldorf 1955, Bd. 3, Costen, Hermann, 1953-1959 (Schriften der volks- und betriebswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, NF, Hauptreihe, 22), Düsseldorf 1962, Bd. 4, Costen, Hermann, 1960-1963 (Schriften der volks- und betriebswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, NF, Hauptreihe, 25), Köln, Opladen 1966, Bd. 5, Pflug, Günter, 1964-1967 (Schriften der volks- und betriebswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, NF, Hauptreihe, 26), Köln, Opladen 1977, Bd. 6, Vieting, Gertrud, 1968-1971 (Schriften der volks- und betriebswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, NF, Hauptreihe, 29), sowie Nachträge zu Band 5, Baden-Baden 1980.

BIBLIOTHEK DES ARCHIVS DER SOZIALEN DEMOKRATIE (Friedrich-Ebert-Stiftung) (Hrsg.), Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bonn, 1 ff., 1976 ff.

BIELIGK, Fritz, Drei Jahre SPJ, Ein Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung (Sozialistisch-proletarische Jugendbibliothek, 7), Leipzig, Berlin 1923.

BIERWIRTH, Waltraud, Das Ende der Stahlzeit, Reportagen aus dem Industriegebiet in der Krise, Frankfurt a. M., Olten, Wien 1985.

BIMBERG, Ulrich, „Hinein in den Konsumverein", Ein phantastischer Aufstieg ganz aus eigener Kraft, in: NOVY, K., Anders leben, 1985, S. 39-60.

BLOCH, Ernst, Die sozialpolitischen Kämpfe in der Schwerindustrie des Ruhrgebietes in den Jahren 1918-1922, Berlin 1924 (Diss.).

BOCK, Hans Manfred, Die „Literaten- und Studenten-Revolte der Jungen" in der SPD um 1890, in: Das Argument 13, 1971, Nr. 63, S. 22-41.

BOCK, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikali-

sten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969.

BÖHMER, Karl, Kampf und Sieg der NSDAP in Gelsenkirchen, in: GROSSE-BOYMANN, 1939, S. 548-555.

BÖHNKE, Wilfried, Die NSDAP im Ruhrgebiet (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friederich-Ebert-Stiftung, 106), Bonn 1974.

BOGDAL, Hermann, Rote Fahnen im Vest, Bd. 1, Novembertage 1918 in Recklinghausen, Essen 1983; Bd. 2, Die Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Putsches, Essen 1984.

BOLL, Friedhelm (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik, Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien, München, Zürich 1986.

BOLL, Friedhelm, Vergleichende Aspekte nationaler Arbeiterkulturen, in: BOLL, F., Arbeiterkulturen, 1986, S. 7-16.

BORSDORF, Ulrich, Der Anfang vom Ende, Die Montanmitbestimmung im politischen Kräftefeld der frühen Bundesrepublik (1951-1956), in: WSI-Mitteilungen 37, 1984, S. 181-195.

BORSDORF, Ulrich, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 385-413.

BORSDORF, Ulrich, „Ein großer Tag für die deutschen Arbeiter", Die Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Aachen" am 18. März 1945, in: GM 36, 1985, S. 234-248.

BORSDORF, Ulrich (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987.

BORSDORF, Ulrich, Hans Böckler, Repräsentant eines Jahrhunderts gewerkschaftlicher Politik, in: VETTER, H. O., Vom Sozialistengesetz, 1975, S. 15-58.

BORSDORF, Ulrich, Hat es den gewerkschaftlichen Widerstand gegeben, in: BREIT, E., 1984, S. 167-175.

BORSDORF, Ulrich, Organisation und Alltag in der Geschichte der Arbeiterbewegung, Einleitende Bemerkungen, in: GM 31, 1980, S. 701-704.

BORSDORF, Ulrich, Speck oder Sozialisierung, Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau 1945-1947, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 345-366.

BORSDORF, Ulrich, HEMMER, Hans O., MARTINY, Martin (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, Historische Dokumente und Materialien, Köln 1977.

BOTZ, Gerhard, Oral History, Wert, Probleme, Möglichkeiten der mündlichen Geschichte, in: BOTZ, G., WEIDENHOLZER, J., 1984, S. 23-37.

BOTZ, Gerhard, WEIDENHOLZER, Josef (Hrsg.), Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung, Materialien zur historischen Sozialwissenschaft, Einführung in Arbeitsweisen und Themenbereiche der Geschichte geschichtsloser Sozialgruppen, Wien, Köln 1984.

BOUVIER, Beatrix, W., Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter, Gedenktage des Proletariats, Gedenktage der Revolution, Zur Geschichte des 18. März, in: DÜDING, D., FRIEDEMANN, P., MÜNCH, P., 1988, S. 334-351.

BRACHER, Karl Dietrich, Demokratie und Machtergreifung, Der Weg zum 30. Januar 1933, in: BRACHER, K. D., FUNKE, M., JACOBSEN, H.-A., 1983, S. 17-36.

BRACHER, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, 4), Villingen/Schwarzwald [4]1964.

BRACHER, Karl Dietrich, FUNKE, Manfred, JACOBSEN, Hans-Adolf (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Eine Bilanz (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 192), Bonn 1983.

BRACHER, Karl Dietrich, LADEMACHER, Horst, HEY, Bernd, WINKLER, Heinrich August, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Der 30. Januar 1933 in Rheinland, Westfalen und Lippe, Düsseldorf 1983.

BRAKELMANN, Günter, Die Anfänge der evangelischen Arbeitervereinsbewegung in Gelsenkirchen 1882-1890, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 2, 1983, S. 40-55.

BRANDT, Heinz-Jürgen, Kirchliches Vereinswesen und Freizeitgestaltung in einer Arbeitergemeinde 1872-1933, Das Beispiel Schalke, in: HUCK, G., Sozialgeschichte, 21982, S. 207-222.

BRAUKMANN, Willi, Für uns begann harte Arbeit, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 289-291.

BRAUKMANN, Willi, Für ein neues demokratisches Bewußtsein, in: IGBE, Jahre, 1980, S. 98-104.

BRAUN, Harald, „. . . hinzuwirken auf ein einiges und freies Vaterland", Die rheinhessischen Turner von 1817-1850, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 13-17.

BRAUNTHAL, Gerhard, Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Zur Politik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Köln 1981.

BREDTHAUER, Karl D., Dokumentation zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln 1980.

BREIT, Ernst (Hrsg.), Aufstieg des Nationalsozialismus, Untergang der Republik, Zerschlagung der Gewerkschaften, Dokumentation der historisch-politischen Konferenz des DGB im Mai '83 in Dortmund, Köln 1984.

BREPOHL, Wilhelm, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung, Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Soziale Forschung und Praxis, 7), Recklinghausen 1948.

BREPOHL, Wilhelm, Industrielle Volkskunde, in: Soziale Welt 2, 1951, S. 115-124.

BREPOHL, Wilhelm, Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957.

BREPOHL, Wilhelm, Vom Industrievolk an der Ruhr (Schriftenreihe Ruhr und Rhein, 4), Essen 1957.

BREYVOGEL, Wilfried, KRÜGER, Heinz-Hermann (Hrsg.), Land der Hoffnung, Land der Krise, Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900-1985, Bonn 1985.

BROCK, Rudolf, Kirchen gaben der Stadt den Namen, Geschichte zu beiden Seiten der Emscher, Gelsenkirchen 1986.

BRONDER, Dietrich, Organisation und Führung in der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich 1890-1914, Göttingen 1952 (Diss.).

BROSZAT, Martin, Plädoyer für Alltagsgeschichte, Eine Replik auf Jürgen Kocka, in: Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 36, 1982, S. 1244-1248.

BROZIO, Norbert, Gewerkschaftlicher Wiederaufbau im nördlichen Ruhrgebiet 1945-1947 (Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft, 15), Münster 1980.

BRÜCHER, Bodo, Das Selbstverwaltungsprinzip in der sozialistischen Jugend- und Erziehungsarbeit (1945-1971), Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Erziehung, Bielefeld 1976 (Diss.).

BRÜCHER, Bodo, HARTMANN, Günter, Die sozialistische Arbeiterjugend in der Weimarer Republik, Ihr Verhältnis zur SPD und ihr Eintreten für die Republik, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 10, 1981, S. 35-50.

BRÜCHER, Bodo, HARTMANN, Günter, Hebt unsere Fahnen in den Wind!, Bilder aus der Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung in Ostwestfalen und Lippe, Bonn 1983.

BRÜGGEMEIER, Franz, Bedürfnisse, gesellschaftliche Erfahrungen und politisches Verhalten, Das Beispiel der Bergarbeiter im nördlichen Ruhrgebiet des 19. Jahr-

hunderts, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 6, 1977, S. 152-159.

BRÜGGEMEIER, Franz Josef, Leben vor Ort, Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1981.

BRÜGGEMEIER, Franz Josef, „Volle Kost voll", Die Wohnungsverhältnisse der Bergleute an der Ruhr um die Jahrhundertwende, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 151-173.

BRÜGGEMEIER, Franz Josef, Vom Kumpel und Kostgänger, in: HEER, H., ULRICH, V., Geschichte, 1985, S. 124-130.

BRÜGGEMEIER, Franz J., NIETHAMMER, Lutz, Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie, Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: LANGEWIESCHE, D., SCHÖNHOVEN, K., Arbeiter, 1981, S. 139-172.

BRÜGGEMEIER, Franz-Josef, ZIMMERMANN, Michael, Kleine Fluchten, Jugendliche Bergarbeiter zwischen 1900 und 1945, in: BREYVOGEL, W., KRÜGER, H.-H., 1987, S. 24-36.

BRÜNING, Friedrich, Chemische Industrie, in: WEHRENPFENNIG, W., NIEMÖLLER, W., BRUNS, F., 1955, S. 89-96.

BRÜNTGENS, Heinz, 1871-1971 – 100 Jahre „Unser Fritz", in: Wanne-Eickler Hefte, „Der Emscherbrücher" Heft 1, 1974, S. 18-36.

BRÜSKE, Erwin, Der Bergbau, in: WEHRENPFENNIG, W., NIEMÖLLER, W., BRUNS, F., 1955, S. 51-74.

BRUNN, Gerhard, Der „Kölner Fenstersturz", Demokratische Revolution und Beginn der Arbeiterbewegung 1848 in Köln, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 22-31.

BRUNN, Gerhard, „Jungtürken" an die Macht, Die sozialliberalen Koalitionen von 1956 und 1966 in Düsseldorf, Vorspiel für die Bundespolitik ?, in: BRUNN, G., Neuland, 1986, S. 123-136.

BRUNN, Gerhard, Neuland, Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge 1945/46, Essen 1986.

BRUNNER, Louis, Die deutschen Gewerkschaften 1891-1904 in graphischer und statistischer Darstellung, Berlin 1905.

BRUSIS, Ilse, Ideologie oder Aufklärung, Die Bedeutung der Geschichtswissenschaft für die Bildung gewerkschaftlichen Bewußtseins, in: BRUSIS, I., SCHÖNHOVEN, K., 1987, S. 15-32.

BRUSIS, Ilse, SCHÖNHOVEN, Klaus, Die Gewerkschaften und ihre Geschichtsschreibung (Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 8), Düsseldorf 1987.

BUCHHAAS, Dorothee, KÜHR, Herbert, Von der Volkskirche zur Volkspartei, Ein analytisches Stenogramm zum Wandel der CDU im rheinischen Ruhrgebiet, in: KÜHR, H., Vom Milieu, 1979, S. 135-232.

BÜSCHER, Josef, Der Untergang der Bismarck-Schächte, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 338-344.

BÜSCHER, Josef (Hrsg.), Festchronik 700 Jahre Freiheit Horst, Gelsenkirchen 1982.

BUNDESVORSTAND DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES (brit. Besatzungszone) (Hrsg.), Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone, Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (britische Besatzungszone) 1947-1949, Köln 1949.

BUSCHFORT, Hermann, Zwischen Soutane und roten Fahnen, Die Geschichte der Bocholter SPD, Essen 1986.

CASSAU, Theodor, Die Gewerkschaftsbewegung, Ihre Soziologie und ihr Kampf, Halberstadt 1925.

CHILLA, Dieter E., Aspekte zum Anteil der südostpreußischen Zuwanderer an der Zusammensetzung, Entwicklung und Mentalität der Bevölkerung Gelsenkirchens, in: BzS 9, 1978, S. 127-143.

CHILLA, Dieter, Die Masuren in Gelsenkirchen, Identität und Integration einer Minderheit, Düsseldorf 1976 (Examensarbeit).

CHMIELECKI, Stanislaus, Die Bevölkerungsentwicklung im Stadt- und Landkreis Recklinghausen in den Jahren 1875-1910, Freiburg 1914 (Diss.).

COLM, Gerhard, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen 1921.

CONZE, Werner, Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, in: RITTER, G. A., Deutsche Parteien, 1973, S. 331-341.

CONZE, Werner, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929-1933, in: CONZE, W., RAUPACH, H., 1967, S. 176-252.

CONZE, Werner, Vom Pöbel zum Proletariat, Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: WEHLER, H. U., [5]1981, S. 111-136.

CONZE, Werner, GROH, Dieter, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Die deutsche Arbeiterbewegung vor, während und nach der Reichsgründung (Industrielle Welt, 6), Stuttgart 1966.

CONZE, Werner, RAUPACH, Hans, Die Staats- und Wirtschaftskrise des deutschen Reiches 1929/33 (Industrielle Welt, 8), Stuttgart 1967.

CREW, David F., Bochum, Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860-1914, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1980.

CREW, David, Regionale Mobilität und Arbeiterklasse, Das Beispiel Bochum 1880-1901, in: LANGEWIESCHE, D., SCHÖNHOVEN, K., Arbeiter, 1981, S. 81-97.

CROON, Helmuth, Die verwaltungsmäßige Gliederung des mittleren Ruhrgebietes im 19. und 20. Jahrhundert, in: GESELLSCHAFT FÜR GEOGRAPHIE, 1965, S. 59-64.

CROON, Helmuth, Studien zur Sozial- und Siedlungsgeschichte der Stadt Bochum, in: GESELLSCHAFT FÜR GEOGRAPHIE, 1965, S. 85-114.

DAHM, Helmut, Unternehmen Marriage, in: FÖRST, W., Ruhrgebiet und neues Land, 1968, S. 205-259.

DALLMEIER, Ilse, Geschichte der Arbeitskämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier, Köln 1922 (Diss.).

DANN, Otto, Die Region als Gegenstand der Geschichtswissenschaft, in: AfS 23, 1983, S. 652-662.

DAS HANS-SACHS-HAUS in Gelsenkirchen, Festschrift zur Vollendung des Konzertsaales im Hans-Sachs-Haus, Oktober 1927, Gelsenkirchen 1927.

DAS STEINKOHLENBERGWERK CONSOLIDATION, in: HEIMATBUND, Schalke, 1949, S. 115-135.

DASS, Herbert, Das Ende des Arbeiter-Turn- und Sportbundes 1933, in: ATUS-Informationen Heft 2, 1970, S. 3-15.

DEGEN, Kurt, Die Herkunft der Arbeiter in den Industrien Rheinland-Westfalens bis zur Gründerzeit, Bonn 1915 (Diss.).

DELKUS, Horst, August Siegel, Ein Leben für die Bergarbeiter, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 163-169.

DENKSCHRIFT DES OBERBÜRGERMEISTERS der Stadt Gelsenkirchen über die wirtschaftliche Lage der Stadt im Monat Juli 1945, o. O. (Gelsenkirchen) o. J. (1947).

DENKSCHRIFT über die Untersuchung der Arbeiter- und Betriebs-Verhältnisse in den Steinkohlenbezirken, bearbeitet im Auftrage der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern, Berlin 1890.

DEPPE, Frank, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung?, Gewerkschaftspolitik nach der Wende, Eine kritsche Bestandsaufnahme, Köln 1984.

DEPPE, Frank, FÜLBERTH, Georg, HARRER, Jürgen (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln ²1978.

DEPPE, Frank, FÜLBERTH, Georg, KNAAB, Stefan, Lokales Milieu und große Politik zur Zeit des Kalten Krieges 1945-1960 am Beispiel ausgewählter hessischer Arbeiterwohngemeinden, in: ASSION, P., Transformationen, 1986, S. 198-219.

DEUTSCHE ERDÖL-AKTIENGESELLSCHAFT Zeche Graf Bismarck, in: HEIMATBUND, Bismarck, 1953, S. 87-117.

DEUTSCHER ARBEITER-SÄNGERBUND, Gau Westliches Westfalen, Festschrift zum Gau-Fest am 6. August 1911 in den Anlagen des Fredenbaum zu Dortmund, Dortmund 1911.

DEUTSCHER BERGARBEITERVERBAND, 1889-1929, 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Bochum 1929.

DGB KREIS DUISBURG, IGM VERWALTUNGSSTELLE DUISBURG (Hrsg.), Brotfabrik Germania in Duisburg-Hamborn, Ein Zentrum des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Terrorherrschaft im Rhein-Ruhrgebiet, Ein Beispiel für das Wirken von Gewerkschaftern im Widerstand, Duisburg 1986.

DIE HERSTELLUNG des Tafelglases in der DELOG in Gelsenkirchen-Rotthausen, in: HEIMATBUND, Rotthausen, 1955, S. 123-135.

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER STADT GELSENKIRCHEN 1946, Zusammenstellung von nichtveröffentlichten Beiträgen verschiedener Stadtämter, o. O. o. J. (masch.).

DIE ZECHE WILHELMINE VIKTORIA, Die Entstehung und Entwicklung einer Schachtanlage, in: HEIMATBUND, Heßler, 1954, S. 104-124.

DIERKER, HERBERT, „Größter Roter Sportverein der Welt", Der Berliner Arbeitersportverein Fichte in der Weimarer Republik, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 93-104.

DINGL, Frank, Revolutionäre Illusion oder revolutionäre Chance? Anmerkungen zu einigen neueren Arbeiten und Nachdrucken zur Geschichte der USPD und der Massenbewegungen 1918-1920, in: IWK 15, 1979, S. 421-437.

DIRNINGER, Christian, Regionale Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in: Zeitgeschichte 8, 1981, S. 322-346.

DITT, Karl, Die politische Arbeiterbewegung im westlichen Westfalen von den Anfängen bis zum Sozialistengesetz, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 64-70.

DÖRNEMANN, Manfred, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Strömungen nach dem Sturz des Kaiserreiches, Bochum 1966 (Diss.).

DOKUMENTATION ZUR BESETZUNG der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933, in: Solidarität, Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit 34, 1983.

DOKUMENTE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS 1945-1956, Berlin (Ost) 1965.

DOLLINGER, Heinz, GRÜNDER, Horst, HANSCHMIDT, Alwin (Hrsg.), Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus, Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag, Münster 1982.

DOMANSKY-DAVIDSOHN, Elisabeth, Der Großbetrieb als Organisationsproblem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in: MOMMSEN, H., Arbeiterbewegung, 1980, S. 95-116.

DOROW, Uwe, JÄGER, Wolfgang, „Sind die Schlauen alle nach Bottrop gekommen?", Sozialdemokratische Diaspora in der Weimarer Republik, in: FAULENBACH B., HÖGL, G., 1988, S. 102-107.

DORTH, Oskar, Geschichte der Konsumvereinsentwicklung in Rheinland und Westfalen, Bonn 1913 (Diss.).

DOWE, Dieter, Aktion und Organisation, Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820-1852 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 78), Hannover 1970.

DOWE, Dieter, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegung von den Anfängen bis 1863 unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen (AfS Beiheft, 5), Bonn-Bad Godesberg 1976.

DOWE, Dieter, Der Bund der Kommunisten in der Rheinprovinz nach der Revolution von 1848/49, in: RVB 34, 1970, S. 267-297.

DOWE, Dieter, Die Arbeitersängerbewegung in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, Eine Kulturbewegung im Vorfeld der Sozialdemokratie, in: RITTER, G. A., Arbeiterkultur, 1979, S. 122-144.

DOWE, Dieter, Organisatorische Anfänge der Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz und in Westfalen bis zum Sozialistengesetz von 1878, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 51-80.

DOWE, Dieter, Politische Traditionen der rheinischen und westfälischen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 61-64.

DOWE, Dieter, Zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung im Bergischen Land bis 1875, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 2, 1983, S. 148-169.

DOWE, Dieter, KLOTZBACH, Kurt (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin, Bonn [2]1984.

DRECHSLER, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Marburg 1962 (Diss.).

DÜDING, Dieter, Einleitung, Politische Öffentlichkeit, politisches Fest, politische Kultur, in: DÜDING, D., FRIEDEMANN, P., MÜNCH, P., 1988, S. 10-24.

DÜDING, Dieter, FRIEDEMANN, Peter, MÜNCH, Paul (Hrsg.), Öffentliche Festkultur, Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek 1988.

DÜLMEN, Richard von, SCHINDLER, Norbert (Hrsg.), Volkskultur, Zur Wiederentdeckung eines vergessenen Alltags (16.-20. Jahrhundert), Frankfurt a. M. 1984.

DÜWELL, Kurt, KÖLLMANN, Wolfgang (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Beiträge zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983; Bd. 2, Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1983; Bd. 3, Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1984.

DÜWELL, Wilhelm, Der Kapp- Putsch und die Märzkämpfe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Ein Verbrechen des Militarismus und der Bourgeoisie, Düsseldorf 1920.

DULK, Christiane, ZIMMER, Jochen, Die Auflösung des Touristenvereins „Die Naturfreunde" nach dem März 1933, in: ZIMMER, J., Naturfreunde 1984, S. 112-117.

DZUDZEK, Jürgen, „Das Umschauen in Gelsenkirchen und Schalke ist verboten", Der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Gelsenkirchen, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 99-106.

DZUDZEK, Jürgen, Die Anfänge des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Duisburg, in: HEID, L., SCHOEPS, J., 1985, S. 143-165.

DZUDZEK, Jürgen, Herren und Genossen, Über die Entstehung der Konsumvereine in Gelsenkirchen, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 87-100.

DZUDZEK, Jürgen, Organisieren, Entnazifizieren, Demokratisieren, Die Tätigkeit des provisorischen Betriebsrates beim Schalker Verein 1945/46, in: HERING, H., KÄUFER, H. E., KLAUS, M., 1986, S. 232-240.

DZUDZEK, Jürgen, Über den Versuch der Weiterverfolgung von Zielen der SPD während der Naziherrschaft, Der Widerstand um die Hamborner Brotfabrik Germania in Gelsenkirchen, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., S. 221-233.

DZUDZEK, Jürgen, Zwischen Deutschem Reich und Bundesrepublik, Kommunalpolitik in Gelsenkirchen 1945-1949, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 300-306.

EBERTS, Erich, Arbeiterjugend 1904-1945, Sozialistische Erziehungsgemeinschaft – Politische Organisation, Frankfurt a. M. 1980.

ECKERT, Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, in: MOMMSEN, H., Sozialdemokratie, 1974, S. 35-51.

EHALT, Hubert Ch. (Hrsg.), Geschichte von unten, Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags (Kulturstudien, 1), Wien, Köln, Graz 1984.

EHALT, Hubert Ch., Geschichte von unten, Umgang mit der Geschichte zwischen Wissenschaft, politischer Bildung und politischer Aktivierung, in: EHALT, H. Ch., 1984, S. 11-39.

EHNI, Hans Peter, Bollwerk Preußen?, Preußenregierung, Reichs-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-32 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung, 111), Bonn-Bad Godesberg 1975.

EHNI, Hans Peter, Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 415-439.

EICHBERG, Henning, Das nationalsozialistische Thingspiel, Massentheater und Arbeiterkultur, in: Ästhetik und Kommunikation 7, 1976, H. 26, S. 60-69.

EINFELDT, Anne-Katrin, Auskommen, Durchkommen, Weiterkommen, Weibliche Arbeitserfahrungen in der Bergarbeiterkolonie, in: NIETHAMMER, L., Die Jahre, 1983, S. 267-296.

100 JAHRE CONSOLIDATION, Sonderausgabe der Werkszeitung Unser Pütt, Informationen aus Kohle und Erz, o. O. 1963.

100 JAHRE SHAMROCK I/II, (Unsere Hibernia, Schriftenreihe für die Mitarbeiter der Hibernia Betriebe, Heft 14, o. O. 1957).

ELBEN, Wolfgang, Das Problem der Kontinuität in der Deutschen Revolution, Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung von November 1918 bis Februar 1919 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 31), Düsseldorf 1965.

ELIASBERG, George, Der Ruhrkrieg von 1920 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung, 100), Bonn-Bad Godesberg 1974.

EMIG, Dieter, ZIMMERMANN, Rüdiger, Arbeiterbewegung in Deutschland, Ein Dissertationsverzeichnis, Berlin 1977 (IWK 13, 1977, H. 3).

ENGELBERG, Ernst, Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890, Berlin (Ost) 1959.

ENGELMANN, Dieter, Die Herausbildung und Entwicklung der USPD von Ausbruch des ersten Weltkrieges bis zur Gründung der KPD (1914 bis 1918/19), Leipzig 1979 (Diss.).

ENGELS, Friedrich, Brief an Joseph Bloch, Königsberg vom 21. September 1890, in: MARX, Karl, ENGELS, Friedrich, Werke, Bd. 37, Berlin (Ost) [3]1978, S. 462-465.

ENGELS, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: MARX, Karl, ENGELS, Friedrich, Werke, Bd. 21, Berlin (Ost) [7]1981, S. 25-173.

ENGELS, Friedrich, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen (1845), in: MARX, Karl, ENGELS, Friedrich, Werke, Bd. 2, Berlin (Ost) [10]1980, S. 225-506.

ERDMANN, Karl Dietrich, Alternativen der deutschen Politik im Ruhrkampf, in: SCHWABE, K., Ruhrkrise, 1985, S. 29-38.

ERDMANN, Lothar, Die Gewerkschaften im Ruhrkampf, Berlin 1924.

ERGÄNZUNG ZUR STATISTIK des Landkreises Bochum, umfassend die Jahre 1876 bis einschließlich 1880, Bochum 1880.

ERGER, Johannes, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 35), Düsseldorf 1967.

ERNST, Josef, Kapptage im Industriegebiet, nach Tagebuchblättern und Akten, Hagen 1921.

EYLL, Klara von, Aspekte der Industrialisierung des Ruhrgebiets unter besonderer Berücksichtigung der Eisen- und Stahlindustrie, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 1, 1983, S. 186-196.

FALK, Herbert, Stadtvertretung und Stadtverwaltung, in: WEHENPFENNIG, W., NIEMÖLLER, W., BRUNS, F., 1955, S. 37-39.

FAUL, Erwin, Politikwissenschaft im westlichen Deutschland, Bemerkungen zu Entwicklungstendenzen und Entwicklungsanalysen, in: PVS 20, 1979, S. 71-103.

FAULENBACH, Bernd, Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets der Nachkriegszeit, Ein „naturwüchsiger Prozeß" oder „Ergebnis ehrlicher Arbeit"?, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 142-149.

FAULENBACH, Bernd, Montanindustrielle Struktur und politische Kultur im Ruhrgebiet, Zur neueren Diskussion, in: Jahrbuch Arbeit und Technik in NRW 2, 1987, S. 411-422.

FAULENBACH, Bernd, Von der Klassenkultur zur Massenkultur, Zur Frage der historischen Einordnung der Arbeiterkultur, in: Beiträge, Informationen, Kommentare, Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., H. 7/1988, Arbeit und Kultur, Beiträge zu einer arbeitnehmerbezogenen Kultur, S. 4-21.

FAULENBACH, Bernd, HÖGL, Günther (Hrsg.), Eine Partei in ihrer Region, Zur Geschichte der SPD im Westlichen Westfalen, Essen 1988.

FAUST, Helmut, Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung in England, Frankreich und Deutschland sowie ihre weitere Entwicklung im deutschen Sprachraum, Frankfurt a. M. [3]1977.

FEIGE, Ulrich, Bergarbeiterschaft zwischen Tradition und Emanzipation, Das Verhältnis von Bergleuten und Gewerkschaften zu Unternehmern und Staat im westlichen Ruhrgebiet (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 18), Düsseldorf 1986.

FELDENKIRCHEN, Wilfried, Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets, Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft, 20), Wiesbaden 1982.

FELDHEGE, Theodor, Die Finanzwirtschaft der Stadt Buer, der jetztigen Teilgemeinde der Großstadt Gelsenkirchen, vom Ausgangspunkt der stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung (1895) bis zum Städtezusammenschluß (1928), Frankfurt a. M. 1933 (Diss.).

FELDMANN, Gerald D., Arbeitskonflikte im Ruhrbergbau, Zur Politik von Zechenverband und Gewerkschaften in der Überschichtenfrage, in: VfZ 28, 1980, S. 168-223.

FELDMAN, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin, Bonn 1985.

FELDMAN, Gerald D., Die Freien Gewerkschaften und die Zentralarbeitsgemeinschaft 1918-1924, in: VETTER, H. O., Vom Sozialistengesetz, 1975, S. 229-252.

FELDMAN, Gerald D., Vom Weltkrieg zur Wirtschaftskrise, Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 60), Göttingen 1984.

FELDMAN, Gerald D., KOLB, Eberhard, RÜRUP, Reinhard, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920), in: PVS 13, 1972, S. 84-105.

FELDMAN, Gerald D., STEINISCH, Irmgard, Industrie und Gewerkschaften 1918-1924, Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft (Schriftenreihe der VfZ, 50), Stuttgart 1985.

FELDMAN, Gerald D., STEINISCH, Irmgard, Notwendigkeit und Grenzen sozialstaatlicher Intervention, Eine vergleichende Fallstudie des Ruhreisenstreits in Deutschland und des Generalstreiks in England, in: AfS 20, 1980, S. 57-117.

FIELHAUER, Helmut, BOCKHORN, Olaf (Hrsg.), Die andere Kultur, Volkskunde, Sozialwissenschaften und Arbeiterkultur, Ein Tagungsbericht, Wien, München, Zürich 1982.

FINKE, Heinz Jürgen, Der Bergarbeiterstreik im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1872, Bochum 1977 (Examensarbeit).

FISCHER, Jürgen, NITSCH, Franz, STOCK, Klaus (Hrsg.), 90 Jahre Arbeitersport in Deutschland, Münster 1985.

FISCHER, Karl, Handbuch für Mitglieder des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität, Offenbach a. M. 1908.

FISCHER, Wolfram, Die Bedeutung der preußischen Bergrechtsreform (1851-1865) für den industriellen Ausbau der Ruhrgebietes (Vortragsreihe der Gesellschaft für westfälische Wirtschaftsgeschichte, 9), Dortmund 1961.

FISCHER, Wolfram, „Stadien und Typen der Industrialisierung in Deutschland, Zum Problem ihrer regionalen Differenzierung, in: ABELSHAUSER, W., PETZINA, D., 1981, S. 131-143.

FLECHTHEIM, Ossip K., Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.

FÖLLMER-EDLING, Astrid, Die Politik des IVB im Ruhrgebiet 1945-1948, Die Anstrengungen um die Erhöhung der Kohlenförderung im Ruhrbergbau, Bochum 1977 (Staatsexamensarbeit).

FÖRST, Walter, Die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG NORDRHEIN-WESTFALEN, 1984, S. 35-55.

FÖRST, Walter, Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1, 1945-1949, Köln, Berlin 1970.

FÖRST, Walter (Hrsg.), Politik und Landschaft (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, 3), Köln 1969.

FÖRST, Walter (Hrsg.), Raum und Politik (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, 6), Köln, Berlin 1977.

FÖRST, Walter (Hrsg.), Ruhrgebiet und neues Land (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, 2), Köln 1968.

FÖRST, Walter (Hrsg.), Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, 5), Köln 1972.

FOSCHEPOTH, Joseph, Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/47, in: FOSCHEPOTH, J., STEININGER, R., 1985, S. 65-85.

FOSCHEPOTH, Josef, STEININGER, Rolf (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1985.

FRAHNERT, Arthur, Werden und Wachsen des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität, Die Bundesgeschichte bis zum Jahre 1926, Offenbach a. M. 1927.

FRANKE, Eberhard, Das Ruhrgebiet und Ostpreußen, Geschichte, Umfang und Bedeutung der Ostpreußeneinwanderung (Volkstum im Ruhrgebiet, 1), Essen 1936.

FREI, Georg Alfred, Die Zukunft liegt in der Vergangenheit, Geschichtswerkstätten, Tendenzwende und demokratische Alternativen, in: Moderne Zeiten 4, 1984, Extra, Geschichtswerkstatt Info Nr. 3, S. 3-6.

FREMDLING, Rainer, Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum, Führungssektorenanalyse mit einem Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien, in: ABELSHAUSER, W., PETZINA, D., 1981, S. 192-217.

FREYBERG, Jutta von, FÜLBERTH, Georg, HARRER, Jürgen, HEBEL-KUNZE, Bärbel, HOFSCHEN, Heinz-Gerd, OTT, Erich, STUBY, Gerhard, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975, Köln ²1977.

FREYBERG, Jutta von, HEBEL-KUNZE, Bärbel, Die deutsche Sozialdemokratie in der Zeit des Faschismus, in: FREYBERG, J. v., u. a., ²1977, S. 180-241.

FREYNIK, Gerd, Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Essen von der Gründung des ADAV-Zweigvereins Essen bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes (1867-1878), in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 98, 1983, S. 67-125.

FRICKE, Dieter, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, Berlin (Ost) 1955.

FRICKE, Dieter, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin (Ost) 1976.

FRIEDEMANN, Peter, Anspruch und Wirklichkeit der Arbeiterkultur 1891-1933, in: PETZINA, D., Fahnen, 1986, S. 101-111.

FRIEDEMANN, Peter, Arbeitersport in Lebensgeschichten, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 227-230.

FRIEDEMANN, Peter, Die Krise der Arbeitersportbewegung am Ende der Weimarer Republik, in: BOLL, F. Arbeiterkulturen, 1986, S. 229-240.

FRIEDEMANN, Peter, Feste und Feiern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1890-1914, in: HUCK, G., Sozialgeschichte, ²1982, S. 161-185.

FRIEDEMANN, Peter, Mit uns zieht die neue Zeit?, Feste und Feiern der sozialistischen Arbeiterbewegung Gelsenkirchens in der Zwischenkriegszeit, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 184-192.

FRIEDEMANN, Peter, Rolle und Funktion des Arbeitersports in der Arbeiterkultur, in: TEICHLER, H. J., Arbeiterkultur, 1985, S. 5-23.

FRIEDEMANN, Peter, SCHNEIDER, Silvester, Vom neuen Anfang der Arbeiterkultur, in: Revierkultur 2, 1987, H. 1, S. 84-89.

FRIEDRICH, Walter, Die Ideenwelt der mehrheitssozialdemokratischen Bergarbeiter des Ruhrgebiets, Bonn 1923 (Diss.).

FUCHS, Werner (Fernuniversität Hagen (Hrsg.)), Biographische Forschung, Kurseinheit 1, Biographische Kommunikation, Hagen 1982, Kurseinheit 2, Forschungsansätze, Hagen 1982, Kurseinheit 3, Arbeitsschritte, Hagen 1981.

FUCHS, Werner, Biographische Forschung, Eine Einführung in Praxis und Methoden, Opladen 1984.

FÜLBERTH, Georg, Bilanz der sozialliberalen Koalition, in: Blätter 27, 1982, S. 1165-1184.

FÜLBERTH, Georg, Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg 1914-1918, in: FREYBERG, J. v., u. a., ²1977, S. 51-64.

FÜLBERT, Georg, Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zum Revisionismusstreit, in: FREYBERG, J. v., u. a., ²1977, S. 11-36.

FÜLBERTH, Georg, Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1983.

FÜLBERTH, Georg, Vom Reformismusstreit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: FREYBERG, J. v., ²1977, S. 37-50.

95 JAHRE SOZIALDEMOKRATEN in Ückendorf, Gelsenkirchen 1986.

25 JAHRE KONSUMVEREIN „Eintracht" Essen, 1902-1927, Hamburg 1927.

FUHR, Werner, Proletarische Musik in Deutschland 1928-1933, Göppingen 1977.

FURTH, Peter, Zur Problematik der sozialistischen Symbole, in: Die neue Gesellschaft 5, 1958, S. 352-360.

GAERTNER, Kurt, Der Kapp-Putsch, in: Die Heimat in Vergangenheit und Gegenwart 12, 1935, Nr. 1, S. 7-14.

GAERTNER, Kurt, Die Novemberrevolution in Recklinghausen, in: Die Heimat in Vergangenheit und Gegenwart 11, 1934, Nr. 1, S. 1-11.

GAERTNER, Kurt, Recklinghausen unter dem roten Terror, in: Die Heimat in Vergangenheit und Gegenwart 12, 1935, Nr. 2, S. 17-25.

GEARY, Dick, Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Europa 1848-1939, München 1983.

GEBHARDT, Gerhard, Ruhrbergbau, Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957.

GEFELLER, Wilhelm, „Ich dachte, wir bekämen die Trümmer nie weg.", in: BAROTH, Hans Dieter, Gebeutelt, aber nicht gebeugt, Erlebte Geschichte, Köln 1981, S. 23-41.

GEHB, Fritz, Mit Peitsche und Bajonett, Aus der Buerschen Besatzung seit 13. Januar 1923 bis 19. Juli 1925, Buer 1925.

GEHRES, Marian Josef, Wahlverhalten in einer industriellen Region in der Kaiserzeit, dargesellt am Beispiel des Bochumer Reichstagswahlkreises 1890, Bochum 1978 (Examensarbeit).

GEHRMANN, Siegfried, Dokumentation zur Geschichte der Fußballvereine Hamborns, Gelsenkirchens und Essens 1900-1940, Standort, Mannschaftsstärke, Sozialprofil, Essen 1987.

GEHRMANN, Siegfried, Fußball, Vereine, Politik, Zur Sportgeschichte des Reviers 1900-1940, Essen 1988.

GEHRMANN, Siegfried, Von der Straßenmannschaft und der Jünglingssodalität zum Spitzenclub Schalke und Borussia, in: FAULENBACH, B. HÖGL, G., 1988, S. 50-55.

GEIER, Jens, Praktischer Sozialismus oder Mildtätigkeit, Die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt Essen 1919-1923 (Essener Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung, V), Essen 1989.

GELSENKIRCHENER-BERGWERKS-AKTIEN-GESELLSCHAFT, Zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Gelsenkirchener-Bergwerks-Aktien-Gesellschaft zu Rheinelbe bei Gelsenkirchen, o. O. (Gelsenkirchen) o. J. (1898).

GENGER, Angela, BEHRENS-COBET, Heidi, Zwischen Alternative und Protest, Zu Sport- und Jugendbewegungen in Essen, in: KULTURAMT DER STADT ESSEN, 1983, S. 3-7.

GESAU, Karl F., Syndikalismus in der Ruhrbergarbeiterschaft zu Beginn der Weimarer Republik 1918-1925, Münster 1983 (Magisterarbeit).

GESCHICHTE VON UNTEN, FRAUENARBEITSKREIS DER EVANGELISCHEN JUGEND, Befreit in der Fremde?, Fremd- und Zwangsarbeiter in Gelsenkirchen, in: HERING, H., KÄUFER, H. E., KLAUS, M., 1986, S. 88-103.

GESCHICHTSTAGUNG DER SPD, Spuren im Alltag suchen – Geschichte in der politischen Praxis, Oldenburg Weser-Ems-Halle, 19.-20. April 1986, Materialien.

GESELLSCHAFT FÜR GEOGRAPHIE und Geologie Bochum e. V. (Hrsg.), Bochum und das mittlere Ruhrgebiet, Paderborn 1965.

GEWERKSCHAFT SCHALKER EISENHÜTTE, in: HEIMATBUND, Schalke, 1949, S. 151-152.

GIESECKE, Hermann, Zur Schulpolitik der Sozialdemokratie in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13, 1965, S. 162-177.

GILLINGHAM, John, Die Ruhrbergleute und Hitlers Krieg, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 325-343.

GIRARDET-VERLAG (Hrsg.), Gelsenkirchen, Wirtschaft-Industrie-Produktion (Wirtschaftsspiegel deutscher Städte) Essen 1953.

GLADEN, Albin, Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 111-148.

GLADEN, Ellen, Die Industrialisierung und die soziale Bewegung in Gelsenkirchen, Köln 1963 (Staatsexamensarbeit).

GLAS- UND SPIEGELMANUFAKTUR GELSENKIRCHEN SCHALKE, in: HEIMATBUND, Bismarck, 1953, S. 132-141.

GLOTZ, Peter, Der Weg der Sozialdemokratie, Der historische Auftrag des Reformismus, Wien, München, Zürich 1975.

GLOTZ, Peter, Die Arbeit der Zuspitzung, Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken, Berlin 1984.

GOCH, Stefan, Die Gelsenkirchener Arbeiterjugendbewegung und ihre Entwicklung bis 1933, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 119-132.

GOCH, Stefan, Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – in Gelsenkirchen seit Ende des II. Weltkrieges, Gelsenkirchen 1984 (Diplomarbeit).

GOCH, Stefan, Nach Hitler – Wir, Aufbruch und Wiederaufbau der Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in: HERING, H., KÄUFER, H. E., Klaus, M., 1986, S. 54-82.

GOCH, Stefan, Sozialistische Alternative?, Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Gelsenkirchens, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 133-148.

GOCH, Stefan, Überlebenskämpfe sozialdemokratischer Arbeiterbewegungskultur, Einige Beispiele aus Gelsenkirchen, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 128-135.

GOCH, Stefan, SCHULZE, Heiko, Kaum einen Fuß am Boden, Die Schwäche der Gelsenkirchener Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 164-171.

GOCH, Stefan, SKRODZKI, Werner, Im Blauen Hemd, Festschrift zum 80-jährigen Bestehen der Sozialistischen Arbeiterkinder- und Arbeiterjugendbewegung in Deutschland, Kleine Geschichte der Gelsenkirchener Falken seit Ende des II. Weltkrieges, Gelsenkirchen 1984.

GOCH, Walter, Die Entwicklung Gelsenkirchens zur Industriegroßstadt, Münster 1925 (Diss.).

GORGOL, Jügen, KOZICKI, Norbert, Zur Soziologie der Arbeiterbewegung während der Novemberrevolution im Landkreis Gelsenkirchen unter besonderer Berücksichtigung der Ämter Wanne und Eickel, Bochum 1979 (Diplomarbeit).

GORLAS, Johannes, PEUKERT, Detlev J. K. (Hrsg.), Ruhrkampf 1920, Essen 1987.

GOTSCHLICH, Helga, Die politische Differenzierung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Zeit vom September 1930 bis März 1933, Berlin (Ost) 1978 (Diss.).

GOTSCHLICH, Helga, Gründung und Anfänge des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in: Militärgeschichte 19, 1980, S. 33-40.

GOTSCHLICH, Helga, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und antifaschistischer Widerstand (1930-1933), in: Militärgeschichte 19, 1980, S. 534-546.

GRAFE, Peter, HOMBACH, Bodo, GRÄTZ, Reinhard (Hrsg.), Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln, Geschichte und Geschichten aus Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bonn, 1988.

GREBING, Helga, Arbeiterbewegung, Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1985.

GREBING, Helga, Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus, in: LUTHARDT, W., Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bd. 2, 1978, S. 259-279.

GREBING, Helga (Hrsg.), Entscheidung für die SPD, Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944-1948 (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, 2), München 1984.

GREBING, Helga, Flucht vor Hitler?, Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33, 1983, H. 4/5, S. 26-42.

GREBING, Helga, Geschichte der Arbeiterbewegung, Eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin? in: BOTZ, G., WEIDENHOLZER, J., 1984, S. 3-21.

GREBING, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Ein Überblick, München [11]1981.

GREBING, Helga, Konservative Republik oder soziale Demokratie, Zur Bewertung der Novemberrevolution in der neueren westdeutschen Historiographie, in: KOLB, E., Vom Kaiserreich, 1972, S. 386-403.

GREBING, Helga (Hrsg.), Lehrstücke in Solidarität, Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 23), Stuttgart 1983.

GREBING, Helga, Thesen zur Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf gegen den deutschen Faschismus, in: BREIT, E., 1984, S. 94-106.

GREBING, Helga, BRELIE-LEWIEN, Doris von der, Grundprobleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bemerkungen zu einigen Gesamtdarstellungen und Spezialstudien, in: AfS, 23, 1983, S. 555-574.

GRELE, Ronald J., Ziellose Bewegung, Methodische und theoretische Probleme der Oral History, in: NIETHAMMER, L., Lebenserfahrung, 1980, S. 143-161.

GRIESE, Gustav, Geschichte Gelsenkirchens, Bd. 1, Dorf, Bauerschaft und Kirchspiel Gelsenkirchen (Gelsenkirchen in alter und neuer Zeit, Neue Folge), Gelsenkirchen 1960.

GRÖSCHL, Roland, Bedingungen und Aufbau der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken 1945-1952 unter besonderer Berücksichtigung des Landesverbandes Bayern, Bamberg 1984 (Diplomarbeit).

GROH, Dieter, Kritische Geschichtswissenschaft in emanzipatorischer Absicht, Überlegungen zur Geschichtswissenschaft als Sozialwissenschaft, Stuttgart 1973.

GROH, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M, Berlin, Wien 1973.

GROSSE-BOYMANN, Paul, Buer, die ideale Siedlungsstadt, Düsseldorf 1926.

GROSSE-BOYMANN, Paul, Gelsenkirchen, Die Stadt und ihre Lebensgesetze, Die Geschichte Groß-Gelsenkirchens seit der Industrialisierung, Gelsenkirchen 1939.

GRÜTTNER, Michael, Arbeiterkultur versus Arbeiterbewegungskultur, Überlegungen am Beispiel der Hamburger Hafenarbeiter 1888-1933, in: LEHMANN, A., 1984, S. 244-282.

GÜLLNER, Manfred, Blaumänner gegen Bärte und wippende Busen, in: Vorwärts Nr. 33 vom 16.8.1986.

GÜNTHER, Klaus, SCHMITZ, Kurt Thomas, SPD, KPD, DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1975, Eine Bibliographie (AfS Beiheft, 6), Bonn ²1980.

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE OBERHAUSEN AG, Abteilung Gelsenkirchen, vormals Boekker & Co, in: HEIMATBUND, Schalke, 1949, S. 133-150.

GUTTSMAN, W. L., Arbeiterkultur in der Spannung von Systembejahung und Klassenkampf, in: LEHMANN, A., 1984, S. 13-40.

HAHNE, Carl, Geologie, Morphogenese, Pedologie und Geohydrologie im mittleren Ruhrgebiet, Ein Überblick, in: GESELLSCHAFT FÜR GEOGRAPHIE, 1965, S. 9-22.

HAMP, Leo, Wirtschaft und Wirtschaftspioniere, in: WEHRENPFENNIG, W., NIEMÖLLER, W., BRUNS, F., 1955, S. 45-49.

HANISCH, Ernst, Regionale Zeitgeschichte, Einige theoretische und methodologische Überlegungen, in: Zeitgeschichte 7, 1980, S. 239-260.

HARRER, Jürgen, Die Sozialdemokratie in Novemberrevolution und Weimarer Republik 1918/1933, in: FREYBERG, J v., ²1977, S. 65-179.

HARTL, Kaspar, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kreises Recklinghausen im 19. Jahrhundert, Münster 1909 (Diss.).

HARTMANN, Knut, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation, Bergarbeiterbewegung und kapitalistischer Bergbau im Ruhrgebiet 1851-1889, München 1977.

HARTWIG, Hartmut, Die Bevölkerungsentwicklung Gelsenkirchens unter dem Einfluß des Bergbaus bis zum ersten Weltkrieg, in: BzS 9, 1978, S. 89-102.

HAUCK, Arthur, Spaltungs- und Zersetzungserscheinungen in der deutschen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung der Kriegs- und Nachkriegszeit, Hamburg 1923 (Diss.).

HAUK, Gerhard, „Armeekorps auf dem Weg zur Sonne", Einige Bemerkungen zur kulturellen Selbstdarstellung der Arbeiterbewegung, in: PETZINA, D., Fahnen, 1986, S. 69-89.

HAUK, Gerhard, „Ein schwer zu beackernder Boden", Arbeiter und Arbeitersportbewegung in Rheinland-Westfalen und an der Ruhr, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 63-75.

HAUK, Gerhard, Fußball, Eine „proletarische Sportart" im Arbeiter-Turn- und Sportbund, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 160-169.

HAUK, Gerhard, Kartelle des Kapitals, Kartelle der Arbeit, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 31-40.

HAUK, Gerhard, „Rührt Euch", „Links um", „Stillgestanden", Die Frei- und Ordnungsübungen der Arbeiterturner, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 131-140.

HAUMANN, Heiko (Hrsg.), Arbeiteralltag in Stadt und Land, Neue Wege der Geschichtsschreibung (Argument Sonderband, 94), Berlin 1982.

HAUMANN, Heiko, Einleitung, in: HAUMANN, H., Arbeiteralltag, 1982, S. 4-7.

HAUNFELDER, Bernd, Die politischen Wahlen im Regierungsbezirk Münster 1848-1867, Münster 1982.

HAUPTVORSTAND DES VERBANDES der Arbeiterjugendvereine Deutschlands (Hrsg.), Das Weimar der arbeitenden Jugend, Niederschriften und Bilder vom ersten Reichsjugendtag der Arbeiterjugend vom 28. bis 30. August 1920 in Weimar, Berlin 1921.

HEER, Hannes, ULRICH, Volker (Hrsg.), Geschichte entdecken, Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsschreibung, Reinbek 1985.

HEER, Hannes, ULRICH, Volker, Die „neue Geschichtsbewegung" in der Bundesrepublik, Antriebskräfte, Selbstverständnis, Perspektiven, in: HEER, H., ULRICH, V., Geschichte, 1985, S. 9-36.

HEID, Ludger, SCHOEPS, Julius, Arbeit und Alltag im Revier, Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im westlichen Ruhrgebiet im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Duisburger Forschungen, 33), Duisburg 1985.

HEIMATBUND GELSENKIRCHEN (Hrsg.), Gelsenkirchen in alter und neuer Zeit, Ein Heimatbuch, Bd. 1, Ückendorf, Gelsenkirchen ²1956, Bd. 2, Schalke, Gelsenkirchen 1949, Bd. 3, Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1950, Bd. 4, Bulmke und Hüllen, Gelsenkirchen 1951, Bd. 5, Bismarck, Gelsenkirchen 1953, Bd. 6, Heßler, Gelsenkirchen 1954, Bd. 7, Rotthausen, Gelsenkirchen 1955.

HEIMATBUND GELSENKIRCHEN e. V. (Hrsg.), Gelsenkirchen – Kleine Chronik einer großen Stadt, Gelsenkirchen 1964.

HEINEMANN, Ulrich, „Die Arbeiterschaft kommt zu Wort, aber nicht zu Ergebnissen", Arbeiter und Arbeiterbewegung im Revier zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 80-88.

HEINEMANN, Ulrich, Linksopposition und Spaltungstendenzen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, in: LUTHARDT, W., Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bd. 2, 1978, S. 118-138.

HELLFAIER, Alexander, Probleme und Quellen zur Frühgeschichte der Sozialdemokratie in Westfalen, in: AfS 3, 1963, S. 157-223.

HELLKUHL, Antoinette, Empor zum Licht, Arbeitergesangvereine im westfälischen Ruhrgebiet 1878-1914, Stuttgart, Witten 1983.

HEMMER, Hans Otto, „. . . als wenn die Betriebe unser wären", Eine „Betriebsräte-Konferenz in Bochum im April 1945, in: GM 36, 1985, S. 248-256.

HEMMER, Hans Otto, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 81-109.

HERBERT, Ulrich, Apartheid nebenan, Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet, in: NIETHAMMER, L., Die Jahre, 1983, S. 233-266.

HERBERT, Ulrich, „Die guten und die schlechten Zeiten", Überlegungen zur diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews, in: NIETHAMMER, L., Die Jahre, 1983, S. 67-96.

HERBERT, Ulrich, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: NIETHAMMER, L., PLATO, A. v., 1985, S. 19-52.

HERING, Hartmut, Der Zweite Weltkrieg, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 258-260.

HERING, Hartmut, Menschen in der neuen Heimat, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 68-72.

HERING, Hartmut, „Wer sich für Demontagearbeit hergibt, ist ein Lump", Die Auseinandersetzungen um das Werk Gelsenberg, in: HERING, H., KÄUFER, H. E., KLAUS, M., 1986, S. 308-320.

HERING, Hartmut, Wiederaufbau und Fünfziger Jahre, in: HERING, H., Klaus, M., 1984, S. 284-288.

HERING, Hartmut, Wirtschaftskrise und Diktatur, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 222-226.

HERING, Hartmut, KÄUFER, Hugo Ernst, KLAUS, Michael (Hrsg.), Für uns begann harte Arbeit, Gelsenkirchener Nachkriegslesebuch, Oberhausen 1986.

HERING, Hartmut, KLAUS, Michael (Hrsg.), Und das ist unsere Geschichte, Gelsenkirchener Lesebuch, Oberhausen 1984.

HERING, Harmut, MROTZEK, Marlies, Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung, 40 Jahre Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt am Beispiel der VVN/Bund der Antifaschisten Gelsenkirchen 1947-1987, Gelsenkirchen 1988.

HERLEMANN, Beatrix, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924-1933, Wuppertal 1977.

HERMANN, Wilhelm und Gertrude, Die alten Zechen an der Ruhr, Königsstein Ts. ²1982.

HERRE, Günther, Arbeitersport, Arbeiterjugend und Obrigkeitsstaat 1893 bis 1914, in: HUCK, G., Sozialgeschichte, ²1982, S. 187-205.

HERZIG, Arno, Carl Wilhelm Tölcke, Vater der westfälischen Sozialdemokratie, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 158-162.

HERZIG, Arno, Carl Wilhelm Tölckes Presseberichte zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie 1848-1893, Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, 22), München 1976.

HERZIG, Arno, Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in der deutschen Sozialdemokratie, dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817-1893) (IWK Beiheft, 5), Berlin 1979.

HERZIG, Arno, Der Streit um die Emanzipation der Arbeiter in Westfalen im 19. Jahrhundert, in: Schriftenreihe Haus der Heimat 15, 1974, S. 9-47.

HERZIG, Arno, Die Einigung der SPD 1875, Zum Identitätsproblem der deutschen Sozialdemokratie, in: IWK 12, 1976, S. 155-166.

HERZIG, Arno, Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Westfalen bis 1894, in: WZ 121, 1971, S. 97-172.

HERZIG, Arno, Die Lassalle-Feiern in der politischen Festkultur der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: DÜDING, D., FRIEDEMANN, P., MÜNCH, P., 1988, S. 321-333.

HERZIG, Arno, Ferdinand Lassalle und die Arbeiterbewegung im märkischen Industriegebiet, in: Der Märker, Heimatblatt für den Bereich der ehemaligen Grafschaft Mark 22, 1973, S. 69-76.

HERZIG, Arno, Organisationsprobleme der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert, in: HEID, L., SCHOEPS, J., 1985, S. 6-21.

HERZIG, Arno, Sozialdemokratie und Sozialistengesetz in Westfalen, in: HERZIG, A., LINDE, E., 1978, S. 7-40.

HERZIG, Arno, LINDE, Erdmann (Hrsg.), Vor hundert Jahren, Die Arbeiterbewegung in Westfalen und an der Ruhr unter dem Sozialistengesetz, Darstellung und Dokumentation, Dortmund 1978.

HEY, Bernd, Die Nationalsozialistische Zeit, in: KOHL, W., 1983, S. 212-268.

HEY, Bernd, Zur Machtergreifung in Westfalen und Lippe, in: BRACHER, K. D., u. a., 1983, S. 63-81.

HICKEY, Stephen, Bergmannsarbeit an der Ruhr vor dem Ersten Weltkrieg, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 49-69.

HILBERT, Hermann, Die Zusammensetzung der Grubenbelegschaft des Ruhrgebietes um die Jahrhundertwende und ihre Probleme, Köln 1952 (Diss.).

HIRSCH, Paul, Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1929.

HOEBINK, Hein, Kommunale Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1918-1929, Ziele und Aufgaben aus der Sicht der Staatsregierung, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 3., 1984, S. 51-61.

HOEFT, Ulrich, Die Bekleidungsindustrie als neuer Wirtschaftszweig in Gelsenkirchen, in: BzS 3, 1968, S. 41-46.

HÖGL, Günther, Die Grundzüge der Geschichte der Sozialdemokratie im Bezirk Westliches Westfalen, Referat, gehalten anläßlich des Wochenendseminars der Historischen Kommission WW in Eisborn vom 12.-14. September 1986.

HÖGL, Günther, Entstehung und Entwicklung des SPD-Bezirks „Westliches Westfalen" 1890-1914, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 71-79.

HÖGL, Günther, Fritz Henßler als Kommunalpolitiker und Parlamentarier im Kampf für Demokratie und Sozialismus, in: FAULENBACH B., HÖGL, G., 1988, S. 183-191.

HÖGL, Günther, Gewerkschaften und USPD von 1916-1922, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Schuhmacherverbandes, München 1982 (Diss.).

HÖGL, Günther, LAUSCHKE, Karl, Fritz Henßler, Ein Leben für Freiheit und Demokratie 1886-1953, Dortmund 1986.

HÖLZLE, Werner, Der staatliche Bergbau im Buerschen Norden (1902-1914), Seine Entwicklung und seine Auswirkungen auf die Struktur der Stadt Buer, in: BzS 9, 1978, S. 145-160.

HÖPFNER, Hans Paul, Bibliographie lokaler und regionaler SPD-Festschriften in der Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie, Bonn 1983.

HOFFMANN, Industrie, Gewerbe und Handel in Gelsenkirchen, in: STEIN, E., 1924, S. 5-7.

HOFFMANN, F., Bergbau und Industrie in Gelsenkirchen, in: WEDELSTAEDT, C. v., STEIN, E., 1927, S. 188-197.

HOFFMANN, Walter G., Der wirtschaftliche Aufstieg in Deutschland, in: ABELSHAUSER, W., PETZINA, D., 1981, S. 144-168.

HOFSCHEN, Heinz-Gerd, OTT, Erich, Die SPD nach 1959, Wandlungen und innere Differenzierung sozialdemokratischer Politik, in: FREYBERG, J. v., u. a., [2]1977, S. 364-429.

HOLTFRERICH, Carl-Ludwig, Kohle, Stahl und Eisenbahnen, Verflechtungsstrukturen im deutschen Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts, in: ABELSHAUSER, W., PETZINA, D., 1981, S. 169-191.

HOLTHUIS, Rainer E., Arbeiter helfen Arbeitern, Soziale Hilfstätigkeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, in: ASSION, P., Transformationen, 1986, S. 126-136.

HOMBACH, Bodo, Aufsteigen ohne Abzuheben, Der Wandel der Mitgliedschaft der SPD in NRW, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 226-234.

HOMBACH, Bodo, Der Weg zur roten Mehrheit, SPD in NRW, in: GRAFE, P., HOMBACH, B., GRÄTZ, R., 1987, S. 248.

HORBELT, Rainer, „Biete Klavier – suche Zeitgemäßes", Die „alternative" Ökonomie der Nachkriegszeit, in: HERING, H., KLAUS, M., 1986, S. 135-150.

HUCK, Gerhard, Arbeiterkonsumvereine und Verbraucherorganisation, Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Ruhrgebiet 1860-1914, in: REULECKE, J., WEBER, W., 1978, S. 215-245.

HUCK, Gerhard, Sozialgeschichte der Freizeit, Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal [2]1982.

HUE, Otto, Die Bergarbeiter, Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd. 2, Bochum 1913.

HÜHNE, Werner, Aus der westdeutschen Eisenbahngeschichte, in: FÖRST, W., Raum und Politik, 1977, S. 33-58.

HÜLLBUSCH, Ursula, Der Ruhreisenstreit in gewerkschaftlicher Sicht, in: MOMMSEN, H., PETZINA, D., WEISBROD, B., 1977, S. 271-289.

HÜLLBUSCH, Ursula, Die deutsche Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: CONZE, W., RAUPACH, H., 1967, S. 126-157.

HÜTTENBERGER, Peter, Die Anfänge der NSDAP im Westen, in: FÖRST, W., Ruhrkampf und Wiederaufbau, 1972, S.53-80.

HÜTTENBERGER, Peter, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Quellen und Forschungen, 1), Siegburg 1973.

HÜTTERMANN, Wilhelm, Parteipolitisches Leben in Westfalen vom Beginn der Märzbewegung im Jahre 1848 bis zum Einsetzen der Reaktion im Jahre 1849, in: ZfvG 68, 1910, S. 97-230.

HUMPHRIES, Stephen, The Handbook of Oral History, Recording Life Stories, London 1984.

HURLIN, Heimo, Der Wiederaufbau der Bochumer SPD nach dem zweiten Weltkrieg, Bochum 1978 (Diplomarbeit).

HUSTER, Ernst Ulrich, KRAIKER, Gerhard, SCHERER, Burkhard, SCHLOTMANN, Friedrich Karl, WELTEKE, Marianne, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt a. M. 1972.

HUSTER, Ernst-Ulrich, Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt a. M., New York 1978.

ILLUSTRIERTE GESCHICHTE der deutschen Revolution, Berlin 1929.

IMBUSCH, Heinrich, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau, Eine geschichtliche Darstellung, Essen 1908.

IMMEDIAT-VERWALTUNGSBERICHT für das erste Vierteljahr 1917, Buer i. W. 1917.

IMMEDIAT-VERWALTUNGSBERICHT für die Zeit von April bis Oktober 1917, Buer i. W. 1917.

IMMEDIAT-VERWALTUNGSBERICHT für die Zeit von Oktober 1917 bis April 1918, Buer i. W. 1918.

IMMEDIAT-VERWALTUNGSBERICHT, Buer i. W. 1917.

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT BERGBAU UND ENERGIE, BERGBAUMUSEUM BOCHUM (Hrsg.), Bergarbeiter, Ausstellung zur Geschichte der organisierten Bergarbeiterbewegung in Deutschland-Ausstellungskatalog, Bochum 1969.

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT BERGBAU UND ENERGIE, Bezirk Ruhr-Nord (Hrsg.), Jahre, die wir nicht vergessen 1945-1950, Recklinghauser Bergbaugewerkschafter erinnern sich, Recklinghausen o. J. (1980).

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS beim ZK der SED (Hrsg.), Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19, Berlin (Ost) 1978.

INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG, 17. Linzer Konferenz 1981, Arbeiterkultur und kulturelle Arbeiterorganisation bis zum Zweiten Weltkrieg, Regionale und lokale Arbeiterbewegung vorwiegend bis zum Zweiten Weltkrieg als Forschungsgegenstand, bearbeitet von Reinhard Kannonier, Wien 1983.

JABLONOWSKI, Harry W., OFFERMANNS, Johanna, Teilkrise ohne Ende, eine Untersuchung über den industriellen „Strukturwandel" im Ruhrgebiet, Gaiganz 1974.

JACOBEIT, Wolfgang, Volkskunde und Arbeiterkultur, in: FIELAUER, H., BOCKHORN, O., 1982, S. 11-26.

JAEGGI, Urs, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, Frankfurt a. M. 1973.

JANTKE, Carl, Bergmann und Zeche, Die sozialen Arbeitsverhältnisse einer Schachtanlage des nördlichen Ruhrgebiets in der Sicht der Bergleute (Soziale Forschung und Praxis, 11) Tübingen 1953.

JEBSEN-MARWEDEL, Hans, Die Glasindustrie, in: WEHRENPFENNIG, W., NIEMÖLLER, W., BRUNS, F., 1955, S. 97-101.

JESSEN, Dirk, Bibliographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes, Bochum 1984 (herausgegeben vom Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der gemeinsamen Arbeitsstelle RUB/IGM).

JONG, Jutta de, Die Bochumer Arbeiter-Samariter-Kolonne 1913-1933 (Arbeitskreis Arbeitende Jugend Bochums vor 1933, 9), Bochum 1985.

JUCHACZ, Marie, HEYMANN, Johanna, Die Arbeiterwohlfahrt, Voraussetzungen und Entwicklung, Berlin o. J. (1924).

JUCHACZ, Marie, Werden und Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt, in: ARBEITERWOHLFAHRT HAUPTAUSSCHUSS, 1949, S. 5-11.

JUGEND-SEKRETARIAT FÜR RHEINLAND-WESTFALEN, Die Arbeiterjugendbewegung in Rheinland-Westfalen 1913/14, Barmen 1914.

JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD, LV NRW, Arbeiterwiderstand an Rhein und Ruhr 1933-1945, Düsseldorf o. J. (1983).

KADEN, Albrecht, Einheit oder Freiheit, Die Wiedergründung der SPD 1945/46 (Internationale Bibliothek, 121), Bonn 1980 (Nachdruck der 1. Aufl. 1964).

KAEBLE, Hartmut, VOLKMANN, Heinrich, Konjunktur und Streik während des Übergangs zum organisierten Kapitalismus in Deutschland, in: LANGEWIESCHE, D., SCHÖNHOVEN, K., Arbeiter, 1981, S. 267-295.

KÄUFER, Hugo-Ernst (Hrsg.), Arbeiten, wohnen und leben in Gelsenkirchen, Eine Auswahlbibliographie (Gelsenkirchener Bibliographien, 1), Gelsenkirchen 1984.

KÄUFER, Hugo Ernst, Gelsenkirchen literarisch, Kleines Autoren-Lexikon (Gelsenkirchener Bibliographien, 2), Gelsenkirchen 1984.

KAISER, Jochen-Christoph, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik, Proletarische Freidenkerverbände im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Industrielle Welt, 32), Stuttgart 1981.

KAMBERG, Petra, TEPASS, Anne, „Mädels" zwischen Volkstanz und Klassenkampf, Die Rolle der Mädchen in SAJ und KJ, in: BEHRENS-COBET, H., Rote Jugend, 1989, S. 52-65.

KANNONIER, Reinhard, Einige Gedankenken zum Begriff „Arbeitermusikkultur", in: FIELHAUER, H., BOCKHORN, O., 1982, S. 41-50.

KARTHAUS, Frank, u. a., Baugenossenschaften, in: NOVY, K., u. a., Anders leben, 1985, S. 61-102.

KASCHUBA, Wolfgang, Protest und Gewalt, Körpersprache und Gruppenrituale von Arbeitern im Vormärz und 1848, in: ASSION, P., Transformationen, 1986, S. 30-48.

KASTENDIEK, Hans, Desintegration einer Integrationswissenschaft, Konstituierung und Wandel der westdeutschen Politologie, in: BLANKE, Bernhard, JÜRGENS, Ulrich, KASTENDIEK, Hans, Kritik der politischen Wissenschaft, Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1975, S. 27-125.

KATTENTIDT, Heinrich, Die Wohnungsfrage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet als Folgeerscheinung der Industrialisierung des Bezirks und des Aufbaus der Industriestädte, sowie Fürsorge in das Wohungswesen, erläutert an den Maßnahmen der Stadt Gelsenkirchen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens bis zum Jahr 1922, Hannover 1924 (Diss.).

KEMMER, Heinz-Günter, Ölspuren, 50 Jahre Veba Öl, Düsseldorf Wien 1985.

KERSHAW, Ian, „Widerstand ohne Volk", Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: SCHMÄDECKE, J., STEINBACH, P., 1985, S. 779-798.

KESTEN, Wilhelm, Geschichte der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Essen 1952.

KIESSLING, Gabriele, SCHNARBUS, Ursula, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster, Münster 1980 (masch.).

KIRRINNIS, Herbert, Der Zug der Ostpreußen nach Gelsenkirchen und in das Ruhrgebiet, in: NADOLNY, E., 1954, S. 67-71.

KLEIN, Ulrich, SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal, in: PEUKERT, D., REULECKE, J., 1981, S. 45-61.

KLESSMANN, Christoph, Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft, Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945-1952, in: VfZ 31, 1983, S. 272-307.

KLESSMANN, Christoph, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1952, in: WINKLER, H. A., Weichenstellungen, 1979, S. 44-73.

KLESSMANN, Christoph, Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945-1955 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 193), Bonn [3]1984.

KLESSMANN, Christoph, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945, Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978.

KLESSMANN, Christoph, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Soziale Lage und gewerkschaftliche Organisation, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 109-130.

KLESSMANN, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation, Deutsche Geschichte 1955-1970 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 265), Bonn 1988.

KLESSMANN, Christoph, FRIEDEMANN, Peter, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt a. M., New York 1977.

KLÖNNE, Arno, Die deutsche Arbeiterbewegung, Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf, Köln 1980.

KLÖNNE, Arno, Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen, Historische Verankerung und heutiges Profil, in: ALEMANN, U. v., 1985, S. 69-90.

KLÖNNE, Arno, Fragwürdige Leitbilder der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: BREIT, E. 1984, S. 85-93.

KLÖNNE, Arno, Romantik und Protest in Trümmerstädten, Erinnerungen an Jugendgruppen und Politik in den Nachkriegsjahren, in: BREYVOGEL, W., KRÜGER, H.-H., 1987, S. 140-151.

KLÖNNE, Arno, REESE, Hartmut, Kurze Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt a. M., Olten, Wien 1986.

KLOTZBACH, Kurt, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914-1945, Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich-Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen (AfS Beiheft, 2), Bonn [3]1981.

KLOTZBACH, Kurt, Der Weg zur Staatspartei, Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Berlin, Bonn 1982.

KLUCK, Michael, ZIMMERMANN, Rüdiger, Arbeiterkultur, Forschungs- und Literaturdokumentation, Bd. 1: 1979-1982, Bonn 1984, Bd. 2: 1983-1985, Bonn 1986.

KLUGE, Ulrich, Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: RÜRUP, R., Arbeiter- und Soldatenräte, 1975, S. 315-392.

KLUGE, Ulrich, Essener Sozialisierungsbewegung und Volkswehrbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1918/19, in: IWK, H. 16, 1972, S. 55-65.

KLUGE, Ulrich, Militärrevolte und Staatsumsturz, Ausbreitung und Konsolidierung der Räteorganisationen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: RÜRUP, R., Arbeiter- und Soldatenräte, 1975, S. 39-82.

KLUTH, Hans, Die KPD in der Bundesrepublik, Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945-1956, Köln, Opladen 1959.

KOCH, Max, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. 1889-1914 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 5), Düsseldorf 1954.

KOCH-BAUMGARTEN, Sigrid, Aufstand der Avantgarde, Die Märzaktion der KPD 1921 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, 6), Frankfurt a. M., New York 1986.

KOCKA, Jürgen, Arbeiterkultur als Forschungsthema, Einleitende Bemerkungen, in: KOCKA, J., Arbeiterkultur, 1979, S. 5-11.

KOCKA, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterkultur im 19. Jahrhundert (GuG 5, 1979, H. 1), Göttingen 1979.

KOCKA, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg, Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 8), Göttingen [2]1978.

KOCKA, Jürgen, Klassen oder Kultur, Durchbrüche und Sackgassen in der Arbeitergeschichte, in: Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 36, 1982, S. 955-965.

KOCKA, Jürgen, Kritik und Identität, Nationalsozialismus, Alltag und Geographie, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 33, 1986, S. 890-897.

KÖLLMANN, Wolfgang, Bevölkerungsentwicklung im Industriezeitalter, Erster Teil, in: FÖRST, W., Raum und Politik, 1977, S. 11-30.

KÖLLMANN, Wolfgang (Hrsg. im Auftrage der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie), Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des „Alten Verbandes" in ausgewählten Dokumenten der Zeit, Bochum 1969.

KÖLLMANN, Wolfgang, Die Geschichte der Bergarbeiterschaft, in: FÖRST, W., Ruhrgebiet und neues Land, 1968, S. 49-112.

KÖLLMANN, Wolfgang, Frühe Unternehmer, in: FÖRST, W., Ruhrgebiet und neues Land, 1968, S. 11-46.

KÖLLMANN, Wolfgang, Pauperismus in Rheinland-Westfalen im Vormärz, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, 1983, Bd. 1, 1983, S. 148-157.

KÖLLMANN, Wolfgang, Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft 1850-1914, in: RITTER, G. A., Deutsche Parteien, 1973, S. 316-330.

KÖLLMANN, Wolfgang, Vom Knappen zum Bergarbeiter, Die Entstehung der Bergarbeiterschaft an der Ruhr, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 23-48.

KÖLLMANN, Wolfgang, Wirtschaft und Gesellschaft Rheinland-Westfalens zu Beginn des Industriezeitalters, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 11-23.

KÖLLMANN, Wolfgang, Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: AfS 15, 1975, S. 43-50.

KOHL, Wilhelm (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2, Das 19. und das 20. Jahrhundert, Politik und Kultur (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Westfalen im Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, 43), Düsseldorf 1983.

KOHLMEIER, Franz-Georg, WENZEL, Hartmut, WIESMANN, Monika, WOLLENHAUPT, Jürgen, Freundschaft, Ordnung, Solidarität, Die Kinderfreundebewegung in Essen, Aufbau, Ziele und Entwicklung, in: BEHRENS-COBET, H., Rote Jugend, 1989, S. 71-89.

KOHTS, Klaus, Mitarbeiterreport, Die Mitarbeiter eines Jugendverbandes, dargestellt an der Organisation der Sozialistischen Jugend Deutschlands, Regierungsbezirk Arnsberg, Dortmund 1967.

KOLB, Eberhard, Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918-8.4.1919, Vom ersten zum zweiten Rätekongreß (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, 1), Leiden 1968.

KOLB, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 23), Düsseldorf 1962.

KOLB, Eberhard, Die Maschinerie des Terrors, Zum Funktionieren des Unterdrükkungs- und Verfolgungsapparates im NS-System, in: BRACHER, K. D., FUNKE, M., JACOBSEN, H.-A., 1983, S. 270-284.

KOLB, Eberhard, Die Weimarer Republik, München 1984.

KOLB, Eberhard, Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: KOLB, E., Vom Kaiserreich, 1972, S. 165-184.

KOLB, Eberhard (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972.

KOLB, Johannes, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Frankfurt a. M. 1970.

KOLKENBROCK, Bernhard, Die Wahlen in Gelsenkirchen von 1919-1938 o. O. (Gelsenkirchen) o. J. (masch.).

KOLKENBROCK, Bernhard, Untersuchung zur Berufssoziologie des Ruhrgebietes, dargestellt an der Gelsenkirchener Bevölkerung, Gelsenkirchen 1949 (masch.).

KOLKENBROCK, Bernhard, Vom Dorf zur Industriegroßstadt, in: HEIMATBUND, Chronik, 1964, S. 159-312.

KONRAD, Helmut, Einführungsreferat, in: GESCHICHTSTAGUNG DER SPD, 1986.

KONRAD, Helmut, Zur Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung in Österreich, in: INTERNATIONALE TAGUNG, 1981, S. 417-429.

KORFF, Gottfried, „Heraus zum 1. Mai", Maibrauch zwischen Volkskultur, bürgerlicher Folklore und Arbeiterbewegung, in: DÜLMEN, R. v., SCHINDLER, N., 1984, S. 246-281.

KORFF, Gottfried, Rote Fahnen und geballte Faust, Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: PETZINA, D., 1986, S. 27-60.

KORFF, Gottfried, Rote Fahnen und Tableaux Vivants, Zur Symbolsprache der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, in: LEHMANN, A., 1983, S. 103-140.

KORFF, Gottfried, Volkskultur und Arbeiterkultur, Überlegungen am Beispiel der sozialistischen Maifesttradition, in: KOCKA, J., Arbeiterkultur, 1979, S. 83-102.

KORN, Karl, Die Arbeiterjugendbewegung, Eine Einführung in ihre Geschichte, Berlin 1923.

KOSOK, Elisabeth, Freizeit, Erholung, Vergnügen, Arbeitsfreie Zeit der Arbeiter im Kaiserreich, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 38-44.

KOSZYK, Kurt, Anfänge und frühe Entwicklung der sozialdemokratischen Presse im Ruhrgebiet (1875-1908), in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 50, 1953, S. 1-152.

KOSZYK, Kurt, Die „Metallarbeiter-Zeitung" am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Zur Geschichte der Gewerkschaftspresse, in: VETTER, H. O., Vom Sozialistengesetz, 1975, S. 175-197.

KOSZYK, Kurt, Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung 1890-1914, in: REULEKKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 149-172.

KRAMER, Dieter, Aktuelle Probleme der Arbeiterkulturforschung aus der Perspektive der Kulturwissenschaft, in: INTERNATIONALE TAGUNG, 1983, S. 108-123.

KRAMER, Dieter, Arbeiterkultur, Ein kulturgeschichtliches oder ein sozialgeschichtliches Problem, in: ASSION, P., Transformationen, 1986, S. 10-17.

KRAMER, Dieter, Theoretische Probleme bei der Bestimmung der Arbeiterkultur, in: FIELHAUER, H., BOCKHORN, O., 1982, S. 61-74.

KRAUSE, Hartfried, Kontinuität und Wandel, in: PROTOKOLLE DER PARTEITAGE DER USPD, Bd. 5, 1976, S. 1-103.

KRAUSE, Hartfried, USPD, Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M., Köln 1975.

KRAUSE, Hartfried, TARUMI, Setsuko, Bibliographie der USPD-Broschüren 1917-1922, in: IWK 10, 1974, S. 457-471.

KREISAMTSLEITUNG DES NSLB GELSENKIRCHEN, Festschrift für die 2. Gautagung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Westfalen-Nord am 3. und 4. Neblung 1934 in Gelsenkirchen, der Stadt der Kohle und der tausend Feuer, Gelsenkirchen o. J. (1934).

KROKER, Evelyn, Arbeiterausschüsse im Ruhrbergbau zwischen 1906 und 1914, in: Der Anschnitt 30, 1978, S. 204-215.

KROOKER, Evelyn und Werner (Hrsg.), Solidarität aus Tradition, Die Knappenvereine im Ruhrgebiet, München 1988.

KROMBERG, Hermann E., Politische Strömungen und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen von der Novemberrevolution bis zur Reichstagswahl vom Dezember 1924, Bonn 1968 (Diss.).

KÜHN, Fritz, Die Arbeitersportbewegung, Ein Beitrag zur Klassengeschichte der Arbeiterschaft, Münster 1981.

KÜHNL, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln [3]1978.

KÜHR, Herbert, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 49), Düsseldorf 1973.

KÜHR, Herbert, Das Ruhrrevier in Schwarz und Rot, Zur politischen Kultur des Ruhrgebietes, in: WEHLING, H. G., Regionale politische Kultur, 1985, S. 58-75.

KÜHR, Herbert, Die katholische Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet nach 1945, in: ROHE, K., KÜHR, H., 1979, S. 74-92.

KÜHR, Herbert (Hrsg.), Vom Milieu zur Volkspartei, Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein Ts. 1979.

KULTURAMT DER STADT ESSEN, Alte Synagoge (Hrsg.), Zwischen Alternative und Protest – zu Sport- und Jugendbewegungen in Essen 1900-1933, Essen 1983.

KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT e. V. (Hrsg.), Bibliographie zum Thema Kulturpolitik, Bücher, Zeitschriften, Zeitungsartikel, Dortmund, Bremen 1984.

KUNTZ-STAHL, Andreas, Das Volkshaus in Düsseldorf, Annäherung an seine Biographie, in: ASSION, P., Transformationen, 1986, S. 149-166.

KUPITZ, Kläre, RAUWERDA, Peter, Wattenscheider Zechen und Bergleute, Bochum 1983.

KUROPKA, Joachim, Stimmung und Lage der Bevölkerung in Westfalen zu Kriegsbeginn 1939, in: WF 30, 1980, S. 169-197.

LABISCH, Alfons, Der Arbeiter-Samariter-Bund 1888-1933, Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeitersamariterbewegung, in: RITTER, G. A., Arbeiterkultur, 1979, S. 145-167.

LACKMANN, Franz, Die Arbeitsverhältnisse in der Schwerindustrie, untersucht am Beispiel der Arbeiterschaft von Gelsenkirchen im Vergleich zu anderen Städten und Gewerben, Köln 1930 (Diss.).

LADEMACHER, Horst, Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum, in: FOSCHEPOTH, J., STEININGER, R., 1985, S. 101-117.

LADEMACHER, Horst, Vom Arbeiterverein zur Massenpartei, in: FÖRST W., Politik und Landschaft, 1969, S. 53-102.

LAHRKAMP, Monika, Die französische Zeit, in: KOHL, W., 1983, S. 2-43.

LAMMEL, Inge, Arbeitermusikkultur in Deutschland 1845-1945, Bilder und Dokumente, Leipzig 1984.

LAMPERT, Heinz, Staatliche Sozialpolitik im Dritten Reich, in: BRACHER, K. D., FUNCKE, M., JACOBSEN, H.-A., 1983, S. 177-205.

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen, Eine politische Landeskunde (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, 1), Köln 1984.

LANGENFELD, Hasso, Ruhrbergarbeiterschaft und Sozialdemokratie bis zum Ende des Sozialistengesetzes (1890), Bochum 1976 (Staatsarbeit).

LANGEWIESCHE, Dieter, Arbeiteralltagsgeschichte, in: INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG, Konferenz, Arbeiterkultur in Österreich 1918-1945, bearbeitet von Brigitte Galanda, Wien 1981, S. 24-30.

LANGEWIESCHE, Dieter, Arbeiterkultur in Österreich, Aspekte, Tendenzen, Thesen, in: RITTER, G. A., Arbeiterkultur, 1979, S. 40-57.

LANGEWIESCHE, Dieter, Arbeiterkultur, Kultur der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Bemerkungen zum Forschungsstand, in: Arbeiterkultur in Deutschland (Ergebnisse, Zeitschrift für demokratische Geschichtswissenschaft, 26), Hamburg 1984, S. 9-29.

LANGEWIESCHE, Dieter, Politik-Gesellschaft-Kultur, Zur Problematik von Arbeiterkultur und kultureller Arbeiterorganisation in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg, in: AfS 22, 1982, S. 359-403.

LANGEWIESCHE, Dieter, SCHÖNHOVEN, Klaus (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland, Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Paderborn 1981.

LANGEWIESCHE, Dieter, SCHÖNHOVEN, Klaus, Zur Lebensweise von Arbeitern in Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung, in: LANGEWIESCHE, D., SCHÖNHOVEN, K., Arbeiter, 1981, S. 7-33.

LAUSCHKE, Karl, Der Knall von Gelsenkirchen, Die Stillegung der Zeche „Graf Bismarck" 1966, in: GRAFE, P., HOMBACH, B., GRÄTZ, R., 1987, S. 222-227.

LAUSCHKE, Karl, „. . .nicht mehr nur die Partei der kleinen Leute, sondern die Partei der Wirtschaftsumgestaltung", Der Wiederaufbau der SPD im Bezirk Westliches Westfalen, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 135-142.

LAUSCHKE, Karl, Schwarze Fahnen an der Ruhr, Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958-1968, Marburg 1984.

LEHMANN, Albrecht (Hrsg.), Studien zur Arbeiterkultur, Beiträge der 2. Arbeitstagung der Kommission „Arbeiterkultur" in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Hamburg vom 8. bis 12. Mai 1983 (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland, 44), Münster 1984.

LEMKE, Lotte, Die Arbeiter-Wohlfahrt nach 1945, in: ARBEIERWOHLFAHRT HAUPTAUSSCHUSS, 1949, S. 13-40.

LENIN, Wladimir I., Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage (1913), in: LENIN, Wladimir I., Werke, 20, Berlin (Ost) [6]1977, S. 1-37.

LEPENIES, Arbeiterkultur, Wissenschaftssoziologische Anmerkungen zur Konjunktur eines Begriffs, in: KOCKA, J., Arbeiterkultur, S. 125-136.

LEPPER, Herbert, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, in: IWK 1971/72, H. 14, S. 46-59, H. 17, S. 61-69.

LEPSIUS, M. Rainer, Parteiensystem und Sozialstruktur, Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: RITTER, G. A., Deutsche Parteien, 1973, S. 56-80.

LERCH, Edith, Die Maifeier der Arbeiter im Kaiserreich, in: DÜDING, D., FRIEDEMANN, P., MÜNCH, P., 1988, S. 352-572.

LESER, Elisabeth, Die Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen 1918-1920, Dortmund 1973 (Examensarbeit).

LICHTE, Josef, Der Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen, Eine Heimatkunde für Schule und Haus, Zugleich ein Führer für den Fremden, Gelsenkirchen 1899.

LIDTKE, Vernon, Lieder der deutschen Arbeiterbewegung 1864-1914, in: KOCKA, J., Arbeiterkultur, 1979, S. 54-81.

LINDE, Hans, Die soziale Problematik der masurischen Agrargesellschaft und die masurische Einwanderung in das Emscherrevier, in: WEHLER, H. U., Sozialgeschichte, [5]1981, S. 456-470.

LINDTSTAEDT, Erich, Mit uns zieht die neue Zeit, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, Bonn 1954.

LINSE, Ulrich, Lebensformen der bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 10, 1978, S. 24-55.

LÖWENSTEIN, Dyno, Kurt Löwenstein, Eine biographische Skizze, in: LÖWENSTEIN, K., Sozialismus, 1976, S. 363-377.

LÖWENSTEIN, Kurt, Die Aufgaben der Kinderfreunde (1929), in: LÖWENSTEIN, Kurt, Sozialismus, 1976, S. 213-234.

LÖWENSTEIN, Kurt, Freie Bahn den Kinderfreunden (1930), in; LÖWENSTEIN, K., Sozialismus, 1976, S. 235-278.

LÖWENSTEIN, Kurt, Sozialismus und Erziehung, Eine Auswahl aus den Schriften 1919-1933, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1976.

LÖWENSTEIN, Kurt, Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen ([2]1922), in: LÖWENSTEIN, K, Sozialismus, 1976, S. 23-87.

LÖWENTHAL, Richard, Widerstand im totalen Staat, in: BRACHER, K. D., FUNCKE, M., JACOBSEN, H.-A., 1983, S. 618-632.

LÖWENTHAL, Richard, MÜHLEN, Patrik von zur (Hrsg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945, Berlin, Bonn [2]1984.

LUCAS, Erhard, Märzrevolution 1920, Bd. 1, Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, Frankfurt a. M. [2]1974; Bd. 2, Der bewaffnete Arbeiteraufstand in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches, Frankfurt a. M. 1973; Bd. 3, Verhandlungsversuche und deren Scheitern; Gegenstrategien von Regierung und Militär; Die Niederlage der Aufstandsbewegung; Der weiße Terror, Frankfurt a. M. 1978.

LUDEWIG, Hans-Ulrich, Arbeiterbewegung und Aufstand, Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920-1923 (Historische Studien, 432), Husum 1978.

LÜDTKE, Alf, Zum Problem des kulturellen Wandels im 19. Jahrhundert, in: AfS 14, 1974, S. 623-630.

LÜTZENKIRCHEN, Anfänge und Entwicklung der SPD in Dortmund, in: SPD DORTMUND, 100 Jahre SPD in Dortmund, Dortmund 1968.

LÜTZENKIRCHEN, Ralf, Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde, Ein Beitrag zur Parteiengeschichte (Monographien zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, 2), Dortmund 1970.

LUTHARDT, Wolfgang (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1978.

LUXEMBURG, Rosa, Entwurf zu den Junius-Thesen, in: LUXEMBURG, Rosa, Gesammelte Werke, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin (Ost) [2]1979, S. 43-47.

MACHENS, Karl, Der erste Oberbürgermeister der Großstadt, in: HEIMATBUND, Gelsenkirchen, 1950, S. 105-114.

MACHTAN, Karl, Bibliographie zur Geschichte, Natur-, und Volkskunde der Stadt Gelsenkirchen, in: BzS 9, 1978, S. 169-176.

MAGISTRAT DER STADT BUER, Stellungnahme der Stadt Buer zu dem Entwurf des Gesetzes über die weitere Neureglung der kommunalen Grenzen im westfälischen Industriebezirk, Buer, i. W. 1927.

MAI, Günter, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 31, S. 573-613.

MAIMANN, Helene, Zum Stellenwert der Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934, in: INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG, Konferenz Arbeiterkultur in Österreich 1918-1945, bearbeitet von Brigitte Galanda, Wien 1981, S. 17-24.

MAMMACH, Klaus, Widerstand 1933-1939, Geschichte der deutschen Antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Köln 1984.

MANNESMANN AG, 75 Jahre Mannesmann 1890-1965, Geschichte einer Erfindung und eines Unternehmens, Düsseldorf 1965.

MANNESMANN-RÖHRENWERKE ABTEILUNG GRILLO-FUNKE, in: HEIMATBUND, 1949, Schalke, S. 136-137.

MANNSCHATZ, Gerhard, SEIDER, Josef, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945-1947, Berlin (Ost) 1962.

MARSSOLEK, Inge, Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet, Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates, in: RÜRUP, R., Arbeiter- und Soldatenräte, 1975, S. 239-314.

MARTINY, Martin, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik 1920-1930, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 241-273.

MARTINY, Martin, Die Durchsetzung der Mitbestimmung im deutschen Bergbau, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 389-414.

MARTINY, Martin, Ist das Revier konservativ?, Oder ist es heimlich radikal?, Politische Traditionslinien der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 144-148.

MARTINY, Martin, Sozialdemokratie und junge Generation am Ende der Weimarer Republik, in: LUTHARDT, W., Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bd. 2, 1978, S. 56-64.

MARX, Karl, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1859), in: MARX, Karl, ENGELS, Friedrich, Werke, Bd. 13, Berlin (Ost) [9]1981, S. 3-160.

MASON, Tim W., Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934, Ein Versuch über das Verhältnis „archaischer" und „moderner" Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: MOMMSEN, H., PETZINA, D., WEISBROD, B., 1977, S. 322-352.

MATTHEIER, Klaus J., Werkvereine und wirtschaftsfriedlich-nationale (gelbe) Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 173-204.

MATTHIAS, Erich, Der Rat der Volksbeauftragten, Zu Ausgangsbasis und Handlungsspielraum der Revolutionsregierung, in: KOLB, E., Vom Kaiserreich, 1972, S. 103-119.

MATTHIAS, Erich, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: MATTHIAS, E., MORSEY, R., [2]1979, S. 101-278.

MATTHIAS, Erich, MORSEY, Rudolf (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Darstellungen und Dokumente, Königstein Ts., Düsseldorf [2]1979.

MATTHIAS, Erich, MORSEY, Rudolf, Die Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden, in: KOLB, E., Vom Kaiserreich, 1972, S. 63-76.

MAYER, Paul, Schriftliche Nachlässe und Dokumente im historischen Archiv der SPD, in: IWK 1, 1965, S. 29-31.

MENZEL, Horst, Der Bergarbeiterstreik 1889 unter besonderer Berücksichtigung des Gelsenkirchener Reviers, Bochum 1975 (Examensarbeit).

MERKEL, Felicitas, Vierzig Jahre „Betriebsräte-Arbeitsgemeinschaft Erdöl-, Kohle- und Grundstoffchemie", Hannover 1988.

MERSMANN, Arno, Wirtschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung als politische Bewegung, in: NOVY, K., u. a., Anders leben, 1985, S. 17-38.

MEYER, Dietrich, Geschichtliche Entwicklung des Bergbaus in Gelsenkirchen, o. O. (Gelsenkirchen) 1981 (Manuskript).

MEYER, Georg P., Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19 (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, 5), Göttingen 1977.

MEYER-ULRICH, Gaby, Wer trug die fünfte Säule?, Frauenerwerbsarbeit in der Bekleidungsindustrie, in: HERING, H., KÄUFER, H. E., KLAUS, M., 1986, S. 289-304.

MILATZ, Alfred, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 66), Bonn 1965.

MILERT, Werner, Die verschenkte Kontrolle, Bestimmungsgründe und Grundzüge der britischen Kohlenpolitik im Ruhrbergbau 1945-1948, in: PETZINA, D., EUCHNER, W., Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, 1984, S. 105-119.

MILLER, Susanne, Änne und Josef Kappius, Handeln nach sozialistischer Ethik, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 176-182.

MILLER, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf, Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 53), Düsseldorf 1974.

MILLER, Susanne, Die Bürde der Macht, Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 63), Düsseldorf 1978.

MILLER, Susanne, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in: MOMMSEN, H., Sozialdemokratie, 1974, S. 84-105.

MILLER, Susanne, Die SPD vor und nach Godesberg (Kleine Geschichte der SPD, 2), Bonn-Bad Godesberg 1975.

MILLER, Susanne (Hrsg.), Geschichte in der demokratischen Gesellschaft, Eine Dokumentation (Geschichtsdidaktik, Studien und Materialien, 37), Düsseldorf 1985.

MILLER, Susanne, Zum Selbstverständnis der Historischen Kommission der SPD, in: MILLER, S., Geschichte, 1985, S. 11-15.

MILLES, Dietrich, ... aber es kam kein Mensch nach den Gruben, um anzufahren, Arbeitskämpfe der Ruhrbergarbeiter 1867-1878, Frankfurt a. M., New York 1983.

MISGELD, Klaus, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten in Stockholm" (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 126), Bonn-Bad Godesberg 1976.

MÖLLERS, Paul, Die Essener Arbeiterbewegung in ihren Anfängen, in: RVB 25, 1960, S. 42-65.

MOMMSEN, Hans (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr, Wuppertal 1980.

MOMMSEN, Hans, Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: SCHMÄDECKE, J., STEINBACH, P., 1985, S. 3-23.

MOMMSEN, Hans, Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918-1933, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 275-314.

MOMMSEN, Hans, Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930-1944, in: VETTER, H. O., Vom Sozialistengesetz, 1975, S. 275-299.

MOMMSEN, Hans, Die Rolle der „Jungen Generation" in der deutschen Arbeiterbewegung nach 1914, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 123-126.

MOMMSEN, Hans, Einleitung, in: MOMMSEN, H., Arbeiterbewegung, 1980, S. 7-15.

MOMMSEN, Hans, Die Sozialdemokratie in der Defensive, Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: MOMMSEN, H., Sozialdemokratie, 1974, S. 106-133.

MOMMSEN, Hans (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Verhandlungen der Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung" des deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972, Frankfurt a. M. 1974.

MOMMSEN, Hans, Soziale Kämpfe im Ruhrbergbau nach der Jahrhundertwende, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 249-272.

MOMMSEN, Hans, Soziale und politische Konflikte an der Ruhr 1905 bis 1924, in: MOMMSEN, H., Arbeiterbewegung, 1980, S. 62-94.

MOMMSEN, Hans, Sozialpolitik im Ruhrbergbau, in: MOMMSEN, H., PETZINA, D., WEISBROD, B., 1977, S. 303-321.

MOMMSEN, Hans, Stehen wir vor einer neuen Polarisierung des Geschichtsbildes?, in: MILLER, S., Geschichte, 1985, S. 71-83.

MOMMSEN, Hans, BORSDORF, Ulrich (Hrsg.), Glück auf, Kameraden, Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979.

MOMMSEN, Hans, PETZINA, Dietmar, WEISBROD, Bernd (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Kronberg Ts. 1977, 2 Bde.

MOMPER, Walter, Die Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung, in: IWK 11, 1975, S. 482-486.

MONAT, Anneliese, Sozialdemokratie und Wohlfahrtspflege, Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt, Stuttgart 1961.

MOOSER, Josef, Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970, Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984.

MORGAN, David W., The Socialist Left and the German Revolution, A History of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922, Ithaca, London 1975.

MOTTEK, Hans, Der Gründerzyklus von 1871 bis 1894, in: ABELSHAUSER, W., PETZINA, D., 1981, S. 94-128.

MÜHLBERG, Dietrich, Zum Stand kulturgeschichtlicher Proletariatsforschung in der DDR, in: BOLL, F. Arbeiterkulturen, 1986, S. 71-88.

MÜHLEN, Patrik von zur, Die SPD zwischen Anpassung und Widerstand, in: SCHMÄDECKE, J., STEINBACH, P., 1985, S. 86-98.

MÜHLEN, Patrik von zur, Sozialdemokraten gegen Hitler, in: LÖWENTHAL, R., MÜHLEN, P. v. z., ²1984, S. 57-75.

MÜHLEN, Patrik von zur, Spanien war ihre Hoffnung, Die deutsche Linke im spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Bonn 1985.

MÜLLER, Geschichtliche Entwicklung der Zeche Hibernia, in: HEIMATBUND, Gelsenkirchen, 1950, S. 41-42.

MÜLLER, Manfred, Die Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Gelsenkirchen-Schalke, in: HEIMATBUND, Bismarck, 1955, S. 118-131.

MÜLLER, Robert, Die Bevölkerungsentwicklung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (in der Abgrenzung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk) von 1895 bis 1919, Münster 1925 (Diss.).

MÜLLER, Werner, Kommunismus in der Bundesrepublik, Neuere Literatur zur Geschichte der KPD in der Nachkriegszeit 1945-1956, in: IWK 18, 1982, S. 245-252.

MÜLLER, Werner, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht, Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln 1988.

MÜLLER, Wilhelm, Unser Dienst am Nächsten, Der Arbeiter-Samariter-Bund, Ein Buch über das Helfen, Wiesbaden 1983.

MÜNZ, Heinrich, Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier, Essen 1909.

NABAKOWSKI, Christa, Zerstörung und Wiederaufbau der südlich des Rhein-Herne-Kanals gelegenen Stadtteile Gelsenkirchens, Münster 1964 (Examensarbeit).

NACHRICHTENBLATT des Zechen-Verbandes 5, Nr. 8 (27.4.1929), S. 37-39.

NADOLNY, Erwin, Südostpreußen und das Ruhrgebiet, Beiträge zur Heimatkunde anläßlich der 600-Jahr-Feier Allensteins in der Patenstadt Gelsenkirchen, Leer 1954.

NEEBE, Reinhard, Die Industrie und der 30. Januar 1933, in: BRACHER, K. D., FUNKE, M., JACOBSEN, H.-A., 1983, S. 155-176.

NEUMANN, Harald, Gelsenkirchen, Düsseldorf 1984.

NEUMANN, Walter, Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet, Voraussetzungen, Entwicklungen und Wirksamkeit, Köln 1951.

NIENHAUS, Fritz, Die Entwicklung des Industrieortes Ückendorf, in: HEIMATBUND, Ückendorf, ²1956, S. 129-131.

NIESSNER, Alois, Rheinland und Westfalen während der Sturmjahre 1848/49, Stimmungsbilder aus der deutschen Revolution, Aachen 1906.

NIETHAMMER, Lutz, Alltagserfahrung und politische Kultur, Beispiele aus dem Ruhrgebiet, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 3., 1984, S. 362-379.

NIETHAMMER, Lutz, Anmerkungen zur Alltagsgeschichte, in: Geschichtsdidaktik 5, 1980, S. 231-242.

NIETHAMMER, Lutz (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll", Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, 1), Bonn 1983.

NIETHAMMER, Lutz, Einführung, in: NIETHAMMER, L., Lebenserfahrung, 1980, S. 7-26.

NIETHAMMER, Lutz, Einleitung, in: NIETHAMMER, L., Die Jahre, 1983, S. 7-29.

NIETHAMMER, Lutz, Fragen-Antworten-Fragen, Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral-History, in: NIETHAMMER, L., PLATO, A. v., 1985, S. 392-445.

NIETHAMMER, Lutz, Heimat und Front, Versuch, zehn Kriegserinnerungen aus der Arbeiterklasse des Ruhrgebietes zu verstehen, in: NIETHAMMER, L., Die Jahre, 1983, S. 163-232.

NIETHAMMER, Lutz (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schief gegangen ist.", Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, 2), Bonn 1983.

NIETHAMMER, Lutz (Hrsg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächnis, Die Praxis der Oral History, Frankfurt a. M. 1980.

NIETHAMMER, Lutz, Nachindustrielle Urbanität im Revier?, Für die Wahrnehmung und Nutzung regionaler Erfahrungen, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 236-242.

NIETHAMMER, Lutz, „Normalisierung" im Westen, Erinnerungsspuren in die 50er Jahre, in: BRUNN, G., Neuland, 1986, S. 175-206.

NIETHAMMER, Lutz, Oral History in USA, Zur Entwicklung und Problematik diachroner Befragungen, in: AfS 18, 1978, S. 457-501.

NIETHAMMER, Lutz, Privat-Wirtschaft, Erinnerungsfragmente einer anderen Umerziehung, in: NIETHAMMER, L., Hinterher, 1983, S. 17-105.

NIETHAMMER, Lutz, Rekonstruktion und Desintegration, Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: WINKLER, H. A., Weichenstellungen, 1979, S. 26-43.

NIETHAMMER, Lutz, Vorwort, in: NIETHAMMER, L., Hinterher, 1983, S. 7-15.

NIETHAMMER, Lutz, BORSDORF, Ulrich, BRANDT, Peter (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945, Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

NIETHAMMER, Lutz, BRÜGGEMEIER, Franz, Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?, in: AfS 16, 1976, S. 61-134.

NIETHAMMER, Lutz, HOMBACH, Bodo, FICHTER, Tilmann, BORSDORF, Ulrich (Hrsg.), „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst", Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, Berlin, Bonn 1984.

NIETHAMMER, Lutz, PLATO, Alexander von (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.", Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, 3), Berlin, Bonn 1985.

NIGGEMANN, Heinz, Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus, Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich, Wuppertal 1981.

NIPPERDEY, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 18), Düsseldorf 1961.

NITSCH, Franz, Die Flamme bewahren, Arbeitersport in Deutschland gestern und heute, in: FISCHER, J., NITSCH, F., STOCK, K., 1985, S. 30-50.

NITSCH, Franz, Warum entstand nach 1945 keine Arbeitersportbewegung? Ein quellenkritischer Beitrag zur Organisation des Sports nach dem 2. Weltkrieg, in: Sportwissenschaft 6, 1976, S. 172-199.

NOACK, Viktor, Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Eine Materialsammlung des Bundes-Vorstandes, Berlin 1911.

NOLL, Hans, Die Entwicklung von Bergbau und Industrie in Gelsenkirchen seit 1840, Bochum 1958 (Diplomarbeit).

NOVY, Klaus, Genossenschaftsbewegung, Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform, Berlin 1983.

NOVY, Klaus, HOMBACH, Bodo, KARTHAUS, Frank, BIMBERG, Ulrich, MERSMANN, Arno, SCHEPERS, Albert (Hrsg.), Anders leben, Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur, Berlin, Bonn 1985.

NOVY, Klaus, PRINZ, Michael, Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Bonn 1985.

NOWAK, Adolf, Die Entwicklung von Buer, einer Stadt des Industriezeitalters, Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Essen 1963 (Examensarbeit).

NOWAK, Adolf, Wirtschaftliche Notwendigkeiten und Verwaltungsaufgaben der Stadtgemeinde Buer in der Revolutionszeit nach dem ersten Weltkriege, o. O. (Gelsenkirchen) o. J. (1970) (Examensarbeit).

OERTZEN, Peter von, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und

wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19 (Internationale Bibliothek, 93), Berlin, Bonn-Bad Godesberg ²1976.

OERTZEN, Peter von, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, Ein Beitrag zur Diskussion über die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik, in: VfZ 6, 1958, S. 231-262.

OERTZEN, Peter von, Die Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und der Mitbestimmung in der Revolution von 1918 (Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Metallindustrie und ihrer Organisationen, 1), Frankfurt a. M. o. J.

OERTZEN, Peter von, Von der Novemberrevolution zum Kapp-Putsch, in: GORLAS, J., PEUKERT, D. J. K., 1987, S. 11-25.

OPEL, Fritz, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover, Frankfurt a. M. ²1962.

OPEL, Fritz, SCHNEIDER, Dieter, 75 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966, Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall, Ein Bericht in Wort und Bild, Frankfurt a. M. ²1966.

OSTERROTH, Franz, SCHUSTER, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 1, Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Berlin, Bonn ²1975, Bd. 2, Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Berlin, Bonn ²1975, Bd. 3, Nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin, Bonn ²1978.

PAPST, Klaus, Der Ruhrkampf, in: FÖRST, W., Ruhrkampf und Wiederaufbau, 1972, S. 11-50.

PAUL, Gerhard, SCHLOSSIG, Bernhard (Hrsg.), Die andere Geschichte, Geschichte von unten, Spurensicherung, Ökologische Geschichte, Geschichtswerkstätten, Köln 1986.

PAUL, Sigrid, Arbeiterbiographien in Deutschland, Österreich, Polen und Schweden als Vorläufer mündlicher Geschichte, in: BOTZ, G., WEIDENHOLZER, J., 1984, S. 85-108.

PENNINGS, Heinrich, Die Sturmjahre 1848-1850 in Recklinghausen und ihre Vorgeschichte, in: VZ 30, 1921, S. 54-95.

PERK, Willy, Besatzungsmacht gegen Pressefreiheit, Geschichte der Zeitung „Westdeutsches Volksecho" 7.5.1946-4.5.1948, Frankfurt a. M. 1979.

PETZINA, Dietmar, Die Mobilisierung deutscher Arbeitskräfte vor und während des 2. Weltkrieges, in: VfZ 18, 1970, S. 443-455.

PETZINA, Dietmar, Einleitung, in: PETZINA, D., Fahnen, 1986, S. 8-10.

PETZINA, Dietmar (Hrsg.), Fahnen, Fäuste, Körper, Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986.

PETZINA, Dietmar, EUCHNER, Walter (Hrsg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949 (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 12), Düsseldorf 1984.

PETZINA, Dietmar, EUCHNER, Walter, Wirtschaftspolitik in der Besatzungszeit, in: PETZINA, D., EUCHNER, W., Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, 1984, S. 7-23.

PEUCKERT, Willi-Erich, Volkskunde des Proletariats, Frankfurt a. M. 1931.

PEUKERT, Detlev, Arbeiteralltag, Mode oder Methode, in: HAUMANN, H., Arbeiteralltag, 1982, S. 8-39.

PEUKERT, Detlev J. K., Das „Dritte Reich" aus der „Alltags"-Perspektive, in: AfS 26, 1986, S. 533-556.

PEUKERT, Detlev, Die KPD im Widerstand, Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933-1945 (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 2), Wuppertal 1980.

PEUKERT, Detlev, J. K., Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: BORSDORF, U., Geschichte, 1987, S. 447-508.

PEUKERT, Detlev, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus, Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt a. M. 1976.

PEUKERT, Detlev, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.

PEUKERT, Detlev, Zur Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung, in: Das Argument 20, 1978, Nr. 110, S. 546-565.

PEUKERT, Detlev, BAJOHR, Frank, Spuren des Widerstandes, Die Bergarbeiterbewegung im Dritten Reich und im Exil, München 1987.

PEUKERT, Detlev, REULECKE, Jürgen (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen, Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981.

PFEIFFER, Lorenz, „Wir turnen, um unsere Körper kräftig, widerstandsfähig und geschmeidig zu machen", in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 140-145.

PFISTER, Gertrud, „Macht Euch frei", Frauen in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 48-57.

PIETSCH, Hartmut, Der Neubeginn städtischer Verwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1945-1948, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 3, 1984, S. 199-213.

PIETSCH, Hartmut, Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung, Zur Entwicklung des Politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945 bis 1948 (Duisburger Forschungen, 26), Duisburg 1978.

PIETSCHMANN, Horst, Zum Prozeß der Entwicklung der Freien Sozialistischen Jugend zu einem kommunistischen Jugendverband (1918-1921), in: BzG 17, 1975, S. 1045-1060.

PINGEL, Falk, Der unaufhaltsame Aufschwung, Die Wirtschaftsplanung für die britische Zone im Rahmen der außenpolitischen Interessen der Besatzungsmacht, in: PETZINA, D., EUCHNER, W., Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, 1984, S. 41-64.

PIRKER, Theo, Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur, in: GM 36, 1985, S. 676-684.

PIRKER, Theo, Die blinde Macht, Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Teil 1, 1945-1952, Vom „Ende des Kapitalismus" bis zur Zähmung der Gewerkschaften, Berlin 1979.

PIRKER, Theo, Die SPD nach Hitler, Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964, München 1965.

PLATO, Alexander von, „Der Verlierer geht nicht leer aus", Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin, Bonn 1984.

PLATO, Alexander von, Die verschlungenen Wege der Nachkriegs-SPD, in: BEHRENS-COBET, H., Rote Jugend, 1989, S. 120-125.

PLATO, Alexander von, Erfahrungsstrukturen der Besatzungszeit nicht nur in Nordrhein-Westfalen, Mit alten Köpfen in neue Zeiten, in: BRUNN, G., Neuland, 1986, S. 9-27.

PLATO, Alexander von, „Ich bin mit allen gut ausgekommen", Oder: War die Ruhrarbeiterschaft vor 1933 in politische Lager zerspalten?, in: NIETHAMMER, L., Die Jahre, 1983, S. 31-65.

PLATO, Alexander von, Nachkriegssieger, Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet, Eine lebensgeschichtliche Untersuchung, in: NIETHAMMER, L., Hinterher, 1983, S. 311-359.

PLATO, Alexander von, „Sie müssen ja auch bedenken, was meine Generation erlebt hat.", Betriebsräte nach 1945, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 188-192.

PLATO, Alexander von, „Was wäre ohne uns?", Betriebsräte nach 1945, in: GM 36, 1985, S. 221-232.

PLUM, Werner, Die Arbeiterbewegung während der nationalsozialistischen Herrschaft, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 355-383.

POHLMANN, Harald, Der Maistreik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1924, Bielefeld 1981 (Magisterarbeit).

POLLARD, Sidney, Englische Arbeiterkultur im Zeitalter der Industrialisierung, Forschungsergebnisse und Forschungsprobleme, in: KOCKA, J., Arbeiterkultur, 1979, S. 150-166.

POMYKAY, Gerhard, Bergarbeiterbewegung und Sozialdemokratie an der Ruhr vor und nach dem Streik von 1889, in: HERZIG, A., LINDE, E., 1978, S. 41-57.

POTTHOFF, Heinrich, Freie Gewerkschaften 1918-1933, Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 82), Düsseldorf 1987.

POTTHOFF, Heinrich, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 66), Düsseldorf 1979.

POTTHOFF, Heinrich, Zur Rolle der Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: BREIT, E., 1984, S. 73-84.

PREDÖHL, Andreas, Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931, in: ABELSHAUSER, W., PETZINA, D., 1981, S. 274-298.

PRIAMUS, Heinz-Jürgen, „Die SPD ... wird ... von uns in diesem Stadtparlament nur noch geduldet", Zur Auseinandersetzung der Gelsenkirchener Sozialdemokratie mit dem Nationalsozialismus 1929-1933, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 193-203.

PRIAMUS, Heinz-Jürgen, GOCH, Stefan, SCHULZE, Heiko, REIMANN, Jörg (Hrsg.), Sozial und demokratisch, Ein Lesebuch zur Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Gelsenkirchen, Bd. 1, 1869 bis 1949, Gelsenkirchen 1988.

PRIAMUS, Heinz-Jürgen, Kulturkampf (II), Die Wiedereinführung der konfessionellen Volksschule in Gelsenkirchen 1946/47, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 255-263.

PRIAMUS, Heinz-Jürgen, Ruinenkinder, Im Ruhrgebiet 1945/1949, Düsseldorf 1985.

PROJEKTGRUPPE ARBEITERKULTUR IN HAMBURG, Vorwärts und nicht vergessen, Arbeiterkultur in Hamburg um 1930, Berlin 1982.

PROJEKTGRUPPE SCHALKE, Wer macht Schalke kaputt?, Schalke, Untersuchungen in einer Arbeiterstadt, Berlin 1974.

PROTOKOLL DER REICHSKONFERENZ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916 in Berlin, Berlin 1916.

PROTOKOLL DES INTERNATIONALEN ARBEITER-CONGRESSES in Paris, abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889, Deutsche Übersetzung mit einem Vorwort von Wilhelm Liebknecht, Nürnberg 1890.

PROTOKOLL ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS 1890, 1891, 1892, 1893, 1903, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1917, 1919.

PROTOKOLL VOM BEZIRKS-PARTEITAG der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des Niederrheins am Samstag den 26. und Sonntag den 27. April 1919 in Elberfeld, Düsseldorf o. J.

PROTOKOLLE DER PARTEITAGE DER UNABHÄNGIGEN SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS, Bd. 1, 1917-1919, Glashütten i. T. 1975, Bd. 2, 1919-1920. Glashütten i. T. 1976, Bd. 3, 1920, Glashütten i. T. 1976, Bd. 4, 1922-1923, Glashütten i. T. 1976, Bd. 5, Hartfried KRAUSE, Kontinuität und Wandel, Anwesenheitsregister, Sprechregister, Glashütten i. T. 1976.

PROTOKOLLE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI, Bd. 2, Gotha 1875 – St. Gallen 1887, Glashütten i. T., Bonn-Bad Godesberg 1971.

PRUIN, Günter, „Wie ein Blitz aus heiterem Himmel. . .“?, Gelsenkirchen zwischen Revolution und Ruhrbesetzung, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 169-185.

PÜLKE, Engelbert, Geschichte der politischen Parteien im Kreise Recklinghausen von ihrer Entstehung bis zum Ende des Kulturkampfes (1848-1889), in: VZ 41, 1934, S. 1-163.

QUARK, Max, Die Arbeiterverbrüderung 1848/49, Erinnerungen an die Klassenkämpfe der ersten deutschen Revolution, Frankfurt a. M. 1900.

QUARK, Max, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848-49, Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus, Leipzig 1924.

QUELLE, Otto, Industriegeographie der Rheinlande (Rheinische Neujahrsblätter, 5), Bonn 1926.

RANK, Siegfried, Der Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone und ihr Kampf um die Entmachtung des deutschen Monopolkapitals (Frühjahr 1945 bis Sommer 1946), Leipzig 1965 (Diss.).

RAVEN, Eduard, Die Eisenindustrie, in: WEHRENPFENNIG, W., NIEMÖLLER, W., BRUNS, F., 1955, S. 75-84.

RAVEN, Eduard, Die Gelsenkirchener Eisenwerke im Wandel der Zeiten, in: HEIMATBUND, Bulmke, 1951, S. 43-109.

REDE DES SPD-VORSITZENDEN WILLY BRANDT auf dem Forum „Erben deutscher Geschichte, Bundesrepublik und DDR“, am 12. und 13. März 1987 im Erich Ollenhauer-Haus, Bonn.

REICHENBACH, Bernhard, Zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 13, 1928, S. 117-140.

REIMANN, Jörg, „. . . als Agitator bekannt . . . ein sonst tüchtiger Mann“, Gelsenkirchens Arbeiterbewegung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 21-47.

RETTIG, Rudolf, Die Gewerkschaftspolitik der KPD von 1918 bis 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzung mit den freien Arbeitergewerkschaften, Hamburg 1954 (Diss.).

REULECKE, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974.

REULECKE, Jürgen, Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: REULECKE, J., Arbeiterbewegung, 1974, S. 205-239.

REULECKE, Jürgen, Die Entstehung des Erholungsurlaubs für Arbeiter in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: LANGEWIESCHE, D., SCHÖNHOVEN, K., Arbeiter, 1981, S. 240-268.

REULECKE, Jürgen, Die Fahne mit dem goldenen Zahnrad, Der „Leistungskampf der deutschen Betriebe“ 1937-1939, in: PEUKERT, D., REULECKE, J., 1981, S. 245-269.

REULECKE, Jürgen, WEBER, Wolfhard (Hrsg.), Fabrik, Familie, Feierabend, Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978.

RHEINSTAHL, Schalker Verein, Nach 100 Jahren noch lange keine Halbzeit, Wattenscheid 1972.

RICHTERING, Helmut, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Münster, in: IWK H. 7, 1968, S. 1-32.

RIDDER, Johannes, Die wahlgeschichtliche Entwicklung des Reichstagswahlkreises Borken-Recklinghausen von 1867-1911, in: Recklinghäuser Volkszeitung, Nr. 292, 21.12.1911.

RIEMANN, Erhard, Das Volkstum des südlichen Ermlandes und Masurens, in: NADOLNY, E., 1954, S. 48-52.

RITTER, Gerhard A., Arbeiterkultur, Königstein Ts. 1979 (überarbeitete Ausgabe des Heftes „Workers Culture" des Journal of Contemporary History 13, 1978, Nr. 2, Hrsg. von Walter Laqueur und George L. Mosse).

RITTER, Gerhard A., Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, Probleme und Forschungsansätze, in: RITTER, G. A., Arbeiterkultur, S. 15-39.

RITTER, Gerhard A., Bernsteins Revisionismus und die Flügelbildung in der Sozialdemokratischen Partei, in: RITTER, G. A., Deutsche Parteien, 1973, S. 342-357.

RITTER, Gerhard, A., Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.

RITTER, Gerhard A., Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin ²1963.

RITTER, Gerhard A., Einleitung, in: RITTER, G. A., Arbeiterkultur, 1979, S. 1-14.

RITTER, Gerhard A., Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin, Bonn 1980.

ROBERTS, James S., Wirtshaus und Politik in der deutschen Arbeiterbewegung, in: HUCK, G., Sozialgeschichte, ²1982, S. 123-139.

RÖHL, Fritzmichael, Marie Juchacz und die Arbeiterwohlfahrt, Hannover 1961.

ROHE, Karl, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 34), Düsseldorf 1966.

ROHE, Karl, Die „verspätete" Region, Thesen und Hypothesen zur Wahlentwicklung im Ruhrgebiet vor 1914, in: STEINBACH, Peter (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1982, S. 231-252.

ROHE, Karl, Die Vorgeschichte, Das Parteiensystem in den preußischen Westprovinzen und in Lippe-Detmold 1871-1933, in: ALEMANN, U. v., 1985, S. 22-47.

ROHE, Karl, Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten im Ruhrgebiet vor 1914, Voraussetzungen und Grundlagen „konfessionellen" und „klassenbewußten" Wählens in einer Industrieregion, in: ROHE, K., Vom Revier, 1986, S. 43-59.

ROHE, Karl, Konfession, Klasse und lokale Gesellschaft als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens, Überlegungen und Problematisierungen am Beispiel des historischen Ruhrgebietes, in: ALBERTIN, L., LINK, W., 1981, S. 109-126.

ROHE, Karl, Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet, Die Entwicklung einer regionalen politischen Gesellschaft im Spiegel der Wahlen, in: ROHE, K., KÜHR, H., 1979, S. 21-73.

ROHE, Karl, Vom Revier zum Ruhrgebiet, Wahlen, Parteien, Politische Kultur, Essen 1986.

ROHE, Karl, Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD, Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: GuG 13, 1987, S. 508-534.

ROHE, Karl, Wie stark ist das „starke Stück Deutschland"?, Über Traditionen und Perspektiven des Ruhrgebietes, in: Revierkultur 1, 1986, H. 1, S. 18-32.

ROHE, Karl, Zur Typologie politischer Kulturen in westlichen Demokratien, Überlegungen am Beispiel Großbritanniens und Deutschlands, in: DOLLINGER, H., GRÜNDER, H., HANSCHMIDT, A., 1982, S. 581-596.

ROHE, Karl, KÜHR, Herbert (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet, Beiträge zur regionalen Politikforschung (Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik, 16), Königstein Ts. 1979.

ROMMELSPACHER, Thomas, Die Krise des Ruhrgebiets, Ursachen, Auswirkungen und staatliche Reaktionen, Berlin 1981 (Diss.).

ROSE, H. Peter, Gemeinsame Interessen und solidarisches Handeln, Gelsenkirchener Sozialdemokraten und der Bergarbeiterstreik von 1889, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 48-63.

ROSE, H. Peter, „Nach langen Jahren der Unterdrückung ...", Die Wiedergründung der SPD am Beispiel des Ortsvereins Ückendorf, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 242-254.

ROSENBERG, Arthur, Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935.

ROSSUM, Otto van, Die Entwicklung der Zeche Consolidation zu Gelsenkirchen 1863-1913, Denkschrift zum fünfzigjährigen Bestehen des Werkes, Gelsenkirchen 1913.

ROTH, Günter, Die kulturellen Bestrebungen der Sozialdemokratie im kaiserlichen Deutschland, in: WEHLER, H. U., Sozialgeschichte, [5]1981, S. 342-365.

ROTH, Günther, Social Democrats in Imperial Germany, Totawa 1963.

RUBEN, Ernst, Geschichte der Essener Sozialisierungsbewegung, Essen 1919 (masch.).

RUCK, Michael, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923 (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, 39), Köln 1986.

RUDZIO, Wolfgang, Das Ringen um die Sozialisierung der Kohlewirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 367-388.

RUDZIO, Wolfgang, Das Sozialisierungskonzept der SPD und seine internationalen Realisierungsbedingungen, in: FOSCHEPOTH, J., STEININGER, R., 1985, S. 119-134.

RÜDEN, Peter von, Anmerkungen zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, in: RÜDEN, P. v., Beiträge, 1981, S. 9-42.

RÜDEN, Peter von (Hrsg.), Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918, Frankfurt a. M., Wien, Zürich 1981.

RÜRUP, Reinhard (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975.

RÜRUP, Reinhard, Einleitung, in: RÜRUP, R., Arbeiter- und Soldatenräte, 1975, S. 7-38.

RÜSEN, Jörn, Geschichtsbewußtsein und menschliche Identität, Gefahren und Chancen der Geschichtsschreibung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 34, 1984, H. 41, S. 3-10.

RUMPF, Max, Deutsche Volkssoziologie im Rahmen einer sozialen Lebenslehre, Nürnberg 1931.

RUPP, Hans Karl, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln [2]1980.

RUPP, Hans Karl, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart [2]1982.

SABAIS, Heinz-Winfried, Was ist Kultur? Kritische Beiträge zur Aufklärung eines Begriffs, in: GM 7, 1956, S. 326-337.

SAFRIAN, Hans, Geschichte der Arbeiterbewegung und der Arbeiterkultur, Über Möglichkeiten, dem „Schweigen der Basis" zu begegnen, in: EHALT, H. Ch., 1984, S. 285-294.

SALDERN, Adelheid von, Arbeiterkulturbewegung in Deutschland in der Zwischenkriegszeit, in: BOLL, F. Arbeiterkulturen, 1986, S. 29-70.

SALDERN, Adelheid von, Vom Einwohner zum Bürger, Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890-1920, Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 21), Berlin 1973.

SALDERN, Adelheid von, Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse, Emanzipations- und Integrationsprozesse im kulturellen und sozialen Bereich, in: IWK 13, 1977, S. 469-505.

SAMUEL, Raphael, Oral-History in Großbritannien, in: NIETHAMMER, L., Lebenserfahrung, 1980, S. 55-73.

SAUER, Wolfgang, Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie, in: KOLB, E., Vom Kaiserreich, 1972, S. 77-99.

SCHABROD, Karl (herausgegeben vom Landesverband der VVN, NRW), Widerstand an Rhein und Ruhr 1933-1945, Herne 1969.

SCHACKE, Friedrich, Ein Mann, Eine Idee, Ein Werk, 100 Jahre Stahl- und Walzwerk Grillo Funke der Mannesmann AG, Duisburg 1966.

SCHÄDEL, Gudrun, Die Kommunistische Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen von 1945-1956, Bochum 1973 (Diss.).

SCHALKE und seine hauptsächlichen Industriezweige, Eine statistisch-volkswirtschaftliche Skizze, o. O. (Gelsenkirchen-Schalke) o. J. (1880).

SCHELLACK, Fritz, Sedan- und Kaisergeburtstagsfeste, in: DÜDING, D., FRIEDEMANN, P., MÜNCH, P., 1988, S. 278-297.

SCHEPERS, Albert, Genossenschaften im Dritten Reich, in: NOVY, K., u. a., Anders leben, 1985, S. 103-112.

SCHEPERS, Albert, Genossenschaften nach 1945, in: NOVY, K., u. a., Anders leben, 1985, S. 113-119.

SCHINDLER, Norbert, Spuren in die Geschichte der „anderen" Zivilisation, Probleme und Perspektiven einer historischen Volkskulturforschung, in: DÜLMEN, R. v., SCHINDLER, N., 1984, S. 13-77.

SCHMÄDEKE, Jürgen, STEINBACH, Peter (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München, Zürich 1985.

SCHMIDT, Eberhard, Die verhinderte Neuordnung, Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M., Köln [7]1977.

SCHMIDT, Ernst, Lichter in der Finsternis, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Erlebnisse, Berichte, Forschungen, Gespräche, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1979, Bd. 2, Essen 1988.

SCHMIDT, Ernst, BAJOHR, Frank, Die Entwicklungsgeschichte der Freien Schulen in Essen, in: BAJOHR, F., BEHRENS-COBET, H., SCHMIDT, E., 1986, S. 99-157.

SCHMIDT, Horst, Geschichte entdecken im SPD-Ortsverein, in: PAUL, G., SCHLOSSIG, B., Die andere Geschichte, 1986, S. 87-94.

SCHMIDT, Horst, SPD-Ortsvereine entdecken ihre Geschichte, in: HEER, H., ULRICH, V., Geschichte, 1985, S. 386-390.

SCHNEIDER, Hartmut, Die sozialistische Jugendbewegung, Ihre Geschichte, ihr Wesen, ihre Ziele und ihre Formen, Köln 1952 (Diss.).

SCHNEIDER, Michael, Arbeitsbeschaffungspolitik zwischen sozialer Reaktion und Zerschlagung der Gewerkschaften 1932 bis 1933, in: BREIT, E. 1984, S. 148-156.

SCHNEIDER, Michael, Auf dem Weg in die Krise, Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29, Wentdorf, Hamburg 1974.

SCHNEIDER, Michael, Demokratie in Gefahr?, Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intelektueller Protest (1958-1968), Bonn 1986.

SCHNEIDER, Michael, Die christlichen Gewerkschaften 1894-1933 (Politik und Gesellschaftsgeschichte, 10), Bonn 1982.

SCHNEIDER, Michael, Höhen, Krisen und Tiefen, Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: BORSDORF, U., Geschichte, 1987, S. 279-446.

SCHNEIDER, Michael, „In voller Erkenntnis der Tragweite des jetzigen Konflikts", Der Ruhreisenstreit 1928/29, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 152-155.

SCHNEIDER, Michael, Konjunkturpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Zur Entwicklung des Arbeitsbeschaffungsplanes des ADGB, in: MOMMSEN, H., PETZINA, D., WEISBROD, B., 1977, S. 226-237.

SCHÖNHOVEN, Klaus, Die Gewerkschaften als Massenbewegung im wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918, in: BORSDORF, U., Geschichte, 1987, S. 167-278.

SCHÖNHOVEN, Klaus, Expansion und Konzentration, Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im wilhelminischen Deutschland 1890-1914 (Industrielle Welt, 30), Stuttgart 1980.

SCHÖNHOVEN, Klaus, Gewerkschaftswachstum, Mitgliederintegration und bürokratische Organisation in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, in: MOMMSEN, H., Arbeiterbewegung, 1980, S. 16-37.

SCHÖNHOVEN, Klaus, Vor einem Jahrhundert-Jubiläum, Die Gewerkschaften und ihre Geschichtsschreibung, in: BRUSIS, I., SCHÖNHOVEN, K., 1987, S. 33-56.

SCHONAUER, Karlheinz, Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD, Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn 1982.

SCHUL- UND KULTURDEZERNAT der Stadt Gelsenkirchen (Hrsg.), Beispiele der Verfolgung und des Widerstandes in Gelsenkirchen, Arbeitsergebnisse aus einem Kursus der Volkshochschule der Stadt Gelsenkirchen, Gelsenkirchen [2]1982.

SCHULMEISTER, Karl Heinz, Zur Entstehung und Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin (Ost) 1965.

SCHULZE, Heiko, „Die Partei hat mit der Organisation der Jungsozialisten Schluß gemacht", Willi Renner und die Diskussion um die Parteijugend, in: PRIAMUS, H. J., u. a., 1988, S. 177-183.

SCHULZE, Heiko, Joseph Jeup und die „Jungen", Ein roter „Pressezar" in Gelsenkirchen, in: PRIAMUS, H.-J., u. a., 1988, S. 64-75.

SCHULZE, Karl-Heinz, Die Bekleidungsindustrie, in: WEHRENPFENNIG, W., NIEMÖLLER, W., BRUNS, F., 1955, S. 103-106.

SCHWABE, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923, Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

SCHWABE, Klaus, Zur Einführung, in: SCHWABE, K., Ruhrkrise, 1985, S. 1-9.

SCHWARZE, Gisela, Eine Region im demokratischen Aufbau, Der Regierungsbezirk Münster 1945/46 (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 11), Düsseldorf 1984.

SIEGLAR, Jakob, Lage des Arbeitsmarktes, Arbeitslosigkeit usw. in Gelsenkirchen, in: STEIN, E., 1924, S. 8-9.

SIEGLAR, Jakob, Von Arbeitsamt und Arbeitsmarkt, in: WEDELSTAEDT, C. v., STEIN, E., 1927, S. 178-181.

SIEPMANN, Eckhard, Bikini, Die fünfziger Jahre, Kalter Krieg und Capri-Sonne, Fotos, Texte, Comics, Analysen, Reinbek 1983.

SIEPMANN, Heinrich, Die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, in: HEIMATBUND, Rotthausen, 1955, S. 90-122.

SJD-DIE FALKEN, BUNDESVORSTAND (Hrsg.), Grundsatzerklärung, Satzung und Aktionsprogramme (Grundsatzerklärung, beschlossen am 22.5.1971), Bonn o. J.

SJD-Die Falken, UB Gelsenkirchen, Aktion Abenteuerspielplatz, Gelsenkirchen o. J. (1975).

SJD-Die Falken, Unterbezirk Gelsenkirchen, Bericht zur UB-Konferenz 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987.

Sommerlad, Philipp, Siebzig Jahre sozialistische Bewegung in Bochum, Wattenscheid 1948.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Scholven, 50 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Scholven, Gelsenkirchen 1965.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Gelsenkirchen, Das Programm für Gelsenkirchen 1984-1989, Gelsenkirchen 1984.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Gelsenkirchen, Jahrbuch des SPD Unterbezirks Gelsenkirchen 1945-1955, Gelsenkirchen o. J. (1955).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Gelsenkirchen, Jahresbericht 1962/63, 1964/65, 1966/67, 1968/69, 1970/71, 1972/73, 1974/75, 1976/77, 1978/79, 1980/81, 1982/83, 1984/85.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen, Jahresbericht 1929 (1. Januar bis 31. Dezember 1929), Recklinghausen o. J. (1930).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Recklinghausen, 100 Jahre Sozialdemokratie und das Vest, Recklinghausen 1963.

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus, Protokoll, Berlin 1931.

Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken, Bundesvorstand, Forschungsstand und Forschungslücken in der Geschichtsschreibung der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung (Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung 3/1979), Bonn 1979.

Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken, Unterbezirk Gelsenkirchen, Tag des Kindes 1974, 50 Jahre sozialistische Kinderarbeit, 70 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Deutschland, Gelsenkirchen 1974.

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Gelsenkirchen, Materialien zur Arbeitskonferenz des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen am 6. Mai 1988, Gelsenkirchen 1986.

SPD Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 30 Jahre Sozialdemokratie Nordrhein-Westfalen, Eine kleine Chronik, Düsseldorf 1975.

SPD Ortsverein Buer-Mitte III, 40 Jahre SPD im Stadtteil, Gelsenkirchen 1987.

SPD Ortsverein Gelsenkirchen-Bulmke, Leben gestalten, Phantasie entwickeln, Politische Arbeit „vor Ort", am Beispiel der SPD Gelsenkirchen-Bulmke und ihres Umfeldes, Gelsenkirchen 1988.

SPD Ortsverein Hassel-Nord, 75 Jahre SPD Hassel, Gelsenkirchen 1980.

SPD Ortsverein Horst-Nord, Sozialdemokratisch orientierte Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit, dargestellt am Stadtteil Horst-Nord, Gelsenkirchen 1984.

SPD Ortsverein Schalke, 111 Jahre SPD in Schalke, Historischer Abriß und Aktivitäten Schalker Sozialdemokraten 1876-1987, Gelsenkirchen 1988.

Spethmann, Hans, Die Rote Armee an Rhein und Ruhr, Aus den Kapptagen 1920, Berlin ²1930.

Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau, Aus seiner Geschichte von Kriegsanfang bis zum Franzosenabmarsch 1914-1925, Bd. 1, Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919, Berlin 1928; Bd. 2, Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung, Berlin 1928; Bd. 3,

Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 in seinen Leitlinien, Berlin 1929; Bd. 4, Der Ruhrkampf 1923 bis 1925, Das Ringen um die Kohle, Berlin 1930.

SPODE, Hasso, Der deutsche Arbeiter reist, Massentourismus im Dritten Reich, in: HUCK, G., Sozialgeschichte, ²1982, S. 281-306.

STADT GELSENKIRCHEN (Hrsg.), Chronik der Stadt Gelsenkirchen 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1972, 1977, 1978.

STADT GELSENKIRCHEN, Gelsenkirchen 1947, Denkschrift zu den Friedensfragen, Gelsenkirchen 1947.

STADT GELSENKIRCHEN, Gelsenkirchen im Spiegel der Statistik, Statistische Kurzinformationen 1. Halbjahr 1986, Gelsenkirchen 1986.

STADT GELSENKIRCHEN, Industrie in Gelsenkirchen, Struktur und Entwicklungstendenzen, Gelsenkirchen 1979.

STADT GELSENKIRCHEN, Jahresbericht des Oberstadtdirektors 1959, 1960, 1961, 1962, 1965, 1967.

STADT GELSENKIRCHEN, Kriegsende und Nachkriegszeit in Gelsenkirchen, Materialien für den Schulunterricht, Gelsenkirchen o. J. (1985).

STADT GELSENKIRCHEN, Sozialhilfeempfänger in Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1985.

STADT GELSENKIRCHEN, Statistische Berichte der Stadt Gelsenkirchen, Heft 1, Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstätten- und Wohnungszählung vom 13. September 1950, Gelsenkirchen o. J.; Heft 2, Die Gemeindewahlen der Stadt Gelsenkirchen von 1919 bis 1956, Gelsenkirchen 1956; Heft 3, Die Bundestagswahlen in Gelsenkirchen von 1949 bis 1957, Gelsenkirchen 1957; Heft 4, Die Wahlen des Jahres 1961 in Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1961; Heft 9, Wahlen in Gelsenkirchen, Landtagswahlen 1947-1962, Kommunalwahl 1964, Gelsenkirchen 1964; Heft 10, Bundestagswahl 1965, Gelsenkirchen 1965; Heft 11, Die Landtagswahl 1966, Gelsenkirchen 1966; Heft 12, Die Wahlen des Jahres 1969, Gelsenkirchen 1969; Heft 14, Die Landtagswahl 1970, Gelsenkirchen 1970; Heft 15, Die Bundestagswahl 1972, Gelsenkirchen 1972; Heft 20, Die Wahlen des Jahres 1975, Gelsenkirchen 1975; Heft 21, Die Bundestagswahl 1976, Gelsenkirchen 1976.

STADT GELSENKIRCHEN, Statistischer Jahresbericht 1980, 1983, 1985.

STADT GELSENKIRCHEN, PRESSEAMT (Hrsg.), Dokumentation,, 40 Jahre danach . . ., Sondersitzung des Rates der Stadt Gelsenkirchen am 8. Mai 1985, o. O. (Gelsenkirchen) o. J. (1985).

STÄDTISCHES STATISTISCHES AMT DER STADT BUER (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Stadt Buer, 1. Jg. 1927 (Vorkriegszeit bis 1927), o. O. (Buer) o. J. (1927).

STARK, Hans, Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus in der Stadt Buer i. W., Köln 1933 (Diss.).

STATISTIK DES KREISES BOCHUM für die Jahre 1865-1875, zusammengestellt im Bureau des Landrathsamtes Bochum, Bochum 1878.

STATISTISCHES AMT DER STADT GELSENKIRCHEN-BUER, Statistisches Handbuch der Stadt Gelsenkirchen 1903-1927, Gelsenkirchen 1928.

STATISTISCHES TASCHENBUCH 1929 Gelsenkirchen-Buer, Gelsenkirchen-Buer 1929.

STEFANSKI, Valentina-Maria, Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Außenseitern, Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet (Schriften des deutsch-polnischen Länderkreises der rheinisch-westfälischen Auslandsgesellschaft e. V., 6), Dortmund 1984.

STEIN, Erwin (Hrsg.), Gelsenkirchen (Sonderheft der Zeitschrift für Kommunalwirtschaft), Berlin 1924.

STEINBACH, Peter, Alltagsleben und Landesgeschichte, Zur Kritik an einem neuen Forschungsinteresse, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 29, 1979, S. 225-305.

STEINBERG, Hans Josef, Die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes, Ideologie und Taktik der sozialistischen Massenpartei im Wilhelminischen Reich, in: MOMMSEN, H., Sozialdemokratie, 1974, S. 52-61.

STEINBERG, Hans Josef, Die Entwicklung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Sozialdemokratie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: VETTER, H. O., Vom Sozialistengesetz, 1975, S. 121-134.

STEINBERG, Hans Josef, Die Haltung der Arbeiterschaft zum NS-Regime, in: SCHMÄDECKE, J., STEINBACH, P., 1985, S. 867-874.

STEINBERG, Hans Josef, Lesegewohnheiten deutscher Arbeiter, in: RÜDEN, P. v., Beiträge, 1981, S. 261-280.

STEINBERG, Hans Josef, Marx blieb im Regal, Arbeiterliteratur im Kaiserreich, in: NIETHAMMER, L., u. a., Die Menschen, 1984, S. 70-73.

STEINBERG, Hans Josef, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Bonn-Bad Godesberg 1969.

STEINBERG, Heinz Günter, Zur Verwaltungsgeschichte des Ruhrgebiets, in: FÖRST, W., Politik und Landschaft, 1969, S. 180-215.

STEINER, Gisela, Das kulturgeographische Gefüge von Gelsenkirchen, Untersuchung und Darstellung einer industriellen Großstadt, Münster 1951 (Diss.).

STEINER, Gisela, Funktionales Gefüge der Großstadt Gelsenkirchen im Ruhrrevier, in: Spieker 1954, H. 5, S. 59-83.

STEININGER, Rolf, Die Rhein-Ruhrfrage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: WINKLER, H. A., Weichenstellungen, 1979, S. 111-166.

STEININGER, Rolf, Die Sozialisierung fand nicht statt, in: FOSCHEPOTH, J., STEININGER, R., 1985, S. 135-150.

STEININGER, Rolf, Großbritannien und die Gründung Nordrhein-Westfalens, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 3, 1984, S. 214-231.

STEINISCH, Irmgard, Der Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 273-299.

STEINISCH, Irmgard, Die gewerkschaftliche Organisation der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie 1918 bis 1924, in: MOMMSEN, H., Arbeiterbewegung, 1980, S. 117-139.

STEINISCH, Irmgard, Quellen und Darstellungen zur gewerkschaftlichen Organisationsgeschichte und Politik, in: AfS 23, 1983, S. 605-613.

STORM, Gerd, SCHOLING, Michael, FROHMANN, Armin, Arbeiterkultur zwischen Gegenkultur und Integration, Ein Literaturbericht, in: IWK 22, 1986, S. 318-357.

STREICH, Gustav, 100 Jahre SPD in Essen 1876-1976, Essen 1976.

STROBACH, Hermann, Lenins Zwei-Kulturen-Theorie und der Begriff der Volkskultur, in: Abhandlungen und Berichte des staatlichen Museums für Völkerkunde, Forschungsstelle, Bd. 35, Berlin (Ost) 1976, S. 33-42.

STUBY, Gerhard, Die SPD während der Phase des Kalten Krieges bis zum Godesberger Programm 1949-1959, in: Freyberg, J. v., [2]1977, S. 307-363.

SÜDHOFER, Ernst, Ruckzuck aus dem Fenster, in: IGBE, Jahre, 1980, S. 93-94.

SÜSSENBACH, Jutta, Arbeitervereine in Recklinghausen von 1884-1920, Recklinghausen 1970 (Examensarbeit).

TAEFLER, Karl, Friedensbewegung, Es begann vor 40 Jahren, in: HERING, H., KLAUS, M., 1984, S. 320-327.

TAEGLICHSBECK, O., Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Dortmund nach der Zählung vom 16. Dezember 1893, Erster Theil, Dortmund 1895, Zweiter Theil, Dortmund 1896.

TAMPKE, Jürgen, Die Sozialisierungsbewegung im Steinkohlenbergbau an der Ruhr, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 225-248.

TAMPKE, Jürgen, The Ruhr and Revolution, The Revolutionary Movement in the Rhinish-Westphalian Industrial Region 1912-1919, London 1979.

TASCHENBUCH der Stadt Gelsenkirchen 1948, 1949, 1951.

TEICHLER, Hans Joachim (Hrsg.), Arbeiterkultur und Arbeitersport, 9. Fachtagung der DVS-Sektion Sportgeschichte vom 27.-29. März 1985, Clausthal-Zellerfeld 1985.

TEICHLER, Hans Joachim, Arbeitersport, Körperkultur, Arbeiterkultur, Kritische Anmerkungen zu einem längst fälligen Aufarbeitungsprozeß, in: Sportwissenschaft 14, 1984, S. 325-346.

TEICHLER, Hans Joachim, Ende des Arbeitersports 1933, in: TEICHLER, H. J., Arbeiterkultur, 1985, S. 196-234.

TEICHLER, Hans Joachim, Jahn, ein deutscher Revolutionär?, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 9-11.

TEICHLER, Hans Joachim, „Nicht länger Reaktionären Gefolgschaft leisten", Entstehung und Entwicklung des Arbeiter-Turnbundes bis 1914, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 17-24.

TEICHLER, Hans Joachim, „Wir brauchten einfach den Kontakt zueinander", Arbeitersport und Arbeitersportler im „Dritten Reich", in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 231-241.

TEICHLER, Hans Joachim, HAUK, Gerhard (Hrsg.), Illustrierte Geschichte des Arbeitersports, Bonn 1987.

TENFELDE, Klaus, Bergarbeiterkultur in Deutschland, Ein Überblick, in: KOCKA, J., Arbeiterkultur, 1979, S. 12-53.

TENFELDE, Klaus, Die Bergarbeiter, ihre Gewerkschaften und der Kapp-Putsch, in: GORLAS, J., PEUKERET, D. J. K., 1987, S. 40-58.

TENFELDE, Klaus, Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: BORSDORF, U., Geschichte, 1987, S. 15-165.

TENFELDE, Klaus, Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905 bis 1919, in: MOMMSEN, H., BORSDORF, U., 1979, S. 199-223.

TENFELDE, Klaus, Neue Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft, in: INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG, 16. Linzer Konferenz 1980, Die internationale Gewerkschaftsbewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Soziale Prozesse der Entwicklung der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert (Bibliographie, Historiographie, Methodologie), bearbeitet von Helmut Konrad, Wien 1982, S. 426-445.

TENFELDE, Klaus, Probleme der Organisation von Arbeitern und Unternehmern im Ruhrbergbau 1890 bis 1914, in: MOMMSEN, H., Arbeiterbewegung, 1980, S. 38-61.

TENFELDE, Klaus, Schwierigkeiten mit dem Alltag, in: GuG 10, 1984, S. 376-394.

TENFELDE, Klaus, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 125), Bonn ²1981.

TENFELDE, Klaus, Streik als Fest, Zur frühneuzeitlichen Bergarbeiterkultur, in: DÜLMEN, R. v., SCHINDLER, N., 1984, S. 177-202.

TENFELDE, Klaus, Strukturwandel des Ruhrgebiets, Historische Aspekte, in: GM 39, 1988, S. 129-141.

TENFELDE, Klaus, Überholt von der demokratischen Massengesellschaft, Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.3.1988.

TENFELDE, Klaus, Vom Ende der Arbeiterkultur, in: Revierkultur 1, 1986, Heft 3, S. 21-31.

TENFELDE, Klaus, Vom Fleiß und Schweiß der Bergleute, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 24-31.

TENFELDE, Klaus, Wege zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung, Regional- und lokalgeschichtliche Forschung (1945-1975) zur deutschen Arbeiterbewegung bis 1914, in: WEHLER, H. U., Modene deutsche Geschichte, 1978, S. 197-253.

TENFELDE, Klaus, Zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet 1918 bis 1933, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 2, 1983, S. 333-348.

TENFELDE, Klaus, RITTER, Gerhard A., Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863 bis 1914 (AfS Beiheft, 8), Bonn 1981.

TEPPE, Karl, Westfälische Selbstverwaltung im Dritten Reich, in: FÖRST, W., Raum und Politik, 1977, S. 117-143.

TEPPE, Karl, Zwischen Besatzungsregiment und politischer Neuordnung (1945-1949), in: KOHL, W., 1983, S. 269-339.

TEUBER, Heinrich, Beiträge zur neueren Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrbezirk, in: SPW 1926, H. 30, 31, 32, 35, 36, 37, 38, 39, 41, 43, 45.

THIEL, Hans Rudolf, Räte, Rote und Revolten, Analysen des Revolutionshalbjahres 1918/19 in Buer, in: BzS 4, 1969, S. 59-67.

THOMPSON, Paul, Historiker und mündliche Geschichte, in: BOTZ, G., WEIDENHOLZER, J., 1984, S. 55-84.

THOMPSON, Paul, The voice of the past, Oral-history, Oxford 1978.

TIMMERMANN, Heinz, Geschichte und Struktur der Arbeitersportbewegung 1893-1933, Marburg/Lahn 1969 (Diss.).

TJADEN, K. H., Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO), Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964.

TOBIEN, Hermann, Geschichte der Bürgermeisterei Rotthausen, Essen 1919.

TORMIN, Walter, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4), Düsseldorf 1954.

TOSSTORFF, Rainer, „Einheitsfront" und/oder „Nichtangriffspakt" mit der KPD, in: LUTHARDT, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bd. 2, 1978, S. 206-218.

TOURISTENVEREIN „DIE NATURFREUNDE", ORTSGRUPPE GELSENKIRCHEN, 40 Jahre Naturfreundebewegung in Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1960.

TROELTSCH, W., HIRSCHFELD, Paul, Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften, Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896-1903, Berlin ²1907.

TRUMPP, Thomas, Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie, Versuch einer Bilanz, in: BRACHER, K. D., FUNKE, M., JACOBSEN, H.-A., 1983, S. 132-154.

TSCHIRBS, Rudolf, Tarifpolitik im Bergbau 1918-1933 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission Berlin, 64), Berlin 1986.

TURNER, Henry A., Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP, in: MOMMSEN, H., PETZINA, D., WEISBROD, B., 1977, S. 919-931.

TURNER, Henry A., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen ²1980.

TYRELL, Albrecht, Voraussetzungen und Strukturelemente des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: BRACHER, K. D., FUNKE, M., JACOBSEN, H.-A., 1983, S. 37-72.

UEBEL, Günter, RIESS, Joachim, Zur Herausbildung örtlicher Parteiorganisationen der KPD in der ersten Hälfte des Jahres 1919, in: BzG 1, 1959, S. 373-385.

UEBERHORST, Horst, Die Rolle des Sports in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Materialien zum Sport in Nordrhein-Westfalen H. 6, 1982, S. 135-152.

UEBERHORST, Horst, Frisch, frei, stark und treu, Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893-1933, Düsseldorf 1973.

UEBERHORST, Horst, Wattenscheid – Die Freiheit verloren, Eine Sozialgeschichte, Düsseldorf 1985.

UELLENBERG, Wolfgang, Die Auseinandersetzungen sozialdemokratischer Jugendorganisationen mit dem Nationalsozialismus (Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, 4/81), Köln 1981.

UELLENBERG, Wolfgang, RÜTZ, Günter, 80 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Deutschland 1904-1984, Jugendpflege, Sozialistische Erziehung, Politischer Kampf (Dokumente, Schriftenreihe der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, 25), Bonn 1984.

ULICZKA, Monika, Soziale und wirtschaftliche Probleme in der Spätphase der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gelsenkirchen, Göttingen 1984 (Magisterarbeit).

UMBREIT, Paul, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege (Sozialwissenschaftliche Bibliothek, 1), Berlin 1917.

UMBREIT, Robert, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Dortmund 1932.

UPMANN, Augustin, RENNSPIESS, Uwe, Organisationsgeschichte der deutschen Naturfreundebewegung bis 1933, in: ZIMMER, J., Naturfreunde, 1984, S. 66-111.

VARAIN, Hans Josef, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat, Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 9), Düsseldorf 1956.

VERBAND DER BERGARBEITER DEUTSCHLANDS, Geschäftsbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für die Jahre 1911 und 1912, 1915 und 1916, 1917 und 1918.

VERBAND DER BERGARBEITER DEUTSCHLANDS, Jahresbericht 1904, 1905 und 1906, 1907 und 1908, 1909 und 1910, erstattet vom Vorstand des Verbandes.

VERBAND DER BERGARBEITER DEUTSCHLANDS, Protokoll der Generalversammlung 1902, 1903, 1905, 1921.

VEREINIGTE STAHLWERKE AG (Hrsg.), Die Steinkohlenwerke der Vereinigten Stahlwerke AG, Die Schachtanlage Alma in Gelsenkirchen, Essen 1930.

VERWALTUNGSBERICHT (der Stadt Gelsenkirchen) für das Jahr 1934/35, 1935, 1936, 1938 (masch.).

VERWALTUNGSBERICHT 1929, 1930, 1931, 1932, 1933 bearbeitet vom statistischen Amt der Stadt Gelsenkirchen.

VERWALTUNGSBERICHT der Stadt Buer für das Jahr 1922/23, 1923/24, 1924/25, 1925/26, 1926-27, 1927.

VERWALTUNGSBERICHT der Stadt Gelsenkirchen 1945/49, 1950, 1951, 1952-54, 1955-57, im Auftrage des Oberstadtdirektors bearbeitet und herausgegeben vom statistischen Amt, Gelsenkirchen 1950.

VERWALTUNGSBERICHT des Kreisausschusses des Kreises Gelsenkirchen für das Jahr 1887, 1889, 1891, 1892, 1893, 1894, 1895.

VERWALTUNGSBERICHT des Kreisausschusses des Landkreises Gelsenkirchen für 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1911, 1915, 1918.

VERWALTUNGSBERICHT des Kreisausschusses des Landkreises Gelsenkirchen für das Jahr 1907 mit Mitteilungen aus der Geschichte des Landkreises Gelsenkirchen und seiner Gemeinden, Wattenscheid 1908.

VERWALTUNGSBERICHT über den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Buer i. W. für das Jahr 1911, 1912, 1913.

VESTER, Michael, Was dem Bürger sein Goethe, ist dem Arbeiter seine Solidarität, Zur Diskussion der „Arbeiterkultur", in: Ästhetik und Kommunikation 7, 1976, H. 24, S. 62-72.

VETTER, Heinz Oskar, (Hrsg.) Aus der Geschichte lernen – Zukunft gestalten, Dreißig Jahre DGB, Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften vom 12. und 13. Oktober 1979 in München, Köln 1980.

VETTER, Heinz Oskar, Grundsatzreferat, Aus der Geschichte lernen, die Zukunft gestalten, in: VETTER, H. O., Aus der Geschichte, 1980, S. 12-23.

VETTER, Heinz Oskar (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975.

VON DER LANDGEMEINDE ZUR GROSSSTADT, Verwaltungsbericht der Stadt Buer 1911-1921, Buer o. J. (1921).

VOSSKE, Heinz, Das Zentrale Parteiarchiv der SED und seine Bestände, in: BzG 23, 1981, S. 729-736.

VOSSKE, Heinz, Originale Zeugnisse von Kämpfen der Arbeiterklasse, in: Neues Deutschland vom 19.1.1973.

VOSSKE, Heinz, Über die Struktur und die Bestände des Archivs des Institutes für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: BzG 4, 1963, S. 105-111.

WAGNER, Johannes Volker, „. . . nur Mut, sei Kämpfer", Heinrich König, Ein Leben für die Freiheit, Bochumer politische Lebensbilder aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Bochum 1976.

WALTER, Franz, Konfliktreiche Integration, Arbeiterkultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Eine Zwischenbilanz, in: IWK 24, 1988, S. 54-88.

WALTER, Henri, ENGELMANN, Dieter, Zur Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet, Unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung der USPD und der Entwicklung ihres linken Flügels vom Ausbruch des ersten Weltkrieges bis zum Heidelberger Parteitag der KPD und dem Leipziger Parteitag der USPD, Juli/August 1914 – Dezember 1919, Leipzig 1965 (Diss.).

WARNEKEN, Bernd Jürgen, „Massentritt", Zur Körpersprache von Demonstranten im Kaiserreich, in: ASSION, P., Transformationen, 1986, S. 64-79.

WAS IST DAS GEHEIMNIS der Ruhrgebietssozialdemokratie?, Gespräch mit Minister Hermann Heinemann, in: Revierkultur 1, 1986, S. 45-56.

WATT, D. Cameron, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Deutschland, in: FOSCHEPOTH, J. STEININGER, R., 1985, S. 15-25.

WEBER, Hermann, Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur „Brüsseler" Parteikonferenz, in: SCHMÄDECKE, J., STEINBACH, P., 1985, S. 573-585.

WEBER, Hermann, Die KPD als Sektion der Kommunistischen Internationale, Politische Auswirkungen der Strukturprobleme auf die Linke im politischen System der Weimarer Republik, in: ALBERTIN, L., LINK, W., 1981, S. 177-193.

WEBER, Hermann, Die KPD in der Illegalität, in: LÖWENTHAL, R., MÜHLEN, P. v. z., 1984, S. 83-101.

WEBER, Hermann, Die Wandlungen des deutschen Kommunismus, Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1979, 2 Bde.

WEBER, Hermann, Hauptfeind Sozialdemokratie, Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.

WEBER, Wolfhard, Der Arbeitsplatz in einem expandierenden Wirtschaftszweig, Der Bergmann, in: REULECKE, J., WEBER, W., 1978, S. 89-113.

WEDELSTAEDT, Carl von, Carl von Wedelstaedt als Bürgermeister und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, in: HEIMATBUND, Gelsenkirchen, 1950, S. 115-159.

WEDELSTAEDT, Carl von, Die geschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Gelsenkirchen, in: WEDELSTAEDT, C. v., STEIN, E., 1927, S. 13-29.

WEDELSTAEDT, Carl von, STEIN, Erwin (Hrsg.), Die Stadt Gelsenkirchen (Monographien deutscher Städte, 20), Berlin 1927.

WEHLER, Hans Ulrich, Bibliographie zum Imperialismus (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, 3), Göttingen 1977.

WEHLER, Hans Ulrich, Bibliographie zur modernen deutschen Sozialgeschichte (18. – 20. Jahrhundert) (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, 1), Göttingen 1976.

WEHLER, Hans Ulrich, Bibliographie zur modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (18. – 20. Jahrhundert) (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, 2), Göttingen 1976.

WEHLER, Hans Ulrich, Der Bauernbandit als neuer Heros, Ohne Einbettung in ein umfassendes Geschichtsbild droht eine Sackgasse, in: Die Zeit, Nr. 39 vom 18.9.1981.

WEHLER, Hans Ulrich, Die moderne deutsche Geschichte in der internationalen Forschung 1945-1975 (GuG, Sonderheft, 4), Göttingen 1978.

WEHLER, Hans Ulrich, Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: WEHLER, H. U., Krisenherde, [2]1979, S. 219-236.

WEHLER, Hans Ulrich, Krisenherde des Kaiserreiches 1871-1918, Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen [2]1979.

WEHLER, Hans Ulrich (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Königstein Ts. [5]1981.

WEHLER, Hans Ulrich, Zur neueren Geschichte der Masuren, in: Zeitschrift für Ostforschung 11, 1962, S. 147-172.

WEHLING, Hans Georg, Regionale politische Kultur, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1985.

WEHLING, Hans Georg, Regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Eine Einführung, in: WEHLING, H. G., Regionale politische Kultur, 1985, S. 7-14.

WEHNER, Walter (Hrsg.), Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet mit einem Anhang, Essen im Wandel der Zeit, Eine Gabe an den Parteitag 1907 vom sozialdemokratischen Verein Essen, Essen 1907 (Nachdruck Essen 1981).

WEHRAM, Adolf, Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Strukturwandel des Raumes Gelsenkirchen nach dem Zweiten Weltkrieg, Bochum 1976 (Examensarbeit).

WEHRENPFENNIG, Walter, NIEMÖLLER, Wilhelm, BRUNS, Franz (Hrsg.), Gelsenkirchen, Abbild einer großen Stadt, Essen 1955.

WEIDENHOLZER, Josef, Mündliche Geschichte, Kritischer Forschungsansatz oder politische Fluchtdroge?, in: BOTZ, G., WEIDENHOLZER, J., 1984, S. 39-51.

WEISBROD, Bernd, Konsens oder Konflikt, Unternehmer und Gewerkschaften in der Krise 1928 bis 1933, in: BREIT, E., 1984, S. 137-147.

WEISBROD, Bernd, Schwerindustrie in der Weimarer Republik, Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978.

WEITZMANN, Die städtischen Schulen, in: WEDELSTAEDT, C. v., STEIN, E., 1927, S. 113-126.

WENKE, Heinrich, Die Arbeiterbewegung im „Land der Roten Erde", in: SCHOLZ, Arno, OSCHILEWSKI, Walter G. (Hrsg.), Weg und Ziel, Ein Buch der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1952, S. 146-158.

WERK ORANGE Gelsenkirchen der Dortmunder Union Brückenbau, in: HEIMATBUND, Heßler, 1954, S. 132-138

WERNER, Wolfgang, Rüstungswirtschaftliche Mobilisierung und materielle Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet 1933-1939, Das Beispiel der Bergarbeiter, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 3, 1984, S. 147-158.

WEYER, Johannes, Die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (1935-1941), Ein Beispiel für Soziologie im Faschismus, in: Soziale Welt 35, 1984, S. 124-145.

WHEELER, Robert F., Curt Geyer und die USPD, in: BENZ, Wolfgang, GRAML, Hermann (Hrsg.), Die revolutionäre Illusion, Zur Geschichte des linken Flügels der USPD, Erinnerungen von Curt Geyer (Schriftenreihe der VfZ, 33), Stuttgart 1976, S. 9-22.

WHEELER, Robert F., Die „21 Bedingungen" und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, Zur Meinungsbildung der Basis, in: VfZ 23, 1975, S. 117-154.

WHEELER, Robert F., Organisierter Sport und organisierte Arbeit, Die Arbeitersportbewegung, in: RITTER, G. A., Arbeiterkultur, 1979, S. 58-73.

WHEELER, Robert F., Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Archiven der DDR, in: IWK 5, 1969, S. 25-66.

WHEELER, Robert F., USPD und Internationale, Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1975.

WHEELER, Robert F., Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik, Einige methodologische Bemerkungen, in: MOMMSEN, H., PETZINA, D., WEISBROD, B., 1977, S. 179-189.

WICHERT, Udo, Fritz Husemann, Dienst für die Arbeiterbewegung und die sozialistische Sache, in: FAULENBACH, B., HÖGL, G., 1988, S. 170-175.

WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN DORTMUND 1933-1945, Ständige Ausstellung und Dokumentation im Auftrage des Rates der Stadt Dortmund erstellt vom Stadtarchiv, Dortmund ²1981.

WIEGELMANN, Günter, Tendenzen kulturellen Wandels in der Volksnahrung des 19. Jahrhunderts, in: LANGEWIESCHE, D., SCHÖNHOVEN, K., Arbeiter, 1981, S. 171-181.

WIEL, Paul, Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebietes, Essen 1970.

WILDUNG, Fritz, Die Arbeitersportbewegung nach der Revolution (1929), in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 29-30.

WILL, Wilfried van der, BURNS, Rob, Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik, Eine historisch-theoretische Analyse der kulturellen Bestrebungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1982.

WINKEL, Die kulturellen Einrichtungen und Bestrebungen Gelsenkirchens, in: WEDELSTAEDT, C. v., STEIN, E., 1927, S. 148-166.

WINKEL, Turnen und Sport in Gelsenkirchen, in: WEDELSTAEDT, C. v., STEIN, E., 1927, S. 214-220.

WINKLER, Heinrich August, Der Schein der Normalität, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), Berlin, Bonn ²1988.

WINKLER, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), Berlin, Bonn 1987.

WINKLER, Heinrich August, Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19, Ein Rückblick nach sechzig Jahren, Berlin, Bonn 1979.

WINKLER, Heinrich August, Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953 (GuG Sonderheft, 5), Göttingen 1979.

WINKLER, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), Berlin, Bonn ²1985.

WISCHERMANN, Clemens, Hungerkrisen im vormärzlichen Westfalen, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 1, 1983, S. 126-147.

WISOTZKY, Klaus, Der Ruhrbergbau im Dritten Reich, Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939 (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 8), Düsseldorf 1983.

WISOTZKY, Klaus, Gelsenkirchen in revolutionärer Zeit, Politische und soziale Unruhen 1918-1920, in: BzS 11, 1983, S. 143-188.

WISOTZKY, Klaus, Politische und soziale Unruhen im Raum Gelsenkirchen 1916-1920, Düsseldorf 1977 (Examensarbeit).

WITTE, Ursula, Entstehung und Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates in Gelsenkirchen von November 1918 bis Februar 1919, Münster 1968 (Examensarbeit).

WITTWER, Wolfgang W., Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik, Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen, Berlin 1980.

WOHLGEMUTH, Heinz, Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Überblick, Berlin (Ost) ²1978.

WOLTER-BRANDECKER, Renate, Sie kamen aus der dumpfen Stadt, Arbeiterkindheit und Kinderfreundebewegung in Frankfurt am Main 1919-1933, Ein Beitrag zur Sozialgeschichte sozialistischer Erziehung (Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, 7/82), Bonn 1982.

WULF, Peter, Regierung, Parteien, Wirtschaftsverbände und die Sozialisierung des Kohlenbergbaus 1920-1921, in: MOMMSEN, H., PETZINA, D., WEISBROD, B., 1977, S. 647-657.

WUNDERER, Hartmann, Arbeitervereine und Arbeiterparteien, Frankfurt, New York 1980.

WUNDERER, Hartmann, Freidenkertum und Arbeiterbewegung, Ein Überblick, in: IWK 16, 1980, S. 1-33.

ZECHE HUGO, 100 Jahre Zeche Hugo 1873-1973, o. O. (Gelsenkirchen) o. J. (1973).

ZICKLER, Arthur, Reichswehr gegen Rote Armee, Was im Ruhrgebiet geschah, Berlin 1920.

ZIMMER, Jochen, Der Touristenverein „Die Naturfreunde", in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 182-192.

ZIMMER, Jochen (Hrsg.), Mit uns zieht die neue Zeit, Die Naturfreunde, Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1984.

ZIMMER. Jochen, „Mit uns zieht die neue Zeit", in: ZIMMER, J., Naturfreunde, 1984, S. 12-30.

ZIMMERMANN, Axel, ZIMMER, Jochen, Seekamp, Dokumentation des ersten sozialistischen Kinderlagers 1927, Stuttgart 1976.

ZIMMERMANN, Michael, „Alle sollen auf dem Altar des Vaterlandes ein Opfer bringen", Die Bergarbeiterschaft im Kreis Recklinghausen während des Ersten Weltkrieges, in: VZ 81, 1982, S. 67-87.

ZIMMERMANN, Michael, Basisnahe Stellvertretung, Zur sozialdemokratischen Dominanz im Ruhrgebiet, in: Revierkultur 2, 1987, H. 2, S. 45-53.

ZIMMERMANN, Michael, „Ein schwer zu bearbeitendes Pflaster", Der Bergarbeiterort Hochlarmark unter dem Nationalsozialismus, in: PEUKERT, D., REULECKE, J., 1981, S. 65-84.

ZIMMERMANN, Michael, „Geh zu Hermann, der macht dat schon", Bergarbeiterinteressenvertretung im nördlichen Ruhrgebiet, in: NIETHAMMER, L., Hinterher, 1983, S. 277-310.

ZIMMERMANN, Michael, Nachwort, in: IGBE, 1980, S. 216-259.

ZIMMERMANN, Michael, Schachtanlage und Zechenkolonie, Leben, Arbeit und Politik in einer Arbeitersiedlung 1880-1980, Essen 1987.

ZIMMERMANN, Rüdiger, Daten und Ereignisse zum Arbeitersport, in: TEICHLER, H. J., HAUK, G., 1987, S. 247-255.

ZUMDICK, Ulrich, „Mir stehen 30 Fabriken offen, Sie haben nur eine einzige", in: FAULENBACH, B. HÖGL, G., 1988, S. 18-24.

ZUNKEL, Friedrich, Aspekte der Industrialisierung des Ruhrgebietes im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrkohlenbergbaus, in: DÜWELL, K., KÖLLMANN, W., Rheinland-Westfalen, Bd. 1, 1983, 175-185.

ZURHORST, Hermann Anton, Gelsenkirchen im Zahlenspiegel, in: WEDELSTAEDT, C. v., STEIN, E., 1927, S. 201-213.

ZURHORST, Hermann Anton, Gelsenkirchen, Seine Entwicklung und Bedeutung, Gelsenkirchen 1922.

ZWAHR, Hartmut, Soziale Prozesse der Entwicklung der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert, Bibliographie, Historiographie, Methologie, in: INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG, 16. Linzer Konferenz 1980, Die internationale Gewerkschaftsbewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Soziale Prozesse der Entwicklung der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert (Bibliographie, Historiographie, Methologie), bearbeitet von Helmut Konrad, Wien 1982, S. 397-416.

ZWAHR, Hartmut, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse, Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, München 1981.

ZWEIWOCHENDIENST Bildung, Wissenschaft, Kulturpolitik Nr. 11/86, 30.5.1986.

Register

Das Register umfaßt die im Text vorkommenden handelnden Personen, Orte, Gelsenkirchener Gemeinden oder Stadtteile (ohne Ruhrgebiet und ohne den Gesamtraum Gelsenkirchen bzw. die Gesamtstadt), Organisationen (ohne Sozialdemokratie allgemein) und Betriebe im Untersuchungsraum; „Gelsenkirchen" bezeichnet die alte Gemeinde/Stadt Gelsenkirchen (bis 1928) bzw. den heutigen Stadtteil.

Adenauer, Konrad 473, 479, 484, 486 f., 490, 496, 505, 539
Agatz, Willi 439
Agnes, Lore 119
Ahaus 114
Aktiengesellschaft der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke 49
– für Chemische Industrie 50, 99, 176, 291, 492
Alfred-Zingler-Haus 526
– –Heim 456
Alldeutscher Verband 102
Allenstein 104
Allgemeine Arbeiter Union (Essen) 276 f.
Allgemeine Bergarbeiter-Union 238, 276 ff.
Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union (Düsseldorf) 277
Allgemeine Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinen-Arbeiter Deutschlands 64
Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter in Hamburg, Filiale Gelsenkirchen 78, 147
Allgemeiner Arbeiter-Verband/Allgemeiner Bergarbeiter-Verband (Gelsenkirchen, Düsseldorf) 276 f.
Allgemeiner Deutscher Arbeiterschaftsverband 64
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 61-64, 68 f., 71, 73
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund 218, 244, 246 f., 252, 275, 283-286, 302, 307, 318, 344, 357 f., 360, 368, 376, 381 f.
– Ortskartell Buer 210, 304, 314, 333 f.
Allgemeiner freier Angestelltenbund 244, 280 ff., 303 f., 308, 313
Allgemeiner Konsumverein für Gelsenkirchen-Schalke 167
Alma (Zeche) 32, 48, 50, 52, 65, 84 ff., 89, 96, 98, 145, 176, 212 f., 215, 227, 233, 236 f., 244, 246, 251, 289 f., 303, 307, 341, 453, 491
Altena 114
Altendorf-Ulfkotte 29
Altenessen 43, 55, 92
Alter Verband 132 f., 135-138, 142 f., 147, 166, 169, 183, 185, 193 f., 198, 205 f., 208, 219 ff., 231 f., 234-238, 240, 246 f., 271, 273 f., 279 ff., 282 f., 302 f., 305, 307 ff., 352, 357 f., 376, 382 f., 405, 408, 435, 441 f., 493
Amend, Karl 402 f.
Amsterdam 149, 400 f., 468
Anarchisten 211, 276 f., 281
Anke 255
Annen 75
Arbeiter-Akademie für politische Wissenschaften 454
Arbeiter-Athletenbund 159
Arbeitergesangverein Buer 155
– „Freie Sänger" 154
– „Freiheit" (Gelsenkirchen) 75, 154, 157
– „Freiheit" (Horst) 155
– Hassel 155
– „Morgenroth" 155
– „Nachtigall" 155
– Resse 155
– Rotthausen 154
– „Sangeslust" 154 f.
– „Solidarität" 155
– der Stadt Buer 325
– „Vorwärts" (Beckhausen) 155
– „Vorwärts" (Gelsenkirchen) 154
Arbeiterjugendverein (Scholven) 315

Arbeiter-Kraftsportverein „Spartania" 160, 320
Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" 159, 162, 183, 323 ff., 366 f., 385, 417
Arbeiterradfahrerverein „Fahrwohl" 162
– „Frischauf" 163
– „Schwalbe" 162
– „Sturmvogel" 162
– „Vorwärts" (Beckhausen) 162 f.
– „Vorwärts" (Gelsenkirchen) 163
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund 324 f., 366 f., 462
Arbeiterruderverein 319 f., 322, 385
Arbeitersängervereinigung 325
Arbeiter-Samariter-Bund 159, 328 f.
Arbeiter-Schach-Bund 159, 320
Arbeiter-Schwimmverein 319
Arbeiter-(Spiel- und) Sportverein Gelsenkirchen-Bulmke(-Hüllen) 319
Arbeiter-Sportabteilung Wiehagen 09 319
Arbeiter-Sportfreunde Bismarck 319
– Gelsenkirchen 319
Arbeitersportkartell Gelsenkirchen 319, 461
Arbeiter-Sportklub Gelsenkirchen 319
Arbeitersportverein „Eintracht Gelsenkirchen" 366
– „Freiheit 1929 Gelsenkirchen" 366
– „Freiheit Hüllen" 366
– für Leibesübungen 322
– „Glückauf" 160
– Rotthausen 160
– Schalke 366
– Ückendorf 366
– „Vorwärts" 322
– „Vorwärts Gelsenkirchen" 366
– „Wacker Schalke" 366
Arbeiter-Tennisverein 320
Arbeiter-Turner-Bund 158 f., 161
Arbeiter-Turn- und Sport-Bund 319, 365, 385
Arbeiter-Turn- und Sportfreunde Gelsenkirchen 319
Arbeiter-Turn- und Sportklub Gelsenkirchen 322
Arbeiter-Turn- und Sportverein 1863 160, 319, 366
– (Gelsenkirchen-)Rotthausen 160, 319, 366
– Horst-Heßler 366
– Schalke 319
Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung 320, 322
Arbeiter-Turnverein Robert Blum 159
Arbeiterverbrüderung 61, 165
Arbeiter-Wahl-Comité Bochum 76
Arbeiterwahlverein Bochum 72
– Gelsenkirchen 113
Arbeiter-Wassersport-Verband 159
Arbeiterwohlfahrt 38, 317 f., 327 f., 365, 385, 455 f., 459 f., 466 f., 497, 532 ff.
Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands 400
Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod" 484, 506
Arbeitsgemeinschaft der Berliner Kinderfreunde 318
– der Jungsozialisten (siehe Jungsozialisten)
– der selbständig Schaffenden 459, 469
– der Selbständigen in der SPD 534
– für Arbeitnehmerfragen 525
– für das deutsche Chorgesangswesen 326
– sozialdemokratischer Frauen 532
– sozialdemokratischer Juristen 534
– sozialdemokratischer Lehrer 459, 469
– verfolgter Sozialdemokraten 469
Arnold, Karl 426
Arnsberg 114, 120
– (Reg.-bez.) 31, 43, 123, 146 f., 190 f., 203, 407
August-Bebel-Haus 317, 364, 381, 440, 447, 466 f., 495
Auguste Viktoria (Zeche) 33
Außerparlamentarische Opposition 506 f., 509, 521, 528

Baden, Prinz Max von 179
Bad Homburg 465
Badziong, Gustav 398, 434 f.
Badziong, Helene 401
Bäckereiproduktivassoziation „Volkswohl" 167
Baldur (Zeche) 33

Balke, Hermann 210
Balke, Theodor 227
Ballspielverein 1921 Gelsenkirchen-Bismarck-Ost 319, 366
– 1930 Schalke 366
Baltrusch, Benjamin 210, 226
Barcelona 405
Barmen 61, 69, 71, 75, 265
Barnickel 252
Bauarbeitergewerkschaft 441
Bauarbeiterverband (siehe Baugewerksbund)
Bauer, Gustav 179, 242, 254
Baugewerksbund 183, 309, 352
Bauhütte Buer-Gladbeck (GmbH) 334, 336 f.
– Grundstein 337
Bauhüttenbewegung 336 f.
Bau- und Erdarbeitergenossenschaft Buer 336 f.
Bau- und Sparverein Eigenheim GmbH 337
Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e. V. 496, 526
Bayerische Volkspartei 258, 296 ff., 346, 350
Beamtengenossenschaft „Merkur" 167
Beamtenkonsumverein 167
Bebel, August 42, 69, 73, 75, 86 f., 92 f., 113, 149
Beckhausen 43, 118, 137 f., 162 f., 193, 260, 321, 329, 456, 466, 478, 484, 526
Beckmann, Johann 92
Belgien 150
Belgner 210
Bendler, Heinrich 187, 194, 204 ff.
Bergarbeiter-Union 277
Bergbaulicher Verein 88, 140, 144, 232
Bergbaumaschinenfabrik „Glückauf" 97, 492
Berger, Wilhelm 423, 425
Bergmannsglück (Zeche) 33, 96, 98 f., 103, 106, 144, 176, 193, 197, 199 f., 210, 216, 227, 232, 236 f., 239, 244 f., 277, 280, 283, 285, 287, 290, 303, 341, 358, 383, 387, 389, 407, 414, 433 f., 453, 491, 502
Bergwerksgesellschaft Hibernia AG 51, 96, 290, 341, 387, 502
Berlin 88 f., 135, 149 f., 172, 184, 187 f., 198, 200, 203 ff., 238, 243, 245, 251, 259, 336, 398
Bern 400
Bernstein, Eduard 126, 185
Beuster, Willi 401
Bielefeld 69, 252-255, 316
Bismarck 30, 43, 100 f., 137, 319, 322, 366, 451, 456, 466, 526
Bismarck, Otto von 71 f.
Bittner, Fritz 210, 226, 272
Blum, Agnes 119
Blumenstein, Michael 264
Bocholt 60, 113, 117
Bochum 29, 32, 39, 43 f., 46, 55, 58, 62, 66, 68, 70, 74 ff., 77, 83, 85 f., 88 ff., 91 f., 105, 113 f., 117, 120, 128, 132, 153, 180 f., 189 f., 200, 238, 250, 260 ff., 263 f., 271, 278, 281, 302, 327, 376, 437, 457, 468, 475
– –Gelsenkirchen-Hattingen-Witten (Reichstagswahlkreis) 68, 70, 72, 75 f., 113, 115, 117, 120 f., 125 ff., 172
Böckler, Hans 437, 442
Böhm, Otto 425
Böhmer, Karl 375 f.
Boeker & Co 49, 52, 99, 175 f., 281
Bömelburg, Theodor 126
Bohne, Fritz 352, 402, 447
Bojahr, Heinrich 206, 211 f., 216
Bonifacius (Zeche) 33
Bonn 486
Borken 189, 327
Bosholt, Franz 403
Bottrop 32, 200, 396, 438, 444
Brandler, Heinrich 299
Brandt, Willy 405 f., 446, 508 f., 513 f.
Brassert (Zeche) 33
Braubauerschaft 43, 50 f., 54 f., 84, 109 f.
Braukmann, Willi 434, 438
Braun, Otto 256, 297
Bredenbrock, Eheleute 138, 164
Breitscheid, Rudolf 401
Bremen 522
Bremer, Emil 64
Brenner, Otto 447
Brenner, Paul 252
Brest-Litowsk 200
Brilon 114

Bringewald 86
Brodam, Jacob 76, 82 f., 86, 88 ff., 92 f., 132 f., 135, 166
Brohl, August 417
Brotesser 416
Bruchstraße (Zeche) 139
Brüning, Heinrich 346, 348 f., 354, 356
Brüntink, Johann 272, 375, 380
Brüssel 93, 399, 495
Brune 447
Buchenwald (KZ) 403
Bülse 43, 138, 526
Buer 30 f., 33, 43 f., 47, 51, 53 ff., 60, 75, 87, 91, 95 f., 100-106, 109 f., 118, 121, 123, 128, 130-134, 137 f., 144 f., 152, 160, 162 f., 166 f., 174, 176 ff., 181 ff., 185, 189-195., 197, 199 f., 208 ff, 216 ff., 223, 226, 228 f., 236, 240, 243, 245 f., 249, 251 f., 254 ff., 258, 260 ff., 264 ff., 268, 272, 278, 285-288, 291-298, 302 f., 306, 314-319, 321-326, 329 ff., 335 ff., 339, 343, 346-349, 353, 363 ff., 367, 369, 374 f., 377, 384 f., 395, 397 f, 403, 419, 423, 431, 433-439., 442 ff., 449, 452, 457 f., 462 f., 465-468, 473, 475, 484, 486, 496, 532
– (Bergrevier) 33
Bürger- und Arbeiterkonsumverein „Eintracht" 167 f., 194, 206, 334 ff.
Bukowski, Anna 397
Bukowski, Paul 417 f.
Buldern 60
Bullay/Mosel 465
Bulmke 30, 43, 49, 54 f., 84, 100 f., 109 f., 133, 144, 317, 319, 339, 364, 366, 415, 466, 523
Bund der freien Schulgesellschaften 339 f.
– der Kommunisten 59, 61
– der technisch-industriellen Beamten 211
Bunge 264
Bunte, Friedrich 82, 85 ff., 91 f.
Buschfort, Heinrich 352
Butzhof, Ernst 406

Caritas 466
Castrop-Rauxel 32
Centrum (Zeche) 32
Chemnitz, Karl 206, 224, 401, 403
Christlich Demokratische Partei Westfalens 473
Christlich-Demokratische Union 423, 426, 428 f., 453, 458, 473, 487 ff., 506 f., 510, 525
Christlich-soziale Reichspartei 298, 344
Christlich-Soziale Union 428, 506 f.
Christliche Gewerkschaften 136, 142, 208-211, 219, 237, 245, 251, 274, 283 ff., 302 f., 307, 357 ff., 416, 435, 453, 473 f., 490 f.
Christliche Vereinigung 226, 298
Christliche Vereinigung (CDU-Vorläufer) 423 ff., 473
Coesfeld 114
Cohen-Reuß, Max 242
Consolidation (Zeche) 32, 48, 50 ff., 57, 64, 83-86, 89, 96, 98, 102, 111, 133 ff., 138, 140, 144 f., 176, 193, 198, 208, 212, 215, 227, 232 f., 237, 239, 246, 251, 266, 277, 280, 283, 285, 287, 289 f., 303, 307, 341, 358, 387, 389 f., 407, 414, 416, 422, 453, 480, 491, 502
Cuno, Wilhelm 299
Cyrus 86

Dachau (KZ) 418
Dahlbusch (Zeche) 33, 47 f., 52, 65, 86, 89, 96, 98, 141, 176 f., 212, 227, 236 f., 287, 289 f., 303, 307, 341, 358, 387, 414, 416, 422, 453, 491, 502
Damkröger 205
Delbeck, Karl 417 f.
Dellwig 167
Demmer, Peter 210
Desweysen 210
Deutsche Arbeiter-Union (Düsseldorf) 276 f.
Deutsche Arbeitsfront 383, 385, 389, 391 f., 406, 408, 410 f., 434, 440
Deutsche Demokratische Partei 223 f., 226, 249, 250, 258, 295-298, 313, 330, 344, 373, 424
Deutsche Demokratische Republik 481, 500
Deutsche Erdöl AG 289
Deutsche Friedensgesellschaft 484

Deutsche Friedens-Union 485, 510
Deutsche Kommunistische Partei 510
Deutsche-Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung AG 291, 422, 432, 481, 492
Deutsche Partei 428
Deutsche Staatspartei 346, 349 f., 374
Deutsche Turnerschaft 158, 160 f.
Deutsche Volkspartei 223 f., 226, 258, 295-299, 343 f., 346, 349 f., 374 f., 424
Deutscher Arbeiter-Sängerbund 153, 158, 385
Deutscher Bergarbeiter-Verband (siehe Alter Verband)
Deutscher Freidenker-Verband 330
Deutscher Freidenkerbund 163
Deutscher Gewerkschaftsbund 437, 442, 480, 484, 486, 518
Deutscher Kaiser (Zeche) 212
Deutscher Metallarbeiterverband 146 ff., 194 f., 205 ff., 211, 257, 271, 274 f., 280 f., 286, 303, 307 ff., 333, 352, 357, 359, 382 ff., 404, 440 f.
Deutschnationale Volkspartei 223 f., 226, 258, 296-299, 344, 346 f., 349 f.
Deutschvölkische Freiheitspartei/Freiheitsbewegung 297, 347
Deutsch-völkischer Block 296 f.
Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund 346
Diamant, Max 406
Dieckmann, Ferdinand 76 f., 86-89, 91 f., 133 ff.
Die Falken – Freie Jugendbewegung 463
– –Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands 465
Die Grünen 509
Die Jungen 115
Diehl, Hedwig 397
Dinslaken 32
Dittmann, Wilhelm 184
Döbriach 495
Dorsten 32, 96, 235, 251, 255, 265, 444
Dorstfeld 82, 87, 90 f.
Dortmund 32, 44, 46, 59, 62, 65 f., 68-72, 75 f., 82, 85 f., 92, 113 ff., 120, 126 f., 143, 152 f., 158, 189 f., 198, 248 f., 265, 362, 376 f., 379, 401, 437, 445, 448, 464, 475, 495
– –Hörde (Reichstagswahlkreis) 120
Dortmunder Union Brückenbau AG 290
Dravail/Juvisy 364
Dresden 126, 398
Dritte Internationale (siehe Kommunistische Internationale)
Dublielzik 215
Dülmen 60
Düsseldorf 59, 61, 69, 127, 190, 265, 276 ff.
– (Reg.-bez.) 31, 43, 123, 262, 268
Duesterberg, Theodor 348
Duisburg 32, 44, 70 f., 121, 143, 147, 167, 253, 265, 335, 402, 404
– –Mülheim-Oberhausen (Reichstagswahlkreis) 121
Dutschke, Rudi 507
Dzimba 278

Ebert, Friedrich 190, 201, 207, 215 f., 373
Eckernresse 43
Eckhardt, Daniel 82
Eggert, Johann Christian 75
Eichenauer, Johann 417
Eichhorn, Emil 266
Eickel 66, 70 f.
Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands 358 f., 365, 376, 383 f.
Eisenach 69
Eisengießerei Gebrüder Strassburger 49
Eisenwerke Gelsenkirchen AG 432, 480, 492
Eiserne Front 367 ff., 372, 381
Eisner, Kurt 185
Elberfeld 61 f., 68 f., 71, 75 f., 114, 153, 265
Emil-Sumaski-Heim 456
Emil-Zimmermann-Heim 496
Emscherzone 31, 46, 80, 107, 110
Enderle, August 446
Engeln, Franz 210
Engels, Friedrich 59
Engelsburg (Zeche) 32
Erdmann, August 190
Erfurt 114 f., 163, 272
Erhard, Ludwig 500, 502, 505, 525

Erich-Ollenhauer-Haus 526
Erle 43, 91 f., 118, 133 f., 137 f., 144, 163, 218, 260, 315, 317, 323, 325, 329, 339, 365, 381, 398, 405, 423, 444, 456, 466, 526, 533
Erzberger, Matthias 313
Essen 29, 32, 43, 46, 62-66, 68, 69 ff., 76, 83, 86, 88, 90, 92, 114, 119, 121, 128, 143, 151, 167, 183, 190, 198, 200, 232-235, 249-253, 255, 262, 265 f., 276 f., 293, 300, 314, 335, 365, 377, 383, 402, 404, 417, 437
– –Ost (Bergrevier) 102, 108
– –West (II) (Bergrevier) 33
Essener Steinkohlenbergwerke AG 480
Esterwegen (KZ) 379, 398, 408
Euler, Josef 226
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 483
Evangelische Arbeitervereine 172
Evangelische Vereinigung 298
Ewald (Zeche) 33, 96, 98 f., 103, 106, 144, 176, 193, 216, 227, 232, 237, 287, 290, 303, 341, 388, 400, 416, 431, 453, 491, 502
Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale 299, 399

Fach- und Unterstützungsverein der Feilenhauer 147
Fachverein der Feilenhauer von Duisburg und Umgebung 147
Falken 362 ff., 455 f., 459 f., 463-467, 494 ff., 526 ff., 528-531
Falkenkabarett „Die Nestbeschmutzer" 528
– „Volkssturm" 496, 528
Feldmark 319, 322, 366, 451, 456, 466, 478
Fendrich, Fritz 210
Ferdinand-Lassalle-Haus 526
Finkhäuser, Franz 250
Finnland 527
Fischer, Ruth 300 f.
Fliege, Willi 464
Florin, Wilhelm 301
Forsthoff, Ernst 352, 380, 405, 446
Forsthoff, Familie 352, 380
Francke, Alois 42, 86, 88, 92
Franco Bahamonde, Francisco 405, 417
Frank 441
Frank, Ludwig 149
Frankfurt a. M. 146, 159, 300, 352, 364, 427 f., 462
Frankreich 286 ff., 292, 299, 302, 380, 427, 481, 495
Freidenker-Verband 157, 163 f., 330, 339, 361, 400, 465, 498
– –Verein 163 f., 339
Freie Arbeiterunion 251, 277 ff.
Freie Arbeiterunion (Räte-Organisation Deutschlands) (= FAU Gelsenkirchener Richtung) 278-285, 303
Freie Arbeiterunion (Syndikalisten) 279
Freie Demokratische Partei 424, 426, 428 f., 484, 488 f., 506, 508, 510
Freie Deutsche Jugend 471 f., 485
Freie Elternvereinigung Buer 339
– Gelsenkirchen 339
Freie Gewerkschaften 130-133, 135 f., 147 f., 151 f., 159, 164 ff., 169, 174, 180 ff., 195, 208-211, 218-221, 230, 237, 240 ff., 244, 246 f., 251 f., 257, 261, 273 ff., 280, 286, 302, 304, 306 ff., 313, 315, 318, 322, 331-334, 344, 356 ff., 360, 365, 368 f., 376, 381-384, 406, 408, 442, 538 f.
Freie Knappenvereine 67, 74, 82
Freie Rudervereinigung 319, 322, 385
Freie Schule 315, 338 ff., 367
– Horst (Emscher) 340
Freie Schulgemeinde Rotthausen 338
Freie Sozialistische Jugend 314
Freie Spielvereinigung Rotthausen 1911 322, 366
– Heßler 319, 366
Freie Sportvereinigung Gelsenkirchen 319, 322
– Heßler 322
Freie Turn- und Sportvereinigung 25 (Buer) 320
– Buer (Hassel) 160, 320
Freie Turnerinnenvereinigung 320
Freie Turnerschaft Gelsenkirchen 159, 319
– Hassel 321
– Horst 320

– Rotthausen 160
– Ückendorf-Neustadt 319
Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften 277 ff.
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund 434, 440 ff.
-, Industriegruppe Bergbau 434
Freier Kraftsportverein Horst-Emscher 321
Freier Landarbeiter-Verband 284
Freier Segler-Verband 159
Freier Spielverein „Wacker Buer-Sutum" 320
Freier Wassersportverein Gelsenkirchen 319
– Buer 322
Freikorps Lichtschlag 235, 243, 248
– Lützow 248
– Schulz 248 f.
Freisler, Roland 418
Friedrich-Ebert-Haus 526
Friedrich Ernestine (Zeche) 33, 83
Friedrichsort 495
Frisch, Julius 439, 447
Fritz-Erler-Haus 526
Fritz-Steinhoff-Haus 526
Frohnhausen 66
Frost, Hermann 417
Fuchs 272
Fürst Leopold (Zeche) 33
Füssen 495
Fußballclub Schalke 04 412
Fußballverein „Freiheit" 322

Gayl, Egon Freiherr von 193, 198
Gefeller, Wilhelm 439
„Gelbe" Gewerkschaften 145, 208, 283, 285, 303, 307 f., 359
Gelsenberg Benzin AG 390, 414 f., 422 f., 439, 481, 492, 502
Gelsenkirchen 30-33, 43 f., 46 f., 53 ff., 57 f., 64-71, 74 ff., 78, 82-86, 88, 90 f., 99-106, 109 ff., 113 f., 117, 122, 129, 132 f., 137 f., 143, 145, 147, 151, 153, 159 f., 163, 166, 171 f., 175-178, 181, 184 f., 187, 194, 199 f., 204 f., 209, 211-215, 223 f., 227 ff., 236, 240 f., 243, 245 f., 249-252, 254 ff., 258, 260-264, 266, 268 f., 271 f., 276, 278, 283-288, 291-299, 302, 309, 317, 319, 322-325, 327 ff., 331, 334 f., 337 ff., 343, 346-349, 364, 366 f., 369, 374 f., 377, 381, 385, 395, 397 f., 402 f., 415, 419, 423, 434, 437 f., 443 f., 451, 456, 458 f., 462 f., 467 f., 484, 526, 532
– (Bergrevier) 32, 85, 102, 107 f., 140, 193, 212
– –Buer 293, 298, 309, 340, 345
Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft 50, 99, 287, 289, 341, 387, 390, 480, 502
Gelsenkirchener Turn(- und Sport)verein 1863 160, 319, 366
Gemeinschaft proletarischer Freidenker 330
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 130, 132, 135, 195
Geritzmann, Robert 319, 425, 429, 443 f., 448, 461, 478, 487
Germania-Widerstandskreis 352, 402 f
Gers, Gottlieb 405
Gertzen, Hans 506
Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften 281, 284 f., 303, 308
Gesangverein „Borussia" 75
Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr 441 f., 492, 518
Gewerkschaften 61, 67 f., 91, 130-133, 135 ff., 139-144, 146 ff., 151 f., 155 f., 159, 164 ff., 169-172, 174, 180-183, 185, 191-198, 205-211, 218-221, 225, 230, 234-238, 240 f., 243 ff., 247, 251 f., 257, 259, 261, 263, 271-277, 279-284, 286, 295, 302-313, 315, 318, 322, 329, 331, 333 f., 344 ff., 352, 355-360, 365, 368 f., 373, 376, 381-384, 394, 404 ff., 408, 416, 428, 431, 433 ff., 437 ff., 441 f., 435, 440 ff., 445, 452 f., 460, 470, 473 f., 477, 480 f., 483-486, 490, 493, 499, 506, 513, 518, 520, 538 f.
Gewerkschaftsbund der Angestellten 281, 284 f., 303, 308
Gewerkschaftshaus Buer 323, 333 f., 337
– Gelsenkirchen 159, 320, 330

Gewerkschaft/Werk Orange 49, 52, 99, 176, 281, 290, 414, 492, 503
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter 135 f., 138, 140, 142-145, 219, 237, 274, 280, 283 ff., 302 f., 307, 357 ff., 376, 416, 435
Gladbeck 29, 32, 43, 55, 96, 152, 336 f., 396, 398, 403, 417, 438, 444
– (Bergrevier) 33
Gladbecker Produktivbaugenossenschaft 337
Gladdeck, Karl 210
Glasner, Karl 478
Glas- und Spiegelmanufaktur AG 50, 52, 99, 176, 291, 415, 422, 492
Gleiwitz 413
Göring, Hermann 391 f., 409
Goroncy, Karl 405, 434, 437
Gotha 70 f., 189
Graf Bismarck (Zeche) 33, 48, 52, 83-86, 96, 98, 102 f., 106, 134, 138, 144, 176, 193, 198, 200, 210, 212 f., 215, 218, 227, 232, 236 f., 239, 251, 266, 268, 277, 285, 287, 289, 290, 303, 305, 307, 341, 358, 387, 389, 407, 414 f., 422, 431, 433 f., 453, 481, 491, 502 f., 524
Graf Moltke (Zeche) 33
Grafschaft Mark 43, 104
Grenz, Leo 405
Greve, Karl 373
Grillo, Friedrich 104
Grillo, Funke & Co 49, 52, 99, 176, 227, 289, 291, 407, 415, 422, 492
Großbritannien 419, 425 ff., 439 f., 472, 527
Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine 167
Gruppe Internationale 184, 186
Grzesinski, Albert 378 f.
Guske, Willi 417
Gußstahlwerk 49, 99, 175 f., 227, 290 f., 359, 422, 480, 492, 503
Gustermann 210
Gutehoffnungshütte 99, 175 f., 228, 281, 291, 359

Haase, Hugo 181, 185 f.
Haenisch, Konrad 127
Hagen 62, 68, 114, 153, 190, 248, 252 f., 260, 458
Halbfell, August 373, 379
Halle 115, 132, 262 f.
Hallenberg 465, 467
Haltern 60, 363, 472
Hamborn 198, 212, 265, 402
Hamburg 150, 172, 268, 362, 495
Hamm 62, 68, 74, 114, 397
Hammer, Gustav 255, 278
Handorf 465, 467
Hannover 451, 457, 466, 490
Hartung 86
Harzburger Front 368
Hasenclever, Karl 443
Hassel 43, 118, 162 f., 191 f., 200, 260, 315–318, 320, 323, 325, 329, 339, 364, 423, 456, 466, 526
Hattingen 75
Hauptausschuß für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung 483
Heckmann, Karl 172
Heckmanns 403
Heege 43
Heidelberg 266, 278, 282
Heilbronn 465
Heimbach, Walter 206, 216, 224, 242, 382, 403
Heinemann, Gustav 507
Heitland, Max 401
Held, Heinrich 297
Hellpach, Willy 297
Hellwegzone 46
Helsinki 508
Hemer 454, 456, 465, 467
Hennig, Elisabeth 401, 468
Henßler, Fritz 354, 401, 448 f.
Heppe, Ewald 352, 402 f.
Herbrig, Max 245, 252
Herdecke 248
Hermes, Josef 399, 416, 434, 438, 486
Herne 29, 32, 51, 92, 143, 187, 198, 417, 439, 468
Hernig, Paul 379
Herten 29, 33
Herwest-Dorsten 235, 444
Hessen 51
Heßler 30, 43, 54 f., 91, 100 f., 109 f., 133, 137, 256, 319, 322, 366, 466, 478, 526
Heßler, Hans 260
Hibernia (Zeche) 32, 47 f., 51 f., 57, 65, 83 f., 86, 88, 96, 98, 134, 145, 176, 212, 215, 227, 232 f.,

236 f., 239, 246, 280, 283, 285, 290, 303
Hilferding, Rudolf 185
Hillmann, Hugo 62
Hindenburg, Paul von 297, 348 f., 351, 375
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 142, 211, 237, 251, 280 f., 283 ff., 302 f., 307, 358
Hitler, Adolf 347-350, 368 f., 373, 375 f., 378-381, 390, 394, 397, 400, 416, 444, 458
Hitlerjugend 362, 464
Hochlarmark 105
Hödel, Emil Heinrich Max 71
Höltermann, Karl 354
Hörde 62, 68, 153, 401
Hoffmann 424
Hoffmann, Adolph 338
Hoffmann, Franz 210
Hofmann 206
Hofmann, Ewald 206 f., 213
Hohenlimburg 62, 68
Holland (Zeche) 32, 48, 52, 82, 85 f., 96, 98 f., 134, 138, 176, 193, 215, 227, 232, 236 f., 289 f., 303, 307, 407, 414, 453, 480, 491
Holthausen 43
Horst 30 f., 43, 54, 60, 75, 91, 100 f., 103, 109 f., 117 f., 121, 123, 128, 133 f., 137 f., 152, 160, 162, 167, 210, 223, 226, 232, 236, 250 ff., 256, 258, 260, 286, 289, 293, 295-298, 320, 323 ff., 329, 335, 343, 346-349, 363, 366 f., 374 f., 395, 398, 419, 423, 437, 443, 456, 458 f., 466 f., 478, 484, 496, 526, 528, 532
Hribar, Robert 439
Hue, Otto 120 f., 126 f., 131, 135, 185, 188, 192, 194 f.
Hübner, Heinrich 423
Hübsche, Wilhelm 216
Hüllen 30, 43, 49, 54 f., 100 f., 109 f., 137, 317, 319, 339, 364, 366, 415, 451, 466, 489, 526
Hüttenwerk Oberhausen AG 480, 492
Hugo (Zeche) 33, 48, 52, 84, 86, 96, 98 f., 103, 106, 144, 176, 197, 210, 212, 216, 227, 232, 236 f., 245, 285, 287, 289 f., 303, 341, 358, 367, 387 f., 390, 400, 407, 414, 416, 434, 453, 480 f., 491, 502
Husemann, Fritz 130, 194, 382, 398, 408, 437
Hydrierwerk Scholven 390, 415, 422 f., 434, 481, 492

Ibbenbüren 438
Industriegewerkschaft Bergbau 439, 491
– Bergbau und Energie 501, 518
– Chemie 439, 441, 492, 518
– Metall 440 f., 443, 454, 492, 509, 518
Industrieverband Bergbau 431, 437, 439, 443, 451 ff., 485
Innere Mission 466
Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport 365
Internationale Arbeiterassoziation 69
Internationale Kommunistische Arbeiterpartei 266
Internationaler Sozialistischer Kampfbund 446 f., 455
Iserlohn 62, 68 f., 71, 114
Israel 527
Italien 495

Jakobsen, Hermann 434, 438
Jargazewski, Richard 185, 210, 226
Jarrek, Walter 400, 433, 486
Jarres, Karl 297
Jena 117 f., 130, 269
Jendreizik 478
Jeup, Joseph 115
Jugendausschüsse 150-153, 314
Jugendbund (Hamburg) 150
Jugendheim e. V. (Gelsenkirchen vor 1933) 381
– (Gelsenkirchen nach 1945) 495, 526
Jugoslawien 527
Junge Garden 150
Jungsozialisten 363 f., 459, 465 f., 496, 499, 512 f., 516, 521 ff.
Juso-Schülerbund 523

Kaczmarek, Johann 438
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 374 f.
Kampfgemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport 365 f.

Kapp, Wolfgang 244, 247, 249, 252 f., 256, 262
Kappius, Jupp 446 f., 449, 455
Karlsruhe 266 f.
Karnap 250
Kartell der Freien Gewerkschaften Buer 132, 148, 164, 209 f., 304, 315, 333 f.
– Gelsenkirchen 132, 152, 268
Karusseit, Gottfried 215, 253 f.
Kassel 465 f.
Katernberg 151, 335
Katholische Arbeitervereine 81
Katholische Knappenvereine 81
Kautsky, Karl 115 f., 126, 149, 181, 185
Keller, Fritz 441
Kiel 201, 363, 465, 527
Kinderfreunde (siehe Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde)
Kinderschutzkommissionen 318
Kirchellen 335
Kirdorf, Emil 104, 347 f.
Klapper, Pius 264
Klode 272
Klose, Paul 216
Knappenvereine 67, 74, 77, 90 f.
Knappenverein „Schlägel und Eisen" 67, 74 f.
Knappschaft 45, 56, 63, 77, 82, 111, 493
Köln 59, 61, 69, 114, 165, 205, 401, 403 f., 529
Köln-Mindener-Eisenbahn 33, 47, 49
Kofler, Leo 521
Kolck, Anton 60
Komitee ehemaliger politischer Gefangener und Konzentrationäre 468
Kommission zur Vorbereitung der Freien Schule (Rotthausen) 338
Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands 266, 268, 270, 279, 282, 284
Kommunistische Arbeiterpartei Essen-Ruhr (Mitglied des Spartakusbundes) 265
Kommunistische Arbeitsgemeinschaft 269
Kommunistische Internationale 259-263, 267, 269, 282, 355, 357
Kommunistische Jugend Deutschland 314
Kommunistische Partei Deutschlands 214, 216 f., 230, 236 ff., 244 ff., 249-255, 257 ff., 264 ff., 268-273, 276-279, 281 f., 286, 294-303, 305 f., 308, 313 f., 329 f., 343 f., 346 f., 349-352, 355 ff., 359, 361, 369, 371, 374-378, 396-400, 416 ff., 423-426, 429 ff., 434 f., 437, 447 f., 452 ff., 459 ff., 471 f., 474, 479, 483-492, 538 f.
Kommunistische Partei Opposition 352, 405
Kommunistische Partei der Sowjetunion 355, 485
Kommunistischer Jugendverband Deutschlands 362, 398
König, Max 115, 118, 120, 126, 128, 147, 203, 235
Königin Elisabeth (Zeche) 33
Königsgrube (Zeche) 32
Konsumgenossenschaften 165 f., 176, 334-337, 386, 459
Konsumverein „Eintracht" 167, 194, 206, 334 ff.
– für Duisburg und Umgebung 167
– für Ruhrort und Umgebung 167
– für Wesel und Umgebung 167
– Mülheim 167
– rheinisch-westfälischer Bergleute Glückauf 166
– „Unitas" (Dellwig) 167
Kopenhagen 165, 527
Koppel-Carsch 86
Kordass, August 402
Kornett, Albert 403, 469
Kossek, August 264
Kraft durch Freude 411 f., 440
Krafzig, Gottlieb 152
Krischack, Wilhelm 252, 254
Kröger, August 264
Krüger, Anton 206
Krüger, Paul 352, 402 f.
Kruse, Alfred 406
Kühn, Heinz 507
Kümmel, Otto 252
Küppersbusch 49, 52, 99, 175 f., 215, 227, 291, 359, 422, 492, 524
Kuhl, Carl Julius 72
Kuhlmann, Werner 517
Kurt-Schumacher-Haus 526

Lahntal 364

Lang, Joseph 447
Lassalle, Ferdinand 61 f., 69, 72, 115 f., 129, 149, 165, 226
Lechtenbörger, Ernst 210
Lechtenbörger, Heinrich 185, 226, 261
Ledebour, Georg 181, 273
Ledwohn, Josef 451
Legien, Carl 130, 195, 247
Leipzig 62, 75, 119, 128, 198, 260 f., 270, 278, 286, 363 f.
Lenin, Wladimir Iljitsch 266
Lenste 527
Levi, Paul 265-268
Leypoldt, Ludwig 194, 206, 216, 224, 381
Lieberhausen 533
Liebknecht, Karl 181, 183 f., 186, 204, 265
Lieder-Gemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands 153
Linden 76
Lippe (Land) 114, 426
Lippe-Zone 46
Lippstadt 114
Littek, Rudolf 418
Löbbert, Josef 506, 516 f., 523
Löchter 43
Lokalisten 277
London 427 f.
Lorenz, Wilhelm 352, 402 f.
Löwenstein, Kurt 318
Ludendorff, Erich 179, 297, 347
Lüdenscheid 402
Lüdinghausen 114
Lütgenau, Dr. Franz 120
Lüttich 399, 402, 495
Lüttwitz, Walter Freiherr von 244, 247
Luxemburg, Rosa 130, 183, 186, 204, 265

Machens, Theodor 213
Magdeburg 165
Mainz 117, 522
Makowski, Albin 438, 486
Mannesmann 99, 175, 199, 289, 415, 480
Mannheim 132, 149 f., 275
Marek, Leo 417
Markgraf, Johann 92
Marl 32, 96
Marx, Karl 59, 61 f., 69, 74, 115 f., 165, 171, 499, 521
Marx, Wilhelm 297
Maslow, Arkadij 300 f.
Massenberg 92
Masuren 104, 172
Maybach, Albert von 82
Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands 182, 190, 197, 202 ff., 206 f., 210 f., 214-217, 219, 221, 223-227, 230, 234-237, 240-247, 249, 251, 254 f., 257 ff., 261 f., 265, 270, 272, 295, 304, 313, 339
Meis, Peter 206 f.
Meister, Otto 352, 402
Melchers, Fritz 403 f., 440, 451
Meschede 114
Metallarbeiter-Fachverein (Recklinghausen) 74, 77 f.
Meya, Heinrich 516
Meyer, Johann 92
Middelich 43
Mitteldeutschland 172, 268, 278, 284, 352, 423
Mittelrhein (Bezirk) 182
Möller (Zeche) 33
Möller, Heinrich 135
Moers 114
Monka 215
Moskau 261 f., 282, 399
Motteler Julius 73, 92 f.
Mühldorf 68
Mühlenbeck, Johann 86
Mülheim 32, 46, 49, 65, 71, 121, 167, 214, 218, 235 f., 249, 252 f., 265
Müller, Hermann 256, 344, 346, 351
Müller, Karl 205 ff., 224
München 418, 485, 522
Münster 114, 235, 254 f., 448
– (Reg.-bez.) 31, 43, 60, 191, 407
Münsterland 403
Mulvany, William Thomas 47
Munscheid & Co 49, 52

Namedy 363
Nationaldemokratische Partei Deutschlands 506 f.
Nationaler Bergarbeiter-Verband 145
Nationalliberale 68, 76, 145, 172, 538
Nationalsozialistische Betriebszellen-

Organisation 358 ff., 373, 383 f., 389, 406
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei 296-299, 344, 346-350, 356, 367, 369, 374 f., 379 f., 387, 395, 419, 424, 457, 464
Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands 296 f., 347
Naturfreunde 159, 329, 384 f., 459, 461, 465, 468, 484, 528, 533
Neidenburg 104
Neuß 404
New York 340
Neysters, Gerhard 205 f., 224, 254, 260, 262, 264, 270, 272, 278, 423 f.
Nickel, Karl 402
Niederhellmann, Hanna 402
Niederlande 380, 400 f., 403 ff., 495, 527
Niederrhein (Bezirk) 114, 127, 130, 184 f., 189 f., 260, 264 f., 267
Niendorf 495
Norderney 533
Nordrhein-Westfalen 426, 429 f., 441, 485, 507, 541
Nordstern (Zeche) 32, 48, 52, 72, 84, 96, 98 f., 102, 106, 134, 144 f., 176, 210, 212, 232, 236 f., 250, 277, 280, 283, 285, 287, 289 f., 358, 390, 400, 407, 414, 422, 431, 433-436, 453, 480, 491, 502
Noske, Gustav 256, 273
Nürnberg 127, 150, 158, 218, 272, 275, 317, 418, 464, 506

Oberbergamtsbezirk Dortmund 77, 102 f., 105, 108 f., 133, 135 f.
Oberhausen 32, 65, 99, 121, 143, 265, 437
Oberrhein (Bezirk) 189
Oberschlesien 102, 278
Oerlinghausen 527
Österreich 495, 527
Offenbach 162, 352
„Ohne mich"-Bewegung 483
Ohnesorg, Benno 506
Olfen 60
Ollenhauer, Erich 364
Olpe 114
Olschewski 210
Ortelsburg 104
Ortsausschuß der Gewerkschaften 442 f.
Oslo 405
Ostpreußen 102 ff., 172
Ostprovinzen 53, 79, 102 f., 137
Ostwestfalen 114

Paetsch, Julius 424
Panther, Heinrich 77, 86, 92, 132, 135
Panther, Julius 405
Panzer, Albin 264
Papen, Franz von 348-351
Papenburg (KZ) 403
Paris 59, 92 f., 129, 364, 400, 483 f., 495
Partido Obrero de la Unificación Marxista 405 f.
Paul-Loebe-Haus 496
Paulskirchen-Bewegung 484
Peppmöller, Johanna 264
Pfaff, Eugen 210
Pfeifenbring, Wilhelm 203 f., 216, 224, 242
Pfeiffer, Paul 402
Philipp, Hermann 405
Phoenix AG 99, 232, 289
Pieck, Wilhelm 377
Pieper, Paul 216, 403, 458
Pietzka, Karl 246, 264, 272, 379
Pittruf, Georg 424
Pluto (Zeche) 32
Poincare, Raimond 299
Pokorny, Franz 129
Polen 53, 103 f., 177, 292, 413 f.
Polen-Partei 121 ff., 224, 226, 258, 296 f.
Politischer Klub (Buer) 60
Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter 135 f., 142, 174, 211, 219, 237, 274, 280, 283 ff., 303, 307, 358 f.
Posen 102 f.
Pottenstein 464
Präsident (Zeche) 83
Preußen 43, 59 f., 68 f., 95, 111, 125, 140, 146, 148, 198, 270, 338 f., 349, 354 ff., 367, 373, 426
Produktivassoziationen 165, 336 f.
Prosper (Zeche) 83

Rabbich, Heinrich 151

Radbod (Zeche) 142
Radek, Karl 266
Radikal-Soziale Freiheitspartei 429, 491
Rahkob, Emma 397
Rahkob, Friedrich 417 f.
Rahkob, Wilhelm 138, 164, 334
Randen, Hugo 402 f., 424
Raschke, Friedrich 264
Raspe, Friedrich Wilhelm 64
Rath 252
Rattay, Emil 417
Rattay, Fina 417
Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirks Dortmund 77, 82 f., 86, 91
Recklinghausen 29, 32, 39, 43, 47, 60 f., 72 f., 84, 100, 104, 125, 133, 137, 143, 152, 189, 208, 217, 240, 243, 260, 316, 327, 351, 353, 363, 380, 403, 438 f., 465, 474
– (Bergrevier) 102, 108
– (Zeche) 33
– –Borken (Reichstagswahlkreis) 75 f., 113 ff., 120, 122, 125, 189, 191
– –West (Bergrevier) 22, 102, 108, 140, 239
Rees 114
Reez, Ernst 456
Reichert 69
Reichert, Otto 379
Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde 318, 362 ff., 384, 462, 464, 495
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 330 ff., 347, 353 ff., 362, 365, 367 ff., 371 f., 386, 402
Reichsverband der Arbeiter Deutschlands 276
Reinwarzhofen 495, 527
Remscheid 68 f.
Renner, Willi 364, 379, 401 f.
Resse 138, 163, 260, 315 ff., 320, 323, 325, 347, 365, 380, 384, 398, 423, 466, 502, 526
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition 357 ff.
Rhedaer Kreis 59
Rheinbaben (Zeche) 33
Rheine 417
Rheinelbe (Zeche) 32, 48, 50, 52, 65, 83, 85 f., 89, 96, 98, 102, 138, 176, 227, 233, 237, 244, 251, 268, 287, 289 f., 303, 307, 453, 480, 491
Rheinelbe Bergbau AG 480
Rheinische Stahlwerke 480
Rheinisch-Westfälischer Bergarbeiterverein Glückauf zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund 133
Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat 50, 99, 232
Rheinisch-Westfälische Stahl- und Walzwerke AG 290
Rheinland 51, 62, 72, 103, 114 f., 146 f., 314
Rheinland-Westfalen 44, 60, 69 ff., 75, 103, 114, 123, 127, 129, 153, 159, 161, 166, 181, 184 f., 193, 247, 253, 262 ff., 266 f., 269 ff., 275, 277, 314, 318, 323, 330, 365, 376
Rheinprovinz 61
Riese 210
Röhlinghausen 53
Röhrig 447
Rogge, Fritz 264, 329, 352, 380, 403, 405
Rohrleitungsflanschenfabrik Geldbach 97
Ronsdorf 69
Roos 447
Rosenfeld, Kurt 351
Rote Falken 362, 463
Rote Gewerkschaftsinternationale 282 f., 306, 357, 397
Rote Hilfe Deutschlands 397 f.
Rote Ruhrsportler 365
Roter Frontkämpfer-Bund 331, 369, 377, 397
Rotsport Schalke 366
Rotthäuser, Franz 352, 403
Rotthäuser, Hermann 402
Rotthausen 30 f., 43 f., 47, 54 f., 64, 71, 91, 100 f., 109 f., 133, 137 f., 151, 154, 160, 177 f., 181, 183, 191, 208, 223 f., 226, 236, 246, 249, 258, 264, 266, 268, 293, 300 f., 317, 319, 322 f., 329, 338, 352, 364, 366, 377, 403, 443, 451, 526
Rühle, Otto 184, 186
Rüttenscheid 167

Ruhrkohle AG 502
Ruhrstahl AG 290
Ruhr-Zone 46
Russel, Karl 227
Rußland 177, 181 f., 198, 452

Sachsen 287, 299
Saigon 509
Samorei, Emil 151, 208, 264, 300, 352, 403, 447, 469
Sauer, Adam 215, 245, 278
Schabrod, Karl 398
Schaffrath 526, 528
Schalke 30, 43, 49, 54 f., 71, 74, 78, 84, 91, 100 f., 109 f., 133, 137, 147, 174, 256, 319, 339, 366, 377, 415, 466, 485
Schalker Eisenhütte 49, 52, 176, 227, 291, 492
Schalker (Gruben- und Hütten-) Verein 49, 52, 74, 99, 175 f., 227, 289, 291, 359, 414 f., 422, 432, 439 f., 480, 503
Schalker Verein für Kesselfabrikation 49
Scharley, Hubert 442 f., 486, 517
Scheidemann, Philipp 179, 201, 215 f., 273
Scheidt, Aloys 206 f.
Scheil, Julius 70
Schemberg 210
Schermbeck 253
Schillack, Andreas 417 f.
Schirach, Baldur von 384
Schirmeister 73
Schiwon, Hans 400, 434, 437 ff., 443
Schlägel und Eisen (Zeche) 33
Schleicher, Kurt 350
Schlenckhoff, Johann 268
Schlesien 103 f.
Schmidt 207
Schmidt, August 437 f.
Schmitt, Heinrich 425
Scholemer-Alst, Burghard Freiherr von 113, 121
Scholven 29, 43, 152, 163, 315 ff., 320, 322 f., 325, 328 f., 339, 363, 365, 379, 398, 416, 423, 452, 456, 466, 526
– (Zeche) 33, 96, 98 f., 103, 106, 144, 176, 193, 197 f., 227, 232, 236 f., 245, 277, 280, 283, 285, 287, 290, 303, 341, 358, 389 f., 399, 407, 416, 433 f., 453, 491, 502
Scholven Chemie AG 390, 492, 502
Schomaker, Lambertus 402
Schrader, Ferdinand 441
Schrodetzki, Bernd 499
Schröder, Ludwig 82, 87, 90, 92 f., 135
Schroer, Alfred 377
Schütz, Max 300
Schulz 252
Schumacher 214
Schumacher, Ernst 401
Schumacher, Kurt 448 ff., 456, 459, 464 f., 490
Schuster, Karl 417 f.
Schutzstaffel 377, 381 f., 419
Schwabe, Ewald 478
Schweden 446
Schweiz 495
Schwelm 114
Schwerte 466
Seekamp 363
Seelig, Carl 68
Severing, Carl 240, 242, 331, 355, 359, 492
Seydewitz, Max 351
Shamrock (Zeche) 51
Siegel, August 87, 93
Siegen 114
Sieglar, Jakob 224, 373
Sievers, Max 400 f.
Simiantkowski, Karl 272
Simmel, Josef 210
Sinsen 363
Soest 69, 114
Solbach, Josef 209 f., 217
Solingen 62, 69, 190, 404
Sollmann, Wilhelm 379
Sommer 252
Sonderborg 527
Sonthofen 495, 527
SOPADE 399, 401, 447
Sowjetunion 271, 414, 416 f., 470
Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft 186 ff.
Sozialdemokratische Frauenbewegung 119
Sozialdemokratische Partei Deutschlands 15, 34, 38, 113, 117, 119 f., 128 f., 150, 165, 172 f., 180 ff., 184-189, 192, 209, 219, 269, 272, 286,

294-299, 302, 308, 310 f., 318, 322, 327, 329 ff., 339, 343 f., 346-358, 360, 366 ff., 370-376, 378 ff., 382, 386, 400-405, 416 ff., 423-426, 428 ff., 434 f., 437, 444-448, 450 ff., 454-459, 462, 464 ff., 469-472, 475-479, 483-494, 496-499, 505-513, 516-519, 521, 529, 535 f., 538-543
Sozialdemokratischer Frauenverein für Gelsenkirchen und Umgebung 119
Sozialdemokratischer Verein für den Reichstagswahlkreis Bochum-(Herne-)Gelsenkirchen-Hattingen-Witten 117, 119
– Horst-Emscher und Umgebung 117
Sozialistische Arbeiterjugend 6, 14, 312, 316 ff., 362-365, 372, 378, 384, 401, 445, 462, 464
Sozialistische Arbeiterpartei (1931-33) 273, 349 f., 352, 380, 399, 402, 404 ff., 446 f.
Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (1875-90) 69 ff.
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 452, 485
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken 38, 459, 461, 465, 494 ff., 526, 528
Sozialistische Proletarierjugend 314, 316
Sozialistischer Deutscher Studentenbund 507, 521
Spanien 405 f., 417
Spartakusbund/gruppe 186, 188, 199, 208, 211, 215 ff., 241, 253, 266 f.
SPD-Betriebsgruppen 453 f., 474, 477, 490 ff., 525
– –Frauengruppen 459, 467 f., 497 f., 532
Sperling, Karl 264
Spiel und Sport Buer-Löchter 365
Spielvereinigung Bismarck-Bulmke 366
Sportfreunde Bulmke 366
– Gelsenkirchen 366
Sportklub 1919 319
Sprenger, Josef 224, 373
Springorum, Friedrich 347 f.
Sprinke, August 264
Stahlhelm 369
Stahlwerksverband 50
Stalin, Josef 301, 400, 416
Stalingrad 417
Stamm, Wilhelm 131
Stangier, Peter 347, 380 f.
Starke, Paul 402
Steimel, Fritz 226
Stein, Hubert 435, 438
Steinhoff, Fritz 458
Steinicke 215
Stinnes, Hugo 139, 194
Stockholm 405, 446, 495
Stötzel, August 397
Stolzenburg, Albert 263
Stoodt 92
Stoppenberg 55, 141, 251
Strauß, Franz-Josef 506
Streitbörger, Karl 216, 255
Sturmabteilung 347, 367, 377, 381 f., 419
Suffa 403
Sumarski, Emil 379
Surkamp, Karl 132, 209 f., 226, 254, 379, 405, 444, 448, 456, 458, 487
Surresse 43
Sutum 43, 320, 398, 444
Symanek, Fritz 487
Symanski, Fritz 417
Syndikalisten 230, 235, 241, 266, 270, 276 ff., 280 f., 283 ff., 303, 307 f., 358 f.

Tauscher 74, 78
Tecklenburg 114
Tesmer 86
Tessendorf, Hermann 68
Thälmann, Ernst 297, 301, 348 f.
Thiel, Eugen 86
Thomas, Lorenz 245
Thüringen 287, 299
Thyrock, Otto 403
Thyssen, Fritz 347
Tiburski 210
Tölcke, Carl Wilhelm 62, 69-73, 75, 120
Truman, Harry S. 427
Tschechoslowakei 527
Turnerklub 1874 160
Turn- und Sportvereinigung Buer 25 320
– Hassel 320

Ückendorf 30, 43, 54 f., 67, 71, 74, 76, 86 f., 91 f., 100 ff., 109 f., 133, 137, 154, 317 ff., 323, 331, 334, 364, 385, 444, 451, 459, 466 f., 489, 526, 532
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 185, 189 ff., 194, 199 f., 202-206, 208, 210 f., 214-217, 223 f., 226 f., 230, 236 ff., 241-249, 251-255, 257-266, 268-274, 277 f., 281, 286, 295 ff., 300, 303 f., 313 f., 329, 338, 352, 417
Unabhängiger Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten 190
Union der Hand- und Kopfarbeiter (Räte-Organisation) 278 f., 284, 306 ff.
Unionen 266, 275-280, 283-286, 295, 302 ff., 313
United States of America 419, 423, 427, 430 f., 447, 483, 501, 508, 528
Unser Fritz (Zeche) 32, 289, 390
Unterstützungsverein der Feilenhauer von Gelsenkirchen 147

Vaterlandspartei 179
Velbert 69
Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands 210, 314, 316
- der Bergarbeiter Deutschlands (siehe Alter Verband)
- der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (siehe Alter Verband)
- deutscher Bergleute (siehe Alter Verband)
- deutscher Berg- und Hüttenleute (siehe Alter Verband)
- deutscher Buchdrucker 334
- für Freidenkertum und Feuerbestattung 330
- der Hand- und Kopfarbeiter 284
- der katholischen Vereine zu Schalke 174
- junger Arbeiter Deutschlands 150
- junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands 150
- der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Wagenverkehrs 441
- der rheinisch-westfälischen Grubenarbeiter 66
- rheinisch-westfälischer Bergleute 66 f.
- rheinisch-westfälischer Konsum- und Produktivgenossenschaften 166
- sozialer Baubetriebe 336
- sozialistischer Arbeiterjugendvereine (siehe Sozialistische Arbeiterjugend)
- sozialistischer Erzieher 318
- Volksgesundheit 159
- zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen für Rheinland und Westfalen 90 f., 132
Verein Falkenjugend Gelsenkirchen e. V. 496, 526
- der Freidenker für Feuerbestattung 330
- Jugendheim Erle 365, 405, 496
- junger Arbeiter 150
- der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter (Gelsenkirchen) 151
- der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins 149
- für Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen 151
- unabhängiger Sozialisten 115
- für volkstümliche Wahlen (Bochum-Gelsenkirchen) 113
- für volkstümliche Wahlen (Dortmund) 113
Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 264, 267, 282, 286
Vereinigte Revolutionäre 203
Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands 272 f.
Vereinigte Stahlwerke AG 289 ff., 480
Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener 468
- der freien Jugendorganisationen Deutschlands 150
- der Verfolgten des Naziregimes 469, 485
Vest (Recklinghausen) 31, 43, 45, 60
Vestische Zone 46
Vögler, Albert 347
Völkische 296-299, 346 f.
Völkisch-sozialer Block 296, 346 f.
Vogel, Hans 401
Vogelsang & Co 49
Volkschor Buer (nach 1945) 459, 468

– Buer e. V. (vor 1933) 326
– Gelsenkirchen (vor 1933) 312, 327, 385
– Gelsenkirchen (nach 1945) 459, 468
Vollmar, August 469
Vorreiter, Wilhelmine 204
Vortkamp, Theodor 424

Wagner, Karl 164, 205, 232, 255
Wagner, Martin 336
Wahlkreisverein Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten 117, 124, 128 ff., 180, 182 f., 185, 187-190, 206
– Recklinghausen-Borken 117 f., 125, 128, 130, 189, 191
Waldau 380
Waldeck 114
Walter 86
Waltrop 96
Wanne 32, 55, 217
Wanne-Eickel 29, 293, 396, 398, 451
Warendorf 114
Warschau 417
Wattenscheid 29, 32, 43, 55, 60, 70 f., 189, 249, 277 f., 290, 293
– (Bergrevier) 33, 102, 108
Watter, Oskar Freiherr von 225, 248, 254 f.
Weber, Johann 86
Wedelstaedt, Carl von 214, 224
Wehrwolf 369
Weimar 78, 315
Weiß, Oskar 205 f.
Welper 465
Wels, Otto 379, 402
Wengorz 403
Wenke, Heinrich 448 ff., 456
Wennigsen 449
Werden 143, 402
Werkmeister-Verband 211
Werkvereine 142, 145
Wesel 167, 254
Westerholt 43, 100
– (Zeche) 33, 96, 98 f., 103, 106, 144, 176, 193, 216, 227, 236 f., 239, 277, 280, 283, 285, 287, 290, 303, 341, 358, 383, 387, 389, 407, 414, 453, 491
Westfalen 43 f., 51, 59 ff., 69, 71 f., 103 f., 114, 120, 127, 146 f., 153 f., 203, 267, 314, 366 f., 468, 473
Westliches Westfalen (Bezirk) 38, 114 f., 119 f., 123 ff., 127-130, 147, 152 ff.,156, 158, 180, 182, 185, 187, 189 f., 219, 260 ff., 264 f., 267, 351, 353 f., 364, 368, 378, 386, 401, 404, 444, 448, 450, 453 f., 456, 461, 464, 466 f., 475 f., 496 f., 499, 512, 526
Westpreußen 102 f., 104
Wetter 248 f.
Wien 271, 363, 495
Wiener Arbeitsgemeinschaft 271
Wierschowski, M. 210
Wilhelm I. 71
Wilhelm II. 201
Wilhelmine Viktoria (Zeche) 32, 48, 52, 65, 83-86, 88, 96, 98, 102, 134, 176, 197 f., 212, 227, 232 f., 237, 246, 268, 280, 283, 285, 287, 290, 303, 305, 307, 358, 414, 422, 436, 453, 474, 491, 502
Wilhelmshaven 201
Windau, Josef 187, 190
Winner, Heinrich 66 f., 70 f.
Wirtschaftspartei 298 f., 343 f., 346, 350
Wirtz 207
Witten 32, 69, 75, 117, 143, 153, 238, 437
Wittgenstein 114
Wittwer 264
Wittzych 86
Woczek, August 164, 185, 187, 190, 203, 205 ff., 212 ff., 216, 224, 262, 264, 270
Wohnungsbaugenossenschaft „Vorwärts“ 337
Würzburg 190
Wulfen 329, 384
Wyk/Föhr 527

Zapka, Wilhelm 210
Zara, Adolph 86
Zargazewski 264
Zechenverband 237 f., 304, 306
Zechenvereine 142
Zentralbildungssekretariat der SPD 318
Zentralkommission für (Arbeiter-)Sport und Körperpflege 158, 319, 385
Zentralstelle der Arbeitenden Jugend Deutschlands 150

– für politisch verfolgte Sozialdemokraten 469
– proletarischer Freidenker 330
Zentralverband der Angestellten 382
– der Konsumgenossenschaften 459
– der Maschinisten und Heizer 303
– deutscher Freidenkervereine 163 f.
– deutscher Konsumvereine 166, 168
– proletarischer Freidenker 163, 330
Zentrum 67 f., 76, 118, 172 f., 209 f., 217, 223 f., 226, 249 f., 258, 295-298, 309, 313, 330, 343 f., 346 f., 349 f., 373 ff., 423, 426, 429, 451, 473, 487 f., 538
Zielasko, Franz 417 f.
Zietz, Louise 119
Zimmermann, Emil 227, 373, 424 f.
Zingler, Alfred 380, 400, 402 f., 418, 468
Zingler, Margarete 380, 418, 466 f.
Zjednoczenie Zawodowe Polskie (siehe Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter)
Zollverein (Zeche) 33
Zürich 73
Zweckel (Zeche) 33, 387
Zweite Internationale 127, 186, 260 f., 312

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Goch, Stefan
Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet: eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975/Stefan Goch. – Düsseldorf: Droste, 1990
(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 91)
ISBN 3-7700-5157-2
NE: GT

EX OFFICINA
1990

Satz
Computersatz Bonn GmbH, Bonn
Mergenthaler Type Library

Papier
Alterungsbeständiges Nordland Naturpapier
gemäß DIN 6723, frei von Aluminiumsulfat und
säurebildenden Verbindungen

Einbandstoff
Bamberger Kaliko
GmbH

Druck und Einband
Verlagsdruckerei Schmidt GmbH
Neustadt/Aisch

Printed in Germany